

Theodor Haubach (1896 – 1945).

Eine politische Biographie

Dissertation  
zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie des  
Fachbereichs Geschichtswissenschaft  
der Universität Hamburg

vorgelegt von  
Peter Zimmermann  
aus Hamburg

Hamburg, im Mai 2002

Hauptgutachter: Prof. Dr. Klaus Saul  
Nebengutachter: Prof. Dr. Axel Schildt

Datum der Disputation: 12.Juli 2002

## Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	6
1.	Kindheit und Jugend: Elternhaus – Schule – ‚Wandervogel‘	19
2.	Soldat und Literat 1914 - 1918	31
2.1	Soldat	31
2.1.1	Notreifeprüfung und Kriegsfreiwilliger	31
2.1.2	Äußerungen zum individuellen Kriegserleben	39
2.2	Literat	47
2.2.1	‚Die Dachstube‘: Gründung – Mitarbeiter – Funktion	47
2.2.2	Theodor Haubach – ein expressionistischer Autor?	50
2.3	Situation am Ende des Krieges	61
3.	Zeit der Orientierung und der Entwicklung von Perspektiven (1918 – 1923)	64
3.1	Der Krieg ist aus: Stationen	64
3.2	Aktivitäten auf kulturellem Feld	72
3.3	Zwischen visionärem Aufbruch und Realpolitik: einen Ort suchen	91
3.3.1	Politisches Handeln (1918 – 1919)	91
3.3.2	Mitarbeit und politische Bekundungen im ‚Tribunal‘	104
3.3.3	Die akademischen Lehrer	116
3.3.4	Momentaufnahme I: Die politisch-ideologische Plattform	130
3.4	In einem ‚sozialen Feld‘: Der Freundeskreis in Heidelberg	142
4.	Aufbruch: Politiker und Journalist – Hamburg 1923/24	155
4.1	‚Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter‘ im Institut für Auswärtige Politik: Interesse an Außen- und Wehrpolitik	157
4.2	Politisch aktiv in der ‚Vereinigung Republik‘: Einsatz gegen die Kommunisten im ‚Hamburger Aufstand‘	167
4.3	‚Klassenkampf oder Volksgemeinschaft?‘ – Engagement bei den Jungsozialisten	180
4.3.1	Zur Struktur der jungsozialistischen Bewegung	180
4.3.2	‚Ostertagung von Hofgeismar‘: Die Hamburger inszenieren mit	186
4.3.3	Gegensätze brechen auf: „Höher als die Nation steht mir die Klasse.“	196
4.3.4	Theodor Haubach – Gastspiel bei den Jungsozialisten	201
4.4	Momentaufnahme II: Agitation und Aktion – die Konturen werden schärfer	214
5.	Für die Partei – in der Partei	222
5.1	Außenpolitischer Redakteur beim ‚Hamburger Echo‘	222
5.1.1	Sozialdemokratische Tageszeitungen	222

5.1.2	Der „Staat hat in der Aussenpolitik den vornehmsten Gegenstand seiner lebendigen Tätigkeit“ – Profession und Leidenschaft	224
5.2.	Parteiarbeit	261
5.2.1	Auf dem Weg ‚nach oben‘: Abgeordneter der Bürgerschaft	262
5.2.2	„Wehrfrage und Sozialdemokratie“ – Mitglied der Wehrkommission der Partei	280
5.3	Momentaufnahme III: Von den Grenzen innerparteilicher Aufstiegschancen für einen ‚jungen Intellektuellen‘	297
6.	Für die Republik: Auf der Suche nach Bündnispartnern	312
6.1	„Kamerad Dr.Haubach“ – mit hohem Einsatz im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1.Phase: 1924 – 1930)	312
6.1.1	Der ‚Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer‘ – zu seiner Entstehungsgeschichte und Struktur	312
6.1.2	Arbeit an der Basis – Kampf den „gegen die Republik anrennenden Elementen“	318
6.1.3	Akzente seiner konzeptionellen Vorstellungen	338
6.2	„Neue Führer [...] müssen der Linken entstehen.“ – Mitbegründer des ‚Klubs vom 3.Oktober‘	353
6.2.1	Zur Struktur und Arbeitsweise des Klubs	353
6.2.2	Republikanisches „Kräftezentrum“ und Karriere-Plattform	361
6.3	Haubach, der ‚Klub‘ und das Reichsbanner: ein vorläufiges Resümee	367
7.	Zuwenig Widerhall für die ‚republikanische Idee‘ – die Weimarer Republik verfällt	372
7.1	Haubachs Wechsel nach Berlin: näher am politischen Zentrum	372
7.2	Der Schock der Septemberwahl 1930	375
7.3	Im Reichsbanner (2.Phase: 1930 – 1933) – „Soldaten der Republik“: Erneuerung des Verbandes gegen „Schlamperei und Liederlichkeit“	380
7.4	Neue Akzente in den konzeptionellen Vorstellungen Haubachs – die ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘ als Sprachrohr	401
7.4.1	Zur Entstehung und zu den Zielen der Zeitschrift	401
7.4.2	Haubach mit Entschiedenheit: gegen die Nationalsozialisten – für die Erneuerung der Partei	410
7.5	Der ‚Preußenschlag‘: entscheidender Schlag gegen die republikanische Idee	429
7.6	Momentaufnahme IV: Annäherung an Haubachs Position im politischen Feld	446
8.	Im Widerstand	461
8.1	Haubach mobilisiert unverzüglich: aktiv im Untergrund	461
8.1.1	In schwieriger Lebenssituation	461
8.1.2	Spuren illegaler Tätigkeit (1933/34)	469
8.2	Den braunen Machthabern ausgeliefert: Haft im KZ Esterwegen (1934 – 1936)	485

8.3	Strategie unter totalitärem Regime: überleben und widerstehen	495
8.3.1	Sich arrangieren in bürgerlichem Milieu: Lebensbedingungen	495
8.3.2	Dissidenz in feinseligem Umfeld: Personen und Wegzeichen	499
8.4	Mitarbeit im ‚Kreisauer Kreis‘	505
8.4.1	Annäherung	505
8.4.2	Konzepte und Aktivitäten	509
8.4.3	Der Widerstand zerbricht: Verhaftung und Hinrichtung Haubachs	531
8.4.4	Im bürgerlichen Widerstand: angelangt bei den eigenen Wurzeln?	547
	Schluß	554
	Quellen und Literatur	565
	Lebenslauf	

## Einleitung

Theodor Haubach zählt sicherlich nicht zur ersten Reihe der prominenten Politiker bzw. Publizisten der jüngeren deutschen Geschichte. Er nahm jedoch während der Weimarer Republik in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und anderen republikanisch orientierten Organisationen und Vereinigungen sowie als politischer Publizist bereits einen herausgehobenen Rang ein, der dem 1896 geborenen, noch jungen Mann verschiedene Optionen des Aufstiegs versprach. Gezielt und mit intensivem Einsatz suchte er vor 1933 auf das politische Leben der jungen Republik einzuwirken. Bekannt wurde er nach 1945 jedoch vorwiegend über sein Engagement im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Dieser Aspekt war es auch, der in Gedenkveranstaltungen oder Broschüren seiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, akzentuiert wurde, solange die Gruppe der Mit-Lebenden noch einflußreich genug war, oder der in den nach ihm benannten Schulen – z.B. in Hamburg und Berlin – thematisiert wird. Der historisch interessierte Zeitgenosse, der Lehrer oder auch der Journalist waren lange Zeit auf eine Schrift angewiesen, ein „Gedenkbuch“, das „Freunde und Gefährten“ mit ihren Erinnerungen gestalteten und damit den Blick auch auf Episoden anderer Lebensabschnitte Haubachs lenkten.<sup>1</sup> Symptomatisch für die Anlage dieser verdienstvollen Monographie, deren Beiträge punktuell zu verschiedenen Aktivitäten Haubachs Informationen liefern, die sonst verloren gegangen wären, ist die Tatsache, daß sie überwiegend an den Tod Haubachs, Ergebnis eines Willkürurteils der NS-Justiz, anknüpfen und damit ihren Erinnerungen, selbst wenn sie weit zurück in die Anfänge der Weimarer Republik gehen, einen wehmütig-freundschaftlichen Grundton geben. In der Tendenz vergleichbar sind Gedenkreiden wie die Walter Pollers<sup>2</sup>, die Darstellung Haubachs – als „Kuno Laubach“ verschlüsselt – in einem autobiographisch angelegten Roman Walter Pohls<sup>3</sup>, in verschiedenen Memoiren wie denen Carl Zuckmayers<sup>4</sup> oder in den Erinnerungen von Männern aus der „Gefolgschaft“ des Dichters Stefan George.<sup>5</sup> Sie alle verspürten den nachvollziehbaren Drang, den Freund zu ehren, und begründeten, ohne dies zu beabsichtigen, ein nur ausschnitthaftes Bild Theodor Haubachs. Auch in der Historiographie überwiegt eine verengte Sichtweise, die sich in plakativen Etikettierungen wie etwa „junger Rechter“<sup>6</sup> niederschlägt oder die ihn der „Neuen Rechten“ zuordnet.<sup>7</sup> Die Wurzeln derartiger Formulierungen sind oft nicht erkennbar, Begründungen werden nicht geliefert. Eine intensivere und diffe-

<sup>1</sup> Hammer, Walter: Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt/M. 1955, S. 3.

<sup>2</sup> Poller, Walter: Gedenkblatt für Theodor Haubach. Gedenkfeier am 23. Januar 1954 in Hamburg, Frankfurt/M.-Dortmund 1955.

<sup>3</sup> Pohl, Walter: Fluchtburg, Berlin 1955.

<sup>4</sup> Zuckmayer, Carl: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt/M. 1994, Neuaufl. der 1. Aufl. v. 1966.

<sup>5</sup> Landau, Edwin Maria: Die verstreute Schar. Die exilierten Freunde von Stefan George. Vortrag in Luxemburg am 16.1.1968, in IfZ München, Ms 184 oder Bock, Claus Victor: Untergetaucht unter Freunden. Ein Bericht 1942 – 1945, 3. Aufl., Amsterdam 1989, 1. Aufl. 1985.

<sup>6</sup> Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, 2. vollst. durchges. u. korrig. Aufl., Berlin-Bonn 1988, S. 629. Der Vf. übernimmt die Formulierung in diesem Kontext affirmativ.

<sup>7</sup> Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8. Aufl., München 1977, S. 201.

renziertere Beachtung findet Haubach im Kontext der jungsozialistischen Bewegung während der Weimarer Republik in einer Arbeit Franz Walters, wenngleich auch dieser offenbar meint, nicht ohne holzschnittartige Charakterisierungen Haubachs wie „patriotischer Radikalsozialist“ oder „national-republikanischer Marxist“ auskommen zu können, auch wenn sich diese Aussagen nicht aus den Befunden des Kontextes ergeben.<sup>8</sup> Einen biographisch breiteren Sektor sucht Dorothea Beck zu erfassen, indem sie zu einigen Parametern in einer Art Synopse das „Selbstverständnis“ von vier Sozialdemokraten – Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher – darstellt und analysiert.<sup>9</sup> Um Problemstellungen wie „Nation und Sozialismus“, „Staat und Macht: Überlegungen zur Wehrfrage“, „Zur Struktur der Partei“ oder „Selbstverständnis und Handeln unter den Bedingungen des Nationalsozialismus“ gruppiert die Autorin – darstellend, analysierend und vergleichend – die Vorstellungen der vier Protagonisten. Da sie sich gerade zu Theodor Haubach um die Erschließung gut zugänglicher, nur eben kaum oder gar nicht genutzter Quellen bemühte, zudem verschiedene Phasen und Orte seines Handelns in den Blick nimmt, erreicht der Aufsatz Dorothea Becks die bislang stärkste Dichte und Tiefenschärfe in der Analyse der bei ihm feststellbaren ideologischen Positionen. Die Begrenzung des Beitrages auf einen relativ geringen Umfang zwingt die Autorin an verschiedenen Stellen, auf mögliche Perspektiven der weiteren Forschung zu verweisen. Auch ist die Fülle der Materialien zu allen vier Politikern zusammen so erheblich, daß nur ausschnitthaft vorgegangen werden konnte. Kritisierbar ist allein, daß Dorothea Beck nicht ganz der Versuchung widerstehen konnte, unbedingt Kongruentes in den ideologischen Vorstellungen wie in ihren Handlungskonzepten der behandelten Persönlichkeiten nachweisen zu wollen, die recht grobe Etikettierung für alle als „militante Sozialisten“ ist als symptomatisch zu nennen.

Gerade erschienen ist eine umfangreiche Broschüre, die von der ‚Landeszentrale für politische Bildung Hamburg‘ herausgegeben wurde. Die Autorin Barbara Beuys stellt Haubachs Engagement im ‚Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‘ in das Zentrum und lenkt den Blick auf angrenzende Lebensphasen. Die Schrift bietet – im Sinne der Herausgeberin – dem intendierten Adressatenkreis in Schulen und in der Fortbildung sowie dem zeitgeschichtlich Interessierten einen informativen Überblick, bleibt in der Auswahl der Quellen, in den Analysen und in den getroffenen Einschätzungen jedoch orientiert an den bereits vorliegenden Mustern.<sup>10</sup>

Immerhin wird jedoch in beiden Veröffentlichungen der bis dahin unterbliebene Versuch unternommen, das politische Wirken Haubachs in verschiedenen Lebensphasen und Funktionen aufeinander zu beziehen und vor allem dessen kontextuale Bindung zu seiner Partei, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der generellen innenpolitischen Landschaft darzustellen. Da beide Autorinnen diese Aufgabe aus unterschiedlichen Gründen bewußt beschränken wollten – bei Dorothea Beck steht im Vordergrund die vergleichende Analyse mit dem Ziel, Über-

<sup>8</sup> Walter, Franz: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Diss. Göttingen, Berlin 1986, S. 205 u. S. 113.

<sup>9</sup> Beck, Dorothea: Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der ‚militanten Sozialisten‘ in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26, 1986, S. 87 – 123.

<sup>10</sup> Beuys, Barbara: Verteidigung der Republik: Der sozialdemokratische Reformator Theodor Haubach (1896 – 1945), hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 2000.

einstimmungen nachzuweisen, bei Barbara Beuys zwingt der kommunikative Ansatz, nämlich für einen breiten, nicht primär wissenschaftlich interessierten Adressatenkreis einen Text der Information wie des Gedenkens zu gestalten, zu einer eher traditionellen Quellenauswahl und deren unkritischer Vermittlung -, fehlt bislang eine Biographie, die alle Lebensphasen und alle Aspekte der politischen Tätigkeit Haubachs auf der Grundlage einer umfassenden Auswertung des erhaltenen, weit verstreuten Quellenmaterials behandelt. Dies ist umso erstaunlicher, als neben den vorwiegend thematisierten und kommentierten Aktivitäten Theodor Haubachs, nämlich denen in der SPD, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und im Widerstand gegen die nationalsozialistischen Machthaber, weitere bemerkenswerte Engagements im (gesellschafts-)politischen Feld nachweisbar sind. Bereits der oberflächliche Blick auf das gesamte Spektrum läßt eine spannungsreichere Persönlichkeit gerade auch in seinen Aktivitäten als politischer Publizist und Politiker vermuten, als es die bisher erschienenen Darstellungen erwarten lassen.

Diese Verwerfungen und andeutungsweise sichtbaren Bruchlinien waren es primär, die mein Interesse herausforderten. Eine kurze Aufzählung der wichtigsten Stationen seiner beruflichen und politischen Aktivitäten mag dies erklären helfen. Nach dem sogenannten ‚Notabitur‘ meldete sich Theodor Haubach als Kriegsfreiwilliger und nahm am Ersten Weltkrieg offenbar – häufig verwundet und ausgezeichnet – mit großem Einsatz teil. Während der vier Jahre auf den Schlachtfeldern im Westen führte er die Produktion literarischer Texte fort, die er gemeinsam während der Schulzeit mit Freunden begonnen hatte. Die erste Phase nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war gekennzeichnet von der Beteiligung an einem Arbeiter- und Soldatenrat, einem bemühten kulturellen Engagement in seiner Heimatstadt Darmstadt und den ersten Schritten auf dem Terrain nicht-fiktionalen Schreibens, indem er sich als Kritiker und Rezensent zu kulturellen Themen äußerte und seine ersten politischen Artikel veröffentlichte. Die sich anschließende, nur kurz unterbrochene Sequenz des Studiums in Heidelberg war geprägt von seiner Zugehörigkeit zu einem klar konturierten Zirkel Gleichgesinnter, in dem sich Haubach verortet hatte. Er bot Rückhalt und Unterstützung bei intensiver wissenschaftlicher Arbeit, bei seinem Einsatz im ‚Sozialistischen Studentenbund‘, und Haubach begründete bzw. stabilisierte in diesem Milieu das geistige und ideologische Fundament, von dem aus er für die folgende politische und berufliche Tätigkeit die wesentlichen Impulse bezog. Unabhängig von den Freunden wandte er sich in Heidelberg dem Werk Stefan Georges und dem elitären Kreis um den Dichter Stefan George zu, der der bürgerlichen Welt eine spezifische Ästhetik und das aristokratisch-autoritär strukturierte Modell eines Zirkels von ‚Erwählten‘ entgegenstellte - eine singuläre Erscheinung in dem Feld der Literaten.

Kaum im Jahr 1923 nach Hamburg übersiedelt, unterstützte er aktiv die Polizeikräfte der Stadt bei der Niederschlagung eines Putschversuches der Kommunisten. Die Jahre, die Theodor Haubach bis 1929 in Hamburg verbrachte, waren zunächst von dem Bemühen bestimmt, sich in ökonomisch außerordentlich schwieriger Zeit eine berufliche Existenz zu schaffen. Das gelang durch die Tätigkeit an einer sozialdemokratischen Tageszeitung, dem ‚Hamburger Echo‘, die zugleich zweifellos dazu dienen sollte, Fuß im inneren Zirkel der SPD zu fassen, der er inzwischen angehörte. Mit außerordentlich hohem Einsatz in den verschiedenen Parteigliederungen – in der ersten Zeit u.a. eine kurze, wenn auch prägnante Episode bei den Jungsozialisten - stieg er schließlich zum Mitglied der Bürger-

schaft, dem Hamburger Landesparlament, auf. Einen großen Stellenwert nahm für Haubach außerdem das Engagement im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein, in dem er schon bald nach dessen Gründung Führungsaufgaben erhielt. In dieser Zeitspanne ist die bemerkenswerte und für den distanzierten Beobachter kaum erklärbar scheinende Tatsache zu registrieren, daß er sich parallel zu den eben erwähnten Aktivitäten an der Gründung eines bürgerlichen Klubs mitbeteiligte, der durchaus elitäre Züge trug.

Innerparteilich waren es vor allem Themen der Außen- und der Wehrpolitik, mit denen er auf sich aufmerksam machte. In einer Fülle von Beiträgen trat er nachdrücklich für die Stabilisierung der republikanischen Staatsform ein. Ein demokratisches Deutschland, so die Vision des Republikaners und Europäers Haubach, sollte die durch den Vertrag von Versailles auferlegten Bedingungen – auch den Status quo der Grenzverläufe – akzeptieren, um damit die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz zu schaffen. Bedroht sah Theodor Haubach seine politischen Kernvorstellungen vor allem durch die Zielsetzungen und das Auftreten der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Mit den Vertretern der NSDAP und der KPD setzte er sich dann auch über Jahre kämpferisch und oft mit großer Vehemenz als Redner im Landesparlament oder auf Wahlveranstaltungen wie als politischer Publizist auseinander. Wenn einem Beobachter aus der zeitlichen Distanz bei dem flüchtigen Blick auf die Stationen der politischen Tätigkeit Haubachs dessen Engagement im Widerstand als ‚konsequent‘ oder gar ‚logisch‘ erscheint, so kann eine solche Einschätzung nur als unrealistisch oder naiv qualifiziert werden. Sie verkennt das schnell wahrnehmbare Maß massiver Verfolgung, die jedem einzelnen – zumal wenn er sich wie Haubach während der Weimarer Republik als unnachgiebiger Gegner der Nationalsozialisten positioniert hatte – drohte, der verdächtigt wurde, sich gegen das Regime zu stellen oder dem eine oppositionelle Haltung tatsächlich nachgewiesen werden konnte. Nachvollziehbar wäre also ebenso der Rückzug aus jeder auch nur annähernd politisch-oppositionellen Bekundung oder gar Betätigung. Obwohl er zur Reihe der von vornherein besonders aufmerksam beobachteten Gegner gehörte, bemühte sich Haubach um die Organisierung von Widerstand und mußte mit einem längeren Aufenthalt im Konzentrationslager dafür büßen. Trotz dieser und weiterer ihn physisch wie psychisch tief treffenden Sanktionen der Machthaber fand er schließlich noch einmal den Weg aus dissidenter Haltung zu aktivem oppositionellen Handeln – der Sozialdemokrat engagierte sich im ‚bürgerlichen Widerstand‘.

Bereits diese Aneinanderreihung der wichtigsten Stationen der politischen Vita Theodor Haubachs im Überblick läßt die Dichte und Vielfalt seines Einsatzes erkennen. Zudem vermittelt selbst die Summierung von nur allgemein annotierten Elementen deutliche Hinweise darauf, daß sie nicht den Abdruck eines vermeintlich in sich geschlossenen Lebensentwurfs wiedergeben, sondern den eines spannungsreichen Weges. Dieses Bild wird von den bisher vorliegenden, zumeist holzschnittartigen Etikettierungen verdunkelt. Ihnen soll daher ein differenzierteres Bild seiner (gesellschafts-)politischen Zielvorstellungen und seines Politikhandelns entgegengesetzt werden.

Als adäquate Form für eine solche Aufgabe hat sich die Biographie erwiesen. Es soll hier nicht zum wiederholten Male eine Diskussion um die Existenzberechtigung dieses Zugangs zur Geschichte geführt werden. Sie hat in vielen Fällen auch

nur deklamatorischen Charakter. Neben anderen hat Hedwig Röckelein einen Schlußstrich unter fruchtloses Debattieren über diese Frage zu ziehen versucht. Sie begrüßt ausdrücklich die Rückkehr des Individuums „als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung“ in eine Geschichtsschreibung, die „sich zu einer menschenentleerten Wissenschaft zu entwickeln drohte.“<sup>11</sup> Als die zukunftsträchtigste Variante der wissenschaftlichen Biographik stellt sie jene Form heraus, die sich – die Auseinandersetzung mit ‚Heldenfiguren‘ überwindend - dem Individuum zuwendet, das als ‚Durchschnittsmensch‘ „Kristallisationspunkt und Spiegelbild gruppen- oder klassenspezifischer Sozialisationen und Lebens- bzw. Karriereläufe“ darstellt.<sup>12</sup> Damit ist eine wesentliche Funktion der historisch-wissenschaftlichen Biographie benannt: Über die Darstellung biographischer Elemente hinausgehend muß in ihr analysierend die Verknüpfung von Individuum und dem kulturellen, sozioökonomischen und politischen Kontext hergestellt werden. Die Verbindung verschiedener Ebenen und Bereiche kann dazu beitragen, strukturelle historische Linien überhaupt erst sichtbar werden oder sie transparentvielschichtiger erscheinen zu lassen.

Die Komplexität und die Schwierigkeit der Aufgabenstellung zeigt sich in der Tatsache, daß bereits die Rekonstruktion eines Lebensabschnitts der biographierten Persönlichkeit ohne die Darstellung sozialer oder politischer Bedingungen nicht möglich erscheint. Erst das Produkt aus individuellen Sozialisationsfaktoren und der Reaktionsweise auf die Voraussetzungen der spezifischen Lebenssituation kann den einzelnen dann Einfluß auf Entwicklungen nehmen lassen, die sich auf einer jeweils zu definierenden Makro-Ebene ergeben. Es liegt also auf der Hand, daß der Einbeziehung persönlicher, besser: privater Daten eine große Rolle zufallen kann. Sie erst könnte die Basis für die von Hedwig Röckelein propagierten „psychohistorischen Methode“ abgeben.<sup>13</sup> Dieser Ansatz ist jedoch nicht allein auf eine angemessene Materialgrundlage angewiesen, sondern bedarf auch des Instrumentariums des Historikers wie des wissenschaftlich geschulten Psychologen – anders ist die geforderte Einbeziehung der Psychoanalyse nicht denkbar. Die Intention, diesen wichtigen Teilbereich der Gattung auf ein solideres Fundament stellen zu wollen, ihn insgesamt stärker zu akzentuieren und von hier aus der wissenschaftlichen Biographie neue Wege eröffnen zu wollen, erscheint sinnvoll. Doch noch liegen keine überzeugenden Modelle oder auch Beispiele vor. Möglicherweise bedarf es der fachübergreifenden Kooperation von Wissenschaftlern in einem Projekt.

Für die vorliegende biographisch orientierte Arbeit fehlen die Voraussetzungen für eine intensive und differenzierte psychoanalytische Deutung bereits deshalb, weil Materialien aus dem persönlichen oder ‚privaten‘ Umfeld Theodor Haubachs nur in geringem Umfang gefunden werden konnten. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf seinen Briefwechsel mit der Freundin Alma de L’Aigle zu verweisen, der von ihr in Ausschnitten veröffentlicht wurde.<sup>14</sup> Er erweist sich für die

---

<sup>11</sup> Röckelein, Hedwig: Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur ‚neuen historischen Biographie‘, in: Dies. (Hrsg.): Biographie als Geschichte (Forum Psychohistorie; Bd. 1), Tübingen 1993, S. 17 – 38, S. 19.

<sup>12</sup> Ebd., S. 21.

<sup>13</sup> Röckelein, Biographie.

<sup>14</sup> L’Aigle, Alma de: Meine Briefe von Theo Haubach, Hamburg 1947. Umfassender ist die Korrespondenz – u.a. auch mit Briefentwürfen Alma de L’Aigles – repräsentiert in ihrem Nachlaß: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de L’Aigle, N 1021, Bd. 14.

Einschätzung der materiellen Lebensbedingungen Haubachs während der nationalsozialistischen Herrschaft punktuell als außerordentlich informativ, vermittelt auch zu einigen Lebensabschnitten seine Stimmungslagen und gibt manchmal – nur selten offen, zumeist angedeutet oder verschlüsselt – Kommentare oder Einschätzungen zur politischen Lage wieder. Erhalten sind zudem Teile der Korrespondenz des Journalisten Joseph Halperin, Freund Theodor Haubachs und Carlo Mierendorffs, mit beiden aus der Mitte der zwanziger Jahre, an der Haubach allerdings in geringerem Umfang beteiligt war.<sup>15</sup> Erwähnenswert sind einige frühe Zeugnisse, Postkarten und zumeist kurze briefliche Mitteilungen an Mitglieder seines Freundeskreises, die situationsbezogen sein Lebensgefühl artikulieren und zugleich durchgängig die Freude an der geistvoll-literarisierenden sprachlichen Gestaltung bekunden.<sup>16</sup> Die wenigen Zeitgenossen, die Theodor Haubach intensiver kannten und noch Auskunft geben können, waren in den letzten Jahren seines Lebens mit ihm bekannt und mußten ihre Informationen auf diesen Zeitraum beschränken.

Dagegen förderte die zeitlich aufwendige Suche nach Zeugnissen, die Informationen über die Rolle Theodor Haubachs im (gesellschafts-)politischen Feld zu geben vermögen, eine bemerkenswert große Zahl von Quellen zutage. Von 1923 bis 1933 lassen sich seine ‚Laufbahnen‘ in der Partei, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wie auch im Beruf beinahe lückenlos rekonstruieren. Das gilt auch für weitere Engagements wie etwa für das im ‚Klub vom 3. Oktober‘.

Schlecht oder gar nicht ist das Maß der Beteiligung Haubachs – das sei in einem kurzen Exkurs erwähnt - an Veranstaltungen oder der Mitarbeit in verschiedenen Organisationen zu fixieren, die sich während der Weimarer Republik als überparteiliche Sammlungsgruppen konstituierten und die Idee der Republik zu wahren wie in den verschiedenen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens zu etablieren bzw. zu stabilisieren suchten. Kontakte Haubachs zum ‚Republikanischen Studentenbund‘ und zum ‚Deutschen Republikanischen Reichsbund‘ sind nachweisbar.<sup>17</sup> Außerdem wird Theodor Haubach – jeweils zusammen mit Adolf Reichwein - in zwei Belegstellen als ‚Gründungsmitglied‘ des ‚Republikanischen Pfadfinderbundes‘ bezeichnet.<sup>18</sup> Dessen Gründung war im Frühjahr 1927 vollzogen worden. Die Mitglieder rekrutierten sich aus dem ehemaligen Kreis der ‚Reichspfadfinder‘, die „im Geist des weltumfassenden Pfadfindertums“ und „für eine auf soziale Gerechtigkeit gegründete [...] Volksgemeinschaft“ tätig werden wollten.<sup>19</sup> Versuche, zu einem der Urheber der zitierten Information Kontakt herzustellen, blieben erfolglos. Es konnte jedoch ein damaliges Mitglied des Republikanischen Pfadfinderbundes in Hamburg ausfindig gemacht werden, der berich-

<sup>15</sup> NL Joseph Halperin, in: Robert-Walser-Archiv Zürich. Der Archivar Bernhard Echte rettete das Material im letzten Moment vor der Vernichtung und verwahrt es in diesem Archiv.

<sup>16</sup> U.a. Theodor Haubach: Briefe und Postkarten an Fritz Usinger, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt – Handschriftenabteilung.

<sup>17</sup> So wird Theodor Haubach als Teilnehmer der „Führertagung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes“ genannt, die am 25. u. 26.9.1926 in Berlin das Thema ‚Welche Wege führen zum deutschen Einheitsstaat.‘ behandelte. Vgl. Verhandlungsbericht der Führertagung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, 25. u. 26.9.1926 in Berlin, Frankfurt/M. o. J., S. 61.

<sup>18</sup> Rede zur 75-Jahr-Feier ‚Pfadfinder in Leverkusen‘ am 26.1.1996, o.Vf. und Kneip, Rudolf: Jugend der Weimarer Republik. Handbuch der Jugendverbände 1919 – 1938, Frankfurt/M. 1974, S. 100 f.

<sup>19</sup> Ehrenthal, Günther: Die deutschen Jugendbünde, Berlin 1929, S. 59.

tete, daß Haubach „in dieser Szene“ sehr bekannt, wenn nicht populär gewesen sei und daß sich die Jugendlichen auch nach 1933 in kleineren Gruppen konspirativ weiter getroffen hätten.<sup>20</sup> Es ist gut vorstellbar, daß Haubach das Natur- und Gemeinschaftserlebnis ‚seiner‘ Wandervogelzeit mit einer republikanisch orientierten, also ‚politisch‘ orientierten, aktiven Jugendarbeit zu verbinden suchte. Die Intensität seiner Beteiligung in diesem Verband wie in den zuvor genannten Vereinigungen ist jedoch auf Grund der Quellenlage nicht bestimmbar. Zudem wird die Darstellung seiner ohnehin breit gefächerten Aktivitäten im weiteren Verlauf der Arbeit nachweisen, daß zusätzliche substantielle Kooperation oder gar Führungsaufgaben in diesen Vereinigungen unmöglich scheinen.

Die Quellenlage hinsichtlich der zunächst genannten Verbände und der SPD ist dagegen außerordentlich solide und vielfältig. Ankündigungen, oder Berichte in Verbandszeitschriften oder anderen offiziellen Organen vermitteln Daten und Fakten, die eine Darstellung der äußeren Stationen auf dem Weg Theodor Haubachs möglich machen. Darüber hinaus ist auch eine Fülle von publizistischen Beiträgen, von Protokollen oder protokollartigen Aufzeichnungen seiner Reden oder Wortbeiträge in verschiedenen Gremien überliefert. Vergleichbar ist die Situation zu den Lebensphasen, die vor dem Eintritt in eine aktive politische Betätigung liegen. So kann sowohl auf die literarischen Arbeiten - während seines Einsatzes als Soldat veröffentlicht - wie auch auf jene, die er unmittelbar nach Kriegsende zu grundsätzlichen politischen Fragestellungen und kulturellen Themen verfaßte, zurückgegriffen werden.

Diese breite, fast üppig zu nennende Materialbasis scheint auf den ersten Blick den Weg für eine Form der Biographie freizumachen, in der sich aus der Spiegelung der verschiedenen Etappen seines Lebensweges, seiner Aussagen und der analysierenden Auseinandersetzung mit ihnen unter Einbeziehung des persönlichen und historischen Kontextes relativ ungebrochen ihn bestimmende politische Zielvorstellungen, bevorzugte Strategien des Politikhandelns und wesentliche Elemente der Persönlichkeitsstruktur Haubachs ermitteln ließen. Damit ist zwar grob, aber doch im Kern die Struktur der methodischen Vorgehensweise für die vorliegende Untersuchung beschrieben, der sich jedoch einige Schwierigkeiten in den Weg stellten.

Zentrales Mittel der Annäherung an das Wirken und an die Persönlichkeit Theodor Haubachs, in Teilen auch des Zugangs zu ihm ist der analysierende Umgang mit seinen Texten. Als Maxime muß generell gelten, daß jeder interpretatorische Umgang mit einem Text der sorgfältigen Bestimmung der kommunikativen Situation bedarf, in der er wirksam werden soll. So sind vor allem die Bedingungen seiner Entstehung, die Absicht des Produzenten, der Aufbau des Textes wie die sprachliche Gestaltung, die spezifische Art der Verschlüsselung der ‚Botschaft‘ und die Wahl des Mediums, das den Text transportieren soll, festzustellen und aufeinander zu beziehen. Ein Spezifikum des vorliegenden Materials ist in der Tatsache zu sehen, daß Haubachs Beiträge überwiegend für die Veröffentlichung konzipiert waren. Das Spektrum der Organe, in denen sie erschienen, reichte von der ‚Dachstube‘, über Regionalblätter, ‚Das Tribunal‘, die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold herausgegebenen Zeitschriften, Periodika der SPD bis zu den ‚Neuen Blättern für den Sozialismus‘. Die Texte Theodor Haubachs zeichneten

---

<sup>20</sup> Gespräch P.Z. mit Henry Winterberg, Jg. 1913, am 1.7.1999.

sich häufig dadurch aus, daß sie ihren interessegeleiteten Duktus nicht verbargen. Sie signalisierten, daß der Autor mit ihnen Wirkung zu erzielen beabsichtigte, er wollte die Leserschaft informieren, überzeugen, herausfordern. Als markantes Merkmal ist weiter festzuhalten, daß sie oft nicht auf Diskussion oder intellektuell bestimmte Auseinandersetzung angelegt waren, sondern einen appellativen Grundton hatten. Derartige Beiträge lassen es zwar zu, die Position des Produzierenden generell zu bestimmen, ihre Differenzierungen und Facetten werden jedoch durch diese spezifische Gestaltung eher verstellt.

Die eben formulierte Charakterisierung trifft zwar auf einen großen Teil der Veröffentlichungen Haubachs zu, kann jedoch nicht generalisiert werden. In einer Reihe von Texten entwickelte er essayistisch und in der Absicht, sich am aktuellen Diskurs zu einem Problem zu beteiligen, seine politischen Vorstellungen differenzierter, wenn er sich auch fast durchgängig einer bemüht-intellektualistischen Sprache bedient. Das Feld der politischen Zielvorstellungen und der von ihm realisierten Muster politischen Handelns sind mit den jeweils zugehörigen Kontexten – u.a. der Struktur der Organisationen, der innenpolitischen Situation – erweist sich als rekonstruierbar. Eine weitere Ebene, nämlich beispielsweise die Darstellung individueller Motive für seine grundsätzliche Positionierung, für vorgenommene Veränderungen im Vorgehen oder für in bestimmter Weise getroffene Entscheidungen an wichtigen Knotenpunkten, werden in den vorliegenden Materialien nur selten thematisiert, sie können für manche – jedoch nicht für alle – Situationen in der vergleichenden Analyse unterschiedlicher Texte und Aussagen erschlossen werden. Es fehlen persönliche Papiere wie etwa Tagebuchaufzeichnungen oder die Korrespondenz mit einem Freund, der ihm als ebenbürtiger Partner in diesem Bereich erschien und mit dem er einen offenen Austausch hätte initiieren, auch Bedenken, Skrupel, Kursänderungen äußern können – Alma de L'Aigle konnte diese Rolle nicht wahrnehmen.

Damit sind einige wesentliche Aspekte genannt, die sich durch die Quellenlage als spezifisch für die Auseinandersetzung mit der Persönlichkeit und mit dem politischen Wirken Theodor Haubachs herausstellten. Trotz der aufgezeigten Defizite war eine biographische Annäherung zu leisten, die differenziert genug ist, um durch eine exaktere und vielschichtigere, dabei kritisch-abständige Darstellung Haubachs das unscharfe, manchmal hagiographisch überhöhte und von groben Etikettierungen geprägte Bild der bisher vorliegenden Darstellungen zu korrigieren. Ein zweiter Motivkreis, der der Entstehung dieser Studie zugrunde liegt, ist in der zunächst allgemeinen Fragestellung begründet, in welchem Umfang und auf welche Weise individuelle Lebensgeschichte zur Deutung zeitgeschichtlicher Ereignisse und Strukturen beizutragen vermag. Die vorliegende Darstellung akzentuiert die (gesellschafts-)politischen Aktivitäten Haubachs, die zwar breit gefächert, aber von den Vorgaben des parlamentarischen Systems geprägt sind. Diese Beschränkung bzw. Zentrierung erklärt die Bezeichnung als ‚politische Biographie‘. Haubach engagierte sich in Verbänden und Zirkeln, die sich übereinstimmend für den Erhalt der deutschen Republik einsetzten. Sie stemmten sich gegen deren ‚Auflösung‘, die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beendete jäh die Anstrengungen und die Hoffnung auf eine stabile demokratische Entwicklung.

Der genaue und zunächst isolierte Blick auf ein Individuum in diesem Bündel von Organisationen, die Darstellung seiner Intentionen und seines konkreten Einsatzes

geben die Basis ab. Hartmut Soell übernimmt für diesen Zusammenhang den Terminus Norbert Elias' des ‚Ereignisfeldes‘, auf dem eine „politisch-soziale Bedingungsstruktur“ und eine auf das Individuum bezogene existieren. Die Aufgabe der biographischen Analyse müsse darin bestehen, so Soell, sich „mit der Interdependenz beider Ebenen“ zu beschäftigen.<sup>21</sup> Bezogen auf die ‚politische Biographie‘ Haubachs bedeutet dies, daß zu der individuellen lebensgeschichtlichen Grundlage sein Ort in der Partei bzw. in den verschiedenen Verbänden zu bestimmen ist. Zu fragen ist beispielsweise nach den Akzenten inhaltlich-konzeptioneller Art, die er setzen konnte, oder nach seiner Widerstandskraft gegen innerverbandliche Bürokratie. Erst die Ergebnisse dieses Analyseschrittes können zusammengenommen Material bereitstellen, um auf einer stärker generalisierten Ebene z.B. zur Erörterung der Frage beizutragen, warum die erste deutsche Republik letztlich zerbrach.

Neben den genannten Motiven gab es einen weiteren Impuls, der Lebensgeschichte Haubachs intensiver nachzugehen. Er entwickelte sich aus der – zunächst oberflächlichen – Kenntnis seiner Lebensdaten und wichtiger biographischer Segmente. Der Geburtsjahrgang 1896 signalisiert familiäre und schulische Sozialisations-einflüsse in einem ‚wilhelminisch‘ geprägten Umfeld. Welche unterschiedlichen, welche möglicherweise widerstreitenden Elemente prägten ihn und lassen sich aus der zeitlichen Distanz feststellen, obwohl - wie bereits ausgeführt – die Quellenlage zum persönlichen, ‚intimen‘ Bereich als ungünstig zu bezeichnen ist? Diese Analyse der „historischen Bedeutung generationeller Erfahrungen“ hat kürzlich Ulrich Herbert erneut als wissenschaftliche Herausforderung hervorgehoben.<sup>22</sup> Es ist in diesem Kontext die Frage zu stellen, welche kulturell, sozial oder politisch geprägten Merkmale sind in den verschiedenen Lebensphasen nicht mehr nachvollziehbar, welche blieben erhalten und beeinflussten Verhaltensmuster weiterhin. Theodor Haubach repräsentierte sowohl den ‚Arbeiterführer‘, der in großen Versammlungen für die ‚sozialistische Idee‘ und den Bestand der Republik vehement focht wie auch den bürgerlichen Intellektuellen, der der geistvollen Diskussion zugetan war und mühelos deutsche Klassiker oder griechische Philosophen ausführlich zu zitieren vermochte. Es muß nach den Wurzeln der zugrunde liegenden Dispositionen gefragt werden, und es ist anhand des vorliegenden Materials zu analysieren, welche dieser Kräfte konstitutiv für seine politische Arbeit, für seine ‚politische Biographie‘ wurden.

Die Suche erfolgt im ersten Kapitel der Arbeit, sie konnte jedoch wegen des bereits erwähnten Mangels an Zeugnissen zur persönlichen Lebensführung Haubachs nur wenige Faktoren eindeutig bestimmen. Dabei sind in allen seinen Lebensphasen latent, zumeist aber markant an der Oberfläche liegend Hinweise auf eine ‚bildungsbürgerliche‘ Prägung nachweisbar. Es ist ein kurzer Exkurs notwendig, um den im Laufe der gesamten Arbeit und zwar sowohl in den darstellenden wie in den analysierenden Passagen wegen seiner zentralen Bedeutung wiederholt benutzten Terminus zu klären. Einer gründlichen Analyse wurde das Phänomen wie die Verwendung des Begriffs ‚Bildungsbürgertum‘ in der Historiographie und angrenzenden Wissenschaftsbereichen u.a. in einem von Jürgen

<sup>21</sup> Soell, Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bde., Berlin/ Bonn-Bad Godesberg 1976, Bd. II, S. 1003.

<sup>22</sup> Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903 – 1989, ungekürzte Studienausg. d. Originalausg. 1996, Bonn 2001, S. 19.

Kocka herausgegebenen Werk unterzogen. In seinem Beitrag regt Kocka selbst resümierend an, diesen Begriff für den Diskurs aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen „gleichsam in Anführungsstrichen“ zu gebrauchen, gesteht allerdings zu, daß er durchaus retrospektiv kategorisierend eine Funktion erfüllen könne.<sup>23</sup> In diesem Sinne wird der Terminus im Verlauf der Arbeit dann zur Klärung genutzt, wenn er diese spezifische gesellschaftliche Gruppierung beschreibt, die sich signifikant von anderen bürgerlichen Formationen durch ihre inhaltlichen Vorstellungen, ihre Rituale und eigene Formen der Lebensäußerungen abhob bzw. durch die sie sich auch – distinktiv – von ihnen abzugrenzen suchte. Sie ist zu kennzeichnen durch eine relativ heterogene Zusammensetzung hinsichtlich der ausgeübten Berufe wie der Einkommen der Menschen, die ihr zugerechnet werden. Integratives Moment und Grundlage ihrer Lebensentwürfe ist der „Besitz und die Verwertung von Bildung (oftmals in Form von Patenten)“. Hingegen entwickelten sich im Rahmen des ‚Besitzbürgertums‘ Lebensperspektiven aus der innerfamiliären Tradierung von Besitz. Kocka definiert das Bildungswissen als „ein säkularisiertes, normativ durchwirktes und auch von ästhetischen Urteilen durchzogenes Wissen, das nicht primär spezialisiert und instrumentell“ gewesen sei.<sup>24</sup> Dieser Fundus entwickelte eine die Gruppe konstituierende Kraft und wirkte als ‚Kapital‘, um hier bereits einen von Pierre Bourdieu eingeführten Terminus zu nutzen, im Kampf um gesellschaftlichen Einfluß. Damit ist zugleich auf die vergesellschaftende Wirkung und das gesellschaftliche Potential des ‚Bildungsbürgertums‘ verwiesen. Ihre Mitglieder verband das Bewußtsein, das bestimmende geistige Kraftzentrum zu repräsentieren, das sich durch die Wahrung traditioneller Bildungsgüter zugleich rechtfertigte und konkretisierte. Damit werde, so ihre Selbsteinschätzung, eine zentrale nationale Aufgabe erfüllt, Führungspositionen in Gesellschaft und Staat müßten ihnen folglich fast zwangsläufig zufallen und ließ ihre Mitglieder „Ansprüche auf besondere gesellschaftliche Hochschätzung“ nachhaltig signalisieren.<sup>25</sup> Die ‚Bildungsbürger‘ waren wegen ihrer besonderen Voraussetzungen zweifellos in der Lage, diese Ansprüche überzeugend zu begründen bzw. zu verbalisieren und taktisch wie strategisch angemessen wirkungsvoll vorzugehen.<sup>26</sup> In eine politische Dimension wurde mit der Forderung – den Vorstellungen Max Webers folgend – eingetreten, Mitglieder dieser Gruppierung gezielt in einflußreichen Positionen der Parteien und des Staates zu etablieren; darauf wird in einem der Die Generation, der Theodor Haubach angehört, wurde in eine Zeit des Umbruchs hineingeboren, in der sich nach der Hypothese u.a. Jürgen Kockas, Hans-Ulrich Wehlers und Wolfgang J.Mommsens die traditionellen Formen und Zuordnungen des Bürgertums bereits in der Auflösung befanden. Derart historisch gewachsene und als verbindlich internalisierte Strukturen eines bestimmenden ‚Lebensgefühls‘ sind selbstverständlich nicht gleichsam mit einem Knopfdruck außer Kraft zu setzen. Einmal sprechen einige Anzeichen dafür, daß sich das Bildungsbürgertum

---

<sup>23</sup> Kocka, Jürgen (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV. Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation. Stuttgart 1989, S. 9 – 20: Einleitung, S. 17.

<sup>24</sup> Ebd., S. 10.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Im Rahmen dieser Arbeit wird neben dem Terminus ‚Bildungsbürgertum‘ auch der nach Kocka international üblichere Begriff ‚Intelligenz‘ – vgl. Kocka, Bildungsbürgertum, S. 18 – oder Ableitungen von beiden verwendet.

eher intensiver seiner Mittel und damit seines Kraftzentrums bewußt zu werden versuchte, um sie zur Abwehr eines Erosionsprozesses zu instrumentalisieren – auch die Etablierung und Unterstützung des ‚Wandervogels‘, der im folgenden Kapitel thematisiert wird, kann als eine substituierende Maßnahme eingeordnet werden. Zum andern mögen sich Stabilität und Konsistenz dieser bürgerlichen Formation verändert und möglicherweise abgeschwächt haben, die Ideale blieben gleichwohl erhalten. In den von Theodor Haubach hinterlassenen Spuren, in seinen Texten und in den Berichten aus seinem Bekanntenkreis, läßt sich eine Fülle von Hinweisen auf ein bildungsbürgerlich orientiertes Verhalten finden. Fast idealtypisch läßt sich auf ihn die Definition Rainer M. Lepsius‘ übertragen, der als kennzeichnend für den Bildungsbürger ansieht, daß dieser „nicht nur Bildung konsumiert, sondern in einer disziplinierten Lebensführung sich in den Dienst einer kontinuierlichen und rationalen Bildungsmehrung stellt.“<sup>27</sup> Diese Komponente blieb offenbar als generationelle Prägung erhalten – zu den Sozialisationsagenten Mutter und Gymnasium trat bei Haubach früh ein individuell-spezifisches Bemühen um Anschluß an Gesellungsformen bildungsbürgerlich geprägter Jugendlicher.

Aus dieser Tatsache ergibt sich eine weitere gewichtige Aufgabenstellung für diese Studie. Es ist zu untersuchen – soweit es situativ die Materiallage zuläßt –, welche Äußerungsformen und interaktive Wirkungen sich diesem Kriterium zuordnen lassen, und es wird nach Hinweisen, nach dem ‚Abdruck‘ dieses bedeutenden Elements seiner Grundeinstellung in der konzeptionellen und praktischen politischen Arbeit gesucht. Welche Art der Spannung entstand, so ist zu fragen, durch den Beitritt des Bildungsbürgers in eine Arbeiterpartei, und zwar für ihn selbst und für seine ‚Genossen‘? Der Fokus ist bei diesen Analyseansätzen allein auf die individuelle Situation Theodor Haubachs gerichtet, die Befunde können nicht ohne weiteres generalisiert werden. Ihre Ergebnisse sind allerdings geeignet, zusammen mit denen anderer Biographien vergleichend analysiert zu werden. Mit der Fixierung von Schnittmengen kann vielleicht der Lösung der Frage nach der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung des ‚Rüstzeuges Bildung‘ näher gekommen werden, indem mögliche Parallelen in der Lebensführung oder in der gesellschaftlichen Platzierung untersucht werden. Der vergleichend analysierende Blick vermag eventuell auch zu helfen, Divergierendes in den Lebensverläufen von Bildungsbürgern transparenter zu machen – wie etwa Weichenstellungen zu Beginn der Weimarer Republik, die einen Teil von ihnen in das Lager der nationalen Rechten, einen anderen in das der Linken gehen ließen.

Da die traditionellen Verfahren der Definition sozialer Gruppierungen und Schichten als nicht ausreichend differenziert erscheinen, wird der Versuch unternommen, die Kategorisierungen des französischen Soziologen Pierre Bourdieu zur exakteren Beschreibung und zur Deutung gruppenspezifischer Phänomene heranzuziehen. Dies ist vor allem realisierbar für die Phase des Heidelberger Aufenthaltes Haubachs, weil sich die Quellenlage für diesen Zeitraum als hinreichend dicht erweist. Bourdieus Ansatz unterscheidet sich sowohl von der Marxschen Vorstellung, die Klassenzugehörigkeit könne wesentlich durch die ökonomische Lage

---

<sup>27</sup> Lepsius, Rainer M.: Richard Lepsius und seine Familie – Bildungsbürgertum und Wissenschaft, in: Freier, Elke/Walter F. Reineke (Hrsg.): Karl Richard Lepsius (1810 – 1884). Akten der Tagung anlässlich seines 100. Todestages, 10. – 12.7.1984 in Halle (Schriften zur Geschichte und Kultur des alten Orients; Bd. 20), Berlin 1988, S. 29 – 52, S. 31.

beschrieben werden und von der Max Webers, der zur ‚Klasse‘ als Differenzierungsmerkmal noch die ständische Zugehörigkeit – er benutzt auch den Begriff der „Lebensführung“<sup>28</sup> – nennt, indem er eine mehrdimensionale Raum- bzw. Feldtheorie einführt.<sup>29</sup> Sie erlaubt eine eindeutigere Positionsbestimmung des Individuums und zeichnet sich dadurch aus, daß sie dynamische Prozesse integriert und sich damit deutlich von deterministisch ausgerichteten Modellen absetzt. Auf die Struktur dieses Ansatzes wird im Rahmen eines Kapitels so weit eingegangen, wie es für den Kontext dieser Arbeit notwendig erscheint.

Im Anschluß an die Diskussion des Bildungsbürger-Begriffs sei auf den von Bourdieu eingeführten Terminus des „Sozialkapitals“ verwiesen, mit dem er u.a. die Konsistenz und die intern ablaufenden dynamischen Prozesse erklärt, die jedes „Netz“ von Individuen, also von Familien, Gruppen oder Formationen, bestimmen. Die individuell eingebrachten Investitionen bilden den Grundstock der Ressourcen einer Gruppe, sind aber nicht einfach addierbar zu einer Art ‚Gesamtkapital‘. Vielmehr werden von den einzelnen Mitgliedern bei etwa gleichen Voraussetzungen „sehr ungleiche Ergebnisse“ erzielt. Abhängig ist dies von der ihrer Fähigkeit oder Bereitschaft, andere für sich zu mobilisieren. Die Zugehörigkeit zu gleich welcher Formation setzt also die Investition bzw. den Austausch von Individualbeiträgen voraus, das dabei ‚erwirtschaftete‘ Gesamt-Kapital „dient ihnen allen gemeinsam als Sicherheit und verleiht ihnen – im weitesten Sinne des Wortes – *Kreditwürdigkeit* [wie i. Orig., P.Z.]“<sup>30</sup> Die Zugehörigkeit zur Formation der Bildungsbürger konkretisierte sich in ‚Jours‘, in ‚Cercles‘ oder vergleichbaren Gesellungsformen. Die Versicherung gegenseitiger Anerkennung und die ständigen Akte des Austausches reproduzieren das Sozialkapital und vertiefen auf diese Weise die Identifizierung jedes einzelnen Mitglieds mit den Interessen und Zielen der Gruppe. Gemeinsam werden so die Grenzen der Gruppe gegenüber anderen abgesteckt, und „jedes Gruppenmitglied wird so zum Wächter über die Gruppengrenzen“.<sup>31</sup> Damit ist eine mögliche Erklärung für die Wurzeln kollektiven distinktiven Verhaltens gegeben, die sich – der generalisierende Ansatz Pierre Bourdieus sei noch einmal hervorgehoben – auch für andere soziale Formationen operationalisieren ließe.

Wie bereits dargelegt konnte sich bei den Vorarbeiten für die vorliegende Untersuchung kaum auf Literatur, die wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird, zurückgegriffen werden. Die Darstellung orientiert sich weitgehend an der Chronologie des Lebensverlaufs Theodor Haubachs. Wie andere Biographen der jüngsten Vergangenheit greift auch Friedrich Lenger den u.a. vehement von Pierre Bourdieu formulierten Vorbehalt auf, die traditionelle Form der Biographie konstituiere das Leben ‚als Ganzes‘ und halte an der Fiktion von einheitlich gestalte-

<sup>28</sup> Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 538.

<sup>29</sup> Aus dem umfangreichen Werk seien hier genannt: Bourdieu, Pierre: *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht*, Frankfurt/M. 1981; ders.: *Sozialer Raum und ‚Klassen‘*. Zwei Vorlesungen, Frankfurt/M. 1985; ders.: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 658), 11. Aufl., Frankfurt/M. 1999.

<sup>30</sup> Bourdieu, Pierre: *Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital*, in: Ders.: *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik & Kultur 1*, hrsg. v. Margareta Steinrück, S. 49 – 79, Hamburg 1992, S. 76.

<sup>31</sup> Ebd., S. 65 f.

ten Lebensgeschichten fest.<sup>32</sup> Es ist zwingend notwendig, diese Gefahr wahrzunehmen und ihr die Vielfalt kontextueller Aussagen wie einen wissenschaftlich-kritischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Quellentexten unterschiedlicher medialer Träger entgegenzusetzen. Der oben dargestellte Mangel an authentischem Material zu bedeutsam erscheinenden Abschnitten, Weichenstellungen oder Knotenpunkten im Leben Theodor Haubachs verhindert per se eine allzu wagemutige Wahrnehmung oder gar Konstruktion von dominierenden ‚Linien‘ und Strukturen. Hinzu kommt, daß die intensive Suche nach Materialien und die Auseinandersetzung mit auch eher abgelegenen Zeugnissen zunehmend den Eindruck wachsen ließ, Haubach habe bewußt einige Bereiche seiner persönlichen Existenz selbst gegenüber guten Bekannten oder Freunden abschirmen wollen und können. Das ist auch aus der zeitlichen Distanz zu respektieren.

Diese Studie will einen Beitrag als ‚politische Biographie‘ leisten. Die Aufgabenstellung erklärt sich aus der spezifischen Verortung Haubachs im politischen Feld während des größten Teils seines Lebens. Die Vielfalt seiner Aktivitäten ist als bemerkenswert zu qualifizieren, ihre Dichte und die damit verbundene, offenkundige Zielstrebigkeit auch. Haubach wollte auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung Einfluß nehmen. Die innenpolitische Situation der Weimarer Republik bildet also das Feld ab, das er für seine Zielvorstellungen, seine konzeptionellen Entwürfe und für seine Aktivitäten vorfand und in das er einzugreifen beabsichtigte. Auch wenn Theodor Haubach – um eine Formulierung des Eingangssatzes neu aufzunehmen – (noch) nicht zur ersten Reihe der politischen Führungskader zu zählen war, so konnte er sich doch in einflußreichen Positionen etablieren, von denen aus er sich verbal und handelnd ‚einzumischen‘ suchte. Über die Auseinandersetzung mit seinem Wirken ist der Blick in das Innenleben bedeutender republikanisch orientierter Verbände und Organisationen möglich. Personale Netze sind erkennbar und sichtbar zu machen, innerparteiliche bzw. innerverbandliche Probleme beispielsweise in der zentralen Frage, wie der Kampf um die Republik zu führen sei, sind zumindest in Teilen anhand der von Theodor Haubach hinterlassenen Spuren nachzuvollziehen.

Mit dieser Untersuchung sollen jedoch nicht allein strukturelle Erscheinungen einer Person und eines Abschnitts der Zeitgeschichte aufgehellt, präzisiert oder modifiziert werden, sondern das ‚biographische Material‘, das zu Theodor Haubach überliefert ist, als ein signifikantes historisches Element gewichtet werden. Der Lebensweg Haubachs von der Jugendzeit im Wilhelminischen Staat über seinen Einsatz im Ersten Weltkrieg, seine intensive Teilnahme am politischen Leben der Weimarer Republik sowie die aktive Beteiligung an politischer Untergrundarbeit während der nationalsozialistischen Herrschaft ist sicherlich nicht als – bruchlose Existenz vorgebender – ‚Bogen‘ zu beschreiben, deutlich wird dennoch die „Bedeutung generationeller Erfahrungen“, die sich in „Lebensgeschichten vor allem als langfristig prägend herausstellten und soziale und politisch definierte Grundeinstellungen häufig zu transzendieren schienen.“<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Lenger, Friedrich: Werner Sombart 1863 – 1941. Eine Biographie, 2. Aufl., München 1995, S. 15. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang: Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, I (1990), S. 75 – 81.

<sup>33</sup> Herbert, Best, S. 19. Herbert nimmt hier Überlegungen Detlev J.K. Peukerts auf.

## 1. Kindheit und Jugend: Elternhaus – Schule – ‚Wandervogel‘

Theodor Haubach wurde am 15.9.1896 in Frankfurt/M. geboren. Die Ergebnisse des Versuchs, einige wesentliche Daten zur Genealogie und zur ersten Kindheitsphase zusammenzutragen, weisen mögliche Bruch- und Spannungslinien auf, die bestimmend für die Sozialisation gewesen sein mögen. Sie zu diskutieren und angemessen differenziert zu gewichten, kann nicht, wie in der Einleitung dargestellt, Aufgabe dieser Untersuchung sein, da die Quellengrundlage sich durchgängig – so auch zu den ersten Lebensabschnitten - als lückenhaft darstellt, wenn es um Haubachs im engeren Sinn ‚persönliche‘ Lebensumstände geht. Es lassen sich gleichwohl einige bestimmende Persönlichkeitsmerkmale durch das vorliegende Material, seinen Kontext und im Ausblick auf die unmittelbar folgenden Lebensabschnitte Haubachs umreißen.

Der Vater Emil August Justus Haubach, 1854 geboren, wuchs in Gießen auf. Die väterliche Ahnenliste läßt erkennen, daß mit dem Großvater in dieser Linie der Schritt vom Stand kleiner Bauern und abhängig beschäftigter Handwerker hin zur selbständigen Handwerk- und Kaufmannschaft in urbanem Umfeld vollzogen wurde. Der Großvater Theodor Jakob Haubach wurde 1841 als Bürger der Stadt Gießen aufgenommen.<sup>34</sup> Mit seiner Eheschließung im Jahr 1846 heiratete er in die seit dem 17. Jahrhundert in der Stadt ansässige, wohlhabende Metzgerfamilie Lony ein.<sup>35</sup> Als Berufsbezeichnung nennt das Gießener Adreßbuch für die Jahre 1878 und 1881 „Instrumentenmacher“.<sup>36</sup>

Der Vater Theodor Haubachs war als selbständiger Kaufmann tätig. Im Adreßbuch der Stadt Frankfurt/M. für das Jahr 1895 findet sich der Zusatz „Kaffee en gros“.<sup>37</sup> Er heiratete im September 1895 Emilie Hirschfelder, die Mutter Theodor Haubachs. Sie entstammte einer jüdischen Familie aus Süddeutschland. Möglicherweise lernte Haubach sie als Schwester seines Kompagnons Erwin Hirschfeld kennen, den das eben zitierte Frankfurter Adreßbuch als seinen Geschäftspartner nennt. Er war nach Auskunft des Taufregisters von Wildbad der Bruder Emilies.<sup>38</sup> Die Verbindung Emils und Emilies barg zweifellos einige Brisanz. Ob tatsächlich in der Linie Haubach/Lony so viel „Offenheit“ auf der Grundlage „der liberalen Auffassungen des 19. Jahrhunderts“ bestanden, daß sie gar die Eheschließung befördern halfen, kann bezweifelt werden, zumal für eine derartige Behauptung keine Belege angeführt werden.<sup>39</sup> Beide Familien, die mosaischen wie die christlichen Glaubens, reagierten vermutlich mit großer Zurückhaltung, wenn nicht Abwehr. Darauf deutet auch die bemerkenswerte Tatsache hin, daß die Ehe am 7.9.1895 in Hamburg geschlossen wurde – weitab von dem familiären Umfeld

<sup>34</sup> Mitteilung des Stadtarchivs der Stadt Gießen v. 18.2.1999.

<sup>35</sup> Ahnenliste Theodor Haubachs, in: Der Herold, Bd. 11, 27 (1984), Sonderheft Juli 1984 zum Thema ‚Der Kreisauer Kreis. Das biographische und genealogische Bild einer Widerstandsgruppe‘, S. 50 f.

<sup>36</sup> Adreßbuch der Stadt Gießen v. 1878, S. 31, v. 1881, S. 34.

<sup>37</sup> Adreßbuch der Stadt Frankfurt/M. v. 1895, S. 279.

<sup>38</sup> Auszug aus dem Taufregister der Gemeinde Wildbad, Bl. 247. Kopie freundlicherweise zugesandt vom Evangelischen Pfarramt I, 75323 Bad Wildbad.

<sup>39</sup> Euler, Friedrich Wilhelm: Genealogisch-soziologische Auswertung, in: Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bearb. v. Wilhelm Ernst Winterhager, Berlin 1985, S. 52.

beider Partner. Nach den Hamburger Meldeunterlagen hielt sich der Vater Theodor Haubachs seit Anfang 1895 in Hamburg auf, wahrscheinlich als Kaffeegroßhändler aus beruflichen Gründen. Seine Ehefrau und er waren dann weiter bis zum 3.8.1896 in Hamburg gemeldet.<sup>40</sup> Beide zogen dann wieder nach Frankfurt/M., wo Theodor geboren wurde und bereits etwa vier Wochen nach diesem Ereignis, am 17.10.1896, der Vater Emil starb.

Es ist nicht vollständig aufklärbar, auf welche Weise Emilie Haubach ihrem Sohn und sich die notwendige Existenzgrundlage verschaffte. Vermutlich half ihr die eigene Familie, da sie sich einige Male auch über jeweils längere Zeit in Wildbad aufhielt.<sup>41</sup> 1903 zog Emilie Haubach mit ihrem Sohn nach Darmstadt. Sie lebten dort zunächst in finanziell eher schwierigen Verhältnissen, zumindest weisen das die offiziellen Angaben der Witwe aus.<sup>42</sup> Die Bedingungen verbesserten sich offenbar, nachdem ein Großonkel Theodors, der als Inspektor im Chemieunternehmen Merck angestellt gewesen war und aus der Familie des Vaters stammte, seit 1905 mit in der Wohnung der beiden lebte. Seiner späteren Haushälterin gegenüber erwähnte Theodor Haubach zudem als „Vormund“ einen Dr. Strauss, dem er zu großem Dank verpflichtet sei, weil er ihm das Studium finanziert habe.<sup>43</sup> Die überlieferten Informationen legen den Schluß nahe, daß sowohl Mitglieder der väterlichen wie der mütterlichen Familie der so früh verwitweten Mutter in ihrer schwierigen Situation halfen, auch wenn sie die Eheschließung möglicherweise nicht gebilligt hatten.

Theodor erhielt offenbar Gelegenheit, als Kind zu beiden elterlichen Familien Kontakte aufzunehmen. Die enge Bindung an die Mutter und deren Familie sensibilisierten ihn vermutlich in besonderer Weise für antisemitische Ressentiments, die im Alltag und in der Politik als Kontinuum deutscher Geschichte auch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik nachweisbar sind. Zwei Postkarten sandte er im Jahr 1919 aus „Giessen“ an den von ihm verehrten Schriftsteller Fritz Usinger – eine Karte mit dem Aufdruck „Haubach & Comp., Gießen, Cigarren-Fabrik“ -, sie stellen allerdings die einzig belegbaren Hinweise dar, daß er auch nach dem Kindes- und Jugendalter verwandtschaftliche Beziehungen aufnahm.<sup>44</sup> Bedeutung hatte für die Entwicklung Haubachs sicher die Tatsache, daß er vaterlos aufwuchs. Die männliche Bezugsperson im familialen Umfeld war der bereits 1829 geborene Großonkel, der eher ein Großvater- als ein Vaterersatz sein konnte. Offen muß in diesem Zusammenhang bleiben, in welcher Weise sich diese spezifische Konstellation in der Sozialisation Haubachs manifestierte. Hervorzuheben und belegbar ist jedoch, daß sich eine außerordentlich enge Verbindung von Mutter und Sohn

---

<sup>40</sup> Mitteilung des Staatsarchivs Hamburg v. 6.3.2000. Einigermaßen überraschend: Die angegebenen Daten lassen den Schluß zu, daß Theodor Haubach sich ‚vorgeburtlich‘ bereits in Hamburg aufgehalten hatte, bevor er im Frühjahr 1923 in die Stadt zurückkehrte, um dort eine Stelle am Institut für Auswärtige Politik anzutreten.

<sup>41</sup> Mitteilung des Amtmanns Hoferichter, Stadtarchiv Darmstadt, v. 13.2.1986, S. 1. Nach seiner Auskunft hielt sich Emilie Haubach zwischen 1895 u. 1900 überwiegend in Frankfurt/M. auf, dann folgten Aufenthalte in Genf und Montreux, zwischen 1901 u. 1903 in Wildbad.

<sup>42</sup> Ebd., S. 2: Dem „Einkommen aus Vermögen und Erwerbstätigkeit“ im Jahr 1903 „2700 Mark“ stand allein für die Wohnung eine Miete von 650 Mark gegenüber.

<sup>43</sup> Edenhofer, Monika: Mein Chef Doktor Haubach, in: Hammer, Theodor Haubach, S. 54 – 56, S. 54 f.

<sup>44</sup> PK Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 30.1.1919 u. v. 2.5.1919, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriftenabteilung.

konstituierte. Nur mit Ausnahme einiger weniger Jahre lebten sie gemeinsam in einer Wohnung. Die Mutter folgte dem Sohn mit zweijähriger Verzögerung nach Hamburg und zog mit ihm 1929 nach Berlin, um ihm auch dort bis zu ihrem Tod 1939 den Haushalt zu führen. Während der nationalsozialistischen Herrschaft scheint die jüdische Herkunft der Mutter kein Anlaß für Repressalien gewesen zu sein. Zu erklären ist diese Tatsache einmal dadurch, daß die systematische Verfolgung der jüdischen Bürger erst 1941 einsetzte, zudem fand Haubach möglicherweise einen Weg, diese Tatsache ‚zu verwischen‘; selbst ihm nahestehende Bekannte wußten nicht, daß Emilie Haubach einer jüdischen Familie entstammte.<sup>45</sup>

Die überlieferten Briefe Emilie Haubachs an Alma de L’Aigle, die eine enge Freundin Theodors bis zu seinem Tod blieb - in den folgenden Kapiteln wird auf sie näher eingegangen werden -, weisen die Mutter als energisch-kraftvolle Persönlichkeit aus, die den Sohn mit ihrer mütterlichen Liebe geradezu verfolgte und ihn an sich zu binden suchte. Zwei Jahre der Trennung von ihm, in der ersten Phase der Übersiedlung Haubachs nach Hamburg nämlich, scheinen ihr außerordentlich zugesetzt zu haben. So instrumentalisierte sie Alma mit dem Hinweis, daß „Theo“ es nicht so sehr schätze, Briefe zu schreiben – „zumal Familienbriefe sind nicht sein Fall“ -, ihr doch „Näheres über Theo’s Tun & Lassen zumal über sein Wohlbefinden“ mitzuteilen.<sup>46</sup> Wenig später mahnte sie Alma: „Was machen Theo’s Strümpfe? Und sorgen Sie ein bißchen für ihn?“<sup>47</sup> Im Herbst des Jahres berichtete Emilie, daß „meinem großen Jungen“ in Heidelberg ein Mißgeschick passiert sei, bei dem er von einem Mann betrogen worden sei: „Ich mußte schleunigst Geld schicken.“<sup>48</sup> Wie sehr die Mutter in den folgenden Jahren die Bindung zu ihrem Sohn zu stabilisieren und zu verteidigen versuchte, macht der Vorwurf Almas an die Adresse Theos deutlich, er habe sich „unwürdig“ verhalten, weil er ein Treffen der beiden in Travemünde vor der Mutter geheimgehalten habe.<sup>49</sup> Haubach lavierte wahrscheinlich nicht nur in diesem Fall gegenüber seiner Mutter und ertrug deren Eifersucht, weil er durch ihren Einsatz freigehalten wurde von täglichen, ihm lästig erscheinenden Pflichten, er sie allerdings fernhielt von seinen außerhäuslichen Wirkungsfeldern.<sup>50</sup>

Obwohl zu vermuten ist, daß trotz der Unterstützung durch den Verwandten die finanziellen Mittel eher beschränkt blieben, bemühte sich Emilie Haubach darum, einen bürgerlichen Lebensstil zu repräsentieren. Ein Indiz für diese Annahme ist

---

<sup>45</sup> Gespräch P.Z. mit Frau Bettina Hiob, ehemals: Nickel, v. 18. u. 20.1.2000. Nach 1936 war sie Sekretärin im Betrieb Viktor Bauschs, in dem auch Haubach arbeitete. Mit anderen, u.a. auch Frau Hiob, nahm Haubach ab 1939 an regelmäßigen Kegelabenden teil. Unter den Teilnehmern waren einige, die offen über ihre ‚nicht-arische‘ Herkunft sprachen, Theodor Haubach wollte die seiner Mutter offenbar geheim halten.

<sup>46</sup> Brief Emilie Haubach an Alma de L’Aigle v. 17.4.1925, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de L’Aigle, N 1021, Bd. 15.

<sup>47</sup> Brief Emilie Haubach an Alma de L’Aigle v. 3.5.1925, in: Ebd.

<sup>48</sup> Brief Emilie Haubach an Alma de L’Aigle v. 6.10.1925, in: Ebd.

<sup>49</sup> Brief Alma de L’Aigle an Theodor Haubach v. 6.10.1929, in: Ebd., Bd. 14.

<sup>50</sup> In welchem Maße selbst Details des Lebens Haubachs posthum verklärt und damit einem analytischen Zugriff entzogen wurden, mag folgende Charakterisierung eines engeren Bekannten Haubachs beleuchten: „Niemand hat es eine lautere, sorgsamere, inniger liebende und zu jedem Opfer bereitere Mutter gegeben, und niemals gab es einen Sohn, der dankbarer und anhänglicher zu seiner Mutter gewesen ist.“, in: Poller, Walter: Gedenkblatt für Theodor Haubach. Gedenkfeier am 23. Januar 1954 in Hamburg, Frankfurt/M.-Dortmund 1955, S. 11.

an der Tatsache ablesbar, daß sie ihren Sohn Theodor am renommierten humanistischen Gymnasium Darmstadts, dem Ludwig-Georgs-Gymnasium, anmeldete. Als Beruf des Vaters war in den Unterlagen der Schule „Großkaufmann“ angegeben. Damit war eine gesellschaftliche Positionierung vorgegeben, mit der man sich neben den Söhnen eines Majors, eines Geheimen Regierungsrates, eines Geheimen Medizinalrates, eines Geheimen Oberkonsistorialrates, eines Lehrers oder eines Geheimen Baurates und Professors an der Technischen Hochschule gerade noch behaupten konnte.<sup>51</sup>

Darmstadt war in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sehr schnell gewachsen und hatte 1914 etwa 86000 Einwohner. Wegen ihrer Doppelfunktion als Landeshauptstadt und Residenzstadt des Großherzogs war der Anteil an Beamten und Angestellten hoch. Hinzu kam ein erheblicher Personalsockel, da Darmstadt auch Garnisonsstandort war. Neben Handwerk und Gewerbe, die stark repräsentiert waren, wuchs die Arbeiterschaft seit 1890 in außerordentlichem Tempo an. Die SPD und das Gewerkschaftskartell der Stadt, das 23 lokale Gewerkschaften und Arbeitervereine umfaßte, suchten ausgleichend auf die sich entwickelnden sozialen Spannungen einzuwirken. Die SPD gehörte zum Bild der Stadt und wurde in der letzten Landtagswahl vor dem Ersten Weltkrieg zur stärksten politischen Kraft.<sup>52</sup> In einer Studie, die die Bildungschancen im 19. Jahrhundert untersucht, wurden die Daten von zwei Klein- bzw. Mittelstädten, Minden und Duisburg, zugrunde gelegt.<sup>53</sup> Die wirtschaftliche und soziale Struktur Darmstadts stellt – generell verglichen – eine Mixtur aus beiden dar, die Ergebnisse der Untersuchung sind mithin in ihren feinen Zuordnungen nicht übertragbar.

Einige der allgemeinen Befunde sind allerdings auch für Darmstadt als gültig anzusehen. So ist ein Anteil der männlichen höheren Schüler (ohne Mittel- bzw. Realschulen) von 10 – 17 % anzunehmen, der bei Großstädten bis zu 20 % ansteigen konnte.<sup>54</sup> Eindeutig ist auch die Aussage zu treffen, daß die „Oberschicht“, unter die auch „Bildungsbürger“ und „Besitzbürger“ subsumiert werden, je nach Anteil der „Bildungsbürger“ und nach Schulangebot, von 65 % bis zu 100 % „ihre Söhne“ auf die höhere Schule schickte. Die Ergebnisse der Untersuchung weisen ferner aus, daß 25 % von Söhnen aus den „Mittelschichten“ (hier: u.a. kleine Kaufleute, Handwerksmeister, mittlere Beamte und Angestellte) höhere Schulen besuchten. Die „Unterschichten“, auch Söhne kleiner Beamter und Angestellter, waren um die Jahrhundertwende an den höheren Schulen kaum quantifizierbar vertreten.<sup>55</sup> Angehörige der Mittelschichten, denen sich Emilie Haubach zurechnete, nahmen gegen den Hintergrund bestehender gravierender Ungleichheit der Bildungschancen die Option des Besuchs einer höheren Schule für ihre Söhne nur zu 20 – 35 % wahr. Die Entscheidung, Theodor auf *das* humanistische Gymnasium, das Ludwig-Georgs-Gymnasium, am Ort zu schicken, läßt den Willen der

---

<sup>51</sup> Jahresbericht des Großherzoglichen Ludwig-Georgs-Gymnasiums Darmstadt, Ostern 1914 bis Ostern 1915, Darmstadt 1915, S. 8. Die Berufsbezeichnungen sind der Liste der Schüler entnommen, die mit Haubach im April bzw. August 1914 das Abitur bestanden.

<sup>52</sup> Die Daten dieses Abschnitts sind der zusammenfassenden Darstellung entnommen in: Stöcker, Michael: >Augusterlebnis 1914< in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Magisterarbeit TH Darmstadt, Darmstadt 1994, S. 14 – 17.

<sup>53</sup> Lundgreen, Peter/Margret Kraul/Karl Ditt: Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1988.

<sup>54</sup> Ebd., S. 117.

<sup>55</sup> Ebd., S. 120 f.

Mutter erkennen, ihm ein breiteres Spektrum an Chancen zu ermöglichen. Voraussetzung für diesen Impetus mag das Bewußtsein gewesen sein, sich unabhängig von finanziell eher bescheidenen Verhältnissen dem Bürgertum, einer ‚gehobenen‘ gesellschaftlichen Schicht zuzuordnen, deren Bildungspotential sie offensiv zu nutzen suchte, um den in ihrer wie in der Familie des Ehemannes gewachsenen Willen zu sozialem Aufstieg auch für den eigenen Sohn wirksam werden zu lassen.

Theodor Haubach konnte damit an der von Wilhelm von Humboldt zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeleiteten Entwicklung teilhaben, die das Gymnasium breiteren Bevölkerungsschichten hatte öffnen sollen. Die Vision, allen Menschen die gleichen Bildungschancen zu bieten, blieb freilich Illusion. Die oben zitierten Zahlen zu den Anteilen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten am Besuch des Gymnasiums weisen dies schlagend aus. Um 1880 beschied dann auch ein Lehrer des Darmstädter Ludwig-Georgs-Gymnasiums hochfliegende Erwartungen mit dem Hinweis, daß die einzelnen Schulformen „ihren Wirkungskreis auf diejenigen Elemente beschränken [sollten], die ihnen naturgemäß zufallen.“<sup>56</sup> Die Direktoren der Gymnasien wirkten auf die Zusammensetzung der Schülerschaft ein, indem sie die sogenannten ‚Freistellen‘, also die von der Zahlung eines Schulgeldes befreiten Plätze, gezielt an die Söhne einer bildungsaufgeschlossenen Bürgerschicht, vor allem Theologen und Philologen, vergaben. Damit öffneten sie diese Schulform zwar neuen bürgerlichen Schichten, konnten jedoch durch diese Selbstrekrutierung zugleich regulierend wirken. Sie „trugen damit zur Entstehung jener Schicht bei, die [...] ihr Wissen als kulturelles Erbe“ vorwiegend innerhalb der eigenen Kreise weitergab.<sup>57</sup>

Als Folie - zugleich Impulsgeber, Vehikel und Medium – für den Anspruch eines umfassenden Bildungskonzepts des Gymnasiums dienten neuhumanistische Vorstellungen. Es sollte dazu dienen, soziale Barrieren zu beseitigen und in der Absage „an das vom lateinischen Geist Roms geprägte Frankreich“ die vom Griechentum verkörperten Ideale der Humanität und Freiheit zu realisieren.<sup>58</sup> Die Öffnung der Gymnasien für neue gesellschaftliche Kreise hielt sich in Grenzen, der neuhumanistische Ansatz jedoch setzte sich entscheidend durch. An den Idealen des antiken Griechentums orientierte allgemeine Zielvorstellungen sollten, so formulierte es ein Neuhumanist, „Edelsinn, Uneigennützigkeit und Patriotismus“, ferner „Erhabenheit der Denkungsart“ sowie „Verachtung alles Gemeinen“ entwickeln helfen. An den literarischen und philosophischen Texten der Griechen seien „Denk- und Empfindungsweise“ der Schüler auszubilden.<sup>59</sup> Ein wesentliches Ziel, das damit ein eindeutig fortschrittliches Element dieses pädagogischen Ansatzes darstellte, bestand in der Absicht, die freie Entfaltung des Individuums zu forcieren, seine Selbständigkeit auch über die Schulung des Verstandes zu fördern. Zugleich wurde dieser Ansatz allerdings durch das erklärte Ziel eingeschränkt,

<sup>56</sup> Zit. n. Allmanritter, Rudolf (Hrsg.): 1629 – 1954. Dreihundertfünfundzwanzig Jahre Ludwig-Georgs-Gymnasium, Darmstadt 1954, S. 33.

<sup>57</sup> Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780 – 1980, Frankfurt/M. 1984, S. 65.

<sup>58</sup> Ebd., S. 33.

<sup>59</sup> Zit. n.: Ebd., S. 32 f.

über die exemplarische Begegnung mit als vorbildlich empfundenen Epochen der Geschichte charakterbildend zu wirken.<sup>60</sup>

Die Kultivierung griechischer Ideale rief gegen Ende des Jahrhunderts den massiven Widerstand des Kaisers hervor. Seine Vertreter suchten die Vorreiterrolle Preußens in Schulfragen dafür zu instrumentalisieren, die lebhaftere öffentliche Diskussion über eine weitere Öffnung der Gymnasien und dessen inhaltliche Ziele zu beenden. In dem sogenannten ‚Mai-Erlaß‘ hatte der Kaiser sich im Jahr 1890 gegen die Erscheinung eines vermeintlichen ‚Abiturientenproletariats‘ gewandt und energisch darauf hingewiesen, daß nicht nicht junge Griechen, sondern nationale Deutsche zu erziehen seien.<sup>61</sup> Die 1892 wirksam werdenden neuen Lehrpläne akzentuierten die ‚nationale Linie‘ dann tatsächlich, es ist allerdings fraglich, in welchem Maße die veränderte Zielsetzung von den Pädagogen umgesetzt wurde. Die Erscheinung, die Margret Kraul für das Gymnasium in Minden konstatierte, galt offenbar auch für das Georg-Ludwigs-Gymnasium in Darmstadt. Neben den in griechischer Sprache gehaltenen Abiturreden oder im Originaltext rezipierten griechischen Dramen fanden sich im Schulleben aufwendige Veranstaltungen und Rituale, die der Pflege nationalen Gedankengutes u.a. durch die Erinnerung an siegreich beendete Schlachten zu dienen suchten und damit eine ‚nationale Erziehung‘ befördern helfen sollten.<sup>62</sup> Den Standort des seit 1898 amtierenden Direktors des Georg-Ludwig-Gymnasiums als einen Vertreter der Philologie des 19. Jahrhunderts lassen seine Worte erkennen, daß er treu an dem „Geist der bewährten Altmeister“ festhalten wolle.<sup>63</sup>

Der Versuch, die neue Ausrichtung mit traditionellen Elementen zu verbinden, spiegelt sich symptomatisch in den beiden Aufsatzthemen, die im Januar 1914 den Schülern des Jahrgangs zum Abitur gestellt wurden, die als letzte vor dem Kriegsausbruch und den ‚Notabiturienten‘, zu denen dann auch Theodor Haubach gehörte, noch ‚regulär‘ geprüft wurden. Das erste Thema lautete: „Mit welchem Rechte kann man das 19. Jahrhundert das Zeitalter der nationalen Ehre nennen?“ und wollte unzweideutig eine auf der offiziellen politischen Linie liegende, affirmative Reaktion der Bearbeiter herausfordern. Die für die Parallelklasse konzipierte Fragestellung zielte dagegen auf eine intensive literarische Erörterung und deren Transponierung in den Erfahrungsbereich der Schüler, wenn auch die Art der Aufgabenstellung unmißverständlich die beiden zu vergleichenden Aspekte benannte und zu erkennen gab, daß eine Beziehung herstellbar sei: „Inwiefern finden Wallensteins Worte: ‚Der Freunde Eifer ist’s, der mich zu Grunde richtet, nicht der Haß der Feinde‘ auf Maria Stuart Anwendung?“<sup>64</sup> Als Folge der Konkurrenzsituation zu den Realgymnasien und Oberrealschulen, mit deren Abschlüssen seit 1900 der Zugang zur Universität möglich war, hatte auch das humanistische Gymnasium in Darmstadt sein pädagogisches Angebot erweitern müssen, bot

<sup>60</sup> Ilg, Reinhard: Katholische Bildungsbürger und die bedrohte Nation: Das katholische Gymnasium Ehingen (Donau) im Kaiserreich und während des Ersten Weltkriegs, in: Hirschfeld, Gerhard et al. (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte. Neue Folge; Bd. 5) Essen 1997, S. 341 – 370, S. 342.

<sup>61</sup> Kraul, Das deutsche Gymnasium, S. 100 f.

<sup>62</sup> Vgl. Kraul, Das deutsche Gymnasium, S. 120 ff. und Jahresberichte des Großherzoglichen Georg-Ludwig-Gymnasiums, Jahrgang 1910 ff.

<sup>63</sup> Allmanritter, 1629 – 1954, S. 37.

<sup>64</sup> Archiv des Georg-Ludwigs-Gymnasium Darmstadt.

Spiel- und Sportnachmittage an und baute den Bereich ‚Physik und Naturkunde‘ deutlich aus.<sup>65</sup>

Es gibt nur einen Kontext, in dem sich Theodor Haubach zurückblickend über seine Schulzeit allerdings nur summarisch äußerte. Er tat es während seiner Hamburger Jahre als Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung ‚Hamburger Echo‘ in einem handgeschriebenen Lebenslauf für das Stadtmuseum Darmstadt. Bemerkenswert ist die Art, in der er seine Schulzeit thematisierte. Zunächst hob er hervor, daß er der Zeit in Darmstadt „alles“ zu verdanken habe, nämlich „Jugend, Schulzeit, Bildung“. Seine Schulzeit habe er jedoch, fügte er an, „mit einigen Kämpfen und nicht immer gewürdigtem Erfolge im Ludwigs[sic]-Georgs-Gymnasium“ absolviert.<sup>66</sup> Diese recht allgemein und unscharf formulierte Anmerkung läßt dennoch nachvollziehbar die reservierte Haltung erkennen, die er ‚seiner‘ Schule gegenüber einnahm. Der Eindruck wird durch den Kontext weiter verstärkt. Darmstadt sei der Ort gewesen, gab er - deutlich abgehoben von der kritischen Würdigung der Schulzeit - an, in dem er „zuerst durch einen Kreis erlebener Menschen in das Leben der Kunst, später in das Leben der Politik eingeführt“ worden sei.

Die strikte Trennung der privaten und der schulischen Sphäre, die in seinen Formulierungen durchschlägt, entspricht vermutlich nicht vollständig der Realität. So lernte er mit dem Klassenkameraden Carlo Mierendorff einen Menschen in der Schule kennen, der in seinem Leben eine außerordentlich wichtige Rolle spielen sollte. Der Vater Mierendorffs war ein gut situierter, finanziell unabhängiger Kaufmann. Die am Rand der Stadt gelegene Villa war ein Treffpunkt für kulturell Interessierte. In ihr kamen Freunde der Familie wie Mitschüler der beiden Söhne zu sonntäglicher Hausmusik und zu Debatten über die aktuelle Kunstszene zusammen. Der Vater repräsentierte den Typus des liberalen Bürgers, der auf eine demokratische Entwicklung des Reiches hoffte – er war „ein überzeugter Demokrat.“<sup>67</sup> Diese kurze charakterisierende Anmerkung wie die Darstellung der unkonventionell-gastfreundlichen und für die Kunst aufgeschlossenen Atmosphäre des Hauses lassen den Schluß zu, daß die Eltern Mierendorffs jener Gruppierung zuzuordnen sind, die sich bewußt von den ‚Besitzbürgern‘ abzusetzen suchten. In diesem Umfeld entwickelte sich ein fester Freundeskreis von Schülern des Georg-Ludwigs-Gymnasiums um Theodor Haubach und Carlo Mierendorff, in dem – offenbar abseits des schulischen Kanons – über Literatur und Kunst diskutiert wurde. Die Mitglieder dieser Gruppe taten dann den Schritt einige Jahre später über das bloße Rezipieren von Kunst hinaus und wurden mit der Herausgabe der Zeitschrift ‚Die Dachstube‘ selbst zu Produzenten.

Haubach hatte damit einen Ort gefunden hatte, der ihm wichtige Impulse vermittelte. Die sich um den Haushalt kümmernde Mutter und der inzwischen über achtzigjährige Onkel konnten vermutlich nicht die Offenheit gegenüber politischen und kulturellen Fragestellungen repräsentieren, wie sie im Hause Mierendorff realisiert wurde. Hier erlebte er als Jugendlicher, daß er mit in die Gespräche einbezogen wurde, hier auch konstituierte sich wahrscheinlich das Bild vom Bürger als Spießer, jenen Bürgern also, die nach Ansicht ihrer Kritiker allein materialisti-

<sup>65</sup> Allmanritter, S. 37.

<sup>66</sup> Haubach, Theodor: Lebenslauf v. 12.12.1926, 3 S. hs., S. 2 f., in: Stadtarchiv Darmstadt, NL Theodor Haubach, ST 45.

<sup>67</sup> Breitwieser, Ludwig (Hrsg.): Die Dachstube, Darmstadt 1976, S. 36.

schen Zielen nachjagten, die seelen- und geistlose Industrialisierung vorantrieben und zu wichtigen Stützen des Wilhelminischen Systems geworden waren. Der ‚Spießbürger‘ wurde zu einem Topos für Haubach, mit dem er sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in einer Reihe von Zeitschriftenbeiträgen außerordentlich heftig auseinandersetzte, um damit auch seine Gegen-Position in einem ‚geistigen‘ Feld zu markieren und zu demonstrieren.

Unabhängig von Carlo Mierendorff beteiligte sich Haubach in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges an den Unternehmungen einer ‚Wandervogel‘-Gruppe in Darmstadt. Die ersten Gruppen waren an einem Berliner Gymnasium bereits vor dem Ende des 19. Jahrhunderts entstanden, 1904/1905 ließen sich die Nachfolger – bereits in statu nascendi mit Querelen um Führung und Ziele belastet – als Vereine eintragen.<sup>68</sup> Die soziale Herkunft der ‚Wandervogel‘ ist von Ulrich Aufmuth nach den Indizes Beruf, Besitz und Bildung differenziert nachgewiesen worden. Auffällig ist zunächst, daß sich nur wenige Söhne aus Kreisen der Großbourgeoisie sowie des Adels und - überhaupt nicht meßbar - Arbeiterkinder Wandervogel-Gruppen anschlossen.<sup>69</sup> Wenn sich auch hinsichtlich der genannten Kriterien heterogene Fakten ergaben, so ist eindeutig festzustellen, daß der ‚Wandervogel‘ eine von bürgerlichen Söhnen initiierte und getragene Unternehmung darstellte. Die Eltern sind „einer ganz spezifischen subkulturellen Gruppierung des Bürgertums“ zuzuordnen, die sich durch ein besonderes Bildungsverständnis und „spezifische nicht-materialistische Überzeugungen und Ideale auszeichnete.“<sup>70</sup> Diese Bewegung der Jugend, die sich von Berlin ausgehend schnell verbreitete, kann sicher nicht ohne weiteres unter dem Begriff ‚Generationenkonflikt‘ subsumiert werden. Sie wurde ja überwiegend von den Eltern toleriert, wenn nicht gefördert, und es gab überall auch Gymnasiallehrer im Land, die – wie um 1900 in Berlin – den Aufbruch ihrer Schüler unterstützten und sich auch selbst an den Unternehmungen beteiligten. Die Jugendlichen, die sich im Wandervogel engagierten, sahen sich – diese Aussage ist in generalisierender Form zulässig – wie ihre Eltern und viele Lehrer als Wahrer kultureller Werte und der hohen Bedeutung traditioneller, neuhumanistischer Bildung gegen eine gesellschaftliche Entwicklung, durch die immer stärker materielle und technische Effizienz als anzustrebendes Ideal propagiert wurde und in den Vordergrund drängte.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung wurde von den ‚Jungen‘ vermutlich so nicht wahrgenommen, sondern ihr Rückzug auf die Gruppe der Gleichaltrigen, die Kreierung eines eigenen Stils, der sich u.a. in Kleidung, ‚Kluft‘ genannt, spezifischen Ritualen und in ihren Wanderfahrten niederschlug, integrierte verschiedene Motive. Adolf Reichwein, Jg. 1898, auf den später im Kontext ‚Widerstand‘ zurückzukommen ist, selbst aktiv als Führer im Wandervogel, setzte sich noch als junger Mann mit dem Phänomen der „deutschen Jugendbewegung“ auseinander. Auch er konstatierte, daß sie aus dem bürgerlichen Lager hervorgegangen sei. Die damit verbundene „wirtschaftliche Sorglosigkeit“, mit der er die existentielle Ab-

<sup>68</sup> Fiedler, Gudrun: Jugend im Krieg: Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914 – 1923 (Edition Archiv der Deutschen Jugendbewegung; Bd. 6), Diss. TU Braunschweig, Köln 1989, S. 27 f.

<sup>69</sup> Aufmuth, Ulrich: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert; Bd. 16), Diss. München, Göttingen 1979, S. 106.

<sup>70</sup> Ebd., S. 111.

sicherung der Bürgersöhne durch ihre Eltern umschrieb, und die Frontstellung eben u.a. gegen das Elternhaus dürften nicht als „Inkonsequenz“ mißdeutet werden, so Reichwein, sondern die Bewegung habe sich „gewissermaßen in dieser geschenkten Sorglosigkeit, wenn man will, in dieser bürgerlichen Welt“ erst „frei entwickeln, sich ausweiten, reif werden“ können. Den ideologischen Kern der Bewegung machte er in dem Versuch aus, das „individualistische“ 19. Jahrhundert überwinden zu wollen. Individualismus setzte er gleich mit „Kapitalismus“, mit der „Herrschaft der Zweckmäßigkeit“ und mit der „zwangsweisen Unterwerfung“ unter die Technik. Die Jugend sei „willenlos eingespannt“ gewesen in einen Prozeß, der „zu normierter Mittelmäßigkeit“ führte. Dagegen habe sich die Jugend erhoben, habe sich aus Konventionen gelöst und „das Bild einer neuen Menschengemeinschaft“ [i. Orig. gesperrt, P.Z.] geschaffen, indem sie gemeinsam „das Natürliche und Echte“ und „das Primitive, Einfache“ suchte und erlebte, um es „einer öden Konvention“ entgegenzusetzen.<sup>71</sup>

Die fast rabulistisch zu nennende Art, in der Adolf Reichwein die gesicherten, bürgerlichen Lebensbedingungen seiner Kameraden zu einem wesentlichen, positiv zu wertenden Moment der Bewegung zu stilisieren versuchte, weist auf die Kluft, die zwischen Anspruch und Realität klaffte, nämlich zwischen dem verkündeten Bruch mit Konventionen und garantierter materieller ‚Sorglosigkeit‘. Neu war zweifellos das Gefühl, gemeinsam mit Gleichaltrigen Zeit gestalten zu können - „nach unserer Fassung“, wie Carl Zuckmayer, seit der Studienzeit in Heidelberg mit Haubach befreundet, sich erinnert. Dieser Aufbruch vollzog sich „trotz aller Liberalität“, von der sich viele Jungen aus dieser spezifischen bürgerlichen Formation im Hause – und teilweise auch in den Gymnasien – umgeben sahen.<sup>72</sup> Zu *dieser* Jugend dazuzugehören, bedeutete aktuell für die Teilnehmer, ein Lebensgefühl zu erproben, das geprägt war vom Gruppengefühl, der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens, dem Erleben der Natur und der eigenen körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Nicht Eltern oder Lehrer gaben die ‚Programme‘ vor, sondern die Jugend selbst gestaltete. Die Emphase, mit der dies geschah, ist vielen zeitgenössischen Berichten zu entnehmen.<sup>73</sup> Für viele der Beteiligten verklärte sich die Erinnerung an diesen Abschnitt ihres Lebens nachträglich, seine Bedeutung wurde im nach- hinein häufig überhöht.<sup>74</sup>

Das Engagement in einer Gruppe des Wandervogels mag also individuell als bedeutsam und sogar prägend empfunden worden sein, doch die u.a. von Adolf Reichwein noch einmal beschworene Intention, als Bewegung gesellschaftlich und politisch wirksam werden zu wollen, wurde nicht umgesetzt. Die ‚Jugendbewegung‘ zerlegte sich selbst, ihre Geschichte ist eine Abfolge ständiger Auseinandersetzungen, von Auflösungen und Neugründungen, und sie zersprang end-

<sup>71</sup> Reichwein, Adolf: Vom Gemeinschaftssinn der deutschen Jugendbewegung (Zugleich ein Abriß ihrer Soziologie) [1923], in: Schulz, Ursula (Hrsg.): Adolf Reichwein. Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt v. Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung v. Hans Bohnenkamp. 2 Bände, 2. Bd., Anhang, München 1974, S. 145 – 149, S. 146 f.

<sup>72</sup> Zuckmayer, Carl: Als wär’s ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, 1. Aufl. Frankfurt/M. 1966, [o. Ang. d. Aufl.:] Frankfurt/M. 1994, S. 204.

<sup>73</sup> Vgl. u.a. Kindt, Werner (Hrsg.): Die Wandervogelzeit. Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896 – 1919, Düsseldorf-Köln 1968 und Neuloh, Otto/Wilhelm Zilius: Die Wandervogel, Göttingen 1982.

<sup>74</sup> Diesen Eindruck hält beispielsweise die Biographin Herbert Weichmanns fest, in: Ego, Anneliese: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896 – 1948, Hamburg 1998, S. 18 f.

gültig durch die Zäsur, die der Erste Weltkrieg setzte. Als illusorisch sollten sich dann auch die Hoffnungen Reichweins erweisen, der 1923 die Chance für eine neue politische „Mission“ gekommen sah, die auf der Grundlage einer geeinten Jugendbewegung unter „Eingliederung der proletarischen Bewegung“ aktiv werden sollte.<sup>75</sup> Mit dieser Vision war zugleich das Eingeständnis verbunden, daß der Wandervogel ein Zusammenschluß von Söhnen einer bestimmten bürgerlichen Schicht geblieben war und die bestehenden Gruppen bei allen sich schnell ausdifferenzierenden Facetten auf sich fixiert blieben. Neben den Formen ihres Gemeinschaftslebens, die den Aufbruch demonstrierten, kann als weitere Gemeinsamkeit festgehalten werden, daß sie sich gegen den Anspruch des Wilhelminischen Systems zur Wehr setzten, dagegen eigene Werte und Normen als verbindlich vorgeben und sich zugleich als ‚Elite‘ auch in Kleidung und Ritualen bewußt und distinktiv von anderen Jugendlichen abzusetzen suchten.

Auf das Engagement Theodor Haubachs im Wandervogel wird nur in einem Kontext verwiesen. Ein Freund aus jener Zeit berichtet, daß Haubach „mit Wandervogelfreunden 1913 auf den Hohen Meißner gezogen“ sei.<sup>76</sup> Dazu ist auch der Bericht einer Gruppe aus Darmstadt überliefert, die an diesem Ereignis teilnahm; sie hatte 16 Teilnehmer, von denen jedoch nur vier – Haubach allerdings nicht – namentlich erwähnt werden.<sup>77</sup> Das Treffen sollte die Einigkeit der ‚Jugendbewegung‘, vor allem der Bünde der Dachorganisation ‚Freideutsche Jugend‘, demonstrieren und die Grundlage „zu einem neuen Leben der Natürlichkeit, Wahrhaftigkeit und Geradheit“ legen und sich damit der „Schein- und Augenblickswerte“ erwehren, die die „Hast der wirtschaftlichen Entwicklung“ mit sich gebracht habe. Bewußt war die Veranstaltung als Manifest gegen die geplante Jahrhundertfeier der Völkerschlacht bei Leipzig und die Einweihung eines Denkmals konzipiert – und machte auf diese Weise unübersehbar Front gegen das offizielle kaiserliche Deutschland.<sup>78</sup> Als symptomatisch für die Teilnehmerschaft ist festzuhalten, daß das Programm Reden, Tänze und Gesänge umfaßte und daß auch – Ergebnis der an den Gymnasien vermittelten neuhumanistischen Bildung – „das ergreifende Spiel von Pylades und Orest (Iphigenie)“ aufgeführt wurde.<sup>79</sup>

Der bereits zitierte Freund Haubachs berichtet zudem von einer Wanderfahrt, die im Sommer 1914 von fünf Darmstädter Jugendlichen „aus der deutschen Jugendbewegung“ entlang der Lahn, durch das Sauerland nach Hagen unternommen wurde. Neben dem Naturerleben und der körperlichen Herausforderung hatte „Theo Haubach“ in dieser Gruppe die Aufgabe übernommen, für einige kulturelle Glanzlichter zu sorgen. Bewußt wurden ausgewählte Kulturgüter besichtigt, und Theo hatte für das „Hauptziel“, den Besuch des damals noch in Hagen angesiedelten Folkwang-Museums, ein Empfehlungsschreiben vom Kustos des Darmstädter

<sup>75</sup> Reichwein, Vom Gemeinschaftssinn, S. 148.

<sup>76</sup> Breitwieser, Dachstube, S. 18.

<sup>77</sup> Auch intensive Recherchen im Archiv der Deutschen Jugendbewegung auf der Burg Ludwigstein förderten keine weiteren Quellen zutage, die Art und Umfang der aktiven Beteiligung Haubachs im Wandervogel hätten dokumentieren können.

<sup>78</sup> Aff, Hannes et al.: Vom Hohen Meissner 1913, ms. 3 S., S. 1, in: NL Walter Hammer, Archiv der Deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein. An dieser Stelle liegt nur ein geringer Teil des Nachlasses Walter Hammers, der weitaus umfangreichere im Institut für Zeitgeschichte München. Auf ihn wird im Verlauf der Arbeit häufig verwiesen werden.

<sup>79</sup> Ebd.

Museums erhalten, das „unseren kleinen Kreis seiner [des Leiters des Folkwang-Museums, P.Z.] besonderen Aufmerksamkeit empfahl.“<sup>80</sup>

Das nur als gering zu bezeichnende Quellenmaterial zu diesem Lebensabschnitt Theodor Haubachs, in dem er als handelnder oder nachdenkender Jugendlicher erkennbar wird, erschwert die Aufgabe, ein differenziertes Bild der ihn bestimmenden Verhaltensmerkmale und von deren Wurzeln zu entwerfen. Einige markante Komponenten sind jedoch rekonstruierbar. Die Mutter bereitete Theodor den Weg ins Gymnasium und traf damit eine finanziell aufwendige und wohl auch mutige Entscheidung, die nur von einem geringen Anteil der Eltern aus ihrer sozialen Schicht realisiert wurde. Auch wenn er sich eher kritisch zu seiner Schullaufbahn in dem bereits zitierten „Lebenslauf“ äußerte, wurden ihm Unterrichtsstoffe geboten, die den Grundstock für das lebenslange Interesse an den deutschen Klassikern und – bis in die Antike zurückgehend - an verschiedenen philosophischen Schulen bildeten. Carl Zuckmayer, wie Haubach 1896 geboren, schildert in seinen Memoiren, in welcher erstaunlicher Weise sich ein Teil der Gymnasiasten – er besuchte die Schule in Mainz -, über den Schulkanon hinausgehend die zeitgenössische Literatur und Kunst geradezu selbständig eroberte, sich in Theater- und Musikaufführungen drängte und die Erfahrungen intensiv diskutierte.<sup>81</sup> Eine vergleichbare Entwicklung gab es zweifelsfrei bei Theodor Haubach und Carlo Mierendorff, denn der Hinweis Zuckmayers, daß diese zu einem Kreis Darmstädter Schüler gehört hätten, in dem einige Jahre vor dem Krieg „leidenschaftlich die neue Kunst und die Aspekte einer neuen Literatur“ diskutiert wurde, weist darauf hin, daß beide ihrem späteren Freund davon berichtet hatten.<sup>82</sup>

In diesem Feld konstituierte sich Selbständigkeit, das Bewußtsein, unabhängig von den Vorgaben der Schule einen eigenen Raum sinnlichen und geistigen Konsumierens und Genießens zu entdecken, und ein wachsendes Selbstbewußtsein wie daraus folgend die Bereitschaft, kritisch die Lehrerschaft und selbst die ihnen oft wohlgesonnenen bildungsbürgerlichen Eltern zu spiegeln. Mit der Beteiligung in einer der Wandervogel-Gruppen öffneten sich neue Lebensbereiche, die mit autonom gewählten oder entwickelten Ritualen erkundet, erobert und gegenüber anderen sozialen Schichten markiert werden konnten. Relativierend muß in diesem Kontext darauf verwiesen werden, daß keineswegs Jugendliche und Heranwachsende allein ‚den‘ Wandervogel schufen, sondern wie in den Anfängen der Berlin-Steglitzer Gruppen waren oft auch an anderen Gründungen Lehrer oder Studenten als Initiatoren beteiligt – das Leben der Gruppen und seine spezifische Ausformung bestimmten dann allerdings die Jugendlichen entscheidend mit.

Die Tatsache, daß (junge) Erwachsene bei der Entstehung vieler Wandervogel-Gruppen mitbeteiligt waren und Führungspositionen einnahmen, legt nach Ulrich Aufmuth die Schlußfolgerung nahe, daß diese – dem Bildungsbürgertum zugehörend – eine Art Scharnierfunktion übernahmen. Im Wandervogel manifestierte sich das Ringen dieser spezifischen gesellschaftlichen Formation „um die Wahrung des Status und die Reprofilierung ihrer erschütterten kollektiven Identität.“<sup>83</sup> Ein solcher Versuch der Selbstbehauptung erhält im Rahmen der in der Einleitung kurz referierten Thesen Jürgen Kockas und anderer, nach denen sich um die Jahr-

<sup>80</sup> Breitwieser, Dachstube, S. 16 f.

<sup>81</sup> Zuckmayer, Als wär's, S. 200 ff.

<sup>82</sup> Ebd., S. 318.

<sup>83</sup> Aufmuth, Die deutsche Wandervogelbewegung, S. 236.

hundertwende traditionelle bürgerliche Strukturen auflösen, einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit, wenn er als Akt des Widerstandes gegen den sinkenden Stellenwert des ‚Geistigen‘, ‚der Kultur‘ in der wilhelminischen Gesellschaft begriffen wird. Der Prozeß der Aktivierung der Jugend ist freilich nicht vorstellbar als ein Akt bewußter Instrumentalisierung, er vollzog sich vielmehr auf verschiedenen Wegen, vor allem zweifellos über die sozialisationswirksamen Bedingungen in den Elternhäusern, die angesprochenen erwachsenen Führer der Jugendgruppen ließen diese – das sei zur Relativierung der Hypothese Aufmuths angefügt – sichtbar werden und verstärkten sie möglicherweise katalysatorisch. In der Realität wurden zudem sozusagen an der Oberfläche dieses Beziehungssystems die Eltern keineswegs von der Kritikbereitschaft und –fähigkeit der ‚Jungen‘ gegenüber der Erwachsenenwelt ausgenommen.

Auch wenn die vorhandenen Quellen es nicht differenziert aussagen, so ist durch die Einbeziehung der Analyse persönlicher Äußerungen der folgenden Lebensabschnitte eindeutig feststellbar, daß die ‚Orte‘ Schule, Freundeskreis und Wandervogel möglicherweise für die Entstehung, sicher aber für die Stabilisierung bestimmender Positionen Theodor Haubachs von großer Bedeutung waren. Er vertrat eine idealistische Auffassung von der Kraft der Bildung, opponierte vehement – dazu sei noch einmal auf die folgenden Kapitel verwiesen – gegen das als ‚spießig‘ verhöhnte Besitzbürgertum sowie gegen die ihm lethargisch erscheinenden Kleinbürger: Der junge Haubach fühlte sich der intellektuellen Elite zugehörig und suchte sich in ihrer Mitte zu etablieren. In diesem Umfeld erfuhr er offenbar Bestätigung und Bestärkung, konnte der vaterlos Aufwachsende eine Selbstidentität entwickeln, die sich u.a. in einem stupenden Selbstbewußtsein äußerte.

Seinem grundlegenden Ansatz immanent war die heftige Ablehnung des wilhelminischen Staates, der kulturelle Enge und ein Wertesystem repräsentierte, das materialistisch-funktional ausgerichtet war und dem Adel wie dem Besitzbürgertum nicht nur gesellschaftlichen Rang, sondern auch politischen Einfluß sicherte. Wenn sich auch einige wichtige Linien eines Grundmusters der Einstellungen und des Verhaltens für Theo Haubach mit einiger Sicherheit rekonstruieren lassen, so muß ungeklärt bleiben, ob und in welcher Weise sich in dieser Phase vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei ihm ein politisch orientiertes Bewußtsein zu entwickeln begann. Adolf Reichweins bereits zitierte, 1923 publizierte Vision einer alle politischen Richtungen umfassenden Wiederbelebung ‚der Jugendbewegung‘ mag für diesen der Versuch gewesen sein, an eigene Vorstellungen, die in Richtung ‚Volksbewegung‘ wiesen, anzuknüpfen, derartige Gedanken auch für Haubach zugrunde zu legen, erscheint jedoch als zu spekulativ.

Es stellt sich also die Frage, ob sich die auslösenden Momente für sein politisches Engagement durch die Analyse der Materialien bestimmen lassen, die für die folgenden Lebensphasen Haubachs vorliegen. Zudem soll verfolgt werden, in welcher Intensität sein ‚bildungsbürgerliches Potential‘ in den verschiedenen Lebenszusammenhängen nachweisbar ist, in welcher Weise es sich artikuliert und welche Funktion ihm zuzuweisen ist. Dieses Problem stellt sich vor dem Hintergrund der Frage, über welche Inhalte und welches Wertesystem ‚das‘ Bildungsbürgertum zu definieren ist. Während sich der inhaltliche Aspekt konkret entlang neu-humanistischer Bildungspläne erklären läßt – u.a. also die Lektüre ‚klassischer‘, auch antiker Dichter und Philosophen und die Fähigkeit zu interpretativer Auseinandersetzung mit ihnen, das Erlernen der lateinischen bzw. der (alt-)griechischen

Sprache, die Kenntnis der Strukturelemente der unterschiedlichen literarischen Textsorten -, meint Ulrich Aufmuth für die Zeit der Existenzkrise dieser Schicht auf einer anderen Ebene signifikante Veränderungen nachweisen zu können. Für den Erhalt und die Tradierung bildungsbürgerlicher Normen war, so seine Hypothese, die Herausbildung einer veränderten Persönlichkeitsstruktur bei den Trägern des bildungsbürgerlichen Wertesystems notwendig. Sie hatten Eigenschaften wie „Kreativität, Spontaneität, Lernbereitschaft“ wie auch „Selbstgewißheit, Wertbewußtheit“ aufzuweisen.<sup>84</sup>

## 2. Soldat und Literat (1914 – 1918)

Dieses vielleicht eigentümlich berührende Begriffspaar der Überschrift spiegelt die Realität einer erstaunlich großen Anzahl junger Männer während des Ersten Weltkrieges wider. So stellt P.Raabe in seiner grundlegenden „Bestandsaufnahme“ des Expressionismus fest, daß von den bei ihm genannten etwa 350 Autoren, darunter auch Theodor Haubach, „die meisten [...] den Krieg als Soldaten“ erlebten.<sup>85</sup> Er weist auf den hohen Anteil Kriegsfreiwilliger in dieser Gruppe hin und vermerkt nur – ohne sich wohl dem Verdacht aussetzen zu wollen, ein pauschales Kriegserleben zu formulieren -, daß „viele [...] als radikale Pazifisten“ zurückkehrten.<sup>86</sup> Die Konsequenzen, die die Beteiligung am Weltkrieg im Hinblick auf die Entwicklung von Lebensentwürfen hatte, muß in der Tat individuell überprüft werden. Bei dem Bemühen um eine Einschätzung der Gedanken- und Gefühlswelt Haubachs sind seine fiktionalen und nicht-fiktionalen Texte von großer Bedeutung, die im Zeitraum zwischen 1915 und 1918 entstanden und veröffentlicht wurden. Außerdem wird auf zwei Beiträge zurückgegriffen, in denen er Kriegserleben aus einigem zweitlichen Abstand reflektiert. Andere Quellen (z.B. Aussagen von Zeitzeugen oder Briefe Haubachs) liegen nicht vor.<sup>87</sup>

### 2.1 Soldat

#### 2.1.1 Notreifeprüfung und Kriegsfreiwilliger

Zunächst kann am Beispiel Haubachs gezeigt werden, wie wilhelminische Politik und Schulverwaltung offenkundig reibungslos zusammenarbeiteten, um das Potential an einsetzbaren Soldaten möglichst derart zu erweitern, daß der Feind – so das Kalkül - in einem ersten schnellen Schlag überrannt und besiegt werden konnte. Haubach war seit Ostern 1914 Schüler der Oberprima, die Reifeprüfung wäre im Frühjahr 1915 erfolgt. Er gehörte zweifellos zu jenen Schülern dieses Jahrgangs, die – wie es im „Jahresbericht“ des Ludwig-Georgs-Gymnasiums heißt – am Mobilmachungstag „in hellem Haufen zum Direktor“ kamen und „fragten,

<sup>84</sup> Aufmuth, Die deutsche Wandervogelbewegung, S. 157 ff.

<sup>85</sup> Raabe, Paul: Die Autoren und Bücher des literarischen Expressionismus, 2. verb. Aufl. mit Ergänzungen und Nachtrag 1985 – 1990 Stuttgart 1992, S.1.

<sup>86</sup> Ebd., S. 22.

<sup>87</sup> Seine literarischen Texte sind – bis auf einen – in der Zeitschrift ‚Die Dachstube‘ oder im ‚Verlag der Dachstube‘ in Darmstadt veröffentlicht wurden; ‚Die Dachstube‘, erschienen vom September 1915 bis November 1918, Verlag ‚Die Dachstube‘, Darmstadt, (Flug-)Blatt 1 – 65, 258 S.

wann die Kriegsprüfung“ abgehalten würde. Bald konnte die Schulleitung konstatieren, daß alle Oberprimaner, „die dienstfähig sind, dem Vaterland mit der Waffe dienen wollen“.<sup>88</sup> Ausdrücklich äußerte sie auch ihre Zufriedenheit über das Meldeergebnis, standen doch die verschiedenen Gymnasien hinsichtlich der Freiwilligenquote zweifellos im Wettstreit miteinander.

Die Voraussetzungen waren in der Tat bereits geschaffen. So teilte das Großherzoglich hessische Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten in einem Rundschreiben zu den „Notprüfungen an den höheren Schulen“ den Schulleitungen bereits am 3. August 1914 detailliert mit, auf welche Weise in dieser Frage zu verfahren sei. Das Ablegen der Notreifepfung wurde den Schülern der Oberprimen nur für den Fall genehmigt, daß diese sich „zum Dienste im Heere oder in der Marine“ oder „anderweit für die Zwecke der Landesverteidigung“ verpflichteten. Der Notfallcharakter wurde dadurch unterstrichen, daß nicht wie üblich Regierungsvertretern, sondern den Direktoren der Schulen die Festsetzung von „Zeitpunkt und Dauer der Prüfung“ zugestanden wurde. Der fast fürsorgliche Hinweis, daß der Direktor „die persönlichen Verhältnisse der Prüflinge“ berücksichtigen möge und die vom Ministerium vorgegebene Beschränkung darauf, die Prüfung solle „nur mündlich“ erfolgen und sich „auf die Fremdsprachen, Mathematik und Geschichte“ erstrecken, verstärkte den Eindruck, daß für die potentiellen Soldaten nicht die traditionell hohen Hürden eines Normalabiturs errichtet werden sollten.

Noch nicht abgeschlossen allerdings war der Entscheidungsprozeß, wie diese Notreifepfungen gegenüber den Reifepfungen eingeordnet werden sollten. Nach dem Bestehen der Prüfung wurde – so die behördliche Vorgabe – zunächst darüber nur eine Bescheinigung, jedoch kein Zeugnis ausgehändigt.<sup>89</sup> Erst drei Monate später erhielten die Direktionen zu diesem Aspekt weitere Informationen. Notreifepfungszeugnisse sollten „nur dann Giltigkeit erlangen, wenn die Inhaber entweder [wie i. Orig., P.Z.] beim Heere oder bei der Marine eingetreten sind ... oder [wie i. Orig., P.Z.] als Krankenpfleger vom roten [sic] Kreuz auf die Dauer des Krieges sich zur Verfügung gestellt und für volle Beschäftigung Annahme gefunden haben.“<sup>90</sup>

Am 8. August 1914 bestand Theodor Haubach die Notreifepfung<sup>91</sup>. Unter dem Datum vom 18. August findet sich im Archiv des Ludwig-Georgs-Gymnasiums eine handschriftliche Vorlage des Direktors wahrscheinlich für das Sekretariat, nach der Eltern von einigen Oberprimanern anzuschreiben seien und um Auskunft gebeten werden sollten, „bei welchem Truppenteil Ihr Sohn eingetreten ist.“<sup>92</sup> Auch die Mutter Haubachs erscheint in dieser Liste, und hat diese Aufforderung

<sup>88</sup> Jahresbericht des Großherzoglichen Ludwig-Georgs-Gymnasiums Darmstadt, Ostern 1915, S.10.

<sup>89</sup> Erlaß zu Notprüfungen an den höheren Schulen und den Volksschullehrerseminaren aus Anlaß der Mobilmachung, hrsg. vom Großherzoglichen Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten, Darmstadt, 3. August 1914, S. 1, in: Archiv des Ludwig-Georgs-Gymnasiums.

<sup>90</sup> Erlaß zur Giltigkeit der Notreifepfungen, hrsg. vom Großherzoglichen Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten, Darmstadt, 24. November 1914, S.1, in: Ebd.

<sup>91</sup> Jahresbericht, Ostern 1915, S.8.

<sup>92</sup> Vorlage der Großherzoglichen Direktion des Ludwig-Georgs-Gymnasiums „Betreffend: Austritt“, Darmstadt, den 18. August 1914, in: Archiv des Ludwig-Georgs-Gymnasiums.

offensichtlich auch erhalten, denn am 21. August teilte sie der Schulleitung mit, daß ihr Sohn einige Tage zuvor „dem Infanterie-Regiment N.115 zugeteilt“ sei.<sup>93</sup> Abzuleiten ist aus diesem Ausschnitt einmal der Eindruck, welches hohe Interesse an der unverzüglichen Aushebung der Not-Abiturienten bestand und mit welcher Intensität die Schulverwaltung im Großherzogtum Hessen wie auch in den anderen Bundesstaaten die Intentionen der politischen und wohl vor allem der militärischen Führung umzusetzen suchte. Zum anderen macht er deutlich, daß Theodor Haubach – über die zu vermutende Einwirkung auf seine Mutter, umgehend auf die Aufforderung der Schule zu reagieren – daran gelegen war, die Schule vorzeitig abschließen und den Schritt zum Kriegsfreiwilligen tun zu können.

Die Aussage der Mutter, daß er in das Infanterie-Regiment 115 eingetreten sei, steht allerdings im Widerspruch zu einer Information, die Haubach selbst Ende 1926 in einem Brief an das Stadtmuseum Darmstadt gab. Hier berichtete er, daß er die Schule mit dem Notreifezeugnis verließ, „um Kriegsfreiwilliger (R.I.R. 221) zu werden.“<sup>94</sup> Da keine detaillierteren Informationen vorliegen, kann man vermuten, daß er tatsächlich zunächst dem Regiment 115 zugeteilt wurde, dann aber bereits am 25. August 1914 mit dem Ersatzbataillon des Großherzoglich Hessischen Leibgarde-Infanterie-Regiments 115 das I. Bataillon des Reserve-Infanterie-Regiments [R.I.R.] 221 bildete. Es waren zu diesem Zeitpunkt nämlich „aus den ausgehobenen Ersatzreservisten und den Kriegsfreiwilligen, die in zahlloser Menge zu den Fahnen geeilt waren“, sechs neue Reservekorps gebildet worden.<sup>95</sup> Für diese Version spricht auch eine der wenigen konkreten Aussagen Haubachs zu diesem Lebensabschnitt, die er – erst kurze Zeit als Redakteur des ‚Hamburger Echo‘ tätig – in einem Kommentar des Blattes tat: „Zwei Monate später ( nach dem 3. August 1914, P. Z.) standen wir auf den flandrischen Schlachtfeldern.“<sup>96</sup> Dies belegt auch die Einsatz-Chronologie der Regimentsgeschichte des Regiments 221.<sup>97</sup>

Was erwartete die jungen Männer im ‚System Militär‘, dieser gesellschaftlich und politisch höchst einflußreichen Größe des Wilhelminischen Reiches?

Zunächst bestand vordringlich die Notwendigkeit, sie auf ihren Einsatz im Kriege vorzubereiten; dazu gehörte einmal die individuelle Ausbildung, und außerdem waren Fertigkeiten in der Gruppe oder im Rahmen der Kompanien zu entwickeln. Dies scheint besonders wichtig für ein Regiment wie das Infanterie-Regiment 221, das zum größten Teil aus unausgebildeten Mannschaften bestand; im I. Bataillon „entfielen auf 671 unausgebildete nur 135 ausgebildete Mannschaften und 99 Unteroffiziere“ und „an Offizieren [...] herrschte großer Mangel.“<sup>98</sup> Von den Offizieren des I. Bataillons war allein der Kommandeur „aktiver“ Soldat

<sup>93</sup> Schriftliche Mitteilung Emilie Haubachs an den Direktor des Ludwig-Georgs-Gymnasiums vom 21. August 1914, in: Ebd.

<sup>94</sup> Theodor Haubach an das Stadtmuseum Darmstadt, handschr. [hs.] Brief vom 12. Dezember 1926; Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45, Theodor Haubach.

<sup>95</sup> Hirschel, Otto: Standhaft und treu! Geschichte des Reserve-Infanterie-Regiments 221. Bearbeitet nach amtlichen und privaten Kriegstagebüchern. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter: die Anteilnahme der Truppenteile der ehemaligen deutschen Armee am Weltkrieg, H. 147, Oldenburg i.O./Berlin 1925, S.1. Das Regiment bestand – wie üblich – aus drei Bataillonen mit je vier Kompanien.

<sup>96</sup> Hamburger Echo [H.E.], Nr. 211 v. 3. August 1924, S.1.

<sup>97</sup> Hirschel, S.21 ff.

<sup>98</sup> Ebd., S.17.

(„bisher Vorstand des Artilleriedepots Darmstadt“), alle anderen, nämlich Adjutant, Ärzte, Zahlmeister und die vier Kompanieführer, waren Reservisten bzw. Reaktivierte (z.B. mit dem Hinweis „Kriegsteilnehmer von 1870 bis 1871“).<sup>99</sup> Die Kompanien wurden teilweise in Schulen oder in Privatquartieren untergebracht; die Ausbildung im Gefechtsdienst, im Exerzieren und im Gebrauch der Waffen wurde vorerst nach Bataillonen getrennt durchgeführt. Dabei traten in den neu aufgestellten Korps erhebliche Mißstände zutage. Es fehlte nicht nur an geeigneten Ausbildern, sondern auch „an Waffen, Munition, Fahrzeugen, Geräten und Ausrüstungsstücken jedweder Art.“<sup>100</sup> Zumeist standen nur für eine Hälfte der Ausbildungsgruppe Gewehre für Schießübungen zur Verfügung, doch die andere Hälfte konnte nicht etwa parallel das Schanzen üben, weil eben auch kein Schanzzeug vorhanden war und mußte deshalb z.B. Vorträge über Gesundheitspflege oder für den Einsatz untaugliche Exerzierübungen über sich ergehen lassen. Nicht einmal Ausbildungs- und Dienstvorschriften konnten von den oft hilflosen Ausbildern genutzt werden, da die sich bei den aktiven Einheiten befanden.

Das Regiment wurde Mitte September zusammengeführt. Auf einem Truppenübungsplatz bei Darmstadt fanden dann Gefechtsübungen statt, „die Mannschaften wurden in Feldgrau gekleidet“, und am 11. Oktober rückten die Soldaten des Regiments 221 in Richtung Metz aus. Auch hier wurden die Vorbereitungen auf den Einsatz fortgesetzt: „Übungsmärsche wurden gemacht, Schützengräben ausgehoben, die Bataillone im Vorpostendienst und im Durchschreiten von Wäldern weiter ausgebildet.“<sup>101</sup> Dies scheint auch dringend notwendig, allerdings viel zu kurz bemessen gewesen zu sein, wenn man sich vor Augen hält, daß die Soldaten dann nach Anreise mit der Bahn und Anmarsch bereits am 27. Oktober Stellungen an der Front bezogen – also gerade zwei Monate nach ihrem Eintritt in das Heer, um doch noch die Entscheidung im Bewegungskrieg im Westen zu erzwingen.<sup>102</sup> Das R.I.R. 221 war Teil des XXIV. Reservekorps, gehörte nicht zu den vier Korps, die auch am 10./11. Oktober 1914 in Marsch gesetzt wurden, um die Lücke zwischen Lille und der belgischen Küste zu schließen, daraufhin – so die strategische Idealvorstellung der Armeeführer – nach Dünkirchen und Calais vorzustoßen und schließlich die linke Flanke der Franzosen zu umfassen. Aber dazu sollte es nicht kommen. Die Kämpfe auf der Linie Ypern – Langemarck – Dixmude – Ostende markierten mit bis dahin nicht vorstellbaren Verlusten bereits die Wende vom Bewegungskrieg zum Stellungskrieg. Es begann „das jämmerliche Dasein in Gräben, Sappen und Unterständen, die Welt der Minen und Drahtverhaue, das dumpfe und verzweifelte Ausharren im tagelangen Trommelfeuer.“<sup>103</sup> Da die 221er zur gleichen Zeit wie die eben erwähnten Einheiten in Richtung des flandrischen Kriegsschauplatzes aufbrachen, allerdings südlich von Ypern an der linken Flanke der 4. Armee eingesetzt wurden, kann von einer aufeinander abgestimmten Aktion ausgegangen werden.<sup>104</sup> Die An- und Aufmarschbewegungen

<sup>99</sup> Ebd., S.18.

<sup>100</sup> Unruh, Karl: Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986, S. 28.

<sup>101</sup> Ebd., S.19 f.

<sup>102</sup> Zu diesem Zusammenhang vgl. Saul, Klaus: Jugend im Schatten des Krieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1983), Nr. 34, S. 91 – 184, S.94.

<sup>103</sup> Unruh, Langemarck, S. 197.

<sup>104</sup> Nur an dieser Stelle irrt der ausgezeichnete recherchierende Autor: Das gesamte XXIV. Korps wurde nicht gleich an die Ostfront, sondern zumindest die zu ihm gehörende 48. Reserve-

der beteiligten Einheiten verliefen jedoch tatsächlich häufig ungeplant und chaotisch. Überalterte militärische Führer auf allen Ebenen zeigten sich den Anforderungen nicht gewachsen, die ungeheure Menge von Soldaten und Geräten angemessen zu leiten und zu lenken. Dilettantismus führte zu Verstopfungen von wichtigen Aufmarschstraßen. Die jungen Soldaten sahen sich oft unversehens feindlichem Feuer ausgesetzt und wußten sich nicht angemessen zu verhalten, da ihnen elementare Fertigkeiten nicht beigebracht worden waren und auch in der Nähe der Front schwerwiegende Mängel hinsichtlich des Materials offenkundig wurden. So fehlten die lebenswichtigen Spaten oder Drahtscheren zur Überwindung von Hindernissen.<sup>105</sup>

Schnell mußten die Soldaten dann auch erleben, daß ihre militärischen Führer weitgehend geprägt waren von der Vorstellung eines siegreichen Offensivfeldzuges. Selbst in aussichtslos erscheinenden Situationen wurden nach schweren Verlusten immer neue Angriffe befohlen. Die Armeeführung saß in 70 km Entfernung, die Kompaniechefs oft ohne Erfahrung mit dieser Art Krieg und unausgebildet bzw. unflexibel – da blieb oft nur „nach einem fehlgeschlagenen Angriff den nächsten zu befehlen.“<sup>106</sup> Besonders zu leiden hatte innerhalb des Offizierskorps unter dieser sinnlosen Opferung die Gruppe der Leutnants, die „mit dem Degen in der Faust“ – das zweifellos der Realität entnommene Bild eines typischen Angriffs – ihrer Einheit voranzustürmen hatten und dabei dem Gegner jeweils ein markantes Ziel boten.<sup>107</sup>

Mag der Blick der Kriegsfreiwilligen während der Vorbereitungsphase noch relativ unbefangen-vertrauensvoll gewesen sein, die Erfahrungen während des Aufmarsches und der ersten Monate der Kampfhandlungen werden vielen die Illusionen über ein perfekt organisiertes kaiserliches Militärwesen genommen haben. Material- und Nahrungsmitteldefizite konnten nicht abgestellt werden, die Lebensbedingungen in den Unterständen und Gräben blieben unerträglich, auch wenn dies systemkonforme Organe nicht wahrhaben wollten oder durften und die Wirklichkeit auf den Kopf stellten: „Eine ausgezeichnete und reichliche Verpflegung sorgte dafür, daß die Widerstandskraft unserer Truppen andauernd auf der Höhe blieb; eine Reihe hygienischer Maßnahmen verhinderte das Ausbrechen von Krankheiten und Epidemien. In Hüttenlagern, in bequemen und wohldurchwärmten Erdhöhlen und Unterständen richtete sich die Truppe vorn am Feinde ein.“<sup>108</sup> Geradezu niederschmetternd muß für die jungen Soldaten die Erkenntnis gewesen sein, daß ihre militärischen Führer oft den alltäglichen Herausforderungen nicht gewachsen waren, ihnen nach ihrer Biographie eigentlich auch nicht gerecht werden konnten, wenn sie als Reserveoffiziere – vielleicht mit den Erfahrungen des Krieges 1870/71, wie die Offiziersliste der 221er zeigt – in Uniform dem gesellschaftlichen Leben Glanzlichter aufsetzten, den Heranwachsenden als Vorbilder

---

Division (R.I.R. 221, 222, 223 und 224) zunächst in den Westen und erst Ende November 1914 nach Polen verlegt; vgl. Unruh, S. 21 und Hirschel, Standhaft, S. 34 ff.

<sup>105</sup> Unruh, Langemarck, u.a. S. 34, S. 135.

<sup>106</sup> Ebd., S. 45.

<sup>107</sup> Die in jeder Ausgabe des Militär-Wochenblattes veröffentlichten Gefallenen-Listen der Offiziere weisen einen überaus hohen Anteil von (Reserve-)Leutnants aus; z.B. in: Militär-Wochenblatt 102 (1917), Nr.16 v. 7. August 1917, S. 111: von 58 gefallenen Offizieren 48 Leutnants.

<sup>108</sup> Militär-Wochenblatt 100 (1915), Nr. 22/23 v. 2. Februar 1915, S. 556: Wiedergeben soll diese Schilderung die Zustände bei den schweren Kämpfen in den Argonnen.

präsentiert wurden, damit bedeutende Stabilisatoren des Wilhelminischen Systems waren und wichtiges Element seiner Fassade wurden, aber sich auch nicht nur annäherungsweise ernsthaft mit den aktuellen Bedingungen militärischer Konflikte auseinandersetzten. Sie reagierten oft hilf- und kopflos in den sofort beginnenden Kampfhandlungen, zogen sich auf formale und hierarchische Strukturen zurück statt Tatkraft und Lernbereitschaft zu signalisieren. Die Führer der kleineren Einheiten waren schnell entlarvt, ein wenig länger dauerte es zweifellos, bis auch die Frontsoldaten falsche Entscheidungen der Truppenführer übergeordneter Einheiten oder der Obersten Heeresleitung zu durchschauen begannen, Entscheidungen, die dann – auf welcher Stufe auch immer getroffen – unmittelbar Gesundheit und Leben der ‚einfachen Soldaten‘ bedrohten. Bei der Gruppe der erneuerungsbereiten Kriegsfreiwilligen, zu denen auch Theodor Haubach zählte, schwand bei dieser konkreten Anschauung zweifellos schnell die Hoffnung, daß mit dem Krieg ein umfassend-nationaler Aufbruch befördert werden könnte, der ja primär überkommene Werte in Frage stellen sollte. Unübersehbar waren die offiziellen und offiziösen Bemühungen, das paternalistische Prinzip der Ausübung von Herrschaft zu bewahren – hierarchische Strukturen, rigide im Kriegsalltag demonstriert, hatten Bestand und führten zu Spannungen zwischen Mannschaften und Offizieren wie innerhalb des Offizierskorps.

Folgt man der Darstellung Unruhs, der kritisch die Regimentsgeschichten von zwischen Ypern und Ostende eingesetzten Einheiten auswertete, so haben sich auf diesem relativ schmalen Frontabschnitt die oben erwähnten materiellen Mängel und Schwächen des Führungspersonals besonders negativ gezeigt. Da es sich um strukturell bedingte Defizite handelte, die sich nur in diesem Abschnitt besonders schnell und heftig auswirkten, wird vermutlich der Aufmarsch der Einheit Haubachs planvoller verlaufen sein – im Vergleich zu dem, was in der Nachbarschaft geschah, wo sich auf überschaubarem Terrain in kürzester Zeit 120 000 Soldaten und 128 Transportzüge drängten<sup>109</sup> -, die grundlegenden Mängel trafen jedoch zweifellos auch auf die 221er zu. Bereits in der Person des Kommandeurs, der als einziger aktiver Offizier ausgewiesen wird, läßt sich festmachen, wie schnell bereits kurz nach Kriegsbeginn die personellen Ressourcen ausgeschöpft waren. Er stand bis zu seiner Berufung zum Regimentskommandeur einem Artilleriedepot vor, war sicherlich vorwiegend mit Verwaltungsaufgaben betraut gewesen und wechselte zudem von einer anderen Waffengattung zu den Infanteristen. Es ist kaum vorstellbar, daß dieser Kommandeur mit ausnahmslos reaktivierten Offizieren für eine sachgerechte Ausbildung garantieren konnte, zumal die zur Verfügung stehende Zeitspanne erheblich zu knapp bemessen war und Ausrüstungsgegenstände fehlten.

Fast übergangslos brach dann über die Kriegsfreiwilligen und ihre militärischen Führer an die Stelle des oft als eine Art Sport empfundenen Drills ein reales Kriegserleben herein, das in diesem Ausmaß von keiner Generation zuvor wahrgenommen werden konnte bzw. mußte und deshalb den Ersten Weltkrieg offenkundig auch nicht-antizipierbar gemacht hatte. Die deutsche Offensive im Westen kam hier und dort – allerdings unter großen Verlusten – voran, wurde jedoch nach Anfangserfolgen schnell gestoppt, und es begann der zähe Stellungskrieg mit bis dahin unvorstellbaren Opfern auf beiden Seiten. Der erwartete Siegeszug blieb

---

<sup>109</sup> Unruh, Langemarck, S. 71.

aus. So reduzierte sich die Stärke des oben zitierten Regiments 115, das seine Kriegsfreiwilligen an die 221er abgegeben hatte und als Eliteeinheit von Beginn an in der Offensive eingesetzt war, von Anfang August 1914 bis Ende September 1914 von 83 Offizieren und 3305 Mannschaften auf 20 Offiziere und 1690 Mannschaften<sup>110</sup>. Auch das Reserve-Infanterie-Regiment 221 hatte bereits am ersten Tag des Fronteinsatzes Verluste zu beklagen, nämlich zwei Tote und 20 Verwundete und war bis zur Verlegung an die Ostfront in die heftigen Kämpfe, die der Stellungskrieg mit sich brachte, verwickelt.<sup>111</sup>

Einen ersten Lazarettaufenthalt gab es für Theodor Haubach bereits im Jahre 1914. Er wurde am 7.11. in das Reserve-Feldlazarett Haubourdin eingeliefert und kurz darauf in das Lazarett nach Lille verlegt.<sup>112</sup> Die geographische Lage der Lazaretts weist auch auf den Einsatz des Regiments 221 an der Südflanke der Truppenkonzentration zwischen Ypern und Ostende hin. Am 28.11.1914 wurde Haubach dann – nicht mehr „Kr.FR.“ (= Kriegsfreiwilliger) oder „Frw.“ (=Freiwilliger), sondern inzwischen „Musk.“ (= Musketier) – in das „Reserve-Lazarett I Darmstadt“ eingewiesen.<sup>113</sup> Es existiert ein Foto, das Emilie Haubach in Schwestertracht und ihren Sohn Theodor im Lazarettbett, über sich eine Schiefertafel, auf der sein Name und die zu verabreichende Medizin, nämlich „1 bis 2 Zäpfchen und 3mal Öl“, zu lesen sind, im Darmstädter Saalbau-Lazarett zeigt.<sup>114</sup> Es muß in der Zeit zwischen Ende November 1914 und dem 2. Januar 1915 aufgenommen worden sein; dann entließ man nämlich Haubach als dienstfähig zur Truppe.

Er wurde dem Regiment Nr. 115 zugeteilt, dessen Führung wegen der hohen Verluste gerade auch im Januar/Februar 1915 ständig um Ersatz bemüht war.<sup>115</sup> Seit dem Herbst 1914 gab es in den waldreichen Argonnen einen heftig umkämpften Frontverlauf. Es traten nicht allein bislang unbekannte logistische Probleme auf, sondern auch die Anforderungen an die Soldaten wegen des sich ebenfalls in diesem Gelände entwickelnden Stellungskrieges waren außerordentlich hoch. So meldete ein offizielles Organ für die ersten Monate des Jahres 1915, der Zeit also, in der Haubach in diesem Abschnitt Soldat war, daß „die Infanterie [unentwegt] sappte und schanzte.“<sup>116</sup> Auch die regimetreue Berichterstattung konnte nicht umhin, die Kämpfe als lebhaft oder gar heftig zu beschreiben. So wurde allein für die Wintermonate 1914/15 zwar „französischerseits ein Gesamtverlust in den Argonnen von 36 000 Mann“ konstatiert, die deutschen Verluste hätten – dieser Tatbe-

<sup>110</sup> Von Frankenberg und Ludwigsdorff, Alex-Victor: Das Leibgarde-Infanterie-Regiment (1.Großherzoglich Hessisches) Nr. 115 im Weltkrieg 1914 – 1918, Stuttgart 1921, S.2 u. S.27.

<sup>111</sup> Hirschel, S.22.

<sup>112</sup> Vgl. „Bescheinigung“ des Archivs ‚Krankenbuchlager‘ vom 13. Juli 2000.

<sup>113</sup> Ebd.; leider vermerkt die „Bescheinigung“ in einigen Fällen nur die Einlieferungsdaten in die Lazarette, nicht aber die Entlassungsdaten zurück in eine Einheit; direkte Weiterverlegungen zu weiterer Behandlung oder zu Rehabilitationszwecken werden allerdings genannt. Da eine solche in diesem Falle offenkundig nicht vorlag, kann vermutet werden, daß Haubach im November 1914 nach der Entlassung aus dem Lazarett Lille wieder in seine 3. Kompanie zurückkehrte und kurz darauf erneut verwundet wurde oder erkrankte. Auch die Gründe für die Einlieferung in ein Lazarett sind auf der „Bescheinigung“ nicht angegeben.

<sup>114</sup> Darmstädter Echo vom 30.11.1995, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45, Theodor Haubach; überliefert wurde das Foto von einer Darmstädterin, die im Jahre 1914 in diesem Lazarett wie Frau Haubach als Rot-Kreuz-Helferin Dienst tat.

<sup>115</sup> Von Frankenberg und Ludwigsdorff, Nr. 115, S. 44 f.

<sup>116</sup> Militär-Wochenblatt 100 (1915), Nr. 22/23 v. 2. Februar 1915, S. 555.

stand wird nebulös umschrieben - „nicht einmal den dritten Teil“ ausgemacht.<sup>117</sup> Die euphemisierende Darstellung steht im krassen Widerspruch zur oben zitierten Regimentsgeschichte, die für die Zeit von Januar bis März 1915 hohe Verluste der 115er beklagte und deren Führung fast verzweifelt um Ersatz bemüht war. Aus dem Erleben in dieser Phase bis zu seiner erneuten Einweisung in ein Lazarett – wiederum in Darmstadt – im März 1915 entstanden vermutlich die im folgenden Abschnitt analysierten literarischen Argonnen-Texte.

Nach der Entlassung tat Haubach bis zum Ende des Krieges Dienst in der 25. Reserve-Division und in dem dieser Division zugehörigen Infanterie-Regiment Nr. 168.<sup>118</sup> Auch mit dieser Einheit lag er zeitweise am nördlichen Rand der Argonnen. Die 25. Division und die 168er wurden in schneller Folge an der westlichen Front jeweils an Brennpunkten eingesetzt, um vor allem Verteidigungsstellungen in der Champagne und vor Verdun zu stabilisieren.<sup>119</sup> Der von Haubach – wie wir sehen werden – ersehnte Einsatz vor Verdun realisierte sich zum ersten Male vom 4. Juli bis zum 31. Oktober 1916 und brachte auch für seine Einheit überaus harte und verlustreiche Kämpfe mit sich. Die Kämpfe um Verdun in der Zeit vom März bis September 1916 wurden von den Militärs Frankreichs und des Deutschen Reiches als entscheidende „Kraftprobe“ angesehen, in der keine Seite unterliegen wollte. Im resümierenden Rückblick wurden die Auseinandersetzungen um Verdun zweifellos zutreffend als „das fressende Geschwür am Körper beider Heere“ qualifiziert.<sup>120</sup> Die deutschen Erwartungen, die französischen Truppen zermürben zu können, erfüllten sich nicht. Verdun war vielmehr zu einer ‚Mühle‘ geworden, in der alle Reserven vernichtet wurden, so daß „alle Operationsfreiheit verlorengegangen war.“<sup>121</sup>

Haubach geriet als Soldat der 168er in ein Schlachtenszenario, das wie ein Synonym für die Schrecken des Krieges insgesamt stand. In dem von beiderseitigem Artilleriefeuer völlig zerschossenen Gelände litten die Soldaten während einiger Sommerwochen an den Folgen der Hitze und des Wassermangels, wenig später wateten sie in und nach einer langandauernden Regenperiode im zähen, lehmigen Schlamm der Region. Die Gräben wurden zu einem „Schlammabyrinth“ verwandelt, in dem Leichen verschwanden und in das „Verwundete durch die über sie Hinwegschreitenden hineingetreten wurden und erstickten.“<sup>122</sup>

Ende Juni 1916 endete die groß angelegte, zuletzt mit massivem Gas- und Grünkreuzeeinsatz unterstützte Verdunoffensive. Die wenig später eintreffenden 168er ersetzten völlig erschöpfte, ausgeblutete Einheiten und wurden Mitte Juli und Anfang August bei begrenzten Offensivversuchen eingesetzt, die dem Gegner den Anschein deutscher Angriffsbereitschaft signalisieren sollten.<sup>123</sup> Nach zähen, verlustreichen Wochen Stellungskrieges griffen dann französische Truppen am

<sup>117</sup> Ebd., Nr. 24/25 v. 4. Februar 1915, S. 598.

<sup>118</sup> Vgl. Angaben in der „Bescheinigung“ des Krankenbuchlagers.

<sup>119</sup> Soldan, Adolf: 5. Großherzoglich Hessisches Infanterie-Regiment Nr. 168. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Truppenteile des ehemaligen preußischen Kontingents, 110. Bd., Oldenburg i.O./ Berlin 1924, S. 74 ff.

<sup>120</sup> Gold, Ludwig: Die Tragödie von Verdun 1916; III. u. IV. Teil: Die Zermürbungsschlacht (Schlachten des Weltkrieges; Bd. 15, hrsg. im Auftrage des Reichsarchivs), Oldenburg i.O./Berlin 1929, S. 124.

<sup>121</sup> Werth, German: Verdun. Die Schlacht und der Mythos, Bergisch Gladbach 1979, S. 318.

<sup>122</sup> Gold, Die Tragödie, S. 35.

<sup>123</sup> Ebd., S. 153.

24. Oktober mit selbst für dieses Kampffeld unvorstellbarer Wucht auf breiter Front an. Dabei wurden auch die Stellungen des Regiments 168 „von den überlegenen Gegnern überrannt“ und die Soldaten des II. und III. Bataillons „größtenteils gefangen genommen“. „Abgekämpft“ mußte das Regiment abgelöst und „durch Ersatz aus der Heimat neu aufgestellt werden.“<sup>124</sup> Die Einlieferung Haubachs in ein Lazarett am 27.10. ist mit einiger Sicherheit auf eine in diesen schweren Kämpfen erlittene Verwundung zurückzuführen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits den Rang eines Leutnants.<sup>125</sup>

Für die Gefechte des zweiten Einsatzes der 25. Division vor Verdun vom Januar bis Ende August 1917, an der Haubach als Leutnant einer Sturmkompanie teilnahm, sah sich der Chronist der Regimentsgeschichte genötigt, eine weitere Steigerung zu formulieren, sie „waren für das Regiment die schwersten des gesamten Feldzuges.“<sup>126</sup> Diese Einschätzung wird dann auch für die Division in toto zutreffend sein. Haubach mußte am 13.6.1917 wiederum in ein Lazarett eingeliefert werden und wurde etwa zwei Wochen später in das kaiserliche Militär-Genesungsheim Spa (Belgien) verlegt, in dem er sich zwei Monate aufhielt.<sup>127</sup> Nach der Genesung wurde er zum Infanterie-Regiment Nr. 168 kommandiert, in dem er bis zum Kriegsende verschiedene Kompanien führte. Haubach blieb während des Krieges ausschließlich an der Westfront. Als bemerkenswert ist festzuhalten, daß er zwischen dem zuletzt erwähnten Lazarettaufenthalt und dem November 1918 noch dreimal in ein Lazarett eingewiesen werden mußte, er also insgesamt acht Verwundungen oder Erkrankungen während der Kriegsjahre erlitt. Festzuhalten ist, daß die Freiwilligen, die wie Theodor Haubach durch das Kriegserlebnis umfassend eine neue nationale Identität mit veränderten gesellschaftlichen Strukturen zu erreichen hofften, bitter enttäuscht wurden. In den militärischen Strukturen lebten die des Wilhelminischen Staates fort, möglicherweise prägten sie sich in diesem spezifischen Sektor, den der Krieg repräsentierte, eher noch stärker aus.<sup>128</sup>

### 2.1.2 Äußerungen zum individuellen Kriegserleben

Über seine Zeit als Soldat sind von Haubach nur wenige Aussagen überliefert - überwiegend als Teil literarisch ambitionierter Texte. Konkrete Daten etwa zu Truppenteilen, erhaltenen Auszeichnungen, Verwundungen, dem alltäglichen Le-

<sup>124</sup> Ebd., S. 74.

<sup>125</sup> Beförderung vom Fähnrich zum Leutnant n. Mitteilung d. Großen Hauptquartiers v. 22.8.1916, in: Militär-Wochenblatt 101 (1916), Nr. 41/42 v. 29.8.1916, S. 920.

<sup>126</sup> Soldan, 5. Großherzoglich, S. 77

<sup>127</sup> Vgl. „Bescheinigung“ des Krankenbuchlagers.

<sup>128</sup> Auf welcher unterschiedlichen Weise sich eine intensive Beschäftigung und das Bemühen um Analyse dieses Zusammenhangs niederschlugen, mögen zwei Beispiele zeigen; einmal der Versuch, anhand vorliegender Dokumente, Berichte und Aussagen von Beteiligten differenzierter das Gefüge bloßzulegen in: Hobohm, Martin (Gutachter): Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deutschen Zusammenbruchs von 1918, in: Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919 – 1930, hrsg. im Auftrage des Reichstages. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abt.: Der innere Zusammenbruch, 11.Bd., 1. u. 2. Halbbd., Berlin 1929 und zum andern die fiktionale Verarbeitung eigenen Erlebens als Soldat vor Verdun in Verbindung mit schneidender Kritik am gesellschaftlichen Zustand und der imperialistischen Zielsetzung des Wilhelminismus, in: Zweig, Arnold: Erziehung vor Verdun, Amsterdam 1935.

ben im Felde oder anderen Gegebenheiten sind in ihnen nicht enthalten.<sup>129</sup> Allein eine Ortsangabe – die „Argonnen“, jene ausladende, dicht bewaldete Hochebene im Nordosten Frankreichs – taucht in zwei Texten auf.

Bei dem Versuch, Aussagen herauszufiltern, die Rückschlüsse auf Haubachs individuelles Kriegserleben zulassen, muß jedoch mit großer Umsicht vorgegangen werden, denn nicht ohne weiteres darf – um etwa biographische Lücken zu füllen – davon ausgegangen werden, daß „die in einem Gedicht ausgedrückte Befindlichkeit des lyrischen Ichs gleichzeitig auch die des Verfassers ist“.<sup>130</sup> Mit gleicher kritischer Distanz sind auch fiktionale Prosatexte zu betrachten. In jedem Falle sind in die Entscheidung, inwieweit Aussagen als biographisches Material verwendet werden dürfen, alle auffindbaren Daten zur aktuellen Lebenssituation des Autors einzubeziehen und die vom Verfasser gewählte Gesamtstruktur eines Textes zu bestimmen, also Sprachverwendung, Aufbau, gewählte kommunikative Ebene und seine vermutete Absicht im Blick auf den Nutzer.

Für die in unserer Untersuchung zu analysierenden Texte Haubachs kann zu diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß sie weit überwiegend einen deutlich erkennbaren nicht-fiktiven Kern besitzen oder essayistisch angelegt sind, der Autor die Aufnahme in den Kontext „literarischer Publikationen“ vor allem über die „literarisierte“ formale Gestaltung seiner Produkte suchte und letztlich auch fand. Die vorliegenden Texte sollen auf folgende Aspekte hin übergreifend untersucht werden:

- Wird von Haubach überhaupt konkretes Kriegsgeschehen dargestellt - mit welchen Akzentuierungen?
- Ist persönliche Betroffenheit spürbar, sind Äußerungen emotionaler Art nachzuweisen?
- Sind gegenüber der positiven Einstellung des kriegsfreiwilligen Oberprimars nach Beginn des Kriegseinsatzes Veränderungen feststellbar?

Der zeitlich früheste Text „Die Argonnen. Aus Briefen“<sup>131</sup> gibt am ausführlichsten Eindrücke des Autors, die sich auf das konkrete Kriegsgeschehen beziehen, aus der ersten Zeit des Krieges wieder.<sup>132</sup> Dieser dreiseitige Prosatext wurde in der renommierten expressionistischen Zeitschrift ‚Zeit-Echo‘ veröffentlicht, neben Texten von Autoren wie Ernst Bloch, Rudolf Leonhard und Alfred Wolfenstein. Er ist in fünf Abschnitte untergliedert, die additiv ohne Überleitung oder Verknüpfung aneinandergesetzt sind; thematisiert wird in allen der Einsatz von Waffen und Materialien. Eine breite Palette wird vom Verfasser genannt: „Wie Schlangen ringeln sich die Schrapnellwolken“<sup>133</sup>, „Minen wanken unbeholfenen

<sup>129</sup> Veröffentlicht wurde der Großteil der für diesen Aspekt interessierenden Beiträge Haubachs in der Zeitschrift ‚Die Dachstube‘, auf deren Gründung, Mitarbeiter, Funktion und Bedeutung für Haubach im zweiten Teil dieses Kapitels eingegangen wird. Dort wird dann auch der Versuch unternommen, die Texte zu analysieren und sie in den Kontext des „literarischen Zeitgeistes“ einzuordnen.

<sup>130</sup> Wilde, Dieter: Text und Biographie, in: Bleitner, Thomas et al. (Hrsg.): Praxisorientierte Literaturtheorie. Annäherungen an Texte der Moderne, Bielefeld 1999, S.19 – 43, S.23.

<sup>131</sup> Haubach, Theodor: Die Argonnen. Aus Briefen, in: Zeit-Echo Nr.15, 1915 – 1916, München-Berlin, ohne Seitenangaben.

<sup>132</sup> Die Erscheinungsdaten der in diesem Kontext behandelten Texte kann eindeutig für die Jahre 1916 und 1917 – z.T. mit Angabe der Monate - fixiert werden, nicht zu ermitteln sind jedoch die Entstehungsdaten.

<sup>133</sup> Haubach, Die Argonnen., 1.S.

Flugs“<sup>134</sup>, „Gewehrketten heulen [...] wie gequälte Kinder“, „der hohle, blecherne Klang der Handgranaten“, „die rabiate Hölle französischer Granaten und Minen“<sup>135</sup>, und im Schlußabsatz wird breit der wachsende Materialeinsatz vor allem hinter der Front dargestellt. Haubach zählt eine Fülle derartiger Stoffe auf wie z.B. „Beton, Eisen, [...], Zement, Bauholz, Eisenpfähle, [...] Bohrmaschinen, Pumpen, Dynamomaschinen, Kabel,[...] Eisenbahnschienen, Lokomotiven, Wagen.“<sup>136</sup>

In seinen Beiträgen, die zwischen Oktober 1916 und März 1917 in der ‚Dachstube‘ erschienen, werden konkrete Details nur marginal angemerkt, etwa als „der Kanonendonner mit plötzlichem Ruck“ eine Landschaftsschilderung unterbricht oder der Autor „unser verruchtes Höhlenleben“<sup>137</sup> beklagt, damit zweifellos das Leben in den Gräben und Unterständen beschreibend. Dieses Bild wird jedoch nicht vertieft, sondern bleibt wie die meisten der oben aufgeführten Zitate merkwürdig blaß im Kontext von zumeist ausladenden Landschaftsschilderungen. Der einzige deutliche Akzent ist in der relativ breiten Darstellung des Einsatzes von Material und der weitgehend anonym hinter der Front wirkenden Soldaten zu erkennen. Deren Einsatz, „die tägliche Heldentat des Musketiers“, möchte Haubach anerkannt sehen und verweist im selben, abschließenden Absatz des Beitrages auf „das unerhörte Gesicht dieses neuen Krieges“, das er als „im ganzen aber erschütternd, erhaben, gewaltsam und blutig“ empfindet.<sup>138</sup>

Diese Äußerung Haubachs leitet über zur Auseinandersetzung mit der zweiten oben formulierten Leitfrage. Emotionale Betroffenheit ist in diesem Text nur ansatzweise feststellbar, sie wird weitgehend überlagert von sachlich-abständiger Darstellung. Dies trifft auch für einen Beitrag zu, der Anfang 1917 erschien. In der Einleitung zu einer Rezension zu den Zeichnungen eines Freundes wies er auf die Schwierigkeit hin, „in Reden über Kunst und künstlerische Leistung“ eintreten zu wollen, wo er sich für diesen Beitrag doch „aus dem so viel härter und greifbarer geformten Handwerk des Krieges“ in die Sphäre der Kritik und Ästhetik begeben müßte.<sup>139</sup> Er läßt sich auch annäherungsweise als Beleg für die Haltung Haubachs zum Kriegsgeschehen einordnen, da er nicht-fiktional ist. Eine vergleichbar distanzierte Einstellung des jungen Soldaten findet sich auch in der Wiedergabe von Details, von Szenen aus dem Kriegsgeschehen wieder: „Das tollste aller Schauspiele ist der Minenzauber“ oder wenn er von Schrapnellfeuer berichtet, „einem erstaunten Arbeitertrupp in den Rücken fallend, dessen Leichen dann schweigend mit der tragischen Gebärde geknickter Marionetten über die Felsen stürzen.“<sup>140</sup>

Haubach vermag soviel Distanz zum täglich erlebten Grauen des Krieges herzustellen, daß dessen Erscheinungsformen zu Versatzstücken für literarisches Gestalten werden. Ein nachhaltiges Erschrecken, Verzweiflung oder Todesangst sind nicht auszumachen. Intensivere emotionale Bewegung zeigt der Autor in allen Texten dieses Zeitraums immer dann, wenn er einzelne Soldaten beschreibt. Auch

<sup>134</sup> Ebd., 1.S.

<sup>135</sup> Ebd., 2. u. 3 .S.

<sup>136</sup> Ebd., 3.S.

<sup>137</sup> Haubach, Theodor: Aus den Argonnen, in: Die Dachstube, Blatt 47, Februar 1917, S. 179.

<sup>138</sup> Haubach, Die Argonnen, 3. S.

<sup>139</sup> Haubach, Theodor: Zeichnungen von L.Breitwieser, in: Die Dachstube, Bl. 48, März 1917, S. 183.

<sup>140</sup> Haubach: Die Argonnen, 1. u. 2. S.

dabei ist jedoch eine erstaunliche Distanz zum Kriegsalltag zu konstatieren. Die betreffenden Textsequenzen stellen nämlich die Schönheit männlicher Körper und ihrer Bewegungen bei der Ausübung des „Kriegshandwerks“ in den Mittelpunkt. So vergleicht er seine Wahrnehmung von einem Soldaten, der eine Handgranate schleudert, mit den Werken Raffaels: „Die Haltung eines Arms mit dem schlanken Stil der Handgranate ist unsagbar, der Schwung des Werfens, der den Körper in einer fabelhaften Mischung von Wildheit, Eleganz und gespannter Vorsicht hochreißt, triumphiert über die köstlichste Grazie Raffaels.“<sup>141</sup> Nicht Bedrohung, Dreck, Krankheit, Verwundung oder Tod werden assoziiert und dargestellt, sondern Haubach breitet sensible Schilderungen von ihm empfundener männlicher Schönheit aus: „Wie schön wird das Gesicht des jungen Soldaten, der mit hingerrissener Geste das Wort <Musik> aus einer edlen Bewegung seiner blaßroten Lippen formt! [...] Hände, die braun und im letzten Licht wie gegossenes Metall aussehen, [...]“<sup>142</sup> In einem kurz darauf veröffentlichten lyrischen Text preist er ebenfalls den Anblick eines Soldaten, dessen Anblick ihm unter „viele[n] schöne[n], junge[n] Soldaten“ den Abend „zum Märchen“ werden läßt.<sup>143</sup>

Haubach vermittelt also in den zitierten Texten emotional Bewegendes über die Schilderung männlicher Schönheit und ausgedehnter Landschaftsskizzen, der Krieg wird zum Handlungsfeld, an dessen Erscheinungsformen Gedanken, Wünsche, Visionen exemplifiziert werden. Manchmal gerät der Krieg zur Kulisse. Am stärksten drängt sich für die Deutung dieses Befundes die Vermutung auf, daß sich der junge Soldat gezielt von den ihn umgebenden Schrecken des ‚Kriegsalltags‘ zu distanzieren suchte, indem er Bilder von angenehmen Empfindungen und Schönheit beschwor und sie – zweifellos ein bedeutsamer Teil dieses ‚Ausstiegs‘ aus der Wirklichkeit - sprachlich zu gestalten suchte.

Doch Haubach scheint für sich zudem einen direkten Zugang zum Thema ‚Krieg‘ gefunden zu haben. Einen Hinweis gibt ein Text von ihm, der im Oktober 1916 veröffentlicht wurde. In ihm erläutert er sein Bild vom Soldaten und äußert seine Zufriedenheit darüber, daß es gelungen sei, „aus dem Soldaten als Päckesel und minderwertigem Maschinenmenschen den Sportsmann erzeugt zu haben“. Und dann formuliert er einen Satz, der – das wird zu zeigen sein – für sein ganzes späteres Leben bedeutsam sein wird: „Elastizität des Körpers und des Geistes, der einzige Weg, einen Menschen nicht nur militärisch vollwertig zu machen!“, den er mit dem Hinweis akentuiert, daß nur „souverainer Gebrauch des Körpers, königliche Gewalt des Hirns über Widerstände äusserer und innerer Art“ obsiegen könnten.<sup>144</sup>

Verweisen diese Zitate bereits auf vom Gymnasium vermitteltes Ideengut, so lassen die Präzisierungen, die Haubach seinem Bild vom Soldaten anfügt, eindeutig den Einfluß neuhumanistischer Bildungstradition erkennen. Der Soldat, so der Autor, „ist Knabe, Schauspieler und Grieche geworden.“ Während dem Knaben „Schlankheit und Sehnen seiner Schenkel“ sowie „unzerstörbare Jugendlichkeit“, dem Schauspieler „im edlen Sinne“ eine „Darstellung der besten Fähigkeiten und

<sup>141</sup> Ebd., 2. S.

<sup>142</sup> Haubach, Aus den Argonnen, S. 180.

<sup>143</sup> Haubach, Theodor: Abend, in: Die Dachstube, Bl. 48, März 1917, S.205. Die Anordnung der Zeilen orientiert sich an der des Originals.

<sup>144</sup> Haubach, Theodor: Bemerkungen zum Militarismus, in: Die Dachstube, Bl. 44, 11.Oktober 1916, S. 164.

Kenntnisse“ zugesprochen werden, steht der Grieche „in seiner gemeiselten [sic] Anmut, in seiner wunderbar harten, stählenden Erziehung“ für das antike Bild des Kriegers, der „das kecke Spiel mit allen tödlichen [sic] Instrumenten des Krieges“ beherrscht und „über alle verderblichen Dinge mit den sprunghaften Gliedern des Tänzers hinwegschreiten“ kann.<sup>145</sup>

Nimmt man alle von Theodor Haubach gemachten Äußerungen zum Krieg aus dieser Zeit zusammen, so liegt der Schluß nahe, daß er dieses Bild vom Soldaten bereits internalisiert hatte und ihm damit eine vergleichsweise distanzierte Auseinandersetzung mit seinen Erlebnissen und Beobachtungen zwischen 1914 und 1918 möglich war. Der Krieg - „Dies ist unser Krieg!“<sup>146</sup> - mußte bestanden werden, Voraussetzung dafür war die Ausbildung des „Kriegerischen“<sup>147</sup>, das ihn zwar die Grausamkeiten des Stellungskrieges und der Schlachten erkennen ließ, ihm aber zugleich Schutz verlieh, indem es Distanzierung ermöglichte. Ihm gelang es so, im Inferno Erlebnisse und Erfahrungen auf sein Krieger-Bild – Knabe, Schauspieler, Grieche – zu beziehen, eine engagierte und das Geschehen gleichsam begleitende Position einzunehmen. Emotionalität, Teilnahme und innere Bewegung werden deshalb jeweils nur in den Textsequenzen sichtbar, in denen er im Alltäglichen seine Vision verwirklicht sieht. Ängste oder Verzweiflung, ein Leiden an diesem Krieg, wie es viele junge Männer bis zur physischen oder psychischen Vernichtung erlebten, lassen sich in Haubachs während der Kriegsjahre veröffentlichten Texten nicht erkennen.

So ist es dann auch nicht überraschend, daß er keinen Zweifel am Sinn dieses Krieges äußerte oder etwa ein Votum für dessen Abbruch abgab. Vielmehr wurde die militärische Auseinandersetzung, das Aufeinanderprallen deutscher und französischer Armeen vor Verdun, überhöht, fast mystifizierend von ihm dargestellt: „Dann glänzt weit links im Süden der erhabene Donner der Schlacht“ und offenkundig bedauernd, nicht aktiv eingreifen zu können, verweist er auf seine Situation im Stellungskrieg mit „unserem zähen, tragisch tatenlosen Aushalten.“<sup>148</sup> In diesen Kontext paßt auch die Bemerkung Haubachs, daß für ihn „der Angriffsgedanke“ als „der moralischste (im unkirchlichen Sinne), tüchtigste, lebenerhöhendste“ anzusehen sei.<sup>149</sup> Als zu Beginn des Jahres 1917 die Verlegung seiner Einheit nach Verdun bevorsteht, ist kein Zögern oder Einhalten spürbar, sondern der nächste Kriegseinsatz wird von ihm vielmehr hymnisch begrüßt. Haubach kündigt von „der fabelhaften Größe des kommenden Abenteurers“ und fährt fort: „Noch war uns bis jetzt der glanzvolle Donner von Verdun ein mystisches Schauspiel, eine heroische Fanfare“, nun aber risse seine Einheit „der unsagbare Zauber ferner Befehle vor das erhabene Antlitz dieser Schlacht.“<sup>150</sup>

Generell muß dem vielleicht entstandenen Eindruck entgegengetreten werden, daß Theodor Haubach den Ersten Weltkrieg als eine Art Spielwiese für Selbsterfahrungen erlebt, vielleicht sogar genossen habe. Ihm widersprechen Textstellen, die z.B. auf „die Verwüstung der Landschaft“<sup>151</sup> hinweisen oder den Krieg als „eine

<sup>145</sup> Ebd., S. 164

<sup>146</sup> Haubach, Die Argonnen, 2. S.

<sup>147</sup> Haubach, Bemerkungen zum Militarismus, S. 164.

<sup>148</sup> Haubach, Die Argonnen, 2. S.

<sup>149</sup> Haubach, Bemerkungen zum Militarismus, S. 164.

<sup>150</sup> Haubach, Aus den Argonnen, S.179.

<sup>151</sup> Ebd., S. 179.

schleichende, schleimige Gefahr“ darstellen, dessen Waffenwirkung manchmal „Nerven eher als Unterstände“<sup>152</sup> sprengen würde. Zudem muß bei einer abschließenden Einschätzung der Haltung Haubachs berücksichtigt werden, daß ausschließlich auf Quellentexte zurückgegriffen werden kann, die für eine Veröffentlichung konzipiert waren – dieser Aspekt wurde in der ‚Einleitung‘ bereits diskutiert - und damit eine völlig andere Kommunikationsebene intendiert war als etwa beim Schreiben von Briefen oder Postkarten „aus dem Felde“ an Verwandte oder Freunde. Zudem finden sich in allen Beiträgen Elemente, die Haubachs Bemühen um sprachliche und formale Gestaltung - u.a. in einem hohen Anteil von Metaphern oder pathetisch-überhöhter Begrifflichkeit - im Blick auf eine literarisch ambitionierte Leserschaft erkennen lassen. Zu prüfen wäre außerdem, ob sich der Autor möglicherweise verpflichtet fühlte, sich öffentlich systemkonform, das hieße also für den Krieg, zu artikulieren. Dieser Aspekt kann zweifelsfrei vernachlässigt werden, da sich ‚Die Dachstube‘ der Tradition jener großen Zahl zeitgenössischer expressionistischer Zeitschriften verpflichtet fühlte, deren Mitarbeiter gerade die Wirklichkeit des Wilhelminischen Reiches kritisch reflektierten. Dies bestätigt auch eine zeitgenössische Rezension Kasimir Edschmids, dessen literarische Arbeiten bereits überregional Aufmerksamkeit erregt hatten und der für die jungen Redakteure als kaum zehn Jahre Älterer schon bewunderter Nestor war. Er sieht in den Beiträgen der ‚Dachstube‘ „neben Unmöglichkeiten, Unerfahrenem, Distanzlosigkeit, gegen die Welt das Überraschende“ und „kein Schauen nach oben oder dem Unten der Welt.“<sup>153</sup>

Wie es bereits die zitierten Aussagen ausweisen, entziehen sich die während des Krieges entstandenen Texte Haubachs dem Versuch, ein ‚einheitliches Bild‘ seiner Haltung dem Krieg gegenüber abzugeben. Es lassen sich durchaus Sequenzen markieren – auf einige wird im folgenden noch einzugehen sein -, die den Schluß zulassen, daß der Alltag des Krieges ihn nicht nur physisch durch mehrere Verwundungen, sondern auch psychisch belastet haben muß. Dagegen stellte er jedoch unmißverständlich die Vision vom Mann (nicht vom Menschen !), der sich im Kriege beweisen konnte, wenn in ihm Körper und Geist eine Einheit bildeten oder als Soldat eben diese Übereinstimmung entwickeln mußte, damit die „völlige Eindeckung militärischer und menschlicher Vollkommenheiten“ erreicht werden konnte.<sup>154</sup>

Der hohe Grad von Identifikation mit den einzelnen Elementen dieser Idealvorstellung vermittelte dem jungen Soldaten Haubach Distanz gegenüber dem Kriegsalltag. Sie ließ ihn selbst in dieser aus den Fugen geratenen Welt Dinge wahrnehmen, die seinem Bild von griechischer Schönheit oder auch von kriegerischer Härte und Askese entsprachen. Darauf gründete seine unerschütterbare Position, daß dieser Krieg bestanden werden müßte. Auch Haubach hat dessen Dimension nicht antizipieren können, so verwies er ja z.B. auf den unglaublich hohen Anteil des Materials am Kriegsgeschehen oder verwünschte den Stellungskrieg, der zum „tragisch tatenlosen Aushalten“<sup>155</sup> führen würde, aber er nahm diese

<sup>152</sup> Haubach, Die Argonnen, 1. S.

<sup>153</sup> Edschmid, Kasimir: Die Dachstube, in: Neue Zürcher Zeitung, 02.12.1917; zit. n. Erich Zimmermann (Bearb.): Kasimir Edschmid 1890 – 1966. Katalog einer Ausstellung Okt./Nov. 1970 in Darmstadt, Darmstadt 1970, S. 37.

<sup>154</sup> Haubach, Bemerkungen zum Militarismus, S. 164.

<sup>155</sup> Haubach, Die Argonnen, 1. S.

Aufgabe an und suchte nach der Annäherung an seine Idealvorstellung: ein „Krieger“ in einer Männer-Welt. „Das Kriegerische“ spiegelte ein wichtiges Element individueller männlicher Selbstverwirklichung, ‚der Krieg‘ bedeutete für ihn trotz all der selbst erfahrenen Gefahren, Grausamkeiten und mit der Geringschätzung menschlichen Lebens eine Option von Politik.

Die Mehrschichtigkeit seines Kriegserlebens spiegeln auch die nach 1918 erschienenen Texte. In einem 1920 erschienenen Beitrag mit dem Titel „Psychologische Beobachtungen im Felde“<sup>156</sup> schlüpfte er in die Rolle des nachdenklichen Wissenschaftlers und breitete überwiegend umständlich wirkende, psychologisierende Bemerkungen zum Problem des Erinnerns aus. Nach seinen Erfahrungen würden die vielfältigen Eindrücke, denen der Soldat ausgesetzt sei, zu einem eher unkonturierten Gesamtbild verwischen, das sich in der Folgezeit mit noch größerer zeitlicher Distanz entsprechend den individuellen Gegebenheiten von den tatsächlichen Geschehnissen entfernen und zu einem neuen Element in der „Erinnerung“ mutieren könne.<sup>157</sup> Haubach hob hier ab auf die belastenden Kriegsereignisse, auf ihre eine „Verstörung der Sinne“ hervorrufende Wucht. Er ignorierte sie also keineswegs, sondern formulierte an anderer Stelle des Beitrages Erfahrungen und Empfindungen wie „Schmutz, Hunger, Heimweh, Angst“ und verwies auf „wirkliche Entsetzlichkeiten“, die der Krieg mit sich gebracht habe.<sup>158</sup> Wenn diese Sequenzen auch zunächst den Anschein erwecken, als seien sie Versatzstücke einer generalisierenden, abständigen Betrachtung, so geben die Schlußsätze auf fast beklemmende Weise den Blick auf das ‚Innenleben‘ des Verfassers frei. Es müssen uneingeschränkt selbsterfahrene und -empfundene Eindrücke sein, wenn Haubach offenbart: „Nur im Traum fallen dann und wann die deckenden Zwischenschichten“, jene nämlich, die „das Grauen solcher Minuten“ des Kriegsgeschehens sonst zudecken, sublimieren oder schlicht umdeuten. Die nach seiner Auffassung allgemein zu beobachtende Praxis, die Erinnerung an den Krieg zu verdünnern, führt er auf „die Lust am Grausen, Scheußlichen, am Schrecken“ zurück, die Realität sei jedoch auch auf diese Weise nicht wieder herbeizurufen.<sup>159</sup> Sieht man von jenem Teil der Kriegsteilnehmer ab, die physisch oder psychisch massiv an den Kriegsfolgen litten und die in jedem Moment ihres Daseins auf den Verlust an Lebensqualität durch die Kriegseinwirkungen verwiesen wurden, so wird sich bei der Masse der ehemaligen Soldaten eine individuelle Form der „Umwidmung“ der Erfahrungen herausgebildet haben, zu der sich neben schrecklichen Bildern durchaus auch heroisierende oder positiv empfundene Reminiszenzen gesellten. Dies geschah zweifellos eher – verständnis-innig - in einem privaten Raum, wie es auch eine kurze Anmerkung Haubachs zeigt, die er etwa zwei Jahre nach Kriegsende machte. Nach der Lektüre eines Buches, in dem der Erste Weltkrieg thematisiert wird, Verfasser und Titel nennt er leider nicht, formulierte er: „Mitunter bekomme ich fast Heimweh nach dem Krieg [...]“.<sup>160</sup>

<sup>156</sup> Haubach, Theodor: Psychologische Beobachtungen im Felde, in: Darmstädter Zeitung, Wochenbeilage, v. 19.Juni 1920, S. 101 f.

<sup>157</sup> Auf diese offenbar bei vielen Soldaten zu beobachtende Form der Reaktion wird auch hingewiesen in: Ulrich, Bernd/ Benjamin Ziemann (Hrsg.): Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit (Geschichte; Fischer-Tb. 12544), Frankfurt/M. 1994, Einleitung, S. 14 f.

<sup>158</sup> Haubach, Psychologische, S. 102.

<sup>159</sup> Ebd., S. 102.

<sup>160</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 20.1.1921, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45, 2. S.

Der Text wirft zugleich ein Schlaglicht auf die Art, in der Haubach kommunikative Beziehungen auf dieser Ebene auffaßte und umzusetzen suchte. Wichtig schien ihm zu sein, daß der Partner, hier: der Leser, ihn als kompetenten, nachdenklichen, wissenschaftsorientierten, eindrucksvoll sachlich-streng formulierenden Gegenüber einschätzte, ein Selbstbild, das vergleichbar auch in anderen Beiträgen nachzuzeichnen ist. Es darf nicht übersehen werden, daß Theo Haubach bei der Veröffentlichung dieses Artikels 23 Jahre alt war. Möglicherweise ist an seiner Diktion und der dahinter vermuteten Haltung auch exemplarisch abzulesen, daß die jungen Männer dieser schmerzlich dezimierten ‚Jungen Kriegsgeneration‘ einen gewaltigen Reifesprung tun mußten. Sie hatten mit der Kriegsteilnahme Erfahrungen hinter sich wie keine Generation zuvor und sahen sich nun dem Erwartungsdruck ihres Umfeldes ausgesetzt, in einer eindeutig patriarchalisch bestimmten Gesellschaft ‚ihren Mann‘ zu stehen. Träfe diese Hypothese zu, dann wäre es verständlich, daß sie je nach individuellen Lebenszusammenhängen meinten, vorhandene Haltungen intensiver, nachdrücklicher oder drastischer akzentuieren zu müssen, um vermutete oder vorhandene Erwartungen an sie einzulösen.

Zehn Jahre nach Beginn des Weltkrieges erhielt der Redakteur Haubach die Aufgabe, dieses historischen Ereignisses auf der ersten Seite des ‚Hamburger Echo‘ zu gedenken. In seiner weitgehend persönlich gehaltenen Reminiszenz weist er darauf hin, daß zwar „aller Rausch“ der Kriegsbegeisterung schnell vergangen gewesen sei, aber, fügt er hinzu, „wir waren nüchtern und bewußt und standen mit Wissen und Willen im Kampfe.“ Den Terminus „Willen“ führt Haubach hier nicht aus, er wird ihn so verstanden haben wie oben skizziert, der Begriff „Wissen“ wird erläutert, nämlich als Wissen um das „Verhängnis“ – gleichgesetzt mit dem Krieg -, dem „sich keiner entziehen konnte und durfte.“ Das alte Deutschland, das alte Europa „mußte jetzt fallen“ und der Krieg, „dies Verhängnis mußte sein und mußte bis zum tragischen Ende vollbracht werden.“<sup>161</sup> In mittlerweile erheblich gewandeltem Sprachduktus und anderer Wortwahl werden seine oben zitierten, oft literarisch angestrengt formulierten Intentionen vom nun einige Jahre älteren Theodor Haubach bestätigt, der bereits eine politische Laufbahn begonnen hatte.

An dieser Stelle ist es angezeigt, mit aller gebotenen Vorsicht doch auf signifikante Merkmale der ihn bestimmenden Persönlichkeitsstruktur hinzuweisen. Auch fast sechs Jahre nach Kriegsende hielt er weiter an der grundlegenden ‚Idee‘, mit der er in den Krieg gezogen war, fest. Der Kern seiner Haltung war offenkundig nicht zu erschüttern: Dies vermochten weder das zerstörerische Inferno, von ihm durch Verwundungen und den Verlust vieler Kameraden intensiv erfahren, noch das mittlerweile vorhandene Wissen um die Wurzeln des Ersten Weltkrieges als einer Auseinandersetzung mit imperialistischer Zielsetzung, die gerade von den gesellschaftlichen Kräften bewußt herbeigeführt worden war, denen Haubach massiv ablehnend gegenüberstand. Der Erste Weltkrieg blieb für ihn *die* Option durchgreifender gesellschaftlicher Erneuerung und der Krieg *ein* denkbares Mittel der Politik. An ihn leitenden Vorstellungen und Haltungen konnte Haubach – das werden wir sehen – mit großer Prinzipientreue, Härte und vielleicht auch Intransigenz festhalten. Dazu bedurfte er auch keines Zuspruchs oder der Bekräftigung von außen, sondern er war in der Lage, Energie zur Bewahrung und zur offensi-

---

<sup>161</sup> Haubach, Theodor: Den Toten des Weltkrieges, in: H.E., Nr. 211 v. 3.8.1924.

ven Propagierung seiner ihm unabdingbar erscheinenden Auffassungen aus sich heraus zu entwickeln.

## 2.2 Literat

### 2.2.1 ‚Die Dachstube‘: Gründung – Mitarbeiter - Funktion

Edschmid erinnert sich, daß ihn im Jahre 1913 ein Schüler des Georg-Ludwigs-Gymnasiums, F.C.Lehr, häufig besuchte und u.a. davon berichtete, „daß er und seine Freunde Literatur trieben.“ Zu dieser Gruppe gehörte auch Theodor Haubach, den Edschmid seit dessen Kindheit kannte, als Mutter und Sohn Haubach - noch in der ‚besseren‘ Gegend Darmstadts wohnend - in der Nachbarschaft lebten.<sup>162</sup> Die Literatur trieb die Gymnasiasten offenkundig um, sie interessierte und forderte heraus. Dies ist sicher nicht überraschend, fand doch die Jugend einer bildungsbürgerlichen Mittelschicht in der zeitgenössischen Kunst- und Literaturszene ein Feld vor, das im vergehenden Naturalismus die Wirklichkeit und im aufkommenden Expressionismus Protest- und Aufbruchsstimmung widerspiegelte und in dem sich auch die Verfahren und Möglichkeiten der Publizierung und Distribution erheblich verbesserten.

Diese Gymnasiasten beließen es jedoch nicht bei der individuellen Auseinandersetzung mit der Kunst, wichtiges Element für sie war zugleich der Austausch mit anderen und früh wohl auch ein großes Interesse daran, selbst aktiv literarische Texte zu produzieren und sich nach Chancen der Veröffentlichung umzuschauen. Probates Mittel dafür schien den jungen Leuten die Gründung einer eigenen Zeitschrift zu sein, der Markt gab Anschauungsunterricht, erschien doch eine Fülle von Blättern zu jener Zeit, „wie sie weder vorher noch nachher zu verzeichnen ist.“<sup>163</sup> Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und ihr Klassenkamerad Karl Müller hatten bereits im Jahre 1914 ernsthaft geplant, ein Literaturblatt mit dem Titel ‚Das Blinkfeuer‘ zu gestalten und herauszugeben<sup>164</sup> - als sechzehn-, siebzehnjährige Schüler also! Wegen des Kriegsbeginns wurde dieses Projekt nicht realisiert, aber Ludwig Breitwieser, noch etwa vier Jahre jünger als Carlo und Theo, mit ihnen befreundet und mit ihnen eine rege Korrespondenz zu ihren verschiedenen militärischen Einsatzorten führend, gründete am 6.August 1915 in einem Darmstädter Mansardenzimmer mit Josef [genannt ‚Pepy‘] Würth und F[riedrich]. C[arl]. Lehr die Vereinigung ‚Die Dachstube‘, die nach Aussage der Satzung „zur Förderung der menschlichen Kultur beitragen will.“ Organ dieser Gemeinschaft sollte eine gleichnamige Zeitschrift werden. Breitwieser stellte dann umgehend den Kontakt zu Mierendorff und Haubach her und brachte „als Zusteuer zu unserem Dreierbund Carlo und Theo als Mitarbeiter ein.“ Spiritus rector war zweifellos der junge Graphiker Würth, der bereits eine Satzung erarbeitet hatte. Nach seiner Erinnerung wurde an diesem Tage der Verlag ‚Die Dachstube‘ ins Leben gerufen.<sup>165</sup> Übereinstimmung bestand darin, daß das Organ ‚Die Dachstube‘

<sup>162</sup> Edschmid, Kasimir: Tagebuch 1958 – 1960, Wien-München-Basel 1960, S. 397.

<sup>163</sup> Estermann, Alfred: Zeitschriften, in: Glaser, Horst Albert (Hrsg.): Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Jahrhundertwende: Vom Naturalismus zum Expressionismus 1880 – 1918, hrsg. v. Frank Trommler, Bd.8, Reinbek 1982, S. 86 – 101, S. 88.

<sup>164</sup> Breitwieser, Ludwig: Die Dachstube, in: Ludwig Breitwieser et al. (Hrsg.): Die Dachstube, Darmstadt 1976, S. 22 f., auch zum Folg.

<sup>165</sup> Schiebelhuth, Hans/Fritz Usinger (Hrsg.): Preisgesang zweier dankbarer Autoren zum Jubeljahr fünfundzwanzig ihres wenig bekannten Verlags, Darmstadt 1940, S. 20.

schon bald als Flugblatt erscheinen sollte. Der Verlag „In der Dachstube“ publizierte ab 1917 – sein Verleger Würth war inzwischen 17 [!] Jahre alt – die „Bücher der Dachstube“, seit 1918/19 „Die kleine Republik / eine Flugschriftenreihe“ und etablierte sich im kulturellen Leben Darmstadts.

Ein Teil des Alltags dieser aus Altersgründen noch nicht kriegseinsatzfähigen Jungen war in jenen Jahren gefüllt durch den Besuch der Schule, während die Freizeit weitgehend „durch den Kriegseinsatzdienst der Pfadfinder in Anspruch genommen (wurde)“, der z.B. Breitwieser „von dem für unsere Begriffe todlangeiligen Dienst in der Jugendwehr“ entband.<sup>166</sup> Anders als die Staats- und Militärbehörden es eigentlich gewünscht hatten, nämlich in zentral vom Staat gelenkten und organisierten Einheiten, Jugendliche auf den Wehrdienst vorzubereiten, mußte diese Aufgabe unterschiedlichen Verbänden, Vereinen oder sogar auch Großfirmen überlassen werden. Damit war entgegen der behördlichen Intention zu integrativer Wehrerziehung gewährleistet, daß der einzelne Jugendliche durch die Wahl der Jugendkompanie in seiner gewohnten personalen Umgebung, in seinem sozialen Feld verbleiben konnte.<sup>167</sup> Die Mitglieder der ‚Heimat-Redaktion‘ wurden nicht durch behördliche Maßnahmen willkürlich zerstreut und konnten ihre verbliebene schmale Freizeit der Literatur und der Zeitschrift widmen: Dies bedeutete zweifellos eine wertvolle Voraussetzung für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines dichten, stabilen Kommunikationsnetzes, das ein Blatt wie ‚Die Dachstube‘ zum Überleben benötigte.

Zwischen dem Herbst 1915 und November 1918 gelang es der Gruppe, ‚Die Dachstube‘ – eigentlich ein Flugblatt - regelmäßig erscheinen zu lassen; leider ist sie nur lückenhaft erhalten, so vom ersten Jahrgang nur ein Viertel der Beiträge, auch aus den späteren Jahrgängen nur Teile. Immerhin lassen diese Fundstücke Rückschlüsse auf die Machart und die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift zu. So sind die ersten Jahrgänge zeittypisch hektographiert, die Beiträge von der Schwester J. Würths teilweise mit der Hand, teilweise mit der Maschine geschrieben. „Ab Januar 1917 begann der Typensatz in einer einfachen Amts-Antiqua und der Druck auf der kleinen Boston-Presse [...]“<sup>168</sup> Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß hier nicht professionell gearbeitet, allerdings mit hohem Einsatz das Vorhaben betrieben wurde, das Blatt auch wirklich zu produzieren. Der Kontakt zu den Beiträgern, die ‚im Felde‘ standen, erfolgte durch Korrespondenz oder direkte Kontakte während der Aufenthalte in der Heimatstadt. So berichtet Breitwieser davon, daß Mierendorff im Januar 1916 Urlaub in Darmstadt machte und selbstverständlich den Kontakt zu den Freunden herstellte: „Als wir in fröhlicher Runde in der Dachstube beisammen saßen, rief er: <Muß ich euch helfen? Ich kann auch zeichnen!> Und mit genialem Wurf hieb er geradezu eine Karikatur von mir auf ein Blatt [...]“<sup>169</sup>

Diese kleine Szene läßt etwas vom Temperament, vom Selbstbewußtsein und von der spontanen Fröhlichkeit Mierendorffs erahnen, weist zugleich auf die unkom-

<sup>166</sup> Ebd., S. 21.

<sup>167</sup> Vgl. Saul, S. 92 ff.: Der Vf arbeitet den Komplex der noch nicht wehrfähigen Jugend in einer materialreichen Studie gerade auch im Hinblick auf strukturelle Aspekte der Weimarer Republik auf.

<sup>168</sup> Netuschil, Claus K.: Zum Dachstuben-Almanach 1984, in: Almanach der Dachstube 1916, Neudruck, Darmstadt 1984, S. 36.

<sup>169</sup> Breitwieser, Dachstube, S. 42.

plizierte, freundschaftliche Arbeitsatmosphäre hin, in der die Illustratoren des Blattes, Breitwieser und Würth, dem Schreiber Mierendorff Respekt zollten – die Karikatur wurde gedruckt. Zu der hier auch zum Ausdruck kommenden Spontaneität muß eine große Bereitschaft der Beiträger vorhanden gewesen sein, für das Blatt Texte zu produzieren. Das verbindende Element war eine Redaktion, bei der die kommunikativen Fäden zusammenliefen, die aber keine spezifische formale oder inhaltliche Tendenz vorgab,<sup>170</sup> sondern auf Bereitschaft, Freude und Interesse der Autoren an der literarischen Gestaltung bauen konnte und sicherlich auch auf deren Befriedigung an der Veröffentlichung eigener Produkte.

Auch Kasimir Edschmid brachte im Januar 1916 einen Text ein, die Rezension einer Uraufführung am Darmstädter Theater. Seine ersten literarischen Arbeiten der Jahre 1915 und 1916 hatten bereits überregional Aufmerksamkeit erregt.<sup>171</sup> Er war kein aktives Redaktionsmitglied, aber ihm lag offensichtlich daran, die Arbeit der jungen Literaten demonstrativ zu unterstützen, und so ist dann auch die Auführungsbesprechung in der Erinnerung Breitwiesers ein Beitrag „unseres Gönners und Freundes“.<sup>172</sup>

Das Literatur-Blättchen gewann zwar ab Januar 1916 an äußerer Form durch Veränderung des Druckes und durch Benutzung anderen Papiers, aber es existierte inhaltlich eine breite Palette verschiedener Stoffe nebeneinander, oft durch das Layout hart und unmittelbar nebeneinandergesetzt, ungeschickt oder experimentell: fiktionale und nicht-fiktionale Texte, Gedichte, Besprechungen, Essayistisches zu philosophischen Grundfragen und ein hoher Anteil von Graphik. Signifikant war für diesen Typus literarischer Zeitschriften, von dem sich auf dem Markt „eine kaum übersehbare Menge kleiner und winziger Blätter“<sup>173</sup> etabliert hatte, daß ausschließlich Originalbeiträge gedruckt wurden. So ergaben sich in diesem Publikationssegment für die große Zahl ambitionierter Autoren gute Chancen, an die Öffentlichkeit zu gelangen.

Ob in der Heimat oder an der Front hielt der Krieg die Menschen mit seinen äußeren Erscheinungsformen ‚gefangen‘, die Ernährungslage verschlechterte sich rapide, die Listen mit den Namen von Gefangenen und Toten wurden länger, die Planung von Lebensperspektiven wurde gelähmt, da konnte es im Gegenteil offensichtlich Halt geben, sich um die Gestaltung eines literarischen Textes oder einer Graphik zu bemühen, weil mit einer solchen Aktivität ein Stück Normalität und Kontinuität zu den in der Vorkriegszeit individuell entwickelten Projektionen auf die Zukunft hergestellt wurde. Der schöpferische Prozeß gestattete es zudem, sich aus der bedrängenden Realität zu entfernen; auch wenn sich Autoren mit ihr auseinandersetzten, war so eine Form der Distanzierung möglich.

Die Vereinigung der ‚Dachstube‘ war für viele dieser jungen Männer fraglos bedeutsam wegen ihrer sozialen Funktion. Wie selbstverständlich gesellten sich die Fronturlauber zu denen, die nicht im Kriegseinsatz waren, sprachen über Texte oder knüpften neue Kontakte, denn der Mitarbeiterstab erweiterte sich ständig.

<sup>170</sup> Theodor Haubach scheint allerdings gebeten worden zu sein, je einmal die Illustrationen Würths ( Okt. 1915[genaues Datum unleserlich], S. 40 f.) und Breitwiesers ( März 1917, S. 183 ff.) zu besprechen, darauf deuten Bemerkungen in den Texten hin.

<sup>171</sup> „Die sechs Mündungen“. Novellen, 1915; „Das rasende Leben“, 1915; „Timur“.Novellen 1916 – alle diese Ausgaben mit schnell folgenden neuen Auflagen; vgl. dazu Raabe, Die Autoren , S.116 f.

<sup>172</sup> Breitwieser, Dachstube, S. 43.

<sup>173</sup> Estermann, Zeitschriften, S .97.

Beziehungen, die hier oder im Kontext der ‚Dachstube‘ zustande kamen, hielten – das wird an der Biographie Haubachs gezeigt werden – oft sehr lange. Aber auch in der aktuellen Situation hatte das Wissen um einen Freundes- oder Mitstreiterkreis einen hohen Wert, bedeutete es doch – bei allen formalen oder inhaltlichen Unterschieden der Texte und auch der kreativen Potentiale der Verfasser – des Bewußtseins sicher sein zu können, mit anderen eine Schnittmenge zu haben: nämlich Interesse am überlieferten Kanon ‚klassischer‘ und an zeitgenössischer experimenteller Literatur, Neugier an deren Entwicklung als sozusagen seismographisch wirkender, aktueller Erscheinung und der Wille, selbst aktiv Texte zu gestalten, ‚Literatur zu machen‘. Die Art der Aneignung und des Konsums dieses Bereiches der Kunst wie die Geringschätzung volkstümlicher Genres der Kultur hatten „elitebildende Kraft“. Damit sind Kriterien genannt, mit denen sich nach Bourdieu im Rahmen des „sozialen Feldes“ eindeutig die Zugehörigkeit dieser Gruppe zur Klasse der Intellektuellen definieren läßt – bezogen auf ihr Lebensalter sollten wir genauer formulieren, daß sie das Ziel der Etablierung in dieser Klasse fest im Blick hatten.<sup>174</sup>

### 2.2.2 Theodor Haubach – ein expressionistischer Autor?

Mit der expressionistischen Bewegung, die sich seit der Jahrhundertwende u.a. in der Bildenden Kunst und in der Literatur außerordentlich facettenreich artikuliert, hatte sich eine ‚Kunstrichtung‘ etabliert, der sich die jungen Literaten zugehörig fühlen konnten. Carl Zuckmayer, wie Haubach 1896 geboren und über Jahre diesem freundschaftlich verbunden, beschrieb rückschauend das Lebensgefühl als etwas beinahe Rauschhaftes, als „das unerhört Neue, dem wir uns blindlings zugehörig fühlten.“<sup>175</sup> Edschmid betonte die antibürgerliche Grundstimmung wie die Suche nach dem „neuen Menschen“.<sup>176</sup> Mit diesem „Schlüsselbegriff“, der gegen die als lebensfeindlich kritisierte wilhelminische Gesellschaft gestellt wurde, konnten sich die Darmstädter uneingeschränkt identifizieren.<sup>177</sup> Das trifft zweifellos auch hinsichtlich der soziologischen Struktur der beteiligten Künstler zu. Die genaue Betrachtung der Geburtsjahrgänge der expressionistischen Autoren weist auf eine erstaunliche Dichte in den Jahren von 1883 bis 1896 hin, die es erlaubt von einem „Generationszusammenhang“ zu sprechen.<sup>178</sup> Der Eindruck einer homogenen Gruppierung wird weiter durch die Tatsache verstärkt, daß über 80% der Autoren eine akademische Ausbildung begonnen bzw. abgeschlossen hatten.<sup>179</sup>

<sup>174</sup> Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 11. Aufl. Frankfurt/M. 1999, S. 361 f.

<sup>175</sup> Zuckmayer, Carl: Der große Bruder. Kasimir Edschmid zum 75. Geburtstag [Mit Bleistift: 5.10.1965 – schwer lesbar], in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabteilung, NL Carl Zuckmayer, Eingangsnr.: 95.1 230, S. 2.

<sup>176</sup> Edschmid, Kasimir: Über den dichterischen Expressionismus [Herbst 1917], in: Ders. (Hrsg.): Tribüne der Kunst, S. 54.

<sup>177</sup> Anz, Thomas/Michael Stark (Hrsg.): Expressionismus. Manifeste und Dokumente der deutschen Literatur 1910 – 1920, Stuttgart 1982; vgl. zum Kontext ‚Schlüsselbegriff‘ S. 195 f.

<sup>178</sup> Raabe, Die Autoren und Bücher, S. 7 u. S. 563 – 567.

<sup>179</sup> Vgl. dazu Stark, Michael: Für und wider den Expressionismus. Die Entstehung der Intellektuellendebatte in der deutschen Literaturgeschichte, Stuttgart 1982.

Die bereits genannten Texte Haubachs, die in Zeitschriften des expressionistischen Spektrums veröffentlicht worden waren, wurden auch von der Literaturwissenschaft registriert. So hat ihn Paul Raabe in sein Autorenregister aufgenommen.<sup>180</sup> ‚Die Dachstube‘, in der bis auf eine Ausnahme Haubachs Kurztexte erschienen, wird vom selben Verfasser in einem anderen grundlegenden Kompendium zu dieser Epoche als „eine der originellsten Schöpfungen unter den Zeitschriften des literarischen Expressionismus“ apostrophiert.<sup>181</sup> In zwei weiteren Veröffentlichungen setzen sich Literaturhistoriker bzw. –theoretiker mit Äußerungen Haubachs – eines expressionistischen „Dichters“, wie es dort heißt – auseinander.<sup>182</sup> Sie beziehen sich jedoch vorwiegend auf einen Beitrag mit dem Titel ‚Wider die Politik‘, den Haubach für ‚Das Tribunal‘ verfaßte; auf diese Zeitschrift wird in einem späteren Kapitel näher eingegangen<sup>183</sup>, der genannte ‚Tribunal‘-Text wird bereits in die folgende Analyse einbezogen.

Anhand der Texte Haubachs soll untersucht werden, welcher Grad der Intensität seiner Beteiligung an der literarischen Avantgarde der Zeit festgestellt werden kann, wie er auf eine so breit angelegte kulturelle Erscheinung reagierte, welche Themen er neben der oben erläuterten Kriegsproblematik aufgriff und welche Rückschlüsse sich möglicherweise aus seinen Texten auf spezifische Persönlichkeitsstrukturen ziehen lassen, die sich in dieser Phase seines Lebens ausbildeten, intensivierten oder abschwächten.

In der Zeit von 1915 (eine Monatsangabe ist nicht möglich) bis April/Mai 1918 veröffentlichte Haubach jährlich zwei bis vier Texte. Es handelt sich um neun kurze Prosatexte und drei lyrische Texte; als einzige längere Form erscheint von ihm im April 1918 „Jaques Prince“ als „Das zweite Buch der Dachstube“ – so der Titel der Reihe – mit einem Umfang von 24 Seiten, davon jedoch nur knapp 13 Seiten Text. Diese Erzählung wird wegen ihrer formalen und inhaltlichen Bedeutung isoliert zu betrachten sein. Zunächst werden an Beispielen die Hauptmotive und signifikanten gestalterischen Elemente seiner vorher entstandenen kürzeren Texte dargestellt.

In den „Dachstuben“-Texten der Jahre 1915 bis 1917 äußerte sich Haubach in vier Texten zu Fragen der bildenden Kunst. Dies war offensichtlich ein Bereich, in dem sich der junge Autor sicher fühlte und auch als Experte im Kreise der Kameraden galt, weil er z.B. die Aufgabe erhielt, die Arbeiten der beiden wichtigsten Illustratoren des Blattes, Würth und Breitwieser, zu kommentieren. Sehr zurückhaltend fiel Haubachs Beurteilung des jungen, gerade 16 Jahre alten Graphikers Würth aus. Fast ein wenig gönnerhaft – immerhin ‚bereits‘ zwanzigjährig und Kunst-Fachmann – attestierte Haubach seinem Mitstreiter, daß „der Zeichner begriffen zu haben [scheint], wie Linie und Farbe als malerische Ausdrucksmittel funktionieren“, aber er müßte insgesamt noch erheblich reifen.<sup>184</sup> Sicher war er

<sup>180</sup> Ebd., S. 201 f.

<sup>181</sup> Raabe, Paul: Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus. Repertorium der Zeitschriften, Jahrbücher, Anthologien, Sammelwerke, Schriftenreihen und Almanache 1910 – 1921, Stuttgart 1964, S. 59.

<sup>182</sup> Kaes, Probleme, S. 248 f. und Anz/ Stark, Expressionismus, S. 168.

<sup>183</sup> ‚Das Tribunal‘ erschien vom Januar 1919 bis Anfang 1921 im Verlag ‚Die Dachstube, Darmstadt‘; Redakteur: Carlo Mierendorff. Die angestrebte monatliche Erscheinungsweise konnte nur im ersten Jahr realisiert werden.

<sup>184</sup> Haubach, Theodor: Bilder von J. Würth, in: Die Dachstube, 1915 [Titelleiste unleserlich; nach Aufmachung und Ort in der Ausgabe: November oder Dezember], S. 40 und S. 43.

sich in der durchweg positiven Beurteilung des anderen Graphikers der ‚Dachstube‘. Er hob lobend hervor, daß Breitwieser sich thematisch weiterentwickelt hätte, daß die „gezeichneten Köpfe aufgegeben sind“ und es dem Künstler gelungen sei, „Elemente der Bewegung und des körperlichen Rhythmus“ so zu gestalten, daß sie „in einem bis jetzt nicht gekannten Grade von Erregung und Feuer zum Ausdruck kommen.“<sup>185</sup> Im Umfang ähnlich kurz wurde von ihm eine Skulptur des Künstlers Well Habicht abgehandelt, die Büste Carlo Mierendorffs. Das überschwengliche Lob für den Künstler ( „Hier sind die Merkmale [...] der großen, innigen Kunst, die Brücken zum Ewigen schlägt“ ) geht partiell über in hymnische Begeisterung für den – in Ton modellierten – Freund Mierendorff.<sup>186</sup>

Ein völlig anderes Gestaltungsmuster entwarf Haubach für einen engzeiligen Text von drei Seiten, in dem er drei junge Männer auftreten ließ, die sich im Gespräch Gedanken über den zukünftigen beruflichen Weg eines Teilnehmers dieser Runde machen. Weit ausholend werden Thesen zur Architektur, zur Ornamentik und generell zur Kunst geäußert, allein der Adressat, „der Künstler“, schweigt lange, bis er seine Freunde als „Auflöser, Aufräumer, Durchsichtigmacher“ und als „Kritiker“ bezeichnet, die mit ihrem Wunsch „nach der grossen Helle der Wahrheit“ Wesentliches der Begegnung mit Kunst entbehren müßten, nämlich den „dunklen Hauch“ und „ein seltsames Ahnvermögen des Gefühls.“<sup>187</sup> Der „Künstler“ überzeugt seine Gesprächspartner, durch seine Person vermag der Autor Haubach seine Gedanken auszubreiten, kann ihn (und sich selbst) zugleich als außerordentlich eloquenten Menschen darstellen, der sich nachdenklich-sezierend einem Problemkern nähert und in der Lage ist, den Kontext und die Problemlösung flüssig, differenziert und elaboriert zu verbalisieren. Aufbau, Wortwahl und Sprachduktus erinnern an einen bildungsbürgerlich bestimmten Text des 19. Jahrhunderts; eine „gescheite“ Plauderei wird dem Leser vorgeführt, eine Wortgirlande an die andere gereiht; als Beispiele sollen genannt sein: „Und so fiel uns [...] die Übersicht über sein junges Leben durchaus nicht schwer“, „konnten von den meisten mit guter Berechtigung gemutmasst werden [...]“, „Ich denke etwa so: er wird jede Heftigkeit und Strenge meiden, schon aus Naturell, und unter seinem gedämpfteren Empfinden wird bewegliche und geistreiche Grazie aus der herben Disziplin der Baukunst aufblühen.“<sup>188</sup> Die den Akteuren in den Mund gelegten Äußerungen sind derart unbestimmt, daß es dem Leser letztlich nicht gelingt, dem Text eindeutige Definitionen oder Positionen zu entnehmen. Vielmehr spiegelt er weitgehend die Absicht des Autors wider, seinen souveränen Umgang mit sprachlichen Mitteln zu demonstrieren und sich selbst als nachdenklich-überlegenen Typus in dem Protagonisten zu porträtieren. Dies geschieht mit großem Selbstbewußtsein; der 19jährige Theodor Haubach breitete seine Sprachgewandtheit in der Auseinandersetzung mit einer Thematik aus, in der er sich als Experte wähnte. Dabei nahm er sich offenbar eine Textsorte, die ‚Causerie‘, zum Vorbild, die bestimmt ist durch „Lockerheit der Gedankenführung“, „kunstvoll und überlegt gebaute elegante Diktion“ und „der >gebildeten< Konversation entlehnt“ ist.<sup>189</sup>

<sup>185</sup> Haubach, Zeichnungen von L. Breitwieser, S. 183.

<sup>186</sup> Haubach, Theodor: Well Habicht's Büste: C. Mierendorff, in: Die Dachstube, Oktober 1917, Bl. 54, S. 210.

<sup>187</sup> Haubach, Theodor: Skizze, in: Die Dachstube, 1. April 1916, Bl. 25, S. 95 – 97.

<sup>188</sup> Ebd., S. 95.

<sup>189</sup> Träger, Claus (Hrsg.): Wörterbuch der Literaturwissenschaft, 2. Aufl. Leipzig 1989, S. 86.

Dieser Text und ein weiterer von ihm, der im selben Jahrgang der ‚Dachstube‘ veröffentlicht wurde, repräsentierten Haubachs Verständnis von ‚Geist‘ oder dem ‚Geistigen‘, eine Thematik, die ihn bis zu seinem Lebensende beschäftigen sollte. Gemeint ist ein knapp einseitiger Text mit dem Titel ‚Nietzsche: Geburt der Tragödie‘, in dem der Verfasser Assoziationen an den Begriff des ‚Mythus‘ knüpfte. Wieder entwickelte er – sichtbar um eine elaborierte Sprachebene bemüht – einige Gedanken, diesmal zum Begriff ‚Erinnerung‘, den er mit dem des ‚Mythus‘ verband. Nachdem er einleitend einem ‚Geist wie Nietzsche‘ – erneut ein hohes Maß an Selbstbewußtsein aufweisend – unterstellte, daß dieser den Begriff ‚Mythus‘ nicht erklärt hätte, sondern ‚um diese Frage herumgeglitten sei‘<sup>190</sup> und breitete eigene, durchaus widersprüchliche Assoziationen aus. Spürbar ist die Faszination, die die Auseinandersetzung mit diesem Komplex dem jungen Autor bedeutet, sichtbar ist auch das Bemühen, das ‚Geistige‘ durch die Gestaltung des Textes und die Integration seiner Person in ihn – einmal fiktional als ‚Künstler‘, das andere Mal in der Darstellung eigener philosophischer Gedanken – nachhaltig zu demonstrieren.

Die bislang untersuchten Texte zeigen zwar, daß der junge Soldat und Autor sich als Schreibender in der ‚Dachstube‘ bereits demonstrativ in die ‚Phalanx‘, eine Formulierung Edschmids, der expressionistischen Schriftsteller zu stellen suchte, aber nichts deutet darauf hin, daß er von den inhaltlichen bzw. formalen Impulsen der Bewegung beeindruckt gewesen wäre. Seine frühen Texte weisen ihn vielmehr als ambitionierten Gymnasiasten aus, der mit seinen literarischen ‚Fingerübungen‘ und der Thematisierung des ‚Geistes‘ auf seine bürgerlichen Wurzeln verwies. Drei im Herbst 1917 und im Februar 1918 in der ‚Dachstube‘ von Haubach veröffentlichte Texte unterscheiden sich deutlich von den vorhergehenden. Sie thematisieren individuelles Erleben und Empfinden völlig offen und unverstellt. Formal sind sie der Lyrik zuzuzählen. Sie haben gegenüber den bisher genannten Texten einen stärker fiktionalen Charakter; da zusätzliche Fakten zum jeweiligen biographischen Kontext fehlen, soll die oben bereits formulierte Zurückhaltung hinsichtlich der Übertragbarkeit auf konkrete Lebensdaten gewahrt werden. Dennoch ist für die drei überlieferten lyrischen Texte Haubachs zu vermuten, daß sich Szenen oder Lebensstationen in ihnen widerspiegeln, die authentisch sind. Er beabsichtigte offenkundig, mit diesen Gedichten diese Textsorte gestalterisch zu erkunden; offenbar wollte er hier seiner Lebenssituation naheliegende, ihn berührende Themen verarbeiten.

Im ersten Gedicht - ‚Glück‘ – wird eine Lebensstation geschildert, die den Übergang von ‚lange(r) eisige(r) Starre‘ in eine Phase des Glücks markiert.<sup>191</sup> In der zweiten und dritten Zeile wird ein Ich-Erzähler eingeführt ( ‚Ich fühle: [ ...]‘ und ‚ich lerne wieder fliegen wie ehemals!‘). Das Glücksgefühl wird konkretisiert durch Bilder aus der Natur ( ‚O Glück der Nacht, der rauschenden Wasser und schönen Sterne!‘ ), die sich mit Spiegelungen des Lebensgefühls ablösen ( ‚Wie strahlt dies neue, langersehnte Leben in die Nerven!‘ ). Mit dem Versuch, die Gefühlslage bündeln zu wollen, endet das Gedicht:

<sup>190</sup> Haubach, Theodor: Nietzsche: Geburt der Tragödie, in: Die Dachstube, 11. Oktober 1916, Bl. 44, S. 165.

<sup>191</sup> Haubach, Theodor: Glück, in: Die Dachstube, im August und September 1917, Bl. 52 und 53, S. 205

„Dies Glück der endlosen Ruhe, des Vergessens, des Sichfindens, des Sichneufindens!“<sup>192</sup>

Die Zeilen sind hier so angeordnet wie im Original. Sie machen das Bemühen nachvollziehbar, ein langzeiliges Gedicht ohne Reim zu gestalten – wie sie der Expressionismus in großer Zahl und in vielen Varianten hervorbrachte –, aber nicht erklärbar ist die Tatsache, warum hier wie an anderen Stellen in den Gedichten Wörter am Ende der Zeile getrennt werden. Zudem lassen diese Zeilen beispielhaft für die gesamten zwölf Zeilen auch den Schluß zu, daß der Verfasser zwar einen lyrischen Text schaffen wollte, aber zu stark der Prosaform verhaftet war. Die Imaginationskraft reichte nicht aus, eine größere Anzahl von Naturbildern zu entwickeln, erläuternde Einschübe wurden notwendig. Außerdem fehlte in der Sprache Kraft und Präzision für diese Textsorte; so sind Sätze wie „O tiefer, abgründiger Rausch aus Landschaft und Licht!“ und in der nächsten Zeile „Wie tief und köstlich sind die Atemzüge dieses Glücks!“ von epigonalem Charakter, Haubach lehnte sich vermutlich an neu-romantische Vorbilder an.

Einen ähnlichen Eindruck vermittelt der Text „Abend“, der auf derselben Seite der ‚Dachstuben‘-Ausgabe veröffentlicht wurde. Inhaltlich wird eine kleine Episode thematisiert. Der Erzähler sitzt beobachtend in einem Biergarten, läßt die angenehme Atmosphäre eines unbeschwerten, sommerlichen Abends entstehen. Auch für diesen Text kann festgestellt werden, daß er die Sicht des Autors wiedergibt, wenn zunächst auch ein distanzierendes „man“ eingeführt wird. Im zweiten Teil des 16 Zeilen umfassenden Textes, in dem der Betrachter der abendlichen Szenerie auf „so viele schöne, junge Soldaten“ aufmerksam wird, wird deutlich, daß die Perspektive des Ich-Erzählers gemeint war, als nämlich der Beobachter Blickkontakt zu einem der Soldaten hergestellt hat, heißt es: „– er sah mich und lachte selig“.<sup>193</sup> Auch dieser kleinen Veröffentlichung Haubachs ist anzumerken, daß er für sich literarisch Neuland erkunden und Neues produzieren wollte. So wurde das Gedicht langzeilig gesetzt, hat aber über weite Strecken Prosacharakter. Traditionell und manchmal auch trivial nehmen sich fast alle Bilder des Textes aus, wenn der Autor z.B. von den „forschen Mützen, schneidigen Hüften, trotzi- gen Schritten“ der beobachteten Soldaten spricht oder ihm bei einem Soldaten „der unsagbare Schwung seines Ganges“ auffällt. Als bemerkenswert ist die Offenheit festzuhalten, mit der Theodor Haubach auch in diesem Text voll emotionaler Zuwendung und offensichtlich erotischem Interesse die Körper junger Männer beschreibt. Da dieser Aspekt von ihm wiederholt aufgegriffen wurde, wird der Eindruck verfestigt, daß die drei Gedichte in der Tat einen biographisch-authentischen Hintergrund haben. Dieser kann jedoch nicht konkretisiert oder differenziert werden, da zusätzliches biographisches Material fehlt.

Ein kurzer Exkurs soll auf den möglichen generellen Hintergrund verweisen. Es liegt nahe, eine Verbindung zwischen der wiederholten Verwendung dieses Motivs und der Mitgliedschaft Haubachs im Wandervogel zu vermuten. Bereits 1912 hatte Hans Blüher diese ausschließlich männlich ausgerichteten Bünde als „erotisches Phänomen“ charakterisiert, Erscheinungsformen beschrieben, analysiert und in Beziehung zur gesellschaftlichen Realität zu setzen versucht. Um den „kompromittierenden Ausdruck“ Homosexualität umgehen zu können, nutzte Bühler

<sup>192</sup> Ebd., S. 205.

<sup>193</sup> Haubach, Theodor: Abend, in: Die Dachstube, im August und September 1917, Bl. 52 und 53, S. 205.

für das von ihm festgestellte „Phänomen“ den Freudschen Terminus der „Inversion“, den dieser mit „Einlenkung, Umlenkung, Abbiegung“ übersetzte.<sup>194</sup> Walter G.Oschilewski, ehemaliges Mitglied des Wandervogels und guter Bekannter Haubachs, griff diesen Aspekt in einem kurzen Abriß der Geschichte der Jugendbewegung eher unwillig auf und hielt Blüher entgegen, daß sein Begriff der ‚Inversion‘ zur Verwirrung beigetragen habe. Er räumte gleichwohl ein, daß im Wandervogel „Freundschaftsbeziehungen erotischer Natur wirksam und bindend gewesen“, allerdings „durch den reinen Geist des Eros sublimiert“ worden seien und siedelte sie in der Nähe „des Liebesideals der hellenistischen Antike“ an.<sup>195</sup> Dieses Erklärungsmuster mag teilweise zutreffend sein, wenn man berücksichtigt, daß sich die Mitglieder des Wandervogels fast ausnahmslos aus neuhumanistisch geprägten Gymnasiasten rekrutierten. Es vernachlässigt jedoch mögliche tieferliegende psychische Auslöser, die in der adoleszenten Phase der Entwicklung auftreten. Diese Zusammenhänge werden außerordentlich differenziert von Friedhelm F.Musall reflektiert, der zwar den Begriff der ‚Inversion‘ von Blüher übernimmt, aber das Phänomen noch breiter zu erfassen und zu erklären sucht. Letztlich kommt er zu dem Schluß, daß tatsächlich eine ‚Verdrängung‘ stattfand und die „Krise der Adoleszenzentwicklung nicht gelöst, sondern [...] unterdrückt“ wurde. Sexualität und Erotik erklärten die Wandervogel-Mitglieder zu voneinander zu trennenden Bereichen, ‚Unschuld‘, ‚Keuschheit‘ und ‚Reinheit‘ wurden in Verbindung mit einer anti-femininen Einstellung fast mystisch verklärt.<sup>196</sup> Damit sind die Versuche gekennzeichnet, eigenes Verhalten und den spezifischen Zusammenhalt, der Sicherheit, Geborgenheit wie auch Zugehörigkeit zu einer Elite bot, zu rationalisieren und zu ideologisieren. In welchem Maße nun eine derartige Konstellation mit ihren Einflüssen bestimmend für das weitere Leben des Individuums wurde, kann selbstverständlich generalisierend nicht dargestellt werden. Bezogen auf Theodor Haubach ist anhand seiner bis 1918 entstandenen Texte allein zu konstatieren, daß er ein intensives, erotisches Interesse für das gleiche Geschlecht bekundete.

In diesen Kontext gehört auch ein Beitrag Haubachs, der im Februar 1918 veröffentlicht wurde. Dem Titel „Für W.“ folgt ein lyrischer Text, in dem außerordentlich intensiv Emotionen entwickelt werden. Die Unterwerfung unter eine (männliche) Person („Meine Stärke kniet vor dir“, „Wie süß die Demut vor dir ist“) steht im Mittelpunkt; die Gefühle wenden sich im Verlauf des Gedichtes Gott zu. Gegenüber den eben betrachteten Texten werden ein vorwärtsdrängender Satzbau und ein eruptiver Sprachduktus durchgehalten. Einige Wendungen brechen die traditionell gestalteten Bilder, wenn es z.B. heißt: „der zerstörte Geist umrast blutende Labyrinth [sic]“<sup>197</sup> Auch dieser Text markiert zweifellos den Versuch Haubachs, sich aktiv an der literarischen Grundströmung der Zeit zu beteiligen. Wie in Veröffentlichungen zuvor gab er als Ich-Erzähler bedeutsame Teile seines Ge-

<sup>194</sup> Blüher, Hans: Die deutsche Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen, mit einem Vorwort v. Magnus Hirschfeld, Berlin 1912, S. 31.

<sup>195</sup> Oschilewski, Walter G.: Kurzgefaßter Abriß einer Geschichte der deutschen Jugendbewegung, in: Das Reichsbanner, Beil. Das Jungbanner, Nr. 46 v. 16.11.1929, S. 379.

<sup>196</sup> Musall, Friedhelm F.: Frühe Jugendbewegung, Sexualität und adoleszente Politisierung. Pädagogisch-sozialpsychologische Untersuchung zu Entstehung und Verlauf der deutschen Jugendbewegung (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Jugendbewegung; Bd. 29), Frankfurt/M. 1987, S. 85.

<sup>197</sup> Haubach, Theodor: Für W., in: Die Dachstube, Februar 1918, Bl. 57, im Februar 1918, S. 222.

fühlslebens der Öffentlichkeit preis. Darüber hinaus gelangen in der Gestaltung Sequenzen, die Veränderungen seiner Texte durch die Auseinandersetzung mit expressionistischen Schriftstellern erkennen lassen. Nachzuweisen ist die Beschäftigung u.a. mit Arbeiten von Kasimir Edschmid<sup>198</sup>, Otto Flake<sup>199</sup> oder Franz Werfel,<sup>200</sup> in einem Artikel aus dem Jahre 1919 nennt er Maximilian Dauthendey und Stefan George als Wegbereiter des Expressionismus, um dann Kasimir Edschmid, Georg Heym, Georg Trakl, Albert Ehrenstein und Theodor Däubler besonders herauszuheben.<sup>201</sup> Generell kann von einem außergewöhnlich großen Interesse an Literatur bei Theodor Haubach ausgegangen werden.<sup>202</sup>

Als letzter Text seiner fiktionalen Veröffentlichungen erschien wahrscheinlich im Mai 1918<sup>203</sup> die Novelle „Jaques Prince“ als „Das zweite Buch der Dachstube“ in einer Vorzugsausgabe auf Japan gedruckt in 20 Exemplaren und in 100 weiteren Exemplaren als „einfache Ausgabe“.<sup>204</sup> Über Hintergründe und Zeit der Entstehung dieser ‚Langform‘ – gemessen an den anderen literarischen Arbeiten Haubachs - liegen keine Informationen vor.

Geschildert werden zwei Tage im Leben des zwölf- bis vierzehnjährigen Albert (eine genaue Altersangabe fehlt), der in einer großbürgerlichen Familie aufwächst; Dienstboten, das eigene Haus, die geregelte und gepflegte Einnahme der Mahlzeiten werden als Bestandteile seines Lebens mit den Eltern dargestellt. Dieses Ambiente schätzt der Protagonist allerdings überhaupt nicht, er fühlt sich vielmehr eingesperrt. Vor allem der Vater wird von ihm massiv abgelehnt, als hohl-pathetische „Lärmmaschine“, dessen Vorhaltungen ihm „wie das Trommeln auf einer Gießkanne“ erscheinen. „Ekelhaft fühlte er sofort“, als er die „hohe Stimme“ der Mutter im Hause hört, auch sie für ihn außerordentlich negativ besetzter Teil dieses Geflechts und mitverantwortlich „für die ganze Gemeinheit des

<sup>198</sup> Vgl. Edschmid, Kasimir: Memoiren von Kasimir Edschmid, vom handschr. Text transkribiert, maschinengeschrieben. Ex. mit Lücken u. Fragezeichen, o.J., 202 S., in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A:Edschmid, S.21: Hinweis auf eine Rezension seines Buches „Timur“, 1916, durch Theodor Haubach in der „Berliner Börsenzeitung“.

<sup>199</sup> Vgl. Rezension Haubachs zu: Otto Flake: Die Stadt des Hirus, in: Das Tribunal, H.10/11, 1 (1919), S.122.

<sup>200</sup> Vier Zeilen aus Franz Werfel: Gesänge aus den drei Reichen wählte Haubach als Motto seiner längsten Erzählung „Jaques Prince“, April 1918.

<sup>201</sup> Haubach, Theodor: Expressionismus. Ein Querschnitt durch die künstlerische Bewegung unserer Tage, in: Deutsche Kunst und Dekoration: Illustrierte Monatshefte für moderne Malerei, Plastik, Wohnungskunst und künstlerisches Frauenschaffen, Bd. XLV, Okt. 1919 – März 1920, Ausgabe v. 23. Okt. 1919, S. 13 – 20, S. 18.

<sup>202</sup> So bittet er Fritz Usinger in Briefen v. 15.1 und 19.1. 1919 dringend um Lesestoff, nachdem er in eine Sammelstelle für Heeresgut abkommandiert wurde: „hier gibt’s nur Zentrumsliteratur.“, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriften-Abt., Briefwechsel T.Haubach – F. Usinger.

<sup>203</sup> Die März-Ausgabe der ‚Dachstube‘, S. 226, kündigt das Buch für den April 1918 an, in der April-Ausgabe, S.230, wird auf den „demnächst“ zu erwartenden Erscheinungstermin verwiesen, ab Juni 1918 beziehen sich werbende Ankündigungen bereits auf die folgenden Bände dieser Reihe.

<sup>204</sup> Haubach, Theodor: Jaques Prince. Das zweite Buch der Dachstube, Darmstadt 1918, unveränderter Nachdruck eines Handdruckes Darmstadt o.J. Zwischen Ende 1917 (Carlo Mierendorff: Der Gnom) und 1923 (Kasimir Edschmid: Zur Naturgeschichte der Antilopen) erschienen acht „Bücher der Dachstube“. Alle Bände wurden aufwendig gedruckt und waren mit Originalillustrationen ausgestattet, drei Bände waren Kunstbände. Die Auflagenhöhe schwankte zwischen 20 und 250 Ex.

Milieu“.<sup>205</sup> Die schwärmerische Zuneigung zu einem französischen Austauschschüler der Parallelklasse, Jaques, hilft ihm, das zutiefst abgelehnte familiäre Umfeld zu kompensieren. Mit Jaques zettelt er einen Streit mit dem Ziel an, sich von diesem besiegen zu lassen und ihm, selbst wenn er von seinen Mitschülern verlacht würde, zu „folgen, zerbrochen mit seinen bisherigen Freunden und allen zärtlichen Erinnerungen, aber von einer neuen, blassen Seligkeit umwoben und entschädigt.“<sup>206</sup> Milde und souverän lehnt Jaques jedoch einen Kampf ab, besänftigt auch die Mitschüler, so daß der Plan Alberts mißlingt. Dieser stürzt sich daraufhin in einem Akt der Selbstzerstörung auf den Franzosen, kommt zu Fall und verletzt sich so schwer, daß er stirbt, „noch im Tode sich beugend vor der schicksalsschweren Macht der Schönheit, in stummer, rauschvoller Hingabe dem Freund und Geliebten die letzten leisen Gebete des verzuckenden Mundes Weihend.“<sup>207</sup>

Obwohl eine Reihe von Versatzstücken des Textes einen authentisch-biographischen Charakter aufweisen, können Interpretationsergebnisse – darauf wurde bereits zuvor aufmerksam gemacht – nicht zwangsläufig als Details der aktuellen Lebenssituation oder gar der Persönlichkeit Haubachs angenommen werden. „Jaques Prince“ und die kurze Erzählung „Der Luftballon“ (1916)<sup>208</sup> sind eindeutig die beiden dichtesten literarischen Arbeiten dieser Jahre, weil sie nicht wie die anderen an konkrete Gegebenheiten anknüpfen oder als Vehikel zum Transport philosophischer Gedanken dienen. Beide sind auch geprägt durch einen schlüssigen Aufbau, dabei gelingt dem Autor im „Jaques Prince“ die Entwicklung eines Spannungsbogens bezogen auf die Darstellung einer einzelnen Gestalt, wie es die Definition der Textsorte „Novelle“ erwarten läßt.<sup>209</sup> Mit dieser Charakterisierung war der Text in allen Vorankündigungen in der ‚Dachstube‘ und auf Handzetteln versehen worden. Die zweifelsohne vom Verfasser veranlaßte Etikettierung läßt den Schluß zu, daß Haubach bewußt eine literarische Gattung aufgriff, die seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts zu neuer Blüte gelangt war.

Mit dem „Jaques Prince“ gelingt Haubach die Verknüpfung unterschiedlicher Erzählebenen, etwa der die Handlung vorantreibenden mit den inneren Monologen der Hauptperson oder ihren Rückzügen bzw. Fluchten in Traumwelten. Die Albert abstoßende bürgerliche Welt (hier: Elternhaus und Schule) ist nicht nur Kulisse, sondern repräsentiert einen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die vehement abgelehnt wird, weil sie den Jungen festhält, ihn in einer selbstbestimmten Entwicklung hindert und letztlich zerstörerisch wirkt. Damit hat Haubach zweifellos ein wichtiges Motiv der expressionistischen Literatur aufgegriffen. Das im einleitenden Kapitel dargestellte häusliche Milieu läßt vermuten, daß er sich in das großbürgerliche Umfeld hineinversetzte, um es sozusagen aus dessen Inneren heraus attackieren zu können. Diese spezifische Kodierung war zugleich in der Lage, als Vehikel zu dienen, um – damit auch an die Ideen des ‚Wandervogels‘ anknüpfend – selbst erfahrene Enge und um den ‚Protest‘ des Jugendlichen bzw. Heranwachsenden transportieren zu können.

<sup>205</sup> Ebd., S 7 f.

<sup>206</sup> Ebd., S. 17.

<sup>207</sup> Ebd., S. 21.

<sup>208</sup> Haubach, Theodor: Der Luftballon, in: Almanach der Dachstube auf das Jahr 1916, Darmstadt 1916, Nachdruck Darmstadt 1984, hrsg. und mit einem Nachwort von Claus K. Netuschil, S. 18 – 21.

<sup>209</sup> Sprengel, Peter: Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1870 – 1900, München 1998 (Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. IX, 1), S. 162.

Wie in seinen früheren Schriften nimmt Haubach das Motiv der Zuwendung und Zuneigung zum Jüngling oder Mann, hier zum Knaben, wieder auf. Die Schilderung der Erscheinung Alberts ist von großer Zartheit mit durchaus erotischen Anklängen, wenn z.B. im Gegensatz zur Stimme der Mutter die Alberts „wie eine silberne Trompete“ auf ihn wirkt, er ihn wie von einem Heiligenschein umgeben sieht, „eine weiße, sanft gewölbte Brust aus dem Ausschnitt der Bluse“ heraus sichtbar wird<sup>210</sup> oder mit Jaques' Erscheinung im Gegensatz zu Albert („klein, häßlich und zerlumpt“) schwelgerisch Musiktöne und Farben assoziiert werden („schlank und silbern, umweht vom süßen Klang hoher Durakkorde,[...] blaues Licht“<sup>211</sup>).

Haubach gelingen eigenständige sprachliche Bilder. Die intensivere Auseinandersetzung mit der aktuellen literarischen Strömung wird deutlich, wenn er Wörter und Wendungen schafft wie die bereits zitierte, den Vater karikierende „Lärmmaschine“, das freilich wenig stimmige Bild von den Sätzen, die den Lippen „wie lärmfüllte, nach Tabak riechende Schlangen entquollen“.<sup>212</sup> Im Vergleich zu der zwei bis drei Jahre zuvor entstandenen Erzählung „Der Luftballon“, in der er einen Kontext leiser und spannungsvoller Beobachtungen entwickelte, fällt das Bemühen um die Adaption neuer literarischer Elemente auf.

Mit „Jaques Prince“ endete ein Abschnitt im literarischen Schaffen Haubachs. Bis zu seinem Tod blieb das Schreiben bedeutsamer Teil seines Lebens, allerdings widmete er sich für die Öffentlichkeit ab 1919 anderen Formen, dem Aufruf, dem Essay, der Analyse, dem politischen Kommentar und in seiner Tätigkeit beim ‚Hamburger Echo‘ den verschiedenen Formen journalistischen Schreibens, die das politische Ressort fordert. Es blieb jedoch auch ein Medium der Besinnung, Reflexion und Mitteilung persönlicher Erfahrungen. So erinnerte sich Henry Goverts, daß Haubach im November 1943 aus dem Manuskript eines Buches „über Fahrradausflüge durch die Mark“ vorlas.<sup>213</sup>

Um der Fragestellung dieses Teils des Kapitels gerecht werden zu können, ist ein Vorgriff auf das folgende notwendig. Ein Text Haubachs aus dem ‚Tribunal‘ gilt Literaturwissenschaftlern als Nachweis, ihn als „expressionistischen Autor“ einordnen zu können. In seinem Aufsatz, der in der April-Nummer 1919 erschien, bestärkte Haubach vehement die anti-bürgerliche Position, diesmal in einem essayistischen Beitrag.<sup>214</sup> Der „Bürger“ wird von ihm gekennzeichnet als „kümmerlicher Mensch mit vermoosten Horizonten, enger begrenzter Nörgler am Leben, Sattzufriedener oder hämischer Besserer, [...], ein Blutloser, [...], Vergreister, Steriler [...], nie ganz reiner, nie ganz Böser.“ Ihm gegenüber steht der „Mensch“, der von Haubach als „ungebärdig und nie ohne Chaos, Teufel und Gott, Tendenzloser Sehnsüchtiger nach Abenteuer und Rätsel, [...], oft Tier, oft Engel, Aufbäumender zum gestirnten Himmel“ umrissen wird.<sup>215</sup> An keiner anderen Stelle hat der Autor je wieder derartig massiv und verallgemeinernd ‚das Bürgerliche‘ atta-

<sup>210</sup> Ebd., S. 10.

<sup>211</sup> Ebd., S. 15.

<sup>212</sup> Ebd., S. 7.

<sup>213</sup> Brief Henry Goverts an Ger van Roon, 26. August 1964, S. 2, in: Sammlung Ger van Roon, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Sign.: Zs/A – 18/3.

<sup>214</sup> Haubach, Theodor: Wider die Politik, in: Das Tribunal 1 (1919), H.4, S.50 – 52.

<sup>215</sup> Ebd., S. 52.

ckiert<sup>216</sup> – in anderen Beiträgen, die später erschienen, griff er spezifische Gruppen z.B. des rechts-bürgerlichen Lagers an -, aber für diesen Kontext taugt die Generalisierung. In seinem Plädoyer gegen die Politik werden nämlich „die Bürger“ für deren Niedergang verantwortlich gemacht.<sup>217</sup>

Als höchst aufschlußreich erweist sich auch das Gegenbild, der „Mensch“, das so konturiert ist, als sei es genau auf die Kaste der Künstler bezogen, den Verfasser selbstverständlich implizierend. Verbal hebt er sich entschieden von den „Bürgern“ ab, umgibt sich mit der Aura des Bohémiens, folgt man der Liste der zitierten Eigenschaften des „Menschen“. Damit wird zwar ein expressionistisches Motiv in den Gedankengang einbezogen, erhält auch in dem Begründungszusammenhang einen hohen Stellenwert, soll aber wohl auch - das Mittel der unüblich radikalen Sprache spricht dafür - eine demonstrative Funktion haben: Im Chor der Beiträger der noch jungen Zeitschrift auf sich aufmerksam zu machen und kraftvoll die Stimme im Sinne ihrer konzeptionellen Ausrichtung erheben zu wollen.

Es sind alle Texte analysiert worden, die bei der Beantwortung der Fragestellung heranzuziehen sind, ob Haubach als expressionistischer Autor bezeichnet werden kann. Wie bereits die Analysen seiner ‚Dachstube‘-Texte erkennen ließen, hat Haubach mit seinen inhaltlich wie formal heterogenen Beiträgen zusammengekommen nur ein quantitativ schmales ‚Werk‘ für den behandelten Zeitraum hinterlassen. Dessen Veröffentlichung vorwiegend in Zeitschriften, die der expressionistischen Bewegung zugeordnet werden, hat offenkundig Literaturwissenschaftler veranlaßt, ihn in die Reihe expressionistischer Autoren zu stellen. Die lebhafteste, zum Aufbruch drängende Literaturszene der Zeit vermittelte der gesamten Darmstädter Gruppe wichtige Impulse. ‚Die Dachstube‘ – eine gelungene Metapher – bot Zusammenhalt und machte nach beständigem Austausch über den aktuellen Literaturmarkt Theo Haubach und seinen Freunden Mut, selbst Texte zu produzieren und den Schritt in die Öffentlichkeit zu wagen. Diese Zeitschrift hat zwar im Laufe ihres Erscheinens die äußere Aufmachung erheblich verbessern können, aber sie blieb bis zum Schluß eine ambitionierte ‚Zeitung von Schülern‘, ein Forum für die Kameraden mit äußerst heterogenen Beiträgen, was Form wie Inhalt angeht und auch auf die ‚literarische Reife‘ der veröffentlichten Texte zu beziehen ist. Die Einschätzung, die ‚Dachstube‘ hätte einen ‚radikal-demokratischen Kreis‘<sup>218</sup> repräsentiert, ist nicht aufrechtzuerhalten. Vielen Beiträgen haftet der Eindruck des Spontanen oder der ‚Fingerübung‘ an, viele Gedichte und kleine Prosastücke ahmen Autoren der Vergangenheit oder der aktuellen Literaturszene nach, eine Konzeption ist nicht erkennbar. So erhielt ein Schriftsteller wie Fritz Usinger Raum für tiefgründig daherkommende Banalitäten wie: „Ist Denken mehr, denn Leben? [...] Verschlagene Schiffe treiben oft an märchenhafte Inseln. Welt ward aus dem Chaos. Ein-sam wirst du dann all-sam sein [...]“<sup>219</sup> Zum Kreis der Beiträger gehören allerdings auch Autoren wie Carlo Mierendorff, dessen Texten die intensive Auseinandersetzung mit der literarischen Avantgarde anzu-

<sup>216</sup> Für den Literaturwissenschaftler Anton Kaes, Probleme, S. 248 „ein Philisterzerrbild, wie es schon die Romantik entworfen hatte“.

<sup>217</sup> Auf einige Aspekte dieses Beitrages wird im nächsten Kapitel intensiver einzugehen sein, weil er Positionen enthält, die sowohl situativ wie für die weitere Entwicklung der politischen Gedankenwelt Haubachs von Bedeutung sind.

<sup>218</sup> Anz/ Stark, Expressionismus, S. 722.

<sup>219</sup> Usinger, Fritz: Leidenschaft, in: Die Dachstube, im Mai 1918, Bl.60, S. 231 – 232, hier: S. 232.

merken ist und der eindrucksvoll eigene sprachliche und formale Wege zu entwickeln suchte.<sup>220</sup>

In den Kontext der Zeitschrift fügen sich die nach überwiegend traditionellen Mustern gestalteten Texte Haubachs ein. Die Regelmäßigkeit der Veröffentlichungen und die ihm eingeräumte Möglichkeit, von ihm als zweiten Autor einen umfangreicheren Text in der Reihe „Die Bücher der Dachstube“ drucken zu lassen, deuten darauf hin, daß Haubach in diesem Kreise geschätzt wurde und einen festen Platz in diesem ‚sozialen Feld‘ besaß. Wie die Freunde des Kreises um die Zeitschrift wollte auch er als begeisterter Literaturkonsument selbst produktiv werden. Die expressionistische Bewegung schuf den anregenden Untergrund z.B. durch die Verlebendigung der literarischen Diskussion, eine Atmosphäre der „Gärung“<sup>221</sup> und die Gründung von Organen, über die die Publizierung eigener Arbeiten möglich wurde. Bei einer summarischen Betrachtung der Texte Haubachs fällt das breite Spektrum der von ihm für die formale Gestaltung genutzten Textsorten auf. Neben lyrischen Texten finden wir essayistische Betrachtungen, Rezensionen, eine Causerie, Novellen und ‚literarisierte‘ Impressionen (Argonnen-Motiv). Bemerkenswert ist es, daß mit der Causerie und der Novelle Textsorten von ihm gewählt wurden, die eindeutig in den traditionellen bildungsbürgerlichen Literaturvorstellungen des 19. Jahrhunderts wurzeln. So entwickelte sich die Novelle mit den gegen Ende des Jahrhunderts expandierenden Buch- und Zeitungsmärkten, weil kürzere, in sich geschlossene Texte gefragt waren. Sie mußte allerdings auch spezifischen formalen und inhaltlichen Ansprüchen genügen, nämlich ein klares Grundmotiv aufweisen, das eine Abrundung erfuhr und sich etwa in „der Darstellung einzelner Gestalten und Schicksale“ niederschlug, „der Ästhetik des Realismus“ nahe war und „gern den Ausschnitt für das Ganze nahm.“<sup>222</sup>

Die relativ große Zahl der von Haubach gewählten Gattungen legt den Schluß nahe, daß er das Feld der Literatur als Produzierender eher intellektuell-distanziert zu erkunden suchte. Deren Ordnungsprinzipien gaben für ihn die Baupläne ab, nach denen er seine Texte entwarf. Ein expressionistischer „Aufbruch“ oder „Schrei“ ist in seinen Texten dann auch nicht zu entdecken. Entsprechend den gewählten Gattungen bewegt sich auch die Sprache in eher – das konnte anhand der Zitate deutlich gemacht werden – traditionellen Mustern, repräsentiert eine Mischung aus Vorbildern des Realismus und greift auch Anregungen der neuro-mantischen bzw. symbolistischen Szene auf, die sich um die Jahrhundertwende als Kraft gegen die Naturalisten zu etablieren versuchte. Aufbau und Sprachbilder vor allem der nicht-fiktionalen Texte wirken oft so, als seien sie auf Effekte hin konstruiert, um sich selbst und den Lesern ästhetische Befriedigung zu vermitteln. Damit knüpfte Haubach an literarische Muster an und erfüllte die Funktion, „die der Literatur in Deutschland seit der Romantik traditionellerweise zugewiesen wurde.“<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Vgl. auch die Einschätzung seines Biographen: Albrecht, Richard: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943, Berlin/Bonn 1987, S. 24 ff.

<sup>221</sup> Döblin, Von der Freiheit, S. 843.

<sup>222</sup> Sprengel, Geschichte, S. 162 f.

<sup>223</sup> Kaes, Probleme, S. 152.

Das expressionistische Umfeld regte ihn jedoch dazu an und ermutigte ihn, Themen aufzugreifen, die ‚neu‘ waren wie das Ausbreiten individueller, auch intimer Empfindungen oder die Entwicklung eskapistischer Lösungen.<sup>224</sup>

Seine Auffassung vom Schreiben hatte sich vermutlich bereits während der Schulzeit entwickelt und verfestigt. Hier sei kurz auf ein Phänomen hingewiesen, auf das im vorhergehenden Kapitel bereits eingegangen wurde, daß nämlich unabhängig von der Frontstellung gegen die bürgerliche Gesellschaft die Aufbegehrenden durchaus die von dieser sozialen Schicht gesetzten kulturellen Zielvorgaben akzeptierten und internalisierten. Wenn schon die Sozialdemokratie gegen Ende des kaiserlichen Reiches ein „kulturelles Erbe“, das ein bürgerliches war, zu bewahren trachtete<sup>225</sup>, nicht nur die Klassiker propagierte, sondern sie auch überwiegend traditionell rezipierte und Ansätze zu einer eigenen Klassenkunst in der Partei isoliert blieben, lag das für die Mitglieder der bürgerlichen Schichten, zumal wenn sie sich der bildungsbürgerlichen zurechneten, noch viel näher. Diese Kulturgüter wurden Teil ihrer Sozialisation, sie lernten sie schätzen, konnten sie durchaus genießen, akzeptierten und nutzten – bewußt oder unbewußt - auch deren Funktion als klassenbildendes Bindemittel, das Machtvorsprung gegenüber anderen Schichten herstellte bzw. bewahrte.

### 2.3 Situation am Ende des Krieges

Zu Recht hat Klaus Vondung auf die potentiellen Erschütterungen für den Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges hingewiesen, die Chaos und existentielle Bedrohung mit sich brachten.<sup>226</sup> Auch Theodor Haubach verhehlte nicht, in verschiedenen Situationen gelitten zu haben. Doch zugleich lassen seine Texte den Schluß zu, daß sowohl die Teilnahme am Krieg wie die Mitarbeit im Kreise der Literaten das Lebensgefühl Haubachs in wichtigen Bereichen positiv traf. So hatte das Ideal des „Kriegerischen“ bereits eine solche Stabilität gewonnen, daß selbst das Kriegserleben mit der Erfahrung eigener häufiger Verwundungen und der Anschauung von Verwüstung, Verletzungen und Tod es im Kern nicht zu erschüttern vermochte. Als sicher ist allerdings anzunehmen, daß er der politischen und militärischen Führung des Reiches gegen Ende des Krieges noch erheblich distanzierter gegenüberstand als zu Beginn. So mußten diese Soldaten, die zwar freiwillig und doch als Kritiker des wilhelminisch-hierarchischen Systems in den Krieg gezogen waren, wahrnehmen, daß sich dessen Strukturen erhielten.

Keine Hinweise gibt es in seinen Texten dafür, daß Haubach diesen Krieg beendet sehen wollte, selbst nachdem er begriffen haben mußte, daß sich die Idee der Erneuerung der Nation in diesem Krieg und durch ihn nicht realisieren ließ, sondern daß die alten Machteliten weiterhin dominierten. Es sind zudem keine Belege nachweisbar, daß er grundsätzlich den Krieg als politisches Mittel ächten wollte. Das Militär als Symbol und als Mittel der Wehrhaftigkeit eines Staates schien ihm

<sup>224</sup> Eberhard, Hans-Joachim: Intellektuelle der Kaiserzeit. Ein sozialpsychologischer Streifzug durch Naturalismus, Antinaturalismus und Frühexpressionismus, Frankfurt/M. 1991 (Europäische Hochschulschriften, Reihe I, Bd. 1200), Frankfurt/M. 1991, S. 138.

<sup>225</sup> Emig, Brigitte: Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt/M/New York 1980, passim.

<sup>226</sup> Vondung, Klaus: Propaganda oder Sinndeutung?, in: Ders. (Hrsg.): Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen, Göttingen 1980, S. 11 – 37, S. 22.

unverzichtbar. Diese Position bildete den Kern für seine Beiträge bei der später einsetzenden Debatte zum Wehrkonzept der Sozialdemokratie und konnte auch durch enge Kontakte zu Pazifisten wie Kurt Hiller nicht erschüttert werden. Das Soldatische schien er auch in seinem Auftreten, in der Haltung und Gestik geradezu verkörpern zu wollen. Beobachtungen von Zeitzeugen, die sich auf verschiedene Abschnitte seines Lebens beziehen, bekunden dies übereinstimmend. So erinnert sich Carl Zuckmayer an seine ersten Begegnungen mit Theo Haubach im Jahre 1919 und schildert ihn als einen Mann, in dessen Zügen und Ausdrucksweise sich „das Geistig-Bedeutende“ mit dem „Soldatisch-Disziplinierten, Dienst- und Befehlsbereiten“<sup>227</sup> verband. Auch Erika Bausch-von Hornstein, die Ehefrau des letzten Arbeitgebers und Freundes Haubachs, fiel bei dem Versuch, sich seines Auftretens und seiner äußeren Haltung zu erinnern, zunächst signifikant die „soldatische Haltung, betont aufrecht gehend, die Brust hervorgestreckt“, ein.<sup>228</sup> Die Beschäftigung mit Literatur - die Lektüre, der Besuch von Theateraufführungen und die Diskussion über Gelesenes oder Gesehenes - hatte einen wichtigen Anteil am Leben der Mitglieder der Darmstädter Gymnasiastengruppe, zu der auch Theo Haubach zählte. Wie die Themen seiner Beiträge zeigen, setzte er sich offenbar neben der Belletristik schwerpunktartig mit den Bereichen Kunst und Philosophie auseinander. Diese Schlußfolgerung läßt auch sein Artikel zu, der im Herbst 1919 unter dem Titel „Expressionismus“ veröffentlicht wurde.<sup>229</sup> Haubachs Beitrag ist reich illustriert, der Text umfaßt nur etwa sechs Spalten. Gerade eine Spalte befaßt sich mit der literarischen Szene, ebensoviel ist der Musik gewidmet, während im wesentlichen Erscheinungen der bildenden Kunst dargestellt und vom Verfasser eingeordnet werden. Das mag vor allem damit zusammenhängen, daß die Zeitschrift - wie der Untertitel aussagt - ihren inhaltlichen Akzent auch in diesem Bereich setzte.<sup>230</sup> Gleichwohl schilderte Haubach die Kunstszene mit erheblich größerer Anteilnahme als etwa die der Literatur. Gegen Ende des Textes gibt er dann auch eine grundsätzliche Einschätzung des Expressionismus, „der heutigen Kunst“: „Ihre Hauptverwirklichung erlebt sie in der Malerei, wie es bei der ihr wesensähnlichen Gotik in der Architektur und bei der Romantik in der Literatur geschah.“<sup>231</sup>

Der Hinweis des Autors auf „die Leidenschaft, mit der die Künstler für ihre neue Kunst kämpften und litten“<sup>232</sup>, wird der Gefühlslage der Kunstproduzenten der Zeit sicher gerecht, die - bezogen auf die Literaten - „gegen alles Konventionsverstrickte“ und „gegen die den Zeitvorschriften Verfallenen“ Front machten und

<sup>227</sup> Zuckmayer, Carl: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt/M. 1966, S. 332.

<sup>228</sup> Interview P.Z. mit Frau Erika Bausch-von Hornstein, Berlin, v. 9.1.2000.

<sup>229</sup> Haubach, Theodor: Expressionismus. Ein Querschnitt durch die künstlerische Bewegung unserer Tage, in: Deutsche Kunst und Dekoration: Illustrierte Monatshefte für moderne Malerei, Plastik, Wohnungskunst und künstlerisches Frauenschaffen, Bd. XLV, Okt. 1919 - März 1920, Ausgabe v. 23. Okt. 1919, S. 13 - 20.

<sup>230</sup> Interessant ist eine uneingeschränkt negative redaktionelle Äußerung C. Mierendorffs zu dieser Zeitschrift, die er an deren Herausgeber richtete: „Heute ist sie das Lieblingsblatt der kunstpflegenden guten Gesellschaft. Keine Tribüne für die, die da aufstehen. [..]. Vielmehr nur Zeitvertreib. [...] Schon arbeiten die treibenden Kräfte Deutschlands nicht mehr mit.“, in: Das Tribunal 1 (1919), H. 7, S. 91; Theo Haubach arbeitete mit, eine Tatsache, auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird.

<sup>231</sup> Ebd., S. 20.

<sup>232</sup> Ebd., S. 13.

sich – dies ein neuer Aspekt, der für die Darstellung des folgenden Kapitels von großer Bedeutung ist – „mit den sozialistischen Massen“ zusammentaten.<sup>233</sup> Dieses umfassende Bewußtsein von anti-bürgerlichem Engagement war zweifellos ein wichtiges gemeinsames Moment bei aller Vielfalt der expressionistischen Bewegung. Theodor Haubachs tiefsitzendes Unbehagen gegenüber der wilhelminischen Gesellschaft und dem Staatsapparat ist glaubhaft, die Radikalität, in der er in der oben zitierten Weise den „Bürger“ gegen den „Menschen“ absetzte, bedeutete nichts Außergewöhnliches: Man(n) zeigte demonstrativ seine Zugehörigkeit zur Gruppierung der Erneuerer, aber bei der Realisierung dieser anti-bürgerlichen Position im Alltag ergaben sich doch erhebliche Unterschiede. Während Künstler des Expressionismus, die im Konflikt mit den herkömmlichen Strukturen „am Rande der Gesellschaft lebten“, in Armut vegetierten, „abenteuerlich Zeitschriften gründeten und von ihrem Verkauf leben wollten“<sup>234</sup> oder gar bis zur Vernichtung der eigenen Existenz an den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen litten,<sup>235</sup> beklagten andere – auch schon einmal als „sensible Bürgersöhne“<sup>236</sup> apostrophiert – „den Verlust bürgerlicher Individualität in entfremdeten Strukturen“<sup>237</sup> und blieben genau damit völlig im Rahmen des Bürgerlichen, wollten eigentlich die traditionelle bürgerliche Individualität restauriert sehen.

Bei der geringen Anzahl der vorhandenen Quellen aus dieser Zeit muß der Versuch mit aller Vorsicht vorgenommen werden, den Ort Haubachs zu bestimmen. Er lehnte sich demonstrativ gegen die traditionellen Hierarchien und Strukturen auf, indem er sich aktiv an der Gründung und Existenzsicherung von Zeitschriften der literarischen Moderne durch eigene Beiträge und redaktionelle Arbeit beteiligte, die den bürgerlichen Honoratioren im Sinne des kaiserlichen Verdikts von 1901, daß Kunst die herkömmlichen Ideale zu pflegen habe, geradezu als umstürzlerisch erscheinen mußten.<sup>238</sup> Die Vorstellungen Wilhelms II. und bestimmender bürgerlicher Kreise, die sie mit der Kunst verbanden, waren „Ausdruck eines engen, schwerfälligen Kunstbegriffs, der von politischen Interessen geprägt war und jeder Neuerung mißtraute“, ein Kunstbegriff mithin, der den Lebensnerv von Kunst gar nicht wahrnehmen konnte, nämlich die ihr immanente individuelle schöpferische Kraft zur Entwicklung, Darstellung und Wahrnehmung neuer, grenzüberschreitender Erfahrungen.<sup>239</sup> Abweichungen drohten, wurde befürchtet, vielmehr den Zusammenhalt von nationaler Politik und Kultur aufzuweichen oder gar zu zerstören und konnten damit der einschüchternden Pose gegenüber den europäischen Nachbarn und Gegnern Kraft nehmen.<sup>240</sup>

<sup>233</sup> Ebd., S. 18.

<sup>234</sup> Scheffer, Bernd: Expressionistische Prosa, in: Glaser, Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 300.

<sup>235</sup> Vietta, Silvio/Hans-Georg Kemper: Expressionismus, München 1975, S. 177 ff.

<sup>236</sup> Knopf, Jan: >Expressionismus< - Kritische Marginalien zur neueren Forschung, in: Hüppauf, Bernd (Hrsg.): Expressionismus und Kulturkrise (Reihe Siegen: Beiträge zur Literatur- und Sprachwissenschaft; Bd. 42), Heidelberg 1983, S. 15 – 53, S. 41.

<sup>237</sup> Hüppauf, Zwischen revolutionärer Epoche und sozialem Prozeß, S. 116.

<sup>238</sup> Trommler, Frank: Einleitung, in: Glaser, Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 11.

<sup>239</sup> Paret, Peter: Die Berliner Secessio. Moderne Kunst und ihre Feinde im Kaiserlichen Deutschland, Berlin 1981, S. 42 [amerik. Ausgabe: The Berlin Secessio. Modernism and its enemies in Imperial Germany, o.O. 1980].

<sup>240</sup> Wie heftig der Widerstand gegenüber neuen Strömungen auf den verschiedenen Ebenen möglicher staatlicher Einflußnahme war, zeigt die differenzierte Studie Paret's für die Bildende Kunst am Beispiel der Konfrontation zwischen „Sezessionisten“ und „Akademikern“ seit Beginn der 90er Jahre. Diese heftigen Auseinandersetzungen spielten sich zwar vorwiegend in den Großstäd-

Anhand seiner literarischen Produktion lassen sich Elemente von Haubachs bildungsbürgerlicher Sozialisation sichtbar machen. Wortwahl und Sprachduktus lehnten sich eindeutig an literarische Vorbilder an, die in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Als bezeichnend für seine Position im Kräftefeld dieser Zeit sind auch die Rollen hervorzuheben, in denen er der philosophierende Denker einerseits oder auch der Experte für Fragen der Kunst andererseits war. Mit großem Selbstbewußtsein verteilte er Lob und Tadel, zumeist nach wissenschaftlich-bedeutsam klingenden Einleitungen der Texte, die jeweils Kompetenz verkünden sollten. Zweifellos ist auch diese Haltung Ergebnis bürgerlicher Sozialisation, und zwar nutzte Haubach seine bewußt elaboriert, philosophisch-nachdenklich klingende Sprachhaltung als Signalement, dieser expressionistischen literarischen Szene anzugehören, die ja nach Alter und Zugehörigkeit zur Gruppe der Intellektuellen oben bereits als relativ geschlossen definiert wurde.

Von großer Bedeutung war zweifellos für Haubach die Kontinuität, in der das ‚soziale Feld‘ der Darmstädter Schulzeit faktisch während des Krieges erhalten blieb und sich darüber hinaus durch die gemeinsame – gegenüber der Pennälerzeit nun selbstbestimmte – Aufgabe der Arbeit an der ‚Dachstube‘ stabilisierte. Durch die Mitwirkung in dem Kreis der bildenden Künstler und Autoren wurden neue Bekanntschaften angebahnt, die sich – wie zu zeigen sein wird – in der ‚Tribunal‘-Zeit und während des Studiums intensivierten. Anhand von Korrespondenz, die teilweise für die Zeit seit 1919 erhalten ist, läßt sich nachweisen, wie hartnäckig Haubach bemüht war, Kontakte herzustellen und zu entwickeln. Dies läßt auch den Rückschluß auf den hier behandelten Zeitraum zu, daß für ihn ein intakter sozialer Raum außerordentlich wichtig war, zumal dann, wenn dieser sich aus einer derart ausgeprägten bildungsbürgerlich-intellektuellen Schicht rekrutierte. Das Bewußtsein, in ein solches Umfeld integriert zu sein, gab ihm Sicherheit und veranlaßte ihn, mit großer Offenheit in seinen Texten äußerst sensible Bereiche zu thematisieren – damit machte er Front gegen die ‚Spießbürger‘, gegen die Repräsentanten des Wilhelminischen Systems.

### **3. Zeit der Orientierung und der Entwicklung von Perspektiven (1918 – 1923)**

#### **3.1 Der Krieg ist aus: Stationen**

Lange bevor der Kaiser und der Kronprinz ihren Thronverzicht erklärt hatten und die Republik ausgerufen worden war, verfiel in der letzten Phase des Krieges die Autorität von Staat und Verwaltung zusehends; „Staatsverdrossenheit und Verwaltungskritik wuchsen auf beiden Seiten, bei den Besitzenden und bei den Abhängigen.“<sup>241</sup> Bei der Versorgung der Bevölkerung kam es zu schmerzlichen Engpässen. Versuche staatlicher Stellen, die knappen Ressourcen über ein Kontrollsystem möglichst sparsam und gerecht zu verteilen und einen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten zu erreichen, schlugen fehl. Die sozialöko-

---

ten ab, wurden aber auch in der Provinz wahrgenommen und ermutigten dort aktive Gruppen wie die Redaktion der ‚Dachstube‘.

<sup>241</sup> Kocka, Jürgen: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918*, Frankfurt/M. 1988; Nachdruck der Ausgabe Göttingen 1978, 2. Aufl., S. 178.

nomisch herrschenden Gruppen mußten erkennen, daß ‚ihr Staat‘ sich ihnen gegenüber weniger dienstbar zeigte, und so entzogen sie ihm die Unterstützung.<sup>242</sup> Dabei leitete sie zweifellos die Zuversicht, ihre angestammte privilegierte Position bei einem politischen Neubeginn zurückzuerhalten.

Die aus einer Revolte von Soldaten entstandene revolutionäre Bewegung entzieht sich durch die Vielzahl ihrer regionalen und lokalen Ausprägungen einer generalisierenden Beschreibung. Festhalten kann man aber sicher, daß sie sich keineswegs nur etwa gegen den Klassengegner richtete, sondern ebensowohl als Ventil für das Unbehagen gegenüber dem System des Wilhelminischen Staates diente.

Von Theodor Haubach liegen aus dieser Phase des Übergangs vom Kriegsende zur Friedenszeit keine Äußerungen vor, die differenziert Aufschluß über die ihn bewegenden Gedanken geben, etwa die konkrete Bewertung seiner Situation oder Hinweise auf Optionen der individuellen Lebensplanung. Wir verfügen allerdings über Informationen seiner Aktivitäten und über Quellentexte von ihm, die Rückschlüsse auf ihn bestimmende Kategorien des Denkens und Handelns zulassen. Zunächst erscheint es notwendig, sich die Situation gegen Ende 1918 zu vergegenwärtigen. Er gehörte jener Gruppe von Männern an, die der „Jungen Frontgeneration“<sup>243</sup> der Jahrgänge von 1890 bis 1900 zugerechnet werden. Mit seiner Biographie repräsentierte er jenen Typus, der nach der vorzeitig abgeschlossenen Schulausbildung nicht ‚ins Leben trat‘, sondern sich freiwillig zum Kriegseinsatz meldete und damit in einen spezifisch strukturierten, hermetisch abgeschlossenen Lebensbereich, das Militär, eintrat. Bewußt oder unbewußt war mit diesem Schritt sicherlich die Vorstellung von einer schnellen militärischen Entscheidung verknüpft. Die Dehnung des Krieges auf vier Jahre bedeutete für die Männer dieser Generation, daß sie ein großes Maß an Erfahrungen in diesem allerdings äußerst begrenzten, hierarchisch bestimmten, auf Befehl und Gehorsam ausgerichteten militärischen Feld sammeln konnten bzw. mußten. Abgeschnitten war dagegen z.B. die Entwicklung und Erprobung eigener Entscheidungen, das Leben individuell angemessen nach Spannung und Entlastung zu regulieren, kurz-, mittel- und langfristig Perspektiven zu entwerfen, zu lernen, diese zu realisieren und Ergebnisse selbständig zu überprüfen und zu korrigieren. Männer mit ähnlichem sozialen Status und Selbstverständnis wie Haubach suchten in dieser Situation Kompensation u.a. in der Produktion literarischer Texte, sich damit einer sozusagen nicht-militärischen Fähigkeit vergewissernd und zugleich die Möglichkeit nutzend, sich aus der Realität ‚wegzuschreiben‘.

Möglicherweise 1914 vorgenommenen Projektionen und konkreten Planungen für die Zukunft wurde der Boden entzogen: Der Krieg endete nicht mit einem glorreichen Sieg, sondern mit einer schweren Niederlage. Es gab Auflösungserscheinungen in den Einheiten. Der Krieg verschärfte die „latenten und vertikalen Spannungen“, die in der Gesellschaft bestanden.<sup>244</sup> Diejenigen, die wie Theodor Haubach mit dem Wunsch nach Ablösung des Wilhelminischen Systems und politischer Erneuerung in den Krieg gezogen waren, mußten krasse Unterschiede in der Be-

---

<sup>242</sup> Ebd., S. 167.

<sup>243</sup> Gründel, Günther E.: Die Sendung der Jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, München 1932, S. 23.

<sup>244</sup> Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 362.

handlung von Mannschaften und Offizieren feststellen und einsehen, „daß der militärischen Führungselite der Wille zu demokratisierenden Reformen fehlte.“<sup>245</sup> Unter den Angriffen auf das alte System verfielen schnell Elemente der monarchischen Ordnung. Deutliche Zeichen der revolutionären Bewegung waren die überall entstehenden Arbeiter- und Soldatenräte. Die Breite und Vielfalt der Aufgaben, denen sich diese an den verschiedenen Orten stellten, kann hier nicht nachgezeichnet werden. Wenn überhaupt eine generalisierende Beurteilung ihrer Arbeit möglich ist, so war die wesentliche Funktion der Arbeiter- und Soldatenräte das Ausfüllen eines Machtvakiums, „um drohende chaotische Zustände in der öffentlichen Sicherheit, Versorgung und Demobilisierung zu verhindern.“<sup>246</sup> Militärische Stellen beteiligten sich an diesen Aktivitäten. Sie waren auf höchster Ebene für die zivile Regierung eine nicht zu ersetzende Hilfe bei dem von den Siegern geforderten Rückzug des Westheeres in kürzester Frist sowie der Abgabe umfangreichen Kriegsmaterials und nutzten diese Position dazu, daß letztlich restaurative Kräfte etwa mit der Bildung der Reichswehr die Oberhand gewannen. Voll Stolz vermerkt so z.B. die bereits oben zitierte Regimentsgeschichte, daß bei der Schaffung des 100 000-Mann-Heeres das Leibgarde-Infanterie-Regiment 115 in die 1. Kompanie des Infanterie-Regiments 15 überführt wurde, verweist auf die Kontinuität in der Ziffernfolge und mit Nachdruck darauf, daß diese Teile des neuen Regiments „seine [des alten Regiments, P.Z.] leiblichen Erben sind und zudem ausdrücklich dazu bestimmt, die dreihundertjährige Tradition des Regiments weiterzuführen.“<sup>247</sup>

Die Spannungen, die mit dem Kriegsende deutlich zutage traten, werden in der Schilderung des letzten Kommandeurs des 221er Regiments lebendig. Sieben Jahre nach Kriegsende setzte er sich schroff von der revolutionären Bewegung ab, verwies darauf, daß die in die Heimat zurückkehrenden Mannschaften seiner Einheit „mit den meuternden Truppen nichts gemein haben wollten“, charakterisierte diese als „wüste Kolonnen mit roten Fahnen und Schleifen“ im Gegensatz zu seinen mit weiß-roten Schleifen geschmückten Soldaten, um schließlich anzumerken, daß die Freude, deutschen Boden zu betreten „recht vergällt wurde durch das Auftauchen eines Soldatenrates, dessen Mitglieder jedoch, soweit sie überhaupt Beachtung fanden, über allzu freundliche Behandlung sich nicht zu beklagen brauchten.“<sup>248</sup> Selbst wenn diese Aussagen in erster Linie ein Schlaglicht auf die ungebrochen wilhelminisch orientierte Haltung dieses Kommandeurs werfen, er vermutlich auch die Realität dieser Tage Ende 1918 in seinem Sinne zu akzentuieren wußte, so bleibt doch festzuhalten, daß sich nur eine eher kleine Zahl der Heimkehrenden an den Soldatenräten beteiligte. Groß war der Wunsch, die mißlichen Bedingungen des Soldatenalltags und die beständige Bedrohung durch Verwundung oder Tod zu tauschen gegen die Sicherheit in der Familie oder im bekannten beruflichen Umfeld, auch wenn allen bewußt war, daß eine katastrophale materielle Versorgung bevorstand.

Theodor Haubach entschied sich, im Arbeiter- und Soldatenrat des hessischen Städtchens Butzbach mitzuarbeiten. Damit ist seine ‚erste Station‘ nach dem

---

<sup>245</sup> Ebd., S. 361 f.

<sup>246</sup> Ebd., S. 12.

<sup>247</sup> von Frankenberg und Ludwigsdorff, Leibgarde-Infanterie-Regiment Nr. 115, S. 219.

<sup>248</sup> Hirschel, S. 301 f.

Weltkrieg markiert. Ganz unproblematisch scheint diese Tätigkeit nicht verlaufen zu sein, wie zu zeigen sein wird.

Offenkundig zog es Haubach auch gegen Ende des Krieges wie in den Jahren zuvor in seine Heimatstadt Darmstadt bzw. in deren nähere Umgebung; die Aufenthalte dort waren anscheinend vereinbar mit seinem Dienst als Soldat<sup>249</sup> wie auch den Aktivitäten im Arbeiter- und Soldatenrat. In Darmstadt beteiligte er sich intensiv am Kulturleben der Stadt.<sup>250</sup>

Ein weiteres Betätigungsfeld dieser Jahre schuf er sich durch das Schreiben von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln. Verschiedene erhaltene Korrespondenzsplitter weisen darauf hin, daß Haubach die Kontakte zu Herausgebern und Redakteuren initiierte, konkrete Vorschläge machte oder seine Bereitschaft zur Mitarbeit allgemein anbot.<sup>251</sup> Derartige Avancen waren gewiß Carlo Mierendorff, dem Herausgeber des ‚Tribunal‘, gegenüber nicht notwendig. Dieser hatte mit einem Flugblatt - nach der Erinnerung Zuckmayers - im November 1918 auf die neue Zeitschrift aufmerksam gemacht. Er erklärte die ‚Dachstube‘ für beendet, sie hätte „gesammelt, gesichtet, geschult“, nun wollte man „den Umriß der neuen Welt aufzeichnen, für ihn kämpfen.“ Bereit stünden „junge Intelligenzen“, die gemeinsam mit einer Reihe Prominenter (genannt werden u.a. Kurt Hiller, Edschmid, Däubler, Wolfenstein) „ein neues Publikum“ erreichen und „größere Ziele“ anstreben wollten.<sup>252</sup> Deutlich ist zu erkennen, daß Mierendorff die alte ‚Dachstube‘ zu eng geworden und ihm vermutlich zu nah beim Typus Schülerzeitung angesiedelt war. In einem namentlich nicht gezeichneten Aufruf in der letzten Ausgabe der ‚Dachstube‘ begründete er die Zäsur differenzierter.<sup>253</sup> In seinem einseitigen, emotional gehaltenen Text, dessen äußere Gestaltung kurze Hauptsätze und eine Fülle von Ausrufe- bzw. Fragezeichen bestimmen, hob Mierendorff die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der Kunst in der Vergangenheit und auch für die Zukunft hervor, doch er forderte eine neue Akzentuierung ein. Die Zeit als Soldat kennzeichnete er als „Lüge“, weil „wir [...] verleugneten, was Schicksalhafteres verhandelt wurde“ und die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen wurden. „Doch nun sind wir frei“, und diese Freiheit sollte genutzt werden, nicht mehr zu schweigen oder sich „vor dem Ungeheuren in astrale Verse“ zu flüchten,

<sup>249</sup> Brief Kurt Hiller an Walter Hammer, 20.01.1955 aus London, Bl. 2: „Als ich ihn (Haubach, P.Z.) Mitte Oktober 1918 [...] in Darmstadt kennen lernte, [...]“, in: IfZ München, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 31.

<sup>250</sup> So beteiligte er sich ab November 1918 intensiv an der Kunstszene Darmstadts an deren Neuorientierung und an der Vorbereitung einer großen Ausstellung; vgl. dazu unten den Abschnitt zu seinem kulturellen Engagement.

<sup>251</sup> So z.B. Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts, 30.08.1920, mit konkretem Angebot zur Mitarbeit in der ‚Auslandspost‘, in: Briefwechsel Theodor Haubach – Alfred Vagts, Stadtarchiv Darmstadt, Nachlässe, ST 45 oder Korrespondenz Efraim Frisch – Theodor Haubach wegen Mitarbeit im ‚Neuen Merkur‘, April und Mai 1921, in: Leo Baeck Institute, New York, Collection AR 2533, Bl. 141 – 145.

<sup>252</sup> Das Flugblatt ist vollständig gedruckt in: Zuckmayer, Carl: Als wär’s ein Stück von mir, Frankfurt/M. 1966, S. 320.

<sup>253</sup> Die Dachstube, im November 1918, Bl. 65: Diktion und visionäre Kraft des programmatischen Textes sowie seine herausgehobene Position innerhalb des Teams weisen auf Carlo Mierendorff als Verfasser hin; auch Albrecht nennt ihn, ohne jedoch eine Begründung für seine Vermutung zu äußern oder diese Frage überhaupt zu problematisieren; vgl. Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 32 f.

sondern sich „mit dem ringenden Leben“ auseinanderzusetzen und „jetzt lebendig ein(zu)springen in den Strom der Geschichte [...]“.<sup>254</sup>

Erstaunlicherweise ist die Bedeutung dieses Textes als öffentlich bekundete Wegmarkierung Mierendorffs noch nicht recht wahrgenommen worden. Für unseren Kontext ist sein taktisch geschickter Versuch bedeutsam, die Gruppe der Mitarbeiter auf die neue Zielvorstellung „Kunst und Politik“ einzustellen, fast einzuschwören. ‚Das Tribunal‘ wurde ein wichtiges Medium für Haubach. Er veröffentlichte hier nicht nur fünf umfangreichere Artikel, sondern nahm auch intensiv an den Diskussionen des inneren Zirkels der Beiträger teil und konnte über den sich gegenüber der ‚Dachstube‘ erweiternden Kreis der Mitarbeiter neue Kontakte aufnehmen und Beziehungen entwickeln. Den generellen Einschnitt, den der Übergang zu dem neuen Organ bedeutete, hat er demnach uneingeschränkt mitgetragen.

‚Das Tribunal‘ erschien im Jahre 1919 mit zehn Heften, darunter zwei Doppelnummern; 1920/1921 konnten in unregelmäßiger Folge noch vier Hefte auf den Markt gebracht werden, das letzte Heft umfaßte mit 28 Seiten die Nummern 4 – 7. Immer dringlichere Aufrufe an die Leser, weitere Abonnenten zu gewinnen, lassen die finanzielle Schwäche dieses Unternehmens deutlich werden, an der es schließlich zerbrach.<sup>255</sup>

Die Konzeption des Blattes spiegelt sich in der Mischung der Beiträge wider, nämlich „neben politischen Aufsätzen und Berichten auch Dichtungen und Graphik“ zu veröffentlichen. Der Herausgeber Mierendorff – als solcher im ersten Heft unter dem Titel ausgewiesen<sup>256</sup> – konnte bedeutende Mitarbeiter vor allem aus dem Kreis der Expressionisten für sein Blatt gewinnen.<sup>257</sup> Ihm gelang es, der Zeitschrift nicht nur äußerlich durch ein klares, lebendiges Layout ein eigenes Gesicht zu geben, sondern auch inhaltlich: Zeugnisse der aktuellen bildenden Kunst und aus der Literaturszene standen neben der Kommentierung wichtiger politischer Ereignisse mit eindeutiger Stellungnahme jeweils gegen reaktionäre Kräfte.<sup>258</sup> Ein weiterer Akzent war die zweifellos mutige Propagierung der Aussöhnung mit dem französischen Nachbarn. Konzeptionelle Gestaltung zeigte sich auch etwa in der Tatsache, daß Artikel aufeinander Bezug nahmen, Auseinandersetzung und Diskussion angestoßen und zustande kamen. Spektakulär geradezu war die Tatsache, daß sich Kasimir Edschmid für eine grundsätzliche Einleitung zu der Unternehmung im ersten Heft gewinnen ließ („Worte zum Beginn“). Er hob die „Kühnheit“ des Herausgebers hervor, der mittels der Zeitschrift „den

<sup>254</sup> Die Dachstube, im November 1918, Bl. 65.

<sup>255</sup> So schon in: Das Tribunal 1 (1919), 2. Heft, S. 31: „Formt ein Karree der Anständigkeit um das Tribunal. Abonniert. Es ist Pflicht.“, dann in der letzten Nummer: Das Tribunal 2 (1920-21), 4. - 7. Heft, S. 68: „Wir brauchen finanzielle Unterstützung. [...] Wir sehen keinen Grund, daß eine Zeitschrift wie Das Tribunal, [ ...], eingehen soll, weil ihr < Betriebskapital der Geldentwertung und Preissteigerung > [ gesperrt, P.Z.] nicht nachkommen kann.“

<sup>256</sup> Später verschwand diese Unterzeile im Titel, Mierendorff blieb jedoch bis zum Schluß Herausgeber (Kürzel: Mff.) und zeigte dies auch immer wieder mit editorischen Anmerkungen in verschiedenen Ausgaben – so im Abgesang auf den ersten Jahrgang der Hinweis, daß er „weiterhin“ die Texte redigieren würde, in: Das Tribunal 1 (1919), 12. Heft, S. 136.

<sup>257</sup> U.a. waren Johannes R. Becher, Iwan Goll, Oskar Maria Graf, Max Hermann-Neisse, Carl Sternheim, Ernst Toller, Alfred Wolfenstein, Carl Zuckmayer mit Texten vertreten, mit Abbildungen bildende Künstler wie Edwin Scharff, Ludwig Meidner, Paul Klee, Frans Masareel.

<sup>258</sup> Vgl. u.a. Das Tribunal 1 (1919), 6. Heft, S. 74 f. mit einer scharf formulierten Verurteilung der Morde an linken Politikern.

Darm-Bach mit Wimpeln und Ideenflaggen säumen“ und sich gegen „das Alte, [...], feiges Ducken“ wenden wollte, um „die Mauern solcher Bourgeoisie [sic]“ einzureißen.<sup>259</sup> Trotz der prominenten Mitarbeiter, die gewonnen werden konnten, siedelte Edschmid ‚Das Tribunal‘ vorausschauend wohl angemessen als regional wirksames Organ an. Nicht unterdrücken konnte er einen Hinweis auf die eigene Weltläufigkeit - gerade 28 Jahre alt und schon arrivierter Literat -, indem er darauf verwies, daß er „in Paris, in Berlin, in Stockholm die Bataillone neuen Geistes, humaner Erneuerung“ gesehen hätte.<sup>260</sup> Damit maß er die Distanz zur Provinz, zu Darmstadt, aus und mag bei Theo Haubach und seinem Freund Carlo den Wunsch nach Ausbruch aus der Enge und nach Aufbruch in die Zentren des kulturellen und politischen Lebens angesprochen und verstärkt haben.

Für Theo Haubach war der Lebenskreis um ‚Das Tribunal‘ eine bedeutsame Station in dieser Phase. Er vermochte neue Kontakte zu knüpfen, und im Austausch mit anderen Beiträgern des Blattes entwickelten sich Linien und Strukturierung seiner politischen Grundhaltung weiter oder auch neu. Die Artikel, die den Prozeßcharakter dieses Lebensabschnittes am deutlichsten widerzuspiegeln scheinen, erschienen im ‚Tribunal‘.

Die oben bereits angesprochenen Bemühungen Haubachs, auch in anderen Organen veröffentlichen zu können, hatten offensichtlich Erfolg. Wenn er auch bis Anfang 1921 nur drei Beiträge parallel zum laufenden ‚Tribunal‘ in anderen Zeitschriften plazierte, so stieg diese Rate bis zum August 1922 erheblich an, brach dann jedoch bis zu seinem ersten Hamburger beruflichen Engagement im Frühjahr 1923 abrupt ab; vermutlich arbeitete er in diesen Monaten intensiv an seiner Dissertation. Die Veröffentlichungen verteilten sich auf immerhin sieben unterschiedliche Publikationsorgane, und zwar die ‚Darmstädter Zeitung‘, ‚Die Neue Bücherchau‘, ‚Deutsche Kunst und Dekoration‘, ‚Die Neue Schaubühne‘, ‚Das Tagebuch‘, die ‚Nordbadische Landeszeitung‘ und ‚Die Glocke‘. Der bereits oben zitierte Beitrag in der ‚Darmstädter Zeitung‘, in dem er sich mit den psychologischen Grundlagen des Erinnerns beschäftigte,<sup>261</sup> und dem in dieser Chronologie letzten Aufsatz in der ‚Glocke‘,<sup>262</sup> in dem er vehement für ein Eingreifen des Staates in die Hochschulautonomie zum Zwecke der Abwehr reaktionärer Kräfte argumentierte, nehmen sie insofern eine Sonderstellung ein, als sie nicht – wie alle anderen – kulturelle Inhalte thematisierten. Den Schwerpunkt bilden Beiträge, in denen Haubach die Theaterszene Frankfurts und Darmstadts kritisch beleuchtete, dazu einige umfangreichere Rezensionen. Mit der Redaktion der ‚Neuen Schaubühne‘ bestand offenkundig eine feste Vereinbarung; hier erschienen immerhin acht Texte Haubachs im genannten Zeitraum.<sup>263</sup> Von Paul Raabe wird dieses Blatt als „sehr wichtige Zeitschrift für die neue Bühne und das expressionistische Theater“ der Zeit eingeordnet.<sup>264</sup>

Haubach legte Wert darauf, in dieser Szene der Kultur und des ‚Geistes‘ Fuß zu fassen und war genötigt, in den wirtschaftlich bedrückenden Nachkriegsjahren

<sup>259</sup> Edschmid, Kasimir: Worte zum Beginn, in: Das Tribunal 1 (1919), 1. Heft, S. 4.

<sup>260</sup> Ebd., S. 4.

<sup>261</sup> Darmstädter Zeitung v. 19.6.1920.

<sup>262</sup> Haubach, Theodor: Republik und Universität, in: Die Glocke 8 (1922), 21. Heft, 21.8.1922, S. 539 – 543.

<sup>263</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H. 1, S. 14: „Seit kurzem erst für die „Neue Schaubühne“ tätig, konnte ich [ ...] .“

<sup>264</sup> Raabe, Die Zeitschriften und Sammlungen, S. 91.

Geld zu verdienen. Nach seinem Selbstverständnis war er Experte auf dem Feld der bildenden Kunst, der Literatur und des Theaters, außerdem hatte er sich in verschiedenen Textsorten als Schreibender betätigt. Da lag für ihn der Schluß nahe, beide Elemente zu bündeln, Kontakte und Betätigungsfelder zu finden und auf diese Weise die Kulturszene auch auf mögliche berufliche Perspektiven hin zu beobachten.

Prägende Kraft entwickelte die Zeit des Studiums. Haubach schrieb sich als Student der Philologie zunächst für das Sommersemester 1919 und das Wintersemester 1919/20 an der Universität Heidelberg ein.<sup>265</sup> Im Sommersemester 1920 immatrikulierte er sich – wie auch Carlo Mierendorff<sup>266</sup> – an der Universität München, vor allem angezogen von Max Weber. Zu vermuten ist, daß sie Hörer seiner Vorlesung „Staatssoziologie und Sozialismus“ waren. Weber erkrankte jedoch bereits im Juni schwer und starb am 14. Juli 1920.<sup>267</sup> Für das Wintersemester 1920/21 wurde Haubach als Student der Philosophie an der Universität Frankfurt/M. immatrikuliert.<sup>268</sup> In den folgenden vier Semestern vom Sommersemester 1921 bis zum Ende des Wintersemesters 1922/23 war er dann wieder eingeschrieben an der Badischen Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, und zwar nach Aussage des letzten „Abgangszeugnisses“ als Student der Philosophie.<sup>269</sup> Nach eigener Aussage beendete er das Studium im Februar 1923 „mit dem Examen als Dr. phil.[...] in Philosophie als Hauptfach, Nationalökonomie und Staatslehre als Nebenfach.“<sup>270</sup>

Dank der erhaltenen Formulare zur Abrechnung der Dozenten honorare haben wir einen detaillierten Einblick in die von Haubach belegten Veranstaltungen an der Heidelberger Universität und können nachzeichnen, welche inhaltlichen Schwerpunkte er setzte und welchen Professoren er sich zuwandte. Von den ausgewiesenen zwölf Veranstaltungen („Vorlesungen und Uebungen“) der beiden ersten Heidelberger Semester liegt der Akzent eindeutig auf dem Fach Philosophie mit sieben Nennungen, zwei Veranstaltungen belegte er im Fach Wirtschafts- und Sozialkunde und je eine Veranstaltung in Kunst-, Literaturwissenschaft und Psychologie. Auch für die Heidelberger Studienzeit vom Sommersemester 1921 bis einschließlich Sommersemester 1922 erlauben die Unterlagen ein genaues Bild; für das Wintersemester 1922/23 liegen keine Daten vor, wahrscheinlich nutzte Haubach diese Phase zur Fertigstellung seiner Doktorarbeit. Weitaus am intensivsten belegte er weiterhin Vorlesungen und Übungen in Philosophie (neun Veranstaltungen), deutlich stieg das Interesse an Angeboten des Bereiches Sozialwissenschaft – Nationalökonomie - Staatslehre mit sechs Veranstaltungen in den drei

<sup>265</sup> Schriftliche Mitteilung des Universitätsarchivs der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg v. 3. März 1999; als Anlage die „Abgangszeugnisse“, die beim Hochschulwechsel und zum Abschluß des Studiums ausgestellt wurden und die Abrechnungen der Honorare, die die Studierenden für die besuchten Veranstaltungen zu leisten hatten. Sie nennen die Hochschullehrer, Typus (Übung, Vorlesung, ...) und Titel der besuchten Lehrveranstaltungen.

<sup>266</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 65.

<sup>267</sup> Fügen, Hans Norbert: Max Weber, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 136.

<sup>268</sup> Schriftliche Mitteilung der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M. v. 9. März 1999 mit dem Hinweis, daß Haubach „von der Universität München kommend“ am 30. Oktober 1920 in Frankfurt/M. immatrikuliert wurde.

<sup>269</sup> Badische Ruprecht-Karls-Universität, Abgangs-Zeugnis v. 2. Februar 1923; der Text bezieht sich auf die vier vorangegangenen Semester und bescheinigt dem Studenten Haubach routinemäßig: „Hinsichtlich der Führung ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.“

<sup>270</sup> Theodor Haubach an das Stadtmuseum Darmstadt, handschr. Brief v. 12. Dezember 1926, 3. S.

Semestern. Die Teilnahme an kunstwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen nahm kontinuierlich ab, drei Veranstaltungen im Sommersemester 1921, eine im darauffolgenden und keine in den beiden letzten Semestern.

Leider gibt es aus dieser Zeit keine überlieferten Äußerungen Haubachs zu seinen beruflichen Perspektiven, aber die Vermutung liegt nahe, daß er eine wissenschaftliche Laufbahn im Fach Philosophie erwog, weil alternative Optionen mit dieser spezifischen Qualifizierung wohl kaum bestanden. Die Entwicklung eines zweiten ‚Standbeines‘ mit der Intensivierung der Arbeit im Gesamtbereich der Gesellschaftswissenschaften weisen auf eine realistische Einschätzung der Situation hin – die Chancen für eine universitäre Karriere waren prinzipiell gering – und darauf, daß er sich aus der Beschäftigung mit diesem wissenschaftlichen Feld in Verbindung mit seinen Fähigkeiten als Textproduzent eine Plattform für einen größeren Sektor beruflicher Praxis zu erschließen hoffte. Möglicherweise bestand bei ihm über längere Zeit hinweg auch die Neigung, sein großes Interesse für die bildende Kunst in ähnlicher Weise, nämlich durch die Kombination eines durch das Studium erworbenen Wissens und seiner Freude am Schreiben, in einer professionellen Tätigkeit im Feuilleton, am Theater oder bei einem Kunstverlag zu verwirklichen, aber die Daten der belegten Veranstaltungen lassen vermuten, daß von ihm im Sommer 1921 eine Weichenstellung für die (gesellschafts-)politische Richtung vorgenommen wurde.

Da diesem Kapitel die Fragestellung zugrunde liegt, in welchen Bereichen Haubach sich orientierte und welche konkreten Perspektiven er für seine Zukunft entwarf, müssen selbstverständlich die von ihm gewählten Hochschullehrer genauer betrachtet werden. Einige von ihnen haben zweifellos mit den von ihnen vertretenen Lehrinhalten in dieser Phase einen erheblichen Einfluß auf ihn ausgeübt. Darüber hinaus entwickelten sich persönliche Beziehungen zwischen dem Studenten Haubach und z.B. den Professoren Karl Jaspers und Alfred Weber, die – wie zu zeigen sein wird – bis in die Zeit des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime gepflegt wurden. Derartige privaten Kontakte zwischen Studenten und Lehrenden konnten in Heidelberg eher realisiert werden durch die im Vergleich mit modernen Universitäten geringe Zahl der Studierenden und die Zentrierung des gesamten universitären Lebens auf ein überschaubares städtisches Quartier, das viele direkte Begegnungen ermöglichte.<sup>271</sup> Doch waren engere persönliche Beziehungen keinesfalls selbstverständlich; auch eher liberale Professoren pflegten den Elitgedanken und zeigten sich nur besonders leistungsfähigen Studenten gegenüber aufgeschlossen.<sup>272</sup>

<sup>271</sup> „Für Studenten war es (zu Beginn der 20er Jahre in Heidelberg, P.Z.) nicht schwierig, mit ihren Lehrern in Kontakt zu kommen, [...]“, in: Frommel, Wolfgang: Zum Thema Geist und Leben, in: *Castrum Peregrini* 30 (1981), H. 150, S. 5 – 23, S. 6.

<sup>272</sup> Karl Jaspers: Manuskript v. November 1931, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabteilung; NL Karl Jaspers, Biographisches XIII; in einem Kapitel mit der Überschrift „Heidelberg“: „Zu bekämpfen sind alle Tendenzen, die Durchschnittlichkeit der Mehrheit geistig dadurch zu versorgen, dass man ihnen den selbst zu wählenden geistigen Weg durch schulmäßigen Betrieb abnimmt, dass man in vermeintlicher Menschlichkeit auf persönliche Lebensprobleme eingeht [...]“.

### 3.2 Aktivitäten auf kulturellem Feld

Vielleicht sollte der Bevölkerung signalisiert werden, daß an der Jahreswende 1917/18 das Leben seinen normalen Gang nehme, möglich auch, daß die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Darmstadt die dunklen Wolken nicht erkennen konnten oder einfach mit erstaunlicher Courage den Zeichen des Kriegsverlaufes aktives Handeln entgegensetzen wollten: Sie begründeten Ende 1917 einen „Ständigen Rat zur Pflege der Kunst in Hessen“. Mit je 20.000 Mark Bürgerschaft durch die Stadt Darmstadt, den hessischen Staat und den großherzoglichen Landesherrn gestützt, erhielt der Rat die Aufgabe, alljährlich einen Querschnitt der nationalen Kunstproduktion auszustellen.<sup>273</sup> Dies geschah bald darauf mit der Ausstellung „Deutsche Kunst, Darmstadt 1918“; deren Erfolg veranlaßte den Bürgermeister, eine breitere inhaltliche und personelle Basis des „Ständigen Rates“ zu initiieren.<sup>274</sup> Neben der dominierenden bildenden Kunst sollten u.a. die Buchkunst, das Buchgewerbe, die Innenarchitektur und die Kunstgeschichte berücksichtigt werden. Außerdem war die Einrichtung von zusätzlichen Gremien für die hinzugekommenen Bereiche geplant.

Diese Projektionen wurden erstaunlicherweise durch das Ende des Krieges und die folgenden politischen Turbulenzen nicht beeinträchtigt. Um diese Tatsache einordnen zu können, ist ein Blick auf die politische Entwicklung in Darmstadt um den 9. November 1918 herum notwendig. In der Nacht vom 8. zum 9. November demonstrierten einige tausend Soldaten aus dem nahen Griesheim – in Hessen war auf die hier stationierte Garnison der revolutionäre Funke parallel zu den Ereignissen in Hanau und Frankfurt/M. zuerst übergesprungen – und aus der Garnison Darmstadt vor dem Palais des Großherzogs, besetzten die Post, das Telegraphenamt und das Landtagsgebäude.<sup>275</sup> Die örtliche SPD-Führung schaltete sich umgehend und zielstrebig ein. So wurde einer ihrer Funktionäre Vorsitzender des Soldatenrates, der die Offiziere für abgesetzt erklärte, ihnen allerdings freistellte, ihren Dienst fortzuführen. Andere SPD-Politiker beteiligten sich führend daran, den Großherzog Ernst Ludwig zum Rücktritt zu bewegen und eine republikanische Regierung zu installieren. Der revolutionäre Elan war bei den Sozialdemokraten offenkundig schnell verfliegen – wenn er denn überhaupt vorhanden gewesen war. Der SPD-Funktionär Carl Ulrich erhielt den Auftrag, eine Regierung zu bilden und strebte – mit Unterstützung seiner Landtagsfraktion – von Beginn an eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien an. Mit den Demokraten und dem Zentrum kam diese auch zustande.<sup>276</sup> Die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung und die Abwehr monarchistischer und radikaler linker Bestrebungen waren die erklärten Leitlinien sozialdemokratischer Politik. Sichtbaren Ausdruck erhielt diese Zielsetzung durch die Einsetzung eines „Revolutionstribunals“ in Darmstadt, das das Sicherheitssystem ausbaute und bei Mord, Plünderung und gewaltsamen gegenrevolutionären Akten die Todesstrafe verhängen konnte.<sup>277</sup>

<sup>273</sup> Vgl. zu diesem Kontext die detaillierte Darstellung in: Knieß, Friedrich Wilhelm: Kommunale Kunstpolitik in Deutschland vom Ausgang des ersten [sic] Weltkrieges bis zum Ende der Weimarer Republik – Darmstadt als Beispiel, Phil. Diss. Philipps-Universität Marburg/L. 1983, S. 3.

<sup>274</sup> Ebd., S. 23 ff.

<sup>275</sup> Kluge, Soldatenräte, S. 66.

<sup>276</sup> Ulrich, Carl: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, hrsg. von Ludwig Bergsträsser, Offenbach 1953, S. 104 ff.

<sup>277</sup> Hessischer Volksfreund, Nr. 274 v. 21. November 1918.

Bei den geschilderten politischen Rahmenbedingungen kann es nicht verwundern, daß die kulturellen Vorhaben ungebrochen fortgeführt wurden. Das bereits vor Kriegsende propagierte offenere und erweiterte Modell der Förderung der Künste konnte „geradezu als die genuine Reaktion“ auf die veränderten politischen Verhältnisse ausgegeben werden.<sup>278</sup> Theo Haubach, im Butzbacher Arbeiter- und Soldatenrat engagiert, wollte offensichtlich schnell im heimatlichen Umfeld wieder Fuß fassen. Mit dem Tableau der Darmstädter Kulturszene, deren letzte Entwicklungen er wegen seines Einsatzes im Krieg sicher nur partiell aus der Ferne wahrnehmen konnte, öffnete sich ihm ein interessantes Betätigungsfeld. Die eigene schriftstellerische Produktion und die nachweisbar intensive Auseinandersetzung mit bildender Kunst und Musik legen diesen Schluß nahe.<sup>279</sup> Auf einem vom „Ständigen Rat“ veranstalteten Forum am 27. November 1918 nahm Haubach dann auch teil. In dieser Versammlung sollten die wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft des Darmstädter Kulturlebens gestellt werden. Während der Veranstaltung meldete sich, wie das Protokoll vermerkt, auch Haubach nachdrücklich zu Wort: „Leutnant Haubach bittet die Versammlung endlich auf das von Bürgermeister Mueller zu Beginn der Versammlung mitgeteilte Programm zurückzukommen und positive Arbeit zu leisten.“<sup>280</sup> Selbstbewußt rief der erst 22jährige die Teilnehmer der Sitzung, versammelt waren die Honoratioren des traditionellen Kunstbetriebes und die aufbegehrenden Jungen, dazu auf, eine sachgerichtete Diskussion zu führen. Nach Auskunft des Protokolls war die Diskussion tatsächlich höchst ungezielt verlaufen, u.a. hatte sich Kasimir Edschmid genötigt gesehen, anwesende Vertreter von Kulturinstituten anzugreifen, Haubach beließ es nicht bei der Kritik, sondern machte sogleich einen Vorschlag für das weitere Vorgehen: „Die hessischen Kunstinstitute seien seither auf die Förderung des Großherzogs und des Staates angewiesen gewesen. Es sei daher zunächst festzustellen, wie diese Institute weitergeführt werden sollen.“ In Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat sollte dazu Klarheit hergestellt werden. Den Abschluß des Redebeitrages bildete dann der Versuch Haubachs, die vorhandenen Lager mit der Bemerkung zu versöhnen oder zumindest einander näherzubringen, daß „den Jungen viel Sympathie entgegengebracht werde, man solle die Hände der Alten ergreifen und zusammenarbeiten, damit endlich etwas positives [sic] geschaffen werde.“<sup>281</sup>

Bemerkenswert an diesem Auftritt Haubachs ist neben der couragierten Haltung die Fähigkeit, eine laufende Auseinandersetzung offenbar in ihren Strukturen zu erkennen, die Zwischenergebnisse an den Zielvorstellungen zu messen, um daraufhin zielstrebig konkrete Vorschläge für die Situation zu entwickeln und für sie einzutreten. Dazu zeigte sich in der geschilderten Situation ein hohes Maß an Eigenständigkeit. Er ließ sich nicht von der „Fraktion der Jungen“ vereinnahmen, deren Vertreter eindeutig auf Konfrontationskurs gegenüber den etablierten Kräften gegangen waren.

<sup>278</sup> Knieß, Kommunale Kunstpolitik, S. 39.

<sup>279</sup> Vgl. den oben erwähnten Beitrag von ihm zum „Expressionismus“ in: Deutsche Kunst und Dekoration.

<sup>280</sup> In: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 12, Abt. XIVa: Einrichtungen zur Pflege von Kunst und Wissenschaft: Städtische Ausstellungen 1911 – 1935; zit. n. Knieß, Kommunale Kunstpolitik, Anhang, Dokument 3, S. 8 (Dem Wunsch nach Zugang zu diesem Bestand konnte vom Archiv nicht entsprochen werden.).

<sup>281</sup> Ebd.

Nicht endgültig zu beantworten ist an dieser Stelle die Frage, ob es sich situativ um eine taktisch motivierte Haltung handelte oder ob er eine gedeihliche Kooperation mit den Traditionalisten für realisierbar hielt. Deutlich ist in jedem Fall, daß Theo Haubach sich aktiv an der Neuorientierung beteiligen wollte, denn er ließ sich in zwei der insgesamt sieben gebildeten Fachgremien, „Kommissionen“ genannt, wählen, und zwar in die „für Literatur“ und „für Werbetätigkeit und Publizistik“. Die geplante Mitarbeit im zuletzt genannten Kreis verweist sicher darauf, daß ein Interesse für die publizistische Arbeit – geweckt und wachgehalten in der Zeit der „Dachstube“ – bereits vorhanden war. Vermutlich gab es zudem das taktische Kalkül, den „Traditionalisten“ nicht das Feld zu überlassen, denn neben „Leutnant Haubach“ und dem „Schriftsteller Wilhelm Michel“, auch Mitarbeiter des ‚Tribunal‘, fanden sich in der mitgliederstärksten „Kommission für Werbetätigkeit und Publizistik“ ein Hauptschriftleiter, ein Hofrat, ein Verlagsbuchhändler, ein Rat, ein Apotheker und ein Ministerialdirektor<sup>282</sup> – Berufsbezeichnungen, die wilhelminischen Geist heraufbeschwören.

Eine Meldung der ‚Frankfurter Nachrichten‘ über die Veranstaltung läßt erkennen, daß „Kasimir Edschmid, Haubach, Mierendorf [sic]“ und vier weitere Genannte als „das künstlerische Jung-Darmstadt“ apostrophiert, die während der Sitzung „ihr Recht“ verlangt hätten, durchaus schon einen spezifischen Platz in der Wahrnehmung ihrer Umgebung zugewiesen erhalten hatten und deutlich von den anderen „künstlerisch interessierten Köpfen Darmstadts“ abgesetzt wurden.<sup>283</sup>

Die weitere Entwicklung der Kulturpolitik in Darmstadt zeigt dann auch, daß letztlich gemeinsame Bemühungen nicht stattfanden und sich die Gräben zwischen beiden Lagern vertieften. Nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen „Jung-Darmstadts“, z.B. mit ihnen nahestehenden Mitgliedern der „Kommissionen“ Arbeitskreise zu bilden, kam es im Juni 1919 zur Gründung der „Darmstädter Sezession“, an der wiederum u.a. Edschmid, Haubach, Mierendorff, Michel und Würth beteiligt waren. In einer kurzen programmatischen Erklärung, die im ‚Tribunal‘ veröffentlicht wurde, wird die Vereinigung als „längst erforderliche Reinigung von bourgeoischer Verschmutzung“ dargestellt und auf „das öchsische Niveau“ der vom „Ständigen Rat“ verantworteten aktuellen Ausstellungen verwiesen. Die „radikalen Künstler Darmstadts“ schließen unter dem Mantel der „Sezession“ – so die wenig bescheidene Aussage – „an Namen zusammen was unter diesem Breitengrad irgendwie von Gewicht ist“. In Richtung der Politik werden auch markige Worte gerichtet: „Die Flugsandverschüttete [sic] Kultur Hessens mag verderben. Hier schießen [soll zweifellos „schließen“ heißen, P.Z.] die neuen, die zukünftigen Kräfte zusammen. Nun mag eine sozialistische Regierung zeigen, auf wen sie baut. Wen sie für den Repräsentant [sic] ihrer kulturellen Gesinnung hält.“ Mit den Worten „Tod der Isolation“ schließt der Aufruf.<sup>284</sup>

Bemerkenswert ist die politische Positionierung im linken Spektrum mit eindeutigen Avancen den Mehrheitssozialisten gegenüber. Sie ist auch als grundlegende Ursache für die unvereinbaren Gegensätze zu den restaurativen Kräften in der Stadt anzusehen, die – wie unten an Beispielen nachvollzogen werden kann – die

<sup>282</sup> Personelle Zusammensetzung der auf der „Generalversammlung der hessisch-darmstädtischen Kunstinteressen“ gewählten Kommissionen, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 12 Abt. XIV a, zit. n. Knieß, Anhang, Dokument 3a, S. 1 f.

<sup>283</sup> Frankfurter Nachrichten: Aus Darmstadts Kunstleben, v. 4.1.1919, zit. n. Knieß, S. 34.

<sup>284</sup> Das Tribunal 1 (1919), H.6, S. 77.

Kultur durchaus als Kampfplatz zur Propagierung wilhelminischer Wertvorstellungen und zur Bewahrung bzw. Wiederherstellung ihrer angestammten gesellschaftlichen Stellung nutzten.

Knieß zählt in seiner Studie die Aktivitäten der Sezessionisten auf, die sich methodisch auf den ersten Blick nicht von traditionellen Kunstzirkeln unterschieden. Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen bestimmten das Bild. Gravierende Unterschiede gegenüber dem Programm des „Ständigen Rates“ gab es jedoch hinsichtlich der gewählten Themen und deren Akzentuierungen. Eindeutig favorisiert wurde die Moderne, und zwar schwerpunktmäßig die bildende Kunst des Expressionismus, in geringerem Maße angeboten wurden literarische Veranstaltungen mit Autoren der Gegenwart<sup>285</sup> und ein Schönberg-Konzert. Einen breiten Raum nahm die Vortragsreihe des Heidelberger Kunsthistorikers Wilhelm Fraenger ein, der vermutlich durch Vermittlung Haubachs über ein halbes Jahr in die Werke zeitgenössischer Maler einführte.<sup>286</sup>

Die bereits zitierte Forderung an die Mitstreiter, die „Isolation“ aufzubrechen, erhielt einen spezifischen Akzent durch die Bemühungen der Sezessionisten, Kontakte zur Arbeiterschaft herzustellen. Solche Bestrebungen korrespondieren durchaus mit der oben konstatierten politischen Nähe zu den Sozialdemokraten. So wurden z.B. Führungen für Vertreter der Arbeiterschaft durch die Ausstellung „Deutscher Expressionismus. Darmstadt 1920“ organisiert.<sup>287</sup> Engere Verbindungen zu dem Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Leuschner wurden sichtbar, als Mierendorff, Edschmid und Leuschner gemeinsam die fünffach überzeichneten Kartenbestellungen für die Uraufführung eines von Gustav Hartung am Darmstädter Landestheater inszenierten Theaterstücks, das von Edschmid bearbeitet worden war, zu regulieren versuchten, indem sie die Kartenwünsche ihnen Nahestehender bevorzugten, um angekündigte Störmanöver nationalistischer Kreise zu verhindern.<sup>288</sup>

Der Stellenwert derartiger Kontakte darf allerdings nicht zu hoch eingeschätzt werden. Es gibt keine Hinweise auf gemeinsame Aktionen, in denen etwa die Vertreter der Arbeiterschaft eine Ausstellung oder Veranstaltung des Kreises mitgestalten konnten. Diese Intellektuellen nahmen die Arbeiterschaft zwar als bedeutenden Teil des Volkes wahr und wollten sie am kulturellen Leben teilhaben lassen, aber die Sezessionisten fühlten sich eher als Entwicklungshelfer oder gar Heilsbringer, die die Inhalte und „den Umgang“ mit der Kunst wie selbstverständlich vorgaben. Es gibt zu dieser Frage keine Äußerung Haubachs, in der er seine Position innerhalb dieses Teils der Darmstädter Kunstszene genauer beschreibt. Durch seine dokumentierte aktive Beteiligung an verschiedenen Veranstaltungen ist aber eine eindeutige Identifizierung mit der Arbeit des Kreises erkennbar.

Herausgefordert fühlte er sich sicher auch durch Beiträge, in denen die von „Jung-Darmstadt“ propagierte Kunst heftigster Kritik ausgesetzt war. So wurde in der ‚Hessischen Landeszeitung‘ Ende Oktober 1918 – bezogen auf die aktuelle bildende Kunst – gegen die Berliner Sezession polemisiert und bedauernd vermerkt,

<sup>285</sup> So las Theodor Haubach als Vertreter der „jungen Schriftstellergeneration“ auf der Sezessionsausstellung am 11.10.1921 u.a. neben Hans Schiebelhuth, Fritz Usinger, Wilhelm Michel; in: Knieß, Kommunale Kunstpolitik, S. 245, Anm. 257.

<sup>286</sup> Zu dem gesamten Komplex vgl. Knieß, Kommunale Kunstpolitik, S. 84 ff.

<sup>287</sup> Hessischer Volksfreund, 30. Juli 1920.

<sup>288</sup> Edschmid, Kasimir: Lebendiger Expressionismus, Frankfurt/M. 1961, S. 370.

daß „schon lange das Schönheitsgefühl des gesunden Publikums“ leide, weil anstelle des „bewahrten Schönen“ nun ein völliger Umsturz „in das Gebiet des Häßlichen und Krankhaften“ versucht würde. „Die Leistungen“ der Wissenschaft, der Kunst und der Politik werden der nationalen Idee untergeordnet,<sup>289</sup> - die Frage nach der Autonomie der Kunst stellt sich für den Verfasser nicht.

In derselben Zeitung wurde eine Lesung Edschmids rezensiert, die zuvor in einer Anzeige angekündigt worden war.<sup>290</sup> Der Rezensent bediente sich der Kriterien der Literaturwissenschaft, lamentierte darüber, „wie äußerlich, wie entsetzlich äußerlich Aufbau, Innenleben, Konflikt“ der gelesenen Texte seien und fand in der Sprache des Autors statt „unserer monumentalen Muttersprache“ nurmehr „ungesunde Zerrbilder, nicht intuitiv erschaut, sondern ergrübelt“. Im Kern zielte die Kritik auf den „Ungeist“, den der Rezensent vermeintlich hinter den Texten stehen sah, denn „grade [sic] jetzt“ sei es „höchste Pflicht aller Geistesarbeiter, zumal wenn Sie Dichter sein wollen, den alten, wahren, deutschen Geist dem Volke einzuhämmern, den tiefinnerlichen, deutschen Geist [...]“. Der Beitrag schloß mit zwei Sätzen, die sich im Abstand von über 80 Jahren fast als Realsatire ausnehmen, die aber die Unvereinbarkeit der zugrundeliegenden politischen Haltungen beider kultureller Lager in Darmstadt beleuchten: „Am deutschen Wesen wird und muß ja doch noch einst die Welt genesen. Das walte Gott.“<sup>291</sup>

Carlo Mierendorff kam zwei Tage später mit einer kurzen Erwiderung zu Wort, wandte sich gegen ein Verharren in Deutschtümelei und zielte unumwunden auf den ihm wichtig erscheinenden Kern: „Viele Menschen zu kennen, gibt noch keine Garantie, Strömungen unter dem Volk zu spüren. Sie schätzen vorbei, deshalb werden Sie auch vorbeihämmern. Die Struktur der primitiven, der unbeschriebenen Seelen – und das ist das Material der Wiedergeburt – paßt in kein Schema, in keine Theorie von einst.“<sup>292</sup> Er trat für einen Neubeginn ein, verstärkte dabei mit dem Bild der „unbeschriebenen Seelen“ – gemeint sind zweifellos die breiten Massen – die oben geäußerte These, daß sich dieser Typus junger Intellektueller der Unwissenden „annehmen“ wollte, um ihnen ihre Art der Rezeption, auch des Genusses von Kunst zu vermitteln. Mit großer Sicherheit stand auch Theo Haubach in dieser „Phalanx“.

Das außerordentlich starke Interesse Haubachs an der Kunst und die intensive Beobachtung der Kunstszene spiegeln sich in seinen Beiträgen für verschiedene, oben bereits erwähnte Zeitschriften wider. Erkennbar ist zudem das Motiv, in der Szene auf sich aufmerksam zu machen und für den Lebensunterhalt Finanzquellen zu erschließen. Da er von der Mutter keine Unterstützung erwarten konnte, gehörte er zu jenen, von denen Zuckmayer bei der Darstellung des Freundeskreises dieser Jahre mit Carlo und Theo als zentralen Figuren sagt, daß „die meisten von uns damals kein oder sehr wenig Geld (hatten).“<sup>293</sup>

Die in der ‚Neuen Schaubühne‘ veröffentlichten Beiträge Haubachs, die den Großteil seiner publizistischen Arbeit dieser Zeit ausmachen, beschäftigen sich

<sup>289</sup> Der Umsturz auf dem Gebiete der Kunst, in: Hessische Landeszeitung. Neue Darmstädter Zeitung, Nr. 255 v. 30. Oktober 1918.

<sup>290</sup> Darmstädter Zeitung v. 10.12.1918: „Abende für neue Literatur. Samstag, 14. Dezember, 8 Uhr, Musikvereinsaal: Kasimir Edschmid liest eigene Dichtungen [...]“

<sup>291</sup> Hessische Landeszeitung v. 17.12.1918.

<sup>292</sup> Hessische Landeszeitung v. 19.12.1918.

<sup>293</sup> Zuckmayer, Als wär's, S. 334.

überwiegend mit der Frankfurter, in zwei Artikeln auch mit der Darmstädter Theaterszenerie. Sie ähneln einander in der Struktur, indem der Autor jeweils dem eigentlichen Kern eine umfangreiche Einleitung voranstellt, etwa den Überblick „über die im Sommer abgelaufene Spielzeit“<sup>294</sup> oder den Hinweis darauf, daß seine Prognose, „daß diese jetzt laufende Spielzeit ganz und gar nicht überraschen werde“, sich bestätigt hätte, um dann anzufügen: „Ich habe also Recht gehabt und verfehle nicht, das mit pointierter Selbstachtung (wie alle Rechthaber) festzustellen.“<sup>295</sup> Diese Bemerkung deutet bereits an, daß der junge Kritiker nicht allein von „Selbstachtung“ erfüllt war, sondern gleichfalls über ein gehöriges Maß an Selbstbewußtsein verfügte. So geraten die Einleitungen zu seinen Beiträgen dann jeweils zu breit ausholenden *tours d'horizon*, in denen er sich allgemeinen Betrachtungen widmet. Diesen Ansatz begründet er mit der These, daß es nötig sei, „die Gesamtsituation richtig zu überschauen, ehe man urteilend an die Einzelleistungen herangeht.“<sup>296</sup> Da es sich bei dem zu beurteilenden Objekt um jeweils mehrere Frankfurter bzw. Darmstädter Theater handelt, erstaunt diese Ausgangsbasis, denn angemessener erscheint es, zunächst die Aufführungen der einzelnen Bühne oder die Leistungen von Regisseuren und Schauspielern zu analysieren, ehe man zur Darstellung eines Überblicks kommen kann. Doch es schien ihm wichtig zu sein, gehörig fest aufzutreten, um es der Garde der Kritiker gleichzutun. Unverzüglich verkündete er in seinem ersten Beitrag ein weiteres Prinzip seiner Kritikertätigkeit, indem er darauf hinwies, daß nach seiner Auffassung „die Theaterbetrachtung der letzten Jahre (auch für Musik gilt das) in einer eigenartigen Verschiebung des Sehakzents die Aufmerksamkeit von der Dichtung auf die Bühne gezogen haben [sic]“ und die Befürchtung anschloß, daß eine Entwicklung in Richtung *l'art pour l'art* schon im Gange sei. Würde man dieser Erscheinung nicht „genug Widerstand“ entgegensetzen, habe das „notwendig ein Sinken der Ansprüche, die an Dichterisches gestellt werden, zur Folge.“<sup>297</sup>

Mäandernd und schwergängig sind nicht nur die Einleitungen, sondern auch die Besprechungen einzelner Aufführungen werden mit tiefgründig gemeinten Bemerkungen befrachtet, die oft allerdings eher als selbstverständlich angenommen werden können wie z.B. der Hinweis, daß „das Stück [W.v.Scholz: *Wettlauf mit dem Schatten*, P.Z.] eigene, ganz auf sich gerichtete Betrachtung (verlangt). Worauf es künstlerisch bei ihm ankommt, ist die Konstruktion des Problems, die Lagerung und Kombination seiner Teile.“<sup>298</sup> Die angekündigte Akzentuierung „des Dichterischen“ in seinen Analysen löst Haubach nachdrücklich ein u.a. in einer Besprechung des Dramas „*König der dunklen Kammer*“ von Tagore, in der nach über einer Seite freilich auch nicht sehr erhellender Auseinandersetzung mit dem Werk die Realisierung auf der Bühne knapp so abgehandelt wird: „Und die Aufführung war wunderschön. Regie und Schauspieler auf der Höhe!“<sup>299</sup> Ähnlich äußerte er sich nach ausführlicher Darstellung des Textes von Walter Hasenclevers „*Gobseck*“ - bezeichnenderweise im Nachsatz: „N.S. Zur Aufführung: Die

<sup>294</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne. Monatshefte für Bühne und Drama; ab 2. Jg. 1920: Monatshefte für Bühne, Drama und Film, 3 (1921), H. 7, S. 159.

<sup>295</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H.1, S. 19.

<sup>296</sup> Ebd., S. 19.

<sup>297</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H. 1, S. 14.

<sup>298</sup> Ebd., S. 17.

<sup>299</sup> Ebd., S. 20.

Darstellung des ‚Neuen Theaters‘ war in Regie und Bild sehr sauber und ermutigend. Die Hauptspieler aber versagten einschließlich des sonst recht sicheren Walter Fried (Gobseck), Nebenrollen gelangen da und dort. Zum Beispiel Peter Stauchina als Advokat.<sup>300</sup>

Der an sich selbst gestellte Anspruch, „im Chaos des Jetzt“ nach positiven Ansätzen zu suchen, „Keime aufzuspüren“,<sup>301</sup> mag so von Haubach ernsthaft empfunden worden sein, doch zusammengenommen geben seine Beiträge eher das Bild eines Mannes wieder, der sich in den Vordergrund zu stellen versuchte, indem er sein profundes Wissen ausbreitete, die Texte möglichst komplex baute und apodiktisch Urteile zu fällen in der Lage war: Der Leser wurde in stärkerem Maße auf die Figur des kenntnisreichen und wortgewandten Kritikers als auf die besprochenen Stücke gelenkt. Der Vergleich mit anderen Rezensenten der ‚Neuen Schaubühne‘ dieser Jahre zeigt jedoch, daß diese präventöse Schreibhaltung Haubachs sich einpaßte in die vorherrschende Tendenz des Blattes (z.B. Alfred Hein, Alfred Günther). Festzuhalten bleibt, daß er offenkundig ohne Schwierigkeit das Genre in dieser spezifischen Weise zu bedienen wußte, die grundlegenden Muster sind ja auch bereits in den meisten seiner Arbeiten für die ‚Dachstube‘ nachweisbar.

Die große Bereitschaft Haubachs, Ritualisierungen dieser bildungsbürgerlich geprägten Gruppierung, die für ihn das ‚Geistige‘ repräsentiert haben muß, so umfassend zu adaptieren, soll hier vor allem herausgehoben werden. Zwei inhaltliche Aspekte sind allerdings noch zu erwähnen, die Bedeutung für den biographischen Kontext haben. In einem den Darmstädter Intendanten Gustav Hartung ehrenden Beitrag skizzierte er seine Heimatstadt Darmstadt. Es entsteht ein durchaus differenziertes Bild, in dem „die Bürger“ als „breiter, wirksamer, raumfüllender und bestimmender als sonstwo“ gezeichnet werden, die diese physische Präsenz „mit bösgemeinter Niedertracht“, mit „Feindschaft“ und mit einer „rabiaten Dickköpfigkeit“ traditionell gegen die „Darmstädter Geistigkeit“ einsetzten. In dieser Konfrontation – so Haubachs These – seien die geistigen Kräfte, wie z.B. die Theatermacher, immer herausgefordert worden, ihre Anstrengungen zu intensivieren, und aus diesem Grund hätte Darmstadt „Platz und Rang in der deutschen Geistesgeschichte, wenn vielleicht auch den Rang nur einer Provinz, aber immerhin [...] einer nicht unwichtigen.“<sup>302</sup> Wenn wir uns an den um Gemeinsamkeit werbenden Redebeitrag des gerade aus dem Kriege Zurückgekehrten auf dem Darmstädter „Forum“ im November 1918 erinnern, so hatten die letztlich wohl vergeblichen Bemühungen um andere Akzentsetzungen im Darmstädter Kunstleben offenkundig Spuren hinterlassen. Auch die Erfahrungen in der Auseinandersetzung um ‚Das Tribunal‘ zwischen 1919 und Anfang 1921, auf die noch eingegangen wird, lassen ihn „den bitteren Riß zwischen sich und den mitwohnenden Menschen furchen“, ihn also diesen Riß aktiv betreiben und „Feindschaft als einzige Bindung und Beziehung wirken.“<sup>303</sup>

In seiner Charakterisierung Darmstadts überwog jedoch eindeutig spürbare Zuneigung zu seiner spannungsvollen Heimatstadt und Stolz darauf, den Kampf mit den beharrenden Kräften aufgenommen und an der Entwicklung einer lebendigen

<sup>300</sup> Haubach, Theodor: Frankfurt A.M., Neues Theater, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H. 2, S. 53.

<sup>301</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H7, S. 160.

<sup>302</sup> Haubach, Theodor: Gustav Hartung, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H.3, S. 62 f.

<sup>303</sup> Ebd., S. 62.

Kulturszene teilgenommen zu haben. Während er für den Regisseur Hartung eine Perspektive entwarf, wurden die eigenen Erfahrungen in und mit Darmstadt wie ein abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit behandelt - der Aufbruch aus der ‚Provinz‘ war wahrscheinlich bereits beschlossen.

Auf einen zweiten Aspekt, der von Haubach akzentuiert behandelt wurde, soll eingegangen werden. Interessant ist nämlich seine Auffassung von der Funktion, die der Regisseur wahrzunehmen habe. Es dürfe nicht dazu kommen, so sein Verdikt in verschiedenen Beiträgen, Aufführungen „von der Laune der Schauspieler und [...] vom Zufall abhängig zu machen“<sup>304</sup> oder - zugespitzt an anderer Stelle – sie „der romantischen Verlüderung und privaten Genieduselei der Einzelspieler“ auszusetzen.<sup>305</sup> Er forderte vom Regisseur, daß dieser es nicht bei „zu allgemeinen Anordnungen“ belassen dürfe, sondern „bis zur Nuance Direktion geben“ müsse.<sup>306</sup> „Spontaneität“ der Akteure sei „wohl“ zu beachten, aber letztlich gehe es darum, „den Individualismus der Einzelspieler (zu brechen)“, weil „das Persönliche unter eine generelle Dominante“ zu zwingen sei. Hartung, bei dem er seine Vorstellung von der Tätigkeit eines Regisseurs realisiert sah, schaffe es, „ein Maximum an Zentralisation und disziplinierender Direktive“ umzusetzen.<sup>307</sup> Wenn sich Haubachs Äußerungen hier auch auf den künstlerischen Sektor bezogen, so ging es im Kern doch um Ergebnisse und Leistungen, die ein Kollektiv oder Team erarbeitet. Wir werden sehen, daß er später im politisch-beruflichen Kontext um ähnlich klare Zuordnungen bemüht sein wird, Beziehungen unmißverständlich definiert sehen wollte und den Prinzipien ‚Führung‘ und ‚Disziplin‘ eine bedeutsame strukturierende, dabei auch hierarchisierende Aufgabe beimaß.

Diese Einstellung Haubachs könnte auf den ersten Blick den im vorangegangenen Kapitel zitierten Eindruck von Zeitzeugen ergänzen, die sein „soldatisches Auftreten“ hervorhoben und ihm „soldatisches Wesen“ schlechthin attestierten. Würden wir diese Schlußfolgerung ziehen, wären wir in der Gefahr, die dem Biographen ständig droht, nämlich aus einzelnen Elementen stimmige, ‚passende‘ Persönlichkeitsmuster zusammenstellen zu wollen. Dies ist gerade mit diesem Attribut wiederholt hinsichtlich Haubachs geschehen, der „Soldat Haubach“ oder der „militante Sozialist“ sind plakative Pauschalisierungen, denen so undifferenziert nicht gefolgt werden kann und die später intensiv überprüft werden sollen. An dieser Stelle soll zunächst die Vermutung formuliert werden, daß sein Streben nach eindeutigen Strukturen mit einer verantwortlichen „Führung“, das er über „Frische und Elastizität“ stellt, einem Wunsch nach Sicherheit entspricht. Ein Prozeß oder Vorhaben mußte für ihn kalkulierbar und überprüfbar sein, „das Gesamte der Leistung“, die gemeinsame Aufgabe also, sollte nicht durch Einzelinteressen gefährdet werden können.<sup>308</sup> Der aus der Analyse seiner literarischen Versuche gewonnene Eindruck, daß Haubach – anders als der witzige, spontane, auch explosive Carlo Mierendorff in seinen Texten - ein reflektierender und konstruierender Literat war, für den auch Musik und Poesie „nicht Quellen persönlicher Entladung

<sup>304</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H. 7, S. 163.

<sup>305</sup> Haubach, Theodor: Gustav Hartung, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H. 3, S. 64.

<sup>306</sup> Haubach, Theodor: Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H. 7, S. 163.

<sup>307</sup> Haubach, Theodor: Gustav Hartung, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H. 3, S. 64.

<sup>308</sup> Ebd., S. 64.

oder Gefühlssteigerung“ waren,<sup>309</sup> legt zusammengenommen mit den zuletzt betrachteten Quellentexten die Vermutung nahe, daß er sich für Lebensabschnitte, Lebensbereiche oder Arbeitsvorhaben, die allein oder mit Partnern durchgeführt wurden, Folien benötigte und entwickelte, die ihm halfen, die jeweils realisierten (Zwischen-)Ergebnisse analysierend und abwägend einzuschätzen.

Den überwiegenden Teil seiner Studienzeit verbrachte Theo Haubach wie sein Freund Carlo Mierendorff – bei je einem Semester in München und Frankfurt/M. – in Heidelberg. Dieser Studienort muß aus verschiedenen Gründen eine große Anziehungskraft für die beiden Darmstädter besessen haben. Einmal lag die Stadt nicht so weit von der eigenen Heimat entfernt. So waren familiäre Kontakte für Theo ohne große Schwierigkeiten und hohen Kostenaufwand möglich, Gießen mit der väterlichen Familie wie auch die in Darmstadt allein lebende Mutter waren relativ schnell erreichbar – möglicherweise hin und wieder auch zu dem Zweck, um sich von der fürsorglichen Mutter Emilie umsorgen zu lassen.

Ein wichtiges Kriterium für ihre Wahl gab sicherlich auch Carlos Unternehmung ‚Das Tribunal‘ ab, an der sich Haubach intensiv beteiligte. Die Zeitschrift wurde in Darmstadt gedruckt, Arbeitsgespräche waren dort ohne Schwierigkeiten zu arrangieren.

Attraktiv war zudem die Stadt Heidelberg selbst. Sie hatte den Ruf gewonnen, „eine internationale Fremdenstadt“ zu sein und „mondäne Großzügigkeit“ zu repräsentieren und gab damit auf anziehende Weise einen Kontrast zur als spießig empfundenen Heimatstadt ab.<sup>310</sup> Darüber hinaus - und diese Tatsache wird besonders Theo Haubach in seiner Entscheidung beeinflußt haben – galt Heidelberg vor allem wegen seiner Universität „als intellektuelles Zentrum“.<sup>311</sup> Seit dem Beginn des Jahrhunderts war es gelungen, in einer liberalen Atmosphäre, mit einer relativ demokratischen Verwaltungsstruktur und mit vergleichsweise hohen finanziellen Zuwendungen durch das Großherzogtum Baden bedeutende internationale Kongresse in der Stadt zu veranstalten und eine große Anzahl renommierter Hochschullehrer für die verschiedenen Fakultäten zu gewinnen. Den weithin bekannten Geist dieser – im Vergleich zu den Universitäten Berlin, München oder Frankfurt/M. - eher kleinen Provinzuniversität charakterisierten zudem in einzigartiger Dichte Formen intellektueller Geselligkeit, die sich nicht nur in den ‚jours‘ von Marianne und Max Weber oder im George-Kreis manifestierten, sondern in einer Fülle von weiteren Zirkeln, die sich vor allem um die ansässigen Hochschullehrer bildeten.<sup>312</sup> Vermutlich konnte sich auch nur in einer Kleinstadt so ungestört bildungsbürgerliches Selbstverständnis in solcher Vielfalt ausprägen. Die Blütezeit endete zwar mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges, aber gerade in diesem Zeitraum empfingen die aufbruchbereiten Theo und Carlo die ihre Entscheidung über den zukünftigen Studienort entscheidenden Signale. Außerdem veränderte sich die „geistige Atmosphäre“ Heidelbergs nach dem Kriege zumindest für

<sup>309</sup> Zuckmayer, Als wär's, S. 332.

<sup>310</sup> Mitgau, Johann Hermann: Studentische Demokratie. Beiträge zur neueren Geschichte der Heidelberger Studentenschaft, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage (von: Der Allgemeine Studentenausschuss an der Universität Heidelberg 1912 – 1922, Heidelberg 1924) Heidelberg 1927, S. 39.

<sup>311</sup> Sauerland, Karol: Heidelberg als intellektuelles Zentrum, in: Treiber, Hubert/ Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der <geistigen Geselligkeit> eines <Weltdorfes>: 1850 – 1950, Opladen 1995, S. 12 – 30, S. 12 ff.

<sup>312</sup> Ebd., S. 16 ff.

die Jahre bis 1922/23 nicht vollständig, sondern es blieb „vieles davon erhalten, was das Heidelberg der Jahrhundertwende auszeichnete.“<sup>313</sup>

Als „1919 die Staumasse der studentischen Kriegsgenerationen in die Hörsäle zurückflutete“, ergaben sich für die Hochschulverwaltungen zweifellos quantitative Probleme; bei den hereinflutenden jungen Männern hatte sich ein beträchtliches Defizit hinsichtlich ihres Wunsches nach Ausbildung oder Studium entwickelt.<sup>314</sup> Heidelberg gab mit seinem breiten Spektrum anerkannter Hochschullehrer eine anziehende qualitative Grundlage ab für den an den Geisteswissenschaften, der Kunst und Ökonomie, an Wissenszuwachs, am Ausbau seiner ‚Bildung‘ und umfassend an geistiger Auseinandersetzung interessierten Haubach.

Alfred Vagts<sup>315</sup>, den Haubach während seines Semesters in München kennengelernt hatte und dem er freundschaftlich verbunden blieb, war häufig Gast der Heidelberger Gruppe um Mierendorff und Haubach und charakterisierte die Heidelberger Szene „als literarische Landschaft gesehen, [...] teils expressionistisch, teils Georgeisch“.<sup>316</sup> In diesem Sektor des Geistesleben, dem der Literatur, ist Theo Haubach auch aktiv gewesen, und zwar in besonderem Maße im Bereich der beiden von Vagts genannten Fixpunkte.

Der Kunst- und Kulturhistoriker Wilhelm Fraenger, auf dessen wahrscheinlich von Haubach initiierte Darmstädter Veranstaltungsreihe oben hingewiesen wurde, gründete die ‚Gemeinschaft‘, einen losen Zusammenschluß von Kunstinteressierten, zu dessen Kern vorwiegend Studenten gehörten.<sup>317</sup> Ein von Fraenger formuliertes Informationsblatt gab Studenten und Mitbürgern Kenntnis von der bevorstehenden Gründung des Bundes, dessen Zielen und den ersten Veranstaltungen.<sup>318</sup> Die Gründung erfolgte am 23. Februar 1919; durch den Bund sollte der „Zusammenschluß aller geistig Gerichteten“ [im Original gesperrt gedruckt, P.Z.] erreicht werden, und zwar ausdrücklich bezogen auf die Menschen „in Stadt und Universität“. Sie sollten sich angesprochen fühlen, „über der Absperrung in Berufen und Ständen, über den politischen Parteiungen eine Ebene des geistigen Gemeinschaftslebens zu errichten, auf der sich alle, die nur guten Willens sind, in gegenseitigem Verstehen begegnen können.“<sup>319</sup> Als wichtigstes inhaltliches Ziel wird „die Sinndeutung der Gegenwart im ganzen Umkreis der Kulturerscheinungen“ genannt. Zur Organisation und Methodik der Aktivitäten in der ‚Gemeinschaft‘ wünschte Fraenger sich einen „freien Arbeitsbund“, der die Mitarbeit der Interessenten voraussetzte. Daneben verwies er – zurückhaltend – darauf, daß auch der „Lehrgedanke“ durchaus seinen Platz hätte. Für den Sommer 1919 wur-

<sup>313</sup> Ebd., S. 25.

<sup>314</sup> Ebd., S. 15.

<sup>315</sup> Alfred Vagts, Jg. 1892, Kriegsfreiwilliger, begann auch als literarisch ambitionierter Autor, veröffentlichte lyrische Texte u.a. in Pfemferts ‚Aktion‘, arbeitete am Hamburger Institut für Auswärtige Politik, USA-Aufenthalte, Emigration in die USA; H.-U. Wehler stellt Vagts als Historiker in eine Reihe mit E. Kehr, A. Rosenberg, V. Valentin, G.W.F. Hallgarten, vgl. Vagts, Alfred: Bilanzen und Balancen, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1979, Einleitung, S. 7.

<sup>316</sup> Vagts, Alfred: Manuskript ohne Titel, als Materialsammlung für die geplanten Memoiren anzusehen; 13 Kap. in sich numeriert, 367 S., in: Hamburger Institut für Sozialforschung, Bestand Alfred Vagts Papers, Memoiren, GREI 32.01., 12. Kap., S. 37.

<sup>317</sup> Frommel, Zum Thema, S. 6.

<sup>318</sup> Fraenger, Wilhelm: Information für Studenten und Mitbürger, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabteilung, NL Carl Zuckmayer, A:Zuckmayer, Bestand: Texte Anderer, S. 1.

<sup>319</sup> Ebd., S. 3.

den sieben Vorträge angeboten, in denen sich u.a. Fraenger mit der aktuellen bildenden Kunst auseinandersetzte. In vier Arbeitsgruppen „für die engeren Mitglieder“ der „Gemeinschaft“ sollten Themen wie „Einführung in die neue Kunst“, „Einführung in die neue Musik“ oder „Probleme der Schulreform“ behandelt werden und avisiert wurde ein Vortragszyklus mit dem Thema „Überwindung des Individualismus“.

Sowohl die Erinnerungen Frommels wie Zuckmayers an die Zeit in der ‚Gemeinschaft‘ betonen eine eher leichte, heitere Szenerie, Lesungen von Autoren wechselten sich ab mit Chansonabenden oder der Darbietung von kleinen dramatischen Stücken, z.B. Einaktern von Oskar Kokoschka. So äußert Zuckmayer, daß in ihm ein Bild „von einem immerwährenden Glanz, [...] von Heiterkeit, Illumination, Beschwingtheit und geistiger Erregung“ aufstiege, wenn er an die Heidelberger Zeit der Jahre 1919 und 1920 zurückdenke.<sup>320</sup>

Zuckmayer, der mit Fraenger befreundet war, machte Mierendorff sowie Haubach mit dem Hochschullehrer bekannt. Sie unterstützten die Aktivitäten der ‚Gemeinschaft‘ mit großem Einsatz, beteiligten sich an der Vorbereitung der Veranstaltungen und halfen bei deren Durchführung.<sup>321</sup> Hin und wieder waren sie wohl auch „Mitwirkende“, konkret ist jedoch kein Ereignis nachgewiesen.<sup>322</sup> Theo Haubach beteiligte sich aktiv an dieser Unternehmung, das belegen die bereits genannten Aussagen Zuckmayers und Frommels. Im programmatischen Entwurf Fraengers fand er das breite Spektrum von Themen zur Kunst und Kulturgeschichte vor, das seinem weit gefächerten Interesse entsprach. Die Akzentuierung der aktuellen Kunst, die sich vor allem in der expressionistischen Bewegung widerspiegelte, kam auch seinen Neigungen entgegen; der Beitrag in der Zeitschrift ‚Deutsche Kunst und Dekoration‘, aus dem oben zitiert wurde, belegt es nachdrücklich. Darüber hinaus wird ihn die Herausforderung zu aktiver Beteiligung, zu Kooperation in Arbeitsgruppen und individueller Reflexion angesprochen haben. Der Rückblick auf seine konkrete Beteiligung in der Darmstädter Kunstszene zeigt, daß er dort ja bereits den Versuch unternommen hatte, sich in einen kulturpolitischen Prozeß einzumischen. Nun war der Schritt aus der Provinz heraus getan, die Gruppe der Gleichgesinnten hatte sich verändert, für die einige Jahre jüngeren Mitstreiter aus der ‚Dachstube‘ waren Gleichaltrige oder Ältere hinzugestoßen wie Carl Zuckmayer, Henry Goverts, Wolfgang Frommel, Wolfgang Petzet oder zeitweise Alfred Vagts, die durch Herkunft, Tätigkeit oder ihr Auftreten einen weiteren Horizont repräsentierten.

Schließlich klingt in der Information Fraengers ein Aspekt an, der auch bereits in Darmstadt bedacht und realisiert worden war, nämlich über alle ständischen Grenzen hinweg ein „geistiges Gemeinschaftsleben“ zu entwickeln. Auch im Heidelberger Ambiente wurde dafür die Kunst als Kristallisationspunkt und Medium gewählt, und es muß davon ausgegangen werden, daß Wilhelm Fraenger mit seinem engeren Freundeskreis gewillt war, die konkreten Inhalte und auch die Art der Auseinandersetzung vorzugeben. Wie der Wunsch, daß sich in „gegenseitigem Verstehen“ alle, „die nur guten Willens“ sind, treffen würden, eine zugleich schwärmerische wie schwammige Aussage darstellt, die nur an der Oberfläche

<sup>320</sup> Zuckmayer, *Als wär's*, S. 331.

<sup>321</sup> Zu diesem Zusammenhang berichtet Zuckmayer breit, gibt Stimmungen und pauschale Urteile über Mit-Lebende wieder, bleibt aber oft ungenau; vgl. ebd., S. 336 ff.

<sup>322</sup> Ebd., S. 340.

visionär erscheint, aber ohne Konsequenz und Kraft bleibt, weil sie die Realität ausklammert, so werden diese Männer ihre durch bildungsbürgerliche Sozialisation erworbene Einschätzung nicht haben aufgeben können, nämlich in Fragen der Kultur maßgeblich die Themen und Wertungen zu besetzen.

Ganz ohne politisch motivierte Reibereien verlief auch dieses praxisorientierte kulturelle Engagement nicht – wiederum ein Indiz dafür, daß beide Bereiche, wie es bereits in Darmstadt sichtbar geworden war, außerordentlich eng miteinander verwoben waren. So verbot der Rektor der Universität Heidelberg den Aushang von Veranstaltungsplakaten der ‚Gemeinschaft‘ mit dem Hinweis, daß diese Vereinigung „nicht rein studentisch“ zusammengesetzt sei.<sup>323</sup> Im ‚Tribunal‘ wurde diese Begründung mit dem Hinweis auf Gruppierungen mit vergleichbarer Mitgliedschaft und der Möglichkeit der Plakatierung auf dem Universitätsgelände als abwegig überführt. Vielmehr vermutete die Redaktion als Motiv, daß die ‚Gemeinschaft‘ „ein kitzliches [sic] Programm“ habe, vor allem würde wohl das Angebot der Veranstaltung „Die Überwindung des Individualismus“ in der Universitätsspitze nicht goutiert werden, „das reimt sich zu kommunistischer Verrufenheit.“ Doch der Autor blieb nicht bei der Beschreibung stehen, sondern geißelte das Vorgehen des Rektors als „lachhafte Prinzipienreiterei“, qualifizierte es – die Argumentation politisch zuspitzend – als „klassenhafte Rechtsprechung“ und warnte bedeutungsvoll: „Man hüte sich, die Sprengkraft einer auch nur kleinen Gruppe zu unterschätzen.“<sup>324</sup> Die zum Ausdruck kommende Empörung über die Entscheidung des Rektors war sicher echt – die martialisch anmutende verbale Drohgebärde scheint eher überzogen, zumal auf die eigene quantitative Schwäche Bezug genommen wurde. Die Art der Reaktion gibt jedoch den Blick auf die Tatsache frei, daß sich die „jungen Darmstädter“ in dieser Phase fast genußvoll in eine politische Konfrontation begaben, sich selbst in die linke politische Ecke stellten, aus der heraus sie zum Angriff übergingen. Doch es bleibt bei verbaler Kraftmeierei, die Freude an einer Möglichkeit zum Einsatz saftiger Versatzstücke der aktuellen politischen Diskussion ist spürbar.

Der zweite von Vagts erwähnte Kristallisationspunkt des literarischen Lebens Heidelbergs war der zweifellos durch sein Werk wie sein Auftreten faszinierende Stefan George. Selbst ihm Nahestehende konnten „manchmal einen Schauer über das zutiefst Fremdartige und Bedrohliche seiner Erscheinung nicht unterdrücken.“<sup>325</sup> Bemerkenswert ist, daß Haubach offenkundig der einzige des Darmstädter Freundeskreises war, der engere Beziehungen zu dem George-Kreis aufnahm. Auf derartige Kontakte weist einmal die Bemerkung eines George-Verehrers hin, daß Haubach „in den Freundeskreis um den VERLAG DIE RUNDE aufgenommen worden (war), dessen Arbeit ganz der Person und Lehre Stefan Georges verpflichtet war“, ohne jedoch genauer auf den Mitgliederkreis und den Tätigkeitsbereich einzugehen.<sup>326</sup>

<sup>323</sup> Das Tribunal 1 (1919), H. 7, S. 90: Eine namentlich nicht gezeichnete Glosse, die zweifellos dem inneren Kreis der Mitarbeiter zuzuordnen ist, macht auf dieses Verbot aufmerksam.

<sup>324</sup> Ebd., S. 90.

<sup>325</sup> Breuer, Stefan: Das Syndikat der Seelen. Stefan George und sein Kreis, in: Treiber/ Sauerland, Heidelberg, S. 328 – 375; S. 328.

<sup>326</sup> Landau, Edwin Maria: Die verstreute Schar. Die exilierten Freunde von Stefan George, Manuskript eines Vortrages in Luxemburg, 16.1.1968, in: IfZ München, MS 184, S. 13.

Gewichtiger ist zweifellos die Schilderung einer Szene, die von Wolfgang Frommel stammt. Sie ist vom Verfasser nicht datiert worden, muß sich nach dem Kontext, z.B. dem Hinweis auf die Gründung einer ‚Sozialistischen Studentengruppe‘ im Sommer 1919 zugetragen haben. Frommel war von Haubach ‚mit einem gewissen Nachdruck zu einem abendlichen Trunk‘ eingeladen worden. Ohne vorbereitende Äußerungen, aber ‚mit einer bei ihm ungewohnten Feierlichkeit‘ griff Haubach nach einem weiß eingebundenen Buch und rezitierte Gedichte auf eine ‚verhaltene, gleichmäßige, eher eintönige untheatralische Weise‘. Der Zuhörende konnte sich der feierlichen Aura des Augenblicks nur schwer entziehen und nahm deshalb – wie er sich erinnert – kaum etwas vom Inhalt der Texte auf. Eindeutig bewahrte er jedoch die Worte Haubachs im Gedächtnis, die dieser zur Erläuterung an ihn richtete, nämlich daß hier ‚ein großer Dichter die Lebenshaltung einer neuen, klassenlosen Jugend‘ zeige. Auch wenn in dieser Passage der Name des reziitierten Dichters nicht ausdrücklich genannt wird, so handelte es sich doch ohne Zweifel um Stefan George. Darauf deuten einmal die von Frommel genannten Merkmale, die Art der Rezitation, die Gestaltung des Einbandes, die Charakterisierung des Verfassers durch Haubach, hin, darüber hinaus qualifizierte Frommel dieses abendliche Treffen als ein Ereignis, das ‚wie der Strahl eines Scheinwerfers meine weitere Entwicklung für einen Nu ins Licht rückte.‘<sup>327</sup> Nach Kenntnis der Biographie Frommels kann damit nur die Beziehung zum ‚Meister‘ George gemeint sein, dessen Nähe er suchte und dessen Erbe er nach dem Tode Georges über Jahrzehnte intensiv pflegte.

In seinen veröffentlichten Beiträgen für Zeitschriften finden wir zwei direkte Hinweise Haubachs auf Stefan George. In dem bereits erwähnten Artikel ‚Expressionismus‘ zollte er George Anerkennung dafür, daß dieser die Sprache, die vom Journalismus ‚verdorben, entstellt und entleert‘ worden sei, gerettet habe und mit ihr ‚des Dichters Würde.‘ George habe ihr [Bezug im Text nicht völlig eindeutig, aber gemeint ist vermutlich die ‚Würde‘, P.Z.] ‚in weltentwandter Ferne [...] marmorne Tempel‘ gebaut, damit ‚Maße und Grenze‘ gesetzt. Haubach betonte die dichterische Potenz Georges und dessen literaturhistorische Bedeutung durch den Hinweis besonders nachdrücklich, indem er ihn als das bedeutendste Bindeglied zwischen expressionistischer Literatur und den vorhergehenden Epochen heraushob.<sup>328</sup>

Er betonte die Sprachmacht des Dichters, stellte aber vor allem die überragende Persönlichkeit Georges in den Vordergrund. Mit seiner analysierenden Bemerkung, daß George ‚im Verein‘ mit den Expressionisten den Bruch vollzogen habe, traf er durchaus die Realität insofern, als sich tatsächlich eine Reihe von expressionistischen Autoren positiv über George äußerte und ihn als bedeutendsten Vertreter des Symbolismus in Deutschland anerkannte. Eher allgemein, wenngleich ähnlich in ihrer positiven Tendenz, fiel eine Randbemerkung Haubachs wenig später aus. Ein Artikel, in dem er den lokalen Widerstand einer Darmstädter Bürgergruppe gegen ‚das Kino‘ glossierte, nahm er zum Anlaß, ‚geistige Impotenz‘ in Deutschland zu beklagen. Auch die ‚Georgianer‘ wurden neben anderen hart von ihm attackiert, allerdings mit dem klärenden Zusatz, daß ‚Stefan George und seines engeren Kreises große Gestalten von ihrer beklemmenden An-

<sup>327</sup> Frommel, Zum Thema, S. 14.

<sup>328</sup> Haubach, Expressionismus, S. 18.

hängerschaft reinlich geschieden“ werden müßten.<sup>329</sup> Wieder hob er ab auf die ihm imponierende Persönlichkeit, daher erscheint es in unserem Kontext naheliegend, einen Blick auf Werk und Wirkung Georges zu werfen, um auf diesem Wege möglicherweise Faktoren zu ermitteln, mit deren Hilfe sich einige Aspekte von Haubachs Kultur- und Weltverständnis nachvollziehen lassen.

Die antibourgeoise Haltung Nietzsches erhielt gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Stefan Georges Werk „ihr angemessenes poetisches Pendant.“<sup>330</sup> Dieser setzte sich bewußt ab von der Ästhetisierung des Bürgerlichen wie von der Instrumentalisierung der Kunst für gesellschaftspolitische Kritik, wie er sie im Naturalismus verwirklicht sah. Als exemplarisch für seine Haltung ist die folgende Zielbeschreibung anzusehen: „Den wert der dichtung entscheidet nicht der sinn (sonst wäre sie etwa weisheit gelahrtheit) sondern die form d.h. durchaus nichts äusserliches sondern jenes tief erregende in maass und klang wodurch zu allen zeiten die Ursprünglichen [sic] die Meister [sic] sich von den nachfahren den künstlern zweiter ordnung unterschieden haben.“<sup>331</sup> Damit umriß er selbst den sicherlich bedeutsamsten Aspekt seines Schaffens, nämlich den auf Baudelaire und Mallarmé zurückgehenden Ästhetizismus. Einen hohen Stellenwert erhielt in diesem Zusammenhang die äußere Form der Publikationen, ob es sich um Einzelwerke oder die seit 1892 in engerem Zirkel kursierende Zeitschrift ‚Blätter für die Kunst‘ handelte. An Jugendstilelemente anschließende Ornamentik, fein aufeinander abgestimmte Drucktypen und ein durchgestaltetes Seiten-Layout bestärken den Eindruck, daß die Georgeaner „das Wesentliche in die äußere Gestalt“ treten lassen wollen.<sup>332</sup> Doch „die Kunst soll ins Leben treten, ohne Leben zu werden, jedenfalls kein Leben von dieser Welt.“<sup>333</sup>

Ein außerordentlich prägnantes Beispiel für die Wertschätzung der äußeren Form und die dafür aufgewandte künstlerische und handwerkliche Mühe ist ein schmaler Band Stefan Georges mit dem Titel „Drei Gesaenge“.<sup>334</sup> Er läßt zugleich einen exemplarischen Einblick in die vom ‚Meister‘ behandelten Stoffe zu, denn bei all seiner Autonomie und Unabhängigkeit von Richtungen oder Schulen und dem ausgeprägten Ästhetizismus leben literarische Texte doch durch die von ihnen gestalteten Inhalte. Enthalten sind drei lyrische Texte; zwei von ihnen thematisieren den Krieg, der dritte setzt sich mit der Rolle des Dichters in Zeiten der politischen und gesellschaftlichen Orientierungslosigkeit auseinander (Titel: „Der Dichter in Zeiten der Wirren“). Das Gedicht „Einem jungen Führer im Ersten Weltkrieg“ zielt direkt auf jene Gruppe junger Männer, die als Offiziere aus dem Krieg zurückkehrten. Anzumerken ist zunächst einmal, daß sich der Stoff, die Adressaten und die Art der Kommunikation eindeutig auf eine eng begrenzte soziologische Schicht beziehen – es werden nicht die Erfahrungen „des Soldaten“

<sup>329</sup> Haubach, Theodor: Der Kinokampf. Ein Dokument deutscher Erneuerung, in: Das Tribunal 2 (1920), H.1, S. 6.

<sup>330</sup> Mattenkloft, Gert: Jugendstil, in Glaser, Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 260 – 276, S. 268.

<sup>331</sup> George, Stefan: Tage und Taten. Aufzeichnungen und Skizzen, 2., erweiterte Ausgabe Berlin 1925, S. 85.

<sup>332</sup> Mattenkloft, Jugendstil, S. 269.

<sup>333</sup> Ebd., S. 269.

<sup>334</sup> George, Stefan: Drei Gesaenge, Berlin 1921. Das ausdrucksstarke dunkle Blau des Einbandes und die Goldlettern der bibliographischen Angaben auf der Titelseite mit einem aufwendig gestalteten Signet des Verlages Georg Bondi sind ein eindrucksvolles Beispiel dieser literarischen Bewegung; das Bändchen steht in einem Exemplar im Deutschen Literaturarchiv Marbach.

problematisiert, sondern die der „Führer“.<sup>335</sup> Ein Teil des Lebensgefühls dieser jungen Offiziere, die unvermittelt in extremen Situationen Verantwortung tragen mußten, wird wahrscheinlich getroffen mit der Sentenz:

„Freier die schulter sich hob drauf man als bürde schon lud  
Hunderter schicksal“<sup>336</sup>

Heroisierende Bilder sollen diese Gruppe der jungen militärischen Elite charakterisieren und illuminieren; „zugriff und schneller befehl“, „obacht der steten gefahr“, „sichre(r) gelassenheit“, „kraft“, „die knabengestalt hochaufragend und leicht“ zeichnen ihre Mitglieder neben anderen Qualitäten aus.<sup>337</sup> Jäh gestört wird die Darstellung durch das Eingeständnis der militärischen Niederlage „wie wenn nach prunkendem fest nüchterne woche beginnt“. Kriegs- und Nachkriegsalltag werden hier zum Thema bei George, doch in seiner Verarbeitung blendet er die Schrecken und den Kampf um die Sicherung der Existenz aus – ein fast zynisches Zerrbild etwa, wenn er für die bedrückende und notbringende Nachkriegszeit die Metapher „nüchterne woche“ nutzt. Der Dichter erhebt sich also über die Tagesereignisse, diese sind für ihn Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Ihr „sinn“ liege im Menschen selbst, denn „rühmliches ringen“ bleibe „untilgbar bewahrt“ und „stärkt dich für künftig getös“. Zum Schluß des Textes dann der visionäre Ausblick für den um Rat Bittenden und zum Meister Aufschauenden:

„Um deinen scheidel der schein erst von strahlen ein ring  
Dann eine krone.“<sup>338</sup>

Für George manifestierte sich in der krisenhaften Situation dieser Jahre kein politisches Menetekel, sondern für ihn ist sie Ausdruck der „brüchig gewordenen bürgerlichen Wertordnung“, verbunden mit einem umfassenden Kulturverfall.<sup>339</sup> Der Dichter will und kann nach seinem Selbstverständnis dann auch keine politischen Lösungen anbieten, wie es etwa der Verweis auf eine pazifistische Haltung wäre, sondern ihm geht es darum, das Individuum auf sich selbst zurückzuführen, um ihm in der Schlußsequenz als ratgebende Führergestalt die Hand zu reichen und einen - für den distanzierten Leser allerdings - nebulösen Weg in eine bessere Zukunft anzudeuten. Friedrich Gundolf, die wichtigste Persönlichkeit des Heidelberger George-Kreises, fand dessen geschichtlichen Sinn in der Tatsache begründet, daß „er [George, P.Z.] allein [...] die Ebene des ewigen Menschen, nicht die der modernen >Menschheit< [beherrscht]“ und fährt fort: „Er allein hat den archimedischen Punkt außerhalb des Zeitalters.“<sup>340</sup> Auch wenn die Beziehung Gundolfs zu George wenig später im Jahr 1922 endgültig zerbrach, gibt sie doch die Auffassung vieler ansonsten kritischer und selbständiger Menschen über das Werk des

<sup>335</sup> So ist das Buch z.B. auch „Dem Andenken des Grafen Bernhard Uxkull“ (S. 1) gewidmet, der sich im Juli 1918 gemeinsam mit seinem Freund das Leben nahm. Die Brüder Bernhard und Woldegar von Uxkull-Gyllenband befanden sich bereits als zehn- bzw. elfjährige Knaben unter der Beobachtung und Obhut des George-Kreis-Mentors Ernst Morwitz; beide gehörten später zum engeren Kreis um den Dichter selbst. Vgl. dazu Groppe, Carola: Die Macht der Bildung. Das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890 – 1933, Köln-Weimar-Wien 1997, S. 449 ff.

<sup>336</sup> George, Drei Gesänge, S. 7 (Anordnung des Textausschnittes dem Original angeglichen).

<sup>337</sup> Ebd.

<sup>338</sup> Ebd., S. 8.

<sup>339</sup> Landfried, Klaus: Politik der Utopie – Stefan George und sein Kreis in der Weimarer Republik, in: Link, Werner (Hrsg.): Schriftsteller und Politik in Deutschland, Düsseldorf 1979, S. 62 – 81, S. 75.

<sup>340</sup> Gundolf, Friedrich: George, Berlin 1920, S. 22.

Dichters wieder. Sie offenbart eine erstaunliche Bereitschaft, sich letztlich auf eine völlig unkonturierte Vision – wie sie selbst die kurzen oben zitierten lyrischen Passagen dokumentieren - einzulassen, die naturgemäß durch ihren Charakter eines nicht-sozialen und un-politischen Schwebestands konservative Interessenten anzog.<sup>341</sup>

Zur Betrachtung des Wirkens Stefan Georges gehört neben der Auseinandersetzung mit seinem literarischen Werk seine Fähigkeit, Gleichgesinnte um sich zu sammeln und an sich zu binden. An verschiedenen Orten bildeten sich George-Kreise, „eine der Hauptfilialen“ etablierte sich zwischen 1910 und 1930 in Heidelberg und wirkte sogar in „die intellektuellen Zirkel um Max und Alfred Weber“ hinein.<sup>342</sup> In seiner differenzierten Untersuchung geht Breuer den Ursachen für die Erfolge dieser charismatischen Führerpersönlichkeit nach. George entwickelte „einen unersättlichen Hunger nach Personen“, konnte sich daneben mit „seinem grandiosen Selbst“ restlos identifizieren und daraus eine autoritative Aura entwickeln.<sup>343</sup> Breuer stellt beide Aspekte nebeneinander, zulässig ist sicher auch die Hypothese, daß der Erfolg bei der Rekrutierung von Anhängern das „Selbst“ stärken und stabilisieren half. Festzuhalten bleibt noch, daß es sich keineswegs um einen einheitlichen Kreis handelte, sondern durchaus hierarchische Strukturen anzutreffen waren, es bedeutendere und weniger bedeutende Mitglieder gab, so daß es auch zu Eifersüchteleien oder gar Rankämpfen kommen konnte. Der Meister, seine temporäre „Präsenz als Gnadenmittel“ einsetzend, hielt sich aus derartigen Angelegenheiten heraus, pflegte den Kontakt zu jedem einzelnen Mitglied, sofern dieses seinen strengen Kriterien standhielt und war darauf bedacht, horizontale Beziehungen in den Gruppen oder gar zwischen den Zirkeln zu unterbinden – die Ausrichtung auf den „Führer“ sollte gewahrt bleiben.<sup>344</sup>

Statthalter in Heidelberg war der Ordinarius für deutsche Literatur Friedrich Gundolf, 1880 in Darmstadt geboren und dort auch das Georg-Ludwig-Gymnasium besucht. Bei ihm belegte Haubach im Sommersemester 1919 und im Wintersemester 1919/20 je eine Veranstaltung.<sup>345</sup> Wenn auch keine Hinweise darauf vorliegen, daß Haubach und Gundolf einander in Darmstadt bereits begegnet waren, der Altersunterschied von 16 Jahren bildete wahrscheinlich zunächst eine sozusagen natürliche Schranke, war es zweifellos die Persönlichkeit des Hochschullehrers, die Haubach veranlaßte, bei Gundolf Veranstaltungen („Die romantische Schule“ und „Deutsche Literatur von Opitz bis Lessing“) zu belegen, um dessen Methode der Literaturbetrachtung kennenzulernen und um sich möglicherweise dem George-Kreis anzunähern.<sup>346</sup>

<sup>341</sup> Landfried, Politik der Utopie, S. 79.

<sup>342</sup> Breuer, Das Syndikat, S. 328.

<sup>343</sup> Ebd., S. 354.

<sup>344</sup> Ebd., S. 362.

<sup>345</sup> Auf den Abrechnungsbögen der Universität Heidelberg hat Haubach in der Rubrik „Namen der Lehrer“ jeweils handschriftlich „Gundelfinger“ eingetragen; dazu ist anzumerken, daß George die beiden Brüder (Ernst und Friedrich) Gundelfinger in Gundolf umbenannte, ein Element seines Repertoires an Ritualen zur Bindung seiner Vertrauten an ihn, vgl. Breuer, das Syndikat, S. 343.

<sup>346</sup> Die hohe Wertschätzung, die Gundolf im Kreise der Haubach-Freunde genoß, macht eine Bemerkung Zuckmayers deutlich: „Hier [an der Universität Heidelberg, P.Z.] ist immerhin Gundolf, einer der bedeutendsten Menschen des heutigen Deutschland“, in: Brief Carl Zuckmayer an Kurt Grell, v. 28.1.1920, NL C.Zuckmayer, Bestand: Werke. Auswahl. Briefwechsel mit Kurt Grell.

An Georges Werk faszinierte Haubach nach seinen Aussagen in erster Linie die sprachliche Gestaltung. Ihre singuläre Ausprägung konkretisierte sich in der Vision, daß sich die verwendete Sprache unmittelbar in den Motiven seiner lyrischen Texte widerspiegeln und zugleich adäquat die Inhalte transportieren sollte. Wichtiges Element seines Schaffens war die Rückbesinnung auf die ursprüngliche Bedeutung von Wörtern, die eingebunden wurden in ein dem Stoff angemessenes Versmaß. Die Nachdenklichkeit und Sorgfalt, die George im Aufspüren der Wurzeln von Sprache bewies, verbunden mit seiner außergewöhnlichen Stilsicherheit haben Haubach zweifellos angezogen, zumal er sich gerade in diesem Bereich schriftstellerisch auch erprobt hatte. Diese akribische Nutzung und Pflege der Sprache, die oft den Eindruck vermittelt, als sei sie mit einer „archaisierenden Patina“ versehen, war nicht allein künstlerisch-ästhetisches Mittel, sondern auch vehementer Ausdruck seiner tiefsitzenden Kritik, ja seiner Verachtung der wilhelminischen Bourgeoisie und der Klage über den Verlust wesentlicher Werte der deutschen Bildungstradition. Das letztlich schmale Gesamtwerk Georges und sein vorgelebter Verzicht auf materielle Güter repräsentierte seinen Widerstand gegen Zerfall, gegen Äußerlichkeit und beginnende Kommerzialisierung. Dagegen setzte er eine - in seinem Sinne - perfekte Form und an die Ideale der Romantik erinnernde Vorstellungen wie den Wunsch nach Verbindung mit dem „Geistigen“ und der Revolutionierung des Bewußtseins, sowie die Entwicklung von Utopien.<sup>347</sup> Er wirkte allerdings nicht über ein spezifisches Dogma oder in sich geschlossenes System, sondern durch die Faszination der spezifischen Formung seiner Texte, die Aufbruch und Besinnung zugleich auszulösen vermochten, genauso auch scharfe Gegnerschaft und bedingungslose Anhängerschaft herausforderten.

Damit sind die Aspekte genannt, die im Werk Georges in der eben wiedergegebenen Konstellation auf den jungen Haubach vermutlich die größte Anziehungskraft ausübten. Wie umfassend und differenziert Haubach die Texte Georges kannte, muß offenbleiben, aber er wird mit Sicherheit empfänglich gewesen sein für Stoffe, wie sie im oben zitierten Gedicht „Einem jungen Führer im Ersten Weltkrieg“ realisiert wurden, mit der Verklärung von Jugendlichkeit und männlicher Schönheit und mit der Zeichnung einer militärischen Führerfigur, die heroisiert und vom ‚Meister‘ auf einen mystisch verklärten Lebensweg geführt wird. Unübersehbar ist die Schnittmenge in den generellen Vorstellungen von beiden, traditionelle Werte deutscher Bildung erhalten bzw. wiederherstellen zu wollen, die Auflehnung gegen die bürgerliche Enge und leidenschaftlicher, „romantischer“ Utopismus. Von Bedeutung war für Haubach sicherlich auch die Aura des charismatischen Führers, die George umgab, weil es ihm gelang, durch sein spezifisches Auftreten, sein Werk und psychologisch wirksame Rituale einen Kreis junger Männer an sich zu binden. Zur Aufnahme mußten die Aspiranten „Bildungswissen und Kenntnis Georgescher Lyrik“ nachweisen und von körperlicher Schönheit „nach antikem Vorbild“ sein, allergrößte Bedeutung maßen die „Juroren“ in jedem Falle der gesellschaftlichen „Abstammung“ der Interessenten zu.<sup>348</sup> In den an verschiedenen Orten etablierten Zirkeln trafen sich folglich George-Anhänger, die ausnahmslos bildungsbürgerlicher oder adeliger Herkunft waren - z.B. neben den erwähnten Uxkulls die Brüder Berthold und Claus von Stauffenberg - und deren Väter oder sie selbst als Hochschullehrer, Lehrer und Richter Tätigkeiten

<sup>347</sup> Landfried, Politik der Utopie, S. 78 f.

<sup>348</sup> Groppe, Die Macht, S. 448 f.

ausübten, die als ‚geistige Berufe‘ bezeichnet werden können – auch dies alles sind Elemente, die eine hohe Attraktivität für Haubach besaßen, wie auch seine weitere Biographie zeigen wird.

Auch Haubach wird den Dichter „mit wallendem weißen Haar, auf die Schulter eines Epheben gestützt,“ wie die anderen Heidelberger Bürger auch im Schloßpark einherwandeln gesehen haben.<sup>349</sup> Dies war ein gewohntes, zweifellos eindrucksvolles Bild während seiner Anwesenheit in der Stadt. Aber auch die Gundolf-Vorlesungen wurden vom ‚Meister‘ besucht. So ist seine Teilnahme im Sommersemester 1919 verbürgt, in dem auch Haubach Gundolfs Veranstaltung „Die romantische Schule“ belegt hatte.<sup>350</sup> Ein Teilnehmer berichtet von einem derartigen Auftritt Georges. Als Gundolf „vor meist noch feldgrauen Studenten“ seine Vorlesung beginnen wollte, trat der Dichter in den Hörsaal, dessen Gestalt und Auftreten sich den Studenten „in einer so packenden Weise“ mitteilte, daß sich „ein allgemeines Schweigen“ einstellte und sich daraufhin die meisten Studenten erhoben und „so in feierlicher Ergriffenheit den Dichter *Stefan George* [wie i. Orig., P.Z.] (ehrten).“<sup>351</sup> Der charismatischen Ausstrahlung Georges konnte sich Haubach sicherlich nicht entziehen: Selbst ein Suchender vor dem Hintergrund einer äußerst angespannt-fragilen politischen und gesellschaftlichen Landschaft, die bei Kriegsausbruch erhoffte Erneuerung der Nation nicht einmal in Umrissen erkennbar, konnte Georges Werk und Erscheinung einen potentiellen Fixpunkt bei der Entwicklung von Perspektiven für die individuelle Lebensplanung abgeben.

Beim Blick auf den hier behandelten zeitlichen Abschnitt läßt sich feststellen, daß Haubach offensichtlich mit großer Aufmerksamkeit in seinem jeweiligen Umfeld die Kunstszene beobachtete, daß er sich – auch über seine Beiträge in Zeitschriften - aktiv zu beteiligen suchte und gezielt im Rahmen des Studiums seine Kenntnisse zu erweitern trachtete. Dabei zeigte er sich einem breiten Sektor zugänglich, äußerte sich zum Buchmarkt, zur Theaterlandschaft, zur Musik und zur bildenden Kunst. Die bereits zur Zeit der ‚Dachstube‘ zu beobachtende breit gefächerte Aufgeschlossenheit erfuhr während des Studiums Anschauung und Differenzierung durch die sich nach Kriegsende erweiternden Chancen der direkten Auseinandersetzung mit der Kunst durch Aufführungen, Ausstellungen und kunsttheoretische Veranstaltungen. Zwar widmete er sich intensiv in allen Bereichen der Kunst den ‚klassischen‘ Stoffen - damit sollen hier die schreibenden, komponierenden, malenden oder bildhauernden Künstler des traditionellen bildungsbürgerlichen Wertekanons umfaßt werden -, zeigte den aktuellen Strömungen gegenüber jedoch eine große Offenheit, konnte sich begeistert z.B. über die aktuelle Malerei äußern oder über frühe Dramen Hasenclevers, verfiel dabei allerdings nie in einen generellen überschwenglichen Beifall, sondern erhielt sich seinen kritischen Zugriff. Den Ort der Kunst im gesellschaftspolitischen Kontext beschrieb er in seiner Dissertation, die er im Winter 1922/23 fertigstellte und die somit das Ende dieses Lebensabschnittes markierte.<sup>352</sup> Er sah die Kunst als „das mikrokosmische Sym-

<sup>349</sup> Zuckmayer, Als wär' s, S. 353.

<sup>350</sup> Honorarabrechnung der Universität Heidelberg, Sommersemester 1919.

<sup>351</sup> Dschenfzig, Theodor: Stefan George und die Jugend, München 1934, S. 23; zit. n. Groppe, Die Macht, S. 350.

<sup>352</sup> Haubach, Theodor: Versuch einer Phänomenologie des ästhetischen Bewusstseins im Grundriss. Inaugural-Dissertation, Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg, 1923. Die Arbeit wurde von

bol der gesamten Bewusstseinslage einer Zeit“ an, die die Erscheinungen des Lebens sinnlich und ästhetisch abbildete, aber nicht in ihnen aufging, sondern eine eigene Form des Daseins „in der Mitte von Materie und Geist, von Zeit und Ewigkeit, von Form und Fülle“ entwickelte. Der Verfasser führte auch konkrete Beispiele an, setzte „die deutsche Jugendbewegung“ und „den deutschen Expressionismus“ direkt nebeneinander und wies darauf hin, daß beide Bewegungen in unterschiedlicher Gewichtung politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und religiöse Aspekte in sich trügen, daß ihnen gemeinsam aber „als Kristallisationszentrum das Ästhetische“ sei. Die Kunst als Konkretisierung des Ästhetischen erhielt vom Verfasser nicht nur einen Platz als autonome Erscheinung im Rahmen aller das Leben ausmachenden Kräfte, sondern sie wurde zudem in ihrer potentiellen Wirkungskraft über alles Weltliche herausgehoben: „Sie [die Kunst, P.Z.] ist vom Menschen geschaffen und doch mehr als die Menschen selbst. Sie ist das Bild des Göttlichen, ohne das Göttliche selbst zu sein.“<sup>353</sup> Diese transzendente Position der Kunst formulierte er bereits 1916 in einem seiner ‚Dachstuben‘-Texte, sie stellte ein Kontinuum seiner Gedankenwelt dar.<sup>354</sup>

Die Frage nach einer differenzierteren ordnenden Erläuterung von „transszendentaler [sic] und wirklicher Sphäre“ wurde von Haubach nicht beantwortet, dem Leser allein mitgeteilt, das sei keine Frage „im Sinne unserer Untersuchung mehr, so sehr es auch scheinen möchte.“<sup>355</sup>

Diese Vorgehensweise Haubachs, die Kunst als ein in realer und göttlicher Sphäre angesiedeltes Phänomen zu umschreiben, darf nicht zu der Folgerung verleiten, daß er die Produkte der Kunst, mit denen er sich ja nicht nur privat auseinandersetzte, sondern denen er sich auch beinahe professionell als Rezensent zuwandte, etwa unkritisch rezipieren würde. Gerade die um Unmißverständlichkeit bemühte Art seiner Zeitschriftenbeiträge zur Kunst weist viele Beispiele schroff abwertender Beurteilungen auf. ‚Die‘ Kunst faszinierte ihn generell als Phänomen mit ihren vielfältigen Ausdrucksformen, die Haubach wohl auch genießen konnte, die jedoch in erster Linie seinen Intellekt herausforderte. Die Wurzeln für die Aufgeschlossenheit diesem Bereich gegenüber sind zweifellos in seiner bildungsbürgerlich bestimmten Sozialisationsphase zu finden. Hier gab es Anregungen und Anschauung wohl nicht im eigenen Zuhause, aber in den Elternhäusern von Klassenkameraden, durch die Angebote der Schule und aus dem Kreis von kunst- und literaturinteressierten Mitschülern. Es muß bei dem jungen Theodor Neugier ge-

---

Karl Jaspers betreut; sein Gutachten ist verlorengegangen. Jaspers erinnert sich allerdings später, daß er sie „mit der höchsten Note bewertet“ habe, obwohl er dem Inhalt „gar nicht“ zustimmen konnte. Für die Bewertung sei allein entscheidend gewesen der „Rang der methodischen Form und der geistigen Energie.“ (Vgl. Hammer, Walter: Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt/M. 1955, S. 16).

<sup>353</sup> Ebd., S. 8 (Das in der Universität Heidelberg verwahrte Exemplar der Dissertation ist nicht sehr ansehnlich. Es enthält viele Druckfehler, vom Verfasser handschriftlich vorgenommene Korrekturen, kein einheitliches Druckbild und Layout. Die Numerierung der Seiten wurde von mir vorgenommen. Die Arbeit wurde nicht gedruckt „wegen der Zeitbedingungen, die damals Befreiung vom Druck erzwingen“ (K.Jaspers, vgl. Anm. oben), wahrscheinlich sollte dieses Exemplar die Druckvorlage abgeben.

<sup>354</sup> Haubach, Skizze, S. 97. Hier heißt es - ein wenig holprig, aber in der Absicht zu verstehen - vom „Kunstwerk“, daß es „obwohl von Menschen gemacht, freier vom allzumenschlichen [sic] und inniger und göttlicher erfunden werden musste, als alle Religionen mit ihrem dunstigen Rauch.“

<sup>355</sup> Haubach, Phänomenologie, S. 75.

weckt worden sein und die Erfahrung, daß mit der Kunst aus dem Alltag ausgestiegen werden kann und mit ihr als Vehikel neue, andere Welten zu erobern sind. Zugleich war neben ihrer affektiven Funktion das Ausüben von Kunst, mehr noch die Fähigkeit, sich über sie fundiert austauschen zu können, was kunsthistorische Kenntnisse und die Beobachtung der aktuellen Szene voraussetzte, ein außerordentlich wichtiges Element (bildungs-)bürgerlicher Kommunikation und gesellschaftlichen Lebens. Wollte man Zugang zu diesen gesellschaftlichen Kreisen, mußten diese Voraussetzungen akzeptiert werden. Theo Haubach hatte diese ‚Spielregeln‘ zweifellos internalisiert. Es gibt in signifikanter Weise Schnittmengen mit dem Verhalten der Freunde Mierendorff und Zuckmayer in diesen Jahren: Sie empfanden sich als Produzierende, als Konsumenten und Kritiker, positionierten sich als „linke Avantgarde“ und wurden folglich von nationalen Kreisen als Gegner ausgemacht, artikulierten sich aber derart, daß sie sich weiter im bildungsbürgerlichen Sektor des gesellschaftlichen Lebens bewegen konnten und ihnen die Türen zu einflußreicheren Bürgerhäusern offen standen.<sup>356</sup>

Diese Konstellation erhärtet freilich auch die Hypothese, daß alle Versuche der Darmstädter ‚Jungen Wilden‘, andere gesellschaftliche Schichten wie beispielsweise die Arbeiter für die Kunstszene zu interessieren, zwar erkennen lassen, daß diesen die durch Ausschluß der Arbeiterschaft von der aktuellen Kunstszene gekennzeichnete Situation bewußt war, sie aber letztlich ‚von oben‘ das Problem zu lösen suchten: Die Arbeiter sollten an ihrer spezifisch mittelschichtigen Art des Konsums und der Rezeption von Kunst teilhaben können. Sie realisierten nicht, daß sich durch eine völlig andere Sozialisation, die zumeist in ein andersgeartetes Berufsleben mit nicht vergleichbaren Tätigkeiten und Herausforderungen für Kopf und Körper mündeten, eben auch spezifische Voraussetzungen und Bedürfnisse der Arbeiter ausprägten.

### **3.3                    Zwischen visionärem Aufbruch und Realpolitik: einen Ort suchen**

#### **3.3.1                 Politisches Handeln (1918 - 1919)**

Ende Oktober 1918 wurde Haubach noch einmal auf französischem Boden in ein Lazarett eingewiesen, kurz darauf in das Reserve-Lazarett Stettin verlegt und am 12.11.1918 zur „Ersatz-Truppe“ nach Offenbach entlassen.<sup>357</sup> Die 25. Reserve-Division befand sich seit Anfang September 1918 auf dem Rückzug auf die „Antwerpen-Maaslinie [...], um auf diese Weise eine kürzere Front zu bekommen.“<sup>358</sup> Die Monate September und Oktober müssen für die beteiligten Soldaten außerordentlich strapaziös gewesen sein, denn die akribisch aufgeführten Bewegungen der Truppe weisen für fast jeden Tag längere Märsche auf, verbunden mit dem Beziehen von Stellungen und oft auch der Verwicklung in Kampfhandlungen mit den nachrückenden englischen und französischen Einheiten. An dieser Phase

<sup>356</sup> Ruppel, Karl Heinrich: 1921 – Darmstädter Erinnerungen. Ein Brief an Carl Zuckmayer, in: Blätter der Carl-Zuckmayer-Gesellschaft 10 (1984), H. 2, S.91 – 94. Der Vf. erinnert sich an Musikabende, die einmal im Monat jeweils sonntags in der Darmstädter Villa eines Stadtrates Dr.Ing. H. stattfanden und meistens in kleinem Kreise bei Wein mit Theodor Haubach, Carlo Mierendorff und Carl Zuckmayer ausklangen.

<sup>357</sup> Vgl. „Bescheinigung“ des ‚Krankenbuchlagers‘.

<sup>358</sup> Soldan, 5. Großherzoglich, S. 79.

war Haubach zweifellos bis zum Beginn des Lazarettaufenthaltes beteiligt, den dann weitgehend störungsfrei verlaufenden Rückzug der Division im Laufe des Novembers erlebte er nicht mit. Von dem Ersatztruppenteil in Offenbach wurde er wahrscheinlich direkt in die Garnison der 168er nach Butzbach in Hessen beordert. Es existiert nämlich eine handschriftliche Mitteilung Haubachs an den Schriftsteller Fritz Usinger, die er am 10. Dezember 1918 in Butzbach verfaßte.<sup>359</sup>

Das inzwischen umgruppierte Regiment – „die Kompagnien [hatten] ungleichmäßige Stärken“ – traf erst am 18. Dezember 1918 in Butzbach ein. Es wurde „jubelnd begrüßt von der Bevölkerung“, und „das Ersatzbataillon hatte dem heimkehrenden Regiment eine Fahngruppe mit den drei Fahnen des Regiments [...] entgegengeschickt.“<sup>360</sup> Zu diesem Ersatzbataillon gehörte auch Haubach, wie die Unterschrift auf der erwähnten Briefkarte an Usinger zeigt: „Th.Haubach“ mit dem handschriftlichen Zusatz „Leutnant I Ersatzbatl. I Rgt 168“.

Der Empfang des Regiments muß den Kommandeur zufriedengestellt haben; „der soldatenfreundlichen Bevölkerung der Stadt Butzbach“ dankte er mit einem dreimaligen Hoch.<sup>361</sup> Anders als in den Regimentsgeschichten der Regimenter Nr. 115 und 221 gibt der Verfasser keinerlei Hinweise auf disziplinarische Probleme in der Endphase des Krieges oder auf Einwirkungsversuche von Seiten der Arbeiter- und Soldatenräte. Bereits um den 10.11.1918 herum hatte sich auch in Butzbach ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der sich paritätisch aus Arbeitern und Soldaten zusammensetzte. Als günstig für die Interessenlage der militärischen Führung, nämlich die Aktivitäten der Räte kontrollieren zu wollen, erwies es sich, daß sich Soldaten des Ersatzbataillons bereits zu einem frühen Zeitpunkt an der Ratsarbeit beteiligen konnten.

Wie in Darmstadt bemühte sich auch der Butzbacher Rat vordringlich um die Aufgabenbereiche „Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt“ und die „Ernährungsfrage“.<sup>362</sup> Es wurden Bezugsscheine für die Grundnahrungsmittel ausgegeben, man ging gegen Hamsterkäufe vor und ließ Ordnungskräfte patrouillieren, um die zeitweise verhängten nächtlichen Ausgangssperren durchzusetzen. Die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates in Butzbach war begleitet von einem bemerkenswert umfangreichen bürokratischen Apparat. Detailliert wurden in der Großherzoglichen Bürgermeisterei Listen über getätigte Ausgaben geführt, und es entspannen sich ausgedehnte Briefwechsel mit der Kreisstadt Friedberg über Aufwandsentschädigungen für die beteiligten Ratsmitglieder, für die Kosten der Demobilisierung und die Einquartierung der Soldaten des Regiments.<sup>363</sup>

Von Beginn an reklamierten die militärischen Vertreter im Rat den Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für sich; diese Tatsache wurde den Bürgern Butzbachs in einer „Bekanntmachung“ am 7. Dezember 1918 unmißverständlich mitgeteilt.<sup>364</sup> Eine revolutionäre Bewegung entwickelte sich offenkundig in Butzbach nicht; einziger „Störenfried“ war ein kommunistisches Gemeinderatsmit-

<sup>359</sup> Briefkarte Theodor Haubach an Fritz Usinger; Butzbach, 10.12.1918, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriften-Abt.

<sup>360</sup> Soldan, 5. Großherzoglich, S. 80 f.

<sup>361</sup> Ebd., S. 82.

<sup>362</sup> Wagner, Werner: Arbeiter- und Soldatenräte in Butzbach, in: Butzbacher Geschichts-Blätter, hrsg. v. Geschichtsverein für Butzbach und Umgebung, Nr. 14 – 1. Februar 1985, S. 61 – 63; S. 61.

<sup>363</sup> Vgl. Akten der Großherzoglichen Bürgermeisterei Butzbach, in: Stadtmuseum Butzbach.

<sup>364</sup> Dokument abgebildet in: Butzbacher Geschichts-Blätter, Nr. 14 – 1. Februar 1985, S. 63.

glied, dessen Anträge an den Rat aber jeweils abgelehnt wurden. Das Selbstverständnis der Militärs illustriert die Anweisung eines Leutnants aus Friedberg, die wichtigen Einrichtungen, u.a. „Gas- und Wasserwerke, elektrische Anlagen“, vor Angriffen oder Zerstörung zu bewahren und eine „Einwohnerwehr zum Schutz der Strafanstalt Butzbach“ aufzustellen.<sup>365</sup> Dabei wird die Sorge vor einer Gefangenenbefreiung und einer dann möglicherweise schwer zu kontrollierenden Situation deutlich. Doch zur Sorge bestand keine Veranlassung, die Stadt blieb fest im Griff der traditionellen Kräfte. Ihr Wiedererstarken und das massive Mißtrauen gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten spiegelt sich auch in einer Anfrage des Kreisamtes Friedberg vom Sommer 1919 wider, in der die Bürgermeisterei Butzbach – sie war allerdings keine „Großherzogliche“ mehr – ersucht wurde, mitzuteilen, „wie und in welchem Umfange sonst die Arbeiter- und Soldatenräte sich in den Besitz von Geldmitteln gesetzt haben, sowie ferner, zu welchen Zwecken das Geld verbraucht worden ist.“<sup>366</sup>

Theodor Haubach engagierte sich wahrscheinlich als Mitglied des Ersatzbataillons bereits im Butzbacher Arbeiter- und Soldatenrates, als dieser Mitte November entstand. Usinger, der 1918/19 rege mit Haubach korrespondierte, erinnerte sich, daß dieser sich „diesem Revolutionsrat zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt“ hätte.<sup>367</sup> In einem Anhang zu dem Brief legte er das Haubachsche Engagement in die Zeit zwischen „Ende 1918 und Anfang 1919“. Während er in dem Brief als Motiv für Haubachs Arbeit im Rat anmerkte, daß dieser „politisch stark nach links tendierte“, formulierte er abgeschwächt im Anhang, daß Haubachs „politische Neigungen [...] ebenfalls nach links hin [gingen], wie überall bei der Jugend nach dem ersten [sic] Weltkrieg.“<sup>368</sup> Damit schloß Usinger – gerade etwa ein Jahr älter als Haubach – sich selbst auf keinen Fall mit ein. Die geringe Neigung, sich politisch – und gar im ‚linken‘ Spektrum – zu engagieren, wird sichtbar in der großen Distanz, mit der er diese Zusammenhänge darstellte. Usinger war aber in jener Zeit ein wichtiger Partner Haubachs, wie die Korrespondenz aufzeigt. Zwischen Dezember 1918 und Juni 1919 bemühte Haubach sich nachdrücklich um Usingers Aufmerksamkeit, ließ sich Bücher schicken und drängte in jedem Brief auf ein Treffen oder gemeinsame Unternehmungen. Überschwenglich beschwor er den „Gleichklang unserer Wünsche und Urteile“ und machte anhand der ihm von Usinger gesandten Lektüre „ein endgültiges Verstehen“ zwischen beiden aus.<sup>369</sup> Zweifellos kam es auch zu Begegnungen sowohl in Usingers Heimatstadt Friedberg wie auch in Gießen, und nach dem Duktus der Haubachschen Briefe offenbarte dieser dem von ihm Verehrten die eigene Stimmungslage oder konkrete Planungen rückhaltlos. Als sicher kann also ein bewußtes politisches Engagement Haubachs angenommen werden, das er durch die Mitarbeit im Arbeiter- und Soldatenrat umzusetzen trachtete. Der Hinweis Usingers auf einen „linken“ politischen Ansatz ist wenig differenziert und gerade auch wegen seiner eigenen poli-

<sup>365</sup> Akten der Großherzoglichen Bürgermeisterei Butzbach, Abt. VIII: „Verhältnis zum deutschen [sic] Reich“.

<sup>366</sup> Schreiben des Kreisamtes Friedberg vom 14. Juli 1919, in: Akten, Abt. VIII: „Kriegsangelegenheiten“.

<sup>367</sup> Brief Fritz Usinger an Ger van Roon v. 10. Juli 1964, in: IfZ, Bestand G. van Roon, ZS/A – 18/9.

<sup>368</sup> Ebd. und im Anhang.

<sup>369</sup> Brief Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 19.1.1919, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriftenabt.

tik-fernen Haltung nicht aussagekräftig.<sup>370</sup> Aber wir können die Intention Haubachs sicher allgemein verorten als den Versuch, überkommene wilhelminische Strukturen überwinden zu helfen.

Nicht zu ermitteln war der Aufgabenbereich, für den er sich zur Verfügung stellte. Die vorhandenen Quellen nennen nur die Namen der beteiligten Militärs und Zivilisten, die im engeren Kreis des Rates eine konkret beschriebene Funktion innehatten. Zu dieser Gruppe gehörte Haubach nicht. Es gab jedoch darüber hinaus eine Fülle von Tätigkeiten zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, die die öffentliche Ordnung und Neuorientierung der Verwaltung betrafen. Hier wird er sich zweifellos engagiert haben - wie bei seinem zeitlich parallel verlaufenden Einsatz im Darmstädter Kulturleben darum bemüht, durch sein militärisches Auftreten Klarheit, Verlässlichkeit und Sicherheit zu signalisieren.<sup>371</sup> Haubach signalisierte, daß er die Absicht hatte, überkommene Strukturen in Frage zu stellen und im Sinne eines „linken“ Denkansatzes eine Diskussion über Strategien und Konzepte der politischen Neuorientierung auszulösen versuchte. Dazu mag ihm gerade die überschaubare kommunale Einheit, wie sie Darmstadt oder Butzbach repräsentierten, als erfolversprechendes Feld erschienen sein. Seine Bemühungen verliefen jedoch wenig erfolgreich. Mitte Januar 1919 teilte er Usinger mit: „Nun bin ich mal gründlich in die Tinte getreten. Am Freitag habe ich mich mit dem Butzbacher A.u.S. Rat verknallt“.<sup>372</sup> Usinger erläuterte später, daß der Begriff „verknallt“ mundartlich gebraucht würde und die Bedeutung hätte: „Ich bin mit ihm in Streit geraten.“<sup>373</sup> Zum konkreten Anlaß liegen leider keine Informationen vor, aber bemerkenswert für die Butzbacher Situation ist der Umstand, daß der Regimentskommandeur Haubachs offenbar unmittelbar nach der Auseinandersetzung gestellten Antrag auf Urlaub nicht genehmigte und ihn umgehend „in das dunkelste Sauerland nach Marsberg zu einer Sammelstelle für Heeresgut“ kommandierte.<sup>374</sup> Sein erbitterter Kommentar „Man hat mich unschädlich gemacht“ zeigt deutlich, daß er das Kommando als gezielte Ausgrenzung empfand. So war es zweifellos auch beabsichtigt; die unmittelbare Abfolge der Ereignisse und die ‚Verbannung‘ in ein abseits gelegenes Depot legen diese Schlußfolgerung nahe. Haubach störte offenbar die Bemühungen der örtlichen militärischen Führung, unter dem Deckel von Ruhe und Ordnung die Bedingungen und Regeln des öffentlichen Lebens wiederzubeleben, die vor dem Kriege gegolten hatten. Als Haubach sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat überwarf, brachte er zugleich die führenden Militärs gegen sich auf, die den Rat für ihre Zielvorstellungen instrumentalisiert hatten.

Usinger sah im nachhinein als die wesentliche Ursache für den Bruch an, daß es zwischen „dem Intellektuellen [Haubach, P.Z.] und den mehr oder weniger proletarischen Mitgliedern des Revolutionsrats“ zwangsläufig zu Meinungsverschiedenheiten hatte kommen müssen. Wenn er dann im Anhang des bereits zitierten

<sup>370</sup> Fritz Usinger (1895 – 1982), Schriftsteller und Gymnasiallehrer; Vizepräsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (1954 – 1969); orientierte sich in seinen Arbeiten zeitlebens an Hofmannsthal, Rilke und George; durchgehend die Hinwendung zur Kultur der Griechen mit der Tendenz, bildungsbürgerliche Vorstellungen als Ideale zu preisen.

<sup>371</sup> Anhang zum Brief Fritz Usingers an Ger van Roon.

<sup>372</sup> Brief Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 15.1.1919, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriften-Abt.

<sup>373</sup> Brief Fritz Usinger an Ger van Roon.

<sup>374</sup> Brief Haubach an Usinger, 15.1.1919.

Briefes den Butzbacher Arbeiter- und Soldatenrat als „mit den halbproletarischen Arbeitern und Soldaten“ besetzt beschrieb, so beweisen diese Formulierungen in ihrer Undifferenziertheit und den geringschätzigen Tonfall wiederum seine große innere Distanz zum politischen Tagesgeschehen und im besonderen zur revolutionären Bewegung.<sup>375</sup> Da aber Haubach und Usinger in dieser Zeit intensiv kommunizierten und in den Grundfragen einig waren, deckten sich wahrscheinlich Usingers Äußerungen über die Ratsmitglieder im Kern mit der Einschätzung Haubachs. Das legt den Schluß nahe, daß er sich tatsächlich berufen fühlte, sich in der (kultur-)politischen Detailarbeit zu engagieren und zugleich davon überzeugt war, kraft seiner intellektuellen Potenz für andere die übergreifenden Ziele und das strategische Vorgehen konzipieren und vorgeben zu können. Es kann selbstverständlich nicht gefolgert werden, daß er etwa geringschätzig auf die ‚Proletarier‘ herabgesehen hätte.

Sieht man einmal von den erheblichen Mängeln in der Versorgung der Menschen ab, so knüpften die Bürger Butzbachs bruchlos an die ihnen bekannten Strukturen an. Die Stadt bietet damit wie viele andere Städte und Gemeinden auch ein weiteres Beispiel dafür, auf welch manchmal subtile Weise mit kraftvoller Unterstützung durch die militärischen Führer im Reich die revolutionäre Bewegung gar nicht erst entfacht werden konnte oder aber umgehend unterdrückt wurde.

Die Tatsache ist bemerkenswert, daß der junge Offizier dem Befehl jedoch nachkam und nicht aus Ärger oder Enttäuschung den Dienst insgesamt quittierte. Das wäre ja durchaus möglich gewesen, da sich überall die Einheiten – wie die 168er – im Prozeß der Demobilisierung befanden oder ihn bereits abgeschlossen hatten. Selbst bei einer ihm widerstrebenden Entwicklung sah Haubach es als seine Pflicht an, den traditionellen Verhaltenskodex der Armee zu achten und als Offizier – bei aller Distanz zu dieser Kaste – bis zu einer klar definierten und erklärten Zäsur auch weiter Verantwortung zu übernehmen.

Die Bemühungen Theodor Haubachs, sich unmittelbar nach dem Ende des Krieges sowohl in Darmstadt wie in Butzbach an der (kultur-)politischen Arbeit und Erneuerung zu beteiligen, deutet auf einen ungeheuren Drang hin, eigene Vorstellungen nach den Kriegsjahren nun endlich verwirklichen zu wollen. Die vorhandenen Quellen zu diesem Lebensabschnitt lassen zugleich erkennen, daß er sich nicht etwa im Hintergrund zu engagieren suchte, sondern sich auch als Person direkt in Szene setzte und dabei auf seine Ausstrahlung und Rednergabe vertraute. Sein Engagement siedelte er in ihm vertrauten Lebensbereichen an. Die Ergebnisse müssen ihn enttäuscht haben, weil sich die beharrenden Kräfte – Darmstädter Bürger und Butzbacher Offiziere – jeweils als präsent, unerschüttert und machtbewußt zurückmeldeten. Entmutigen konnten diese Erfahrungen ihn allerdings nicht.

Bald nach der Rückkehr von seinem „Außenkommando“ konnte Haubach wahrscheinlich seinen Dienst bei den 168ern beenden. Im Frühjahr 1919 schrieben sich nämlich Carlo Mierendorff, Carl Zuckmayer und Theo Haubach an der Heidelberger Universität für das Sommersemester ein.<sup>376</sup> Die Universitäten hatten am 14.11.1918 ihren Betrieb wiederaufgenommen. Noch im laufenden Semester wurden „an allen deutschen Hochschulen Allgemeine Studentenausschüsse (AS-

<sup>375</sup> Brief mit Anhang Fritz Usinger an Ger van Roon.

<sup>376</sup> Zuckmayer, *Als wär's*, S. 330 f.: Er erinnert sich an einen gemeinsamen Beschluß der drei Freunde.

TA) gegründet.<sup>377</sup> Die beispielsweise bis in das letzte Kriegsjahr in Heidelberg existierende ständische Vertretung der Studentenschaft, in der zwar die Korporationen kontinuierlich hatten Privilegien abgeben müssen, dennoch die einflußreichste Gruppierungen geblieben waren, wurde abgelöst und von „einer parlamentarisch aufgebauten Studentenkammer, deren Vertreter nach Listen und in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer Verhältniswahl gewählt wurden“, ersetzt.<sup>378</sup> Diese neue Orientierung wurde zwar den Universitäten von den Aufsichtsbehörden verordnet, aber sie wurde auch begrüßt und massiv unterstützt von großen Teilen der Studentenschaft. „Träger der Bewegung waren Angehörige der heimkehrenden Kriegsgeneration.“<sup>379</sup> Das Selbstverständnis der „Krieger“, als die sie sich selbst bezeichneten, illustriert eine Anmerkung Zuckmayers, der darauf hinwies, daß durch den Krieg zwar vier Studienjahre verloren seien, „aber wir fühlten uns reifer, erfahrener, ziel- und selbstbewußter als andere Studenten, die von der Schulbank kamen.“<sup>380</sup> Die Studenten dieser Generation waren in der Tat wenig älter als die Schulabgänger der Jahre 1917 und 1918, aber sie hatten sich zumeist als Soldaten ‚bewährt‘ und als Offiziere die Aufgabe gehabt, andere Menschen u.a. in lebensbedrohenden Situationen verantwortlich zu führen. Sie hätten es nicht hingegenommen, wenn im Bereich der Universitäten einfach an die Strukturen der Wilhelminischen Ära angeknüpft worden wäre. So entstand auf der Folie der verordneten demokratischen Rahmenbedingungen an den Universitäten die studentische Selbstverwaltung „aus einer wirklichen Bewegung, die über Geschäftigkeit und Aufgeregtheit hinaus von Schwung und Intensität, von echter Leidenschaft und tatkräftigem Einsatz“ getragen war.<sup>381</sup>

In Heidelberg beteiligten sich im Sommersemester 1919 bei den ersten Wahlen auf der neuen Grundlage fast 70 % der Studierenden. Schon im folgenden Semester ergab sich als Folge des nun gültigen Wahlrechts eine neue Konstellation bei den Gruppierungen, die sich zur Wahl stellten, und zwar „nach politisch weltanschaulichen bzw. hochschulpolitischen [...] und fachlichen Gesichtspunkten.“<sup>382</sup>

Theodor Haubach nahm Kontakt zu einer dieser gerade entstandenen Gruppierungen, der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘, auf. Es gibt jedoch keinerlei Beleg für die Behauptung, daß er sie mit Mierendorff und Zuckmayer im Januar 1919 begründet hätte.<sup>383</sup> Die Namensgebung legt den Schluß nahe, daß sich die an verschiedenen Universitäten ins Leben gerufenen sozialistischen Studentengruppen eng an eine der bestehenden sozialistischen Parteien anschließen würden, sie hatten jedoch ihre Wurzeln vielmehr „im Geist der jugendbewegten linksbürgerlichen Kriegsstudentengeneration“.<sup>384</sup> Die Gründung neuer Ortsgruppen wurde –

<sup>377</sup> Nipperdey, Thomas: Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Grimme, Adolf/ Wilhelm Zilius (Hrsg.): Kulturverwaltung der Zwanziger Jahre, Stuttgart 1961, S. 19 – 48; S. 20.

<sup>378</sup> Mitgau, Studentische Demokratie, S. 28.

<sup>379</sup> Nipperdey, Die deutsche Studentenschaft, S. 20.

<sup>380</sup> Zuckmayer, Als wär's, S. 335 f.

<sup>381</sup> Nipperdey, Die deutsche Studentenschaft, S. 19.

<sup>382</sup> Mitgau, Studentische Demokratie, S. 36 f.

<sup>383</sup> Diese Darstellung findet sich – ohne Beleg - bei: Giovannini, Norbert: Zwischen Kaiser und Führer. Die Kommilitonen von Ernst Toller, Carl Zuckmayer, Joseph Goebbels und Golo Mann, in: Buselmeier et al. (Hrsg.), S.195 -210, S. 196.

<sup>384</sup> Linse, Ulrich: Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 1 – 114; S. 46.

zumindest in den ersten Jahren nach Kriegsende - nicht aus Parteizentralen gesteuert, sondern erfolgte durch den Wechsel des Studienortes von einzelnen Mitgliedern oder durch gegenseitige Anregung. Die bestehenden Gruppen warteten einander – „dürfte es sich nicht empfehlen“ – davor, die Gründung „Sozialistischer Gruppen“ „in breiter studentischer Öffentlichkeit [...] zu propagieren“, sondern schlugen einen fast konspirativ anmutenden Weg vor, nämlich „die Adressen sozialistischer Studenten zu erfahren“, notfalls auch mit Hilfe der sozialistischen Parteien, um diese Kommilitonen dann „in einer intimen Besprechung“ zu gewinnen.<sup>385</sup> Welche schlechten Erfahrungen einem öffentlichen Verfahren entgegenstanden, wurde nicht erläutert. Vermutlich wurden Störungen befürchtet oder das unkontrollierte Eindringen ideologischer Gegner, die die eigene Organisation unterwandern könnten. Die Heidelberger Gruppe bemühte sich intensiv, Kommilitonen an der Universität Freiburg für die Gründung einer sozialistischen Gruppe zu gewinnen und hatte damit auch Erfolg.<sup>386</sup> Als außerordentlich erfolgversprechend für die inhaltliche Arbeit und „zur Pflege des Gemeinschaftsgeistes“ wurde den Münchener Freunden die Einrichtung von wöchentlich wiederkehrenden „>Treffabenden< in einem Kaffee [sic]“ empfohlen, die zugleich „Werbezwecken“ dienten, weil „die oft anregenden Diskussionen“ auch „viele Neulinge“ anzögen.<sup>387</sup> Dieser Hinweis stützt eindeutig die Einschätzung, daß sich diese Gruppierungen zunächst aus eigenen Kraft und Initiative heraus zu stabilisieren suchten und wirft zugleich ein Schlaglicht auf die Vielfalt und Farbigkeit des Lebens in dieser Universitätsstadt, denn die „Sozialisten“ waren sicherlich nicht die einzige Gruppierung, die sich derart präsentierte.

Die Prinzipien der Zielsetzung und beabsichtigten Arbeitsweise der Heidelberger Gruppe lassen sich – zumindest für ihre Frühphase im Jahre 1919 – anhand ihrer „Satzungen“ rekonstruieren. Formuliert wird in ihnen der Anspruch, „ein Glied der politischen Arbeitsgemeinschaft der Universität Heidelberg“ zu bilden. Damit wurde eindeutig Position für die Politisierung der Universitäten bezogen, zugleich das Arbeitsfeld der Gruppe auch auf den eigenen Studienort begrenzt.<sup>388</sup> Es sollte Einfluß genommen werden auf die Umsetzung der Hochschulreform im „sozialistischen Sinne“ auf der Grundlage des Zusammenschlusses der „sozial gesinnte(n) Studentenschaft.“ Die völlige Unabhängigkeit der Heidelberger Gruppe von jeglichem Parteeinfluß wird durch den Hinweis in § 4 deutlich, daß der Beitritt „nicht von der Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien abhängig gemacht“ werde<sup>389</sup>. Die vergleichbare „Gruppe sozialistischer Akademiker Münchens“ schrieb eine solche Mitgliedschaft beispielsweise zwingend vor.<sup>390</sup> Ihren entscheidenden Akzent erhielt die Heidelberger Satzung durch das schon an zweiter Stelle genannte Ziel, „dem Sozialismus aus dem Kreise der Akademiker neue

<sup>385</sup> Brief „Sozialistische Gruppe Heidelberg“ an „Gruppe Sozialistischer Akademiker München“ v. 22.2.1919, in: Staatsarchiv München, Bestand: Staatsanwaltschaft München I, Nr. 2973, Bd. 2, Bl. 674.

<sup>386</sup> Ebd., Bl. 675.

<sup>387</sup> Ebd.

<sup>388</sup> Satzungen der Sozialistischen Gruppe der Universität Heidelberg, in: Universitätsarchiv der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; BB-8412/12. Das zweiseitige Dokument ist nicht datiert, stammt nach seinen inhaltlichen Aussagen eindeutig aus der Entstehungszeit der Gruppe zu Anfang des Jahres 1919.

<sup>389</sup> Ebd., S. 1.

<sup>390</sup> Linse, Hochschulrevolution, S. 46.

Freunde zu gewinnen und überhaupt die Schicht der Intellektuellen dem Sozialismus zuzuführen.“ Die Bedeutung dieses Aspektes wird in § 5 augenfällig, der die Mitgliedschaft regelte und in dem als potentielle Mitglieder neben allen „ordentlich immatrikulierten Studenten“ noch „andere Intellektuelle“ genannt wurden. Differenzierter als in dieser Satzung entwickelte ein Mitglied der von Heidelberg aus initiierten Freiburger Sozialistischen Studentengruppe in einer Broschüre die Intentionen, die zweifellos auch hinter den plakativen Formulierungen der Satzungen der Heidelberger Gruppe standen. Endlich müßte, so forderte der Verfasser, Mißtrauen zwischen Hand- und Kopfarbeitern abgetragen und der Graben zwischen beiden Schichten zugeschüttet werden. Dazu sei es notwendig, daß „die Intelligenz“ sich aus ihrer engen Bindung an das Kapital löse und sich auf die Seite der Handarbeiter stelle. Es mag sein, daß diese Erkenntnis ideologisch-politisch motiviert war, sie hatte allerdings auch eine handfeste aktuelle Dimension. Der Verfasser sah nämlich im Gefolge der revolutionären Bewegung die politische Landschaft „in einer ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats“ begriffen.<sup>391</sup> Die Sorge, daß die Akademikerschaft möglicherweise bei einer Neuorientierung und bei veränderten Machtverhältnissen ausgegrenzt werden könnte, mündete in die Darstellung der Bedeutung, die „die eminenten Kulturkräfte [...] der Kopfarbeiter“ für die Handarbeiter abgeben würden. Auch in diesem Kontext wurde also die Bildung als ein Gut von hohem Rang ausgegeben, das nicht nur schwerwiegende gesellschaftliche Veränderungen befördern sollte, sondern in erster Linie als Faustpfand der Intelligenz oder – wie der Autor formulierte – der „Kulturtüchtigen“ ausgegeben wurde, um mit seiner Hilfe letztlich den Führungsanspruch der geistigen Elite zu realisieren: „Erweisen Sie sich dadurch des Titels würdig, auf den Sie als Gebildete immer Anspruch erheben: Führer des Volkes zu sein.“<sup>392</sup> Die große Bedeutung, die der Bildung eingeräumt wurde, kam auch in der Satzung der Heidelberger Gruppe zum Ausdruck; in den §§ 3 und 12 wurde die Einrichtung einer Bibliothek festgelegt, für deren Erhalt und effektiven Einsatz entsprechende Personal- und Sachkosten vorgesehen waren. Unklar blieb jedoch, welche Gestalt und welchen Inhalt die immer wieder beschworene Utopie des Sozialismus erhalten sollten.

Mit ihrem Verständnis von der aktuellen politischen Situation und möglichen zukünftigen Entwicklungen, das auch eine markante anti-bolschewistische Komponente enthielt, unterschieden sich die Heidelberger und Freiburger ‚Sozialistischen Studentengruppen‘ grundlegend von den sozialistischen Gruppierungen der politischen Szene links von der SPD, die statt reformerischen Neubeginns auf die Revolution und unzweideutig auf die Diktatur des Proletariats setzten.<sup>393</sup>

Die geschilderte ideologische Ausrichtung der Heidelberger Gruppe, die freilich nur für deren Entstehungszeit galt, wirkte auf Theodor Haubach offenkundig anziehend. Während die Freunde Mierendorff und Zuckmayer keinerlei Spuren hinterließen, engagierte er sich in so starkem Maße, daß er im Herbst 1919 der Uni-

<sup>391</sup> Hegar, Walther: Der Sozialismus und die Kopfarbeiter (Schriften der Sozialistischen Studentengruppe der Universität Freiburg, Baden), Freiburg/Leipzig 1919, S. 6 f.

<sup>392</sup> Ebd., S. 15 ff.

<sup>393</sup> Nicht nachvollziehbar ist demnach die pauschale Einschätzung J.Schwarz', daß „die sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs [...] sich als Teil der von der Sozialdemokratie geführten Arbeiterbewegung“ verstanden; in: Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1968, S. 161.

versitätsverwaltung offiziell als 2. Vorsitzender der „Sozialistischen Gruppe“ gemeldet wurde.<sup>394</sup> Für das Wintersemester 1919/20 rückte Haubach dann nach den Wahlen, bei denen 34 Sitze vergeben wurden, als einer der gewählten vier Vertreter der „Sozialistischen Gruppe“ in den ASTA ein.<sup>395</sup> Das Protokollbuch verzeichnet während des Semesters insgesamt zehn Sitzungen, in denen schwerpunktmäßig Fragen der Satzung und der Hochschulreform behandelt wurden. Ein Aspekt dieser übergreifenden Themen war das Problem, ob und unter welchen Bedingungen ausländische Studenten zum Studium zugelassen werden sollten. Bereits im vorhergehenden Semester hatten sich zwei Lager in harter Konfrontation gegenübergestanden; die Diskussion wurde im Wintersemester 1919/20 fortgeführt. Dabei glichen die verwendeten Argumente bereits zunehmend denen, die in den ‚verwandten‘ politischen Lagern Verwendung fanden. Während die Vertreter der konservativen Fraktion – die „Vereinigung Heidelberger Verbindungen“ verfügte im Sommersemester 1919 mit 18 Sitzen, im Wintersemester 1919/20 mit 19 Sitzen von jeweils 34 Sitzen über die absolute Mehrheit – das Problem zu einer grundsätzlichen politischen Frage erklärten und zunächst ein politisches Signal der Siegermächte erwarteten, hielten die Vertreter der ‚Sozialistischen Gruppe‘ mit eher weltanschaulichen Argumenten dagegen wie den Hinweisen darauf, daß die Wissenschaft immer „weltumfassend“ gewesen sei, warnten vor einer „Versündigung an der geistigen Entwicklung der Menschheit“ und wollten mit der Zulassung ausländischer Studenten einen Schritt zur Überwindung des „Völkerrasses“ tun.<sup>396</sup> Auch die Gruppe „Vereinigte Nichtinkorporierte“ – in den ersten zwei Semestern nach dem Krieg jeweils mit deutlichem Abstand vor der „Sozialistischen Gruppe“ zweitstärkste Fraktion – mochte sich offensichtlich nicht den die völkerverbindende Tradition des „Geistigen“ und auf die Überwindung aktueller politischer Gegensätze setzenden Argumenten anschließen und begründete ihre Ablehnung mit „Raummangel“ oder „Versorgungsengpässen“.<sup>397</sup>

Die Mitglieder der ‚Sozialistischen Gruppe‘ scheuten sich nicht, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu realisieren, deren provozierenden Kern sie sicherlich im vorhinein einzuschätzen wußten. So trat Ende November 1919 der Belgier Paul Colin, der bereits seit seiner vom ‚Tribunal‘ initiierten Veranstaltung in Darmstadt von bürgerlichen und völkischen Kreisen paradoxerweise als Pazifist wie als Vertreter „des Feindes“ aggressiv verfolgt wurde, auch in Heidelberg auf. Als Veranstalterin fungierte die ‚Sozialistische Gruppe‘. Zweifellos wirkte Haubach am Zustandekommen des Colin-Auftritts wie schon in Darmstadt maßgeblich mit; die manchmal herausfordernde Demonstration eigener Ideen und eigenen politischen Willens war auch bereits in diesem Lebensabschnitt für Haubach ein bedeutsames Element seines Engagements. Der Verlauf der Veranstaltung selbst ist nicht dokumentiert, es kann aber davon ausgegangen werden, daß Colin auch in ihren Mittelpunkt seine Erklärung stellte: „Wir wollen kämpfen gegen die fertigen Meinungen und die haßvollen Gedanken, die die Hirne der Völker vergif-

<sup>394</sup> „An das Sekretariat der Universität Heidelberg.“; Mitteilung der Sozialistischen Gruppe der Universität Heidelberg v. 2. Oktober 1919, in: Universitätsarchiv der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, B – 8412/12.

<sup>395</sup> Mitgau, Studentische Demokratie, Anhang: Ergebnisse der Astawahlen 1919 – 1926, S. 125.

<sup>396</sup> Protokollbuch für den Ausschuss der Heidelberger Studentenschaft 1908 – 1920: Sitzung des Ausschusses vom 8.7.1919, in: Universitätsarchiv der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, B – 8308/1 (ohne Seitenzählung).

<sup>397</sup> Ebd.

ten.<sup>398</sup> Die Veranstaltung erregte wiederum den wütenden Widerspruch und Protest weiter Kreise der Studentenschaft. In einer Studentenversammlung vom 17.1.1920, die zugleich als letzte ASTA-Sitzung des Semesters abgehalten wurde, verabschiedeten die Teilnehmer einen Antrag, in dem „auf das energischste [sic]“ gegen die „von der sozialistischen akademischen Gruppe veranstalteten Versammlung“ mit Colin protestiert wurde, weil sie „für Akademikerschaft und Deutschtum durchaus beschämend“ war.<sup>399</sup> Damit wird unterstrichen, daß die Mehrheit der Studentenschaft, wie es auch die Wahlergebnisse auswiesen, dem Spektrum von der politischen Mitte aus bis z.T. weit nach rechts zuzuordnen war. So gelang es auch, diesen Beschluß in der lokalen Presse veröffentlichen zu lassen.<sup>400</sup>

Insgesamt trafen sich die Mitglieder des AStA während des Wintersemesters 1919/20 zu zehn Sitzungen. Die Protokolle heben lediglich an wenigen Stellen die Namen von Teilnehmern der einzelnen Sitzungen hervor. So ist Haubach nur genannt als Nachrücker in eine der vielen Kommissionen des AStA. Ausgewiesen ist auch, daß er in drei Sitzungen fehlte – „mit Entschuldigung“.<sup>401</sup>

Als sicher kann angenommen werden, daß eine Reihe von Studenten der ‚Sozialistischen Gruppe Heidelberg‘ sich in der proletarischen Jugendarbeit engagierte. Allerdings wurden die Heidelberger Mitglieder nicht wie die Münchener etwa zu einer derartigen Tätigkeit verpflichtet.<sup>402</sup> Einen Eindruck von der Zielsetzung dieser Bemühungen vermittelt der Bericht eines Münchener Studenten, der vor allem „mithelfen“ wollte, „den armen Jungen [...] den Mitgenuß an den Schönheiten der Natur, der Kunst und Literatur zu verschaffen.“ Bereits nach dem ersten Treffen mit proletarischen Jugendlichen meinte er bei diesen deutlich „solches Vertrauen, solche Dankbarkeit, solches Wißbegehren“ wahrzunehmen und konnte nicht umhin, „an die gute, tiefe Kraft unserer unteren Volksschichten [zu] glauben.“<sup>403</sup> Deutlich ist an diesen Äußerungen die enge Verbindung des Verfassers mit dem Wandervogel bzw. der Jugendbewegung wahrnehmbar, deren für sich und seinesgleichen als positiv empfundene Wertvorstellungen in der Rolle des sozialen Heilsbringers proletarischen Kindern und Jugendlichen nahegebracht, wenn nicht übergestülpt werden sollten. Die romantisierende Zeichnung des Kontextes kann freilich nicht die tief sitzende Vorstellung von der hierarchisch angelegten sozialen Schichtung der Gesellschaft verbergen, die letztlich nicht in Frage gestellt wurde. Immerhin nahmen diese ‚Sozialisten‘, zu denen auch Theodor Haubach zu zählen ist, die bestehenden Strukturen wahr, empfanden die ungerechte Verteilung des Volksvermögens und die geringen Chancen der „unteren Volksschichten“ zu sozialem Aufstieg, sie konnten sich jedoch nur zu reformerisch-pädagogischen Schritten entschließen, der revolutionäre Umsturz der Produktionsverhältnisse mit einer vollständig

<sup>398</sup> Das Tribunal 1 (1919), H. X/XI, S. 112. Zu Colin vgl. Anm. u.

<sup>399</sup> Protokollbuch, Studentenversammlung v. 17.1.1920.

<sup>400</sup> Heidelberger Neueste Nachrichten v. 20.1.1920, S. 3.

<sup>401</sup> Protokollbuch, Sitzungen v. 2.12., 11.12.1919 und v. 13.1.1920.

<sup>402</sup> Brief ‚Sozialistische Gruppe Heidelberg‘ an ‚Sozialistischen Studenten-Partei Berlin‘ v. 17.2.1919, in: Staatsarchiv München, Bestand: Staatsanwaltschaft München I, Nr. 2973, Bd. 2, Bl. 668.

<sup>403</sup> Tagebuchnotizen des Max Zillibiller (Sohn eines Münchener Kommerzienrates; später war er Mitglied des Revolutionären Hochschulrates) v. März 1919, in: Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft München I, Nr. 2973, Bd. 2, zit. n. Linse, S. 34 und 44.

duktionsverhältnisse mit einer vollständig veränderten Art der Verteilung von Gewinnen war für sie politisch nicht vorstellbar.

Die sozialreformerische, mit elitären Elementen versetzte Haltung, die die Satzung und die praktische Arbeit der Heidelberger Gruppe kennzeichnete, verbunden mit ihrem Einsatz zur Überwindung der tiefen Gräben gegenüber den europäischen Nachbarstaaten, der jedoch einen antirussischen Akzent hatte, konnte sich in dieser Form nicht lange erhalten. Immer stärker wurden die unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen der verschiedenen sozialdemokratisch oder kommunistisch ausgerichteten Gruppierungen der öffentlichen Parteienlandschaft in die Diskussionen der sozialistischen Studentengruppen hineingetragen. So kam es zu heftigen Richtungstreitereien, die oft mit dem Auseinanderbrechen der ursprünglichen Gruppe endeten.<sup>404</sup> Die divergierenden Auffassungen um die Frage, ob eine parlamentarische Demokratie oder die Diktatur des Proletariats als Ziel anzusehen seien, waren weder im öffentlichen Parteienleben noch auf der Ebene der sich zunehmend stärker politisierenden studentischen Selbstverwaltung auflösbar und hatten eine spaltende Wirkung. Aus der Münchener Gruppe, die in ihrer Mitgliedschaft und ihrer Zielsetzung mit den Heidelbergern große Übereinstimmung aufwies, gelangte Mitte März 1919 ein eher deprimiert klingendes Schreiben u.a. an die Heidelberger Freunde, in denen die „stärkere Zurückhaltung“ der „demokratisch Gesinnten“ gegenüber den vehement auftretenden „Diktaturanhängern“ beklagt wurde.<sup>405</sup> Auch die Heidelberger Gruppe wird von derartigen Auseinandersetzungen nicht verschont geblieben sein. Wenn ihr Schriftführer der Heterogenität unter den Mitgliedern im Februar 1919 noch positive Seiten abgewann – „Politisch von Kommunisten bis Mehrheit [gemeint: Mehrheitssozialisten, P.Z]. Wissenschaftlich von Marxismus bis Staatskapitalismus“ und in der Methodik die Alternative für das Vorgehen: „rein praktisch politisch“ oder „philosophisch-ästhetisch“ – und sich „in einer Synthese [...] eine gesunde Entwicklung“ anbahnen sah, wandelte sich auch hier im Laufe des Winters 1919/20 die Situation entscheidend.<sup>406</sup> Ein Indiz für die Veränderung der potentiellen Klientel und ihres Auftretens – Dokumente aus der internen Arbeit der Gruppe aus dieser Zeit liegen nicht vor – gab der Kommentar eines lokalen Heidelberger Blattes zu einer Veranstaltung ab, an der sich eine größere Anzahl „linker“ Schüler und Studenten beteiligt hatte. Für den Chronisten bedeuteten die Ereignisse das Ergebnis einer längeren Entwicklung, und er beklagte, daß die neue Politik dieser „halbwüchsigen Lausejungen“ mittlerweile auf den „Geist“ verzichte und sich lieber „der Faust, des Schlagrings und des Knotenstocks“ bediene, um dann fortzufahren: „Was Sozialismus und Kommunismus an Ideengehalt besitzen, davon haben diese hemdsärmeligen Gesellen keine blasse Ahnung. Sie werden handgreiflich, wenn man ihnen zu erklären sucht, daß Politik Ideenkampf bedeutet.“<sup>407</sup>

Eine ähnliche Einschätzung hätte von Theodor Haubach formuliert werden können. Er scheute sich zwar nicht, eigene Vorstellungen auch kraft seiner Persönlichkeit mit aller Deutlichkeit öffentlich zu vertreten, aber entscheidend war für

<sup>404</sup> Linse, Hochschulrevolution, S. 46 f.

<sup>405</sup> Schreiben der ‚Gruppe sozialistischer Akademiker München‘ u.a. an die ‚Sozialistische Gruppe Heidelberg‘ v. 4.3.1919, in: Staatsarchiv München, Bestand: Staatsanwaltschaft München I, Nr. 2973, Bd. 2, zit. n. Linse, S. 47.

<sup>406</sup> Brief ‚Sozialistische Gruppe Heidelberg‘ v. 17.2.1919, Bl. 668 f.

<sup>407</sup> Heidelberger Neueste Nachrichten v. 17.1.1920, S. 3.

ihn primär der Austausch der Ideen in der Politik, der dann auch in harte, konsequent betriebene Auseinandersetzungen, allerdings auf intellektueller Ebene, münden konnte. Möglicherweise waren seine bereits genannten Versäumnisse von AStA-Sitzungen gegen Ende des Semesters ein Anzeichen für den Rückzug aus der Gruppe. Die ‚Sozialistische Gruppe Heidelberg‘ konnte bereits im Sommersemester 1920 und in den folgenden Semestern keinen Sitz mehr im Heidelberger Studentenparlament erringen. Zweifellos hatte sie von vornherein nur eine äußerst geringe potentielle Wählerschaft.<sup>408</sup> Sie wurde von der aus der öffentlichen Politik eindringenden Diskussion gespalten oder völlig aufgerieben.

Theo Haubach hatte sich entschlossen, mit Carlo Mierendorff nach München zu wechseln, um vor allem Max Weber zu hören. Als er nach einem weiteren Semester in Frankfurt/M. erst zu Beginn des Sommersemesters 1921 an die Heidelberger Universität zurückkehrte, engagierte er sich zunächst dort nicht öffentlich in einer politischen Vereinigung, sollte dann aber noch einmal eine gewichtige Rolle übernehmen. Sie wird in einem der folgenden Abschnitte dargestellt.

Als im März 1920 die Regierung durch einen Putsch nationalistischer Auführer gestürzt werden sollte, gab es an den Universitäten unterschiedliche Reaktionen. Während die Studentenschaften in Greifswald und Königsberg sich offen an die Seite der Putschenden stellte, gab es in anderen Hochschulen zumeist geteilten Widerhall unter den Studenten, je nach der Zugehörigkeit zu den studentischen Verbänden.<sup>409</sup> Der komplexe Hintergrund des Kapp-Lüttwitz-Putsches, die Bildung einer Allianz von militärischen Führern der Freiwilligenverbände, deren Auflösung bevorstand, und Politikern der äußersten Rechten, konnte sich vielen Bürgern wie sicherlich auch den Studenten in der aktuellen Situation nicht erschließen.<sup>410</sup> Unübersehbar war jedoch das von dem Putsch ausgehende Signal, nämlich der jungen Republik einen entscheidenden Stoß zu versetzen und ein nach innen rechtsautoritäres und nach außen revisionistisches Regime zu installieren – ein Moment ernsthafter Herausforderung für den außerordentlich fragilen republikanischen Staat. Haubach und Mierendorff schlossen sich nicht den damals entstehenden studentischen Freiwilligenverbänden an, sondern eilten umgehend in ihre Heimatstadt Darmstadt. Dort sammelten sie sich im Gewerkschaftshaus gemeinsam mit Arbeitern um den „Vorsitzenden im Gewerkschaftskartell“, Wilhelm Leuschner, „um notfalls gegen die Putschisten losschlagen zu können.“ Als potentielle Putschisten und Gegner hatten die Gewerkschaftler das in Darmstadt stationierte Militär ausgemacht. Vor allem „die studentischen Feuerköpfe Theodor Haubach und Carlo Mierendorff riefen zum Marsch gegen die Kaserne auf“, wurden jedoch von Leuschner zurückgehalten. Da sich die Militärs in der Nacht eindeutig zur Verfassung der Republik bekannten, konnte ein Kampf vermieden werden.<sup>411</sup> Deutlich macht die spontane Einsatzbereitschaft der Freunde ihre

---

<sup>408</sup> Schwarz, S. 383.

<sup>409</sup> Ebd., S. 224.

<sup>410</sup> Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, 2. völlig durchgesehene und korrigierte Aufl., Berlin/Bonn 1985, S. 295 ff.

<sup>411</sup> Leithäuser, Joachim G.: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 35. Die Darstellung stützt sich nach Aussage des Vf. auf Dokumente und Unterlagen, die er von der Fam. Leuschner und Ludwig Bergsträßer erhielt; leider gibt er im Verlauf der Darstellung keine konkreten Hinweise auf die situativ genutzten Quellen, so auch im Fall der hier geschilderten Szenerie, die nachvollziehbar erscheint.

kompromißlose Unterstützung für die Republik Der zutage getretene Offensivgeist mag eher darin begründet gewesen sein, daß beide den Anwesenden auch demonstrieren wollten, wie Leutnants mit Schneid und Courage vorgehen würden. Festzuhalten bleibt schließlich die enge, über Wilhelm Leuschner vermittelte Verbindung zu gewerkschaftlichen Kreisen.

Auf eine kurios anmutende Episode, die sich während des Sommersemesters 1920 in München zugetragen haben muß, soll hier kurz eingegangen werden. Den Briefwechseln Haubachs mit Fritz Usinger und Alfred Vagts ist zu entnehmen, daß Haubach offensichtlich von der Münchener Polizei wegen des Verdachts verhaftet worden war, am Aufbau einer kommunistischen Kampftruppe beteiligt gewesen zu sein. Vagts berichtete ihm im November 1920, daß er zu dieser Angelegenheit einvernommen worden sei. Den untersuchenden Beamten hätte vor allem interessiert, ob auch Vagts wie der Untersuchungsgefangene H. „Lenin und Trotzky für bedeutende Leute halte.“<sup>412</sup> Aus dem Kontext geht hervor, daß H. für Haubach steht. Der Betroffene selbst hat diese Angelegenheit offenkundig nicht ernst nehmen können. So klebte er auf die Rückseite einer Postkarte einen Ausriß aus einer Leipziger Tageszeitung, in der von der geheimen Aufstellung kommunistischer „Stoß- und Kampftrupps“ berichtet wird, als deren „militärischer Leiter für Bayern“ der frühere Reserveoffizier Haubach ausersehen sei. Nach dieser Meldung wurde Haubach in Darmstadt verhaftet, die Aussage Vagts´ verweist auf München. In den Akten der Staatsanwaltschaft beider Städte gibt es keinerlei Hinweis auf diesen Vorfall. Theodor Haubach scheint die Angelegenheit außerordentlich gelassen und amüsiert aufgenommen zu haben, denn er umrahmte die Zeitungsnotiz offen auf der Postkarte durch mit Bleistift gefertigte Anmerkungen wie „Geheim!“, „Stillgestanden!“, „Hurraah!“ und Zeichnungen von Kanonen und verschiedenen Granaten.<sup>413</sup> Als bemerkenswert ist die Einstellung Haubachs vor dem Hintergrund schärfster Konfrontation rechter und linker Ideologien zu bezeichnen, weil durchaus Gefahr drohte, daß man durch eine derartige Offenlegung von Namen und Wohnort ins Visier einer gegnerischen militanten Gruppierung geriet, selbst wenn es sich möglicherweise um eine Verwechslung gehandelt hatte. Als Ironie wird er es empfunden haben, daß ihm eine führende Rolle gerade bei den von ihm früh als politische Gegner ausgemachten Kommunisten zugeschrieben wurde. Völlig angstfrei, eher schneidig-frech und „offizierig“<sup>414</sup> verhielt er sich auch bei der Vernehmung in München und demonstrierte unerschütterbares Selbstbewußtsein.

Vor einer abschließenden Einordnung der Entwicklung Haubachs zwischen 1918 und 1923 am Ende des Kapitels bleibt für das Jahr 1919 festzuhalten, daß er sich neben seinem Darmstädter Engagement für die Kultur um aktive politische Beteiligung in zwei weiteren Bereichen bemühte. Sowohl die Mitarbeit im Butzbacher Arbeiter- und Soldatenrat wie in der Sozialistischen Studentengruppe markierten seine Parteinahme für Gruppierungen, die für eine Veränderung Wilhelminischer Verhältnisse standen. Fraglos war ihm bei seinen Entscheidungen jeweils klar, daß diese Gremien in ihrem spezifischen Umfeld nicht die Meinung der Mehrheit

<sup>412</sup> Brief Alfred Vagts an Theodor Haubach v. 18.11.1920, in: Stadtarchiv Darmstadt.

<sup>413</sup> Postkarte Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 18.10.1920, in: Hess. Landes- und Hochschulbibliothek.

<sup>414</sup> Brief Kurt Hiller an Walter Hammer v. 20.1.1955, in: IfZ, NL Walter Hammer, ED 106, Bd.31. So charakterisierte Kurt Hiller Haubachs Auftreten in dieser Zeit.

repräsentierten, dennoch war sein Votum eindeutig. Entschieden suchte er nach Mitstreitern und Betätigungsfeldern, mit und in denen ein demokratisch orientiertes Deutschland entwickelt und erarbeitet werden konnte. Der Kontext vor allem seines ersten Heidelberger Engagements läßt vermuten, daß er an die von ihm während des Krieges geäußerten reformerischen Ideen anzuknüpfen suchte. „Radikal<kommunistische> [<handschr. unterstrichen>,P.Z.]Anfänge bis 1919/20“, die Kurt Hiller bei Haubach in jener Zeit bemerkt haben will, lassen sich nicht feststellen.<sup>415</sup> Auf diese Bemerkung wird im Rahmen einer differenzierten Analyse dieses Lebensabschnitts im Kontext seiner Veröffentlichungen und seines zweiten Engagements im Heidelberger Studentenparlament noch einzugehen sein.

### 3.3.2 Mitarbeit und politische Bekundungen im ‚Tribunal‘

Carlo Mierendorff, der zweifellos die treibende Kraft dieser neuen Unternehmung war, gelang es tatsächlich, Anfang Januar 1919 die erste Nummer des ‚Tribunal‘ herauszubringen. Bei den chaotischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zeugt es von unglaublicher Willenskraft, daß Mierendorff sowohl den verstreuten engeren Kreis der ‚Dachstube‘-Mitarbeiter auf die neue Aufgabe einzustellen in der Lage war, darüber hinaus durch persönliche Kontaktaufnahme weitere überregional bekannte Beiträger gewann und schließlich auch eine wirtschaftliche Basis für die Zeitschrift herstellen konnte. Wie prekär die finanzielle Sicherheit gewesen sein muß, mag man an der Tatsache ablesen, daß ein vermögenderer Bürger, der beim Kauf einiger Exemplare der ersten Ausgabe Mierendorff und Haubach gegenüber Interesse und Sympathie für das Organ signalisiert hatte, umgehend am nächsten Tag, „in der zweiten Hälfte des Januar 1919“<sup>416</sup>, von beiden aufgesucht wurde, um eine weitere kontinuierliche Unterstützung anzubahnen. Bei diesem Besuch lernten beide den Sohn dieses Darmstädter Bürgers, Kurt Heyd, kennen und begründeten – neben der Zusage für eine finanzielle Unterstützung der Zeitschrift – eine langjährige Freundschaft. Das gemeinsame Auftreten Mierendorffs und Haubachs sowohl beim Verkauf der Zeitschrift wie beim Bemühen um deren finanzielle Absicherung zeigen, daß sich Haubach von Beginn an mit diesem neuen Produkt absolut identifizierte. Das belegt zudem die Tatsache, daß er gleichmäßig über den Erscheinungszeitraum hinweg verteilt in acht der insgesamt 14 erschienenen Hefte des ‚Tribunal‘ mit namentlich gezeichneten Beiträgen vertreten war, sich darüber hinaus an der Formulierung von Glossen oder redaktionellen Hinweisen teilweise gemeinsam mit Mierendorff beteiligte.

Zu dessen konzeptioneller Ausrichtung sollen hier nur einige Kristallisationspunkte genannt werden. Sollte durch den oben kurz vorgestellten Beitrag des bereits arrivierten Kasimir Edschmid, der auf den ersten Seiten der ersten Nummer platziert wurde, in erster Linie überregional auf das ‚Tribunal‘ aufmerksam gemacht werden, so hatte der Verfasser sich doch einiger böser Seitenhiebe gegen das provinzielle Bürgertum nicht enthalten können und den Herausgeber auf das Vorbild des großen Georg Büchner zu verpflichten versucht. Im Hinblick auf die Umriss eines intendierten Profils für das Blatt ist die Tatsache bemerkenswert, daß sich

<sup>415</sup> Ebd.

<sup>416</sup> Heyd, Kurt: Vortrag im Foyer des Staatstheaters Darmstadt am 4. Juni 1977, Ms., S. 1, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45 Heyd, Nr. 13.

auch Kurt Hiller in der ersten Nummer äußerte. Der in der Unterzeile der Überschrift als „Führer der Aktivisten“ charakterisierte Hiller freilich gab in seinem Beitrag sehr viel entschiedener an, welche Richtung er für die Zeitschrift von der Redaktion erwartete, nämlich nicht noch ein Kunstblatt zu produzieren, sondern „Kämpfer“ zu werden „für die Sicherung alles Lebens“ und dafür in den „Bund der Geistiggerichteten“ einzutreten. Als konkrete Ziele nannte er u.a. den Kampf für den Pazifismus und gegen die „Geschlechtssklaverei“, um dann vehement-plakativ das Team um Mierendorff dazu aufzurufen: „Degradiert eure Dachstube nicht zur Musenbar. Macht sie zum Hauptquartier einer sozialistisch-aristodemokratischen Tatgruppe.“<sup>417</sup> Auch Hiller war wie Edschmid überregional bereits bekannt, hatte z.B. 1909 in Berlin gemeinsam mit Loewenson den Neuen Club ins Leben gerufen, der „sehr schnell zur Keimzelle des Berliner Expressionismus“<sup>418</sup> wurde und hatte sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges „vom Ästhet zum politischen – auch politisch agierenden – Literaten“ gewandelt.<sup>419</sup> Die Freude Mierendorffs darüber, einen Text Hillers im ‚Tribunal‘ veröffentlichen zu können, spiegelt sich in den Formulierungen einer Briefkarte, auf der er im Dezember 1918 quer zum laufenden Text handschriftlich vermerkte: „Habe Manuskript von Kurt Hiller“. [ Name ist zweimal unterstrichen, P.Z.]<sup>420</sup> Die aufmunternden Worte Hillers für die ‚Kollegen‘ in Darmstadt waren zugleich ein Versuch, die Mitarbeiter und die Leserschaft für seine aktivistische Bewegung, die ‚Partei der Geistigen‘, zu gewinnen.

Eher beiläufig meldete sich Mierendorff als Herausgeber und treibende Kraft erst in Heft 3 zur Zielsetzung der Zeitschrift, ging zweifellos davon aus, daß die Namen prominenter Beiträger und das Spektrum der Meinungsäußerungen deutlich genug seien.<sup>421</sup> Im Grunde war allerdings eine differenzierte Programmatik nicht darzustellen, weil sie einfach nicht vorhanden war. Seine Formulierungen fielen dann auch allgemein aus mit der Absage, mit dem Blatt „eine politische Phalanx“ oder ein „Parteiorgan“ entwickeln zu wollen, „sondern: Arena für Redner geistigen Niveaus, [...] Tummelplatz für vom Sturm der Zeit bewegte Jugend, [...] daß die Lokomotive geistigen Aufruhrs zischend immer gut unter Dampf stehe.“<sup>422</sup> Diesem Bild konnte ‚Das Tribunal‘ durchaus genügen – auch heute macht es im Rückblick den Eindruck engagierten gesellschaftspolitischen Engagements, integrierte Aspekte der aktuellen Kunstszene und nahm zu einigen wichtigen Themen der öffentlichen politischen Diskussion klar und mutig Stellung.

Eindeutig wurden z.B. die Gewalttaten von Akteuren aus dem rechten Spektrum gegen linke Politiker und Intellektuelle gebrandmarkt.<sup>423</sup> Beginnend im ersten Heft zieht sich wie ein roter Faden die Beobachtung und Analyse der (nach-

<sup>417</sup> Hiller, Kurt: Künstler und Kämpfer, in: Das Tribunal 1 (1919), 1. H., Januar 1919, S. 7 f.

<sup>418</sup> Bleitner, Thomas: Zur Genese politischer >Litteratur< im Expressionismus, in: Beutin, Wolfgang/Rüdiger Schütt (Hrsg.): > Zu allererst ANTIKONSERVATIV<. Kurt Hiller (1885 – 1972), S. 14 – 35; S. 17.

<sup>419</sup> Ebd., S. 25 ff.

<sup>420</sup> Briefkarte C.Mierendorff an Fritz Usinger v. 23.12.1918, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Handschriftenabteilung.

<sup>421</sup> Neben den bereits Genannten wurden Texte u.a. von Carl Zuckmayer, Otto Flake, Rudolf Leonhard, Oskar Maria Graf, Max Hermann-Neisse, René Schickele, Ernst Toller veröffentlicht.

<sup>422</sup> Bemerkungen (zweifellos des Herausgebers), in: Das Tribunal 1 (1919), 3. H., S. 44.

<sup>423</sup> Das Tribunal 1 (1919), 6. H., S. 72 ff.: Breite Darstellung und Ächtung der Morde an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Gustav Landauer.

)revolutionären Vorgänge in Deutschland durch die Beiträge, zunehmend mit dem deprimiert klingenden Tenor, daß sich Konterrevolution und Restauration durchsetzen würden. In diesen Kontext gehört u.a. die Auseinandersetzung mit Formen eines offenen Antisemitismus, den verschiedene Verfasser bloßzustellen und zu attackieren versuchten. So berichtete Mierendorff davon, daß es in den Kollegs zu massiven Mißfallensäußerungen gekommen sei, „weil der Autor eines Lehrbuches Sinzheimer heißt.“ Er diagnostizierte Empfindungen der „Unterlegenheit“ bei seinen deutschen Landsleuten und sah „das Nationalistische in eine absurde Spitze“ getrieben.<sup>424</sup>

Die couragierte Haltung der Redaktion wurde exemplarisch sichtbar an ihrer Kampagne mit dem Ziel der Aussöhnung mit den französischen Nachbarn. Der von K.Edschmid verfaßte „Aufruf an die revolutionäre französische geistige Jugend“, der von 38 Künstlern und Autoren – unter ihnen auch Theodor Haubach – namentlich und deutlich erkennbar unter der Titelzeile unterstützt wurde, appelliert an die ein wenig umständlich-mühsam in der Überschrift gekennzeichneten Adressaten, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu beginnen. Obwohl „im Kilometerradius französischer Kanonen“ liegend und unübersehbar von den siegreichen Truppen besetzt gehalten, sollte gemeinsam ein Weg gegangen werden, der „klar, sauber und sicher“ sei.<sup>425</sup> Beschworen werden die Erinnerung an die Größen der kulturellen Vergangenheit beider Nationen und „der Imperialismus des Geistes“, die den Willen und die Anstrengungen zum Abbau des Hasses entfachen sollten.<sup>426</sup> Der umfangreiche Text verharrt in einem emotional-appellativen Duktus und verliert durch selbstgefällige Wortspiele seines Autors und Redundanz erheblich an Überzeugungskraft und Wucht. Unübersehbar ist die Akzentuierung des „Geistigen“, sie wird nicht nur in der Überschrift genannt, sondern ein „Geistiger“ – der Verfasser Edschmid – breitet seine Kenntnisse für ebenbürtige Adressaten aus, wahrscheinlich vollständig im Sinne der Mitunterzeichner.

Kritische Anmerkungen zu Form und Inhalt des „Aufrufes“ dürfen jedoch nicht den Blick für seine Brisanz verstellen. In einer Situation, in der Frankreich, durch Reparationsforderungen und Besatzungstruppen nachhaltig präsent, nicht nur für die nationalistischen deutschen Kräfte als „Feind“ figurierte, bedeutete die dem westlichen Nachbarn entgegengestreckte Hand eine ungeheure Provokation. Für Redaktion und Unterzeichner war dieser Schritt Ausdruck einer bewußten politischen Handlung, mit der sie sich heftigster Kritik aussetzten und in einem hoch-emotionalisierten Umfeld den gewaltbereiten Gegnern ein klar auszumachendes Ziel abgaben.<sup>427</sup> Wie sehr ihnen daran gelegen war, trotz aller Anfeindungen eine

---

<sup>424</sup> Mierendorff, Carlo: Zeichen der Zeit, in: Das Tribunal 2 (1920), 1. H., S. 10.

<sup>425</sup> Edschmid, Kasimir: Aufruf an die revolutionäre französische geistige Jugend, in: Das Tribunal 1 (1919), 8./9. H., S. 95 f.

<sup>426</sup> Ebd., S. 97.

<sup>427</sup> Eine in Ton und Inhalt vergleichbare Antwort gab es von dem Belgier Paul Colin, einem der führenden Mitglieder der Clarté-Bewegung, aktiv für die Völkerverständigung in Belgien und Frankreich tätig und dort auch heftig befehdet. Vgl. Das Tribunal 1 (1919), 10./11. H., S. 111 f. Parallel zum Austausch der Manifeste lief auch im ‚Tribunal‘ die Mobilisierung für einen „Weltkongreß der Geistigen“; in einem einführenden deutsch- und französischsprachigen Beitrag verstieg sich Wilhelm Michel, zum inneren Darmstädter Zirkel gehörend, zu der Vision, durch jährlich in einem anderen Land stattfindende „Parlamente der Geistigen“ zu erreichen, „den Block Bosheit und Gewalt, den die heutige zivilisierte Welt darstellt, im Feuer des Geistes und der Liebe [zu] zerstören.“, in: Das Tribunal 1 (1919), 8./9. H., S. 98.

neue Phase im Verhältnis zum westlichen Nachbarn vorzubereiten und einzuleiten, beweist eine redaktionelle Notiz, mit dem Kürzel „Mff.“ [= Mierendorff, P.Z.] unterzeichnet, in dem die Leserschaft darüber informiert wurde, daß sie in jeder folgenden Ausgabe „über den Stand der Dinge im Nachbarland unterrichtet“ werden solle.<sup>428</sup> Neben wortgewaltigen Manifesten und Aufrufen setzte die Redaktion also darauf, daß beständige Information auch über Alltägliches mittel- und langfristig helfen könne, die Konfrontation aufzulösen. Wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß Mierendorff und Haubach zu diesem Zeitpunkt gerade 22 bzw. 23 Jahre alt waren, so erstaunt die Reife, mit der sie ein gegen einen emotionalisierten Zeitgeist gerichtetes strategisches Ziel ins Auge faßten und es mit unterschiedlichen taktischen Mitteln anzustreben suchten.

Leider sind direkte Reaktionen in Form von Briefen an die Redaktion nicht erhalten geblieben.<sup>429</sup> Ein Eindruck vom Ausmaß der Anfeindungen, denen die Mitarbeiter des ‚Tribunals‘ von Beginn an ausgesetzt waren, ist bereits in einer redaktionellen Kolumne des zweiten Heftes zu gewinnen. Sie wurden als „kranke Idioten“ oder als „Bande“, die „nach dem Frankfurter Judenviertel“ gehöre, beschimpft, und es wurde der Versuch gemacht, sie mit dem Hinweis zu verunglimpfen, daß sie nicht „wie einige deutsche Jungen´s [sic] [seien], die draußen etwas geleistet und sich nicht wie ihr Narren gedrückt haben.“<sup>430</sup> Die Antwort in lakonischer Kürze und satirisch-aufklärerisch müßte von hoher Überzeugungskraft gewesen sein, wenn nicht die Erkenntnis der Psychologie dagegenstände, daß es demjenigen, der ein Vorurteil transportiert, gar nicht um einen Austausch von Informationen oder gar um die Bereitschaft zu einem Lernprozeß geht. Er benötigt das Vorurteil geradezu, um etwa Defizite zu kompensieren oder Frustrationen abzuleiten.

Die Antwort der Redaktion soll hier festgehalten werden, weil sie deren verbalen Witz und kreative Gestaltungsmöglichkeiten charakterisiert: Unter der Überschrift „4 Mitarbeiter des Tribunal“ sind synoptisch, durch senkrechte Striche unterteilt, sieben Kategorien angeordnet [hier in Klammern gesetzt die im Text darunter aufgeführten Informationen, die sich auf vier Mitarbeiter beziehen; zweifellos wurden die Daten Haubachs und Mierendorffs mit verwendet]: „Zusammen alt“ (97) / „Jahre Krieg“ (17) / „Verwundungen“ (13) / „Orden“ (19, darunter 3 E.K.I.) / „Frühstück bei S.K.H.“ (1) / „Händedrucke S.M.“ (2) / „Schulterklopfen S.M.“ (1).<sup>431</sup> Neben der bestechenden formalen Lösung, die vor allem die satirischen Fähigkeiten Mierendorffs und Haubachs widerspiegelt, ist zudem bemerkenswert, daß aus dem Wust der Attacken des politischen Gegners jene als Objekt einer Antwort gewählt wurde, die die Kriegsteilnahme in Frage stellte. Der Vorwurf der Unzuverlässigkeit oder der „Drückebergerei“ in diesem Bereich traf sie, wie als Reaktion die eindrucksvollen Zahlen des ersten Teils der Synopse verhaltenen Stolz erkennen lassen. Jahre später ließ Mierendorff in seiner einzigen Rede als Reichstagsabgeordneter einen ähnlichen Reflex erkennen, als er Goeb-

<sup>428</sup> Das Tribunal 1 (1919), 12. H., S. 127.

<sup>429</sup> Kurt Heyd berichtet von Verunglimpfungen, Diffamierungen, die sich in den lokalen Zeitungen „scharf bis zur Ehrabschneiderei“ steigerten, und öffentlichem Aufruhr, als ‚Das Tribunal‘ im Herbst 1919 Paul Colin auch noch zu einem öffentlichen Auftritt nach Darmstadt einlud, in: Die Neue Zeitung v. 15.8.1947, Stadtarchiv Darmstadt, ST 45, Kurt Heyd.

<sup>430</sup> Das Tribunal 1 (1919), 2. H., S. 31.

<sup>431</sup> Das Tribunal 1 (1919), 2. H., S. 31.

bels zurief, der den Parlamentssaal verlassen wollte, ob der es nicht wagen würde, einem Kriegsteilnehmer ins Auge zu schauen, um zum Schluß seiner Rede noch einmal auf seinen Status als „alter Frontsoldat“ und den Erwerb des Eisernen Kreuzes I. Klasse mit der Absicht zu verweisen, damit gezielt den Nationalsozialisten bloßzustellen.<sup>432</sup>

Die Aktivitäten Theodor Haubachs unmittelbar nach Ende des Krieges zeigen einen entschlossen handelnden, allem Anschein nach auch bewußt politische Positionen einnehmenden jungen Mann. Grundsätzliche Aussagen zur Politik machte er in einem längeren ‚Tribunal‘-Beitrag des April-Heftes 1919. Auffällig ist die Zuordnung von „Geist“ und „Politik“; eindeutig wird nämlich dem „Geist“ alles Politische untergeordnet und vom Verfasser herausgehoben – so, als sei dies unumstößlich – formuliert, daß „die Politik eine entartete Funktion des Geistes“ darstelle.<sup>433</sup> Seinem Versuch einer Beweisführung unterlegt er die Unterscheidung in „Bürger“ und „Mensch“, in der – wie oben in anderem Zusammenhang bereits skizziert – der Bürger als Zerrbild des Spießers dargestellt wird, als nörglerisch, sattsufrieden, blutlos, ordnungssüchtig, steril, botmäßig, insgesamt mittelmäßig: „Feind allen Höhen und Tiefen.“<sup>434</sup> Ihm gegenübergestellt wird der „Mensch“, der – ungebärdig, tendenzlos, sehnsüchtig, sich aufbäumend –, in sich starke Spannungen repräsentierend, über den Alltag, „das Sekundäre“ hinaus „das Endgültige“ erreichen kann. Die Gegenüberstellung dieser beiden Gruppierungen, für die der Autor offensichtlich keinen Oberbegriff fand, leiten über zur Qualifizierung des Begriffes „Politik“. Verschiedene Entwicklungen und Erscheinungen lassen Haubach ein außerordentlich negatives Bild von „der Politik“ entwerfen. Einmal sind es die Forderungen „der Masse“ nach „Glück“, denen „die Politik“ zu entsprechen versucht; sie kann die Erwartungen jedoch nicht erfüllen – „Unehrllichkeit“, „Demagogie“ und „Betrug“ sind die Folge. Ein weiterer Quell des Übels – so Haubach – sei in den Folgen der Industrialisierung zu sehen, in deren Konsequenz Politik sich z.B. nicht zu einer kreativen Instanz entwickeln konnte, sondern einen herausgehobenen Stellenwert nurmehr dadurch erhielt, daß sie das Staatswesen mit einer mechanistischen Verwaltung, einem „Apparat“, überzog und: „Niemals war ihr [der Politik, P.Z.] das Menschliche dabei wichtig, nur ihr Rezept.“ Auch „die neusten [sic] und lebendigsten Erfindungen“, nämlich „Sozialismus, Kommunismus“, sieht Haubach als „Neubauten auf dem allzu unsoliden Untergrund.“<sup>435</sup>

Den Weg aus der Misere könne nach der Meinung des Verfassers auch nicht durch eine Revolution gefunden werden, weil sie sich allein „gegen die Mechanik und nicht die Triebkräfte“ wenden würde. „Nicht neue Politik, neue Religion“ – so klingt Haubachs Credo zu Anfang des Jahres 1919, und er möchte mit einem solchen Umsturz nicht etwa einer kirchlichen Organisation die Aufgabe der Ablösung der Politik übertragen, sondern er wünscht die „Diktatur“ und „Herrschaft“ der „vollkommenen Menschen“, um zum „endgültigen Ziel“ zu gelangen, wie er es bereits im einleitenden Satz seines Beitrages formuliert, und zwar zur „Aristie“, der einzigen „Staatsform, die vor den Augen des Geistes hielte“, die also auf die überragende Leistung eines einzigartigen Helden baut.

<sup>432</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 144 ff.

<sup>433</sup> Haubach, Theodor: Wider die Politik, in: Das Tribunal 1 (1919), 4. H., S. 52.

<sup>434</sup> Ebd., S. 52.

<sup>435</sup> Ebd.

Dem programmatischen Ausruf der Überschrift „Wider die Politik“ wird die äußere sprachliche Gestaltung des Beitrages durchaus gerecht. Eine gefühlsbeladene, manchmal pathetische Sprache, kurze, vorwärtsdrängende Sätze und einige harte Schnitte sollen den Leser mitnehmen auf eine Art Gedankenflug. Doch die inhaltliche Struktur des Textes weist eine Reihe von Ungenauigkeiten und definitivischen Schwächen auf. So wird ausschließlich „die Politik“ thematisiert, handelnde Politiker treten nicht auf; die „Bürger“ und „Menschen“ – nicht gerade eine originelle Wortwahl – werden zwar mit ihren vermeintlichen Eigenschaften umrissen, aber ihr jeweiliger Ort oder ihre Funktion im traditionellen Staatswesen bleiben unklar. Auch die Ursachen des Niederganges der Politik werden fast ohne historischen oder sozialökonomischen Hintergrund erörtert, eine Einschätzung der Gewichtung der verschiedenen negativen Auslöser fehlt. Haubach löst sich sicherlich ungewollt an einigen Stellen auch von seinem ‚Modell‘, verwendet z.B. das Adjektiv „menschlich“ im herkömmlichen Sinne und zeigt damit, daß es wohl noch nicht bis zum Ende durchdacht war.

Nachdem einige Zeugnisse seines konkreten, auch bemerkenswerten politischen Handelns in dieser Zeit dargestellt werden konnten, ist bedeutsamer als die Analyse formaler oder struktureller Schwächen die Frage, welche grundsätzliche Haltung Haubach zur Politik eingenommen hat oder welche ihrer wichtigen Elemente sich in „Wider die Politik“ nachzeichnen lassen. An die Stelle des seiner Meinung nach durchweg maroden Systems will er eine elitistische Struktur gesetzt sehen, den herausgehobenen Helden an der Spitze, durch den es gelingen soll, das „verschüttete“ Geistige, verkörpert durch sein Bild des „Menschen“, wieder ans Licht zu bringen und zu einer angemessenen Stellung im Staat. Welche Funktion die „Masse“ – wohl als die Summe der „Bürger“ zu interpretieren, wenn auch vom Autor nicht *expressis verbis* so formuliert – im Staatswesen erhalten soll, bleibt offen. Vielmehr erhält Haubachs Vision zum Abschluß einen Zug ins Transzendente, wenn er die „Diktatur der Verwegenen [...], der vollkommenen Menschen“ einfordert, „deren Seele rein dem Unendlichen verschwistert“ ist.<sup>436</sup> Abgehoben-illusionär und menschenleer mutet dieser Entwurf an und gibt den Blick frei auf den jungen Theodor Haubach, der die offenkundig von ihm geschätzten Versatzstücke bildungsbürgerlich-neuhumanistischer Ideologie internalisiert hatte und mit ihnen ein zeitlos gültiges Politik-Modell zu entwickeln können glaubte, das wie auf Stelzen über dem tristen Alltag thronte.

Er stellte es demonstrativ in eine Zeit hinein, die geprägt war von sich überschlagenden tagespolitischen Geschehnissen, heftigsten politischen Auseinandersetzungen, wirtschaftlicher Not – wiederum ist ausgeprägtes Selbstbewußtsein zu konstatieren, das durchaus auch Züge von Anmaßung annahm, im Detail wenn Haubach etwa der „Masse“ nicht Gefühle des Glückes zuordnen konnte, sondern ihr allenfalls solche des „Behagens“ oder prinzipiell bestehende Staatswesen „dem Gelächter alles [sic] Geistes“ ausgesetzt sah.<sup>437</sup>

Die Vermutung, daß der Aufsatz Haubachs als vordergründige Provokation oder als Satire aufgefaßt werden sollte, wird konterkariert durch die sich anschließende Diskussion um seinen Inhalt. Bereits im folgenden Heft sah sich die Redaktion offenkundig genötigt, vor allem einen Beitrag Michels gegen eine kritische Zusage Kurt Hillers in Schutz zu nehmen. Michel hatte in seinem Text, der in Heft

---

<sup>436</sup> Ebd.

<sup>437</sup> Ebd.

4 unmittelbar vor Haubachs „Wider die Politik“ placiert worden war, ausladend die griechischen Philosophen und die griechische Mythologie berufend, über die Bedeutung des „Geistigen“ referiert und diesem grundlegende Bedeutung in der „Unfähigkeit zum Kompromiß“ und in der mangelnden Fähigkeit zugemessen, „sich im Stoffe politischer, sozialer, dogmatischer Gebilde restlos zu realisieren.“<sup>438</sup> Diese Distanz zur Auseinandersetzung mit der Frage, welchen Ort und welche Funktion das „Geistige“ in der konkreten Politik einnehmen könnte, verband er mit einer direkten Attacke gegen den „aktivistischen Materialismus“ Hillerscher Prägung, um sich abschließend aus der Verantwortung in der Gegenwart „in die Jahrtausende“ zu versetzen, wenn der „Geist“ eine „Erneuerung der europäischen Mentalität“ erreicht hätte. Dann wäre „Tat“, und zwar „bis an die Sterne reichend, Tat, an der das zuhauende Schwert des Söldners zur wesenlosen Nichtigkeit zerstiëbt.“<sup>439</sup> Die ideologische Nähe Haubachs zu Michel wird darüber hinaus augenscheinlich, indem Michel etwa die Bedeutung der „Führenden“ hervorhob oder den „Jammer der Bürgerlichkeit“ beklagte<sup>440</sup>.

Zunächst setzte sich Haubach vehement für den Beitrag Michels ein, in dem nach seiner Auffassung „unerbittlich [...] an den letzten Dingen gerüttelt“ werde, während Hiller – so der Vorwurf – „aus der unendlichen Weite der Gedanken und Träume“ zum „Irdischen, Umrissenen, Festen“ gewechselt sei.<sup>441</sup> Michel, den Mitstreiter „im Geiste für das Geistige“ galt es, nachdrücklich zu unterstützen, wobei beide einander augenscheinlich nahestanden in dem Bemühen, bildungsbürgerliche Omnipotenz vor sich herzutragen, ohne die Verstrickung in selbstgefällig-elaborierte Kodierung wahrnehmen zu können.

Im weiteren Verlauf seiner Replik, die nur bruchstückhaft die Anmerkungen Hillers wiedergab, wehrte Haubach sich auch gegen die offensichtlich en passant gemachte Einschätzung Hillers, er hätte in seinem Artikel „Wider die Politik“ offensichtlich „Politik“ mit „schlechter Politik“ verwechselt. Außerdem fügte Hiller sein Bedauern darüber an, daß der Herausgeber [Mierendorff, P.Z.] beide Arbeiten „ohne sofortige Widerlegung“ hätte passieren lassen.<sup>442</sup> Haubach wies die Kritik zurück und betonte, daß es ihm darum gegangen sei, den „Apparat“ zu entwerten „zu Gunsten des Menschen“. Unklar bleibt in diesem Zusammenhang, welchen Typus „Mensch“ er bei dieser Formulierung im Auge hatte. Heftig traf ihn offenkundig der Verweis Hillers auf die unterlassene korrigierende Funktion Mierendorffs. Er reagierte mit der Frage, ob denn „in einer Zeitschrift, wie das <Tribunal>, das der Revolution dient, nicht über ihre ernstesten Fragen dikutiert werden (sollte)?“<sup>443</sup> Zweifellos war ihm sein Politik-Entwurf ein Anliegen gewesen, das lassen die Äußerungen in diesem Beitrag erkennen, allerdings muß auch in dieser Passage den genauen Leser die unkommentierte Nutzung des Begriffs

<sup>438</sup> Michel, Wilhelm: Geist, Forderung, Quietismus, in: Das Tribunal 1 (1919), 4. H., S. 50.

<sup>439</sup> Ebd. – Der Terminus „Tat“ wird offenkundig in Anspielung auf den von Kurt Hiller benutzten „Tat“-Begriff eingeführt, der auf Heinrich Manns 1910 erschienene Schrift „Geist und Tat“ zurückgeht.

<sup>440</sup> Ebd., S. 49 f.

<sup>441</sup> Haubach, Theodor: Offener Brief an Kurt Hiller, in: Das Tribunal 1 (1919), 6. H., S. 76.

<sup>442</sup> Ebd., S. 75. Hiller selbst hatte offensichtlich keinerlei Hemmungen, sich kommentierend, einordnend, auch zurückhaltend-kollegial kritisierend im Vor- oder Nachwort zu den Beiträgen in den von ihm herausgegebenen „Ziel“-Bänden zu äußern; so wurden 10 der 22 Fremdbeiträge des „Jahrbuches IV“ von ihm mit z.T. recht umfangreichen Anmerkungen versehen.

<sup>443</sup> Ebd.

„Revolution“ überraschen, da sie in „Wider die Politik“ ja keineswegs als Fortschritt per se qualifiziert wurde.

Doch auch Mierendorff hatte tatsächlich zwar nicht im selben Heft, aber umgehend im darauf folgenden auf Haubachs und Michels Gedanken reagiert, dabei zwar Michel, aber nicht Freund Theo ausdrücklich beim Namen genannt. Im Vordergrund den „Aktivismus“ Hillers verteidigend, setzte sich Mierendorff unmißverständlich von jenen „Geistigen“ ab, die alles Politische „hochmütig“ degradierten und sich der Verantwortung entzogen. Gerade die nach-revolutionäre Phase in Deutschland würde den Einsatz des „Geistes“ unbedingt „gegen die Parteisekretäre, [...] die Professionals, die politischen Blindschleichen, die Abgebrühten, die Parolengröler“ gebieten. Aber – so seine sarkastische Charakterisierung – der Geist „wirft lieber Ewigkeitswerte nach den Sternen.“ Er siedelte Politik dort an, wo sie nach seiner Auffassung ihre Bedeutung und Funktion für den Menschen hatte, nämlich in der „edelsten, produktivsten Form“ das Leben in einem Staatswesen so zu gestalten, daß „Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Liebe“ obsiegten über Hunger, Elend und Unterdrückung. Wenn aus der Revolution auch nicht viel mehr als eine Revolte geworden sei, der Staat nicht mehr als „eine Etappe“ darstelle, gelte es jetzt, daß alle zupackten. Sein Zorn über die Flucht aus der Verantwortlichkeit in philosophierendes Verbalisieren mit dem Blick in transzendente Weiten erweist sich daran, daß Mierendorff seine Kritik ein zweitesmal in noch schärferer Form mit den Aussagen der beiden „Geistigen“ konfrontierte: „Aber sich im Himmel spiegelnd schminken Bewahrer des Geistes ihre begnadete Seele, indes die Kadaver Erschlagener und die Seelen der im Zuchthaus Vermodernden zum Himmel stinken.“<sup>444</sup>

Mierendorff schwor mit seinem Beitrag dem „Geistigen“ keineswegs ab, wies ihm aber nachdrücklich eine dienende Rolle im politischen Feld zu, während sein Freund Theo zumindest zu diesem Zeitpunkt ideologisch sehr weit entfernt schien, indem er eine eindeutige Trennung zwischen beiden Bereichen sah und sie auch hierarchisch einander zuordnete. Auf welche Weise diese inhaltliche Kontroverse zwischen ihnen ausgetragen wurde, ist nicht überliefert. Mierendorff, als Herausgeber des ‚Tribunal‘ sicherlich auf Reputation zumindest in bestimmten Kreisen bedacht, zu denen zweifellos auch der umtriebige und überregional eine ‚Instanz‘ darstellende Hiller gehörte, ließ mit seinem Beitrag, der sich zwar überwiegend mit Michel auseinandersetzte, sich aber mit dem programmatischen Titel „Und doch Politik“ frontal dem Haubachschen Artikel entgegenstellte, keinen Zweifel an seiner Politik-Auffassung aufkommen. Erstaunlich mutet auf den ersten Blick an, daß sich dann Freund Theo – wie oben angedeutet - mit Hiller stellvertretend für die Redaktion auseinandersetzen durfte. Einmal wollten Mierendorff und Haubach es sicherlich nicht zum Bruch kommen lassen, zum andern fanden sie offensichtlich im Terminus „Revolution“ ein Element des politischen Feldes, bei dem eine Annäherung der Standpunkte erreicht werden konnte. Haubach war offenkundig inzwischen davon überzeugt worden, daß für die konkrete politische Situation des Landes der Erfolg der revolutionären Bewegung ausschlaggebend sei. Die Revolution wurde als ernstzunehmende politische Größe, als primär zu realisierendes politisches Ziel von ihm akzeptiert. So ließ er in der Replik auch nicht seinen hierarchischen Überbau wiederaufleben, ein Hinweis auf

<sup>444</sup> Mierendorff, Carlo: Und doch Politik. Eine Verteidigung des aktivistischen Idealismus, in: Das Tribunal 1 (1919), 5. H., S. 62 f.

den vorher geforderten völligen Umsturz - eine „neue Religion“ - unterblieb. „Die Revolution“ wurde zur einigenden Kraft erklärt, die die „Geistigen“ verbinden sollte, ohne daß freilich auch nur oberflächlich die Ziele der Revolution dargestellt wurden.

Vollständigen ‚Schulterschuß‘ demonstrierten Haubach und Mierendorff dann in einer umfangreicheren redaktionellen ‚Notiz‘, in der sie die Veröffentlichung des Haubachschen ‚Offenen Briefes an Hiller‘ bedauerten und sie mit ‚Eigenmächtigkeit des Druckers‘ erklärten. Der sonst sehr streitbare Hiller zeigte sich offensichtlich generös und war mit der Entschuldigung zufrieden. In ihrem kleinen Beitrag betonten beide Autoren noch einmal eine gemeinsame Position mit Hiller, beschworen in der Erinnerung an die Zeit der expressionistischen Bewegung den Erhalt einer ‚Phalanx‘ und fügten ein Bild hinzu, das bezogen auf die eigene Rolle auch auf großes Selbstbewußtsein verweist: ‚Es ist nicht gut, wenn sich Generäle in Kantinen um die Methode zanken.‘<sup>445</sup> Auffällig ist auch an diesem Beitrag die pure Deklamation des Begriffes ‚Revolution‘, der ohne grobe oder gar differenziertere Verabredung der vermeintlichen Kombattanten untereinander nach innen einigend wirken und nach außen den politischen Gegner zurückdrängen sollte. Nur aus dieser unzweifelhaft tagtäglich erlebten Konfrontation mit denen, die jede politische Erneuerung ablehnten, sich als ‚Volkes Stimme‘ über Leserbriefe, durch Störmanöver rechter Studentengruppen, Aufmärsche, Gewalttaten oder eine emotionalisierte, oft reaktionäre lokale Presse artikulierten, ist sicherlich dieser Reflex auch zu erklären, nämlich als Schnittmenge gemeinsamer politischer Interessen, zunächst genährt aus der Genugtuung über das Ende der Wilhelminischen Ära.<sup>446</sup>

Der Titel eines weiteren gewichtigen Beitrages Haubachs für das ‚Tribunal‘ signalisiert mit dem Titel ‚Zur Krisis der Revolution‘ eine Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen und aktuellen Vorgängen der Politik.<sup>447</sup> Dabei handelt es sich über weite Strecken um eine um die Definierung des Begriffs bemühte Auseinandersetzung, die zwar – wahrscheinlich entstand der Text etwa ein Jahr nach der Novemberrevolution – mit dem den aktuellen Stand beschreibenden Satz beginnt: ‚Die Revolution stockt.‘ - damit eine eher euphemistische Charakterisierung abgibt -, dann aber übergeht zu einer allgemeineren Darstellung.<sup>448</sup> Haubach beklagte zunächst, daß der Begriff ‚vieldeutig‘ geworden sei und im Namen der Revolution ‚viele Änderungswünsche‘ vorgetragen würden, die die grundsätzliche Bedeutung der Revolution verschwimmen ließen und ihre Schlagkraft schwächten.<sup>449</sup> Sein Verständnis von Revolution war zu diesem Zeitpunkt auf wenige Elemente beschränkt. Als wesentlichen Auslöser benannte er ‚die Unfähigkeit der Wirtschaft, die Sicherstellung eines Existenzminimums durch Produktion und

<sup>445</sup> Das Tribunal 1 (1919), 7. H., S. 91.

<sup>446</sup> So setzte sich Mierendorff mit einer Redakteurin der konservativen ‚Hessischen Landeszeitung‘ auseinander, die für Haubachs Artikel ‚Lob flötet‘, ‚conträre Standpunkte‘ in der Redaktion ausmachte, um – wie er vermutete – ‚Bresche zu legen‘. Auch sein Vorwurf, sie hätte den Beitrag wohl nicht begriffen, kann die Berechtigung der Attacke und die offenkundig in der Redaktion vorhandene Nervosität nicht aus der Welt schaffen. In: Das Tribunal 1 (1919), 5. H., S. 65.

<sup>447</sup> Haubach, Theodor: Zur Krisis der Revolution, in: Das Tribunal 1 (1919), 12. H., S. 132 – 134; der Beitrag wurde auch veröffentlicht in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. v. Kurt Hiller, Bd. IV, München 1920, S. 179 – 182.

<sup>448</sup> Ebd., S. 132.

<sup>449</sup> Ebd., S. 133.

Verteilung für jedermann zu gewährleisten.“ Damit „das verantwortungsbewußte, saubere Denken von Marx“ aufnehmend, distanzierte er sich fast in gleichem Atemzug von ihm und vor allem dessen „Jüngern“ mit dem Hinweis, daß sich die ökonomischen Grundlagen im 20. Jahrhundert entscheidend verändert hätten. Neben der oben erwähnten grundlegenden Tatsache, die den Einfluß der Wirtschaft betonte, nannte er als weiteren „Baustein“ seines Theorieentwurfs, daß zur Revolution zwangsläufig das Mittel der Gewalt gehöre.<sup>450</sup> Im Kern ginge es jedoch darum, so seine Forderung, die „Verlotterung des revolutionären Denkens“ endlich zu beenden, die „Hanswurstiaden des 9. November“ wären der schlagende Beweis, daß eine „alles umspannende Systematik der Revolution, präzis durchformuliert bis aufs letzte“ fehlen würde. Auch der „Sozialismus“, der in seiner augenblicklichen Verfassung „nur die Köpfe verqualmt, aber nicht revolutioniert“, hätte nicht die Kraft, einen tiefgreifenden politischen Umsturz herbeizuführen: „Die geistigen Energiecentren des Sozialismus sind also wüst ramponiert.“<sup>451</sup>

Die Schlußsätzen schließen an die wenig konkreten, wie in der ‚Dachstuben‘-Zeit umständlich-manipuliert formulierten Leitgedanken an, ein analysierendes Vorgehen wird beim Rekurs auf historische Wurzeln nur vorgegeben, aber nicht eingelöst. Die „Krisis“ der Revolution, wollte der Autor suggerieren, sei eine Krise des „Geistes“ bzw. bestehe in der Unfähigkeit der „Geistigen“, ihr in Form einer „präzis durchformuliert(en)“ Systematik die angemessene Grundlage zu verschaffen. Angemessen wurden abschließend auch nicht etwa Handlungsstrategien erörtert, sondern Haubach äußerte die Hoffnung, daß jemand „den Grundgedanken“ für eine Theorie findet, die „das alle Einende, alle Bindende trifft“, merkte allerdings zugleich an, daß dies „eine Sache der Gnade [sei], und zum letzten nicht in Menschenhand“ liege.<sup>452</sup>

Ganz eindeutig ist festzustellen, daß Theodor Haubach auch gegen Ende des Jahres 1919 an den ihm wichtig erscheinenden Elementen in der Gedankenführung, auch z.B. bei der Auseinandersetzung mit Politik, festhielt. Die Kraft des Geistigen, obwohl an keiner Stelle auch nur andeutungsweise definiert, blieb bestimmend für alle Lebensbereiche. Theodor Haubach sah sich zweifellos bereits als Etablierter in dem Zirkel der Elite und meldete sich, als müßte er die Zugehörigkeit zu dieser Gruppierung nachweisen, mit eigenwilliger Denkweise zu Grundfragen der Politik und war jeweils bemüht, geschlossene, von der Realität abstrahierte Systeme zu entwickeln. Die Bedeutung der Revolution schob sich in seiner Werteskala zwar in den Vordergrund, der politische Alltag jener Tage und die vermutlich engagierten Diskussionen im Freundeskreis über den Stand des politischen Fortschritts ließen ihn sicher nicht unbeeindruckt, aber noch verwendete er den Terminus abständig wie eine Metapher für ‚die Politik‘ und setzte ihn deklamatorisch ein. Nach seinen vorliegenden Äußerungen muß ihn der Verlauf der revolutionären Bewegung auch in seiner Auffassung bestärkt haben, daß eine kraftvolle politisch-ideologische Führung unbedingt notwendig sei. Die Chancen für eine gesellschaftliche und politische Umwälzung zu erörtern, die in einem

<sup>450</sup> Kurt Hiller konnte nicht umhin, diese Behauptung Haubachs in der ‚Ziel‘-Ausgabe des Aufsatzes, die mit der im ‚Tribunal‘ erschienenen identisch war, mit einem umfangreichen Zitat aus Lassalles Schriften zu konfrontieren, in dem eine gegensätzliche Auffassung vertreten wird. Vgl. Das Ziel, Bd. IV, S. 179.

<sup>451</sup> Haubach, Zur Krisis, S. 134.

<sup>452</sup> Ebd.

Aufstand breiter Volksschichten liegen könnten, hielt er offensichtlich für vernachlässigenswert.

Für die Parteien - immerhin hatte sich im ersten Jahr der Republik ein breites Spektrum herausgebildet, und es wurde um die potentiellen Wähler bereits heftig gerungen - war bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Platz in Haubachs grundsätzlichen Erwägungen. Er kennzeichnete „den Sozialismus“ zwar als „positiven Exponenten“ der Epoche und stellte ihn „dem Kapitalismus“ gegenüber, fügte jedoch an, daß der Sozialismus sich „mit der Entdeckung seines guten Herzens“ um Stoßkraft und Entschlossenheit gebracht habe und – wie oben bereits erwähnt – so auch keine wichtige Rolle in der Revolution spielen könne.<sup>453</sup> Zu vermuten ist, daß ihm die SPD als konkrete Gestalterin des Sozialismus bei diesen Formulierungen vor Augen stand, seinem kritischen Blick jedoch (noch) nicht standhalten konnte, wie die schroffe Ablehnung zeigt. Das „gute Herz“ erläuterte er an einer anderen Stelle, indem er dem Sozialismus vorhielt, dieser habe sich „die Menschheit als Rührungsobjekt“ unterschieben lassen, damit in der Pose des kühlen, ja kalten Analytikers zu unterstreichen suchte, daß er also den Kampf sozialistischer Kreise um eine durchgreifende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen unterprivilegierter Schichten nicht ernstnehmen konnte. In der Verbindung mit dem apodiktischen Urteil läßt sein Bedauern über die dadurch entstandene mangelhafte Schlagkraft des Sozialismus noch einmal deutlich werden, wie stark er fixiert war auf die Erwartung einer aus dem Stand der „Geistigen“ erwachsenen Idee verbunden mit Führungskraft, anscheinend den (partei-)politischen Alltag wahrnahm, aber eingesponnen war in eine individuell gestaltete Ideologie, die sich inhaltlich an die auf bildungsbürgerlichen Versatzstücken fußenden ‚Dachstube‘-Texte.

Die Reflexion über grundlegende politische Konzepte ist bei Haubach in dieser ersten Phase nach der Revolution also nachweisbar, wenn auch die Entwicklung weitgreifender Konzepte bis hin zur Annäherung an Transzendentes gegenüber der Auseinandersetzung mit realem politischen Geschehen vorherrschte. Dennoch gab es einen Aspekt des aktuellen gesellschaftlichen Feldes, der ihn offensichtlich herausforderte, der Kampf gegen den „Spieß“, gegen den „Bürger“ oder – wie er in seinem letzten Beitrag für das ‚Tribunal‘ formulierte – gegen die „Reaktion“.<sup>454</sup> Dazu mag nach den Erfahrungen der ersten zwei Semester an deutschen Hochschulen die Konfrontation mit den nationalen Burschenschafnern einen zusätzlichen Impuls gegeben haben.<sup>455</sup> In seinem bei weitem umfangreichsten Artikel für das Blatt kam Haubach erstmals ohne weitschweifige Erläuterungen zur verwendeten Begrifflichkeit aus, sondern attackierte umgehend und direkt das Wirken der „Reaktionäre“ in Schule, Kunst, Wissenschaft und in der Politik überaus scharf, bezichtigte ihre Vertreter des trägen Verharrens, der „Starrsucht“ und der Okkupation wichtiger Bereiche der Gesellschaft und des Staates.<sup>456</sup> An Beispielen wie verfehlten Zielsetzungen in den Schulen, der Veräußerlichung der Religion, aufgesetzt-gefühlsseligen vaterländischen Parolen, antisemitischer Het-

<sup>453</sup> Ebd.

<sup>454</sup> Haubach, Theodor [im Text falsch: Theoder]: Reaktion. BOB gewidmet, in: Das Tribunal 2 (1920), 3. H., S. 32 – 35.

<sup>455</sup> Haubachs Erfahrungen in der politischen Arbeit vor allem an der Universität Heidelberg werden unten im Rahmen dieses Kapitels differenzierter dargestellt und gewichtet werden.

<sup>456</sup> Ebd., S. 35.

ze und dem Fortbestehen imperialistischer Vorstellungen konkretisierte er die Vorwürfe mit einem klaren Blick auf die gesellschaftliche und politische Relevanz der von ihm gewählten Themen. Diese Abrechnung erwuchs zweifellos in erster Linie aus der Sorge um ein Wiedererstarken des Wilhelminischen Systems, das sich für ihn in der Schicht der (groß-)bürgerlichen Reaktionäre personalisierte. Diese Konstante in Haubachs politischer Einschätzung der Situation war also erhalten geblieben, die Schärfe und Unversöhnlichkeit im Ton weist eher darauf hin, daß sie sich nicht zuletzt wohl durch den Verlauf der tagespolitischen Ereignisse stabilisiert hatte.

Haubach entwickelte seine massive Kritik in kurzen, rasant vorgetragenen Sequenzen und mischte die sprachliche Gestaltung aus distanziert-analysierenden und satirischen Elementen, fiel in relativ wenigen Passagen in seinen umständlich-philosophierenden Tonfall zurück. Als habe sich der Autor eines (allerdings selbstgewähltes) Korsetts entledigt, so heben sich die Frische und Unmittelbarkeit des Beitrages im Vergleich zu den meisten seiner vorhergehenden Texte entschieden ab. Die geistige Kampfeslust setzte kreative Kräfte frei, die zuvor in dieser Breite und Intensität noch nicht erkennbar waren. In einigen Sequenzen nimmt sich der Beitrag Haubachs – auch auf Texte Mierendorffs trifft diese Beobachtung zu – wie ein Vorbote auf die satirische Kultur der 20er Jahre in Deutschland aus. Ein Beispiel, in dem er eine „einstimmig und flammend gefaßte Protestresolution sämtlicher deutscher Burschenschaften“ persiflierte, mag diesen Eindruck wiedergeben: „1. Das deutsche Volk besteht aus: a) Dichtern, b) Den kern. 2. Es besitzt daher seine Ideale nicht nur Feiertags sondern überhaupt. 3. Ideale sind: a) Vaterland, b) Christentum, c.) Freiheit. (Anwendung von b und c nur unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen). 4. Andere Ideale sind keine Ideale, sondern Materialismen. 5. Wer Vorstehendes nicht anerkennt ist ein Jude.“<sup>457</sup>

Als bemerkenswert anzusehen ist die vorsichtige Wende Haubachs hin zur Wahrnehmung und Einbeziehung konkreter politischer Phänomene in seinen Veröffentlichungen. Gegen den Hintergrund der in den dunkelsten Farben gemalten Gefahren, die nach seiner Auffassung für die Erneuerung des politischen Systems und der nationalen Identität von den Reaktionären ausgingen, gab er eine eindeutig politisch orientierte Parteinahme ab, indem er Verständnis und Sympathie für „die Ausbrüche von links“ bekundete, die „Ausbrüche Enttäuschter und Verzweifelter“ als „erschütternd und wahr“ einordnete, ohne jedoch konkret eine Gruppierung zu benennen. Den besitzenden bourgeoisen Schichten warf er in diesem Zusammenhang vor, während der Zeit, in der sie „herrschten“, „dem Arbeiter“ nicht gezeigt zu haben, wie er „sich aus der Dumpfheit seines Daseins“ hätte befreien können.<sup>458</sup> Die hohle Rhetorik läßt freilich vermuten, daß sie umlaufenden Parolen entlehnt war, daher ist anhand dieser Passage seines Textes allein schwer auszumachen, inwieweit Haubach sich betroffen fühlte und wie entschieden sein Engagement in der Konfrontation von linkem und rechtem Spektrum war. Diese Aussage wird im Verlauf dieses Kapitels daher noch im Zusammenhang mit der Betrachtung politisch motivierter Aktivitäten zu werten sein.

<sup>457</sup> Haubach, Reaktion, S. 33. Die 5 Punkte sind im Original untereinander angeordnet; Interpunktion und Orthographie wurden unverändert übernommen.

<sup>458</sup> Ebd., S. 35.

### 3.3.3 Die akademischen Lehrer

Die Anziehungskraft Heidelbergs von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg auf Menschen, die sich der kulturellen und geistigen Elite zurechneten, gründete sich einmal auf eine geschickte Berufungspolitik der Universität, die für verschiedene Fakultäten führende Wissenschaftler hatte gewinnen lassen. Daneben hatte sich ein vielfältiges kulturelles Leben entwickelt, das auch durch großherzogliche Gunst gedieh. Ein besonders deutliches Gewicht hatte sich der bereits erwähnte Kreis um Stefan George erworben. Daneben scharte sich mit vergleichbar eindrucksvoller Aura ein Zirkel herausragender Wissenschaftler und vielversprechender Talente unterschiedlicher Fachrichtungen der Zeit um den (Mit-)Begründer der deutschen Soziologie - um Max Weber. Er hatte mit einer juristischen Arbeit promoviert, arbeitete dann auch zu historischen und ökonomischen Themen und wurde als Dreißigjähriger auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie in Freiburg berufen. Drei Jahre später, 1897, erhielt er in Heidelberg den Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, den er aber bereits 1900 wegen einer schwerwiegenden psychischen Erkrankung aufgeben mußte.

In unserem Kontext kann es nicht darum gehen, dem Bild Max Webers eine weitere Facette hinzuzufügen. Bedeutsam ist vielmehr die Wirkung, die von ihm ausging und der sich auch Theodor Haubach und seine Freunde nicht entziehen konnten. Berichte und Würdigungen von Teilnehmern der Gesprächskreise, der ‚jours fix‘, in seiner Heidelberger Villa weisen einen ähnlich verklärt-unkritischen Grundton auf, wie wir sie in den Schilderungen Stefan Georges durch einige seiner ‚Schüler‘ vorfinden.<sup>459</sup> Max Weber konnte in ähnlicher Intensität wie der Literat, jedoch andere Felder besetzend, eine Art Kraftzentrum etablieren. Die wenigen Daten aus der Anfangszeit seiner wissenschaftlichen Laufbahn lassen einen Blick auf die große Breite seiner Interessen- und Forschungsgegenstände zu. Komplettiert wurden sie durch Themen der Kulturwissenschaft, der Theologie und durch die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Entwicklungen. Seit 1900 residierte Max Weber in Heidelberg, seinem Studienort, ohne Funktion an der Universität oder ein öffentliches Amt, und doch nahm er kraft seiner Veröffentlichungen und der bewußten Pflege „geistiger Geselligkeit“ auf nachhaltige Weise Einfluß auf den wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs.<sup>460</sup>

Die Faszination, die Max Weber offenbar auf Haubach und Mierendorff ausübte, ließ sie den Entschluß fassen, sich für das Sommersemester 1920 an der Münchener Universität einzuschreiben, an der Weber im Sommersemester 1919 seine Lehrtätigkeit nach langer Pause wiederaufgenommen hatte. Seine Sogwirkung läßt die Formulierung Mierendorffs erahnen: „Deshalb eilten wir Max Weber nach München nach.“<sup>461</sup> Sie gründete sich einmal wohl auf die Aura der intellek-

<sup>459</sup> Groppe, Die Macht, S. 572 f.

<sup>460</sup> Weber, Marianne: Max Weber. Ein Lebensbild, Heidelberg 1950; Atmosphärisches, Teilnehmerkreis der Runden und Intentionen kann der Band durchaus in allgemeiner Form vermitteln, wenn er auch heftig kritisiert und sogar als „untauglich“ für die Hand des Biographen qualifiziert wurde; vgl. Käsler, Dirk: Der retuschierte Klassiker. Zum gegenwärtigen Forschungsstand der Biographie Max Webers, in: Weiß, Johannes (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 711), Frankfurt/M. 1989, S. 29 – 54.

<sup>461</sup> Mierendorff, Carl: Nach 14 Jahren. Heidelberg 1918 und 1932. Wie wir es uns damals dachten und was daraus geworden ist, Ms. eines Vortrages, der Pfingsten 1932 vom Vf. vor den Mitgliedern der Sozialistischen Studentengruppe Heidelberg (ausdrücklich: „Nachkriegssemester“) gehalten.

tuellen Kraft, die ihn und seinen Kreis umgab, aber mehr noch auf die Veröffentlichungen Webers. Doch das Erlebnis, die Persönlichkeit bei der Vermittlung eigener Gedanken erleben zu können, kann nur in wenigen Kolleg- oder Vorlesungsstunden verwirklicht worden sein. Weber starb am 14. Juni 1920.

Unklar bleibt, wann und mit welchen Veröffentlichungen Max Webers die Freunde zuerst bekannt wurden. Anzunehmen ist aber, daß ihnen seine Aufsätze und Beiträge, die in verschiedenen Reihen und Zeitungen erschienen, zumindest ab 1917 zugänglich waren und ihr Interesse erregten. Mierendorffs eben wiedergegebene Bemerkung deutet bereits auf ein vorhandenes großes Potential an Bereitschaft hin, sich intensiv mit Weber zu befassen. Dieses Potential muß zwangsläufig gewachsen sein und sich in den Diskussionen innerhalb des Freundeskreises entwickelt und differenziert haben. Daneben ist die Formulierung Alfred Vagts' zu stellen, der – sich erinnernd – bemerkt: „Weber's [sic] ‚Politik als Beruf‘ hatten wir alle gelesen.“<sup>462</sup> Die Selbstverständlichkeit, mit der Vagts mit dem Wort „wir“ den Freundeskreis umschließt, unterstützt den Eindruck des bedeutsamen Einflusses durch Max Weber auf die gesamte Gruppe.

Bevor jedoch auf den von Vagts genannten, zentralen 1919 gedruckten Text eingegangen wird, soll auf einige frühere Veröffentlichungen verwiesen werden, die u.a. wohl auch Haubach bereits ‚erreicht‘ hatten. So publizierte Weber Ende Dezember 1917 Gedanken zu „Wahlrecht und Demokratie in Deutschland“, die durch die inhaltlichen Akzente und den sprachlichen Duktus auf breite Zustimmung bei der Gruppierung von Kriegsteilnehmern trafen, zu der Theodor Haubach zu zählen ist.<sup>463</sup> Expressis verbis forderte er im Blick auf „die heimkehrenden Krieger“ die Realisierung eines Ordnungssystems, die die „rein formalen politischen Rechte“ – im Kern mit der Einführung des gleichen Wahlrechts – sichern müsse.<sup>464</sup> Von dieser Grundlage aus könnten die „Krieger“ dann mit der Erneuerung der Strukturen beginnen. Diese gezielte Ansprache an die „Kriegsgeneration“ und der von einer der Lichtgestalten des geistigen Lebens des Reiches geäußerten Erwartungen hinsichtlich des Neuaufbaus an sie, hatte sicherlich eine große emotionale Wirkung. Im Winter 1917/18 hatten diese Soldaten längst erkannt, daß der Krieg nicht mehr siegreich beendet werden konnte. Zudem waren in der täglichen Konfrontation mit der fortbestehenden Wilhelminischen Hierarchie und Borniertheit, personifiziert durch das Offizierskorps, alle Hoffnungen auf eine grundlegende Erneuerung gesellschaftlicher Zustände und auf ein einigendes Nationalgefühl zerstoßen. Webers Text gab ein Signal, das ihnen Mut machte.<sup>465</sup>

Der Inhalt dieses Weberschen Textes nennt dann auch die dem Verfasser wesentlichen Brennpunkte, die in späteren Veröffentlichungen in anderen Kontexten immer wieder auftauchten: sein Drängen auf Installierung einer parlamentarischen Demokratie, die Betonung des „politischen Führertums“ und die Forderung nach

---

ten wurde; geplant als Beitrag für eine Festschrift zu Ehren Emil Lederers; in: State University of New York at Albany, Special Collection, NL E. Lederer, S. 5.

<sup>462</sup> Vagts, Alfred: *Memoiren*-Ms., Kap. 12, S. 25.

<sup>463</sup> Weber, Max: *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland*, in: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): *Max Weber. Gesammelte politische Schriften*, 2. erw. Aufl., Tübingen 1958, S. 233 – 279, zuerst ersch. in der Reihe „Der Deutsche Volksstaat“, Schriftenreihe zur inneren Politik, hrsg. von Wilhelm Heile und Walther Schotte, 2. Heft, Dezember 1917.

<sup>464</sup> Ebd., S. 258.

<sup>465</sup> Ebd.

einer einflußreichen weltpolitischen Rolle Deutschlands.<sup>466</sup> Weber hatte lange das ganze Ausmaß der militärischen Niederlage des Reiches nicht wahrhaben wollen, und all seine Versuche, politisch auf das Geschehen der letzten Kriegsmonate einzuwirken, waren bestimmt durch die Zielsetzung, weiterhin außenpolitisch eine bedeutende Rolle für Deutschland zu erhalten. So machte er die militärischen Führer zunächst für die Niederlage verantwortlich, wollte ein neues Regime nicht mit dieser Hypothek belasten. Zudem agitierte er gegen die revolutionäre Bewegung im Land und gegen separatistische Erscheinungen in Bayern, die nach seiner Auffassung Deutschland im Innern und damit als Partner der Siegermächte nach außen schwächen könnten.<sup>467</sup>

Die von Vagts hervorgehobene Veröffentlichung „Politik als Beruf“, die für einen Vortrag konzipiert worden war, leitete Weber mit einer grundlegenden Erörterung des Begriffes „Politik“ im Kontext mit dem Gewaltmonopol des Staates ein, um daraufhin die eben genannten Aspekte zu differenzieren. Der Staat manifestiere sich - etwa im Gegensatz zur Anarchie - durch „das ihm spezifische“ Mittel der „physische(n) Gewaltsamkeit“, formulierte er in den ersten Absätzen.<sup>468</sup> Diesen Anspruch und dieses „Recht“ müsse der Staat gegenüber Einzelpersonen oder Verbänden unbedingt behaupten. Von der Grundlage dieser Festlegung aus definierte der Verfasser Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“, der Beteiligung und Teilhabe also an der Ausübung eines Herrschaftsverhältnisses mit dem „Mittel der legitimen [...] Gewaltsamkeit“.<sup>469</sup>

Mit ausgedehnten historischen Verweisen und Exkursen widmete sich Weber dann breit dem politischen Führertum oder – wie er es auch ausdrückt – dem „charismatischen Führer“. In seiner Gestalt sah er das Ideal desjenigen Politikers verwirklicht, der „seiner Sache lebt“ und von der „Hingabe seines Anhangs“ getragen wird. In der „Hingabe der Gehorchenden“ an das Charisma des Führers wurzelte nach seiner Auffassung der „Gedanke des <Berufs> [kurs., P.Z.] in seiner höchsten Ausprägung.“<sup>470</sup>

Wie noch in den 1917 entstandenen Ausführungen mußte Weber nun nicht mehr für die Einführung eines parlamentarischen Systems argumentieren, es war mittlerweile etabliert worden. Deshalb diskutierte er die Verortung und mögliche Funktion des „Führers“ auch im Hinblick auf den status quo und erörterte ihren Platz in den Parteien. Ganz ausdrücklich unterschied er die aktuellen Organisationsformen der Parteien von denen der kaiserlichen Zeit, in denen Honoratiorenkreise herrschten. Eine „weitgehende Demokratisierung“ innerhalb der Parteien würde jenen Mitarbeitern zur Macht verhelfen, die Einfluß nähmen auf die Programme, die Kandidatenaufstellungen inszenierten und den Aufstieg von Kandidaten bewerkstelligten. Damit würden sie letztlich über größeren Einfluß verfügen als die Parlamentarier.<sup>471</sup> Für Weber hatte diese Konstellation die Konsequenz,

<sup>466</sup> Ebd., S. 275 ff.

<sup>467</sup> Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, Diss. Köln, 2. Aufl. Tübingen 1974, S. 281 ff.

<sup>468</sup> Weber, Max: Politik als Beruf (Vortrag vor Freistudenten in München im Winter 1918/19; Ausarbeitung im Druck ersch. im Oktober 1919), in: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): Max Weber, S. 493 – 548, S. 494.

<sup>469</sup> Ebd., S. 494 f.

<sup>470</sup> Ebd., S. 496.

<sup>471</sup> Ebd., S. 520.

daß auch nur aus diesem Parteiapparat heraus die Führerpersönlichkeiten stammen könnten: „Führer wird nun derjenige, dem die Maschine [gemeint ist der Parteiapparat, P.Z.] folgt.“<sup>472</sup>

Max Weber betrachtete vor allen anderen Parteien die Sozialdemokratie in dem hier analysierten Text mit besonderer Aufmerksamkeit, wenn nicht Sympathie. So hob er Bebel als Führerpersönlichkeit hervor, sah jedoch nach dessen Tod „eine Beamtenherrschaft“ in der Partei, zwar „ein höchst ehrenhaftes Beamtentum“ im Vergleich zu anderen Ländern, aber eben verbunden mit der Bürokratisierung der Partei und mit der Lähmung der Gestaltungskraft und des Durchsetzungsvermögens.<sup>473</sup>

Auch im Abstand von 80 Jahren fasziniert Webers Text durch seine Frische und Unmittelbarkeit in der Diktion, bezieht möglicherweise einen Teil der Lebendigkeit aus seiner ursprünglichen Vortragsform. Obwohl um eine höchst differenzierte Darstellung der Zusammenhänge bemüht, entwickeln sich die Gedankenstränge klar nachvollziehbar. Der kritische Blick auf die deutsche Geschichte, die Verschränkung mit historischen Entwicklungen in anderen Ländern bzw. Kulturen, ironische Seitenhiebe auf aktuelle Gegebenheiten und die Sorge um die Zukunft der deutschen Politik werden mit großer Souveränität entwickelt – ein Olympier der Wissenschaft, der sich seiner überragenden Stellung selbst bewußt war. Daher kann es nicht verwundern, daß Weber Eindruck bei seinen Zeitgenossen, zumal den jüngeren, hinterließ.

Die oben zitierten Aussagen Vagts´ und Mierendorffs weisen auf, daß der engere Freundeskreis um Haubach die Arbeiten Max Webers außerordentlich schätzte. Neben der einleitend geschilderten, zunächst eher emotionalen Bedeutung, die für die Heimkehrenden die auf sie gerichteten Hoffnungen und Erwartungen des Autors auf aktiven Einsatz beim Neubeginn haben mußten, sprachen Theodor Haubach unzweifelhaft auch inhaltliche Aspekte in hohem Maße an. Dazu gehörte zunächst die eindeutige Ablehnung des Wilhelminischen Staates und der sie stützenden gesellschaftlichen Schichten sowie die bewußte Abkehr in Richtung auf die parlamentarische Demokratie. Doch die alte Ordnung sollte nicht in einem System der Ziel- und Führungslosigkeit aufgehen. Die – fast militärisch anmutende – Unmißverständlichkeit, mit der Weber den „starken Staat“ einforderte, der die ihm zur Verfügung stehende „Gewalt“ konsequent einzusetzen habe, wie auch die Propagierung des politischen „Führers“ bzw. einer Führungspersönlichkeit werden Haubach beeindruckt haben, wie Äußerungen aus Stationen seiner späteren politischen Laufbahn bzw. publizistischen Tätigkeit beweisen.

Wenn wir die im vorhergehenden analysierten Aussagen Haubachs des Jahres 1919 auf der Folie der Weberschen Ansätze betrachten, so fehlte ihnen auf den ersten Blick die Klarheit und Stringenz, die einen konkreten Vergleich ermöglichen würden. Doch auch in seiner Abwehr von Politik und dem Ausweichen in transzendente Gedankenspiele ist die Nähe zu Weber bemerkbar, wenn Theodor Haubach nämlich die Staatsform der „Aristie“ beschwor und Führung der Massen durch das Geistige forderte.<sup>474</sup> Dieser Aspekt wurde im Juni 1919 noch einmal in dem konkreten Kontext der revolutionären Bewegung von ihm hervorgehoben, als

---

<sup>472</sup> Ebd., S. 521.

<sup>473</sup> Politik als Beruf, S. 530 f.

<sup>474</sup> Haubach, Wider die Politik, S. 50 ff.

er die Hoffnung äußerte, daß die Revolution „Triebkraft“ werden möge von „lauterem Schwunge und weiser Führung.“<sup>475</sup>

Ist in dieser Gegenüberstellung für die kurze Zeitspanne unmittelbar nach dem Kriege allenfalls festzustellen, daß bei Haubach eine Affinität zu Webers generellen politischen Gedankengängen bestand, so ist das Berufsbild, das Weber vom Politiker entwarf, sicher von großer Bedeutung für den Freundeskreis gewesen. Bezogen auf die von ihm entworfenen übergreifenden Zielvorstellungen entwickelte er ein Anforderungsprofil, das oben mit seinen drei wesentlichen Merkmalen zitiert wurde und das im Verlauf des Textes von Weber weiter differenziert und auf die alltägliche Herausforderung und Bedrängung des Politikers bezogen wurde. Gerade diese Verknüpfung von emotionalen und intellektuellen Fähigkeiten („Sachlichkeit“, „Augenmaß“, „Leidenschaft“, „Verantwortungsgefühl“, „Ethos“), die Weber vom Berufspolitiker erwartet, traf bei dieser Gruppe von Kriegsteilnehmern nicht nur auf Interesse, sondern traf mitten in ihre Gefühlslage: Sie waren sich selbst ihrer hohen intellektuellen Kraft sicher und wollten tatkräftig an der Erneuerung des politischen Systems mitarbeiten. Der in ein handgreifliches Bild gebrachte warnende Hinweis, daß die Politik „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern“ darstelle, hat Haubach vermutlich eher herausfordern können wie auch die in den Schlußsätzen entworfene Vision von einem „Führer“ oder „Helden“, der nach dem „Unmöglichen“ in der Politik griffe – eine Begrifflichkeit, zu der Haubachs Äußerungen eine große Nähe aufwiesen.<sup>476</sup>

Der Hinweis Webers, daß „politisch Begabte“, die nicht aus eigenem Vermögen schöpfen könnten, den Weg über die „Journalistik oder Parteibeamtenstellung“ nehmen müßten, liest sich im Hinblick auf Mierendorffs und Haubachs Berufsweg fast wie eine Handlungsanweisung, die von beiden umgesetzt wurde.<sup>477</sup> Eine solche Interpretation würde zweifellos zu weit gehen, immerhin wurde mit der „Journalistik“ eine Option aufgezeigt, die beiden nach ihrem Werdegang bis zu diesem Zeitpunkt nahelag.

An diesen Versuch, die Wahrnehmung und Adaptierung der Gedanken Max Webers fast während ihrer Entstehungszeit durch Theodor Haubach und einige seiner Freunde zu rekonstruieren, muß zwangsläufig auch ein Blick auf deren kritische Rezeption geworfen werden. Nicht aufgenommen werden soll die hin und wieder aufflammende Diskussion über die Frage, ob Weber gar als Wegbereiter Hitlers anzusehen sei oder ähnlich umfassende Problemstellungen, die selbstverständlich eine umfassende Quellenauswertung erforderlich machten. Relevant für unseren Zusammenhang ist vielmehr, daß Haubach und Mierendorff offensichtlich die Formen der Vermittlung und das gedankliche System Webers affirmativ rezipierten. Zur Vermittlung gehört zweifellos die Aura des über Jahre praktizierten Gesprächskreises, der Weberschen ‚jours‘, in Heidelberg.<sup>478</sup> Diese Einrichtung ist als „Beitrag der Intellektuellen zur kulturellen Vergesellschaftung des Bürgertums“ nur dann einzuschätzen, wenn eine Öffnung erfolgt wäre in breiteste Bürgerkrei-

<sup>475</sup> Haubach, Offener Brief, S. 75.

<sup>476</sup> Weber, Politik, S. 548.

<sup>477</sup> Ebd., S. 533.

<sup>478</sup> Weber, Marianne, S. 510 ff. : Zwischen 1912 und 1919 während des Semesters jeweils sonntags.

se.<sup>479</sup> Davon kann jedoch keine Rede sein, sondern es wurden „interessante“ Persönlichkeiten vorwiegend aus dem universitären Bereich eingeladen – die Intellektuellen blieben unter sich.

Dieses elitäre Strukturelement findet sich in den wesentlichen Bausteinen von „Politik als Beruf“ wieder. Kritiker sehen hier einen fast „cäsaristischen Charakter“ in der Gedankenführung, die den Weg zu einem machtvollen Staat beschreibt.<sup>480</sup> Diese Entwicklung konnte ja nur erfolgreich verlaufen, wenn langfristig auf die Rekrutierung von Führungskräften aus eben der intellektuellen Klientel gesetzt wurde. Die Etablierung eines „charismatischen Führers“ an der Spitze des Staatswesens würde den Einfluß der ihm ergebenen Führungsschicht sicher enorm steigern und müßte zwangsläufig vorhandene staatliche Institutionen schwächen oder gar außer Kraft setzen. Für das Individuum fielen bei der Existenz eines Führers die „quälenden Funktionen der Selbstprüfung und der Gewissensforschung, welche mit dem individuellen Ichideal untrennbar verbunden sind“, fort.<sup>481</sup> Dieser Hinweis muß ausdrücklich gerade für die den Führer unterstützende Schicht gelten, die durch die bedingungslose Unterordnung unter denjenigen, der ihr Ichideal in starkem Maße widerspiegelt, entscheidenden Einfluß nehmen können.

Haubach hat sich mit seinen Freunden auf diesen Vermittlungsbahnen in der Gesellschaft von Intellektuellen sicherlich angemessen placiert gesehen. Inhaltlich ignorierte er wie andere die Unvereinbarkeit von charismatischer Führerschaft mit der Errichtung demokratischer Strukturen, die ja Weber nachhaltig gefordert hatte. Zugespitzt - auch aus den Erfahrungen mit dem Aufstieg und der Machtausübung der Nationalsozialisten – kann charismatische Herrschaft ihrem genuinen Wesen nach als „destruktiv“ und „parasitär“ qualifiziert werden, die nur dann lebensfähig ist, „wenn sie existierende traditionale oder rationale Alltagsgebilde ausbeuten kann.“<sup>482</sup>

Die intensive Ausrichtung der Freunde auf Max Weber und dessen Werk gibt die Formulierung Mierendorffs 1932 wieder: „Es war das Unglück unserer Generation, dass sie diesen Lehrer [Max Weber, P.Z.] so früh verlor. Wieviel Lehrgeld wäre uns erspart geblieben.“<sup>483</sup> Sie zeigt freilich zugleich auch auf, daß generell eine kritische Distanzierung nicht stattgefunden hatte. Die eingehende Analyse der politischen Schriften Haubachs im Verlaufe der Weimarer Republik wird differenzierter Auskunft über dessen Position zu den Vorstellungen Max Webers geben können.

Die Hochschullehrer, zu denen sich Haubach in den Jahren 1921 bis 1923 an der Universität Heidelberg am stärksten hingezogen fühlte, waren Alfred Weber, Emil Lederer und Karl Jaspers. Einige Belege, die bis in die Zeit kurz vor seinem Tod reichen, weisen auf private Kontakte Haubachs zu allen drei Professoren weit über die Studienzeit hinaus hin.

---

<sup>479</sup> Jaeger, Friedrich: Theorie als soziale Praxis. Die Intellektuellen und die kulturelle Vergesellschaftung, in: Bialas, Wolfgang/Georg G. Iggers (Hrsg.): Intellektuelle in der Weimarer Republik (Schriftenreihe zur politischen Kultur der Weimarer Republik; Bd. 1), Frankfurt/M. u.a. 1996, S. 31 – 47; S. 32.

<sup>480</sup> Lichtblau, Klaus: Kulturkrise und Soziologie um die Jahrhundertwende, Frankfurt/M. 1996, S. 137.

<sup>481</sup> Breuer, Stefan: Max Webers Herrschaftssoziologie (Reihe: Theorie und Gesellschaft; Bd. 18), Frankfurt/M. / New York 1991, S. 36.

<sup>482</sup> Ebd., S. 220 f.

<sup>483</sup> Mierendorff: Nach 14 Jahren, S. 5.

Alfred Weber, der Bruder Max Webers, hatte seit 1907 den Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Heidelberg inne. Seit dem Sommersemester 1921 besuchte Haubach bei ihm fünf Veranstaltungen, und zwar die Hauptvorlesungen „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ und noch intensiver die „Soziologischen Übungen“.<sup>484</sup> Obwohl er unter der übermächtigen Figur seines Bruders litt, entwickelte Alfred Weber ein eigenständiges wissenschaftliches Werk, versuchte sich zudem in der praktischen Politik. Für unseren Zusammenhang ist von Bedeutung, welche grundlegenden ideologischen Positionen ihn bestimmten, die Theodor Haubach – neben der Absicht, sich in nationalökonomischen Fragen eine Grundlage zu schaffen – veranlaßt haben mochten, die Veranstaltungen dieses Hochschullehrers derart intensiv zu belegen.

Auch Weber meldete sich als Kriegsfreiwilliger, zwar fast 30 Jahre älter als Haubach, und nahm als Offizier zwei Jahre am Krieg teil, bis er ins Reichsschatzamt kommandiert wurde.<sup>485</sup> Ähnlich wie die erheblich jüngeren Not-Abiturienten speiste sich seine Motivation für diesen Schritt aus der Ablehnung des Wilhelminischen Systems und dem Wunsch, durch den Krieg die „Neugeburt der Welt“ zu realisieren mit einem herausragenden Platz für Deutschland.<sup>486</sup> Nur ein erstarktes Deutschland könnte auch in der Welt den ihm zustehenden führenden Rang einnehmen. Grundlage dafür solle ausschließlich der „Imperialismus des Geistes“ sein. Weber beschreibt damit die seiner Meinung nach wesentliche Triebfeder der gesellschaftlichen und politischen Neuordnung.<sup>487</sup> Die Erneuerung sollte durch „Kräfte, die links stehen“, erfolgen – eine Bemerkung, die durch die gleichzeitige Abgrenzung von den „Faustrecht-Nationalisten“ und sein späteres Engagement in der DDP eher dahingehend konkretisiert werden kann, daß die Mitte des Parteienspektrums gemeint war.<sup>488</sup> Dabei wünschte Weber, daß der Staat nach dem Prinzip der „Auslese“ jedem seinen Platz in ihm zuweisen würde und benannte exemplarisch mit der „Verwaltungstätigkeit“, der „Militärtätigkeit“, und zwar ausschließlich bezogen auf die Offiziersränge, und der „Gerichtstätigkeit“ nur staatliche Sektoren, die Vertretern der Mittelschicht vorbehalten waren.<sup>489</sup>

Wie sein Bruder Max fürchtete er den Fortbestand der Existenz eines Verwaltungsapparates, der wie im Kaiserreich mit großer Machtfülle ausgestattet wäre, propagierte deshalb die Idee der „Auslese“ einer Führerelite sowohl für die Parteien wie für die Regierung. Eine wesentliche Aufgabe des Parlamentes hätte nach seiner Auffassung „im Präsentiertwerden solcher Führertalente“ zu bestehen, wie überhaupt zu diesem Zeitpunkt für ihn eine neue Regierungsform nur als „Gewichtsverschiebung hin zum Parlament“ vorstellbar war.<sup>490</sup> „Wenn es gut gehen soll“, so sein Plädoyer, dann müßten Regierungen von „aus der Intelligenz her-

---

<sup>484</sup> Honorarabrechnungen der Ruprecht-Karls-Universität für Sommersemester 1921, Wintersemester 1921/22, Sommersemester 1922.

<sup>485</sup> Demm, Eberhard: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920 (Schriften des Bundesarchivs Koblenz; Nr. 38), Boppard am Rhein 1990, S. 312.

<sup>486</sup> Weber, Alfred: Gedanken zur deutschen Sendung, Berlin 1915, S. 30. Der Text – Auszüge aus Briefen Alfred Webers an seine Geliebte Else Jaffé-Richthofen – erschien nach seiner Erstveröffentlichung in der „Neuen Rundschau“ als Broschüre und fand großes Interesse; u.a. positive Reaktionen von Werner Sombart u. Thomas Mann. Vgl. Demm, Ein Liberaler, S. 155 f.

<sup>487</sup> Ebd., S. 31.

<sup>488</sup> Ebd., S. 40.

<sup>489</sup> Ebd., S. 24 f.

<sup>490</sup> Ebd., S. 25 f.

vorgehenden Parteiführern“ mit einem „Beisatz von Industriellen und besser noch Bankiers“ gebildet werden.<sup>491</sup> Eine der Wurzeln dieses elitären Selbstverständnisses ist die Pflege eines Bildungsbegriffs, der – wie im Beispiel Alfred Webers – „Philosophie, Literatur und Kunst [...] als die höchsten Erscheinungen des menschlichen Geistes“ reklamierte.<sup>492</sup> Genau diese Akzente setzte Theodor Haubach während seines gesamten Studiums, erweiterte sie jedoch durch national-ökonomische und – bei Emil Lederer – politisch orientierte Studienangebote. Er widmete sich diesen Schwerpunkten, ohne etwa von irgendjemandem dazu aufgefordert zu sein, weil er sich als Teil dieser Elite empfand. Die Konzentration auf das Kerngebiet ‚der‘ Bildung war Ausdruck des Wunsches, sein Wissen zu vertiefen, wissenschaftlich zu arbeiten und sich möglicherweise eine berufliche Plattform zu schaffen, um letztlich an den aktuellen Diskursen dieses Ausschnitts der Kultur, den Philosophie, Literatur und Kunst nun einmal ausmachen, kompetent teilnehmen zu können.

Aus dieser Haltung des Anspruchs geistiger und politischer Führung heraus wurden den anderen Gruppen des Volkes Plätze zugewiesen; ein lebendiger Austausch über mögliche Strukturen staatlicher Ordnung, der Gedanke der Machtbeteiligung der Arbeiter oder gar der verfassungsmäßig sanktionierten Auseinandersetzung um die Macht wurden nicht erörtert, weil sie dieser Gruppe der ‚Geistigen‘ gar nicht vorstellbar schienen. So stellte Alfred Weber klar, daß das Leben des Arbeiters – selbst nach der Durchführung sozialer Reformen – „eng, arm und von unendlich eingeschränkter Möglichkeit“ bleiben werde, weil sie eben Angehörige der „Masse“ seien.<sup>493</sup> Der Eindruck deutlicher Abwertung dieser sozialen Schicht und der Distanzierung von ihr wird auch nicht durch ein Projekt konterkariert, das er nach dem Krieg in Mannheim gemeinsam mit Studenten und Assistenten durchführte und bei dem Arbeiter mit der Kunst vertraut gemacht werden sollten.<sup>494</sup> Wie bei den vergleichbaren Darmstädter Aktivitäten Haubachs und anderer ging es in diesem Falle eher darum, die Arbeiterschaft zwar teilhaben zu lassen, aber doch nicht eigene Macht aufzugeben, die die ‚geistigen Führer‘ zu besitzen glaubten bzw. zu erhalten trachteten.

Wie ungebrochen und selbstverständlich Alfred Weber an dieser Grundauffassung von der gesellschaftlichen Struktur mit der herausgehobenen Bedeutung der Intellektuellen festhielt, beleuchtet die Formulierung in einem Gutachten, das er im Auftrag des Reichsfinanzministeriums im Jahre 1920 verfaßte und in dem er eine Steuerentlastung für eben diese Gruppe forderte, weil er die „Proletarisierung der bisherigen deutschen Bildungseliten“ bei anhaltendem Währungsverfall befürchtete.<sup>495</sup> Bezeichnend ist der abwertende Gebrauch des Begriffs „Proletarisierung“ wie die Tatsache, daß der Verfasser ungebrochen von der Bedeutung und von der Notwendigkeit umfassender Einflußnahme durch die Bildungselite auch, zieht man die oben zitierten Aussagen hinzu, muß man formulieren: gerade auch in der Republik überzeugt ist. So kommt der Biograph Webers zu dem Schluß, daß dessen „Differenzierung zwischen den Massen und den großen charismatischen und

---

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> Demm, Ein Liberaler, S. 136.

<sup>493</sup> Weber, Alfred: Das Berufsschicksal der Industriearbeiter, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 34 (1912), S. 377 – 405; S. 404.

<sup>494</sup> Demm, Ein Liberaler, S. 149 f.

<sup>495</sup> Gutachten, zit. n. Demm, Ein Liberaler, S. 285, Anm. 244/5.

künstlerischen Persönlichkeiten [...] einen elitären Anspruch“ enthalte, der „die Privilegien des Bürgertums gegenüber dem Volk zu legitimieren scheint.“<sup>496</sup> Dazu muß – zumal im Licht der zuletzt zitierten Weberschen Äußerung - angemerkt werden, daß ja „das Bürgertum“ in toto keineswegs vor den Augen der ‚geistigen Elite‘ bestehen konnte und einzelne Gruppen deklassiert wurden; hier wäre also eine eindeutige Definition notwendig. Zu präzisieren ist die Bemerkung Demms zudem insofern, als nicht nur der Anschein der Fixierung und Legitimierung von Privilegien durch diese Gruppe zu konstatieren ist, sondern daß diese Intellektuellenschicht das Privileg des Führens und Verteilens bewußt für sich in Anspruch nahm.

Auch wenn Alfred Weber geprägt blieb von der Skepsis gegenüber einem egalitären Verfassungsmodell, so muß zu seiner Charakterisierung unbedingt ein Vorfall angeführt werden, der sich unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ereignete. Die Anhänger der neuen Machthaber hißten umgehend eine Hakenkreuzfahne auf dem Dach des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaft, die von Alfred Weber eigenhändig und demonstrativ eingeholt wurde, ohne daß er allerdings die gewaltsame Wiederholung des Hissens der Fahne verhindern konnte.<sup>497</sup> Damit setzte er als einer von wenigen Hochschullehrern in Heidelberg ein deutliches Zeichen, daß er *diese* Art der ‚Führung‘, die die Nationalsozialisten repräsentierten, in seinen Schriften nicht angestrebt hatte. Die Frage, welche Rolle der von ihm repräsentierte ideologische Ansatz im Hinblick auf das Erstarken des Nationalismus möglicherweise gespielt hat, ist trotz der couragierten Haltung den Nationalsozialisten gegenüber nicht beantwortet.

Die oben kurz angesprochenen persönlichen Beziehungen zwischen Haubach und Alfred Weber, die sich auf die Zeit nach dem Studium beziehen, lassen sich an zwei Beispielen festmachen. So beteiligte er sich 1930 als Autor mit einem grundlegenden Beitrag an einer Festschrift zu Ehren Webers. Dieses Engagement zeigt, daß er den Kontakt zum Kreis der Schüler und Kollegen Webers nicht verloren hatte und macht vor allem deutlich, daß er sich seinem Hochschullehrer verbunden fühlte und keinen Anlaß für eine Distanzierung oder gar für einen vollständigen Bruch mit ihm sah.<sup>498</sup> Das zweite Dokument ist ein Brief Haubachs an Weber, in dem er sich für die „liebvollen Zeilen“ Webers bedankte. Der Kontext läßt erkennen, daß Weber nach dem Tode Mierendorffs am 3.12.1943, wohl wissend um die enge Freundschaft der beiden, auch Theo Haubach gegenüber sein Mitgefühl wegen des Verlustes des Freundes bekundet und die eigene Betroffenheit zum Ausdruck gebracht hatte.<sup>499</sup> Diese Bekundung Webers ist also nicht als bloß formale Geste einzuschätzen, zumal die ausführliche handschriftliche Antwort Haubachs in einer Weise persönliche Befindlichkeit anspricht, die auf häufigeren Kontakt schließen läßt.

Der Fachbereich der Philosophie fand von Beginn seines Studiums das Interesse Theodor Haubachs. Zunächst besuchte er nach Ausweis der „Abrechnungsbögen“

<sup>496</sup> Ebd., S 151.

<sup>497</sup> Classen, Peter/Eike Wolgast: Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, Berlin-Heidelberg-New York 1983, S. 95.

<sup>498</sup> Haubach, Theodor: Die Generationenfrage und der Sozialismus, in: Soziologische Studien. Alfred Weber gewidmet, Potsdam 1930, S. 106 – 120. Aspekte des Aufsatzes werden notwendigerweise wegen ihres inhaltlichen Gewichts an anderer Stelle dieser Arbeit thematisiert werden.

<sup>499</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Weber v. 29.12.1943, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alfred Weber, NL 197/000019.

der Universität Vorlesungen und Übungen bei verschiedenen Dozenten und Professoren. Erst im Wintersemester 1921/22 kam es zum Besuch der ersten Veranstaltung bei Karl Jaspers, und zwar „Übungen über Kants Kritik der reinen Vernunft“; im selben Semester saß er in einer Übung des Philosophen Rickert („Übungen über Hegels Logik“), dem Gegenspieler Jaspers'. Haubach suchte also offenkundig auf dem ihm so wichtigen Gebiet der Philosophie nicht nur nach neuen Anregungen – die „Abrechnungsbögen“ weisen eine breite Palette inhaltlicher philosophischer Themen aus –, sondern ihm ging es wohl auch darum, einen personellen Fixpunkt zu finden, möglicherweise auch bereits im Hinblick auf eine geplante Dissertation. Die Begegnung war offenkundig so eindrucksvoll, daß Haubach in den folgenden Semestern in Philosophie nurmehr Lehrangebote Jaspers' wahrnahm.

Einen Monat nach dem Tode Max Webers hielt Jaspers in der Aula der Heidelberger Universität die Gedenkrede. Bei diesem Anlaß erhob er „den toten Max Weber zu der für die Möglichkeit von gegenwärtigem Denken und Leben maßgebenden Gestalt“, eine Einschätzung, an der er fast 40 Jahre festhalten sollte.<sup>500</sup> Er bedauerte später, daß es nicht zu einer politischen Führerschaft Max Webers gekommen sei. Mit ihm wäre „eine wahrhaftige Politik“ möglich gewesen und in seiner Person hätte „Deutschland an seiner Spitze die Gestalt eines heroischen Wollens [...] gesehen.“<sup>501</sup> Bei dem Versuch, dem Leser die herausragende Bedeutung Webers zu demonstrieren, berichtet er von einer „vorwiegend von Arbeitern“ besuchten Massenversammlung im Winter 1918/19, in der dieser die Zuhörer „ruhig, sachlich, schlagend“ davon zu überzeugen suchte, „welchen Illusionen sich der Sozialismus hingäbe.“ Doch Weber konnte sich nur einen Augenblick Gehör verschaffen, weil – wie Jaspers vermutet – „die Massen [...] auf die Dauer von größeren Motiven geleitet“ seien.<sup>502</sup> Auch bei Jaspers wurden also auch noch etwa 12 Jahre nach diesem Ereignis „die Massen“, die Majorität der Bevölkerung, aus dem Blickwinkel der Zweiteilung der Gesellschaft in Führende und Geführte in geringschätziger Weise apostrophiert. Dieser elitäre Standpunkt ließ es auch nicht zu, die Frage nach der Berechtigung ‚von unten‘ zu erfolgreicher Versuche einer staatlichen Neuordnung Deutschlands nach dem verlorenen Krieg zu stellen.

In seinem Hauptwerk reflektiert Jaspers zwar „die existentielle Relevanz von Staat und Gesellschaft“, doch er entwickelt seine Gedanken zu „Freiheit“ und „Selbstsein“ des Individuums völlig unabhängig davon.<sup>503</sup> Die Verbindung beider Sphären wird von Jaspers nicht reflektiert, das Problem also, auf welche Weise und mit welcher Gewichtung individuelle Freiheit und staatliche Ordnung eine Koexistenz eingehen können, bleibt ausgespart: „Von Demokratie ist in dieser existenzphilosophischen Schlüsselschrift erst gar nicht die Rede.“<sup>504</sup> Es besteht kein Widerspruch zu dem Ergebnis einer Analyse Salamuns, der im Werk Jaspers'

<sup>500</sup> Henrich, Dieter: Karl Jaspers: Denken im Blick auf Max Weber, in: Mommsen, Wolfgang J./Wolfgang Schwentker (Hrsg.): Max Weber und seine Zeitgenossen, Göttingen 1988, S. 722 – 739; S. 722.

<sup>501</sup> Jaspers, Karl: Max Weber. Deutsches Wesen im politischen Denken, im Forschen und Philosophieren, Oldenburg i.O. 1932, S. 28.

<sup>502</sup> Ebd., S. 29.

<sup>503</sup> Kapferer, Norbert: Paternalismus und Erziehung zur Demokratie. Karl Jaspers' Politische Pädagogik im Schatten Max Webers, in: Salamun, Kurt (Hrsg.): Philosophie – Erziehung – Universität: Zu Karl Jaspers' Bildungs- und Erziehungsphilosophie, Frankfurt/M. 1995, S. 75 – 91; S. 77.

<sup>504</sup> Ebd.

die „Grundpfeiler“ demokratischer Kultur dargelegt und nachdrücklich unterstützt sieht.<sup>505</sup> Wesentlich für unseren Zusammenhang ist nämlich die Tatsache, daß Jaspers sich auf die Konzeption Max Webers berief, in der ja durchaus auch die wesentlichen Bausteine demokratischen Staatsverständnisses ihren Platz hatten, nur wurden sie dem Verständnis der intellektuellen Elite untergeordnet und somit ein egalitärer Prozeß ausgeschlossen. Jaspers gab der Konzeption insofern einen eigenen Akzent, als er der Persönlichkeit des „politischen Führers“ eine gewichtige Erziehungsaufgabe zuwies, mit der eine friedliche Koexistenz auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Stufen bis zu einem weltumfassenden Frieden anzustreben sei. Damit unternahm er den Versuch, über die Beziehung „selbstverständlicher Autorität“, wie er sie schon als junger Arzt auf der Ebene des Verhältnisses Arzt-Patient und dann umfassender in Max Webers Gedanken realisiert sah, hinauzuweisen.<sup>506</sup>

Außerordentlich scharf wurden die Denkansätze Jaspers' u.a. von Georg Lukács, der als aufstrebender, junger Wissenschaftler an den Weberschen ‚jours‘ hatte teilnehmen dürfen, kritisiert. Lukács sah die Philosophie Jaspers' als Beitrag an, der mithalf, daß „weite Kreise der deutschen Intelligenz zu einer mehr als wohlwollenden Neutralität“ gegenüber dem Faschismus erzogen und damit zu seinem Wegbereiter wurden.<sup>507</sup>

Wie zu Alfred Weber suchte Theodor Haubach auch zu Karl Jaspers den Kontakt nach Abschluß seines Studiums. Da beide einander offenbar schätzten, entwickelten sich vor allem in der Zeit nach 1933 intensivere Beziehungen. In der Erinnerung an ihre ersten Begegnungen im Heidelberger Seminar fiel Jaspers an dem Studenten „die geistige Energie und die Rücksichtslosigkeit in der Kundgabe und Rechtfertigung seiner Auffassungen auf.“<sup>508</sup> Auch bei sachlichen Differenzen zwischen beiden in dieser Zeit – z.B. der Frage der Autonomie der Universität, auf die im nächsten Abschnitt noch eingegangen wird – beeindruckte den Hochschullehrer Engagement und Intensität im Denken und Handeln des Studenten. Diese Form der Respektierung der Position des hierarchisch erheblich niedriger eingestuften erhärtet die bereits geäußerte Auffassung, daß eine große Zahl der Professoren „die heimkehrenden Krieger“ prinzipiell nicht als „Pennäler“ behandelte, weil diese ja nicht nur an Jahren, sondern auch an Lebenserfahrung einen Reifesprung gemacht hatten und sie den Kriegsteilnehmern zudem aus politischer Überzeugung für ihren Einsatz Dankbarkeit zu schulden meinten. Gegenüber Haubach entwickelte sich nach Jaspers' Aussage nicht allein Respekt, sondern schnell „eine große Sympathie.“<sup>509</sup>

Haubach promovierte 1923 bei Jaspers. Die Doktorarbeit entstand offensichtlich ganz im Sinne Jaspers' als individuelle Auseinandersetzung mit der „Phänomenologie des ästhetischen Bewusstseins“, eine Zusammenarbeit mit dem Doktorvater fand nicht statt. Er habe, vermerkt Jaspers, dem Inhalt der Arbeit „gar nicht zugestimmt, aber die Leistung als solche mit der höchsten Note bewertet.“ Vorrang

<sup>505</sup> Salamun, Kurt: Zur Bedeutung von Jaspers' Vernunftverständnis für die politische Bildung und demokratische Kultur, in: Ders. (Hrsg.): Philosophie, S. 59 – 74; S. 59.

<sup>506</sup> Kapferer, Paternalismus, S. 79.

<sup>507</sup> Ebd., S. 391.

<sup>508</sup> Jaspers, Karl: Doktor der Philosophie, in: Hammer, Walter (Hrsg.): Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt/M. 1955, S. 14 – 17, S. 14.

<sup>509</sup> Ebd., S. 16.

hatte für den Hochschullehrer der „Rang der methodischen Form und der geistigen Energie.“<sup>510</sup> Haubach hatte den Philosophen bereits durch sein ‚reifes‘, selbstbewußtes Auftreten gewonnen, und es bestand – trotz konträrer Positionen zu einzelnen politischen Fragen – eine hohe Übereinstimmung in fundamentalen Fragestellungen wie der Ablösung des Wilhelminischen Systems oder der Bedeutung der geistigen Elite. Theodor Haubach gehörte jedenfalls nicht zu den „viele(n) Herren“, die den Wunsch hatten, bei Jaspers eine Dissertation anzufertigen, aber abgewiesen worden waren, weil er nicht dazu beitragen wollte, „daß wenig Würdige den philosophischen Doktor einer deutschen Universität tragen.“<sup>511</sup>

In den Jahren nach 1936 trafen das Ehepaar Jaspers und Theo Haubach, der gerade aus der KZ-Haft entlassen worden war, häufiger zusammen. Sie einte die Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes. Haubach trieb die Sorge um eine berufliche Stellung um; er engagierte sich später im Widerstand. Jaspers befürchtete den Zugriff der Gestapo wegen seiner jüdischen Ehefrau und beschäftigte sich tief deprimiert mit dem Gedanken einer möglichen Selbsttötung.<sup>512</sup> Ein aus dem Jahre 1944 erhaltener Brief Haubachs an Jaspers verrät den kontinuierlichen Kontakt, indem er z. B. an einen gedanklichen Austausch anknüpft und den Dank für ein erhaltenes Buch abstattet.<sup>513</sup> Dieser umfangreiche Brief demonstriert zugleich das große Interesse Haubachs an philosophischen Fragestellungen in dieser Lebensphase wie ein großes Selbstbewußtsein in der souveränen Darlegung seiner Gedankenführung dem bekannten Philosophen gegenüber.

Emil Lederer (1882 – 1939), Nationalökonom, Finanzwissenschaftler und Soziologe, lehrte seit 1918 als a.o. Professor an der Universität Heidelberg. Kontinuierlich lieferte er seit 1907 vorwiegend Beiträge für die renommierte Zeitschrift *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, deren „Redaktions-Sekretär“ er 1911 unter der Herausgeberschaft von Edgar Jaffé, Werner Sombart und Max Weber wurde. Noch vor dem Krieg trat Lederer mit einer bedeutenden Studie über die Angestellten im Wilhelminischen Reich hervor.<sup>514</sup> Er prognostizierte, daß keineswegs die Arbeiterschicht weiter anwachsen werde, sondern sagte dies für die Schicht der Angestellten voraus. Noch sei sie „eine flottante Schicht“ und nicht entschieden, ob sie „der Bourgeoisie oder dem Proletariat“ zuneige.<sup>515</sup>

Lederer war früh mit austrosozialistischen Ideen in Kontakt gekommen und blieb Sozialist, setzte sich immer wieder kritisch mit Aspekten der marxistischen Lehre auseinander, bemühte sich, sie an aktuellen Ereignissen zu überprüfen, ohne sie zu verdammen. Gerade in der Zeit unmittelbar nach der revolutionären Bewegung in Deutschland, gekennzeichnet u.a. von den fast selbstzerstörerischen Flügelkämpfen innerhalb der SPD, trieb die sozialistisch empfindende studentische Jugend die Frage nach der Beziehung zwischen Marxismus, Sozialismus und Bolsche-

<sup>510</sup> Ebd.

<sup>511</sup> Martin Heidegger / Karl Jaspers: Briefwechsel 1920 – 1963, hrsg. v. Walter Biemel u. Hans Saner, Frankfurt/M. – Zürich 1990, S. 16.

<sup>512</sup> Jaspers, Karl: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, hrsg. v. Hans Saner, München 1967, S. 158 ff.

<sup>513</sup> Brief Theodor Haubach an Karl Jaspers v. 25.2.1944, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabteilung; NL Karl Jaspers, Zugangsnr.: 75.11695.

<sup>514</sup> Lederer, Emil: Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912.

<sup>515</sup> Lederer, Die Privatangestellten, zit. n. Lederer, Emil: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910 – 1940, hrsg. v. Jürgen Kocka mit einem Beitrag von Hans Speier ( Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 39), Göttingen 1979, S. 82.

wismus um. In einer Rede, gehalten im September 1919, zeigte Lederer unmißverständlich die seiner Meinung nach bestehenden grundsätzlichen Unterschiede zwischen Sozialismus und Bolschewismus auf. Er brandmarkte den Bolschewismus als „eine rein voluntaristische Strömung“, mit der an „die elementarsten immer gegebenen revolutionären Instinkte“ angeknüpft werde. Die Bolschewisten setzten auf das Mittel der Gewalt, „Auflehnung“ und „Zerstörung“ würden den Rang eines politischen Programms einnehmen.<sup>516</sup>

Nur behutsam wollte Lederer Schritte in Richtung einer „demokratischen Sozialisierung“ tun, die – wie er betonte – nicht bereits den „Sozialismus“ bringen würden, sondern eine „wirtschaftliche Zwischenform“ darstellten auf dem Weg „zur klassenlosen Gesellschaft.“<sup>517</sup> Als notwendig sah er ein Bündel von Maßnahmen an, wobei neben gesetzlichen Eingriffen durch ein Betriebsrätegesetz und die Festschreibung einer Vermögensabgabe wichtige Wirtschaftszweige, zunächst Kohle, Eisen und Forsten, sozialisiert werden sollten. Sein wissenschaftliches Verständnis von den in der Wirtschaft eines Staates wirksamen Kräften operationalisierte er für die Bedingungen in Deutschland und Österreich und verband es mit dem bedeutenden Ziel sozialistischer Programmatik, die Arbeiterschaft zum Mitwirken und zur Mitverantwortung durch die Einrichtung eines Betriebsrätesystems „zu erziehen“.<sup>518</sup> Für Lederer war mit dieser ersten Staffel von Maßnahmen zur Veränderung überkommener Strukturen die Grundlage gelegt, daß eine demokratische Wirtschaft „von allen Klassen gewollt und getragen wird“ - wenn diese Schritte dann auch realisiert worden wären.<sup>519</sup> Doch als Mitglied der deutschen ‚Sozialisierungskommission‘, die vom Rat der Volksbeauftragten berufen worden war und die Vergesellschaftung von Industriezweigen und Großbetrieben beraten sollte, mußte er in zwei Durchgängen miterleben, daß keine Chance für die Umsetzung seiner konzeptionellen Vorstellungen bereits in diesem Teilbereich bestand.<sup>520</sup>

Abgesehen von einem Beitritt zur USPD, der allerdings nur zu einer kurzen Mitarbeit in dieser Partei führte, enthielt Lederer sich konkreten parteipolitischen Engagements. Er beteiligte sich sporadisch an Diskussionen und Unternehmungen der Sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg. Zuckmayer nennt als Ort von Gesellung noch den ‚Soziologen-Klub‘, der vierzehntägig unter der Leitung Alfred Webers in einem Hotel der Stadt tagte und – so Zuckmayer eher unbescheiden – „die intelligentesten Persönlichkeiten der studentischen Jugend“ versammelte, eben auch Emil Lederer.<sup>521</sup> Da Zuckmayer an dieser Runde teilnahm, sich auch noch an das Thema des von ihm gehaltenen Referates erinnerte, können wir davon ausgehen, daß auch der engere Freundeskreis dies tat. Auf Kontakte auch außerhalb des Studienbetriebes deutet die Bemerkung Mierendorffs hin, der Lederer 1932 im Rückblick auf die Studienzeit in Heidelberg in seinem Beitrag für dessen

<sup>516</sup> Lederer, Emil: Probleme der Sozialisierung. Rede im „Verein für Sozialpolitik“ v. 16.9.1919, in: Kocka (Hrsg.), Lederer, S.155 – 171; S. 155 f.

<sup>517</sup> Ebd., S. 168.

<sup>518</sup> Ebd., S. 170. Diesen Aspekt betonte er in der sich an den Vortrag anschließenden Aussprache noch einmal nachdrücklich.

<sup>519</sup> Ebd., S. 168.

<sup>520</sup> Eßlinger, Hans-Ulrich: Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Treiber/Sauerland, Heidelberg, S.422 – 444; S. 430.

<sup>521</sup> Zuckmayer, Als wär’s, S. 353 f.

Festschrift als „Lehrer, Freund und Genosse“ apostrophierte.<sup>522</sup> Die in dieser Formulierung zum Ausdruck kommende Nähe zu dem Hochschullehrer ist einmal sicherlich auf die von Lederer vertretenen Ideen zurückzuführen, dann aber auch auf die Tatsache, daß er achtunddreißigjährig dem Kreis um Haubach und Mierendorff nach dem Lebensalter eher entsprach. Auch Haubach war offenkundig aufgefordert worden, sich an der Festschrift zu beteiligen und sandte einen Text.<sup>523</sup>

Zu den Schwerpunkten der wissenschaftlichen Arbeit Lederers belegte Haubach im Wintersemester 1919/20 Übungen mit den Themen „Problem der Sozialisierung“ und „Theorie des Marxismus“. Im Sommersemester 1921 hörte er dessen Vorlesungen „Einführung in die Nationalökonomie“ und „Finanzwissenschaft“.<sup>524</sup> Damit verschaffte er sich zweifellos Zugang zur Arbeitsmethode Lederers und zu den politischen Akzentuierungen, die dieser auf der Grundlage seiner nationalökonomischen Studien vornahm.

Schnittmengen hinsichtlich der (gesellschafts-)politischen Positionen der drei Heidelberger Hochschullehrer sind insofern festzustellen, als sie vehement das Wilhelminische System ablehnten und der Gruppe der Kriegsteilnehmer um Haubach signalisierten, daß ein Neubeginn und –aufbau unbedingt notwendig seien und daß sie für den Start auf die „Krieger“ setzten. Auf ein a priori vorhandenes Potential an Wertschätzung konnten die Studienanfänger zunächst also bauen, und dennoch wurden nach vier Jahren Soldatenzeit harte Anforderungen an sie gestellt, denen sie gerecht werden mußten und sicher auch wollten: Mierendorff erinnerte sich, „wie lange“ sie gebraucht hätten, „um das Studieren zu lernen“ und kennzeichnete diese erste Phase als „die härteste Arbeit während der ganzen Universitätszeit.“<sup>525</sup>

Jaspers und Alfred Weber repräsentierten in ihrer Verbindung zu den Vorstellungen Max Webers die Befürworter eines ‚starken Staates‘, der infolge einer optimalen ‚Führerauslese‘ nach innen Stärke entwickeln und sich von dieser Grundlage aus weltpolitisch eine dominierende Position erobern sollte. Frappierende Übereinstimmung gab es bei beiden auch in der prononciert hervorgehobenen Bedeutung der geistigen Elite für alle wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Prozesse. Lederer dagegen ging aus von dem Ideal eines wissenschaftlichen Sozialismus. Diese Vorgabe birgt völlig andere Zielvorstellungen, nämlich eine sich egalitär entwickelnde Gesellschaft mit einer politischen Verfaßtheit, durch die die in Wahlen entstandene Majorität politisch wirksam wird, weil es – so unterstrich er später diesen Aspekt – „keine [i.Orig. kurs., P.Z.] Modifizierung des Majoritätsprinzips gibt, die nicht zur Tyrannei

<sup>522</sup> Mierendorff, Nach 14 Jahren, S. 12.

<sup>523</sup> Haubach, Theodor: Positive Verfassungskritik. Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik (Ursprünglich Manuskript für eine Rede „auf einer republikanischen Studententagung in Neu-Strelitz“ nach der Vorbemerkung des Vf.; dann auch veröff. in: Die Justiz. Monatsschrift für Erneuerung des Deutschen Rechtswesens, Bd. VI, Doppelheft 11/12, 1930/31, August 1931, S. 628 – 639. ), in: State University of New York at Albany. Special Collection. NL Emil Lederer: Sammlung der Beiträge aus Wissenschaft, Kunst und Verwaltung für die Festschrift zu Ehren des 50. Geburtstages in einer Mappe verwahrt; eine Veröffentlichung kam nicht zustande.

<sup>524</sup> Abrechnungsbögen des WS 1919/20 und des SS 1921. Die Unterscheidung oben in „Übungen“ bzw. „Vorlesungen“ wurde nach der Aussage der jeweils angegebenen Honorarsätze getroffen; Übungen/Seminare wurden mit 5 Mark, Vorlesungen mit 10 oder 20 Mark veranschlagt.

<sup>525</sup> Mierendorff, Nach 14 Jahren, S. 3.

Majoritätsprinzips gibt, die nicht zur Tyrannei führen könnte.“<sup>526</sup> Obwohl sich deutliche Widersprüche zur Position der Weber und Jaspers ausmachen lassen, respektierten sie einander offensichtlich, wie z.B. die Beteiligung Lederers an der Festschrift für Alfred Weber erkennen läßt. Es mag sein, daß dazu die letztlich eher reformerische Grundhaltung Lederers beitrug, die sich in seinem Konzept der schrittweisen Annäherung an ein von ihm als politisch erstrebenswert gehaltenes Ideal nachzeichnen läßt.<sup>527</sup> Besonders wuchtig und eindrucksvoll muß die anti-bolschewistische Stellung aller drei Professoren auf die Studenten gewirkt haben, die sich allerdings aus unterschiedlichen Quellen speiste: auf der einen Seite aus einer elitistischen Auffassung, die von vornherein ablehnend jeder Veränderung ‚von unten‘ gegenüberstand, und auf der anderen Seite die scharfe wirtschaftswissenschaftliche Analyse als Waffe.

Schließlich wird ein starker Impuls von der Bereitschaft drei der Hochschullehrer ausgegangen sein, sich selbst auch in der Politik zu engagieren. Unabhängig davon, welcher parteipolitischen Couleur sie auch anhängen, gaben sie das Beispiel, daß ihnen für die angestrebte Überwindung Wilhelminischer Verhältnisse individueller Einsatz und Tatkraft notwendig erschienen. Dabei lenkten kurioserweise Max Weber und Emil Lederer, sonst zu wichtigen Fragen in unversöhnlichem Gegensatz, Haubachs Aufmerksamkeit auf die SPD, indem sie in den Kreis der wenigen parteipolitischen Optionen gerückt wurde, die ihrer Meinung nach für die Realisierung der von ihnen umrissenen Neuorientierung zur Verfügung standen.

### 3.3.4 Momentaufnahme I: Die politisch-ideologische Plattform

Die ersten Wahlen zum Reichstag vom 6. Juni 1920 nach den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 sahen als Gewinner die Rechtsparteien und die USPD. DVP und DNVP hatten ihren Anteil auf über 28 % der Sitze fast verdoppelt, die SPD büßte etwa 16 % von 37,9 % ein, gab an die USPD und wohl auch an das rechtsbürgerliche Lager Stimmen ab. Der Stimmenanteil der DDP verringerte sich von 18,5 % auf 8,4 %. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Arbeiterparteien jedoch insgesamt Stimmen einbüßten. Die Botschaft dieses Ergebnisses ist mit den Worten „Weimar verliert die Mehrheit“ angemessen beschrieben.<sup>528</sup> Welch letztlich verhängnisvolle Konstellation dieser Wahlausgang für den Bestand der Republik bereits andeutete, nämlich „eine lange Wanderung des deutschen Bürgertums durch das Parteienspektrum - ein Marsch nach rechts“ konnte sich den ‚Mit-Lebenden‘ in diesem Ausmaß zweifellos noch nicht erschließen.<sup>529</sup> Mit fast bestürzender Deutlichkeit aber wurde den Befürwortern einer grundlegenden Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland, so auch Theodor Haubach, vor Augen geführt, daß die traditionellen Kräfte großen Rückhalt in der Bevölkerung genossen. Selbst wenn man das Wahlergebnis für eine Momentaufnahme hielt, muß es eine aufrüttelnde Wirkung gehabt haben.

<sup>526</sup> Lederer, Emil: Durch die Wirklichkeit zur politischen Idee, in: Soziologische Studien. A. Weber gewidmet, Potsdam 1930, S. 9 – 23; S. 23.

<sup>527</sup> Auf die prinzipielle Kritik, die z.B. aus marxistischer Sicht von Georg Lukács zu den in diesem Abschnitt zitierten Aussagen der Hochschullehrer geäußert wird, wird später einzugehen sein.

<sup>528</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 343. Dem Kapitel, dessen Überschrift dieses Zitat entstammt, ist auch das Zahlenmaterial entnommen; S. 343 – 370.

<sup>529</sup> Ebd., S. 350.

Der tiefe Graben, der sich zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern auf-tat, war auch bereits früh an den Universitäten evident geworden. Bereits hinge-wiesen wurde auf die Tatsache, daß die konservativen Gruppen im Heidelberger AStA seit 1919 bei den Wahlen jeweils die eindeutige Majorität errangen, und bereits die selbstgewählten Benennungen der stärksten Fraktionen zwischen Sommersemester 1920 und Sommersemester 1922 lassen die Programmatik er-kennen: ‚Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studenten‘, ‚Heidelberger Arbeitsge-meinschaft im Hochschulring Deutscher Art‘ oder ‚Großdeutsche Liste‘.<sup>530</sup> Selbstverständlich stand auch ein erheblicher Teil der Professorenschaft der Re-publik skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüber. Wie unvereinbar die Gegen-sätze waren, ist am ‚Fall Lenard‘ nachzuweisen. Die diesen Vorfall begleitenden Umstände helfen, zugleich die Position Haubachs differenzierter darzustellen.

Den Ausgangspunkt bildete die Ermordung Walther Rathenaus, des Reichsau-ßenministers, am 24.6.1922 durch Anhänger extrem rechter Kreise. Schon vorher hatten auch konservative Publikationsorgane ihn wegen seines jüdischen Glau-bens und der von ihm zu verantwortenden angeblichen ‚Erfüllungspolitik‘ in maßloser Weise attackiert und den Boden für das Verbrechen bereitet. Der mit der Sowjetunion ohne Information oder Einbeziehung der Westmächte zuvor erarbei-tete Vertrag von Rapallo, inhaltlich ohne eigentlich spektakuläre Vereinbarungen, bezog seine Brisanz aus der Tatsache, daß er überhaupt geschlossen wurde, Deutschland der Weg aus der Isolierung zu gelingen schien. Der Vertragsschluß war allerdings außenpolitisch „ein Spiel mit dem Feuer“ und entwickelte auch innenpolitisch Sprengkraft, in seiner Folge wurde die Ermordung Rathenaus mit Abscheu, Zustimmung oder ungehemmter Freude kommentiert.<sup>531</sup>

Die Reichsregierung ordnete für den 27.Juni Staatstrauer und Beflaggung an, der Studienbetrieb sollte ruhen. Der Professor für Physik, Philipp Lenard, boykottierte diese Anweisung, ließ weder eine Flagge hissen, noch verzichtete er auf die Un-terbrechung des Lehrbetriebes. Der Physik-Nobelpreisträger von 1905 hatte be-reits zuvor seinen Antisemitismus und seine deutschvölkische Grundhaltung nachdrücklich demonstriert.<sup>532</sup> Als er die Habilitation der ersten Wissenschaftlerin in der Fakultät zu hintertreiben suchte, zeigte sich allerdings, daß seine Macht auf das Physikalische Institut beschränkt war und andere Hochschullehrer seiner kon-servativen Linie nicht folgten.<sup>533</sup>

Carlo Mierendorff organisierte den Widerstand gegen diese offenkundige Mißach-tung der Anweisung und sicher vor allem wegen der dahinter sichtbaren Gering-schätzung des Ermordeten und der jungen Republik. Nach eigener Darstellung bemühte er sich aus dem Gewerkschaftshaus heraus, „nach Rücksprache mit dem

<sup>530</sup> Mitgau, Studentische Demokratie, S. 125 f.

<sup>531</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 467.

<sup>532</sup> Albrecht, der militante Sozialdemokrat, S. 54 (Vgl. auch die Studie vom selben Vf.: Der „Fall“ Lenard-Mierendorff 1922/23, in: Ruperto Carola. Heidelberger Universitätshefte 38 (1986), 74, August 1986, S. 107 – 114.).

<sup>533</sup> Baader, Meike Sophia: >Wissenschaft als Beruf< in den Naturwissenschaften, in: Trei-ber/Sauerland, Heidelberg, S. 445 – 460. Der Text fußt auf der unveröff. Autobiographie der Wis-senschaftlerin Gerta von Ubisch (1882-1965), die als Naturwiss. im Kreise Marianne Webers übri-gens nicht willkommen war. Lenard bezeichnete Ubisch gegenüber die Habilitation als „ganz traurigen Entschluß“, da die Frau „doch zu etwas ganz anderem da ist“ und nahm nicht an der entscheidenden Fakultätssitzung teil, weil er „die Habilitation des Fräuleins für überflüssig halte.“ Vgl. S. 453.

Führer des Kartelles“, also des Vorstandes, wie er später erläuterte, den Rektor der Universität zur Intervention zu überreden und Lenard zur Flaggenhissung zu veranlassen. Dieser fühlte sich jedoch außerstande und siedelte die Bedeutung der Lenardschen Verweigerungshaltung auch als eher unbedeutend – „sei doch nicht so schlimm“ – an. Mit einem größeren Trupp von Gewerkschaftlern und – so ist zu vermuten, wenn auch von Mierendorff in seiner Darstellung nicht erwähnt – mit Mitgliedern des ‚Sozialistischen Studentenbundes‘ zog er in Richtung des Physikalischen Instituts, um nach kleineren Handgemengen und Steinwürfen seitens der Institutsbesetzung Lenard „zu verhaften“ und abzuführen. Abschließend hob er hervor, daß „die Arbeiterschaft keinerlei Bewaffnung trug“ und auch sonst keine Anzeichen für eine „Planmässigkeit“ des Vorfalls erkennbar gewesen sei, damit mögliche Vorwürfe gegen die Aktion und den eigenen Einsatz antizipierend.<sup>534</sup> Die Befürchtungen waren angebracht, denn Mierendorff wurde im April 1922 zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt, die er jedoch nicht antreten mußte, weil sich u.a. prominente Politiker für ihn einsetzten. Doch wegen des Verfahrens hielt die Universitätsleitung die Aushändigung der Doktorurkunde Mierendorffs zurück.<sup>535</sup>

Erst über ein Jahr später, im Juli 1923, kam es zu einer Verhandlung vor dem Disziplinargericht der Universität Heidelberg, das sich aus fünf Professoren, darunter Karl Jaspers, und zwei Studenten zusammensetzte, in der abschließend „wegen Störung der Sitte und Ordnung des akademischen Lebens“ beraten wurde.<sup>536</sup> Mierendorff wurde freigesprochen. Auch in diesem Verfahren stellte er die Spontaneität der Aktion heraus und erklärte auf die Frage, warum er nicht die Polizei eingeschaltet habe, daß die Gewerkschaftssekretäre „in diesem Moment die größte Autorität“ besessen hätten, die Polizei „auf die Massen leider immer etwas wie ein rotes Tuch“ wirke.<sup>537</sup>

Insgesamt bleibt der Eindruck, daß die „Verhaftung“ des als politischer Gegner ausgemachten und bekämpften Lenard durchaus eine geplant herbeigeführte Aktion war. Die massive ‚Vorwärtsverteidigung‘ in seiner ersten Einlassung wie auch der Umstand, daß gar nicht der Versuch unternommen wurde, die Polizei einzuschalten sowie das Warten bis „nachmittags 3,15 Uhr“ bis zur Information des Rektors deuten bereits darauf hin, daß Mierendorff und seine politischen Freunde die Chancen eines ‚starken Staates‘ durch offensives Vorgehen demonstrieren wollten.

Theodor Haubach taucht in den Berichten zum Geschehen am 27. Juli 1922 nicht auf. Er nahm jedoch an der Aktion gegen Lenard teil, denn in der Urteilsbegründung des Disziplinargerichts wurde seine Zeugenaussage als besonders hilfreich für die Urteilsfindung hervorgehoben: Auf Grund seiner „glaubwürdigen Aussagen [...], welche über die Stimmung und die Überlegungen des Angeklagten im Stadium der Entscheidung berichteten,“ hätte das Gericht zugunsten Mierendorffs entschieden.<sup>538</sup> Als Unterstützung des „Angeklagten“ wurde übrigens das „Leu-

<sup>534</sup> Darstellung C. Mierendorffs, maschinenschr., v. 28.6.1922, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabt., NL Karl Jaspers, Biographisches VIII, Mappe: Der „Fall Lenard“, Bl. 17.

<sup>535</sup> Albrecht, S. 58.

<sup>536</sup> NL K. Jaspers, Mappe: „Der Fall Lenard“, Bl. 18.

<sup>537</sup> Ebd., Bl. 20. Ausriß aus einer Tageszeitung o. Titel v. 28. Juli [1923] mit protokollartiger Wiedergabe der Aussagen von Prozeßbeteiligten.

<sup>538</sup> Ebd., Bl. 18 f.

mundszeugnis der Professors WEBER“ [wie i. Orig., P.Z.] gewertet. Unter den benannten 14 Zeugen befanden sich überwiegend Studenten, die zum Verlauf der Aktion vernommen wurden, womit die These gestützt wird, daß es sich keineswegs um eine Unternehmung allein der Arbeiterschaft gehandelt hat, und auch die Version vom spontanen, mühsam gezügelten Aufbruch der ‚Massen‘ wird weiter erschüttert.

Da Theodor Haubach an der Aktion selbst beteiligt war, allerdings Mierendorff dominierend auftrat und deshalb auch massiv von den Behörden verfolgt wurde, stützen vor allem Haubachs Aussagen und Handlungsweise im Sommer 1922 die Vermutung, daß die Freunde die Ermordung Rathenaus als Signal für entschlossenes, offensiv die Republik unterstützendes Vorgehen ansahen. Bemerkenswert ist auch der in diesem Kontext – wie in Darmstadt zu Zeiten des Kapp-Putsches – vorhandene Kontakt zu den örtlichen Gewerkschaftsführern. Vermittelt durch die Arbeit in der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘ und durch Mierendorffs Mitgliedschaft in der SPD seit 1920<sup>539</sup>, hatte sich vermutlich eine Kerngruppe von Personen gebildet, die sich die Stabilisierung der Republik zur Aufgabe gemacht hatte. Bereits kurz nach den Vorkommnissen um Lenard veröffentlichte Haubach einen breit angelegten Artikel, in dem er diese Ereignisse gegen den Hintergrund der aktuellen politischen Verhältnisse in Deutschland spiegelte.<sup>540</sup> Lenard habe, so setzte Haubach ein, ohne detailliert auf den Ablauf des Geschehens am 27. Juli einzugehen, „nach jahrelanger Hetze gegen die Republik [...], wobei seine studentischen Freunde ihn wacker unterstützten“, nun den Bogen überspannt, und glücklicherweise interessiere sich nun auch die Öffentlichkeit „zum ersten Male erheblicher“.<sup>541</sup> Eine gewisse Zufriedenheit darüber, daß die Umstände der Festsetzung Lenards dazu beitrugen, kann er nicht verhehlen – der Aufruhr kam also sehr gelegen. Schnell steuert er dann jedoch auf den Kern seiner Gedankenführung. Der Kampf für die Republik sei „eine Hauptentscheidung der Geschichte unseres Landes“ und wenn man sie bejahe, so müßten ihre Realisierung und Verankerung „an allen Zentralen der gesellschaftlichen Existenz“ durchgesetzt werden; dazu gehöre der Einsatz von Überzeugungskraft und „republikanischer Arbeit“ auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Den Feinden der republikanischen Idee sei mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, vom „neuen Staat“ wüßte er sich dazu auch den Einsatz von staatlicher „Gewalt“.<sup>542</sup> Er setzt sein Verständnis deutlich von dem der Wilhelminischen Ära ab, in der „Geistiges mit Schutzleuten“ regiert worden sei, sondern will „Ueberzeugen und Zwingen“ für die republikanische Sache instrumentalisieren. Damit wird von Theo Haubach, der von Beginn seiner politischen publizistischen Tätigkeit an für die Führung im Staat und die Führung durch ihn plädierte, zum ersten Male das Motiv der Gewaltausübung durch den Staat konkret im Kontext eines demokratisch organisierten Staatswesens formuliert – zweifellos ganz im Sinne einiger seiner akademischen Lehrer. Diesen Akzent seiner Staatsauffassung wird er während der gesamten Weimarer Zeit immer wieder als unverzichtbar propagieren.

<sup>539</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 45.

<sup>540</sup> Haubach, Theo: Republik und Universität, in: Die Glocke 8 (1922), 21. H., 21. Aug. 1922, S. 539 – 543.

<sup>541</sup> Ebd., S. 539 f.

<sup>542</sup> Ebd., S. 541.

Nach diesen grundlegenden Klärungen verknüpft der Autor die allgemeine politische Situation mit der Frage nach dem Ort der Universität in ihr. Nachdem er zunächst umständlich-gewunden die Autonomie der Wissenschaft betont, die „durch heteronome äußere Kräfte nicht gestört werden darf“, exemplifiziert er am Fall Lenards, daß „aus der Organisation wissenschaftsbeflissener Menschen (das ist doch wohl >Universität<) politische Kräfte intensivster Art ausströmen.“<sup>543</sup> Nachdrücklich beklagt Haubach in diesem Kontext die Tatsache, daß die Universität „zu großen Teilen im Besitze ihrer [der Republik, P.Z.] Gegner“ sei.<sup>544</sup> Er sieht darüber hinaus die Gefahr, daß sich die Dozentschaft bemühe, den antirepublikanischen Widerstand zu verfestigen und zu intensivieren und weist auf die Indoktrinierung in der Ausbildung „künftiger Lehrer und Juristen“ hin. Daher Haubachs eindringlicher Appell, den Widerstand in den Hochschulen gegen die Republik zu „brechen“ und keineswegs „für eine zartere Behandlung“ dieser Einrichtungen zu plädieren, es handele sich schließlich um einen „Machtkampf“, in dem durch „Einschreiten“ und „Handeln, das von Energie zeugt“, Gegner abgeschreckt und gleichzeitig aber „Sympathie“ erworben werde. Im Schlußsatz dann die fast beschwörende Formulierung, die Republik möge doch endlich begreifen, „daß die Mehrzahl ihrer Feinde sie nur deshalb geringschätzt, weil sie diese Energie vermissen“.<sup>545</sup>

In keiner Passage erweckte der Text Haubachs den Eindruck einer hastig formulierten Verteidigung seines Freundes Mierendorff, sondern er ist vielmehr Ausdruck eines im Wachsen begriffenen Konzepts zum eigenen Handeln in der Politik. Die Zielsetzung und ein für ihn strategisch notwendiges Mittel auf dem Weg zum Erfolg werden klar benannt. Dazu ist es für Haubach unverzichtbar, um im Bild der Lenard-Affäre zu bleiben, ‚Flagge zu zeigen‘ und in den verschiedenen Bereichen gesellschaftlichen Lebens offensiv gegen Gegner der Republik vorzugehen. Das Verhalten Lenards bot die Gelegenheit, den politischen Widersacher zu treffen und darüber hinaus die Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren. Mit der ‚Affäre Lenard‘ wurde nicht nur auf eine Provokation reagiert, wie Albrecht meint, sondern die zu diesem Zeitpunkt bestehenden konzeptionellen Vorstellungen der Freunde sahen zweifelsfrei aktives, publikumswirksames Handeln vor, so reichte die Zeit zwischen der Ermordung Rathenaus und dem Tag der Staatstrauer ein angemessenes praktisches Vorgehen zu planen und dann zu inszenieren.<sup>546</sup>

Auch auf der Ebene der studentischen Mitverantwortung sah Haubach die Zeit gekommen, den reaktionären Gruppen, die das Heidelberger Studentenparlament beherrschten, entschiedener entgegenzutreten. Die ‚Sozialistische Studentengruppe‘ hatte seit dem Wintersemester 1919/20, als Haubach gewählt worden war, keinen Sitz mehr im Parlament; auf mögliche Ursachen wurde oben verwiesen. An Einfluß dagegen hatten die im Deutschen Hochschulring (DHR) seit 1920 zusammengeschlossenen Gruppierungen gewonnen. Sie waren durchweg völ-

<sup>543</sup> Ebd., S. 542.

<sup>544</sup> Zur Frage der Autonomie der Hochschulen kam es zur Konfrontation Haubachs mit Jaspers in einem Seminar; der Hochschullehrer wollte die Politik prinzipiell aus den Universitäten ausgeschlossen wissen. Vgl. Jaspers, Karl: Doktor der Philosophie, in: Hammer, Theodor Haubach, S. 14 – 17, S. 15.

<sup>545</sup> Haubach, Republik, S. 543.

<sup>546</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 54 f.

kisch-nationalistisch ausgerichtet.<sup>547</sup> Haubach beteiligte sich intensiv an der Konstruktion eines Kartells, zu dem sich alle republikanisch orientierten Gruppierungen zusammenschließen sollten. Die Vorüberlegungen und konkrete Aktionen, die einen derartigen Schritt in Heidelberg vorbereiteten, gab es offenbar bereits im Winter 1921/22. Seine eigene Beteiligung, auch für die weitere Entwicklung, hebt Hallgarten hervor, erwähnt außerdem namentlich nur Mierendorff und Haubach, die mit ihm initiativ geworden seien. Im Laufe des Jahres 1922 nahm Hallgarten erste Kontakte zu studentischen Gruppen des Zentrums, der Demokraten und der SPD auf, bezog zudem die Freie Studentenschaft mit ein.<sup>548</sup>

Zu diesem bemerkenswerten Versuch, den Angriffen rechter Kreise gegen republikanische Erneuerung inneruniversitär ein adäquates Gegengewicht zu bilden, liegen für Heidelberg nur wenig ergiebige Materialien vor. In einer Darstellung zu den Vorgängen um die Bildung der republikanischen Studentengruppe in Heidelberg wird zwar Haubach als die treibende Kraft genannt, der Zeitpunkt wird allerdings fälschlicherweise in das Jahr 1924 verlegt, als Haubach längst das Studium beendet hatte und in Hamburg lebte.<sup>549</sup> Die ‚Republikanischen Studenten‘ gewannen bei den Wahlen zum Studentenparlament im Wintersemester 1922/23 vier Sitze. Einer der Delegierten war Theodor Haubach.<sup>550</sup> Anders als bei der Nominierung für die zunächst in sich geschlossenere, durch Freundschaften untereinander verbundene Mitgliederschaft der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘ kann diese erneute Delegation fraglos als Hinweis darauf gewertet werden, daß er mit großem Einsatz den Zusammenschluß der heterogenen Gruppen voranzutreiben suchte. Dieser verlief parallel zu vergleichbaren Bemühungen auf überregionaler Ebene und wurde durch das Erlebnis der Ermordung Rathenaus zusätzlich befördert. In Jena wurde in den Tagen des 31.7. und 1.8.1922 die Gründung des Reichskartells Deutscher Republikanischer Studenten beschlossen.<sup>551</sup> Diese Dachorganisation hatte bis 1927 Bestand, dann schlossen sich die republikanischen Studentengruppen zu einer eigenen Organisation, dem Deutschen Republikanischen Studentenbund, unter der Führung Walter Kolbs (Oberbürgermeister von Frankfurt/M. ab 1946) zusammen.<sup>552</sup>

Da Protokolle oder andere Zeugnisse zur Arbeit der Heidelberger Gruppe und auch zu den Sitzungen des AStA für diesen Zeitraum nicht vorliegen, sind wir hinsichtlich der Programmatik auf Verlautbarungen des Kartells angewiesen. Im Mittelpunkt steht das Bekenntnis zur Republik, die als einzige Staatsform „inneren Frieden“, „die Gewähr für die Erhaltung der deutschen Einheit“, die Ablehnung jeder Form „der Völkerverhetzung“ und die Förderung des „Menschheitsgedankens“ gewährleisten könne.<sup>553</sup> Vor allem mit den zuletzt genannten Zielvorstellungen werden die sozialistischen Studenten in der Programmdiskussion eige-

<sup>547</sup> Schwarz, Studenten, S. 172 u. S. 263.

<sup>548</sup> Hallgarten, George W.F.: Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn zur Jahrtausendwende, Frankfurt/M. / Berlin 1969, S. 110 ff.

<sup>549</sup> Giovannini, in: Buselmeier, S. 205. Eine Quelle nennt der Vf. nicht; im Universitätsarchiv Heidelberg liegen keine Materialien für diese Gruppierung vor.

<sup>550</sup> Mitgau, Studentische Demokratie, S. 127.

<sup>551</sup> Schwarz, Studenten, S. 476.

<sup>552</sup> Unser Weg, unser Ziel!, hrsg. v. Deutschen Republikanischen Studentenbund, o.O. o.J. [Karlsruhe 1930], S. 18.

<sup>553</sup> VC [=Vertreter Convent]-Rundschau, 39 (1922), H.7, 1.Okt. 1922, S. 153 f., zit. n. Schwarz, S. 388.

ne Ideen durchgesetzt haben, wenngleich die Plattform ausreichend allgemein formuliert war und wenig Zündstoff für interne Auseinandersetzungen zwischen Gruppierungen barg, die sich *dieser* Republik verpflichtet fühlten. Damit ist auch der wesentliche, von Haubach und seinen Freunden scharf erkannte Unterschied zu den reaktionären Studentengruppen markiert, die z.B. im DHR organisiert waren. Diese lehnten nämlich den Weimarer Staat ab, wollten nicht traditionelle bürgerliche Privilegien preisgeben und standen in der Kontinuität einer imperialistischen, rassistischen Ideologie Wilhelminischer Provenienz. Die Beschwörung der nationalen Einheit war Programmpunkt auf beiden Seiten, erhielt aber einander diametral gegenüberstehende Bedeutungen, wenn auf der einen Seite der Rassegedanke integriert, auf der anderen Seite die Idee des „Menschheitsgedankens“ propagiert wurde.<sup>554</sup>

Gegen die lautstark auf Demonstrationen agierenden und in ihren Schriften verbalradikal formulierenden rechten Studentengruppen setzten die ‚republikanischen Studenten‘ oft einen wehevoll-emphatischen Grundton - wie er sich auch in einigen Sequenzen Haubachs findet - und exemplarisch in den Schlußsätzen des einleitenden Artikels für das eigene Organ sichtbar wird, in der an die „Republikaner“ eine fiktive Frage-Antwort-Passage ergeht: „>Was habt ihr für die Republik getan?<, dann sollen diese antworten können: >Unsere Pflicht!<“.<sup>555</sup>

Im Bereich der Hochschulen ergaben sich für die republikanischen Gruppen gegen den Hintergrund ihrer politischen Generallinie als wesentliche Zielsetzungen vor allem die kämpferische Auseinandersetzung mit den im DHR zusammengeschlossenen Gruppierungen und die Beobachtung der Hochschullehrerschaft im Hinblick auf ihr politisches Verhalten. Die Forderung wurde erhoben, die Dozenten, „die ihr Lehramt zu anti-republikanischer Propaganda oder Parteiorganisation oder ihrer Duldung mißbrauchen“, sollten strengstens gemäßregelt werden.<sup>556</sup> Die Übereinstimmung mit den Aussagen Haubachs fällt deutlich aus. Das Vorgehen gegen Lenard ist also nicht als isolierte Handlungsweise der Heidelberger anzusehen, sondern eingebunden in den ideologisch-politischen Kontext des sich entwickelnden Kartells. Es bedurfte allerdings der Mierendorff und Haubach, um ein solch markantes Zeichen zu setzen, wie es sich in der Festsetzung eines anti-republikanischen Professors manifestierte. Mit ihrem Offensivgeist dem politischen Gegner gegenüber in der Verbindung mit strategischem und taktischem Geschick sowie selbstbewußt Stärke und Tatkraft demonstrierend wollten sie, diese Vermutung liegt nahe, die Mitglieder des Kartells zur ‚politischen Tat‘ mitreißen.

All die unmittelbar nach Kriegsende von Theo Haubach eingegangenen Engagements im kulturellen und politischen Feld waren gekennzeichnet von dem Willen, die jeweils bearbeiteten Bereiche theoretisch zu ergründen, sich schriftlich für das jeweils betriebene Vorhaben einzusetzen und zielstrebig handelnd zu intervenieren. Die Vielfalt der Unternehmungen und die Intensität seines Einsatzes weisen

---

<sup>554</sup> Auch wenn Schwarz hinsichtlich des „Rassestandpunkts“ den Verbänden des DHR zugestehen will, zu Anfang „noch nicht radikal“ gewesen zu sein, so ist bei aller Problematik einer derartigen Differenzierung – ein solcher Standpunkt ist „radikal“, wenn man ihn mißt an Werten wie Humanität und Toleranz – ein eklatanter Unterschied zu den „Republikanern“ erkennbar.

<sup>555</sup> Republikanische Hochschulzeitung. Nachrichten des Kartells republikanischer Studenten Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs 1 (1925), Nr. 1, Juni 1925, S. 2.

<sup>556</sup> Burschenschaftliche Blätter 37 (1922), H. 1 / 2, Okt./Nov. 1922, S. 4 f.

darauf hin, daß ihn das Verlangen nach „Sinnggebung“ trieb.<sup>557</sup> Vondung vermutet zu Recht, daß dieses Verlangen überwiegend ausgelöst wurde durch den Schrecken des Kriegserlebens. Für Haubach ist dagegen anzunehmen, daß er die Idee der Ablösung traditioneller gesellschaftlicher und politischer Strukturen und deren Erneuerung fast unbeschadet durch die Kriegsereignisse bewahren konnte – seine oben zitierten Texte aus der Zeit der ‚Dachstube‘ ließen ja deutlich den Versuch erkennen, immer wieder spürbare Distanz zu den ungeheuren Eindrücken um ihn herum herzustellen. Diese Fähigkeit des hartnäckigen Beharrens und Verfolgens einer einmal für notwendig erachteten Idee half ihm sicher auch, nicht wie viele andere unter den psychischen Bedrängungen des unmittelbaren Kriegserlebens zusammenzubrechen. So berichtete z.B. Zuckmayer gegen Ende des Krieges aus einem Lazarett: „Völliger Nervenzusammenbruch, Herzneurosis [sic]“ und leitete dieses Krankenbild ab von ständigen Ängsten, der Not und Ausweglosigkeit, die er während der Kriegshandlungen empfunden hatte.<sup>558</sup>

Die vielfältigen und zeitaufwendigen Aktivitäten Haubachs liefen zudem neben dem eigentlichen Studium, der Arbeit in den Seminaren und Kollegs, dem Nacharbeiten grundlegender Vorlesungen und der Formulierung von Referaten – dabei war er vier Jahre lang jeder auch nur annäherungsweise wissenschaftlichen Arbeitsweise entwöhnt gewesen, der Stoßseufzer Mierendorffs zu diesem Problem wurde oben zitiert. Ein wesentliches Moment für diesen zusätzlichen Kraftaufwand lag für Haubach zweifellos in der Hoffnung, die Zielsetzung, unter der er wie viele andere auch in den Krieg gezogen war, nämlich die Ablösung der Wilhelminischen Ära herbeizuführen, noch realisieren zu können. Dabei bedrängte ihn sicher die Befürchtung, daß die bereits vor und während des Krieges sichtbaren desintegrativen Prozesse, z.B. durch die Verfestigung einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft verbunden mit weiterer Deklassierung der Arbeiterschaft, sich mit dem Katalysator, den die Folgen der Niederlage für eine in seinen Augen negative Entwicklung abgaben, eher an Geschwindigkeit und Kraft zulegen könnten. Der Einschätzung Nipperdeys ist zuzustimmen, daß „das konkrete Wollen der Studentenschaft [...] im wesentlichen um die nationale Idee und um die Idee der Volksgemeinschaft“ kreiste.<sup>559</sup> Das bedeutete jedoch nicht, daß sie alle die gleichen Schlußfolgerungen für ihre konkrete politische Arbeit in Studentengruppen oder Parteien zogen. Wie die Wahlergebnisse zum Heidelberger Studentenausschuß zeigen, wollte ein größerer Anteil mit der Etablierung der ‚Volksgemeinschaft‘ innenpolitisch durch die Zuweisung von Privilegien an das bürgerliche Lager und eine rassistische Ideologie an die Wilhelminischen Strukturen anknüpfen, außenpolitisch wurde eine revisionistische Politik propagiert, angesichts der vernichtenden militärischen Niederlage eigentlich eine groteske Anmaßung, die allerdings für viele Studenten eine große Attraktivität besaß. Haubach dagegen wollte dieses Ideal der Identität der Nation durch eine breite Volksbewegung mit eindeutiger Absage an alle rasseideologisch, so auch antisemitisch motivierten Parolen der nationalistisch und völkisch orientierten Studentengruppen bzw. Par-

<sup>557</sup> Vondung, Klaus: Propaganda oder Sinndeutung?, in: Ders. (Hrsg.): Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen, Göttingen 1980, S. 11 – 37; S. 25.

<sup>558</sup> Brief Carl Zuckmayer an Kurt Grell v. 11.8.1919, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, Handschriftenabt., NL Carl Zuckmayer, Bestand: Werke.Auswahl, Eingangsnr.: 95.1.1/1.

<sup>559</sup> Nipperdey, Die deutsche Studentenschaft, S. 36.

teien realisieren. Es war eine demokratische Erneuerung nach innen und eine Verständigung mit den europäischen Nachbarn nach außen anzustreben, dabei war die Republik als angemessene Struktur und als Vehikel zu nutzen - gegen Ende der Studienzeit war diese Vision zu einem bedeutenden Element seiner politischen Plattform geronnen.

Nicht belegbar, allerdings auch nicht von der Hand zu weisen ist der Gedanke, daß Theodor Haubach als Halbjude mit besonderem Abscheu die Verbreitung antisemitischer Propaganda sah und umso vehementer zu bekämpfen versuchte und daß er sich im Engagement für den nationalen Gedanken auch bereits durch Einsatz und Tapferkeit im Krieg möglicherweise unbewußt „als vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft, dieser Nation, dieses Volkes“ zu erweisen suchte.<sup>560</sup>

Gerade jenen ‚Kriegsstudenten‘, die engagierte politische Arbeit für die Sicherung der Republik an den Universitäten zu leisten versuchten, war klar, daß ihnen 1922 nur noch begrenzt Zeit zur Verfügung stand. So konstatierte ein republikanischer Student im Jahre 1925 fast ein wenig wehmütig, daß „eine neue Arbeitsperiode“ begonnen hätte, da die Gründergeneration des Kartells die Hochschulen mittlerweile verlassen habe.<sup>561</sup> Haubach und Mierendorff beendeten 1923 das Studium. Tendenziell ist festzustellen, daß die Mitgliedsverbände des Kartells „durch geringen Mitgliederstand“ gekennzeichnet waren.<sup>562</sup> Zum Auftreten und zur inhaltlichen Arbeit erklärte ein Funktionär auf die Jahre seit der Gründung zurückblickend, daß der ‚Republikanische Studentenbund‘ „oft in sehr wirksamer Weise“ gearbeitet habe, gleichwohl in der Öffentlichkeit „nicht allzu stark“ beachtet worden sei. Die politischen Gegner, die „durch lärmende Demonstrationen“ auf sich aufmerksam gemacht hätten, wären – so die eher hoffnungsvolle als erwiesene Qualifizierung - „oft unliebsam“ aufgefallen.<sup>563</sup> Der Elan, der von Haubach und anderen „Kriegsstudenten“ auf ihre Nachfolger weitergegeben werden sollte, spricht aus dieser Selbstdarstellung keineswegs, eher Verzagtheit und Selbstzufriedenheit in redlicher politischer Arbeit. Eine abschließende Bewertung des Einflusses dieser Gruppierungen wird später vorgenommen werden.

In der Kombination politischen Handelns und Schreibens in der letzten Phase seines Studiums lassen sich einige Konturen eigener konzeptioneller Vorstellungen deutlich nachzeichnen. Von der exemplarisch in einem Text wie „Wider die Politik“ ihm bedeutsamen Beschwörung einer transzendentalen Ebene oder der Hoffnung auf die überragende Tat eines heldenhaften Führers, wie es mit dem Modell der Aristie vermacht ist, hatte er Abschied genommen, damit auch von der Suche nach einer total erneuerten Startgrundlage für das zukünftige Staatswesen. Die konkreten Bedingungen und Erscheinungen des politischen Alltags waren von Haubach mittlerweile fest in den Blick genommen worden. Nicht umständlichen und unergiebigem Spiegelfechtereien und Definitionsversuchen wie z.B. „Mensch“ versus „Bürger“ hing er weiterhin an, sondern als Zielvorstellung wurde eindeutig die Stabilisierung der jungen Republik angegeben, und zwar mit der

<sup>560</sup> Diese Vermutung äußert die Biographin Herbert Weichmanns (Erster Bürgermeister in Hamburg 1965 - 1971), der auch im Wandervogel aktiv und Kriegsteilnehmer war, sich nach dem Krieg in einer Sozialistischen Studentengruppe engagierte, um der Republik zur Stabilisierung zu verhelfen. Vgl. Ego, Anneliese: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896 – 1948, Hamburg 1998.

<sup>561</sup> Republikanische Hochschulzeitung, Juni 1925, S. 4.

<sup>562</sup> Schwarz, Studenten, S. 265.

<sup>563</sup> Unser Weg, S. 18.

erklärten Absicht, die Arbeiterschaft am Neuaufbau zu beteiligen. „Sozialismus“ war kein „allzu unsolider Untergrund“ mehr für ihn, wie oben aus „Wider die Politik“ bereits zitiert. Auch die politischen Gegner waren damit ausgemacht, jene nämlich, die den Prozeß der Demokratisierung zu stören oder gar abzuwenden versuchten. Diese galt es zu überzeugen und auf die Seite der Republikaner zu ziehen, doch sollte das nicht gelingen, mußte der Staat die ihm zur Verfügung stehenden ‚Macht‘-Mittel offensiv und unmißverständlich einsetzen.

Der hohe Stellenwert, den bei dieser Auseinandersetzung für ihn die Hochschulen einnahmen, erklärte sich sicherlich einmal aus seiner aktuellen Situation, aber vor allem aus der überragenden Bedeutung, die diese als Hort der geistigen Ausbildung gerade auch für Multiplikatoren nach seinem Verständnis besaßen. Im Zentrum der Reaktion sah er „das farbige Studententum“, die farbentragenden Kommilitonen also personifizierten für ihn geradezu die Kontinuität relevanter Elemente des Wilhelminischen Systems.

Auffällig an seinen Äußerungen in diesem Zeitabschnitt ist die Verwendung des Begriffs ‚Republik‘ als eine Art Sinnbild für ein ideales Konstrukt, dessen inhaltliche Struktur von ihm weder differenziert dargestellt noch problematisiert wurde. Diese Tatsache mag darauf zurückzuführen sein, daß ‚die Republik‘ für ihn ein Symbol der Überwindung des zutiefst abgelehnten kaiserlichen Deutschland war, das er auch in dieser pauschalen Form und Eindeutigkeit als für die politische Auseinandersetzung geeignet hielt.

Die Ereignisse des Jahres 1922 weisen einen weiteren wichtigen Aspekt auf, der Strategieansätze politischen Handelns bei Haubach erkennen läßt. Neben einem in der aktuellen Situation klar konfrontativen Vorgehen, das durch seinen demonstrativen Charakter auch politisch wirksam werden sollte, ist bereits in dieser Phase eine eindeutige Präferenz bei der Wahl von Bündnispartnern auszumachen. Da bis zu diesem Abschnitt in seinen Äußerungen allein jeweils die Gruppen der Rechte als Vertreter Wilhelminischen Geistes attackiert, die links von der SPD stehenden Kräfte nicht thematisiert wurden, wäre auch eine „Koalition“ mit der äußeren Linke denkbar gewesen. Haubach tendierte jedoch bei der politischen Arbeit im universitären Kontext eindeutig zu den Gruppierungen, die den Parteien der politischen Mitte, also dem Zentrum und der DDP, nahestanden oder von diesen sogar direkt gesteuert wurden. Bei den Kommilitonen dieses Lagers fand Haubach neben der eindeutigen Parteinahme für die Republik eben auch größere Übereinstimmung in den Verhaltensmustern, die einer bildungsbürgerlich-liberalen Sozialisation entstammten. Auch der enge Anschluß an die oben genannten Hochschul-lehrer weist auf diesen Tatbestand hin. Diese hinterließen ja nicht nur deutliche Spuren in der sich pragmatisch entwickelnden ideologischen Plattform Haubachs etwa mit der Favorisierung der sich gerade etablierenden Republik, der Betonung der staatlichen Gewalt und politischen Führungskraft, sondern empfanden sich als Bewahrer des ‚Geistigen‘, konkret also der traditionellen kulturellen Werte, die ihnen für die staatliche Neuordnung und die nationale Identitätsfindung unersetzbar schienen. Ein bereits in den frühen Texten nachgewiesener Zug in Haubachs Welthaltung erhielt Bestätigung, Stabilität und neue Facetten. Beispielgebend waren vor allem die Professoren Max und Alfred Weber, Emil Lederer – Jaspers ist hier auszunehmen - mit ihrem Interesse für praktische parteipolitische Tätigkeit. Zu nennen wäre noch der Völkerrechtler Richard Thoma, bei dem Haubach, wie eingangs erwähnt, auch belegt hatte. Thoma war Mitglied der „Vereinigung

verfassungstreuer Hochschullehrer“ (Weimarer Kreis) und formulierte 1926 die „Maxime von der Verpflichtung des Gelehrten zur Teilnahme am aktiven Leben“.<sup>564</sup> Von einer persönlichen Beziehung Haubachs zu diesem Hochschullehrer liegen keine Informationen vor, aber deutlich wird doch, daß bei der Auswahl der universitären Lehrveranstaltungen die politische Einstellung der Professoren eine wichtige Rolle spielte – zumindest bei den politisch bewußten Studenten, und zwar sowohl bei den linken wie bei den rechten. Wenn die zaghaften Versuche der Weber-Brüder und Lederers, sich in konkreter parteipolitischer Arbeit zu engagieren durchweg auch nicht erfolgreich verliefen, so hielten sie individuelles politisches Engagement in einer Republik für unverzichtbar, demonstrierten dies und öffneten den Blick – mit je eigener Akzentuierung - für den Sektor zwischen SPD und Zentrum.

Der genaue Eintritt Haubachs in die SPD ist nicht zu ermitteln, weil die Unterlagen während des Zweiten Weltkriegs vernichtet wurden, von ihm selbst auch keine Aussage vorliegt. Er erfolgte wahrscheinlich 1922/23 und deutet darauf, daß Haubach sich entweder nicht so schnell parteipolitisch binden wollte wie Mierendorff oder Zeit benötigte, andere Optionen abzuwägen. Eher ist anzunehmen, daß auch Haubach der SPD bereits frühzeitig näher stand, wie etwa die Betätigung in der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘, die engen Verbindungen – u.a. 1920 und 1922 nachzuweisen – zu Gewerkschaftlern und sein Drang, ‚sozialistisch‘ zu argumentieren und zu agitieren, nahelegen. In den Erinnerungen an die beiden Freunde werden sie von ehemaligen Kommilitonen oft prononciert als „Sozialisten“ charakterisiert, die nicht allein für ihre Ideen eintraten, sondern massiv auch andere zu überzeugen versuchten.<sup>565</sup> Anzumerken ist hier noch einmal nachdrücklich, daß in diesem Zusammenhang von einem ‚Sozialismus‘ die Rede ist, der weit entfernt von der marxistischen Lehre angesiedelt war, wie die Satzung des ‚Sozialistischen Studentenbundes‘, die Veröffentlichungen der sozialistischen Gruppen anderer Universitäten und die Kartellbildung es ausweisen. Gerade die SPD als Massenpartei mit hohem Arbeiteranteil bot aber die Chance, die in den studentischen Gruppen als bedeutende Zielsetzung diskutierte „Aussöhnung“ von Intellektuellen und Arbeiterschaft in die Tat umzusetzen.

Der publizistischen Arbeit in der ‚Dachstube‘ und dann schärfer politisch konturiert im ‚Tribunal‘ war immanent die eindeutige Positionierung gegenüber den gesellschaftlichen Kräften, die – so fürchtete Haubach – die durchgreifende Abwendung vom Wilhelminischen System nicht mittragen wollten. Die Auseinandersetzungen mit den ‚Spießbürgern‘ verfestigte auf beiden Seiten das Gefühl unversöhnlicher Gegnerschaft. So ist es denkbar, daß Haubach den Schritt in die SPD nicht nur aus der empfundenen politischen Nähe heraus tat, sondern ihn auch als einen Sprung aus der Bürgerlichkeit heraus empfand, der den Gegnern wie den studentischen Freunden Unangepaßtheit und gedankliche Unabhängigkeit demonstrieren sollte. Die Entscheidung für die SPD der Weimarer Zeit war immer-

<sup>564</sup> Classen/Wolgast, Kleine Geschichte, S. 80.

<sup>565</sup> So z.B. in: Goverts, Henry: Emil Henk und unser Heidelberger Kreis, Ms., in: NL C.Zuckmayer, Mappe: Briefwechsel mit Richard Henk [Sohn Emil Henks, P.Z.] oder Frommel, Wolfgang: Zum Thema Geist und Leben, in: Castrum Peregrini, 30 (1981), H.150, S. 5 – 23; S. 11.

hin, wie Mierendorff später feststellte, „für uns [...] ein Bruch mit dem Bürgertum, aus dem wir stammten.“<sup>566</sup>

Neben allen inhaltlich oder psychologisch motivierten Erklärungen bot diese Partei nach dem Kalkül der Freunde Haubach und Mierendorff auch große Chancen des Aufstiegs. Mierendorff wies diesen Vorwurf, sie hätten „mit der Republik Karriere“ machen wollen, 1932 in einem Manuskript entschieden zurück und hob nachdrücklich auf den inhaltlichen Kern ihres Engagements ab.<sup>567</sup> Einige Seiten später erläuterte er jedoch einen dieser Aussage widersprechenden Standpunkt, indem er hervorhob, daß sie – wieder wird der Plural benutzt – nicht studiert hätten, um ein Auskommen zu haben, sondern „im Grunde war unser Ziel lediglich zu Macht und Einfluss zu kommen“, und das war – „weil wir klug genug waren“ – „auf dem Umweg über Politik“ zu schaffen.<sup>568</sup> Komplettiert wird der Gedankengang, der bezeichnenderweise nicht zusammenhängend dargestellt wurde, durch den Hinweis Mierendorffs, daß zu einem erfolgreichen demokratischen Staatswesen – zu dieser Einsicht seien sie nach dem Ersten Weltkrieg gekommen – eine funktionierende „Führerauslese“ gehöre.<sup>569</sup> Die bisher zitierten Texte Haubachs weisen auf, daß er in den hier ausgebreiteten Gedankengängen sicher mit Mierendorff völlig übereinstimmte: Die Akzentuierung des „Geistigen“ in Verbindung mit der Überzeugung, daß auch in der Demokratie „Führung“ notwendig sei, waren für ihn unverzichtbare Elemente seiner grundlegenden politischen Konzeption.

Der Schluß liegt nach Kenntnis ihrer Schriften und ihres Auftretens nahe, daß sich Haubach und Mierendorff entsprechend ihres Selbstbewußtseins eine bestimmende Rolle in der Partei vorstellten. Unterstützt wird diese Annahme durch einen Hinweis Zuckmayers, der dem Eintritt in die SPD auch noch eine ideelle auf die Partei bezogene Zielvorstellung beimaß. In seiner „Trauerrede auf C.Mierendorff“ hob er hervor, daß dieser nämlich – und wir können den Gedanken genauso gut auf Haubach beziehen – die Kraft zu haben glaubte, die deutsche Sozialdemokratie „von innen“ zu erneuern und „mit neuem Geist und Leben“ erfüllen zu können.<sup>570</sup>

Der bereits angesprochenen Verwendung des Plurals bei Mierendorff, im Abstand von etwa zehn Jahren gemacht, könnte ein euphemistischer Zug innewohnen. Es gab jedoch das Lebensgefühl der Heidelberger Jahre wieder, das im Kern realitätsnah war. Eine Gruppe von etwa zehn jungen Männern, zumeist Kriegsteilnehmer, fand sich an dieser Universität, agierte in verschiedenen kulturellen und politischen Gruppierungen und mußte sich gemeinsam an das wissenschaftliche Arbeiten gewöhnen. Dies geschah vor dem Hintergrund turbulenter politischer Ereignisse und wirtschaftlicher Not – ein Lebensabschnitt also, der sich für eine nachträgliche Idealisierung geradezu anbot und in dem zugleich individuell substantielle Entscheidungen im Blick auf den weiteren beruflichen Weg gefordert

<sup>566</sup> Mierendorff, Nach 14 Jahren, S. 7.

<sup>567</sup> Ebd., S. 4.

<sup>568</sup> Ebd., S. 8.

<sup>569</sup> Ebd., S. 7.

<sup>570</sup> Zuckmayer, Carl: Porträt eines deutschen Sozialisten. Trauerrede auf C.Mierendorff v. 12.3.1944 in New York City, Ms., 27 S., in: NL C.Zuckmayer. Bestand: Verschiedenes Autobiographisches, Bl. 17.

wurden.<sup>571</sup> Von Interesse ist demnach die Fragestellung, welche Protagonisten zu diesem Netzwerk gehörten, welche Rolle Haubach in der Gruppe spielte und ob Wirkungen dieses spezifischen sozialen Feldes auf seine politischen Haltungen und auf konkrete Entscheidungen, die seinen nächsten Lebensabschnitt betrafen, nachzuweisen sind.

### 3.4 In einem ‚sozialen Feld‘: Der Freundeskreis in Heidelberg

Die Teilnahme Haubachs an den Aktivitäten einer örtlichen Wandervogel-Gruppe, die Anlehnung an die Mitschüler im Hause Mierendorff wie das Engagement für die ‚Dachstube‘ offenbaren sein Interesse, eher Bedürfnis, sich an Formen intensiver Gesellung zu beteiligen. Gekennzeichnet ist die Art der persönlichen Beziehung, von der hier die Rede ist, durch das Prinzip der Freiwilligkeit und durch die Möglichkeit der selbstbestimmten Wahl des Partners bzw. der Partner.<sup>572</sup> Die These ist zweifellos nachvollziehbar, daß sich historisch-situativ Gruppenbildungen unterschiedlicher Ausformungen „in Phasen starken gesellschaftlichen Wandels“ besonders häuften.<sup>573</sup> Wenn der Untersuchung, der diese Aussage entnommen ist, auch als Bezugsrahmen die Bedingungen des Überganges vom 18. zum 19. Jahrhundert zugrunde liegen, so trifft die Kategorisierung gravierender sozialer Umwälzungen und desintegrativer Prozesse zweifellos auch auf die letzte Phase des Kaiserreiches zu. Eine Option, der tiefgreifenden Verunsicherung zu widerstehen, bestand für das Individuum in der Aufnahme persönlicher Beziehungen – sei es in Form einer partnerschaftlichen Freundschaft oder durch Mitgliedschaft in Vereinen, kulturellen Klubs oder Sekten. Die Funktion solcher Beziehungen und ihre Instrumentalisierung zeigte sich z.B. in der existentiellen Bedrohung des einzelnen während des Weltkrieges und ließ Soldaten fast krampfhaft an der Idee des Wandervogels festhalten: Man suchte nach bis dahin unbekanntem Wandervogel-Kameraden in den Laufgräben, in den Unterständen und in der Etappe, um durch Gemeinsamkeit ein Gefühl von Sicherheit zu beschwören.

Die Tatsache, die bei einem Blick in zurückliegende Epochen ins Auge fällt, daß nämlich Freundschaften oder Freundschaftsbünde „eine Domäne männlicher Beziehungen“ darstellten, ist auch anhand des Heidelberger Freundeskreises nachvollziehbar.<sup>574</sup> Allein Alfred Vagts nennt in seinen Aufzeichnungen eine Frau, Charlotte Lütkens, die mit ihrem Mann Gerhard Lütkens dem Kreis angehörte.<sup>575</sup>

<sup>571</sup> Die Berichte der lokalen Presse jener Jahre bilden die wirtschaftliche Not eindrucksvoll ab. So wurde beinahe täglich in „Bekanntmachungen“ veröffentlicht, welche Grundnahrungsmittel (z.B. „Erbsen, Kartoffeln, Fett (Auslandsfett)“) vorhanden und mit welchen Lebensmittelmarken erhältlich seien; vgl. u.a. „Heidelberger Tageblatt“ v. 14.1.1920, S. 4. Informationen gab es auch vom ersten Prozeß des neu eingerichteten „Wuchergerichts“ beim Heidelberger Landgericht, in dem drakonische Strafen gegen Händler verhängt wurden, die Grundnahrungsmittel zu weit überhöhten Preisen verkauft hatten; vgl. „Heidelberger Tageblatt“ v. 9.1.1920.

<sup>572</sup> Tenbruck, Friedrich H.: Freundschaft. Ein Beitrag zur Soziologie der persönlichen Beziehungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), 16 (1964), S. 431 – 456; S. 431.

<sup>573</sup> Ebd., S. 445.

<sup>574</sup> Ebd., S. 446.

<sup>575</sup> Vagts, Kap. XII, S. 11. Beide Ehepartner kamen aus der Jugendbewegung. G. Lütkens arbeitete später im diplomatischen Dienst, emigrierte und wurde nach dem Krieg SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Ch. Lütkens veröffentlichte zwei umfangreichere soziologische Studien (Die

Aber auch bei Vagts wird ihr eine eher randständige Position zugeschrieben. Wie in den Erinnerungen der anderen ‚Heidelberger‘ werden die Fähigkeiten der Männer ausgebreitet und vor allem im Kontext bemerkenswert erscheinender Karrieren oder Lebensleistungen dargestellt. So bleibt uns eine differenziertere Kenntnis auf den tatsächlich damals existierenden Teilnehmerkreis verwehrt, weil vermutlich Männer mit weniger spektakulärer Vita nicht genannt wurden, obwohl sie situativ möglicherweise eine wichtige Funktion in der Gruppe eingenommen haben mögen. Mit Erstaunen müssen wir aber vor allem zur Kenntnis nehmen, daß dieser ‚Männerkosmos‘ von den Beteiligten auch aus der zeitlichen Distanz als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird, das Fehlen von Frauen wird nicht thematisiert. Wie auch in anderen sozialen Feldern ordnete die Generation von Männern dieser spezifischen Gruppierung also offenkundig im gesellschaftlichen Raum dem Mann die dominierende Rolle in kulturellen und politischen Fragen zu, verharrte in überlieferten Rollenvorstellungen und damit in traditionell bestimmten Verhaltensweisen und Haltungen, die zwangsläufig eine verengte Optik aufwiesen. Frauenzirkel wie der um Marianne Weber, die sich nach der Jahrhundertwende mit emanzipatorischer Zielsetzung vereinzelt bildeten, verhielten Widerstand und Aufbruch, lehnten sich allerdings mit der Bevorzugung literarischer, künstlerischer und philosophischer Themen und der borniert-schroffen Abschottung gegenüber Teilnehmerinnen aus anderen Bereichen wie im oben annotierten Beispiel der Naturwissenschaftlerin Gerta von Ubisch inhaltlich und ideologisch an die von Männern vorgegebenen Prinzipien an.

Ein wesentliches Kriterium enger persönlicher Beziehung stellt die Suche nach Geborgenheit und Sicherheit dar. Die Kontaktaufnahme mit bislang unbekanntem Teilnehmern des Wandervogels während des Krieges demonstriert die Kraft, die in der vermuteten gemeinsamen Überzeugung lag und aus der die Soldaten Hoffnung in einer sie extrem belastenden Lebensphase zu schöpfen suchten.

In noch enger aufeinander bezogenen Freundschaftskreisen stellen ritualisierte äußere und innere Verhaltensweisen, zu denen Vorstellungen, Empfindungen, Wertvorstellungen zu zählen sind, in weit intensiverer Weise als im Bund des Wandervogels ein gemeinsames Gut dar, das nicht beständig hinterfragt wird und selbstverständlicher Bestandteil der persönlichen Beziehung ist. Im Wissen darum „laden sich die überlieferten Daseinsformen immer wieder auf.“<sup>576</sup> Diese zweifellos außerordentlich wichtige Funktion persönlicher Beziehungen formuliert Tenbruck, ohne sie zu bewerten. Hinzuzufügen ist, daß das „Wiederaufladen“ individuell den Eindruck von Sicherheit garantieren mag, daß dieser Prozeß allerdings zugleich die Gefahr der unkritischen Perpetuierung von Ritualen und Haltungen und damit einer nicht-reflektierten Selbstgenügsamkeit in sich birgt. Das von Pierre Bourdieu entwickelte Instrumentarium wird helfen, im Einzelfall diesen Aspekt im Blick auf die Beteiligung Haubachs differenzierter zu beleuchten.

Herausragende Bedeutung für die Entwicklung des Ich ist der kleinsten und zugleich intimsten Einheit, der Freundschaft mit einer anderen Person, zuzuweisen. Ihre Wirkung beschränkt sich nicht auf das gegenseitige Lob oder Verständnis, sondern meint „Verstehen und Teilen in einer geistigen und seelischen Bezie-

---

deutsche Jugendbewegung – ein soziologischer Versuch, Frankfurt/M. 1925 und Staat und Gesellschaft in Amerika: zur Soziologie des amerikanischen Kapitalismus, Tübingen 1929) und war nach 1949 auch politisch - als Stadtverordnete - tätig.

<sup>576</sup>Tenbruck., Freundschaft, S. 439.

hung“ und läßt das Individuum durch das Erkennen des Freundes-Ich erst das eigene Ich wahrnehmen.<sup>577</sup> In diesem Zusammenhang ist erneut die Beziehung Haubachs zu Mierendorff zu nennen. In allen Erinnerungen ihnen nahestehender Zeitzeugen wird die Intensität ihrer Freundschaft hervorgehoben und oft das Bild des unzertrennlichen Bruderpaares aus der griechischen Mythologie, der Dioskuren, für sie bemüht – Nachweis einer vergleichbar gediegenen neuhumanistisch geprägten Bildung in diesem sozialen Feld. Waren beide während des Krieges auch in unterschiedlichen Einheiten eingesetzt gewesen, so hielten sie doch kontinuierlich Kontakt über die gemeinsame Arbeit an der ‚Dachstube‘. Die freundschaftliche Sorge umeinander drückte Mierendorff u.a. in einem Brief aus, als er beklagte, daß Haubach „4 Wochen verschwunden“ gewesen sei, dann aber erleichtert anmerkte: „rätselhaft ist er wieder aufgetaucht.“<sup>578</sup> Die Korrespondenz mit Usinger, die 108 Briefe Mierendorffs umfaßt, weist bis in das Jahr 1922 hinein eine Fülle gemeinsamer Unternehmungen mit Freund Theo auf, und zwar u.a. Wochenendausflüge, Ferien in Bayern, die Arbeit am ‚Tribunal‘ oder Berichte aus den Studienorten München und Heidelberg. Vorwiegend wurden sie dadurch dokumentiert, daß Mierendorff von gemeinsamen Aktivitäten berichtete oder daß Haubach einige Zeilen an Mierendorffs Texte anfügte – auch ein Zeichen von Vertrautheit. Zu konstatieren ist, daß bis zum Ende des Studiums die enge Verbundenheit offensichtlich Bestand hatte. Gemeinsam arbeiteten sie in Fraengers ‚Gemeinschaft‘ sowie für ‚Die Dachstube‘ und ‚Das Tribunal‘. Im publizistischen Feld gab Carlo unzweifelhaft die entscheidenden Impulse.

Eigenständig näherte sich Haubach dagegen dem Werk Georges und der Verehrerschar, die sich um den Dichter gebildet hatte. Auch sein Wirken in beiden politischen Studentenvereinigungen betrieb er mit großem persönlichen Einsatz, zwar einig mit Mierendorff in der grundlegenden politischen Zielsetzung, doch setzte er in der praktischen Basisarbeit eindeutig eigene markante Akzente. Anders als Mierendorff beschäftigte sich Haubach weiterhin intensiv mit Fragestellungen zum aktuellen Kunstgeschehen wie mit kunsttheoretischen Problemen, kulminierend in seiner Dissertation.

Die Mitarbeit beim ‚Tribunal‘ und die Aufnahme des Studiums erweiterte die Kontaktmöglichkeiten Haubachs in großem Umfang. Die Beziehungen zu den Kameraden aus der Redaktion der ‚Dachstube‘, vor allem zu Pepy Würth und Ludwig Breitwieser blieben bestehen, verloren jedoch an prägender Kraft.<sup>579</sup> Entschieden und zielbewußt ergriff Haubach unmittelbar nach Kriegsende die Initiative, um neue Beziehungen aufzubauen. Dabei bewies er große Hartnäckigkeit, wie bereits am Beispiel des Schriftstellers Usinger angedeutet. Diesen überschüttete er geradezu mit Äußerungen der Hochachtung und der Freude über empfundene Gemeinsamkeiten: „Der Gleichklang unserer Wünsche und Urteile [bezogen auf die von Usinger erhaltenen Büchersendungen, P.Z.] war mir schon immer frappant, doch diese Sendung enthält soviel Gemeinsames, was ich kaum zwi-

<sup>577</sup> Ebd., S. 440 f.

<sup>578</sup> Brief Carlo Mierendorff an Fritz Usinger v. 17.5.1918, in: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek, Handschriftenabt.

<sup>579</sup> So werden in der Korrespondenz der ‚Darmstädter Gruppe‘ Grüße übermittelt oder von Anwesenden Postkarten mitunterzeichnet; vgl. Postkarte Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 16.10.1920 auf der Vorderseite handschr. mit Unterschriften versehen von „Kakau! [d.i. der Lyriker Hans Schiebelhuth] Kommerzienrat Pepy“, in: Korrespondenz Theodor Haubach - Fritz Usinger.

schen Männern für möglich gehalten hätte.“<sup>580</sup> In jedem Brief und fast auf jeder Postkarte der Jahre 1919 und 1920 findet sich der drängend vorgetragene Wunsch nach einem Treffen, gegen Ende des Jahres 1919 dann auch mit vertrauterer Anrede („Liebster!“ oder „Old Fu!“), jedoch immer verbunden mit Äußerungen hohen Respekts, die zwar spaßhaft gebrochen werden, aber durch den Kontext als ernsthaft angesehen werden müssen.<sup>581</sup> Der Adressat und die Methodik seines Vorgehens lassen Haubachs Wunsch erkennen, in die Aura des ‚Geistes‘ aufgenommen zu werden. Die verschlüsselte Bemerkung in einem Brief des Jahres 1921 weist darauf hin, daß möglicherweise eine sublimale erotische Komponente Haubach stimulierte und zumindest verbal darüber ein Austausch zwischen beiden Männern stattfand: „Neulich traf ich Casanova in einem ‚Strudel‘ der Großstadt. Sie verstehen? Hat er ihnen [sic] erzählt?“<sup>582</sup>

Ein vergleichbares Vorgehen zeigt der Briefwechsel Haubachs mit Alfred Vagts, hier allerdings eindeutig mit der Zielsetzung, Fuß in der Publizistenszene zu fassen. Mit der Wendung „Ich schätze Sie sehr, Vagts, ohne Schmeichelei, und vorbehaltloser als irgend einen andern Menschen“ öffnet er anscheinend Einsicht in eine tiefe emotionale Verbundenheit, um aber im unmittelbar darauffolgenden Satz auf die eigentliche Absicht zu lenken: „Ihre schöne ‚Auslandspost‘ ist hier ganz unbekannt.“ Er bietet seine Hilfe bei der Verbreitung in Frankfurt und Heidelberg an und abschließend vor allem seine Mitarbeit.<sup>583</sup> Möglicherweise hatte er Vagts in München tatsächlich sehr schätzen gelernt, hier überhöhte er diesen Aspekt jedoch offensichtlich, demonstrierte zugleich damit eine große Zielstrebigkeit in der Realisierung personaler Kontakte, an denen ihm lag.

Die Autoren aller fünf ausgewerteten Texte, die sich in der Memoirenliteratur mit den Heidelberger Jahren beschäftigen, nennen allein Theodor Haubach und Carlo Mierendorff immer als Mitglieder des Freundeskreises. Sie bildeten offensichtlich die Kraftpole bereits durch die höchst unterschiedliche Art ihrer Selbstdarstellung und Äußerungsformen. Mierendorff wird als temperamentvoll, zu Späßen wie zu scharfzüngigem Spott aufgelegt und „impulsiv“ geschildert, während Haubach übereinstimmend als „sorgsam und nachdenklich“, auch „scharf in der Gedankenführung“ charakterisiert wird.<sup>584</sup> Selbst wenn einzubeziehen ist, daß sich oft bei derartigen Erinnerungen diejenigen Personen in erster Linie genannt werden, die später bei der Niederschrift der Texte einen gewissen Grad von Prominenz besaßen, beeindruckt die Übereinstimmung hinsichtlich der beiden Freunde.

Einen bedeutenden Platz im engeren Zirkel der Heidelberger Freunde nahm der von München hinzugestoßene Egon Wertheimer [eigentlich: Egon Ranshofen-Wertheimer] ein. Dieser Sohn einer österreichischen Landjunker-Familie war 1919 Mitglied des Revolutionären Hochschulrates an der Universität München gewesen, mußte nach dessen mißglückten Versuch, die alte universitäre Ordnung zu stürzen, das Land verlassen, da ihn die bayrische Justiz verfolgte. In einem Beitrag für das ‚Tribunal‘ - von Mierendorff als Beispiel „der jungen deutschen

<sup>580</sup> Brief Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 19.1.1919.

<sup>581</sup> Brief Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 27.11.1920 mit der Anschrift: „Mister Usinger – Geistgigant“ [...].

<sup>582</sup> Brief Theodor Haubach an Fritz Usinger v. 16.2.1921.

<sup>583</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 30.8.1920, in: Stadtarchiv Darmstadt.

<sup>584</sup> Croner, Fritz: Ein Leben in unserer Zeit. Autobiographie, Frankfurt/M. – Wien - Zürich 1968, S. 170.

Intelligenz“ und entschiedener Revolutionär in der Vorbemerkung annonciert - erläuterte er die Zielvorstellungen des Rates und wies mit besonderem Nachdruck auf das Bemühen in München hin, vor allem die Arbeiterschaft in die neue staatliche Struktur einzubinden. In Abgrenzung von der Entwicklung in Rußland sollte die Bürokratie eingedämmt und ihrer beherrschenden Stellung beraubt werden. Auch er mißt mit seinem Aufruf an alle, „die dem Geiste dienen“, den Intellektuellen im Prozeß „der revolutionären Bewegung“ und dem folgenden Neuaufbau einen hohen Stellenwert zu.<sup>585</sup> Festhaltenswert ist in diesem Zusammenhang der Dank Emil Lederers, den er als Autor im Vorwort einer wichtigen Veröffentlichung Wertheimer für dessen Hilfe abstattete – wiederum ein Hinweis auf das Beziehungsgeflecht, in das auch einige der Hochschullehrer einbezogen waren.<sup>586</sup> Genannt wird häufig Carl Zuckmayer, der allerdings wohl wegen seines Ruhms als Literat stärker berücksichtigt wurde. Er selbst malt in seinen Erinnerungen die Heidelberger Zeit in leuchtend-kräftigen Farben. Dieser Lebensabschnitt faszinierte ihn, wie er an anderer Stelle formulierte, gehörte zur „beschwingtesten Zeit“, vermittelte ihm „Lebenszauber“ und „geistigen Zauber.“<sup>587</sup> Doch bereits die Lektüre des Heidelberger Kapitels in seinen Memoiren läßt ihn eher als interessierten, amüsierten Beobachter erscheinen, der eintauchte in diesen Wirbel kultureller und politischer Aktivitäten, aber durch die Szenerie irrlichterte, ohne sich in irgendeiner Gruppierung an aufwendiger Diskussion und konzeptioneller Arbeit zu beteiligen. Dies ist durchaus nachvollziehbar, wenn man sich vor Augen hält, daß Zuckmayers erstes Drama „Kreuzweg“ bereits im Dezember 1920 uraufgeführt worden war, wenn auch nicht eben erfolgreich, so war damit der Start für die schriftstellerische Laufbahn getan. Im Frühjahr 1922 trat er die Stelle des Dramaturgen am Kieler Stadttheater an, hielt sich danach nurmehr zu Besuchen in Heidelberg auf.<sup>588</sup>

Daneben gehörte Wolfgang Frommel, der für sich in Anspruch nahm, „auf Theos Anregung“ die „erste parteiunabhängige sozialistische Studentengruppe in Heidelberg“ gegründet zu haben, zu der Gruppe.<sup>589</sup> Er widmete sich dann bald weniger der politischen Arbeit als der Begegnung mit Stefan George und seinem Kreis. Genannt werden als weitere Mitglieder der spätere Dramaturg Wolfgang Petzet, der sich offensichtlich nur an eher nichtssagende, wenig geistreiche Studentenuß aus der Gruppe heraus erinnert, an deren Umsetzung Haubach bezeichnenderweise - seinem Bild als nachdenklich-ernsthafter Partner entsprechend - nicht beteiligt war, zumindest wird er nicht genannt.<sup>590</sup>

<sup>585</sup> Wertheimer, Egon: Verteidigung. An das Rektorat der Universität München, in: Das Tribunal 1 (1919), H. 12, S. 129 – 132, S. 132.

<sup>586</sup> Lederer, Emil: Grundzüge der ökonomischen Theorie, Tübingen 1922, Vorwort, S. VII.

<sup>587</sup> Brief Carl Zuckmayer an Hans Schiebelhuth v. 17.9.1932, in: NL C.Z., Mappe: Briefe C.Z. an Hans Schiebelhuth.

<sup>588</sup> Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs: Carl Zuckmayer 1896 – 1977. „Ich wollte nur Theater machen“. Ausstellung und Katalog: Gunther Nickel und Ulrike Weiß (Marbacher Katalog 49), Marbach 1996, S. 46 u. 65.

<sup>589</sup> Frommel, Zum Thema, S. 12.

<sup>590</sup> Petzet, Wolfgang: Damals in Heidelberg ... [sic], in: Blätter der Carl-Zuckmayer-Gesellschaft 8 (1982), H. 1, S. 27 – 33.

Auch der Literat und spätere Verleger Henry Goverts, von Zuckmayer freundlich-liebevoll charakterisiert als „ein junger Herr“, der „soigniert, in englische Tweedstoffe gekleidet“, auftrat, stieß aus Hamburg kommend dazu.<sup>591</sup>

Eine bedeutsamere Rolle auch weit über die Heidelberger Studienzeit hinaus übernahm Emil Henk in diesem Freundeskreis. Er stand zunächst dem George-Kreis sehr nahe, hatte sich dann aber „dank der scharfsinnigen Argumente Theos und dem mitreissendem [sic] Temperament Carlos den sozialistischen Ideen genähert.“<sup>592</sup> „Henko“ – so sein Spitzname – trat später der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei und beteiligte sich am Widerstand gegen die Nationalsozialisten.

Zugehörig zu der Gruppe um Haubach und Mierendorff zählte sich auch Alfred Vagts, wenn auch weitgehend „in absentia“, wie er selbst formulierte, da er sich jeweils nur zu Besuchen in Heidelberg aufhielt, den Kontakt zwischenzeitlich aber intensiv zu einzelnen Mitgliedern aufrecht erhielt und auch über die Studienzeit hinaus pflegte.<sup>593</sup> Die zwangsläufig entstehende Distanz zu diesem Kreis ließ Vagts zu einem solidarisch empfindenden, wenngleich scharfsinnigen Beobachter werden.

Beim Blick auf die genannten Mitglieder des Freundeskreises fällt die große Zahl der an kulturellen Fragen Interessierten mit dem Hang zur Literatur auf. Sie waren geprägt durch eine bildungsbürgerliche Sozialisation, hatten sich in der Jugendbewegung engagiert und waren überwiegend Kriegsfreiwillige gewesen. Damit sind wesentliche Elemente genannt, die die Voraussetzung für die Konstituierung dieses ‚Kreises‘ abgeben, der nach seiner Definition zugleich umschließt und abgrenzt von anderen. Die Diskussion literarischer Neuerscheinungen, Auseinandersetzungen über Ausstellungen aus dem Bereich der Bildenden Kunst oder die Erörterung von Inszenierungen an den Theatern kamen wie selbstverständlich unter den an dieser ‚kulturellen Schnittmenge‘ Interessierten und einander als gleichrangig einschätzenden jungen Männern zustande. Dazu wetteiferte man miteinander, so können wir uns vorstellen, im Präsentieren eigener ‚Werke‘ und pflegte auch dazu den Austausch. Das Wir-Gefühl entwickelte Bindung nach innen und war mit der demonstrativen Attitude, einen eigenen Zirkel darzustellen, vor dem Hintergrund der prominenten ‚Kreise‘ jener Jahre selbst ein „Symptom der Bildungsdistinktion“.<sup>594</sup>

Gerade im weitestgehend ‚kulturellen‘ Bereich, der signifikant das Bild und den Zusammenhalt der Gruppe bestimmte, mühte sich Haubach nachweisbar darum, Zutritt zu erhalten und die Berechtigung seines Stellenwertes in ihr zu dokumentieren – nach Bourdieu den Zusammenhalt eines „sozialen Feldes“ konstituierende Merkmale. Dies konnte er sowohl durch das Mittel der direkten Kontaktaufnahme, um die er sich nachweislich gegenüber Vagts und Usinger bemühte, wie durch die große Breite eigener Beiträge in verschiedenen Organen realisieren.

Auf ein nebensächlich erscheinendes Detail ist aufmerksam zu machen. An jedem Tag traf man zum Mittagessen im „Goldenen Hecht“, einem einfachen bürgerli-

<sup>591</sup> Zuckmayer, Carl: Ein junger Herr kommt nach Heidelberg. Über Hendrik (Henry) Goverts, in: NL Carl Zuckmayer; Eingangsnr.: 95.1.230.

<sup>592</sup> Goverts, Henry: Emil Henk und unser Heidelberger Kreis, Ms., 6 S., in: NL Carl Zuckmayer, Mappe: Briefwechsel mit Richard Henk, Bl. 4.

<sup>593</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 11.

<sup>594</sup> Groppe, Die Macht, S. 567.

chen Gasthaus, zusammen, dessen Wirtin wegen des „Herkommens“ der Runde allein ihren Tisch mit einem weißen Tischtuch deckte.<sup>595</sup> Immerhin hätte ja wohl die Möglichkeit bestanden, diese freundlich gemeinte Geste zurückzuweisen. Das geschah offensichtlich nicht. Anzunehmen ist, daß die spezifische Behandlung mit eigener bourgeoisier Gewohnheit der Mitglieder des Kreises übereinstimmte. Möglicherweise konnte so auch zugleich ein Zeichen der Gemeinsamkeit der ‚Geistigen‘ gegenüber den anderen bürgerlichen Gästen gesetzt werden.

Eine erstaunliche Offenheit im Umgang mit dem Heidelberger Corps der ‚Saxoborussen‘ wurde zumindest von einigen Mitgliedern gepflegt. Zuckmayer berichtet, daß „wir“ mit den Mitgliedern dieses Corps „auf bestem Fuß standen“.<sup>596</sup> Mierendorff erinnerte sich zwar auch an derartige Kontakte, wies aber darauf hin, daß diese darauf beschränkt gewesen seien, sich gemeinsam - ähnlich englischen Debattierclubs - in der freien Rede zu üben.<sup>597</sup> Diese Kontakte sind deshalb höchst erstaunlich, weil dieses Corps farbentragend war und nur derjenige „rezipiert“ werden konnte, der „mindestens *eine* [wie i.Orig., P.Z.] Mensur auf blanke Waffen“ absolviert hatte.<sup>598</sup> Beide Hinweise verdeutlichen, daß bei aller Übereinstimmung der Mitglieder dieses Kreises in der Hinwendung zur kulturellen Szene der Zeit und der Berufung auf die Inhalte traditioneller Bildung, die sich ausdrücklich gegen das ‚Spießertum‘ richtete, sie doch Merkmale der in den Elternhäusern ( Kaufmanns-, Großgrundbesitzer-, Hochschullehrerfamilien) erfahrenen bürgerlichen Kultur weiter bestimmten und auch Kontakte aus dem als hermetisch beschriebenen ‚Gehege‘ heraus möglich waren; oben wurde bereits ein Beispiel aus Darmstadt dargestellt. Diese, wenn auch nicht gewichtigen Aussagen setzen uns in die Lage, den Eindruck, den das hier eingehend betrachtete Milieu bietet, weiter zu differenzieren.

Neben die gemeinsame Identifizierung mit ‚der Kultur‘ und das Bewußtsein, einer intellektuellen Elite anzugehören, trat ein weiteres wichtiges einigendes Element. Ohne Umschweife markierte Vagts eine Trennungslinie: „Von 1919 an war die Weimarer Republik Voraussetzung aller Freundschaft. Von den Feinden der Republik schied man sich, rechten wie linken.“<sup>599</sup>

Haubachs Engagement in der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘ und der ständige Austausch mit Freund Mierendorff brachten bereits Ende 1919 die Wende, sich den konkreten Bedingungen und politischen Herausforderungen zu stellen. Wenn er auch den Namen des Freundes nicht ausdrücklich nannte, so dokumentierte Mierendorffs dramatischer Appell „Und doch Politik“ nicht allein eine theoretische Gegenposition zu Haubachs „Wider die Politik“, sondern markierte auch eine Phase direkter Auseinandersetzung zwischen beiden. Zur grundlegenden Änderung der Einstellung Haubachs werden auch die Ansichten Egon Wertheimers beigetragen haben, der politikerfahren aus München hinstieß und nicht nur ideologisch die Diskussionen erfrischte, sondern eindringlich auch den persönlichen Einsatz und die Bereitschaft forderte, in die Politik zu gehen: „Ihr müsst die

<sup>595</sup> Goverts, Emil Henk, Bl. 2.

<sup>596</sup> Zuckmayer, Als wär’s, S. 358.

<sup>597</sup> Mierendorff, Nach 14 Jahren, S. 8.

<sup>598</sup> Doeberl, Michael et al. (Hrsg.): Das Akademische Deutschland, Bd. II: Die deutschen Hochschulen und ihre akademischen Bürger, Berlin 1931, S. 267.

<sup>599</sup> Vagts, Kap. XII, S. 2.

Staatssekretäre von morgen werden, wenn Ihr als junge Sozialisten von heute den Platz, auf den Ihr durch die Umstände gestellt seid, wirklich ausfüllen wollt.“<sup>600</sup>

Wie wir sahen, heben Zeitzeugen übereinstimmend hervor, daß Haubach aus der Tätigkeit in den politischen Zirkeln, die durchaus auch weitere personale Überschneidungen mit dem Heidelberger Freundeskreis hatten, Programmatisches an die Freunde weiterzugeben suchte und daß er sich nicht scheute, sie zu agitieren. Die übereinstimmende Bekundung, zur Republik zu stehen, schien ihm nicht ausreichend; der Sozialismus mehrheitssozialdemokratischer Prägung mußte realisiert werden. Im Gefüge des Zirkels setzte er neben den kulturellen Interessen damit einen weiteren Akzent. Haubachs Persönlichkeit, die sich neben Ernsthaftigkeit und Nachdenklichkeit auch durch die Fähigkeit zu außerordentlich energischem Auftreten auszeichnete, vermochte nicht nur Henk zu überzeugen.

Bei allem Hang zu individueller Gedankenführung wie auch zur Demonstration seiner Individualität war bereits früh die große Bedeutung augenfällig geworden, die für ihn die Zugehörigkeit zu einer festen Gruppe hatte. Aus dem Bewußtsein eigener Stärke heraus suchte er in Darmstadt wie in Heidelberg zunächst Zugang zu personalen Umfeldern, die sich durch die Bewahrung traditioneller bildungsbürgerlicher Ideale auswiesen. Keinen Widerspruch bedeutete es, daß sich deren Mitglieder überwiegend durchaus aktuellen kulturellen Entwicklungen zuwandten oder sich gar aktiv beteiligten. „Philosophie, Literatur und Kunst“ – das war ein Dreiklang, der in diesem spezifischen personalen Feld „die höchsten Offenbarungen des menschlichen Geistes“ darstellte.<sup>601</sup> Im Verein mit Versatzstücken der Ideen Kants oder Hegels verschmolz die außerordentliche Wertschätzung eines tradierten Ausschnittes der Kultur, dem man sich widmete – Ansätze von Arbeiterkunst, von überlieferter volkstümlicher Kunst, Unterhaltendes oder der Bereich der Naturwissenschaft dagegen waren z.B. ausgeschlossen, wenn nicht verpönt – zu einem „wichtigen Lebensgefühl, einer kulturellen Haltung, einem Lebensstil.“<sup>602</sup> Dieses Resümee ist als Beschreibung fraglos zutreffend. Die Frage nach den Wurzeln, den kohärenten Kräften oder auch nach der möglichen Funktion derartiger Gruppierungen, die durch ein spezifisches Ensemble von Verhaltensweisen und Haltungen gegenüber ihrem Umfeld gekennzeichnet sind, fehlt.

Bei der Klärung dieser Fragestellungen sollen Aspekte des Konzepts Pierre Bourdieus, auf das im einleitenden Kapitel verwiesen wurde, operationalisiert werden. Bedeutsam für den hier behandelten Kontext ist sein Modell vom „sozialen Raum“, mit dem er einen eigenen Weg zur Beschreibung eines gesellschaftlichen Gesamtzustandes jenseits der traditionellen Klassen- und Schichtentheorien zu gehen sucht. Will man den Ort bestimmen, der der Heidelberger Gruppe im Bourdieuschen System zuzuweisen ist, so waren ihre Mitglieder zweifellos auf dem besten Wege, sich in der herrschenden Klasse zu etablieren. In dieser allerdings nimmt die „dominante Fraktion der herrschenden Klasse“, die der besitzenden Großbürger, den führenden Rang ein; die Intellektuellen werden als „dominierte

<sup>600</sup> Mierendorff, Und doch Politik, S. 5.

<sup>601</sup> Stern, Fritz: Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen, in: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870 – 1918, Düsseldorf 1970, S. 168 – 186; S. 172.

<sup>602</sup> Ebd., S. 170.

Fraktion der herrschenden Klasse“ den wirtschaftlich Mächtigen untergeordnet.<sup>603</sup> Die Eigenständigkeit geistigen Lebens, repräsentiert von Künstlern und Intellektuellen, wurde in einem lange währenden historischen Prozeß durch die Trennung von Adel und Kirche und die Herausbildung eines spezifischen intellektuellen Kräftefeldes erreicht.<sup>604</sup> Ihren autonomen Rang präsentierten die Intellektuellen dann auch im kaiserlichen Deutschland, indem sie sich mit ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen selbstbewußt sowohl von der das System stützenden Großbourgeoisie wie vom Kleinbürgertum absetzten.

Im Kern konnte diese Frontstellung der Intellektuellen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppierungen auch in den Bekundungen Haubachs in der ausgehenden Kaiserzeit wie zu Beginn der Republik nachgewiesen werden. Die Mitglieder des Heidelberger Freundeskreises beriefen sich zudem *expressis verbis* auf ihre Zugehörigkeit zur Klasse der ‚Geistigen‘. Aus dieser generellen Ortsbestimmung leiteten sie ihr selbstbewußtes Auftreten und den häufig bekundeten Führungsanspruch im gesellschaftlichen und politischen Raum ab. Doch auch hinsichtlich der Feinstruktur der Gruppe lassen sich mit Hilfe der Kategorisierungen, die Bourdieu wohlgermerkt anhand der Bedingungen im Frankreich der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts entwickelte, signifikante Zuordnungen treffen. Bourdieu will nämlich zeigen, „daß zwischen der Position, die der einzelne innerhalb eines gesellschaftlichen Raumes einnimmt, und seinem Lebensstil ein Zusammenhang besteht“.<sup>605</sup> Mit diesen Worten erläutert er eine Aussage, die er in einem anderen Text traf, indem er die „Homologie“ der verschiedenen Räume, den der sozialen Positionen und den der Lebensstile, mit den Ergebnissen seiner empirischen Forschung und auch theoretisch erklärt.<sup>606</sup> Als Scharnier oder – wie Bourdieu sagt – als „Vermittlungsglied“ zwischen der Struktur und der Praxis des Individuums ist der von ihm eingeführte Begriff des „Habitus“ anzusehen: In den Eigenschaften, „mit denen sich die Einzelnen wie die Gruppen umgeben [...] und in den Praktiken, mit denen sie ihr Anderssein dokumentieren [...] ist Systematik nur, weil sie in der ursprünglichen synthetischen Einheit des Habitus vorliegt, dem einheitsstiftenden Erzeugungsprinzip aller Formen von Praxis.“ Spezifische Vorlieben und gleichermaßen Abneigungen, der „Geschmack“ als „System von Klassifikations-schemata“, definieren ein Bündel von Dispositionen, mit denen Personen oder Erscheinungen des täglichen Lebens wahrgenommen, beurteilt oder reflektiert werden.<sup>607</sup>

Akteure mit ähnlichen Lebensstilen konstituieren also eine Gruppe und unterscheiden sich kraft ihres einheitlichen Stils systematisch von denen anderer Zusammenschlüsse. Dieses Moment der Distinktion ist nach Bourdieu immanenter Bestandteil der Existenz und Wirkung differenter Gruppen, ohne daß dies bei der Genese beabsichtigt gewesen sein muß. Haubach hat in seinen Texten, beginnend in der Zeit der „Dachstube“, die schroffe Ablehnung des „Spießers“, den Kampf gegen laues Mittelmaß, seine hohe Identifikation – vor allem in seinen Rezensionen

<sup>603</sup> Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 658) 11.Aufl. Frankfurt/M. 1999, S. 287, Anm. 8.

<sup>604</sup> Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen, (Suhrkamp-Taschenbuch; 107) Frankfurt/M. 1974, S. 77 ff.

<sup>605</sup> Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik & Kultur 1, hrsg. v. Margareta Steinrücke, Hamburg 1992, S. 31.

<sup>606</sup> Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 286 ff.

<sup>607</sup> Ebd., S. 282 f.

nen nachvollziehbar – mit den tradierten Säulen der deutschen Kultur und den außerordentlichen Stellenwert des ‚Geistigen‘ in der Attitude des an der Philosophie geschulten Denkers immer wieder formuliert. In dieser Grundhaltung gab es große Übereinstimmung - vom eigens für sie aufgelegten Tischtuch bis zur gemeinsamen Vorliebe für Hölderlin, dem Produzieren von Texten, der intensiven Anteilnahme an der expressionistischen Bewegung oder der Hoffnung auf einen republikanischen Neubeginn - in der Heidelberger Gruppe, die auch ihre distinktive Wirkung dem Umfeld gegenüber ausmachte. Das Moment der Abgrenzung erhielt seine Schlagkraft vorwiegend aus dem gemeinsam vertretenen Kulturbegriff, der in neuhumanistischer schulischer Erziehung wurzelnd auch ein spezifisches Verständnis von Bildung bei ihnen hatte entstehen lassen. Der Bildungsbegriff der Heidelberger Freunde konnte sich allein in Absolventen der Gymnasien realisieren, also einem begrenzten gesellschaftlichen Feld. Ihre Übereinstimmung in diesem zentralen Aspekt stellte einen deutlichen Abstand zu anderen sozialen Klassen her und nahm sich damit zutiefst elitär aus. Bourdieu stellte noch nach seinen empirischen Untersuchungen im modernen Frankreich fest, daß „Kunst und Kunstkonsum sich – ganz unabhängig vom Willen und Wissen der Beteiligten – so glänzend eignen zur Erfüllung einer gesellschaftlichen Funktion der Legitimierung sozialer Unterschiede.“<sup>608</sup> Dieser Behauptung muß umso mehr Gewicht gegeben werden, wenn sie auf die historische Phase unmittelbar nach dem Ende der Wilhelminischen Ära bezogen wird, in der noch ein System der Affirmation der herrschenden Kreise fort dauerte, während in Deutschland und Frankreich seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich breitere soziale Schichten an den Angeboten der höheren Schulen partizipieren können.

Der Zugang zum Milieu der Mierendorffschen Familie während der Schulzeit bedeutete eine fundamentale Erfahrung, weil er die im Zusammenleben mit der Mutter empfundene geistige und materielle Enge kompensieren half. Der junge Theodor entwickelte ein großes Maß an Energie, um sich in dieser anderen gesellschaftlichen Umgebung zu etablieren. Hier suchte und fand er Bestätigung und Statusgewinn. Auf keinen Fall darf die gerade getroffene Einschätzung allerdings insofern mißverstanden werden, als sei etwa das freundschaftliche Verhältnis zu seinem Klassenkameraden Carlo für den eigenen sozialen Aufstieg von Haubach instrumentalisiert worden. Derartige Prozesse laufen weitgehend ungesteuert ab. Die freundschaftliche Nähe war für Theodor Haubach von hohem Wert. Im Schulalltag hatten sich zwischen beiden signifikante Übereinstimmungen in Vorlieben und Wertungen sowohl hinsichtlich des vermittelten Stoffes wie Personen gegenüber ergeben und sich nähere Kontakte fast zwangsläufig eingestellt. Ein zweifellos erwünschter Effekt konkretisierte sich dann durch den Einstieg in ein als höherwertig empfundenenes gesellschaftliches Feld.

Die Beteiligung in den Redaktionsteams der ‚Dachstube‘ und des ‚Tribunal‘, die jeweils auch intensive personale Beziehungen einschlossen sowie die Hartnäckigkeit, mit der er etwa zu Usinger und Vagts engere Kontakte zu knüpfen versuchte, lassen durchaus den Schluß zu, daß er diese Zielstrebigkeit auch bereits als Schüler an den Tag legte. Wollte er sich in diesen Kreisen auf Dauer festsetzen, mußte er die notwendigen Fertigkeiten und Fähigkeiten erwerben, d.h. sich den nach ungeschriebener Übereinkunft tradierten Kanon deutschen Bildungsgutes aneig-

---

<sup>608</sup> Ebd., S. 27.

nen und aus ihm zitieren, ihn bewertend einordnen und sich in einem elaborierten Code äußern können. Dieses „inkorporierte Kulturkapital“, wie Bourdieu es nennt, wurde in den Familien der herrschenden Klassen wie selbstverständlich tradiert, für den kleinbürgerlichen Aufsteiger bedeutete es sicherlich eine enorme zusätzliche Anstrengung, in den „Besitz“ dieses Kapitals zu kommen.<sup>609</sup> Nachdem dieser Prozeß der Aneignung, der Inbesitznahme abgeschlossen ist, so eine These Bourdieus, wird das Kapital „zu einem festen Bestandteil der >Person<, zum Habitus“ und „aus >Haben< ist >Sein< geworden.“<sup>610</sup> Diese fast fugenlose Internalisierung des ‚Kulturgutes‘ ist bei Haubach in der Analyse seiner Texte durchgehend nachzuweisen. Die oft präventöse Art, in der er sein Wissen ausbreitete, läßt vermuten, daß er sich damit besonders nachhaltig von kleinbürgerlichen Vorstellungen zu distanzieren suchte.

Im Heidelberger Freundeskreis war, soweit die zur Verfügung stehenden Quellen es erkennen lassen, Theodor Haubach der einzige Akteur, der einem kleinbürgerlichen familialen Umfeld entstammte. Die Herkunft war nun aber nicht mehr bedeutsam, da er individuell wie alle anderen auch das notwendige „Kapital“ mit einbrachte. Zusammengenommen häuften die Freunde ein „Sozialkapital“ an, dessen aktuelle und potentielle Ressourcen „auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe“ beruhten.<sup>611</sup> Eine Position in einem solchen Zirkel einzunehmen, das fordert die aktive Teilnahme, das Investieren von Ideen und konkreter Hilfeleistung wie die Bereitschaft, andere in ihrer Individualität und in ihrem Bemühen um Positionierung in diesem Netz wahrzunehmen, zu tolerieren oder zu korrigieren versuchen. Zugleich vermag eine solche Gemeinschaft mit übereinstimmenden Grundpositionen nicht nur im selbstverständlich-freundschaftlichen Umgang, sondern auch durch die Gewißheit der Partnerschaft Sicherheit und Rückhalt zu vermitteln. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß Haubach sein Verständnis von aktiver Beteiligung am politischen Geschehen auch in dieser Gruppe, deren Zentrum und Bindemittel primär die enge Bindung an die Kultur abgab, offensiv zu vermitteln suchte. Dieses Vorgehen offenbart sein Bewußtsein von eigener Bedeutung in diesem Netz. Nachdem er die Phase visionärer Entwürfe überwunden und die Notwendigkeit konkreten politischen Handelns erkannt hatte, wandte er sich diesem Feld entschlossen und kraftvoll zu. Er wollte seinen Freunden dann auch den Stellenwert, den er der Einsatzbereitschaft der Bürger für den Erhalt der Republik beimaß, vor Augen führen und sie durch Agitation zum Handeln bewegen. Die Auseinandersetzung um aktuelle Fragen, die in diesem ‚Humus‘ stattfand, half, Haubachs Politikverständnis durch den Widerhall zu konkretisieren, den er aus der Gruppe heraus erfuhr. Sein Einsatz zunächst in der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘, dann in der ‚Republikanischen Studentengruppe‘ zeigt auf, daß er kontinuierlich und engagiert seiner Zielvorstellung folgte. Damit wurde er in einem Sektor aktiv, der ihn wie Mierendorff im Milieu des bildungsbürgerlich

---

<sup>609</sup> Bei diesem abständig-kühlen Versuch einer Analyse darf auf keinen Fall unterdrückt werden, daß sich bei Haubach Interesse, eine höchst intensive Auseinandersetzung und auch sinnlich-emotionales Versenken bei der Rezeption von Produkten der Philosophie, der Literatur und Kunst zeigten – „die Kultur“ war nicht etwa „Mittel zum Zweck“.

<sup>610</sup> Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Zur Theorie sozialer Ungleichheiten (Sonderband 2 der Sozialen Welt), Göttingen 1983, S. 183 – 198, S. 186 f.

<sup>611</sup> Ebd., S. 190 f.

bestimmten Zirkels zu einem bestaunten Aktivisten machte. Haubachs Verhalten ist vor allem deshalb als bemerkenswert einzuschätzen, weil er nun die Kraft aufbrachte, neben dem sicheren Terrain des Kulturellen das Element des Politischen in der ihm vertrauten Gruppe zu etablieren. Er führte nicht nur ein neues Motiv der inhaltlichen Auseinandersetzung in den Zirkel ein, sondern stellte dessen Kohäsion auf die Probe, obwohl der Sicherheit gebende Status der Gruppe für ihn zweifellos von großer Bedeutung war. Das selbstgenügsame, gruppen-immanente „Wieder-Aufladen“ im Rahmen vertrauter Diskurse, von dem oben bereits die Rede war, brach er durch sein Vorgehen auf. Dies tat er, ohne das eigene Interesse oder das seiner Freunde an kulturellen Themen aufgeben zu wollen, und zugleich war für ihn eindeutig die Entscheidung für politisches Engagement gefallen, wie dieser Kraftakt ausweist.

In der Rückschau muten die Vorstellungen der studentischen Gruppierungen, in denen Haubach aktiv war und die oben charakterisiert wurden, keineswegs brisant oder umstürzlerisch an. Im Prinzip hingen sie – und damit auch Haubach, der sich mit ihnen identifizierte – reformerischen politischen Ideen an, die (mehrheits-) sozialdemokratischen Konzeptionen sehr nahe waren. Die Propagierung des ‚Sozialismus‘ durch Haubach – und auch Mierendorff – in diesem Zusammenhang hatte allenfalls den demonstrativen, undifferenzierten Charakter von Fanfarenstößen. Das Ziel war eindeutig benannt, nämlich der Republik zum Erfolg zu verhelfen. Doch wie wir sahen, hatte Haubach keineswegs den totalen Umsturz im Visier, der hätte auch sie aus ihrer privilegierten Position gerissen, sondern mit Vehemenz vorgetragene Absichtserklärungen zur Aussöhnung ‚der Geistigen‘ mit den Arbeitern. So kann die These aufgestellt werden, daß Haubach den auch von anderen Intellektuellen oft beschworenen Sozialismus mit spezifischer Prägung – die Arbeiterschaft geführt von Akteuren der geistigen Elite – zugleich als willkommenes Vehikel im Kampf gegen die Großbourgeoisie zu nutzen trachtete, um den lange währenden Kampf um die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft für sich, für die intellektuelle Klasse, zu entscheiden.

Jede Bildung von Zirkeln in einem Raum, in dem es wie in der Wissenschaft oder in der Politik auch um Qualifizierung im Sinne eines Aufstiegs geht, ist dem Verdacht ausgesetzt, das Knüpfen von Netzen zu betreiben, in denen dann ‚Seilschaften‘ der Karriere dienlich werden. Mierendorff fühlte sich etwa zehn Jahre später herausgefordert, den Vorwurf abzuweisen, daß sie „mit der Republik Karriere machen wollten“.<sup>612</sup> In der Tat ist mit dem Terminus „Sozialkapital“ und seiner Realisierung die Herausforderung vermacht, innerhalb der Gruppen ‚Beziehungsarbeit‘ zu leisten, d.h. den vorhandenen Zusammenhalt zu stabilisieren. Dazu ist „dauerhafte Investition“ zwingend notwendig. Aus solchen Anstrengungen können „moralische Verpflichtungen“ erwachsen, deren Einlösung vom Partner möglicherweise irgendwann einmal gewünscht, wenn nicht gefordert wird.<sup>613</sup>

Doch Mierendorffs Einschätzung ist nachvollziehbar und glaubwürdig, gerade wenn auch die Lebensumstände der ersten Nachkriegsjahre mitberücksichtigt werden. Für viele der Kriegsteilnehmer ging es neben der Sicherung fundamentaler Existenzbedingungen um die Suche nach Orientierung. Primär wurde dieses

<sup>612</sup> Ebd., S. 4.

<sup>613</sup> Müller, Hans-Peter: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 982), 2. Aufl. Frankfurt/M. 1997, S. 270 f.

Netzwerk also nicht geknüpft, um zum Zweck gegenseitigen Macht- und Statuserhalts durch Einsatz von Austauschbeziehungen sozialen Aufstieg zu sichern.<sup>614</sup>

Allerdings haben sich auch aus dem Heidelberger Umfeld heraus persönliche Beziehungen entwickelt, die Haubach für das berufliche Fortkommen hilfreich werden sollten. Zu erklären ist diese Tatsache freilich nicht mit der der Gruppierung immanenten Zielvorstellung der Bildung von ‚Seilschaften‘, sondern ist zurückzuführen auf eine Erfahrung, die Vagts treffend formulierte: „Alle meine Freundschaften gingen irgendwie aus den Umständen des Lebens, dem fortdauernden Milieu hervor, keine aus den romanhaften zufälligen Begegnungen.“<sup>615</sup>

In diesem Zusammenhang kann noch einmal auf das Habituskonzept zurückgegriffen werden. In ihm konstituiert sich nach Bourdieu individuell ein System dauerhafter Dispositionen, die die vielfältigen Wirkungsweisen des Handelns, Wahrnehmens und Denkens ausmachen. Der Habitus eines Individuums wird wesentlich bestimmt durch das soziale Feld, dem er zuzuordnen ist, und durch den Ort, den er innerhalb des Geflechts dieses Feldes einnimmt. Bourdieu folgt hier den Ansätzen einer sozio-kulturell bestimmten Sozialisationsforschung, betont auch das Element der frühkindlichen Entwicklung, bindet sie allerdings in sein Modell mit einer spezifischen Terminologie ein.<sup>616</sup> Haubach hatte sich früh um die Placierung in einem bestimmten gesellschaftlichen Feld bemüht und hatte sich dort positioniert. Alle Handlungsoptionen waren damit weitgehend determiniert – wie auch der Kreis der Menschen, mit denen er persönliche Beziehungen unterhielt bzw. in der Zukunft noch aufnehmen würde. Diese entwickeln sich generell nicht situativ-zufällig, sondern ordnen sich nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen oder – anders formuliert – nach der Zugehörigkeit der Partner. Wenn Tenbruck in diesem Zusammenhang von einer „Ergänzung der sozialen Struktur“ spricht, so sollte präzisierend hinzugefügt werden, daß die sich bildenden Beziehungen Ausdruck und Abbild ‚ihres‘ sozialen Feldes z.B. durch die Art der Ausübung oder Reflektierung der Beziehung wie die intendierten Zielprojektionen sind. Vagts´ Aussage, die seine Lebenserfahrung widerspiegelt, entspricht also uneingeschränkt dem eben entwickelten theoretischen Erklärungsmuster

Für die über einige Jahre kontinuierlich erhaltene Heidelberger Gemeinschaft, gegründet auf Übereinstimmung in den die Gruppe konstituierenden Elementen, ergab es sich wie selbstverständlich, daß jedes Mitglied genau hinsichtlich intellektueller und sozialer Kompetenz kennengelernt werden konnte. Es wurde in hohem Maße einschätzbar und konnte daher z.B. auch einmal für berufliche Aufgaben weiterempfohlen werden oder nicht. Der Heidelberger Kreis wurde also nicht instrumentalisiert, sondern er gab eine solide Basis dafür ab, daß z.B. Alfred Vagts den Weggefährten Theo Haubach an das Institut für Auswärtige Politik nach Hamburg vermittelte.

Die wesentliche Bedeutung des hier ausführlich thematisierten Heidelberger Freundeskreises, den es in dieser Dichte und Intensität in keiner Phase von Hau-

<sup>614</sup> Emrich, Eike et al.: Klettertechnik für Aufsteiger. Seilschaften als soziales Phänomen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996), H. 1, S. 141 – 155; S. 142.

<sup>615</sup> Vagts, Kap. XII, S. 4.

<sup>616</sup> Bourdieu, Pierre: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. 1987, S. 112 f. und in: Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen, S. 37: „Der gesellschaftliche Raum ist [...] im höchsten Maße determinierend; wenn ich sozial aufsteigen möchte, habe ich eine enorme Steigung vor mir“.

bachs Biographie noch einmal geben wird, liegt in der Tatsache begründet, daß eine solche Gruppierung als bereits damals aussterbende Spezies in der Spiegelung ihrer Teilnehmer, ihrer Rituale und Themen Rückschlüsse auf differenziertere Strukturen der Persönlichkeit Haubachs zuläßt, die bestimmend für sein politisches Denken und Handeln wurden.

#### 4. Aufbruch: Politiker und Journalist – Hamburg 1923/24

Der Umzug Haubachs nach Hamburg im Frühjahr 1923 markierte eine tiefgreifende Zäsur in seiner Biographie. Die Beendigung des Studiums und der Eintritt in das ‚Erwerbsleben‘ brachten andersartige Zwänge, Herausforderungen und Chancen mit sich.<sup>617</sup> Er verließ zudem die übersichtlichere Kleinstadt mit vielen gewachsenen personalen Beziehungen in der politischen Szene der Studentenschaft und zweifellos auch – wie im Umfeld der ‚Affäre Lenard‘ festzustellen war – in Gewerkschafts- und SPD-Kreisen.

Der engere Zirkel der Heidelberger Freunde war seit 1922 bereits in Auflösung begriffen. Wertheimer war inzwischen außenpolitischer Redakteur beim ‚Hamburger Echo‘, und Carlo Mierendorff war als „wirtschaftspolitischer Hilfsarbeiter beim freigewerkschaftlichen Deutschen Transportarbeiterverband in Berlin“ angestellt worden.<sup>618</sup> Diese Veränderungen im engeren Kreis mag Haubach die Trennung erleichtert haben, obwohl in dieser Gruppe Männer mit Lebenshaltungen, einem spezifischen ‚Lebensstil‘, versammelt hatten, die seinen Projektionen im Hinblick auf den für sich selbst als angemessen empfundenen Ort und Stellenwert im sozialen Kontext entsprachen. An dieser Stelle bereits soll darauf hingewiesen werden, daß der Kontakt zu vielen Mitgliedern des Darmstädter wie besonders des Heidelberger Kreises von Haubach bis zu seinem Tode aufrechterhalten wurde. Die ab- und ausgrenzende Wirkung des identitätstiftenden Kollektivs, gebildet von Menschen mit ähnlichen oder gleichen ‚Lebensstilen‘, verlor zwangsläufig durch die Auflösung des Zirkels gegenüber dem Umfeld seine Kraft. Beim Nachzeichnen des Lebensweges Haubachs soll versucht werden, festzuhalten und zu gewichten, ob und in welchem Maße Elemente dieses Heidelberger Erfahrungsraumes später feststellbar und wirksam wurden. Es gilt also zu überprüfen, ob die Bourdieuschen Kategorien – bezogen vor allem auf den ‚Habitus‘ – als durch die Sozialisation konstituiertes allgemeines, die Persönlichkeit bestimmendes Prinzip und die sich in ihm ausdrückenden spezifischen Praxisformen, Eigenschaften oder ‚Lebensstile‘ – für das Verständnis und die Deutung individueller biographischer Markierungen oder Abschnitte hilfreich werden können.

Vergegenwärtigt man sich die politische und wirtschaftliche Situation der Jahre 1922 und 1923, so ist eine verbreitete Furcht vor beruflicher Perspektivlosigkeit gerade bei den Jahrgängen der Nachkriegsgeneration wie bei denen der „jüngeren Kriegsgeneration“, zu der Haubach zu zählen ist, nachvollziehbar. Der Druck der

<sup>617</sup> Nach Mitteilung des Hamburger Staatsarchivs v. 6.3.2000 ist Haubachs Zuzug in der Hamburger Einwohner-Meldekartei nicht verzeichnet. Das Stadtarchiv Darmstadt (Herr Amtmann Hofrichter) gab in einem Schreiben v. 13.2.1986 an, daß Haubach sich am 22.3.1923 aus Darmstadt nach Hamburg abgemeldet habe.

<sup>618</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 68.

Reparationen, die unversöhnliche Haltung der französischen Sieger, die sich nach Rapallo eher weiter verfestigt hatte, weltweite Arbeitslosigkeit und eine horrende Inflation verlangten aufbruchwilligen jungen Menschen der Zeit nach ihrer Ausbildung im Beruf, in der Schule oder an der Universität erheblichen zusätzlichen Einsatz für den Start in eine berufliche Karriere ab – wenn er denn überhaupt unmittelbar realisiert werden konnte. Dem engagierten Sozialdemokraten Haubach mußte die Regierungsübernahme durch das Kabinett Cunos im November 1922, wenn auch von Ebert berufen, als Versuch erschienen sein, die Republik zu unterhöhlen, weil sich der Kanzler sichtbar vom Parteienstaat abwandte und Fachleute zu Ministern berief. Die parteiübergreifende Solidarisierung gegen die Ruhrbesetzung konnte eine solche eine kritische Einschätzung für den Moment überdecken, aber unübersehbar entstammten führende Repräsentanten der jungen Republik nun jenem besitzenden Bürgertum, das von Theo Haubach so vehement bekämpft wurde.

Die bereits im vorhergehenden Kapitel nach der Analyse seiner Studienschwerpunkte und seiner Rezensionstätigkeit geäußerte Vermutung, daß Haubach eine journalistisch oder wissenschaftlich ausgerichtete Berufslaufbahn ins Auge gefaßt habe, erhält einen neuen Akzent durch Aussagen Alma de l'Aigles – von ihm selbst sind für diese Phase der Entscheidung keine Informationen überliefert. Beide waren einander in einem Kreis Hamburger Jungsozialisten im Frühjahr 1923 zum ersten Male begegnet und hatten schnell eine Freundschaft begründet, die sich bis zu Haubachs Tod erhielt.<sup>619</sup> Die Beziehung gestaltete sich vor allem in den ersten Hamburger Jahren Haubachs sehr eng, war von langen, philosophierenden Gesprächen zu Fragen der Politik, der Pädagogik, der Sexualität und eben auch ihrer persönlichen Beziehung geprägt. Einige tagebuchartige Briefentwürfe Almas – Adressat: Theo – legen diese Einschätzung nahe. In einem dieser Texte, der handgeschrieben über 30 Seiten umfaßt, nimmt sie Bezug auf die offenkundig bereits einige Zeit zurückliegende Entscheidung Haubachs, Politiker zu werden. Bewundernd bescheinigt sie ihm, daß er „sehr viele Dinge tut, die getan werden müssen“, daß er sich bereits seit längerer Zeit „in langsamer Einfühlung und immer wieder Nachprüfung“ einen „Fonds“ über die Menschen geschaffen habe und daß er „das Wort wahr macht, daß der wahre Politiker im Grunde Philosoph“ sei. Seine anscheinend dominierende Rolle im Hamburger Kreis der Jungsozialisten und wahrscheinlich im Umfeld der ‚Vereinigung Republik‘, auf die noch eingegangen wird, illustriert ihr Hinweis, in dem sie den „Kameraden“ nur eine helfende Funktion für ihn zuweist.<sup>620</sup> An einer anderen Stelle des Textes bezieht sie sich noch einmal konkret auf seine politische Tätigkeit, indem sie hervorhebt, daß „die Massen, die dich lieben“ vor allem Theos „absolute Ehrlichkeit“ ihnen gegenüber schätzten, und zwar so sehr, daß „sie für Dich durchs Feuer gehen.“<sup>621</sup>

<sup>619</sup> De l'Aigle, Alma: Meine Briefe von Theo Haubach, Hamburg 1947, S. 12. Die Beziehung kann durchgehend als intensiv bezeichnet werden. Wenn sich auch die politischen Vorstellungen beider nicht synchron entwickelten, tolerierten sie gegenseitig diese Tatsache. Zu Auseinandersetzungen und Verstimmungen kam es phasenweise z.B. um die Frage, welchen Stellenwert die Partner ihrer Beziehung beimessen würden. Vgl. dazu den Nachlaß de l'Aigles im Bundesarchiv Koblenz; N 1021.

<sup>620</sup> De l'Aigle, Alma: Briefentwurf v. 4.2.1924, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de l'Aigle; N 1021, Bd. 14, Brief S. 7.

<sup>621</sup> Ebd., S. 34.

Wenn Alma de l'Aigle in diesen Sequenzen vermutlich als Ausdruck großer Sympathie für Haubach dessen Stellenwert und Wirkung auch überhöhen mag, so ist ihren Formulierungen eindeutig die Information zu entnehmen, daß er zumindest seit seiner Ankunft in Hamburg bewußt und höchst engagiert politisch tätig war. Da ihre Aufzeichnungen die intensiven Gespräche beider reflektieren und weiterführen, spiegeln sie auch die Gedankenwelt Haubachs wider. Dabei läßt sich unzweifelhaft seine Intention erkennen, Politik nicht wie ein interessierter Staatsbürger in der Freizeit zu betreiben, sondern er war bereits auf dem Weg, politisches Handeln zu einem wesentlichen Element seines Lebens zu machen. Die Entscheidung für diese Option war sicherlich in Heidelberg gereift und gefallen – das theoretische Rüstzeug hatten ihm einige seiner Hochschullehrer geliefert, und wichtige praktische Arbeit und Erfahrungen hatte er in der politischen Studentenarbeit sammeln können.

Die erste berufliche Tätigkeit, die er im März 1923 in Hamburg begann, deutet darauf hin, daß sich die oben zitierte, von Max Weber als aussichtsreich für ein erfolgreiches politisches Engagement gekennzeichnete Kombination journalistischer und politischer Arbeit von Haubach realisieren ließ. Auf Vorschlag Alfred Vagts' war er als ‚Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter‘ am Institut für Auswärtige Politik angestellt worden.<sup>622</sup> Neben publizistischer Betätigung bot sich hier zudem die Chance zu wissenschaftlicher Arbeit, ein vermeintlich nahtloser Übergang von der studentischen Praxis und eine zweifellos außerordentlich attraktive Erweiterung der Palette seiner Möglichkeiten im Hinblick für die weitere berufliche Perspektive – außerdem ein in diesen Zeiten nicht hoch genug einzuschätzendes Faktum: Haubach hatte eine wahrscheinlich nicht üppig, aber doch fest besoldete Stellung.

#### **4.1 ‚Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter‘ im Institut für Auswärtige Politik: Interesse an Außen- und Wehrpolitik**

Will man die erste berufliche Phase Haubachs am Institut angemessen einordnen, müssen zunächst Informationen zu dessen konzeptioneller Ausrichtung, die eng verbunden ist mit seinem Leiter und seinen Trägern, die die Existenz sicherten, gegeben werden.

Die Gründung des Instituts hatte einen langen Vorlauf. Sie wurzelte in der Erfahrung des Ersten Weltkrieges als einer Katastrophe, die sich nicht wiederholen sollte. Initiator der Idee und Motor der Entwicklung war der Völkerrechtler Albrecht Mendelssohn Bartholdy. Erschüttert von den Folgen des Weltkrieges wurde er zum Pazifisten, der, politisch der SPD zuneigend, dezidiert für die Republik eintrat, außenpolitisch eindeutig einen Versöhnungskurs mit den Kriegsgegnern einforderte und neben aktivem friedenssichernden politischen Engagement die Einrichtung eines unabhängigen Instituts propagierte, das in die Lage versetzt werden sollte, internationale Entwicklungen zu analysieren. Er vertrat wie andere internationale Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen die Ansicht, daß eine „aufklärende Forschung“ gesetzmäßig ablaufender Prozesse in der Politik der ein-

---

<sup>622</sup> Brief Alfred Vagts an Walter Hammer v. 8.5.1955, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45, Mappe Theodor Haubach, 1. S. und Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 12 f.

zelen Staaten wie in den Beziehungen zueinander eine essentielle Voraussetzung von Kriegsverhütung darstellen würde.<sup>623</sup>

Mendelssohn Bartholdy war Anfang Februar 1919 Mitglied der ‚Heidelberger Vereinigung für eine Politik des Rechts‘ geworden, die sich, von Max Weber gegründet, gegen die harten Bedingungen der Sieger wandte und für die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Klärung der Kriegsschuld eintrat.<sup>624</sup> Er wurde mit anderen ‚Heidelbergern‘ als Berater der deutschen Delegation zu den Friedensverhandlungen in Versailles hinzugezogen und verfaßte mit diesen eine Denkschrift zur Unterstützung der deutschen Verhandlungsposition. Immerhin wird mit dem Blick auf die anderen Mitglieder der ‚Vereinigung‘, u.a. auf die Brüder Weber, Lujo Brentano, Hans Delbrück und Hermann Oncken, die Charakterisierung der Persönlichkeit Mendelssohn Bartholdys verständlich, in der er als großbürgerlich, liberal-demokratisch und „schöngeistig orientiert“ apostrophiert wird.<sup>625</sup> Die ideologische Nähe etwa zu Max Webers Gedanken lassen sich anhand seiner Schriften nachweisen, die während des Krieges oder kurz danach erschienen. So plädierte er in einem Vortragszyklus im Jahre 1916 dafür, sich auf Bürgertugenden wie Rechtlichkeit und Gemeinsinn zu besinnen, forderte vor allem von den Politikern Rechtschaffenheit. Prononciert wurde in diesen Texten auch von ihm die führende Rolle des Großbürgertums und der Intellektuellen für die gesellschaftliche und politische Entwicklung hervorgehoben.<sup>626</sup> Die Ablehnung des Wilhelminischen Staates und die Genugtuung über dessen überfällige Ablösung durch ein demokratisches Staatswesen demonstrierte Mendelssohn Bartholdy 1919, als er den eigenen Entwurf einer demokratischen Verfassung vorlegte. Wesentliche Strukturelemente sind die Berufung auf die nationalen Tugenden und das Bemühen, alle Bereiche des öffentlichen Lebens transparent zu machen und durch Kontrollinstanzen zu sichern, so daß tatsächlich der Wille der Mehrheit in Politik und Verwaltung respektiert und umgesetzt werden mußte.<sup>627</sup>

Für die Genese des Instituts und seine spätere inhaltliche Ausrichtung waren beide eben genannten Aspekte durchaus von Bedeutung. Die eindeutig republikanisch ausgerichtete Überzeugung seines Initiators - und im Laufe der Praxis auch unbestrittenen Repräsentanten - spiegelte die Abkehr vom kaiserlichen Deutschland. Festhaltenswert ist zugleich, daß mit Mendelssohn Bartholdy ein Vertreter jener großbürgerlichen *und* intellektuellen Schicht sich an einer so bedeutsamen Position etablieren konnte.

Selbstverständlich konnte bei dem ausgewiesenen Engagement seines Leiters während der Versailler Verhandlungen auch nicht die Realisierung einer quasi

<sup>623</sup> Mendelssohn Bartholdy, Albrecht: ‚Institut für Auswärtige Politik Hamburg‘, in: Brauer, Ludolph et al. (Hrsg.): Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 2, Hamburg 1930, S. 332 – 346, S. 332.

<sup>624</sup> Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik, S. 308.

<sup>625</sup> Gantzel-Kress, Gisela: Zur Geschichte des Instituts für Auswärtige Politik. Von der Gründung bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme, in: Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, Internationale Angelegenheiten: Materialien und Interpretationen zur Geschichte des Instituts für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg 1923 – 1983 im Widerstreit der Interessen (Veröffentlichungen aus dem Inst. f. Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg; Bd. 12), Hamburg 1983, S. 23 – 88, S. 34.

<sup>626</sup> Mendelssohn Bartholdy, Albrecht: Bürgertugenden in Krieg und Frieden. Fünf Vorträge im Freien Deutschen Hochstift, Tübingen 1917.

<sup>627</sup> Mendelssohn Bartholdy, Albrecht: Der Volkswille. Grundzüge einer Verfassung, München 1919.

neutralen oder objektiven wissenschaftlichen Friedensforschung, die ja generell eine Fiktion darstellt, durch das Institut erwartet werden. So ging auch die Einflußnahme einiger vermöglicher lokaler Wirtschaftsvertreter, die das Institut gegen potente Konkurrenz nach Hamburg holen wollten, von einer kongruenten Interessenlage aus, nämlich die Reputation Deutschlands wegen eigener ökonomischer Interessen möglichst schnell wiederherzustellen. Dabei sollten zwei Probleme zugleich gelöst werden, nämlich die Revision des Versailler Vertrages wie eine aktive Aussöhnungspolitik mit den ehemaligen Kriegsgegnern – in der aktuellen Situation ein zweifellos aussichtsloses Unternehmen. Diesen Vorstellungen entsprachen Formulierungen Mendelssohn Bartholdys in einer ‚Denkschrift‘, wenn er in einem Atemzug „die Wandlung im Urteil über die Kriegsursachen“ als „wichtig“ hinstellte, aber als noch „wichtiger [...] die Anbahnung neuartiger wirtschaftlicher Beziehungen“ qualifizierte.<sup>628</sup>

Die Hamburger Wirtschaftskreise jener Jahre sind als erheblich liberaler einzuschätzen als die auch an dem Institut interessierten überregionalen Wirtschafts- und Verbandsgremien.<sup>629</sup> Den Ausschlag für den Standort Hamburg gab dann endgültig die Entscheidung des Hamburger Senats – vor allem auf Initiative des Präses der Hochschulbehörde Carl Petersen –, sich maßgeblich durch Sachmittel und die Honorierung der Angestellten am Betrieb des Instituts zu beteiligen; das versprach Sicherheit der Existenz und Unabhängigkeit.<sup>630</sup>

Die erst später fixierte Rechtsform des Instituts, in der „den Förderern“, also den Wirtschaftskreisen, ein Drittel der Kuratoriumssitze zugestanden wurde, bildete vermutlich die laufende Praxis insofern ab, als es dem Institutsleiter von Beginn an darum gehen mußte, neben den staatlichen Zuwendungen Spenden einzusammeln und sich kontinuierlich eingehende Geldmittel zu sichern. Dies gelang auch, wie die fortdauernde Existenz des Instituts beweist.<sup>631</sup>

Bei der Darstellung der Aktivitäten des Instituts ist zunächst auf die Bibliothek und ein Archiv von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zu Fragen der Außenpolitik hinzuweisen. Einen großen Raum nahmen die von den Mitarbeitern veranstalteten Seminare und gehaltenen Vorträge ein. Die hauseigenen Publikationen brachten einen hohen Arbeitsaufwand mit sich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang besonders die Zeitschrift ‚Europäische Gespräche‘, ein Forum zur Veröffentlichung eigener Forschungsansätze bzw. -ergebnisse und der Diskussion unterschiedlicher Standpunkte zu Fragen der internationalen Beziehungen. Als Experten auf diesem spezifischen Gebiet beteiligten sich die Mitarbeiter an verschiedenen Publikationen und gaben eine Dokumentensammlung sowie eine eigene Schriftenreihe heraus.<sup>632</sup> Hervorgehoben werden muß die Tatsache, daß sich zunächst nur fünf fest angestellte Mitarbeiter in den immensen Arbeitsaufwand teilten, der sich aus dem vom Institutsleiter fixierten Anspruch ergab.

<sup>628</sup> Mendelssohn Bartholdy, Albrecht: Denkschrift v. 23.9.1922 hinsichtlich der Zielsetzung eines zunächst größer geplanten Instituts, in: Privat-Akten des Hauses Warburg, zit. n. Gantzel-Kress, S. 51, Anm. 74.

<sup>629</sup> Gantzel-Kress, Zur Geschichte, S. 50.

<sup>630</sup> Huhn, Michael: ‚Europäische Gespräche‘. Eine außenpolitische Zeitschrift der Weimarer Zeit, in: Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht, Berlin-Hamburg 1986, S. 65 – 183, S. 83.

<sup>631</sup> Ebd., S. 84. Zitiert ist hier exemplarisch der Etat für das Rechnungsjahr 1929/30.

<sup>632</sup> Mendelssohn Bartholdy, ‚Institut‘, S. 338 ff. In diesen Passagen breitet der Vf. die Tätigkeitsfelder des Instituts differenziert aus.

Wert legte Mendelssohn Bartholdy darauf, daß „alle Arbeit im Institut gemeinschaftlich erledigt“ wurde, wie er es in seiner Rede zur Eröffnung des Instituts postulierte und weitgehend auch beispielhaft vorzuleben suchte.<sup>633</sup> Haubach wurde demnach wie die anderen Mitarbeiter gerade auch in der ersten Zeit des Bestehens der Einrichtung in allen Bereichen eingesetzt. Dazu gehörte auch das Ausschneiden von Artikeln, das Signieren von Artikeln, ihre Einordnung nach Schlagwörtern oder die zeitaufwendige Beratungstätigkeit bei Anfragen oder Besuchern gegenüber.<sup>634</sup> Ein Hinweis auf die Pflege gemeinschaftlichen Arbeitens mag sich daran festmachen lassen, daß Vagts sich an einen mit Haubach erarbeiteten „gemeinsam-pseudonymen Aufsatz“ für die Zeitschrift des Instituts erinnerte.<sup>635</sup>

Spuren der Haubachschen Tätigkeit lassen sich allein anhand seiner namentlich gezeichneten Beiträge für die ‚Europäischen Gespräche‘ belegen. Im ersten Jahrgang 1923 wurden vier Rezensionen von ihm veröffentlicht, im folgenden Jahrgang dann nur eine, allerdings äußerst umfangreiche. Eigenständige strukturelle, thematisch gezielte Aufsätze Haubachs fehlen, wenn auch seine Sammelrezension im Jahrgang 1924 einem solchen Anspruch nahekommt, wie noch zu zeigen sein wird. Da gemäß dem propagierten kollegialen Prinzip des Instituts die Rezensenten ihren Interessen entsprechende Publikationen wählen konnten, sind damit bereits individuelle Präferenzen zu bestimmen. Als noch bedeutsamer für die Einschätzung der Position Haubachs im Bereich Wehr- und Außenpolitik, zu dem er bis zu diesem Zeitpunkt noch nichts veröffentlicht hatte, sind naturgemäß die von ihm getroffenen inhaltlichen Akzentuierungen und Bewertungen anzusehen.

Die vier Rezensionen Haubachs, die im ersten Jahrgang der ‚Europäischen Gespräche‘ erschienen, blättern eine erhebliche inhaltliche Breite auf. Mehr Raum als die anderen Texte zusammen nahm Haubachs Auseinandersetzung mit einem Gutachten zur letzten deutschen Offensive des Jahres 1918 ein.<sup>636</sup> Wie gewohnt näherte er sich dem Thema umständlich-ausladend, um dann an markanten Punkten eindeutig seinen Standpunkt zu wichtigen Aspekten zu formulieren. Unmißverständlich postulierte er das Primat der Politik gegen über dem Militär. Zwar sei die Trennung der politischen von der militärischen Sphäre obsolet, doch klar müsse die Zuordnung der Macht sein, die uneingeschränkt bei den Politikern liege. Er stützte nachdrücklich die These des ‚Gutachtens‘, nach der - wie Haubach formuliert - „das unpolitische, ja widerpolitische Politisieren der Generale“ als „hauptsächliche Ursache“ der deutschen Niederlage anzusehen sei.<sup>637</sup> Zu einer derartigen Konstellation war es nach Auffassung des Rezensenten nur deshalb gekommen, weil es der politischen Leitung des Reiches „an politischer Potenz“ gefehlt habe, um die ihr auch verfassungsmäßig zustehende Funktion angemessen behaupten und ausfüllen zu können.<sup>638</sup> Die vorliegenden Materialien kommentierte der Rezensent in einer herausgehobenen Passage fast programmatisch mit dem Verweis

<sup>633</sup> Huhn, ‚Europäische Gespräche‘, S. 88.

<sup>634</sup> Ebd.

<sup>635</sup> Brief Alfred Vagts an Walter Hammer v. 8.5.1955, in: Stadtarchiv Darmstadt, 1. S.

<sup>636</sup> Haubach, Theodor: Rezension von: Ursachen des Zusammenbruchs. Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918. Gutachten des Obersten a.D. Schwertfeger, des Generals der Infanterie a.D. von Kuhl und des Geheimrats Professor Hans Delbrück, Berlin 1923, in: Europäische Gespräche 1 (1923), S. 359 – 362.

<sup>637</sup> Ebd., S. 362.

<sup>638</sup> Ebd., S. 360.

auf Clausewitz, daß die Politik Krieg erzeuge, daß sie „im Krieg ihr Instrument hat“ und ihn mit Intelligenz zu führen habe.<sup>639</sup> Aus der zentralen und affirmativen Verwendung dieses Zitats kann gefolgert werden, daß für ihn das Postulat Clausewitz' eine eindeutige Positionsbestimmung bedeutete. Dieser Zusammenhang wird hier in besonderer Weise akzentuiert, weil eben die Beziehung von Militär und Politik in den folgenden Jahren ein eminent wichtiges Element seiner politischen Arbeit in der SPD wurde, in einer Partei also, deren Führungskräfte bislang die Interdependenzen dieser beiden Felder nur marginal problematisiert hatten.

Ohne konkret auf eigene Erfahrungen als Soldat zu verweisen, griff er Elemente des ‚Gutachtens‘ auf und setzte sich außerordentlich kritisch mit einigen strategischen Zielvorstellungen der deutschen Militärs auseinander, die die Offensive 1918 etwa mit dem Blick auf spätere kriegerische Auseinandersetzungen und der Notwendigkeit der Sicherung von „Grenzgelände“ gerechtfertigt hatten. Dagegen stellte Haubach z.B. die bereits 1918 absehbaren Entwicklungen „der Fern- und Luftwaffen“, „die grandios entwickelte Feldbefestigung auf jedem Gelände“ oder die modernen infrastrukturellen und logistischen Möglichkeiten.<sup>640</sup> Insgesamt malte Haubach eine düstere Szenerie, wenn er die Militärs und Politiker der letzten Jahre des Kaiserreiches charakterisierte. Unausgesprochen und doch immanenter Bestandteil seiner engagiert vorgetragenen Auseinandersetzung war der Wunsch nach den starken, republikanisch orientierten politischen Führerpersönlichkeiten.

In der zweiten, dem Umfang nach auch gewichtigen Rezension entwickelte Haubach die Bedeutung von Kenntnissen nationalökonomischer Grundlagen und ihrer Konsequenzen für politische Zusammenhänge.<sup>641</sup> Noch im Spiegel des Haubachschen Beitrages ist das überaus große Interesse der Menschen nachvollziehbar, das sie an die von den Siegerstaaten in immer anderen Varianten erarbeiteten, verkündeten oder kolportierten Konzeptionen für deutsche Reparationsleistungen knüpften. Für die deutsche Bevölkerung geschah dies in einem höchst desolaten ökonomischen Umfeld, die Entscheidungen in London und Paris erhielten den Rang existenzentscheidender Voten. Doch Haubach ließ in seiner Besprechung keinerlei Emotionalisierung zu, wandte sich gegen einen „protestierenden Widerwillen“ dem Versailler Vertrag gegenüber und verwies auf die Materialfülle der ihm vorliegenden Untersuchung.<sup>642</sup> Die sachlich-sezierende Darstellung der Internationalität des Problems etwa auch der Verschuldungen innerhalb des Lagers der Alliierten, der Versuch Mautners, Lösungsvorschläge „vor- und nachrangig“ zu entwickeln und schließlich das zur Verfügung gestellte Instrumentarium, mit dessen Hilfe etwa die aktuellen französischen Forderungen an Deutschland kritisch überprüft werden konnten, hob Haubach als beispielhaft hervor. Eine solche Herangehensweise entsprach seiner Auffassung von analytischer Durchdringung anstehender politischer Probleme. Dem hier behandelten Gegenstand, den Beziehungen „der wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart“, werde – so dozierte er - in Deutschland jedoch zuwenig Aufmerksamkeit beigemessen, teil-

---

<sup>639</sup> Ebd., S. 359 f.

<sup>640</sup> Ebd., S. 361.

<sup>641</sup> Haubach, Theodor: Rezension zu: Mautner, Wilhelm: Die Verschuldung Europas. Das Problem der interalliierten Schulden und die Versuche zu seiner Lösung, Frankfurt/M. 1923, in: Europäische Gespräche 1 (1923), S. 474 – 476.

<sup>642</sup> Ebd., S. 475.

weise wegen der Überlagerung durch irrational-emotionales Gebaren, dann auch, weil Kenntnisse nationalökonomischer Grundlagen und ihrer Konsequenzen für politische Zusammenhänge fehlten. Zu erinnern ist an dieser Stelle daran, daß Haubach während seines Studiums gezielt Veranstaltungen belegt hatte, die geeignet waren, Grundkenntnisse zu vermitteln, diese in einem zweiten Schritt zu problematisieren und auf ihre Relevanz für die politische Ebene zu überprüfen.<sup>643</sup> Seine beiden weiteren Rezensionen dieses Jahrgangs der ‚Europäischen Gespräche‘ haben jeweils nur einen geringen Umfang. Die Besprechung eines weltpolitischen Kompendiums wirkt fast lustlos; dessen „Einteilung“ hielt er für „grob“, nach seinen Annotationen wäre die Bezeichnung ‚falsch‘ wohl zutreffender gewesen, außerdem kritisierte Haubach die Fülle der Daten, die nicht strukturiert worden sei, kam aber dennoch – ein wenig mühsam anmutend – zu einer positiven Schlußsequenz.<sup>644</sup> Von hohem Interesse für unsere Darstellung ist eine Bemerkung, in der er allerdings hier anerkennend hervorhob, daß der Autor nicht den „heute sonst üblichen, aber fälschenden und gefährlichen deutschzentrischen Standpunkt“ eingenommen habe.<sup>645</sup>

Nur wenig Raum erhielt auch die Kritik eines schmalen Bändchens zur deutschen Außenpolitik der zurückliegenden fünf Jahrzehnte. Das Buch – „offenbar zur Instruktion an Volkshochschulen und Gewerkschaftskursen verfaßt“, wie Haubach anmerkte – paßte zweifellos nicht ganz in die Reihe der in dieser Zeitschrift rezensierten Veröffentlichungen, die dem Diskurs von Experten auf internationaler Ebene dienen sollten.<sup>646</sup> Der Verfasser Gerhart Lützens gehörte jedoch, wie wir sahen, zum Kern des Heidelberger Freundeskreises, zudem erschien das Buch im Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger, es bestand enger Kontakt zur SPD. Da auch Alfred Vagts zu den zunächst nur fünf Mitarbeitern des Instituts zählte, war es offenkundig möglich, der Schrift Aufmerksamkeit zu verschaffen: Die ‚Heidelberger‘ verloren einander nicht aus den Augen.

Die von Haubach für den zweiten Jahrgang der Zeitschrift verfaßte Sammelrezension setzte sich mit zehn Titeln auseinander, die sich verschiedenen Aspekten des „neuen Rußlands“ widmeten.<sup>647</sup> Der wiederum dozierend-verschrobenen Einleitung ist mit einiger Mühe zu entnehmen, daß der Rezensent die Folgen der ‚Russischen Revolution‘ zwar nicht schätzte, daß er aber den Hinweis auf eine sachgerichtete Diskussion und mögliche politische Bewegungen für notwendig hielt, die auch andere Staaten tangieren könnten. Umgehend sollten die „bloß feindseligen Ressentiments verdrängt“ werden, an deren Stelle „eine Art ritterliche Sendungsgefühle“ treten.<sup>648</sup> Diese eher befremdlich anmutende Umschreibung wurde von Haubach nicht näher erläutert. Wir müssen annehmen, daß er zu diesem Zeitpunkt die Abkehr von emotional bestimmter Auseinandersetzung mit

---

<sup>643</sup> Zu nennen sind u.a. die folgenden Veranstaltungen: ‚Allgemeine Volkswirtschaftslehre‘ (A.Weber) oder ‚Einführung in die Nationalökonomie‘ und ‚Finanzwissenschaft‘ (beide bei Emil Lederer), zit. n. Honorarabrechnungen der Universität Heidelberg.

<sup>644</sup> Haubach, Theodor: Rezension zu: Preller, Hugo: Die Weltpolitik des 19. Jahrhunderts, Berlin 1923, in: Europäische Gespräche 1 (1923), S. 476 – 477.

<sup>645</sup> Ebd., S. 476 f.

<sup>646</sup> Haubach, Theodor: Rezension zu: Lützens, Gerhart: Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatensystem. ( 1870 – 1922 ), Berlin 1923, in: Europäische Gespräche 1(1923), S. 477.

<sup>647</sup> Haubach, Theodor: Bücher über das neue Rußland, in: Europäische Gespräche 2 (1924), S. 191 – 200.

<sup>648</sup> Ebd., S. 191.

dem politischen System und den Lebensbedingungen im neuen ‚Rußland‘ deziert zu formulieren suchte, dabei verstieg er sich freilich einmal mehr verbal in eine Sphäre aristokratischer Geistigkeit.

So plazierte er dann auch eingangs einen Autor, dessen Bücher sowohl nach Form wie nach Inhalt seinen Intentionen weitgehend entsprachen. Er erwähnte lobend dessen „Denkbeherrschung“, hob auch hervor, daß er „gescheit“ und „belehrend“ darstelle und unterstrich den besonderen Wert der Texte, weil es dem Verfasser darum gehe, „eine Sache von ihrem Geiste her zu bewerten“. <sup>649</sup> Damit nannte er Kriterien der Durchdringung eines Stoffes und seiner Darstellung, denen auch er sich zweifellos verpflichtet fühlte. Bei der Bewertung des jeweiligen Inhalts der verschiedenen Titel war für ihn leitender Aspekt, inwieweit die Autoren in der Lage waren, auf der Grundlage einer gründlichen Analyse ihres Gegenstandes zu einer emotionsfreien, sachlichen Darstellung zu finden. Nur auf diese Weise könne es gelingen, so sein Anspruch, einen soliden Standpunkt für die Auseinandersetzung und Arbeit auf politischer Ebene zu entwickeln. Daneben wurden die katastrophalen Lebensbedingungen und die unvorstellbaren Härten bei der Umstellung des sozialen und wirtschaftlichen Systems in ‚Rußland‘ von Haubach keineswegs ignoriert. Geradezu hymnisch leitete er eine Sequenz mit Annotationen zu einer Schrift Fridtjof Nansens ein und apostrophierte den Autor, er sei „des tapferen Mitleids bester Täter“ im Kampf gegen die „namenlose Qual“, die die Revolution den Menschen zugefügt habe. <sup>650</sup>

Einen anderen Text kritisierte Haubach, weil das Leid so vieler Menschen unerwähnt blieb, konnte sich gleichwohl auf die Gedankenführung des Verfassers einlassen, dem er zustimmend attestierte, Zutrauen zur „Staatskunst der Bolschewisten“ zu empfinden. <sup>651</sup> Gerade in der Zweiteilung der Kritik diesem Text gegenüber demonstrierte Haubach seine grundlegende Position: Die sozialen und humanitären Aspekte hielt er keineswegs für vernachlässigenswert. Wie andere Zeitgenossen berührten ihn – das zeigen die entsprechenden Aussagen im Rahmen dieser Sammelrezension - ohne Zweifel die Berichte und dokumentarischen Fotos aus den Hungergebieten. Zugleich machte er jedoch deutlich, daß die (Außen-)Politik eine andere Ebene darstelle. Auf ihr galt es, Entwicklungen oder gar Umwälzungen in einem anderen Staat als Faktum zu akzeptieren, vor dieser neuen Größe nicht „zu kapitulieren“, sondern mit ihr ernsthaft „zu rechnen“. Im Schlußsatz fügte er seine Position in der Formulierung zusammen: „Europäisch ist es, auf der scharfen Messerschneide [Eine Metapher für die Situation in der Sowjetunion und ihr noch nicht einzuschätzendes politisches Potential, P.Z.] zwischen allen Möglichkeiten ohne Wanken zu marschieren.“ <sup>652</sup>

Die Bevorzugung der kühlen Analyse, die er dem Leser allem Anschein nach geradezu mit seiner Darstellung zu demonstrieren suchte, zeigt sich charakteristisch in der Auseinandersetzung mit einer Schrift Édouard Herriots. <sup>653</sup> Haubach mar-

<sup>649</sup> Ebd., S. 191 f. Rezensiert wird hier: Nötzel, Karl: Die soziale Bewegung in Rußland, Stuttgart 1923.

<sup>650</sup> Ebd., S. 197. Rezensiert wird hier: Nansen, Fridtjof: Rußland und der Friede, Leipzig 1923. Fridtjof Nansen (1861 – 1930), norwegischer Nordpolarforscher, engagierte sich 1921 – 1923 massiv für die hungernde Bevölkerung in Rußland, nutzte auch politische und diplomatische Kanäle.

<sup>651</sup> Ebd., S. 196. Rezensiert wird hier: Wiedenfeld, Kurt: Lenin und sein Werk, München 1923.

<sup>652</sup> Ebd., S. 200.

<sup>653</sup> Rezension zu: Herriot, Édouard: La Russie nouvelle, ebd., S. 196.

kierte eindeutig Unterschiede in der Einschätzung der aktuellen Situation nach der Russischen Revolution, legte die Ängste der französischen Politik vor einer deutsch-russischen Annäherung – mit einem Hauch von Ironie – bloß und ordnete das Buch resümierend insgesamt als „nützliches Werk“ ein, weil es dazu angetan sei, die Diskussion zu befördern. Unausgesprochen und absolut deckungsgleich mit eigenen Intentionen gab er damit die Linie des Instituts wieder, nämlich eine Plattform für das ‚europäische Gespräch‘ entwickeln zu wollen.

Eindeutig nachweisbar sind die Rezensionen inhaltlich von jenem Geist geprägt, der sich bereits in der ersten Nachkriegszeit in Darmstadt und Heidelberg zeigte, als Haubach - u.a. gemeinsam mit Mierendorff - offensiv einen neuen Anfang in den Beziehungen zu den westlichen Nachbarn machen wollte – gegen massive Proteste, wie wir sahen. Haubach fühlte sich augenscheinlich im Institut unter Gleichgesinnten, akzentuierte jedoch individuell eine pragmatische, keine Emotionen zulassende Betrachtung der politischen europäischen Szenerie. Die Formulierungen, die die Kriterien seiner Rezensionen zu erkennen geben, lassen zweifellos Rückschlüsse auch auf die von ihm als unverzichtbar angesehenen grundlegenden Elemente einer neuen (Europa-)Politik zu. So machte er unmißverständlich deutlich, daß man in der Darstellung politischer Sachverhalte den „sonst üblichen, aber fälschenden und gefährlichen deutschzentrischen Standpunkt“ aufgeben müßte, eine Forderung, die er sicherlich auch auf die praktische Politik übertragen sehen wollte.<sup>654</sup> In dieser Passage und im Duktus seiner hier zitierten Rezensionen wiederholte sich also seine klare Absage an Wilhelminisches Politikverständnis, und es traten die Linien einer eigenen Konzeption noch stärker hervor, nämlich nationale Interessen zu bestimmen und zu bewahren, sie jedoch nicht gegen die anderer Staaten zu stellen oder sie diesen zu oktroyieren, sondern sie als Teil einer zukünftigen europäischen Ordnung zu begreifen.

Abgesehen von den gewundenen Einleitungen sind die Texte weitgehend nachvollziehbar-flüssig geschrieben; sie weisen unübersehbar einen Hang des Verfassers zum Dozieren auf. Es mag sein, daß Haubach auf diesem Gebiet für sich eine professionelle Zukunft sah, die er mit seiner bereits laufenden politischen Tätigkeit verknüpfen wollte. So formulierte er prononciert in einer Sequenz, zwar vordergründig in Beziehung zum gerade besprochenen Autor, aber in deutlich generalisierender Absicht und damit möglicherweise auch auf sich selbst gemünzt: „Die künftige Form des politischen Literaten wird der geistige Publizist mit fachlicher Schulung sein.“<sup>655</sup>

Die Ergebnisse der differenzierten Analyse der ‚Europäischen Gespräche‘, die Huhn mit seiner Studie vorlegt, lassen den Schluß zu, daß Haubach mit den von ihm formulierten Vorstellungen zu den Grundlagen europäischer Politik völlig konform mit dem Institutsleiter ging.<sup>656</sup> In einer gesellschaftlichen und politischen Situation, in dem revanchistische und nationalistische Töne zunehmend an Präsenz und an Einfluß gewannen, bedeutete die Etablierung dieses Instituts mit den dargestellten inhaltlichen Zielvorstellungen einen notwendigen, offensiv gerichteten Schritt. Aber so, wie die Beiträge Haubachs in den ‚Europäischen Gesprächen‘ die hehren Absichten des Instituts zu deklamieren scheinen und eher sta-

<sup>654</sup> Rezension zu Preller, H., S. 476 f.

<sup>655</sup> Rezension zu: Kirkeby, Anker: Russisches Tagebuch, Berlin 1924, in: Europäische Gespräche 2 (1924), S. 193 f., S. 193.

<sup>656</sup> Huhn, ‚Europäische Gespräche‘, S. 95 – 101 u. S. 161 ff.

tisch wirken, da zu strategischen und taktischen außenpolitischen Überlegungen nichts angemerkt wird, so spiegeln sie offenbar beispielhaft die Entwicklung der Zeitschrift und des Instituts. Kritisiert wird, daß die Beiträge der ‚Europäischen Gespräche‘, die ja inhaltlich die ‚Linie‘ des Hauses repräsentierten, ein aktuelles Verständnis von Außenpolitik wiedergaben, das auf „gute Nachbarlichkeit“ zielte, wie Mendelssohn Bartholdy immer wieder hervorhob, aber „sozioökonomischen Prozessen und innergesellschaftlichen Entwicklungen“ wenig Aufmerksamkeit schenkten.<sup>657</sup> Die bildungsbürgerlich-liberale Haltung Mendelssohn Bartholdys, die das Lebensgefühl verkörperte, sich „mit einer internationalen sozialen Elite“ in geistiger Solidarität verbunden zu fühlen, hat Vagts sicherlich als außerordentlich positives Vorzeichen dafür angesehen, Haubach beim Institutsleiter einzuführen.<sup>658</sup> Die Überschneidungen mit dem Selbstverständnis des Heidelberger Freundeskreises waren unübersehbar.

Mendelssohn Bartholdy dominierte das Institut faktisch in allen wesentlichen Belangen, wirkte überaus positiv als Repräsentant nach außen, nahm auch auf die inhaltliche und personelle Struktur ganz entschieden Einfluß. Bei aller oben zitierten Bereitschaft, partnerschaftliches Arbeiten zu fördern, fehlte es intern offenkundig an intensiver Diskussion über die Fortentwicklung der konzeptionellen Vorstellungen. Mitarbeiter, die an die Wurzel gehend oder ‚quer‘ zur vorherrschenden Konzeption dachten, wurden nicht ermutigt oder gar nicht erst in den Stab aufgenommen. So entwickelte sich weder korrigierendes noch innovatives Potential – eine Erscheinung, die sich aus Formen individueller und auch kollektiver Selbstgenügsamkeit und unerschütterlich positiver Selbsteinschätzung entwickeln kann, aus Elementen also, die durchaus als die ‚geistige Elite‘ konstituierende Merkmale bezeichnet werden können.

Zum Institut für Auswärtige Politik sind in diesem Abschnitt ausführlicher Anmerkungen gemacht worden, obwohl Theodor Haubach bereits ein Jahr nach Dienstantritt - im Frühjahr 1924 - in die Redaktion des ‚Hamburger Echo‘ (H.E.) wechselte. Bemerkenswert waren nämlich die Begleitumstände seines Ausscheidens. Die „vielfache außer-institutliche Betätigung Th.H.‘s erschien zuletzt dem Leiter [...] gar zu absorbent“, und deshalb suchte Mendelssohn Bartholdy nach einer Möglichkeit, Haubach zum Ausscheiden aus dem Institut zu veranlassen.<sup>659</sup> Dieser Schritt wurde Haubach „nahe gelegt“, wie Vagts sich an anderer Stelle erinnerte, weil dieser in seiner Freizeit zu intensiv eine „politische und bürgermilitärische Tätigkeit“ betrieb.<sup>660</sup> Welcher Art dieses Engagement war, wird in den folgenden Kapiteln dargestellt werden.

Für den Versuch, die ‚politische Biographie‘ Haubachs nachzuzeichnen, vermag das Ende dieses kurzen beruflichen Abschnitts dennoch gegen den Hintergrund des Bildes, das das Institut abgab, einige bedeutsame Einsichten zu vermitteln. Festzuhalten ist einmal, daß Haubach, kaum in Hamburg angelangt, bereits „mit Jungsozialisten, soz.-dem. Parteiführern noch der älteren Generation und Parteiorganisationen, Hamburger Verwaltungsleuten und <etwas später> [handschr. vom Vf. eingefügt, P.Z.] auch Polizei in Beziehung kam.“<sup>661</sup> Auf der Grundlage

<sup>657</sup> Gantzel-Kress, Zur Geschichte, S. 71.

<sup>658</sup> Ebd.

<sup>659</sup> Brief Alfred Vagts an Walter Hammer v. 8.5.1955, Stadtarchiv Darmstadt, 2. S.

<sup>660</sup> Vagts, Memoiren, S. 15 f.

<sup>661</sup> Brief Vagts an Hammer, 1. S.

dieser Kontakte entwickelte er offensichtlich ein so intensives Engagement für die SPD und ihr nahestehende Kreise bzw. Personen, daß die Aktivitäten dem Institutsleiter nicht verborgen blieben und sie ihm als schädlich für das Ansehen seiner Einrichtung erschienen. Zweifellos sah er die „völlige Unabhängigkeit“, die er in der Arbeit des Instituts u.a. von den im Parlament vertretenen Parteien realisiert sehen wollte, als gefährdet an.<sup>662</sup> Mag diese Richtschnur auch ein relevanter Bestandteil der konzeptionellen Vorstellungen gewesen sein, so hatten die aufkommenden Bedenken des Institutsleiters zudem zweifellos einen ganz handgreiflichen Bezug, die Sorge nämlich, daß die Subventionen aus Kreisen der Wirtschaft beeinträchtigt werden könnten, die für die Existenz der Einrichtung, wie oben dargestellt, von großer Bedeutung waren. ‚Völlig unabhängig‘ war man faktisch also keineswegs.

Inhaltlich kontroverse Auffassungen zwischen Haubach und Mendelssohn Bartholdy hatten sich jedoch vermutlich bereits im Laufe der Zeit einzustellen begonnen. Die Umstände der Trennung zeigen, daß Haubach sich – wie es auch die oben wiedergegebenen Formulierungen Alma de L’Aigles beweisen – für die Politik im Sinne der SPD entschieden hatte und offenkundig nicht gewillt war, situativ oder gar auf Dauer einer Profession nachzugehen, die ihn zwingen würde, einen nicht-parteilichen und nichtparteigebundenen Standort bei der Wahrnehmung und Analyse politischer Ereignisse einzunehmen. Bei aller nicht nur demonstrativen Bedeutung des Instituts gegenüber dem Ausland und im Innern gegenüber revanchistischen Kräften gelang es letztlich nicht, eine „stringente und konsistente Theoriekonzeption zur Analyse internationaler Politik“ zu entwickeln. Neue Weltordnung und Abwehr der deutschen Alleinschuld für die Wirtschaft oder „eine liberale, doch zugleich antisozialistische Imperialismuskritik“ waren unvereinbare Elemente des konzeptionellen Ansatzes.<sup>663</sup>

Haubachs Rezensionen entsprachen durchaus dem Geist des Instituts, wie ihre Analyse zeigte; es ist allerdings höchst zweifelhaft, ob er eine ‚antisozialistische‘ Tendenz mitgetragen hätte. Die Frage soll vorerst offenbleiben, ob und in welcher Differenzierung die anhand seiner Rezensionen wahrnehmbaren Versatzstücke, die seine Auffassung von Außenpolitik widerspiegeln, in späteren Äußerungen wieder auffindbar sind. Behielt Haubach den pragmatischen, auf Europa bezogenen Zugriff und konnte er innenpolitische oder sozioökonomische Veränderungen oder Verwerfungen in den verschiedenen Staaten als bedeutsam wahrnehmen und sie in seine außenpolitischen Überlegungen einbeziehen? Das eine Jahr der Arbeit im Institut für Auswärtige Politik verstärkte fraglos sein Interesse an diesem spezifischen Bereich des Gesamtfeldes Politik. Zu grundlegenden und aktuellen Aspekten der Außenpolitik – oft auch in Verbindung mit Fragen zur Wehrpolitik – äußerte er sich in den folgenden Jahren kontinuierlich. Das tat er nicht nur aus beruflichen Gründen als Redakteur im Außenpolitik-Ressort des Hamburger Echo, sondern auch in anderen Publikationen, da für ihn dieser Sektor des Politikfeldes außerordentlich bedeutsam blieb.

<sup>662</sup> Vagts, Alfred: ‚Albrecht Mendelssohn Bartholdy. Ein Lebensbild‘, in: Lowenthal-Hensel, Cécile/Elvers, Rudolf (Hrsg.): Mendelssohn-Studien (Beiträge zur neueren deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte; 3), Berlin 1979, S. 201 – 225, S. 212 f. Mit dem Zitat gibt Vagts Äußerungen Mendelssohn Bartholdys wieder.

<sup>663</sup> Gantzel, Klaus Jürgen: Wozu dieses Buch? Einführendes Wort des Herausgebers, in Gantzel, Kolonialrechtswissenschaft, S. 1 – 18, S. 10.

#### **4.2 Politisch aktiv in der ‚Vereinigung Republik‘: Einsatz gegen die Kommunisten im ‚Hamburger Aufstand‘**

Wenn man sich den Standpunkt Mendelssohn Bartholdys vergegenwärtigt, ‚sein‘ Institut von allen parteipolitischen Verbindungen fernhalten zu wollen, so ist seine Reaktion Haubach gegenüber zumindest nachvollziehbar. Der schlug nämlich unmittelbar nach dem Ortswechsel ein enorm hohes Tempo an, als er daran ging, sich in der lokalen SPD oder in ihr nahestehenden Gruppierungen zu engagieren. Unklar muß bleiben, über welche personalen Kontakte Haubach so schnell, wie Vagts es in seinen ‚Memoiren‘ darstellt, zu Hamburgs SPD-Kreisen Zugang fand. So trat er einer Jungsozialisten-Gruppe der Stadt bei; die Arbeit in ihr muß außerordentlich zeitaufwendig gewesen sein, wie wir im folgenden Kapitel sehen werden, verlief höchst spannungsvoll, schlug einige Wellen zweifellos auch in das Institut hinein. Haubach zeigte sich auch keinesfalls geneigt, seine (partei-) politischen Präferenzen und seine Aktivitäten in diesem Feld gegenüber den Kollegen im Institut zu verbergen.

Fast zeitgleich – im Frühjahr 1923 - muß er Beziehungen zu Männern aufgenommen haben, die Mitglieder der SPD waren oder ihr nahestanden, und die die Furcht umtrieb, daß die noch zarte Pflanze ‚Republik‘ von extremen politischen Kräften zerstört werden könnte. In der Tat gab der Verlauf dieses Jahres 1923 keinen Anlaß, sich beruhigt an die Stabilisierung der republikanischen Grundlagen machen zu können. Inflation und Ruhrbesetzung brachten für den deutschen Bürger neben dem Gefühl politischer Ohnmacht wirtschaftliche Not mit sich. Die außenpolitische Handlungsunfähigkeit als Folge der Niederlage von 1918 und des Versailler Vertrages wie die schwerwiegenden Versorgungsmängel für einen großen Teil der Bevölkerung suchten rechtsradikale und völkisch ausgerichtete Organisationen in Bayern für einen Staatsstreich zu nutzen. Fast ungehindert erfolgte ihr Vormarsch, konnten sie ihre Propaganda verbreiten: ein ungemein gefährliches Potential für die junge Republik.

Im Februar 1923 hatte die Polizei in Altona eine Versammlung aufgelöst, die nachweislich dem Ziel diente, eine schlagkräftige Truppe aufzustellen. Sie sollte in die Lage versetzt werden, gegen unliebsame Regierungen vorzugehen. Beteiligt waren hohe ehemalige Offiziere, die von Kreisen der Wirtschaft gefördert wurden und über Kontakte zu Stellen der Reichswehr in Altona und in Hamburg verfügten. Bis weit in das Frühjahr hinein beschäftigte diese Angelegenheit die staatlichen Stellen, auch in der Presse und in der Bürgerschaft wurde sie erregt diskutiert.<sup>664</sup> Die Furcht vor einem Putsch nationalistischer, anti-republikanischer Kreise hatte also einen durchaus realen Hintergrund.

So berichtet Alfred Vagts, auf dessen Erinnerungen an diesen Zeitabschnitt zurückgegriffen werden kann, daß im Umfeld der Sozialdemokraten der Ausbruch eines von Nationalsozialisten betriebenen Bürgerkriegs befürchtet wurde. Der Gedanke liegt nahe, daß er aus der zeitlichen Distanz die in Altona aufgedeckte Verschwörung gegen die Republik mit vermuteten nationalsozialistischen Absichten gleichsetzte. Vergleichbare Wurzeln waren zweifellos vorhanden. Haubach

<sup>664</sup> Biehl, Karl Heinrich: Der Thälmann-Putsch in Hamburg und Umgebung, Hamburg 2000, S. 27 ff. Der Vf. arbeitet die bisher veröffentlichten Studien gründlich auf und weist v.a. auch die Beteiligung von Reichswehroffizieren eindeutig nach.

und Vagts stellten sich zur Verfügung, als aus der SPD heraus die Bildung milizähnlicher Verbände initiiert wurde. Beide übernahmen „die militärische Ausbildung [...] der Gedienten und der Ungedienten unter den soz. dem. [sozialdemokratischen, Zim] Arbeitern“.<sup>665</sup> Die ehemaligen Offiziere knüpften offenkundig an traditionelle Muster an, die von ihnen selbst als Ausgebildete wie als Ausbilder während des Weltkriegs erfahren worden waren. So vermerkt Vagts, daß sie bei ihren ‚Rekruten‘ die Bereitschaft „fürs Exerzieren, dessen Notwendigkeit zunächst, vor aller Ausbildung zu erklären war“, wecken und herstellen mußten.<sup>666</sup> Seine Formulierungen verraten auch im Blick zurück auch nicht das geringste Anzeichen von (Selbst-)Ironie – ‚das Militärische‘ hatte zweifellos tiefe Spuren hinterlassen. Dies mag noch stärker für Theo Haubach gelten, dem der Freund attestiert, der erheblich „bessere Ausbilder“ gewesen zu sein.<sup>667</sup> Es blieb freilich nicht beim formalen Exerzieren, sondern vor allem Haubach übte mit den Freiwilligen im Gelände. Sie wurden ausgebildet im feldmarschmäßigen Vorgehen, Verhalten im Gelände und sollten vor allem körperlich „ertüchtigt“ werden.

Als äußerst bemerkenswert ist das Zusammenspiel verschiedener politischer Kräfte in diesem Zusammenhang festzuhalten. Waren die Kontakte Haubachs und Vagts´ zu diesen Kreisen offenkundig durch SPD-Funktionäre hergestellt worden, so wurde die Ausbildung der ‚Milizionäre‘ z.B. von der Polizeiführung massiv unterstützt. Am Rande Hamburgs konnten sie auf einem „unbebauten Areal“ an Sonntagen ihre militärischen Übungen abhalten.<sup>668</sup> Den vorerst geheimen Charakter dieser Operation aus Rücksicht auf die Interalliierte Kontrollkommission unterstreicht die Bemerkung Vagts´, daß die Übungsstätten jeweils „von der freundlichen Polizei abgeschirmt“ worden seien.<sup>669</sup> Andere Behördenstellen der Stadt müssen auch eingeweiht gewesen sein, denn es wurden auch Schulturnhallen zur Verfügung gestellt. Außerdem war offenkundig materielle Hilfe zugesagt, die „zunächst primitiv“ war, weil die erwarteten Mittel wohl nur spärlich flossen: „Manchmal bezahlten Haubach und ich aus unserer Tasche das Fahrgeld für die Arbeitslosen unter unseren ‚Rekruten‘“.<sup>670</sup> Diese Aussage unterstreicht zugleich den idealistischen Impetus, der beide ‚Ausbilder‘ bei dieser Aufgabe antrieb.

Haubach löste den praktischen Teil der Aufgabe, die Ausbildung der Freiwilligen also, nicht nur in den Augen des Freundes – gemessen an dessen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg – besonders erfolgreich, sondern er, der ‚das Militärische‘ weiterhin als essentielles Element von Politik ansah, widmete sich dieser Aufgabe als ‚Experte‘ auch besonders intensiv. Die Grundfertigkeiten des Soldaten wie das Exerzieren, die Handhabung der Waffen, taktisch angemessenes Vorgehen in der Gruppe und – letztlich - die Einordnung in ein hierarchisches System schienen ihm Unterpfand für die Wirksamkeit und Schlagkraft militärischer oder paramilitärischer Verbände. Anhand seiner Aktivitäten im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird sich die Bedeutung dieses Motivs für Haubach uneingeschränkt erkennen lassen. Wie sehr er sich identifizierte, mag die Schilderung seiner langjähri-

<sup>665</sup> Brief Alfred Vagts an Walter Hammer v. 8.5.1955, 1. S.

<sup>666</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 13.

<sup>667</sup> Brief an Hammer, 1. S.

<sup>668</sup> Ebd.

<sup>669</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 13.

<sup>670</sup> Ebd.

gen Freundin Alma beleuchten: „Ja, wer mal Theo erlebte, wie er 1923 oder 24 in einem Außenbezirk Hamburgs im Freien die Hunderte von jungen und alten Genossen um sich sammelte und sein mitreißendes ‚Kamerraden!‘ in die Runde hinausschmetterte [...].“<sup>671</sup>

Vergleichbar mit dem ‚Kartell republikanischer Studenten‘, dessen Heidelberger Zelle von Haubach mitbegründet worden war, hatten sich – aufgeschreckt durch die Ermordung Rathenaus – überall im Lande im Laufe des Jahres 1922 Vereinigungen zu etablieren gesucht, die bereits mit ihrer Namensgebung zum Ausdruck brachten, daß sie es für notwendig hielten, die junge Republik zu stützen. So hatten in Hamburg SPD-Kreise die ‚Vereinigung Republik‘ ins Leben gerufen. Konkrete Materialien über Organisationsformen, Statuten, konzeptionelle Vorstellungen, Mitgliederzahlen, Führungspersönlichkeiten oder durchgeführte Veranstaltungen liegen nicht vor. Angewiesen sind wir weitgehend auf die Aussagen Beteiligter, die zweifellos im Hinblick auf die politische Ausrichtung der Organisation richtig in der Beschreibung zusammengefaßt ist, daß diese Gruppierung „als Schutzbund gegen rechtsradikale Verbände gegründet worden [sei].“ Entschieden wurde zugleich – entsprechend der offiziellen sozialdemokratischen Linie – „eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Verbänden“ abgelehnt.<sup>672</sup> Unbestritten ist auch, daß sich ihre Mitglieder im wesentlichen aus der Arbeiterschaft rekrutierten, deren Motivation sich unzweifelhaft aus der massiven Ablehnung restaurativer Bestrebungen erklären ließ, die sie zu Recht in den Politikansätzen nationalistischer und revanchistischer Parteien und Institutionen erkannten.

Vagts siedelt die Gründung der Vereinigung Republik ungenau im Umfeld der geschilderten Militärübungen mit Freiwilligen an und kann darüber hinaus zu dieser Organisation keine weiteren Informationen geben.<sup>673</sup> Haubach äußerte sich 1931 in einem Artikel differenzierter. Auch wenn die Erinnerungen Vagts´ in erheblich größerer zeitlicher Distanz zu den Ereignissen verfaßt wurden, zeigt sich doch, daß Haubach – etwa zur gleichen Zeit mit Vagts in Hamburg eingetroffen – in diesen Kreisen erheblich schneller und intensiver ‚präsent‘ war. So qualifizierte er die Vereinigung Republik als Organisation „von einer gewissen Stabilität und Dauer.“<sup>674</sup> Mit dieser auch nicht eben begeistert klingenden Bemerkung setzte er sie doch von jenen Vorläufern ab, die „unter wechselndem Namen“ nach seiner Einschätzung „mit schlechtem Erfolg“ agiert hätten. Obwohl die konkreten Aussagen Vagts´ und Haubachs zum exakten zeitlichen Ablauf vage bleiben, liegt der Schluß nahe, daß es sich bei den eingangs erwähnten militärischen Übungen bereits um Freiwillige der Vereinigung Republik handelte.

<sup>671</sup> Brief Alma de l’Aigle an Kurt Heyd, o. Datum, in: Stadtarchiv Darmstadt, Bestand ST 45, K. Heyd, Nr.8, 3. S. Der Brief ist im Blick auf eine mögliche zweite Auflage von: De l’Aigle, Alma: Meine Briefe von Theo Haubach, Hamburg 1947 verfaßt worden, wahrscheinlich zu Anfang der 50er Jahre.

<sup>672</sup> Voss, Angelika: Der ‚Hamburger Aufstand‘ im Oktober 1923, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts: die Zeit des Politikers Otto Stolten. Sieben Abhandlungen, Hamburg 2000, S. 167 – 218, S. 188. Der Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in: Voss, Angelika/ Büttner, Ursula/ Weber, Hermann: Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung: Kommunistische Politik 1923 bis 1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983, S. 9 – 54.

<sup>673</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 13.

<sup>674</sup> Haubach, Theodor: Der Hamburger Aufstand. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunisten-Revolution vom 23. Oktober 1923, Teil 1, in: Das Reichsbanner, Beilage zu Nr. 42 v. 17.10. 1931.

Die Gliederungen der Vereinigung Republik scheinen sich entsprechend dem jeweiligen Arbeiteranteil in einigen Stadtteilen in unterschiedlicher Stärke zusammengefounden und zunächst auch eher nebeneinander existiert als kooperiert zu haben. Darauf deutet die Darstellung Haubachs hin, in der er für den Stadtteil „Barmbeck“ [heutige Schreibweise: Barmbek], einer traditionellen Arbeiterhochburg, verschiedene Gründungsversuche verzeichnete, den eigentlichen Durchbruch dann mit einer großen Versammlung markierte, „in der mindestens 1500 Barmbecker Arbeiter sich zur Gründung einer <Abwehrorganisation> [gesperrt, P.Z.] einfanden.“ Die Teilnehmer erklärten sich „unter frenetischem Beifall“ bereit, „gegen jeden Putsch, komme er von rechts oder links, sich mit Leib und Leben einzusetzen.“ Erst im Anschluß an diese Versammlung konnte „die praktische Arbeit“ beginnen, aber nach einigen Rückschlägen „gelang es noch im September [1923, P.Z.], verschiedene Abteilungen von jungen und ältern [sic] Arbeitern aufzustellen.“<sup>675</sup>

Das Menetekel bayrischer Verhältnisse, das zunächst in erster Linie die Bildung organisierter Abwehrkräfte ausgelöst hatte, verlor offenkundig im Laufe des Sommers 1923 an Schrecken. Es wuchs dafür in der SPD-Führung wie in den Zentralen der bürgerlichen Parteien die Furcht vor einem kommunistischen Putschversuch. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression waren naturgemäß auch für die Bewohner der auf Handel konditionierten Hafenstadt schmerzlich spürbar. Ab August erreichte die Arbeitslosigkeit „annähernd das katastrophale Ausmaß der Monate nach Kriegsende.“<sup>676</sup> Bereits im Sommer 1923 kam es zu heftigen Protestaktionen. Die SPD war als stärkste parlamentarische Partei aus den letzten Wahlen hervorgegangen, hatte allerdings nicht die Mehrheit in der Bürgerschaft und war deshalb eine Koalition mit der DDP eingegangen. Der reformerische Kurs der Sozialdemokraten, durch Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt die Basis für kontinuierlich durchzuführende soziale Fortschritte zu schaffen, geriet durch die Folgen der Wirtschaftskrise völlig aus dem Tritt.

Damit ergab sich für die Hamburger KPD-Führung eine Situation, in der sie den als völlig abwegig empfundenen Kurs der SPD heftig attackieren konnte. Ihre Prophezeiung, daß allein eine revolutionäre, den Arbeiterinteressen dienende Politik erfolgversprechend sei, sahen die KPD-Vertreter in den sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen bewahrheitet. Ihre Angriffe in der Bürgerschaft und in ihren Publikationen hoben jeweils auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung und sozial Schwächeren ab, um die angeblich unternehmerfreundliche, den Privilegierten zugetane Haltung der SPD zu decouvrieren.<sup>677</sup> Dem Vorschlag von KPD-Abgeordneten, der Senat möge sich doch auf proletarische Hundertschaften stützen, die die reaktionäre Polizei ablösen könnten, um ein Bollwerk für die Interessen der Arbeiterschaft abzugeben, kann von ihnen selbst eigentlich keine Chance der Realisierung eingeräumt worden sein. Er wurde dann auch vom zuständigen Senator umgehend zurückgewiesen. Zuständig für die Polizei war im Senat von 1920 bis 1924 der SPD-Politiker Karl Hense. In einer Rede vor der Bürgerschaft versicherte er, daß die Polizei ihren Aufgaben gerecht werden könne, durchaus „öffentliche Ruhe und Ordnung allein“ wahren könne. Immerhin erweckte er erstaunlicherweise mit dem Hinweis auf die Vorschriften des Versail-

<sup>675</sup> Ebd.

<sup>676</sup> Voss, Angelika: Der ‚Hamburger Aufstand‘, S. 168.

<sup>677</sup> Ebd., S. 174 ff. Die Verfasserin belegt dieses Vorgehen anhand einer Reihe von Beispielen.

ler Vertrages den Eindruck, als habe sich der Senat ernsthaft mit dem ‚Angebot‘ der Kommunisten auseinandergesetzt. Die zweifellos bewußt von Hense nebulös formulierte Zuversicht, daß die „republikanisch gesonnenen Elemente“ der Exekutive zu Hilfe eilen würden, wenn „einmal“ der Bestand der Republik ernsthaft gefährdet würde, grenzte die Kommunisten faktisch aus.<sup>678</sup>

Mit diesem Ausblick entlarvte der Senator den Verweis auf die Bedingungen des Versailler Vertrages als formalistisch. Die KPD sei, merkte er fast im gleichen Atemzug an, als Partei eben nicht geeignet, die Errungenschaften der Republik zu verteidigen. Im Lichte der oben dargestellten Bemühungen um die Aufstellung milizähnlicher Verbände durch Mitglieder der SPD war diese Äußerung nicht ohne Pikanterie, ja, sie enthielt einigen politischen Sprengstoff. Hense wußte sicherlich um die Bemühungen, zumal ‚seine‘ Polizei diese tatkräftig unterstützte. Wichtigstes Kriterium im sozialdemokratischen Kalkül waren also nicht die Bestimmungen von Versailles, sondern daß eine eigene, partei-loyale Truppe geschaffen würde. Die Aktivitäten u.a. der beiden ehemaligen Leutnants Haubach und Vagts, die ihre Freiwilligentruppe nach militärischen Kommandos exerzieren, im Gelände Hindernisse überwinden und gefechtsgemäßes Verhalten üben ließen, wurden wohlweislich von den Partnern aus der Polizei abgeschirmt. Ausländische Beobachter hätten derartige Entwicklungen, die sich außerhalb der Reichswehr abspielten, sicherlich abrupt unterbrochen, und für die politisch Verantwortlichen wäre eine äußerst heikle Situation eingetreten – auch wenn sie nicht direkt als Initiatoren, Unterstützer oder Handelnde in Erscheinung traten. Dies wurde im Umfeld der Vereinigung Republik höheren Polizeioffizieren überlassen.

Dieser Aspekt spielte in der Erinnerung Haubachs keine Rolle. Nicht ausführlich behandelt werden, zur Differenzierung des Bildes gleichwohl erwähnt werden muß hier, daß es in der Hamburger SPD durchaus kontrovers zwischen Vertretern des linken und des rechten Flügels zuing, z.B. auch in der Frage einer Einheitsfrontpolitik mit der KPD. Haubach hatte sich bereits zu Heidelberger Zeit als reformorientiert und sozial engagiert gezeigt; die vorherrschende Linie der Hamburger Sozialdemokraten, getragen von der gemäßigten oder rechten Mehrheit der Parteimitglieder, wird er generell für richtig gehalten haben. Prononciert wies er in seinem Rückblick darauf hin, daß die in ‚Barmbeck‘ aufgestellten Gruppen „unter strengster Geheimhaltung und sorgfältiger Sicherung nach außen“ gearbeitet hätten. Als Begründung führte er jedoch nicht die mögliche Aufdeckung durch internationale Beobachter an, sondern nach seiner Erinnerung hätten Bedenken „wegen der regen kommunistischen Beobachtungstätigkeit“ bestanden.<sup>679</sup>

Die Unsicherheit und die Befürchtungen, die in dieser Formulierung zum Ausdruck kommen und die Furcht vor einem Anwachsen der KPD widerspiegeln, sind – bemüht man die Optik eines senatskonformen Sozialdemokraten - durchaus nachvollziehbar. Die Situation in Hamburg spitzte sich im Spätsommer/Herbst 1923 dramatisch zu. Im August kam es zu Streiks von Werftarbeitern; Demonstrationzüge und Versammlungen versuchte die Polizei massiv zu unterdrücken. Es gab wegen des Schußwaffeneinsatzes durch die Polizei Tote und Verletzte. Nur mit großer Mühe gelang es den Vertretern des ADGB, die Arbeiter zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze zu bewegen. Als gleichsam kompensatorischen Akt propa-

<sup>678</sup> 23. Sitzung der Bürgerschaft v. 4.5.1923, in: Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1923, S. 572.

<sup>679</sup> Haubach, Der Hamburger Aufstand, Teil 1.

gierte der ADGB eine umfassende Streikidee. Am 22. September kulminierten die einzelnen Protest- und Streikaktionen nämlich in einem einstündigen Demonstrationstreik, der von den Spitzenverbänden der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften ausgerufen und dem von den Mitgliedern breit gefolgt worden war.<sup>680</sup>

In der Auseinandersetzung zwischen KPD und SPD ging es darum, die Arbeiterschaft mit je höchst unterschiedlichen programmatischen Ansätzen für sich zu gewinnen. Die Zeichen für die KPD standen gut angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation, massiven Mißfallenskundgebungen der Arbeiterschaft, auch gegen den Hintergrund einer zweifellos außerordentlich massiv vorgehenden, von der KPD-Presse als prügelnd und schießwütig dargestellten Polizei, die gegen die ihre Rechte einfordernden Arbeiter vorging und eindeutig als Repräsentantin des SPD-dominierten Senats ausgewiesen war.<sup>681</sup> Dem Senat – und den sie stützenden Kräften, so auch den Männern der Vereinigung Republik – war daran gelegen, situativ die äußere Ordnung unbedingt aufrechtzuerhalten. Bei der Analyse der strategischen Lage waren nicht mehr restaurative Kräfte, sondern mittlerweile eindeutig die Vertreter der KPD die Hauptgegner, die möglicherweise einen Umsturzversuch anzetteln könnten. Haubach erinnerte sich, daß die neue Lage „in langwierigen Führersitzungen“ erörtert und analysiert wurde. Zwar wurde übereinstimmend ein Aufstand der Kommunisten angenommen, aber „als einmütige Meinung“ wurde festgestellt, daß ein „Linksputsch“ bei Abwägung der sozusagen ‚militärischen‘ Potentiale beider Seiten keine Erfolgsaussichten habe. Letztlich ist heute nicht mehr zu klären, wer an den zitierten „Führersitzungen“ teilnahm. Einmal waren es sicherlich – wie im Fall Haubach – die Führer der sich bildenden kleinen Einheiten aus der Vereinigung Republik. Ferner waren höhere Polizei-offiziere beteiligt, die eine Art Scharnier zwischen der SPD-Spitze, den verschiedenen Polizeigliederungen und potentiellen Hilfstruppen darstellten. Erhebliche Sorgen bereitete die sich aktuell entwickelnde Frontstellung aber der SPD-Führung zunächst vorwiegend auf der politischen Ebene. Nicht von der Hand zu weisen war nämlich die Vorstellung, daß ein „Einmarsch der Reichswehr und der nationalistischen Kampfverbände“ erfolgen könnte.<sup>682</sup> Ein solches Ereignis hätte tatsächlich unabsehbare Konsequenzen für die republikanische Entwicklung der Stadt gehabt, nach Haubach „war es eine Lebensfrage für das Hamburger Proletariat“, daß „ein kommunistischer Putsch so rasch und so hart wie möglich mit <eignen> [gesp., P. Z.] Kräften“ niedergeschlagen würde.<sup>683</sup>

Kein Wort verwendete er jedoch darauf, daß ‚auf der anderen Seite‘ ja auch Vertreter des Proletariats standen. Dabei hätte die für SPD-Politiker durchaus Anlaß zu der Sorge gegeben, daß sich Teile der Arbeiterschaft, die man an sich gebun-

---

<sup>680</sup> Voss, S. 180.

<sup>681</sup> Wie aufgeheizt die Lage war und mit welchem massivem Einsatz die Polizei – die Sprachregelung läßt es vermuten – vorging, kann einer Darstellung des Chefs der Ordnungspolizei entnommen werden: „Am 20.10.1923 brachen infolge der gewaltigen Preissteigerung geringe Lebensmittelunruhen in den verschiedenen Stadtteilen aus, die jedoch überall schnell durch energisches Einschreiten von Kommandos der Ordnungspolizei beseitigt wurden.“, in: Polizeiobstleutnant Danner: Bericht über die Unruhen in Hamburg vom 20. – 26.10.1923., in: Die Polizei, 20 (1924), Nr. 20 v. 20.1.1924, S. 333 – 335, S. 333. Lothar Danner war am Tag vor Beginn des Aufstandes zum Chef der Ordnungspolizei ernannt worden.

<sup>682</sup> Haubach, Aufstand, Teil 1.

<sup>683</sup> Ebd.

den glaubte, nicht wahrgenommen und nicht vertreten fühlten, denn unter ihnen stieg die Arbeitslosigkeit überproportional an, und gerade sie konnten sich nicht mittels wertbeständiger Immobilien oder durch den Verkauf bzw. Tausch von Wertgegenständen gegen die Erscheinungen der Inflation wehren. Die Möglichkeit der Solidarisierung in großen Teilen des Proletariats war wahrscheinlich der Grund dafür, daß die seit August 1923 in den Führersitzungen umlaufenden Informationen bzw. Gerüchte über einen möglichen kommunistischen Aufstand eben nicht „an unsere Arbeiter-Bürgersoldaten“ weitergegeben wurden, wie Vagts später vermerkte. Nach seiner Meinung war die Sorge „um die Moral der Truppe“ ausschlaggebend dafür, weiterhin die Parole auszugeben, daß „der Feind [...] rechts“ stehe.<sup>684</sup>

Der am 23. Oktober 1923 beginnende Aufstand ist in der Forschung hinsichtlich seines Ursprungs, seines Verlaufs und Ergebnisses wiederholt bearbeitet worden. Nicht nur die für manche Aspekte unbefriedigende Quellenlage, sondern vor allem die Positionierung der Historiker in unterschiedlichen politischen ‚Lagern‘ zeitigte auch einander widersprechende Resultate. Hier sollen wie in den Abschnitten zuvor nur einige wenige Aspekte des Aufstandes aufgegriffen werden, die das Verhalten und die grundlegende politische Haltung Haubachs in dieser Phase kennzeichnen helfen. Zuzuneigen ist der Deutung, daß es sich bei der Entscheidung für die Aktion um einen Alleingang der Hamburger Parteileitung handelte, allerdings nur insofern, als die deutsche Parteileitung vom Zeitpunkt des Losschlagens überrascht wurde.<sup>685</sup> Thälmann, in der Leitung des Bezirks Wasserkante und der Hamburger Partei, stand für einen radikal-kämpferischen Kurs, wollte die starken Unruhen in der Bevölkerung entschiedener genutzt sehen, um die arbeiterfeindliche Politik der SPD aufzudecken und der KPD mehr Zulauf zu verschaffen. Doch bald schien den Hamburgern die Situation sogar reif für einen Umsturz zu sein. Erst spät konnte man sich mit dieser Einschätzung der Situation offensichtlich in Moskau durchsetzen. Dort liefen die Vorbereitungen ab September, der Beginn am 23. Oktober kam dann – wie gesagt – überraschend.

Die Kampfverbände der KPD rekrutierten sich vor allem aus den Ordnerdiensten; offenbar war es nicht gelungen, die proletarischen Hundertschaften „zu schlagkräftigen Organisationen zu entwickeln.“ Die genaue Anzahl der aktiv Kämpfenden ist nur schwer zu ermitteln. Realistisch erscheint die Annahme, die von einem Kontingent von insgesamt etwa 800 Männern mit einer allerdings nur äußerst unzureichenden Bewaffnung, nämlich 80 Schußwaffen, ausgeht.<sup>686</sup> Die Aktionen der Kommunisten zielten deshalb dann auch zunächst darauf, Polizeiwachen zu besetzen, um den Gegner personell zu schwächen und um sich in den Besitz von Waffen zu bringen. Mit „Verständnis“ für „die verwundbaren Fronten der Stadt Hamburg“ seien die angegriffenen Wachen in den Außenbezirken gewählt worden, weil sie schwächer besetzt schienen, die Kommunikationswege für die Polizeiführung verlängert und erschwert werden sollten und schließlich der Kern der Stadt konzentrisch hätte angegriffen werden können.<sup>687</sup> Einige zunächst besetzte

<sup>684</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 14.

<sup>685</sup> Voss, Angelika: ‚Hamburger Aufstand‘, S. 185. Wir folgen hier und für folgende Zusammenhänge der gründlichen Studie A.Voss‘, die eine Fülle von Forschungsansätzen aufgreift, analysiert und weiterführende Einschätzungen entwickelt.

<sup>686</sup> Ebd., S. 188.

<sup>687</sup> Polizeioberstleutnant Danner: Bericht über die Unruhen, S. 333.

Wachen konnten von den kommunistischen Kämpfern jedoch nicht gehalten werden, das Moment der Überraschung verpuffte schnell. So war der Aufstand eigentlich bereits am ersten Tag verloren, erstreckte sich jedoch noch bis zum 25. Oktober. Einzelne Gruppen kommunistischer Kämpfer hatten sich verbarrikadiert, konnten den weit überlegenen staatlichen Kräften mit über 5000 Polizisten jedoch nicht ernstlich widerstehen. Der Ordnungspolizei standen auch erhebliche Mengen an Waffen zur Verfügung: „8000 blanke Waffen, 8000 Pistolen, Handgranaten, 2667 Gewehre, 400 Maschinenpistolen, 16 schwere Maschinengewehre für gepanzerte Wagen.“<sup>688</sup>

Noch nach dem Zweiten Weltkrieg diente Verlauf und Ergebnis dieses Aufstandes Historikern der DDR etwa zur Legendenbildung. Die Niederlage wurde damit erklärt, daß die Hamburger Kämpfer keine Unterstützung erhielten, und so „traten die Hamburger Oktoberkämpfer den bewaffneten Rückzug an.“<sup>689</sup> Etwa im gleichen Tenor resümierten Mitglieder der KPD/ML, einer bundesrepublikanischen kommunistischen Gruppierung, das Ergebnis des Oktober-Aufstands, bemühten dabei eine spezifische Akzentuierung bei der Darstellung des Ablaufs, die auch die Haubachschen Aktivitäten berührt. Nach der vorliegenden Schrift geriet die Polizei zu Beginn in eine außerordentlich bedrohliche Situation, aus der sie sich nur durch den Einsatz von Hilfstruppen zu befreien vermochte: „Diese Freiwilligen bestanden zum überwiegenden Teil aus der sozialdemokratischen ‚Vereinigung Republik‘.“ Deren Verbände seien – so die Deutung der Verfasser des Beitrages – von „den sozialdemokratischen rechten Gewerkschaftsführern gegründet worden, um die Arbeiter davon abzuhalten, in die proletarischen Hundertschaften der Kommunisten einzutreten“. Im weiteren Verlauf des Beitrages wurde vor allem die enge Verbindung der Polizeiführung mit der SPD-Parteileitung scharf kritisiert.<sup>690</sup>

Wenn es auch an einigen Brennpunkten während der ersten Stunden, z.B. durch die Erstürmung von Polizeiwachen zu heftigen Kämpfen kam, die Tote und Verletzte auf beiden Seiten forderten, so orientiert sich eine Darstellung, die die Aufständischen im Vorteil gegenüber den Polizeikräften sah, nicht an den realen Vorgängen und muß als euphemistisch bezeichnet werden. Tendenziell ist jedoch den Aussagen der KPD/ML-Vertreter über die Vereinigung Republik zu folgen, wie auch die bisher erwähnten Quellen belegen. Sie war zweifellos nicht primär *gegen* die proletarischen Hundertschaften, sondern *für* die Sicherung der Republik durch die Mitwisserschaft und Duldung breiter mehrheitssozialdemokratischer, gewerkschaftlicher und linksliberaler bürgerlicher Kreise und den aktiven Einsatz höherer Verwaltungsbeamter, Polizeichargen und zum Umfeld gehörender ‚Experten‘ entstanden, störte und beeinträchtigte aber sicherlich den Aufbau vergleichbarer kommunistischer Verbände.

Übereinstimmend wird in den vorliegenden Darstellungen zum Verlauf des Aufstandes erwähnt, daß sich in der von Senat und Polizeiführung schnell eingerichteten Sammelstelle für Freiwillige nach Beginn der Kämpfe etwa 800 Männer meldeten, die sich zum größten Teil aus der Vereinigung Republik rekrutierten. Das Bild eines massenhaften Zulaufs ist eher als Fiktion anzusehen, zumindest kann es

<sup>688</sup> Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg, Hamburg 1958, S. 28.

<sup>689</sup> Habedank, Heinz: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin (DDR) 1958, S. 204.

<sup>690</sup> 50 Jahre Hamburger Aufstand, hrsg. v. d. KPD/ML, Hamburg 1973, S. 38.

nicht generell aufrechterhalten werden. Diese ‚Sammelstelle‘ einen nur demonstrativen Charakter. Die vorhandenen ‚kurzen Drähte‘ zwischen Polizeiführern und den Führern der Freiwilligen-Verbände hatten schnell aktiviert werden können, und die einzelnen Verbände der Vereinigung Republik traten jeweils weitgehend geschlossen an. Dies bestätigte Haubach selbst im zweiten Teil seines Rückblicks. Er erinnerte sich, daß ein „Barmbecker Arbeiter“ ihn aus seinem Büro noch am Institut für Auswärtige Politik herausgeholt habe und beide sich auf den Weg in die Parteizentrale begaben. Unmittelbar darauf traf Haubach im Polizeipräsidium ein, in der „nach Besprechungen zwischen den maßgebenden Instanzen“ die Einrichtung einer „Notpolizei“ organisatorisch vorbereitet wurde. Als „Grundsatz“ war beschlossen worden, zunächst „die Abwehrgruppen der Vereinigung Republik geschlossen bei der Notpolizei einzusetzen.“ Haubach schätzte, daß „1500 bis 1700 Angehörige der Vereinigung Republik“ teilnahmen und in geschlossenen Formationen in Schutzpolizei-Ausrüstung – „Schupo-Mützen, Schupo-Pelerinen, Koppel und Parabellumpistole“ – in den Freihafen geführt wurden.<sup>691</sup> Der größte Teil der Freiwilligen, die nicht in der Vereinigung Republik organisiert waren, wurde indes abgewiesen.

Bemerkenswert war das offenbar schon länger vorhandene Ausmaß taktischer Absprachen. So merkte Haubach an, daß in den „Führerbesprechungen“ für den Fall einer Auseinandersetzung beschlossen worden war, die Einheiten der Vereinigung nicht unmittelbar einzusetzen, sondern „sie zunächst aus dem jeweiligen Kampfgebiet <herauszuziehen>, um sie außerhalb der Kampfhandlung <endgültig zu organisieren> und, wenn möglich, zu <bewaffnen> [jeweils i. Orig. gesp., P.Z.]“.<sup>692</sup> Besonders der Aspekt der möglichen Bewaffnung dieser Verbände, die dann auch realisiert wurde – „Parabellumpistole“ –, unterstreicht die hohe Übereinstimmung zwischen den Partnern hinsichtlich der *gemeinsamen* Reaktion auf potentielle Putschversuche und läßt zudem auf große Vertrautheit und Vertraulichkeit unter ihnen schließen, weil damit zweifelsohne die Verletzung von Vorschriften des Versailler Vertrages stillschweigend riskiert wurde. Die Vermutung, daß die Gruppen der Vereinigung geschlossen an die Seite der Polizei traten, wird zudem durch die Darstellung Danners, des leitenden Beamten der Polizei in den Kämpfen, bestätigt. Er weist auf die Bedeutung der Tatsache hin, „daß die Vereinigung Republik ihre Hilfe anbot. Sie wurde mit Dank angenommen.“ Außerdem hob er hervor, daß die „800 Männer“ besonders willkommen waren, weil sie „mit militärischer Ausbildung“ zu den Polizeieinheiten stießen.<sup>693</sup> Haubach hatte eine doppelt so hohe Zahl genannt, aber selbst wenn Danners Erinnerung der Realität näher liegt, so kann doch von einer beträchtlichen Unterstützung der Polizeikräfte durch die Vereinigung Republik gesprochen werden. Die Vermittlung dieses Vorgangs gegenüber der Öffentlichkeit, daß die Freiwilligen sich je individuell in der Sammelstelle gemeldet hätten, sollte zweifellos den verdeckt ablaufenden Aufbau einer milizähnlichen Truppe verbergen helfen. Derartige Informationen, zumal die Verschränkung staatlicher und parteibezogener personaler und materieller Ressourcen, hätten den massiven Protest weiter politischer Kreise und der Presse zur

<sup>691</sup> Haubach, Theodor: Der Hamburger Aufstand. 2. Teil, in: Das Reichsbanner, Nr. 43 v. 24.10.1931, S. 342.

<sup>692</sup> Haubach, Hamburger Aufstand, Teil 1.

<sup>693</sup> Danner, Ordnungspolizei, S. 82.

Folge gehabt. Zu vermuten ist, daß auch bereits ‚linke‘ sozialdemokratische Kreise der Stadt von Informationen über diese Bemühungen abgeschnitten wurden. Der konkrete Einsatz der Freiwilligenverbände aus der Vereinigung Republik während des Aufstandes erstreckte sich dann sauf die Sicherung aller Polizeireviere des Hafen- und Freihafengebiets, so daß die dort stationierten Kräfte der Ordnungspolizei direkt im Stadtgebiet eingesetzt werden konnten. Das war eine unterstützende Funktion, ohne daß die Männer direkt in Kämpfe verwickelt wurden, die Danner positiv hervorhob.<sup>694</sup> Das letztlich rasche Ende des Aufstandes enthob die verantwortlichen ‚Führer‘ einer Entscheidung darüber, ob und in welcher Weise die Freiwilligenverbände zentraler in den Kämpfen eingesetzt werden müßten. Die direkte, mit Waffen ausgetragene Konfrontation, ein proletarischer Bruderkampf, fand nicht statt.

Neben der eindeutigen personellen und materiellen Unterlegenheit der kommunistischen Verbände trug die absolut falsche Einschätzung der revolutionären Stimmung in der Bevölkerung zur Niederschlagung des Aufstands bei. Nur in zwei Stadtteilen mit einem hohen Organisationsgrad für die KPD kam es zu Aktionen aus der Bevölkerung, die die kommunistischen Kämpfer unterstützten. Vor allem in Barmbek, jenem Stadtteil, auf den sich Haubachs Erinnerung an den Aufbau der Vereinigung Republik bezog, mußten die Polizeikräfte verstärkt werden, weil „ein großer Teil der Barmbecker Bevölkerung auf seiten der Aufrührer stand“, Barrikaden errichtet hatte und den Aufständischen „auf den Dächern, in den Häusern und sonstigen Verstecken“ Möglichkeiten des Widerstands anbot.<sup>695</sup> Hier wie an anderen Brennpunkten verstärkten übrigens Polizei-Einheiten der Hafen- und Freihafenreviere die eingesetzten Polizeikräfte, während die Wachen dieser Reviere von Mitgliedern der Vereinigung Republik übernommen wurden; die Entlastung funktionierte im Sinne der Kooperationsidee also durchaus erfolgreich.<sup>696</sup> Trotz aller wirtschaftlichen Misere, die sich deutlich manifestiert hatte, schlugen sich die Arbeiter eben nicht in Scharen auf die Seite der KPD, indem sie selbst zu den Waffen griffen oder aber den Aufrufen zum Generalstreik folgten. Die ‚revolutionäre Stimmung‘ war in der Hamburger Zentrale und in Moskau falsch eingeschätzt worden.

Am 24. Oktober fand turnusgemäß die Sitzung der Bürgerschaft statt, in der zunächst der Sozialdemokrat Rudolf Roß als amtierender Bürgerschaftspräsident das Wort nahm. Er stellte überraschenderweise den Aufstand in eine Reihe mit den Angriffen nationalistischer Kreise in Bayern auf die Republik wie auf die Reichseinheit und Tendenzen in der Reichswehr, der politischen Führung der Republik den „Gehorsam“ aufzusagen. Zwar verurteilte er den kommunistischen Umsturzversuch scharf als „Erzeugnis verbrecherischen Irrsinns“, bemühte sich jedoch deutlich um einen differenzierenden Tonfall. Dazu gehörte das Eingeständnis tiefer wirtschaftlicher Depression. In diesem Zusammenhang richtete er an die „Führer der Wirtschaft [...] die Aufforderung, in dieser schweren Zeit alles zu tun, um den Massen des Volkes Brot und Arbeit zu verschaffen.“ Nur auf der Grundlage einer positiven ökonomischen Entwicklung sei das höchste politische Gut reali-

---

<sup>694</sup> Ebd.

<sup>695</sup> Danner, Bericht über die Unruhen, S. 334.

<sup>696</sup> Ebd.

sierbar, nämlich „ein Bekenntnis der Treue zum Reich und zur deutschen Republik.“<sup>697</sup>

Auch die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Max Leuteritz thematisierte erheblich ausführlicher diese beiden Aspekte, nämlich die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt der jungen Republik.<sup>698</sup> Beide Beiträge gaben offensichtlich die offizielle Parteilinie wieder, die unübersehbar – z.B. durch die Hinweise auf die Verhältnisse in Bayern oder die Konflikte mit der Reichswehr eigene ideologische Festigkeit demonstrierend - darum bemüht war, den zwischen SPD und KPD schwankenden Kreisen der Arbeiterschaft keinen Anlaß zu geben, sich auf die Seite der Kommunisten zu schlagen. Verstohlen wurde auch eine Form des Verständnisses für demonstrative Akte der Arbeiterschaft – freilich nicht für einen bewaffneten Aufstand - geäußert, um sich gegen die wirtschaftliche Not zu wehren. Diese Zielrichtung schlug sich auch in der Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Tageszeitung ‚Hamburger Echo‘ mit dem Aufstand nieder. In einem Kommentar auf der ersten Seite unter der Überschrift „Was geschehen muß!“ wurde zwar das kommunistische Vorgehen als sinnlose und gewaltsame Aktion kritisiert, aber herausgehoben wurde vom Verfasser der Aspekt, daß eben der Putschversuch - „im letzten Moment“ - beabsichtigte wirtschaftliche Verbesserungen verhindert hätte. In den Vordergrund sollte also keine ideologisch-politische Auseinandersetzung treten, sondern die Kommunisten angesichts der alltäglichen Not als Verhinderer aktuellen wirtschaftlichen Fortschritts angeprangert werden<sup>699</sup> - zweifellos der von Sozialdemokraten unternommene Versuch einer Legendenbildung. Wenige Tage nach Niederschlagung des Aufstandes wurde die Aufmerksamkeit der Leser wiederum in erster Linie auf die Lebensbedingungen gelenkt, der Hunger als stärkster und gefährlichster Bundesgenosse des Putsches benannt und getitelt: „Schafft Arbeit und Brot!“ mit der Unterzeile „Bevor es zu spät ist!“<sup>700</sup>

Insgesamt lassen die Äußerungen der SPD-Politiker und ihres Organs den Eindruck nur mühsam verdeckter Rat- und Hilflosigkeit der Parteispitze entstehen. Diese Gefühlslage kulminierte in der „Aufforderung“ an die Mächtigen der Wirtschaft, die Nöte der Menschen wahrzunehmen und sich um die Beseitigung der Mißstände zu bemühen. Das vordringliche politische Ziel der Partei, die Stabilisierung der Republik entscheidend voranzubringen, sollte mittels eines Programms umgesetzt werden, das durch den Spagat zwischen der Förderung der Wirtschaftskräfte – notabene: in deren traditionellen Strukturen! - und reformerischen sozialen Errungenschaften gekennzeichnet war. Diese strategische Planung war nun im höchsten Maße durch zweifellos nicht regional zu verantwortende Umstände gefährdet.

Eine entschieden andere Bewertung der Ereignisse gab in derselben Bürgerschaftssitzung der amtierende, parteilose Erste Bürgermeister Arnold Diestel in seinem Redebeitrag ab. Als isoliertes Ereignis geißelte er den kommunistischen Aufstand und hob vor allem auf den schweren wirtschaftlichen Schaden ab, der

<sup>697</sup> Rede des Bürgerschaftspräsidenten Rudolf Roß, SPD, in der 45. Sitzung der Bürgerschaft v. 24. Oktober 1923, in: Stenographische Berichte, S. 1071.

<sup>698</sup> Ebd., S. 1073 – 1075.

<sup>699</sup> Hamburger Echo, Nr. 294 v. 24.10.1923. Ein Exemplar der Zeitung kostete an diesem Tag 500 Millionen Mark.

<sup>700</sup> Hamburger Echo, Nr. 297 v. 27.10.1923.

durch ihn entstanden sei. Wäre es nicht gelungen, der Lage Herr zu werden, so sei absehbar gewesen, daß der gesamten Bevölkerung „ein viel, viel schwereres Los dann zuteil geworden wäre“, die Not, die „auf uns allen, auf allen Kreisen unserer Bevölkerung schwer liegt“, hätte sich nach seiner Ansicht vervielfacht. In fast beschwörender Weise und mit verdächtiger Inbrunst versuchte der Erste Bürgermeister „alle“ Bevölkerungskreise zu umgreifen und tröstete die Bürger mit bevorstehenden Hilfsmaßnahmen.<sup>701</sup> Für die Notleidenden mußte sich dieser rhetorische Akt – vor allem der Hinweis darauf, daß die wirtschaftliche Not „alle“ Bevölkerungsgruppen gleichermaßen träfe - in der täglichen Anschauung als nicht der Wirklichkeit entsprechend, wenn nicht als zynisch ausnehmen. Ein Bekenntnis zur Einheit des Reiches und zur Republik war vom Ersten Bürgermeister nicht zu vernehmen. Ihn hatte die SPD-Fraktion, mit über 40 % Wählerstimmen die stärkste Partei, als Experten im Senat akzeptiert.

Der einzige anwesende Abgeordnete der KPD-Fraktion meldete sich auch zu Wort. Heftig attackierte er die SPD, weil sie sich eben für ein falsches System, „auf privatkapitalistischer Grundlage beruhend“, entschieden habe. Er bezog sie ein in eine kurze, heftige Abrechnung mit allen anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien ein, scheute sich auch nicht, eine Drohung in Richtung des offenbar abwesenden, für die Polizei zuständigen Senators Hense zu formulieren – „Sie haben sich in Sicherheit begeben, Herr Senator Hense, aber Sie werden auch noch gefunden werden, warten Sie nur ab.“ – und akzentuierte anscheinend unbeeindruckt von den aktuellen Ereignissen noch einmal die Leitlinie seiner Partei, daß nämlich „der Befreier des Proletariats von dem Lohngesetz, von der Lohnsklaverei [...] nur der Kommunismus sein“ könne. Zu entscheiden habe man sich, so der Kern seiner Einlassung, zwischen der KPD einerseits und allen anderen Parteien auf der anderen Seite – den Grenz-, ja ‚Front‘-Verlauf zwischen KPD und SPD hatte dieser Abgeordnete damit dezidiert gekennzeichnet als die Vertreter der SPD.

In allen offiziellen Bekundungen zum Aufstand blieb die Teilnahme der Freiwilligen bzw. der Vereinigung Republik an den Kämpfen zunächst unerwähnt. Über die Maßen gelobt wurde der Einsatz der Polizeikräfte, deren Führung vom Senat „völlige Freiheit der Entschließung“ während der Kämpfe zugebilligt wurde.<sup>702</sup> Erst erheblich später hob der Chef der Ordnungspolizei im Rückblick auf die Auseinandersetzungen einmal den taktisch motivierten Beitrag der Vereinigung hervor, weil durch ihre Präsenz zusätzliche Polizeikräfte zur Unterstützung an Brennpunkten eingesetzt werden konnten. „Von größerer Bedeutung“ war nach seiner Auffassung allerdings noch „der moralische Eindruck“ auf die Bevölkerung und auch auf die eingesetzten Polizisten durch die Tatsache, daß sich Arbeiter im Rahmen der Vereinigung Republik auf die Seite staatlicher Stellen stellten.<sup>703</sup> Die Hoffnung der KPD-Führung auf Solidarisierungseffekte durch Beteiligung der ‚Massen‘ an den Kämpfen, an umfassenden Streiks oder an Demonstrationen blieb unerfüllt.

Von Theodor Haubach selbst liegt aus unmittelbarer zeitlicher Nachbarschaft zum Aufstand keine einordnende Aussage vor. In dem bereits zitierten Beitrag kritisierte er die Kommunisten vehement. Er bezeichnete die Initiatoren des Aufstands

<sup>701</sup> 45. Sitzung der Bürgerschaft v. 24. Oktober 1923, S. 1073.

<sup>702</sup> Erster Bürgermeister Diestel, S. 1073.

<sup>703</sup> Danner, Ordnungspolizei, S. 82.

als „verschwörerische, putschistische Verzweiflungsgruppierung“ und warf der KPD vor, „terroristische Methoden als wesentliche Elemente ihres Organisationscharakters in weitem Umfang entwickelt“ zu haben. Zwischen den Anhängern beider Arbeiterparteien differenzierte er, indem er die SPD-Anhänger als den „denkenden Teil der Arbeiterschaft“ bezeichnete. Bei der Charakterisierung der KPD-Führung, der Führung „dieser sogenannten Arbeiterpartei“, schreckte er auch vor umlaufenden Klischees nicht zurück und attestierte ihr sowohl hinsichtlich ihrer Entscheidung für den Aufstand wie für dessen Durchführung „zigeunerhafte Nachlässigkeit und dilettantische Ahnungslosigkeit“. Selbst wenn „der ganze Plan klarer und militärisch richtiger angelegt gewesen [worden wäre]“, so der ‚militärische Experte‘ Haubach, wären die republiktreuen Einheiten nicht zu besiegen gewesen. Angesichts der Bedrohung der Republik durch nationalistische Kräfte und der Opfer der Kämpfe verdammt er das Ereignis „als ein Verbrechen, ein[en] Wahnsinn, eine Ungeheuerlichkeit.“<sup>704</sup>

Quellenkritisch muß an dieser Stelle angemerkt werden, daß Haubachs Text im Jahre 1931 erschien, die Deutung des Aufstands damit geprägt war von andauernden Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD. Haubachs Artikel wurde im „Reichsbanner“ veröffentlicht, im Organ jenes Verbandes also, in dem er sich inzwischen über Jahre stark engagiert hatte und dessen Mitglieder sich außerordentlich harte Auseinandersetzungen mit dem Rotfrontkämpferverband der KPD lieferten. Inhalt und die Vehemenz der Rhetorik lassen erkennen, daß die Mitglieder des Reichsbanners als Adressaten auch emotional erreicht werden sollten: Es wurde unverändert um ‚die Arbeiterschaft‘ gerungen. Mit seinen fast verächtlich klingenden Urteilen über die taktischen und strategischen Fähigkeiten der Führer des Aufstandes versuchte er augenscheinlich gerade bei den Reichsbanner-Mitgliedern, überwiegend Teilnehmern des Weltkrieges, Eindruck zu machen, obwohl der Polizeiführer kurz nach den Auseinandersetzungen zu einer völlig anderen Einschätzung gekommen war. Der Rückblick auf den Hamburger Aufstand bot Haubach zudem willkommenen Anlaß, die Kommunisten als von Moskau ‚ferngesteuert‘ und als nicht ernstzunehmende politische Kraft zu diskreditieren, die bedenkenlos für unausgegorene Ziele Menschen opferten.

Haubachs Einschätzung der politischen Situation unmittelbar nach dem Aufstand wird allerdings im Kern der eben zitierten entsprochen haben. Die in diesem Kontext oben skizzierten Standpunkte der politisch Verantwortlichen lassen es zu, Haubachs Entscheidung für die Vereinigung Republik in diese politische Szenerie einzuordnen. Er positionierte sich eindeutig im Lager der Sozialdemokraten, man kann noch genauer sein: der reformorientierten Mehrheit der SPD. Die Furcht vor einem Verlust der demokratischen Grundlagen trieb ihn an. Hamburg war für ihn ein Abschnitt des gesamten Frontverlaufes im Kampf gegen die Kräfte, die von links oder rechts die Republik zu zerstören suchten. Diesen Aspekt des Hamburger Ereignisses hoben auch überregionale Beobachter und Kommentatoren, z. B. der liberalen ‚Frankfurter Zeitung‘, hervor.<sup>705</sup> In dieser, ihm außerordentlich bedeutsam erscheinenden historischen Situation demonstrierte Haubach eindeutige Parteinahme und Entschlossenheit zum Handeln. Die Zielprojektion war in seinen

<sup>704</sup> Haubach, Hamburger Aufstand, Teil 1.

<sup>705</sup> Frankfurter Zeitung, Nr. 801 v. 28.10.1923. Der Verfasser des Beitrags kam zu dem Schluß: „Wäre der Putsch hier [ in Hamburg, P. Z.] gelungen, [...] das Chaos in Deutschland hätte beginnen können.“

Augen klar umrissen, die politische Gegnerschaft hatte er ausgemacht. Er zählte jedenfalls nicht zu jenen Akademikern, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zur SPD geströmt waren und sich zum großen Teil aber schnell wieder abgewandt hatten, als sich ihre Erwartungen hinsichtlich der Verwirklichung politischer Vorstellungen oder auch der individuellen Karriereziele nicht erfüllten.<sup>706</sup>

Haubach hatte die SPD als ‚politische Heimat‘ gewählt; er repräsentierte zweifellos – bezogen auf die Ereignisse des Jahres 1923 – nicht den Typus ‚des revolutionären Akademikers‘, die sich eher der KPD anschlossen, sondern den des ‚republikanischen Akademikers‘, der von ‚seiner‘ Partei eine staatstragende Funktion erwartete.<sup>707</sup> Mit einer solchen grundlegenden Haltung ist allerdings jeweils auch die Notwendigkeit vermacht, Koalitionen einzugehen und damit Kompromisse zu schließen, politisches Denken auf einen schmaleren Sektor zu verengen. Wir können davon ausgehen, daß sich bereits im Jahr 1923 für einen politisch informierten, interessierten und ambitionierten Staatsbürger, wie Theodor Haubach ihn verkörperte, abzeichnete, daß die Sozialdemokraten weder im Reichstag noch auf der Ebene der Länder auf absehbare Zeit allein regieren können würden. Sein Verhalten zu diesem Zeitraum signalisierte also, daß er seine politische Position als kongruent mit der der Majorität in der SPD empfand. Dies hatte allerdings die Konsequenz, daß er sich zwangsläufig den Raum für die Entwicklung kreativer, unkonventioneller Politikentwürfe erheblich einengte und sich den Anforderungen der ‚Tagespolitik‘ unterzuordnen gewillt war, nämlich der Beschaffung von Mehrheiten und dem Aushandeln von Kompromissen mit Koalitionspartnern. Als wesentliches Motiv können wir seine Vision, die Republik in Deutschland als Staatsform zu verwirklichen und endgültig zu verankern, annehmen.

Bei dem Versuch, die Motive Haubachschen politischen Handelns in diesem Zeitabschnitt zu rekonstruieren, darf ein sozusagen existentieller, seine Lebensplanung betreffender Aspekt nicht vernachlässigt werden. Er hatte sich – wie wir sahen – ‚für die Politik‘ entschieden, suchte und fand in der SPD auch offenbar ein adäquates Umfeld. Wir müssen jedoch annehmen, daß ihm das Feld der Politik auch berufliche Absicherung bringen sollte und mußte. In der Fortführung der Heidelberger Zeit, dem kollektiv und individuell vermittelten (Selbst-)Bewußtsein, der geistigen Elite anzugehören, waren die Haubach und Mierendorff sicherlich nicht mit einer unbedeutenden Rolle in der SPD zufrieden, sondern die Vorstellung, in dieser Partei Einfluß zu nehmen, zu ‚führen‘, leitete sie, vielleicht lag sogar bereits eine konkrete Karriereplanung vor.

### **4.3 ‚Klassenkampf oder Volksgemeinschaft?‘ – Engagement bei den Jungsozialisten**

#### **4.3.1 Zur Struktur der jungsozialistischen Bewegung**

Etwa zeitgleich mit der Aufnahme seiner Tätigkeit im Institut für Auswärtige Politik und der aktiven Teilnahme am Aufbau der milizähnlichen Vereinigung Republik suchte Haubach Kontakt zu einer der Hamburger Jungsozialisten-Gruppen. Alma de l’Aigle erinnert sich, daß er kurz nach der Tagung von Hofgeismar be-

<sup>706</sup> Severing, Carl: Akademiker und Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, 34 (1928), H. 2, S. 97 – 101, S. 98 ff.

<sup>707</sup> Diese Differenzierung wird getroffen in: Auernheimer, Gustav: ‚Genosse Herr Doktor‘. Zur Rolle von Akademikern in der deutschen Sozialdemokratie 1890 bis 1933, Gießen 1985, S. 177.

gonnen habe, an Sitzungen des Kreises teilzunehmen.<sup>708</sup> Diese überregionale Zusammenkunft von Jungsozialisten fand vom 30. März bis zum 7. April 1923 statt.<sup>709</sup> Haubach stieß nach den Aussagen seiner Freundin Alma im April/ Mai 1923 zu den Hamburger Jungsozialisten, in „einen Kreis“, wie de l’Aigle formuliert, der sich „kurz vorher“ während dieser Tagung „zusammengeschlossen hatte.“<sup>710</sup> Es ist bezeichnend, daß auch sie - wie viele andere Teilnehmer/-innen - diese Veranstaltung als einen bedeutsamen Markierungspunkt politischer Selbstfindung empfand, obwohl die Ausgangspunkte der politischen Argumentation teilweise weit auseinanderlagen und die Resümees hinsichtlich der Tagungsergebnisse unter den Anwesenden keineswegs einheitlich ausfielen. Wenn auch der Verweis de l’Aigles auf die Bildung eines „Kreises“ im Kontext ihrer Aussagen mißverständlich erscheint, kann von ihr nicht die jungsozialistische Bewegung insgesamt gemeint sein, sondern eine fest umrissene kleinere Gruppe mit einer hohen Übereinstimmung ihrer Mitglieder in grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen, zu der dann Haubach stieß.

Die Jungsozialisten hatten nämlich bereits eine eigene, wenn auch kurze Geschichte. Erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges fanden sich an verschiedenen Orten Gruppen von jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren zusammen, die der Politik der Mehrheitssozialisten nahestanden. Bis 1914 hatten ältere Genossen und Funktionäre der Partei es übernommen, für Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene Treffen und Veranstaltungen zu arrangieren, die das Ziel hatten, diese Klientel im Umkreis der Partei festzuhalten und sie letztlich zum Eintritt zu motivieren. Im Mittelpunkt dieser von den Älteren arrangierten Programme standen vor allem Bildungsveranstaltungen. Die seit 1919 festzustellenden Zusammenschlüsse „zu sogenannten jungsozialistischen Gemeinschaften“ erfolgten spontan.<sup>711</sup> Sie unterschieden sich – das muß unbedingt hinzugefügt werden - substantiell von der vorhergehenden Praxis dadurch, daß sie selbstbestimmt entstanden – mit Konsequenzen für die inhaltliche Gestaltung der Gruppenarbeit und des Gruppenlebens.

Eine derart entstandene Bewegung, deren einzelne Glieder kaum voneinander wußten oder gar Kontakt zueinander hatten, entzieht sich einem statistischen Zugriff. Es liegen übergreifend keine Zahlen über den Mitgliederstand, über Anteile weiblicher und männlicher Mitglieder oder über die soziale Herkunft der Jungsozialisten vor. Mühsam konnten Daten über die Addition verschiedener Biographien erstellt werden.<sup>712</sup> Sie ergeben ein außerordentlich komplexes Bild der bei den Jungsozialisten sich engagierenden jungen Menschen. Eindeutig ist ein Anstieg des Anteils weiblicher Interessenten zu konstatieren. Die soziale Herkunft fächert eine erstaunliche Breite auf: In der überwiegenden Mehrzahl kamen die jungen Menschen aus traditionell sozialdemokratischen Elternhäusern, waren

<sup>708</sup> De l’Aigle, Meine Briefe, S. 12. Fälschlicherweise verlegt sie die Hofgeismar-Tagung auf Pfingsten 1923, sie fand tatsächlich Ostern statt.

<sup>709</sup> Durchgängig wird die Zusammenkunft in den Publikationen der Jungsozialisten als „Ostertagung“ apostrophiert, exakt sind die Daten genannt in: Junge Menschen 4 (1923), H. 6, S. 139.

<sup>710</sup> De l’Aigle, Meine Briefe, S. 12.

<sup>711</sup> Walter, Franz: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Diss. Göttingen, Berlin 1986, S. 12. Diese Untersuchung, auf die wir auch im weiteren Verlauf des Kapitels Bezug nehmen, entwickelt bislang am umfassendsten die Strukturen der jungsozialistischen Bewegung in den Anfangsjahren der Republik.

<sup>712</sup> Ebd., S. 212.

Auszubildende in Handwerkerberufen, junge kaufmännische Angestellte, qualifizierte Metallfacharbeiter, Bergleute oder arbeiteten bereits als Gesellen z. B. im Schneider-, Schriftsetzer- und Tischlergewerbe.<sup>713</sup>

Eine Unterscheidung ist sicher zu treffen zwischen offizieller Repräsentanz und dem Leben in den Jungsozialisten-Gruppen auf Ortsvereinsebene. Die Dominanz der Jungsozialisten, die sich selbst als aus der Jugendbewegung stammend bezeichneten, war zumindest im offiziellen Organ der Bewegung unübersehbar. Bei der Durchsicht und Analyse der ersten beiden Jahrgänge, nämlich 1922 und 1923, des Organs der Jungsozialisten, der ‚Jungsozialistischen Blätter‘, fällt tatsächlich ein Übergewicht der Beiträge ins Auge, die Nähe zu den Ideen des Wandervogels und der Jugendbewegung aufweisen. August Rathmann, auf den im Verlauf dieses Kapitels noch zurückzukommen sein wird, appellierte in der ersten Nummer der Zeitschrift an die Erfahrenen aus der Jugendbewegung die jungsozialistische Bewegung zu lehren, „nach neuen Ufern auszuschaun.“<sup>714</sup> Charlotte Lützens, uns bekannt aus dem Heidelberger Freundeskreis, suchte den Bogen zwischen „proletarische[r] und intellektuelle[r] Jugend“ zu spannen, wies beiden Seiten die ihnen ihrer Meinung nach zustehenden Aufgaben zu, geistiges und „in der Realität“ täglicher Arbeit entstehendes Potential, um dann über die Bewegung hinausweisend das Ziel zu markieren: „die Zukunft der Partei.“<sup>715</sup> Nach einem ähnlich additiven Muster verfuhr Karl Bröger, der erste Redakteur des Blattes und Arbeiterdichter, wenn er in einem Gedicht u.a. die Verse veröffentlichte:

„Walzen, Räder, Transmission  
Drehen sinnvoll ihre Kreise,  
Summen eine neue Weise,  
Singen einen hellen Ton.  
[...]  
Eure Hebel, unser Hirn,  
Eng vereint zu großen Taten,  
Lassen eine Welt geraten ...  
Eure Kräfte, unsre Stirn!

Nichts kann uns rauben  
Liebe und Glauben  
Zu diesem Land.  
Es zu erhalten  
Und zu gestalten  
Sind wir gesandt!“<sup>716</sup>

In den zehn Versen seines Gedichts bleibt Bröger so unverbindlich-pathetisch wie in den hier zitierten. Die Technik in der Arbeitswelt wird romantisierend dargestellt, für viele junge Handwerker und Facharbeiter ein Schlag ins Gesicht, denn sie litten unter oft unzuträglichen Arbeitsbedingungen. Zudem maßten sich einmal mehr die ‚Intellektuellen‘ – wie etwa Charlotte Lützens - innerhalb der jungsozialistischen Bewegung wie in anderen gesellschaftlichen Feldern an, kraft ihres

<sup>713</sup> Ebd., S. 14.

<sup>714</sup> Jungsozialistische Blätter 1 (1922), H. 1, S. 4.

<sup>715</sup> Ebd., S. 5 – 7.

<sup>716</sup> Bröger, Karl: Deutschland, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 81.

intellektuellen Potentials Beteiligte zu ‚sortieren‘ und die ihnen zukommenden Aufgaben und Gewichte bestimmen zu können.

Wenn auch in den ersten Heften zweifellos die intellektuell-jugendbewegten Beiträge überwogen, was sicherlich auch auf die Persönlichkeit des Redakteurs Bröger zurückzuführen war, so meldete sich doch schnell Widerspruch. In einer Zeitschrift stattete ein Jungsozialist - ironisch – „eine Dankesschuld an die bürgerlich-intellektuelle Jugend“ ab, weil diese „dem Leben gegenüber“ versagt habe und aus diesem Desaster die jungsozialistische Bewegung lernen könne, daß Wille und Kraft „gleichmäßig auf Kultur und Politik zu lenken [seien].“ Er forderte vehement den „Sozialismus als Kulturbewegung.“<sup>717</sup> Doch Kritik gab es auch aus einem anderen Spektrum der Bewegung. Direkt und massiv wurde der Redakteur Bröger und damit die ‚Linie‘ des Blattes z.B. von den Jungsozialisten-Gruppen in Halle/Saale und Magdeburg attackiert. Die Magdeburger kritisierten die zuerst erschienenen drei Nummern als „Proben guter und mäßiger Belletristik“ und bemängelten akzentuiert, daß sich die Entwicklung zu einem „*Einzelgruppenorgan*“ [i. Orig. hervorgehoben, P.Z.] deutlich zeige.<sup>718</sup> Zupackend-direkt legten die Hallenser Jungsozialisten die ihrer Meinung nach zutage tretende Schiefelage des Blattes bloß und forderten, daß „von der einseitigen Betonung ethisch-utopistischer Momente“ abzulassen sei. Die Jungsozialistischen Blätter sollten „für die Jungproletarier ein Kampforgang und eine Stätte wissenschaftlicher wie schöngeistiger Vertiefung sein.“<sup>719</sup> Damit war eine Kampfansage an die Intellektuellen wie an romantisierende Individualisten in der Bewegung formuliert, die unzweideutig die eigentlichen Adressaten, die „Jungproletarier“, der Zeitschrift und der Bewegung herausstellte und die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit umriß: Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie gesellschaftliche Emanzipierung durch ein intensiviertes Bildungsangebot. Von einem einheitlichen Erscheinungsbild der Jungsozialisten sowohl hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung wie in ihrer äußeren Aufmachung kann mit Sicherheit nicht gesprochen werden.

Parallel zu den Erscheinungen an den Universitäten mit den Gründungen neuer studentischer Vereinigungen und der Wiederbelebung traditioneller Verbände ist allerdings als verbindendes Element auch bei allen, die sich in den jungsozialistischen Gruppierungen zusammenfanden, die Absicht feststellbar, sich zu gesellen, sich kollektiv zu artikulieren und in Anlehnung an das Potential der sozialdemokratischen Partei Einfluß zu nehmen auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung. Das Erlebnis des Weltkriegs, ob in der Heimat oder an der Front, und die folgenden Ereignisse beförderten sicherlich den Wunsch, wenn nicht die Sehnsucht nach Identitätstiftender Gesellung. Der zunächst spontane und selbstbestimmte Charakter der ersten jungsozialistischen Gründungsphase legt diese Deutung nahe.

Die führenden Funktionäre der Partei wurden von dieser Entwicklung überrascht. Sie war ihnen, die sie an feste organisatorische Strukturen gewöhnt waren und diesen vertrauten, ohne Zweifel fremd, vielleicht auch suspekt. Nachdem die jungsozialistische Bewegung auf dem Kasseler Parteitag freundlich begrüßt worden war, ließ die Führung der Partei sie im Text einer Resolution jedoch eindeutig wissen, daß sie hinsichtlich der Themenwahl und Fortbildungsinhalte keineswegs

<sup>717</sup>Jungsozialistische Blätter 1 (1922), H. 2, S. 17.

<sup>718</sup>Ebd., H. 5, S. 86.

<sup>719</sup>Ebd., H. 7, S. 118.

unabhängig agieren könnten.<sup>720</sup> Ein eigenes Publikationsorgan wurde ihnen nicht gewährt, erst ab 1922 erschienen die ‚Jungsozialistischen Blätter‘. Die Parteiführung verstärkte jedoch den Druck durch Aufsicht insofern, als im Laufe des Jahres 1921 den lokalen Parteigliederungen aufgetragen wurde, die Initiative zur Bildung von Jungsozialisten-Gruppen zu ergreifen.<sup>721</sup> Noch am 1. Januar 1921 hatte in Kiel ein selbstorganisiertes überregionales Treffen von Jungsozialisten stattgefunden, doch der Zentralbildungsausschuß machte damit ein Ende und beraumte für den 29. Juli 1921 die erste Reichskonferenz der Jungsozialisten an – die Zügel waren eindeutig kürzer geworden. Bei allem zweifellos vorhandenen Interesse an einer kraftvoll nachwachsenden Parteijugend sollte das Erscheinungsbild der Partei weder im äußeren Auftreten noch in der Wahl und Propagierung der Themen Schaden nehmen. Der Großteil der Parteifunktionäre, geprägt durch Verfolgung und Unterdrückung während des Kaiserreichs, wollte die Partei geschlossen, verlässlich und in ihrer Programmatik wählbar für breite Schichten der Bevölkerung aussehen lassen.

Die jungsozialistische Tradition in Hamburg ging zurück bis in das Jahr 1905.<sup>722</sup> ‚Fortbildungsgruppen‘ für Jugendliche aus der Arbeiterschaft waren ihre Keimzelle. Seit 1909 wurden die Aktivitäten von einer ‚Kommission‘ geleitet, die sich aus je fünf Vertretern der sozialdemokratischen Vereine und des Gewerkschaftskartells rekrutierte. Mit Vollendung des 18. Lebensjahrs mußte der ‚Jugendbund‘ verlassen werden. Die Leiter bemühten sich, die Ausscheidenden an die Partei oder die Gewerkschaften weiterzuverweisen, offenkundig jedoch weitgehend erfolglos. Die jungen Menschen wollten auf spezifische Formen der Geselligkeit – auf das Wandern, Musizieren, Dichterlesungen, Rezitationsabende – nicht verzichten. Die Verantwortlichen aus Partei und Gewerkschaft wollten diese Klientel jedoch weiterhin gebunden sehen und richteten „Unterrichtskurse“ mit einem breit gefächerten Angebot – von Nationalökonomie bis zum Volkstanz – ein. Obwohl darauf geachtet wurde, daß „sich aus den 18jährigen keine festen Gruppen bilden“, die neben der Partei eine zweite entstehen lassen könnten, ließ sich diese Entwicklung nicht aufhalten.<sup>723</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg verbanden sich diese Gruppierungen – einer der Kristallisationspunkte war übrigens eine während des Krieges gegründete Zeitschrift, die vom späteren Redakteur der Jungsozialistischen Blätter, Max Westphal, redigiert wurde<sup>724</sup> – mit denen der gerade gegründeten ‚Jungsozialistischen Vereinigung‘.<sup>725</sup>

<sup>720</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kassel, 10. – 16.10.1920, Berlin 1920, S. 317 ff.

<sup>721</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 26.

<sup>722</sup> Die Jungsozialisten, ms. Manuskript, 5 S., S. 1, o.Vf., o.O. o.J., in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Bestand 832-67. Bei dem Verfasser handelt es sich zweifelsfrei um Johannes Schult, Mitglied der Bürgerschaft, Oberschulrat im Berufsschulwesen, auf diese Tätigkeiten verweist er wie auf ein von ihm gehaltenes Referat auf der Kieler Tagung der Jungsozialisten vom 1.1.1921, auf das auch ausführlich das Hamburger Organ der Bewegung eingeht, in: Der Jungsozialist. Blätter der Hamburger Gruppe, Nr. 2, Januar 1921, S. 2 – 4.

<sup>723</sup> Ebd., S. 2.

<sup>724</sup> Die Gründung kleiner Informationsblätter oder ambitionierter literarischer Zeitschriften war offensichtlich ein verbreitetes Mittel, die Zerstörung gewachsener personaler Beziehungen, das Gefühl der Isolierung und individueller Ohnmacht, die die Teilnahme am Weltkrieg zwangsläufig mit sich brachte, kompensieren zu helfen. Das Beispiel der ‚Dachstube‘ drängt sich in diesem Zusammenhang auf.

<sup>725</sup> Die Jungsozialisten, S. 3.

Als Theodor Haubach 1923 zu einer der Hamburger Jungsozialisten-Gruppen stieß, hatte sich in der Stadt bereits ein stabiles Netz ausgebildet. Es bestanden 1922 zwölf Gruppen. Von allen wurde ein wöchentliches Treffen in der Gruppe realisiert – „zur Arbeit“, wie es hieß.<sup>726</sup> Sonn- und feiertags trafen sich die Mitglieder oft in erweitertem Kreis mit Angehörigen und Gästen zu „Wanderungen, Spiele[n], Tanz.“ Auf die ursprünglichen Elemente war also nicht verzichtet worden, wenn sich auch mittlerweile eine stärkere Hinwendung zur Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen vollzogen hatte. Einmal monatlich wurden die Mitglieder aller Hamburger Gruppen zu einem Vortragsabend eingeladen. Gegenseitige Information und die Koordination der Arbeit insgesamt wurde durch Delegiertentreffen gewährleistet; immerhin kamen diese in einem Jahr zu 21 Zusammenkünften zusammen. Darüber hinaus hatten die Jungsozialisten einen fünfköpfigen Ausschuß installiert, der offenkundig repräsentative und leitende Funktion ausüben sollte und auch fünfzehn Sitzungen im Jahr abhielt. Diese dichte, koordinative Vernetzung legt den Schluß nahe, daß die jungen Genossen aus Hamburg mit Nachdruck um eine einheitliche Linie bemüht waren.

Das hier entworfene Organisationsmuster wirft zugleich die Frage nach dem Grad der Autonomie der einzelnen Gruppen auf. Ein kurz nach dem eben zitierten Text veröffentlichter Beitrag breitete die unterschiedlichen Aktivitäten einer Hamburger Gruppe differenziert aus, doch akzentuierte der Verfasser sogleich fast demonstrativ, daß die Gruppe „vollständig selbständig“ agiere.<sup>727</sup> Nach Auskunft seines Tätigkeitsberichts hielt die Gruppe engen Kontakt „mit der Arbeiterjugend“, veranstaltete Feste für die Partei und engagierte sich durch „unsere Genossen“ im Bildungsausschuß, eine Integration in die jungsozialistische Vernetzung wurde jedoch nicht erwähnt.<sup>728</sup> Immerhin stehen die Aktivitäten dieser Gruppe exemplarisch für eine Form jungsozialistischen Engagements, und zwar eine außerordentlich breitgefächerte wie von großem sozialen Verantwortungsgefühl gekennzeichnete Spezies. Mit Nachdruck wies der Verfasser darauf hin, daß alle praktische Arbeit „ohne intensive geistige Schulung“ nicht erfolgreich sein könne. Unerläßlich seien „theoretische Schulung und kritische Prüfung der sozialistischen Theorien und deren Fortentwicklung.“ Die 35 Mitglieder wollten durch ihren engen Kontakt zur Arbeiterjugend erreichen, „daß die 18jährigen ohne Reibung aus der A.-J. [Arbeiter-Jugend, P.Z.] ausscheiden und in unsere Gruppe hineinwachsen.“ Zur Kompensation der „oft traurigen Verhältnisse wirtschaftlicher wie kultureller Art im Elternhause“ entwickelte die Gruppe – gemeinsam mit Vertretern anderer Verbände - für Kinder des Stadtteils ein eindrucksvoll dichtes Freizeit- und Bildungsangebot. Im Engagement der Gruppe Hamburg-Wandsbek wurde offenbar eine spezifische Form traditioneller politischer Kultur der Arbeiterschaft tradiert, nämlich intensives Bemühen um eigene (Fort-)Bildung, die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen gesellschaftlicher Zustän-

---

<sup>726</sup> Jungsozialistische Blätter 1 (1922), H. 9, S. 138. Diesem Bericht sind auch die folgenden Informationen entnommen.

<sup>727</sup> Kändler, P.[aul] : Praktische Arbeit, in: Jungsozialistische Blätter 1 (1922), H. 11, S. 183 – 184, S. 183.

<sup>728</sup> Ebd., S. 184.

de und praktisch-solidarischer Einsatz für Unterprivilegierte mit außerordentlich hohem persönlichen Einsatz.

Leider liegt für die Gruppe, der Haubach sich anschloß, keine derartig differenzierte Darstellung vor. Zu erinnern ist an den Hinweis Alma de l'Aigles, daß sich die Teilnehmer dieser Gruppe erst während der Tagung von Hofgeismar „zusammengeschlossen“ hätten, also keine gewachsene Verbindung repräsentierten, sondern ein Produkt der Konfrontation von Hofgeismar darstellten.<sup>729</sup> Über die Aktivitäten ist allein zu rekonstruieren, daß die Mitglieder an jedem Montagabend zusammentrafen und daß sie sich weitgehend mit Theoriediskussionen beschäftigten.<sup>730</sup>

Von der Mitte des Jahres 1923 an nahm die Auseinandersetzung dieses Zirkels mit den Gegnern in der jungsozialistischen Bewegung an Schärfe zu; es ist zu vermuten, daß viel Zeit für die Formulierung von Stellungnahmen, Papieren, Gegendarstellungen verwendet werden mußte. Haubach engagierte sich intensiv in der theoretischen Diskussion, trat auch häufig außerhalb Hamburgs als Referent in verschiedenen jungsozialistischen Gruppen auf. Zu einer basisorientierten Jugendarbeit, wie oben dargestellt, oder vergleichbaren sozialen Engagements gingen keine Impulse aus seiner Gruppe aus – ihre Mitglieder verstanden sich wohl eher als eine Gemeinschaft, die konzeptionell gestalten wollte. Hinzuzufügen ist, daß Haubach, wie wir sehen werden, praktischen sozial-pädagogischen Einsatz nicht etwa grundsätzlich scheute. Hält man sich die Fülle seiner Tätigkeiten in den Jahren 1923 und 1924 vor Augen, so wird schnell klar, daß ein weiteres zeitraubendes Engagement neben zwei beruflichen Starts, den Aktivitäten in der Vereinigung Republik bzw. im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kaum leistbar gewesen wäre. Über die Motive seines Beitritts zur Hamburger jungsozialistischen Gruppe liegen von Haubach selbst keine Aussagen vor. Eigentlich hatte er, der im September 1923 27 Jahre alt wurde, die Altersbegrenzung, die bei 25 Jahren lag, bereits überschritten. Zweifellos forderte ihn die ideologische Auseinandersetzung heraus, in diesem Kontext jedoch nicht als intellektuelles Schaugefecht, sondern als innerhalb der jungsozialistischen Bewegung zu bestehender Richtungsstreit und Machtkampf vor dem Hintergrund vergleichbarer Erscheinungen in der Partei. Es ist zudem zu vermuten, daß das Engagement bei den Jungsozialisten einen wichtigen Schritt zur Annäherung an die Gliederungen und Personen der Hamburger SPD bedeutete, der die offiziellen Kontakte aus der Vereinigung Republik erweitern helfen sollte und ihm im Blick auf die individuelle Lebensplanung geraten schien, der aber von vornherein eine Art Zwischenstation abgeben sollte.

#### **4.3.2 ‚Ostertagung von Hofgeismar‘: Die Hamburger inszenieren mit**

Kaum ein anderes Ereignis aus der Frühzeit der jungsozialistischen Geschichte ist so oft beschrieben, zitiert, als Beleg und Wegmarkierung für einen demokratischen Sozialismus oder als Tummelplatz bürgerlicher Intellektueller charakterisiert worden wie die Zusammenkunft von Hofgeismar. Nach Absprache mit den Hamburger Jungsozialisten bereiteten August Rathmann und Franz Osterroth,

<sup>729</sup> De l'Aigle, Briefe, S. 12.

<sup>730</sup> Brief Alma de l'Aigle an Theodor Haubach v. 4.2.1924, in: Bundesarchiv Koblenz, NL A.de l'Aigle, N/1021, Bd. 14, nicht-numeriert.

beide Jungsozialisten aus dem Ruhrgebiet, das Ereignis vor, besorgten eine Unterkunft für die etwa 100 Teilnehmer/-innen und luden sieben Referenten ein.<sup>731</sup> Beide gehörten dem reformorientierten Flügel an, hatten jedoch unterschiedliche Wurzeln. Während die Rathmanns traditionell sozialdemokratischer Natur waren – er war bereits vor dem Krieg gewerkschaftlich tätig gewesen und hing einer pragmatisch ausgerichteten sozialdemokratischen Politik an –, hatte Osterroth lange an einer „jugendbewegten Spontaneität“ und an einem irrational-empathischen Umgang mit politischen Themen festgehalten.<sup>732</sup> Wenn auch die Ankündigung der Tagung mit der Zielsetzung, „ein neues positives Volksbewußtsein, eine klar entschiedene Staatsgesinnung“ zu erarbeiten, im Organ der Bewegung, den Jungsozialistischen Blättern, publik gemacht worden war und somit auch die Beteiligung allen offenstand, werden sicher Gleichgesinnte direkt angesprochen worden sein. Deutlich wird der Versuch der Steuerung der Veranstaltung in der Auswahl der Referenten. Sie repräsentierten eindeutig den reformorientierten Flügel der Partei, womit freilich nicht gemeint sein kann, daß sie sich etwa unisono auf das vorgegebene Thema eingelassen hätten.

Vor dem bedrückenden, vor allem emotionalisierenden Hintergrund der gerade erfolgten Ruhrbesetzung entwickelte sich ein spannungsgeladener Verlauf der Tagung. Gemeinsam war den Vortragenden – und deshalb waren sie sicher auch von den Initiatoren eingeladen worden – der Wunsch, die Gräben zuzuschütten, die sich zwischen Sozialdemokraten und Vorstellungen von ‚Volk‘, ‚Staat‘ oder ‚Nation‘ traditionell auftaten. Möglicherweise vermuteten die ‚Veranstalter‘ und die hinter ihnen stehenden Kreise bei den jungen Adressaten hinsichtlich dieser Thematik auch mangelnde Auseinandersetzung, Defizite oder Verunsicherung und sahen sich in der Rolle, Strukturen bildend wirken zu können. In der Tat wurde in keinem der Referate einer der genannten Termini etwa mit dem Hinweis auf notwendige oder mögliche übernationale Entwicklungen, z.B. durch eine gemeinsame revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse, in Frage gestellt. Wenn sich im Anschluß an die Vorträge auch jeweils Diskussionen anschlossen – nach Auskunft des Protokolls mehr oder weniger lebhaft –, so sind doch alle von einem durchgängig beherrschenden Grundton geprägt.<sup>733</sup> Auf Diskussion waren sie vielleicht angelegt, aber wohl kaum auf eine gemeinsame „Erarbeitung“ des angegebenen Problemfeldes, wie es die Einladung verhielt.

Wenn sie sich auch inhaltlich durch eine je andere Akzentuierung unterschieden, atmeten die Positionen der ersten vier Referenten – Karl Bröger, Paul Natorp (1854 geborener Marburger Philosoph und Pädagoge), Walter Koch (Leiter der Kasseler Volkshochschule), Alma de l’Aigle – einen romantisierenden, rückwärts gewandten Geist, vorgetragen in einem (vermeintlich) intellektuellen, teilweise mystisch verklärten Tonfall. Den Großteil der Ausführungen Brögers füllte die redundant vorgetragene Auffassung, daß >deutsche< Landschaft, >deutscher<

<sup>731</sup> Rathmann, August: Ein Arbeiterleben, mit einer Einführung v. Hans Mommsen, Wuppertal 1983, S. 65 f. und Osterroth, Franz: Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten, in: Archiv für Sozialgeschichte, IV. Bd., 1964, S. 525 – 569.

<sup>732</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 40.

<sup>733</sup> Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 81 – 109. Dieses Heft gibt den Inhalt der Referate, von den Autoren formuliert, in den Grundzügen wieder. Zu den sich anschließenden Diskussionen werden leider nur allgemeine Anmerkungen gemacht (z.B. „seelisch bis ins Innerste aufwühlende [...] Aussprache“, S. 86); immerhin lassen sie Rückschlüsse auf die jeweils im Tagungsverlauf herrschende Atmosphäre zu.

Geist und >deutsche< [ > ... < zur besonderen Hervorhebung oft gesperrt im Verlauf des Textes, P.Z.] Geschichte einander entsprächen. Er erläuterte diesen Zusammenhang z.B. mit dem Hinweis: „Deutsche Art ist im Kern die Natur selbst. Wie die Natur im Auf und Ab einen steten Wechsel und Wandel von Formen hervorbringt, jetzt gestaltend, dann zerstörend, so ist auch deutsches Wesen.“<sup>734</sup> So wenig faßbar und nachvollziehbar sich diese Passage exemplarisch für den größten Teil des Textes ausnimmt, so vollzog der Referent auch die Wendung zum politischen Kern der Tagung. Dazu hob er noch einmal die großen Leistungen der Deutschen vor allem in der Kunst und auf dem Gebiet des ‚Geistes‘ hervor, attestierte ihnen dagegen auf dem Feld der Politik „gering begabt“ zu sein. Immerhin - so seine Analyse - sei nun die Chance gegeben, endlich die Volksgemeinschaft aller deutschen „Stämme und Gaue“ in der Republik als „>Trägerin des deutschen Einheitsgedankens<“ [gesperrt, P.Z.] zu bewahren.<sup>735</sup> Für die alltägliche politische Auseinandersetzung am Arbeits- oder Ausbildungsplatz gab der Arbeiterdichter und Redakteur des jungsozialistischen Organs dem Auditorium den Glaubenssatz mit auf den Weg: „Wer recht tief aus wohlverstandenen deutschen Geiste lebt, >muß< [gesperrt, P.Z.] Sozialist sein, und viele Züge unseres Volkstums, selbst so lächerliche, wie die deutsche Vereinsmeierei, deuten auf die innere Verbundenheit von deutscher Art zum Sozialismus.“<sup>736</sup>

Formal und auch tendenziell inhaltlich vergleichbar waren die folgenden drei Referate. Umständlich und ausführlich entwickelte als nächster Natorp sein Verständnis von ‚Volksgemeinschaft‘, um zu der Definition zu kommen: „Volk ist nicht aus einem äußeren Maß gemessen, sondern aus Seinsbestand, es ist an Lebensfülle unendlich mehr als das von ihm losgelöste, bloß für sich sein wollende Einzelne“, die er später mit der Formulierung „So ist Volkheit nach deutschen Begriffen Idee“ überhöhte.<sup>737</sup> Nach einem Exkurs über die Gewalt als Mittel der Politik, dem – davon war er überzeugt – „das deutsche Volk“ abgeschworen habe, das nur eines, „einzig und allein“, wolle, nämlich „arbeiten am Menschenwerke und durch Kulturgemeinschaft, ‚geprägte‘ Form, Menschenwerte volkhaften Daseins auf heimischem Boden lebend entwickeln.“<sup>738</sup> Wie bei Bröger nahm sich die Einbeziehung der aktuellen politischen Realität auch wie ein Appendix aus. Natorp empfahl – vor allem zur Entwöhnung von gegenseitiger „Gewaltdrohung und Gewaltübung“ – die Einführung von Genossenschaften und richtete darüber hinaus seine Hoffnung „auf die >Jugend<“ [gesperrt, P.Z.], und zwar auf die „idealsozialistische Jugend.“<sup>739</sup> Der Referent widmete sich nach dieser wolkg formulierten Aussicht in einer abschließenden Sequenz der Symbolkraft des christlichen Auferstehungstages für Geschichte und Zukunft des deutschen Volkes: „Unser >Volk< und durch es die >Menschheit< kann nicht sterben, >lebt< und wird leben, ob es gleich stürbe! Das heißt uns >Auferstehung<!“ [jeweils gesperrt, P.Z.] Auch Koch beschwor zunächst die Wurzeln der Volksgemeinschaft und stellte – in die Richtung Natorps denkend – heraus, daß das Volk „ein Organ des Geistes“

<sup>734</sup> Bröger, Karl: >Deutscher Mensch und deutscher Geist<, ebd., S. 84 – 86, S. 85.

<sup>735</sup> Ebd.

<sup>736</sup> Ebd.

<sup>737</sup> Natorp, Paul: >Volk und Menschheit<, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 87 – 90, S. 87 f.

<sup>738</sup> Ebd., S. 89.

<sup>739</sup> Ebd., S. 90.

sei.<sup>740</sup> An dieser Stelle muß unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß die ersten drei Referenten bei aller Verwurzelung in dem Gedanken der Volksgemeinschaft, mit deren Realisierung sie die Grundlage des jungen demokratischen Staates stabilisiert sehen wollten, keineswegs als ‚völkisch‘ angesehen werden können. Koch selbst formulierte eher beiläufig diesen Aspekt *expressis verbis* – noch sahen weder er noch seine Mitstreiter offenkundig Anlaß, eine direkte Auseinandersetzung mit den sich verbal und in ihren Auftritten radikal gebenden nationalistischen Gruppierungen zu beginnen –, indem er seine Vorstellung der „der völkischen Bewegung“ gegenüberstellte, in der „das Volk zum Selbstzweck wird und sich selbst vergöttert.“ Ihm fehle, fügte der Referent hinzu, eindeutig das Element des ‚Geistes‘ in den programmatischen Ansätzen der Nationalisten, denn „nur der Geist macht eine Masse zum Volk.“<sup>741</sup> Die Bedeutung der geistigen Auseinandersetzung muß hier hervorgehoben werden, wurde doch für viele Intellektuelle im weiteren Verlauf der Weimarer Republik der völlige Mangel an ‚Geist‘ bei den Nationalsozialisten in der ideologischen Auseinandersetzung als wesentliches Kriterium angesehen, diese abzulehnen oder zu bekämpfen. Nur durch die geistige Durchdringung konnten die Grundlagen für eine kraftvolle nationale Identität gelegt werden, die jedoch – dieser konzeptionelle Ansatz war den Überlegungen der drei bislang vorgestellten Referenten immanent – für alle Völker im Prinzip gelten sollte; Unterschiede oder Differenzierungen würden sich aus den je anderen historischen oder etwa geographischen Bedingungen ergeben. Die Entwürfe richteten sich also nicht gegen andere Staaten, weder situativ etwa revanchistisch gegen den Vertrag von Versailles oder die Ruhrbesetzung noch auf die zukünftige Koexistenz der europäischen Staaten. So gehörte nach Brücker der „Internationalismus [...] zu den >wahrsten Ausdrücken deutscher Art<<sup>742</sup>, während Natorp absoluten Gewaltverzicht im Umgang von Individuen und auch Staaten miteinander forderte und die Entwicklung je eigener Identität „>für alle Völker der Erde<“ [jeweils gesperrt, P.Z.] anstrebte.<sup>743</sup>

Diese Klarstellung erscheint notwendig vor dem innenpolitischen Hintergrund der jungen Republik wie auch vor der bald losbrechenden heftigen Diskussion innerhalb der jungsozialistischen Bewegung. Wie angespannt die Atmosphäre während der Tagung war, lassen die um Glättung bemühten Texte des Berichterstatters Osterroth nur ahnen, ein Ereignis wirft jedoch Licht auf die Einstellung der Beteiligten. Am Abend des Ostersonntags wanderten die Jungsozialisten zu einem Feuerplatz, der von einer Gruppe – „Brave Hamburger!“ – vorbereitet worden war. Eine Jungsozialistin hielt die „Feuerrede“, die sie mit dem Ruf „Es lebe Deutschland!“ beschloß. Schon im Laufe ihrer Ausführungen war „Unruhe entstanden“, die sich entlud, als unmittelbar nach deren Ende „ein sich überstürzender Ruf: Es lebe die Internationale der Arbeiterklasse!“ anschloß. Die auf Harmonie und Einheitlichkeit angelegte kleine Feier, zweifellos Exemplum für die Erwartungen der Initiatoren hinsichtlich der Tagung insgesamt, war grundlegend gestört, es „kämpfen Lieder gegeneinander“, „jeder aufquellende Uebermut [versickert]“, „viele Mißverständnisse [sind] an diesem Abend nicht mehr auszumerken“, die „>Nationalen<“ und die „>Internationalen<“ hatten sich sichtbar grup-

<sup>740</sup> Koch, Walter: >Deutsches Volkstum und deutsche Kultur<, in: ebd., S. 91 – 92, S. 91.

<sup>741</sup> Ebd.

<sup>742</sup> Ebd., S. 85.

<sup>743</sup> Ebd., S. 89.

piert.<sup>744</sup> Die unmittelbar nach der Tagung formulierten Texte Osterroths zeigen noch nachvollziehbar Spuren der Überraschung, die ihm diese Konfrontation bereitete, der Unruhe und Befürchtungen, die ihn um den Erfolg der Tagung fürchten ließen.

Erst der vierte Beitrag, der Alma de l'Aigles, brachte nach Osterroth die Wende zu einer besseren Gesamtstimmung – am Nachmittag zuvor hatte allerdings „ein großer Teil der Freunde“ die Tagung verlassen müssen, um nach den Feiertagen wieder die Arbeit aufzunehmen.<sup>745</sup> Auch die beredten Versicherungen Osterroths, daß es „eine Flut“ zustimmender Briefe gerade von dieser Gruppe gegeben habe, kann den Verdacht nicht ausräumen, daß auch (oder gerade?) ‚Internationalisten‘ Hofgeismar verließen. Die Einschätzung der Wirkung des Referats der Hamburgerin durch Osterroth muß in jedem Fall erstaunlich anmuten. Weit ausholend erläuterte auch sie Theorien zur Klärung der Termini ‚Staat‘ und ‚Volk‘, fügte ihrem theoretischen allerdings einen vergleichsweise umfangreichen konkret-politischen Teil an. Mit ihrer quasi-philosophischen, hohlen Definition der Demokratie – „Die Gestaltwerdung der Idee des Volkes im Volk und durch das Volk vermittelt seiner Funktion Staat, das heißt uns >Demokratie<.“ [gesperrt, P.Z.] - vermittelte sie ihre Vorstellungen von deren Strukturierung, Ausstattung und Verankerung in der Bevölkerung.<sup>746</sup> Unzweideutig propagierte sie eine ständisch bestimmte Staatsform, „die Sehnsucht [des Volkes, P.Z.] nach Helfern und Führern“ sollte durch „Vertrauensmänner“ und leidenschaftliche Politiker – für sie waren nur Männer in diesen Funktionen vorstellbar - erfüllt werden. In der pragmatisch orientierten Schlußsequenz forderte sie eine Bildungsoffensive und den engen Anschluß der Jungsozialisten an die Partei, um – das war ihr dritter Aspekt – die politische Macht letztlich erobern zu können.<sup>747</sup> Wie die vorangegangenen Vorträge war auch de l'Aigles Beitrag völlig unverbindlich romantisierend und deklamierend verfaßt, nur vermeintlich logisch entwickelnd, dabei flocht sie – wie die Vorgänger – immer wieder Glaubenssätze ein. Diese Referate mochten bei jenem Teil der bildungsbürgerlich inspirierten offenen Ohren finden, die sich an einer formalen, sich elaboriert ausnehmenden äußeren Sprachgestalt erfreuen konnten, doch bei näherem Hinsehen mußten sich die Gedanken als individualistische Gedankenspielerien decouvrieren, die keinen Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Gegenwart herzustellen imstande waren, eigentlich hilflos vor der neuen Situation standen, ohne sich dessen bewußt zu sein. Wo sollten in diesen schwammigen gedanklichen Entwürfen Kristallisationspunkte für eine Diskussion zu finden sein, die in der Lage war, die Grundlagen einer reformorientierten politischen Vision zu erkunden und zu entwickeln und auch mögliche Wege dorthin zu erörtern?

Vor Augen muß man sich halten, daß mittlerweile über die Hälfte eines Tagungsprogramms vorüber war, das wesentlich von den Hamburgern mitentwickelt und auch in der Person Alma de l'Aigles mitbestritten worden war. Die folgenden drei Referate öffneten sich dann allerdings stärker der Realität, vermittelten Einsichten und forderten zumindest oberflächlich zum Diskurs über Konturen der zukünftigen sozialdemokratischen Politik auf. Gustav Radbruch, Eduard Heimann und

<sup>744</sup> Ebd., S. 86.

<sup>745</sup> Ebd., S. 93.

<sup>746</sup> De l'Aigle, Alma: >Volk und Staat<, in: Ebd., S. 93 – 97, S. 95.

<sup>747</sup> Ebd., S. 96 f.

Hugo Sinzheimer repräsentierten politisch den reformistischen Flügel der Partei.<sup>748</sup> Inhalt und Form ihrer Beiträge unterschieden sich deutlich von denen der Vorgänger.

Als exemplarisch ist die Auseinandersetzung Radbruchs mit dem Terminus Volk anzusehen. Kein mystisches Geraune war von ihm zu vernehmen, sondern er griff den in der Verfassung benutzten Begriff auf und konfrontierte diese Idealvorstellung mit den realen Bedingungen. Die kurze, zupackende Analyse bezog soziologische Erkenntnisse mit ein, stellte auf gesellschaftliche Verkrustungen und auf „Ungleichheit“ innerhalb des Volkes in vielerlei Hinsicht ab.<sup>749</sup> Alle staatliche Ordnung – auch die demokratischen Formen – bezeichnete er als Fiktion, weil sie primär „eine juristische Konstruktion“ seien. In einem historischen Exkurs verwies er auf Beispiele „der Entfremdung des Staates und seiner Rechtsordnung in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft.“<sup>750</sup> Kühl sezierend verband Radbruch eigene parlamentarische Anschauung – seit 1920 gehörte er dem Reichstag als Abgeordneter an – mit seinen rechtsphilosophischen Reflexionen und bezeichnete das Parlament als Teil der staatlichen Realität „zwischen demokratischer Fiktion und soziologischer Tatsächlichkeit“.<sup>751</sup> Nach seiner Überzeugung sei der Parlamentarismus – bei allen sich ergebenden Ritualisierungen und potentiellen Taktierereien – als Organ staatlicher Gewaltausübung durch Mehrheitsentscheidungen dazu angetan, politische Mehrheiten wiederzugeben. Noch würde der demokratische Parlamentarismus das Übergewicht des Kapitals widerspiegeln, doch bald – so sein Ausblick – wäre der Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft geleistet und dann müßte diese Form staatlicher Ordnung als „>politische Endform< [gesperrt, P.Z.] auch des sozialistischen Gemeinwesens“ unbedingt erhalten werden. Das Parlament klassifizierte er als „eine politische Börse“, die „den politischen Kurswert sozialer Machtverhältnisse“ bewerte.<sup>752</sup>

Systematisch entkleidete Radbruch die Begriffe, die während dieser Tagung zentral erörtert wurden, einer eher mystifizierenden Weihe und bemühte sich um einen analytisch scharfen Zugriff. Unmißverständlich setzte er auf die Bewahrung der gerade errungenen demokratischen Strukturen, die ihm angemessen auch für die Etablierung und Verwirklichung sozialistischer Politik erschienen. Betrachtet man den Aufbau seines Referates eingehender, ist eine didaktische Intention ablesbar, die Intention nämlich, das jungsozialistische Auditorium für seine Sicht demokratischer Strukturen und Institutionen einzunehmen, in die dann – in des Wortes Bedeutung – bruchlos sozialistisch bestimmte Politik ‚eingepaßt‘ werden könnte. Konkrete Aussagen über den Weg, auf dem ‚der Sozialismus‘ zur stärksten politischen Kraft in Deutschland aufsteigen würde, machte er nicht.

<sup>748</sup> Radbruch, Gustav (1878 – 1949), Jurist mit dem Schwerpunkt Rechtsphilosophie, von 1920 – 1924 Mitglied des Reichstags, 1921 – 1922 und 1923 Reichsjustizminister.

Sinzheimer, Hugo (1875 – 1945), Arbeitsrechtler, Mitbegründer der ‚Akademie der Arbeit‘ in Frankfurt/M. und Dozent, Mitwirkung an den ‚Neuen Blättern für den Sozialismus‘.

Heimann, Eduard (1889 – 1967), Nationalökonom, seit 1926 Mitglied der SPD; 1925 – 1933 o. Prof. f. Wirtsch.- u. Sozialwiss. in Hamburg, 1930 – 1933 Mitherausgeber der ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘, emigrierte 1933 in die USA.

<sup>749</sup> Radbruch, Gustav: >Volk im Staat<, in: Ebd., S. 98 – 102, S. 98.

<sup>750</sup> Ebd., S. 99.

<sup>751</sup> Ebd., S. 100.

<sup>752</sup> Ebd., S. 101.

Wie stark diese Gedanken, die dem reformistischen Flügel der Partei zuzurechnen waren, in der bildungsbürgerlich-liberalen Tradition wurzelten, ließen die Abschlußsequenzen des Vortrages erkennen. Sich an die Vorstellungen Max Webers anlehnend, ohne diesen freilich zu nennen, entwickelte Radbruch das Bild des aus dem Parlament erwachsenen, führenden Staatsmannes, den „ein Höchstmaß von >Verantwortungsmut< und dämonischer >Glaube< an den >eigenen Stern<“ [gesperrt, P.Z.] kennzeichne.<sup>753</sup> Wie ein Widerspruch zur Vision der von ihm propagierten klassenlosen sozialistischen Gesellschaft muten die Eigenschaften an, die er dem ‚Staatsmann‘ zumaß, nämlich genau zu wissen, „nach wie erschreckend einfachen Gesetzen sich der massengewordene Mensch auf dem Schachbrett der Politik bewegt“, „>den< Menschen“ [gesperrt, P.Z.] nicht zu lieben, sondern „in eisiger Einsamkeit“, „furchtbar‘ und ‚erhaben‘“ sein Werk zu tun.<sup>754</sup> Welche Empfindungen mögen jene unter den Jungsozialisten befallen haben, die die auch von Radbruch diagnostizierte soziale Ungleichheit durch intensive politische Basisarbeit zu beseitigen trachteten, an ihre Stelle auch für das Individuum bessere Lebensbedingungen erreichen und Formen kollektiver und auf Diskussion angelegter demokratischer Willensbildung erproben und umsetzen wollten? Letztlich konnte von dem Beitrag Radbruchs bei aller eindrucksvoll-kritischen Fähigkeit zur Analyse von Gesellschaftszustand und Institutionen kein Signal für eine dynamische Fortentwicklung ausgehen: Die zentrale Position des Staatsmannes als Führergestalt und die abwertende Vermittlung des Begriffes ‚Masse‘ versus etwa dem Prinzip der ‚Solidarität‘ als möglichem, wenn nicht notwendigem sozialistischen Prinzip, das keinerlei Erwähnung fand, legen diesen Schluß nahe.

Eduard Heimann, in Freiburg noch Privatdozent der Nationalökonomie, konzentrierte sich in seinem Referat auf die Bedeutung der Wirtschaft für die staatliche Entwicklung. Einleitend konstatierte er den Verlust religiöser und geistiger Kräfte auf das Gemeinschaftsleben, an ihre Stelle seien die Gesetze der Wirtschaft getreten.<sup>755</sup> Er entwarf Prinzipien und Strukturen wirtschaftlicher Prozesse und stützte sich dabei auf Analysen Karl Marx'. Allerdings riet er davon ab, aus materiellem Interesse mit „proletarischer Solidarität“ die Unternehmer-Kartelle und das gesamte System umzustürzen. Nach einem „Sieg“ würde, so prophezeite er, jegliche Solidarität zerfallen, weil sich die einzelnen Glieder bald wieder den Gesetzen der Wirtschaft unterordnen würden. Er plädierte für einen Erhalt der Wirtschaftsstrukturen, zumal diese ja auch in einem internationalen Kontext stünden, und strebte deren Umgestaltung „für sozialistische Zwecke“ an. Damit ist sein konzeptioneller Ansatz durchaus mit dem Emil Lederers vergleichbar, der jedoch erheblich entschlossener umfangreichere Eingriffe forderte. Heimann votierte eher vorsichtig – immer die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und mögliche Gegenmaßnahmen der „Kapitalistenklasse“ antizipierend - für genossenschaftliche Lösungen, und zwar „in bescheidenerem Kreise“ und „für die Ausbildung in der schwierigen

<sup>753</sup> Ebd.

<sup>754</sup> Ebd., S. 101 f.

<sup>755</sup> Heimann, Eduard: >Staat und Wirtschaft<, in: Ebd., S. 102 – 104. Zu Heimanns (gesellschafts-) politischen Vorstellungen vgl. auch: Heyder, Ulrich: Reformtheorie und Gesellschaftswandel im Werk Eduard Heimanns, in: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bericht zum wissenschaftlichen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. – 12. Oktober 1980, Berlin/Bonn 1982.

Kunst der Wirtschaft“, sowie „die Sozialisierung eines einzelnen Wirtschaftszweiges“, der allerdings für die Gesamtwirtschaft nicht allzu bedeutsam sein sollte, da ja nicht „dem ungeschulten Arbeiter mit einem Schläge alle Verantwortung“ aufgebürdet werden könne. Mit dem letzten Satz dieser Passage „Das beste Erziehungsmittel aber sind wahrscheinlich >die Betriebsräte<“ [gesperrt, P.Z.] relativierte er nicht nur die zuvor genannten Optionen, sondern zeigte sich auch durch die Art der Verbalisierung – „wahrscheinlich“ und nur ein einziger lapidarer Satz zu dieser Institution - zaudernd und unentschlossen hinsichtlich einer wirklich neu zu konzipierenden Wirtschaftspolitik.<sup>756</sup>

Abschließend warb Heimann in einem anderen Bereich dafür, daß seine Partei endlich die Dreiteilung der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen möge. Er bezog sich dabei auf Aussagen von Arnold Wolfers, der neben Mittelstand und Proletariat die Plutokratie als dritte Kraft annahm. Mittelstand und Proletariat wären mittlerweile gleich stark vertreten, so Heimann, und die Partei müsse um den Mittelstand, der eher noch ein Anhängsel des besitzenden Standes war, offensiv werben.<sup>757</sup>

Einen weiteren Aspekt brachte als letzter Vortragender Hugo Sinzheimer ein, soziologisch und juristisch geschult und Dozent an der Frankfurter ‚Akademie der Arbeit‘, als er Eckpunkte der sozialistischen Lehre in ihrer ursprünglichen Form ausbreitete, indem er sich ausdrücklich auf „die materialistische Geschichtsauffassung“ berief.<sup>758</sup> Er benannte den Internationalismus der Bewegung, die Überführung der Produktionsmittel in die Gemeinschaft und den Klassenkampf als Mittel der Durchsetzung dieser Forderungen. Voraussetzung sei allerdings die Schulung und Entwicklung der geistigen und schöpferischen Kräfte der Menschen. Auf der Linie seiner Vorgänger während der Tagung befand er sich mit der Forderung, die Existenz des deutschen Staates in der bestehenden Form unbedingt zu akzeptieren. Würden die vorhandenen Strukturen zerschlagen, so wäre an eine „sozialistische Bewegung in absehbarer Zeit nicht mehr zu denken.“<sup>759</sup> Jenen Jungsozialisten, die möglicherweise auf einen radikaleren Umsturz drängten, suchte Sinzheimer mit dem Hinweis auf einen generellen absoluten Gewaltverzicht entgegenzutreten und beschwor zugleich alle, sich auf einen beschwerlichen Weg einzustellen. Einzig die Partei gewährleiste nach seiner Auffassung in der Vereinigung der Kräfte ein höheres Maß an Durchsetzung: „Ohne Partei kein politisches Leben“. Geschickt gestand er der jungsozialistischen Bewegung im Rahmen sozialistischer Prinzipien ein autonomes Existieren zu, verband diese Anmerkung mit der Aufforderung „Achtet die Partei!“, wie er der Partei zurief „Schützt und liebt die Jugend!“, und er verwies sie auf das Ziel – „>für künftige Arbeit in der Partei.<“ [gesperrt, P.Z.]<sup>760</sup>

Wie oben bereits angedeutet wurde, war die Tagung von Hofgeismar das Ergebnis der Regie eines Kreises von Jungsozialisten, die vor allem Zirkeln des Ruhrgebietes und Hamburgs entstammten. Die Auswahl der Referenten, deren Beiträge hier annotiert wurden, zeigt deutlich das Bestreben, den reformorientierten Kräften der Sozialdemokratie Gehör und Wirkung zu verschaffen, zusätzlich durch

<sup>756</sup> Ebd., S. 103.

<sup>757</sup> Ebd., S. 104.

<sup>758</sup> Sinzheimer, Hugo: Sozialistische Politik im neuen Deutschland, in: Ebd., S. 105 – 106, S. 105.

<sup>759</sup> Ebd., S. 106.

<sup>760</sup> Ebd., S. 106.

das Vehikel eines Heftes der Jungsozialistischen Blätter, das sich protokollartig ausschließlich mit diesem Ereignis beschäftigte. Einen spezifischen Akzent erhielt die Unternehmung durch die an vielen Beispielen festzumachende Nähe zu bildungsbürgerlich-liberalen (Lebens-)Äußerungen. Im Rahmen der Analyse verschiedener Beiträge wurde darauf verwiesen. Darüber hinaus finden sich im Programm – „ein paar herbe, zuchtvolle Gedichte Stefan Georges“ wurden z.B. einleitend geboten<sup>761</sup> - und in den eine jugendbewegte Gemeinschaft beschwörenden Formulierungen des Protokollanten Osterroth viele Beispiele. Seine Bemühungen, aufgetretene Dissonanzen zu glätten und der Veranstaltung den Anstrich zu geben, letztlich einvernehmlich und ‚in einem Geist‘ zuende gegangen zu sein - „aber überall, Freunde, wo wir aus sozialistischem Geist für unseres Volkes Zukunft wirken, da sind wir genau so über Raum und Zeit zusammen“ -, vermitteln den Eindruck, daß auch fast zwanghaft dieses Ziel erreicht werden sollte.<sup>762</sup> Die Gruppe von Jungsozialisten, die die Tagung initiierte, tat dieses nicht, kann man weiter folgern, um sich ihrer selbst zu vergewissern, sondern wollte mit einem monolithisch wirkenden Ergebnis prägend für die Bewegung wirken und möglicherweise Signale in Richtung Partei senden: Wir als Intellektuelle stützen einen reformistischen Kurs. Es handelte sich also, folgt man diesem Gedanken weiter, um einen kalkulierten Eingriff in den innerparteilichen Machtkampf - dabei hegten die Initiatoren sicher auch die Hoffnung, daß die Parteioberen ihre Aktivitäten aufmerksam verfolgten.

Die spürbare Unsicherheit über aufbrechendes Unbehagen und offenen Widerspruch aus dem Auditorium kann auf eine falsche Einschätzung der Teilnehmer zurückzuführen sein. Möglicherweise handelte es sich um einen Regiefehler, weil eben nicht nur ‚handverlesene‘ Jungsozialisten teilnahmen. Wahrscheinlicher ist allerdings die Einschätzung, daß die sich der ‚geistigen Elite‘ zurechnenden Protagonisten wiederum so überzeugt von eigener intellektueller Potenz und damit ihrer politischen Positionen waren, daß ihnen Widerspruch gar nicht möglich schien. In einiger Unbefangenheit bemühten Referenten nationales Pathos, wenn auch die Grenze zum ‚Völkischen‘, wie wir zeigten, klar gezogen wurde. Sicher waren einzelne Mitglieder dieser Gruppierung innerhalb der Jungsozialisten anfällig für nationalistisches Gedankengut und damit auch für den Übertritt zu anderen Vereinigungen oder Parteien rechts von der SPD, aber vergleichbare labile Verhältnisse gab es auch auf der ‚Linken‘ der jungsozialistischen Bewegung. Die „Gefahrenmomente“ am rechten Rand der Jungsozialisten, die Walter vermutet, können tatsächlich an Beispielen konkretisiert werden.<sup>763</sup> So wandten sich im Laufe des Jahres 1923 mit Erich Fäse und Walter Spengler zwei Mitglieder von der jungsozialistischen Bewegung ab, um sich einem neokonservativen Kreis um Moeller van den Bruck anzuschließen. Fäse propagierte eine nationale Politik, „jenseits von rechts und links“, in der „es nur Einen [sic] Führer“ und eine diesem absolut vertrauende „Gefolgschaft“ geben dürfe. Versatzstücke jungsozialistischer Programmatik von Hofgeismarer Provenienz finden sich durchaus in dem Text Fäses, aber im Gegensatz zu seinen ehemaligen Genossen identifizierte er sich nicht ausdrücklich mit der neuen staatlichen Form und seine Vorstellung eines zukünftigen Europas entsprach dem Modell konkurrierender Nationen, und zwar

<sup>761</sup> Ebd., S. 84.

<sup>762</sup> Ebd., S. 107.

<sup>763</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 47.

mit der klaren Ansage, daß „die deutscheste Epoche Europas“ erst noch bevorstehe.<sup>764</sup> Jetzt bereits sei darauf hingewiesen, daß im Rahmen der unmittelbar nach Hofgeismar mit großer Wucht entbrennenden internen Auseinandersetzungen die ‚Linken‘ schärfstens diese personalen Verbindungen als Beispiele für die Anfälligkeit der ‚Hofgeismarer‘ – diese Bezeichnung wird im folgenden benutzt für die Gruppe der Initiatoren der Tagung und deren Sympathisanten - gegenüber nationaler, wenn nicht nationalistischer Programmatik ausgaben.<sup>765</sup>

In der Forschung ist inzwischen auch auf Kontakte von Vertretern des Hofgeismarkreises, u.a. Alma de l’Aigles, mit Frank Glatzel aufmerksam gemacht worden. Glatzel bemühte sich seit Kriegsende um die Vereinigung nationaler Jugendbünde, hatte mit seinem eigenen Verband, dem Jungdeutschen Bund, eine zunächst völkisch ausgerichtete Ideologie überwunden und die Weimarer Verfassung anerkannt, was allerdings keineswegs für alle seine Mitstreiter zutraf, und stimmte mit einigen Hofgeismarern „in der Ablehnung der ‚Formaldemokratie‘ und des Pazifismus“ überein, eher dafür eine eindeutige politische ‚Führung‘ bevorzugend.<sup>766</sup>

Bei aller Affinität zu romantisierend-mystifizierender, dabei die Realität verwischender Sicht zentraler gesellschaftlicher und politisch-historischer Begrifflichkeit und der Anfälligkeit für eine national ausgerichtete, auf Führergestalten fixierte Ideologie standen *die* Hofgeismarer zweifellos zu den Grundlagen der Weimarer Republik, zu einer demokratisch verfaßten, republikanischen Staatsform.

Außerordentlich vorsichtig formuliert Walter eine mögliche Wirkung der Tagung von Hofgeismar, indem er sie als Station „vom lebensreformerischen Jungsozialismus hin zur Entwicklung eines dynamisch-aktivistischen und republikanischen Reformismus“ einordnete und die Träger dieser Bewegung als „mit lebendigen Ausdrucksformen, neuen Ideen und jugendlichem Elan“ ausgestattet sah, die eine Art Hefe für die Partei abgeben könnten.<sup>767</sup> Dieser Einschätzung kann keinesfalls gefolgt werden. Wenn die These Bestand hat, daß mit der Verwirklichung der Veranstaltung ein im weitesten Sinne innerparteiliches Signal gegeben werden sollte, so weisen die Auswahl der Referenten, vermittelt vor allem durch die von diesen so erwarteten Beiträge, und die Art der protokollartigen Aufarbeitung auf ein fast prototypisches konservatives Grundmuster, und zwar ohne jeden dynamisierenden Impuls. ‚Konservativ‘ ist die Tagung deshalb zu nennen, weil die Vorträge überwiegend Bezüge von je individuell als bedeutsam empfundenen traditionellen Wertvorstellungen spiegelten, die einem vorhandenen Raster, den Grundlagen des Weimarer Staates, teilweise sichtbar mühsam eingefügt wurden. Auch

---

<sup>764</sup> Fäse, Erich: Jenseits von rechts und links, in: Freischar. Blätter der neuen Bereitschaft 1 (1923), H. 1, S.14 – 16, S. 16. In einer Passage, S. 16, merkte der Vf. im übrigen als Kenner beider Szenen an, daß diejenigen „wenigen Menschen von Eigenwuchs“ , die es überhaupt noch gäbe, sich „auf der Linken konservativ [...] eingestellt“ hätten.

<sup>765</sup> Vgl. u.a. Lamm, Otto: Renegaten der Arbeiterbewegung, in: Jungsozialistische Blätter 5 (1926), H. 1, S. 29 – 31.

<sup>766</sup> Krabbe, Wolfgang: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918 – 1933), Opladen 1995, S. 53. Der Vf. verweist auf einen Briefwechsel, den er im Archiv der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein, einsah, jedoch für unseren Kontext nicht differenzierter auswertete; AdJ: A 2 – 50/12 und 50/26 (Vertrauliche Briefe 9/1925).

<sup>767</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 47 f.

die drei letzten Referenten ordneten sich den Intentionen der Veranstalter unter, wie gezeigt werden konnte. In ein konservatives Grundmuster paßt dann auch der Versuch, mittels der Tagung im innerparteilichen Machtkampf an Bodeb zu gewinnen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Der Reformsozialismus ist nicht etwa per se als konservative ideologische Variante zu interpretieren, er bot vielmehr als eine mögliche Ausprägung der ‚sozialistischen Idee‘ hinreichend Chancen zu innovativer konzeptioneller Reflexion wie zur Diskussion der praktischen Ausgestaltung von Politik. Nur konnten die Initiatoren eine solche Entwicklung nicht anstoßen, weil sie verhaftet waren in traditionell-bildungsbürgerlich bestimmten Vorstellungen. Der Tonfall, in dem Osterroth z.B. eine mal bei Gesang und Tanz fröhlich-beschwingte, mal ernsthaft diskutierende, besinnlich Gottesdienste besuchende, eine letztlich einige Gruppe schilderte, hatte zweifelsfrei einen jugendbewegten, im Grunde apolitischen Charakter. Die hohe Selbsteinschätzung der ‚Kerngruppe‘ wird in der kritischen Würdigung der Veranstaltung durch einen Marburger Theologiestudenten deutlich. Da er die Tagung inhaltlich im Prinzip als gelungen qualifizierte, wiegt seine Schilderung der „‚führenden‘ Schicht“ der Tagung umso schwerer. Diesen Berliner und Hamburger „‚Führern““ warf er vor, sich „in großem Wortreichtum“ zu ergehen, „Eitelkeit und intellektuelle Fähigkeiten“ zu zelebrieren, aber noch keinerlei „tiefe[s] Verantwortungsgefühl“ nachgewiesen zu haben.<sup>768</sup> Die karikierende Apostrophierung der Begriffe ‚Führer‘ bzw. ‚führend‘ durch den Kritiker läßt erahnen, daß sie auch von Hamburgern in höchst selbstbewußter Weise auf sich bezogen wurden und daß sie offensichtlich – „Eitelkeit“! – häufig nicht in der Lage waren, Menschen mit anderer Sozialisation als Partner wahrzunehmen und deren naturgemäß auch anderen Lebenserfahrungen, die eine eigene Art des Politikverständnisses mit sich brachten, im Sinne eines gemeinsamen Diskurses nutzbar machen zu können. Ihr Auftreten schockierte den Beobachter derartig, daß er meinte, „die Zukunft der Bewegung“ sei eng mit der Fragestellung verbunden, ob es gelinge, sich von dieser ‚führenden‘ Schicht zu lösen und den Sozialismus „frei und unabhängig“ zu entwickeln.<sup>769</sup>

Die Tagung von Hofgeismar hat hier in einigen Grundzügen und mit dem Versuch ihrer Einordnung Platz gefunden, weil sie Facetten der jungsozialistischen Szenerie abbildete, die gerade die Gruppierung beleuchten, denen sich Theodor Haubach unmittelbar nach Ostern 1923 anschloß.

### 4.3.3            **Gegensätze brechen auf: „Höher als die Nation steht mir die Klasse.“**

Unmittelbar nach dem Ende der Tagung begannen die Hofgeismarer Initiatoren, für ihre Linie zu werben. Unverhüllt trat in einem Schreiben, das offenkundig nur an eine Kerngruppe versandt wurde und sich bezeichnenderweise in einem Exemplar im Nachlaß Alma de l’Aigles befindet, die Zielsetzung deutlich zutage. August Rathmann gab die Parole aus, daß die in Referaten und Bekundungen formulierten Intentionen „die ganze jungsoz.[ialistische, P.Z.] Bewegung“ erfass-

<sup>768</sup> Menzel, Walter: Ostertagung der Jungsozialisten in Hofgeismar bei Kassel, in: Junge Menschen 4 (1923), H. 6, S. 139.

<sup>769</sup> Ebd.

sen müßten, um mit diesem Vehikel „die deutsche Jugendbewegung zu der ihr zustehenden Stellung im öffentlichen Leben Deutschlands“ kommen zu lassen.<sup>770</sup> Die oben aufgestellte These, daß Hofgeismar nicht etwa der gemeinsamen Klärung und der auf Diskussion angelegten Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs *der* Jungsozialisten dienen, sondern einen vorhandenen inhaltlichen Kern stabilisieren und seiner Verbreitung nützlich sein sollte, wird durch die Aussage eindeutig gestützt. Ein merkwürdig anmutendes, fast subversives Gebaren in den Darlegungen Rathmanns, der betonte, daß es zunächst um Fragen ginge, die nicht öffentlich erörtert werden könnten und den „persönlichen Briefwechsel“ als angemessene Kommunikationsform empfahl – „Anschriften werden von uns vermittelt.“ –, unterstreicht diese Deutung noch. Offensichtlich wollte er nachweisen, daß jugendbewegte Geistigkeit und straffe Führung zusammengehörten, denn kraftmeiernd-plakative Formulierungen wie „wer aber aus Trägheit und mangelnder Selbstzucht stecken bleibt, gehört nicht zu uns“ finden sich an verschiedenen Stellen des Papiers. Bei der Rekrutierung der Kernmannschaft sollten keine Fehler passieren, forderte er, und gab als wesentliches Kriterium aus, daß „als Maßstab der Eignung [...] die Höhenlage der Woche“ [gemeint ist zweifellos die Hofgeismar-Woche, P.Z.] anzusehen sei.<sup>771</sup> Was denn die „Höhenlage“ letztlich ausmachte, wurde vom Verfasser so wenig wie andere inhaltliche Akzente in dem zweiseitigen, eng beschriebenen Brief definiert. Er zog – in der Fortsetzung der Tagung – einen raunend-verständnisinnigen Tonfall vor.

Die Aussagen Rathmanns spiegeln die Absicht der Hofgeismarer, in der Zukunft zweigleisig vorzugehen. Neben der offensiven, breit gestreuten Propagierung ihrer ideologischen Ansätze in der jungsozialistischen Bewegung sollte die Steuerungsgruppe, eine Art Elite, kontinuierlich erweitert werden. Das Sonderheft der Jungsozialistischen Blätter vom Juni 1923 und eine Fülle von Auftritten machten also die Ideen publik – und forderten entschiedene, z.T. heftige Reaktionen innerhalb der Bewegung heraus. Diese kristallisierten sich zunächst in der Auseinandersetzung um Begrifflichkeiten und um grundlegende Positionen heraus. Möglicherweise wurde den Opponenten erst später klar, daß versucht worden war, Hofgeismar als ‚trojanisches Pferd‘ zu instrumentalisieren. Außerordentlich differenziert setzte sich Paul Witthöft, ein Exponent der Hannoveraner Jungsozialisten, einige Monate nach der Tagung mit den Positionen der Hofgeismarer auseinander. Er hatte ein grundsätzlich anderes Verständnis von den gesellschaftlichen Bedingungen, der sie bestimmenden Kräfte und entwickelte aus dieser Analyse den Ort der jungsozialistischen Bewegung im politischen Feld, der sich von den Vorstellungen der Hofgeismarer erheblich unterschied. Dem wolkig-unpräzisen Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ stellte Witthöft sein Bild einer in Deutschland „schärfer denn je“ existenten „Klassenherrschaft“ gegenüber.<sup>772</sup> Aufgebracht addierte er für die Seite der „Ausbeuter“ Lebensformen des Überflusses, für die „Ausgebeuteten“ steigende wirtschaftliche Not und Entrechtung.

Für ihn war damit eine Situation erreicht, in der sich die Analysen Karl Marx´ aktuell in realen Zuständen Deutschlands widerspiegelten. Vehement formulierte

<sup>770</sup> Rathmann, August: Hofgeismar Brief 1, Bochum im April 1923, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de l’Aigle, N/1021, Bd. 8, Bl. 2.

<sup>771</sup> Ebd., Bl. 1.

<sup>772</sup> Witthöft, Paul: Um den Jungsozialismus!, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 12, S. 244 – 248, S. 245.

er vor diesem Hintergrund seine Absage an die Ergebnisse von Hofgeismar, indem er z.B. alle dort gehaltenen Referate mit negativen Attributen belegte, sie hätten insgesamt „keinen Boden unter den Füßen“ gehabt, seien zu gefühlsmäßig gewesen, von einem „Ton der Entsagung und Tragik“ bestimmt und hätten bereits „die klassenlose Gesellschaft [vorausgesetzt].“ Wie sollte, so setzte er im Blick auf die von ihm entgegengesetzt diagnostizierten realen Verhältnisse seine Frage dagegen, ein Volk, eine Volksgemeinschaft entstehen können bei derart weit klaffenden Interessen und Privilegien zwischen den Klassen? Doch er beließ es nicht bei der Absage an die ihm überflüssig erscheinende Diskussion um sozusagen übergeordnete Begrifflichkeiten, sondern zielte direkt auf die konkrete staatliche Ordnung und Verfaßtheit Deutschlands. Auch die Republik – unantastbar scheinendes Gut in den Augen der Hofgeismarer – stellte Witthöft in Frage, weil in seinen Augen die Einführung einer demokratisch orientierten Staatsform nicht die bestehenden Verhältnisse verändern könne. Er forderte „die >sozialistische< [gesperrt, P.Z.] Republik.“<sup>773</sup>

Damit sind einige wesentliche Unterschiede, ja, Gegensätze markiert, die auch Folgerungen für beabsichtigtes Politikhandeln beider Gruppierungen haben mußten. Während die Hofgeismarer – wie wir oben nachwiesen – die vorhandene Folie staatlicher Strukturen übernehmen wollten und diesem Akt die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen unter dem Stichwort ‚klassenlose Gesellschaft‘ unterordnen wollten, stellte Witthöft alle Eckpunkte der Hofgeismarer Ideologie in Frage. Allein das Mittel des Klassenkampfes könnte, so war er überzeugt, den Sozialismus realisieren; aber solange „in einem demokratischen Staat plutokratisch regiert“ werde, sei „für den Sozialismus vom Staate auch >nichts< [gesperrt, P.Z.] zu erwarten.“<sup>774</sup> Da die Hofgeismarer diese Analyse nicht nachvollziehen wollten, sie „geflissentlich“ übergangen – „Das ist das Unsozialistische an Hofgeismar“ –, setzte er ihnen sein Credo „Höher als die Nation steht mir die Klasse!“ [einzige fettgedruckte Sentenz des Beitrages, P.Z.] entgegen.<sup>775</sup> Witthöft bemühte sich sogar um eine angemessene Etikettierung des Hofgeismarer Gedankenguts, indem er deren Vertretern attestierte, einen „’Ideal-Nationalsozialismus‘ im Gegensatz zum internationalen Sozialismus Karl Marx“ zu verfolgen.<sup>776</sup> Dabei handelte es sich wahrscheinlich primär um eine Wortschöpfung möglicherweise in Anlehnung an die sich zwar 1923 rasant entwickelnde NSDAP, die aber eben doch noch eine weitgehend unterschätzte süddeutsche politische Größe darstellte. Die Brisanz dieses Wortspiels wäre einige Jahre später unvergleichlich heftiger gewesen. Immerhin war damit auch zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine auf inhaltliche Auseinandersetzung bezogene Kampfansage formuliert, sondern der Verfasser bestritt seinen Gegnern mit aller Deutlichkeit die organisatorische Zugehörigkeit zur *jungsozialistischen* Bewegung.

Statt konkreter Aussagen zur Form des ‚Klassenkampfes‘ verfiel Witthöft allerdings in eher wortradikale, wie gestanzte wirkende Formulierungen. Der bürgerlichen Gesellschaft sei „die Larve vom Gesicht [zu] reißen“, „ihre brutale Herrschergewalt, die Verlogenheit ihrer ‚Kultur‘“, den „aufgetakelten Putz, Tand und Mummenschanz“ dieser Klasse gelte es zu decouvrieren. Er fuhr fort, dabei ein-

<sup>773</sup> Ebd.

<sup>774</sup> Ebd., S. 247.

<sup>775</sup> Ebd., S. 245.

<sup>776</sup> Ebd.

deutig auch weiter die Hofgeismarer implizierend, daß gegen die „Reformisten, Ausgleicher, Kompromissler“ und „im eigenen Lager gegen die Nachäffer der Bourgeoisie“ energisch vorzugehen sei. Doch weder Witthöft noch Otto Lamm, Vertreter der Berliner Jungsozialisten und ähnlich engagierter Gegner der Hofgeismarer, plädierten für einen revolutionären Schritt, lehnten „irgendwelche Gewaltakte“ pauschal ab und plädierten für den (Klassen-)Kampf „mit geistigen Waffen.“<sup>777</sup> Sie setzten auf eine marxistisch orientierte Analyse der Situation sowie die Entwicklung und „Aufrechterhaltung unserer sozialistischen Weltanschauung“, die die Grundlage des politischen Kampfes darstellen müsse.<sup>778</sup>

Beide Gruppierungen, die mit ihrer Auseinandersetzung in den folgenden Jahren die Diskussion innerhalb der jungsozialistischen Bewegung beherrschen sollten, stimmten ideologisch allein in der Ablehnung eines revolutionären Umsturzes der politischen Verhältnisse überein. Während die Hofgeismarer einen solchen Akt für absolut abwegig hielten, da sie ja mit der bestehenden demokratisch-republikanischen Struktur den wesentlichen Schritt getan sahen, wollten Witthöft und andere einen radikaleren Umbau der Gesellschaft betreiben, den vorhandenen institutionellen Rahmen nicht so ohne weiteres übernehmen – eine „sozialistische Republik“ strebten sie an. Die ‚Hannoveraner‘, wie sie genannt wurden, nachdem sie sich im August 1924 sichtbar formiert hatten, und andere, ihnen gleichgesinnte Gruppen sahen in der Weimarer Verfassung „letzten Endes doch nur die verspätete Erfüllung eines >bürgerlichen< [gesperrt, P.Z.] Ideals.“, wie der spätere Redakteur der Jungsozialistischen Blätter es formulierte.<sup>779</sup> Die Beschwörung traditioneller Begriffe wie Volk, Volksgemeinschaft oder Nation machte sie mißtrauisch, zu Recht, weil vor dem Hintergrund sich vertiefender sozialer Unterschiede im Rückgriff auf bildungsbürgerliche Wertvorstellungen Zufriedenheit mit der politischen Situation und Stillstand hinsichtlich der als notwendig angesehenen Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen signalisiert wurde. Dabei demonstrierten zur selben Zeit die Arbeitgeber ihre Macht, indem es zu umfangreichen Aussperrungen kam und Anhebungen der Wochenarbeitszeiten von den Gewerkschaften nicht verhindert werden konnten.

Die unerbittliche Schärfe, die der Ton der Auseinandersetzung zunehmend annahm, ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß die Vertreter beider Gruppierungen unterschiedlichen sozialen Feldern entstammten. Gezielt apostrophierte Witthöft den Terminus Kultur im Kontext der Kritik an seinen Kontrahenten. ‚Kultur‘, wie sie von den Hofgeismarern verstanden wurde, enthielt die Wurzeln bürgerlichen Politikverständnisses wie elitärer Selbsteinschätzung und erschien ihm offenbar nicht veränderbar. Diese Lebenshaltung drückte sich zweifellos auch in der Art der Kommunikation aus. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Kritik des ‚neutralen‘ Beobachters der Hofgeismar-Tagung an der „Eitel-

<sup>777</sup> Ebd., S. 246.

<sup>778</sup> Lamm, Otto: Jungsozialistische Bewegung. Volksgemeinschaft oder Klassenkampf?, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 3, S. 66 – 67, S. 66.

<sup>779</sup> Klassenkampf oder Volksgemeinschaft? Leitgedanken zu dem Vortrag von Gg. [Georg] Engelbert Graf auf der jungsozialistischen Pfingsttagung in Hannoversch-Münden, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 8, S. 176 – 179, S. 177. Nachdem 1924 Karl Bröger, vor allem entnervt durch ständige Attacken linker Mitglieder, den Posten des Redakteurs an Max Westphal übergeben hatte, der ihn kommissarisch übernahm, wurde Graf auf der Ostertagung von Jena 1925 mit großer Mehrheit gewählt – auch ein Indiz dafür, daß ‚die Linke‘ inzwischen deutlich die Mehrheit im Verband besaß.

keit“ einiger Protagonisten. Osterroth hielt es z.B. durchaus auch „für unter seiner Würde“, auf die Argumentation der Gegner einzugehen und versuchte, ihnen die zu wählende Tonart vorzuschreiben.<sup>780</sup> Für die ihnen in Opposition gegenüberstehenden Jungsozialisten, zumal wenn sie etwa als Handwerker oder junge Facharbeiter aus der ‚Arbeiterjugend‘ kamen, mußten sich Inhalte und Tonfall politischer Äußerungen der Hofgeismarer, verbunden mit deren elitärem Auftreten und ihrer Bewahrung jugendbewegter Rituale, wie Elemente einer Epoche ausnehmen, die man zu überwinden gehofft hatte, die gleichwohl – so viele Erfahrungen hatten sie seit Bestehen der Republik gemacht – in Weimar nicht nur beim politischen Gegner, sondern nun auch noch im eigenen Verband weiterlebten. Es kann also angenommen werden, daß immanente Bestandteile der Kontroverse unbeußt vertretene habituell geprägte Einstellungen die politische Positionierung und wesentlich die Art der Auseinandersetzung beeinflussten: Auf der einen Seite standen jene, die sich selbst einer intellektuellen Führungsschicht zurechneten und ‚von oben herab‘ selbstbewußtes, keinen Widerspruch erwartendes bzw. duldendes Dozieren praktizierten, auf der anderen Seite junge Menschen, zu deren Sozialisation das Empfinden und das Wissen gehörten, sowohl z.B. im Hinblick auf schulische wie berufliche Qualifikationschancen eindeutig zu den Unterprivilegierten zu gehören und die diese Erfahrungen zu kompensieren trachteten, indem sie gerade die Wurzeln gesellschaftlicher Ungleichheit bekämpften.

Die Arbeit der jungsozialistischen Bewegung gerann in dieser totalen Konfrontation. Die Auseinandersetzung um Einflußnahme und Macht im Verband, die zweifellos auch im Blick auf die Partei stattfand, wurde von den Hofgeismarern damit fortgesetzt, daß sie ein eigenes, unregelmäßig erscheinendes Organ gründeten, ‚Politischer Rundbrief‘, das vom Oktober 1924 bis zum Januar 1926 existierte. Offen bekannte der Schriftleiter der ersten Ausgaben, Franz Osterroth, daß die ‚Rundbriefe‘ ‚der Selbstverständigung‘ des Kreises der Hofgeismarer über grundlegende politische Fragen dienen sollten, da die Jungsozialistischen Blätter gehalten seien, allen Meinungen Raum zu geben. Sie sollten auch eine Entwicklung abbilden: Nachdem die Tagung von Hofgeismar beherrscht gewesen sei von der ‚Glut des Bekenntnisses‘, hätte sich gezeigt, daß mit der Tagung des Jahres 1924 ‚die Kameraden des Hofgeismarkreises zum Ziel einer reifen Männlichkeit ausholen‘ wollten.<sup>781</sup> Hier tritt dem Leser ungebrochen die verschwommen-pathetische Art des Verbalisierens entgegen, als Ingredienzen u.a. eine unkritische, fast wehevollte Selbstspiegelung und ein jugendbewegtes Männerideal. Die vier sich anschließenden Hefte wiesen einen immer geringer werdenden Umfang auf, vielleicht aus Geldmangel, vielleicht fehlten auch Beiträge. Nur wenige Texte sind insgesamt versammelt, denen man ein Gewicht beimessen könnte. Bei der Lektüre ergibt sich der Eindruck, daß Mitglieder einer In-Group Material untereinander austauschten und sich des Zuspruchs bzw. des Beifalls der Leser gewiß schienen. Die jeweils den Heftchen vorangestellten lyrischen Texte changierten zwischen einem Hölderlingedicht („O heilig Herz der Völker“) und zeitgenössischen, nur

<sup>780</sup> Osterroth, Franz: Offener Brief an Paul Witthöft, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 10, S. 207 – 208, S. 207.

<sup>781</sup> Mitteilungen. Zu diesem Rundbrief, in: Politischer Rundbrief 1 (1924), Nr. 1 v. Okt. 1924, S. 24.

Es folgten: Nr. 2 im Dez. 1924, Nr. 3 im April 1925, Nr. 4 im Nov. 1925 und Nr. 5 im Jan. 1926.

schwer zu ertragenden Bemühungen, Expressionismus und Romantik wiederzubeleben.

Als Führungsquintett der Hofgeismarer waren Gustav Dahrendorf (Hamburg), Heinrich Deist jr. (Dessau), Robert Keller (Berlin), Franz Osterroth und August Rathmann (beide Bochum) bestimmt worden.<sup>782</sup> Sie traten für den Kreis nach außen auf, lenkten sicher auch maßgeblich die weitere Entwicklung. Annotiert sei an dieser Stelle nur, daß erst relativ spät - der *Jugendorganisation* einer sozialistisch orientierten Partei kaum angemessen - die Standpunkte beider Fraktionen unter Beteiligung einer größeren Zahl von Mitgliedern während einer Tagung Ostern 1925 in Jena direkt ausgetauscht wurden. Bevor auf dieses Ereignis eingegangen wird, sollen Position und Rolle Theodor Haubachs nicht nur punktuell darauf bezogen, sondern umfassender im Rahmen des oben dargestellten jungsozialistischen Kontextes beleuchtet werden.

#### **4.3.4 Theodor Haubach – Gastspiel bei den Jungsozialisten**

In Ausschnitten wurden Aspekte der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der jungsozialistischen Bewegung differenzierter dargestellt, weil die Art, in der sich Haubach in ihr agierend und in Beiträgen argumentierend zuordnet oder ‚einpaßt‘, seine politische Position in diesem Lebensabschnitt konturieren hilft. Halten wir uns die Grundlagen der von ihm bis zu diesem Zeitpunkt bekannten politischen Wegmarkierungen vor Augen, so kann es nicht überraschen, daß er sich jenen Kräften in der Hamburger jungsozialistischen Bewegung zuwandte, die die Tagung von Hofgeismar mit initiiert hatten und in der Folge massiv für ihr ‚Modell‘ unter den Mitgliedern warben.

Wenn wir davon ausgehen können, daß Haubach erst im Frühjahr oder Frühsommer 1923 einer jungsozialistischen Gruppe beitrug, so erstaunt die Tatsache, daß er bereits unmittelbar darauf repräsentierend vor Foren des Verbandes bzw. in der Öffentlichkeit agierte. Er brachte augenscheinlich bereits politisches ‚Gewicht‘ mit, etwa durch personale Kontakte und den Einsatz in der Vereinigung Republik. So trat er bei einem ‚Gedenktag der Reichsgründung‘ am 19.1.1924 auf, als er neben einem „Vertreter des Senats“ etwa 400 Kundgebungsteilnehmer von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, den Jungsozialisten, der Demokratischen Jugend und dem Republikanischen Studentenbund ‚Vaterland und Freiheit‘ offiziell begrüßte.<sup>783</sup>

Im April 1924 hielt er dann das zentrale Referat mit dem Titel „Politische Aufgaben der Jungsozialisten“ auf dem Bezirkstreffen Hamburg-Nordwest der Jungsozialisten.<sup>784</sup> Die Wiedergabe des Inhalts nimmt mehr als die Hälfte des Berichts ein und läßt die Akzentuierungen des Redners klar erkennen. Haubach begann offensichtlich mit einer kurzen Analyse der aktuellen innenpolitischen Lage, betonte die „Last, die auf die Schultern der deutschen Arbeiterpartei gerade in diesen Tagen“ gelegt sei und spielte damit zweifellos auf die Folgen des Sturzes der Regierung Stresemanns im November 1923, in dessen Vorfeld die Sozialdemokratie „wieder einmal den innerparteilichen Zusammenhalt allen anderen Erwä-

<sup>782</sup> Redaktionelle Mitteilung, in: Politischer Rundbrief 2 (1925), Nr. 4, o. S.

<sup>783</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 2, S. 48.

<sup>784</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 5, S. 119 – 120.

gungen übergeordnet [hatte].<sup>785</sup> Die bürgerliche Minderheitenregierung unter Reichskanzler Marx war noch im Amt, Neuwahlen waren für den Mai 1924 anberaumt. Diese außerordentlich diffizile innenpolitische Szenerie beförderte heftige Diskussionen in allen Parteigliederungen.

Doch Haubach „wuchs“, wie der Berichtstatter fast hymnisch anmerkte, mit seinem Beitrag „weit über die tagespolitische Diskussion hinaus.“<sup>786</sup> Das erwarteten die Mitglieder dieser Gruppierung innerhalb des Verbandes zweifellos auch von sich, aber Haubach forderte mit seiner bereits vorhandenen Aura derartige Überhöhungen wohl auch heraus. Nur schwer sind daher die Anteile des Redners und des Berichtenden – das war Gustav Leuteritz, Hamburger Vorsitzender des Verbandes – an der sprachlichen Fassung zuzuordnen. Nach der erwähnten kurzen Einleitung plädierte Haubach dafür, daß – zu Beginn als wörtliches Zitat gekennzeichnet – „der Zukunftsgedanke der europäischen Menschheit“ jedem einzelnen von uns auf die Stirn geschrieben sein sollte.“ Diese Vision wurde zum übergeordneten Gesichtspunkt und Leitmotiv des Referates. Zitate Humboldts, Trozki und eines englischen Kolonialministers sollten die These von der Internationalität „des Menschen“ untermauern, der „in den allgemeinen Kulturkreis des Abendlandes hineingeboren“ werde.

Unter dem Dach dieses gedanklichen Überbaus siedelte Haubach dann in vergleichsweise lapidarem Ton die in der Bewegung offen zutage getretene Konfrontation an. „In unfruchtbarer Schärfe“ – so wurde er wiedergegeben – werde „polemisiert: Hier Volksgemeinschaft – dort Klassengedanke.“ Er bezeichnete ausdrücklich das Verhalten „>beider< [gesperrt, P.Z.] Seiten“ als „Fanatismus“ und setzte sich direkt nicht mit den Argumenten der Kontrahenten auseinander. Als wollte er ihnen eine Art Kompromiß aufzeigen, entwickelte er die „ins Grandiose aufsteigende Linie“, wie „der Klassenproletarier die politische Initiative ergreift, um den Staat zu erobern, wie er sich als Parlamentarier und Mitregierender bereits der Gesellschaft in einem tieferen Sinne einordnet, sich also von dem reinen Zustand der Klasse entfernt, um schließlich als Kosmopolitiker europäische Politik zu treiben und endlich, schon längst über den Elendszustand des hungernden Proletariats hinausgewachsen, zur Menschheit zu gelangen.“<sup>787</sup>

Bezeichnend für die Zusammensetzung des Auditoriums ist die Tatsache, daß „anhaltender Beifall“ dem Redner dankte. Es ist nicht vorstellbar, daß Haubach mit dieser Gedankenführung in einem den Hannoveranern nahestehenden Kreis derart freundlich verabschiedet worden wäre. Deutlich macht der Bericht zwar, daß Theodor Haubach sich über die ‚Parteien‘ zu stellen suchte; beiden warf er indirekt neben dem bereits zitierten Fanatismus Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit, eigentlich mangelnden intellektuellen Weitblick, vor, weil sie eben nicht die von ihm reflektierte europäische Dimension in den Blick genommen hätten. Das eben ausführlich wiedergegebene Zitat demonstriert jedoch bei aller Vorsicht der Interpretation wegen seines vermittelten Charakters erhebliche Übereinstimmung mit den grundlegenden Mustern der Hofgeismarer. Der Proletarier in der Vision Haubachs entfernt sich von seiner Klasse und ‚reüssiert‘ im Grunde, indem er sich der vorgegebenen parlamentarisch-republikanischen Strukturen bedient und sich – offenbar ein weiterer Aufstieg – der Gesellschaft „einordnet“, bevor er alles

<sup>785</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 678.

<sup>786</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 5, S. 119 – 120.

<sup>787</sup> Ebd., S. 120.

hinter sich lassend einen höchsten Grad, den der „Menschheit“, erreicht. Selbst wenn man das nebulös-philosophische Schlußbild vernachlässigt, so bleibt der Eindruck eines nur vordergründig dynamischen Modells: Die Proletarier werden als Figuren im Rahmen der gesellschaftlichen wie politischen Strukturen wie auf dem Reißbrett verschoben. Die Elemente entstammen einer liberalen, bürgerlichen Vorstellung, und Haubach verteilte als Intellektueller die Rollen. Diese Haltung kann beileibe nicht etwa als beinahe zynische Anmaßung ausgelegt werden, sie entsprach schlicht dem Selbstverständnis dieser Kaste bürgerlicher Intellektueller.

Wiederholt wird die rhetorische Kraft in Berichten über seine ‚Auftritte‘ betont. Im Mai 1924 hielt er in Kiel auf einer jungsozialistischen Tagung eines von vier Referaten, dessen Thema „Jugend, Sozialismus, Politik“ sich bereits wie eine Aufforderung zu Allgemeinplätzen ausnimmt. Die wenigen Annotationen weisen tatsächlich darauf hin – „hingebende Liebe zur Republik“ mahnte er an und verwies auf „ein ungeheures Arbeitsfeld für die Jungsozialisten“ –, der Beobachter erklärte Haubachs Ausführungen zum „Höhepunkt der Konferenz“, die „alle Zuhörer“ gefesselt hätten.<sup>788</sup>

Unter dem Titel „Deutsche Politik!“ hielt Haubach wenig später „vor den Jungsozialisten des Ruhrgebiets“ – also vor Sympathisanten – wiederum ein Referat.<sup>789</sup>

Nach einem historischen Exkurs ordnete er die aktuelle politische Situation als wichtige Station auf dem Weg zu einer „Politisierung der Deutschen“ ein. Dieser Prozeß sei gleichzusetzen mit dem „Kampf um Recht und Gleichberechtigung [...] in jeder Richtung und nach jeder Möglichkeit.“ Sein Ziel sei „das Erwachen des nationalen Gemeinsamkeitsbewußtseins“, das zugleich „die Grundlage für den deutschen Einheitsstaat und seine Erhaltung“ darstelle. Da bestimmende Kräfte wie die des Feudalismus, spezifischer Gruppen oder Schichten der Gesellschaft überwunden werden müßten, sei ein revolutionärer Kraftakt erforderlich. Diese Revolution müsse „patriotisch“ sein, postulierte er und rief als Ahnen gut bildungsbürgerlich Goethe, Kant, Fichte, Arndt und die „Urburschenschaft“ an. Hier wie in anderen Passagen des einleitenden Teils fehlt es an Klarheit und definitivischer Präzision.

Wenn auch im sprachlichen Duktus, der deklamatorisch und gewichtig daherkommt, vergleichbar, so ist der zweite Teil des Referates inhaltlich für unseren Kontext von erheblich größerer Bedeutung. Haubach stellte zunächst fest, daß „formal ein Staat – ein Einheitsstaat“ bestehe, daß der in Wirtschaft und Gesellschaft „fundamental“ vorhandene „Konflikt zwischen Arbeit und Besitz“ allerdings überwunden werden müsse oder dieser Staat aufhören zu existieren. Zur Lösung des Konfliktes sei der Klassenkampf geradezu „Schicksal“. Er könne „durch gutes Zureden, durch Versöhnlichkeitspredigten und Volksgemeinschaftsromantik nicht aus der Welt geschafft werden.“<sup>790</sup> Die Arbeiterschaft müsse diesen Staat als den ihren ansehen können, sie gebe das „Fundament“ für ihn ab. Die „Wiederein-

<sup>788</sup> Konferenz der Jungsozialisten des Bezirkes Schleswig-Holstein, 24. u. 25.5.1924 in Kiel, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 8, S. 167.

<sup>789</sup> Haubach, Theodor: Deutsche Politik!, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 9, S. 196 – 197. Der Text ist, von Haubach namentlich gezeichnet, zweifelsfrei eine Nachschrift, da einige Sätze unvollständig bleiben, nur den Sinn wiedergeben. Außerdem fehlen die bei Referaten üblichen verbindenden Elemente.

<sup>790</sup> Ebd., S. 196.

bürgerung“ des Proletariats erklärte er zur „Schlüsselfrage für diesen deutschen Staat“, ein Prozeß, der „ohne jeden Zweifel“ ein revolutionärer und ein patriotischer sei. Damit begrenzte er ihn auf Deutschland, setzte sich im selben Atemzug jedoch wie die ‚das Nationale‘ betonenden Hofgeismarer von „der Art der Nationalsozialisten“ ab, die eben nicht akzeptierten, daß das deutsche Volk „ein Volk unter Völkern“ sei.

Diese Gedanken Haubachs vermitteln nur bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck eines umfassenden konzeptionellen Entwurfs, sie benötigen einen kritischen Zugriff. Die zentrale und maßgebende Rolle, die Haubach der Arbeiterschaft in dem Prozeß notwendiger gesellschaftlicher Umwandlung und der Schaffung eines Einheitsstaates zumaß, unterschied sich nur vordergründig von dem Inhalt des zuvor zitierten Referats. Doch letztlich kulminierte auch hier die Vision des Referenten in einer romantisierend-verklärten Aussicht, daß der Proletarier zum Sozialisten würde, der Sozialismus „ihn zum Staat und zur Nation“ führe und diese neue Einheit dann zur Gemeinschaft der Staaten und Völker: „Deutschland, Europa, die ganze Welt!“<sup>791</sup> Als spielten sie sich in der aseptischen Welt eines Labors ab, so entwickelte Haubach seine Projektionen, differenziertere, selbst größere Muster der realen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen blieben ausgespart. Auch eine Reihe seiner Formulierungen in zentralen Passagen nahmen sich mechanistisch-abständig aus, so z.B. die Feststellung: „Der Klassenkampf ist ein politisches Problem, welches politisch gelöst, konstruktiv überwunden werden muß.“<sup>792</sup> Welche Voraussetzungen für einen solchen Prozeß konkret zu schaffen wären, wie der Kampf ablaufen könnte oder müßte, gegen wen er in dieser Gesellschaft zu richten sei: Diese wie andere notwendige Fragestellungen blieben unerörtert. Eindeutig bestimmt den Text insgesamt die selbstgewählte Position – und auch Pose – des strategischen Beobachters, in keiner Passage die des zutiefst betroffenen, engagierten und zum Kampf entschlossenen Klassenkämpfers. Dem stand die eigene Milieubindung entgegen. Wie stark sie wirkte und sich zwangsläufig von etwa der eines der Arbeiter-Jugend entwachsenen Jungsozialisten unterscheiden mußte, wird in einer der Schlußsentenzen deutlich. In ihr hob er nicht nur zum wiederholten Male die zunächst nationale Dimension des revolutionären Prozesses hervor, sondern sah sie vollendet, wenn „nach dem alten Worte Humboldts die Menschheit in Deutschland“ verwirklicht sei.<sup>793</sup>

Ohne Zweifel argumentierte Haubach entschiedener als andere Hofgeismarer für den Klassenkampf, bezeichnete ihn als zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen und politischen Fortschritt, als wollte er die traditionell den Hofgeismarern zuneigenden Jungsozialisten des Ruhrgebiets von dieser Akzentuierung überzeugen. Damit hätte Haubach dann die in der Tagung zuvor zu beobachtende Rolle eines Vermittlers zwischen den Flügeln der jungsozialistischen Bewegung weiterzuführen versucht – in der Substanz waren jedoch seine Aussagen hinsichtlich ihrer Wurzeln und der manchmal schwammig-visionären Terminologie denen der Hofgeismarer Genossen sehr ähnlich.

Neben der nach Auskunft de l’Aigles kontinuierlichen Basisarbeit in einer der Jungsozialisten-Gruppen, an der er teilnahm, erhielt Haubach weiterhin repräsentative ‚Führungsaufgaben‘, vor allem hielt er grundlegende Referate. So auch im

<sup>791</sup> Ebd., S. 197.

<sup>792</sup> Ebd., S. 196 f.

<sup>793</sup> Ebd., S. 197.

Oktober 1924 auf der Bezirkskonferenz eines Hamburger Bezirks, die in Rotenburg, einer kleinen niedersächsischen Stadt, abgehalten wurde. Diese Standortwahl ermöglichte es, auch Bremer Genossen zu beteiligen, zudem wurde die Teilnahme „großer geschlossener Trupps Reichsbannerjugend, gemeinsam mit Rotenburger Republikanern“ an einem Festzug hervorgehoben.<sup>794</sup> Deutlich ist an dieser eher marginalen Bemerkung ablesbar, daß bald nach Gründung des Reichsbanners im Frühjahr 1924 durch deren führende Vertreter, zu denen auch Theodor Haubach gehörte, eine inhaltliche und personale Übereinstimmung mit der SPD demonstriert werden sollte.<sup>795</sup>

Nachdem Carlo Mierendorff, ein seltener Gast im Norden, zwei Referate zur wirtschaftlichen und politischen Situation gehalten hatte, in dem er u.a. – dieses wurde vom Berichtersteller gesperrt hervorgehoben – konstatierte, daß aktuell nicht die Möglichkeit bestehe, „sozialistische Wirtschaftsforderungen durchzuführen“, gemeint waren Planwirtschaft und Sozialisierung, „sprach Genosse Haubach über die politischen Aufgaben Deutschlands.“<sup>796</sup> Nach Auskunft des Berichts plädierte er entschieden dafür, Einheitsstaat und Republik zu bewahren und dabei auf „die sozialistische Jugend“ zu setzen. Der ideologische Kontext dieser Gruppe manifestiert sich in den romantisierend-blumigen, stark national ausgerichteten Anmerkungen des Protokollanten, der „einigen Jungsozialisten ins Stammbuch“ geschrieben sehen wollte, daß „Welfentum und Preußentum“ als Quellgebiete zu betrachten seien, „in deren Abflußgewässern alles vorhanden ist, was nationale Kultur bedeutet (Literatur, Malerei, Musik, Sprache) und die deshalb zusammenfließen müssen in den großen Ozean Deutschland.“<sup>797</sup>

Am ausführlichsten äußerte sich Haubach zu seinem Staatsverständnis, zur Einordnung der Begriffe Nation und Volk sowie seinen Vorstellungen darüber, wie eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen zu erreichen sei, außerhalb der jungsozialistischen Publizistik.<sup>798</sup> Einleitend stellte er fest, daß Begriffspaare wie „Klassenkampf – Volksgemeinschaft“ oder „Internationale – Vaterland“ als Ausdruck des Konflikts „zwischen rechtem und linkem Flügel der S.P.D.“ weiter Bestand hätten, die Partei „praktisch am Schnittpunkt der revolutionären und nationalen Kräfte“ stehe.<sup>799</sup> Seine bereits oben festgehaltene Neigung, zwischen beiden Polen zwar nicht vermitteln, so doch einen Weg aus dem Dilemma weisen zu wollen, schlug sich in dem Bemühen nieder, zunächst nach Hegel den Nachweis zu führen, daß eine antithetische Auseinandersetzung mit diesen Formulierungen falsch sei. Der Zwang, eine der genannten Fragestellungen eindeutig beantworten zu wollen, vernichte die Möglichkeit, sich mit beiden Elementen schöpferisch auseinanderzusetzen. Am Beispiel des Begriffspaares „Klasse – Volk“ exemplifizierte er seinen Standpunkt und wies Vorstellungen von „weite[n] Kreisen unseres rechten Flügels“ wie von denen des linken Flügels zu-

<sup>794</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 11, S. 276 – 277, S. 277.

<sup>795</sup> Die Tätigkeit Haubachs im Reichsbanner wird in einem der folgenden Kapitel ausführlich dargestellt werden. Hier sei bereits angemerkt, daß die gewählten Tagungsorte der Bezirkskonferenzen Nordwest, Stade und Rotenburg, in einem Gebiet lagen, das zum Reichsbanner-Gau Hamburg – Bremen – Nordhannover gehörte.

<sup>796</sup> Ebd., S. 276.

<sup>797</sup> Ebd.

<sup>798</sup> Haubach, Theodor: Die Fahne der Republik – die Fahne der Partei?, in: Die Glocke 10 (1924), Nr. 24 v. 11. September 1924, S. 773 – 776.

<sup>799</sup> Ebd., S. 773.

rück, die je einen der Termini für ihren konzeptionellen Überbau reklamierten.<sup>800</sup> Er forderte gründliche und breit angelegte theoretische Arbeit, in der die fundamentalen sozialistischen Begrifflichkeiten wie „Klasse, Volk, Staat, Internationale“ zu klären seien, und zwar unter Einbeziehung soziologischer Erkenntnisse. Zweifellos war damit ein notwendiger Schritt ins Auge gefaßt, gerade wenn man auch den nur scheinbar souveränen Umgang Haubachs selbst in diesem Feld berücksichtigt.

Haubach äußerte sich nicht zu der Frage, unter welchen Gesichtspunkten denn wohl soziologische Daten und politische Programmatik zusammenzuführen seien, wie auch nicht zur Problematik bzw. zu möglichen Ansätzen einer Theoriedebatte, die zwangsläufig bei einem solchen Prozeß einsetzen würde.

Mit großem argumentativem Aufwand entwickelte er wiederum die Vorstellung, daß „die Arbeiterschaft“ sich allein im Blick „auf die konkreten Situationen ihres Landes“ erheben könne, um sich dann wieder in eine grandiose Apotheose hineinzusteigern, in der er Arbeiterklasse, Sozialismus, nationale Revolution unkonturiert als ineinander übergehend darstellt und sie letztlich aufgehen läßt in „den ewigen Normen“ – diese sich vorzustellen oder auszumalen, blieb freilich dem Leser überlassen.<sup>801</sup> Damit war zugleich eine eindeutige Absage an „die Internationale“ als primär treibende revolutionäre Kraft formuliert. In einem vergleichsweise kurzen Absatz wies er ihr die Funktion einer „politischen Gleichrichterstation“ zu, die „die sich neubildende übernationale Gruppierung der Nationen“ strategisch führen und koordinieren solle – „nach der Eroberung der Vaterländer durch die nationalen Arbeitergruppen.“<sup>802</sup>

Haubach suchte in seiner abschließenden Betrachtung beide Stufen dieses Prozesses in der Flaggensymbolik zusammenzuführen, die die Überschrift dieses Beitrages bestimmte. Fast beschwörend wies er noch einmal auf seine grundsätzliche These hin, daß „Revolution und Internationale“ sowie „Volk und Staat“ nicht gegeneinander stünden, sondern Bestandteile unterschiedlicher Ordnungskriterien darstellten. Aus dieser Annahme heraus entwickelte er den Vorschlag, daß die Flagge der Partei einen „großen roten Grund“ und auf diesem „die nationalen Farben des neuen Deutschland“ zeigen solle.<sup>803</sup> Vergleichbare Aussagen, die den Dialog und den Ausgleich zwischen beiden Lagern – der Dissens bestand kongruent bei den Jungsozialisten – zu bewegen beabsichtigten, sind von anderen Jungsozialisten dieser Jahre nicht zu vernehmen. Haubach bemühte sich augenscheinlich um einen eigenen Weg. Bevor seine Position in dieser Phase umfassend analysiert wird, sei jedoch hier bereits auf die deutlich wahrnehmbaren Gewichtungen hingewiesen, die er den unterschiedlichen Elementen seiner Argumentation zumaß. Sie lassen im vorliegenden Text ganz eindeutig darauf schließen, daß nach seinen Vorstellungen die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen einen nationalen Charakter haben müsse.

Einen weiteren herausgehobenen ‚Auftritt‘ hatte Haubach im Sommer 1924 während der ‚Außenpolitischen Woche‘ in Gudenberg. Ihm hatten die einladenden Bochumer und Dortmunder Jungsozialisten, die zum Lager der Hofgeismarer ge-

---

<sup>800</sup> Ebd., S. 774.

<sup>801</sup> Ebd., S. 775.

<sup>802</sup> Ebd., S. 775 f.

<sup>803</sup> Ebd., S. 776.

hörten, die Aufgabe übertragen, die Tagung „geistig“ vorzubereiten.<sup>804</sup> Haubach leitete sie dann auch, was sich u.a. in der Tatsache niederschlug, daß er das erste Referat hielt zum Thema „Jungsozialisten und Außenpolitik“ und am letzten Tag die Ergebnisse der Referate und Aussprachen zusammenfaßte. Hier deutete sich nach Auskunft der nur wenigen protokollartigen Annotationen die Erschließung der ‚Außenpolitik‘ als Thematik an, die für Haubach zunehmend – auch beruflich – bedeutsamer wurde. Seine Vorstellung einer zunächst national verlaufenden Entwicklung, die in einer „jungen republikanischen Staatsfreudigkeit“ münden sollte, forderte nach seiner Auffassung eine eigenständige Außenpolitik geradezu heraus.<sup>805</sup> Damit betrat er ein politisches Terrain, das in der Geschichte der Sozialdemokratie bislang vernachlässigt worden war. Innenpolitische Unterdrückung im Kaiserreich, heftige innerparteiliche Flügelkämpfe, eine verbreitete internationalistische Haltung, Kriegs- und Nachkriegszeit mit konkreten tagespolitischen Herausforderungen hatten die Erarbeitung weittragenderer konzeptioneller Entwürfe für diesen Sektor der Politik verhindert.

Wortreich entwickelte Haubach in der ersten Nummer der Politischen Rundbriefe seine Vorstellungen einer „sozialistischen Außenpolitik“, dem Text sind jedoch nur einige wenige übergreifende Akzente zu entnehmen, differenziertere Linien fehlen noch. Wichtig erschien ihm die notwendige Korrektur in der traditionellen Übereinkunft, nämlich den „Weltfrieden“ als bestimmendes Ziel der Außenpolitik durch den „Weltsozialismus“ zu ersetzen.<sup>806</sup> Er sei ein umfassenderer Begriff, der nicht nur den Weltfriedensgedanken impliziere, sondern auch „eine universale Entfaltung und Steigerung menschlicher und gesellschaftlicher Kräfte“ befördere.<sup>807</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang die strenge, fast asketisch anmutende Auslegung des Sozialismus durch Haubach, der mit ihm nicht „Reibungslosigkeit“ oder „Glück“ realisiert sehen wollte, sondern forderte, eine „aufgegebene Leistung“ zu tun, nicht um ein „paradiesisches, sondern um ein heroisches Dasein“ anzustreben.

Bestimmt wies Haubach einer agierenden deutschen Außenpolitik auch einen „spezifischen geographisch-ökonomisch-politisch-kulturellen Raum“ zu, den europäischen Bereich, den er in enger Beziehung zur atlantischen Region sah. Realistisch beschrieb er die Aufgabenkomplexe in diesem Feld, u.a. „das äußerst krasse Nationalitätenproblem, die Ueberbevölkerung und ihre Verteilung, den vielfach verengten Nahrungsspielraum, die enorme Entfaltung und Mißorganisation der kapitalistisch-industriellen Entwicklung.“<sup>808</sup> Komplizierend, so seine Prognose, würden sich unterschiedliche Regierungsformen, die Nachwirkungen des Weltkrieges und die kolonialen Interessen der Engländer auswirken. Aus diesen tiefgreifenden Problemen führte dann letztlich der internationale Sozialismus heraus. Damit beschrieb Haubach Voraussetzungen und Handlungsfelder potentieller sozialistischer Außenpolitik in einem bereits konkreteren Rahmen. Auch dieser Entwurf wurde von einer betont nationalen Ausrichtung bestimmt, deren Grundlage – das sei wiederum hervorgehoben – dezidiert nicht-nationalistisch war. Die

<sup>804</sup> Rathmann, Ein Arbeiterleben, S. 78.

<sup>805</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 8, S. 189 – 191, S. 189 f.

<sup>806</sup> Haubach, Theodor: Zu einer positiven Theorie sozialistischer Außenpolitik, in: Politischer Rundbrief 1 (1924), Nr. 1 v. Oktober 1924, S. 9 – 13, S. 9 f.

<sup>807</sup> Ebd., S. 11.

<sup>808</sup> Ebd., S. 12.

je eigene nationale Souveränität und politische Entwicklung – erwartet wurde eine sozialistische – der anderen Staaten wurde selbstverständlich respektiert. Darauf bezog sich Hermann Heller, im selben Heft mit einem Artikel „Sozialistische Außenpolitik?“ vertreten, in seinem Hinweis, daß die Formulierung „der Nutzen der einen Nation ist der Schaden der anderen“ aus dem „Arsenal der Diplomatie von vorgestern“ stamme.<sup>809</sup> Er formulierte deckungsgleich mit den Gedanken Haubachs die Umriss für „eine national verantwortliche Außenpolitik mit sozialistischen Grundsätzen“, die sich in der sozialistischen Internationale verwirklichen sollte.

Hatte Haubach auch nicht an der Hofgeismarer Tagung teilgenommen, die als Ausgangspunkt für die Konstituierung der einander unversöhnlich gegenüberstehenden Lager angenommen werden kann, so beteiligte er sich Ostern 1925 aktiv – belegt durch eine Reihe von Diskussionsbeiträgen – an der dritten Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena. Die Auseinandersetzung zwischen Vertretern beider Gruppierungen hatten sich unvermindert fortgesetzt, ohne daß die oben skizzierten Positionen sich veränderten. Groß war die Zahl von allerdings vergeblichen Versuchen, beide Fraktionen dazu zu bewegen, sich aufeinander zuzubewegen. Von der Jenaer Veranstaltung wurde eine Entscheidung über den zukünftigen Kurs der Jungsozialisten erwartet – und es gab sie in der Tat. Walter weist in seiner Studie eindrucksvoll nach, daß sich die Teilnehmer keineswegs nur aus Mitgliedern beider Blöcke zusammensetzten. Es hatten sich einige Delegierte zwischen den ‚Frontlinien‘ etabliert, zudem konnten Vertreter des Internationalen Jugend-Bundes, die sich intensiv auf die Veranstaltung vorbereitet hatten, Hannoveraner beeindrucken.<sup>810</sup> Vor 111 Delegierten referierten zum Tagesordnungspunkt 1 „Nation, Staat und Sozialdemokratie“ für die Hofgeismarer Hermann Heller und für die Hannoveraner Fraktion der Wiener Max Adler. Der Wiener Gelehrte Adler war häufiger und umschwärmter Gast in der linken jungsozialistischen Szene, rekurrierte in seinen frühen Schriften zwar auf den Marxismus, entwickelte jedoch einen eigenen anti-reformistischen Ansatz, in dem er das Bild

---

<sup>809</sup> Heller, Hermann: Sozialistische Außenpolitik?, in: Ebd., S. 6–8, S. 8. Hermann Heller (1891 – 1933 in Madrid), Kriegsfreiw., seit 1920 Mitglied der SPD, 1920 Habilitation für Rechtsphilosophie, Staatslehre u. Staatsrecht an der Univ. Kiel; engagiert in der Volkshochschulbewegung, 1922 – 1925 Leiter des Leipziger Volksbildungsamtes; 1928 a.o. Prof. in Berlin; 1932 o. Prof. in Frankfurt/M., Prozeßvertreter für die SPD-Landtagsfraktion vor dem Staatsgerichtshof im Verfahren ‚Preußen contra Reich‘ nach dem 20.7.1932; von den Nationalsozialisten als Jude und Antifaschist bespitzelt und verfolgt, Exil. Aus der Literatur über Heller sei v.a. verwiesen auf den facettenreichen Band: Müller, Christoph/Ilse Staff (Hrsg.): Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 – 1933, Baden-Baden 1984. Er enthält eine Fülle von informativen wie kritisch-analysierenden Beiträgen. Zu seiner Bedeutung für die SPD und für Theodor Haubachs politische Position vgl. im folgenden in verschiedenen Kontexten.

<sup>810</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 170. Der Internationale Jugend-Bund wurde fast diktatorisch von Leonhard Nelson, einem Göttinger Philosophen, geführt; es galt das Prinzip strenger Führerauslese, mönchisch anmutende Regeln bestimmten den Lebenswandel der vergleichsweise wenigen Mitglieder, die allerdings mit ihrer Ideologie, die auf radikale Gerechtigkeit, kompromißlosen Klassenkampf und antinationalistische Ideologie zielte, im Lager der ‚linken‘ Jungsozialisten Anhänger gewinnen konnten. Vgl. zu dieser Vereinigung allgemein: Link, Werner: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), Diss. phil., Marburg 1964 und zum hier behandelten Ereignis: Walter, S. 118 ff.

eines „neuen Menschen“ entwarf.<sup>811</sup> Die Referate der beiden Kontrahenten wie die sich jeweils anschließende Diskussion verliefen in einer stark aufgeheizten Atmosphäre, Zwischenrufe und mit persönlichen Unterstellungen versehene Debattenbeiträge vermitteln auch aus großer zeitlicher Distanz noch die Stimmung eines ‚Endkampfes‘.<sup>812</sup>

Die Leitlinien des Referates Hellers sollen hier kurz wiedergegeben werden, weil sie erkennen lassen, daß sie Haubachs Position zu diesem Komplex zumindest erheblich stabilisieren, wenn nicht sogar begründen halfen. Nachdrücklich plädierte Heller für die Existenz des ‚Staates‘, da nur unter seinem Dach die Individuen wie die vielfältigen Organisationen und Verbände zusammengefaßt werden könnten. Die Sozialisten sollten nun nicht den vorhandenen Staat beständig krisieren oder gar ablehnen, sondern ihn zunächst einmal akzeptieren: „Also: wenn kein besserer Staat da ist, nimmt man ihn eben, so wie er da ist!“<sup>813</sup> Selbstverständlich müsse das kapitalistische System überwunden werden, so sein Votum, doch der Weimarer Staat biete die Chance, die sozialistische Idee zu realisieren. Als zweiten wichtigen Terminus interpretierte er die ‚Nation‘, die ihre natürliche Grundlage durch „Blutverfestigung und Boden“ erhalte. Ihre spezifische Eigenart mache aber letztlich ihr „Kulturbesitz“ aus.<sup>814</sup> Die Nation müsse im Zeitalter der Demokratie „zum staatlichen Organisationsprinzip“ werden. Die Aufgabe der Sozialdemokratie bestehe nun darin, die Arbeiterschaft in die Kulturgemeinschaft einzubeziehen. Gegen die vermuteten Widerstände der Etablierten setzte er die Forderung: „Die Aufgabe des Arbeiters ist es also, sich hineinzukämpfen in die nationale Kulturgemeinschaft.“<sup>815</sup> Damit waren von Heller zwei zentrale Positionen markiert, die auch Haubach propagierte: die Betonung eines ‚nationalen Sozialismus‘ und die Austragung des Klassenkampfes auf dem Gebiet der ‚Kultur‘, die allerdings begrifflich weit gefaßt wurde. An anderer Stelle kurz nach der Veranstaltung von Jena, in seiner 1925 erschienenen Schrift ‚Sozialismus und Nation‘, zählte Heller zum staatlichen kulturellen ‚Überbau‘ „Sprache, Kunst, Wissenschaft und Religion“.<sup>816</sup> Mit der Volkshochschulbewegung, in der sich Heller intensiv engagierte, sollte die Arbeiterschaft mit den ‚geistigen Grundlagen‘ vertraut gemacht werden. Zu dem langen reformerischen Weg, den diese konzeptionellen Vorstellungen zwangsläufig voraussetzten, zeichnete sich zugleich eine weitere praktisch-politische Perspektive ab. Der ideologischen Grundlegung Hellers immanent war nämlich auch die Bereitschaft, wenn nicht die Notwendigkeit, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie mit den Parteien des republikanischen Bürgertums zu koalieren.

Die Thesen Max Adlers widersprachen im Grundsatz denen seines Vorredners unmißverständlich und klar. Sie seien hier auch kurz annotiert, weil sie eine eindeutige Gegenposition zu den Vorstellungen Haubachs markierten und geeignet

<sup>811</sup> Z.B. Adler, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Wien 1922 (neu aufgelegt: Darmstadt 1964) oder: Ders.: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.

<sup>812</sup> Ein lebendiges Bild vermitteln: Die Dritte Reichskonferenz der Jungsozialisten, April 1925 in Jena, Berlin 1925 (Protokoll) und die Fülle der Berichte von Zeitzeugen, die der Vf. einarbeitet, in: Walter, Nationale Romantik, S. 170 - 177.

<sup>813</sup> Dritte Reichskonferenz, Prot., S. 6.

<sup>814</sup> Ebd., S. 8.

<sup>815</sup> Ebd., S. 9.

<sup>816</sup> Heller, Hermann: Sozialismus und Nation, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 1, S. 456 f.

sind, die grundsätzlichen Unterschiede zu beleuchten. Adler verwarf die Definitionen, die Heller zu den Begriffen ‚Staat‘ und ‚Nation‘ geliefert hatte, sondern stellte die Unterscheidung „von solidarischer und unsolidarischer Gesellschaftsordnung“ dagegen.<sup>817</sup> Der von Heller entwickelte Gedankengang atme den Geist traditioneller bürgerlicher Vorstellungen, so Adler, mit denen radikal gebrochen werden müsse. Die Existenz einer nationalen Komponente stellte er nicht in Abrede, er warf jedoch der herrschenden gesellschaftlichen Klasse vor, daß sie die kulturellen Werte für sich beansprucht habe. Solange der größte Teil der Bevölkerung von den Kulturwerten ausgeschlossen sei, könne auch keine Rede von einer gemeinsamen Kultur – damit wohl auf den bemüht verbindend-verbindlichen Terminus der ‚Volksgemeinschaft‘ zielend – geben.<sup>818</sup> Die Herrschenden würden niemals ihre Privilegien freiwillig beschneiden, sondern, so Adlers Bild, weiterhin als „Hausherrn“ die „Belle-Etage“ bewohnen und denen in der Kellerwohnung nur dann Zugeständnisse machen, wenn es not tue. Daher gelte es, einen „Bruch [...] mit dem alten Geist des unsolidarischen Denkens und Fühlens“ herbeizuführen.<sup>819</sup> Adler wies nicht nur die von Heller eingebrachte Interpretation der Elemente des gesellschaftlichen und politischen Diskurses nachdrücklich zurück, sondern er setzte eigene Akzente und faßte zusammen: „Unser Reich, unsere Heimat in Staat und Volk ist nicht von dieser kapitalistischen Welt, sondern ist erst zu begründen in der sozialistischen Gesellschaft.“<sup>820</sup>

Das Ergebnis der ‚Reichskonferenz‘, nämlich die Annahme einer von den Hannoveranern eingebrachten „Resolution“, kam dann überraschend schnell und fiel deutlich aus.<sup>821</sup> Die scharfe Konfrontation, die durch die Diskussion von zwei Resolutionsentwürfen umweglos auf die von ihm heftig abgelehnte Entscheidung über „Alternativen“ zusteuerte, ließ Haubach augenscheinlich keine Chance, für eine übergreifende Lösung zu argumentieren. Am zweiten Tag wurde ein neuer Resolutionsentwurf vorgelegt, zu dem keine allgemeine Debatte zugelassen wurde, sondern es durfte nur „einen Redner für und einen gegen den Antrag“ geben. Haubach war von den Hofgeismarern als Sprecher gegen die Resolution bestimmt worden – Ausdruck seiner Wertschätzung und herausgehobenen Position in dieser Gruppierung. So artikulierte er sich für die Position der Hofgeismarer, z. T. auch heftig, wobei eine eher von ihm marginal gemachte Bemerkung zu einem Element der Niederlage seiner Fraktion stilisiert wurde. Offenkundig unzufrieden über den Verlauf der Auseinandersetzung kritisierte er die Einlassung seines Vorredners, daß „die heutige Demokratie sich nur auf die Gleichwertigkeit des Stimmzettels erstreckt“ mit dem Hinweis, daß zweifelsfrei auch „jeder Straßenbahnschaffner“ eine solche Feststellung treffen könne.<sup>822</sup> Empört sahen viele Teilnehmer das Proletariat herabgesetzt. Nicht nachvollziehbar scheint jedoch die Behauptung Beteiligter, daß dieser rhetorische anti-proletarische Ausfall Haubachs die Abstimmung entschieden hätte.<sup>823</sup> Liest man nämlich das Protokoll, so fällt eine Fülle von Aussagen beider Seiten auf, die jeweils in das ideologische Mark der anderen treffen

<sup>817</sup> Dritte Reichskonferenz, Prot., S. 19.

<sup>818</sup> Ebd., S. 20.

<sup>819</sup> Ebd., S. 22.

<sup>820</sup> Ebd.

<sup>821</sup> Ebd., S. 32 und Jungsozialistische Blätter 4 (1925), H. 5, S. 158: „71 gegen 39 Stimmen“, bei Walter, S. 174, wird vermutlich fälschlich ein Ergebnis von 71 gegen 31 Stimmen angegeben.

<sup>822</sup> Dritte Reichskonferenz, S. 31.

<sup>823</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 175.

sollten. Haubachs Bemerkung bot wahrscheinlich die Chance, daß sich eine individuelle und kollektive Stimmungslage, die sich bereits aufgebaut hatte, mit ihr als Kristallisationspunkt auch demonstrativ transportieren ließ. Bei der Empörung, die sich an der Formulierung Haubachs entzündete, muß auf eine sozialpsychologische Komponente verwiesen werden, legte sie doch eine tiefer liegende Schicht frei: Haubach repräsentierte mit seiner Anmerkung – selbstsicher, flott formuliert, lässig hingeworfen – jenen ausgrenzenden bildungsbürgerlichen Habitus, der in der direkten Auseinandersetzung von den Hannoveranern und ihnen Nahestehenden bewußt oder unbewußt als zutiefst distinktiv empfunden wurde und dem die ‚Linke‘ mit wachsendem Selbstvertrauen auf dem ihr vertrauten Feld der Politik entgegenzutreten trachtete.

Haubach mußte erkennen, daß sich uneingeschränkt die konzeptionellen Vorstellungen der innerverbandlichen Gegner in der Resolution durchsetzten. Der einleitenden Sentenz, daß „die nationale Romantik“ entschieden abzulehnen sei, mag er noch zugestimmt haben.<sup>824</sup> Im Kern des weiteren Textes wurde jedoch der bestehende Staat als von bürgerlichen Kräften bestimmtes Konstrukt bezeichnet, in dem das Proletariat „keine staatspolitische Verantwortung“ übernehmen dürfe, wenn dies dem internationalen Klassenkampf widerspreche. Diese Aussage bedeutete gegenüber den Haubachschen Ideen mit der Propagierung des ‚nationalen Klassenkampfes‘ eine erhebliche Akzentverschiebung, wenn nicht eine Umkehrung. Als seinen Intentionen absolut widersprechend muß er auch die Passage aufgefaßt haben, daß eine Betonung „der republikanischen Staatsnotwendigkeiten“ Konzessionen an das bürgerliche Denken bedeuteten und die Entschlossenheit zur Führung „des revolutionären proletarischen Klassenkampfes“ aufweichen könnten.

Welch hohen Stellenwert Haubach der Tagung in Jena zumaß, mag die Tatsache beleuchten, daß er sich mit sieben Debattenbeiträgen an den Auseinandersetzungen beteiligte.<sup>825</sup> Zudem hielt das Protokoll eine Reihe seiner Zwischenrufe fest. Doch trotz allen Engagements mußten seine Freunde und er eine weitere Niederlage hinnehmen. Für den amtierenden Redakteur der Jungsozialistischen Blätter, den moderaten Max Westphal, wurde der dem linken Lager zuzurechnende Engelbert Graf nominiert und schließlich mit 75 gegen 42 Stimmen gewählt.<sup>826</sup> Haubach erkannte die Gefahr, daß damit eine bedeutende innerverbandliche Position verloren ginge und stemmte sich mit aller Macht gegen den Wechsel. So verwandte er – wie das Wahlergebnis zeigt: vergeblich – Äußerungen aus einem länger zurückliegenden persönlichen Gespräch mit dem ‚linken‘ Kandidaten gegen diesen.<sup>827</sup> Das Protokoll der Tagung läßt ein Bild Theodor Haubachs entstehen, das ihn zeigt als ungemein engagiert, sich oft und gern in Debatten einmischend, selbstsicher, sich und sein Gegenüber zu eindeutigen politischen Positionen zwingend, ohne Scheu vor harter Konfrontation.

Haubach kommentierte das Ergebnis der Tagung von Jena kurz nach deren Ende in ‚seiner‘ Zeitung immerhin auf einer ganzen Spalte. Das Treffen der Jungsozialisten klassifizierte er zunächst als ohne „aktuelle Bedeutung“ und wies darauf

<sup>824</sup> Jungsozialistische Blätter 4 (1925), H. 5, S. 158. Auf die hier wiedergegebene Fassung beziehen wir uns im folgenden.

<sup>825</sup> Dritte Reichskonferenz, S. 23 f., 27, 31 f., 33, 39, 41, 43.

<sup>826</sup> Dritte Reichskonferenz, S. 43.

<sup>827</sup> Ebd., S. 41 ff.

hin, daß „solche Diskussionen“ als „periodische Erscheinungen“ zum Parteileben gehörten. Diese Einschätzung, durch die der Eindruck erweckt werden sollte, als tangiere ihn das Resultat der Veranstaltung nicht, ist allerdings nicht glaubhaft. Enttäuschung und unverhohlener Zorn sprechen vielmehr aus Bewertungen, in denen er Jena als Geburtsort „jener knochenlosen Resolutionsgeschöpfe“ bezeichnete und diese als „politisch und theoretisch dämmerige Proklamationen“ verurteilte. Der Anspruch ‚seines‘ Lagers wird vollends deutlich, wenn er apodiktisch anmerkte, daß der Klassenkampf „entweder politisch, wie wir es wollen, oder bandenmäßig militärisch, wie die KPD. es will“ zu führen sei. Drohend setzte er hinzu als eine Art „Schlußwort“, wie in der zweiten Zeile der Überschrift zu diesem Beitrag formuliert, daß derjenige, der sich nicht an diese Linie halten wollte, zusehen möge, „ob er bei dem bankrotten Haufen der Kommunisten eine Zuflucht findet.“<sup>828</sup> Auch diese Formulierungen lassen klar erkennen, daß die Hofgeismarer eindeutig einen Machtanspruch innerhalb der Bewegung vertraten und die opponierende Gruppe der Jungsozialisten eher konsterniert-entrüstet registrierten, sie nicht als ernstzunehmende Widersacher für eine lebendige Diskussion innerhalb der Bewegung wahrnehmen wollten. Angemerkt sei noch die bemerkenswerte Tatsache, daß Haubach für seine Philippika relativ viel Raum in dem Hamburger Parteiblatt erhielt – die Hofgeismarer waren den bestimmenden Kräften der Hamburger Partei offenkundig ideologisch nahe.

Die Hofgeismarer begaben sich unverzüglich auf den Rückzug aus der Organisation, allerdings nicht ohne noch einmal eher trotzig gegen weitere Jenaer Beschlüsse zu opponieren. Dieses Verhalten wurde jedoch taktisch geschickt, ohne grundsätzliche Debatten wiederzubeleben, nur durch den Verweis auf die Beschlußlage zurückgewiesen, und so lief diese letzte Attacke ins Leere.<sup>829</sup> Im Frühjahr 1926 erklärten dann die Hamburger nach Aussage Gustav Dahrendorfs ihren Austritt aus der Bewegung. Zur Begründung führte er an, daß mit der Bildung des Hannoveraner Kreises „an die Stelle theoretischer und geistiger Kämpfe der Kampf um Machtpositionen und Organisationsstützpunkte getreten [sei].“<sup>830</sup> Diese Behauptung kann vom kritisch beobachtenden und analysierenden Historiker eindeutig als eine Art Schutzbehauptung qualifiziert werden. Es konnte oben nachgewiesen werden, daß die Hofgeismarer ideologische Ansätze - zwischen Revitalisierung der Jugendbewegung und nationalem Klassenkampf changierend - zu verbindlichen Strukturen der jungsozialistischen Bewegung machen wollten. Sie selbst entwickelten also einen Macht- bzw. Führungsanspruch. Darüber hinaus muß festgehalten werden, daß der Auseinandersetzung um inhaltliche politische Positionen auch innerhalb jeder demokratisch strukturierten Partei die Frage nach

<sup>828</sup> Haubach, Theodor: Die Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena. Ein Nachwort und Schlußwort., in: H.E., 2.Beilage, Nr. 107 v. 18.4. 1925.

<sup>829</sup> Jungsozialistische Blätter 4 (1925), H. 12, S. 375 – 377.

<sup>830</sup> Jungsozialistische Blätter 5 (1926), H. 4, S. 125. In diesem Kontext sei angemerkt, daß Gustav Dahrendorf und Theodor Haubach jeweils zur gleichen Zeit in wichtigen Institutionen bzw. Organisationen aktiv waren - neben der Arbeit in der jungsozialistischen Bewegung u.a. auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in der Hamburger SPD und in der Redaktion des Hamburger Echo. Bei der häufig schlechten Quellenlage erhoffte ich mir differenzierteres Material im NL Gustav Dahrendorfs und bat dessen Sohn Lord Ralf Dahrendorf, der den NL verwaltet, zwischen 1998 und 2000 in mehreren Versuchen um Einsicht. Mit seinem vagen Hinweis darauf, daß „wahrscheinlich“ [sic] für diese Arbeit hilfreiche Hinweise nicht enthalten seien, verliefen die Bemühungen leider ergebnislos.

potentieller Einflußnahme und letztlich innerparteilicher ‚Macht‘ grundsätzlich innewohnt. Daraus ist weder allgemein noch im spezifischen Fall ein Vorwurf zu formulieren.

Den Beobachter erstaunt dabei nicht das Ergebnis der Auseinandersetzung, sondern eher die Tatsache, daß eine Gruppierung wie die Hofgeismarer, die sichtbar an bürgerlich-traditionelles Gedankengut anknüpfte, dieses gleichwohl zu verbinden versuchte mit einer eigenen sozialistischen Sozialismusauslegung, so lange eine Rolle in einer Organisation spielen konnte, die junge Menschen an die SPD binden sollte. Die Rolle der Parteiführung selbst kann hier nicht differenziert erläutert werden. Während der Vorsitzende des Zentralbildungsausschusses, Heinrich Schulz, durchgehend ein wohlwollendes Interesse zeigte, fehlte von der mittleren Funktionärebene bis in die Spitze der Partei die aktive Auseinandersetzung mit der jungsozialistischen Programmatik und eine generelle Unterstützung der Bewegung. Möglicherweise erforderte eine solche Anteilnahme zuviel Kraft angesichts innerparteilicher Querelen, ständiger höchst labiler tagespolitischer Situationen, zumal die Zahl der Jungsozialisten von wahrscheinlich maximal 4000 Mitgliedern um 1924/25 bis 1931 auf 3000 Mitglieder fiel.<sup>831</sup> Das war möglicherweise für viele Funktionäre eine zu vernachlässigende Quantität, ohne dabei allerdings die Chancen wahrzunehmen, die ein solcher der Partei nahestehender Verband hat: Junge Menschen durch die Praxis eines breiten politischen Diskurses zu interessieren, heranzuführen und im Sinne der Fortentwicklung und Erneuerung der Partei an sich zu binden. Die Delegierten des Leipziger Parteitages 1931 lösten die jungsozialistische Organisation mit überwältigender Mehrheit auf.

Es ist nicht überliefert, welche Folgerungen Theodor Haubach persönlich aus dem Ergebnis der Tagung von Jena zog. Nach seinen Einlassungen während der entscheidenden Sitzung ist zu vermuten, daß er den Rückzug der Hofgeismarer aus der Organisation unterstützte. Aus Altersgründen – mittlerweile fast dreißigjährig – wäre sein Ausscheiden sowieso angezeigt gewesen, vor allem aber hatten sich bereits 1924 beginnend im Laufe der Jahre 1925 und 1926 andere Schwerpunkte seiner politischen Arbeit entwickelt, die mit hohem persönlichem Einsatz verbunden waren. Wir können aber davon ausgehen, daß ihn die ‚Niederlage‘ von Jena prinzipiell tangierte. Er hatte sich fraglos inhaltlich engagiert, auch schon einmal wie ein Supervisor einen Ort oberhalb beider Lager einzunehmen versucht, war im Grunde jedoch ein ‚Hofgeismarer‘, wie es seine Texte und auch seine Debattenbeiträge in Jena für diese - seine Tonart wechselte zwischen ‚dozierend‘, ‚hochfahrend‘ und ‚herablassend-ironisch‘ – nachwies. Die jungsozialistische Bewegung wurde eher als ein im weiteren Sinne innerparteiliches ‚Kampffeld‘ angesehen, dessen personelles und ideologisches Potential für die Sozialdemokratie insgesamt zunächst nicht abschätzbar war, den Hofgeismarern aber als so wichtig erschien, daß sie dieser Organisation ihren Stempel aufdrücken wollten. Theodor Haubach war als Helfer hochwillkommen, wie seine Einsätze an exponierter Stellung zeigen, möglicherweise wurde er darum gebeten, und der ‚Strategie‘ Haubach sah in der Mitwirkung die Chance, auch in diesem Bereich seine konzeptionellen Vorstellungen zu vermitteln.<sup>832</sup> So sind seine Beiträge und die

<sup>831</sup> Jungsozialistische Blätter 4 (1925), H. 5, S. 158 und zit. n. Walter, Nationale Romantik, S. 26.

<sup>832</sup> Alma de l’Aigle hob Haubachs Fähigkeit des ‚strategischen‘ Denkens und Handelns besonders hervor; darauf wird im folgenden Kapitel noch einmal eingegangen. Vgl. Brief Alma de l’Aigle

Art seiner ‚Einmischung‘ als Indikatoren für eine differenziertere Einschätzung seiner Position hilfreich.

#### **4.4 Momentaufnahme II: Agitation und Aktion - die Konturen werden schärfer**

Bei der Analyse der Tätigkeit Haubachs während der ersten zwei Jahre seiner Anwesenheit in Hamburg fällt die ungeheure Fülle seiner Engagements auf. Bereits die Notwendigkeit, sich in zwei unterschiedliche berufliche Situationen am Institut für Auswärtige Angelegenheiten und beim Hamburger Echo einfinden zu müssen, kostete zweifellos Kraft. Zeitgleich demonstrierte er durch seine Beteiligung in der Vereinigung Republik die Bereitschaft, ideologisch in der Auseinandersetzung gegen links- und rechtsextreme Angriffe wie auch sozusagen praktisch durch die Ausbildertätigkeit den Bestand der Republik unbedingt erhalten zu wollen. Diese bereits früher konstatierte prinzipielle Ausrichtung (vgl. Kap. 3.3.4) hatte zweifellos an Festigkeit eher noch gewonnen. Mit dem kompromißlosen Einstehen für den jungen Staat und für die durch die Weimarer Verfassung fixierten institutionellen Voraussetzungen sind freilich nur die an der Oberfläche nachweisbaren Ergebnisse von ihnen zugrunde liegender sozialer Disposition sowie politischer Reflexion und Erfahrung abgebildet.

Der häufige Einsatz auf der Führebene, obwohl er nicht zum Leitungsteam gehörte, zeigt einmal die Wertschätzung, die ihm entgegengebracht wurde, zum andern identifizierte er sich zugleich sichtbar mit denen, die ihm Aufgaben zuwiesen (Referate, Vorbereitung und Leitung der ‚Außenpolitischen Woche‘), indem er diese übernahm. Ein Hofgeismarer war er zweifellos, wenn man primär auf die von Radbruch und Sinzheimer während der Tagung vertretenen Positionen verweist. Sie hatten die Bedeutung der republikanischen Staatsform zentral akzentuiert, die Zuhörer geradezu darauf einzuschwören versucht, dieses Unterpfeiler der Demokratie fast um jeden Preis zu erhalten. Auch der hohe Stellenwert, den der Referent den Weberschen Vorstellungen von starker politischer Führerschaft einräumte, werden ganz der Linie Haubachs entsprochen haben. Das gilt auch für den Appell Sinzheimers an die anwesende junge Generation, in der Partei politisch aktiv zu werden. Die Hinweise auf den zu realisierenden Klassenkampf nahmen sich bei beiden eher, wie oben gezeigt wurde, wie verbale Pflichtübungen aus. Ähnlich ließen sich auch die Hofgeismarer Protagonisten vernehmen.

Die eingehendere Betrachtung dieses Teilaspektes in den Äußerungen Haubachs hatte zum Ergebnis, daß er mit erheblich größerem Nachdruck einen von der Arbeiterschaft getragenen Klassenkampf für unerläßlich hielt, diesen dabei eindeutig auf den nationalen Raum beschränkte. Hier wie in der zweimal nachzuweisenden Verurteilung der heftigen Fehde zwischen Hannoveranern und Hofgeismarern siedelte er sich in einer potentiellen Mittlerrolle an. Sie war es allerdings nur dem Anschein nach. Die Distanz zu den konzeptionellen Vorstellungen der Hofgeismarer war erheblich geringer, als Walter sie z.B. wahrhaben will.<sup>833</sup> Die Strukturen des republikanischen Staatswesens Weimarer Provenienz waren bestimmende

---

an Walter Hammer v. 2.11.1954, in: Institut für Zeitgeschichte München, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 24, 2. S.

<sup>833</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 86.

Vorgaben der Folie, auf der Haubach seine Projektionen abbildete. Auf sie wurden alle anderen Elemente zukünftiger politischer Entwicklung bezogen, auch die klassenkämpferische Arbeiterschaft wurde in dieses Raster eingeordnet. Diese Zielsetzung formulierte er *expressis verbis*, indem er „die republikanische Staatsbejahung an die erste Stelle in unserem Programm“, in dem der Jungsozialisten und der Sozialdemokraten, gesetzt sehen wollte. Unmißverständlich fügte er hinzu – bislang offensichtlich übersehen –, daß „die Arbeiterschaft sich zu ihrem Staat bekennen muß, weil sie in ihm mitwirkt und von ihm Rechte verlangt.“<sup>834</sup> In nuce beleuchtet diese Bemerkung den Kern des Verständnisses Theodor Haubachs von der Funktion und vom Ort des Klassenkampfes des Proletariats – im Rahmen der republikanischen Ordnung und für diesen Staat.

Damit ist die große Distanz zu den oben skizzierten Intentionen der Hannoveraner deutlich zu kennzeichnen. Zur Hofgeismarer Kerngruppe maß sie erheblich kürzer. Zwar können wir davon ausgehen, daß er entschieden die Versuche z.B. Osterroths ablehnte, der jungsozialistischen Bewegung die Ideen und Lebensformen der Jugendbewegung überzustülpen – „Er war gar kein Jugendbeweger“ und „Über die Lebensreform der Jugendbewegung machte er sich lustig“<sup>835</sup> –, aber signifikante Übereinstimmungen gab es mit den Hofgeismarern in dem Bemühen, die politische Vision auf die vermeintlichen Wurzeln der Nation, die Philosophie und die klassische Literatur, zurückzuführen. Auch Haubachs bereits während der Mitarbeit am ‚Tribunal‘ zu beobachtende Bereitschaft, seine politischen Zielvorstellungen mit den Weihen klassischer Kulturwerte zu versehen oder die Visionen in einem mystisch-abgehobenen Raum enden zu lassen, sind an verschiedenen Stellen nachweisbar, sie hat ihren Ursprung in seiner Milieubindung, die mit ihren bildungsbürgerlich geprägten Wertvorstellungen eine große Schnittmenge mit der vieler Hofgeismarer aufwies. Aus dieser Grundhaltung speiste sich auch die selbstverständliche Gewißheit, dem Arbeiterstand führend und zuordnend zur Seite stehen zu können bzw. zu müssen.

Alle Äußerungen Haubachs zu konkreten politischen Ereignissen oder Entwicklungslinien, die seine grundlegenden Vorstellungen operationalisierten, lassen die Absicht erkennen, zunächst die Einheit der Nation und die Sicherung der gewonnenen staatlichen Form voranzubringen. Sie waren jedoch eindeutig nicht nationalistisch gerichtet, in der Betonung des Rechts aller Völker auf eine eigene, ungestörte nationale Entwicklung und in der seit Darmstädter und Heidelberger Zeiten wiederholt formulierten Ziel, zu einer friedlichen Koexistenz mit den westlichen Nachbarn gelangen zu wollen, erhielten sie einen dezidiert anti-nationalistischen Akzent.

In diesem Zusammenhang soll darauf verwiesen werden, daß wichtige Elemente des politischen Ansatzes Haubachs auf die Gedanken des österreichischen Sozialisten Otto Bauer zurückzuführen sind. Er selbst empfahl den Parteigenossen die Konzeption Bauers, der wesentlich das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie bestimmt hatte, in zwei namentlich gezeichneten Kolumnen nachhaltig zum Vorbild.<sup>836</sup> Dessen bereits 1907 erschienenen Hauptwerk wurde

<sup>834</sup> Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 8, S. 189.

<sup>835</sup> Brief Alma de l’Aigle an Walter Hammer v. 2.11.1954, in: Institut für Zeitgeschichte, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 24, 2. S.

<sup>836</sup> Haubach, Theodor: Ein neues Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Teil I u. II, in: Hamburger Echo, Nr. 226 v. 11.8.1926 und Nr. 227 v. 18.8.1926.

1924 unverändert wieder aufgelegt und erhielt ein längeres Vorwort des Autors, in dem dieser die in der ersten Auflage entwickelten politischen Lösungsansätze im Blick auf die Ergebnisse des Weltkrieges für überholt erklärte. Nachdrücklich stand er jedoch zur Darstellung der Nationalstaaten-Problematik.<sup>837</sup> In seinem Vorwort wandte er sich gegen das „Mißtrauen der Marxschen Schule gegen den Begriff des Nationalcharakters.“<sup>838</sup> In ihm sah er den „Niederschlag vergangener geschichtlicher Prozesse“ realisiert, jedoch - wie der Kontext belegt - nicht in einem statischen Modell, sondern er betonte die Prozeßhaftigkeit, das ständige Fließen solcher Entwicklungen.<sup>839</sup> Von einer nationalistischen Geschichtsauffassung setzte er sich klar mit dem Hinweis ab, daß diese dem Schein „der Substantialität der Nation“ erliege.<sup>840</sup> Der Arbeiterbewegung müsse es unbedingt gelingen, einen erheblich größeren „Anteil an den Kulturgütern“ der Nation zu erobern. Die „sozialistische Ideologie vermählt sich in jedem Lande mit seiner besonderen Kulturtradition“, nimmt teil und verändert einflußnehmend mit.<sup>841</sup> Im ursprünglichen Text formulierte Bauer die Aussicht, daß die Arbeiterklasse „das Volkstümliche“, „das Naive“ in die gemeinsame, in die nationale Kultur einbringen und der „nationalen Kulturgemeinschaft“ damit ein völlig neuer Akzent gegeben würde.<sup>842</sup> Daraus folgte für Bauer, der sich damit in einen Gegensatz zu Karl Marx stellte, daß die neuen nationalen Identitäten zu einer Verstärkung der nationalen Differenzierungen führten, es also nicht zu einem Prozeß der Angleichung zwischen den Nationen kommen würde. Der „internationale Sozialismus“, forderte Bauer, müsse auf diese Entwicklung reagieren, indem er „gemeinsame Ziele“ entwickelt, um „die internationale Einheit in der nationalen Mannigfaltigkeit hervorzubringen.“<sup>843</sup>

Ganz besonders hob Haubach in seinem Kommentar zum Linzer Programm hervor, daß der Klassenkampf „zunächst nur ein sozialer Prozeß und keine politische Maßnahme“ und erst in einem zweiten Schritt die Macht im Staat zu erobern sei. Dazu bedürfe es, unterstrich er die Zielvorstellungen der österreichischen Sozialdemokratie, der Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse, die mit Intellektuellen, Kleinbauern und Kleinbürgern als Bundesgenossen die traditionelle Macht der Bourgeoisie in der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Strukturen überwinden könnten.<sup>844</sup> Auch an dieser Stelle wies Haubach nachdrücklich darauf hin, daß alle klassenkämpferischen Prozesse allein auf das Ziel des Erhalts der Republik zu konzentrieren seien. Erst wenn diese demokratische Bastion in Gefahr sei, von der Bourgeoisie gestürzt zu werden, ergebe sich – diesen Aspekt akzentuierte er ausdrücklich in Richtung des „verworrenen kommunistischen Geschwätzes“ - die Notwendigkeit, sie mit Waffengewalt zu erhalten.<sup>845</sup> Damit markierte Haubach die eigene grundlegende Position unmißverständlich. Unausgesprochen richtete er

---

<sup>837</sup> Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, 2. Aufl. Wien 1924, in: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 1, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 49 – 622.

<sup>838</sup> Ebd., Vorwort, S. 53.

<sup>839</sup> Ebd., Vorwort, S. 57.

<sup>840</sup> Ebd., Vorwort, S. 61.

<sup>841</sup> Ebd., Vorwort, S. 67.

<sup>842</sup> Ebd., S. 164.

<sup>843</sup> Ebd., Vorwort, S. 67 f.

<sup>844</sup> H.E., Nr. 226 v. 17.8.1926.

<sup>845</sup> H.E., Nr. 227 v. 18.8.1926.

zugleich die Kritik an die deutsche Sozialdemokratie, die es offensichtlich nicht verstand, ihre programmatischen Vorstellungen so darzulegen: „Die Anordnung ist vorbildlich, sie bringt die Logik des Gedankens mit der Logik der Sache zu einer einzigartigen Uebereinstimmung, sie ist nicht nur richtig, sondern auch pädagogisch, weil übersichtlich und klar.“<sup>846</sup>

Die Akzentuierung der nationalen Entwicklung in Verbindung mit einem weiten Kulturbegriff war ein wesentliches Element der konzeptionellen Vorstellungen Haubachs. Außerordentlich fraglich erscheint es allerdings, daß er es sich vorstellen konnte, seinen Begriff von nationaler Kultur wie bei Bauer als Vereinigung ihm bedeutsamer traditioneller Werte mit ‚volkstümlichen‘ Elementen zu akzeptieren. Diese wie andere Differenzen zum Bauerschen ‚Programm‘ sind freilich unerheblich, weil bei der Entwicklung eines eigenen politischen Fundaments gemeinhin nicht andere Konzepte umfassend internalisiert, sondern einzelne Elemente entlehnt und mit weiteren Anregungen und je individuell bestehenden Voraussetzungen, die sich aus der Sozialisation oder der aktuellen Situation ergeben, verbunden werden.

Mit Fragen der Außenpolitik setzte sich Haubach nicht nur beruflich auseinander, sondern thematisierte sie auch in anderen Zusammenhängen. Die Reflektierung der Außenpolitik als wichtiger Sektor des Politikfeldes insgesamt war für ihn integraler Bestandteil seines Politikkonzepts. In der Reflektion und Darstellung außenpolitischer Aspekte konnte er diesem konkrete Konturen geben, die die Differenz zu linken und rechten Gegnern eindeutig sichtbar machten. Es mag durchaus sein, daß er im Blick auf eine weitere Parteikarriere in diesem innerparteilich defizitären Segment auch die Chance zu individueller Profilierung vermutete.

Da Haubach der Außenpolitik ein so großes Gewicht beimaß, sind seine Aussagen zu diesem Kontext auch geeignet, seine Position gegenüber anderen konzeptionellen Entwürfen zu bestimmen, die bei einer Reihe von Hofgeismarern und im Spektrum bürgerlicher Parteien und Verbände Interesse fanden. In den Kategorisierungen Haubachs sind einige Elemente wie bei Ernst Niekisch, einem individualistischen Grenzgänger, nachweisbar, die ihre politische Arbeit bestimmten: der hohe Stellenwert des Intellektuellen und seine Funktion bei der ‚Führung‘ der Arbeiterklasse. Auch dessen scharfe Kritik am mangelnden Machtbewußtsein der SPD hat Haubach ähnlich formuliert.<sup>847</sup> Unmittelbar nach Erscheinen eines Artikels von Niekisch im Politischen Rundbrief protestierte Haubach jedoch vehement beim Schriftleiter Franz Osterroth, der Niekischs Ausfälle gegen eine auf Aussöhnung mit dem Westen und die Unterstützung der Völkerbund-Idee gerichtete Politik veröffentlicht hatte.<sup>848</sup> Für Niekisch stellte Außenpolitik offenkundig ein Instrument dar, mit dem u.a. die von ihm als bedrückend empfundene mangelnde Geltung Deutschlands zu korrigieren sei. Dafür sollten die Beziehungen zu ‚Rußland‘ neu entwickelt werden, um letztlich als Hebel in einer neuen globalen Machtpolitik eingesetzt werden zu können.<sup>849</sup>

<sup>846</sup> H.E., Nr. 226 v. 17.8.1926.

<sup>847</sup> Kabermann, Friedrich.: Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs. Leben und Denken Ernst Niekischs, Köln 1973.

<sup>848</sup> Niekisch, Ernst: Grundfragen deutscher Außenpolitik, in: Politischer Rundbrief, Nr. 3 v. April 1925, S. 59 – 68. Zur Reaktion Haubachs - und auch Hermann Hellers - vgl.: Osterroth, Franz: Erinnerungen 1900 – 1934. Unveröff. Ms., o.O. o.J., in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, S. 140, zit. n. Walter, Nationale Romantik, S. 93.

<sup>849</sup> Niekisch, Grundfragen, S. 66 ff.

Die Heterogenität der jungsozialistischen Bewegung unterstreicht die Tatsache, daß Niekisch zwischen 1924 und 1926 eng mit einem Zirkel Berliner Jungsozialisten zusammenarbeitete. In seinem Blatt ‚Firn‘ veröffentlichten mit Franz Osterroth und Walther G. Oschilewski überregional bekannte Jungsozialisten, die eindeutig zum ‚rechten‘ Lager zu zählen waren.<sup>850</sup> Nach einem Antrag auf Parteiausschluß, der von Hannoveranern gegen Niekisch angestrengt und vom Parteivorstand zunächst ignoriert worden war, trat Niekisch im Sommer 1926 freiwillig aus.<sup>851</sup>

Geradezu eklatant nahmen sich die Unterschiede Haubachschen Politikverständnisses gegenüber denen Arthus Moeller van den Brucks aus, des wesentlichen Vertreters eines „neuen Nationalismus“.<sup>852</sup> Aber auch jene Hofgeismarer, die Niekisch als Gast oder Mitglied in ihren Reihen akzeptiert hatten, sahen sicher keine Gemeinsamkeiten mit Moeller. In verächtlichem Tonfall setzte er die Sozialdemokratie herab, sah in der Mehrheitssozialdemokratie „das proletarische Spießbürgertum“ versammelt und bei den Unabhängigen den „Radikalismus einer literarisch-proletarischen Halbtelligenz“ verwirklicht.<sup>853</sup> Der Republik als Staatsform maß er eine nur „psychologische Bedeutung“ zu, an der das Volk eher krampfhaft festhalte. Wenn aber eine Führungsgestalt auftauche, würde „es sich seiner Führung mit der Freudigkeit einer sich befreienden Nation überlassen.“<sup>854</sup> Eine Volksvertretung, die „auf dem Ständischen beruht“, würde die demokratische Grundlage gewährleisten.<sup>855</sup> Moellers außenpolitische Aussagen stellten Deutschland in den Mittelpunkt Europas; er setzte ganz auf zukünftige nationale Stärke und wetterte gegen jene, die aus Deutschland ein Zentrum der Menschlichkeit“ machen wollten. Es gelte vielmehr, gegenüber dem „Westen den Rücken frei [zu] haben“, um in Richtung Osten Bewegungsfreiheit entwickeln zu können.<sup>856</sup> Ohne daß diese Sentenz konkret erläutert wurde, ist doch dem Kontext ein eindeutig aggressiver Grundton zu entnehmen - Schlußsatz dieser umfangreichen Schrift: „Wir [die Deutschen für das ganze Europa,P.Z.] haben die Wächter zu sein an der Schwelle der Werte.“ -, der primär auf die Überlegenheit der geistigen Kräfte abhob. Mit dieser Ideologie, die auch eindeutig antisemitische Züge trug, machte sich Moeller zum Bundesgenossen der ‚Völkischen‘, halfen er und seine Gefährten vom ‚Juniklub‘, ab 1924 – in der Nachfolge Moellers, dem gesteigert radikalen Gedankengut kongenial: ‚Deutscher Herrenklub‘ - den Boden dafür zu bereiten, daß Ausgrenzung und Gewalt zu selbstverständlichen Versatzstücken politischer Auseinandersetzung wurden und die nationalsozialistische Ideologie sich ausbreiten konnte. Die Verbindungen der Klubs reichten durch die Vermittlung der Mitglieder weit in bedeutende Presseorgane, in Verbände, Armee, Industriekreise und Parteien hinein.<sup>857</sup>

<sup>850</sup> Lüpke, Zwischen Marx, S. 77.

<sup>851</sup> Rättsch-Langejürgen, Birgit: Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Bd. 7), Bonn 1997, S.81.

<sup>852</sup> Breuer, Stefan: Grundpositionen der deutschen Rechten (1871 – 1945) ( Historische Einführungen. Bd. 2), Tübingen 1999, S. 108.

<sup>853</sup> Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich, Berlin 1923; 2. Aufl. Berlin 1926, S. 187 f.

<sup>854</sup> Ebd., S. 152 f.

<sup>855</sup> Ebd., S. 167.

<sup>856</sup> Ebd., S. 331.

<sup>857</sup> Breuer, Grundpositionen, S. 110.

Haubachs Position während der Mitarbeit in der jungsozialistischen Bewegung hat, wie wir zeigen konnten, durchaus individuelle Facetten gehabt. Den Kern machte wie bereits in der Heidelberger Zeit die kompromißlose Befürwortung und Propagierung der Weimarer Republik aus. Sie muß in dieser Phase der ‚Politisierung‘ Haubachs, der Hinwendung also zur aktuellen politischen Szene, eine Art Kraftzentrum für ihn gewesen sein, aus dem die Impulse für die breit gefächerten Aktivitäten gespeist wurden. Diese zentrale Bedeutung der ‚Republik‘ ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß er in ihr die Überwindung eines bourgeoisen Spießertums und des Wilhelminischen Staates schlechthin verwirklicht sah. Sie symbolisierte für Haubach zudem den verheißungsvollen Beginn eines nationalen Einigungsprozesses, der sich an den traditionellen, ihm unverzichtbar erscheinenden Stoffen und Werten deutscher Kultur orientieren sollte. Schließlich hatte die Verfassung der jungen Republik einen „fundamentalen Umbruch der Konstellationen“ kodifiziert.<sup>858</sup> Nicht mehr den Interessen des Besitzbürgertums galt uneingeschränkt die Rechtssicherheit, sondern bislang ausgeschlossene Schichten wurden ausdrücklich in das System einbezogen. Die Verfassung war nicht länger „selbstverständliches >Korrelat< [i. Orig. kursiv, P.Z.] zur kapitalistischen Produktionsweise“, sondern eröffnete Chancen auch für die Formulierung sozialistischer Programmatik und für die Durchsetzung sozialer Veränderungen.<sup>859</sup> Bei aller Kritik, die die Konstruktion der Weimarer Verfassung vor allem unter dem Blickwinkel des Scheiterns der Republik erfuhr, wird häufig ihre Signalwirkung vernachlässigt, die sie mit diesen Akzenten auf jene Gruppe erneuerungsbereiter und aufbruchwilliger Menschen wie Theodor Haubach ausüben mußte. Gemessen an den Bedingungen des Kaiserreichs und an seinen Projektionen auf zukünftige Entwicklungen bot ihm diese Verfassung offenkundig die Optionen, die die Vehemenz seines Einsatzes geradezu herausforderten.

Es wird aufmerksam zu verfolgen sein, inwieweit in den folgenden Jahren das Symbol ‚Republik‘ bei Haubach als Depot für die inhaltlich-politische Auseinandersetzung und als demonstratives Objekt seine Bedeutung behielt. Verfiel auch er einem „Normidealismus“?<sup>860</sup> Fixierte er sich mit zu Starrheit mutierender Beharrlichkeit auf ‚diese‘ Republik und ihre Verfassung, ohne ihre Optionen wirklich zu erkunden, oder gehörte er zu jenen in der Sozialdemokratie, die sich – fast ehrfürchtig – nicht zum Versuch auch gewaltsamer Veränderungen in immer gewaltsamer werdenden Zeiten durchringen konnten?

Die Analyse der Texte und des politischen Handelns Haubachs während der ersten Hamburger Aktivitäten belegte eindeutig, daß der Gedanke der Republik-Sicherung im Mittelpunkt stand. Die durch die Verfassung eröffnete Möglichkeit eines gesellschaftlichen ‚Umbaus‘ erkannte Haubach zweifellos, versuchte er sie doch dadurch umzusetzen, indem er der Arbeiterklasse eine bedeutende Rolle innerhalb eines neuen politischen Systems zuschrieb. Zur Zielsetzung des Klassenkampfes äußerte er sich als Kommentator des Linzer Programms konturierter. Doch die Anmerkungen zu diesem Aspekt in vielen Texten von ihm erweisen sich

<sup>858</sup> Marwedel, Rainer: Konstruktion und Kampf. Bruchlinien sozialdemokratischer Verfassungspolitik, in: Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927 – 1933. 2 Bände. Frankfurt/M 1978; 2.Bd., S. 7 – 55, S. 8.

<sup>859</sup> Ebd.

<sup>860</sup> Ebd., S. 15.

nur oberflächlich als bedeutungsvoll und zielbewußt. Das Fehlen jedes auch nur ansatzweise konkreten Hinweises auf die Optionen methodischen Vorgehens beim von ihm bemühten „Klassenkampf“ wie auch seine verwaschen-visionären Bilder gerade in diesem Kontext decouvrieren seine Äußerungen zumindest zu diesem Zeitpunkt als eher verbale Pflichtübungen. So wurde auch der Terminus ‚Sozialismus‘ eher plakativ verwendet, eine eingehende Definition fand an keiner Stelle statt. Wie wir sahen, propagierte er zwar die „Wiedereinbürgerung des heimatlos gewordenen [sic] Proletariats“, die die Arbeiterklasse aus ihrer „Klassenhaftigkeit“ herausführen würde, doch letztlich sollte dieser Schritt dazu dienen, diese „Schicht“ dazu zu veranlassen, „die deutsche Nation [...] als ‚ihre‘ Nation“ anzunehmen.<sup>861</sup> Außerordentlich vage Visionen bestimmten ihn in diesem Bereich also, und er hing wie in Heidelberg weiter der Vorstellung an, Sozialismus sei im Kern die Versöhnung von Proletariat und Intellektuellen. Zweifellos wollte er für die Arbeiterklasse eine grundlegend veränderte gesellschaftliche und politische Einflußnahme. Nur vordergründig gestand er ihr in diesem Prozeß der Erneuerung jedoch eine dynamische Rolle zu.

Der Hinweis auf ein weiteres Engagement Haubachs in diesem Zeitabschnitt vermag bei der Bestimmung seiner Position weiterzuhelfen. Das Verzeichnis der Hamburger Volkshochschule für das Halbjahr 1923/24 führt „Dr.Theodor Haubach“ als Dozenten für zwei Veranstaltungen auf. Einmal bot er im Themenkreis „Recht/Staatswissenschaft/Volkswirtschaftslehre“ an: „Wie liest man den Handelsteil der Tageszeitung?“. Diese Ankündigung wurde von ihm umfangreicher und differenzierter als in den ‚benachbarten‘ Veranstaltungen annotiert: „Zur Arbeit der Notenbanken; deutsche und ausländische Börsen; die Bilanzen der Aktiengesellschaft, [...] Börsen- und Dividendenpapiere [...]“. Seine zweite Veranstaltung hatte den Titel: „Die Beziehungen zwischen der äußeren und der inneren Politik“ und enthielt erläuternde Hinweise auf den Inhalt wie „Innen- und Außenpolitik als Problem des Nationalstaates und des gegenwärtigen Deutschlands“ oder „Deutschland und Europa.“<sup>862</sup> Diese Information ist insofern bedeutsam, als Haubach sich hier eines Vehikels zu bedienen suchte, das, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, primär der Erwachsenenbildung diente, nach dem Ersten Weltkrieg aus Sicht der sozialen Reformer eine wichtige Funktion beim Umbau der Gesellschaft übernehmen sollte. Die Themenangebote Haubachs spiegeln exakt eine reformistische Intention, nämlich die Vermittlung von Qualifikationen, die sich traditionell ‚im Besitz‘ bürgerlicher Schichten befunden hatten. Die Nähe zu den Intentionen des verehrten Max Weber ist auch in diesem Kontext greifbar. Er hatte nämlich für die von Friedrich Naumann herausgegebene Reihe ‚Göttinger Arbeiterbibliothek‘ eine Broschüre veröffentlicht mit dem Titel ‚Die Börse‘. Die vermittelten Informationen sollten die Arbeiterschaft in die Lage versetzen, sich von der Polemik linker und rechter Politik befreien zu können.<sup>863</sup> Auch der intellektuelle Sozialdemokrat Haubach distanzierte sich von der traditionellen Verteilung der Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Schlüsselfunktionen, stellte aber die zugrunde liegenden Strukturen nicht in Frage. Und:

<sup>861</sup> Haubach, Deutsche Politik, S. 196 f.

<sup>862</sup> Verzeichnis der Veranstaltungen der Hamburger Volkshochschule für das Semester 1923/1924, Hamburg 1923, S. 5.

<sup>863</sup> Heuss, Theodor: Geleitwort: Max Weber in seiner Gegenwart, in: Winckelmann, Max Weber, S. VII – XXXI, S. XIV.

Der Intellektuelle sah sich in der Rolle desjenigen, der die schwierige wie hoffnungsvolle historische Situation durchschaute, der Orientierung vermitteln wollte und mit eindrucksvollem sozialen Impetus ans Werk ging.

Für Haubach war dieses Angebot in der Volkshochschule ein zusätzlicher Baustein bei dem Versuch, für die junge Republik zu werben. Kommen wir auf unsere Ausgangsfrage zurück ‚Klassenkampf oder Volksgemeinschaft?‘, so ist er sicherlich dem Pol ‚Volksgemeinschaft‘ erheblich näher zuzuordnen. Sein Kampf zielte in diesen ersten Jahren der Republik primär darauf, daß die Volksgemeinschaft in der staatlichen Form der Republik aufgehen sollte. Damit war die Folie vorgegeben, auf die alle gesellschaftliche und politische Entwicklung von ihm bezogen wurde. Die Hannoveraner setzten da ganz andere Prioritäten, wie wir sahen, wengleich die Republik auch für sie eine erstrebenswerte Staatsform darstellte: „Höher als die Nation steht mir die Klasse.“! Bei dieser Konstellation der grundsätzlichen Positionen erscheint die vorsichtig formulierte These Franz Walters nicht einmal ansatzweise realistisch, daß es vor allem Theodor Haubach – unter Mitwirkung z.B. Hermann Hellers – hätte gelingen können, größere Gruppierungen der beiden stärksten jungsozialistischen Lager miteinander kommunikationsfähig zu erhalten und das Schisma von 1926 „vielleicht“ zu vermeiden.<sup>864</sup>

Haubach bezog zweifellos aus der Idee, seine politischen Vorstellungen zu verwirklichen, Kraft für den erstaunlichen Umfang seines Engagements. Hinweise seiner Freundin Alma auf einige ihn bestimmende Persönlichkeitsmerkmale eröffnen die Möglichkeit, dieses Phänomen noch differenzierter zu erklären. De l’Aigle ist als außerordentlich zuverlässige Zeitzeugin einzuschätzen, da sie neben Alfred Vagts die einzige Haubach nahestehende – im persönlichen Bereich sehr viel näher als Vagts - Person war, die ihn nicht vordergründig zu glorifizieren suchte, sondern neben der Darstellung positiver Züge seines Temperaments und Charakters auch differenzierend-kritische Töne fand.<sup>865</sup> Sie bescheinigte ihm bereits sehr früh „ein politischer Strategie“ gewesen zu sein, der „sein Aktionsfeld“ in der SPD gefunden habe, „der er ja sehr treu war.“<sup>866</sup> Wenn Alma de l’Aigle an anderer Stelle Haubachs „Treue“ als ein bestimmendes Persönlichkeitsmerkmal herausstellte, dabei aufzählte die „Treue gegen seine Mutter, Treue gegen Freunde, Treue seiner einmal gewählten Partei, Treue seiner politischen Mission“ - die „Liebe“ zu einem anderen Menschen nahm sie bewußt aus, sie sei „für ihn Episode seines Lebens“ gewesen -, so können wir wohl davon ausgehen, daß damit die bewußte Aufrechterhaltung einer eingegangenen (Ver-)Bindung und ein solidarisches, kämpferisches Engagement für den anderen Menschen gemeint war. Beide Elemente – ‚Treue‘ und strategisches Kalkül - zusammengenommen waren zweifellos wichtige Impulsgeber für seinen Einsatz im politischen Feld, der sowohl einen geistig-intentionalen wie aktivistisch, handlungsbezogenen Akzent aufweist. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der Intensität und der bemerkenswerten

<sup>864</sup> Walter, Nationale Romantik, S. 146 u. S. 153.

<sup>865</sup> Der Beitrag de l’Aigles für das bereits erwähnte Erinnerungsbändchen Walter Hammers wurde – was bei einem Vergleich des im NL de l’Aigles gefundenen Originalmanuskripts mit dem dann veröffentlichten Text deutlich wurde – vom Herausgeber um eine eben nicht glatte, sondern spannungsgeladene, die individuelle Widersprüchlichkeit spiegelnde längere Passage gekürzt, und zwar ohne die Genehmigung der Autorin einzuholen. Auf die gestrichene Sequenz werden wir später zurückkommen. Vgl. dazu: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de l’Aigle, N/1021, Bd. 18.

<sup>866</sup> Brief Alma de l’Aigle an Walter Hammer v. 2.11.1954, Institut für Zeitgeschichte, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 24, 2. S.

Stringenz seines Engagements. Der eskapistische Grundzug, der seine Texte zu politischen Fragestellungen während der ‚Tribunal‘-Zeit bestimmte, hatte sich bereits während der Heidelberger Zeit hin zur Verbindung von reger Schreibtätigkeit mit gezielten politischen Aktionen entwickelt. Dieser Prozeß setzte sich in Hamburg intensiver fort.

**5. Für die Partei – in der Partei**  
**5.1 Außenpolitischer Redakteur beim ‚Hamburger Echo‘**  
**5.1.1 Sozialdemokratische Tageszeitungen**

Als Theodor Haubach im Frühjahr 1924 in die Redaktion des ‚Hamburger Echo‘ eintrat, wurde er Mitarbeiter eines von etwa 4000 Organen, die sich als Tages- und Wochenzeitungen in der Weimarer Republik etabliert hatten.<sup>867</sup> Doch die Presselandschaft war keineswegs so bunt und vielfältig, wie es diese eindrucksvolle Zahl erwarten läßt. Da es sich viele kleinere Zeitungen einfach nicht leisten konnten, Redakteure fest anzustellen, bezogen sie ihren Stoff zu überregionalen Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur oder Sport von Maternverlagen. So wurden im Jahr 1924 immerhin über 35% aller erscheinenden Ausgaben von der ‚Wirtschaftsstelle für die Provinzpresse/Wipro‘ beliefert. Diese gehörte zum Hugenberg-Konzern, der eindeutig eine deutsch-nationale Politik mit anti-republikanischer Akzentuierung vertrat. Versorgt wurde so auch eine große Zahl von Zeitungen, die sich selbst als ‚parteilos‘ oder ‚überparteilich‘ bezeichneten, mit der Übernahme der Wipro-Texte allerdings politisches Ideengut der DNVP transportierten. Dieses Lager der vorgeblich ‚Überparteilichen‘ kann „ausnahmslos zu den nationalen, allenfalls konservativen und vermeintlich unpolitischen Nachrichtenzeitungen“ gerechnet werden.<sup>868</sup>

Über enge Verbindungen zu den gewichtigen Verlagshäusern Mosse und Ullstein und deren Zeitungen sowie einen eigenen Pressedienst bemühte sich die DDP um Einflußnahme im Bereich der Publizistik. Auch die DVP entwickelte beispielsweise ein Netz von Kontakten zu den Redaktionen wichtiger Zeitungen des Landes. Spiegelte sich das parteipolitische Spektrum auf diese indirekte Weise „stärker und manchmal auch eindeutiger“ durch derartige „Parteirichtungszeitungen“ als in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wider, so gab es vergleichsweise nur wenige ausgewiesene ‚Parteizeitungen‘.<sup>869</sup>

Die SPD hatte sich allerdings traditionell ein Netz eigener Zeitungen geschaffen, das noch während und dann verstärkt nach der Überwindung der Inflation systematisch im ländlichen Raum ausgebaut wurde.<sup>870</sup> Damit wurde eine wichtige Zielsetzung demonstriert, die Absicht nämlich, eigene politische Vorstellungen uneingeschränkt darstellen sowie für sie werben zu können und die Placierung spezifi-

<sup>867</sup> Hale, Oron J.: *Presse in der Zwangsjacke 1933 – 1945*, Düsseldorf 1965, S. 11.

<sup>868</sup> Lerg, Winfried B.: *Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage*, in: Hardt, Hanno et al. (Hrsg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933 – 1945* (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; Bd. 30), München-New York-London-Paris 1979, S. 17 – 96, S. 18.

<sup>869</sup> Ebd.

<sup>870</sup> Koszyk, Kurt: *Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933*, Heidelberg 1958, S. 164.

spezifischer Themen wie die Meinungsbildung zu wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Fragestellungen auf diesem Feld nicht der bürgerlichen Presse zu überlassen. Die Gefahr, die von den vermeintlich ‚überparteilichen‘ Blättern ausging, war offensichtlich von den sozialdemokratischen Strategen erkannt worden. Die Zahl der SPD-Zeitungen war 1924 auf 170 mit einer Gesamtauflage von 1,09 Millionen Exemplaren gestiegen, dazu verfügte die Partei über 104 eigene Druckereien und 30 im parteigenössischen Besitz.<sup>871</sup> Herausgegeben wurde außerdem von 1924 bis 1933 der ‚Sozialdemokratische Pressedienst‘, der zwischen 1921 und 1924 als ‚Sozialdemokratischer Parlamentsdienst‘ firmiert hatte.<sup>872</sup> Der Umfang und die Bedeutung dieser Aktivitäten erforderten eine angemessene betriebswirtschaftliche Organisation, die 1925 durch die Gründung der Konzentration A.G. realisiert wurde. Betriebsmittel, Roh- und Hilfsstoffe konnten nun gemeinsam beschafft werden, Investitionen waren im Blick auf die Gesamtheit zu tätigen. Zudem wurde ein Revisionsystem installiert, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung analysiert und überwacht werden konnte.<sup>873</sup>

Alle Mitarbeiter der sozialdemokratischen Organe hatten der Berufsvereinigung ‚Verein Arbeiterpresse‘ beizutreten.<sup>874</sup>

Lokalen oder regionalen ‚Preßkommissionen‘ fiel die Aufgabe zu, in einem kontinuierlichen Meinungs austausch die Bestrebungen der örtlichen und überregionalen SPD-Politik und die Intentionen der Redakteure zu koordinieren. Zudem sollten sie die Unterstützung der politischen Arbeit durch die Parteipresse sicherstellen. Diese Kommissionen setzten sich ihrer Funktion entsprechend aus Redakteuren und Politikern zusammen. Sie planten nicht allein das inhaltliche Vorgehen, sondern die Preßkommissionen waren zugleich eine wichtige Anlaufstelle für die Leser der Blätter, eine Art Scharnier bzw. übergeordnete Instanz, weil an sie auch die Beschwerden der Leser gerichtet werden konnten. Damit wird neben der Propagierung sozialdemokratischer Politik ein weiterer wichtiger Aspekt erkennbar, der die Partei beim Aufbau und Erhalt eines publizistischen Netzes leitete. Die Leserschaft der SPD-Blätter bestand nämlich weit überwiegend aus Parteimitgliedern. Die „starke Mitglieder-Leser-Bindung“ brachte es mit sich, daß diese Zeitungen mit Ausnahme des ‚Vorwärts‘ jeweils ausschließlich lokale Bedeutung hatten.<sup>875</sup> Damit war die Möglichkeit eher gegeben, die Leserschaft auch emotional einzubinden, das Bewußtsein und das Gefühl zur SPD-‚Familie‘ zu gehören, zu kultivieren.

Ein Hinweis darauf, daß die Kommissionsmitglieder ihre Aufgabe als quasi basisdemokratische Clearingstelle ernst nahmen, kann einem Bericht des Hamburger Echo entnommen werden. Die Preßkommission mußte den Landesdelegierten der Partei Bericht über das abgelaufene Jahr geben, über mögliche Investitionen, über die Probleme mit der „Kolportage“ und den gerade erfolgten Beitritt zur „Dachorganisation“ – gemeint ist zweifellos die Konzentration A.G.. Einen breiten Raum nahm nach Aussage des Berichts die Diskussion von Anfragen und kritischen Äußerungen der Leser [=Parteimitglieder] ein. Stolz verwies der Berichtende aus

---

<sup>871</sup> Ebd., S. 177.

<sup>872</sup> Lerg, Die Publizistik, S. 21.

<sup>873</sup> Koszyk, Zwischen Kaiserreich, S. 170.

<sup>874</sup> Lerg, Die Publizistik, S. 21.

<sup>875</sup> Ebd., S. 22.

der Preßkommission darauf, daß im Laufe des Jahres „nur 7 Beschwerden eingegangen (sein)“, die auch alle „erledigt werden konnten.“<sup>876</sup>

Diese Struktur, die die ‚Unternehmerin‘ SPD ihren Presseorganen gegeben hatte, hatte zwar die wirtschaftliche Abhängigkeit des einzelnen Blattes von der Zentrale zur Folge, ließ aber durch die eindeutig lokale Kooperation mit SPD-Politikern den Blattmachern relativ große inhaltliche Unabhängigkeit. Vorsichtig umschreibt Lerg den Status: „Politisch wurden sie [die SPD-Zeitungen, P.Z.] vom Parteivorstand kaum kontrolliert.“<sup>877</sup>

Theodor Haubach trat zu einem Zeitpunkt in die Redaktion des Hamburger Echo ein, der den Beginn einer steilen Aufwärtsentwicklung der sozialdemokratischen Presse markiert. Sie hielt bis in das Jahr 1929 an. Die Anzahl der Blätter steigerte sich auf 230, die Auflagenhöhe auf 1,3 Millionen Exemplare.<sup>878</sup> Allein das Hamburger Echo konnte binnen kurzem zu Anfang des Jahres 1924 10 000 neue Leser gewinnen.<sup>879</sup>

### **5.1.2 Der „Staat hat in der Aussenpolitik den vornehmsten Gegenstand seiner lebendigen Tätigkeit“<sup>880</sup> - Profession und Leidenschaft**

Als Egon Wertheimer, Gefährte der Heidelberger Zeit, im Frühjahr für den Sozialdemokratischen Nachrichtendienst als Korrespondent nach London ging, folgte ihm Haubach auf dessen Stelle als außenpolitischer Redakteur am Hamburger Echo [fortan abgekürzt: H.E.]. Die Formulierung Vagts´, Haubach sei „hamburgisch gesprochen“ auf den Posten „bugsiert“ worden, weist darauf hin, daß einige einflußreiche Personen an dieser Entwicklung beteiligt waren.<sup>881</sup> Namen nennt Vagts nicht, aber es ist zu vermuten, daß der Haubach durchaus wohlgesonnene Mendelssohn Bartholdy das Rad in Bewegung setzte, da er u.a. über das Kuratorium seines Instituts Kontakte zu den führenden Sozialdemokraten der Stadt pflegte. Haubach verfügte zweifellos über eine große Zahl von Bekannten in der Partei, wie wir sahen, hatte er sicherlich mit seinem politischen Engagement in den Parteikreisen, die die Politik der SPD und in der Stadt bestimmten, auch einige Reputation erlangt, der Boden für eine wohlwollende Prüfung seiner Anstellung am H.E. war also bereitet, zumal auch der scheidende Wertheimer für ihn votiert haben wird.

Leider kann weder zu diesem Vorgang noch zu Interna der Redaktionsarbeit auf erhellendes Quellenmaterial zurückgegriffen werden. Unklar bleibt deshalb u.a., wie die Arbeit in der Redaktion konkret ablief, wie und von wem koordiniert, gesteuert und letztlich über Themen oder ‚Aufmacher‘ entschieden wurde. Welche Redakteure hatten innerhalb des Teams ein größeres Gewicht, gab es Gruppenbildungen, die sich nach den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der SPD ausrichteten und welchen Einfluß konnten sie gewinnen? Da kaum authentisches

<sup>876</sup> Hamburger Echo, Nr. 188 v. 10.7.1925.

<sup>877</sup> Lerg, Die Publizistik, S. 21.

<sup>878</sup> Koszyk, Zwischen Kaiserreich, S. 177.

<sup>879</sup> Ebd., S. 165.

<sup>880</sup> Haubach, Theodor: Sozialistische Aussenpolitik, in: Die Gesellschaft 1 (1924), 1. Bd., S. 418 – 420, S. 418.

<sup>881</sup> Brief Alfred Vagts an Walter Hammer v. 8.5.1955, 2. S.

Material vorliegt, kann auch nicht verlässlich dargelegt werden, wie denn z.B. beim H.E. das Zusammenspiel politischer und journalistischer Kräfte erfolgte und wie dessen Ergebnisse, die sich in den täglichen Ausgaben der Zeitung widerspiegeln, zustande kamen.

Die Berufung Haubachs auf die Redakteursstelle läßt vermuten, daß er im Lager der einflußreicheren Politiker bereits gut bekannt und akzeptiert war. Mit der zweifellos regen Rezensionstätigkeit während seines Studiums und für die ‚Europäischen Gespräche‘ sowie einigen Artikeln zu übergreifenden Themen hatte er sich zwar publizistisch betätigt, aber bis zu diesem Zeitpunkt keine Erfahrungen in der professionellen journalistischen Arbeit sammeln können. Die Zeit bei der ‚Dachstube‘ und dem ‚Tribunal‘ bedeuteten ihm persönlich vermutlich eine Annäherung an diesen Bereich, können aber eigentlich seine Bewerbung nicht positiv entschieden haben. Wesentlich waren, so ist anzunehmen, die Kernaussagen seiner politischen Beiträge, die im Institut für Auswärtige Politik erfahrene ‚Weihe‘ als Experte für dieses spezifische Politikfeld und sein konkretes Engagement in der Partei, wie auch – exemplarisch in der Vereinigung Republik – für die Partei.

Für Haubach muß die Position am H.E. eine höchst erstrebenswerte Chance gewesen sein, weil sich in ihr als Schnittpunkt verschiedene, ihn bestimmende Interessen und Intentionen trafen: das Thema ‚Außenpolitik‘, die journalistische Arbeit und zugleich die enge Einbindung in die Parteipolitik. Dabei stellte das traditionsreiche Hamburger SPD-Blatt, das seit 1887 bestand, auch eine ‚gute Adresse‘ in der Presselandschaft dar. Während seiner Tätigkeit vom Frühjahr 1924 bis in den Herbst 1929 hinein war Haubach verantwortlicher außenpolitischer Redakteur. Wie üblich wurden nur wenige Beiträge in den verschiedenen Ressorts namentlich gezeichnet. Von Haubach liegt eine Äußerung vor, die er Mitte Februar 1925 in einem Brief tat und die hilft, seine Texte zu identifizieren: „Im übrigen freute ich mich über Deine Zeilen und Dein Interesse an mir. Sag mir doch sonst ein Wort über meine Arbeit im Echo. Ich bin leicht zu finden. Alles A.politische [Außenpolitische, P.Z.] ist von mir. Ich vermute [sic] in letzter Zeit manche anständige Arbeit gemacht zu haben.“<sup>882</sup>

Es können ihm also alle außenpolitischen Beiträge zugeordnet werden. Sie sollen im folgenden die Grundlage für die Analyse seiner Position in diesen Jahren abgeben, die er nach eigener Aussage offenkundig ungebrochen durch Einwände aus der Partei ausbreiten konnte. Veranlassung für Interventionen gab es nicht: Wie bei seinen Engagements in der Vereinigung Republik oder bei den Jungsozialisten lag er auf der Linie der Kräfte in der Partei, die in Hamburg den ideologischen Kurs bestimmten. Zum Thema Außenpolitik – später auch in Verbindung mit der Wehrpolitik - äußerte sich Haubach zwangsläufig kontinuierlich, doch dieser Sek-

---

<sup>882</sup> Brief Theodor Haubach an Joseph Halperin v. Mitte Februar 1925, 2. S. in: Robert-Walser-Archiv Zürich, NL Joseph Halperin. Die Datumsangabe „Mitte Februar 1925“ ist hds. im Kopf der ersten Seite offenbar vom Empfänger über Haubachs Anredeformel „Lieber Freund Halperin und ‚Feind der Arbeiterbewegung‘.“ eingefügt. Haubach reagierte damit ironisch auf ein Schreiben Halperins an ihn v. 11.2.1925, die hds. Datumsangabe ist also plausibel. Joseph Halperin (1891 – 1963) hatte als Berliner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (1920 – 1924) zunächst Carlo Mierendorff, dann Theodor Haubach kennengelernt. Halperin ging dann für die NZZ nach London (1925 – 1928), kehrte nach Berlin zurück, um dann nach 1933 in der Schweiz für Zeitschriften des antifaschistischen deutschen Exils zu arbeiten. 1956 wurde er Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

tor der Politik war für ihn nicht allein berufliche Aufgabe, sondern er hatte ihm, wie wir sahen, bereits früh eine bedeutende Funktion zugeschrieben, und so entwickelte er in diesem Bereich am deutlichsten inhaltlich-konzeptionelle Vorstellungen. Es mag durchaus sein, daß er neben dem sachlichen Interesse auch die Chance sah, sich durch die Belebung und Akzentuierung dieses innerparteilich eher defizitären Themenkomplexes zu profilieren und die Außenpolitik als Vehikel eigenen Aufstiegs zu nutzen.

Nachdem im folgenden die Vorstellungen zur Außenpolitik vorgestellt worden sind, die von den maßgeblichen ‚Außenpolitikern‘ der Partei und von Gustav Stresemann als Repräsentanten deutscher Regierungspolitik vertreten wurden, sollen die wesentlichen Linien der Konzeption Haubachs nachgezeichnet werden. Er hatte sich für die SPD als Plattform politischen Denkens und Handelns entschieden, in dieser Partei konkretisierte sich sein politischer Ort. Es wird also in diesem wie in den folgenden Kapiteln zu fragen sein, in welchem Umfang Haubach mit seinen inhaltlichen Entwürfen und in seinem Handeln *die* Partei repräsentierte und von welchen Gruppierungen in ihr er Anerkennung fand oder gar für Führungsaufgaben herangezogen wurde.

#### *Wesentliche Linien sozialdemokratischer Außenpolitik*

Auf die traditionellen ideologischen Hindernisse, die die deutsche Sozialdemokratie von intensiverer Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen abhielt, wurde bereits verwiesen. Ein weiteres Hemmnis ist zweifellos in der Tatsache zu sehen, daß Außenpolitik jeweils von den Regierenden betrieben wurde, eine Konstellation, die für Sozialdemokraten bis 1914 noch nicht erreicht worden war und vorerst auch als eher wenig wahrscheinlich angesehen wurde. Doch die Herausforderung durch die Praxis sollte sich schnell einstellen. Der erste Außenminister der jungen Republik war der SPD-Politiker Hermann Müller. Schnell erwies es sich, daß die Mehrheitssozialdemokratie durchaus, strukturell wie auf die aktuelle Situation bezogen, eine außenpolitische Programmatik zu entwickeln vermochte. Sie distanzierte sich entschieden von der Geheimdiplomatie und der sich an nationalen Interessen ausrichtenden Bündnispolitik des 19. Jahrhunderts. Müller propagierte eine nach innen wie nach außen an demokratischen Regeln orientierte Politik, versprach damit Offenheit, den Wunsch nach Herstellung eines neuen Vertrauensverhältnisses unter den Nationen und die Respektierung geschlossener Verträge.<sup>883</sup> So sah er „in der europäischen >Geheimdiplomatie<“ [gesperrt, P.Z.] eine „der wichtigsten Ursachen des Weltkriegs“.<sup>884</sup> Keineswegs war mit dem kritischen Blick auf den Anteil deutscher Beteiligung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs jedoch die Aufgabe nationaler Interessen verbunden. Deren Artikulierung und mögliche praktische Durchsetzung wurde jedoch eindeutig der Entwicklung von Formen internationaler Koexistenz und aktiver Ausgleichspolitik untergeordnet. Dieser Grundsatz, der mit dem „Bekanntnis zum Völkerbundsprinzip“ verbun-

<sup>883</sup> Rede Hermann Müller v. 23.7.1919, in: Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 328, Berlin 1920, S. 1851 ff. und in: Müller, Hermann: Demokratische Außenpolitik, in: Die Gesellschaft 1 (1924), Bd. 1, S. 42 – 46.

<sup>884</sup> Müller, Demokratische, S. 42.

den wurde, blieb für die Sozialdemokratie bis zum Ende der Republik bestimmendes „Leitmotiv ihrer außenpolitischen Haltung.“<sup>885</sup>

Konkret festzumachen sind diese Zielvorstellungen im behandelten Zeitraum zwischen Ende 1924 und 1926 neben der Propagierung der Völkerbundidee an der massiven Unterstützung internationaler, Frieden und Sicherheit schaffender Initiativen. Zu nennen ist zunächst das Genfer Protokoll, das dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung tragen sollte. Seine zentrale Funktion bestand darin, dieses vor allem von französischen Politikern so empfundene Defizit zu kompensieren und bei einem Angriff auf ein Mitglied des Völkerbunds automatischen Beistand durch Partnerländer gegen den Aggressor zu garantieren. Trotz der außerordentlich komplexen Materie und der Fülle der zu beachtenden Interessen fand sich doch „eine verhältnismäßig realistische Lösung der schwierigen Materie.“<sup>886</sup>

Wenn dieses Protokoll vom Herbst 1924, das von den sozialistischen Regierungen Frankreichs und Englands unter Édouard Herriot und Ramsey MacDonald ausgehandelt, dann von der neuen britischen konservativen Regierung nicht ratifiziert worden war, so war doch Bewegung in die Diskussion gekommen.

Beginnend im Januar 1925 startete der Außenminister Gustav Stresemann eine Sicherheitsinitiative; die Verhandlungen, die über Monate geheim verliefen, erstreckten sich bis in den Frühsommer des Jahres. Die Sicherheitsinteressen Frankreichs sollten von Deutschland anerkannt, vertraglich fixiert und von England und Italien garantiert werden. Im Januar 1925 hatte der parteilose Hans Luther ein neues Kabinett gebildet, dem immerhin vier Minister der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angehörten, die so wichtige Ressorts wie die für Inneres, für Wirtschaft und für Finanzen besetzten.<sup>887</sup> Die neue Regierung sah sich heftiger Kritik von Seiten der SPD ausgesetzt. Außenminister Stresemann informierte jedoch die SPD-Spitze ab Februar 1925 über die laufenden Geheimverhandlungen.<sup>888</sup> Dies war umso erstaunlicher, weil er nicht nur Mitglied einer wenig geschätzten Regierungsmannschaft war, sondern auch Repräsentant der von Sozialdemokraten als ‚Unternehmerpartei‘ gebrandmarkten Deutschen Volkspartei (DVP). Die Stresemannsche Initiative wies jedoch in eine Richtung, die den grundlegenden Vorstellungen der Sozialdemokraten entsprach. Aus ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft wurde ihnen der tief sitzende Wunsch nach innen- und außenpolitischer Stabilität und nach verlässlichem Wirtschaftswachstum signalisiert. Die führenden Politiker der SPD wollten ein europäisches Sicherheitssystem aktiv mitgestalten helfen und versprachen sich zweifellos davon die schrittweise Rückkehr zu einer respektierten und einflußreichen Rolle unter den europäischen Nationen.

---

<sup>885</sup> Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918 – 1933), Phil. Diss. Tübingen 1997 (Moderne Geschichte und Politik; Bd. 10), Frankfurt/M. et al. 1998, S. 13. Diese außerordentlich differenzierte Studie füllt zweifellos eine Lücke. Der Vf. stellt parteiinterne Prozesse bei der Entwicklung konzeptioneller Entwürfe dar und beschäftigt sich eingehend mit möglichen Wirkungen sozialdemokratischer Vorstellungen auf die konkrete Außenpolitik verschiedener Regierungen während der Weimarer Republik.

<sup>886</sup> Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, 2. Aufl. 1993, S. 262 f.

<sup>887</sup> Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Berlin 1930, S. 206.

<sup>888</sup> Feucht, Die Haltung, S. 340 f.

Der Vorteil dieser oft still im Hintergrund verlaufenden Kooperation bestand für Stresemann in der Aussicht, daß die SPD-Führer – waren sie inhaltlich in die Überlegungen und Aktivitäten erst einmal eingebunden – mäßigend auf die eigene Parteipresse einwirken und als potentielle Mehrheitsbeschaffer im Reichstag bei ständig labilen Verhältnissen eine entscheidende Rolle spielen konnten. Zudem baute Stresemann sicherlich auf ihre Scharnierfunktion zu den sozialistischen Parteien Frankreichs und Englands. So hatten sich Hilferding und Breitscheid u.a. im Spätsommer 1924 als ‚Außenpolitiker‘ ausgewiesen, als sie anlässlich der Ratstagung des Völkerbunds inoffizielle Gespräche mit Vertretern der Bruderparteien über einen möglichen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund geführt hatten.<sup>889</sup> Vor allen anderen hatte Rudolf Breitscheid schon frühzeitig, z.B. im März 1924, die optimistische Aufbruchstimmung der außenpolitischen Intentionen Stresemanns in einer Reichsragsrede öffentlich begrüßt.<sup>890</sup> Wenn er es in der innerparteilichen Hierarchie auch nur zum Beisitzer im Parteivorstand brachte, den er mit dem Synonym eines „Bei-Schläfers“ als absolut einflußlos kennzeichnete, trugen offizielle Papiere der Partei zur Außenpolitik seine Handschrift, trat er auch häufig als autorisierter Sprecher der Fraktion im Reichstag auf.<sup>891</sup> Sein Engagement im Ausland, das eng mit Stellen des Auswärtigen Amtes abgestimmt wurde, ließ ihn im Laufe der Zeit zu einem Grenzgänger zwischen Legislative und Exekutive werden. Von einem scharfen Kritiker des im Auswärtigen Amt gepflegten politischen Stils wandelte er sich zu einem Vertrauten Stresemanns und hoher Beamter des Außenamtes, der „sein Betätigungsfeld auf den Bereich der Diplomatie ausdehnte.“<sup>892</sup>

Einen hohen Stellenwert im Rahmen der sozialdemokratischen Konzeption hatte die Forderung nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund inne. Er wurde seit dem Sommer 1924 nachhaltig propagiert, und zwar mit Unterstützung der sozialistischen Parteien in England und Frankreich.<sup>893</sup> In seiner möglichen Realisierung bündelten sich die Erwartung und Hoffnung, daß die Arbeit dieser Institution die wesentlichen Parameter außenpolitischer SPD-Programmatik würde umsetzen können: Friedenssicherung, Abrüstung, eine schiedsgerichtliche Instanz, Aufschwung der Wirtschaft und die einvernehmliche Revision des Versailler Vertrages. Diese Reihung macht im übrigen bereits die enge Verklammerung innen- und außenpolitischer Themen deutlich.

Bei aller Intensität, den Beitritt national und international als gewichtige Forderung zu placieren sowie hinter den Kulissen dafür zu werben, wurden doch markante Differenzierungen bei der öffentlichen Behandlung dieses Themas angebracht. So ordnete Hermann Müller, einer der führenden SPD-‚Außenpolitiker‘, noch 1924 den Völkerbund scharfzüngig als „Degradierung einer erhabenen Idee“ ein, weil sich seine Mitglieder mit dem Versailler „Gewaltfrieden“ identifiziert hätten.<sup>894</sup> Diese heftige Formulierung wurde zweifellos auch vor dem Hinter-

<sup>889</sup> Ebd., S. 339.

<sup>890</sup> Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Bericht, Berlin, 405. Sitzung v. 5.3.1924, Bd. 361, S. 12591.

<sup>891</sup> Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874 – 1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Diss. Köln 1970, S. 238 f.

<sup>892</sup> Ebd., S. 240.

<sup>893</sup> Klinkhammer, Reimund: Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Freiburg, Freiburg 1955, S. 134 f.

<sup>894</sup> Müller, Demokratische, S. 43.

grund massiver innenpolitischer Auseinandersetzungen so getroffen – ständig mußten sich die Sozialdemokraten vehemente Angriffe der nationalistischen Parteien erwehren, die sie als ‚vaterlandslose Gesellen‘ bezeichneten und sie des ‚Ausverkaufs‘ nationaler geistiger und materieller Güter ziehen.<sup>895</sup> Auch Rudolf Breitscheid, neben Hermann Müller und Rudolf Hilferding profiliertester außenpolitischer Sprecher der SPD, sah offenkundig die Notwendigkeit, die Partei gegen derartige Vorwürfe zu verteidigen, indem er hinsichtlich der Versailler Vertragsbedingungen prononciert darauf verwies, daß „niemals [...] die Forderungen der Gegner [des Ersten Weltkriegs, P.Z.] als sittlich berechtigt anerkannt worden“ seien.<sup>896</sup> Während aber die innenpolitischen Kontrahenten in ihrer Ablehnung einer Institution wie des Völkerbundes verharrten, in ihr das Symbol des ‚Verzichts‘ sahen und – auch nach dem militärischen Desaster von 1918 – einen möglichen Beitritt von vollmundig vorgetragene Forderungen abhängig machten, stellten sich die Sozialdemokraten auf ein politisches Procedere ein, das gegenüber einer indifferenten bzw. schnelle Fortschritte erwartenden Wählerschaft sicherlich schwieriger zu vermitteln war. Sie befürworteten „grundsätzlich“ den Ausbau zu „einem >wirklichen< [gesperrt, P.Z.] Völkerbund“, der auf dem Boden demokratischer Verhältnisse die friedliche Koexistenz befördern sollte. Würde dann auch allen Staaten ein gleiches Recht zugestanden werden, so könnte diese neue Basis – Hoffnung für die eigene Klientel und Köder für potentielle Sympathisanten zugleich – Deutschland „die >Wiedergutmachung des Unrechts<“ [gesperrt, P.Z.] von 1919 erwarten lassen.<sup>897</sup>

Eindeutig ist die hierarchische Anordnung der Ziele auszumachen; nationale Interessen wurden einer internationalen demokratischen und friedlichen Entwicklung untergeordnet. Wo die nationalistischen Propagandisten ohne Rücksicht auf kontextuale innen- oder außenpolitische Bedingungen ausschließlich und vordergründig auf Wirkung bedacht waren, zeichnete die Überlegungen der SPD-Politiker – wenn es auch zeitweise zu nationalen Aufwallungen kam – Ernsthaftigkeit und Verantwortungsgefühl aus. Die Erkenntnis von dem hohen Anspruch der Zielvorstellung, global ein friedliches Zusammenleben bei einer noch existierenden außerordentlich komplexen und labilen internationalen Konstellation mitzugestalten und der Unklarheit darüber, wo und wie Deutschland als Aggressor militärisch geschlagen in der sich neu formierenden Ordnung der Staaten zu positionieren sei, ließ Müller die realistische Prognose formulieren, die keineswegs auf kurzfristige Publikumswirkung angelegt war: „Der Weg [...] ist noch steinig.“<sup>898</sup>

Ein Element der angestrebten demokratischen Struktur nicht allein der eigenen außenpolitischen Aktivitäten, sondern auch der internationalen Institutionen, an denen man sich beteiligte, war für die (Mehrheits-)Sozialisten die Verwirklichung der sozialistischen Idee. Sie versuchten, ihre Grundüberzeugung bereits unmittelbar nach Kriegsende im eigenen Lager umzusetzen, indem sie Kontakte zu den Schwesterparteien der Siegerstaaten herstellten und ab 1919 an der Zweiten Internationale teilnahmen. Nach der Vereinigung der MSPD mit der USPD kam es in Hamburg 1923 ohne die Kommunisten zur Gründung der Sozialistischen Ar-

<sup>895</sup> Der Kontext wird in einem historischen Längsschnitt aufgearbeitet in: Groh, Dieter/Brandt, Peter: ‚Vaterlandslose Gesellen‘. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992.

<sup>896</sup> Breitscheid, Rudolf: Locarno, in: Die Gesellschaft 2 (1925), Bd. 2, S. 497 – 509, S. 497.

<sup>897</sup> Müller, Demokratische, S. 43 f.

<sup>898</sup> Ebd., S. 45.

beiter-Internationale (SAI). Dieser Zusammenschluß wurde in der deutschen Sozialdemokratie als bedeutsamer Schritt gefeiert, weil er wiedergewonnene Zugehörigkeit zur Gruppe der europäischen sozialistischen Parteien demonstrierte. Substantiell legte sich die SAI auf allgemein formulierte Ziele fest: Der sozialistischen Idee sollte in Politik und Wirtschaft zum Durchbruch verholfen, die Arbeiterklasse emanzipiert werden und die internationale Verpflichtung auf friedliche Koexistenz bzw. Lösung von Konflikten wurde bestätigt. Eine Wiederholung des Vorkriegsszenarios sollte in jedem Fall verhindert werden.<sup>899</sup>

Diese ideologischen Maximen sollten nach dem Willen der SPD-Parteiführung nach innen wie nach außen offensiv vertreten werden. Innenpolitisch erwiesen sich nicht allein die bürgerlichen Parteien als Gegner, sondern auch die KPD, mit der um die Zustimmung und die Stimmen der Arbeiterschaft gerungen wurde. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft sollte nicht der KPD überlassen werden, wenn sich auch unübersehbar u.a. zur Frage, wie der Kampf für die sozialistische Idee zu führen sei, unüberbrückbare Unterschiede zwischen beiden Parteien auftraten. Die Bekundungen sozialdemokratischer Politiker zum Thema der sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft entsprangen sicher auch ihrer Überzeugung, doch in der aktuellen, tagespolitischen Herausforderung und in der Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Widersachern um den ‚richtigen‘ innen- und außenpolitischen Weg geriet dieser Aspekt im Laufe der Jahre immer weiter ins Hintertreffen, wie wir feststellen werden – die sozialistische Idee blieb nicht selbstverständlicher, unersetzbarer Bestandteil der konzeptionellen Vorstellungen bei den führenden sozialdemokratischen Politikern.

Im Lichte der innenpolitischen Auseinandersetzung konnte sich die MSPD nicht zu einer entschiedenen Anerkennung der deutschen Kriegsschuld durchringen. Eduard Bernstein hatte einen solchen Schritt auf dem Parteitag 1919 in Weimar gefordert, wollte die deutsche Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zuge stehen und die daraus resultierenden Folgen anerkennen.<sup>900</sup> Er konnte sich mit dieser Position jedoch nicht durchsetzen, sondern jene Kräfte behielten eindeutig die Oberhand, die – wie bereits während der Sitzung der Zweiten Internationale in Bern 1919 – zwischen den politisch Mächtigen des Wilhelminischen Deutschland und der weniger einflußreichen Sozialdemokratie differenzierten und damit eigene Schuld nicht eingestehen wollten. Folglich sahen sie sich außerstande – so die Argumentation –, die Kriegsschuld für die Nation insgesamt zu übernehmen. Mit dem Verweis, eine gründliche Ursachenforschung auch auf internationaler Ebene nachhaltig unterstützen zu wollen, mühte sich die Sozialdemokratie zwar, Zeit zu gewinnen, aber eine klare, unmißverständliche Aussage wurde nach außen wie nach innen nicht zustande gebracht.

Sicherlich waren für dieses Vorgehen vor allem innenpolitische Gründe maßgebend, weil zunächst vordergründig die Attacken bürgerlicher Parteien gefürchtet wurden. Diese hätten in der Tat Nutzen aus der zu erwartenden Enttäuschung breiter Bevölkerungskreise ziehen können, die im Krieg große Opfer gebracht hatten, weiterhin an den Folgen des Krieges massiv litten und nun nicht bereit waren, zumindest den Glauben an den ‚Sinn‘ des Krieges aufzugeben, wie irrational eine solche Einstellung auch immer war. Welch hoher Grad der Emotionali-

<sup>899</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 585 f.

<sup>900</sup> Die Darstellung in diesem Abschnitt greift zurück auf: Winkler, Von der Revolution, S. 209 – 216.

sierung und Mobilisierung breiter Kreise erreicht werden konnte, zeigte uns oben der Blick auf den Mikrokosmos ‚Provinz‘ im Jahre 1919, als es bei der Durchführung von Veranstaltungen mit Referenten aus Frankreich, die maßgebend von Haubach mitinitiiert worden waren, in Darmstadt und Heidelberg zu massiven Protesten kam.

So betonte Otto Wels ausdrücklich, „daß Deutschland nicht allein der Sündenbock (sei)“, sondern hob hervor, daß vielmehr auch der Zar kein „blütenweißes Unschuldslämmlein“ gewesen sei und daß auch „die französischen Revancheideen“ ihren Teil zum Kriegsausbruch beigetragen hätten. Zugleich ist allerdings festzustellen, daß die Sozialdemokraten um die Entwicklung eines nationalen Selbstverständnisses rangen, es ihnen nicht nur um eine sozusagen kosmetische Darstellung zu tun war. Er beschwor dann fast im gleichen Atemzug als Vorbilder Frankreich und England mit einem „Nationalstolz“, der – wenn er denn frei von jeglichem chauvinistischen Impuls sei – „etwas Großes und Gewaltiges“ darstelle.<sup>901</sup> Die Sozialdemokratie hatte sich vor 1914 u.a. durch die Unterstützung der offiziellen deutschen Regierungspolitik nicht nur dem Staat angenähert, sondern auch ‚ihrer‘ Nation. Darauf weist auch die breite Unterstützung hin, die diese Passagen der Rede Wels´ nach Auskunft des Parteitageprotokolls durch andere Delegierte erhielten, gegenüber einer erheblich geringeren Zahl von kritischen Äußerungen.<sup>902</sup>

So mühte sich der eher der Parteilinken zuzuordnende Delegierte Adolf Braun fast beschwörend, den Genossen „die nationale Welle“ des Wilhelminismus im Gegensatz von „unserem Nationalismus“, der keineswegs ein „Widerspruch mit dem Internationalismus“ sei, abzugrenzen.<sup>903</sup>

Die Hofgeismarer hatten einige Jahre darauf erheblich weniger Mühe, ihre Vorstellung von der Nation und deren Bedeutung für das Gemeinwohl darzustellen. Die jugendbewegten Intellektuellen und intellektualistischen Jugendbewegten dieser Gruppierung schlossen mit ihren Formulierungen auch nicht an die der Partioberen der Umbruchzeit an, sondern ‚die Nation‘ war Teil ihrer Sozialisation, sie kamen auf einer anderen ‚Schiene‘ daher, die nicht zwingend in der Sozialdemokratie enden mußte. Wenn sie sich denn politisch betätigten, so zog es viele der Gefährten in das bürgerliche Lager. Traditionelle Sozialdemokraten mußten den Weg zu dieser Erfahrung und Begrifflichkeit erst finden, das Streben z.B. nach ‚sozialistischem Internationalismus‘ als bedeutende Konstante ihrer herkömmlichen Politikentwürfe bildete fraglos eine erhebliche Barriere, wie sie auch die Einlassung Brauns noch widerspiegelt.

In der Tat hätte unmittelbar nach Kriegsende die wohl günstigste Gelegenheit, wenn nicht die Notwendigkeit bestanden, eindeutig diejenigen Machteliten zu benennen, die „Mißbrauch [...] mit der Vaterlandsliebe der breiten Massen getrieben hatten.“ Wäre auf diese Weise, so fragt Winkler, eine Chance gegeben gewesen, über das verbindende Element des Nationalismus die bald einsetzende „anti-

<sup>901</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Weimar vom 10. bis 15.6.1919, Berlin 1919, S. 159.

<sup>902</sup> Nach Winkler, *Von der Revolution*, S. 212 sei eine solche Folgerung naheliegend „nach dem Beifall zu schließen“, den Wels erhielt. Ein methodisch zweifelhaftes Unterfangen, wenn man sich vor Augen hält, wie gering die Trennschärfe von Angaben wie „lang anhaltender“ oder „starker“ Beifall ist, sie letztlich schwer einschätzbar sind und in hohem Grade von der subjektiven Einstellung des Protokollanten gegenüber den auftretenden Personen und/oder den behandelten Themen abhängig ist.

<sup>903</sup> Protokoll, S. 189.

sozialdemokratische Sammlung der Mittelschichten“ aufzuhalten und sich außenpolitisch durch ein ungeschminktes Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld „längerfristig die Aussicht auf mehr internationale Solidarität mit dem neuen Deutschland“ herzustellen?<sup>904</sup> Bereits die höchst vorsichtige Art der Formulierung des außenpolitischen Aspektes der Fragestellung läßt die Antwort vermuten. Tatsächlich ist es nicht vorstellbar, daß die Siegermächte sich nach einem Kotau Deutschlands zu einem gemäßigten Kurs hätten bewegen lassen, für sie lag die Schuld für den Ausbruch des Krieges eindeutig bei Deutschland.

Der innenpolitische Teil der auszugsweise zitierten Fragestellung mutiert bei Winkler umgehend zur These und mündet in der in vorwurfsvollem Ton vorgebrachten Feststellung, daß doch „schon 1919 absehbar“ gewesen sei, daß eine derartige Zurückhaltung der „Kriegsunschuldlüge“ [wie i. Orig., P.Z.] und dem Anwachsen des Nationalismus bis hin zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Tür und Tor geöffnet habe.<sup>905</sup> Immerhin sind bei Winkler offenkundig - berechnete - Skrupel hinsichtlich der Rolle des Historikers als Ober-Schiedsrichter insofern zu bemerken, als er die Behauptung einflücht, daß die Konsequenzen der sozialdemokratischen Haltung bereits 1919 erkennbar gewesen seien. Doch diese Anmerkung ist lediglich als oberflächlich-kosmetischer Schlenker anzusehen – an keiner Stelle wird sie näher erläutert. Sie widerspricht damit auch dem Geist des Werkes, dem sie entstammt und das ja gerade die Vielschichtigkeit der Genese dieser Republik, u.a. die auf die Kaiserzeit zurückgehenden individuellen und kollektiven ‚Lasten‘ differenziert darzustellen sucht.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Sozialdemokraten nur für eine äußerst kurze Zeit die stärkste parlamentarische Kraft waren und sich ihre relative Mehrheit umgehend als sehr fragil herausstellte, so ist schlicht nicht vorstellbar, daß die Parole ‚Wir stehen zur deutschen Kriegsschuld!‘ vor allem weite bürgerliche Kreise hinter ihre Fahnen gebracht hätte. Das politische Leben begann im Winter 1918/19 ja nicht beim Nullpunkt, d.h. der überwiegende Teil des Bürgertums war durch ein Bild von der SPD geprägt, das diese Partei ihm als nicht wählbar erscheinen ließ. Diese Tatsache war Folge der traditionellen Bindung bürgerlicher Schichten an „die alten Machteliten“, die ja nicht allein durch eine (partei-)politische Dimension gekennzeichnet war, sondern sie implizierte durch Sozialisation erfahrene Strukturen der Persönlichkeit – wie etwa die Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Das Eingeständnis deutscher Kriegsschuld hätte sie sicherlich nicht dazu veranlassen können, sozialisationsbedingte Einstellungen zu verändern. Militärisch besiegt, ehemals deutsche Gebiete besetzt und bereits verloren, wirtschaftlich am Boden liegend: Weite Kreise des deutschen Bürgertums, dessen „Bindemittel“ der Nationalismus war – ob er das „wirksamste“ darstellte, wie Winkler meint, sei dahingestellt<sup>906</sup> -, mußte sich fast zwangsläufig an Irrationalismen klammern und nahm den Weg, die fatale Situation durch die Verteufelung der Kriegsgegner und bald darauf durch die ‚Kriegsschuldlüge‘ zu kompensieren. Legt man die Aussagen der führenden Mehrheitssozialdemokraten der Zeit wie etwa die von Otto Wels auf dem Weimarer Parteitag zugrunde, so ist indes anzunehmen, daß die Zurückhaltung in der Frage der Kriegsschuldanererkennung nicht ausschließlich parteipolitisches Kalkül war, sondern daß sie den Ausbruch des

<sup>904</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 214.

<sup>905</sup> Winkler, Von der Revolution, S. 214.

<sup>906</sup> Ebd.

Weltkriegs durch andere europäische Staaten mitverursacht sahen. In ihrer Mehrheit war die Partei im Begriff, durch die Verbindung sozialistischer und liberaler Elemente auf der Grundlage der gerade errungenen parlamentarischen Demokratie Neuland zu betreten. Der Wille, Macht auf dem politischen Feld zu erobern und die Bereitschaft, diese auch zu ergreifen und zu füllen, waren vorhanden und wurden genährt durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Es mußte so scheinen, als seien der Sozialdemokratie aus dem bürgerlichen Lager Stimmen zugefallen, als hätten sie hier Fuß fassen können. Der als Vorwurf formulierten These Winklers, die zu Recht innen- und außenpolitische Aspekte miteinander verbindet, ist also entgegenzusetzen, daß die bestimmenden Politiker der Mehrheitssozialdemokratie in der aktuellen Situation des Jahres 1919 diesen Schritt, sich rückhaltlos zur deutschen Kriegsschuld zu bekennen, gar nicht tun *konnten*. Sie standen wie die Mehrheit der Bevölkerung generell unter dem Eindruck des als überhart, wenn nicht als Unrecht empfundenen Versailler Vertrages, ein Umstand, der nicht dazu beizutragen vermochte, die Rolle Deutschlands überaus selbstkritisch zu spiegeln. Zudem konnte den Zeitgenossen nach dem aktuellen Wissensstand das ganze Ausmaß des deutschen Anteils bei weitem nicht bekannt sein – wie übrigens auch Generationen von Historikern in den folgenden 50 Jahren. Als hemmend erwies sich zweifellos auch der beginnende Prozeß der Entwicklung einer nationalen Identität innerhalb der Sozialdemokratie, die sich entschieden von den bereits wuchernden revanchistischen Ansätzen unterschied, gleichwohl nur das Zugeständnis zuließ, die Kriegsschuldfrage im Kontext aller beteiligten Staaten von internationalen Gremien schonungslos aufklären zu lassen. Nicht zur (eher fruchtlosen) Kritik sollte der Blick auf diesen schmalen, außerordentlich komplexen Zeitkorridor herausfordern, sondern dazu, den Versuch der Neuorientierung innerhalb der MSPD nachzuzeichnen und ihn transparenter zu machen.

Eine wichtige Rolle in der sozialdemokratischen Programmatik zur Außenpolitik spielte die Wirtschaftspolitik. Eine europäische Zollunion sollte die Vorstufe für ein politisch vereintes Europa abgeben. Die Hoffnung auf ein ökonomisches Wiedererstarken Deutschlands war bei den Sozialdemokraten ungebrochen. Davon würde die Arbeiterschaft profitieren und die sozialistische Entwicklung im Lande voranbringen, so die Erwartung, und im Verbund mit anderen demokratischen europäischen Staaten ein starkes Gewicht in eine Partnerschaft mit den USA einbringen können.<sup>907</sup> Auch hier setzte man also auf reformerische oder evolutionäre Kräfte, die den Sozialismus fast zwangsläufig mit sich bringen sollten – eine trügerische Erwartung, wie sich schnell herausstellte, weil z.B. die erhofften sozialen Fortschritte von den Arbeitgebern nicht eingelöst wurden, diese ihre dominierende Position vielmehr konsequent ausbauen und zementierten.

Das Ausmaß der Erwartungen, die auf die wirtschaftliche Entwicklung gesetzt wurden, spiegelt ein Beitrag des Sozialdemokraten Paul Göhre. In ihm vertrat er nachdrücklich den Gedanken der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ in enger Anlehnung an die paneuropäische Konzeption, die Richard Coudenhove-Kalergi 1923 propagiert hatte. Die Basis für eine fruchtbare Auseinandersetzung mit der Paneuropa-Idee und für ihre Realisierung sah Göhre im wesentlichen durch die „systematische Auswertung und Vertiefung“ gelegt, die nach seiner Auffassung

---

<sup>907</sup> Feucht, Die Haltung, S. 81 f.

die Nationalökonomie und die Geopolitik geleistet hätten.<sup>908</sup> Ausladend breitete der Verfasser die Darstellung von sieben industriellen und fünf „Groß-Erdräum-Zonen“ aus, um dann die Notwendigkeit zu betonen, daß das vereinte Europa in diese Ordnung einzupassen sei. Die wirtschaftlichen Argumente sollten die Grundlage abgeben für die Erschaffung eines geeinten Europas, als Zwischenstufe war eine Zollunion vorgesehen. Die wirtschaftspolitischen Erwägungen stellten zwar ein wichtiges Element des gesamteuropäischen Konstrukts dar, ihnen war auch eine Art Vehikelfunktion zugeordnet, die Zielvorstellungen mündeten allerdings weitergehend in einem Staatenverbund, in dem eine „Atmosphäre des Vertrauens“, der friedlichen Koexistenz und der Freizügigkeit herrschen sollte. Als deutschen Beitrag forderte Göhre unmißverständlich die Tilgung der Kriegsschulden, diese müßten „abgebürdet werden“, den Verzicht auf Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen und die aktive Beteiligung Deutschlands an vertrauensbildenden Schritten, wie sie beispielhaft etwa durch den Vertrag von Locarno verwirklicht worden waren.<sup>909</sup> Für Deutschland sei es unbedingt erforderlich, auf jegliche Herrschafts- und Führungsansprüche zu verzichten und ein „seiner würdiges Lebensziel“ realisieren zu helfen – „eine vollendete demokratische Gesinnung“ sollte die Basis abgeben.<sup>910</sup>

Der Text läßt alle bereits bekannten und seit 1919 propagierten Bausteine sozialdemokratischer Außenpolitik erkennen. Von Göhre auch entsprechend akzentuiert, rangierte „die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa“ an erster Stelle, dazu bekenne „sich die Sozialdemokratie uneingeschränkt“.<sup>911</sup> Auch das deutsche Wirtschaftspotential und mögliche Formen seiner Verknüpfung mit dem anderen Staaten war, wie wir sahen, von Beginn an ein bedeutsamer Faktor sozialdemokratischer Zukunftsplanungen für die Innen- und Außenpolitik. Einen besonderen Stellenwert erhielt dieser Sektor durch das unmittelbar nach dem Krieg von SPD-Politikern wiederholt beschworene Ziel, mittels einer ‚neuen‘ Wirtschaftspolitik der Arbeiterschaft nicht nur bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch eine bedeutendere gesellschaftliche Position zu verschaffen. Der Sturz des Wilhelminischen Systems, das kurze Aufflackern einer revolutionären Stimmung, dann die sicher scheinende republikanische Plattform nährten mit unterschiedlicher Intensität diese Hoffnung; die Verwirklichung der sozialistischen Idee war zunächst zweifellos integratives Moment dieses Ansatzes

Die bereits geäußerte Vermutung, daß dieser Aspekt zunehmend an Kraft verlor, läßt sich anhand dieses Textes eindeutig nachweisen. Die sozialistische Idee findet im Beitrag Göhres keine Erwähnung mehr, hier deutlich nachvollziehbar faktisch aufgesogen vom Kampf für den Erhalt der Republik und vom Einsatz für eine Vereinigung demokratischer Staaten in Europa. Der Eintritt in diesen Verbund und die Kooperation mit anderen sollte zweifellos den demokratischen Boden Deutschlands sichern helfen, indem die kohärenten Kräfte dieses Systems zugleich gefördert wie auch genutzt wurden. Es kann der Fragestellung, in wel-

<sup>908</sup> Göhre, Paul: Die Vereinigten Staaten von Europa, in: Die Neue Rundschau, 37. Jg. der freien Bühne 1926, Bd. II, S. 113 – 126, S. 114. Paul Göhre (1864 – 1928), ehemaliger Pfarrer, Nationalsozialer, Mitglied der SPD, 1918 für die MSPD Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, 1919 – 1923 Staatssekretär im preußischen Staatsministerium.

<sup>909</sup> Ebd., S. 123 f.

<sup>910</sup> Ebd., S. 126.

<sup>911</sup> Ebd., S. 114.

chem Maß und in welchem Tempo die Nutzung sozialistischer Topoi abnahm, im Rahmen dieser Untersuchung nicht differenziert nachgegangen werden, es soll jedoch das Symptom benannt und eine These formuliert werden. Für das allmähliche Verschwinden sozialistischer Forderungen in den programmatischen Bekundungen von Sozialdemokraten zur Innen- wie zur Außenpolitik ist das eben erwähnte Engagement für den Erhalt und Ausbau der Republik sicherlich das bestimmende Motiv.

Jene Politiker der Partei, die wie Breitscheid oder Göhre eben nicht traditionell in ihr verwurzelt waren, hatten die der Vision vom ‚Sieg des Sozialismus‘ immanente Kraft in ihrer Bedeutung als Kern oder Prinzip politischen Kampfes gegen die Willkür wilhelminischer Schranken und Institutionen sowie als Gegenentwurf zu einer distinktiven bourgeoisen Machtausübung im Verlauf ihrer (politischen) Sozialisation vermutlich nie erfahren. Rudolf Breitscheid, bildungsbürgerlichem Milieu entstammend und über Jahre auf den Spuren Friedrich Naumanns, war der „Spezialist für die internationalen Beziehungen“ in der SPD, in Gestus und Auftreten offenbar dem Stand der Diplomaten nahestehend.<sup>912</sup> Das wird ihm in der Reichstagsfraktion und darüber hinaus in den Gremien der Partei Bewunderung, Spott und vehemente Ablehnung eingebracht haben. Auch Paul Göhre kam aus bürgerlichem Elternhaus, war Pfarrer und Anhänger Friedrich Naumanns, nahm seit 1915 am Weltkrieg als Freiwilliger teil und schied als Offizier aus. Die dann folgenden, bereits erwähnten hohen Regierungsämter siedeln ihn im Rückblick in einem sozialen Feld an, das sich weit entfernt von dem *der* Arbeiterschaft befand. Beide waren zweifellos soziale Reformer und engagierten sich für eine demokratisch-offene, die friedliche Koexistenz in Europa fördernde Außenpolitik. Das hob sie weit über die Tradition wilhelminischer Politiker, deren geheime Diplomatie und inhaltliche Maximen sich an nationalistischen Vorgaben orientierten, es wies sie zugleich als liberale und demokratische Reformer aus, die das Bild sozialdemokratischer Politik im Verlauf der Weimarer Republik zunehmend bestimmten.

#### *Außenminister Stresemann und die SPD: Schnittmengen*

Bereits die ersten Reichstagswahlen 1920 beendeten die Möglichkeiten der Sozialdemokratie, über die Beteiligung an einer Regierung Politik direkt gestalten zu können. Sie fand sich in der Opposition wieder, suchte hier allerdings nach einem Weg, auf außenpolitischem Gebiet die eigenen konzeptionellen Vorstellungen zumindest teilweise zu realisieren, indem sie in entscheidenden Phasen den langjährigen Außenminister Stresemann stützte. Dessen Wirken wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eher idealisiert, mittlerweile hat sich nicht zuletzt durch den Zugang zu seinem Nachlaß eine kritisch-differenzierte Auseinandersetzung mit den Intentionen und den Ergebnissen seiner Politik etabliert. Jeder deutschen Außenpolitik war die Aufgabe gestellt, einerseits das Mißtrauen der Nachbarn vor einem sie gefährdenden Erstarken Deutschlands zu entkräften und die Belastungen durch die Bedingungen des Versailler Vertrages zu mindern. Geschürt von nationalistischen Verbänden und Parteien nahm der Erwartungsdruck aus der Bevölkerung fast sprunghaft zu. Wenn auch Stresemann vor dem Weltkrieg als Nationalliberaler eine imperialistische deutsche Politik gefordert hatte,

<sup>912</sup> Lehnert, Detlef: Rudolf Breitscheid (1874 – 1944), in: Lösche, Peter et al. (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 38 – 56, S. 38 u. S. 41.

bewies er in seiner Funktion als republikanischer Außenminister mit der wesentlichen Weichenstellung Realismus und Augenmaß, als er sich nämlich auf den Boden der Versailler Ordnung stellte, „sie anerkannte und auf ihrer Basis im Sinne der deutschen Wünsche agierte.“<sup>913</sup>

Der von deutscher Seite eingeschlagene Weg der Konfrontation zur Abwehr der Ruhrbesetzung hatte sich deutlich als Fehlschlag erwiesen, verstärkte die wirtschaftliche Not und die innenpolitische Labilität. Eine Alternative zur grundsätzlichen Position Stresemanns bestand somit realistischlicherweise auch gar nicht. Dennoch gab es mehrere Optionen, zu einer Verständigung und zum Ausgleich mit den Siegermächten zu kommen. Stresemann setzte auf das Potential der deutschen Wirtschaft, das wieder entwickelt werden mußte. Nur wenn das gelänge, könnten Reparationsleistungen erfolgen und an die heikle Revision schwerwiegender Vertragsbedingungen gegangen werden, wie sie etwa die Entwaffnung oder die verordneten Grenzziehungen im Westen und Osten darstellten.

Der Einstieg gelang über den von der ‚Sachverständigenkommission‘ unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Dawes im April 1924 erstatteten Bericht, der von Schuldner- und Gläubigerstaaten übereinstimmend gebilligt wurde. Der deutschen Wirtschaft wurden Anleihen gewährt, die einen Aufschwung bringen sollten. Die Annahme dieser Übereinkunft sandte jedoch nicht allein wirtschaftspolitische Signale, sondern war zweifellos ein Meilenstein, auch generell „die Vergiftung des Klimas“ zwischen Siegern und Besiegten zu beseitigen.<sup>914</sup> Befördert wurde dieser Schritt durch die Tatsache, daß 1923/24 in Frankreich und England die Regierungen von linken Parteien getragen wurden. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die USA sich zum Schrittmacher der innereuropäischen Annäherung machten, Europa war aus eigenem Impetus noch nicht fähig, die notwendige Kraft zur Überwindung der weiter bestehenden tiefen Gräben aufzubringen. Wie verfahren die Situation war, läßt sich am Beispiel der Ruhrbesetzung darstellen. Wenn Frankreich auch seine Ziele mit dieser Aktion gegenüber Deutschland weitgehend u.a. mit der Lieferung von dringend benötigtem Koks und mit dem ausgeübten politischen Druck erreichte, konnte es seine Position wie intendiert international nicht entscheidend verbessern. Vielmehr sahen Großbritannien und die USA den erhofften Aufschwung der Weltwirtschaft durch ein ökonomisches Chaos in Deutschland massiv bedroht, die Stabilisierung der Republik wurde fraglich und möglicherweise konnte die Entwicklung Frankreich doch über Gebühr erstarken lassen.<sup>915</sup> Die Rückkehr der US-Amerikaner in die Weltpolitik hatte also durchaus selbstsüchtige Gründe. Ein politisch labiles Europa hätte die amerikanische Prosperität bedroht, außerdem war es zwingend notwendig, daß „die im Dollarüberfluß schwimmenden Amerikaner“ den Kapitalstrom ins Fließen geraten lassen mußten.<sup>916</sup>

<sup>913</sup> Besson, Waldemar: Tradition und Maßstäbe, in: Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975, S. 48 – 65, S. 57.

<sup>914</sup> Ziebura, Gilbert: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 – 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch (Neue Historische Bibliothek. Edition Suhrkamp 1264. Neue Folge, Bd. 261), Frankfurt/M. 1984, S. 83.

<sup>915</sup> Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924 – 1926 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III, Bd. 115), Frankfurt/M.-Bern-Las Vegas 1979, S. 191 f.

<sup>916</sup> Ebd., S. 86 ff.

Auf dem Dawesplan war aus deutscher Sicht gut aufzubauen. Zumindest situativ mußte es sich für verantwortliche deutsche Politiker so ausnehmen, wenn auch Ziebura wie andere Historiker von einer beginnenden Phase nur „relativer Stabilität“ sprechen und die enge Bindung an amerikanische Wirtschaftsgaben und damit an deren Wirtschaftsstrukturen sich letztlich als verhängnisvoll herausstellen sollte. Bei der Verfolgung seines großen Ziels, die Revision des Versailler Vertrages zu erreichen, ließ Stresemann sich nun nicht – das kann heute so behauptet werden – von einer Vision leiten, sondern handelte flexibel und pragmatisch. Er bediente sich zwar „der Sprache der europäischen Bewegung“, konnte sich allerdings zu keinem Zeitpunkt mit der Vorstellung einer „Föderation Europa“ anfreunden. Im Grunde blieb er „ein deutscher Nationalist“, für den der europäische Gedanke „eher Mittel als Zweck“ war.<sup>917</sup> Das wies ihn jedoch keineswegs etwa als Zyniker aus, sondern als Politiker der Zeit, der primär national dachte und zugleich die Interessen der Partner wahrnahm, sie respektierte und dem vor allem an einer friedlichen Entwicklung gelegen war. Damit war dieser Typus Staatsmann noch kein ‚Europäer‘, aber es herrschten signifikant andere Denkmuster vor als bei den verantwortlichen Politikern der Vorkriegszeit.

Stresemann gelang es, über das Vertragswerk von Locarno, das den europäischen Nachbarn Sicherheit an der deutschen Westgrenze gab, durch die Verhinderung eines drohenden französisch-englischen Pakts und mit dem Eintritt in den Völkerbund Deutschland in den Kreis der großen Mächte zurückzuführen. Die wechselnden Regierungen erreichten so eine begrenzte außenpolitische Manövrierfähigkeit, die allerdings nicht zu hoch veranschlagt werden darf, da die bereits erwähnte enge Bindung an die amerikanische Wirtschaft letztlich eine fatale Wirkung zeigte. Nachdrücklich herauszuheben ist die politische Fähigkeit Stresemanns, die für seine außenpolitischen Aktivitäten notwendigen parlamentarischen Mehrheiten über einen Zeitraum von fast sechs Jahren jeweils zu gewinnen – in einer sich zunehmend polarisierenden Parteienlandschaft und bei unvorhersehbaren Wahlergebnissen, die dann veränderte Koalitionen erzwangen. So hielt er auch kontinuierlich die Kontakte zu SPD-Repräsentanten gegen den Willen weiter Kreise seiner Partei und des Koalitionspartners DNVP aufrecht. Gegen den Hintergrund einer politischen Szenerie, in der „der politische, wie auch der soziale Gründungskompromiß [...] bereits in den ersten Jahren der Republik (bis 1923)“ zerfallen waren, wiegt diese Leistung besonders schwer.<sup>918</sup> Als Stresemann 1929 starb, war es dennoch nicht gelungen, weder innenpolitisch noch mit dem Vehikel Außenpolitik einen Konsens in Deutschland zu entwickeln, von dessen Grundlage aus eine stabile republikanische Mehrheit die massiven nationalistisch und revanchistisch motivierten Angriffe oder die kommunistische Agitation gegen die „Bonzen- und Kapitalistenrepublik“ hätte souverän abwehren können.

Für die Sozialdemokraten verkörperte Stresemann hinsichtlich seiner außenpolitischen Intentionen eine der wenigen vertrauenswürdigen Persönlichkeiten des bürgerlichen Lagers, weil er sich bedingungslos für eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme ausgesprochen hatte. Die Initiative für einen Sicherheitspakt signalisierte zugleich seine Bereitschaft zu entschlossenem Handeln. Selbstverständlich nahmen die SPD-„Außenpolitiker“ die deutlichen Differenzen zu eige-

<sup>917</sup> Turner jr., Henry Ashby: Stresemann und das Problem der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik, in: Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Grundfragen, S. 284 – 304, S. 287.

<sup>918</sup> Feucht, Die Haltung, S. 140.

nen programmatischen Absichten wahr, die sich bei Stresemann vor allem in der hohen Priorität nationaler Aspekte niederschlugen. Ein wichtiges positives Element in der Kooperation dieser ungleichen Partner stellte sich im Laufe der Zeit dadurch ein, daß sich beide Seiten als verläßlich und diskret bei Konsultationen und als Emissäre erwiesen. Die Wahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg im April 1925, die Ängste des Auslands vor einem Wiedererstarken der imperialistischen und militaristischen Tradition Deutschlands provozierte, ließ die Sozialdemokraten ihre Bemühungen als noch notwendiger erscheinen. Ihre Vorstellung von nationaler Identität und ihre Hoffnung auf den neuen, den republikanischen Staat, für den sie kämpften, wurden zweifellos durch die Person des Nachfolgers Friedrich Eberts im Amt des Reichspräsidenten empfindlich gestört. Die Realisierung ihrer außenpolitischen Linie konnte somit nach innen die Demonstration vorhandener Stärke demonstrieren, die sich in der Abwehr der Vorstellungen kommunistischer und rechts-bürgerlicher Vorstellungen kristallisierten, obwohl die SPD nicht an den Regierungen beteiligt war. Den europäischen Nachbarn gegenüber signalisierte diese außenpolitische Linie, daß Deutschland sich entschieden von jener Politik distanzierte, die vor dem Ersten Weltkrieg bestimmend gewesen war. Im Kern bedeutete dies, daß ein Kurs ‚nationaler Verantwortung‘ verfolgt wurde, der sich allerdings nicht ausschließlich diskret und abgeschirmt auf einer vom Auswärtigen Amt vorgegebenen Ebene abspielte, sondern durchaus auch Anlaß gab, die eigenen Absichten und Erfolge in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner darzustellen und zu instrumentalisieren.

Den hier besonders aktiven Politikern der SPD, vor allem also Breitscheid wie auch Hilferding, Müller, Wels, verstanden es, für ihren Weg im Rahmen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu werben und Zustimmung zu finden.<sup>919</sup> Auch der Parteitag der Sozialdemokraten, der im September 1925 in Heidelberg stattfand, thematisierte im Rahmen einer Programmdiskussion ausführlich die von der Spitze der Partei und Reichstagsfraktion verfolgte außenpolitische Linie. Obwohl von linken Delegierten wie Tony Sender kritisch die nationalen Komponenten Stresemannscher Absichten akzentuiert wurden,<sup>920</sup> gelang es der Führung „problemlos, die Partei im außenpolitischen Bereich hinter sich zu bringen.“<sup>921</sup>

#### *Haubachs Stimme in der Diskussion um eine deutsche Außenpolitik*

Die Fülle seiner Beiträge im Hamburger Echo, Kommentare in Zeitschriften, Äußerungen im Briefwechsel mit Joseph Halperin bzw. der Widerschein in der Korrespondenz zwischen Mierendorff und Halperin sowie ein Redebeitrag auf dem Heidelberger Parteitag der Sozialdemokraten im Jahr 1925 ermöglichen eine differenzierte Rekonstruktion der Vorstellungen Haubachs zu einer deutschen Außenpolitik. Die Fülle des Materials erzwingt zugleich eine Beschränkung auf den Zeitraum zwischen dem Herbst 1924 und dem Ende des Jahres 1926 – also dem Beginn seiner journalistischen Tätigkeit in diesem Bereich und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Dieses Ereignis in Verbindung mit einer spannungsvollen Annäherung und der Dawesplan gaben sowohl hinsichtlich ihrer Genese wie der Einschätzung ihrer Bedeutung wichtige Wegzeichen für außenpoli-

<sup>919</sup> Feucht, Die Haltung, S. 377 ff.

<sup>920</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 245.

<sup>921</sup> Feucht, Die Haltung, S. 392.

tisch interessierte und engagierte Zeitgenossen ab. In der fixierten Zeitspanne entwickelten sich – wie wir sahen – in der Sozialdemokratie und in der durch Stresemann repräsentierten offiziellen deutschen Außenpolitik Leitlinien, die für die Weimarer Republik bestimmend bleiben sollten.

Der Takt einer Tageszeitung spiegelt sich naturgemäß in Haubachs etwa 50 Beiträgen wider, die der Analyse für den angegebenen Zeitabschnitt zugrunde liegen: Sie setzen sich mit den aktuellen Ereignissen auseinander und kommentieren sie. Auffällig ist mit einem Anteil von etwa 90 % die ausgeprägte Eurozentriertheit der ausgewählten Ereignisse, auf die sich Haubachs Kolumnen beziehen. Auch wenn der Völkerbund thematisiert wird, drängt sich der Eindruck auf, als bildeten die nicht-europäischen Mitglieder eher die Staffage. Das Interesse war eindeutig: Zunächst sollten die Verhältnisse in Europa auf eine solide Grundlage gestellt werden. In dieser Akzentuierung Europas spiegelte sich zweifellos das Bewußtsein, daß von Europa ausgehend der ‚Welt‘-Krieg entfesselt wurde, hier also auch neue Strukturen zu entwickeln waren. Möglicherweise mischte sich dieser Aspekt mit dem tradierten Abbild eines ‚Welt‘-Verständnisses, nach dem die europäischen Großmächte die globalen politischen und wirtschaftlichen Prozesse dominierten. Die USA hatten mit ihrem Eintritt in den Ersten Weltkrieg zwar nachhaltig auf ihr vorhandenes Potential aufmerksam gemacht, sich dann aber u.a. als Gläubiger der Siegerstaaten aus der politischen Aufarbeitung des Ergebnisses zurückgezogen. Die Europäer waren zunächst wieder auf sich selbst zurückgeworfen.

Wenn auch aktuelle Anlässe die wesentlichen Impulsgeber für Haubachs Kommentare abgaben, so verloren diese sich keineswegs in voneinander isolierten Momentaufnahmen, sondern der Autor Haubach bemühte sich spürbar, jeweils den allgemeinen Hintergrund zum behandelten Sujet zu entwickeln, Brücken zu anderen, zum Themenkomplex gehörenden Ereignissen herzustellen, um abschließend zumeist – in unterschiedlicher Tonlage: kantig konstatierend, abwägend, fordernd – eine Perspektive zu formulieren, wie in diesem Kapitel noch an verschiedenen Beispielen gezeigt werden wird. In seinen oft nur ein- bis zweiseitigen Beiträgen war für umständliche Definitionen und weitschweifige Kontexte, die zuvor Bestandteile seiner Texte gewesen waren, kein Raum mehr. Sie waren dem Charakter einer Tageszeitung zweifellos nicht angemessen. Inwieweit Haubach innerredaktionell hinsichtlich seines Stils beeinflusst, geschult oder korrigiert wurde oder werden mußte, ist nicht belegt. Deutlich ist an seinen Texten jedoch die Absicht zu erkennen, direkter und gezielter das Ereignis und die Problemstellung zu formulieren. Dezent, wenngleich weiterhin unverkennbar zeigt sich die Attitude eines ‚Erwachsenenpädagogen‘ in seiner Darstellungsweise, der sich im Besitz wesentlicher Fakten weiß, sie zu ordnen und zu gewichten versteht, um sie dann – verständlich aufbereitet – an die Leserschaft weiterzugeben. Sätze wie „Wir stehen also vor folgender Lage:“<sup>922</sup>, „In dieser Tatsache liegt das historisch Bedeutende des jetzigen Kampfes“<sup>923</sup>, „Jede Betrachtung der deutschen Außenpolitik muß [...] beginnen“<sup>924</sup> oder „Es gäbe bei der Betrachtung der französischen

<sup>922</sup> Die Kampfrede Herriots, in: H.E., Nr. 30 v. 30.1.1925.

<sup>923</sup> Krieg in Marokko, in: H.E., Nr. 140 v. 22.5.1925.

<sup>924</sup> Deutschland und Rußland, in: H.E., Nr. 144 v. 26.5.1925.

Note noch reichlich mehr Probleme zu besprechen“<sup>925</sup> seien hier exemplarisch angeführt.

Die durchgängig sachliche Sprachebene und der gleichermaßen informierende, um Überzeugung bemühte wie dozierende Duktus der Darstellung korrespondieren mit einem grundsätzlichen Aspekt des Rollenverständnisses, das Haubach als Vermittler außenpolitischer Ereignisse offenkundig empfand. Er vertrat selbstverständlich im Hamburger Echo einen sozialdemokratischen Kurs, tat dies jedoch nicht mittels plakativer Parolen, sondern deutlich ist sein Bemühen um ein analytisches, den sachlichen Kern des behandelten Faktums angemessenes Vorgehen nachweisbar. Wie sezierend legte er die wesentlichen Elemente der jeweiligen Thematik frei. Dabei distanzierte er sich einerseits bewußt von revisionistischen deutschen Parolen, von dem deutschen „Monarchistenpack“<sup>926</sup> – die innenpolitischen Gegner wurden also durchaus heftig attackiert – und ließ sich andererseits nicht von dem „außerordentlich anmaßliche(n) Ton Herrn Chamberlains“<sup>927</sup> [des seinerzeit amtierenden konservativen britischen Außenministers, P.Z.], der tiefen Enttäuschung über die Politik des von Édouard Herriot in Frankreich geführten Linksblocks<sup>928</sup> oder durch „den wilden Hetzton der französischen Rechtspresse“<sup>929</sup> davon abbringen, in einer hochemotionalisierten Atmosphäre Wege zu einer dauerhaften Friedensregelung zu weisen.

Die Bewahrung eines kühlen Kopfes bei der Auseinandersetzung mit außenpolitischen Ereignissen und ihrer Bewertung war nicht allein immanentes Element seiner Texte, sondern Haubach formulierte diese Maxime auch expressis verbis in unterschiedlichen Kontexten. Dies schien ihm immer dann in besonderer Weise angebracht, wenn es Ereignisse betraf, die die deutsche Öffentlichkeit übermäßig in Aufregung versetzten. So verwies er im Juli 1925 bei der Kommentierung des Todesurteils eines Moskauer Schauprozesses gegen drei deutsche Staatsangehörige darauf, daß „Entrüstung“ in der Politik „immer ein Luxus“ sei. Auch nach dem „Moskauer Blutspruch“, der nach Haubachs Auffassung eindeutig als politisches Signal – „verletzend und provozierend“ – gegen die Politik Stresemanns zu werten war, dürfe ausschließlich nach der Leitlinie verfahren werden: „Besinnung tut not!“<sup>930</sup> Selbst als sich im Frühjahr 1926 nach durchaus hoffnungsvollem Beginn die Verhandlungen in Genf über den von Haubach – wie wir sehen werden – dringlich gewünschten und als notwendig erachteten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund im ersten Anlauf zerschlugen, vermerkte er, daß es „für verantwortungsbewußte Menschen“ auch in dieser „ernsten Stunde [...] nur eine Pflicht“ gebe, nämlich – die folgenden Wörter ließ er im laufenden Zweispalter halbfett auf einer Zeile hervorheben – „die Pflicht zur Nüchternheit.“<sup>931</sup> Selbst die endgültige Entscheidung für den Beitritt Deutschlands einige Monate darauf, die begleitet war von den Friedensbekundungen Briands und Stresemanns, rief zwar die ungeteilte Zustimmung und unverhüllte Genugtuung Haubachs hervor, er mahnte jedoch in seinem Beitrag, daß der Völkerbund letztlich „ein Instrument der mo-

<sup>925</sup> An den Verhandlungstisch!, in: H.E., Nr. 168 v. 20.6.1925.

<sup>926</sup> Die Kampfrede Herriots, in: H.E., Nr. 30 v. 30.1.1925.

<sup>927</sup> Das Kabinett Luther und das Ausland, in: H.E., Nr. 33 v. 2.2.1925.

<sup>928</sup> U.a. Der gefährliche Herriot, in: H.E., Nr. 55 v. 24.2.1925.

<sup>929</sup> Das großdeutsche Problem, in: H.E., Nr. 57 v. 26.2.1925.

<sup>930</sup> Deutschland und Rußland, in: H.E., Nr. 191 v. 13.7.1925.

<sup>931</sup> Der Bruch in Genf, in: H.E., Nr. 76 v. 17.3.1925.

deren Politik“ darstelle und man ihm den besten Dienst erweise, „wenn man ihn nüchtern betrachtet.“ Folgerichtig sah er in ihm „einfach eine internationale Behörde“, von der er nach Aussage vieler seiner Beiträge zu diesem Gegenstand konkrete Arbeit und Anstrengungen für eine internationale friedensbringende und demokratische Entwicklung erwartete.<sup>932</sup>

Als hervorstechendes Merkmal der ‚Schreibhaltung‘ Haubachs ist wie schon in der Phase seiner lebhaften Rezensionstätigkeit zu kulturellen Themen zwischen 1919 und 1922 festzuhalten, daß er sich inhaltlich anscheinend wie selbstverständlich in diesem Politikfeld und in dem neuen Medium mit spezifischen Anforderungen an den Produzierenden bewegte. Ein Jahr im Institut für Auswärtige Politik und vor allem die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Ereignissen bzw. die Diskussion internationaler wirtschaftspolitischer Probleme während des Studiums bildeten offenkundig ein tragfähiges Fundament, um Aktuelles großräumig einzuordnen, im historischen Längsschnitt Linien zu entwickeln und mögliche Funktion bzw. Bedeutung vorhandener oder sich abzeichnender Bündnissysteme zu diskutieren. Gerade wenn man auch die parallel entstandenen, ein ungeheuer breites Spektrum abbildenden Veröffentlichungen Carlo Mierendorffs mit heranzieht, so fällt wiederum das stupende Selbstbewußtsein der (noch) jungen Männer ins Auge. Eine Wurzel ihrer Selbstsicherheit war die Erfahrung und das Bewußtsein, der Garde junger, ‚linker‘ Bei der Analyse der konkreten außenpolitischen Äußerungen Haubachs während des genannten Zeitraums fällt vor allem die überragende Bedeutung auf, die er dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich beimaß. Dieser Aspekt hatte eindeutig die höchste Priorität von allen ihn leitenden außenpolitischen Vorstellungen. Im Blick auf die vorherrschende Konstellation in Europa ging er davon aus, daß Deutschland „nach wie vor außenpolitisch isoliert“ sei und es nur einen möglichen Partner zur Veränderung dieses Zustands geben könne, nämlich „Frankreich selbst.“ Beide Staaten sollten sich „aufs engste politisch und wirtschaftlich (und wirtschaftlich!)“ [wie i. Orig.; vermutlich im Sinne einer Verstärkung gemeint, P.Z.] verbinden, nur auf diese Weise sei „der Anfang zur Sprengung des antideutschen Ringes“ zu machen. Für die seiner Meinung nach zu erwartenden außenpolitischen Fortschritte von einem neu gestalteten Verhältnis zu Frankreich müsse allerdings, postulierte Haubach, eine Gegenleistung erbracht werden, endlich „die Endgültigkeit der Grenzentscheidung“ zugegeben werden.<sup>934</sup> Dieser Einschätzung immanent ist offenkundig die Fähigkeit Haubachs, das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs wahrzunehmen und als essentielles Element möglicher Verhandlungen zu akzeptieren. Tatsächlich herrschte in Frankreich übereinstimmend die Meinung vor, daß die Bestimmungen von Versailles keineswegs ausreichten, um die ‚Sécurité‘ des Landes zu gewährleisten. Deutschland schien nicht ausreichend

<sup>932</sup> Deutsch-französisches Friedensbekenntnis, in: H.E., Nr. 251 v. 11.9.1926.

<sup>933</sup> Mierendorff war nach Beendigung des Studiums von 1923 bis 1924 „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter [also Referent] beim freigewerkschaftlichen Deutschen Transportarbeiterverband in Berlin“ geworden und trat danach eine Stelle als Redakteur beim sozialdemokratischen ‚Volksfreund‘ in Darmstadt an; vgl. Mierendorff, Karl: Lebenslauf, zit n. Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S.68. Mierendorff veröffentlichte nach Auskunft seiner Bibliographie in republikanischen Zeitschriften wie in gewerkschaftseigenen Organen Beiträge zu außenpolitischen Fragen, zur aktuellen deutschen Politik und zu spezifischen Problemen aus der Sicht der Arbeitnehmervertretung; Albrecht, S. 331.

<sup>934</sup> Deutschland und Rußland, in: H.E., Nr. 144 v. 26.5.1925.

geschwächt, die Angst vor der deutschen Dynamik und Wirtschaftskraft griff in Frankreich um sich und bestimmte die Politik aller Regierungen.<sup>935</sup> Die Existenz eines französischen Sicherheitsbedürfnisses wurde auf deutscher Seite ignoriert, konnte unter den als Last empfundenen Regelungen des Friedensvertrages nicht wahrgenommen werden oder wurde bewußt beiseitegeschoben, weil anti-französische Stimmungsmache z.B. die intensive Auseinandersetzung mit deutscher Kriegsschuld vermeiden half oder einen gut nutzbaren Kristallisationspunkt für die Wiederbelebung nationalistischer Ressentiments abgab.

Eine massive außenpolitische Hürde stand den Intentionen Haubachs auf einen Ausgleich mit Frankreich in Gestalt der britischen Interessen gegenüber. Aus London erwartete er erhebliche Vorbehalte gegen „eine endliche Vereinigung der deutsch-französischen Beziehungen.“<sup>936</sup> Damit wollte er jedoch weder einer anti-britischen noch gegen Rußland gerichteten Politik das Wort reden. Für ihn lag „der Schlüssel zum Frieden“ allerdings eindeutig in Paris. Geradezu argwöhnisch griff er deshalb auch Meldungen über eine französisch-russische Annäherung auf. Sollte diese sich zu einer „Kombination Moskau–Paris“ auswachsen, so seine Einschätzung, sei dies „für die Weiterentwicklung der deutschen Außenpolitik schlechthin verhängnisvoll.“<sup>937</sup>

Den Hintergrund seiner bilateralen Überlegungen gab Haubach eher marginal in einem Beitrag preis. Seine konzeptionellen Vorstellungen basierten danach auf der Annahme, daß es für eine friedliche europäische Zukunft am günstigsten sei, wenn sich ein Gleichgewicht von drei Blöcken entwickelte: ein angelsächsischer im Westen, ein russisch-asiatischer im Osten und mit der Achse Paris-Berlin ein „festgefügtter europäischer Block“ zwischen beiden.<sup>938</sup> Bei aller Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung Rußlands sah er dessen Platz an der Seite asiatischer Partner, England schien ihm nach traditionellen und kulturellen Bindungen an die USA gekettet. Zudem nahm England für ihn eine Sonderstellung ein, weil der Fortbestand des Commonwealth für London eine Fülle zusätzlicher Aufgaben und Probleme mit sich bringen würde, die nicht dazu angetan waren, die Aufmerksamkeit und das Interesse englischer Regierungen mit der gebotenen Intensität auf Europa zu lenken. „Großbritannien ist ein Völkerbund im kleinen“, konstatierte er und kommentierte eine ergebnislose Sitzung des Völkerbundsrates mit dem Hinweis, daß sie an dem Versuch ihrer Teilnehmer gescheitert sei, Universalität herzustellen. In erster Linie waren nämlich Fragen zur europäischen Grenzregelung erörtert und in einem Protokoll fixiert worden wie etwa auch zu ergreifende militärische Sanktionen durch die Mitgliedsländer, somit Themen, die es nach der Auffassung Haubachs „zu einem europäischen Protokoll“ gemacht hätten, und als solches werde es nach seiner festen Überzeugung „aus der Asche auferstehen.“ Europäische Fragen müßten von den Europäern selbst gelöst werden. Sollten etwa – so Haubachs rhetorische Frage – „Südamerikaner, Ostasiaten und andere bei der Entscheidung über europäisches – und deutsches Gebiet mitentscheiden?“<sup>939</sup>

<sup>935</sup> Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924 – 1926 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III, Bd. 115), Frankfurt/M.-Bern-Las Vegas 1979, S. 19 f.

<sup>936</sup> Mißtrauen gegen Deutschland, in: H.E., Nr. 47 v. 16.2.1925.

<sup>937</sup> Deutschland und Rußland, in: H.E., Nr. 144 v. 26.5.1925.

<sup>938</sup> Deutschland und Rußland, in: H.E., Nr. 191 v. 13.7.1925. Es existieren tatsächlich zwei unterschiedliche Beiträge Haubachs mit derselben Titelzeile.

<sup>939</sup> Die Märzarbeit des Völkerbundsrats, in: H.E., Nr. 77 v. 18.3.1925.

Die zweifellos beabsichtigte, durch den Einsatz eines Bindestrichs markierte Betonung der nationalen Komponente sei hier kurz angemerkt. Sie fügt sich in den oben entwickelten Hintergrund des Bemühens der deutschen Sozialdemokratie um eine nationale Identität ein - dezent, aber unübersehbar sollte nach innen und außen der zu diesem Ansatz gehörende Wille demonstriert werden, auch von der Klärung territorialer Fragen nicht weiter ausgeschlossen zu werden. Für unseren Kontext, in dem die grundlegenden konzeptionellen Überlegungen Haubachs zu einer deutschen Außenpolitik dargestellt werden, sind die Aussagen dieses Beitrags von großer Bedeutung. In der Fortsetzung der spontanen, zugleich perspektivisch notwendigen wie in aufgeheizter innenpolitischer Atmosphäre mutigen Versöhnungsgesten in Richtung Westen zu Darmstädter und Heidelberger Zeiten ist deutlich auszumachen, daß Haubach eine deutsch-französische Allianz als essentielle politische Kraft im Zentrum Europas etabliert sehen wollte.

Aus der Verbindung dieser beiden Staaten sollte jedoch auf keinen Fall eine die Nachbarn dominierende Rolle erwachsen, sondern sie gab für Haubach einen ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ ab.<sup>940</sup> Seine Reaktion auf die während des Reichsbannertages 1925 in Magdeburg erhobene Forderung nach einer „großdeutschen Einheitsrepublik“ läßt die bestimmenden Akzente seiner außenpolitischen Projektion deutlich hervortreten. Unmißverständlich wies er die Verantwortlichen des Verbandes, in dem er sich – wie zu zeigen sein wird – über Jahre in führenden Positionen engagierte, darauf hin, daß sie mit einem „Schlagwort“ hantierten, das „reichlich mißverständlich und undeutlich“ sei. Damit hob er zunächst auf die historisch unscharfe Formulierung „Einheitsstaat“ ab, viel bedeutsamer erschien ihm aber zweifellos die Gefahr zu sein, daß „die großdeutsche Parole“ bei allen europäischen Nachbarn „Unruhe und Gereiztheit“ hervorrufen würde. Doch nicht etwa taktisches Kalkül stand im Zentrum seiner Überlegungen, sondern in diesem Kontext zeigt sich, daß Haubach bei all seiner Hinwendung zur deutschen Kultur und seinem Bekenntnis zur nationalen Identität zutiefst davon überzeugt war, daß nur in einem vereinten Europa die Chance für die Lösung auch nationaler Fragen liegen könne. Dazu sei es notwendig, daß die republikanischen Kräfte „ein konkretes europäisches Programm“ entwickelten. Nicht „allgemeine und farblose Moralparolen über Verständigung und Frieden“ forderte er ein, sondern „den Weg von der Utopie zur Politik.“ Als grundlegender deutscher Anteil sei dazu der eindeutige Verzicht auf revisionistische Forderungen notwendig, außerdem sollte von Deutschland aus die Initiative ergriffen werden, um den Nachbarn gegenüber konkret die als wesentlich erachteten Elemente der Koexistenz und ein wirkungsvolles Instrumentarium für etwa auftretende Konflikte auszubreiten, um so nicht nur den Willen zur Kooperation zu demonstrieren, sondern vor allem Motor der Bewegung zu werden.<sup>941</sup>

Dieser Text Haubachs ist unter verschiedenen Blickwinkeln bemerkenswert. Einmal weist er ihn als auch durch die Nähe zur Reichsbanner-Führung nicht zu beirrenden oder zu bestechenden Menschen aus, der eben durch deren Parolen seine Vision der deutschen politischen Zukunft im Rahmen einer friedlichen Koexistenz der europäischen Staaten gefährdet sah. Scharf und kompromißlos verurteilte er die hier zutagetretende Konzeptionslosigkeit, nicht ohne den Kameraden vom Reichsbanner noch ein Privatissimum in deutscher Geschichte zu gewähren. Der

<sup>940</sup> Der gefährliche Herriot, in: H.E., Nr. 55 v. 24.2.1925.

<sup>941</sup> Das großdeutsche Problem, in: H.E., Nr. 57 v. 26.2.1925.

Hang zum akademisch gefärbten Dozieren ist auch hier unübersehbar. Als noch eindrucksvoller fällt in diesem Zusammenhang ein Wesenszug ins Auge, der festgehalten werden soll: Dieser bewußt gesetzte Kontrapunkt zeigt ihn als primär seinen politischen Ideen verhafteten Mann, der diese unbeugsam auch durch persönliche Nähe zu vertreten suchte. Haubach ist zweifellos deshalb als ‚Europäer‘ zu bezeichnen, weil er sich klar absetzte von allen revisionistischen Nationalisten, über den Weg der Verständigung mit Frankreich zu einem vereinten Europa nicht aus taktischen Erwägungen gelangen wollte, sondern weil er nur so eine friedliche Zukunft und ein wirtschaftliches Erstarken dieses Blocks gewährleistet sah.

Im hier analysierten Zeitraum thematisierte Haubach auch in verschiedenen Beiträgen die Funktion des Völkerbunds wie den Weg Deutschlands zu seinem Beitritt. Ohne jede Einschränkung propagierte er seit 1924 einen solchen Schritt. Dabei stellte er zunächst ein eher taktisches Argument in den Vordergrund, indem er darauf hinwies, daß mit dem Eintritt jeder Verdacht der möglichen „Sonderbündelei in Friedensdingen“ ausgeräumt werden könne.<sup>942</sup> Sei auf diese Weise deutsche Zuverlässigkeit nachgewiesen, so sein Kalkül, könne der Völkerbund eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Bewältigung konkreter politischer Probleme übernehmen. Ein praktisches Beispiel erwähnte er im Zusammenhang mit einem vermeintlichen Vorstoß Stresemanns, die gesamten Grenzen Deutschlands auf unbeschränkte Zeit zu garantieren – nicht ohne seine Skepsis unterdrücken zu können, indem er fragte, ob denn wohl nun „an Stelle bloßer juristischer Rechthabereien einmal wirklich Politik gemacht wird?“<sup>943</sup> An die Stelle der Bestimmungen des Versailler Vertrages sollte in diesem Fall der Völkerbund als Garant eintreten.

Wies er dem Völkerbund zunächst eine Vehikelfunktion zu, so differenzierte und veränderte sich diese Auffassung gegen Ende des Jahres 1925. Möglicherweise ging ihm der innereuropäische Friedensprozeß nicht schnell genug voran, vielleicht erhielten die außenpolitischen Redakteure auch modifizierte Vorgaben aus der SPD-Zentrale, nach denen die Propagierung des Völkerbund-Beitritts zu verstärken sei. So definierte Haubach den Völkerbund zwar als „ein Organisationsinstrument, eine politische Ausgleichsstelle“ und sah in ihm zugleich ein Instrument, „das der staatlichen Individualitätsbrödelei ein unerbittliches Ende“ bereiten könne. Seine Zuversicht begründete er mit dem Hinweis auf die demokratische Struktur der Einrichtung.<sup>944</sup> Damit maß er ihm also auch ein dynamisches, gestaltendes Potential zu, eine Kraft, die sich Haubach vermutlich auch für den Prozeß der Demokratisierung im eigenen Land dringend wünschte.

Als im Frühjahr 1926 der Beitritt Deutschlands im ersten Anlauf nicht zustande kam, weil Brasilien ein Veto eingelegt hatte, machte Haubach in erster Linie die europäischen Mächte für diesen Fehlschlag verantwortlich. Er hielt ihnen „peinliche[s] Geraufe“ um Ratssitze sowie „Intrigen und Torheiten“ vor. Bei aller Enttäuschung sah er die Koalition der Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs als zusammengebrochen an und forderte dazu auf, die Organisation neu zu strukturieren.<sup>945</sup> Die harsche Kritik in Richtung der europäischen Staaten und die Hoffnung

<sup>942</sup> Das Kabinett Luther und das Ausland, in: H.E., Nr. 33 v. 2.2.1925.

<sup>943</sup> Deutsche Angebote in der Sicherheitsfrage?, in: H.E., Nr. 62 v. 3.3.1925.

<sup>944</sup> Grundsätzliches zum Völkerbund, in: H.E., Nr. 243 v. 3.9.1925.

<sup>945</sup> Der Bruch in Genf, in: H.E., Nr. 76 v. 17.3.1926.

auf eine neue Konstellation innerhalb des Völkerbunds kann als Indiz dafür angesehen werden, daß Haubach im Beitritt zu der bereits existierenden Organisation das Vorgehen sah, das am meisten Erfolg versprach, Deutschland über Versailles hinausführend zu einem gleichberechtigten Partner der Staatengemeinschaft zu machen. Wie intensiv er jedoch die europäische Szene beachtete, läßt der beruhigende Hinweis erkennen, daß „die Signatarmächte von Locarno“ trotz des Fehlschlags offenkundig bestrebt seien, „jede Erschütterung von dem Locarno-Werk abzuwenden.“<sup>946</sup> Die Chancen, die die Institution Völkerbund bot, sollten zusammen mit dem Bemühen um die skizzierten bilateralen europäischen Bündnisse das Fundament einer deutschen Außenpolitik abgeben. So ist Haubachs Zufriedenheit über die Tatsache nachvollziehbar, daß die Vereinbarungen von Locarno keinen Schaden nehmen würden.

Als im Laufe des Jahres 1926 die Situation in Europa unübersichtlich zu werden drohte, es zu einer großen Zahl bilateraler Verträge kam – u.a. zwischen Spanien und Italien, Frankreich und Rumänien, Jugoslawien und Griechenland –, die jeweils Abschreckungspotential enthielten und generell die Lage auf Gesamteuropa bezogen labiler zu gestalten schienen, qualifizierte Haubach den Zustand ein wenig hilflos als „dieses verwirrende Netz von Maßnahmen.“ Verunsichernd und erschreckend zugleich wirkte in erster Linie das faschistische Regime Italiens, das sich weiter konsolidierte. In dieser Situation nun schien für Haubach der Völkerbund die einzige Option zu sein, die einen Ausweg weisen konnte. Fast beschwörend formulierte er die Schlußsätze seines Beitrags [gesperrt gedruckt, P.Z.]: „Der Völkerbund muß erstarken – er oder der Faschismus – das ist die Wahl, vor die Europa gestellt ist.“<sup>947</sup>

Das Element der von Sozialdemokraten vielbeschworenen ‚sozialistischen Idee‘ tritt dem Leser in den Beiträgen Haubachs nur in wenigen Passagen entgegen. Die wesentlichen Versatzstücke sozialdemokratischer Programmatik waren eindeutig immanenter Bestandteil seiner außenpolitischen Vision und seiner Vorstellungen hinsichtlich einer zu praktizierenden Außenpolitik. Diese war klar von den Positionen rechter Parteien dadurch zu unterscheiden, daß die SPD eine offensive Friedenspolitik anstrebte und dabei auch – öffentlich wiederholt bekundet: schweren Herzens – die territorialen Bedingungen des Versailler Vertrages akzeptierte, wenngleich die Hoffnung auf eine fernere gesamteuropäische Friedenslösung nie aufgegeben wurde, die den status quo zugunsten deutscher Ansprüche korrigieren würde. Gab es jedoch überhaupt eine „sozialistische Außenpolitik“, die die spezifischen Interessen der Arbeiterschaft, der Klientel der Partei also, abbildete und Hinweise darauf, ob und wie diese umgesetzt werden sollten?

Symptomatisch für die Art der Integration dieses Aspektes in seine Texte ist ein Beitrag Haubachs, in dem er ausführlich anhand eines konkreten Vorfalles Deutschland als Spielball britischer Interessen darstellte, die letztlich nach seiner Auffassung darauf zielten, eine deutsch-französische Annäherung zu hintertreiben. Nach vielen Spekulationen über mögliche Hintergründe und Initiatoren der vermuteten anti-deutschen Stimmungsmache stellte er klar, daß allein sozialistische Politik zu „einer gänzlich neuen intereuropäischen Ordnung“ führen könne und in ihrem Rahmen dann auch die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu

---

<sup>946</sup> Ebd.

<sup>947</sup> Wetterwolken über Europa, in: H.E., Nr. 232 v. 23.8.1926.

verändern seien.<sup>948</sup> Seine Erregung richtete sich hier vor allem gegen die gerade regierenden Konservativen, als Gegenbild boten sich die Sozialisten als Hüter der sozialistischen Idee für ihn geradezu an. Doch sowohl in diesem Beitrag wie in einem weiteren fehlten konkrete programmatische Annotationen, die die Intentionen der Arbeiterparteien differenzierter erläuterten. Vielmehr entwickelte Haubach eine taktische Variante, indem er nachdrücklich forderte, daß die Sozialisten „ihr entscheidendes Gewicht im republikanischen Lager mit aller Macht dazu gebrauchen, um [...] europäische Realpolitik zu machen.“ Obwohl er im Kontext die Internationale der Sozialisten als „die beste praktische Voraussetzung“ für eine neue Europapolitik pries, war ihm offenbar daran gelegen, nach Bündnispartnern Ausschau zu halten.<sup>949</sup> Deutlich machen diese Sequenzen, daß Haubachs Erwartungen, die er an eine neue Ordnung Europas knüpfte, ein gemeinsames Vorgehen der europäischen sozialistischen Parteien voraussetzte. Doch selbst wenn sie die Wahlen im eigenen Land gewannen, konnten sie zwar zeitweise regieren, aber vermutlich - wie die französischen Sozialisten - nicht ohne Koalitionspartner. Zudem war es notwendig, daß auch die sozialistischen Parteien handfeste nationale Parolen in ihre Programme aufnehmen mußten. Im sozialistischen Lager, organisiert in der SAI, war man zwar im Laufe des Jahres 1925 enger zusammengerückt, hatte weitgehend Einverständnis über den anzustrebenden europäischen Sicherheitspakt erzielt, doch vor allem Einwände von der britischen Labour Party verhinderten eine Einigung.<sup>950</sup> Möglicherweise war der Verweis auf potentielle nicht-sozialistische Kombattanten – „im republikanischen Lager“ – bereits ein Ergebnis einer eher pessimistischen Lagebeurteilung Haubachs. Auf diese Akzentuierung soll hier in erster Linie deshalb verwiesen werden, weil sich bereits zu diesem Zeitpunkt in der Suche nach Bündnispartnern außerhalb der Sozialdemokratie ein Verständnis praktischer Politik manifestierte, das Haubachs politisches Handeln während des weiteren Verlaufs der Weimarer Republik bestimmte.

Seine Formulierungen zur Funktion und Kraft des internationalen Sozialismus weisen einen eher deklamatorischen Charakter auf und wirken manchmal aufgesetzt und wie deplaciert. Dieser Eindruck ist vor allem darauf zurückzuführen, daß er sich z.B. in den beiden zuletzt genannten Texten durchweg in den traditionellen Mustern der Analyse von Politik bewegte, wie etwa dem Erörtern von Bündnisfragen, der Bedeutung einzelner Politiker, den Vermutungen über Intrigen, zugespitzt formuliert: Er erging sich in politischen Sandkastenspielen. Dies sind zweifellos Markierungspunkte, die seinen Standort als den eines bürgerlich sozialisierten Journalisten kennzeichnen. Er war damit den Kommentatoren der bürgerlichen Presse erheblich näher als denen der KPD. Einen eigenen, einen sozialistischen Blickwinkel konnte Haubach also nicht entwickeln, gleichwohl propagierte er Vorstellungen zur Außenpolitik, die die Situation Deutschlands angemessen kritisch spiegelten, die Interessen der Nachbarstaaten berücksichtigten, einen kompromißlos friedlichen Weg aus der Krise für Deutschland und Europa wiesen und sich damit hinsichtlich ihrer konzeptionellen und praktischen Dimension entschieden von den Entwürfen bürgerlicher Parteien abhoben. In enger Verschränkung der Felder Innen- und Außenpolitik waren die Prinzipien der Demokratie

<sup>948</sup> Mißtrauen gegen Deutschland, in: H.E., Nr. 47 v. 16.2.1925.

<sup>949</sup> Das großdeutsche Problem, in: H.E., Nr. 57 v. 26.2.1925.

<sup>950</sup> Feucht, Die Haltung, S. 378.

Richtschnur konzeptioneller Überlegungen und konkreten Politikhandelns, wie es bereits 1919 u.a. Hermann Müller und Otto Wels gefordert hatten.

An diese grundsätzliche, in der SPD weit verbreitete Position, wie auch bereits das Beispiel Paul Göhre zeigte, knüpfte Haubach an. Kurz verwiesen werden soll in diesem Kontext auf Rudolf Hilferding, der im August 1925 für die deutsche Sozialdemokratie auf dem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille auftrat. Er geißelte die bourgeoisen Stereotypen „Rivalität“ und „Konkurrenzstreit“ zwischen den Staaten, die durch die Aufgabe von Teilen der nationalen Souveränität überwunden werden müsse. Als Vehikel einer solchen Entwicklung sollte der Völkerbund fungieren, ein Völkerbund allerdings, der diesen Namen nur dann zu Recht tragen dürfe, wenn neben Deutschland auch Rußland und die USA dazugehören würden. Die sozialistische Komponente bestand allein aus der Hoffnung auf „die Masse der arbeitenden Bevölkerung“, die sich anschicke immer mehr Macht in den verschiedenen Staaten zu erobern.<sup>951</sup> Letztlich ordneten sich die europäischen Sozialdemokraten aber jeweils den herrschenden Strukturen unter, so auch in der Resolution des Kongresses, die maßgeblich von Hilferding bestimmt wurde. In ihr wurde die übliche sozialistische Rhetorik bemüht, doch im Kern war sie erfüllt „vom Geiste Hilferdings“, nämlich „von einer deutlichen Hinwendung zu den bereits im Kapitalismus vorhandenen praktischen Möglichkeiten der Friedenssicherung.“<sup>952</sup> Der der äußeren Linken der Partei angehörende Paul Levi ordnete das hier zutage tretende Politikverständnis dann auch zutreffend ein, indem er scharf kritisierte, daß in Marseille nicht außerhalb kapitalistischer Strukturen nach einer eigenen Kraft gesucht worden sei. Er charakterisierte die Vorstellungen der Partei-„Außenpolitiker“ als mit den Prinzipien einer sozialistischen Partei unvereinbar und im höchsten Grade gefährlich, weil sie sich auf die Bedingungen und Muster kapitalistisch orientierter Politik einließen.<sup>953</sup> In der Tat entwickelte sich auf den verschiedenen Ebenen des parteilichen Lebens eine Rhetorik, die markig oder idealistisch sozialistische Forderungen und Überzeugungen verbalisierte, in ihrem Kern gleichwohl Versatzstücke traditionellen bürgerlichen Verständnisses von (Real-)Politik transportierten.

Zu der Frage, welche Position Haubach mit seinem außenpolitischen Ansatz im Rahmen der Partei einnahm, kann die Analyse einer Quelle helfen, Licht auf die Beziehung zum linken Lager zu werfen. Dabei handelt es sich um einen seiner frühen Beiträge für das H.E., in dem sich Haubach mit einer Schrift Paul Levis zum Dawesplan auseinandersetzte. In den einleitenden Sätzen zeigte der junge Redakteur deutlich die prinzipiell bestehende Distanz zu Levi auf, apostrophierte ihn als „Führer des linken Flügels unserer Partei“, wies auf das „praktisch und grundsätzlich“ Trennende zwischen beiden hin, um dann – fast gönnerhaft – den Text doch vor allem im Hinblick auf den Inhalt mit „all den gescheiterten und groß angelegten Perspektiven“ als „von außerordentlichem Gewicht“ zu charakterisieren. Nicht zurückhalten konnte Haubach die Bemerkung, daß es sich um „eine gebildete Schrift“ handle, fügte dann jedoch ironisch hinzu, daß der Autor selbst dieses „bourgeoise Lob“ [hervorgehoben: *bourgeoise*, P.Z.] mit der Ausbreitung

<sup>951</sup> Beitrag Rudolf Hilferding, in: Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27.8.1925, Berlin 1925, S. 259 – 267.

<sup>952</sup> Feucht, S. 383.

<sup>953</sup> Levi, Paul: Die deutsche Außenpolitik, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 37 v. 18.9.1925.

seines Wissens und dem hohen Rang seiner „Darstellungskunst“ provoziert habe.<sup>954</sup> So rezensierte Haubach den Text Levis dann auch höchst respektvoll, mit einem Unterton des Erstaunens darüber, daß dieser Intellektuelle sich prinzipiell auf einem falschen politischen Kurs befinde. Zugleich schien die Darstellung Haubach herausgefordert zu haben, demonstrieren zu wollen, daß ihm die gleichen geistigen ‚Waffen‘ zur Verfügung stünden. Er mischte dozierende und lehrbuchhafte Elemente mit dem Stakkato parteiinterner Schriftstücke, im Ergebnis ergab es eine recht umständliche, mühsam zu lesende, spröde Lektüre – es ist eigentlich nicht vorstellbar, daß die spezifische Leserschaft der Zeitung, vornehmlich aus der Arbeiterschaft stammend, eine derart elaborierte Codierung goutieren mochte. Als Beispiele sollen die folgenden Passagen genügen: „Aber diese ökonomische Seite des Reparationsproblems erscheint nicht unmittelbar und rein. Sie tritt praktisch in der ‚Verkleidung‘ [wie im Orig., P.Z.] der politischen Form auf und wird in ihr durch wesentlich anders geartete Kräfte erheblich verwandelt.“ oder: „In diesem Zustand treffen wir Sozialisten das Reparationsproblem an. Wir bemerken, daß es in der jetzigen Form unmöglich zu Ende zu bringen ist. Wir stellen fest, daß der heutige weltpolitische Druck seine ökonomische Universalität eingedrückt hat. Wir erkennen als Ziel, den Respekt vor dieser Universalität durchzusetzen, was nur durch Beseitigung der siegerstaatlichen politischen Ueberlegenheit zu erreichen ist. Wir erkennen dabei, daß die Zwangsläufigkeiten der Weltwirtschaft mit immer wachsenderer [sic] Gewalt auf diese allseitige (universale) Regelung des Problems hindrängen.“<sup>955</sup>

Im Kern begrüßte Haubach uneingeschränkt den Dawesplan, damit befand er sich im Gegensatz zum linken Flügel der Partei. Die US-Amerikaner, die sich nach dem Ende des Krieges weitgehend „aus schwierigen Streitfragen, lästigen Bindungen und Verpflichtungen“ herausgehalten hatten, wurden aus eigenen wirtschaftlichen Interessen initiativ und entsandten Charles G. Dawes, der als Vorsitzender eines Sachverständigenkomitees, das eine Lösung des Reparations- und des interalliierten Schuldenproblems erarbeiten sollte.<sup>956</sup> Nach außerordentlich schwierigen Verhandlungen legte die Sachverständigen im April 1924 ihr Gutachten vor, auf dessen Grundlage im Juli/August 1924 dann der eigentliche Dawesplan fixiert wurde. Die deutsche Verhandlungsdelegation, die erst zum zweiten Teil der Konferenz hinzugezogen wurde, konnte noch „wesentliche Vorteile“ erreichen.<sup>957</sup> Der hier verabschiedete Plan war zweifellos vorrangig an der Lösung wirtschaftlicher Fragen orientiert, man darf jedoch nicht die wichtige politische Dimension übersehen, daß Deutschlands Vertreter wieder an einem gewichtig besetzten internationalen Verhandlungstisch saßen und das nicht als Empfänger eines Diktats.

Doch dieser Aspekt konnte von Haubach in seiner Rezension noch nicht erwähnt werden, da die Londoner Sitzung gerade erst beginnen sollte. Er verwies zunächst nachdrücklich auf die wirtschaftspolitische Bedeutung des Berichts. Die über das Ökonomische hinausgehende allgemeine politische Funktion lag nach Haubachs Auffassung, wie die zitierten Sequenzen zeigen, in der Konsequenz, daß die uni-

<sup>954</sup> Sachverständigengutachten und was dann?, in: H.E., Nr. 226 v. 18.8.1924. Der Beitrag ist unterzeichnet mit „T. H.“.

<sup>955</sup> Ebd.

<sup>956</sup> Krüger, Außenpolitik, S. 228 f.

<sup>957</sup> Ebd., S. 243.

versalen Verknüpfungen des Gesamtzusammenhangs deutlich sichtbar und einer Lösung zugeführt würden. Die ausschließliche Fokussierung auf Deutschland habe die universale Vernichtung ökonomischer Werte übersehen lassen, nun könne die Wirtschaft eine Wende auslösen, die die Politik aufzunehmen und weiterzuentwickeln habe. Überganglos und ohne organischen Zusammenhang mit den vorher entwickelten Gedanken zog Haubach seinem Text auf wenigen Zeilen noch eine weitere Ebene ein. Halbfett gesetzt stellte er gegen Ende seines Beitrags als Ziel der Politik heraus: „Allseitige Schuldenregulierung und daraus wachsend allseitige Vermögensregulierung.“ Darauf folgt der Satz – wieder normal gesetzt: „Das ist das sozialistische Ziel.“<sup>958</sup>

Diese eher wie eine Pflichtübung anmutende Wendung steht in einem entschiedenen Kontrast zum Tenor der Formulierungen Paul Levis. Während Haubach wie die Spitze der Partei dieses Ereignis mit dem Instrumentarium traditionellen Politikverständnisses einordnete, wies der Repräsentant der Parteilinken unnachgiebig auf die Gefahr hin, die sozialistische Idee zu verwässern und sie sogar zu verraten, wenn man sich mit den kapitalistischen Mächten einließe. Er lehnte das Gutachten nicht rundweg ab, verwies aber darauf, daß es geeignet sei, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie in Deutschland und in anderen Staaten zu stärken.<sup>959</sup> Den freudigen Haubachschen Stoßseufzer von der bevorstehenden „allseitigen Schuldenregulierung“ hätte Levi so ungebrochen ohne kritische Spiegelung nicht von sich geben können. Unmittelbar nach der Annahme des Sachverständigengutachtens werde „der alte Kampf von neuem beginnen“, so seine Prognose, und „die deutsche Bourgeoisie“ wie die reaktionären Kräfte in anderen Staaten würden – gestärkt – zu den alten Ritualen zurückkehren. „Sozialistische Politik“ müsse konsequent den „<feindlichen> [gesperrt, P.Z.] Charakter der bürgerlichen Politik“ aufdecken.<sup>960</sup>

Levis Verdacht bzw. seine Analyse der vorliegenden Daten waren im Hinblick auf die Initiatoren aus den USA absolut zutreffend. Amerikanische Wirtschaftskreise beabsichtigten, mit Hilfe des Dawesplans einen gigantischen Kapitalstrom zu inszenieren, der vor allem den eigenen Geschäften dienen sollte und dem zudem die Weihen einer friedentiftenden Großtat zuerkannt werden konnten.<sup>961</sup> Tatsächlich wurde die deutsche Wirtschaft eng an die amerikanische gebunden, erholte sich in den folgenden Jahren kontinuierlich, um dann im Strudel der nordamerikanischen Rezession auch schweren Schaden zu nehmen – in der Verbindung mit strukturellen gesellschaftlichen und politischen Schwächen wurde hier der Anstoß für das Ende der Republik gegeben. Die Argumentation Levis und seiner Genossen vom äußersten linken Flügel der Partei zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß die Situation der Arbeiterschaft immer Ausgangs- und Mittelpunkt bei der Einschätzung und Bewertung politischer Sachverhalte war. In ihrer Zuspitzung erinnern die Analysen und Forderungen zwar oberflächlich an die Äußerungen der Kommunisten, die Sozialdemokraten um Levi hielten jedoch auf strikte Abgrenzung zu ihnen. So bezeichnete Levi den kommunistischen Aufstand

<sup>958</sup> Haubach, Sachverständigengutachten, in: H.E.

<sup>959</sup> Levi, Paul: Sachverständigengutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin o.J. (1924), S. 31 f.

<sup>960</sup> Ebd., S. 33.

<sup>961</sup> Verwiesen sei in diesem Zusammenhang noch einmal auf die gründliche Darstellung Gilbert Zieburas, Weltwirtschaft und Weltpolitik.

vom Herbst 1923 als eine Unternehmung, die „ein Haufen zusammengelaufener Desperados“, letztlich „ein kleines Häuflein Dreck“, initiiert habe.<sup>962</sup> Er sprach sich zudem im Gegensatz zur Politik der KPD, deren Politiker jegliche Kooperation mit bürgerlich-kapitalistischen Staaten rigoros ablehnten, für die Annahme des Sachverständigengutachtens aus, wengleich er sich offenkundig genötigt sah, dieses Votum außerordentlich gewunden zu begründen. Letztlich sollte die Zustimmung als Mittel dienen, den noch „nicht erledigten imperialistischen Geist der deutschen Bourgeoisie“ zu bekämpfen.<sup>963</sup> Seine Hoffnungen ruhten vor allem auf dem Ausbau des Betriebsrätesystems und der (Wieder-)Belebung des Sozialisierungsgedankens, durch die die Wirtschaft und die Gesellschaft eine signifikant andere, sozialistisch orientierte Struktur erhalten sollten.

Die selbst empfundene Rechtfertigungsnot der ‚Linken‘ in der SPD läßt das Dilemma aller ‚fortschrittlich‘ gerichteten - das meint hier in der Abkehr von traditionellen Wilhelminischen Vorstellungen entwickelten - Politikentwürfe jener Zeit offenkundig werden: Die Politiker standen einer Situation gegenüber, in der es galt, die aktuelle wirtschaftliche Not zu beseitigen, die durch die andauernde Ruhrbesetzung immer wieder bestätigte internationale Zweitrangigkeit Deutschlands aufzuheben und vor allem der Bevölkerung eine hoffnungsvolle Aussicht auf die Zukunft zu vermitteln. Die in Parolen gegossenen Erwartungen – innerhalb der SPD mit unterschiedlicher Intensität von links bis rechts artikuliert - auf den Sieg des Proletariats in den großen westeuropäischen Staaten stießen sich an den weiterhin hierarchisch organisierten gesellschaftlichen Strukturen, in der ausweglos erscheinenden ökonomischen Situation sammelten die Nationalisten Sympathisanten, die junge Republik drohte schon nach kurzer Zeit in einem Strudel höchster wirtschaftlicher und politischer Anspannung unterzugehen.

Der von der SPD-Mehrheit eingeschlagene Kurs, der von Haubach unterstützt wurde, setzte auf Veränderung und Verbesserung der Lebensbedingungen und der Rolle Deutschlands im Rahmen der Staatengemeinschaft. Im Kern ging es um den Erhalt und die Sicherung der Republik, mit deren Stabilisierung nach außen die Achtung der Nachbarn erworben werden sollte, nach innen sollte diese Staatsform eine zielstrebige demokratische Entwicklung voranbringen und eine demokratische Tradition begründen helfen. Die Aussagen Gustav Radbruchs und Hugo Sinzheimer anlässlich der Tagung von Hofgeismar, die der Rudolf Breitscheids und Rudolf Hilferdings zur außenpolitischen Linie der Partei wie die Theo Haubachs zu verschiedenen Anlässen zeigen deutlich auf, daß ihnen die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft ein Anliegen war. Er war jedoch nicht der Kern ihrer konzeptionellen Vorstellungen, nicht Motor oder Vehikel, sondern ein – zweifellos - bedeutender Programmpunkt, der eingelöst werden sollte nach der Begründung eines innen- und außenpolitisch stabilen Fundaments. Als geradezu symptomatisch für diese in der SPD-Spitze verbreitete Haltung kann Haubachs Auseinandersetzung mit Paul Levi angesehen werden. Vorbild eigener Politikpraxis waren die traditionellen Regeln westeuropäischer Demokratien. Schon früh hatte Haubach, wie wir sahen, auch für den Bereich der Innenpolitik diesen Weg eingeschlagen, indem er klar die Bildung von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien als notwendige Option ansah und dabei durchaus auch die Konsequenz programmatischer Kompromisse ins Auge faßte. In der Ab-

<sup>962</sup> Levi, Sachverständigengutachten, S. 33.

<sup>963</sup> Ebd., S. 58.

grenzung zum linken Flügel der Partei erwies er sich wiederum als ‚Realpolitiker‘, der die Risiken der engen Bindung an die amerikanische Wirtschaft hellsehtig erkannte, sie jedoch, die anderen ‚Nehmerländer‘ einbeziehend, mit der Bemerkung zu mindern suchte, daß „also das Gewicht der Schuldner im Wachsen ist und der zuletzt alleinstehende Gläubiger Amerika Konzessionen machen muß.“<sup>964</sup>

Eine zweifellos eher abenteuerliche, auf das Prinzip Hoffnung bauende Hypothese, die von Haubach hier geäußert wurde. Die mit Verve beiseite geschobenen Bedenken legen die zugrunde liegenden Motive bloß: Die Kapitalzufuhr aus den USA bot die realistisch erscheinende Chance, die Republik zu konsolidieren, wie international wieder an Bedeutung zuzulegen.

Die Parteiführung konnte ihre außenpolitischen Vorstellungen innerparteilich weitgehend ungestört verfolgen, da diese von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder akzeptiert wurde. Die Skeptiker und Kritiker waren jedoch keineswegs verstummt, sondern artikulierten sich vom linken Rand aus z.B. in dem von Paul Levi herausgegebenen Organ Sozialistische Politik und Wirtschaft oder aus dem rechten Lager in den von Joseph Bloch redigierten Sozialistischen Monatsheften, in denen sich zu außenpolitischen Themen v.a. Ludwig Quessel artikulierte. Haubach sah sich anscheinend genötigt, das Thema ‚Völkerbund‘ vor diesem Hintergrund zu thematisieren. Die Analyse hilft, die Position Haubachs differenzierter darzustellen. Er markierte zunächst zwei Gruppen von Parteimitgliedern, von denen eine den Völkerbund als „eine im wesentlichen geglückte Leistung“ ansehe, die vorbehaltlos zu akzeptieren sei. Von dieser Gruppierung setzte er jene Parteigenossen ab, die den Völkerbund grundsätzlich ablehnten „wie jede andere von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geschaffene Form des gesellschaftlichen und politischen Lebens.“<sup>965</sup> In verbindlichem Ton wandte er sich aufmerksam ausschließlich der aus dem linken Spektrum stammenden zweiten Variante zu und attestierte der laufenden Praxis des Völkerbunds Fehler und Unzulänglichkeiten. Wie um den Kontrahenten demonstrieren zu wollen, daß auch er das theoretische Instrumentarium einsetzen konnte – zuvor hatte er sie als „die Gruppe der mehr theoretisch eingestellten Genossen“ charakterisiert –, führte er wie in einer heiklen Phase jungsozialistischer Auseinandersetzungen „die Hegel-Marxsche Methode der dialektischen Betrachtung des Widerspruchs“ ins Feld, die die Diskussion nicht beenden, sondern fruchtbar voranbringen könne. Sein ‚Ausweg‘ bzw. seine Sicht des Problems mündete in dem Vergleich des Völkerbunds mit einem demokratischen Staatswesen etwa in der Gestalt der Republik. Diese Einrichtungen seien „an sich neutral“ und bildeten den aktuellen gesellschaftlichen Ist-Zustand ab. Er gestand zu, daß der Völkerbund „eine von bürgerlich-kapitalistischen Staaten geschaffene Einrichtung“ sei, der weiterhin „kapitalistisch-imperialistisch“ wirke, wie er die deutsche Republik mit ihrer „kapitalistisch-klassenmäßigen Struktur“ konstatierte. Beide seien aber demokratisch organisiert, und somit bestehe die Chance, sie im Sinne des Proletariats zu verändern. Es gelte, nicht weiter zu theoretisieren, sondern praktisch-kämpferisch tätig zu werden, denn – so sein Ausblick – „die Demokratie gibt diesem Kampf in den rechten Formen Raum – nutzen wir ihn aus, das ist alles, was hier zu sagen ist!“<sup>966</sup> [gesperrt, P.Z.]

<sup>964</sup> Haubach, Sachverständigengutachten, in: H.E.

<sup>965</sup> Grundsätzliches zum Völkerbund, in: H.E., Nr. 243 v. 3.9.1925.

<sup>966</sup> Ebd.

Die Mixtur aus einem forschen ‚Schluß der Diskussion!‘ und einer höchst vagen Zielbeschreibung bildet das Dilemma der Parteispitze und auch Haubachs ab, in das sie immer dann gerieten, wenn der Vorwurf gemacht wurde, sie verrieten die Prinzipien der sozialistischen Idee und würden sich vor den Karren einer bürgerlich-kapitalistischen Politik spannen lassen. Auf den Wert, den Haubach der Existenz demokratischer Institutionen und der Möglichkeit ihrer Nutzung beimaß, macht der vorliegende Text nachhaltig aufmerksam. Ganz anders als der zutiefst abgelehnte Wilhelminische schien ihm der republikanische Staat die Option zu einer wahrscheinlich langsam verlaufenden, aber umfassenden Stärkung der bislang unterprivilegierten Arbeiterschaft zu verheißen. Doch im Kern wurde Haubach eindeutig von der Absicht dominiert, alle Kräfte der Partei dafür einzusetzen, um das hohe Gut zu erhalten, das ihm die demokratischen Strukturen bedeuteten, es zu benutzen und es zu nutzen. Fügt man diesem Akzent das vorher erhobene Ergebnis der Textanalysen hinzu, das seinen souveränen Umgang mit der traditionellen Terminologie bei der Auseinandersetzung mit außenpolitischen Themen aufzeigte und damit seine Nähe zu dieser spezifischen Gedankenwelt offenbarte, so lassen beide Elemente zusammengenommen das Ausmaß und die Dichte des Zentrums seines politischen Wollens erkennen. Ihm (und den reformerischen Kräften in der Sozialdemokratie) lag vorrangig daran, die demokratischen Strukturen zu erhalten. Nur außerordentlich vage nahm sich dann auch der Verweis auf den Weg und die Perspektiven aus – ‚in den rechten Formen‘ [?] –, die aus dem Ghetto bürgerlich-kapitalistischer Bedingungen herausführen sollten, und korrespondierte mit dem Bemühen, eine von den Linken geforderte Strategiedebatte, schroff zurückzuweisen – ‚das ist alles, was hier zu sagen ist‘.

Generell lag Haubach mit seinen Kommentaren in den wesentlichen Akzentuierungen zwischen 1924 und 1926 unzweideutig auf der Linie, die auch von den führenden ‚Außenpolitikern‘ der Partei verfolgt wurde. Mit seiner kompromißlosen Haltung, die der Achse Paris-Berlin absolute Priorität einräumte, schien er zeitweise im Fahrwasser der sogenannten ‚Kontinentalpolitiker‘ um Ludwig Quessel zu argumentieren. Dieser hob im Blick auf den außenpolitischen Teil des in Heidelberg 1925 beratenen Parteiprogramms hervor, daß der ‚kontinentaleuropäische Gedanke‘ nun endlich Eingang in die innerparteiliche Diskussion gefunden habe. Die Urheberschaft reklamierte er für sich und seine Freunde, indem er darauf hinwies, daß die grundlegenden Gedanken ‚von den Sozialistischen Monatsheften konzipiert und herausgearbeitet‘ worden seien. Folglich zeigte er sich höchst befremdet darüber, daß von der Parteiführung Coudenhove-Kalergi gebeten worden war, im ‚Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie‘, also dem Vorwärts, die paneuropäische Idee zu erläutern.<sup>967</sup> Die Militanz, mit der Ludwig Quessel gegen die englische Politik agitierte, unterschied sich allerdings erheblich von der Position Haubachs, der klar Prioritäten benannte, jedoch grundsätzlich das Prinzip der Toleranz und der Respektierung der europäischen Staaten verfolgte und sich deshalb nie zu derart feindseligen Äußerungen verstieg.<sup>968</sup> Die Gruppierung der ‚Kontinentaleuropäer‘, die am rechten Rand der Partei angesiedelt war,

<sup>967</sup> Quessel, Ludwig: Kontinentaleuropa im Parteiprogramm, in: Sozialistische Monatshefte 31 (1925), 62. Band, S. 538 – 540, S. 538 f.

<sup>968</sup> Zu diesem Aspekt der Konzeption Ludwig Quessels vgl. u.a.: Quessel, Ludwig: Frankreichs europäische Aufgabe, in: Sozialistische Monatshefte 30 (1924), 61. Band, S.482 – 485 und Ders.: Ein Blick in die Zukunft, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), 63. Band, S. 6 – 11.

verrannte sich geradezu in ihre pro-französische Position und fand letztlich – wie auch ihre Behandlung durch die Parteiführung im Umfeld des Heidelberger Parteitages zeigte – „innerhalb der SPD nur wenig Resonanz.“<sup>969</sup>

Die Option Haubachs für eine deutsch-französische Annäherung war vergleichbar deutlich, doch nie unkritisch gegenüber den in Paris Regierenden, auch wenn es sich um ein sozialistisches Kabinett handelte. So attackierte er den seit Mai 1924 amtierenden Ministerpräsidenten Herriot, Vorsitzender der kleinbürgerlichen Radikalsozialistischen Partei und Führer des ‚Cartel des Gauches‘, zu Anfang des Jahres 1925 teilweise heftig. Er reagierte u.a. auf eine „Kampfredere Herriots, deren ausgesprochen unfreundlicher Ton auffiel“, weil sie „in ganzer Front gegen Deutschland gerichtet war.“ Wenn er auch nicht anstand, die Regierung Luther als Auslöser zu bezeichnen, qualifizierte er den Beitrag Herriots „moralisch wie politisch als bedauerlich.“<sup>970</sup> Wenig später zieht er den französischen Ministerpräsidenten, Frankreich zum Spielball britischer Interessen werden zu lassen und sah ihn gar „in nationaler Kriegsbemalung, einem miserablen Kostüm, dessen Tragen auch zu Karnevals Zeiten für einen Linkspolitiker wegen Anstößigkeit verboten sein sollte.“<sup>971</sup> Wenn auch im Tenor seiner Artikel die gemeinsamen Interessen beider Staaten unübersehbar hervorgehoben wurden, so ließ Haubach sich nicht von seiner Linie hoffnungsvoll-solidarischer *und* kritischer Berichterstattung sowie Kommentierung gerade hinsichtlich des Cartel des Gauches abbringen.<sup>972</sup>

Als bemerkenswert ist festzuhalten, daß er bei seinen Freunden Carlo Mierendorff und Joseph Halperin deshalb massiven Widerspruch provozierte. Mierendorff ließ unmittelbar am Anfang eines längeren Briefes – dies sicher auch ein Indiz dafür, wie sehr ihn die Angelegenheit beschäftigte – an Halperin seinen Unmut erkennen. Er bezog sich auf Äußerungen Halperins und bekundete: „Insbesondere Deine Meinung über Theo hat mich <sehr> interessiert.“ [*<sehr> nachträglich oberhalb der Zeile eingefügt, P.Z.*] Beide Briefpartner stimmten offensichtlich in ihrer ablehnenden Haltung „über seine Kritik an Herriot“ überein. Carlo berichtete dann, daß er Theo nicht nur brieflich seine Auffassung mitgeteilt habe, sondern präzierte: „Wir diskutierten bereits darüber.“ Unklar bleibt, ob es mündlich oder brieflich geschah. Wie ernst Mierendorff – er war derzeit Redakteur am sozialdemokratischen Volksfreund in Darmstadt – allerdings die Angelegenheit nahm, mag die sich direkt anschließende Charakterisierung des Freundes Theo beleuchten: „Ja, das sind die Schwächen Theos: er muß alles tun, um den leider vorhandenen Mangel an Instinkt durch Klugheit wettzumachen.“<sup>973</sup> Wenn Mierendorff seine Kritik auch nicht als Offizieller der Partei, sondern als ihm nahestehender Weggefährte äußerte, so lassen die Anmerkungen doch die Betroffenheit und auch den Ärger von Haubach durchaus nahestehenden Parteimitgliedern spüren, die seine Beiträge zumindest zu diesem Komplex hervorriefen. Der Kontext läßt allein die Deutung zu, daß Haubachs Offenheit und Bemühen um eine transparente, differenzierte Darstellung der Probleme als „Mangel an Instinkt“ ausgelegt wur-

<sup>969</sup> Feucht, Die Haltung, S. 365.

<sup>970</sup> Die Kampfredere Herriots, in: H.E., Nr. 30 v. 30.1.1925.

<sup>971</sup> Der gefährliche Herriot, in: H.E., Nr. 55 v. 24.2.1925.

<sup>972</sup> Vgl. auch: Mißtrauen gegen Deutschland, in: H.E., Nr. 47 v. 16.2.1925 und Die Lage in Frankreich, in: H.E., Nr. 92 v. 2.4.1925.

<sup>973</sup> Brief Carlo Mierendorff an Joseph Halperin v. 5.4.1925, 1. S., in: Robert-Walser-Archiv Zürich, NL Joseph Halperin.

den. Doch die gebetsmühlenartige Beschwörung der deutsch-französischen Annäherung, ohne aktuelle Begebenheiten wahrzunehmen und kritisch nachzuzeichnen, war offenkundig nicht seine Sache.

Diese Episode wirft Licht auf zwei interessante Aspekte. Die Beziehung zwischen den beiden Freunden Theo und Carlo war trotz der räumlichen Distanz offenkundig intakt geblieben. Zwar gab es punktuell auch Differenzen, im Beispiel über taktisches Vorgehen, doch als gewichtiger ist herauszuheben, daß sie in der Lage waren, derartige Probleme anzusprechen und miteinander zu erörtern.<sup>974</sup> Zum anderen erweist sich Theodor Haubach einmal mehr als außerordentlich prinzipientreu, erweckt durchaus auch den Eindruck der Intransigenz. Er wich der Diskussion mit Carlo nicht aus, die Art der Aufbereitung von Nachrichten und deren Kommentierung behielt er jedoch unbeirrt bei. Das bereits mehrfach hervorgehobene Bewußtsein eigener intellektueller Leistungsfähigkeit verband sich vermutlich mit seiner Kraft, auch allein auf sich gestellt den für richtig erkannten Weg zu nehmen.

Die fortbestehende Absicht Haubachs, bei allem grundlegenden Konsens mit den sozialdemokratischen ‚Außenpolitikern‘ eigenständige Bewertungen politischer Ereignisse abgeben zu wollen, kann anhand seiner Bewertung des Außenministers nachvollzogen werden. Die Sicherheitsinitiative Stresemanns zu Anfang des Jahres 1925 hatte Haubach selbstverständlich freudig begrüßt, zielte sie doch auf friedlichen Ausgleich und garantierte Frankreich den Bestand der Grenzziehung. Seine positive Einschätzung dieses deutschen Vorstoßes stimmte mit der der Parteispitze überein, die dann sogar informell in den Prozeß einbezogen wurde. Zu einer Krise kam es im April des Jahres nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. In der Reichstagsfraktion der SPD herrschte große Enttäuschung über eine Rede Stresemanns in der Sitzung vom 18. Mai 1925, in der er nur marginal auf Fragen der Außenpolitik eingegangen war. Bei den Sozialdemokraten ging die Furcht um, daß die Regierung den eingeschlagenen Kurs nicht würde halten können.<sup>975</sup> Die Unsicherheit war dann bald verflogen; diese von führenden Sozialdemokraten als krisenhaft empfundene Situation läßt erkennen, daß sie nicht nur großes Interesse an der erfolgreichen Umsetzung der friedenssichernden und vertrauensbildenden Vorhaben in Europa hatten, sondern auch innenpolitisch mit dem Pfund wuchern wollten, diese Politik mitinitiiert und erfolgreich abgeschlossen zu haben.

Den von der Parteiführung gewünschten Grundton schlug der Vorwärts an, als er dafür warb, der Regierung auf ihrem Kurs der „Erfüllungspolitik“ zu folgen und – direkt auf den amtierenden Außenminister zielend – auch außenpolitische Erfolge nicht zu fürchten, sie würden sichtbar auch auf das Konto der Sozialdemokratie gehen.<sup>976</sup> Haubach hatte in seinen Artikeln der Monate Januar und Februar 1925 seine Angriffe allein gegen den Reichskanzler Hans Luther gerichtet, ihn z.B. der

---

<sup>974</sup> Richard Albrecht überzeichnet hier augenscheinlich, wenn er v.a. hinsichtlich der Beziehung Carlos und Theos in dieser Phase davon spricht, daß Freundschaften „erkalten“; vgl. Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat*, S. 70. Ihre Beziehung veränderte sich zweifellos, aber als Hinweis darauf, daß die Freundschaft grundlegend intakt war, kann dienen, daß Mierendorff im selben Brief mit der harschen Kritik an Theo davon berichtete, er habe „einiges zu Theos Vorteil“ erledigen können. Dabei ging es um eine berufliche Perspektive, an der Haubach sehr interessiert war; auf diese Angelegenheit wird noch zurückzukommen sein.

<sup>975</sup> Feucht, *Die Haltung*, S. 355 f.

<sup>976</sup> *Vorwärts*, Nr. 254 v. 31.5.1925.

„Sonderbündelei in Friedensdingen“ bezichtigt, die den Friedensprozeß in Europa aufhalten würde.<sup>977</sup> Nicht nur das Lavieren zwischen Paris und London unter völliger Fehleinschätzung des politischen Potentials, wie Haubach zu Recht hervorhob, ließ Deutschland im Abseits stehen, sondern darüber hinaus auch die juristisch-spitzfindige Art der Reaktion auf die Initiativen anderer Regierungen, die vor allem – so von Haubach schmerzlich empfunden – Frankreich verprellen mußten.<sup>978</sup> Als Einzelheiten der bis dahin geheim verlaufenen deutschen Sicherheitsinitiative zunächst in London und Paris lanciert wurden, wurden sie von Haubach fast ungläubig – Sollte „an Stelle bloßer juristischer Rechthabereien einmal wirklich Politik gemacht (werden)?“ – und erfreut aufgenommen, freilich nicht euphorisch, was er mit der Aufforderung dokumentierte, daß nun der Eintritt in den Völkerbund vollzogen werden müsse, da sich die Initiative sonst als „ein Bluff“ decouvrieren würde.<sup>979</sup> Diese letztlich distanzierte Reaktion läßt erkennen, daß tatsächlich nur ein kleiner Kreis aus der Führungsspitze der Partei in die seit Wochen laufenden Verhandlungen eingeweiht gewesen war.

Haubach blieb bei seinem skeptischen Grundton Stresemann gegenüber. Auch die oben wiedergegebene ‚Marschzahl‘ im Vorwärts konnte ihn nicht von *seiner* Linie abbringen. Nur wenige Tage danach zitierte er ironisch – allerdings ohne Angabe der Quelle – die „ausgezeichneten englisch-amerikanischen Verbindungen“ des Außenministers, die dazu angetan seien, Deutschland weiter in der Isolation festzuhalten.<sup>980</sup> Das Mißtrauen gegenüber dem Versuch Stresemanns, auch mit London im Gespräch zu bleiben, verurteilte Haubach als „blinden Gehorsam“ gegenüber undurchsichtigen britischen Zielen. Zudem merkte er prinzipiell an, daß „die Luthers und Stresemänner“ mit den Sicherheitsverhandlungen nur eine „Atempause“ erreichen und sie „mit allerlei Abenteuern und nationalistischen Ziellosigkeiten“ ausfüllen wollten.<sup>981</sup>

Wie tief das Mißtrauen Haubachs gegenüber der Regierung mit ihrem Außenminister saß, zeigte seine Kommentierung des weiteren Verlaufs der Verhandlungen. Mitte Juni 1925 war die französische Antwort auf die deutsche Sicherheitsinitiative eingetroffen. Sie war erkennbar von dem Geist getragen, daß auch Paris wie London an der Fortführung der Gespräche interessiert blieben. Bei der Vorbereitung der deutschen Antwortnote brachen die Gräben innerhalb des Kabinetts zwischen den der DNVP angehörenden Minister und vor allem Stresemann in einem solchen Maße auf, daß der Außenminister mit seinem Rücktritt drohen mußte, um im Kern seine Politik fortsetzen zu können.<sup>982</sup> Ein Scheitern der Koalition zu diesem Zeitpunkt wäre wahrscheinlich nicht einmal den Wählern der Deutschnationalen zu vermitteln gewesen, nachdem sie lange, wenn auch murrend und bremsend, den Kurs Stresemanns mitverantwortet hatten. Den Beamten des Auswärtigen Amtes gelang dann auch „ein Meisterwerk des politischen Balanceaktes“, weil innen- wie außenpolitische Partner zufrieden gestellt wurden.<sup>983</sup> Selbstverständlich war der auf Kompromiß angelegte Charakter der Note nicht zu überse-

<sup>977</sup> Das Kabinett Luther und das Ausland, in: H.E., Nr. 33 v. 2.2.1925.

<sup>978</sup> Köln und die Sicherheitsfrage, in: H.E., Nr. 44 v. 13.2.1925.

<sup>979</sup> Deutsche Angebote in der Sicherheitsfrage?, in: H.E., Nr. 62 v. 3.3.1925.

<sup>980</sup> Sicherheitsverhandlungen und kein Ende, in: H.E., Nr. 152 v. 4.6.1925.

<sup>981</sup> An den Verhandlungstisch!, in: H.E., Nr. 168 v. 20.6.1925.

<sup>982</sup> Krüger, Außenpolitik, S. 293.

<sup>983</sup> Feucht, Die Haltung, S. 371.

hen. Die Sympathisanten der Linie Stresemanns in der SPD-Führung signalisierten über den Vorwärts und in der Reichstagsdebatte grundsätzliche Zustimmung, wenn ihnen auch immer noch nicht das in Richtung Völkerbund angeschlagene Tempo als ausreichend erschien.<sup>984</sup>

Haubach lobte zunächst die sprachliche Fassung der deutschen Antwort, „die männermordenden Krafttöne und das Amtsstubenchinesisch“ seien diesmal vermieden worden, nun rede man „vorsichtig, geschickt, verständlich, ja, mit einiger Anmut und Liebenswürdigkeit.“<sup>985</sup> Inhaltlich schloß er sich ausdrücklich in einer allerdings kurzen Passage der Zustimmung an, die „unser Redner, Genosse Breitscheid“ in der Reichstagsitzung formuliert hatte. Den weit überwiegenden Anteil seines Kommentars machte die Kritik am Abschnitt III der Note aus, in der es um den möglichen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ging. Diese Problematik sei „aus dem Bereich der politischen Zweckmäßigkeit glücklich in den Bereich der opernhafte Bühnenromantik hinübermanövriert“ worden, merkte er bitter an. Zweifellos seien vorwiegend die Deutschnationalen dafür verantwortlich, daß der Beitritt zum Völkerbund nicht ernsthaft betrieben werde. Er attestierte Stresemann zwar, daß dieser „gegen seine bessere Einsicht“ gehandelt habe, hielt ihm im gleichen Atemzug jedoch schwere Verfehlungen vor, die er seit dem Frühjahr in dieser Frage begangen habe. Als Ergebnis dieser deutschen Note faßte Haubach zusammen, zeige „sich die von Stresemann bewirkte Konstellation Deutschlands im weltpolitischen Mächtekonkordat in voller Wirksamkeit.“ Für die praktische Politik bedeutete seine ironisch gemeinte Anmerkung, daß Deutschland wieder bzw. weiterhin versuche, „mit englischer Hilfe gegen die französisch-polnisch-tschechische Front anzugehen.“ Sich wieder in der Schilderung möglicher englischer Ränke verlierend, sah er als einzig möglichen und absolut notwendigen Schritt die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit der „französischen Kontinentalkoalition“ an.<sup>986</sup> Dieser Beitrag macht mit seiner Schlußbemerkung konkret die Nähe Haubachs zu den bereits erwähnten ‚Kontinentalpolitikern‘ in der Partei deutlich. Bedeutsamer für den hier behandelten Zusammenhang ist jedoch zweifellos die Schärfe der Kritik an jenen Bereichen der Stresemannschen Außenpolitik, die für Haubach essentielle Bedeutung hatten. Die anscheinend analog den Bekundungen der SPD-Spitze auf einen Ausgleich von Lob und Kritik angelegte Dramaturgie des Textes verselbständigte sich und kulminierte in einer Philippika, die sich sprachlich als Mischung aus beißendem Spott und tiefer Besorgnis niederschlug. Die Vermutung liegt nahe, daß Haubach sich nicht allein intellektuell, sondern auch emotional herausgefordert sah. Er erwies sich auch in dieser Frage im Rahmen der Partei als eigenständiger Genosse, dem Disziplin prinzipiell - sicherlich auch im innerparteilichen Kontext – ein hohes Gut bedeutete, der aber unbeirrt und unverstellt ihm unverzichtbar erscheinende Positionen vertrat und ‚sperrig‘ seinen Unmut artikulierte, auch wenn die Parteioberen möglicherweise von dem exponierten Redakteur mehr Zurückhaltung oder Verbindlichkeit gewünscht hätten.

Eindrucksvoll dicht geben die Arbeiten Haubachs im Hamburger Echo die unterschiedlichen Ebenen seiner außenpolitischen Zielvorstellungen wieder. Den Kern

<sup>984</sup> Vorwärts, Nr. 341 v. 22.7.1925.

<sup>985</sup> Die große politische Aussprache über den Sicherheitspakt. Die ‚Friedensoffensive‘, in: H.E., Nr. 201 v. 23.7.1925.

<sup>986</sup> Ebd.

seiner Vorstellungen bildete die Achse Paris-Berlin, die den zentralen Baustein eines vereinten Europas ausmachen sollte. Diesen Gedanken vertrat er auch nachdrücklich als Delegierter auf dem Heidelberger Parteitag 1925. Wesentliches Ziel „konstruktiver Politik“ auf dem Weg zum Frieden müsse es sein, so forderte er vor dem Parteitag, den „jahrhunderte [sic] alten Fluch vom deutschen und französischen Volke zu nehmen.“<sup>987</sup> Wie ungebrochen sich dieser Gedanke als wesentlicher Pfeiler seiner außenpolitischen Vorstellungen hielt, beleuchtet eine Episode auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahr 1927. Von den 17 Hamburger Delegierten trat neben Haubach nur ein weiterer mit einem Redebeitrag vor den über 400 Delegierten hervor. Haubach kommentierte aktuelle außenpolitische Ereignisse. In das Zentrum seiner Ausführungen rückte er eine scharfe Kritik, die sich gegen den Vorsitzenden der DVP, Dr. Ernst Scholz, richtete. Haubach warf ihm vor, dieser habe „im Auftrage seiner deutschnationalen Freunde“ den Einfluß der Sozialdemokratie auf die deutsche Außenpolitik „abzuschütteln“ versucht. Er warnte nachdrücklich vor der Gefahr der „Herbeiführung einer antifranzösischen Koalition“, sah diese bereits durch eine passive deutsche Politik erschreckend nahe und warnte abschließend, daß die Sozialdemokratie „ungeachtet aller Verdienste des Herrn Stresemann in der Außenpolitik sehr scharf aufpassen“ müsse.<sup>988</sup> Haubachs Beitrag wurde von Rudolf Breitscheid aufgegriffen, mußte er sich doch auch persönlich angegriffen fühlen. Eher gönnerhaft merkte er an, daß „unser Freund Haubach die Tragweite der politischen Ideen des Herrn Scholz stark überschätzt“, um dann – staatsmännisch – außenpolitische Ambitionen der Deutschnationalen vollständig auszuschließen.<sup>989</sup> Über die Sorgen des Kritikers hinsichtlich einer antifranzösischen Koalition verlor er kein Wort und leitete dann zur – nach seiner Auffassung – „Hauptfrage des Tages“, dem Verhältnis Rußlands und Englands, über. Dieser kurze ‚Schnappschuß‘ öffnet den Blick auf verschiedene Ebenen, auf Haubachs Hartnäckigkeit in der Verfolgung seines wesentlichen außenpolitischen Ziels, auf seine Bereitschaft, sich auch gezielt in den Gremien der Partei ‚zu zeigen‘ wie auch auf die innerparteilichen Strukturen, in denen die Führungsschicht Kritiker oder auch die jungen Nachdrängenden zurechtstutzte.

Der massiv von ihm geforderte Beitritt zum Völkerbund hatte eine flankierende Funktion; diese „Clearingstelle“ – als solche qualifizierte er diese Institution – sollte als demokratisch organisierte Einrichtung eine friedliche Zukunft garantieren und eine demokratische, möglicherweise sozialistische Entwicklung in den Mitgliedsländern befördern helfen. Das von Haubach erwünschte Konstrukt einer ausbalancierten, über Europa hinausweisenden Dreiteilung mit einem Block um Deutschland-Frankreich, der transatlantischen Bindung Englands und der Rußlands mit asiatischen Partnern benötigte zweifellos Impulsgeber wie moderierende Schiedsstellen. Strukturell lehnt sich dieses Modell an das der Bündnispolitik des 19. Jahrhunderts; so fiel Haubach bei der Erörterung dieses Problemfeldes auch immer wieder zurück in die Terminologie dieser Epoche.

Die spezifisch sozialdemokratischen Elemente seiner außenpolitischen Intentionen sind jedoch eindeutig als Abkehr von traditionellen machtpolitischen

<sup>987</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 254. Passagen mit dem Wortbeitrag Haubachs sind auch veröffentlicht in: H.E., Nr. 258 v. 18.9.1925 unter dem Titel: Aussprache Heidelberger Parteitag vom 17.9.1925.

<sup>988</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, Berlin 1927, S. 244.

<sup>989</sup> Ebd., S. 245 f.

Grundsätzen zu bestimmen; sie entwickelten sich während des Ersten Weltkriegs von einem revolutionären Impetus hin zu einem reformorientierten Ansatz.<sup>990</sup> Als Markierungspunkte sind zu nennen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker, der Einsatz für eine umfassende Friedensregelung und für eine friedliche europäische Entwicklung im Sinne einer gleichberechtigten Koexistenz und die Schaffung von Instrumentarien, die diese Grundsätze herstellen und garantieren helfen sollten. Dazu gehörte auch der defensive Umgang mit den durch den Versailler Vertrag festgelegten territorialen Bestimmungen – die Hoffnung auf ihre Revision wurde zwar geäußert, aber sie sollten bewußt einer Neuordnung Europas nicht im Wege stehen. Damit lagen Welten zwischen ihren und den Vorstellungen der bürgerlich-nationalen Parteien, von den bürgerlich-liberalen Kräften unterschieden sich die der Sozialdemokraten – auch bei Haubach nachweisbar – durch die Propagierung sozialistischer Regierungen in möglichst vielen Staaten, die die bürgerlich-kapitalistische bestimmten Gesellschaftsordnungen aufbrechen sollten.

Dieser Aspekt verlor jedoch – wie nicht nur anhand der Texte Haubachs, sondern auch führender Sozialdemokraten feststellbar ist – zunehmend an Kraft. Sinnstiftendes Moment war vielmehr das Engagement für den Erhalt der republikanischen Staatsform und für deren Stabilisierung. Ihre demokratische Struktur galt den reformerischen Kräften der Sozialdemokratie zugleich als Vorbild für die internationalen Institutionen wie für deren Mitgliedsstaaten. Damit ist auch die von Haubach zu Recht betonte Verklammerung innen- und außenpolitischer Phänomene aufzuzeigen.

Die Spannweite seiner Vorstellungen zwischen 1924 und 1928 markieren zwei Beiträge besonders augenfällig. In der Zeitschrift *Die Gesellschaft* behauptete er 1924, daß „der Proletarier und der Sozialist der Aussenpolitik gegenüber zunächst gleichgültig, wenn nicht gar ungünstig gestimmt“ sei. Umständlich seine Reflektionen nachzeichnend gelangte er dann zu der Erkenntnis, „dass der Sozialismus nunmehr auch Anschauung und Plan seiner eigenen Aussenpolitik in sich bilden muss.“<sup>991</sup> Eine geschlossene Konzeption lag seiner Auffassung also noch nicht vor. Dieser Einschätzung ist zweifellos bereits die Aussage immanent, die Aufgabe der ‚Führer‘, der Intellektuellen sei es, für die Partei und damit für die Arbeiterschaft eine Programmatik zu entwerfen. Deren wesentliche Elemente breitete er zwischen 1924 und 1928 in seinen Artikeln aus.

Vier Jahre später, als der von ihm hochgeschätzte Alfred Weber im April 1928 in Hamburg einen Vortrag „über den europäischen Gedanken, über seine Realität und seine Utopie“ hielt, kommentierte Haubach diesen in seiner Zeitung. Eindeutig stand er weiter zu seinem europäischen Engagement und akzentuierte die bereits früher geäußerte Ansicht, daß die Grundlinien eines außenpolitischen Programms „von Berlin über Paris nach Belgrad, Wien, Prag und Warschau, dessen Außenlinien einerseits nach London und anderseits [sic] nach Moskau“ zu ziehen seien. Deutlich zurückgenommen wirkte jedoch sein Tonfall, die Erwartung auf erhebliche Fortschritte auf internationaler Ebene hatten sich nicht erfüllt. Der schleppende Fortgang der Abrüstungsverhandlungen, deren Abschluß ein bedeu-

<sup>990</sup> Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1973, S. 433.

<sup>991</sup> Haubach, Theodor: Sozialistische Aussenpolitik, in: *Die Gesellschaft* 1 (1924), 1. Bd., S. 418 – 420, S. 419.

tendes friedenssicherndes Element darstellen sollte, ist exemplarisch zu nennen. Absichtserklärungen und die Entwicklung differenzierter Konzepte sowie Verhandlungsbereitschaft reichten eben nicht aus, sondern jede außenpolitische Projektion und konkrete Veränderung der Verhältnisse war von innenpolitischen Voraussetzungen im eigenen Land und in denen der Partnerländer abhängig. Diese waren für die Weimarer Republik verlässlich kaum kurzfristig, schon gar nicht mittelfristig zu prognostizieren, das gleiche galt für die sich wandelnden Regierungsmehrheiten bei den europäischen Verhandlungspartnern – Variablen also, die Haubach in seine optimistischen, Aufbruch verheißenden Modelle nicht integriert hatte, wohl in ihrem Ausmaß auch nicht antizipieren können.

So akzentuierte er in seiner Besprechung des Referats von Alfred Weber die Erwartung, daß noch viel Zeit vergehen würde, bis es zu entscheidenden positiven Schritten kommen würde. Nun hob er warnend den Finger und beschwor „die Vielheit“ Europas, die unbedingt zu berücksichtigen sei, da sonst „schwere praktische Enttäuschungen“ zu erwarten seien. Auch ein revolutionärer Akt könne nicht helfen, würde eher kontraproduktiv wirken.<sup>992</sup> Von Beginn seiner publizistischen Laufbahn an waren seine außenpolitischen Vorstellungen von dem Respekt gegenüber der je eigenen historisch und kulturell bedingten Struktur der anderen europäischen Staaten geprägt gewesen. Der Satz Max Webers, daß ein herausragendes Merkmal des Politikers seine Fähigkeit sein müsse, „dicke Bretter zu bohren“, hatte bereits unausgesprochen seine frühen Texte beeinflusst. Mittlerweile konnte er die Bedeutung dieser Worte als professioneller Beobachter der Politszene und als in ihr aktiv Beteiligter vermutlich noch intensiver nachvollziehen.

Sein eindringlicher Appell auf dem Parteitag in Heidelberg 1925 unterstreicht die eben getroffene Einschätzung: „Wer heute Friedensarbeit leisten will, muß in konstruktiver Politik Schritt für Schritt und Zug um Zug vorgehen.“<sup>993</sup> Er weist Haubach zugleich als ‚Realpolitiker‘ aus, ein häufig genutzter und verschwommen gewordener Terminus, der bezogen auf Theodor Haubach unmißverständlich folgendermaßen zu definieren ist: Ein Mann mit einer Vision, mit – ‚strategisch‘ – sowohl innen- wie außenpolitisch fest umrissenen Zielvorstellungen und einem konkreten ‚taktischen‘ Vorgehen, das geprägt war von hohem persönlichen Engagement und dem Bemühen, politisches Handeln als nüchtern und abwägend zu realisierende Tätigkeit darzustellen, obwohl er sich selbst uneingeschränkt und innerlich spürbar beteiligt mit dem eigenen Politikentwurf identifizierte. Mit der von ihm verfolgten Programmatik repräsentierte er die wesentlichen Elemente, die von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten so auch formuliert wurden. Bei Haubach war es jedoch bereits zu einem Modell, einem veritablen Programm geworden, das in sich abgestimmt war und von ihm entschieden vertreten wurde. Der energische und kraftvolle Einsatz für ‚seine‘ Vorstellungen machte ihn sicherlich nicht zu einer singulären Erscheinung in der Partei, hob ihn aber zweifellos aus der großen Zahl der Genossen heraus.

Doch eine ‚sozialistische Außenpolitik‘ war es, um auf die oben formulierte Fragestellung zurückzukommen, sicherlich nicht, die er und die führenden ‚Außenpolitiker‘ der Partei – in den zentralen Elementen absolut übereinstimmend – verfolgten. Die offiziellen Bekundungen ließen erkennen, daß dieser Aspekt weder konzeptionell noch hinsichtlich der Optionen ihres Handelns eine bestimmende

<sup>992</sup> Das Problem Europa, in: H.E., Nr. 110 v. 20.4.1928.

<sup>993</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 254.

oder auch nur prägende Kraft für die Protagonisten besaß. Ihnen war die Bedeutung bewußt, die einer auf friedliche Koexistenz und die Entwicklung demokratischer Strukturen in den übernationalen Organisationen zielende Außenpolitik für den ‚sozialen Umbau‘ der gesellschaftlichen Bedingungen auch in Deutschland immanent war, doch sie suchten ihr Ziel mit dem Einsatz traditioneller Instrumentarien zu realisieren. Es war eine ‚sozialdemokratische Außenpolitik‘, die die Vorstellungen der in der Partei dominierenden ‚Reformer‘ repräsentierte. Doch solange die Sozialdemokraten im Reichstag nicht so eindrucksvoll vertreten waren, um innen- und außenpolitisch die einzuschlagende Richtung bestimmen oder maßgeblich auf sie einwirken zu können, waren sie auf Koalitionen oder aus der Oppositionsrolle heraus auf eine tolerierende oder auch wie über längere Zeit in der Außenpolitik unterstützende Funktion festgelegt. Mit der Propagierung eines sozialistischen Elements wären die Partner aus dem bürgerlichen Lager auch zu keiner Kooperation bereit gewesen. Doch für die führenden Sozialdemokraten und die Mehrheit der Partei hatte dieses Element auch keine Priorität. Rudolf Breitscheid wies kritische Anmerkungen aus dem linken Spektrum der Partei, die sich gegen den Abschluß des Sicherheitspakts von Locarno richteten, mit dem Hinweis darauf zurück, daß zwar „in der Hauptsache rein kapitalistische Regierungen“ beteiligt gewesen seien, daß es aber darum ginge, „die Gefahr des Krieges und des bewaffneten Friedens einzudämmen“ - nun sei man auf dem Weg „zu den Vereinigten Staaten von Europa.“<sup>994</sup>

Bei aller Zurückhaltung den Versuchen gegenüber, Personen mit griffigen Attributen - z.B. Haubach als ‚militanten Sozialisten‘ - kennzeichnen und etikettieren zu wollen, schält sich für Theodor Haubach ein Begriffspaar eindeutig heraus, das als Summe der bislang ausgebreiteten Aktivitäten und Analysen seiner Texte sowohl seine Absichten wie sein Handeln zu charakterisieren vermag: Er war Republikaner und Europäer. Doch auch für den hier behandelten Kontext gilt, daß beide Termini ohne die zuvor entwickelten Linien und Differenzierungen eher plakativ und wenig aussagekräftig wären. Grundlegendes Moment war das von Haubach in fast kristalliner Härte vertretene demokratische Prinzip. Es hatte für ihn sowohl für den Bereich der Innenpolitik wie für den der Außenpolitik Geltung. Die Bewahrung der Republik als Staatsform in Deutschland hatte für ihn höchste Priorität, weil er sich ausschließlich von dieser Plattform aus eine gesellschaftliche Veränderung versprach, die unter Führung der Sozialdemokratie vor allem die soziale Stellung der Arbeiterschaft verändern sollte. Ohne die Etablierung demokratischer, sozialstaatlicher Grundlagen in Europa – das sah Haubach voraus - schwanden die Chancen auf eine friedliche Entwicklung, die die Hoffnung auf die Revision des Versailler Vertrags einschloß, auf die Pflege und den Austausch kulturellen und geistigen Potentials der Völker sowie auf die erfolgreiche Abwehr zerstörerischer Kräfte, wie sie sich in der Diktatur Mussolinis bereits zeigten.

---

<sup>994</sup> Breitscheid, Rudolf: Locarno, in: Die Gesellschaft 2 (1925), Bd. 2, H. 12, S. 497 – 509, S. 508 f.

Die Konferenz von Locarno fand vom 5. bis zum 16.10.1925 statt; der Sicherheitspakt umfaßte u.a. den ‚Rheinpakt‘, an dem fünf Staaten beteiligt waren. Garantiert wurde der Status quo der deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenze unter Einschluß der Verpflichtung der drei Nachbarn, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln. Zudem wurden Schiedsverträge abgeschlossen, in die außerdem Polen und die Tschechoslowakei einbezogen wurden; vgl. Horkenbach, Cuno: Das Deutsche Reich, S. 215 f.

Eindeutig abzugrenzen ist Haubachs außenpolitischer Ansatz von der „sozialistischen Außenpolitik“, die etwa von dem oben bereits zitierten Moeller van den Bruck propagiert wurde.<sup>995</sup> Er wie andere ‚moderne Konservative‘ deuteten und nutzten die Begriffe „Sozialismus und Nation“ auf unterschiedliche Weise, um letztlich nationales Machtstreben zu legitimieren.<sup>996</sup> Die Einteilung der Völker in „junge“ und „alte“ wie die Klassifizierung der europäischen Staaten in unterlegene oder dekadent-verbrauchte, die Moeller trifft, diente diesem Ziel. Mit dem ‚Sozialismus‘ wurde zudem ein zentral steuerbares Ordnungsmodell installiert, das instrumentalisiert werden sollte, um eine imperialistisch ausgerichtete, politische Konzeption zu realisieren.

Die Vielzahl der politischen Beiträge Theodor Haubachs weist darauf hin, daß er sich reflektierend in die aktuelle Politik wie in den weiter greifenden Diskurs einmischen wollte. Er verharrte jedoch nicht wie Arthur Moeller oder Ernst Niekisch in der Position, manchmal: Nische, dieser politischen Propagandisten, sondern suchte sich als ‚Politiker‘ zu etablieren und hatte sich früh für einen reformorientierten, pragmatischen Kurs innerhalb der SPD entschieden. Damit ist ein Unterschied zwischen ihm und ‚Vordenkern‘ wie Moeller markiert. Als wesentlicher ist jedoch die prinzipielle ideologische Distanz herauszustellen. Auch von Haubach wurden die Termini Nation und Sozialismus, wie gezeigt werden konnte, oft unscharf, gleichwohl bedeutungsvoll eingebracht. Er beteiligte sich an der fast inflationären Verwendung dieses Begriffspaares. Doch Haubach verbarg hinter ihm nicht einen illusionär-nationalistischen Kurs, sondern seine außenpolitische Linie war – wie oben entwickelt – uneingeschränkt ausgerichtet auf eine friedliche Koexistenz der europäischen Staaten. Pejorative oder klassifizierende Äußerungen über benachbarte Völker finden sich bei ihm nicht, freilich Zurückhaltung oder Kritik gegenüber aktuell agierenden Regierungen in den Nachbarstaaten. Im Kern hatte er damit Vorstellungen entwickelt, die sich in den konzeptionellen Überlegungen der SPD unserer Zeit wiederfinden. In den Diskussionen der „Programm- und Grundwerte“-Kommissionen der Partei wird zentral erörtert, welche Kräfte die ‚soziale Demokratie‘ erhalten und stabilisieren helfen. Für den Bereich der Innenpolitik wird die Forderung erhoben, daß „die Linke“, in diesem Kontext Synonym für die SPD, „soziale Ausgrenzung und Polarisierung“ verhindern und über die eigenen Landesgrenzen hinaus „soziale Impulse für die Gestaltung“ Europas geben müsse. So formuliert ein Kommissionsmitglied: „Nur in einem größeren Europa werden wir das Leben [...] in Vielfalt und Qualität sichern können.“<sup>997</sup>

## 5.2 Parteiarbeit

Im vorangegangenen Kapitel konnte herausgearbeitet werden, daß Kontakte Theodor Haubachs zu Persönlichkeiten der Hamburger SPD bereits bestanden haben

<sup>995</sup> Moeller van den Bruck, Arthur: Das Recht der jungen Völker, S. 112 ff.

<sup>996</sup> Verwiesen sei hier auf die differenzierte Analyse in verschiedenen Kontexten bei Werth, Christoph H.: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Diss. Bonn, Opladen 1996.

<sup>997</sup> Müller, Michael: Der Autismus der Gesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 77 v. 31.3.2001, S. 9. Müller ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied sowohl der Programm- wie der Grundwertekommission der Partei.

mußten, als er 1923 nach Hamburg übersiedelte. Die Dynamik seines praktischen Einsatzes in der Vereinigung Republik und bei den Jungsozialisten ließ früh darauf schließen, daß er seinen Beitrag im Rahmen der Partei nicht auf den publizistischen Sektor beschränken wollte. Da keine parteiinternen Unterlagen zu dem hier behandelten Zeitraum mehr vorliegen, war es notwendig, den Überblick über die von Haubach ausgeübten Funktionen und die von ihm vertretenen Themen durch die Auswertung der Parteipresse oder vorliegender Protokolle zu rekonstruieren. Das ist differenziert genug gelungen, um seine inhaltlich-politische Position und die in der hierarchischen Ordnung der Partei einschätzen zu können. Es mangelt jedoch beispielsweise an Quellen wie Protokollen oder internen Papieren, die etwa die innerparteilichen Diskussionen in den verschiedenen Gremien gerade der Hamburger Landesorganisation wiedergeben. Damit wäre dann auch die Intensität der Beteiligung Haubachs am Prozeß der innerparteilichen Meinungsbildung nachvollziehbar wie auch die Frage zu beantworten gewesen, welchen Personen oder Gruppierungen er besonders nahe war oder in Opposition gegenüberstand.

### 5.2.1 Auf dem Weg ‚nach oben‘: Abgeordneter der Bürgerschaft

Seit dem Frühjahr 1923 in Hamburg ansässig, sind markante Anzeichen für sein Engagement in der Partei vor allem im Rahmen der jungsozialistischen Bewegung bereits im gleichen Jahr nachweisbar.<sup>998</sup> Auch in der Partei trat er bald als Referent auf, wie beispielsweise im Hamburger Distrikt Eppendorf-Winterhude zum Thema „Die weltpolitische Lage.“ Unter der Rubrik „Aus dem Hamburger Parteilieben“ ging der Berichterstatter ausführlicher auf die Versammlung ein und gab dem Referat Haubachs breiten Raum. Am Beispiel der britischen Labour-Partei wollte dieser offenkundig die Erwartungen seiner Genossen dämpfen. Die Schwesterpartei würde ja nur eine „Minderheitsregierung“ stellen, aber selbst wenn sie allein über eine Mehrheit verfüge, „hätte sie den Sozialismus nicht einführen können.“ Dazu gehöre die Beherrschung aller „staatlichen Apparate, Behörden, Justiz, Polizei, Militär, Finanzwesen usw.“, dozierte er. Genauso wichtig wie die Machtmittel selbst, fuhr Haubach fort, sei die Fähigkeit ihrer Handhabung und rief aus: „Darum, Arbeiter, mehr Wissen, mehr Bildung, mehr Schulung!“<sup>999</sup> Diese Passage bestätigt wichtige Aspekte seines Politikverständnisses, die bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnt wurden: die Absage an eine revolutionäre Zäsur, die Hoffnung, die parlamentarische Mehrheit zu erringen und die Forderung nach Reformen, die allerdings – so ist zweifellos sein Schlußakzent zu interpretieren – nur mit einer umfassenden ‚Bildungsoffensive‘ in Richtung der SPD-Klientel zu realisieren sei. Vermutlich wurde dieser Terminus ‚Sozialismus‘ nicht nur in der Wiedergabe des Referats derart pauschal benutzt, sondern er war offenbar – Hinweise auf diese Tatsache konnten oben bereits in einem anderen Kontext gegeben werden – im Sprachgebrauch innerhalb der Gremien der Partei zu einer Hülle, zu einer Art verbalen Banners geworden. Markiert wurde mit dem Begriff die Grenze einerseits zu den bürgerlichen Parteien und andererseits zur KPD – unausgesprochen und ungeklärt versteckte sich hinter seiner Fassade eine große

<sup>998</sup> So meldete das H.E. im September 1923 unter „Partei-Bekanntmachungen“ für die Jungsozialisten, daß „der Haubach-Kurs“ verschoben werden müsse; in: H.E., Nr. 266 v. 26.9.1923.

<sup>999</sup> H.E., Nr. 24 v. 24.1.1925. Die Mitgliederversammlung selbst fand am 20.1.1925 statt.

Bandbreite unterschiedlicher individueller Assoziationen oder Definitionen. Bezeichnend war die Einlassung eines Teilnehmers der Versammlung, der in der Aussprache, die sich dem Vortrag Haubachs anschloß, die Forderung erhob, daß man erst „die Köpfe sozialisieren“ müsse, bevor das in der Wirtschaft gelingen könne, um hinzuzufügen: „Soll dieses kein Schlagwort sein, dann fange jeder bei sich selber an.“<sup>1000</sup> Die Aussagen Haubachs lassen eindeutig erkennen, daß in seinen Vorstellungen ‚der Sozialismus‘ kein ‚Treibmittel‘, kein bestimmendes Moment des demokratischen Kampfes um die Macht war, ihn leiteten vielmehr die traditionellen konzeptionellen Vorstellungen und ‚Spielregeln‘ der westeuropäischen Demokratien.

Analytisch geschult und pragmatisch ausgerichtet wies er auf die bestehenden gesellschaftlichen Verkrustungen, auf den „Apparat“, hin und setzte uneingeschränkt auf die Kraft von Reformen. Eine zentrale Rolle sollte dabei die ‚Qualifizierung‘ der Arbeiterschaft spielen, Kernpunkt der sozialen Neuordnung der Gesellschaft. Die Bildungsoffensive sollte jedoch mit Sicherheit nicht erst dann gestartet werden, nachdem die SPD zur Regierungspartei geworden war. Mit seinem Engagement im Rahmen der Volkshochschule wies er auf eine der ständig zu praktizierenden Möglichkeiten hin und demonstrierte zugleich die Bereitschaft zu konkretem Einsatz.

Als bemerkenswerter Aspekt im Blick auf seine ‚politische Biographie‘ bleibt neben den inhaltlichen Aussagen, daß Haubach – gerade 28 Jahre alt und erst 18 Monate in Hamburg lebend - bereits ausreichend Vertrauen auf den verschiedenen Funktionärsebenen besaß, um vor Parteimitgliedern als Referent zu wichtigen Themen sprechen zu dürfen. Ebenso festhaltenswert erscheint die Tatsache, daß er geradlinig und kompromißlos seine Analysen und Forderungen verkündete, dies auch mit Verve und rhetorischem Geschick zu realisieren vermochte. Ohne Furcht vor Auseinandersetzungen mit Genossen, die dem linken Spektrum zugehörten, breitete er seine Sicht der politischen Zusammenhänge aus. So mutete er seinen Zuhörern in einer Schlußbemerkung den Hinweis zu, daß „die Arbeiter in der Zentrumsparterie“ diese daran hindern würden, „eine reaktionäre Partei zu werden.“<sup>1001</sup> Damit kann ein weiteres Zeugnis fixiert werden, das Haubachs bereits früh vorhandene Neigung nachweist, gegenüber den bürgerlichen Parteien, die der Sozialdemokratie im Spektrum der Parteien ‚benachbart‘ waren, also der DDP und dem Zentrum, keine tiefen Gräben entstehen zu lassen, sie fast wohlwollend in seine politischen Reflektionen einzubeziehen.

Wie intensiv Haubach in das Parteileben eingetaucht, wie rührig er an ihm teilnahm, wie selbstverständlich ihm auch hier eine exponierte Stellung zugeordnet und wie dicht auch wohl sein Wochenprogramm – neben dem beruflichen Engagement und dem parallel verlaufenden, außerordentlich aufwendigen Einsatz im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – gestaltet war, dokumentieren beispielhaft seine Auftritte als Redner auf großen Parteiversammlungen im Februar und April 1925.<sup>1002</sup> Außerdem finden sich in der Parteipresse Hinweise auf Aktivitäten der

---

<sup>1000</sup> Ebd.

<sup>1001</sup> Ebd.

<sup>1002</sup> Der Kampf gegen die deutschnational-kommunistische Reaktion. Große Mitglieder-Versammlungen, in: H.E., Nr. 46 v. 15.2.1925 und Auf zur Maikundgebung. Haubach als Redner für eine Veranstaltung in der Aula der Realschule Bogenstraße am 30.4.1925 angekündigt, in: H.E., Nr. 119 v. 29.4.1925.

Jungsozialisten: „Gesamtwanderung aller Gruppen am Sonntag, 19. Juli, nach Wedel-Schulau [...]. Dort Spiele und nachmittags ein kleines Festprogramm. Theo Haubach wird sprechen.“<sup>1003</sup>

Ein unübersehbares Indiz dafür, daß sich Haubach nicht nur bei den Funktionären, sondern auch bereits bei den Mitgliedern ‚einen Namen gemacht‘ hatte, ist am Ergebnis der Delegiertenwahlen für den Heidelberger Parteitag 1925 ablesbar. Während der Sommermonate lief in den Distrikten eine Serie von Veranstaltungen, in denen sich die Kandidaten präsentierten. Theodor Haubach wurde als Kandidat sowohl vom Distrikt Eppendorf-Winterhude wie vom Distrikt Eimsbüttel nominiert.<sup>1004</sup> Gewählt wurden neun Delegierte, Haubach nahm mit den auf ihn entfallenden Stimmen immerhin den vierten Rang ein.<sup>1005</sup>

Für die Wahlen zur Bürgerschaft, die am 9. Oktober 1927 stattfinden sollten, erhielt Haubach auf der Delegiertenversammlung den aussichtsreichen Listenplatz 37, denn die SPD war in der noch laufenden Legislaturperiode bereits mit 53 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten. Er war kurz zuvor 31 Jahre alt geworden und zählte damit zu den wenigen jüngeren Kandidaten, denen es gelang, für einen erfolgsversprechenden Platz nominiert zu werden. Zum Vergleich sollen Angaben herangezogen werden, die für die Wiederholungswahl im Februar 1928 gelten. Danach zogen 32 SPD-Abgeordnete in die Bürgerschaft ein, die ihr bereits seit 1919 angehörten. Das Durchschnittsalter der SPD-Abgeordneten insgesamt betrug 50 Jahre. Zweifellos zog die KPD „den Nachwuchs“, wie Witt vermutet, stärker an, doch im Laufe dieses Kapitels soll der Frage nachgegangen werden, ob nicht auch strukturelle Hemmnisse in der SPD eine schnellere ‚Beförderung‘ junger Politiker hinderten.<sup>1006</sup>

Zuversichtlich meldete der Berichtstatter von der offenbar harmonisch verlaufenen Nominierung der Kandidaten: „Der Wahlkampf kann beginnen!“<sup>1007</sup> Das mochte im engeren Sinne vielleicht zutreffen, aber eine massive Kampagne der SPD im Frühjahr 1927 gegen die amtierende Reichsregierung hatte die Hamburger Wählerschaft sicherlich bereits beeindruckt. Unter großen Schwierigkeiten war es dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx Ende Januar 1927 gelungen, ein Kabinett zu präsentieren. An der Koalition beteiligten sich neben dem Zentrum die DVP und die DNVP. Kristallisationspunkt der sozialdemokratischen Proteste war der Beschluß der Reichsregierung, die Mieten am 1. April und am 1. Oktober 1927 um jeweils 10 % anzuheben. Dieser Beschluß wurde als Beispiel für die unsoziale Grundhaltung der Regierenden gebrandmarkt, um ihr dann Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der „Not der Massen“ vorzuwerfen. Allein die SPD sei in der Lage, „die breiten Schichten des Volkes“ zu vertreten.<sup>1008</sup> Die regierende Koalition wurde griffig-plakativ als „Besitzbürger-

<sup>1003</sup> H.E., Nr. 193 v. 15.7.1925.

<sup>1004</sup> H.E., Nr. 202 v. 24.7.1925 und H.E., Nr. 205 v. 27.7.1925.

<sup>1005</sup> Ergebnis der Delegiertenwahlen zum Parteitag Heidelberg in Hamburg, in: H.E., Nr. 210 v. 1.8.1925.

<sup>1006</sup> Witt, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 89), Hannover 1971, S. 42 f.

<sup>1007</sup> H.E., Nr. 235 v. 26.8.1927.

<sup>1008</sup> H.E., Nr. 67 v. 9.3.1927.

block“ denunziert, dem es allein darum gehe, die Interessen der Besitzenden zu Lasten „der breiten Massen“ zu vertreten.<sup>1009</sup>

Das Thema bot sich der SPD also als Chance an, sich demonstrativ in einer Serie von Kundgebungen als Sachwalterin der Interessen ‚des Volkes‘ zu präsentieren. Die angeblich „teils schüchternen, teils wirren Versuche“ von Kommunisten, die Veranstaltungen zu stören oder in ihrem Sinne zu gestalten, wurden als marginal abgetan.<sup>1010</sup> Theodor Haubach gehörte zu einer Gruppe von SPD-Politikern, die an zwei Tagen auf 16 Veranstaltungen die Aktion als Redner umsetzen sollten, einer der wenigen unter ihnen, der kein Mandat als Abgeordneter der Bürgerschaft oder des Reichstags hatte. Zweifellos bedeutete dies einen Hinweis darauf, daß er zum herausgehobenen Kreis der Mitglieder gehörte und besonders seine rhetorische Gabe geschätzt wurde. Auch in seiner Versammlung trat ein Kommunist auf, der es „glücklich wieder einmal fertig (brachte), die Diskussion von der Mietfrage weg auf gänzlich abseits liegende Gebiete zu drängen“, wie der zweifellos parteiliche Berichtstatter süffisant anmerkte. So abseitig können die kritischen Anmerkungen im Kern auch nicht gewesen sein, denn der „Störer“ warf der Sozialdemokratie „Verrat an den Massen“ vor. Selbst das Bemühen, die Veranstaltung als erfolgreich im Sinne der Initiatoren darzustellen, gelang nicht, denn fast ein Drittel des Berichts befaßte sich mit dieser offensichtlich außerordentlich turbulent verlaufenen Kontroverse.<sup>1011</sup> Dieses Beispiel macht einmal mehr auf die schwierige strategisch-politische Position der Sozialdemokraten zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Anspruch der Kommunisten aufmerksam, auch eine Politik für die breiten Massen zu vertreten, ein Anspruch, der unübersehbar und kantig auch auf dem Terrain des politischen Gegners umgesetzt wurde.

Auf diese Veranstaltung wurde zwar in der kommunistischen Presse nicht gezielt eingegangen, eine Bemerkung im Parteiorgan der Hamburger KPD, in der Hamburger Volkszeitung, aus diesem zeitlichen Umfeld läßt jedoch erkennen, daß Theodor Haubach als einer der Hauptgegner ausgemacht war. Er wurde als „Reformist“ bezeichnet, der mit „linken Phrasen“ operiere und eine „wüste Hetze gegen die kommunistische Politik“ [i. Orig. hervorgehoben, P.Z.] betreibe. Fast beschwörend wurden dann im Schlußsatz „die SPD-Arbeiter“ gefragt, wie lange sie sich „die Phrasen und die Kommunistenhetze der Haubach-Leuteritz und Co. gefallen lassen“ wollten.<sup>1012</sup> Derartige Attacken werden Haubach eher geschmeichelt haben, signalisierten sie ihm doch, daß seine Angriffe ‚angekommen‘ waren. Ihm ging es in der politischen Auseinandersetzung sowohl mit den Kommunisten wie mit den Vertretern der NSDAP bzw. der DNVP nicht um eine Einigung oder um Kompromisse, sondern um die Demonstration eigener Positionen und damit um die Darstellung unüberwindbarer Konfrontation. Er wird zudem positiv registriert haben, daß er in einem Atemzug mit einem der Hamburger SPD-Parteiführer, mit Max Leuteritz, genannt wurde.

Auf einer seiner zahlreichen Wahlveranstaltungen, die Haubach ab September zu bestreiten hatte, wies er dann auch auf die inhaltliche Verbindung zwischen der Kampagne gegen den „Besitzbürgerblock“ und den Wahlen zur Bürgerschaft hin. Er hob nämlich hervor, daß die Oktoberwahl „weit über den Rahmen kommunaler

<sup>1009</sup> Ebd. und H.E., Nr. 64 v. 6.3.1927.

<sup>1010</sup> H.E., Nr. 67 v. 9.3.1927.

<sup>1011</sup> Ebd.

<sup>1012</sup> Hamburger Volkszeitung, Nr. 176 v. 30.7.1927.

Interessen hinausginge.“ Über Siege bei den Wahlen für die Länderparlamente sollte die SPD „auch zur Machtergreifung im Reiche emporsteigen.“ Um die Veranstaltungen methodisch attraktiver zu gestalten und Teilaspekte des Inhalts anschaulich und nachhaltig darstellen zu können, wurden von Haubach wie von anderen Kandidaten auf ihren Veranstaltungen übrigens Lichtbilder u.a. zum Wohnungsbau, zum Thema Schule, zur sozialen Fürsorge oder zur Wirtschaft gezeigt.<sup>1013</sup>

Kurz vor den Wahlen wurden die Parolen plakativer, der Ton den politischen Gegnern gegenüber heftiger. Bei einem „Massenaufmarsch der Barmbecker Wählerschaft“ mit Fackeln und Musik – angetreten waren auch Trommler- und Pfeiferkorps u.a. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dessen Gauvorstand Haubach seit langem angehörte – rief Haubach zum „Kampf gegen die schwarz-weiß-rote Reaktion“ auf und erklärte ihn zu einer „Lebensfrage für die Arbeiterschaft.“ Den Kommunisten warf er vor, „durch Verrat und direkte Helfersdienste für den Faschismus“ die Sache der Arbeiterschaft geschwächt zu haben. Jede Stimme für die Kommunisten sei eine verlorene Stimme.<sup>1014</sup>

Die Wahlen vom 6.10.1927 brachten den Sozialdemokraten – allerdings auch den Kommunisten – einen beträchtlichen Gewinn an Mandaten. Die bürgerlichen Parteien hatten überwiegend erhebliche Einbußen hinzunehmen.<sup>1015</sup> Rechnerisch vereinigten KPD und SPD mit zusammen 90 der insgesamt 160 Sitze mehr als die Hälfte der Abgeordnetensitze auf sich. Außerordentlich prompt reagierte dann auch die kommunistische Führung auf die neue Situation und unterbreitete das Angebot, einen sozialdemokratischen Minderheitensenzat zu tolerieren. Zur Grundlage möglicher Verhandlungen formulierte sie 14 Forderungen, die das kommunistische Profil einer zu praktizierenden Regierungsarbeit betonten. Es kam zwar am 26. Oktober 1928 zu einem Treffen der drei Arbeiterorganisationen, doch taktisches Geplänkel, tiefsitzendes Mißtrauen und vor allem grundlegend unterschiedliche politische Positionen ließen die Verhandlungen schnell scheitern.<sup>1016</sup> Einen derartigen Versuch gab es später nie wieder.

Immerhin hatte es im Hamburger Echo unmittelbar nach den Wahlen erstaunlich freundliche Bemerkungen gegenüber den Kommunisten gegeben, als es – allerdings außerordentlich vorsichtig formuliert – nämlich für „denkbar“ angesehen wurde, „von Fall zu Fall“ mit der KPD in der Bürgerschaft zusammenzugehen.<sup>1017</sup>

Auf einer Delegiertenversammlung wies der Parteivorsitzende der SPD, Max Leuteritz, das inhaltliche Angebot der Kommunisten kurz darauf zurück – „in Uebereinstimmung mit den gestrigen Ausführungen des Hamburger Echo“, wie der Bericht zweimal vermerkte, die feste Position der Redaktion hervorkehrend, als befürchtete man bei den Delegierten Zustimmung oder Kompromißbereitschaft hinsichtlich der kommunistischen Avancen. Ein anderes Ventil öffnete das Wahlergebnis aber offenbar. Als nämlich die Forderung erhoben wurde, nun erstmals

<sup>1013</sup> H.E., Nr. 263 v. 23.9.1927.

<sup>1014</sup> H.E., Nr. 276 v. 6.10.1927.

<sup>1015</sup> H.E., Nr. 280 v. 10.10.1927.

<sup>1016</sup> Berlin, Jörg/Wulf D.Hund/Axel Schildt: Arbeiterregierung in Hamburg? Die Verhandlungen zwischen ADGB, KPD und SPD nach den Bürgerschaftswahlen 1927 (Quellen und Studien zur Hamburger Sozialgeschichte), Hamburg 1983. Die Veröffentlichung gibt die grundlegenden Papiere der KPD und SPD wieder und kommentiert den historischen Kontext.

<sup>1017</sup> H.E., Extraausgabe – „Das rote Siegesbanner weht!“ – v. 10.10.1927, zit. n. Berlin et al., Arbeiterregierung, S. 19.

das Amt des Ersten Bürgermeisters zu beanspruchen, die bislang gezeigte „Bescheidenheit“ bei der Zahl der Senatoren aufzugeben, sich also nicht mehr mit sieben von 15 Stellen zufriedenzugeben und Umbesetzungen im wichtigen Finanzressort wie in anderen Behörden zu realisieren, gab es begeisterte Zustimmung von den Delegierten. Wenn sich auch diese ersten Aussagen des Parteivorstehenden eher so ausnahmen, als würde die Zusammenarbeit im Senat mit Vertretern bürgerlicher Parteien und parteilosen Experten fortgesetzt, gab sich Max Leuteritz auf der Delegiertenversammlung zurückhaltender, warnte die bürgerlichen Parteien vor der Haltung, „keinen Deut von der bisherigen Politik ablassen“ zu wollen, wie ihre Presse gemeldet hatte.<sup>1018</sup> Nimmt man die versöhnlichen Worte gegenüber den Kommunisten hinzu, so ist eindeutig zu schlußfolgern, daß die sozialdemokratische Führung zwar keine Chance zu einer Vereinbarung mit der KPD sah, diese Option jedoch als Druckmittel gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern erst einmal bestehen ließ. Diese ließen sich jedoch nicht herausfordern, warteten ab und zogen – notwendigerweise unter Einschluß der von der SPD wenig geschätzten DVP - die Sozialdemokraten in langwierige Koalitionsgespräche, die allerdings nach der Annullierung der Oktoberwahlen 1927 dann zunächst abgebrochen werden mußten.

Die Hinweise darauf, die sozialdemokratische „Bescheidenheit“ zu beenden, bezogen sich auf die von der SPD seit Kriegsende verfolgte Praxis, trotz ihrer Stellung als stärkster Fraktion – 1919 sogar mit absoluter Mehrheit – Senatoren aus dem bürgerlichen Lager überrepräsentativ zu den von ihnen vertretenen Wählerstimmen einzubeziehen und auch bis 1930 auf das Amt des Ersten Bürgermeisters zu verzichten. Ein Motiv hatte in der Sorge bestanden, daß unmittelbar nach dem Kriegsende die Verwaltung zusammenbrechen könnte. Die Sozialdemokraten holten erfahrene ‚Verwalter‘ an die Spitze und wollten so wohl auch bürgerlich-konservative Kreise der Bevölkerung davon überzeugen, daß der ‚republikanische Weg‘ der richtige sei. Damit wurde „die Grundlage für die ungewöhnliche politische Stabilität“ Hamburgs im Vergleich zu anderen Ländern des Reiches während der Weimarer Republik geschaffen.<sup>1019</sup> Als nachteilig erwies sich dieses strategische Vorgehen vor allem deshalb, weil selbstverständlich Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien auszuhandeln waren, das spezifische politische Profil der SPD mehr und mehr verschwamm und damit die eigene Klientel irritiert und abgestoßen wurde.

Der Bericht über die erste Delegiertenkonferenz nach der Wahl gab dem Diskussionsbeitrag Theodor Haubachs, den er während der Aussprache nach der Rede des Vorsitzenden abgab, von allen den größten Raum. Er artikulierte das neue Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten offenkundig am eindrucksvollsten und bekräftigte die Forderung nach einer rigorosen Absage gegenüber den Kommunisten – „110 000 kommunistische Wähler hätten ihren Stimmzettel ebensogut in den Ascheimer werfen können.“ -, unterstützte eine stark veränderte Senatszusammensetzung zugunsten der SPD und forderte prononciert, daß es „ein Ende haben (müsse) mit dem Minderheitsgefühl in unseren Reihen.“ Diese Aussage und seine Schlußsentenz, in der er sich überzeugt davon zeigte, daß der Partei die Zukunft

<sup>1018</sup> H.E., Nr. 284 v. 14.10.1927.

<sup>1019</sup> Büttner, Ursula: Politische Gerechtigkeit und Sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 20), Hamburg 1985, S. 64 und dies.: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen, Hamburg 1996.

gehöre – „wir haben die Zukunft!“ -, brachte ihm „Bravo!“-Rufe ein. Die Gruppe der führenden Funktionäre mußte sich vermutlich erst auf die neuen Voraussetzungen einstellen. So zitierte der H.E.-Bericht fast genüßlich Zwischenrufe von Delegierten, die wie soufflierend konkrete Forderungen – „der Ruf aus der Versammlung: den <ersten Bürgermeister !>“ [gesperrt, P.Z.] - erhoben, bevor diese vom Vorsitzenden erwähnt worden waren.<sup>1020</sup> Die lange Zeit der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Politikern war zu einer Gewohnheit mit durchaus vorzeigbaren Ergebnissen geworden, sie mag von den Führern der Sozialdemokraten auch als eine Form der gesellschaftlichen Anerkennung empfunden worden sein – es scheint durchaus nachvollziehbar, daß sie einige Zeit benötigten, um sich für die Phase der Neuorientierung zu konditionieren. Da konnte Theodor Haubach – gerade in die Bürgerschaft gewählt - zweifellos erheblich unbefangener das ‚Ende der Bescheidenheit‘ anmahnen, indem er die konkrete Forderung nach einem stärkeren Gewicht der Sozialdemokraten im Senat stellte und die tiefer sitzende Gefühlslage bei den Genossen mit dem Aufruf traf, doch endlich das „Minderheitsgefühl“ abzulegen. Der durch das Ergebnis der Wahlen eingetretene Aufschwung, die fast euphorische Stimmung in der SPD war sicher ein psychologisch günstiger Moment, diese traditionell bestehende Schwelle zwischen der Arbeiterschaft wie ihren Repräsentanten und der Bourgeoisie, die u.a. sich weiterhin in unterschiedlichen Bildungs- und Aufstiegschancen dokumentierte, bewußt zu machen und zu ihrer Überwindung aufzurufen. Auch Haubach wird klar gewesen sein, daß es zu tiefgreifendem Wandel mehr als einer rhetorischen Übung bedurfte – eben eines grundlegenden sozialen Umbaus der Gesellschaft.

Die erste Sitzung der neugewählten Bürgerschaft sah zum Auftakt den jungen Abgeordneten Haubach im Mittelpunkt. Aus der Fraktion der DNVP wurde der Antrag gestellt, seine Immunität aufzuheben, weil eine Beleidigungsklage eingeleitet werden sollte.<sup>1021</sup> Zwar geben die Stenographischen Berichte und die erhaltenen Akten zur Arbeit der Hamburger Bürgerschaft keine Auskunft über den Anlaß und den Weg, den dieser Antrag nahm, doch die Hamburger Presse berichtete ausführlich über seinen Ausgangspunkt. Danach wurde Theodor Haubach in seiner Funktion als Schriftleiter des Hamburger Echo von dem DNVP-Abgeordneten Josef Hoffmann in einem Privatklageverfahren der Beleidigung bezichtigt. Den Anstoß gab ein Beitrag mit dem Titel „Deutschnationale Lausbübereien“, der am 13.8.1927 im Hamburger Echo namentlich nicht gezeichnet erschienen war. In ihm war der Kläger tatsächlich durch die Bemerkung scharf attackiert worden, seine „Körperlänge“ stehe „im auffälligsten Mißverhältnis zur Kürze seines Verstandes.“<sup>1022</sup> Politischer Anlaß waren aggressive Ausfälle des DNVP-Mannes gegen eine Verfassungsfeier von Schülern, die Hoffmann als „Demonstration der Judodemokratie und des Marxismus“ verunglimpft hatte. Da dieser in dem Ruf stand, sich „unter dem Schutz der Immunität“ auszutoben, wie Haubach in der Verhandlung betonte, schien es dem Redakteur an der Zeit, verbal zurückzuschlagen.<sup>1023</sup> Dabei ergab die Verhandlung, daß Haubach den Artikel gar nicht selbst verfaßt, sondern ihn als zuständiger Redakteur zu verantworten hatte. Das Urteil fiel hart aus; wegen öffentlicher Beleidigung wurde Haubach zu einer Geldstrafe

<sup>1020</sup> H.E., Nr. 284 v. 14.10.1927.

<sup>1021</sup> H.E., Nr. 313 v. 12.11.1927.

<sup>1022</sup> H.E., Nr. 222 v. 13.8.1927.

<sup>1023</sup> Hamburger Nachrichten, Nr. 83 v. 18.2.1928.

von 1000 Reichsmark (ersatzweise 20 Tage Haft) verurteilt, außerdem sei, so das Gericht, das Urteil auf der ersten Spalte der Beilage des Hamburger Echos zu veröffentlichen.<sup>1024</sup>

Einige Aspekte des Kontextes dieser Begebenheit sind außerordentlich bemerkenswert. Einmal fällt die Härte des Urteils auf, die auch von den bereits zitierten bürgerlichen Blättern mit kritischen Kommentaren versehen wurde. In der Rückschau stellt es ein weiteres Beispiel für die schrankenlose sprachliche Verwilderung – „Judodemokratie“ – dar, der kein Einhalt geboten wurde. Der Richter hob in seiner Urteilbegründung dagegen allein darauf ab, daß die Presse „eine scharfe Waffe“ darstelle, der Fesseln angelegt werden müßten.<sup>1025</sup>

Darüber hinaus wird der Blick geöffnet für die Erscheinung und Selbstdarstellung Haubachs in dieser Zeit. Er bekannte sich zunächst demonstrativ zu diesem Artikel mit den Hinweisen, daß er ihn auch „nicht anders abgefaßt hätte“ und daß es „allerhöchste Zeit [sei], gegen einen Josef Hoffmann eine scharfe Tonart anzunehmen.“<sup>1026</sup> Mit dieser kantigen, politisch motivierten Einlassung korrespondierte seine Entscheidung, auch die juristische Verantwortung für den Text zu übernehmen. Der junge Abgeordnete sah in der Verhandlung zweifellos auch eine Art Bühne, auf der er agieren wollte, indem er seine politischen Ziele vertrat und zugleich auch auf sich als Person aufmerksam machen konnte. Der Berichterstatter des Hamburger Anzeigers, der das Urteil scharf kritisierte, vermerkte mit leichtem Spott seinen Eindruck, daß sich Haubach „zur Verantwortlichkeit förmlich drängelte.“<sup>1027</sup> Der nutzte seine berufliche Tätigkeit als Plattform für politisches Agieren, zuweilen auch Agitieren, und sah sich darüber hinaus im Sinne seiner Lebensmaximen verpflichtet, wegen der herausgehobenen Position auch Verantwortung zu übernehmen und damit Führungsstärke nachzuweisen. Sein offensichtlich lebhaft-forsches Auftreten vor Gericht veranlaßte den Richter in seiner Urteilsbegründung zu der beschreibenden Äußerung über den Beklagten, daß dieser „so jugendlich“ und „moralisch so empfindlich“ aufgetreten sei.<sup>1028</sup>

Möglicherweise ging diese Angelegenheit zumindest hinsichtlich ihrer parlamentarischen Behandlung in den folgenden unruhigen Zeiten unter, die der Bürgerschaft bevorstanden. Die kleine Reichspartei für Volksrecht hatte nämlich vor dem Staatsgerichtshof geklagt, weil sie sich in Hamburg wie in zwei anderen Ländern dadurch beeinträchtigt sah, daß ihr zugemutet wurde, für ihre Zulassung zu den Wahlen höhere Hürden als die etablierten Parteien nehmen zu müssen. Der Staatsgerichtshof schloß sich dieser Sichtweise an und erklärte die Wahlen vom 9. Oktober 1927 für ungültig, weil das Land Hamburg unzulässig weit gegangen sei, um „die Ernstlichkeit von Wahlvorschlägen sicherzustellen.“<sup>1029</sup>

Die Neuwahlen wurden für den 19. Februar 1928 festgelegt. Wegen eines Rücktritts von der alten Kandidatenliste rückte Haubach auf Platz 36 vor. Das Ergebnis der Neuwahl bestätigte generell das der Wahl vom Oktober 1927 - das gute Abschneiden der SPD, die nur etwa 800 Stimmen verlor, die bürgerlichen Parteien blieben auf einem relativ niedrigen Sockel, wenn auch die NSDAP einen Sitz hin-

<sup>1024</sup> Hamburger Fremdenblatt, Nr. 49 v. 18.2.1928.

<sup>1025</sup> H.E., Nr. 49 v. 18.2.1928.

<sup>1026</sup> Ebd.

<sup>1027</sup> Hamburger Anzeiger, Nr. 42 v. 18.2.1928.

<sup>1028</sup> H.E., Nr. 49 v. 18.2.1928.

<sup>1029</sup> H.E., Nr. 349 v. 18.12.1927.

zugewann, ihren Anteil Anfang 1928 – zu der Zeit noch nicht beunruhigend – von ca. 9700 auf ca. 14700 Stimmen steigern konnte. Betroffenheit löste bei den Sozialdemokraten dagegen das Ergebnis der KPD aus, die zwar keinen Sitz hinzugewinnen konnte, aber mit etwa 4000 zusätzlichen Wählern ein deutlich besseres Resultat als die SPD erreichte. Mit dieser Situation setzten sich auch erste sozialdemokratische Wahlanalysen ausführlich auseinander. Unverhüllt wurden Schuldzuweisungen an die Reichsregierung gerichtet, der es noch immer nicht gelungen sei, das Problem der Arbeitslosigkeit und das Elend „der besitzlosen Volksschichten“ wirkungsvoll zu bekämpfen sowie das unsoziale Gebaren der „Industrieherrn“ einzudämmen. Als Ausweg wurde gewiesen, daß „vom Staate“ vordringlich „die Verminderung des sozialen Elends“ betrieben werden müsse.<sup>1030</sup>

Die bereits im Oktober 1927 gewünschte Stärkung des SPD-Anteils im Senat wurde realisiert, wenn auch die gefundene Struktur erkennen läßt, daß bei den Koalitionsverhandlungen mit der DDP und der DVP heftig gerungen wurde. Die öffentlich erhobene Forderung der Sozialdemokraten, die Majorität bei der Besetzung der bislang 15 Senatorenposten stellen zu wollen, konnte offenbar nicht einfach realisiert werden, obwohl doch die bürgerlichen Parteien erhebliche Verluste hatten hinnehmen müssen. Sie konnten aus einer Position der Stärke heraus taktieren, weil die Sozialdemokraten in unversöhnlich scheinender Konfrontation der KPD gegenüberstehend keine Alternativen zur Verfügung standen. So reduzierte man die Zahl der Senatoren auf 12 ‚hauptamtliche‘ und vier ‚halbamtliche‘ Stellen. Da die SPD sechs ‚hauptamtliche‘ und zwei ‚halbamtliche‘ Senatoren stellen durfte, war es also nicht gelungen, die Majorität zu erreichen.<sup>1031</sup> Einen Fortschritt bedeutete das Ergebnis gleichwohl, wenn es auch wie die Regelung der Besetzung der Position des Ersten Bürgermeisters – erst vom 1. Januar 1930 an ein Sozialdemokrat – keinesfalls die Relationen, die die Wahlen erbrachten, widerspiegelte: DDP und DVP hatten zusammen etwa 176 000 Stimmen und 48 Sitze in der Bürgerschaft errungen, während die SPD es auf ca. 247 000 Stimmen und 60 Sitze gebracht hatte.

Theodor Haubach gehörte der Bürgerschaft als Abgeordneter bis zum November 1929 an. In nicht einmal zwei Jahren Tätigkeit als Abgeordneter konnte er sich erfahrungsgemäß der komplexen parlamentarischen Praxis nur annähern. Er wurde Mitglied des Verkehrsausschusses und betreute diesen Bereich offenbar auch in der Fraktion. Bereits in der zweiten Sitzung brachte er einen Antrag für seine Fraktion ein, in dem der Senat ersucht wurde, den Bau einer Hochbahnlinie im Freihafengebiet zu forcieren.<sup>1032</sup> In dieser Funktion drückte er für die SPD-Fraktion in einer späteren Sitzung sein Mißfallen über eine Senatsvorlage aus, nach der der Senat beabsichtigte, die Preise für Wochenkarten für öffentliche Verkehrsmittel zu erhöhen. Geschickt hatte es der kommunistische Redner zuvor verstanden, den sozialen Sprengstoff, den diese geplante Maßnahme barg, bloßzulegen und propagandistisch zu nutzen. Den Lebensbedingungen der ohnehin und nun zusätzlich gebeutelten Werk tätigen, die in der Regel tatsächlich den weit überwiegenden Teil der Wochenkarten-Nutzer ausmachten, wurden die Jahresgehälter der Direktoren des städtischen Verkehrsunternehmens gegenübergestellt. Ungeschickt hatte der Senat in seiner Vorlage zudem darauf hingewiesen, daß

<sup>1030</sup> H.E., Nr. 51 v. 20.2.1928.

<sup>1031</sup> H.E., Nr. 80 v. 20.3.1928.

<sup>1032</sup> H.E., Nr. 68 v. 8.3.1928.

infolge einer Lohnerhöhung für die Bediensteten des Verkehrsunternehmens zusätzliche Kosten entstanden seien, die durch die Erhöhung der Fahrpreise aufgefangen werden sollten. Damit wurde der Kommentar des kommunistischen Abgeordneten provoziert, der die Argumentation des Senats für „ein typisches Zeichen [...] in diesem kapitalistischen Staate“ hielt, daß eine Lohnerhöhung für die Verkehrsarbeiter, die „sehr miserabel ausgefallen ist“ dann auch noch von „den Ärmsten der Armen“ kompensiert werden müsse.<sup>1033</sup> Wiederum ging es in dieser Debatte also eindeutig um die Klientel, die SPD wie KPD für sich beanspruchten. Es kann daher nicht verwundern, daß Haubach auch für seine Fraktion die Pläne des Senats ablehnte und sie – ein probates Mittel – an den Verkehrsausschuß überweisen lassen wollte. Selbstverständlich fiel die Kritik des Sozialdemokraten erheblich moderater aus. In den Vordergrund stellte er eher formale Aspekte, so z.B. die Hinweise, daß „der Betrieb sich augenblicklich trägt“ und daß generell die Frage erörtert werde, ob die Wochenkarten in der gegenwärtigen Form überhaupt beibehalten werden sollten.<sup>1034</sup> Gewährleistet wurde mit diesem Debattenbeitrag allein, daß die Sozialdemokraten nach außen die Ablehnung dieses Senatsantrags bekunden konnten, dessen soziale Bedeutung wurde jedoch offiziell nicht thematisiert. Die oben angesichts des KPD-Wahlerfolgs zitierte Absicht der Sozialdemokraten, sich des sozialen Elends anzunehmen, war offenkundig bereits von den ‚Zwängen der politischen Verantwortung‘ überdeckt worden – und Theo Haubach nahm diese Rolle an.

Zweimal noch meldete er sich während seiner kurzen Abgeordnetenzeit mit gewichtigen politischen Beiträgen in der Bürgerschaft zu Wort. Am 20. Mai 1928 war auf dem Gelände eines Industriebetriebs an der Elbe ein Tank explodiert, der mit Giftgas gefüllt war. Bei dem Unglück gab es Todesopfer, viele Menschen wurden verletzt. Theodor Haubach berief sich in seiner persönlichen Anfrage an die Polizeibehörde ausdrücklich auf „das größte Entsetzen“, das diese Katastrophe in der Bevölkerung hervorgerufen habe.<sup>1035</sup> Von dem Vertreter der Polizeibehörde wollte er Auskunft darüber, ob und in welchem Umfang die Behörde von der Lagerung der Giftgastanks wußte und welche Vorkehrungen getroffen würden, um die Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern. Die Antwort des Vertreters der Polizeibehörde ergab, daß eine behördliche Genehmigung für die Lagerung der beträchtlichen Giftgasmengen tatsächlich vorgelegen hatte.<sup>1036</sup> Entgegen der vorliegenden Tagesordnung entschieden die Abgeordneten daraufhin, eine „Besprechung der Anfrage“ durchzuführen.

Die sich anschließende Debatte ist für unseren Zusammenhang deshalb von Interesse, weil sie zu einer verbissen geführten Redeschlacht zwischen KPD und SPD geriet und weil die SPD-Fraktion offenbar Haubach für den geeignetsten Repräsentanten in dieser Frage wie für die zu erwartende heftige Auseinandersetzung hielt. Der Sprecher der KPD-Fraktion bedauerte die Opfer, die alle der Arbeiterschaft angehörten und für die verfehlte Politik des Senats und seiner Behörden hätten leiden müssen. Doch ehe dann – wie zu vermuten wäre – detailliert die Fehler und Versäumnisse ausgebreitet wurden, wandte sich der Abgeordnete Dettmann Meldungen zu, die von der SPD-Presse kolportiert worden waren. So-

<sup>1033</sup> 25. Sitzung v. 14.10.1928, in: Stenographische Berichte, S. 925.

<sup>1034</sup> Ebd., S. 931 f.

<sup>1035</sup> 12. Sitzung v. 23.5.1928, in: Stenographische Berichte, S. 364.

<sup>1036</sup> Ebd.

wohl der Vorwärts wie das Hamburger Echo hatten nämlich über Giftgas-Lieferungen des deutschen Produzenten an „Sowjetrußland“ berichtet und über Informationen, daß dort auch beträchtliche Mengen dieses Stoffes hergestellt würden. Dem Leser wurde der Eindruck vermittelt, als sei der Unglücksfall ein Ergebnis der Allianz von Reichswehr, deutschen Wirtschaftskreisen und der Regierung in Moskau. Die Hamburger KPD sollte offensichtlich als Mitwisserin bloßgestellt werden, die derartige Verstrickungen kaschiert habe.<sup>1037</sup> Der KPD-Abgeordnete gestand allein die Tatsache zu, daß in der Sowjetunion Giftgas produziert werde, hob jedoch die Bedeutung der Gase „für medizinische Zwecke“ und ihre Verwendung „in der Industrie in der mannigfachsten Form“ hervor. An anderer Stelle räumte er dann auch ihre Produktion in Sowjetrußland zu Verteidigungszwecken ein. Außerdem, fügte er hinzu, sei jedermann einsichtig, daß auch Moskau „mit anderen Staaten geschäftliche Beziehungen pflegen muß, im Interesse der Arbeiter- und Bauernschaft.“ Ausführlich holte er daraufhin zum Gegenschlag aus und ordnete die Enthüllungen und Vorwürfe als politisches Ablenkungsmanöver der Sozialdemokraten ein, die sich „in gemeinster Art“ zunehmend intensiv „in die Antisowjetfront“ einreihen. Diesen Teil seiner Ausführungen abschließend, erläuterte er das Motiv für seine allgemeinen Darlegungen; sie sollten die Antworten auf die von der Sozialdemokratie erwarteten Angriffe vorwegnehmen, die sich „bei ihrer Einstellung heute abend nicht scheuen wird, solche Angriffe gegen Sowjetrußland zu richten.“<sup>1038</sup>

Die Darstellung der behördlichen Nachlässigkeit durch den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten, der Versäumnisse und Fehler aufzählte, die die Lagerung des auch im Ersten Weltkrieg als Giftgas benutzten Stoffes unweit dicht bebauter Wohngebiete zugelassen hatten, war eindringlich-sachlich. Er schloß mit dem Antrag, die Bürgerschaft möge einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen, und konnte dabei eine provozierend-ironische Bemerkung nicht zurückhalten: „Herr Dr. Haubach wird als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei nicht dafür sein.“<sup>1039</sup> Bereits zweimal zuvor hatte der KPD-Abgeordnete Theodor Haubach direkt attackiert. Diese exponierte Position Haubachs als Widersacher der KPD sind einmal auf sein Engagement während des Hamburger Aufstands der Kommunisten wie auch auf seine hervorgehobene Funktion im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zurückzuführen. Zudem suchte Haubach die Auseinandersetzung mit den Kommunisten auch auf der parlamentarischen ‚Bühne‘ geradezu.

Haubachs Redebeitrag schloß sich unmittelbar an den des kommunistischen Abgeordneten an. Beide zusammengenommen bildeten den dominierenden Block der Debatte – ein Hinweis darauf, daß beide Parteien heftig um die potentiellen Wähler in der Arbeiterschaft warben und sich ihre ideologische Konfrontation weiter verhärtete. Haubach gab einleitend wenig glaubhaft vor, er habe eigentlich „nur zu den baupolizeilichen und technischen Fragen“ sprechen wollen, sehe sich nun aber gezwungen, auf die Ausführungen seines Vorredners „die Antwort nicht

<sup>1037</sup> H.E., Nr. 140 v. 21.5.1928. Zum ersten Bericht über das Unglück wurde - gewichtig hervorgehoben - dem Leser eine Art Hintergrundinformation geboten unter der Überschrift „Das deutsch-russische Giftgasgeschäft.“

<sup>1038</sup> Stenographische Berichte, S. 367.

<sup>1039</sup> Ebd., S. 368.

schuldig bleiben“ zu wollen.<sup>1040</sup> Er räumte zwar ein, daß die Antwort auf seine Anfrage ihn auch nicht „in allen ihren Teilen“ befriedige, griff dann aber die KPD nicht nur einleitend allgemein frontal und vehement an, sondern auch in den folgenden Passagen seiner Rede, in denen er die konkreten Umstände des Unglücks erörterte. Nach nebulös-drohenden Eingangssentenzen - Die Kommunisten sollten „etwas vorsichtiger reden“, und es ginge hier um ein Thema, daß „für die kommunistische Partei gefährlich ist.“ – behauptete er, daß es zwischen dem deutschen Produzenten des Giftgases, der Reichswehr und der Regierung in Moskau enge Verbindungen gebe. Auf Zurufe kommunistischer Abgeordneter, er möge Beweise liefern, verwies der Redner auf ein Dokument, das er eingesehen habe, ohne Ort der Einsichtnahme und den genauen Inhalt näher zu bestimmen. Diese Einlassung brachte ihm stürmische Proteste und den Zuruf „Lügner“ aus der kommunistischen Fraktion ein. Doch Haubach ließ sich nicht beirren, hielt an seiner Darstellung der Zusammenhänge fest und provozierte weiter mit Andeutungen über den Einsatz deutscher Arbeiter in Sowjetrußland – er ließ es unausgesprochen, doch jedem Zuhörer war klar, daß er Kommunisten dieser geheimen Arbeiten verdächtigte. Haubachs Rede wurde vermutlich erwartungsgemäß auch massiv gestört, das Protokoll verzeichnete in diesem Abschnitt kurz nacheinander „Lärm links“, bis der Präsident die Sitzung unterbrach und mit Ordnungsstrafen drohte, da die Zwischenrufe „das Maß des Erlaubten“ überschritten.<sup>1041</sup>

Haubach nutzte die eingekehrte Ruhe, um einige weitere Details sachlich abzuhandeln. Doch im letzten Teil der Rede steigerte er seine Angriffe in einer Weise, von der er wissen mußte, daß sie erneut entschiedenen Widerspruch und Empörung bei den kommunistischen Abgeordneten hervorrufen würde. Ohne daß der Kontext logisch oder zwingend zu diesen Formulierungen geführt hatte, behauptete Haubach, „daß die Faschisten mit den Kommunisten alles machen können“, um wenig später eine „faschistisch-kommunistische Einheitsfront“ anzuklagen, die „das deutsche Volk in die ungeheure Giftgefahr“ gebracht habe. Allein die Sozialdemokratie würde entschlossen – setzte Haubach seine Rede gegen die kommunistischen Proteste fort - gegen derartig abenteuerliche Unternehmungen antreten, hätten „mit Kraft und Energie in die dunklen Zusammenhänge hineingeleuchtet.“ Nach Beendigung des Haubachschen Beitrags vermerkt das Protokoll „Bravo! und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.“ Beide Formen der Beifallsäußerung waren eher ungewöhnlich in der Bürgerschaft; so rügte der amtierende Präsident dann auch, „daß es im Hause nicht üblich ist, mit den Händen zu klatschen.“<sup>1042</sup> Die Dramaturgie der Rede läßt es als sicher erscheinen, daß Haubach sich keineswegs von den Ausführungen seines Vorredners herausgefordert fühlte. Sein eigener Beitrag war eindeutig sorgfältig geplant und enthielt alle Ingredienzen, die in einer so schwierigen Situation für eine verantwortliche Regierungspartei üblich und zu erwarten waren (und sind): Er bekundete die Betroffenheit über die zu beklagenden Opfer, versprach die sorgfältige Untersuchung der Ursachen für die Katastrophe und mögliche Fehler abzustellen. Vordringlich ging es aber darum, keine Schuld zu übernehmen, sondern sie auf andere abzulenken. Unerschrocken und virtuos setzte Haubach diese Aufgabe um, konzentrierte sich nicht etwa auf die unmittelbar mit dem Unglücksfall zusammenhängenden

<sup>1040</sup> Ebd., S. 369.

<sup>1041</sup> Ebd., S. 371.

<sup>1042</sup> Ebd., S. 372.

Umstände, sondern wich weiträumig aus. Die Beifallsäußerungen zum Schluß seiner Rede weisen auf, daß er die Aufgabenstellung offensichtlich überzeugend gelöst hatte. Anzumerken ist noch, daß die positive Reaktion „in der Mitte“ des Hauses, also vor allem vermutlich bei den Demokraten, zeigt, daß seine Aussagen auch hier Anklang fanden – nicht nur in diesem spezifischen Fall, wie zu zeigen sein wird.

Selbst wenn zugrundezulegen ist, daß Haubach in der Debatte für die Fraktion eine ‚Rolle‘ übernahm, die in den wesentlichen inhaltlichen Elementen und in ihrer Funktion im Rahmen der konfrontativen parteipolitischen Auseinandersetzung mit der KPD festgelegt war, so fallen doch spezifisch individuelle Aspekte auf. Haubach hatte erheblich an Erfahrung als Debattenredner gewonnen, parierte Angriffe und setzte bewußt entsprechend der von ihm beabsichtigten Wirkung beruhigende und provozierende Elemente in seiner Rede ein. Die Gelegenheit, sich gerade mit den kommunistischen Abgeordneten auseinanderzusetzen, nahm er offensichtlich gern und offensiv wahr. Die KPD verkörperte für ihn eine Kraft, die den Bestand der Republik bedrohte und hatte mit ihrem Rotfrontkämpferbund eine dem Reichsbanner vergleichbare Schutztruppe aufgestellt. Beider Aufmerksamkeit und Kampfbereitschaft richtete sich jedoch nicht allein gegen die SA der Nationalsozialisten, sondern eben auch heftig gegeneinander – Ausdruck der auch in der Giftgas-Katastrophe zum Ausdruck kommenden politischen Gegnerschaft. So hob der erste Bericht des Hamburger Echo zu dem Unglück hervor, daß Reichsbannerleute „eine Nacht hindurch unermüdlich mit Aufbietung aller Kräfte in ausgezeichneter Weise die Rettungsarbeiten durchgeführt“ hätten. Für einen kurzen Moment seien „vier Mann“ des Rotfrontkämpferbundes gesichtet worden, die es allerdings vorgezogen hätten, „als es so brenzlich [sic] wurde, wieder zu verschwinden.“<sup>1043</sup> Von beiden Seiten wurde jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, die andere in ein möglichst schlechtes Licht zu stellen.

In welchem Umfang das Giftgasunglück auch überregional Wellen schlug, mag ein Beitrag Carl v. Ossietzkys zeigen. Er benannte die wesentlichen politischen Aspekte dieses Komplexes. So bezeichnete er die unklaren Besitzverhältnisse der Giftstoffe und der sie lagernden Firma als „überhaupt noch dunkel“<sup>1044</sup>, mokierte sich über die Einlassungen der kommunistischen Seite – „Giftgase notwendig [...] gegen die imperialistischen Mächte“<sup>1045</sup> - und prangerte die „unverantwortliche Dummheit von Behörden und die verbrecherische Geschäftemacherei kommerz-begabter Exmilitärs“ an, durch die es möglich geworden sei, das „Teufelszeug“ in der Nachbarschaft dichtbesiedelten Gebietes zu lagern.<sup>1046</sup> Im Hintergrund sah v. Ossietzky internationale Waffenschieber am Werk, ein Anlaß für ihn, nachdrücklich die Hamburger Politiker zur Aufklärung der Hintergründe des Unglücks zu mahnen und forderte von der deutschen Politik generell, eine eindeutige Position in dieser Frage der Waffenproduktion und des –handels einzunehmen. Sein Drängen auf Aufklärung des ‚Falls‘ wie auf klare Distanzierung Deutschlands von international üblicher Waffenproduktion war Konsequenz des Menetekels, das er in dieser Katastrophe sah: „So wird der nächste Krieg sein!“

<sup>1043</sup> H.E., Nr. 140 v. 21.5.1928.

<sup>1044</sup> Ossietzky, Carl v.: Gasangriff auf Hamburg, in: Die Weltbühne XXIV (1928), Nr. 22 v. 29.5.1928, S. 813 – 815, S. 813.

<sup>1045</sup> Ebd., S. 815.

<sup>1046</sup> Ebd., S. 814.

Doch die Hamburger politischen Kontrahenten befanden sich in einem ständigen Schlagabtausch. Haubach unterstützte diese Strategie ständigen Attackierens und war selbst auch aktiv Handelnder. Im Rückblick auf das Jahr 1928 gedachte er als Kreisleiter des Reichsbanners der „von Nationalsozialisten und Kommunisten getöteten Kameraden“ und charakterisierte das Vorgehen der Kommunisten als „mehr als verbrecherisch“. Sie würden „vor keinem Verbrechen (zurückscheuen)“ und die Steigbügelhalter für den „Fascismus“ abgeben.<sup>1047</sup> Diese kompromißlose, heftige Ablehnung der KPD hatte sich bei Haubach augenscheinlich seit dem Hamburger Aufstand 1923 im Laufe der Weimarer Republik weiter verstärkt, zumal die Kommunisten vor allem auch in Hamburg nicht zu einer marginalen Partei geworden waren, sondern, wie die Bürgerschaftswahlen 1927/28 gezeigt hatten, auf einen beachtlichen und stabilen Zuspruch bauen konnten. Möglicherweise schlugen die Sozialdemokraten – dann allerdings recht naiv und unrealistisch – in ihren Modellrechnungen die kommunistischen Wähler den eigenen zu und kamen dann auf ein die Republik sicherndes Potential. Die Realität über das Ende der Republik hinaus bis weit hinein in die Zeit aktiven Widerstands gegen die Nationalsozialisten zeigte, daß Theodor Haubach seine schroffe Ablehnung der kommunistischen Politik und ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen ihre Führer beibehielt. Wie oben bereits für das Jahr 1927 dokumentiert, schlug Haubach auch weiterhin aus dem Lager der Kommunisten gleichermaßen heftige Ablehnung entgegen, die sich zumeist in verletzenden Formulierungen niederschlug. Tatsächlich wurde er zunehmend als einer der Führer des Reichsbanners wahrgenommen und angefeindet, weniger in seiner Funktion als SPD-Politiker. Durchgängig wurde Haubach vom Hamburger KPD-Organ als „Sozialfascist“ diskreditiert.<sup>1048</sup> Zur gängigen Praxis gehörte es zudem, den Versuch zu unternehmen, zwischen ihn und die Basis des Reichsbanners einen Keil zu treiben. So wurde er – im Text hervorgehoben: „Haubach“ - als verantwortlich für die Einführung der offenbar gefürchteten „Rollkommandos“ bezeichnet, die ein großer Teil der „Reichsbannerarbeiter“ ablehnen würde.<sup>1049</sup> Bei diesen Trupps handelte es sich um Kleingruppen von zwei bis vier Reichsbannerleuten, die überfallartig auftraten, um dann beispielsweise auch ihnen bekannte einzelne Kommunisten oder Nationalsozialisten übel zuzurichten. Die Mitglieder aller drei großen Kampfbünde konnten jeweils auf Ereignisse verweisen, in denen eigene ‚Kameraden‘ Opfer der Attacken eines anderen Verbandes geworden waren – damit waren nach ihrer Auffassung Grundlage und Legitimation für eigenes, oft ungesetzliches Handeln für sie in einer sich immer stärker emotionalisierenden, gewaltbereiten innenpolitischen Situation gegeben. Äußerst unwillig und nicht ohne auch ein abschätziges Attribut attestierte das kommunistische Blatt „Haubach und Konsorten“, aus dem Reichsbanner „eine erstklassige sozialfascistische Truppe“ geformt zu haben. Das zweifellos ungerne gezollte Lob wurde den – angeblichen – Bemühungen Carl Severings gegenübergestellt, „das Faustrecht nicht zu einem Dauerzustand“ werden zu lassen.<sup>1050</sup>

<sup>1047</sup> Bericht über die Generalversammlung des Kreises Hamburg am 21.3.1929, in: Das Reichsbanner (Beilage für die nördlichen Gaue), Nr. 14 v. 6.4.1929.

<sup>1048</sup> Hamburger Volkszeitung, Nr. 269 v. 26.11.1928.

<sup>1049</sup> Hamburger Volkszeitung, Nr. 271 v. 28.11.1928.

<sup>1050</sup> Hamburger Volkszeitung, Nr. 23 v. 28.1.1929.

Der zweite Akzent, der von Haubach in einer Debatte im Landesparlament gesetzt wurde, thematisierte im Kern wiederum die Sicherung der Republik. Grundsätzlich setzte er sich mit der Forderung von Abgeordneten der NSDAP und der DNVP auseinander, die Polizei „zu entpolitisieren.“ Er bescheinigte den Initiatoren, damit einen geschickten Schachzug durchgeführt zu haben, da er das politisch indifferente Publikum an „ein Ideal von Objektivität“ glauben lassen würde, dem man mit einem Prozeß der Entpolitisierung näherkommen könne.<sup>1051</sup> Im Grunde handele es sich jedoch um „eine ganz grobe Täuschung“, durch die „die politische Zersetzung des jetzigen Deutschland“ massiv gefördert werden solle. Unmißverständlich erklärte Haubach, daß die „parteiliche Neutralität“ durch die Polizeibeamten gewahrt werden müsse. Eindringlich entwickelte er dann aber seine Auffassung, daß Neutralität von Staatsbediensteten, besonders von der Polizei, dem republikanischen Staat gegenüber nicht toleriert werden könne. Wenn diese sich „korrekt oder bloß loyal“ verhielten, so könne das keineswegs hingenommen werden, führte Haubach seinen Gedanken fort, sondern die Polizei müsse „sich vorbehaltlos und ganz positiv zu diesem Staat“ stellen.<sup>1052</sup> Ausdrücklich lobte er das Verhalten „der unteren Beamtschaft“ in der Polizei, hielt aber nicht mit seiner Kritik an höheren Chargen zurück. Sie bezog sich auf Aufmärsche nationalistischer Organisationen, bei denen gerade die eingesetzten höheren Polizeibeamten ein zu großes Maß an Toleranz gezeigt hatten. Zudem bemängelte er Erscheinungen, die darauf hinwiesen, daß „draußen auf dem Exerzierplatz und drinnen in den Mannschaftsstuben ein Kasernenhofstiel [sic] einreißt, der [...] mit wirklicher Disziplin aber auch gar nichts zu tun hat.“ Damit gab Haubach einen eindeutigen Hinweis auf die Gefahr, die er für das Polizeikorps sah, wenn Führungskräfte z.B. aus der Reichswehr rekrutiert wurden. Wohl auch um diese Gefahr zu minimieren und um der „unteren Beamtschaft“ verdiente Aufstiegschancen zu eröffnen, empfahl er deshalb nachdrücklich, den eingeschlagenen Weg entschlossen zu verfolgen, über den Besuch der gerade eingerichteten Polizeischule die bestehenden Beförderungsmöglichkeiten zu erweitern. Seit 1923 hielt Haubach den Kontakt zu führenden Polizeibeamten der Stadt aufrecht, wie im Kapitel über seine Reichsbanner-Tätigkeit gezeigt werden kann. Zu dieser Institution bestanden also personale Beziehungen, die Polizei hatte funktional zugleich einen hohen Stellenwert für ihn als wichtige Kraft, die die Republik bewahren helfen sollte.<sup>1053</sup> So hatte er bereits im Januar 1925 in einem Referat, wie oben zitiert, darauf hingewiesen - und dabei neben Justiz und Militär ausdrücklich die Polizei hervorgehoben -, daß alle staatlichen Apparate von einer sozialdemokratisch geführten Regierung beherrscht werden müßten, damit die Republik im Sinne der Partei bewahrt und entwickelt werden könne.<sup>1054</sup> Haubachs Redebeitrag in der Bürgerschaft läßt erkennen, daß seine Wachsamkeit in dieser Frage keineswegs gewichen, daß vielmehr große Besorgnis über die Entwicklung in dem ihm besonders wichtigen ‚Apparat Polizei‘ hinzugekommen war. Damit erwies er sich als analytischer Beobachter, dem es für seine Partei zweifellos um

<sup>1051</sup> 17. Sitzung v. 20.6.1928, in: Stenographische Berichte, S. 595.

<sup>1052</sup> Ebd., S. 596.

<sup>1053</sup> Die Bedeutung, die die Polizei für Haubach besaß, ist auch an seinem Gedanken festzumachen, unter Einschluß der Reichswehr eine ‚Reichspolizei‘ zu schaffen; vgl. dazu das folgende Kapitel.

<sup>1054</sup> H.E., Nr. 24 v. 24.1.1925.

den konkreten Zugang zur politischen Macht ging, der darüber hinaus jedoch auch die für den Erhalt der Republik strategische Bedeutung richtig einschätzte, die von einigen wenigen ‚Apparaten‘ ausging.

Nachweisbar ist also, daß er frühzeitig und wiederholt auf diese bedeutsame Dimension politischer Praxis verwies, auch – und das ist besonders bemerkenswert – in Zeiten, in denen z.B. die Hamburger Landespartei bei der zurückliegenden Wahl relativ gut abgeschnitten hatte. Aus dieser Tatsache kann gefolgert werden, daß seine politische Arbeit von weittragenden konzeptionellen Vorstellungen geprägt war, die die von ihm anvisierten Ziele – die Republik und ein friedliches, zusammenwachsendes Europa – realisieren helfen sollten. Die verschiedenen Berichte von seinen Auftritten in Parteiveranstaltungen und während der Wahlkämpfe lassen erkennen, daß Haubach zudem in der Lage war, sich kämpferisch in der aktuellen Situation mit den Gegnern aus anderen Parteien auseinanderzusetzen, ja, daß sein Verhalten den Eindruck vermittelt, als habe er derartige Konfrontationen gesucht. Dabei mag ihn einmal das Bewußtsein geleitet haben, individuell hinsichtlich seiner intellektuellen Fähigkeiten gute Voraussetzungen für rational bestimmte Auseinandersetzungen mitzubringen, zum andern erschienen sie ihm vermutlich notwendig, um dem potentiellen Wähler eigene Gedankenführung gegen den Hintergrund der anderer Parteien transparent und plausibel machen zu können.

Die herausgehobene Placierung Haubachs in der innerparteilichen Hierarchie, die sich mit der Nominierung durch die Delegierten und mit der folgenden Wahl in die Bürgerschaft dokumentierte, illustrierte zusätzlich seine Nominierung als Kandidat der Hamburger SPD für die anstehenden Reichstagswahlen.<sup>1055</sup> Die kurze Charakterisierung der vor ihm placierten Kandidaten soll helfen, die später zu erörternde Frage zu klären, wie es um die Aufstiegschancen Haubachs in der Partei prinzipiell stand. In der Reihenfolge ihrer Nominierung waren es: Peter Graßmann, Johanna Reitze, Adolf Biedermann, Paul Bergmann und Karl Olfers. Alle fünf Kandidaten hatten einen Volksschulabschluß und eine Handwerkslehre absolviert, für Johanna Reitze ist für den Einstieg in das Berufsleben „Dienstmädchen“ angegeben.<sup>1056</sup> Ausnahmslos waren sie alle bereits vor dem Ersten Weltkrieg oder während der Revolutionszeit aktiv in der Gewerkschafts- und Parteiarbeit tätig und in den ersten Jahren der Republik in den Organisationen aufgestiegen. So war Graßmann zwischen 1919 und 1933 stellvertretender Vorsitzender im ADGB-Bundesvorstand, Bergmann war Bezirksleiter des Fleischerverbands, später des Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, während Biedermann von 1925 bis 1933 Parteisekretär war und Reitze von 1920 bis 1933 als Mitglied im zentralen SPD-Parteiausschuß saß. Die auf den ‚sicheren‘, den ersten vier Plätzen rangierenden Kandidaten waren auch hinsichtlich ihres Alters eine relativ homogene Gruppe – sie waren zwischen 15 und 23 Jahren älter als Theodor Haubach. Die Liste für die Reichstagswahlen 1928 glich also dem „schon in der Vorkriegszeit vorherrschenden Charakter der sozialdemokratischen Führungsschicht“.<sup>1057</sup> Gefördert wurden durch dieses System zweifellos aufgestiegene Ar-

<sup>1055</sup> H.E., Nr. 107 v. 17.4.1928.

<sup>1056</sup> Alle biographischen Daten sind entnommen: Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 7), Düsseldorf 1955.

<sup>1057</sup> Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie, S. 40 f.

beiter, die sich über lange Zeit – das Maß der ‚Erfahrung‘ – in Führungsaufgaben bewährt hatten.<sup>1058</sup> Die über Jahre gewachsenen Kontakte innerhalb dieser Kader garantierten bei der Aufstellung von Kandidatenlisten und bei Wahlen die erneute Nominierung eines bestimmten Personenkreises.

Die Wahlen zum Reichstag fanden am 20.5.1928 statt. Zuvor hatten die Kandidaten einen kurzen und intensiven Wahlkampf zu bestreiten. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, in der parallel die Kandidaten in verschiedenen Stadtteilen auftraten, mußte sich Haubach heftig gegen die Angriffe eines Zuhörers zur Wehr setzen, der der KPD angehörte. Haubach stellte nach Auskunft des Protokolls in den Mittelpunkt seines Vortrags „von fünf Viertelstunden“ die Stabilisierung des republikanischen Systems und die Erholung der Wirtschaft. Kritisch merkte er an, daß „der Ertrag des Wirtschaftsaufstiegs“ allerdings der Mehrheit der Bevölkerung „auf geradezu ungeheuerliche Weise vorenthalten“ werde.<sup>1059</sup> Diese Aussagen griff der anwesende „Kommunist Walter in einer halbstündigen Rede“ - er nahm sich also fast die Hälfte der Redezeit des Kandidaten - mit dem grundsätzlichen Vorwurf auf, die SPD habe auf den Klassenkampf verzichtet und sei eine Partei der „Koalition“ geworden. Mehr meldete der Berichterstatter wohlweislich nicht. Als sicher ist freilich anzunehmen, daß der Kritiker den Sozialdemokraten einen erheblichen Anteil an der Verantwortung für die sozialen Zustände zuwies, die Haubach beklagt hatte. Vermerkt wurde allerdings, daß der Referent „unter stürmischem Beifall“ den Ausführungen des politischen Gegners entgegengetreten sei. Auch in anderen SPD-Wahlveranstaltungen traten Vertreter der KPD als Kritiker auf, doch in keiner anderen – legt man die verschiedenen Berichte zugrunde – derart intensiv wie auf der Haubachs. Er selbst attackierte die Kommunisten seit Jahren kompromißlos, stellte sie als nicht wählbar hin, polarisierte auf diese Weise, zog aber damit offensichtlich auch ihre besondere ‚Aufmerksamkeit‘ auf sich.

Seine spezifische Nähe zur Polizei dokumentiert eine Wahlveranstaltung, die er mit der „Arbeitsgemeinschaft der SPD-Orpo“ [Ordnungspolizei, P.Z.] abhielt. Hier entwickelte er seinen Gedanken vom ‚mündigen Polizeibeamten‘ ausführlich. Zudem verwies er auf die Fortschritte, die die SPD für die Arbeiterschaft hinsichtlich des neuen Betriebsrätegesetzes erzielt habe und beklagte, daß für die Beamenschaft noch nichts Gleichwertiges, kein Beamtenvertretungsgesetz nämlich, vorliege. Allein mit den Sozialdemokraten, so der Wahlkämpfer Haubach, könnten in diesem bedeutenden gesellschaftspolitischen Bereich Erfolge erreicht werden. Da er in dieser Klientel vor allem Wähler der bürgerlichen Parteien vermutete, griff er diese, vor allem die Deutschnationalen, mit der Feststellung heftig an, sie seien „Gegner dieser Demokratie.“ Die Mitglieder der KPD wurden nur einmal kurz mit einer verächtlichen Formulierung - „was sich heute Kommunismus nennt“ - gestreift.<sup>1060</sup>

Im Blick auf seine zentrale Aussage, mit der er von jedem Staatsbediensteten wie von jedem Bürger das aktive Engagement für den republikanischen Staat forderte, ist festzuhalten, daß Haubach hier einen überzeugenden Ansatz vertrat, der eben

<sup>1058</sup> So wurde Peter Graßmann vom Hamburger SPD-Landesvorsitzenden Max Leuteritz den Delegierten mit der Charakterisierung „dem bewährten Gewerkschaftsführer“ annonciert, in: H:E., Nr. 107 v. 17.4.1928.

<sup>1059</sup> H.E., Nr. 117 v. 27.4.1928.

<sup>1060</sup> H.E., Nr. 133 v. 14.5.1928.

nicht darauf vertraute, daß die Politiker der Parteien das politische und gesellschaftliche Leben verantwortungsvoll steuern würden. Er setzte vielmehr auf eine breite Demokratisierung in allen Lebensbereichen, wollte die Bedingungen für die Teilnahme jedes Bürgers am öffentlichen Leben und die Bereitschaft dazu herstellen: eine unersetzbare Voraussetzung für jede republikanische Staatsform, für die erste deutsche wäre der ‚mündige Bürger‘ in besonderer Weise notwendig gewesen, um sich gegen traditionell-‚kaiserliche‘ Strukturen in den ‚Apparaten‘ zur Wehr zu setzen und die zu Parolen verkommenden Aussagen der Politiker zu durchschauen und ihnen zu widerstehen. Dabei hätten durchaus auch Haubachs Formulierungen, die er in der Öffentlichkeit tat, die Kritik des mündigen Bürgers herausfordern können, da er mit ähnlichen sprachlichen Mustern arbeitete - u.a. zuspitzend-aggressiv, nicht auf Diskussion angelegt - wie der politische Gegner. Offenkundig meinte der in seinen Zeitschriftenbeiträgen nachdenklich und bemüht sachlich-zurückhaltend operierende Haubach, der ja die „Entrüstung“ in der Politik für einen „Luxus“ hielt, daß in der direkten Auseinandersetzung ‚auf dem Markt‘ der politische Widersacher mit den ihm eigenen Waffen bekämpft werden mußte.

Trotz eines wiederum guten Ergebnisses der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 stellten sie lediglich vier der acht auf Hamburg entfallenden Reichstagsitze. Haubach verfehlte also – auf Platz 6 der Liste - den Einzug in den Reichstag.

War Theodor Haubach noch im Juni 1928 in ‚seinem‘ Hamburger Echo dadurch besonders herausgehoben worden, daß eine Zeichnung von ihm in das dort wiedergegebene Protokoll einer Bürgerschaftssitzung eingebaut wurde,<sup>1061</sup> trat er 1929 nicht so augenfällig in Erscheinung. In den Rednerlisten wird er gar nicht geführt, er nahm jedoch an der parlamentarischen Arbeit teil. So wurde er zum Vorsitzenden eines Ausschusses der Bürgerschaft gewählt, der den Senatsantrag zur Einrichtung einer zusätzlichen Polizeiwache prüfen sollte.<sup>1062</sup> Der Bericht des Ausschusses wurde etwa zwei Monate darauf jedoch von der stellvertretenden Vorsitzenden vorgetragen.<sup>1063</sup> Als im Sommer 1929 für eine Beschlußfassung die Namen der anwesenden Abgeordneten festzustellen waren, gehörte Haubach zu den Anwesenden.<sup>1064</sup> Der Unterschied gegenüber den Auftritten des Jahres 1928 ist signifikant, kann aber nicht eindeutig erklärt werden. Zu vermuten ist, daß er sich mehr der Arbeit im Reichsbanner zuwandte, weil er in diesem Jahr zusätzlich zu den Aufgaben in der Gauleitung als Kreisleiter für Hamburg tätig wurde. Diese Positionen waren u.a. mit repräsentativen Auftritten erheblichen Ausmaßes verbunden.

Die letzte Erwähnung Theodor Haubachs in den Protokollen der Hamburger Bürgerschaft findet sich für eine Sitzung im November 1929. Der Präsident verlas eine Erklärung Haubachs, daß er sein Mandat niederlege, weil er „auf Verfügung des Reichsministers des Innern vom 23. September d.J.“ in das Reichsinnenministerium nach Berlin „berufen“ worden sei. Die kommunistischen Abgeordneten mochten einen ihrer profiliertesten und hartnäckigsten politischen Widersacher in der Stadt offenkundig nicht kommentarlos gehen lassen. Das Protokoll vermerkt

<sup>1061</sup> H.E., Nr. 170 v. 21.6.1928.

<sup>1062</sup> 7. Sitzung v. 27.2.1929, in: Stenographische Berichte, S. 214.

<sup>1063</sup> 13. Sitzung v. 24.4.1929, in: Stenographische Berichte, S. 461 f. (mit Aussprache).

<sup>1064</sup> 20. Sitzung v. 19.6.1929, in: Stenographische Berichte, S. 799.

nach der Verlesung der Erklärung: „(Zuruf von links: Feine Funktion! Immer ran an den Staat! – Unruhe.)“<sup>1065</sup> Die kommunistischen Abgeordneten karikierten damit die wichtigste Parole – „Ran an den Staat!“ – der SPD im Bürgerschaftswahlkampf 1928.

### 5.2.2 „Wehrfrage und Sozialdemokratie“ – Mitglied der Wehrkommission der Partei

Nach dem mißglückten Versuch, einen Sitz im Reichstag zu erringen, erhielt Theodor Haubach im Jahr 1928 eine überregional wichtige Aufgabe in der Partei. Vom Parteiausschuß der Sozialdemokraten wurde er im September in eine siebzehnköpfige Kommission berufen, die ein Wehrprogramm erarbeiten sollte. Der Ruf in diese zweifellos exponierte Funktion ist von Haubach sicherlich als außerordentlich positives Signal empfunden worden. Die Parteiführung war wie die Führung des Reichsbanners auf ihn aufmerksam geworden, traute ihm konzeptionelle Arbeit und die Bewältigung von Führungsaufgaben zu. Der Parteivorstand beschloß „nach Anhörung des Parteiausschusses am 19. September 1928, die Wehrfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.“ Zur Vorbereitung berief er einen Ausschuß, die „Wehrkommission“, die, wie sich ihr Vorsitzender Wilhelm Dittmann weiter erinnert, „ein Spiegelbild der in der Partei über die Wehrfrage vorhandenen verschiedenen Auffassungen“ abgab. Haubach, Mierendorff und zwei weitere Kommissionsmitglieder, Karl Höltermann und Major Mayr, wurden berufen, weil sie als Repräsentanten der „militante[n] Reichsbanner-Auffassung“ galten.<sup>1066</sup> Aus dem linken Spektrum der Partei, den militärfeindlichen bzw. höchst kritischen Gruppierungen, wurden z.B. Toni Sender und Heinrich Ströbel berufen.<sup>1067</sup> Ströbel (MdR 1924 – 1932) war auch Mitglied der pazifistischen Deutschen Friedensgesellschaft. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß mit Julius Leber, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach gleich drei Vertreter aus der Generation der jungen, nachdrängenden Politiker einbezogen wurden. Doch eindeutig ist die Regieführung durch den Parteivorstand bzw. den Parteiausschuß zudem dadurch nachweisbar, daß den Vorsitz der Parteisekretär Wilhelm Dittmann erhielt und mit Artur Crispian, einem der Parteivorsitzenden, Rudolf Breitscheid aus der Führung der Reichstagsfraktion und dem Chefredakteur des Vorwärts, Friedrich Stampfer, erfahrene Parlamentarier und Parteistrategen der Wehrkommission angehörten.

Die Einberufung der Kommission war das Ergebnis einer Zerreißprobe der Sozialdemokratie, die sich um die Frage ergeben hatte, ob dem Bau des Panzerkreu-

<sup>1065</sup> 29. Sitzung v. 13.11.1929, in: Stenographische Berichte, S. 1090.

<sup>1066</sup> Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen. Bearb. u. eingel. v. Jürgen Rojahn (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 14/3), Frankfurt/M.-New York 1995, S. 949.

<sup>1067</sup> Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Berlin-Bonn 1988, S. 629. Toni Sender (1888 – 1964) streift in ihrer Autobiographie diese Ausschubarbeit nur mit wenigen Zeilen; vgl. Sender, Toni: Autobiographie einer deutschen Rebellin, hrsg. u. eingel. von Gisela Brinker-Gabler (Die Frau in der Gesellschaft. Lebensgeschichten), Frankfurt/M. 1981, S. 238. Die Originalausgabe erschien 1939 in New York unter dem Titel: The Autobiography of a German Rebel. Sender war 1920 – 1933 MdR für die USPD und die SPD, mußte 1933 emigrieren und lebte seit 1935 in den USA.

zers A zugestimmt werden solle. Nach den für die SPD erfolgreichen Reichstagswahlen vom Mai 1928 konnte erst im Juni wegen erheblicher Schwierigkeiten bei den Koalitionsverhandlungen eine Regierung gebildet werden. Der Sozialdemokrat Hermann Müller führte als Reichskanzler eine Regierung, in der Vertreter der DDP, der DVP, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei (BVP) und der parteilose Reichswehrminister Wilhelm Groener saßen. Damit war eine zweifellos höchst labile Konstellation geschaffen worden, zumal sich Sprecher der Fraktionen von DVP und BVP distanziert bis ablehnend dieser neuen Regierung gegenüber äußerten.<sup>1068</sup> Ungeklärt blieb während der Koalitionsverhandlungen u.a. die Frage, wie sich die Regierung zum Bau des Panzerkreuzers stellen werde – dies immerhin vor dem Hintergrund seiner eindeutigen Ablehnung durch die Sozialdemokraten während des Wahlkampfes. Dem Kriegsschiff war von Militärs die Aufgabe zgedacht, die deutsche Ostseeküste gegen mögliche Angriffe Polens zu schützen. Ernstzunehmende Kritiker bezweifelten freilich von vornherein, ob solch ein schwerfälliges Schiff dazu geeignet sei. Auch Haubach äußerte sich explizit zu dieser Frage, und zwar entschieden ablehnend und stellte heraus, daß Deutschland „eine Landmacht und keine Seemacht“ sei und jede Aufrüstung „zu Wasser“ die Tendenz in sich trage, „die Außenpolitik in <offensive> [gesperrt, P.Z.] Unternehmungen hineinzureißen.“ Er plädierte folglich für kleine, bewegliche Schiffe, die für Überwachungsdienste oder als Minenleger bzw. –sucher genutzt werden konnten.<sup>1069</sup> Letztlich ging es in der Kontroverse jedoch primär nicht um militärische Aspekte, sondern der Panzerkreuzer A geriet zum Symbol der tiefgreifenden politischen Unterschiede zwischen den linken Parteien und denen des bürgerlichen Lagers. War er für die eine Seite Fanal eines wiedererstarteten Deutschlands und Ausdruck „der alten Flottenherrlichkeit“, die nach Kautsky wieder in imperialistischer Kriegszünderlei enden müsse, bedeutete er für die andere die Herausforderung, unbedingt verhindern zu wollen, daß an diese Traditionen des Wilhelminischen Deutschland angeknüpft würde.<sup>1070</sup>

Kaum hatte die neue Regierung ihre Arbeit aufgenommen, sahen sich die der SPD angehörenden Minister gezwungen, entweder der Vorlage zum Bau des Kriegsschiffs zuzustimmen oder aber den Bestand der Koalition zu gefährden. Sie stimmten zu – und stürzten die Partei in eine Krise. Der quälende, innerparteiliche Prozeß um diese Frage zog sich bis in den November 1928 hin.<sup>1071</sup> Salz in die Wunde wurde von den Kommunisten gestreut, die durch Anträge im Reichstag und die Einleitung eines Volksbegehrens gegen den Bau des Panzerkreuzers eine geschlossene und eindeutige Position demonstrierten. Der Befreiungsschlag der Sozialdemokraten in Form eines Antrags im Reichstag, den Bau des Panzerkreuzers einzustellen und die freiwerdenden Mittel für die Speisung notleidender Kinder zu verwenden, mißlang. Der Antrag wurde abgelehnt, die sich über Wochen vor den Augen der Öffentlichkeit abspielenden – sowohl von der bürgerlichen wie von der kommunistischen Presse fast genüßlich ausgebreiteten – innerparteilichen

<sup>1068</sup> Ebd., S. 540.

<sup>1069</sup> Haubach, Theodor: Panzerkreuzer oder Minenleger? In: Volksstimme Mannheim, Nr. 249 v. 16.9.1928. Die Nummer der Zeitung findet sich im Nachlaß Karl Kautskys; der Beitrag fand offenbar sein Interesse, er ist durch zwei kräftige rote Buntstiftmarkierungen hervorgehoben; in: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), NL Karl Kautsky, H. 38.

<sup>1070</sup> Kautsky, Karl: Wehrfrage und Sozialdemokratie, Berlin November 1928, S. 60. Kautsky war als „Experte“ der Wehrkommission nominiert worden; diese Schrift stellte seinen Beitrag dar.

<sup>1071</sup> Winkler, Schein der Normalität, S. 544 ff.

Auseinandersetzungen gaben ein fast verheerendes Bild ab, zumal die Autorität des Reichskanzlers und der sozialdemokratischen Minister erheblichen Schaden nahm.

In der aktuellen Auseinandersetzung zeigte sich tatsächlich ein konzeptionelles Defizit der Partei, es gab „noch immer keine offizielle Parteimeinung in Sachen Wehrpolitik.“<sup>1072</sup> Schwierig, ja fast ausweglos wurde die aktuelle Situation allerdings durch die Absicht, nach einem guten Wahlergebnis nun auch den Wählern die Bereitschaft zu zeigen, die eigenen politischen Ziele umsetzen zu wollen. Dies konnte bei einem Stimmenanteil von 29,8 % nur mit Partnern geschehen – die SPD mußte einmal mehr als ‚Koalitionspartei‘ agieren, ein Begriff, der im linken Lager der Partei wie bei den Kommunisten den Rang eines Schimpfwortes hatte, weil mit ihm Kompromißertum und Anpassung an bourgeoise politische Zielvorstellungen assoziiert wurden. Die Dramaturgie der Ereignisse um den Panzerkreuzer A legt die Vermutung nahe, daß den ‚Partnern‘ in der Koalition durchaus daran gelegen war, die SPD dieser Prüfung auszusetzen, zweifellos mit der Intention, ihre mangelnde Fähigkeit zum Regieren und zum politischen Führen nachhaltig zu demonstrieren.

Die Arbeit der Wehrkommission sollte das konzeptionelle Defizit der Partei auf dem Gebiet der Wehrpolitik beseitigen helfen. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe beweist, daß auch die Parteiführung nicht allein in dem Gegenstand der Kontroverse – der Panzerkreuzer A als Symbol der Stellung der Partei zum ‚Militärischen‘ - das Dilemma der Partei festmachte, sondern einen breiten Konsens verschiedener Lager in einer grundlegenden Programmatik realisiert sehen wollte.

Theodor Haubach gehörte mit Carlo Mierendorff zu einer größeren Gruppe jüngerer Mitglieder der Partei, die sich an deren verkrusteten Strukturen stießen, beide wagten es freilich nicht, offen zu opponieren. Die Berufung in die Kommission mag aus der Sicht der Parteiführung durchaus auch als eine Art prophylaktischer Kalmierungsversuch zu werten sein. Vor allem hatte Haubach jedoch durch verschiedene Beiträge zur Wehrfrage auf sich aufmerksam gemacht und seine Kompetenz in diesem Zusammenhang nachgewiesen, wie es auch die Äußerungen Wilhelm Dittmanns aufweisen.

Bereits 1924 hatte er sich in einem umfangreichen Beitrag dieser Thematik angenommen. Die schwelgerisch-emotionale Haltung aus der Zeit der ‚Dachstube‘, in der er das Kriegerische glorifiziert hatte, war überwunden. Intensiv mühte er sich nun, die Bereiche ‚Politik‘ und ‚Militär‘ differenziert zu definieren und ihnen ihren Ort in seinen grundlegenden Vorstellungen zu Struktur und Funktion der Republik zuzuweisen.<sup>1073</sup> Der Artikel stellt ein vehementes Plädoyer für das Primat der Politik gegenüber dem Militär dar. In der kritischen Spiegelung der Strukturen des ausgehenden Kaiserreiches arbeitete er diese Auffassung akribisch heraus: Es sei „den berufenen politischen Führern“ nicht gelungen, „sich gegenüber den militärischen Führern durchzusetzen.“<sup>1074</sup> Wenn doch die „Rangordnung“ eigentlich eindeutig bestimmt sei, weil die Politik „die wissentlich-willentliche Gestaltung von Gesellschaft und Staat“ betreibe und damit einen umfassenden

<sup>1072</sup> Ebd., S. 629.

<sup>1073</sup> Haubach, Theodor: Militärische und politische Gewalt, in: Die Gesellschaft 1 (1924), Bd. 2, S. 30 – 39.

<sup>1074</sup> Ebd., S. 31.

Anspruch besitze, setzte er sich mit der Fragestellung auseinander, warum sich die Verhältnisse im Deutschen Reich hatten verkehren können. Zunächst erkannte er an, daß die von ihm genutzte Definition „abstrakt“ sei, die vor allem „die ideologische und politische Eigenbewegung der Militärkörper“ nicht berücksichtige.<sup>1075</sup> Die Militärs hätten, setzte er seinen Gedankengang fort, im kaiserlichen Deutschland die Gelegenheit erhalten und ergriffen, die zivile politische Führung mit dem Kaiser an der Spitze zu infiltrieren, weil diese sich als politisch schwach erwiesen hatte. Durch das „Verdrängen politischer Werte, Ziele und Methoden“ konnten sich die Vorstellungen und Maximen der Militärs wuchernd verbreiten.<sup>1076</sup> Der ihnen innewohnende cäsaristische Glaube an die eigene Bedeutung habe sich stabilisieren können und eine unangemessen starke Gewichtung erhalten. Die Gesinnung der Militärs habe sich z.B. im – von ihm so apostrophierten – „Untertanengeist“ und in der „mit Ueberheblichkeit verbundene(n) Unterwertung [sic] des Individuums“ niedergeschlagen.<sup>1077</sup> Im Blick auf die junge Republik, in der sich nach seiner skeptischen Einschätzung ein politischer Wille erst gerade zu entwickeln beginne, stellte er die Forderung auf, daß sie sich gegen den Einfluß der Militärs „durchsetzen“ müsse.<sup>1078</sup>

Da dieser Beitrag offensichtlich im Kern eine Art Bestandsaufnahme darstellte, ging Haubach in ihm bis auf wenige Schlußzeilen auf die historische Entwicklung des Verhältnisses von ‚Politik‘ und ‚Militär‘ ein. Er analysierte wesentliche gesellschaftliche und politische Prozesse zweifellos zutreffend und sah mit den Ergebnissen seiner Überlegungen der Republik eine schwere Hypothek aufgebürdet. Ohne daß er die Reichswehr an nur einer Stelle erwähnte, ist doch klar, daß ihm ihre Genese und ihr aktueller Zustand vor Augen standen. Außer der pauschalen Aufforderung an ‚die‘ Republik, an ‚die‘ Republikaner – einen Adressaten nennt er nicht –, Stärke zu zeigen und sich durchzusetzen, wies er keine Wege aus den von ihm beschriebenen Zuständen. Festzuhalten ist anhand dieses Textes noch, daß Haubach nicht etwa das Militär ablehnte, sondern sich ausdrücklich dazu bekannte, daß es als „Inhaber und Verwalter der körperlichen Gewalt“ benötigt werde. Jeder nämlich, „der Politik treibt, also den Willen zur Verwirklichung von Zielen hat, (müsse) sich jener unumgänglichen Mitwirkung der körpurbewegenden, körperlich angewendeten Gewalt versichern.“<sup>1079</sup> Diese sich in dieser Formulierung ungebrochen positivistisch ausnehmende Maxime weist nach, daß er das Militär als essentielles Element auch des demokratischen Staates ansah, freilich in einer der Führung der Politik untergeordneten Rolle.

In drei weiteren Artikeln, die in den Jahren 1926 und 1927 veröffentlicht wurden, konkretisierte Haubach seine Aussagen zum Thema Wehrpolitik erheblich. Grundsätzlich warnte er „die deutschen Republikaner“ vor dem seiner Meinung nach folgenschweren Mißverständnis, „das das Schicksal der Republik allzusehr von der Verfassung, doch allzuwenig von der realen, tatsächlichen Macht abhängig macht“ – eine erstaunlich ‚kühne‘ Anmerkung des engagierten Republikaners, die im Kontext anderer Aussagen von ihm im Verlauf dieses Kapitels differen-

---

<sup>1075</sup> Ebd., S. 33.

<sup>1076</sup> Ebd., S. 34.

<sup>1077</sup> Ebd., S. 38.

<sup>1078</sup> Ebd., S. 39.

<sup>1079</sup> Ebd., S. 36.

zierter einzuschätzen sein wird.<sup>1080</sup> Seit dem ersten hier erwähnten Artikel Haubachs waren etwa drei Jahre vergangen, und der Autor bemerkte an sich „einige Ungeduld“, weil er in der „Reichswehrfrage“ immer noch einen Mangel „an Festigkeit und Klarheit“ bei den republikanischen Freunden festzustellen meinte.<sup>1081</sup> Mit dem Verweis auf die deutsche Geschichte nach 1848, als die deutschen Republikaner schon einmal geglaubt hätten, „mit Verfassung und Parlament ihren neuen Staat in Händen zu haben“, um dann „von den Bajonetten der Armee verjagt“ worden zu sein, mahnte er mit starken Worten tatkräftiges Handeln an. Wie bereits in der Bürgerschaftsdebatte, in der es um die Hamburger Polizei ging, lehnte er brüsk alle Versuche von bürgerlichen Parteien und mögliche Gedankenspiele seiner Freunde ab, die darauf hinauslaufen sollten, das Heer etwa zu „entpolitisieren.“ Gerade das Gegenteil sei notwendig, nämlich das Heer zu politisieren, „und zwar bewußt mit aller Absicht.“<sup>1082</sup> Eine Politisierung „im staatspolitischen Sinn“, nicht also im Sinne parteipolitischer Ausrichtung, sollte die Angehörigen der Armee zu loyalen und aktiven Vertretern der Republik machen. Dazu müßten nun endlich, so Haubachs Forderung, die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt werden, nämlich u.a. „die Aenderung von Gesetzen, die Einschaltung von Kontrollen“ und auch „die Ersetzung von Personen.“ Vorstellbar war für ihn auch die von Paul Löbe in die Diskussion gebrachte „Anwerbungskontrolle.“ Um dieses Bündel von Maßnahmen realisieren zu können, bedürfe es der Übereinkunft mit den anderen republikanischen Parteien, „das kann nicht so schwer sein.“ „Der Schlüssel“ zu einer „wahrhaft schwarz-rot-goldenen Republik liegt im Reichswehrministerium“, in dieser im Ton einer Forderung formulierten Einschätzung kulminierte sein geschickt aufgebauter Text, der die Mitstreiter fraglos aufrütteln sollte.<sup>1083</sup>

Das noch drei Jahre zuvor nicht beim Namen genannte deutsche Militär, die Reichswehr, nahm er nun also frontal an. Die von Haubach wahrgenommene Gefahr, die von dieser Truppe für die Stabilisierung der Republik ausging, wurde von ihm angemessen beschrieben. Auf äußerst unsicherem Boden stand er allerdings mit seiner Zuversicht, die anderen republikanischen Parteien problemlos zu gemeinsamem Handeln veranlassen zu können. Möglicherweise trübte ihm die Tatsache den Blick, daß Mitglieder sowohl des Zentrums wie der DDP dem Reichsbanner angehörten, diese zahlenmäßig kleine Gruppe repräsentierte aber keineswegs die Mehrheit ihrer Parteien. Da er aber politische Gegebenheiten realistisch einzuschätzen vermochte, bedeutete diese Formulierung wahrscheinlich den Versuch, Hürden und Hindernisse wegzuräumen, die für die von ihm ange-

---

<sup>1080</sup> Haubach, Theodor: Reichswehr und Macht, in: Deutsche Republik 1 (1926/27), 23. Heft, S. 6 – 9, S. 6. Die Zeitschrift wurde begründet von der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft; als Repräsentanten werden im Impressum Ludwig Haas (DDP), Paul Löbe (SPD) und der Herausgeber Reichskanzler a.D. Dr. Josef Wirth (Zentrum) genannt. Sie erschien seit Oktober 1926 wöchentlich und mußte im März 1933 ihr Erscheinen einstellen. Die Beiträge des ersten Jg. lassen erkennen, daß eher krampfhaft der ‘Schulterschuß’ der Republikaner gesucht und demonstriert werden sollte. Neben dem Appell an die Sozialisten, „den definitiven Anschluß an die deutsche Geschichte (zu) gewinnen“, in: H. 1, S. 22 wurde ein lyrischer Text aus dem Alltag eines Arbeiters gesetzt – „Verrußt sind Aug´ und Haar und Ohr“ -, in: H. 1, S. 20. Beginnend mit dem Jg. 1929/30 wurde mit wachsender Intensität die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gesucht.

<sup>1081</sup> Ebd., S. 7.

<sup>1082</sup> Ebd., S. 8.

<sup>1083</sup> Ebd., S. 9.

sprochenen ‚Republikaner‘ möglicherweise Vorwand oder Anlaß abgeben konnten, sich nicht dem Kern der Problematik mit aller Kraft zuzuwenden.

Haubach ließ es nicht dabei bewenden, die ihm absolut unbefriedigend erscheinende Situation in der Wehrfrage in den historischen Kontext von 1848 zu stellen. Vielmehr verwies er darauf, daß nach dem Novemberumsturz von 1918 „eine konsequent demokratisch-republikanische Politik“ hätte betrieben werden müssen. Entschieden lehnte er jedoch die Bewaffnung der Arbeiterschaft ab, ein deutlicher Hinweis auf seine Furcht vor einem nicht-steuerbaren revolutionären Prozeß. Doch es sei nicht gelungen, stellte Haubach rückblickend fest, „die latent und zerstreut vorhandene physische Macht zu organisieren“, die notwendig gewesen wäre, um die Republik „im eigentlich revolutionären Sinne“ zu entwickeln.<sup>1084</sup> Da er nicht detaillierter ausführte, welche Kräfte er dabei im Auge hatte, muß vermutet werden, daß er milizähnliche Verbände meinte, die aus republik-treuen Soldaten zu rekrutieren waren. Den beharrenden Kräften konnte jedoch kein machtvolleres Gegengewicht entgegengestellt werden, weil bei der Sozialdemokratie grundsätzlich „Unklarheit“ bestehe „über Fragen der Machtpolitik und ganz speziell der Wehrmachtspolitik.“ Welch zentrale Bedeutung die Reichswehr-Problematik für ihn hatte, läßt die Bemerkung erkennen, in der er eine Verbindung „zwischen der unerfreulichen Entwicklung der deutschen Republik und dem sozialistisch-republikanischen Versagen in der Wehrmachtfrage“ herstellte.<sup>1085</sup>

Mit dem Verweis auf eine Schrift des Österreicher Julius Deutsch, die er in seinem Beitrag rezensierte, erläuterte er die mangelnde Entschlossenheit der Sozialdemokraten. Sie sei aus dem Gegensatz einer verbreiteten pazifistischen Grundhaltung und der Notwendigkeit zu notwendigem revolutionären Handeln zu erklären. Diese Situation hätten „die ultrarevolutionären Spartakisten und die reaktionären Offiziere“ entschlossen genutzt.<sup>1086</sup> Führt man die beiden Stränge seiner Deutungsversuche zusammen, so ergibt sich fraglos ein nachvollziehbares Erklärungsmuster für die Genese und die einflußreiche Position der Reichswehr während der Weimarer Republik: Die Strukturen der kaiserlichen Armee konnten restauriert werden, ohne daß das republikanische Lager die Gefahr erkannte bzw. die eigenen Kräfte ideologisch und „physisch“ nicht angemessen bündeln konnte. Haubach legte hier zu Recht den Finger auf eine offene Wunde. Die sozialdemokratischen Führer der Umbruchzeit 1918/19 hatten voll „Nachgiebigkeit und Vertrauensseligkeit“ gegenüber den kaiserlichen Militärs die Chance vertan, eine bewaffnete Macht zu etablieren, die fest auf republikanischer Grundlage stand.<sup>1087</sup> Während Hindenburg und Groener auf höchster Ebene massiv auftrumpften und alle eher schüchtern vorgebrachten Pläne für eine Umwandlung der Armee im Keim erstickten, nutzte das Offizierskorps – wie es bereits am Beispiel Butzbach

<sup>1084</sup> Haubach, Theodor: Wehrfrage und Sozialdemokratie, in: Die Gesellschaft 4 (1927), Bd. 1, H. 6, S. 493 – 501, S. 495 f. Julius Deutsch (1884 – 1968), österreichischer Sozialist, Organisator der Volkswehr und führend tätig im Republikanischen Schutzbund.

<sup>1085</sup> Ebd., S. 496 f.

<sup>1086</sup> Ebd., S. 497. Haubach setzte sich durchweg zustimmend auseinander mit: Deutsch, Julius: Wehrmacht und Sozialdemokratie. Schriften zur Zeit, Berlin o.J. Deutsch wurde von Haubach als „der bekannte Organisator des Bundesheeres der österreichischen Republik“ vorgestellt; vgl. S. 496.

<sup>1087</sup> Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 – 1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 63), Düsseldorf 1978, S. 187.

gezeigt werden konnte – den Freiraum extensiv aus, der ihm durch die Aufgabe gegeben war, die von den Siegermächten verordnete Demobilisierung zu realisieren – das Zusammenspiel der ‚alten Kameraden‘ klappte vortrefflich. Für das Ergebnis der revolutionären Bewegung wie „für das Schicksal der Weimarer Republik wurde die Position der Militärs von ungleich größerer Bedeutung als die der Bürokratie.“<sup>1088</sup>

Herausgefordert von der skeptischen Grundhaltung Julius Deutschs gegenüber dem Milizgedanken, zu dem er sich bereits vorher einmal geäußert hatte, entwickelte Haubach diesen Ansatz hier differenziert weiter.<sup>1089</sup> Obwohl die Forderung nach einer Miliz im Heidelberger Programm gestrichen worden sei, dürfe dies nach der Auffassung Haubachs nicht als Votum gegen das Milizsystem generell mißverstanden werden. Außenpolitische und militärstrategische Überlegungen verknüpfend sah er mögliche zukünftige Kriegsschauplätze entgegen landläufiger Vorstellung, wie er betonte, nicht etwa in Zentraleuropa, sondern „nach den Rändern des hochkapitalistischen Raumes“ abwandern. Kleinere Kampftruppen könnten den gegebenen Bedingungen hinsichtlich Ausrüstung und Ausbildung besser angepaßt werden und seien dezentral einsetzbar.<sup>1090</sup> Mit dem Blick auf die Beschränkungen, die Deutschland durch die Bedingungen des Versailler Vertrages auferlegt waren, visierte er letztlich „einen neuen Typus Heeresverfassung“ in Europa als Lösung an.<sup>1091</sup> Dafür entwickelte er das Modell „einer Kombinationsform zwischen stehendem Heer und Miliz.“ Das stehende Heer müsse nach den bereits oben zitierten Kriterien ‚demokratisiert‘ werden und statt der ‚illegalen und unkontrollierbaren Milizkörper‘, die existierten, sollte eine Milizorganisation aufgebaut werden, die nach den Vorgaben eines republikanischen Staates entstehen müßte.<sup>1092</sup>

Die konzeptionellen und praktischen Überlegungen Haubachs zu Fragen der Wehrpolitik konzentrierten sich in den Jahren 1926 und 1927. Diese von Zeitgenossen oft als Blütezeit der Republik empfundene Periode weckte bei Haubach offenkundig andere Assoziationen. Er war „ungeduldig“, wie er es selbst formulierte, über den Fortgang des Demokratisierungsprozesses. Die Reichswehr, die sich machtvoll als ‚Staat im Staate‘ etabliert hatte, erinnerte ihn beständig daran, daß das Wilhelminische Reich keineswegs überwunden war, sondern daß seine geistigen Vertreter institutionell und ideologisch an Boden gewannen. Diese Serie seiner Beiträge hatte vermutlich zum Ziel, neben dem parallel im Reichsbanner geführten Kampf auch die Parteigenossen aufzurütteln, sie auf die Bedeutung dieser Thematik zu stoßen und in bewährter Manier den Kontext aufzuarbeiten sowie ihnen konkrete Lösungen darzustellen. Dabei wich er innerparteilichen Auseinandersetzungen keineswegs aus, sondern griff abweichende inhaltliche Ansätze auf, diskutierte sie und bereitete eine Plattform für seine Argumentation. So thematisierte er in dem zentral stehenden Artikel ausführlich das Begriffspaar ‚Sozialismus – Pazifismus‘, zweifellos ein Thema, das intern kontrovers erörtert wurde. Haubach erteilte der pazifistischen Idee eine unmißverständliche Absage. Nach

---

<sup>1088</sup> Ebd., S. 175.

<sup>1089</sup> Haubach, Theodor: Der Sozialismus und die Wehrfrage, in: Die Gesellschaft 3 (1926), H.2, S. 120 – 130, S. 128.

<sup>1090</sup> Ebd., S. 499.

<sup>1091</sup> Ebd., S. 501.

<sup>1092</sup> Ebd., S. 500 f.

seiner Auffassung müsse die Gewalt als entwicklungsgeschichtliches Phänomen begriffen werden, das seine Gestalt verändere, aber nie aufhören werde zu existieren. Sich des ‚Beistands‘ Karl Marx’ versichernd konstatierte er: „Gewalt kann aus dem Endzielbegriff des Sozialismus nicht gestrichen werden.“<sup>1093</sup> Rigoros verfuhr er auch mit der Auffassung, daß der Krieg eine „organisierte Bluttat“ und damit „ein Verbrechen“ sei. Damit überschreite die Ethik, so setzte er den Pazifisten entgegen, die Grenze zur Politik. In diesem Bereich würden andere Gesetzmäßigkeiten, andere Maximen gelten. Die Politik habe ihre „eigene Ethik“, sie bewerte „ihre Leistungen nach der Vollkommenheit, mit der irgendein angestrebtes Ziel verwirklicht worden ist.“<sup>1094</sup>

Bemerkenswert ist dieser Text einmal deshalb, weil Haubach diese heikle Herausforderung gerade auch angesichts der selbst erlebten kriegerischen Gewalt annahm, ‚dem Politischen‘ abständig-kühl einen eigenen Raum, ein Feld, zuwies, in dem es nun beileibe nicht macchiavellistisch zugeht, in dem aber doch ethische Normen den für richtig erachteten politischen Zielen untergeordnet oder aber mit einer anderen Wertigkeit versehen werden. Der der Philosophie, den Schönen Künsten, dem tiefsinnigen Diskurs wie auch der Religion zugeneigte Haubach ignorierte diesen Lebensbereich nicht etwa, sondern er trennte die unterschiedlichen Sphären, die sein Leben bestimmten, deutlich voneinander. Auf dem Feld der Politik galt das ‚Gesetz der Leistung‘, d.h. es waren die Wege zu beschreiten und Mittel einzusetzen, die halfen, das als richtig erkannte Ziel zu erreichen.

Bedeutsam ist der Beitrag zudem deshalb, weil Haubach in einer Sequenz das ‚Endziel‘ des Sozialismus zu beschreiben versuchte. Als wesentliche Elemente zählte er u.a. die „Aufhebung der Klassenschichtung, Beendigung der gegenseitigen gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung, [...] Bildung freier sich selbst verwaltender Gruppen von Produzenten und Konsumenten, ungeheure Steigerung der Produktivität, Reichtum, Freiheit, Konfliktlosigkeit“ auf. Doch der Kontext dieser Ansammlung von möglichen Zielen, die von ihm ohne Hinweise auf die jedem Aspekt zgedachte Priorität aneinandergereiht wurden, läßt vermuten, daß Haubach damit jenen gesellschaftlichen und politischen Zustand, der seiner Vorstellung von „Vollkommenheit“ nahe kam, noch nicht abschließend behandelt sehen wollte. So qualifizierte er die von ihm selbst benutzte Aufzählung leicht ironisch als „Heilslehre des Sozialismus“, fügte zudem an, daß ihr „reichlich abstrakter Charakter eine Verlebendigung erfahren“ müsse, um prinzipiell aber festzustellen: „Diese Endziellehre lebt im wesentlichen auch noch heute.“<sup>1095</sup>

Auf dem Weg zum „Endziel“ erhob sich als gewaltige Barriere die Institution Reichswehr, die nicht allein das kaiserliche Deutsche Reich repräsentierte, sondern von der zudem die Gefahr ausging, daß sie als eine Art Trojanisches Pferd traditionelle bourgeoise Normen transportieren und in die Gesellschaft infiltrieren könnte. Zudem hatten die Sozialdemokraten keinen Zugriff auf dieses Instrument „der physischen staatlichen Gewalt“, wie Haubach in anderem Zusammenhang formulierte.<sup>1096</sup> Der Umbau der Gesellschaft war nach den Vorstellungen Haubachs ohne dieses Machtmittel nicht denkbar – von einer Einflußnahme auf diese Institution waren die Sozialdemokraten aber weit entfernt, ja, sie mußten zu Recht

<sup>1093</sup> Haubach, Sozialismus und Wehrfrage, S. 123 f.

<sup>1094</sup> Ebd., S. 125.

<sup>1095</sup> Ebd., S. 121 f.

<sup>1096</sup> Ebd., S. 129.

befürchten, daß das Militär die anti-republikanischen Kräfte intensiv unterstützte. Haubach hatte den Zustand und das die Idee der Republik konterkarierende Potential der Reichswehr zweifellos zutreffend eingeschätzt.

Mit dieser Serie von Beiträgen gab Theodor Haubach seine ‚Visitenkarte‘ zum Thema Wehrpolitik ab. Er hatte wie zu anderen Fragestellungen wiederum außerordentlich gründlich den Kontext historisch wie auf die aktuelle Situation bezogen dargestellt und kommentiert. Legt man die Sonde an, die Clemens Wurm als bestimmend für jede Auseinandersetzung mit Sicherheitspolitik als notwendig erachtet, daß sie nämlich „ein Kernelement von Außenpolitik“ darstelle, so ist dieser Aspekt in den Überlegungen Haubachs nur marginal anzutreffen.<sup>1097</sup> Diese Tatsache ist deshalb als bemerkenswert festzuhalten, da Haubach die Verknüpfung durchaus sah, wie einige seiner Bemerkungen beweisen. Bereits die Wahl der Termini ‚Wehrfrage‘ oder ‚Wehrpolitik‘, die auch in der parteiinternen Diskussion üblich waren, deutet darauf, daß es der Sozialdemokratie jedoch zunächst um die Entwicklung einer Plattform ging, in der vorwiegend die nationale Situation zu berücksichtigen war. Auf den Kern des Problems hatte Haubach energisch aufmerksam gemacht, als er die Stellung der Reichswehr als für die Entwicklung der Republik kontraproduktiven Faktor heftig attackierte. Der Debatte in der SPD um die Wehrfrage – notabene: acht Jahre nach der Geburtsstunde der Republik – waren auch andere Fragen immanent, wie etwa die nach einer grundsätzlich pazifistischen Haltung, aber vor allem mußte eine Position gefunden werden, von der aus mit einem zu entwickelnden Instrumentarium das Problem ‚Reichswehr‘ zu lösen war. Wehrpolitik erhielt damit in erster Linie eine innenpolitische Akzentuierung, sie sollte letztlich auch eine gesellschaftspolitische Funktion erfüllen. Nach der Entwicklung unterschiedlicher kontextueller Zusammenhänge konzentrieren sich Haubachs Texte dann alle auf diesen Sektor. Ihn trieb zweifellos die unbefriedigende Situation der Demokratisierung um und veranlaßte ihn in dieser spezifischen historischen Situation, den Komplex Sicherheitspolitik auf den der ‚Wehrpolitik‘ zu verengen – der ‚Republikaner‘ war in ihm gegenüber dem ‚Europäer‘ hier eindeutig die bestimmende Kraft.

Eigenständige Vorstellungen zur Wehrpolitik der Partei wurden auf dem linken Flügel entwickelt. Eindeutig war der Standpunkt einer kleinen Gruppe um Max Seydewitz. Als exemplarisch für deren Position zitiert der Wortführer in seinen Memoiren aus einer Broschüre. Der Weimarer Staat wurde als „kapitalistisch“ eingeschätzt, folglich müsse jegliche Mittelzuweisung für die Armee unterbleiben und für deren „Beseitigung“ gekämpft werden. Nachdrücklich wies Seydewitz auf die Gefahr hin, daß die herrschende Klasse die Wehrmacht „zur Niederhaltung der Arbeiterklasse“ einsetzen werde.<sup>1098</sup> Erheblich schwerer tat sich der auch zum linken Spektrum gehörende Paul Levi damit, seine Position zu fixieren. In seiner Schrift „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“ holte er weit aus und charakterisierte in einem historischen Rückblick den Krieg als eine immer auf einen „politischen Zweck“ – von ihm definiert als Mittel z.B. der Eroberung und Stärkung auf Kosten anderer -, nicht aber auf ein Ziel, etwa die Sicherung der Landesgrenzen,

<sup>1097</sup> Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, S. 5.

<sup>1098</sup> Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S.186. Max Seydewitz (1892 – 1987), Redakteur, MdR: 1924 – 1932, nach 1945 Mitglied der KPD bzw. SED.

gerichtete Unternehmung.<sup>1099</sup> Wenn er auch wie Seydewitz die kapitalistischen Strukturen des Weimarer Staates ablehnte, so konnte er sich doch nicht zu einer ähnlich kompromißlosen Verdammung des Militärs durchringen. Er setzte vielmehr auf eine wachsende Stärke der sozialistischen Idee, die sich auch konkret u.a. durch zunehmenden Einfluß in den Betriebsräten und einen höheren Anteil der Partei in den Parlamenten spiegeln werde. Damit seien wichtige Hebel vorhanden, so seine Hoffnung, möglichen kriegerischen Abenteuern zu begegnen. Zudem seien die proletarischen Massen dazu zu erziehen, jedem imperialistischen Krieg ihre Unterstützung zu verweigern.<sup>1100</sup> In „einer mächtigen, nach Politik und Willen wahrhaft proletarischen Internationale“ sah Paul Levi die Garantie, daß Angriffe von außen verhindert werden könnten. Die Qual, die dem Autor die Spannung verursachte, zwischen der Hoffnung auf eine friedliche, sozialistisch bestimmte europäische Ordnung und der freilich nicht ausgesprochenen Furcht, in Kriege verwickelt werden zu können, einen ‚linken‘, vermittelbaren ideologischen Ansatz zu entwickeln, ist deutlich spürbar. Levi suchte sich dieser Herausforderung dann auch zu stellen und erwähnte eher beiläufig den Gedanken einer Miliz „von unten“, um sich dann – ihre Existenz damit nicht ausschließend – ausführlich über die demokratisch-republikanische Durchdringung und Strukturierung einer Armee zu äußern. Dazu gehörte u.a. ein Mitbestimmungsmodell, eine Gehorsamspflicht gegenüber Mehrheitsentscheidungen oder die Rekrutierung des Offizierskorps „aus proletarischen Schichten.“<sup>1101</sup>

Vor diesem Hintergrund trafen sich die Mitglieder der Wehrkommission zum ersten Male am 2.10.1928 in Berlin, um dann nach vier weiteren Sitzungen im Dezember des Jahres ihren Entwurf der ‚Richtlinien zur Wehrpolitik‘ an den Parteivorstand weiterzuleiten. Als „Gutachter“ wurden u.a. Karl Kautsky, Julius Deutsch und Otto Bauer in die Arbeit einbezogen.<sup>1102</sup> Das vorliegende Protokoll der ersten Sitzung – vom Schriftführer Carlo Mierendorff angefertigt – gewährt einen interessanten Einblick, weil die Anwesenden vom Vorsitzenden Wilhelm Dittmann aufgefordert wurden, in einer Generaldebatte die ihnen wichtig erscheinenden Aspekte darzulegen.<sup>1103</sup> Dittmann selbst suchte einleitend als Stimme des Parteivorstands Leitlinien und Grenzen der konzeptionellen Arbeit aufzuzeigen. Mit dem Hinweis auf die faschistische und bolschewistische „Gefahr“ ließ er keinen Zweifel daran, daß es eine pazifistische Lösung nicht geben könne. Neben dem Schutz der Grenzen sei „eine militärische Organisation“ unbedingt notwendig „zur inneren Sicherung, zum Schutze der Verfassung und der Republik.“ Um diesem Ziel näherzukommen, sei die Reichswehr „zu einem zuverlässigen Organ der Republik umzugestalten“. Ein Wort Rudolf Hilferdings aufnehmend, forderte er, daß die Sozialdemokratie den Kampf nicht *gegen*, sondern *um* die Reichswehr führen müsse. Nachdem Dittmann bereits einleitend dem Milizgedanken, dem Haubach anhing, eine unmißverständliche Absage erteilt hatte – Die

<sup>1099</sup> Levi, Paul: Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie, Berlin o.J. [1928], S. 6.

<sup>1100</sup> Ebd., S. 29 f.

<sup>1101</sup> Ebd., S. 31.

<sup>1102</sup> Dittmann, Erinnerungen, n. Rojahn, S. 949 f. Auf Otto Bauer (1881 – 1938), den bedeutenden österreichischen Sozialisten, wurde bereits in Kap. 4 verwiesen.

<sup>1103</sup> Sitzung der Wehrkommission am 2. Oktober 1928, 15 S., in: IISG, NL Karl Kautsky, H 38. Das Papier gelangte zweifellos auf Grund seiner Gutachterrolle in seinen Besitz.

Miliz zu fordern „dürfte wohl Niemandem von uns einfallen“ - waren die Eckdaten vorgegeben.<sup>1104</sup>

Es war wohl kaum der *genius loci*, sondern eher die häufig zu beobachtende psychologische Komponente der Berufung in einen hoch angesiedelten Arbeitskreis, daß sich die Beiträge der Mitglieder trotz aller vorhandenen ideologischen Unterschiede im Prinzip in den vom Vorsitzenden markierten Grenze bewegten. Sie wurden z.B. auch von den beiden ‚linken‘ Teilnehmern Heinrich Ströbel und Tony Sender anerkannt, wenn beide auch einzelne Aspekte schärfer akzentuierten. So hob Sender hervor, daß die Reichswehr ihrer Auffassung nach eher bereit sei „zur Verteidigung der reaktionären faschistischen Angriffe“ als zu deren Abwehr. Sie ließ zumindest in dieser Sitzung offen, was aus der Reichswehr werden solle, votierte aber selbst auch klar für ein „Heeressystem.“<sup>1105</sup> Ströbel sah auf deutschem Boden „das größte Kriegspotential“, betonte den Vorrang der Abrüstung, merkte allerdings wie resignierend abschließend an, daß die Reichswehr „wohl schwerlich plötzlich“ verschwinden könne.<sup>1106</sup>

Als einziger aus dem Kreis meldete sich Theodor Haubach mit zwei umfangreicheren Beiträgen zu Wort, sein Engagement in dieser Frage damit nachdrücklich betonend. Unzweideutig war für ihn, daß „das Wehrproblem vor allem von innen her zu sehen“ sei. Auch im Mittelpunkt seiner Einlassungen stand dabei die Reichswehr. Er blieb jedoch nicht wie die meisten seiner Mitstreiter bei der Forderung nach ihrer „Republikanisierung“ stehen, sondern brachte die Idee in die Diskussion ein, Polizei und Reichswehr insgesamt in den Blick zu nehmen, letztlich „aus der Reichswehr die Reichspolizei zu schaffen.“<sup>1107</sup> Offenkundig gereizt durch die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen der anderen Kommissionsmitglieder nach Veränderung der Reichswehr, ohne daß Hinweise auf konkrete Eingriffsmöglichkeiten gegeben wurden, stellte Haubach in seinem zweiten Beitrag fest, daß man nicht hätte zusammenkommen müssen, wenn es nur „um Bejahung der Reichswehr“ gegangen wäre. Die zwangsläufig verkürzende Form des Protokolls läßt allerdings die Deutung zu, daß seine Bemerkung „Die Reichswehr ist republikanischer, je mehr die Republik nach rechts rückt“ den Zusammenhang ironisch zu karikieren suchte.<sup>1108</sup> Selbstverständlich müsse die Armee ‚republikanisieren‘ werden, setzte er hinzu, um als gleichrangig „das Problem des Artikels 48“ zu kennzeichnen.<sup>1109</sup> Dieser Artikel räumte dem Reichspräsidenten „mit Hilfe der bewaffneten Macht“ bei vage gefaßten Voraussetzungen das Recht ein, in den Ländern einzugreifen und im Reich „die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ zu gewährleisten.<sup>1110</sup>

Beide Aspekte, die Reichswehr in einer neuen Organisation mit der Polizei aufgehen zu lassen und die konkrete Bedrohung durch die Formulierung des Artikels 48, zeigen, daß Haubach der Diskussion zwar einen möglichst konkreten Boden einziehen wollte, zugleich aber über die aktuelle Situation hinauszuweisen versuchte. Die Vorstellung, eine „Reichspolizei“ zu installieren, weist auf seine

<sup>1104</sup> Ebd., S. 1 f.

<sup>1105</sup> Ebd., S. 9 f.

<sup>1106</sup> Ebd., S. 4.

<sup>1107</sup> Ebd., S. 6.

<sup>1108</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1109</sup> Ebd., S. 14.

<sup>1110</sup> Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, in: Horkenbach, Das Deutsche Reich, S. 370.

mehrfach nachgewiesene enge Verbindung zur Institution der Polizei hin, die sich auch in seinen Beiträgen in der Bürgerschaft und im Rahmen des Wahlkampfs für den Reichstag dokumentierte. Wenn man einem solchen Konstrukt auch keinerlei Chance auf Realisierung einräumen kann – zu stabil waren die Strukturen der Reichswehr und undenkbar erscheint die Aussicht, daß die Länder den Zugriff auf die eigene Polizei aufgegeben hätten –, so demonstrierte Haubachs Gedankenführung innenpolitisch seine grundlegend reformorientierte, ‚republikanische‘ Haltung. Sie machte auch den Kern seiner Ausführungen in dieser Kommissionssitzung aus.<sup>1111</sup>

Darüber hinaus ließen seine Aussagen deutlich erkennen, daß er uneingeschränkt eine Politik befürwortete, die sich strikt an die Vorgaben des Versailler Vertrags hielt. Danach war eindeutig festgelegt, daß sich das deutsche Heer ausschließlich auf den Erhalt der inneren Ordnung und auf Aufgaben der Grenzpolizei zu beschränken habe. Es war also ein durchaus konsequenter Ansatz, die Reichswehr zu einer ‚Reichspolizei‘ zu machen. Dieser defensive Grundgedanke ist auch seinen Gedanken zur Außenpolitik zu entnehmen, die Haubach während der Kommissionssitzung äußerte. Für sie müsse höchste Priorität „die Nichtbeteiligung an Kriegen“ haben, stellte er fest. Käme es jedoch zu einem Krieg in Europa, sei der Versuch zu machen, „sich durch Neutralität aus dem Kriege herauszuhalten.“<sup>1112</sup>

Freund Carlo Mierendorff zielte mit seinem Redebeitrag in der Generaldebatte auf Näherliegendes. Auch er markierte die Reichswehr als eine Institution, die innenpolitisch die Gewichte ständig zu Gunsten der „Reaktion“ verschiebe und außenpolitisch deshalb eine Gefahr darstelle, weil sie „den Militarismus“ verkörpere. Nachdrücklich forderte er, sie „dauernder scharfer Kontrolle“ zu unterziehen. Dies sei „mithin eine politische Machtfrage“, der sich die Sozialdemokratie zu stellen habe. Außerordentlich skeptisch äußerte er sich zu dem Gedanken der Neutralität; er konnte sich nicht vorstellen und verwies vor allem auf die Bedrohung durch den italienischen Faschismus, daß Deutschland letztlich eine neutrale Position würde durchhalten können.<sup>1113</sup>

Bereits gegen Ende Dezember 1928 ging den Redaktionen der SPD-Parteipresse der von der Kommission verabschiedete Entwurf der „Richtlinien zur Wehrpolitik“ mit der Bitte zu, ihn „bitte am <Freitag, den 28. Dezember> [i.Orig. unterstrichen, P.Z.] - nicht früher – (zu) veröffentlichen.“<sup>1114</sup> Er enthielt eine eindeutige Absage an „den Krieg als Mittel der Politik“ und entwarf das Netz eines internationalen Überwachungs- und Schiedsgerichtssystems, das diesem Ziel dienen sollte. Eingebettet werden sollten die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in einen umfassenden Abrüstungsprozeß, in der der Deutschen Republik „eine historische Mission zugefallen“ sei.<sup>1115</sup> Eindringlich warnte das Papier davor, daß deutsche Regierungen die auferlegten Rüstungsbeschränkungen nicht einhielten – es dürfe den anderen Mächten kein Vorwand geliefert werden, etwa Sanktionen aus-

<sup>1111</sup> Nicht nachvollziehbar ist die Einschätzung Albrechts, nach der Haubach in dieser Generaldebatte „vom Primat der Außenpolitik in der ‚Wehrfrage‘ ausging“; in: Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 90. Das traf weder für die aktuell beschriebene Situation noch generell für Haubach zu.

<sup>1112</sup> Protokoll Wehrkommission, S. 14.

<sup>1113</sup> Ebd., S. 7 f.

<sup>1114</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Richtlinien zur Wehrpolitik, Berlin, 24.12.1928, in: IISG, NL Karl Kautsky, H 38, 3 S., S. 1.

<sup>1115</sup> Ebd.

zusprechen. In Abschnitt III folgte dann das klare Bekenntnis zu einer eigenen Wehrmacht, solange nämlich „die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten“ drohe oder Deutschland „als Aufmarschgebiet missbraucht“ werden könne. „Zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes“ sei folglich „eine Wehrmacht aufrecht zu erhalten.“ Diese habe sich allerdings als „dienendes Glied in die demokratische Republik“ einzuordnen. Ungeschminkt wurde dann auf die Notwendigkeit verwiesen, daß die Reichswehr „umzugestalten“ sei, wenn dieses Ziel angestrebt werde. Ein Kanon von zehn Forderungen erläuterte die zu ergreifenden Maßnahmen, die u.a. darauf hinausliefen, ein effektiveres parlamentarisches Kontrollsystem zu installieren, die demokratischen Rechte des einzelnen Soldaten zu stärken, die Aufstiegschancen aus dem Mannschaftsstand zu erweitern, republikanische Inhalte in den Mittelpunkt der Schulung zu stellen und die Einsatzmöglichkeiten der Truppe eindeutig zu bestimmen.<sup>1116</sup>

Der Wunsch der Kommission und des Parteivorstands, die eigene Klientel mit der Reichswehr als Institution zu versöhnen, der aus der Arbeiterschaft offene Ablehnung entgegenschlug, läßt sich anhand des Gewichts dieser „Forderungen“ im Rahmen der ‚Richtlinien‘ nachvollziehen. Zudem mühten sich die Verfasser in den Abschnitten IV und V, die Bedeutung der SPD als Vertreterin der Arbeiterklasse für den Prozeß der internationalen Befriedung und den einzuleitenden Abrüstungsprozeß zu akzentuieren und damit die Mitgliedschaft in den gesamten Komplex mit einzubeziehen.

Doch dieses dem Umfang nach eher schmale Papier forderte eine außerordentlich lebhaft und kontroverse innerparteiliche Diskussion heraus. Wilhelm Dittmann, der Vorsitzende der Kommission, bezifferte die Zahl der Artikel, die sich mit den ‚Richtlinien‘ befaßten auf 500 bis 600, die Zahl der Versammlungen zum Thema „war noch weit größer.“<sup>1117</sup> Da diese Auseinandersetzung in einem relativ kurzen Zeitraum ausgetragen werden mußte, nämlich zwischen Anfang Januar 1929 und dem 28. Mai 1929, dem Tag, an dem der Entwurf auf dem Parteitag in Magdeburg abschließend diskutiert werden sollte, läßt die Fülle der Reaktionen auf die Brisanz schließen, die der Komplex Wehrpolitik – in erster Linie der Aspekt ‚Reichswehr‘ - bei den Mitgliedern der SPD hervorrief. Doch trotz weit auseinanderliegender Standpunkte, die in der intensiven Diskussion zutage traten, setzte sich das Papier prinzipiell durch. Ein Vergleich des Entwurfs mit der endgültigen Fassung der ‚Richtlinien‘ läßt in drei geänderten Sequenzen den Einfluß des linken Lagers erkennen. Einmal wurde der Wille zur Abrüstung im eigenen Land nun auch festgeschrieben – die SPD forderte „den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands“, damit die unscharfen Verweise des ursprünglichen Textes auf mögliche internationale Abrüstungsbemühungen auf die eigene Verantwortlichkeit zurückführend. Geändert wurde außerdem die Passage, in der der Erhalt einer „Wehrmacht“ als notwendig erklärt wird. Sie sollte nach der verabschiedeten Fassung „der Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse“ dienen, nicht mehr „der Selbstbestimmung ihres [der Deutschen Republik, P.Z.] Volkes“ – die Befürchtung der Linken, daß diese Formulierung auch bourgeoise Errungenschaften umfaßte, soll-

<sup>1116</sup> Ebd., S. 2 f.

<sup>1117</sup> Dittmann, Memoiren, S. 950.

te so ausgeräumt werden. Außerdem wurde die Forderung nach parlamentarischer Kontrolle der Reichswehr erheblich verschärft.<sup>1118</sup>

Legt man die Beiträge Theodor Haubachs in Zeitschriften und während der Kommissionssitzung zugrunde und mißt sie an der verabschiedeten Fassung der ‚Richtlinien‘, so ist festzustellen, daß er zweifellos zum Lager der Reformer gehörte, die sich letztlich mit diesem grundlegenden Papier auch durchsetzten. Unberücksichtigt blieb sein Vorschlag nach Aufstellung milizähnlicher Verbände, die – so sein letzter Vorschlag dazu – „dem stehenden Heer“ angegliedert werden könnten.<sup>1119</sup> Keine Resonanz fand übrigens in der gesamten Diskussion seine Idee einer ‚Reichspolizei‘. Doch Haubach befand sich durchaus in der Mitte der diesen innerparteilichen Prozeß dominierenden Gruppierung von SPD-Politikern. So erhielt er auf dem Parteitag ausführlich das Wort, um die ‚Richtlinien‘ zu begründen.<sup>1120</sup> Ähnlich exponiert konnte er das Papier vor Beginn des Magdeburger Parteitages umfassend im wichtigsten theoretischen Organ der Partei, in der ‚Gesellschaft‘, kommentieren.<sup>1121</sup> Raum erhielten zum gleichen Thema in dieser Ausgabe der Zeitschrift auch Toni Sender, Julius Leber und Carlo Mierendorff. Haubachs Text ist eindeutig als Versuch angelegt, die Mitglieder für den Entwurf zu gewinnen. Mit wiederum gewagten verbalen Volten, siedelte er die ‚Richtlinien‘ im Spannungsfeld „zwischen Ideal und Wirklichkeit“ an, also dem „Endziel“ des Sozialismus und der bestehenden Realität, offerierte den ablehnenden oder zögernden Mitgliedern sozusagen als pauschale Entlastung bei abweichenden Auffassungen die gesperrt gedruckte Maxime: „nur durch die Pforte des Widerspruchs öffnet sich der Zugang zur Welt des Handelns und der Welt der Tat.“<sup>1122</sup> Nur den ungenauen oder sowieso bereits überzeugten Leser konnte eine solche Formulierung eigentlich überzeugen. Dem politischen Entscheiden und Agieren maß er damit eine Art Selbstzweck zu, dabei ging es doch gerade um die Frage, das Ziel und den Kern des Handelns zu bestimmen. Vollends für die ‚Richtlinien‘ aufschließen und von ihnen überzeugen wollte Haubach zweifellos mit der Erkenntnis, daß „aus der Lage der bewaffneten Macht im Gesellschaftsganzen [...] die jeweilige Klassenkampflage mit besonderer Genauigkeit abzulesen“ sei. Doch statt von einem schon (fast) verlorenen Kampf zu sprechen, entdeckte er „Schwierigkeiten, Spannungen, Differenzen“. Das Wehrprogramm solle nun dazu dienen, so sein Ausblick, „diese Schwierigkeiten mit der Waffe der Erkenntnis zu meistern.“<sup>1123</sup>

Die Vorbehalte vieler Mitglieder der Partei gegen ‚die Intellektuellen‘ unter den Genossen kann man bei der Lektüre derartiger Formulierungen nachvollziehen – wahrscheinlich unbewußt deckte Haubach für das Ziel, Überzeugungsarbeit leisten zu wollen oder zu sollen, Grundprobleme mit einem Sprachteppich zu, versuchte, verbal zu brillieren, wo eine eindeutige, selbstkritische Analyse angebracht gewesen wäre. Mit eindrucksvoll-elaborierten Verbalisierungen waren aber

<sup>1118</sup> Richtlinien zur Wehrpolitik, in Magdeburg verabschiedete Fassung, in: Dittmann, Memoiren, S. 954 f.

<sup>1119</sup> Haubach, Wehrfrage, in: Die Gesellschaft 4 (1927), Bd. 1, H. 6, S. 500.

<sup>1120</sup> Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Berlin 1929, S. 148 ff.

<sup>1121</sup> Haubach, Theodor: Die Richtlinien zur Wehrfrage, in: Die Gesellschaft 6 (1929), Nr.2, S. 97 – 112.

<sup>1122</sup> Ebd., S. 98.

<sup>1123</sup> Ebd., S. 99.

weder die pazifistisch Gesonnenen zu überzeugen, noch jene Parteimitglieder, die anhand der tatsächlich vorhandenen Macht der Reichswehr radikaleren Lösungen anhängen. Eindrucksvoller nimmt sich da schon der Beitrag der Reichstagsabgeordneten Toni Sender aus, die klar ihre Unzufriedenheit mit einzelnen Passagen der ‚Richtlinien‘ formulierte und konkrete Hinweise auf anders zu setzende Akzentuierungen gab.<sup>1124</sup> Auch sie wie alle, wirklich ausnahmslos alle Politiker der Sozialdemokratie hatten den krakenähnlichen Einfluß der Reichswehr registriert und konnten nicht umhin, ihn als Symbol eines wiedererstarkten restaurativen Systems zu deuten. Den ‚Richtlinien‘ war offenkundig die Funktion zugeordnet, als Vehikel zu dienen, die Sozialdemokraten als geschlossene Einheit diesem Gegner gegenüber zu versammeln, Selbstvertrauen aus den Wahlergebnissen des Jahres 1928 und aus dem Willen zum Kampf zu entwickeln, doch die entscheidenden Weichenstellungen waren 1919/20 verpaßt worden. Mittlerweile hatten sich die Strukturen der Reichswehr intern verfestigt, außerdem konnten mit dem Reichspräsidenten und Vertretern aus allen bürgerlichen Parteien Garanten angeboten werden, die einen nicht-sozialistischen Staat aufzubauen beabsichtigten. Jedes Aufbegehren gegen die bewaffnete Staatsmacht war in der Gefahr, nach Artikel 48 als „gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ gerichtet interpretiert und mit Waffengewalt niedergeschlagen zu werden. Gelten konnte für die Sozialdemokraten also nur das Prinzip Hoffnung, nämlich mit den Möglichkeiten, die die Verfassung der Republik bot, die parlamentarische Macht zu erringen, um von dieser Grundlage aus mittel- und langfristig die Institution ‚demokratisch zu unterwandern‘, sie letztlich zu einem Instrument der Republik zu machen. Für Haubach wie für Sender, beide unterschiedlichen Lagern in der Partei angehörend, erschien dieser Weg der einzig gangbare zu sein. Doch sie stellten ihr Votum in einen je anderen Kontext – und spiegelten damit auch die große Bandbreite des Politikverständnisses in der Partei wider.

Senders Überlegungen nehmen sich aus, als gelte es, den Spagat in die Zeiten der USPD, der sie einmal angehört hatte, aufrechtzuerhalten: „Gerade der Revolutionär, der die jetzige Aufgabe des Klassenkampfes begriffen hat, wird sich mit allem Scharfsinn und voller Energie dafür einsetzen, in alle Sphären des Staates einzudringen.“ Da nach ihrer Meinung, „das Ideal der sozialistischen Idee“ nicht nur ungebrochen sei, sondern „leuchtender denn je“ erstrahle, könne sie „mit vollem Herzen“ dafür stimmen, „auf eine völlige Umwandlung der gegenwärtigen Armee“ hinzuarbeiten.<sup>1125</sup> Erheblich zurückhaltender formulierte dagegen Theodor Haubach, die ‚Revolutionäre‘ hatten in seinen Überlegungen zur bestmöglichen Entwicklung der Republik ohnehin nie einen Platz gehabt. Er setzte auf „den Kampf der organisierten deutschen Arbeiter“ und zwar auf die politische Auseinandersetzung nach den Regeln der Demokratie, die in erster Linie von der SPD und den Gewerkschaften zu führen sei. Würde man im Reichstag und in den Landtagen den notwendigen Einfluß gewinnen, „so löst sich mit allen anderen Fragen auch die Frage der Wehrmacht in unserem Sinne.“<sup>1126</sup>

<sup>1124</sup> Sender, Tony: Kritik an den Richtlinien zur Wehrpolitik, in: Die Gesellschaft, 6 (1929), Nr. 2, S. 113 – 124. Die Schreibweise des Vornamens der Verfasserin in der Zeitschrift wie hier angegeben; in der vorliegenden Arbeit wird jedoch durchgehend die von ihr auch für die Memoiren verwendete Fassung Toni verwendet.

<sup>1125</sup> Ebd., S. 117.

<sup>1126</sup> Haubach, Richtlinien, S. 111.

Ratlosigkeit herrschte jedoch bei allen Sozialdemokraten, wenn sie daran dachten, daß ihre „10 Forderungen“ aus den ‚Richtlinien‘, die die Reichswehr ‚demokratisieren‘ sollten, nicht umgesetzt werden könnten. Toni Sender ließ diese Frage gar nicht an sich herankommen und versprühte mit sozialistischem Pathos Optimismus. Haubach sah als Schreckensvision, daß „der fürchterliche Weg des Bürgerkrieges“ drohen könne, den er jedoch nicht beschreiten wolle, weil dieser „zur Katastrophe des ganzen Volkes“ führen würde.<sup>1127</sup> Haubach hatte sich also wie die weit überwiegende Mehrheit der Partei auch in der bedeutsamen Frage der Wehrpolitik – exemplarisch für die politische Grundhaltung – eindeutig für ein demokratisches Vorgehen entschieden. Das Vertrauen in die Verfassung und ihre Organe besetzte den höchsten Stellenwert. Weil Haubach wie viele seiner Genossen diese Staatsform uneingeschränkt bejahte, dachte und handelte er aus tiefer Überzeugung kompromißlos von ihrer kodifizierten Grundlage aus, vielleicht sollte auch allen anderen Bürgern damit demonstriert werden, daß es keine Alternative zum republikanischen Weg gab. In seinem stark appellativen Text für das Organ der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft, aus dem bereits zitiert wurde, verließ er den Boden nur respektvollen oder gar weihevollen Umgangs mit der neuen Verfassung. Er forderte „die Republikaner“ dazu auf, sich nicht mit der demokratischen Folie, die die Weimarer Verfassung abgab, zufriedenzugeben, nicht in „Formalismus“ zu erstarren, sondern die politischen Optionen und Notwendigkeiten zu erkennen. Das bedeutete für ihn, daß „wir Republikaner“ anders als 1848 kraftvoll Positionen erkämpfen und besetzen sowie beispielsweise die Organe der Exekutive „im staatspolitischen Sinn“ politisieren müßten.<sup>1128</sup>

Mißt man die Position Haubachs stellvertretend für die reformerische Mehrheit an der oben skizzierten Paul Levis, so fallen einige Übereinstimmungen ins Auge. Beide votierten für ein Instrumentarium, mit dem die eigenen Landesgrenzen verteidigt werden konnten. Als bemerkenswert sei angemerkt, daß ja auch Haubach den Gedanken eines Milizsystems propagiert hatte, ihn allerdings schnell fallen ließ, weil er vermutlich in der großen Mitte der Partei dafür keinen Widerhall fand. In beiden Lagern wurde gleichfalls deutlich eine Reform der bestehenden Wehrmacht eingefordert. Dabei gingen die Vorstellungen Levis, wie oben skizziert wurde, erheblicher weiter. Es ist denkbar, daß sich Kreise der Reichswehr, wenn sie sich denn überhaupt für die Auseinandersetzungen in der SPD zu diesem Komplex interessierten, sowohl für die Forderungen der Reformier wie für die linken Kräfte nur Spott, Hohn und möglicherweise tiefe Verachtung empfanden. Zu weit waren sie einer eigentlich zwingend notwendigen innenpolitischen Auseinandersetzung enthoben und fühlten sich in ihrem eigenen (Reichswehr-) ‚Staat‘ gut aufgehoben.

Es wurde oben bereits darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten es fraglos versäumt hatten, ein Heer zu installieren, das loyal zur Republik stand. Mit der vermeintlichen Abhängigkeit von der Kompetenz der kaiserlichen Militärführer in der Zeit der vorgeschriebenen Abrüstung hatten diese den Fuß in die Tür und daraufhin das Terrain kontinuierlich unter ihre Herrschaft gebracht. Die ‚alten‘ Militärs verweigerten fortan die Kooperation mit den Sozialdemokraten, besetzten einflußreiche Posten mit eigenen Gefolgsleuten und nutzten zunehmend geheime Kanäle an den ihnen nicht genehmen verantwortlichen Politikern vorbei. Auf die-

<sup>1127</sup> Ebd., S. 112.

<sup>1128</sup> Haubach, Reichswehr und Macht, S. 7 f.

sen Aspekt verweist Olaf Janke in einer jüngeren Untersuchung zu Recht.<sup>1129</sup> Umso erstaunlicher mutet es deshalb an, daß sich der Verfasser im Verfolg seines Bemühens, ‚die SPD‘ in dieser Frage als absolut unfähig darzustellen, dazu versteigt, ihr vorzuwerfen, sie habe „nicht energisch genug auf einen Ausgleich mit den Rechtsparteien gedrängt“, dann wäre die bürgerliche Rechte „möglicherweise [!] zu einer kompromißbereiteren Haltung gezwungen“ gewesen. Fast grotesk erscheint die abschließende Bewertung in diesem Kontext, daß Janke den tiefgreifenden Unterschieden zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien, die ja grundlegende Differenzen im Verständnis von Gesellschaft und Politik widerspiegeln, den Rang von Mißverständnissen zuweist und anmerkt, daß bei einer anderen „Streitkultur“ eine gemeinsame Plattform hätte gefunden werden können.<sup>1130</sup> Bei dem Bemühen, die Anteile der SPD in dem Gesamtzusammenhang Wehrpolitik angemessen zu gewichten, ist unbedingt das Versäumnis festzuhalten, daß sich die SPD erst zehn Jahre nach der Gründung der Republik um eine partei-offizielle Plattform für eine Wehrpolitik bemühte. Damit war sie strukturell in den vorhergehenden Jahren zweifellos ein schwacher Widerpart für die Kräfte im Staat gewesen, die beharrlich – und damit das restaurative Potential stärkend – am Ausbau der Reichswehr gearbeitet hatten. Es muß offen bleiben, ob die Sozialdemokraten überhaupt eine Chance der Einflußnahme besessen hätten. Mit ihren nun spät verabschiedeten ‚Richtlinien‘ zur Wehrpolitik wiesen sich die Sozialdemokraten außenpolitisch als eindeutig defensiv eingestellt aus. Ihre Vorstellungen für eine Reform des Heerwesens trug eine deutlich demokratische Handschrift. Das verabschiedete Programm kann als fortschrittlich deshalb bezeichnet werden, weil die Strukturen traditioneller Armeen in Frage gestellt wurden und nach den Vorgaben der republikanischen Verfassung novelliert werden sollten. Doch die Delegierten des Magdeburger Parteitages wußten – das machen viele Debattenbeiträge deutlich –, welche schwere Aufgabe ihnen bevorstand: Die Reichswehr war zu einer Macht in diesem Staat geworden. Nicht ahnen konnten die SPD-Politiker, daß ihnen in dieser Republik kaum noch Zeit für konkrete Schritte zur Verfügung stand: Die politischen Rahmenbedingungen veränderten sich in der Folge dramatisch zu Ungunsten der Sozialdemokraten.

Ein Blick soll noch auf die Handlungsweise Haubachs im Verlauf der Diskussion um die Wehrpolitik geworfen werden. In seinen Beiträgen für Zeitschriften hatte er bereits die für die interne Auseinandersetzung wesentlichen Aspekte entwickelt und lag mit seiner Bewertung auf der Linie der später entstehenden ‚Richtlinien‘. Es mag ihn geschmerzt haben, daß es nicht zu einem breiter angelegten Diskurs des gesamten Zusammenhangs kam, wie auch die Tatsache, daß einige seiner konkreten Vorschläge nicht weiter verfolgt wurden. Unmut äußerte er jedenfalls während der ersten Sitzung der Kommission, als er lobend das „Linzerprogramm“ [der österreichischen Sozialdemokraten, P.Z.] erwähnte und auch die österreichische positiv von der sozialdemokratisch geführten deutschen Regierung absetzte.<sup>1131</sup> Doch seine loyale – „treue“, wie Alma de L’Aigle es ausdrückte – Grundhaltung gegenüber der Partei erwies sich dann in seinem wahrscheinlich von den

<sup>1129</sup> Janke, Olaf: Die Reichswehrpolitik der SPD in den Jahren 1918 – 1930. Ursachen und Hintergründe des Scheiterns der sozialdemokratischen Reichswehrpolitik in der Weimarer Republik, Diss.unveröff., Frankfurt/M. 1999, S. 364 f.

<sup>1130</sup> Ebd., S. 249 f.

<sup>1131</sup> Protokoll Wehrkommission, S. 7 u. S. 14.

Parteiobereen gewünschten Engagement für die von der Kommission verabschiedete Fassung der ‚Richtlinien‘, das er auf dem Parteitag und in der ‚Gesellschaft‘ mit großem Einsatz betrieb.

### 5.3 **Momentaufnahme III : Von den Grenzen innerparteilicher Aufstiegschancen für einen ‚jungen Intellektuellen‘**

Die bisher dargestellten Felder seiner Tätigkeit während der Hamburger Jahre zwischen 1923 und 1929 weisen ein eindrucksvolles Engagement Theodor Haubachs für die Sozialdemokratie nach. Im folgenden Kapitel wird sich der Eindruck seines intensiven Einsatzes noch durch die Darstellung von zeitlich parallel verlaufenden Aktivitäten außerhalb der SPD weiter verdichten. Aus den in der ‚Momentaufnahme II‘ apostrophierten „Konturen“ seiner politischen Zielvorstellungen entwickelten sich stabile Leitlinien. Sie erhielten ihre Kraft aus der Überzeugung Haubachs, die mit der Republik geschaffene Staatsform unbedingt erhalten und ausbauen zu wollen. Flankiert wurde dieses Ziel von der Forderung nach einer – auf dem deutsch-französischen Ausgleich fußenden - deutschen Außenpolitik, die dazu beitragen sollte, die Staaten Europas in friedlicher Koexistenz näher zusammenrücken zu lassen.

Diese beiden dominierenden Komponenten bildeten, wie die Fülle seiner Beiträge zeigt, jeweils die Bezugspunkte für die Analyse aktueller politischer Tagesereignisse oder auch langfristiger Entwicklungen. Sowohl auf innenpolitischem wie auf außenpolitischem Gebiet betonte er die Bedeutung der sozialistischen Idee. Aber sie erhielt in keinem seiner Texte einen Rang zugesprochen, der sie zum Kern, zur Leitidee und zum Movers der von ihm gewünschten politischen und gesellschaftlichen Entwicklung gemacht hätte. Erst nach der Stabilisierung des republikanischen Staates sollte nach seinen Vorstellungen die Umgestaltung der Gesellschaft „im sozialistischen Sinne“ vorangetrieben werden.

Als symptomatisch für Haubachs grundlegende Einstellung kann auf eine Formulierung verwiesen werden, die er auf dem Parteitag in Kiel in seinem Debattenbeitrag wählte. Im Rahmen eines gedanklichen Kontextes, in der er sich mit der Frage der „Kriegsverhinderung“ auseinandersetzte, forderte er dazu auf, „das Proletariat zu einer großen Bestimmtheit und Klarheit zu erziehen.“<sup>1132</sup> Dabei umriß er auch allerdings recht vage den Kreis der ‚Erzieher‘ mit dem Personalpronomen „wir“. Erstaunlich ist die Selbstverständlichkeit, mit der ‚die Partei‘ und deren Sympathisanten von ihm differenziert wurde nach führenden Kräften und einer anzuleitenden, zu erziehenden Klientel. Eindeutig wirken in einer derartigen Grundhaltung die von Max Weber vertretenen Positionen mit, die u.a. mit Alfred Weber, Karl Jaspers oder Albrecht Mendelssohn Bartholdy auch bedeutende Männer vertraten, zu denen Haubach auf seinem bisherigen Weg engere Kontakte aufgenommen hatte und auf die in einem vorhergehenden Kapitel bereits eingegangen wurde. Eine wahrscheinlich unbewußt distinktive Auffassung kam damit – auf dem Parteitag unwidersprochen – zum Ausdruck, die eben auch die ‚sozialistische Idee‘ nicht als *den* programmatischen Kern begriff, um deren Realisierung beständig zu kämpfen war, sondern als eine Art Programmpunkt, der realisiert werden sollte, wenn die politischen Voraussetzungen nach Meinung der geistig

---

<sup>1132</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927, S. 244.

führenden Kräfte dafür gegeben waren. So ist auch das an verschiedenen Stellen im Laufe dieses Kapitels angemerkt, fast sinnenleert scheinende Zitieren der ‚sozialistischen Idee‘ bei Haubach und anderen Sozialdemokraten erklärbar: Diese hatte noch keine aktuelle Bedeutung, sollte aber als traditionelles Symbol bewahrt bleiben und durchaus auch dem Teil der Arbeiterschaft, der zwischen SPD und KPD schwankte, als verheißungsvoller Hinweis darauf dienen, daß sie weiterhin Teil der sozialdemokratischen Programmatik war.

Haubach vertrat seine Positionen mit großer Beharrlichkeit, und er scheute sich auch nicht, ihre Grundaussagen in immer neuen Zusammenhängen nachdrücklich zu wiederholen. Dabei formulierte er weiterhin häufig eher umständlich-dozierend, für den Adressatenkreis der ‚Gesellschaft‘ mag das kein Problem gewesen sein, aber die Leserschaft des Hamburger Echos kostete es sicherlich einige Mühe, seine in einer Art Hauptseminar-Jargon verfaßten Texte zu goutieren, wenn sie auch für diese Klientel spürbar konkreter gestaltet waren. Sie hatte vermutlich auch Carlo Mierendorff im Auge, als er dem gemeinsamen Bekannten Halperin – fast hörbar seufzend – seine Einschätzung „über Theo“ mitteilte: „Aber er schreibt <noch immer> [eingefügt, P.Z.] schrecklich.“<sup>1133</sup> Mierendorffs Texte unterschieden sich sprachlich tatsächlich erheblich von denen des Freundes Theo; sie zeichnete ein höherer Grad an Lebendigkeit aus, im Sprachduktus vermochte er sich besser auf den jeweiligen Adressatenkreis einzustellen. Virtuos pendelte er zwischen satirischen und gewichtigen analytischen Beiträgen, wie in seinem Aufsatz „Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung“, der als eines der wenigen Zeugnisse ernsthafter Analyse des Nationalsozialismus aus sozialdemokratischer Sicht auch heute noch häufig gerühmt und zitiert wird.<sup>1134</sup>

Haubach war sicher nicht bereit, kritische Anmerkungen seines Freundes zu seiner Art, Texte zu gliedern und sprachlich zu gestalten, anzunehmen, die dieser im eben zitierten Brief ankündigte. Haubachs Schreibhaltung war Ergebnis seiner Sozialisation, deren wesentliche Elemente sich bereits früh konstituiert hatten. Sie bildete zweifellos Haubachs um Gründlichkeit und Tiefenschärfe bemühte Haltung ab, mit der er anstehende Fragestellungen zu analysieren suchte. Unverzichtbar schienen ihm dafür regelmäßig außerordentlich differenzierte Begriffsklärungen und der Versuch, die verwendeten Termini in ein Ordnungssystem zu bringen – Akzentuierungen also, die durch das Studium, durch eine philosophische Schule bzw. Schulung zweifellos an Stabilität gewonnen hatten. Bereits in seinen Jugendjahren begleitete ihn der Ruf, wie gezeigt wurde, in Diskussionen derjenige zu sein, der den Gesprächskern exakt zu bestimmen und dann eingehend zu sezieren wußte, dabei auch den Gegenüber zu größter gedanklicher Genauigkeit zwingend. Zur Heidelberger Zeit, erinnert sich Zuckmayer, „verachtete er bereits jede leichtfertige und nicht genau durchdachte, sprachlich unklare Formulierung“ – diesem hohen Anspruch mag er im direkten Gespräch auch selbst genügt haben, seine Texte waren sicher „durchdacht“, ihnen mangelte es allerdings hin und wieder an Direktheit und Klarheit.<sup>1135</sup>

<sup>1133</sup> Brief Carlo Mierendorff an Josef Halperin v. 28.5.1925, in: Robert-Walser-Archiv Zürich, NL Josef Halperin, 3. S.

<sup>1134</sup> Mierendorff, Carl [sic]: Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), Nr. 6, S. 489 – 504.

<sup>1135</sup> Zuckmayer, Als wär’s, S. 332.

Theodor Haubach wollte sich auch der traditionell gewachsenen und festgefügt Klientel der SPD nicht etwa äußerlich ‚anpassen‘, sondern war davon überzeugt, daß in dieser Organisation nicht nur Platz für ihn war, sondern daß er auch für sie eine wichtige Funktion wahrnehmen könne. Er trat auf und schrieb eben auch bewußt und demonstrativ als ‚Intellektueller‘ und war zudem ein Vertreter der ‚jungen Generation‘ in der Partei. Damit schnitten sich in der Person Haubachs zwei Stränge, die Historiker und Politiker zu mancherlei Hypothesen bei dem Versuch herausforderten, die innerparteilichen sozialdemokratischen Strukturen während der Weimarer Republik transparent zu machen.

Vorauszuschicken ist, daß die Begriffe ‚Akademiker‘ und ‚Intellektuelle‘ in der Literatur häufig als Synonyme benutzt werden, obwohl sicherlich nicht jeder Akademiker als Intellektueller zu bezeichnen ist, nicht jeder Intellektuelle zwangsläufig ein Studium abgeschlossen haben muß. Haubach repräsentierte nach allen vorliegenden Schilderungen von Zeitgenossen zweifellos den Typus des Intellektuellen *und* Akademikers. Einigkeit herrscht in der Geschichtsschreibung darüber, daß die Akademiker in der SPD einen schweren Stand hatten. Die Partei hatte nach der Revolution großen Zulauf aus dieser Schicht erfahren, schnell zogen sich – es sei an die Bemerkung Carl Severings erinnert – viele dieser Neumitglieder wieder zurück, als sich die Erwartungen auf eine schnelle Realisierung ihrer politischen Vorstellungen oder auf eine rasante Karriere nicht erfüllten. Bestand hatte allerdings eine abwartend-distanzierte Grundhaltung, die sich oft auch unverhohlen als Mißtrauen zeigte, vor allem von Seiten „der maßgeblichen sozialdemokratischen Funktionäre gegen die als unzuverlässig und überheblich geltenden Intellektuellen.“<sup>1136</sup>

Gestützt wird diese Einschätzung in den Erinnerungen des unmittelbar beteiligten Hugo Marx, der darauf verweist, daß der Begriff „Akademiker [...] in den Kreisen der Partei einen zwielichtigen Klang“ gehabt habe, „da die Arbeiter damit meist die Vorstellung von Überheblichkeit verbanden.“<sup>1137</sup> Er ließ sich jedoch von derartigen Urteilen nicht verschrecken, hielt an der Idee fest, „Geistesarbeiter aus dem bürgerlichen Milieu an die Sozialdemokratie heranzuziehen“ und ging daran, innerhalb der Partei eine Gruppe zu bilden, in der sich die von ihm ins Auge gefaßte Klientel zusammenfinden konnte.<sup>1138</sup> Seit dem Herbst 1925 sind bei Walter die Bemühungen dokumentiert, unter wechselnden Bezeichnungen – von ‚Sozialistischer Studiengesellschaft‘ über ‚Verband sozialdemokratischer Akademiker‘ bis ‚Sozialdemokratischer Intellektuellenbund‘ – dieser spezifischen Mitgliedergruppe durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei größeres Gewicht zu verschaffen.<sup>1139</sup> Die Zielsetzung Marx´, dem es darum ging, bürgerlich-intellektuelle Schichten für die SPD zu gewinnen und deren Potentiale als „geistige Techniker“, wie er sich ausdrückte, für die Arbeit der Gesamtpartei zu erschließen, konnte letztlich nie umgesetzt werden. Der Kreis, untergliedert in

<sup>1136</sup> Walter, Franz: Sozialdemokratische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 89.

<sup>1137</sup> Marx, Hugo: Werdegang eines jüdischen Staatsanwalts und Richters in Baden (1892 – 1933): ein soziologisch-politisches Zeitbild, Villingen 1965, S. 192. Hugo Marx, Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg seit 1913, war als zuständiger Staatsanwalt in die Lenard-Affäre involviert; seine Darstellung in seinen Erinnerungen, vgl. dazu S. 167 – 175.

<sup>1138</sup> Ebd.

<sup>1139</sup> Walter, Sozialdemokratische Akademiker, S. 89 – 91.

eine Reihe regionaler Gruppen, gerann zu einem ‚akademischen‘ Diskussionsforum mit großer Themenvielfalt.

Auch Theodor Haubach nahm – das kann nicht überraschen – Kontakt zu diesem Verband auf und wurde auf einer Liste von Referenten mit dem „Themengebiet Außenpolitik“ geführt. Diese Referenten wurden den verschiedenen Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei als Experten für Fragen des Rechts, der Religion, der Philosophie oder Finanzwissenschaft angeboten.<sup>1140</sup> Der Verband verlor zunehmend an Kraft, allein der Vorsitzende hielt ihn mit großer Energie am Leben. Die Arbeitsgemeinschaft krankte einmal daran, daß die zugrunde liegenden Zielvorstellungen nicht tragfähig waren. Diese und die Praxis des Verbandes analysierte Anna Siemsen und kam zu dem Ergebnis, daß weder für eine Akademiker- noch für eine Intellektuellen-Organisation in der SPD Platz sei. Sie forderte die Mitglieder dieser Gruppierung dazu auf, den Sonderweg aufzugeben und sich den bereits bestehenden innerparteilichen Organisationen anzuschließen.<sup>1141</sup> Welch scharfer Wind den Initiatoren des Akademiker-Verbandes in der Partei entgegenschlug, mag auch die Antwort Fritz Naphtalis, eines renommierten Wirtschaftsjournalisten und innerparteilichen Experten für ökonomische Fragen, illustrieren, der auf die Fragestellung aus diesem Kreis, ob in der Partei konservative Tendenzen zu erkennen seien, spürbar ungeduldig antwortete: „Die Frage nach den konservativen Tendenzen in der Sozialdemokratie ist, wie ich wohl mit Recht annehme, von dem Intellektuellenbund aufgeworfen worden, um ihre Tendenzen zu bekämpfen. Möge er von der akademischen Frage zum ersten praktischen Schritt übergehen – und verschwinden.“<sup>1142</sup>

Bei den innerverbandlichen Schwächen und derartig massiver Kritik aus der Mitgliedschaft der Partei gelang es auch in der Zeit der stärksten Blüte der Organisation nicht, das Desinteresse oder die offene Ablehnung des Funktionärskorps der Sozialdemokratie zu überwinden. Selbst Parteiführer wie Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid, die dem Milieu der Akademiker zweifellos verhaftet waren, scheuten davor zurück, offensiv für *diese* Arbeitsgemeinschaft zu werben, auch wenn sie keine ideologischen Bedenken wie etwa Anna Siemsen hatten. Die Darstellung der Bemühungen Marx´ zu dieser Frage läßt den Schluß zu, daß sich die SPD-Spitzen bei ihrer Schicht der Parteifunktionäre nicht dem Verdacht aussetzen wollten, daß „ein besonderer Führungskörper geschaffen werden (solle), der den aus dem Arbeiterstand kommenden Parteifunktionär in den Hintergrund zu drängen beabsichtige.“<sup>1143</sup> Allein der österreichische Politiker Karl Renner zeigte bezeichnenderweise Interesse – möglicherweise fiel ihm das in Deutschland leichter als im eigenen Land.

Über den hier dargestellten Versuch der Etablierung des ‚Intellektuellen-Bundes‘ hinausgehend legt die distanzierte Haltung der angesprochenen Parteiprominenz eine überaus bedeutende Ebene der Partei frei, den Blick nämlich auf die Bedeutung des Funktionärsapparats. Mit ihm wollte es offensichtlich auch keiner der Akademiker unter den bereits etablierten SPD-Politiker verderben. Der von Hunt – bislang unwidersprochen – genannte prozentuale Anteil der „Intellectuals“ an

<sup>1140</sup> Mitteilungsblatt 1926, Nr. 2 und 3, zit. n. Walter, Sozialdemokratische Akademiker, S. 112 f.

<sup>1141</sup> Siemsen, Anna: Intellektuellenorganisation oder kulturpolitischer Verband, in: Mitteilungsblatt des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker 1 (1926/27), Nr. 9, April 1927, S. 26 – 29.

<sup>1142</sup> Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Intellektuellenbundes, Nr. 5, Mai 1930.

<sup>1143</sup> Marx, S. 193.

der Mitgliedschaft betrug 1925/26 gerade 2,3 %, um 1930 nurmehr 1,9 %. Selbst wenn die vom Autor genannte Basis für diese Zahlen als ziemlich beschränkt einzuschätzen ist, so werfen sie doch mit ihrer eindeutigen generellen Aussage ein Licht auf die außerordentlich geringe Präsenz von Akademikern in der Partei.<sup>1144</sup>

Der Anteil der 1924 in den Reichstag gewählten SPD-Abgeordneten, die den Akademikern hinzuzurechnen waren, betrug jedoch nach Auernheimer 11 %<sup>1145</sup>, während Miller ihn mit 18 % beziffert.<sup>1146</sup> Das war zwar ein überproportional hoher Anteil gegenüber der Mitgliederzahl, der jedoch nur in der Relation von Bedeutung ist. Absolut konnte diese Gruppe von Abgeordneten in keinem Falle die SPD-Reichstagsfraktion repräsentieren oder deren Arbeit etwa dominieren. Das Zusammenspiel eines dichten Netzes aus Parteiführung und Funktionären regulierte offenkundig den Zugang zu den höher angesiedelten Etagen in der Partei und gewährleistete, daß die Vertreter der größten Gruppe in der Mitgliedschaft, die Arbeiter mit ca. 80 %, einen angemessenen Anteil erhielten, als dies heute der Fall ist, wo die Gruppe ‚Öffentlicher Dienst / Akademiker‘ in Landtagen und im Bundestag überrepräsentativ gegenüber einer inzwischen allerdings veränderten Mitgliederstruktur vertreten ist.

Während der Weimarer Republik waren es in der SPD die „Parteisekretäre“, die „das organisatorische Rückgrat der Partei und gleichzeitig auch ihr großes Reservoir an Kandidaten für parlamentarische Mandate“ bildeten.<sup>1147</sup> Sie entstammten weit überwiegend den Kreisen, aus denen auch der größte Teil der Mitglieder kam, und hatten sich durch ihr Engagement z.B. in Gewerkschaften oder in verschiedenen Parteigliederungen qualifiziert. Nur vier von 35 zwischen 1918 und 1926 neu eingestellten Parteisekretäre waren Akademiker.<sup>1148</sup> Wenn sich diese Angaben auch auf nur fünf untersuchte Großstädte beziehen, so lassen sie doch die Strategie erkennen, nach der wichtige Schaltstellen und die die Partei strukturierenden Kader besetzt wurden. Hans Mommsen machte in einem nachhaltig wirkenden Aufsatz die spezifische Organisationsform der SPD – nach seiner Schätzung gab es „20–30000 bezahlte Funktionäre“ - dafür mitverantwortlich, daß die Partei die politische Auseinandersetzung gegen die Bedrohung der Republik von rechts nicht erfolgreich bestand. Er konstatierte in der Funktionärschicht Erscheinungen, die „zu einer ausgeprägten Tendenz der Selbstüberheblichkeit“ führten. Der überalterte Apparat habe, so Mommsen, innerparteiliche Kritik massiv unterdrückt. Die Bürokratisierung der Partei, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg erkennbar gewesen sei, habe während der Zeit der Weimarer Republik „sprunghafte Fortschritte“ gemacht. Von dieser Grundlage aus sei es nicht möglich gewesen, so folgerte er, die eigentlich notwendige Flexibilität in der politischen Arbeit zu entwickeln.<sup>1149</sup>

Dieser Darstellung widersprechen nach Aussage ihrer Autoren die Ergebnisse einer Studie, in der nicht die Breite des sozialdemokratischen Organisationsnetzes

<sup>1144</sup> Hunt, Richard N.: German Social Democracy 1918 – 1933, New Haven/London 1964, S. 104.

<sup>1145</sup> Auernheimer, „Genosse Herr Doktor“, S. 112.

<sup>1146</sup> Miller, Die Bürde, S. 317. Die statistischen Angaben, nach denen die Verfasserin vorgeht, lassen diesen relativ hohen Prozentsatz nicht als nachvollziehbar erscheinen; vgl. S. 459.

<sup>1147</sup> Miller, Die Bürde, S. 320.

<sup>1148</sup> Ebd.

<sup>1149</sup> Mommsen, Hans: Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze von Hans Mommsen, Göttingen 1979, S. 345 – 365, S. 353 u. 357 f.

analysiert wurde, sondern in „gleichsam empirische(r) Kärnerarbeit“ Detailanalysen erstellt wurden.<sup>1150</sup> Sie lassen erkennen, daß Mommsens Feststellungen situativ zwar durchaus zutreffen, daß sie in ihrer pauschalen Breite und der damit verbundenen politikwirksamen Wucht zweifellos nicht aufrechterhalten werden können. Gerade für die Vereinigung der Akademiker in der SPD stellten Franz Walter und Peter Lösche fest, daß sie keineswegs allein an den innerparteilichen Widerständen scheiterte, wie ihr Protagonist Hugo Marx es darstellte, sondern daß die Akademiker „auch an ihrem eigenen praktischen Unvermögen“ scheiterten.<sup>1151</sup> Die Formulierung läßt erkennen, daß allerdings „auch“ Ressentiments gegen die Intellektuellen in der Partei durchaus eine Rolle beim Scheitern spielten, Ressentiments, die sich bei den Parteiführern und in der Funktionärsschicht bündelten und sich möglicherweise in ‚bürokratischen‘ Hürden konkretisierten. Wesentliches Ergebnis der genannten Untersuchung ist es, daß die zahlenmäßig starken Funktionärskader ein machtvolles Instrumentarium darstellten, daß sie jedoch hinsichtlich ihres Einflußpotentials und der Art, wie sie es zu nutzen suchten, eingehend in Einzelanalysen untersucht werden müssen, sofern es die Quellenlage zuläßt, ist hinzuzufügen.

Theodor Haubach gehörte zu der Gruppe der Akademiker, hatte wohl auch Kontakt hergestellt, wie seine Erwähnung auf der Liste der Referenten ausweist. Er zählte zugleich zu jenen in der Partei, die gemeinhin unter der Bezeichnung ‚junge Generation‘ zusammengefaßt werden. Bereits im Alter von 28 Jahren trat er als Referent in den lokalen Parteigliederungen auf, um dann einunddreißigjährig als Abgeordneter in die Bürgerschaft einzuziehen. Diese Daten wiesen ihn sicherlich als ‚jungen‘ Politiker aus, doch die Definierung dieses Kreises kann nicht allein durch die Fixierung biologischer Daten erfolgen. Haubach setzte von Beginn an Zeichen in seinem Wirken für die Partei, verfügte – wie nachgewiesen werden konnte – über eine erstaunliche Breite in seinem Engagement. Zur Hamburger SPD-‚Familie‘, die sich in jahrzehntelangem Miteinander entwickelt hatte, konnte er zweifellos nicht gehören.

Hans Mommsen bezeichnet bei dem Versuch, das Phänomen generell zu definieren, als bestimmende Konstituante der ‚jungen Generation‘ im gesellschaftlichen und politischen Feld, daß deren „subjektive Identität sich wesentlich aus dem Bewußtsein eines Gegensatzes zu den Älteren“ herleitet.<sup>1152</sup> Diese Definition ist sicherlich zutreffend, weil der Terminus „Ältere“ in einem erweiterten Sinne verstanden werden soll als der Kreis der Etablierten bzw. als derjenigen, die die Schaltstellen der Macht besetzen. Das Engagement Haubachs in der Jugendorganisation der Partei, bei den Hamburger Jungsozialisten, ist eindeutig nicht als eine Form des Opponierens gegen das Establishment der Partei aufzufassen, vielmehr steuerte er von vornherein einen eigenen Kurs bei den heftigen Auseinandersetzungen mit den Hannoveranern, der allerdings inhaltlich auf der Linie der Reform lag. Die Hamburger SPD-Führung wird seine Parteinahme gegen die ‚linken‘

<sup>1150</sup> Lösche, Peter: Einführung zum Forschungsprojekt ‚Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik‘, in Walter, Sozialistische, S. 13.

<sup>1151</sup> Ebd., S. 15.

<sup>1152</sup> Mommsen, Hans: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in: Koebner, Thomas et al. (Hrsg.): <Mit uns zieht die neue Zeit>. Der Mythos Jugend, Frankfurt/M. 1985, S. 50 – 67, S. 51.

Hannoveraner wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, daß sich aus dem jungsozialistischen Zwischenspiel personale Kontakte ergaben, die wie etwa zur Heidelberger Zeit zu einer Gruppenbildung führten mit relativ festen Bindungen der Mitglieder untereinander, um möglicherweise gegen die Parteiobere zu opponieren. Allein zu Alma de L'Aigle bestand die Freundschaft bis zu Haubachs Tod fort, eine Freundschaft, die sich gründete auf den vertrauensvollen Austausch individueller Probleme und auf gegenseitige Hilfeleistung, politisch gingen sie getrennte Wege.

Weder bei den Jungsozialisten noch in seinen vielen Beiträgen zu unterschiedlichen Themen in SPD-Organen verließ er das Segment seiner politischen Grundhaltung, das ihn als reformorientierten Sozialdemokraten auswies. Das hielt ihn selbstverständlich nicht davon ab, eigene Ideen zu entwickeln und sie zu vertreten – man kann ihn also keinesfalls als puren Apologeten der bestimmenden Parteilinie bezeichnen. Doch rasch zog er sich auch wieder zurück, wenn er wie im Umfeld der Diskussionen zur Wehrpolitik einsehen mußte, daß seine Vorschläge nicht mehrheitsfähig waren oder gar den Unwillen der Führung erregen konnten. So finden sich auch außer der zitierten indirekten Kritik bis in die Zeit um 1929/30 keine Hinweise auf einen konfrontativen Umgang Haubachs mit seiner Parteiführung in Hamburg oder im Reich.

In einer außerordentlich gründlichen und zentral die hier angesprochene Frage des Generationenkonflikts thematisierenden Auseinandersetzung äußerte sich Haubach selbst in einem 1930 veröffentlichten Beitrag.<sup>1153</sup> Ohne diese Tatsache ausdrücklich zu erwähnen, spiegelte er kritisch offenbar auch eigene Erfahrungen in der bürgerlichen Jugendbewegung. Dieser Begriff war für ihn nicht mehr als eine verbale „Konstruktion“, der Versuch nämlich, eine „Gemeinschaftsformel“ zu finden, unter deren Etikett die Individualisten sich sammeln konnten. Letztlich sei die Jugendbewegung „der bürgerlichen Sphäre verhaftet“ geblieben, so sein Urteil, obwohl sie diese doch hatte bekämpfen wollen.<sup>1154</sup> Distanziert listete er die Interessenbereiche der bürgerlichen Jugend auf, die sich gegen erstarrte Rituale an Schulen und Akademien richteten und positive Bezugspunkte u.a. in der modernen Kunst fanden und stellte die existenziellen Sorgen der Arbeiterschaft dagegen, die die Bürgerkinder nicht hatten wahrnehmen können. In erheblich helleren Farben malte Haubach dann den Konflikt zwischen Arbeiterjugend und der älteren Generation der Arbeiterschaft. Nach seiner Deutung ging es dabei vorwiegend um „Differenzen auf politischem Gebiet.“ Das gemeinsame Bewußtsein, daß diese Auseinandersetzung „um ein gemeinsames Schicksal, um eine gemeinsame Not, um eine gemeinsame Hoffnung“ kreiste, habe folglich nie „Haß und Verachtung“ wie im bürgerlichen Lager aufkommen lassen.<sup>1155</sup> Während die bürgerliche Jugendbewegung „zersplittert“ worden sei, habe es allerdings auch in der Arbeiterjugend einen wenn auch völlig anders gearteten Prozeß der Teilung gegeben, mußte Haubach eingestehen. Die Mehrheit der „Jüngeren und Jüngsten“ hatte sich nämlich „der USP und späterhin dem Spartakusbund“ angeschlossen, während die Älteren bei der SPD blieben. Damit umriß er das tatsächlich bestehende Problem

<sup>1153</sup> Haubach, Theodor: Die Generationenfrage und der Sozialismus, in: Soziologische Studien zur Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart. Alfred Weber gewidmet, Potsdam 1930, S. 106 – 120.

<sup>1154</sup> Ebd., S. 108.

<sup>1155</sup> Ebd., S. 110 f.

des hohen Anteils älterer Genossen in der Partei vor allem in den Jahren nach Beendigung des Krieges. Im gleichen Atemzug feierte er jedoch „beträchtliche Fortschritte“, die die Partei „in den letzten anderthalb Jahren“ hinsichtlich ihrer altersmäßigen Regenerierung gemacht habe. Dabei konnte er die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es vor allem der Arbeit des Reichsbanners zuzuschreiben sei, daß „die jüngeren proletarischen Elemente zwischen 18 und 25 Jahren wieder in größeren Massen“ der Partei zuströmten.<sup>1156</sup>

Bevor Haubach im Schlußteil zur aktuellen Diskussion der „Generationenfrage“ Stellung bezog, offenbarte er – abseits der Presseorgane der Partei – ein Kernelement der Kategorien, die sein politisches Denken und Handeln im Rahmen der „sozialistischen Bewegung“ bestimmten. Zwischen ihren beiden Flügeln, den „Radikalen“ und den „Realisten“ siedelte er „die Masse“ an, „die doch die Trägerin der eigentlichen Bewegung ist.“ Ihr schrieb er ein ungeheures Potential zu, sie sei „das Größte und Schönste“ der sozialistischen Bewegung. Doch nach einigen Formulierungen voll pathetischer Überhöhung steuerte er auf das Zentrum seiner beabsichtigten Aussage: Die „Masse“ verharre nämlich in Passivität, ihre aktiven Eigenschaften seien „ziemlich verkümmert.“ Zwischen den sich in „radaulustige Orthodoxie“ verrennenden „Radikalen“ und den zu „Schlaubergereien“ wie „taktischen Kunststücken“ neigenden „Realisten“, die zu keiner politischen Reflexion fähig seien, wartete also wie ein ‚schlafender Riese‘ das Gros der Sozialisten darauf, daß sie aktiviert und die Kräfte gebündelt würden in Richtung auf die „geistigen Richtpunkte.“<sup>1157</sup> Die in dieser Beschreibung des Status quo zutage tretende Einschätzung Haubachs läßt unmittelbar auch Rückschlüsse auf den Ort zu, den er sich selbst in diesem Feld ‚sozialistische Bewegung‘ zuwies. Als prinzipiell bedeutsam ist festzuhalten, daß er sich uneingeschränkt zur Sozialdemokratie bekannte, sie war seine ‚politische Heimat‘. Zwischen den beiden von ihm ausgemachten Polen ordnete er sich zweifellos näher bei den „Realisten“ an, hielt jedoch auch ihnen gegenüber deutlich auf Distanz. Er nahm für sich zweifellos in Anspruch, deren theoretische Defizite kompensieren zu können. Politikhandeln durfte sich nach seiner Auffassung nicht in Taktiererei erschöpfen, sondern war zwingend notwendig auf eine Programmatik auszurichten. Die Entwicklung von Perspektiven, von „Richtpunkten“, war für Haubach ein außerordentlich wichtiges Moment, um den lebendigen Prozeß des Reflektierens, Diskutierens und des Handelns in der sozialistischen Bewegung nach innen und nach außen erfolgreich gestalten zu können. Die Fülle seiner Beiträge zur innerparteilichen Diskussion wie zu programmatischen Fragestellungen läßt inhaltlich wie nach der äußeren Form erkennen, daß er selbst auch in diesem Bereich Akzente setzen, die Mitglieder der Partei aufrütteln, interessieren und belehren wollte.

Dies trifft zweifellos auch für den Aspekt der politischen Praxis zu. Vor dem Hintergrund seiner Äußerungen im Beitrag zur „Generationenfrage“ lassen sich Fäden z.B. von der Bemerkung in seiner Parteitagsrede, daß das Proletariat zu „erziehen“ sei, zu jener von ihm ausgemachten passiven ‚Masse‘ ziehen: Haubach verstand sein politisches Handeln immer auch als ein Bemühen, die Arbeiterschaft zu aktiver Teilnahme in der sozialistischen Bewegung, die er in diesem Kontext mit der Partei gleichsetzte, zu motivieren. Dazu scheute er vor keinem ‚Auftritt‘ zurück und sah sicher auch in seiner Abgeordnetentätigkeit die Chance verwirk-

<sup>1156</sup> Ebd., S. 112 f.

<sup>1157</sup> Ebd., S. 114 - 116.

licht, die „Masse“ anzuleiten. Der Text läßt keinen Zweifel daran, daß Theodor Haubach sich selbst eine bedeutende Rolle bei dieser Aufgabe zumaß. Er sah sich jenen in der Partei zugehörig, die zur ‚Führung‘ fähig waren, die grundlegend konzeptionell zu arbeiten vermochten und - wie er es zu realisieren versuchte - in der Lage waren, die Genossen zu mobilisieren. Haubach nutzte dafür in seiner Rhetorik zwei methodische Varianten. Während er in seinen Texten durch eine dozierende Diktion zu überzeugen suchte, formulierte er in seinen Reden und Debattenbeiträgen eher holzschnittartig, trat dabei schwungvoll und mitreißend auf.

Zu fragen ist an dieser Stelle, welche Zielvorstellungen Haubach bei seinen Bemühungen leiteten, die ‚Masse‘ zu aktivieren und zu führen. Faßt man alle vorliegenden Äußerungen wie seine praktische Betätigung zusammen, so erinnern sie an das Bild des ‚neuen Menschen‘, an eine Vision also, die nach Dieter Langewiesche vor allem in den kulturellen Organisationen der SPD entwickelt wurde. Sie stellte eine Art Kompensation dafür dar, daß die sozialistischen Ziele aufgegeben worden waren, verselbständigte sich und entfernte sich in Teilen letztlich von der Partei.<sup>1158</sup> Bei einem Vergleich der inhaltlichen Versatzstücke fällt auf, daß sie sowohl bei Haubach wie in den kulturellen Verbänden der SPD recht allgemein formuliert waren. Sie setzten auf ein breites Bildungsangebot und auf die Teilhabe des Arbeiters an den kulturellen Angeboten. Doch die von Langewiesche zitierte Vorstellung von der ‚Erneuerung und Veredelung der Lebensäußerungen‘, die die Arbeit sozialdemokratischer Kulturverbände bestimmte, blieb ohne Bezug zu den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.<sup>1159</sup> Selbst wenn Haubachs Vorstellungen mit den eben genannten so allgemein übereinstimmten, waren Ziele wie die Forcierung der Aus- und Weiterbildung und die Teilhabe am kulturellen Leben für ihn Voraussetzungen dafür, die Arbeiterschaft zu aktivieren und zu einem bedeutenden Stabilisator des republikanischen Staates zu machen. Wie schon bei seinem engagierten Eintreten für den ‚republikanischen‘, an der Politik interessierten Polizeibeamten setzte er generell auf den ‚mündigen Bürger‘. Zu vermuten ist, daß Haubach – wie die Sozialdemokratie insgesamt – diese Funktion für die Bindung weiter Kreise an ihre Partei zu instrumentalisieren gedachte. Im Blick auf das Ende der Weimarer Republik ist zu konstatieren, daß auf diesem Wege offensichtlich jedoch qualitativ und quantitativ die Abwehr gegen republikfeindliche Propaganda und Handlungsweisen nicht ausreichend entwickelt und formiert werden konnte.

Diesem Bild von der Struktur der SPD ordnete Haubach die ‚Generationenfrage‘ unter. Er gab vor, daß aktuell keinerlei Konflikte zwischen den Generationen beständen und forderte, daß es „eine besondere Bewegung der ‚Jugend‘“ nicht geben dürfe. Sie müsse sich wie alle anderen an dem ‚Versuch der Sammlung‘“ beteiligen. Bei der Fixierung des anzustrebenden Ziels, verwendete Haubach in diesem Beitrag den Terminus ‚demokratischer Sozialismus‘ expressis verbis zum ersten Male. An anderer Stelle des Textes ließ er erkennen, daß er damit - diesen Begriff recht allgemein definierend - ‚die politische und durchaus formale Demokratie‘ im Auge hatte, die es zu erhalten und zu stabilisieren galt. Als ihre vordringliche Aufgabe sah er es an, ‚den Abwehrkampf gegen Faschismus und Bolschewis-

<sup>1158</sup> Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur, in: Ergebnisse – Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft, H.26, Hamburg 1984, S. 21 f.

<sup>1159</sup> Ebd., S. 21.

mus“ zu führen. In der Relation zu der Bedeutung dieses Kampfes – er wurde von ihm vermutlich unbewußt-defensiv als „Abwehrkampf“ bezeichnet – werde, zeigte sich Haubach überzeugt, „das Verlegenheitsschlagwort von der jungen Generation“ keine Rolle mehr in der Partei spielen.<sup>1160</sup>

In keiner Passage dieses Textes findet sich auch nur eine Anmerkung, die darauf hindeuten könnte, daß Haubach sich persönlich von der „Generationenfrage“ tangiert sah. Er nahm vielmehr der Auseinandersetzung zu diesem Thema bereits im Vorfeld die Spitze, indem er die Problematik als historisch abtat und für die aktuelle Situation als nicht existent erscheinen ließ. Dabei konnte auch Haubach nicht entgangen sein, daß neben vielen mehr oder weniger sublim ausgetragenen Konflikten zwischen jungen und arrivierten Mitgliedern in den verschiedenen Gliederungen der Partei sich auch immer noch unüberhörbar die ‚Jungsozialisten‘ zu Wort meldeten. Haubach vernachlässigte diese Gruppierung schlicht in seiner Argumentation. Dazu mag beigetragen haben, daß dieser Verband sich klar am linken Rand der Partei eingeordnet hatte. Die Jungsozialisten waren in heftige interne Händel und Richtungsstreitigkeiten verwickelt, mußten dann nach dem Leipziger Parteitag 1931 ihre Arbeit überhaupt einstellen. In der Existenz der Jungsozialisten schnitten sich also zwei Konfliktlinien, die der Generationenfrage und die des innerparteilichen politischen Richtungskampfes. Taktisch kalkuliert und sachlich-distanziert beteiligte sich Haubach an ihrer Ausgrenzung. Es kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, daß Haubach mit seinen hier ausgebreiteten Vorstellungen der Parteiführung primär einen Gefallen erweisen wollte, weil er mit der Generationenfrage ein brisantes innerparteiliches Problem sorgsam verschnürte und es so noch für einen – freilich teilweise pathetischen – Aufruf zu gemeinsamem Aufbruch instrumentalisierte, aber er traf absolut die Interessenlage der Parteioberen.

Wenn Dorothea Beck in ihrer vergleichenden Studie zu Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff und Kurt Schumacher – den „Young-Turks“, wie Hunt sie apostrophiert<sup>1161</sup> – zu dem Ergebnis kommt, daß sie alle sich erst spät mit Kritik an der Partei(führung) in der Öffentlichkeit meldeten, ist dieser Einschätzung zuzustimmen.<sup>1162</sup> Sie ist insofern zu präzisieren, als bis in das Jahr 1930 hinein öffentlich gemachte Äußerungen Haubachs über Strukturen und Zustand der Partei im Sinne einer kritischen Einschätzung der Parteiführung und ihrer Funktionsrösche nicht nachzuweisen sind. Hinsichtlich der Haltung Haubachs kann differenzierend angefügt werden, daß er sich nicht nur bis zum Ende des hier behandelten Zeitraums kritischer Äußerungen enthielt, sondern in seinen Beiträgen mündlich und schriftlich die Positionen der Führung eher zu stärken suchte. Erstaunlicherweise fügt Beck ein Zitat des Haubach-Artikels aus der Weber-Festschrift mit Belegen aus einem seiner später erschienenen Aufsätze zusammen und vermittelt so den Eindruck, als sei auch zu diesem Zeitpunkt bereits Kritik von Haubach geübt worden. Sie stellt damit aber die Aussagen Haubachs zur „Generationenfrage“ vollständig auf den Kopf, weil ihr vermutlich der Text nicht

<sup>1160</sup> Haubach, Generationenfrage, S. 118 f.

<sup>1161</sup> Hunt, German Social Democracy, S. 238 f.

<sup>1162</sup> Beck, Dorothea: Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der ‚militanten Sozialisten‘ in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26. Bd., 1986, S. 87 – 123, S. 107 ff.

vollständig zur Verfügung stand; sie zitiert nämlich diese isolierte Aussage nicht nach der Quelle, sondern nach einer anderen historischen Arbeit.<sup>1163</sup>

Carl Zuckmayer erinnerte in seiner 1944 gehaltenen „Gedächtnisrede für Carlo Mierendorff“ daran, daß dieser „und seine Freunde“ in die SPD eingetreten seien, um „wie ein neuer Blutstrom in einem noch lebensfähigen, nur geschwächten Körper zu wirken.“<sup>1164</sup> Diesen Anspruch an die eigene Wirksamkeit hatten die ‚Jungen‘ zweifellos. Ihr gemeinsamer Freund Carl Zuckmayer konstatierte in allen Phasen der politischen Karriere und „Kampfzeit“ Mierendorffs „Wärme, Freude, Befriedigung“, die ihn ständig mit neuen Impulsen versorgten. Diese seien, so Zuckmayer, allerdings von den Mitgliedern der Partei ausgegangen. Letztlich stellte er jedoch Mierendorffs „Parteileben“ als einen „Leidensweg“ dar, auf dem jegliches Engagement an einem „mut- und phantasielose(n), aber wie Pech an seinem Posten klebende(s) Parteibeamtentum“ abprallte.<sup>1165</sup> Zu schließen ist aus dieser Äußerung, daß es zum Kommentar unter den ‚alten‘ Freunden gehörte, daß diejenigen, die sich der Politik verschrieben hatten, bei den wegen der räumlichen Trennung seltener werdenden Treffen den Zustand und die Macht der innerparteilichen Bürokratie beklagten. Auch in dem bereits zitierten Briefwechsel Mierendorffs mit Halperin finden sich derartige Beispiele – dies geschah freilich lange vorwiegend im abgeschlossen-privaten Raum.

Ein vergleichbare Prozeß ist bei Julius Leber zu beobachten, der erst 1933 in der Untersuchungshaft schonungslos, nach dem bereits erfolgten Verbot seiner Partei freilich auch folgenlos die „Todesursachen“ der Sozialdemokratie in einer Schrift zusammenfaßte. Die Heftigkeit, mit der Leber in ihr Strukturen und Personen seiner Partei kritisierte, läßt an das Öffnen eines lange geschlossenen Ventils denken. Seine Kernaussage „Die deutsche Sozialdemokratie ist tot.“ sah er als Folge gravierender Fehlsteuerungen, programmatischer Schwäche und einer Fülle verpaßter Chancen in taktischer und strategischer Hinsicht, die seiner Auffassung nach von der Sozialdemokratie selbst zu verantworten waren.<sup>1166</sup> Die Parteiführung, gestützt vom Heer der Sekretäre, habe einseitig auf die Begriffe „Autorität und Ordnung“ gesetzt, völlig untergegangen sei dabei, daß dazu auch „Freiheit und Gerechtigkeit“ gehörten, vier Prinzipien, die sich „gegenseitig geradezu bedingen und ergänzen.“ Bei derartigen Voraussetzungen, die allein die „Ochsentour“ förderten, konnte es nicht zur „Auslese von geeigneten Männern“ kommen, von „eigenwilligen Persönlichkeiten“, die geeignet gewesen wären, „die Bildung großer Weltanschauungsströme“ zu leisten.<sup>1167</sup> Diese zuletzt zitierten Äußerungen deu-

<sup>1163</sup> Ebd., S. 110.

<sup>1164</sup> Zuckmayer, Carl: Carlo Mierendorff. Porträt eines deutschen Sozialisten. Gedächtnisrede, gesprochen am 12.3.1944 in New York, Berlin 1947, S. 28.

<sup>1165</sup> Ebd., S. 31.

<sup>1166</sup> Leber, Julius: Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie, in: Leber, Julius: Schriften, Reden, Briefe. Hrsg. v. Dorothea Beck und Wilfried F. Schoeller, München 1976, S. 179 – 246, S. 241. Dieser Titel des Textes ist nach Angaben der Herausgeber der authentische; 1952 wurde die Schrift – gekürzt – unter der Überschrift „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie“ veröffentlicht.

Julius Leber (1891 – 1945), im Elsaß in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen; Abitur, Kriegsfreiwilliger, als Offz. hochdekoriert entlassen, Studium der Volkswirtschaft, seit 1921 Redakteur des sozialdemokratischen Lübecker Volksboten. 1921 – 1933 für die SPD Abgeordneter der Lübecker Bürgerschaft, 1924 – 1933 MdR; 1933 – 1937 in Haft; 1941 – 1944 Mitarbeit im Widerstand; im Januar 1945 hingerichtet.

<sup>1167</sup> Ebd., S. 215.

ten bereits an, daß Leber neben der tiefen Enttäuschung über die Entwicklung der Partei während der Weimarer Jahre nicht verbergen konnte, daß es auch persönliche Aspekte gab, die ihn bei dieser heftigen Abrechnung bewegten und diese möglicherweise erst ausgelöst hatten. Zweifellos hatte er für die Realisierung seiner Vorstellungen eine höhere Akzeptanz vor allem in der Reichstagsfraktion erwartet und für sich einen eindrucksvolleren Aufstieg in der Hierarchie. Doch er blieb trotz neunjähriger Zugehörigkeit eher ein „Außenseiter“ in der Fraktion – diese Tatsache ist auch ablesbar an der vorwiegend negativen, teilweise pointiert-herabsetzenden Charakterisierung von Fraktionskollegen, die er vornahm.<sup>1168</sup> Auch Mierendorff, altersmäßig und nach konzeptionellen Vorstellungen eigentlich ein potentieller ‚Verbündeter‘, wurde mit der Etikettierung versehen, er sei „durch hohe Protektion erst in der Fraktion gewaltig lanciert“, dann aber – vom Verfasser distanziert, wenn nicht schadenfroh registriert – „völlig kaltgestellt“ worden.<sup>1169</sup>

Will man die Zurückhaltung, ja, das fast zahm zu nennende Verhalten der so oft als ‚junge Wilde‘ apostrophierten Männer bis 1929/30 zu erklären versuchen, so sind zweifellos zwei wichtige Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Übereinstimmend schien ihnen die SPD die Partei zu sein, deren Programmatik mit ihren eigenen politischen Zielen in einem hohen Grad übereinstimmte und damit die Chance zu deren Realisierung versprach. Zugleich wollten diese jungen Akademiker auch in der Partei erfolgreich sein, in ihr also ‚aufsteigen‘ und Karriere machen. Der Einstieg erfolgte bei Leber und Haubach über eine Anstellung in der Parteipresse, für Intellektuelle nach Miller die beste Möglichkeit, „eine Parteikarriere“ zu beginnen.<sup>1170</sup>

Theodor Haubachs aufwendiger Einsatz in der Partei, der bereits unmittelbar nach seiner Ankunft in Hamburg einsetzte, läßt vermuten, daß ihn beide Aspekte – die inhaltliche Arbeit und die Absicht, in der Hierarchie aufzusteigen – bewegten. Für eine solche Einstellung spricht sein Selbstbewußtsein, das in verschiedenen ‚Stationen‘ seiner Biographie konstatiert werden konnte und dem insofern ein ‚elitärer‘ Anspruch immanent war, als Haubach sich wie einige seiner Freunde intellektuell ein Potential zutraute, das der ‚Masse‘ Anleitung und Führung versprach. Dabei währte er durch sich Fähigkeiten – u.a. die Analyse der aktuellen politischen Situation, das Entwerfen politischer Strategien, deren Umsetzung in angemessen formulierte Programme wie auch das situationsgerechte Verbalisieren in freier Rede - verkörpert, die er möglicherweise gerade in einer Arbeiterpartei für unterrepräsentiert hielt. Doch neben seinen persönlichen Zielvorstellungen und Voraussetzungen, die er einzubringen beabsichtigte, gab es als konkretes Motiv für den Drang zum Aufstieg den Wunsch, sich auch abzusichern. Betrachtet man die Situation Haubachs in der Partei um 1929, so ist festzustellen, daß es innerparteilich nach einigen erklommenen Stufen – Abgeordneter der Bürgerschaft, Kandidatur für die Reichstagswahlen, Wehrkommission - offensichtlich keine Aussichten gab, in absehbarer Zeit noch weiter voranzukommen. Beinahe prototypisch repräsentierten sich nämlich in seiner Person die wirkenden und dominierenden Kräfte des Parteiapparates. Der junge Intellektuelle, der mit seinen Ansich-

<sup>1168</sup> Ebd., S. 234.

<sup>1169</sup> Ebd., S. 233 f.

<sup>1170</sup> Miller, Die Bürde, S. 321.

ten eindeutig auf dem Reformkurs der Führungskader lag, konnte seine rhetorischen Fähigkeiten als Propagandist einsetzen, erhielt existenzielle Absicherung als Redakteur in der Parteipresse und gelangte sozusagen in den Vorhof höherer Weihen. Doch ‚der Apparat‘ demonstrierte zugleich, welche spezifischen Parameter nach Herkunft, Partei- bzw. Gewerkschaftsposition und Lebensalter für die Karriere entscheidend waren. Ihnen konnte Haubach nicht genügen – zumindest noch nicht. Hier schließt sich dann auch der Kreis zur oben dargestellten Struktur und Festigkeit der sozialdemokratischen Führungsebenen. Es kann kein Zufall sein, daß die Leber, Mierendorff und Haubach auf ihrem Weg zu mehr Einfluß und Verantwortung, um den mechanistischen und manchmal anrühigen Terminus ‚Karriere‘ zu ersetzen, abrupt an Grenzen stießen. Kritik – mal deprimiert, wie die Anmerkungen Zuckmayers vermuten lassen und auch spöttisch-herablassend, ironisch-larmoyant wie in den Briefen Mierendorffs - äußerten sie dann außerhalb der Gremien und der parteioffiziellen Wege, um keinen Unmut in der Führung aufkommen zu lassen. Konfrontation wollten sie vermeiden, um den erhofften Aufstieg nicht zu gefährden - diesen hatten sie lange Zeit fest im Blick. Ein Ereignis des Jahres 1925, das über den Briefwechsel vor allem Mierendorffs mit Joseph Halperin zu rekonstruieren ist, zeigt, daß sowohl Carlo wie Theo beständig höchst wachsam auch personelle Veränderungen im Umfeld verfolgten, die ihre eigene Arbeitssituation eventuell positiv verändern könnten. Haubach bemühte sich danach offensichtlich „ernsthaft“ um die Position des Chefredakteurs an der Frankfurter Volksstimme, einem sozialdemokratischen Blatt. Mierendorff, selbst beim Hessischen Volksfreund engagiert, intervenierte für seinen Freund, da er über sehr gute Kontakte zu den führenden Vertretern der hessischen SPD verfügte. Die redaktionelle Leitung dieser Zeitung umschrieb er als „außerordentlich schwer: sie verlangt nicht nur Fleiß und große Geschicklichkeit, sondern auch viel, viel Glück.“ Er fügte dann hinzu und ließ damit eine wichtige Akzentuierung der Bemühungen erkennen: „Doch lohnt sich der Schweiß. ‚Wir‘ bekämen dann eines der wenigen großen Parteiblätter in die Hand, wozu anders wo [sic] kaum Chancen sind.“<sup>1171</sup> Der mögliche Aufstieg sollte also die Plattform für größere journalistische und damit politische Einflußnahme abgeben. Das von Mierendorff in Anführungszeichen gesetzte „wir“ läßt zudem erkennen, daß er sich innerhalb der Partei bestimmt mit Haubach verbunden wußte, außerdem zählte noch der Freund Egon Wertheimer dazu. So legte Mierendorff seinem Brief das Inserat bei, in dem die Stelle angeboten wurde, und bat Halperin, der auch als Korrespondent in London arbeitete: „Bitte an Egon weitergeben.“ Nachdem Haubach keinen Erfolg mit seiner Bewerbung hatte – „wohl wegen seiner Jugend“, wie Mierendorff kurz darauf mutmaßte -, bemühte sich Wertheimer, Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes, um diesen Posten. Umgehend setzten bei Mierendorff wieder Überlegungen ein, ob er oder möglicherweise Freund Theo als Nachfolger Egon Wertheimers nach London wechseln sollte. Wenn er Haubach, wie er nun zugab, die Aufgabe als Chefredakteur auch nicht zugetraut hatte – „da hatte ich doch große Angst“ -, freute er sich darüber, daß mit Wertheimer ein weiterer Vertrauter zur „Eroberung einer wichtigen Position“ antreten konnte.<sup>1172</sup> Auch die letztlich folgenlose Erörterung der

<sup>1171</sup> Brief Carlo Mierendorff an Joseph Halperin v. 5.4.1925, in: Robert-Walser-Archiv, NL Josef Halperin, 1. S.

<sup>1172</sup> Brief Carlo Mierendorff an Joseph Halperin v. 6.5.1925, NL Josef Halperin, S. 7.

Frage, ob besser Theo oder er selbst nach London gehen solle, entschied er freundschaftlich-offen mit den Worten: „Theo wäre geeigneter. Wenn er nicht will, mach ich es.“<sup>1173</sup> Auch dieser Teil der Korrespondenz weist aus, daß Mierendorff die Fähigkeiten des Freundes Theo teilweise kritisch beurteilte – so fügte er nachträglich den Satz ein: „Theo täte auch sehr gut einige Zeit in Deine Schule zu kommen!“ -, daß generell jedoch ein offen-solidarisches Verhältnis weiterbestand. Für den Londoner Posten hielt Mierendorff ihn wahrscheinlich deshalb für geeigneter, weil Haubach sich außenpolitisch erheblich stärker engagiert hatte. Unerfindlich bleibt, welche Hinweise Albrecht veranlassen, „Spannungen in der alten Heidelberger Clique“ zu vermuten.<sup>1174</sup> Es gab zweifellos unterschiedliche Auffassungen in einer Reihe von Fragen, doch die eben dargestellten Ereignisse zeigen gerade im Gegenteil auf, daß die Konstituanten des ‚Heidelberger Freundeskreises‘, dieses spezifischen sozialen Feldes, eindeutig zumindest unter den Mitgliedern, die einen vergleichbaren beruflichen und politischen Weg eingeschlagen hatten, freundschaftlich-solidarisch fortwirkten.

Die ‚Hamburger Zeit‘ Haubachs, die in diesem Kapitel in einigen wesentlichen Linien rekonstruiert wurde, erweist sich als außerordentlich ‚dichte‘ biographische Sequenz, zumal zu berücksichtigen ist, daß auf weitere Akzente seiner Aktivitäten in diesem Lebensabschnitt im folgenden noch eingegangen wird. Die beiden „Richtpunkte“ – der Kampf um und für die Republik sowie für ein friedliches, politisch zusammenwachsendes Europa -, die seine konzeptionellen Vorstellungen wie sein taktisches und strategisches Handeln bestimmten, lassen sich als strukturierende Folie in seinen Texten nachweisen, die er als Journalist und als sozialdemokratischer Redner thematisierte. Das größere Gewicht hatte dabei fraglos noch das Eintreten Haubachs für die republikanische Staatsform. Nur von ihrer Grundlage aus konnten nach seiner Auffassung Schritte in Richtung auf ein friedliches und demokratisches Europa gemacht werden. Als Gegner im Innern hatte er die Politik von KPD und DNVP, später der NSDAP ausgemacht und bekämpfte sie vehement. Zielscheibe seiner Attacken waren zudem jene Kräfte, die – oft gebunden in den Parteien am rechten Rand des Spektrums – die traditionellen politischen und gesellschaftlichen Muster des Wilhelminischen Reiches zu erhalten bzw. wiederzubeleben versuchten. Diese Front sollte nach seinen Vorstellungen von einer aktivierten Arbeiterschaft gebrochen werden, einer Arbeiterschaft, auf die er seine Hoffnungen und Anstrengungen richtete. Aus einem Selbstverständnis, das in liberalen, bürgerlichen Vorstellungen wurzelte, beanspruchte er eine führende Position in diesem Prozeß und suchte ihn mit großem Elan, der sich aus sozialreformerischem Aufbruch speiste, anzustoßen und umzusetzen.

Zwei Linien werden im Rahmen dieser Untersuchung weiterzuverfolgen und abschließend noch einmal intensiv zu gewichten sein: Einmal ist für den in diesem Abschnitt behandelten Zeitraum eindeutig zu konstatieren, daß dem ‚jungen Intellektuellen‘ in der Partei schnell Raum gegeben wurde, sich konkret in ihr zu engagieren wie auch ihre programmatische Plattform mitzuerörtern, im Falle der Wehrpolitik sogar mitzugestalten. Doch obwohl die Strukturen wie die Führung der Partei öffentlich nicht kritisiert wurden, Haubach auch seine ideologischen Entwürfe – gleichfalls überzeugt von einer reformerischen Linie - innerhalb der parteioffiziellen Markierungen entwickelte, stieß er bei dem Bemühen um Auf-

<sup>1173</sup> Ebd., im Postscriptum.

<sup>1174</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 77.

stieg und mehr Einfluß an Grenzen. Diese Tatsache ist eindeutig nach fast sieben Jahren erheblichen Einsatzes in der Hamburger SPD festzustellen. Wie im Vergrößerungsglas öffnet die Nominierung Haubachs für die Reichstagswahlen 1928 den Blick für die innerparteilichen Strukturen und für die Einschätzung des jungen Intellektuellen durch die Parteiführung. Es dominierten eindeutig die Kräfte, die – lange genug – bestimmende Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung und in der Partei einnahmen. In diese Phalanx konnten Mitglieder anderer Herkunft, die zudem erheblich jünger waren, nur ausnahmsweise eindringen. Obwohl Haubach von Beginn der Hamburger Zeit an eindeutig das Wohlwollen führender Parteikreise genoß, das ihn sozusagen bis an die Schwelle einflußreicherer Positionen brachte, blieb ihm der Zugang zum inneren Kreis der Macht verwehrt. Es wird zu beobachten sein, ob und möglicherweise in welcher Form sich der Status Haubachs innerparteilich in der letzten Phase der Republik veränderte.

Es soll weiter untersucht werden, ob Haubach sich des Ausmaßes dieser Aufgabe, die Gesellschaft faktisch ‚geistig umzubauen‘, bewußt war. Traditionelle Vorstellungen der Menschen mußten verändert werden, die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft waren zu berücksichtigen. Unablässig trommelte Haubach für die Republik, propagierte er die Vorzüge einer demokratischen Staatsform, doch nur in einer Passage einer Wahlrede, die oben zitiert wurde, findet sich eine kurze sprachliche Wendung, in der er beklagte, daß die Arbeiterschaft nicht angemessen am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt worden sei. Der proletarische Alltag blieb also bei seinem Ansatz ausgeklammert, der sich beispielsweise innenpolitisch konkretisierte in dem schließlich erfolglosen Kampf der Gewerkschaften gegen die Aushöhlung des Acht-Stunden-Tages, der im Winter 1918/19 als Errungenschaft der revolutionären Bewegung eingeführt worden war. Die „Überlegenheit des Kapitals“ erwies sich in seiner Fähigkeit, gesetzliche Grundlagen – um nur ein Beispiel zu nennen - durch die „Ermächtigung der Arbeitgeber zur einseitigen Anordnung von Überstunden“, die nicht einmal mit Mehrarbeitszuschlägen zu entgelten waren, auszuhebeln.<sup>1175</sup> Die Arbeiternehmer mußten den Eindruck gewinnen, daß sie trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs materiell nicht angemessen partizipierten und darüber hinaus feststellen, daß die republikanische Staatsform nicht die Gewähr bot, ihre Interessen hinreichend zu repräsentieren. Nahm Theodor Haubach diese entscheidende sozialpolitische Entwicklung wahr und wie reagierte er auf sie, die seine Vision von einer stabilen deutschen Republik in einem vereinten demokratischen Europa doch erheblich beeinflussen mußte?

---

<sup>1175</sup> Scharf, Günter: Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Diss. Bremen, Frankfurt/M. 1987, S. 455 u. S. 476.

## 6. Für die Republik: Auf der Suche nach Bündnispartnern

Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß das beeindruckende Engagement Haubachs in der SPD nur einen Teil seiner politisch motivierten Tätigkeit ausmachte. In diesem Abschnitt der Untersuchung werden darüber hinausgehend Aktivitäten dargestellt, die zeitlich parallel zu den Jahren 1924 bis 1929, also seiner ‚Hamburger Zeit‘, liefen, zum Teil auch weitergeführt wurden. Unzweifelhaft betrachtete Haubach die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als die Organisation, die seinen politischen Ort als Ausgangspunkt und Plattform für politisches Handeln zentral repräsentierte. Doch über die Partei hinausweisend beteiligte er sich an verschiedenen Versuchen, ‚republikanische Allianzen‘ zu initiieren oder sich aktiv an derartigen Bündnissen zu beteiligen. Diese Aktivitäten realisierte er jeweils offen als Sozialdemokrat, wenngleich er sich dabei teilweise unabhängig von den organisatorischen Strukturen der Partei oder auch in Vereinigungen außerhalb von ihr bewegte. Von der Intensität seines Einsatzes, dem alltäglichen Handeln und den von ihm formulierten ideologischen Akzenten in diesem politischen Feld sind differenziertere Rückschlüsse auf seine strategischen Vorstellungen wie darauf zu ziehen, auf welche Weise er seine politischen Ziele in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen der aktuellen Tagespolitik zu verwirklichen beabsichtigte.

### 6.1 „Kamerad Dr. Haubach“ – mit hohem Einsatz im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ( 1. Phase: 1924 – 1930 )

#### 6.1.1 Der ‚Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer‘<sup>1176</sup> - zu seiner Entstehungsgeschichte und Struktur

Als sich im Februar 1924 in Magdeburg der Gründungsakt des Reichsbanners vollzog, geschah dies sicherlich auch als Reaktion auf die gescheiterten Umsturzversuche nationalistischer Kreise im Herbst 1923. Zu Recht weist Karl Rohe in seiner weiterhin grundlegenden Untersuchung zum Reichsbanner darauf hin, daß die distanzierte Haltung der Reichswehr der Republik gegenüber die Bedeutung der paramilitärischen Formationen, die im völkisch-nationalen Lager angesiedelt waren, eher noch unverhältnismäßig vergrößerte.<sup>1177</sup> Der Hamburger Aufstand der Kommunisten, der ebenfalls im Herbst 1923 stattgefunden hatte, machte zudem deutlich, daß dem republikanischen Staat nicht allein von rechts Gefahr drohte. Diese Massierung anti-republikanischer Attacken mag die Reserve führender Sozialdemokraten verringert haben, die der Gründung eines eigenen, zentral geführten Kampfverbandes lange eher ablehnend gegenübergestanden hatten.

Dabei bestanden seit längerem weitgehend unabhängig voneinander auf lokaler Ebene sozialdemokratische Vereinigungen, die sich gegen besonders rabiate nationale Gruppen zur Wehr setzten. So berichtet der ehemalige Münchener Reichs-

<sup>1176</sup> Erst im September 1928 wurde der Untertitel verändert und lautete dann: „Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“. Mit dieser Formulierung sollte der Adressatenkreis erweitert werden.

<sup>1177</sup> Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 34), Düsseldorf 1966, S. 27.

bannerführer Otto Krille, daß die SPD in München „kurz vor dem Hitlerputsch von 1923 eine Schutzabteilung unter der Leitung des ehemaligen Ministers Auer gebildet“ hatte, der „ungefähr 1500 Mann“ angehörten, die im folgenden Jahr den Kern des Reichsbanners bildeten.<sup>1178</sup> Vergleichbar war die Ausgangslage in Hamburg, wo die ‚Vereinigung Republik‘ einen drohenden Umsturz – zunächst von rechts vermutet – zu verhindern trachtete. Auch in Schleswig-Holstein hatte sich eine Organisation diesen Namens etabliert; sie war hervorgegangen aus verschiedenen Arbeiterwehren, die sich zwar wieder aufgelöst hatten, aber ein „Netz von Vertrauensleuten“ hinterließen, das bis 1922 die Gründung einer schleswig-holsteinischen ‚Vereinigung Republik‘ befördern half.<sup>1179</sup> Als symptomatisch für die Situation in Großstädten oder in Ballungsgebieten ist die Entwicklung in Bremen anzusehen. 1919 entstanden hier der Republikanische Führerbund (RFB), in dem sich republikanisch gesonnene Offizieren zusammenschlossen, und daneben der Republikanische Schutzbund, in dem sich ebenfalls ehemalige pro-republikanische Kriegsteilnehmer sammelten.<sup>1180</sup> Nachdem 1921 in Weimar der Deutsche Republikanische Reichsbund als parteiübergreifende Organisation gegründet worden war, der durch Gründungsmitglieder wie den Maler Max Liebermann den Anspruch demonstrierte, über den engeren Zirkel der Politiker hinaus alle gesellschaftlichen Kreise zu repräsentieren, entwickelte sich auch in Bremen eine Dependence. So agierten wie in Bremen an manchen Orten mehrere Gruppen mit dem Ziel nebeneinander, die Republik zu stabilisieren, ohne daß sie eindeutig einer parteipolitischen Richtung zuzuordnen waren. Kooperation scheiterte dann auch manchmal wie in Bremen an persönlichen Fehden, die untereinander ausgegetragen wurden. An anderen Orten entstanden Sozialistische Ordnungsdienste oder Republikanische Arbeiterwehren, die zeitweise sogar Sozialdemokraten und Kommunisten im Schulterschuß vereinten.<sup>1181</sup>

Gemeinsam war all diesen Gruppierungen und Verbänden die pro-republikanische Ausrichtung und ihr eindeutig defensiver Charakter, zudem waren die meisten von ihnen dominiert von sozialdemokratischen Mitgliedern. Vorwiegend von Magdeburg ausgehende Bestrebungen, die Kräfte zu bündeln, fanden in der Parteispitze über Jahre kaum Resonanz, wurden ignoriert oder offen abgelehnt. Es bestand die Furcht, daß ein neuer Verband derartigen Umfangs zu „Überorganisation und Zersplitterung der Kräfte“ führen könne.<sup>1182</sup> Derartige Bedenken waren tatsächlich ernsthaft zu prüfen, und zwar hinsichtlich des Erscheinungsbildes einer solchen Organisation in der Öffentlichkeit, das die Partei selbst in ein quasi militantes Umfeld versetzen würde, wie auch bezogen auf das einzelne Parteimitglied. Von ihm waren weitere finanzielle Lasten zu tragen und zusätzliches zeitliches Engagement gefordert, obwohl doch die sozialdemokratische Klientel in Zeiten wirtschaftlicher Not besonders hart betroffen war. Am schwersten wog aber zweifellos die Befürchtung in den führenden Parteikadern, daß ein Konkurrenzverband

<sup>1178</sup> Krille, Otto: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, ms. Manuskript, 11 S., in: IfZ München, Bestand: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, F 86, Bl. 48 – 58, Bl. 50.

<sup>1179</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 30. Rohe referiert in diesen Passagen, ohne allerdings Belege zu nennen.

<sup>1180</sup> Herzer, Gisa: Vorläufer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bremen 1919 – 1923, Hausarbeit für die 1. Lehrprüfung, Bremen 1965/66, unveröff., in: Staatsarchiv Bremen.

<sup>1181</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 30 f.

<sup>1182</sup> Ebd., S. 45. Der Vf. kann sich auf Aussagen von Zeitzeugen – in diesem Fall auf die Franz Osterroths – stützen.

entstehen und der Partei die selbst dringend benötigten Kräfte entziehen könne. Vermutlich flossen in derartige Überlegungen auch die Bedenken manchen Funktionärs mit ein, an Einfluß zu verlieren. Die generelle Kritik Carl Severings, des sozialdemokratischen Innenministers Preußens, wies darüber hinaus. Sie speiste sich aus einer traditionellen geistigen Quelle seiner Partei, der Hoffnung auf einen gewaltfreien Umgang der Menschen miteinander und entzündete sich am Aufmarsch einer einheitlich gekleideten sozialdemokratischen Schutztruppe vor dem Magdeburger Dom. Severing befürchtete, daß derartige Vereinigungen ihre Mitglieder zwangsläufig dazu erziehen würden, physische Gewalt anzuwenden. Zudem votierte er aus der Sicht seines Amtes nachhaltig dafür, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung durch den Staat selbst zu garantieren seien.<sup>1183</sup>

Während Severing die Vorstöße zur Gründung des Reichsbanners zunächst mit der Aussicht auf stärker werdende staatliche Machtmittel abwies, wurden sie von anderen Vorständlern mit dem Hinweis auf die Stärke der SPD-Organisation und auf die Kraft der Gewerkschaften, denen das Mittel des Arbeitskampfes zur Verfügung stehe, konterkariert. Doch der Saalschutz vor Ort oder die sichernde Begleitung eines Demonstrationszuges waren eben von diesen Organisationen nicht zu gewährleisten. Engagierte Genossen in den Ortsvereinen und an der Basis tätige Funktionäre machten immer häufiger die Erfahrung, sich selbst, die Mitglieder, die Arbeit insgesamt schützen zu müssen. Unter dem Druck der Ereignisse des Jahres 1923 gelang es dann, die SPD-Führung dazu zu veranlassen, die Gründung des Reichsbanners zu unterstützen. Auf die Frage, welchen Anteil der Parteivorstand – etwa in der Person des der Idee gegenüber eher aufgeschlossenen Vorsitzenden Otto Wels – an der Gründung hatte, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Als bemerkenswert muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß das Reichsbanner als überparteilicher Verband etabliert wurde, als ‚Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e.V.‘. Damit waren weder die Kreise in der SPD zum Zuge gekommen, die eine ‚eigene‘ Schutztruppe aufstellen wollten, noch jene, die weiterhin dem Gedanken einer proletarischen Allianz mit den Kommunisten anhängen. Mit dieser Konstruktion, die auf eine Mitgliedschaft aus SPD, DDP und Zentrum zielte und sich – effektiv Parteigrenzen ignorierend – an die ‚republikanischen Kriegsteilnehmer‘ wandte, war eine Lösung des Problems gefunden, die den Reformpolitikern im Vorstand entgegenkommen mußte.<sup>1184</sup> Wesentliche, wenn auch nicht alle Besorgnisse waren weitgehend ausgeräumt: Das Reichsbanner repräsentierte der Öffentlichkeit gegenüber zumindest formal eine nicht ausschließlich sozialdemokratisch bestimmte Einheit, und die Einbindung von Politikern aus dem bürgerlichen Lager in den Vorstand minderte die Gefahr einer innerparteilichen Konkurrenz. Das Reichsbanner war als Kampfbund konzipiert, der – defensiv eingestellt – Veranstaltungen der Parteien seiner Mitglieder sichern sollte; damit war den Sorgen der ‚kleinen‘ Funktionäre entsprochen worden. Zugleich sollte der Verband durchaus offensiv als Ort und Sprachrohr der geistigen Aufrüstung für die Republik fungieren. In seinem Idealzustand konnte er zudem als ein

<sup>1183</sup> Schreiben Carl Severings an Otto Hörsing v. 30.4.1923, zit. n. Rohe, S. 40 f. C. Severing (1875 – 1952), preuß. Innenmin.: 1920 – 21; 1921 – 26; 1930 – 32; vgl. auch das folg. Kap.

<sup>1184</sup> Wie die Mitglieder im Vorstand bei der Diskussion um dieses Modell votierten, ließ sich nicht mehr rekonstruieren; vgl. Rohe, Reichsbanner, S. 50.

Reservoir für politische Bündnisse wirksam werden, die in den Landtagen oder im Reichstag realisiert wurden.

Die Aggressivität links- und rechtsextremer Kräfte und die Existenz völkisch-nationalistischer Kampfgruppen wie beispielsweise die des ‚Stahlhelms‘ hatte die bürgerlichen Parteien, besser: Teile von ihnen, dazu veranlaßt, an der Seite der Sozialdemokraten in den Verband einzutreten. In der DDP wie im Zentrum waren es um Ernst Lemmer (Jung-Demokraten) und Heinrich Krone (Geschäftsführer des Reichsverbandes der Windthorstbunde) – beide traten nach dem Zweiten Weltkrieg der CDU bei bzw. begründeten sie mit und waren Minister in der Adenauer-Ära – vorwiegend Mitglieder der Jugendorganisationen, die sich beteiligten. Es bekannte sich auch eine überraschend große Zahl prominenter DDP-Politiker zum Reichsbanner. Aus dem Zentrum erhielt es zudem Zulauf aus Kreisen der katholischen Gewerkschaftler. Ein ‚Idealzustand‘ wurde insofern nie erreicht, als Vertreter der bürgerlichen Parteien zwar demonstrativ in dem wichtigen Gremium des Reichsausschusses wie auch in den Gauvorständen vertreten waren, das Interesse in der breiten Mitgliedschaft beider Parteien jedoch zurückhaltend blieb, häufig kam es auch zu schroff ablehnenden Bekundungen.

Genau Zahlen über die Anteile der SPD-, DDP- und Zentrummitglieder im Reichsbanner existieren nicht. In vielen Regionen rekrutierte sich das Reichsbanner ausschließlich aus SPD-Mitgliedern; in Gebieten mit einem hohen Anteil katholischer Arbeiterschaft – z.B. im Rheinland und in Oberschlesien – stieg beispielsweise dann der Anteil der Mitglieder aus dem Zentrum. Nach den Auskünften, die Rohe bei ehemaligen Reichsbannerleuten einholte, lag der sozialdemokratische Anteil immer über 80 %. Diese Daten werden gestützt durch die Aussagen von zwei ehemaligen Bremer Mitgliedern des Gauvorstandes Hamburg-Bremen-Nordhannover, Oscar Drees und Hans Hackmack. Drees schätzte die folgenden Anteile: 95 % SPD-Mitglieder, 4 % DDP-Mitglieder und 1 % Zentrum-Mitglieder, während Hackmack von 98 % SPD-Mitgliedern und 2 % DDP-Mitgliedern ausging.<sup>1185</sup> Mit geringen graduellen Unterschieden zeigen die Zahlen die Dominanz der Sozialdemokraten im Bremer Verband. Ein vergleichbares Bild vermittelt das ehemalige Reichsbannermitglied Paul Grot für den Bereich Hamburg-Barmbek; er könne sich nicht an Kameraden erinnern, die der DDP angehörten.<sup>1186</sup> Damit wird in ihrer Tendenz die Aussage Rohes bestätigt, der das Reichsbanner als „von der Sozialdemokratie geschaffen und maßgeblich bestimmt“ qualifizierte.<sup>1187</sup> Die Fiktion eines von den beteiligten Parteien gleichermaßen getragenen Bundes konnte jedoch aufrechterhalten werden, weil wie erwähnt dafür Sorge getragen wurde, daß in den Führungsgremien auf Bundes- und Gauebene Mitglieder der drei Parteien vertreten waren.

<sup>1185</sup> Niehues, Theo: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen, Hausarbeit für die 1. Lehrprüfung, unveröff., Bremen 1967, S. 51 f., in: Staatsarchiv Bremen. Die ehemaligen Gauvorstandsmitglieder äußerten ihre Zahlenangaben in Interviews, die der Vf. mit beiden führte. Hans Hackmack (1900 – 1970), USPD, SPD, 1922 – 1933 Redakteur der ‚Bremer Volkszeitung‘, nach 1933 wiederholt in Zuchthaus- und KZ-Haft; 1945 – 1960 Herausgeber und Redakteur des ‚Weserkuriers‘.

<sup>1186</sup> Interview P.Z. mit Paul Grot, Jg. 1906, am 18.7.2001; Paul G. war Bruder des Führers der Schufo [Schutzformation] 11 in Barmbek, des Polizeioberleutnants Otto Grot, und selbst aktiver Reichsbannermann.

<sup>1187</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 55.

Der erste Aufruf, der zum Eintritt in den neuen Verband motivieren sollte, war zugleich der erste Beitrag der Verbandszeitschrift ‚Das Reichsbanner‘. Er wandte sich fett gedruckt an: ‚Kriegsteilnehmer, Republikaner!‘ und modifizierte damit den Titel des Verbandes, in dem von den ‚republikanischen Kriegsteilnehmern‘ die Rede war.<sup>1188</sup> Diese Korrektur deutet darauf hin, daß in der Führung bereits früh die Richtung zu Wort kam, die den Adressatenkreis mit der Zweiteilung ‚Kriegsteilnehmer‘ und ‚Republikaner‘ von vornherein hatte erweitern wollen, besonders im Hinblick auf jüngere Jahrgänge, die am Krieg nicht teilgenommen hatten. Der Aufruf hob als die zentralen programmatischen Ziele des Verbandes hervor: die Wiederherstellung der staatlichen Einheit, die Stabilisierung der Republik, die Verteidigung der Verfassung gegen „wüste Demagogen“ und den Kampf gegen „Judenhetze“ mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß man mit vielen jüdischen Soldaten während des Weltkrieges „Seite an Seite“ gekämpft habe.<sup>1189</sup> Jacob Toury hat in einem Aufsatz aus vorliegenden Quellen deutliche Hinweise zusammengetragen, die eine Beteiligung jüdischer Organisationen seit der Gründungsphase im Reichsbanner belegen. Die Zahl der jüdischen Mitglieder war insgesamt nicht groß, auch in den verschiedenen Regionen höchst unterschiedlich. Wesentlich war jedoch das mit der Bereitschaft gegebene prorepublikanische Signal und die Widerlegung verleumderischer Vorwürfe vor allem der Rechtspresse, daß die Reichsbannerführung Beziehungen zu jüdischen Kreisen nur deshalb aufrechterhielt, um Spenden von ihnen zu erbitten. Der Gründungsphase des Reichsbanners ist also sowohl die programmatische Frontstellung gegen den Antisemitismus wie die aktive Mitwirkung jüdischer Reichsbannerkameraden immanent.<sup>1190</sup>

Als wesentliche Elemente der gesellschaftlichen und politischen Zielvorstellungen des Verbandes wurden ferner die „Aussöhnung von Bürgertum und Proletariat im Zeichen von Schwarz Rot Gold“ sowie die „Heranführung der Arbeiterschaft an Staat und Nation“ in besonderer Weise hervorgehoben.<sup>1191</sup> Haubach engagierte sich von Beginn an vehement im Reichsbanner. Diese Aspekte waren von ihm bereits wie dargestellt verschiedentlich nachdrücklich thematisiert worden; sie bedeuteten für ihn die unverzichtbare Voraussetzung für einen sozialen Umbau der Gesellschaft. Das anti-monarchistische, einheitsstaatliche Symbol der Farben von 1848 sollte die Propaganda für die Republik unterstützen, zugleich die Arbeiterschaft, die traditionell mit roten Fahnen auftrat, für die Farben der Republik aufschließen und begeistern und sie emotional an den neuen Staat binden. Rohes Einschätzung, daß damit eine „unbezweifelbare Leistung“ vollbracht worden sei, erscheint nicht nachvollziehbar.<sup>1192</sup> Er läßt die Frage offen, anhand welcher Parameter diese „Leistung“ wohl zu messen sei. Inhaltlich weisen die zitierten Vorstellungen in Verbindung mit der Symbolik der Fahne auf jenes unscharfe Bild der ‚Volksgemeinschaft‘, das zeitlich parallel von den Hofgeismarern um Haubach in den Debatten der Jungsozialisten beschworen wurde. Wieder also erweck-

<sup>1188</sup> Das Reichsbanner, Nr. 1 v. 15.4.1924, S. 1.

<sup>1189</sup> Ebd.

<sup>1190</sup> Toury, Jacob: Jüdische Aspekte der Reichsbannergründung, in: Ders.: Deutschlands Stiefkinder. Ausgew. Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte. Universität Tel Aviv; Bd. 18), Gerlingen 1997, S. 93 – 113.

<sup>1191</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 249.

<sup>1192</sup> Ebd., S. 245.

ten ‚Führer‘ den Eindruck, sie könnten der Arbeiterschaft den Weg zu einer neuen Identität weisen.

Es wird in den folgenden Abschnitten genauer zu untersuchen sein, welche pragmatischen und programmatischen Akzente Haubach in seinen Reden und Beiträgen im und für das Reichsbanner setzte. Dies gilt auch für den anderen wichtigen Bereich des Kampfbundes, und zwar für den des konkreten Einsatzes als Schutztruppe. Zuvor sei jedoch auf wesentliche Aspekte seiner Struktur und seines äußeren Erscheinungsbildes verwiesen. Die streng gegliederte Organisation des Reichsbanners lehnte sich an die der SPD an, war also den Mitgliedern dieser Partei durchaus vertraut. Deutlich unterschied sie sich durch kollektive Leitungsgremien auf den verschiedenen Ebenen von denen der ‚nationalen Verbände‘, die auf einzelne Führer und das Prinzip des Gehorsams und der Gefolgschaft setzten. Im äußeren Auftreten, also im Tragen uniformähnlicher Kleidung und in der eindeutig militärischen Ordnung der in der Öffentlichkeit auftretenden Reichsbannereinheiten, näherte man sich den bestehenden Verbänden des rechten Spektrums an. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß einer Art ‚Zeitgeist‘ gefolgt werden sollte, weil vor allem bei der Jugend Interesse an militärischen Aufzügen vermutet wurde.<sup>1193</sup> Nicht zu unterschätzen war allerdings auch die propagandistische Unterstützung, die die inhaltlichen Aussagen durch das ‚geordnete‘ Auftreten der Einheiten erfahren sollten. In jedem Falle kollidierte dieses äußere Erscheinungsbild des Reichsbanners für viele traditionelle Sozialdemokraten sowohl in den Führungskadern wie in der breiten Mitgliedschaft mit den eigenen Vorstellungen, die von Abneigung gegenüber allem Militärischen geprägt waren. Zweifellos hat das Reichsbanner auf diese Weise viele Jugendliche für sich gewinnen und letztlich für die politische Betätigung binden können, aber es gelang auch nie vollständig, bestehende Vorbehalte in weiten Kreisen der Sozialdemokratie auszuräumen. Dies wurde noch deutlicher nach der Septemberwahl 1930, als im Reichsbanner die Tendenz zur ‚Militarisierung‘ erheblich forciert wurde. Bestätigt wird dieser Zusammenhang durch die Aussage eines Zeitzeugen. Er erinnert sich, daß es im Jahr 1931/32 bei seinem Übertritt von der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Jungbanner heftige Diskussionen im Kreise seiner Kameraden von der sozialdemokratischen Jugendorganisation gab. Mehrere Mitglieder vollzogen den Wechsel nicht, weil sie vor allem das militärische Auftreten des Reichsbanners entschieden ablehnten.<sup>1194</sup>

Mit welcher Intensität die Anstrengungen vorangetrieben wurden, die der Vereinheitlichung im äußeren Auftreten der Truppe galten, mögen zwei Bundesvorstandsbeschlüsse vom 11. und 12.5.1925 nachweisen. Ein vier Seiten umfassendes, maschinengeschriebenes Papier trägt die Überschrift „Anleitung für Aufstellung, Bewegungen, [sic] und Märsche der Kameradschaften“. Im allgemeinen einleitenden Teil werden so disparat erscheinende Dinge aneinandergereiht wie der Hinweis auf die Bedeutung der „Fortbildung für die Kameraden“ vor allem „über Reichsverfassung und aus dem Gebiete der Staats- und Bürgerkunde“ und die Vorschrift, daß „Gesang und ‚Frei-Heil‘-Rufe [Gruß des Reichsbanners, P.Z.] aus geschlossenen Abteilungen lediglich auf Kommando des Führers erfolgen

---

<sup>1193</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1194</sup> Interview P.Z. mit Heinz Gärtner, Jg. 1916, am 10.7.2001.

(dürfen).<sup>1195</sup> Dann werden jedoch außerordentlich detailliert und fraglos an eine militärische Sprachregelung angelehnt Vorschriften für die „Aufstellung“ und „Bewegung“ der Einheiten formuliert. Dazu wurde erklärt, was der einzelne Reichsbannermann unter „Haltung“ zu verstehen habe, daß nämlich in der „Rotte“, die von zwei „auf Vordermann“ Stehenden gebildet wird, der „Gliederabstand [...] von Rücken zu Brust gemessen 80 cm“ betragen müsse oder daß „ein schnelles Verändern der Aufstellung“ nur auf das Kommando „Marsch, marsch!“ geschehen dürfe. Abschließend visualisierten die Verfasser Aufstellungen verschiedener Einheiten und ‚choreographische‘ Hinweise mit Hilfe von Buchstabengruppen. Ein ähnlicher Duktus bestimmt auch den zweiten, sechsseitigen Vorstandsbeschuß, in dem die ‚Kleiderordnung‘ vermittelt wurde. Genau wurden die Rangabzeichen erläutert und dem stellvertretenden Gruppenführer beispielsweise zugewiesen, daß er „auf dem linken Oberarm einen Winkel aus 1 cm breiten schwarz-rot-goldenen Bande“ zu tragen habe: „Jeder Winkelarm ist 5 cm lang, Winkelöffnung 4 cm.“<sup>1196</sup>

Derartige Beschreibungen ziehen sich über Seiten hin und demonstrieren damit die Bedeutung, die die Führung einem einheitlichen, geordneten Auftreten des Verbandes in der Öffentlichkeit beimaß, einem Auftreten, das sich nun nach wenig mehr als einjährigem Bestehen deutlicher ‚militärisch‘ ausprägte. So wurde in diesem Papier außerdem hervorgehoben, daß die Führungskräfte „ein klarer Schriftausdruck“ auszeichnen müsse, dazu aber – „unbedingt nötig“ – die Fähigkeit, klare Kommandos geben zu können „für die so bitternotige Ordnung, Disziplin und jederzeitige Bereitwilligkeit.“ Diese sollten auf keinen Fall gefährdet werden, daher auch der scharfe Hinweis, „daß bei den Aufzügen Frauen und Kinder grundsätzlich fernzubleiben haben.“<sup>1197</sup> In der Anfangszeit scheint manche Veranstaltung – nach gewohntem sozialdemokratischen Brauch – zu einem Familienausflug umfunktioniert worden zu sein.

### **6.1.2 Arbeit an der Basis - Kampf den „gegen die Republik anrennenden Elementen“**

Bereits in den ersten Monaten nach der Gründung des neuen Verbandes verzeichnete er einen wohl auch die Initiatoren überraschenden Zulauf. Dies mag darauf zurückzuführen gewesen sein, daß der Bundesvorstand zunächst eine geschickte, weil öffentlichkeits-wirksame Auswahl der Reichsausschußmitglieder betrieben hatte. Einmal wurden prominente ‚Republikaner‘ gewonnen, zudem fanden sich

---

<sup>1195</sup> Bundesvorstandsbeschuß v. 11.5.1925, unterzeichnet „I.A. O.Hörsing“, in: Staatsarchiv Bremen, Bestand der Nachrichtenstelle der Polizeidirektion Bremen, 4,65 – 1027, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bl. 60 – 63, Bl. 60. Das relativ reichhaltige Material dieses Bestandes ‚verdanken‘ wir dem Bürgerblock-Senat der Stadt Bremen, der das Reichsbanner observieren ließ – der Hamburger Senat dagegen hielt seine schützende Hand über den Verband: Er hatte im August 1924 „das Protektorat über den Ortsverein Hamburg“ übernommen; vgl. Vorwärts, Nr. 370 v. 8.8.1924. Hier nahmen an größeren Veranstaltungen des Reichsbanners prinzipiell auch Senatoren der SPD und der DDP teil. Die beiden Vorstandbeschlüsse waren der Bremer Behörde von einer gleichfalls observierenden Dienststelle übermittelt worden. Handschriftlich ist jeweils in der Kopfzeile vermerkt: „Entnommen aus dem Lagebericht [der Nachrichtenstelle] Nürnberg-Fürth v. 3.8.25“.

<sup>1196</sup> Bundesvorstandsbeschuß v. 12.5.1925, in: StA Bremen, 4,65 – 1027, Bl. 64 – 69, Bl. 64.

<sup>1197</sup> Ebd., Bl. 68.

unter den 71 [!] Namen der ersten Liste dreizehn Angehörige der DDP, zwar nur zwei des Zentrum, doch die Werbearbeit der folgenden Monate half, auch dieses Defizit zu kompensieren.<sup>1198</sup> Als erfolgreich erwies sich auch die Entscheidung, die Einteilung der Gaue weitgehend nach den SPD-Bezirken auszurichten. Die wichtigste Klientel des Verbandes fand also nicht nur bekannte Strukturen vor, wenn sie sich für einen Eintritt entschloß, sondern auch ihr bekanntes ‚Personal‘, weil viele SPD-Funktionäre in Personalunion im Reichsbanner eine Funktion übernahmen. Möglicherweise schreckte diese Konstruktion DDP- und Zentrummitglieder von einem Eintritt ab, aber der wesentliche Zulauf wurde ohnehin aus SPD-Kreisen erwartet. Ob die vom Vorsitzenden Hörsing und anderen immer wieder kolportierten hohen Mitgliederzahlen dem tatsächlichen Stand entsprachen, ist zweifelhaft, aber selbst bei einer Reduzierung der für den Februar 1925 angegebenen drei Millionen Reichsbannerkameraden bliebe eine stattliche Größe.<sup>1199</sup>

Die Mitglieder in Hamburg, Bremen und Nord-Hannover waren zu einem ‚Gau‘ zusammengefaßt; Kreise bzw. Ortsgruppen bildeten die Unterorganisationen. In diesem Bereich war Theo Haubach vorwiegend für den neuen Bund tätig. Nachweisbar ist die Tatsache, daß er in ihm von Beginn an propagandistisch wirkte. So trat er bereits im Juli 1924 auf einer Massenveranstaltung des Reichsbanners in Hannover auf.<sup>1200</sup> Im November 1924 sprach er neben dem Bundesvorsitzenden Otto Hörsing in Hamburg auf einer Veranstaltung, zu der „rund 30 000 Republikaner“ zusammengekommen waren.<sup>1201</sup> Derartige Auftritte demonstrierten zugleich seine Bedeutung in dem gerade gegründeten Verband, die sich auch in der Übernahme von Funktionen in diesem Gau niederschlug. In den verschiedenen Berichten der Presse, die sein öffentliches Wirken spiegelten, wurde er während der ‚Hamburger Zeit‘ sowohl als „Kreisführer“ bzw. Vorsitzender des Ortsvereins wie auch als „Mitglied des Gauvorstands“ apostrophiert. Es ist allerdings nicht völlig exakt rekonstruierbar, in welchen Zeitabschnitten er diese Funktionen wahrnahm. Er gehörte zweifelsfrei nicht zum ersten Vorstand des Hamburger Ortsvereins. Dessen Vorsitzender Adolf Biedermann, Reichstagsabgeordneter der SPD, nämlich sandte im September 1924 an die Senatskanzlei die Liste der sechs Mitglieder des Vorstandes, in der Haubach nicht aufgeführt wurde, die aber neben dem Vorsitzenden als prominente Politiker den Bürgerschaftsabgeordneten der SPD Heinrich Eisenbarth – er wurde im darauffolgenden Jahr Senator für Jugend – und den ‚Demokraten‘ Ernst Strassmann führte.<sup>1202</sup> Ab 1926 war Theodor Haubach dann nachweisbar Mitglied des Gauvorstandes und wurde im Frühjahr 1928 auch in diesem Amt durch Wiederwahl bestätigt.<sup>1203</sup> Während eines großen Aufmarsches des Reichsbanners im Oktober 1929 war Haubach neben dem Bundesvorsitzenden Hörsing der Hauptredner. Zum Schluß der Veranstaltung verkündete

<sup>1198</sup> Das Reichsbanner, Nr. 3 v. 15.5.1924.

<sup>1199</sup> Das Reichsbanner, Nr. 5 v. 1.3.1925.

<sup>1200</sup> Vorwärts, Nr. 331 v. 16.7.1924. Seiner Rede auf dieser Veranstaltung entstammt das Zitat, das für die Überschrift dieses Kapitels gewählt wurde.

<sup>1201</sup> H.E., Nr. 331 v. 1.12.1924.

<sup>1202</sup> Brief v. 26.9.1924, in: Staatsarchiv Hamburg, Bestand Senat, CL VII Lit Q d No. 553 Vol.2, Dok. 8.

<sup>1203</sup> H.E., Nr. 120 v. 30.4.1928.

Haubach seine Berufung in das Reichsinnenministerium und seinen Rückzug aus seinen Ämtern im Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover.<sup>1204</sup>

Für Bremen ist u.a. durch die akribische Observierung von Polizeidienststellen eindeutig zu rekonstruieren, aus welchen Verbänden sich die ersten Einheiten des Reichsbanners rekrutierten. So meldete der polizeiliche „Lage-Bericht Nr. 19“, daß der ‚Vortrupp Reichsadler‘, die Jugendorganisation des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, sich zum 31.12.1924 aufgelöst habe und mit Wirkung vom 1.1.1925 zum Reichsbanner übergetreten sei.<sup>1205</sup> Daß dieses Tatsache gar nicht so geheim war, wie das Dossier in der Kopfzeile – „geh.“ - vermitteln wollte, demonstriert die Meldung einer Bremer Zeitung drei Tage zuvor, nach der die Mitglieder des ‚Vortrupps‘ nunmehr zum ‚Jung-Reichsbanner-Bremen‘ gehören würden.<sup>1206</sup> Zweifellos schlossen sich auch ältere Mitglieder des Reichsbundes dem Reichsbanner an, möglicherweise ohne sich gleichzeitig vom weiter bestehenden Reichsbund zu lösen. Es kam später nämlich zu gemeinsamen Veranstaltungen, u.a. zu einer Kundgebung im August 1926, die den observierenden Beamten zu der Einschätzung veranlaßte, daß ihr „Gesamteindruck [...] ein imposanter war.“<sup>1207</sup> Bereits im Juli 1924 hatte sich die ‚Vereinigung Republik‘ Bremens in einer Versammlung „zum Zwecke der Gründung einer hiesigen Ortsgruppe“ des Reichsbanners aufgelöst, den gemeinsamen Übertritt beschlossen und damit zweifellos die Basis für den neuen Kampfbund in der Stadt begründet. Ein observierender bremischer Polizeibeamter bezifferte die Zahl der Teilnehmer an dieser Veranstaltung mit „ca. 340 Menschen.“<sup>1208</sup>

Auch für Hamburg sind die Übergänge von Vorläufern zum Reichsbanner prinzipiell nachvollziehbar. Nach dem Bericht eines Beteiligten wurden ebenfalls die Einheiten der hamburgischen ‚Vereinigung Republik‘ zum Kristallisationspunkt für die Ortsgruppe des Reichsbanners. Stolz wurde darauf hingewiesen, daß der Initiator des Reichsbanners, Otto Hörsing, eigens nach Hamburg gekommen sei, um sich vor der Gründung des Reichsbanners über den „technischen Aufbau“ und die „psychologische Grundlage“ der Vereinigung Republik zu informieren. Die „vierjährige Arbeit“ der Vereinigung, nämlich von 1920 bis 1924, werde nun, nach der Einschätzung des Verfassers, „<kräftig fortgeführt in den Reichsbanner-gauen Hamburg und Schleswig-Holstein.“ [i. Orig. gesperrt, P.Z.]<sup>1209</sup>

Erheblich zurückhaltender dagegen wurde der Übergang von der Vereinigung Republik zum Reichsbanner in einem anderen Beitrag, dem Rückblick auf die eininhalbjährige Existenz des Ortsvereins Hamburg, dargestellt. Die Voraussetzungen waren augenscheinlich nicht mit denen Bremens vergleichbar, weil die Hamburger ‚Vereinigung‘ offensichtlich zu keinem Zeitpunkt eine gemeinsame Organisationsform gefunden, sich unter unterschiedlicher Führung und Aufgaben-

<sup>1204</sup> H.E., Nr. 278 v. 8.10.1929.

<sup>1205</sup> Auszug aus Lage-Bericht Nr. 19 v. 6. Jan. [1925], in: StA Bremen, Nachrichtenstelle, 4,65 – 1028, Bl. 2a.

<sup>1206</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 2 v. 3.1.1925.

<sup>1207</sup> Bericht v. 12.8.1926, in: StA Bremen, Nachrichtenstelle, 4,65 – 1031, Bl. 3a.

<sup>1208</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 136 v. 13.6.1924 und Polizeibericht, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1026, Bl. 13.

<sup>1209</sup> Lamp 1, Walther: „V.R.“, in: Das Reichsbanner, Nr. 5 v. 1.3.1926.

W.L. (1891 – 1933), 1914 – 18 Kriegsteilnehmer, als Offizier entlassen, 1918/19 Vors. d. Obersten Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgebung; 1921 – 1933 in Altona Senator f. d. Polizeiwesen, ab 1923 auch f. d. Hafenverwaltung und das Arbeitsamt.

stellung in einigen Stadtteilen konstituiert hatte und die Bindung untereinander nicht ausreichte, um die Mitglieder also en bloc übertreten zu lassen. Es sei zwar gelungen, führte der Bericht aus, in den ersten drei Monaten etwa 10 000 Mitglieder zu gewinnen, „aber von einer erheblichen Ausweitung über diesen Kreis hinaus ist nicht mehr die Rede gewesen“. Zugleich wurde beklagt, daß „eine Menge sehr guter Mitglieder des [sic] V.R.“ nicht dem neuen Verband beigetreten sei.<sup>1210</sup> Es hatten sich in den drei beteiligten Parteien eigene Strukturen und Formationen - „feste Vereine“ - gebildet. Deren Mitglieder waren nicht bereit, „eine Einschränkung ihrer programmatischen Einstellung“ vorzunehmen. Welche inhaltlichen Hindernisse sich hinter dieser Formulierung verbargen und in erster Linie einem Übertritt entgegenstanden, formulierte der namentlich nicht genannte Verfasser außerordentlich vorsichtig, so, als wollte er nicht neuerlich grundsätzliche Diskussionen provozieren. Aus dem Kontext erschließt sich, daß die Diskussionen in der Vereinigung und in den Parteien als wesentliche Hemmnisse die ‚Überparteilichkeit‘ des Reichsbanners und ein in ihm gepflegtes „militärisches Gepränge“ kontrovers thematisierten. Wie sehr der Hamburger Führung aber an der Erhöhung der Mitgliederzahlen gelegen war, mag die Tatsache belegen, daß der Berichtende zwar die Bildung einer „Kameradschaft“ Hamburger Zentrumsanhänger begrüßte, zugleich jedoch bedauernd feststellte, daß damit zu dem „Prinzip“ - gemeint ist die Identifizierung der Reichsbannermänner mit ‚ihrer‘ jeweiligen Partei - zurückgekehrt worden sei, zu einem Prinzip also, das „der weiteren Ausbreitung [des Verbandes, P.Z.] im Wege stand.“<sup>1211</sup>

Die bereits existierende Schutztruppe der DDP trat geschlossen zum Reichsbanner über. Außerdem wirkten in Hamburg Angehörige jüdischer Verbände, so Jacob Toury, an der Gründung des Reichsbanners mit. Sie rekrutierten sich u.a. aus Saalschutztruppen dieser Organisationen.<sup>1212</sup> Eines der wenigen erhaltenen Dokumente, die auf eine derartige Verbindung verweisen, ist eine Einladung an „Einen Hohen Senat der Freien und Hansestadt“, an einer „Banner-Weihe“ teilzunehmen. Der Briefkopf des Absenders lautet: „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ mit der in kleinerer Type gesetzten Unterzeile: „Kameradschaft jüd. Frontsoldaten Hamburg“.<sup>1213</sup> Das vorliegende Schreiben dokumentiert nicht nur die Existenz dieser spezifischen Einheit innerhalb des Reichsbanners, sondern die Notizen auf der Rückseite, die in der Senatskanzlei als Vorlage für eine offizielle Antwort entworfen wurden, sagen zudem aus, daß gerade diese Gruppe mit demonstrativer Aufmerksamkeit bedacht werden sollte; es wurde die Teilnahme des für das Schulwesen zuständigen Senators Emil Krause (SPD) angekündigt.

Deutlich ist die Absicht ablesbar, daß das Hamburger Reichsbanner sich tatsächlich zu einem überparteilichen Kampfbund entwickeln sollte. Theodor Haubach, der bereits zum Gauvorstand gehörte und zweifellos auch im Ortsverein eine bedeutende Rolle einnahm, unterstützte diese Zielvorstellung uneingeschränkt. Der oben zitierte Text bildet insofern eine Ausnahme in der Verbandspublizistik, als er die beiden hier angesprochenen Probleme - die als zu gering angesehene Anzahl

<sup>1210</sup> 1 ½ Jahre Arbeit des Ortsvereins Hamburg, o. Angabe d. Vf. in: Das Reichsbanner, Nr. 8 v. 15.4.1926.

<sup>1211</sup> Ebd.

<sup>1212</sup> Toury, Jüdische Aspekte, S. 97 ff.

<sup>1213</sup> Schreiben v. 19.11.1924, in: Staatsarchiv Hamburg, Bestand Senat, CL VII Lit Qd No.553 Vol. 1.

der Mitglieder wie deren Bindung an parteispezifische Inhalte und Strukturen – benannte, wenn auch nicht gerade spektakulär. Durchgehend herrschte ansonsten in den Verbandsblättern ‚Das Reichsbanner‘ und ‚Illustrierte Reichsbanner-Zeitung‘ [ab Ausgabe Nr 1 v. 5.1.1929: ‚Illustrierte Republikanische Zeitung‘] und in der freundlich gesonnenen Parteipresse – im Hamburger Raum vor allem dem Hamburger Echo – die Tendenz vor, ungebrochen-hymnisch Veranstaltungen oder Aufmärsche des Reichsbanners zu feiern.

Die Unterstützung von Seiten der politischen Parteien manifestierte sich im Juni 1924 in einer eindrucksvollen Gründungsfeier der Ortsgruppe Hamburg des Reichsbanners. Die tätige Mithilfe der SPD zeigte sich in der Tatsache, daß dieser Akt als Aufmacher auf der ersten Seite des Hamburger Echo in einem Bericht geradezu gefeiert wurde. Die größte Halle der Stadt war überfüllt, „Tausende begehrteten noch Einlaß.“ Als sei der namentlich nicht gezeichnete Bericht von Theodor Haubach verfaßt, wurde die weiter vorhandene „Autoritätsduselei“ der Menschen kritisiert, die verhindere, daß die Republik nicht als „<lebendiger Organismus>“ [gesperrt, P.Z.] begriffen werde. Ihr „Inhalt“ müsse den „Geist der <Freiheit, der Einheit und des Vaterlandes>“ [hervorgehoben, P.Z.] umfassen.<sup>1214</sup> Seinen Sinn habe der Kampf um diese Prinzipien nunmehr im Reichsbanner gefunden. Der auf eine Mischung aus euphorisch-unkritischer und propagandistisch ausgerichteter Berichterstattung setzende Text entfernte sich insofern aus der Realität, als beispielsweise der Anteil der Parteien am Verlauf politischer Prozesse gar nicht erwähnt wurde – das Reichsbanner als Retter des republikanischen Gedankens.

Zurechtgerückt wurde diese Akzentuierung dann durch die ausführliche Würdigung der beiden Hauptredner. Nach einer Darbietung der „Kapelle der Orpo“ [= Ordnungspolizei, P.Z.] ergriff der Erste Bürgermeister der Stadt, Carl Petersen, das Wort.<sup>1215</sup> Er war Mitglied der DDP, demonstrierte mit seinem Auftritt die Unterstützung des Senats für den neuen Verband und zugleich die seiner Partei. In seinem Redebeitrag betonte er den defensiven Charakter des Kampfbundes und maß ihm in erster Linie die Aufgabe zu, Widerstand jenen entgegenzusetzen, die Gewalt gegen die Verfassung und ihre Farben ausübten. Ausdrücklich hob er – um Vermittlung bemüht - hervor, daß die Achtung der schwarz-rot-goldenen Fahne nicht bedeuten dürfe, die schwarz-weiß-roten Farben zu „beschimpfen“, denn sie stünden nicht für das Kaisertum, sondern für die Arbeit des deutschen Volkes. Der Sozialdemokrat Paul Löbe, der als nächster das Wort ergriff, gab zunächst der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der DDP und der SPD weiterhin „treue Waffengefährten“ im Kampf für die Republik blieben.<sup>1216</sup> Entschieden aggressiver setzte er sich dann mit dem politischen Gegner auseinander. Er sprach denen, die in nationalen oder völkischen Verbänden und Parteien organisiert waren, das Recht ab, „die <Vaterlandsliebe> [gesperrt, P.Z.] allein in Anspruch zu nehmen“ und verknüpfte diesen Aspekt mit dem Aufruf, für die demokratische Erneuerung Deutschlands zu kämpfen. Dabei sei es notwendig, so Löbe, sich auf einen lang-

<sup>1214</sup> „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Hamburg., in: H.E., Nr. 175 v. 28.6.1924.

<sup>1215</sup> Dr. Carl Petersen (1868 – 1933), DDP, bis 1924 Hamburger und Reichsvorsitzender der DDP, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1918/19 – 1933 Mitglied des Hamburger Senats, 1924 – 1929 und 1932/33 Erster Bürgermeister [Präsident des Senats].

<sup>1216</sup> Paul Löbe (1875 – 1967), SPD, 1920 – 1933 MdR, 1920 – 1932 mit einer kurzen Unterbrechung Präsident des Reichstages.

jährigen Prozeß einzustellen. Dem Reichsbanner wies er erheblich offensiver als Carl Petersen die Funktion zu, nicht nur alle Angriffe gegen die Republik abzuwehren, sondern „<das Tempo zu beschleunigen>“ [gesperrt, P.Z.] und die Idee der Republik mit „Regimenter(n) und Brigaden [...] ins fernste Dorf zu tragen.“ Offensive forderte er jedoch nicht allein für die Republik und gegen die innenpolitischen Gegner, sondern wenn die „Weltatmosphäre“ es wieder zuließe, sollte außenpolitisch der Zusammenschluß mit Österreich angestrebt werden. Damit war zweifellos eine Programmatik – für den Zweck einer Rede in einer Massenveranstaltung holzschnittartig und auf Effekt bedacht – entworfen, die viele Bürger der politischen Mitte uneingeschränkt nachvollziehen konnten.

Das Bild Löbes, in dem er die Politiker der DDP als „treue Waffengefährten“ kennzeichnete, traf – wenn auch martialisch formuliert - im Kern die guten Beziehungen von SPD und DDP in Hamburg. Beide Parteien koalitierten während der Weimarer Republik in Hamburg ohne Unterbrechung. Den Hamburger Landesverband der Demokraten zeichnete eine eigenständige, links-liberale Politik aus. Zulauf erhielt die Partei vor allem aus Kreisen jüdischer Intellektueller, liberaler Angestellter, von Beamten und Lehrern. Eindeutig distanzierte sie sich – anders als die Reichspartei - von Umarmungsversuchen aus der Wirtschaft, verfocht eine Linie der Parteinahme für Arbeitnehmer. Konfrontativ war z.B. auch der Kurs des Hamburger Landesverbandes gegen das Parteimitglied Otto Geßler, der das Reichswehrministerium leitete.<sup>1217</sup> Die Absicht der Kooperation von SPD und DDP im Reichsbanner gründete in Hamburg auf eine bereits gewachsene, stabile Basis. Obwohl Hamburger Spitzenpolitiker der SPD nicht auftraten, unterstützten sie die Neugründung tatkräftig, ihr weitgehend verdeckter Einsatz für die Vereinigung Republik wurde bereits nachgewiesen. Sie besetzten wichtige Positionen im Vorstand der Ortsgruppe und des Gaues.

Eine bedeutende Rolle hatten in der Vereinigung Republik auch Angehörige der Hamburger Polizei gespielt. Es gibt eindeutige Hinweise darauf, daß diese Kräfte auch Interesse daran hatten, sich an der Gründung und Stabilisierung des republikanischen Kampfbundes zu beteiligen. Nachweisen läßt sich dieses vor allem an den Aktivitäten des Polizeioffiziers Bruno Georges.<sup>1218</sup> So trat er während einer Veranstaltung des Reichsbanners Bremen – zunächst von der lokalen Presse als „Polizeioberst Georgi“ aus Hamburg angekündigt<sup>1219</sup> - in Hemelingen am 26.10.1924 auf. Der später erschienene Bericht zu dieser Veranstaltung wartete dann mit korrekten Daten auf: „Polizeioberleutnant Georges.“<sup>1220</sup> Ausführlich feierte die bremische sozialdemokratische Tageszeitung Georges dann wieder im Februar 1925. Hervorgehoben wurde die Tatsache, daß er auf einer Reichsbanner-Veranstaltung in Bremen „eine zündende Rede“ gehalten habe. Der Berichterstat-ter konnte nicht umhin, provozierend die höchst unterschiedliche Behandlung des

<sup>1217</sup> Büttner, Ursula: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg), Hamburg 1996, S. 54 ff.

<sup>1218</sup> Bruno Georges (1892 –1968), seit 1923 Polizeioberleutnant, als „Adjutant“ Lothar Danners aktiv an den Kämpfen des Oktoberaufstandes 1923 beteiligt; Mitglied in der Vereinigung Republik und im Reichsbanner; 1933 aus politischen Gründen aus dem Dienst entlassen; 1945 – 1958 Hamburger Polizeichef/Polizeipräsident von Hamburg; biograph. Daten in: Boldt, Erwin B.: Die verschenkte Reform. Der Neuaufbau der Hamburger Polizei zwischen Weimarer Tradition und den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht 1945 – 1949, phil. Diss. Hamburg 2001, S. 251 f.

<sup>1219</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 251 v. 25.10.1924.

<sup>1220</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 255 v. 30.10.1924.

Reichsbanners in Bremen und Hamburg bloßzulegen. Falls „die Bremer Polizei wenigstens unerkannt im Saale vertreten gewesen“ sei, merkte er an, „so wird sie gestaunt haben, was es für republikanische <Polizeioffiziere> [gesperrt, P.Z.] geben kann“, um in Klammern hinzuzusetzen: „(bloß nicht in Bremen!)“<sup>1221</sup> Doch Georges war auch in Hamburg aktiv und beteiligte sich an einer „Werbeveranstaltung“ für das Reichsbanner in der – wahrscheinlich im Aufbau begriffenen – „Arbeitsgemeinschaft Bramfeld-Poppenbüttel“ des Reichsbanners.<sup>1222</sup> Der Eindruck einer veritablen Kampagne drängt sich auf, da er bereits kurz darauf wiederum für eine Reichsbanner-Veranstaltung in einem anderen Stadtteil als Referent angekündigt wurde.<sup>1223</sup> Nach der Einschätzung Lothar Danners, des ehemaligen, prorepublikanisch eingestellten Leiters der Ordnungspolizei, wurde die Gründung des Reichsbanners „freudig begrüßt.“ „Endlich“, so stellte er fest, konnte man sich „wieder mit Gleichgesinnten zusammenfinden.“ Als verbindende Elemente hob er „das gemeinsame Erlebnis des großen Krieges“ wie die „bei den Unruhen des Oktober 1923 geschlossene Waffenbrüderschaft“ hervor.<sup>1224</sup> Ähnliche Formulierungen, die eine gemeinsame soldatisch-kämpferische Vergangenheit beschworen, sind zweifellos auch bei den „Kameraden“ des rechtsgerichteten Stahlhelms nachweisbar. Doch hinter der vergleichbaren Fassade einer emotional wirkenden, in einen heroisierenden Tonfall verfallenden Rhetorik verbargen sich einander völlig gegensätzliche politische Vorstellungen. Danner gehörte zu jenen Kräften in der Polizei, die *für* die Republik eintraten. Er erkannte ihre Fragilität, und so hatte er offenbar auch keine Skrupel, dem Reichsbanner konkrete polizeiliche Hilfe zu gewähren. Polizeibeamte wurden „als Ausbilder im Reichsbanner tätig und gewannen dort viele wertvolle junge Leute als Ersatz für die Polizei.“

Konsequent mutet es deshalb an, wenn innerhalb des Reichsbanners Hamburg wahrscheinlich kurz nach der Installierung der Ortsgruppe „eine Kameradschaft Polizei“ gegründet wurde. Nachdem der amtierende Minister des Innern im Reich, Karl Jarres [DVP, 1923 – 1925 Minister des Innern], das Verbot derartiger Engagements von Beamten in Kampfbünden ankündigte, verfügte der Gauvorstand selbst die Auflösung der „Kameradschaft“, um „dem Senat die heikle Aufgabe zu ersparen.“ Für Danner bedeutete diese Entwicklung eine Enttäuschung, zumal sich die führenden Reichsbannerleute zuvor mit der Erklärung festgelegt hatten, diese Gruppierung in ihren Reihen „auf jeden Fall“ zu decken. Damit sei, resümierte er, „ein hoffnungsvoller Ansatz zur republikanischen Erziehung der Polizeibeamten vernichtet“ worden.<sup>1225</sup>

Nicht von der Hand zu weisen ist die Vermutung, daß die Entscheidung der Auflösung zudem beeinflusst wurde durch das Ergebnis einer ausgedehnten Debatte in der Bürgerschaft. Die DNVP hatte die Aussprache mit einer Anfrage zur „Werbung für das Reichsbanner in den Reihen der Ordnungspolizei“ herbeigeführt. Kurz vor den anstehenden Bürgerschaftswahlen am 26.10.1924 sahen die Rechtsparteien in dieser Angelegenheit offenbar die Chance, vor allem „überparteilich“. Die Bestrebungen, in der Polizei Fuß zu fassen, verurteilte er scharf und verwies auf „Beschwerden“ aus der Polizei selbst über die Aktivitäten des Reichsbanners.

<sup>1221</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 45 v. 23.2.1925.

<sup>1222</sup> H.E., Nr. 23 v. 23.1.1925. Termin der Veranstaltung: 25.1.1925.

<sup>1223</sup> H.E., Nr. 24 v. 24.1.1925. Die Ankündigung galt für eine Veranstaltung am 28.1.1925.

<sup>1224</sup> Danner, Ordnungspolizei, S. 206 f.

<sup>1225</sup> Ebd., S. 207.

Seine Vorwürfe sollten dem (Wahl-)Bürger das Bild einer SPD vermitteln, die sorglos für eigene Interessen den Garanten für Sicherheit und Ordnung, den Apparat der Polizei, unterwanderte und zudem den Senat als zu schwach darstellen, um derartigen Entwicklungen Einhalt gebieten zu können.<sup>1226</sup>

Die Antwort des SPD-Abgeordneten Heinrich Eisenbarth, führend in der Partei und im Reichsbanner tätig, bewies, daß die Angriffe der Nationalisten einen wunden Punkt getroffen hatten.<sup>1227</sup> Zwar war das Reichsbanner nach seiner grundlegenden Konstruktion „über-parteilich“, aber sie zielte lediglich auf die Klientel von drei republikanischen Parteien und die Hilfsdienste wie der Schutz von Veranstaltungen beschränkte sich auf diese Gruppierung. Die verbandsinterne Praxis wies das Reichsbanner in erster Linie als sozialdemokratisch beeinflusste und gesteuerte Institution aus. Wenn diese nun ihre Basis in einer zur Überparteilichkeit verpflichteten Behörde wie der Polizei zu verstärken suchte, handelte es sich zweifellos um ein angreifbares Manöver. Wenig überzeugend fiel dann auch Eisenbarths Erklärungsversuch aus. Der „Geheimbündelei“, dem Besitz „illegaler Waffen“ und der „Judenhetze“ vaterländischer und völkischer Verbände stellte er den Wunsch der Reichsbanner-Kameraden in der Polizei gegenüber, „Regiments- und Fronterlebnisse“ auszutauschen, Geselligkeit und Kameradschaft zu pflegen wie „vergnügt und fröhlich [...] frohe Lieder (zu) singen.“ Diese eher satirisch anmutende Idylle, die der SPD-Abgeordnete jedoch ernsthaft zu vertreten versuchte, macht offensichtlich, wie unangenehm den Sozialdemokraten dieser Aspekt ihrer Aktivitäten war. Andererseits lag ihnen unbedingt daran, daß sich das Reichsbanner in der Polizei wie in anderen Behörden etablieren konnte. Seine Frage „Wohin sollen die republikanischen Ober- und Unterbeamten?“ beantwortete er mit dem Hinweis, daß „fast jeder republikanische Offizier, der den Mut besitzt, sich zur Republik zu bekennen“, von seinen Kameraden geächtet und innerhalb der Institution als „Aussätziger“ behandelt werde.<sup>1228</sup> Diese Sequenz seiner Rede offenbarte jenes republikanische Dilemma, mit dem sich die demokratischen Erneuerer konfrontiert sahen: Überwiegend waren die staatlichen Schaltstellen, die Apparate, wie Haubach sie genannt hatte, weiterhin oder neu besetzt von Vertretern mit restaurativen (gesellschafts-)politischen Anschauungen. Im günstigsten Falle standen diese der republikanischen Staatsform indifferent, oft jedoch feindselig gegenüber.

Der Abgeordnete Gerhard Meuthen von der DDP, der selbst führendes Mitglied im Reichsbanner war, betonte – zunächst wie in einer Art Pflichtübung - gleichfalls die Überparteilichkeit des Reichsbanners. Doch dann trat er erheblich aggressiver als der Abgeordnete des Koalitionspartners auf. So hob auch er den hohen Anteil von Frontsoldaten hervor, verband diesen Hinweis jedoch mit der Drohung, daß „diese Millionen“ jene „Jüngelchen“, die hinter den rechtsstehenden Parteien stünden, auseinanderreiben würden. Geringschätzig sprach er von den „Heimkriegern“, die für sich die Attribute „national“ und „patriotisch“ nicht nur in Anspruch nahmen, sondern auch einen Alleinvertretungsanspruch vertreten würden. Empört wies er die „Verdächtigung unserer Vaterlandsliebe“ zurück. Er

<sup>1226</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1924, 31. Sitzung v. 3.10.1924, S. 508 f.

<sup>1227</sup> Heinrich Eisenbarth war von 1925 – 1928 Senator für Jugend, von 1928 – 1932 für Gesundheit. Seit 1925 war er Erster Vorsitzender des Gauvorstands Hamburg-Bremen-Nord-Hannover.

<sup>1228</sup> Stenographische Berichte, 31. Sitzung 1924, S. 509 – 511, S. 509.

entwickelte nicht wie Eisenbarth langatmig die Vorzüge des Reichsbanners, sondern attackierte offensiv die Zustände in der Hamburger „Orpo“, die geprägt seien von einem Klima anti-republikanischen Geistes. In diesem Kontext erhob er die Anschuldigung, daß ein „ein ausgebautes Spitzelsystem“ bestehe, das genutzt werde, um etwa dem Reichsbanner nahestehende Beamte an rechtsgerichtete Offiziere zu melden. Diese nutzten ihre Informationen, um gegen die Leitung bzw. die Mannschaften „scharf zu werden.“ Der DDP-Abgeordnete beschrieb eindringlich ein Netz aus anti-republikanischen Kräften, zu denen die „antisemitisch-deutsch-nationale“ Partei, vaterländische Verbände und Orpo-Offiziere gehörten. Ihnen gelte es, so seine Forderung, überall entschlossen entgegenzutreten – das Reichsbanner sei dazu ein bedeutendes und notwendiges Instrument.<sup>1229</sup>

Sowohl der Sprecher der SPD wie der der DDP hoben auf die antisemitische Grundhaltung vieler nationaler und völkischer Verbände ab. Zu den Prinzipien des Reichsbanners dagegen gehöre Offenheit, und der Kampf für die Republik sei geknüpft an den gegen den Antisemitismus. So wurde in einem Atemzug formuliert, daß das Reichsbanner gegen die Feinde der Republik antreten und mit aller Energie „die infame Judenhetze, diesen Rückfall in die finsterste Zeit mittelalterlicher Glaubensverfolgung“ bekämpfen wolle.<sup>1230</sup> Vergleicht man die Beiträge beider Politiker darüber hinaus, so fällt auf, daß der Sozialdemokrat erheblich vorsichtiger mit dem ‚Apparat‘, mit der Polizeibehörde, umging. Hatte ihn bereits die Attacke der DNVP offenkundig verunsichert, so schien er Order zu haben, den Kontext Behörde zurückhaltend darzustellen. Klarer zielte dagegen der DDP-Mann auf den Kern des Problems, ließ sich nicht durch legalistische Skrupel irritieren und entblößte ungeschminkt die der republikanischen Idee abträgliche Situation, die er mit dem Reichsbanner an der Wurzel bekämpfen wollte.<sup>1231</sup>

Als bemerkenswert bleibt festzuhalten, daß der Chef der Ordnungspolizei – vollständig auf der Linie Haubachs – seine jungen Beamten gerade in diesem Umfeld zu politisch aktiven Befürwortern der republikanischen Staatsform zu erziehen trachtete. Dabei wußte zweifellos auch er von innerbehördlichen Widerständen; diesen Schluß legt seine Bemerkung nahe, daß nach der Auflösung der „Kameradschaft“ „die rechts stehenden Beamten frohlockten.“<sup>1232</sup> Vorliegende Dokumente machen deutlich, daß aus dem Reichsministerium des Innern in Berlin erheblicher Druck auf Hamburg in dieser Frage ausgeübt wurde. Damit begonnen wurde während einer Sitzung im Ministerium, an der der Hamburger Polizeipräsident Dr.Campe teilnahm. Der Reichskommissar Kuenzer prangerte vor Vertretern aller deutschen Länder, die eigentlich die „Subventionierung der Schutzpolizei“ erörtern wollten, die Hamburger Praxis „als nicht mit den Richtlinien vereinbar“ an, politische Gruppen in der Schutzpolizei zuzulassen. Diesen Vorwurf bezog er allein auf den „Verein ‚Schwarz-Rot-Gold‘“.<sup>1233</sup> Nur wenig später wandte sich der Reichsinnenminister Jarres mit einem Schreiben direkt an den Senat, wiederholte den Vorwurf, verwies nachdrücklich darauf, daß „der unpolitische Charakter der

<sup>1229</sup> Gerhard Meuthen, DDP; in: Ebd., S. 511 f.

<sup>1230</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 131 v. 6.6.1924.

<sup>1231</sup> Auf die Einlassung des Sprechers der KPD-Fraktion wird an anderer Stelle eingegangen, wenn die Position der Kommunisten gegenüber dem Reichsbanner bestimmt wird.

<sup>1232</sup> Danner, S. 208.

<sup>1233</sup> Dr.Campe: Bericht über die Sitzung im Reichsministerium des Innern in Berlin am 14.11.1924, in: Staatsarchiv Hamburg, Bestand Senat, CL VII Lit L b No. 28 a/2 Vol. 171 Fasc. 63, Dok. 9, 2. S.

Schutzpolizei“ unbedingt zu erhalten sei und fügte unmißverständlich an, „daß das Reichsbanner ‚Schwarz-Rot-Gold‘ als politischer Verein anzusehen ist.“<sup>1234</sup> Der Erste Bürgermeister Carl Petersen, DDP, schaltete sich daraufhin selbst in die Angelegenheit ein und suchte den Reichsinnenminister Karl Jarres zu einem persönlichen Gespräch auf. Die von Petersen unterzeichnete „Niederschrift über die Besprechung“ läßt klar erkennen, daß er auf der Seite des Reichsinnenministers stand. Die „Polizeitruppen“ seien in gleicher Weise wie die Reichswehr zu behandeln, nämlich „vor politischer Infektion“ zu schützen, weil sonst „Geschlossenheit und Disziplin“ nicht zu bewahren und „unvermeidlich Zersetzungs- Intrigen- und Korruptionerscheinungen“ [sic] zu befürchten seien. Petersen sicherte Jarres in dem Gespräch zu, er werde „alles und jedes tun“, um die Angelegenheit „in einem freundschaftlichen Sinn zu regeln.“ Zugleich nannte er ein gewichtiges Argument, das er als Drohpotential augenscheinlich vor allem in Richtung einiger Senatorenkollegen richtete, bei denen er Opposition gegen seine Haltung vermutete. Petersen wies nämlich auf denkbare Sanktionen – die Sperrung der „Reichsunterstützung“ - hin, die vom Reich ergriffen werden könnten.<sup>1235</sup>

Auch der Versuch des Chefs der Ordnungspolizei, Lothar Danner, die Vorbehalte zu entkräften, indem er die „Vereinigungsfreiheit“ als entscheidendes Kriterium herausstellte und dazu einen Kommentar der Reichsverfassung heranzog, blieben erfolglos.<sup>1236</sup> Welcher Aspekt letztlich die Auflösung der „Kameradschaften“ auslöste, kann nur vermutet werden. Es bestanden offenbar zwischen einzelnen Senatoren, vor allem der SPD, und der Führung des Reichsbanners nicht nur intakte Beziehungen, sondern sie wurden auch von beiden Seiten sorgsam gepflegt. Die Äußerungen Carl Petersens, der als Senatsvertreter an verschiedenen Veranstaltungen des Reichsbanners teilnahm, zeigen jedoch, daß die Senatoren der DDP entschlossen waren, dem Verband engere Grenzen zu setzen. Lieber war ihnen ein ‚Verein‘, der seine Aktivitäten ruhig und staatstragend abwickelte – auf jeden Fall wurden spektakulär-politische Aktivitäten nicht goutiert. Letztlich waren ihnen Ansammlungen von Menschenmassen und Aufmärsche zutiefst fremd, möglicherweise auch suspekt, sie hatten sie in ihrer politischen Sozialisation nicht als Mittel bekundeter Solidarität und der Demonstration eigener Kraft kennengelernt und erfahren. So schreckten dann die Warnungen aus Berlin auch gehörig auf, weniger wegen der Angst vor Sanktionen, sondern vermutlich eher aus der Sorge heraus, in den Ruch zu geraten, die traditionellen ‚Apparate‘ zu revolutionieren, indem ihnen die Bildung politischer Gruppierungen zugestanden wurde. Petersen bemühte sich augenscheinlich gar nicht darum, etwa die von Danner gewiesene Fährte einer anderen Interpretation der Richtlinien zu gehen, sondern bewegte sich unverzüglich auf den gedanklichen Bahnen Jarres’. Allein der Vorwurf, ‚politisch‘ tätig zu werden, wurde also dem Reichsbanner zum Vorwurf gemacht und damit zugleich die Zielvorstellung einer ‚unpolitischen‘ Polizeitruppe entworfen. Eben mit dieser Vorstellung hatte sich Theodor Haubach vehement u.a. in den Wahlkämpfen 1928 auseinandergesetzt und sie als schädlich für die Stabilisierung

<sup>1234</sup> Brief des Reichsministers des Innern an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten v. 26.11.1924, in: Ebd., Dok. 10 a.

<sup>1235</sup> Carl Petersen: Niederschrift über eine Besprechung mit Herrn Minister Jarres in Berlin am 10.12.1924 vom 17.12.1924, in: Ebd., Dok. 11.

<sup>1236</sup> Der Chef der Ordnungspolizei an den Herrn Polizeipräsidenten, Denkschrift v. 2.12.1924, in: Ebd., Dok. Anl. zu 15.

der Republik bezeichnet. Nur eine politisch bewußte Beamtenschaft konnte nach seiner Überzeugung auch loyal zu dem jungen Staat stehen - eine Auffassung, der uneingeschränkt zuzustimmen ist.

Zum politischen Hintergrund ist weiterhin die Tatsache von Bedeutung, daß seit den Bürgerschaftswahlen vom 26.10.1924 die SPD und die DDP einen weiteren Partner benötigten, um eine Koalitionsregierung bilden zu können. Dazu kam allein die DVP in Betracht, eine Partei also, deren Mitglieder und Repräsentanten den vaterländischen Verbänden viel näher standen. Die Sozialdemokratie hatte seit 1919 kontinuierlich beträchtlich an Stimmen und möglicherweise – vielleicht das Kalkül Petersens – auch deren verunsicherte Senatsvertreter verunsichert an Kampfbereitschaft verloren, so auch in der Reichsbanner-Angelegenheit.

Es ist letztlich nach den vorhandenen Quellen nicht endgültig festzustellen, wie der weitere Weg der Entscheidungsfindung innerhalb des Senats verlief, die ‚Kameradschaften‘ in der Polizei zu verbieten. Durchaus denkbar ist es, daß einzelne Sozialdemokraten im Senat hinhaltenden Widerstand leisteten. Petersen schien so eine Haltung antizipiert zu haben, der Grundton seiner Niederschrift ist allerdings eindeutig optimistisch, derartige Widerstände auch überwinden zu können. Möglicherweise behielten jene Kräfte in Partei und Reichsbanner die Oberhand, die meinten, der Sache der Republik sei mit machtvollen Umzügen genug gedient und damit fraglos die zersetzende Kraft unterschätzten, die von den Gegnern ausging, die in den ‚Apparaten‘ wirkten. Diese Position mag sich mit der in den Eisenbarthschen Äußerungen nachzuweisenden Furcht verbunden haben, die SPD dürfe den Pfad der Legalität bei der Konsolidierung des neuen Staates auf keinen Fall verlassen.

Einen weiteren aufschlußreichen Einblick in die politische Strukturierung des Senats und seiner Umgebung bieten die Vorgänge um den Antrag des Reichsbanners, Ortsverein Hamburg, in dem dieser darum bittet, der Senat möge das „Protektorat“ über ihn übernehmen. Den Auftrag zur Prüfung erhielt der Staatsrat Dr. Struve, der sich auch die Satzung und die erste Ausgabe des Bundesorgans hatte schicken lassen und diese nach seinen handschriftlichen Notizen – „vorgelesen im Senat“ – offensichtlich akribisch untersucht hatte.<sup>1237</sup> Zwar verdienten die Ziele des Verbandes, so der Referent, volle Unterstützung, die Vorstellungen über Art und Weise ihrer Umsetzung „müsse aber zu lebhaften Bedenken Anlaß geben.“ So machte er im Organ Das Reichsbanner „Gehässigkeit und Geschmacklosigkeit“ aus. Vermutlich markieren die mit blauem Buntstift gekennzeichneten Passagen in der beigelegten Ausgabe die von ihm kritisierten Äußerungen. Dazu gehörte z.B. der Hinweis, daß Ludendorff mit seinem dringenden Ersuchen an die Regierung, Waffenstillstandsverhandlungen anzubahnen, den „wahren Dolchstoß“ inszeniert habe. Ferner stieß dem Staatsrat auf, daß vom Reichsbanner verlangt wurde, die Besetzung „aller wichtigen Aemter insbesondere in Verwaltung, Schule, Justiz, Wehrmacht und Polizei mit Republikanern“ zu sichern. Schließlich kennzeichnete er einen Beitrag, in dem der Auftritt eines Pfarrers auf einer Stahlhelm-Veranstaltung satirisch dargestellt wurde: Der Pfarrer hatte einen Stahlhelm – „verkehrt“ – aufgesetzt, „sah aber doch herzerhebend aus, so halb Zorn und die ganze andre Hälfte Liebe.“ Die Empfindlichkeit, die sich in seiner schroffen Ablehnung derartiger Äußerungen und damit der sie produzierenden pro-

<sup>1237</sup> Vortrag im Senat, Notizen v. 23.6.1924, in: Staatsarchiv Hamburg, Bestand Senat, CL VII Lit Qd No. 553 Vol.2, Dok. 2.

republikanischen Haltung zeigte, läßt erkennen, in welchem starkem Maße einflußreiche Positionen auch in Hamburg, das seit 1919 maßgeblich von Sozialdemokraten mitregiert wurde, von Männern besetzt waren, die der Stabilisierung der Republik mit erheblicher Distanz gegenüberstanden. Korrigierend konnte in diesem Falle der Senator Emil Krause, SPD, eingreifen. Er zog die Angelegenheit an sich, qualifizierte die von dem Staatsrat zitierten Passagen als „aus dem Zusammenhang herausgenommen“ und konnte ein positives Votum – die Übernahme des Protektorates, freilich mit einigen Auflagen – erwirken.<sup>1238</sup>

Anzumerken bleibt abschließend zu dem Kontext, daß die traditionell begründete, enge Verbindung von Männern des Reichsbanners, der Sozialdemokratie und der Polizeiführung in Hamburg so ausgeprägt für das Reichsgebiet nicht galt. Eine Ausnahme bildete allerdings noch die Stadt Magdeburg, der ‚Vorort‘ des Reichsbanners, in der – wie die konservative Deutsche Zeitung empört verbreitete – Reichsbanner-Leute auf dem Gelände der Magdeburger Schutzpolizei von Polizeioffizieren ausgebildet würden. Dieser „Skandal“, ein Symptom des „Systems Severing“, verstieß gegen den § 177 des Versailler Vertrages, machte sich das Blatt überraschenderweise zum Anwalt dieses sonst heftig bekämpften „Schanddiktats“. Daß es diesen Kräften jedoch keineswegs um die Einhaltung internationaler Verträge ging, machte der Hinweis schlagend deutlich, doch einfach den „vaterländischen Verbänden“ die gleichen Rechte einzuräumen.<sup>1239</sup>

Nach all den von ihm vorliegenden Äußerungen konnte Theodor Haubach sich mit der pro-republikanischen Zielsetzung wie der intendierten kämpferisch-militärischen Methodik des Vorgehens so vollständig identifizieren, daß man geneigt ist anzunehmen, er sei an der Entwicklung der Programmatik maßgebend beteiligt gewesen, da sei ‚sein‘ Verband entstanden. Obwohl für die Zeit vor der Gründung des Reichsbanners keine Dokumente vorliegen, die seine Beteiligung an der Genese belegen könnten, kann angenommen werden, daß er im Rahmen der 1923 geknüpften und weiter bestehenden Verbindungen zu Polizeiführern und Sozialdemokraten einbezogen wurde.

Als Theodor Haubach sich im Oktober 1929 von seinen Reichsbanner-Kameraden in Hamburg im Verlauf einer Massenveranstaltung verabschiedete, lag ein imponierendes Pensum aktiver Verbandsarbeit und öffentlicher Auftritte für das Reichsbanner hinter ihm. Dieser Aspekt seines Engagements soll in diesem Abschnitt der Arbeit an Beispielen dokumentiert werden. Inhaltliche Akzentuierungen werden jeweils nur insoweit annotiert, als sie für das folgende Kapitel bedeutsam sind. In ihm werden dann Haubachs Reden und Beiträge vor allem für die Verbandszeitschriften analysiert und differenzierter eingeordnet werden. Bereits in den ersten Monaten nach der Gründung wurde er wie erwähnt als Redner für den neuen Kampfbund eingesetzt – ein eindeutiger Nachweis seiner von Beginn an festen Bindung an ihn und dafür, daß er früh auch zu den Führungskadern zu zählen war. So hielt er im Juli 1924 – fälschlicherweise als „Hauptmann a.D.“ apostrophiert – vor 2000 Menschen auf einer Veranstaltung der Ortsgruppe Hannover eine kämpferische Rede. In ihrer inhaltlichen wie auch formalen Gestaltung war sie beispielhaft für viele Veranstaltungen, die dieser folgen sollten. Haubach beschwor das Auditorium mitzuhelfen, die „Gleichgültigkeit“ der Republik gegenüber zu überwinden und kämpferisch für sie einzutreten. Ihre Feinde, die „das

<sup>1238</sup> Vortrag im Senat am 30.7.1924, in: Ebd., Dok. 4.

<sup>1239</sup> Deutsche Zeitung, Nr. 254 v. 2.9.1926.

Brot der Republik essen und sich nicht nach ihr richten wollen“, müßten kompromißlos zurückgedrängt werden. Ihnen müsse vom Reichsbanner auch mit jenen Waffen entgegengetreten werden, die diese benutzten. Seine Forderung – die heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen vor Augen – faßte er in ein griffiges Bild: „Auf blaue Bohnen können wir nicht mit Sofakissen antworten!“<sup>1240</sup>

Zweifellos hatten derartige Großveranstaltungen gerade auch in der ersten Zeit des Reichsbanners die Funktion, auf den Verband aufmerksam zu machen. Sie behielten diese als bedeutender ‚Werbeträger‘ während der gesamten Dauer der Republik bei: Eindrucksvolle Teilnehmerzahlen, diszipliniertes Auftreten sollten die Gegner beeindrucken und potentielle Interessenten überzeugen. So flocht Haubach – auf die suggestive Wirkung solcher Daten gerade in großen Ansammlungen setzend – in seine Rede die Passage ein, daß der Verband bereits „über 1 Million Mitglieder“ zähle und sah in ihm für die Zukunft „das einzig brauchbare Reservoir zur Ergänzung der republikanischen Polizei und Reichswehr.“ Haubachs Fähigkeit, die politische Situation und den sich daraus für die „Republikaner“ ergebenden Frontverlauf eindeutig und wuchtig verbalisieren zu können, ließ ihn zu einem häufig eingesetzten Redner werden. Offenkundig absolvierte er derartige Auftritte vor einer großen Zuhörerschaft auch gern, ohne Scheu und mit spürbarer innerer Anteilnahme. Der Berichterstatter bescheinigte ihm, er habe „in lebendiger und mitreißender Art“ gesprochen – zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Formulierung zur Standardfloskel geriet, um damit den Verband, dessen Sympathisanten und sich selbst zu feiern.<sup>1241</sup>

In anderen Großveranstaltungen hielt Haubach u.a. Reden auf dem Festplatz einer niedersächsischen Stadt im Mai 1926.<sup>1242</sup> Hier wurde eine feierliche Bannerweihe vorgenommen, als Redner „Kamerad Dr.Haubach (Hamburg)“ angekündigt. Am 12.6.1927 hielt Haubach – wiederum: „Kamerad Dr.Haubach (Hamburg)“ – auf dem Marktplatz von Bremerhaven eine „kurze, aber kernige Ansprache“ vor den Zügen verschiedener Ortsvereine, die sich nach einer Übung hier versammelt hatten. Eine „vieltausenköpfige Menge“ lauschte seiner Feststellung, daß „das deutsche Volk die Prüfung seiner Mündigkeit“ in den ersten acht Jahren der Republik habe ablegen können. Nun gelte es aber, forderte er die Anwesenden auf, weiter „mit aller Ueberzeugung, mit aller Leidenschaft“ für diesen Staat und die Demokratie einzutreten: „Für diese Farben Schwarz-Rot-Gold läßt sich das Reichsbanner in Stücke hauen.“<sup>1243</sup> Das Muster seiner Reden inhaltlich wie dramaturgisch läßt auch der relativ kurze, protokollartige Text des Berichts durchscheinen: Haubach suchte seinen Zuhörern mit dem Hinweis auf die errungenen demokratischen Strukturen das Gefühl zu vermitteln, verglichen mit dem kaiserlichen Reich politisch auf gesichertem Fundament zu stehen. Es folgte dann immer der Verweis darauf, daß diese Basis jedoch von den Gegnern der Republik massiv bedroht werde. Für diese Gefahr versuchte er, die Mitglieder des Reichsbanners zu sensibilisieren. Es gelte, so seine Forderung, nicht in Selbstzufriedenheit und Passivität zu verfallen, sondern gerade der republikanische Kampfbund müsse – wie er sich auch ausdrückte – „Speerspitze“ und „Armee“ der Bewegung gegen die drohende

<sup>1240</sup> Vorwärts, Nr. 331 v. 16.7.1924.

<sup>1241</sup> Ebd.

<sup>1242</sup> Das Reichsbanner, Beilage für den Gau Hamburg-Bremen-Nord-Hannover [weiter zit.: Beil.], Nr. 7, 1.4.1926. Ankündigung der „Republikanischen Kundgebung“ für den 9.5.1926.

<sup>1243</sup> Das Reichsbanner, Beil., Nr. 13 v. 1.7.1927.

Gefahr von links und rechts werden. Für diesen Kontext wählte er dann jeweils kraftvoll-markige Metaphern oder Bilder – „in Stücke hauen“ -, von denen er annehmen konnte, daß sie sowohl die Kriegsteilnehmer wie die tatendurstigen Jungbanner-Mitglieder ansprachen.

Ein großer Reichsbanner-Aufmarsch, der im Juni 1928 erfolgte, soll ein Beispiel für mögliche Anlässe und das militär-ähnliche Gepräge derartiger Veranstaltungen abgeben. Herausgefordert fühlte sich die Reichsbannerführung Hamburgs durch eine Stahlhelm-Veranstaltung, die Anfang Juni in der Stadt abgehalten worden war. Während der Stahlhelm – so unterstellte der Berichtersteller des Hamburger Echo - reichsweit und langfristig für den Aufmarsch hatte trommeln müssen, sei es dem Reichsbanner innerhalb einer Woche gelungen, zwei eindrucksvolle Marschkolonnen zusammenzustellen, die auf einem öffentlichen Platz zusammentrafen und mit der dort wartenden „großen Menschenmenge“, insgesamt „Zehntausenden“, der Rede des „Vorsitzende(n) der Hamburger Ortsgruppe des Reichsbanners, Dr.Haubach“ zuhörten.<sup>1244</sup> „Trommler- und Pfeiferkorps und Musikkapellen“, die abwechselnd „flotte Marschmusik spielten“, gehörten ebenso zu derartigen Aufzügen wie mitgeführte schwarz-rot-goldene Fahnen. Die Marschkolonnen hielten militärische Ordnung, sangen und bildeten abschließend „ein riesiges Karree“. Der „Marschtakt der Reichsbannerformationen“ und die „großen Kolonnen der Werktätigen“ wurden synonym verwendet und sollten dem Leser offenbar suggerieren, daß das militärische Element bereits selbstverständlicher Bestandteil der Arbeiterbewegung war. Haubach kam in seiner Rede auf das Motiv des Aufzuges zurück, ordnete den Stahlhelm als „Spuk aus vergangenen Zeiten“ ein, um wiederum abschließend ein emotional-bombastisches Bild zu bemühen, nämlich „Schwur und Gelöbniß“ abzulegen, daß das Reichsbanner für die Republik kämpfen werde „bis zum Tod.“

Detaillierte Darstellungen über das Gepräge der Reichsbanner-Aufmärsche können den Berichten der bremischen Politischen Polizei entnommen werden. So nahmen an einem Umzug im Februar 1925 1325 Mann teil – „nach genauer Zählung“, wie der Observierende vermerkte. Mitgeführt wurden 16 Fahnen, außerdem kamen drei Musikkapellen sowie Trommler- und Pfeiferkorps zum Einsatz. Der eingesetzte Beamte notierte zudem, daß anwesende Hamburger Reichsbanner männer sich „abfällig“ über die Bremer Polizei geäußert hätten und einem Polizisten zuriefen, „dass die Polizei in Hamburg anders auf Draht sei.“<sup>1245</sup> Welch geringen Wert – ein freilich ‚zeitloses‘ Phänomen - die von politischen Verbänden kolportierten Teilnehmerzahlen ihrer Veranstaltungen aufweisen, mag der Hinweis belegen, daß Das Reichsbanner für dieselbe Veranstaltung „6 – 7000 Mann“ als Teilnehmer meldete.<sup>1246</sup>

Verschiedene Bremer Polizeibeamte, denen die Aufgabe übertragen worden war, Unternehmungen des Reichsbanners zu observieren, hoben in ihren Berichten das disziplinierte, ‚militärisch‘ wirkende Auftreten manchmal nicht ohne Wohlwollen

<sup>1244</sup> H.E., Nr. 162 v. 11.6.1928. In Das Reichsbanner wurde die Teilnehmerzahl mit „25000 Kameraden“ beziffert; solche Angaben sind – wie zu zeigen sein wird – allerdings durchweg zu Propagandazwecken manipuliert; für eigene Veranstaltungen wurden sie möglichst hoch angesetzt. Die Zahlen in: Das Reichsbanner, Nr. 18 v. 17.6.1928.

<sup>1245</sup> Observationsbericht v. 23.2.1925, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1028, Bl. 92 – 95. Verteiler: u.a. Senator, Staatsrat, Polizeipräsident.

<sup>1246</sup> Das Reichsbanner, Nr. 6 v. 15.3.1925.

hervor. Sie registrierten marschierende Gruppen und Züge, die exakt ausgerichtet waren und unverwechselbar eine militärische Kommandosprache, die die Führer benutzten.<sup>1247</sup>

Neben den Auftritten bei Massenveranstaltungen initiierte Haubach Versammlungen, die der ‚Werbung‘ für den Verband dienen sollten. Ein guter Bekannter, der später auch dem Reichsbanner beitrug und in ihm wichtige Funktionen wahrnahm, berichtet von einer Veranstaltung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1925/26, zu der – laut Plakat – die „Jugend aller Stände und Berufe“ eingeladen wurde. Haubach machte als Hauptredner auf den noch indifferenten Besucher „einen überwältigenden Eindruck.“<sup>1248</sup> Außerdem ist zwischen 1924 und 1929 intensive innerverbandliche Arbeit in Form einer Fülle von Besuchen nachzuweisen, die Haubach in Ortsvereinen des Gauwes absolvierte. Fixieren läßt sich die Tatsache, daß er zumindest seit 1926 dem Gauvorstand angehörte.<sup>1249</sup> Daneben nahm er zumindest seit 1927/28 die Funktion des Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe wahr. Im Frühjahr 1928 wurde er als Beisitzer wiederum in den Gauvorstand gewählt.<sup>1250</sup> Vorsitzender wurde der SPD-Senator Heinrich Eisenbarth, als 2. Vorsitzender löste der Bürgerschaftsabgeordnete der DDP Gerhard Meuthen das DDP-Mitglied Heinrich Landahl ab. Auf einer großen Veranstaltung des Gauwes sprachen neben Eisenbarth das Vorstandsmitglied Beyrich vom Zentrum und der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Richthofen, DDP: Das Bemühen, die Repräsentanz aller drei ‚republikanischen‘ Parteien immer wieder darzustellen, war augenfällig.<sup>1251</sup>

Auch bei Erweiterung des Biographenblickwinkels fällt auf, daß Haubach offenbar erheblich häufiger als seine Vorstandskameraden Besuche bei Veranstaltungen von Ortsvereinen wahrnahm.. Die Reisen in das Umland Bremens oder in die niedersächsische Provinz waren zweifellos zeitaufwendig und nicht eben bequem, aber für Haubach bedeuteten die Begegnungen die Chance, an der Basis wirken zu können. Er wollte seine Vorstellungen von der bedeutsamen Funktion, die das Reichsbanner für die Stabilisierung der Republik übernehmen sollte, direkt vermitteln können. Bereits im Winter 1924/25 trat „Kamerad Dr.Haubach“ z.B. bei Kameradschaftsabenden Hamburger Ortsgruppen mit „Referat“ oder einer „Ansprache“ auf.<sup>1252</sup> Die Wertschätzung, die Haubach als Redner genoß, und seine Bedeutung innerhalb des Verbandes macht die Tatsache deutlich, daß er am 15. November 1925 nach einer Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden Hamburgs, Adolf Biedermann, die Hauptrede auf einer Kundgebung hielt. Sie war spontan aus Anlaß der „Enthüllung bayrischer Staatsstreichpläne“ initiiert worden.<sup>1253</sup> Eine wichtige Begebenheit war für jede Ortsgruppe die ‚Bannerweihe‘,

<sup>1247</sup> U.a. Observationsberichte v. 17. u. 18.9.1924, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1027, Bl. 19; Observationsbericht v. 5.9.1925, in: ebd., 4,65 – 1029, Bl. 75; Observationsbericht v. 11.8.1926, in: ebd., 4,65 – 1031, Bl. 3a.

<sup>1248</sup> Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Abenteuer der Freiheit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1983, S. 42. Der genaue Zeitpunkt der Veranstaltung wird im Text nicht genannt; aus dem Kontext ergibt sich, daß sie im Wintersemester 1925/26 stattgefunden haben muß.

<sup>1249</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 22 v. 27.1.1927. Haubach besuchte „als Vertreter des Gauvorstandes“ die Generalversammlung des Ortsvereins Bremen.

<sup>1250</sup> H.E., Nr. 120 v. 30.4.1928.

<sup>1251</sup> Ebd.

<sup>1252</sup> H.E., Nr. 21 v. 21.1.1925 und H.E., Nr. 71 v. 12.3.1925.

<sup>1253</sup> Das Reichsbanner, Nr. 23 v. 1.12.1925

der Tag also, an dem einer Einheit des Verbandes die eigene Reichsbannerfahne durch einen möglichst prominenten Führer des Gaues übergeben wurde. Erwartet wurde vom Gast eine offizielle Rede und die Teilnahme an einem Rahmenprogramm – von Haubach z.B. in einem kleinen Ort bei Bremen oder im Niedersächsischen.<sup>1254</sup>

Selbst wenn die Reichsbannerführung zunächst wohl auch mit Rücksicht auf die Vorbehalte von Spitzenpolitikern der SPD wie Severing bemüht schien, die ‚militärischen‘ Elemente im Auftreten des neuen Verbandes nicht zu forcieren, setzten sich derartige Erscheinungsformen doch mehr und mehr durch. Klare Kommandos und exakt marschierende Kolonnen waren auch bereits in der Frühzeit als notwendig angesehene Methoden, geschlossen-wuchtiges Auftreten zu demonstrieren, zumal es auch von den Konkurrenzverbänden praktiziert wurde. Hinzu kamen bald sogenannte „Alarmübungen“, die größere Reichsbanner-Einheiten mobilisierten. Mit ihnen sollten sicherlich die internen Kommunikationswege überprüft werden. Wichtig war aber zweifellos auch die demonstrative Wirkung der Kampfbereitschaft und Stärke des Verbandes. Eine breit angelegte Hamburger Übung wurde z.B. überregional lanciert, erhielt u.a. Platz in den Meldungen Bremer und Berliner Tageszeitungen, eine Berliner Alarmübung großen Ausmaßes wurde in der sozialdemokratischen Presse Bremens umfassend dokumentiert.<sup>1255</sup>

Am Beispiel eines „Alarmbefehls“ aus dem Jahr 1932 ist abzulesen, daß diese Übungen mit großer Ernsthaftigkeit betrieben wurden und die Bereitschaft für praktische Einsätze sichergestellt werden sollte. Zugleich läßt der Text des vielfältigen Befehls erkennen, daß der Aspekt der Geheimhaltung die höchste Priorität besaß. Die Hinweise „Streng vertraulich.“ und „Schweigepflicht.“ sind nämlich am markantesten hervorgehoben, dazu die bedrohliche Anmerkung „Schwätzer werden zur Rechenschaft gezogen.“ Einmal mußte man sich in der Endphase der Weimarer Republik noch heftiger mit den SA-Einheiten auseinandersetzen; erfuhren die Nationalsozialisten von den Reichsbanner-Vorhaben, hätten sie diese schwer stören oder unmöglich machen können, ganz abgesehen von dem Prestigeverlust, den ein solches Ereignis in der Öffentlichkeit mit sich gebracht hätte. Die Akzentuierung der Geheimhaltung sollte außerdem zweifellos nach innen wirken, über die Kraft gegenseitigen Vertrauens den Zusammenhalt stabilisieren.<sup>1256</sup>

Daneben entwickelten sich bereits früh Formen, die einer militärischer Praxis sehr nahekamen, lokal in unterschiedlicher Ausprägung, wahrscheinlich abhängig von der Einstellung der jeweiligen Führungskräfte und der Zusammensetzung der Gruppen. Im September 1924 meldete ein Polizeibeamter beispielsweise, daß er in einem Vorort Bremens eine Truppe von „etwa 60 Mann“ ausgemacht habe, die dort „militärische Übungen“ abhielt. Vergleichbares wurde aus anderen Ortschaften gemeldet; die angegebene Stärke der Gruppen umfaßte jeweils „70 – 80 Mann.“<sup>1257</sup> Ende 1926 konstatierte ein „Lagebericht“ der Polizeibehörde Hanno-

<sup>1254</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 209 v. 8.9.1926 und Das Reichsbanner, Nr. 22 v. 15.7.1928 über eine Bannerweihe in Leherheide.

<sup>1255</sup> Berliner Tageblatt, Nr. 543 v. 16.11.1925, Bremer Volkszeitung, Nr. 270 v. 19.11.1925 und Bremer Volkszeitung, Nr. 8 v. 11.1.1926.

<sup>1256</sup> Alarmbefehl, Hannover, den 4.4.1932, ms., hs. Zusatz: 11., 12., 14. K [ameradschaft]., in: Bundesarchiv Koblenz, Bestand: Kleine Erwerbungen Nr. 320, Bl. 99.

<sup>1257</sup> Polizeilicher Vermerk v. 8.9.1924, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1026, Bl. 136 a.

ver, daß der Trend zur „Wehrhaftigkeit“ und zur „Wehrhaftmachung des Volkes“ im Reichsbanner immer stärker zum Ausdruck käme. Mittlerweile werde das Kleinkaliberschießen propagiert und die Zahl der Geländeübungen habe erheblich zugenommen, warnte der Bericht, der verschiedene Observationen zusammenfaßte.<sup>1258</sup> Diese Beobachtungen deckten sich mit denen aus dem Raum Bremen. Nach der Meldung des observierenden Beamten hatten sich an einem Sonntagmorgen etwa „250 Mitglieder“ des Reichsbanners im Umfeld einer Gastwirtschaft versammelt. Es wurde ein „Paket“ mitgeführt, in dem sich „anscheinend 3 oder 4 Kleinkalibergewehre“ befanden. Die Vermutung des hartnäckig Observierenden erwies sich als richtig, denn er konnte später „Schießübungen“ auf dem Hof des Anwesens konstatieren.<sup>1259</sup>

Einen festen Platz im Verbandsleben des Reichsbanners erhielten die „Geländeübungen.“ Möglicherweise handelte es sich bei den eben zitierten bereits um derartige Aktivitäten. Sie blieben jedoch nicht immer auf kleine Teilnehmerkreise beschränkt. So wurde in einem Observationsbericht vom Herbst 1925 darauf hingewiesen, daß sich in der Lüneburger Heide „5 – 6000 Personen“ zu einer Geländeübung zusammengefunden hätten.<sup>1260</sup> Ähnlich groß war die Teilnehmerzahl von Reichsbannermännern, als im Juni 1927 Bremer gegen Hamburger Verbände zu einem „Geländespiel“ gegeneinander antraten. Abends waren die Hamburger unter Führung Haubachs aufgebrochen, ab zwei Uhr in der Nacht entwickelte sich dann der Kampf. Obwohl sich „Kamerad Dr.Haubach“ anscheinend eindrucksvoll mühte – „er feuerte sein Heer zum Kampfe an“ -, behielten offenkundig die Bremer die Oberhand, zumal Haubach selbst, wie der Berichtersteller süffisant anmerkte, „von den boshafte Bremern <getötet> [hervorgehoben, P.Z.] wurde.“<sup>1261</sup> Auch das Verbandsblatt berichtete von dieser Übung, die mit einem gemeinsamen Marsch der Kontrahenten und einer Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz von Bremerhaven ausklang. Die Abschlußrede – „eine kurze, aber kernige Ansprache“ - hielt „Kamerad Dr.Haubach“, der wieder das martialische Bild verwendete, daß sich die Reichsbannerkameraden für die schwarz-rot-goldenen Farben „in Stücke hauen“ lassen würden.<sup>1262</sup>

Haubach äußerte sich nur an einer Stelle seiner vielen Veröffentlichungen zum Thema ‚Geländespiele‘. Selbstverständlich, so betonte er, könne mit ihnen keine militärische Übung ersetzt werden, aber sie seien als „die vollkommenste Form der <Disziplinübung>“ [gesperrt, P.Z.] anzusehen, die „neben schärfster körperlicher Schulung eine Anspannung und Zucht aller geistigen Kräfte ermöglicht.“<sup>1263</sup> Der Kontext läßt erkennen, daß für Haubach die Disziplin die Bedeutung einer grundlegenden menschlichen Tugend bedeutete, er sie keineswegs allein auf den militärischen Bereich beschränkt sehen wollte. Die Geländespiele erschienen ihm als probates Mittel, die Kampfbereitschaft der Mitglieder zu stärken und zu erhal-

<sup>1258</sup> Auszug aus dem Lagebericht des Polizei-Präsidiums Hannover v. 16.12.1926, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1031, Bl. 43 – 45.

<sup>1259</sup> Polizeipräsidium Bremen, Observationsbericht v. 3.1.1927, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1031, Bl. 49.

<sup>1260</sup> Auszug aus dem Lagebericht [der Bremer Nachrichtenstelle] Nr. 35 v. 16.9.1925, in: StA Bremen, Bestand: 4,65 – 1029, Bl. 78.

<sup>1261</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 137 v. 15.6.1927.

<sup>1262</sup> Das Reichsbanner, Nr. 13 v. 1.7.1927.

<sup>1263</sup> Haubach, Theodor: Was bei uns noch nicht klappt, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 42 v. 18.10.1930.

ten. Dieses aus zeitlichem Abstand eher merkwürdig anmutende Gebaren, daß erwachsene Männer einander in der Dunkelheit zu überrumpeln versuchten, Hinterhalte legten und ernsthaft taktisches Vorgehen erörterten, um den ‚Feinden‘ Bänder von den Armen zu reißen und sie damit außer Gefecht zu setzen, war zweifellos ein in Pfadfindergruppen und bei der vormilitärischen Ausbildung während des Ersten Weltkriegs erfahrenes Element der Kindheit und Jugend der Beteiligten. Wahrscheinlich waren die Geländeübungen in erster Linie ein Mittel, jüngere Männer dem Reichsbanner zuzuführen, Abenteuerlust und Tatendrang sollten kanalisiert werden und letztlich der politischen Idee nutzen. Außerdem konnten sie dazu beitragen, den Zusammenhalt in der ‚Truppe‘ zu festigen, Kameradschaft war ein hohes Gut - so existierte die ‚Kameradschaft‘ auch als Einheit mit einer Stärke von etwa 100 Mann. Schließlich versprach man sich in der Verbandsführung vermutlich einen demonstrativen Effekt den gegnerischen Kampfverbänden gegenüber: Präsenz, Einsatzbereitschaft und große Teilnehmerzahlen sollten Eindruck machen. Diese Übungen, die zu den Ritualen des Gaués Hamburg-Bremen-Nordhannover gehörten, wie die Präsentation militärischen Gebarens waren sicherlich nicht in der Lage, die Vorbehalte vieler Sozialdemokraten der Führung – erinnert sei an die Zurückhaltung Severings - und auch der breiten Mitgliedschaft zu zerstreuen. Sie ernteten wahrscheinlich nicht nur Kritik, sondern auch Spott gerade wegen der Geländespiele. Selbst der Tonfall des eben zitierten Berichtstatters der mit dem Reichsbanner sympathisierenden Bremer Volkszeitung siedelte die geschilderte Unternehmung, sie mild-ironisch kommentierend, eher auf der Ebene gehobener Knabenspiele an.

Bestimmendes Moment dieser Arbeit an der Basis war sicher das Bewußtsein Theodor Haubachs, aufklärend-belehrend wirken und im Sinne seiner politischen Zielvorstellungen auch führen zu können. Er suchte den Aspekt der „Bildungsarbeit“ im Reichsbanner nicht allein durch seine vielfältigen Aktivitäten vorzuleben und zu realisieren, sondern er thematisierte ihn auch. So trat er im Herbst 1924 anläßlich des Republikanisches Tages gemeinsam mit Carlo Mierendorff in einer Veranstaltung auf, die von Jungsozialisten vorbereitet worden war und gerade junge Leute für das Reichsbanner interessieren und ihm zuführen sollte. Carlo hielt zwei wirtschaftspolitische Referate, während Freund Theo die Zuhörer mit grundlegenden Gedanken zur politischen Situation vertraut zu machen versuchte. Der zuständige Landrat wie der Stader Regierungspräsident hatten die Tagung verboten, dieses Verbot war jedoch vom preußischen Innenminister Severing aufgehoben worden.<sup>1264</sup>

Ausführlich setzte Haubach sich mit der „Bildungsarbeit im Reichsbanner“ während einer Gautagung im April 1926 auseinander. Seine Ausführungen wurden „wirksam ergänzt“ u.a. durch den Diskussionsbeitrag eines Dozenten der „Polizeischule Hamburg“, ein weiterer Hinweis auf die enge Verbindung, möglicherweise auf die Scharnierfunktion Haubachs zwischen republikanisch orientierten Polizeioffizieren und Partei.<sup>1265</sup> Das Referat, das in der Verbandszeitschrift wiedergegeben wurde, trug den Obertitel „Republikanisches Bewußtsein“, ihm sollte die Bildungsarbeit dienend untergeordnet werden.<sup>1266</sup> Er fand zunächst lobende

<sup>1264</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 234 v. 6.10.1924.

<sup>1265</sup> Bremer Volkszeitung, Nr. 86 v. 14.4.1926.

<sup>1266</sup> Haubach, Theodor: „Republikanisches Bewußtsein“. Bildungsarbeit im Reichsbanner, in: Das Reichsbanner, Nr. 9 v. 1.5.1926, S. 63 – 64.

Worte über die im Verband geleistete Arbeit, kam dann aber schnell zum Kern seiner Ausführungen. Haubach kritisierte, daß der Verband in organisatorischen und propagandistischen Aktivitäten erstarrt sei, es fehle „der Bewegung eine weit tiefere Verbindung mit den geistigen und sozialen Kräften.“ Nur auf diese Weise könne, so Haubach, gedankenloses Wiederholen von Schlagwörtern und damit „Langeweile und Gleichgültigkeit“ überwunden werden. Kritisch verwies er in diesem Zusammenhang auf Versuche, Fortbildung als bedeutsames Element der Arbeiterbewegung zu implantieren. Die Lebensumstände der Menschen und verfehlte Inhalte hätten nach seiner Auffassung Erfolge verhindert: Das Reichsbanner müsse sich vor allem darauf einstellen, daß der Kreis seiner Mitglieder sich nicht allein aus Intellektuellen zusammensetze, sondern es gehe darum, auch „für den geistig Einfachsten einen Boden zu schaffen.“<sup>1267</sup> Inhaltlich müßte ein klar umrissenes Ziel angesteuert werden, nämlich ein Geschichtsbewußtsein zu vermitteln, das nicht dynastischen, sondern republikanischen Geistes sei. Alle historische Vermittlung müsse in der Formel enden: „Die großdeutsche Republik ist der Sinn und die Erfüllung der deutschen Geschichte.“ Zur Realisierung seiner didaktischen Vorstellungen schlug er vor, in den Gauen jeweils „einen Stab von Bildungsleitern“ zu bilden, „befähigte Kameraden“ auszubilden und methodisch neue Wege zu gehen, nämlich statt der üblichen „Instruktionsstunden“ verschiedene Medien, z.B. Bücher, Lichtbilder und Filme einzusetzen. Auf diese Weise könnten nach Haubachs Vorschlag Fahnenweihen oder politische Kundgebungen erheblich erfolgreicher verlaufen, zumal dann, wenn sie verbunden würden mit „sportlichen und gymnastischen Uebungen“, „einem tüchtigen Geländesport“ und abschließend „einer Stunde herrlichen Besinnens“ in der Natur.<sup>1268</sup>

Dieses bislang unbeachtete Referat Haubachs läßt einmal die wesentlichen Elemente seines Menschenbildes wiedererkennen, die Hierarchisierung nach dem Maß ‚geistigen‘ Potentials, das sich weit öffnet zwischen den „geistig Einfachsten“ und denen, die diese führen können, sich selbst dabei als fähig einschätzend, die notwendigen ‚Richtpunkte‘ zu setzen. Zum anderen offenbart der Text die zentrale Bedeutung, die das Reichsbanner für die Verwirklichung seiner politischen Vision von einem republikanischen Staatswesen mit sich verändernden sozialen Bedingungen einnahm. Bereits im Jahr 1926 beklagte er, daß der Verband zu erstarren drohe – mit seiner ‚Bildungsoffensive‘ wollte er Nachdenklichkeit provozieren und Anstöße für eine Kurskorrektur, eher: für eine Erneuerung geben. Sein Votum, fortschrittliche pädagogische Methoden der Zeit zu nutzen, ließ die Abneigung gegen Erfahrungen des eigenen Schülerlebens durchscheinen, war aber in erster Linie darauf gerichtet, möglichst effizient zu wirken. Es galt ja vor allem, Defizite der schulischen Bildung zu kompensieren, jungen Erwachsenen die ‚geistigen Wurzeln‘ näherzubringen, die sich konzentriert in der von ihm vorgeschlagenen eingängigen Formulierung niederschlagen sollten. Es ist zweifellos nicht zu weit hergeholt, diese Forderung auch als Ergebnis der Erkenntnisse einzuschätzen, die er bei der Beobachtung der politischen Gegner gewann: Plakative, griffige Losungen überschwemmt das Land; diese Eigenschaften sollte auch die republikanische Propaganda auszeichnen *und* zugleich – anders als bei den innenpolitischen Widersachern – einen Inhalt transportieren, der überzeugend vermittelt

---

<sup>1267</sup> Ebd., S. 63.

<sup>1268</sup> Ebd., S. 64.

werden und der Idee der Demokratie Zulauf aus breiteren Schichten bringen sollte.

Das Reichsbanner scheint von Haubach als geeigneter Ort angesehen worden zu sein, kognitive, körperliche und sensitive Bereiche des Individuums zu entwickeln und zu schulen. Deshalb akzentuierte er für die Klientel des Kampfbundes seine Vorstellung von einem ‚gesunden Geist in einem gesunden Körper‘ auch derart nachdrücklich. Seine apodiktische, hervorgehoben plazierte Forderung „Neutralität und Objektivität dieses Unterrichtswesens [im Rahmen des Reichsbanners, P.Z.] (dürfen) nirgends durchbrochen werden!“ weist eindeutig darauf, daß er diese Institution zwar kämpferisch-parteiisch für die Republik, aber ideologisch über-parteilich ausgerichtet sehen wollte. Dieser Text ist hier abschließend differenzierter dargestellt worden, weil er im Blick auf das folgende Kapitel eine Hypothese herausfordert. Durch die eingehende Analyse seiner Äußerungen für das Reichsbanner soll u.a. die Vermutung überprüft werden, daß Haubach im Bund mit Politikern der ‚republikanischen‘ Parteien - das Reichsbanner als Kristallisationspunkt und Vehikel zugleich – eher gesellschaftliche und politische Ziele hoffte, realisieren zu können, die seiner Sozialisation entsprachen, als ihm das in der SPD möglich erschien.

Eine Photographie zeigt Theodor Haubach als Redner auf dem Gautreffen in Bremerhaven 1927.<sup>1269</sup> Diese ‚Momentaufnahme‘ vermittelt den Eindruck, als sei er ‚in seinem Element‘ – in eine Reichsbannerjacke gekleidet steht er militärisch-straff am Rednerpult, hoch konzentriert und die Souveränität desjenigen ausstrahlend, der von seiner Aufgabe überzeugt ist und sie bereits häufig meisterte. Symbolisiert wird durch diesen Eindruck zweifellos das entschiedene Eintreten Haubachs für den republikanischen Kampfbund, das sich in vielfältigen, in den vorhergehenden Abschnitten exemplarisch dargestellten Aktivitäten niederschlug. Diese Attitude Haubachs steht auf den ersten Blick entschieden im Kontrast zu den ihm von Freunden und Bekannten zugeschriebenen, oben auch bereits zitierten Eigenschaften, die ihn als Menschen charakterisieren, der dem ‚Geistigen‘ verbunden war und eher geneigt schien, im ‚kleinen Kreis‘ Fragen der Philosophie, der Religion und der Kunst zu erörtern. Zudem zog er sich offenbar gern auch auf sich selbst zurück, setzte sich intensiv mit Literatur auseinander, schuf sich die Phasen der ‚Besinnung‘, eine Fähigkeit also, die er auch anderen Individuen durch die ‚Bildungsarbeit‘ des Reichsbanners vermitteln wollte. Die Rolle des handelnden, sich exponierenden ‚Führers‘ ist daneben als eine weitere Facette seiner Persönlichkeit einzuschätzen. Die Bereitschaft, in kleinen Ortsvereinsgruppen wie auf Massenveranstaltungen aufzutreten, entsprang Erfahrungen aus der Studentenzeit, derartige Herausforderungen bestehen zu können wie zweifellos dem Bewußtsein, für die Funktion des Überzeugens und Führens besser befähigt zu sein als andere. Wollte das Reichsbanner reüssieren, so mußte es auch in der Öffentlichkeit ein Bild abgeben, das seinen Zielen entsprach. Haubachs Einsatzbereitschaft entsprang also diesem formalen Aspekt insofern, als er nicht allein, wie zu zeigen sein wird, auf ein straff-diszipliniertes Erscheinungsbild der Einheiten großen Wert legte, sondern den ‚Kampfbund‘ auch kämpferisch durch sein eigenes Auftreten und seine Wortwahl zu repräsentieren und demonstrativ darzustellen suchte. Karl Rohe weist zu Recht darauf hin, daß der Republik „eine eige-

<sup>1269</sup> Hammer, Theodor Haubach zum Gedächtnis, Bildtafel III.

ne kämpferische Tradition“ fehlte.<sup>1270</sup> Haubach hatte dieses Defizit offenkundig ausgemacht, das Reichsbanner – so seine Erwartung – sollte es kompensieren helfen.

Doch das ‚Gesicht‘ des Verbandes, seine Rituale, das Auftreten seiner Mitglieder und die Reaktionen auf aktuelle politische Signale, sollte darüber hinaus fraglos nicht bloß eine Staffage abgeben, sondern eine „bis in die letzten Tiefen“ zu formende Ideologie widerspiegeln.<sup>1271</sup> Seine Vorstellungen zum politischen Ort des Verbandes wie zu der Frage, auf welche Weise und mit welchen Mitteln der politische Kampf konkret zu führen sei, werden im folgenden Abschnitt zunächst bis zu den Wahlen vom 14. September 1930 dargestellt. Deren Ergebnis erschütterte die Republik in ihren Grundlagen und mußte zwangsläufig auch ‚die Republikaner‘ im Kern treffen. Welche Auswirkungen der explosionsartige Anstieg der Nationalsozialisten auf das politische Wirken Haubachs hatte, soll dann später gesondert analysiert werden.

### 6.1.3 Akzente seiner konzeptionellen Vorstellungen

In dem hier behandelten Zeitraum zwischen 1924 und 1930 veröffentlichte Haubach eine Reihe gewichtiger Beiträge in Das Reichsbanner, dem Organ des Verbandes. Zu dem praktischen Engagement, das sich in der Wahrnehmung verschiedener Verbandsfunktionen und in seinen Auftritten als Redner sowie Fortbildner dokumentierte, drängte es ihn offensichtlich, den neuen Kampfbund durch seine Aufsätze programmatisch mitzugestalten. Die Verbindung beider Komponenten, der dynamischen öffentlichen Darstellung und Identifikation mit einer politischen Idee wie der intensiven konzeptionellen Auseinandersetzung mit ihr, war bereits signifikantes Merkmal seiner Arbeit in der Heidelberger Studentenschaft, bei den Jungsozialisten und in der SPD gewesen.

Der oben eingehend behandelte Text Haubachs, in dem er detailliert ein Konzept für die „Bildungsarbeit im Reichsbanner“ entwickelte, läßt erkennen, daß das Reichsbanner für ihn kein beliebiger ‚Verein‘ war, sondern ein bedeutendes Instrument im Kampf für die Republik.<sup>1272</sup> Nur unter dieser Prämisse ist es nachvollziehbar, daß er für den Verband so differenziert plante und auf den Effekt einer intensiven Erziehungsarbeit setzte. Auch in diesem Zusammenhang erwies er sich als Reformers, der den ‚langen Atem‘ einem revolutionären Akt eindeutig vorzog.

Betrachtet man die inhaltlichen Schwerpunkte seiner Zeitschriftenbeiträge eingehend, so fällt auf, daß er strikt das Gebot der ‚Überparteilichkeit‘ beachtete und durchhielt, ohne diesen Aspekt ausdrücklich zu erwähnen oder zu problematisieren. Eine Ausnahme bildet allerdings ein Text, der zum Schluß dieses Kapitels analysiert wird.

Auch Haubach wird allerdings gewußt haben, daß die von ihm als unverzichtbar erachteten ‚Richtpunkte‘ nicht von allen Mitgliedern der DDP und des Zentrums akzeptiert werden konnten. Dies galt zweifellos weniger für die Forderung nach nationaler Einheit, die er in seinen beiden ersten Aufsätzen betonte. In einem weit ausholenden historischen Exkurs erläuterte er die Bedeutung der Farben der

<sup>1270</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 22.

<sup>1271</sup> Haubach, Bildungsarbeit, S. 63.

<sup>1272</sup> Haubach, Republikanisches Bewußtsein, in: Das Reichsbanner, Nr. 9 v. 1.5.1926.

schwarzrotgoldenen Fahne.<sup>1273</sup> Sie symbolisierten für ihn gerade auch im Blick auf die Benennung des Reichsbanners den Kampf der „Unterdrückten und Erniedrigten“ in den Bauernkriegen wie in der Revolution von 1848. „Heute“, so konstatierte Haubach, sei sie die Fahne „der politischen Freiheit und nationalen Einheit“. Ganz auf der Linie der Grundlagen seines politischen Verständnisses entwarf er für die Zukunft das Bild einer „großdeutschen Gemeinschaft“, zu dem nach seiner Auffassung unbedingt das Bekenntnis „zur großeuropäischen Gemeinschaft“ gehöre. Der Text ist von einem stark appellativen Grundzug geprägt. Haubach suchte den Leser durch eine Mischung historischer Schlaglichter und einer – heute penetrant wirkenden – pathetischen Bildersprache intellektuell wie emotional zu erreichen und formulierte beispielsweise: „Seht euch die Farben an und fühlt ihren Klang! Dunkel und freudig strebt Gold zu Rot und Gold zu Schwarz. Ein Farbenklang, sonor und tief, von einer geheimnisvollen und herzlichen Verwandtschaft seiner Teile unter sich, ein Farbenakkord voller Brüderlichkeit [...]“<sup>1274</sup> Ein Jahr zuvor hatte er bereits einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich in die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen linkem und rechtem Lager einzumischen und „die Fahne der Republik“ mit der „Fahne der Partei“ zu verbinden trachtete.<sup>1275</sup> Während er in diesem Text die These vertrat, daß die Arbeiterschaft sich zunehmend zur „nationalen Klasse“ in einem nicht-bourgeoisien Sinne entwickeln werde, die ein angemessenes Symbol, die Synthese der Reichs- und Parteifarben, erhalten müsse, um sich unter ihm zu sammeln, erweiterte er den Ansatz in seinem Beitrag für das Reichsbanner. Hier öffnete er den Blickwinkel und bemühte sich, parteiübergreifend republikanisch Gesonnene zusammenzuführen. Unübersehbar ist, welche große Bedeutung Haubach offensichtlich auch in diesem Kontext der Kraft äußerer Symbole beimaß, Menschen dauerhaft an eine Idee binden zu können.

Haubach schloß nicht nur mit der gewählten Symbolik an den ein Jahr zurückliegenden Beitrag für Die Glocke an. Die dort propagierte Hoffnung auf einen ‚nationalen Sozialismus‘ verfolgte er nun weiter, ohne ihn allerdings in diesem Forum, dem Reichsbanner-Organ, zur Aufgabe nur einer Partei, der SPD, zu erklären. Diktion und Duktus des Textes legen den Schluß nahe, daß Haubach dabei keineswegs von taktischem Kalkül bestimmt wurde, sondern ihm eine Republik, in der der nationale und soziale Gedanke verwirklicht werden konnte, als höchstes anzustrebendes Gut so wichtig war, daß er dafür auch mit Bündnispartnern aus dem Spektrum der parlamentarischen Mitte als Weggefährten den Kampf führen wollte.

Für die im Februar 1926 stattfindende „Bundes-Gründungsfeier“ des Reichsbanners in Hamburg begrüßte Haubach die Delegierten mit einem Beitrag, der beinahe die gesamte erste Seite des Verbandsorgans einnahm. Er beließ es nicht bei unverbindlichen Begrüßungsfloskeln, sondern stellte die beiden ihn umtreibenden Ziele in den Vordergrund: den nationalen Gedanken und die soziale Frage.<sup>1276</sup>

<sup>1273</sup> Haubach, Theodor: Schwarzrotgold als revolutionäres und nationales Symbol, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 17 v. 1.9.1925. Der Beitrag wurde auch in anderen Gaubeilagen veröffentlicht, so z.B. in der für den Gau „Oestliches Westfalen“, Nr. 18 v. 15.9.1925.

<sup>1274</sup> Ebd.

<sup>1275</sup> Haubach, Die Fahne der Republik, in: Die Glocke 10 (1924), Nr. 24 v. 11.9.1924. Dieser Artikel wurde im Kontext der jungsozialistischen Aktivitäten Haubachs oben bereits erwähnt.

<sup>1276</sup> Haubach, Theodor: Hamburg sei Mahnung!, in: Das Reichsbanner, Nr. 4 v. 15.2.1926.

Geschickt verwies er auf das Beispiel Hamburgs, das durch den hamburgisch-preußischen Grenzverlauf „ein furchterregendes Abbild der chaotischen deutschen Ländergeschichte“ abgebe. Ihm stellte er die Vision der „großdeutsche[n] Einheitsrepublik“ gegenüber. Er ließ den nationalen Gedanken also damit aufgehen in dem Modell eines zu realisierenden Einheitsstaates. Die Stadt Hamburg bot ihm auch den Anlaß, deutliche Anmerkungen zur sozialen Situation zu machen. Er beklagte „die Armeen der Arbeitslosen“, die „hungernden und frierenden Arbeitermassen“ und „die furchtbare Oede“ in den Werkhallen. Die wirtschaftliche Situation müsse „das Reichsbanner an eins erinnern“, daß nämlich „die Lebenskraft der schwarzrotgoldenen Republik“ eng verknüpft sei - „schicksalhaft“, wie er formulierte - mit „der Kraft des sozialen Gehalts.“ Diesen reduzierte er in seinem Text zunächst auf die an der Oberfläche liegenden Erscheinungen wie den Hunger und die schlechten Wohnverhältnisse der „Massen“. Die gravierenden Mängel in den Grundbedürfnissen müßten überwunden werden, führte er dann weiter aus, um „ihre [der Massen, P.Z.] höhern [sic] Kräfte“ freimachen und eine „Gemeinschaft in Ordnung und Vertrauen und Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen zu können.“

Die düsteren Farben, in denen Haubach die wirtschaftliche Lage darstellte, entsprachen zweifellos seiner eigener Wahrnehmung und waren von ihm nicht aus dramaturgischen Motiven gewählt worden. In der täglichen Erfahrung der ‚Mit-Lebenden‘ vollzog sich zwischen 1925 und 1928 keineswegs ein so rasanter ökonomischer Aufschwung, wie es Historiker lange glauben machen wollten. Dieser Zeitraum der vermeintlichen ‚Stabilisierung‘ war – so faßt Winkler neuere Forschungsergebnisse zusammen - eindeutig eine Zeit „der relativen Stagnation“. Die Industrieproduktion als wichtiger Gradmesser der ökonomischen Gesamtsituation erreichte erst 1927 den Stand von 1913 und überschritt ihn in den zwei folgenden Jahren nur unwesentlich, um dann in Folge der Weltwirtschaftskrise wiederum unter die Vorkriegsmarke zu sinken.<sup>1277</sup> Die wirtschaftliche Entwicklung zeigte in diesen Jahren einen außerordentlich unruhigen Verlauf. Der manchmal verebbende Zufluß amerikanischer Devisen und die Politik der Reichsbank, die z.B. 1924 eine einschneidende Kreditsperre beschloß, ließen die Wirtschaftskurve in Intervallen von wenigen Monaten steigen und fallen. Als Indikator kann auch die Zahl der Konkurse herangezogen werden, gibt sie doch einen Hinweis auf das volkswirtschaftliche Potential. Sie sprang von 497 im Jahr 1923 bis 1926 auf 15 829 Fälle, verminderte sich 1927 auf 7870, um dann aber wieder auf über 10 000 Fälle jährlich anzusteigen.<sup>1278</sup>

Entsprechend dem hektischen Verlauf der Konjunkturkurve entwickelten sich die Zahlen der Arbeitslosenstatistik. Hatte sich im Verlauf des Jahres 1924 ein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit – die Zahlen schwankten in den einzelnen Monaten zwischen 579 000 und 788 000 - gezeigt, stieg sie im Winter 1924/25, um dann aber zwischen April und September 1925 deutlich auf Werte zwischen 400 000 und 500 000 zu sinken. Die dem Beitrag Haubachs unmittelbar vorhergehenden Monate des Winters 1925/26 brachten eine erschreckende Steigerungsrate.

<sup>1277</sup> Winkler, Schein der Normalität, S. 26.

<sup>1278</sup> Horkenbach, Das Deutsche Reich, S. 624 – 625, Tab. XXII.

Bereits im November 1925 gab es fast eine Million Arbeitslose, ihre Zahl stieg bis zum Frühjahr 1926 auf etwa 2,2 Millionen an.<sup>1279</sup>

Für die Arbeiternehmer bedeuteten diese Konjunkturdaten, daß der Kampf um einen Arbeitsplatz das tägliche Leben massiv beherrschte. Wenn diese Sorge nicht mehr bestand, sahen sie sich in den Betrieben härter werdenden Bedingungen gegenübergestellt. Die Arbeitgeber hatten – in anderem Zusammenhang wurde darauf bereits hingewiesen – jene sozialpolitische Kompromißlinie aufgegeben, die zu den Grundlagen der Weimarer Republik gehörte: Löhne wurden gedrückt, Arbeitszeiten verlängert, das staatliche Schlichtungswesen bei Streiks eingeschränkt.<sup>1280</sup>

Dieser herausgehoben plazierte Text Haubachs ist – bezogen auf die Bestimmung der Position des Verfassers – aus zwei Gründen bemerkenswert. Kaum einmal sonst knüpfte er so direkt an konkrete Gegebenheiten an, um wie im vorliegenden Beitrag seine Vorstellung von der nationalen Einheit und – die „Hafenstadt Hamburg“ als Bild für die „Verbundenheit der Völker“ – dem Ort Deutschlands in einem friedlichen Europa und seiner Verantwortung dafür auszubreiten. Er folgte dann jedoch dem oft bei ihm nachweisbaren dramaturgischen Muster und formulierte in diesem Kontext nicht etwa pragmatisch-politisch, auf welchem Weg die Einheit realisiert werden könne, sondern verfiel abschließend wiederum in einen verschwommen-emphatischen Tonfall: „Das Gefühl soll uns unser Deutschland als das Herzland Europas bestätigen und uns helfen, die neue, erlösende und befreiende Formel für unser noch nach Ausdruck und Sprache ringendes Volksbewußtsein, für unsre neue Liebe zu Volk und Land zu finden.“ Inhaltlich konturlos beschwor er ein latent existierendes Volksbewußtsein und versuchte, plakativ-schlicht – die häufige Nutzung der Pronomina „unser“, „unsre“! – den Zusammenhalt der Reichsbannerkameraden als eine vom Gefühl bestimmte Solidarität zu definieren und zu beschwören.

Eine vergleichbare Struktur weist Haubachs Auseinandersetzung mit der ‚sozialen Frage‘ in diesem Text auf. Die zum Schluß des vorhergehenden Kapitels aufgeworfene Frage, ob er diesen Aspekt überhaupt in seinen Texten thematisierte, kann für das behandelte Beispiel bejaht werden. Nachdrücklich, in naturalistisch anmutenden Bildern beschrieb er die Misere der Arbeiterschaft, merkte fast seherisch an, daß die Stabilisierung der Republik „schicksalhaft“ mit der Verbesserung der sozialen Situation der Bevölkerung verbunden sei. Er verengte die soziale Frage, „das soziale Gebot“, jedoch auf die zwar zweifellos wichtigen Bedürfnisse der Nahrung und des Wohnens, erwähnte jedoch mit keinem Wort die Angriffe der Arbeitgeber auf das soziale Sicherungssystem, das bereits zu diesem Zeitpunkt bröckelte. Die Begriffe „wohnen“ und „essen“ wurden sicherlich exemplarisch verwendet und sollten die Misere insgesamt kennzeichnen. Dennoch ist der vordergründig-plakative Zugriff Haubachs bemerkenswert, der ausschließlich den Zustand verkürzt abbildete und mögliche Ursachen vollständig ausklammerte. Das ist vermutlich zunächst auf die Textsorte und dann auch auf die Funktion zurückzuführen, die er dem Reichsbanner zumaß. Der Verband sollte zu einer machtvollen ‚Bewegung‘ werden, die im Kern ‚politischen‘ Aufgaben sollten von

<sup>1279</sup> Institut für Konjunkturforschung: Zahl der Arbeitslosen insgesamt in der Zeit von 1924 bis 1928, in: Konjunkturstatistisches Handbuch 1933, Berlin 1933, zit. n. Winkler, Schein der Normalität, S. 30.

<sup>1280</sup> Ziebura, Weltwirtschaft, S. 121.

den Parteien geleistet werden. Diese Deutung legt auch sein Hinweis darauf nahe, daß „man“ erst nach der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme „die höhern Kräfte [der Massen, P.Z.] freimachen“ könne. Selbst wenn zugrundezulegen ist, daß es sich bei diesem Text um einen appellartigen Aufruf handelte, dem er einen überparteilichen Charakter geben wollte, da er sich vorwiegend an die Mitglieder von drei Parteien richtete, vermied Haubach analysierende Bemerkungen zur gesellschaftlichen und politischen Situation des Landes wie Hinweise auf notwendige politische Schritte. Vorstellbar ist es, daß dieser Text als Vorlage für eine Rede möglicherweise mit dem Appell an das ‚Wir‘-Gefühl effektiv hätte sein können, als vieltausendfach verbreiteter programmatischer Aufruf bot er nur eine glatte Oberfläche, die an keiner Stelle gesellschaftspolitischen Aufbruch provozierte, sondern sich wolkg-pathetisch aus dem Alltag zu erheben suchte. Formal wie inhaltlich dokumentiert dieser Text also offenkundig die Aufgabe, die Haubach dem Reichsbanner zuwies, nämlich die einer breiten Sammlungsbewegung für die Republik.

Zumindest die ökonomische Situation beschrieb er ein Jahr darauf noch eindringlicher, als er in einem Beitrag für das Reichsbanner von einer „erschreckenden Verelendung“ und „unerträglichen Not“ in der Bevölkerung sprach. Der Titel – „Den deutschen Republikanern ins Gewissen“ – läßt vermuten, daß Haubach mit ihm noch stärker als zuvor in die programmatische Diskussion des Verbandes einzugreifen versuchte.<sup>1281</sup> Hier nun gab er einen Hinweis auf eine mögliche Ursache dieser Situation und machte dafür „die soziale Brutalität im heutigen Deutschland“ verantwortlich. Zum Schluß seines Artikels bekräftigte er diesen Aspekt noch einmal. Eine gesicherte Republik könne es nach seiner Auffassung nur geben, wenn die „entsetzliche <Spannung> [gesperrt, P.Z.] zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen reich und arm“ aufgehoben werde. Nebulös setzte er hinzu, daß dies „auf irgendeine Weise“ geschehen solle und ließ in einer anderen Sequenz erkennen, daß diese Entwicklung vom „Volk mit den Mitteln der Demokratie“ erreicht werden müsse. Klarheit ergeben freilich auch diese Passagen nicht darüber, welche politischen Schritte er konkret für notwendig hielt. Die Formulierungen können allein als allgemeiner Hinweis auf die Funktion der republikanischen Parteien, die er ihnen in dieser zentralen Frage zuwies, aufgefaßt werden. Zugleich stützen sie die eben formulierte Analyse und lassen im Umriß erkennen, welche Form der ‚Arbeitsteilung‘ Theodor Haubach ihnen und dem Reichsbanner zuweisen wollte: hie die parteispezifische Arbeit in den Institutionen des jungen Staates, dort die Etablierung einer pro-republikanischen, überparteilichen Sammlungsbewegung.

Die Zurückhaltung Haubachs in diesem Kontext, konkrete politische Vorstellungen zum taktischen und strategischen Vorgehen zu entwickeln, kann also nicht darauf zurückgeführt werden, daß er sich in diesem Politikfeld nicht als ‚Experte‘ empfand. Entscheidend war allein, daß er die Aktionsbereiche der Parteien und des Reichsbanners voneinander getrennt sehen wollte. In den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte er zunehmend die Gefahr „der fascistischen Gegenrevolution“. Nach seiner Überzeugung würden die Faschisten mit der herrschenden Klasse gemeinsam Front gegen die „Massen des deutschen Volkes“ machen, wenn diese sich – nicht ausdrücklich vom Autor formuliert, aber zu vermuten: auf dem

<sup>1281</sup> Haubach, Theodor: Den deutschen Republikanern ins Gewissen, in: Das Reichsbanner, Nr. 21 v. 1.11.1927.

Boden der demokratischen Verfassung – die ihnen „geschenkten <politischen Rechte> [gesperrt, P.Z.] gebrauchen lernen.“ Wenn also eine Phase politischen Fortschritts erreicht sei, müsse mit einem Gegenschlag der Allianz aus Besitzenden und Faschisten gerechnet werden – und, so Haubach, „gerade dann erst werden wir das Reichsbanner brauchen.“

Der zeitgenössische Reichsbannermann mag sich von diesem Text angesprochen gefühlt haben, die wesentlichen Versatzstücke wurden klar benannt, sein Duktus ist als kraftvoll und vorwärtsdrängend zu beschreiben. Bei eingehender Analyse zeigt sich jedoch auch hier eine rhetorische Schwäche Haubachs, die immer dann nachweisbar wird, wenn er sich mit besonderem Nachdruck in den laufenden politischen Prozeß einzuschalten versuchte. Bei seinen Auftritten als Redner konnte er mit dieser Textgestaltung durchweg eine positive Wirkung auf seine Zuhörer erreichen: Er verstand es, die Adressaten emotional anzusprechen, konzentrierte sich auf nur wenige bedeutende inhaltliche Aspekte, verband sie inhaltlich – wenn überhaupt – nur unzulänglich miteinander, unterließ klare definitorische Grenzziehungen, nahm auch keine Einordnung der angesprochenen Themen nach ihrer Bedeutung vor und entwickelte kaum einmal eine differenzierende Tiefenstruktur. Will man aber die Motive und die Zielvorstellungen für das Engagement Haubachs ergründen, so ist eine Reihe seiner öffentlichen Bekundungen wegen ihrer Struktur nur eingeschränkt hilfreich. Sie sind allenfalls geeignet, die von ihm für wichtig erachteten Themen zu fixieren. Sie können zudem Hinweise auf Akzentuierungen des Grundmusters geben, das sein politisches Denken und Handeln bestimmte. Bemerkenswert sind die eher unbewußt eingestreuten Formulierungen Haubachs, daß „eines Tages“ politische Gleichberechtigung „den Massen in die Hand gedrückt“ und daß es sich dabei um ihnen „geschenkte“ politische Rechte handeln werde. Der Text gibt keine Antwort auf die Frage, welcher Personenkreis „die demokratische Republik“ repräsentierte, die nach seiner Auffassung derartige ‚Geschenke‘ zu verteilen vermochte. Deutlich wird vielmehr in diesen Passagen wiederum ein Grundmuster seines Politikverständnisses sichtbar, daß nämlich die Gesellschaft in ‚Führende‘ und ‚Geführte‘ zu unterteilen ist. Die Realisierung der „demokratischen Republik“, so ist zu folgern, wurde nach Haubachs Auffassung – und in der Realität – ernsthaft nur von den Parteien betrieben, die sich zur Gründung des Reichsbanners zusammengefunden hatten. Ihre Führungskräfte und eine ‚aufgeklärte‘ Mitgliedschaft, kann vermutet werden, machten in seiner Vorstellung die republikanische Vorhut und Kampftruppe aus.

War dieser Text des Jahres 1927 bestimmt von der Furcht vor einer voreiligen Zufriedenheit der Republikaner, die den neuen Staat als bereits stabilisiert betrachteten, und der Klage über wirtschaftliche Not wie soziale Ungerechtigkeit, so äußerte Haubach sich fast ein Jahr darauf bereits erheblich optimistischer, teilweise bereits überschwänglich. An der Schwelle zum zehnten Jahr der Republik bescheinigte er „der Republik“, daß sie das „zerschellte Fahrzeug des Kaiserreichs ersetzt“ habe und nun nach Überwindung von „Brandung“, „Unwetter“ sowie von „Rebellion und Meuterei“ die Fahrt sicher fortsetzen könne.<sup>1282</sup> Haubach feierte die „Rettung Deutschlands im Rahmen der deutschen Republik“, die durch „die breite Volksmasse“ oder – wie er in anderen Passagen synonym formulierte – durch „die deutsche Arbeiterschaft“ befördert worden sei. Sie – die Massen bzw.

<sup>1282</sup> Haubach, Theodor: Hinein ins zehnte Jahr der Republik. Die Republik den Republikanern! in: Das Reichsbanner, Nr. 26 v. 12.8.1928.

die Arbeiterschaft – hatten nach seiner Auffassung „ein Wunder vollbracht“ und die „Wiederaufrichtung Deutschlands“ realisiert. Zur Veranschaulichung der erbrachten Leistung referierte er einige der Hindernisse wie die Ruhrbesetzung, die Inflation oder separatistische Bewegungen, die der demokratischen Entwicklung im Wege gestanden hatten. Lob spendete er den Republikanern vor allem für den erfolgreichen Kampf „gegen rechts und links.“ „Die Fascisten“ identifizierte er mit den Machthabern in Italien und konstatierte dort einen „pathologischen Nationalismus“, der der nationalen Idee der deutschen Republikaner so wenig ähnele, daß bereits der Versuch eines Vergleichs beider Phänomene „eine Beleidigung“ darstelle. Den linken Kritikern der Republik aus dem Lager der Kommunisten hielt er vor allem die wirtschaftliche Lage Rußlands vor. Dort würde man „die miserabelsten Löhne, die traurigsten Wohnverhältnisse, die unwirksamste Sozialversicherung“ und noch mehr Arbeitslose als in Deutschland feststellen können. Die abschließende Sequenz seines Beitrages deutet darauf, daß Haubach zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt schien, daß ein stabiles Plateau der politischen Entwicklung erreicht oder – um in seinem maritimen Bild zu bleiben – ein Hafen angelaufen war, von dem aus die Konsolidierung der immer noch jungen Republik gestartet werden konnte. Er rief jedoch dazu auf, sich nicht selbstzufrieden zurückzulehnen, sondern „den Angriffen fascistischer und bolschewistischer Sabotage“ entgegenzutreten und mit „Unerbittlichkeit“ zu kämpfen, denn die Parole laute: „Die Republik ganz oder gar nicht.“

Während er kaum neun Monate zuvor die Situation in schwarzen Farben gemalt hatte, schlug seine hier vorgetragene Einschätzung faktisch in das Gegenteil um. Selbst die gerade noch als desolat bezeichnete wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands erhielt einigen Glanz, da sie nun im Vergleich zu Rußland – „mehr Arbeit und mehr Brot“ - aufpoliert werden konnte, obwohl sich strukturell, wie bereits angemerkt, keine wesentliche Veränderung ergeben hatte. Bemerkenswert ist die Akzentuierung der Leistung der Massen bzw. der Arbeiterschaft, die Haubach wiederholt formulierte. Einmal schien er damit bewußt das Prinzip der Überparteilichkeit des Reichsbanners zu verletzen, denn im Kern konnte damit vorwiegend die Klientel der Sozialdemokraten gemeint gewesen sein. Zum andern attestierte er - auch diese Formulierung benutzte er: – „der Masse der Republikaner“, daß sie „<Geschichte nicht erlitten, sondern geschaffen>“ [gesperrt, P.Z.] hätten. Damit ist ein Widerspruch zu dem zuvor analysierten Text evident, nach dessen Aussagen zunächst die Zugkraft einer elitären Minderheit den Weg bahnen sollte.

Der eklatante Unterschied zu der Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Situation, die Haubach in dem unwesentlich früher erschienenen Text traf, ist fraglos auf die Ergebnisse der Wahlen im Laufe des Jahres 1928 zurückzuführen. In der Reichstagswahl vom Mai hatte sich die SPD gegenüber 1924 erheblich verbessert, sogar seit 1919 das beste Ergebnis überhaupt aufzuweisen. Die Zahl ihrer Sitze im Reichstag stieg von 131 auf 153, möglicherweise nahm sich der Zuwachs von etwa 1,3 Millionen Wählerstimmen in der Wahrnehmung der Parteistrategen noch eindrucksvoller aus. Da beispielsweise bereits zuvor bei der Wiederholungswahl zur Hamburger Bürgerschaft im Februar 1928 ein zufriedenstellender Zuwachs zu verzeichnen gewesen war und auch die parallel zur Reichstagswahl abgehaltenen Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württem-

berg der SPD jeweils beachtliche Erfolge brachten, schien es mit der Sozialdemokratie auf breiter Front wieder aufwärtszugehen.<sup>1283</sup> Das ‚Lager der Republikaner‘ – SPD + DDP + Zentrum - hatte im Reichstag seinen Sitzanteil insgesamt allerdings nur um nicht einmal zwei Prozent erhöhen können. Der Anstieg fiel deshalb nicht höher aus, weil das Zentrum und die DDP erhebliche Einbußen hinnehmen mußten. Nicht nur aus diesem Grund gab es für ‚die‘ Republikaner eigentlich keinen Anlaß zu uneingeschränkter Freude, sondern kleinere Gruppierungen hatten im Reichstag Fuß gefaßt, gestalteten die Parteienlandschaft uneinheitlicher und waren in erster Linie nicht etwa an der Stabilisierung der Republik interessiert, sondern definierten sich als Vertreter partikularer, zumeist mittelständischer Interessen. Zwar hatte am rechten Rand die DNVP massiv Stimmen eingebüßt, doch die KPD gewann auf der Linken wegen der hohen Wahlbeteiligung der Arbeiterschaft erheblich dazu, wie Winkler für beide Arbeiterparteien nachweisen kann.<sup>1284</sup> Die Kräfte, die einer demokratischen Entwicklung indifferent gegenüberstanden, und die erklärten Gegner der Republik von Weimar waren zusammengekommen also kaum schwächer geworden, formierten sich bloß in anderer Aufstellung.

Zu fragen ist also, welche Motive dem fast euphorischen Grundton des Haubachschen Textes zugrunde lagen. Einmal ist zweifellos zu berücksichtigen, daß die heutige, ja eher zurückhaltende Einschätzung der Wahlergebnisse des Jahres 1928 geprägt ist von dem Wissen, daß gerade zwei Jahre später die Nationalsozialisten im September 1930 explosionsartig ihre Sitzanzahl im Reichstag verneunfachten. Dagegen lag es für den engagierten Republikaner jener Jahre durchaus nahe, die Ergebnisse des Jahres 1928 als Signal für eine Wende aufzufassen. Das galt zweifellos für das individuelle Empfinden Haubachs, der nach vielen Jahren des Kampfes und eher deprimierender Wahlergebnisse nun so etwas wie eine ‚wohlverdiente‘ und angemessene Wende der öffentlichen Stimmung gekommen sah. Doch ihm war ja bereits früh die Rolle des Mittlers, des Multiplikators oder auch Propagandisten sowohl in der Partei wie im Reichsbanner zugeordnet worden, die er offenbar bereitwillig angenommen und ausgefüllt hatte. Sie bestimmte zweifellos auch den hier analysierten Text. Der ‚Erfolg‘ sollte Aufschwungstimmung erzeugen und mitreißend wirken, endlich gab es Aussicht, aus der Defensive herauszukommen. Zu diesem Zweck wurde auch die nur unwesentlich verbesserte ökonomische Lage des Landes durch den Vergleich mit der ‚Rußlands‘ ungerne gerechtfertigt ‚geschönt‘. Zwar hatte sich die Arbeitslosigkeit 1927/28 tendenziell rückläufig entwickelt, verharrte jedoch auf relativ hohem Niveau. Auch die Indexziffern der gewerblichen Gütererzeugung hatten sich positiv entwickelt, von einer durchgreifenden Verbesserung konnte allerdings weiterhin nicht die Rede sein.<sup>1285</sup>

Haubach beließ es jedoch nicht bei der überaus positiven Schilderung der Situation, sondern wollte seinen Beitrag zugleich dazu nutzen, die Kameraden vom Reichsbanner darauf einzuschwören, die Sache der Republik kompromißlos und entschlossen gegenüber deren Gegnern - nämlich die ‚Entscheidung gegen den Fascismus und [...] gegen den Bolschewismus‘ - durchzusetzen. Die ‚Botschaft‘

<sup>1283</sup> Die Zahlenangaben zur Reichstagswahl in: Winkler, Schein der Normalität, S. 521 ff., zu den Landtagswahlen in: Horkenbach, Das Deutsche Reich, S. 254.

<sup>1284</sup> Winkler, Schein der Normalität, S. 522 f.

<sup>1285</sup> Ebd., S. 30 f.

dieses Textes für die Adressaten lautete: Es galt, nicht nur wachsam zu bleiben, sondern auch die Gunst des Rückenwindes zu instrumentalisieren, damit sich die Republikaner „in den kommenden Jahren“ als „Macht“ im Staat etablieren und deren Gegner zurückdrängen konnten. Diese Auseinandersetzung und ihr von ihm erwünschtes Ende verbalisierte er markig-militant, wollte die „Meuterer und Rebellen, Saboteure und Räsoneure“ nicht mehr „an Bord“ haben, denn es könne allein der Satz gelten: „Die Republik den Republikanern“.

Auch dieser Text – in Inhalt und Tenor völlig unterschiedlich zu dem vorhergehenden – lud letztlich nicht zu Reflektion und programmatischer Erörterung ein, sondern wirkte eher wie eine Befehlsausgabe. Stakkatohaft drängte Haubach in einem relativ umfangreichen Schlußabsatz Parole an Parole. Sie stehen oft unverbunden nebeneinander, sollen Stimmung erzeugen und wiederum wie auf einer Massenkundgebung nicht zur Diskussion anregen. Festmachen läßt sich diese Einschätzung an dem völlig undifferenzierten Versuch der Autors, die Gegner außerhalb der Republik zu stellen. Wenn er eine so griffige Metapher wählte, nach der sie „an Bord nichts mehr zu suchen“ hätten, wie – ist zu fragen – sollten sie vom Bord des Schiffes ‚Republik‘ geschafft werden und wohin sich wenden? Die meisten ‚Saboteure‘ hatten die Republik von vornherein abgelehnt und waren ideologisch nie ‚an Bord‘ gewesen. Zweifellos hatte Haubach bei der Wahl seines Bildes nicht die Kategorien und Methoden diktatorisch regierter Staaten im Sinn, die er etwa gern auf die Gegner der republikanischen Idee angewendet sehen wollte. Vielmehr ist einmal mehr sein Drang zu konstatieren, einen forschenden Ton anzuschlagen und ‚starke Worte‘ zu wählen, um sich und damit seinen Reichsbannerkameraden eine männlich-kraftstrotzende Aura zu geben.

Neben dem überschwenglich-optimistischen Duktus weist dieser letzte gewichtige Beitrag Haubachs für Das Reichsbanner vor den einschneidenden Septemberwahlen 1930 ein weiteres bemerkenswertes Spezifikum auf. Die uneingeschränkte Freude, die er für das Wahlergebnis vom Mai 1928 bekundete, konnte sich wie erwähnt eigentlich nur auf die Steigerung der SPD-Stimmen beziehen. Die Bündnispartner im Reichsbanner hatten teilweise empfindliche Rückschläge zu verzeichnen gehabt – der Stimmenanteil des Zentrums reduzierte sich gegenüber den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 von 13,6 % auf 12,1 %, der der DDP von 6,3 % auf 4,9 %. Zudem wurde der große Anteil „der Massen“ bzw. von „Deutschlands Arbeiterschaft“ an der vom Autor konstatierten Stabilisierung in besonderer Weise hervorgehoben – das waren nicht eben Termini, die zum Sprachgebrauch der bürgerlichen Politiker gehörten, die sie auch nie auf ihre Klientel anwenden würden. Haubach verwendete also sprachliche Muster, die dem sozialdemokratischen Umfeld entlehnt waren und dort nicht nur von ihm genutzt wurden – in vielen Situationen undifferenziert-plakativ.

Der Vermutung, daß der Verfasser möglicherweise damit werbend für ‚seiner‘ Partei wirksam werden wollte, widersprechen einmal der Grundton dieses Artikels und die Generalaussagen aller seiner vorhergehenden Zeitschriftenbeiträge wie auch die überlieferten Bekundungen als Redner auf vielen Veranstaltungen für das Reichsbanner. Haubach betätigte sich vielmehr uneingeschränkt als Propagandist für die überparteiliche Funktion des Reichsbanners. Der rastlose physische Einsatz bei vielen Fahnenweihen in Ortsvereinen, bei Geländeübungen oder als Redner auf Großveranstaltungen weist sein Bestreben nach, auch konkret durch seine Person diese republikanische Sammlungsbewegung zu konsolidieren wie zu for-

cieren. In seiner publizistischen Arbeit für den Verband ist exemplarisch noch einmal auf die beiden Beiträge hinzuweisen, in denen er einmal konzeptionelle Überlegungen zur innerverbandlichen „Bildungsarbeit“ entwickelte und zum andern die Symbolik der schwarz-rot-goldenen Fahne in ihrer einenden Kraft zu beschwören suchte. Unter diesen Farben wollte er die Republikaner versammelt sehen – Abbild und Kampftruppe für eine „großdeutsche“ und „großeuropäische“ Zukunft der deutschen Republik. Haubach war überzeugt davon, daß es großer Beharrlichkeit bedurfte, dieses Ziel zu erreichen, sonst hätte er sich kaum Gedanken über ein spezifisches Bildungskonzept gemacht. Gerade dieser Text enthält auch ein Element, das seinen strategischen Vorstellungen immanent war. Er setzte die „Reichsbanner-Bildungsarbeit“ eindeutig von den traditionellen „Arbeiterbildungskursen“ ab, die jeweils nur eine kleine Schicht erreicht hätten, favorisierte ein anderes, oben annotiertes Vorgehen und zielte in seiner zentralen programmatischen Aussage auf die „Masse der Mitglieder“, auf die breiten Schichten der Bevölkerung also und nicht auf eine „proletarische Intellektuellenschicht“.<sup>1286</sup>

Prononciert hob er in allen Beiträgen für die Organe des Reichsbanners die Bedeutung hervor, für den Verband und damit für die republikanische Idee die „Masse“, „die Massen“ oder „die Arbeiterschaft“ zu gewinnen. In diesen Kontext ist auch der euphorische Ausbruch des Jahres 1928 einzuordnen. Mit den Wahlergebnissen in den Ländern und im Reich schien er diesem oft von ihm beschworenen bedeutenden Ziel, daß „Arbeiterschaft und Republik untrennbar“ zusammengehörten, erheblich nähergekommen zu sein.<sup>1287</sup> Wenn auch die Ereignisse der folgenden Jahre zeigten, daß die Republik zu diesem Zeitpunkt keineswegs so stabil war, wie Haubach es vermutete, so war seine Einschätzung zweifellos zutreffend, daß sie ohne breite Massenbasis nicht lebensfähig war. Diesem Ziel ordnete er auch die sprachliche Gestaltung seiner Texte unter. Ihm war sicherlich klar, daß er für seine Vision einer Republik bei den Partnern in der DDP und im Zentrum überwiegend Zustimmung fand, wenn das Bestreben um eine grundlegende demokratische Struktur und die Orientierung auf eine stabile europäische Koexistenz thematisiert und gefordert wurde, nicht aber für die Realisierung weitreichender sozialer Veränderungen. Haubach zielte mit seiner Art der sprachlichen Kodierung nicht gegen die Partnerparteien im Verband, sondern artikulierte sich für das Reichsbanner. Erreichen wollte er sicher auch die katholische Arbeiterschaft, die im Zentrum organisiert war, und die vor allem den Hamburger Landesverband der DDP dominierenden, ihm bekannten und auch nahestehenden liberalen bürgerlichen Intellektuellen. Die bürgerlichen Parteien sollten als Bündnispartner fraglos helfen, mit dem Reichsbanner als Vehikel die Republik zu stabilisieren und zu gestalten. Doch Haubach war nicht bereit, seine strategischen Vorstellungen durch Rücksichtnahme auf sie aufzuweichen: Die Einheiten des Reichsbanners sollten sich einmal zum Schutz der republikanischen Errenschaften in der täglichen Auseinandersetzung mit den gegnerischen Verbänden behaupten, und zudem bot der Verband ideologisch die Chance, unter einem überparteilichen Dach nicht allein die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern auch das republikanische Bürgertum zu sammeln.

Diese erste Phase der Reichsbannerexistenz war von Beginn an gekennzeichnet von der unversöhnlichen ideologischen Konfrontation gegenüber den Parteien des

<sup>1286</sup> Das Reichsbanner, Nr. 9 v. 1.5.1926.

<sup>1287</sup> Haubach, Hinein, in: Das Reichsbanner, Nr. 26 v. 12.8.1928.

rechten Lagers wie gegenüber den Kommunisten. War es zunächst vornehmlich die DNVP im Verein mit vaterländischen Verbänden gewesen, die das Reichsbanner von rechts attackierte, übernahm diese Rolle mit ihrem Erstarken die NSDAP. Das Reichsbanner hatte sich also nach zwei Richtungen zu wehren. Die Auseinandersetzungen spielten sich auf zwei Ebenen ab: Einmal ideologisch in den Presseorganen aller Beteiligten bzw. in den staatlichen Institutionen, also in Hamburg in der Bürgerschaft, in der vor allem die Abgeordneten der SPD und der DDP für das Reichsbanner Partei ergriffen. Die zweite Ebene war die der direkten physischen Konfrontation der Einheiten des Reichsbanners mit denen der nationalsozialistischen SA und denen des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes. Während das Reichsbanner z.B. während der oben zitierten Bürgerschaftssitzung von rechts als quasi illegale, parteipolitisch ausgerichtete Vereinigung eingestuft wurde, die unter dem Schutz der linkslastigen Polizei und des von der SPD dominierten Senats existiere, suchten Vertreter der KPD das Reichsbanner in außerordentlich aggressivem, manchmal erbittertem Ton von Beginn an als arbeiterfeindlich zu diskreditieren und siedelten es als Hilfstruppe der Nationalisten an. Die Kommentare zur Gründungsfeier gaben bereits die Richtung der Kritik für die kommenden Jahre vor. Nun sei, meldete und kommentierte die kommunistische Hamburger Volkszeitung, ein „Bundesgenosse der Faschisten“ entstanden, um „<mit Schupo und Völkischen gegen die proletarische Revolution zu kämpfen>.“<sup>1288</sup> [i. Orig. fett, P.Z.] Die Gründung sei „ein erbärmlicher Verrat an der Arbeiterschaft“, weil sie sich aus reaktionären Vorläufern entwickelt habe, setzte der KPD-Abgeordnete Setter kurz nach der Etablierung des Hamburger Ortsvereins auf parlamentarischer Bühne nach. Zum Abschluß seiner Rede siedelte er das Reichsbanner im rechten Spektrum an, indem er hervorhob, daß „das Heil Hitler, Heil Ludendorff“ und das „Frei Heil! des Reichsbanners“ nicht „aus dem Schlamassel“ herausführen würden, sondern allein das kommunistische Programm.<sup>1289</sup> Wenig später assistierte ein anderer KPD-Abgeordneter während einer Bürgerschaftssitzung mit der Feststellung, daß das Reichsbanner „wie die schwarz-weiß-roten Verbände, die Hakenkreuzler, die Hitler-Garde“ vom Unternehmertum finanziert werde.<sup>1290</sup>

In anderem Kontext wurde bereits darauf verwiesen, daß die KPD auch von Repräsentanten der SPD und des Reichsbanners – u.a. von Theodor Haubach - außerordentlich heftig angegriffen wurde. Jede Chance wurde genutzt, um dem politischen Gegner innerhalb des linken Lagers zu schaden. So wurde im SPD-Organ die Replik des Gauvorstandes des Reichsbanners auf eine Einladung des Rotfrontkämpferbundes, Gau Wasserkante, zu einer gemeinsamen Demonstration veröffentlicht. Einleitend erklärten die Absender die Einladung als „Trick“ wie die sonstigen „miserablen Täuschungsversuche“ und diffamierten den gegnerischen Gauführer als „beruflichen Arbeitslosen“. Inhaltlich kreist der Text um die Feststellung, daß die Kommunisten „als Wegbereiter desselben Faschismus gewirkt hat, gegen den Sie demonstrieren wollen.“ Eine „Einheitsfront“ könne es nicht geben, weil das Reichsbanner in seinem Kampf gegen den Faschismus im-

<sup>1288</sup> Hamburger Volkszeitung v. 24.6.1924.

<sup>1289</sup> Rede des Abg. Setter, KPD, in: Stenographische Berichte, 31. Sitzung der Bürgerschaft v. 3.10.1924, S. 515 f.

<sup>1290</sup> Rede des Abg. Dietrich, KPD, in: Stenographische Berichte, 37. Sitzung der Bürgerschaft v. 3.12.1924, S. 619 – 621, S. 620.

mer wieder von den Kommunisten „rückwärts überfallen“ worden sei. Mit dem Versuch, eine Bresche zwischen Führung und der Mitgliedschaft des Rotfrontkämpferbundes zu schlagen, wurden wiederum in feindselig-süffisanten Tonfall die „in Ihrer Organisation *noch* [Hervorhebung von P.Z.] befindlichen Arbeiter brüderlich (gegrüßt).“<sup>1291</sup>

Nur kurz sei an dieser Stelle angemerkt, daß es zwischen dem Reichsbanner und dem Rotfrontkämpferbund [RFB] organisatorisch und strukturell bemerkenswerte Übereinstimmungen gab, die auch auf einer formalen Ebene die Konkurrenz zwischen beiden Verbänden weiter verstärkte. Die KPD kultivierte nämlich „jene militaristischen Identifikationsangebote“, die die anderen Kampfverbände ebenfalls zum Bestandteil ihres Programms gemacht hatten.<sup>1292</sup> Auch die kommunistischen Kämpfer gestalteten große Aufmärsche und Paraden, pflegten Rituale wie „Uniform und Gleichschritt, Fahneneid und Bannerweihe“ und nutzten weitgehend die Kommandosprache des Heeres.<sup>1293</sup> Die Führer des RFB buhlten wie die des Reichsbanners um die proletarischen Frontsoldaten, deren Einsatz während des Ersten Weltkrieges heroisiert wurde. So kämpften also beide Verbände stellvertretend für die sie dominierenden Parteien auch in diesem begrenzten Sektor um die Vorherrschaft in der Arbeiterschaft.

Als gemeinsamer Gegner waren eindeutig die Nationalsozialisten ausgemacht. Inhalt und Form der Ablehnung einer gemeinsamen Demonstration zeigen jedoch zugleich auch das Maß der ideologischen Distanz zwischen dem sozialdemokratisch-republikanischen und andererseits dem kommunistischen Lager nachhaltig auf, das eine *gemeinsame* politische Strategie nicht zustandekommen ließ. Alle nachträglich geäußerten Gedankenspiele von Zeitzeugen oder Wissenschaftlern, welche Chancen ein Zusammengehen von SPD und KPD gegen die Nationalsozialisten hätte haben können, übersahen die grundlegenden unterschiedlichen Positionen – zentral z.B. in ihrer Stellung gegenüber *dieser* Republik: Es gab keine realistische Grundlage für eine Kooperation; daraus folgte freilich, daß beide Parteien und ihre Kampfverbände sich jeweils auch mit zwei Gegnern auseinandersetzen hatten. Die programmatischen Differenzen wurden dadurch verschärft, daß beide die Arbeiterschaft als ihre ‚ureigene‘ Klientel ansahen.

Theodor Haubach gehörte zu den kompromißlosen Gegnern der KPD, und er blieb es bis zum Ende der Widerstandsarbeit. Er verfaßte auch einen Artikel, der exponiert und gewichtig gesetzt nicht nur die erste Seite der zentralen Ausgabe des Reichsbannerorgans ausfüllte, sondern im Innern fortgesetzt wurde. In ihm beklagte er den Tod von zwei Reichsbannerkameraden unter den fett gesetzten Überschriften: „Der Fascistenmord an Hermann Heidorn“ und „Der Kommunistenmord an Heinrich Tiedemann“. Es schloß sich die Schilderung der Trauerfeier für die beiden Toten an, auf der Haubach eine der Reden gehalten hatte.<sup>1294</sup> Beide Todesfälle ereigneten sich in Hamburg im selben Zeitraum, lösten in der Stadt große Betroffenheit und Kampagnen in den Presseorganen der verschiedenen politischen Gruppierungen aus, in denen einander widersprechende Darstellungen und heftige gegenseitige Anschuldigungen ausgetauscht wurden. Auf sie soll hier

<sup>1291</sup> H.E., Nr. 196 v. 18.7.1927.

<sup>1292</sup> Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 193.

<sup>1293</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1294</sup> Haubach, Theodor: Blutiger Himmelfahrtstag, in: Das Reichsbanner, Nr. 16 v. 3.6.1928.

nicht eingegangen werden; für unseren Kontext ist einmal die Feindseligkeit und Härte der Auseinandersetzung zwischen den Kampfbünden nicht nur in der politischen Diskussion, sondern auch ‚auf der Straße‘ bedeutsam, die sich an vielen weiteren Begebenheiten nachweisen ließe. Darüber hinaus zeigt sich, daß die Führung des Reichsbanners durch Theodor Haubach beide Todesfälle geradezu instrumentalisierte, um die Frontstellung gegen die Links- und Rechtsextremen – gegen die „Nazis und Kozis“, wie Haubach später formulierte<sup>1295</sup> – zu demonstrieren. Die Gegner wurden als verachtenswert dargestellt, die die Reichsbannerleute „meuchlings niedergeschossen“ hätten, zudem in beiden Fällen in der Übermacht gewesen seien und sich „wie eine Horde Bestien“ aufgeführt hätten. Nach derart stark emotionalisierender Darstellung der Tatumstände führte Haubach jedoch die Leser auf den ihm wichtigen Kern. Nicht „jene irregeleiteten und verhetzten Menschen“ seien letztlich die Schuldigen, so seine Analyse und Anklage, sondern „jene <Parteien>, [gesperrt, P.Z.] die vor keiner gemeinen Verdächtigung, vor keiner niederträchtigen Verleumdung zurückschrecken.“<sup>1296</sup>

Eingangs wurde die Fragestellung formuliert, welcher Ort und welche Funktion dem Engagement Haubachs im Reichsbanner im Rahmen seiner konzeptionellen Vorstellungen insgesamt wohl zuzuweisen ist. Gegen Ende der Darstellung des ersten Abschnittes seines Engagements im Reichsbanner, dem Zeitraum also zwischen 1924 und 1930, kann festgehalten werden, daß der Kampfbund mit dem eben genannten Akzenten offensichtlich – über die Arbeit in der Partei hinausgehend – eine erwünschte Verbreiterung seines Politikhandelns bedeutete. Unabhängig von als starr empfundenen innerparteilichen Strukturen tat sich hier ein Feld auf, das äußerlich geprägt war durch Ritualisierung und Symbolik. Diese waren ihm vermutlich wichtig, weil sie taktisch als Nachweis eigener prorepublikanischer Stärke in der Öffentlichkeit wirken konnten, doch bedeutsamer sicherlich noch als strukturierende Elemente des Verbandes. Haubach hielt prinzipiell klare Zuordnungen für notwendig, und zwar nicht etwa als unreflektierte Fortsetzung seiner militärischen Erfahrungen, sondern als ordnungstiftende Elemente eines derartig großen Verbandes, die den Mitgliedern ein ‚Gerüst‘ vermittelten, ihnen Sicherheit verhiessen und zugleich ‚Führer‘ und ‚Geführte‘ von vornherein eindeutig festlegten.

Wie selbstverständlich beanspruchte Haubach – in den ersten Monaten des Reichsbanner-Bestehens gerade 27 Jahre alt – eine Führungsrolle sowohl in der praktischen Arbeit wie in der Verbreitung ideologischer Entwürfe. Seine konzeptionellen Vorstellungen wiesen überwiegend einen allgemeinen Charakter auf und spiegelten die Ansätze der reformorientierten Mehrheit seiner Partei. Als spezifischer Beitrag für eine Konzeption des Reichsbanners ist vor allem sein Entwurf für eine planmäßige Bildungsarbeit des Verbandes anzusehen. Überwiegend speisten sich seine Beiträge jedoch aus der rigorosen Abgrenzung gegenüber linken und rechten Gegnern der Republik, dem Versuch also, diejenigen abzuwehren und auch zu attackieren, die die Republik bekämpften. So läßt sich zusammenfassend konstatieren, daß Theodor Haubach bis in das Jahr 1930 hinein weniger ein innovativer Ideologe war, sondern in seinen Auftritten und Beiträgen vorwiegend sein Propagandist oder ‚Trommler‘ für die Sache der Republik.

<sup>1295</sup> Haubach, Theodor: Vom Gegner lernen!, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 40 v. 4.10.1930.

<sup>1296</sup> Haubach, Blutiger Himmelfahrtstag.

Zur Einschätzung des Engagements Theodor Haubachs im Reichsbanner gehört unbedingt ein Blick auf die Beziehung des Verbandes zur SPD. Ohne die Zustimmung durch die Parteispitze und deren Förderung hätte der Verband sicher nicht so eine erfolgreiche Startphase gehabt. Doch es gibt viele Hinweise darauf, daß jene Mitglieder, die sich wie Theo Haubach nicht nur in der Partei, sondern auch im Reichsbanner exponierten, Reserve oder blanke Ablehnung bei einem Teil der Parteigenossen erfahren mußten. Weiterhin wollten viele Arbeiter ihre traditionelle Ablehnung gegenüber allem Militärischen nicht verhehlen. Carl Severings Zurückhaltung beruhte auf der Forderung, daß die innerstaatliche Ordnung von Staatsorganen zu garantieren sei – eine Argumentation, die sicher bei ihm und anderen Parteimitgliedern – durchaus nachvollziehbar – mehr oder weniger intensiv erhalten blieb. Eine andere Facette der Distanzierung läßt sich einer Bemerkung des SPD-,Außenpolitikers' Rudolf Breitscheid entnehmen. Er berichtete einem Bekannten von seiner Ankunft in der Stadt Perleberg. Die Begrüßung durch eine Reichsbannereinheit am Bahnhof, deren Front er – begleitet von einem dreifachen Frei Heil! – hatte abschreiten müssen, kommentierte Breitscheid mit dem Satz: „Was man nicht alles erleben und mitmachen muß!“<sup>1297</sup> Die deutlich zu spürende Zurückhaltung spiegelt möglicherweise die Abwehr intellektueller Kreise der Partei gegenüber Auftreten und Programmatik dieser quasi-militärischen Truppe.

Schwer wogen zweifellos auch die offensichtlich größer werdenden Bedenken führender Sozialdemokraten. So mahnte der Parteivorsitzende Otto Wels immerhin herausgehoben in seinem Einleitungsreferat auf dem Parteitag in Kiel, daß das Reichsbanner nicht länger „einen großen Teil unserer jüngeren Kräfte in Anspruch nimmt“, ohne daß aus dem Reichsbanner der Partei neue Mitglieder zugeführt würden.<sup>1298</sup> Bereits im Jahr zuvor hatte der andere Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, die Bildung von Jugendgruppen im Reichsbanner als „außerordentlich bedenklich“ bezeichnet.<sup>1299</sup> Die Parteiführung hatte das Problem der Überalterung der Mitgliedschaft zweifellos erkannt und sah zunehmend in den Aktivitäten des Reichsbanners eine konkurrierende Unternehmung. Gerade für junge Republikaner mochten, so nahm man an, Auftreten und Programm des Reichsbanners attraktiver sein und schmerzliche Lücken in der eigenen Mitgliedschaft hinterlassen. Einen Hinweis darauf, daß die Befürchtungen nicht völlig haltlos waren, gibt das Ergebnis einer Umfrage unter den jungsozialistischen Gruppen im Jahr 1925. In 90 beantworteten Fragebögen zu Mitgliedschaft und Aktivitäten vermerkten die Auswerter allerdings recht kursorisch: „Von Beziehungen zum ‚Reichsbanner‘ wird sehr oft berichtet.“<sup>1300</sup>

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die innerparteiliche Linke – etwa wie einer ihrer Wortführer Paul Levi – ihr „tiefes Mißtrauen“ gegen den republikanischen Kampfbund nie ablegen konnte. Levi kritisierte ihn als „fleischgewordene Idee der Weimarer Koalition“ und legte damit den Finger auf die von ihm empfundene Wunde, nämlich die zu enge Bindung an die bürgerlich-republikanischen

<sup>1297</sup> Hesse, Fritz: Von der Residenz zur Bauhausstadt, o.O. o.J., S. 188, zit. n. Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874 – 1944. Ein biographischer Beitrag zur Parteiengeschichte, Diss. Köln 1970, S. 295.

<sup>1298</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, Berlin 1927, S. 34.

<sup>1299</sup> Aussprache mit dem Parteivorstand, in: Jungsozialistische Blätter 5 (1926), H. 7, S. 219.

<sup>1300</sup> Bericht von der Reichsausschußsitzung, in: Jungsozialistische Blätter 4 (1925), H. 2, S. 62 f.

Parteien. Er fürchtete einen durch die Überparteilichkeit entstehenden „wäßrigen Republikanismus“, der das Klassenbewußtsein der Arbeiter verschütten würde und mißtraute zutiefst dem „Hang zum Soldatenspielen“, der letztlich nur Stärke vortäusche. Die Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Ordnungs- und Schutztruppe befürwortete Levi dagegen.<sup>1301</sup> Vergleichbar fielen die Beurteilungen für das Reichsbanner durch Jungsozialisten aus, die offenbar dem linken Lager angehörten. Attackiert wurde auch hier die Gründung von Jungbannergruppen, die eine frühzeitige Militarisierung fördern würden. Statt „für die proletarische Befreiungsbewegung“ vorbereitet zu werden, müßten sie „exerzieren und Militärmärsche blasen“ und damit „das Klassenbewußtsein trüben.“<sup>1302</sup>

Mit den hier annotierten kritischen innerparteilichen Stimmen zum Reichsbanner, schwankend zwischen Vorbehalten und Ablehnung, hatte Haubach sich zweifellos auseinanderzusetzen. Sie sind an dieser Stelle vor allem deshalb eingebracht, weil sie dokumentieren, daß das gleichzeitige Engagement in der Partei *und* im Reichsbanner keineswegs per se karrierefördernd zu werden versprach, sondern neben vielen Einsätzen in beiden Organisationen auch verbunden war mit der Notwendigkeit, seine Entscheidung und sein Handeln häufig zu rechtfertigen. Damit wird der Blick geöffnet für die bereits in anderem Zusammenhang festgestellte Fähigkeit Theodor Haubachs, die selbst markierten politischen Zielvorstellungen inhaltlich und methodisch offensiv-kämpferisch anzusteuern und sie realisieren zu wollen. Sie manifestierte sich in seinen breit gefächerten Aktivitäten sowohl für die SPD wie für das Reichsbanner. Wenn kurz auf Symptome der innerparteilichen Kritik verwiesen wurde, so muß zugleich festgehalten werden, daß der konkrete Einsatz der Reichsbannerleute oft auch als beinahe unverzichtbarer Schutz z.B. in den Wahlkämpfen empfunden wurde. Auch die dem linken Lager der Partei angehörende Reichstagsabgeordnete Toni Sender stellte bereits für 1930 und die zurückliegenden Jahre fest, daß es „ohne die ständige Hilfe der republikanischen Miliz, des Reichsbanners“ nicht möglich gewesen wäre, „unsere Tätigkeit [als Wahlkämpferin, P.Z.] fortzusetzen.“<sup>1303</sup> Derartigen Zuspruch erhielten die Führerkader des Reichsbanners zweifellos häufig. Haubach wird zudem befriedigt registriert haben, daß die Formationen des Reichsbanners auch außerhalb der Partei, nämlich im republikanischen Lager, erfolgreich aktiv waren. So wurde eine Veranstaltung des Republikanischen Studentenkartells - ein seit 1922 bestehender Zusammenschluß der „Reichsverbände der demokratischen, sozialistischen und Zentrums-Studenten“<sup>1304</sup> - in Stuttgart massiv von Gruppen aus nationalistischen Verbänden gestört. Mit der Hilfe von Reichsbannerleuten konnte Ordnung und Ruhe hergestellt werden und die Veranstaltung ihren vorgesehenen Verlauf nehmen.<sup>1305</sup>

Es wird zu untersuchen sein, ob sich die von Haubach vertretenen Vorstellungen und seine Art ihrer Darstellung weiter verfestigten oder ob es ihm gelang, sie möglicherweise durch Anregungen zu modifizieren, die er im politischen Diskurs

<sup>1301</sup> Die Zitate sind entnommen: Beradt, Charlotte: Paul Levi, Frankfurt/M. 1969, S. 89 f.

<sup>1302</sup> Pech, Helmut: Reichsbanner und Jungsozialisten, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 10, S. 248.

<sup>1303</sup> Sender, Autobiographie, S. 243.

<sup>1304</sup> Republikanische Hochschulzeitung. Nachrichten des Kartells republikanischer Studenten Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs 1 (1925), H. 1, S. 2.

<sup>1305</sup> Ebd., H. 2, Juli 1925, S. 7 f.

erhielt. Eine besondere Akzentuierung erhält dieser Aspekt durch die zwei schweren Niederlagen, die die Republikaner mit den Reichstagswahlen vom 14.9.1930 und dem ‚Preußenschlag‘ am 20.7.1932 hinnehmen mußten. Die Auswirkungen auf die Aktivitäten und Bekundungen Haubachs in seinen verschiedenen Tätigkeitsfeldern werden in einem späteren Kapitel dargestellt und eingeordnet. Zuvor ist ein Blick auf einen interessanten Versuch Haubachs zu werfen, in einem anderen sozialen Kontext – wiederum parteiübergreifend – an der Initiierung einer Vereinigung mitzuwirken, die ebenfalls ein ausgesprochen pro-republikanisches Programm vertrat.

## **6.2 „Neue Führer [...] müssen der Linken entstehen.“ - Mitbegründer des ‚Klubs vom 3.Oktober‘**

### **6.2.1 Zur Struktur und Arbeitsweise des Klubs**

An anderer Stelle wurde darauf verwiesen, daß Theodor Haubach bereits unmittelbar nach seiner Übersiedlung nach Hamburg Kontakt zu politischen Kreisen in der Stadt gefunden hatte. Als Scharnier fungierten zweifellos reformorientierte Politiker der Sozialdemokratie. Sie stellten Kontakte zu hohen Polizeiführern her, ließen ihn aber auch umgehend als Redner in der Partei agieren. Eine Art Seitenstrang in der politischen Laufbahn Haubachs gab sein zeitlich begrenztes Engagement bei den Jungsozialisten ab, wenngleich er auch in diesem Verband seine zentralen ideologischen Vorstellungen kämpferisch und nachdrücklich vertrat. Auf Reichsebene hatte es gemeinsame Unternehmungen von Gruppen der Hofgeismarer und der Jugendorganisation der DDP gegeben. Andere Anknüpfungspunkte mit Vertretern der ‚Demokraten‘ gab es in der Vereinigung Republik. Traditionell bestanden nämlich seit 1922/23 auch Verbindungen zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern der Vereinigung Republik und den liberalen Mitgliedern des Republikanischen Rings in Hamburg.<sup>1306</sup> Vermutlich entwickelten sich aus diesen beiden Bereichen seiner vielfältigen politischen Aktivitäten und dem beruflichen Engagement Kontakte zu Personen, die liberalen politischen Kreisen im Umfeld der DDP angehörten. In Hamburg war die Distanz in den politischen Grundfragen zwischen dem Reformflügel der SPD und der DDP ohnehin gering, was sich auch etwa in ununterbrochenen Koalitionen während der Weimarer Republik dokumentierte.

Unter diesen Voraussetzungen wurde „am 3.Oktober 1924 von sieben politischen Freunden“ der Klub vom 3.Oktober gegründet.<sup>1307</sup> Zu ihnen gehörten neben Theodor Haubach noch Gustav Dahrendorf, der Mitstreiter in verschiedenen Gremien der SPD und Kollege am Hamburger Echo, sowie der Freund aus Heidelberger Tagen Alfred Vagts, der ihn an das Hamburger Institut für Auswärtige Politik geholt hatte.<sup>1308</sup> Dem Lager der DDP waren in der Gruppe der Initiatoren eindeutig Hans Robinsohn, Ernst Strassmann und Heinrich Landahl zuzuordnen. Robin-

<sup>1306</sup> Der Klub vom 3.Oktober, in: Klub vom 3.Oktober: Jahrbuch 1924/25, Hamburg o.J., S. 5 – 11, S. 5.

<sup>1307</sup> Büttner, Ursula: Niederschrift über ein Gespräch mit Hans Robinsohn am 24.9.1974, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Fasc. 751-1, S. 5.

<sup>1308</sup> Horst Sassin faßt in seiner materialreichen, bedeutenden Untersuchung diese drei Mitglieder und Egon Bandmann, Wirtschaftsjournalist, pauschal als „aus der Sozialistischen Arbeiterjugend“ kommend zusammen, was sicherlich für Haubach und Vagts nicht zutrifft; vgl. Sassin, Horst: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934 – 1942, Hamburg 1993, S. 29.

sohn, der als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie ein großes Textilgeschäft führte und Strassmann, vom jüdischen Ehemann seiner evangelischen Mutter adoptiert, zwischen 1923 und 1927 als Jurist Referendar in Altona, hatten einander 1919 in der politischen Arbeit während einer Tagung der Jungdemokraten kennengelernt.<sup>1309</sup> Beide waren wohl auch früh dem Reichsbanner beigetreten, hatten sich in ihm jedoch nicht in einem Maße exponiert wie Heinrich Landahl, der mit Haubach sowohl in der Kreis- wie in der Gauleitung tätig war.<sup>1310</sup> Vagts, wenn gleich Mitinitiator, erinnerte sich, daß der Klub „in meiner Abwesenheit in Amerika“ gegründet worden sei.<sup>1311</sup> An anderer Stelle seiner Erinnerungen erweckt er den Eindruck, als sei der Klub von in den USA lebenden Mitgliedern der Bankiersfamilie Warburg auf Grund seiner Anregung finanziell unterstützt worden.<sup>1312</sup> Der Kreis wuchs auf maximal 50 Mitglieder an. Hinzu stießen vor allem junge Politiker beider Parteien, so z.B. der SPD-Abgeordnete der Bürgerschaft Hans Podeyn [1895 – 1965; 1929 – 1933 Fraktionsvors. der SPD-Fraktion], aber auch Journalisten liberaler Blätter wie der Frankfurter Zeitung.<sup>1313</sup>

Über die Zielvorstellungen und die generelle politische Grundstimmung der Klub-Mitglieder geben authentisch zwei ‚Jahrbücher‘ Auskunft, die für die Perioden 1924/25 und 1925/26 erschienen. Sie sind vollständig erhalten; andere Publikationen wie die „Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober“, Sitzungsprotokolle o.ä. jedoch nur vereinzelt. Die Beiträge für die Jahrbücher sind nicht namentlich gezeichnet, wohl vor allem um programmatische Geschlossenheit zu signalisieren und ein Beispiel gegen den wuchernden Drang von Politikern zu markieren, sich individuell ständig unverhohlen in Szene zu setzen. Der einleitende Beitrag stellte als das wesentliche Ziel des Klubs den Erhalt und die Stabilisierung der Republik heraus. Nachdem die Gefahr rechter Umsturzpläne offenbar gebannt war und auch der kommunistische Aufstand mit der Hilfe von „zwei republikanische[n] Selbstschutzorganisationen“ niedergeschlagen worden war, schienen die Bemühungen eines „Kreises junger republikanischer Politiker“ zu einem Abschluß gekommen zu sein. Doch, so der Verfasser, an die Stelle gewaltsamer Bedrohung der Republik war deren „stille und legale Rechtsentwicklung“ getreten, die demokratische Hülle blieb zwar erhalten, aber „eine wirkliche Republik [...] existierte nicht mehr.“<sup>1314</sup> Die Gründung des Klubs wurde recht ungeschminkt mit dem Versagen der „Linksparteien“ erklärt, die immer stärker dem „Konservativismus“ anhängen und von erschreckender politischer „Ideenlosigkeit“ befallen seien. Im gleichen Atemzug beklagte der Verfasser „eine ganz verhängnisvolle Erstarrung der Parteiapparate“, die sich als unfähig für die Bewältigung anstehender Probleme und für innovative Politikansätze erwiesen hätten. Dieser insgesamt negativen Entwicklung sollte entgegengetreten und über die Probleme der Tagespolitik zu den „praktisch-politischen Grundproblemen“ vorgedrungen werden, die in der –

<sup>1309</sup> Sassin, Liberale, S. 20 ff.

<sup>1310</sup> Heinrich Landahl (1895 – 1971), Lehrer u. Schulleiter; 1924 – 1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft als Abg. der DDP bzw. der Deutschen Staatspartei; 1933 aus polit. Gründen Entlassung aus dem Schuldienst, bis 1945 Nachhilfelehrer und Lektor im Goverts Verlag; seit 1.1.1946 Mitglied der SPD, bis 1966 Abg. der Bürgerschaft, über zehn Jahre Mitglied des Senats für die Kultur- und Schulbehörde u. die Justizverwaltung.

<sup>1311</sup> Vagts, Memoiren, Kap. VII, S. 5.

<sup>1312</sup> Ebd., Kap. XII, S. 16.

<sup>1313</sup> Büttner, Gespräch mit Hans Robinsohn, S.5.

<sup>1314</sup> Jahrbuch 1924/25, S. 7.

„praktisch-politischen Grundproblemen“ vorgedrungen werden, die in der – visionären - Zielansprache für jeden Politiker kulminierten, „<die Vorbereitung des Deutschland von 1950 im Europa von 1950>“ [ i. Orig. gesperrt, P.Z.] zu beginnen.

Nach Aussage dieses programmatischen Artikels konnte die Arbeit des Klubs „ein wichtiges Mittel“ sein, dem schleichenden Prozeß der Untergrabung republikanischer Grundlagen zu widerstehen, in den „Linksparteien“ Strukturänderungen zu initiieren und schließlich das Jahr „1950“ anzusteuern. Der Klub werde ein „Kräftezentrum“ abgeben, von dem aus „eine neue Kraft republikanischer Politik in die deutsche Linke“ ausstrahlen sollte.<sup>1315</sup> Die Frage nach dem einzuschlagenden methodischen Vorgehen, diese anspruchsvollen Ziele zu erreichen, beantwortete der Text des ersten Jahrbuches einmal mit dem eher formalen Hinweis auf geplante Veranstaltungen des Klubs. Im Mittelpunkt sollten „Vortrags- und Diskussionsabende“ stehen, die mal im engeren Kreis der Mitglieder, dann auch mit Gästen abgehalten werden sollten. An jedem Dienstag und Freitag der Woche trafen sich die Mitglieder zudem zu „zwangloser Aussprache“.<sup>1316</sup> Bereits im folgenden Jahr verkündete das zweite Jahrbuch eine Veränderung des Vorgehens insofern, als „weniger an die breite Öffentlichkeit getreten“ worden sei, die Mitglieder sich auf den Kontakt untereinander konzentrierten und auch das in modifizierter Form: Es wurde auf ausgearbeitete Referate und die gezielte Auseinandersetzung mit Spezialthemen verzichtet, dafür die „freie politische Aussprache“ favorisiert.<sup>1317</sup>

Inhaltlich stand die Arbeit des Klubs eindeutig im Zeichen der ‚Republikanisierung‘ des jungen Staates. Unter dieser Prämisse weist die Wahl der Themen, denen man sich schwerpunktmäßig zuwandte, zudem auf, daß die Mitglieder tatsächlich dem Anspruch der eigenen hochgesteckten Zielsetzung gerecht werden wollten, nämlich über die Veranstaltungsreihen hinausgehend Einfluß zu nehmen auf die aktuelle politische Situation im direkten Umfeld, auf Reichsebene und durch die Entwicklung weiterführender Politikentwürfe. So wurde dem zuständigen Verkehrsausschuß der Hamburger Bürgerschaft eine im Klub verabschiedete Vorlage zugeleitet, mit der auf die Verkehrspolitik der Stadt Einfluß genommen werden sollte. Das Papier war als Versuchsballon gestartet worden – Erprobung „für späteres Vorgehen“ - und wurde als Erfolg verbucht, weil man auf eine Reihe „von mündlichen, sehr anerkennenden Äußerungen“ von Abgeordneten der Bürgerschaft verweisen konnte und inhaltlich u.a. „die Frage der Autoomnibusse“ von der Betreibergesellschaft nunmehr mit größerer Aufmerksamkeit bedacht werden würde. Für diesen Kontext interessiert es weniger, die Details der Verkehrsvorlage zu erörtern, sondern bedeutsam ist die inhaltliche Stoßrichtung des Vorgehens und dessen Wahrnehmung als erfolgreich durch die Mitglieder des Klubs. Mit verhaltenem Stolz wurde nämlich abschließend vermerkt, daß „auch ohne Bindung an die politischen Parteien und ihre Fraktionspolitik durch sachliche Arbeit Erfolge erzielt werden können.“<sup>1318</sup>

Einfluß auf aktuelle politische Gegebenheiten sollte zudem durch eine Vortragsreihe genommen werden, die wiederum einen ‚überparteilichen‘ Charakter trug. Der Klub schaltete sich im November 1924 mit drei Vorträgen in den Wahlkampf

<sup>1315</sup> Ebd., S. 9 f.

<sup>1316</sup> Ebd., S. 10.

<sup>1317</sup> Klub vom 3. Oktober: Jahrbuch 1925/26, Hamburg o.J., S. 5 f.

<sup>1318</sup> Die Hamburger Verkehrsvorlage vom 10.XII.24., in: Jahrbuch 1924/25, S. 21 – 23.

für die Wahlen zum Reichstag am 7.12.1924 ein. Ausdrücklich wurde diese Unternehmung damit begründet, daß die Parteien mit ihren Veranstaltungen nur wenige Menschen erreichten, zumeist dann auch nur die eigene Klientel, und daß es an der Zeit sei, breiter „auf <die> [gesperrt, P.Z.] Wählerschaft zu wirken.“ Thematisiert wurden in den Vorträgen „Der mittelalterliche Kaisergedanke und die deutsche Republik“, „Volksernährung und Zölle“ und „Der deutsche Föderalismus“. Die Beiträge sollen hier nicht detailliert analysiert werden, sondern exemplarisch für dieses Vorhaben des Klubs wie für seine Aktivitäten insgesamt stehen. Wichtig ist es aber zweifellos, darauf hinzuweisen, daß etwa der sicher von Haubach gerufene Darmstädter Wilhelm Michel, der bereits im ‚Tribunal‘ wolkig schwadroniert hatte, im einleitenden Vortrag zu dem Schluß kam, daß „– im geistigen Sinne – die Republik die Erfüllerin des deutschen Kaisergedankens“ sei. Auch der Gesandte a.D. Landsberg aus Berlin, der im letzten Vortrag *die* Wählerschaft erreichen wollte, blieb ohne Bezug zur bevorstehenden Wahl und verlor sich in der radikalen Forderung nach Abschaffung des föderalen Systems, damit Deutschland ohne Armee nicht weiterhin „für die umliegenden einheitlichen Staaten politisch ein leerer Raum“ bleibe.

Wenn auch in diesem Abschnitt zunächst die Aktivitäten des Klubs referiert werden sollen, so soll doch angemerkt werden, daß es bei der generellen Anlage dieses Vorhabens und ihrer spezifischen Realisierung eigentlich nicht verwundert, daß – wie der Verfasser konstatieren mußte – „der Besuch der Vorträge [...] nicht unseren Erwartungen (entsprach).“<sup>1319</sup> Für die später erfolgende grundsätzliche Analyse dieser Vereinigung bleibt der ‚überparteiliche‘, pädagogisierende, auf Volksbildung zielende Ansatz der Veranstaltungsreihe festzuhalten.

In den internen Sitzungen des Kreises, in denen sich die Mitglieder im ersten Jahr gezielt mit übergreifenden politischen oder gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzten, wurden Themen von grundsätzlicher Bedeutung erörtert. Der Jurist Herbert Ruscheweyh, auf den später zurückzukommen sein wird, stellte Thesen zu den „Grenzen der Staatsmacht“ vor und entwickelte Leitgedanken zu einer veränderten gesetzgeberischen Systematik. Diese exemplifizierte er an konkreten Fallbeispielen, die durchgängig einen reformorientierten, ‚liberalen‘ Grundzug aufweisen, weil sie „eine Überspannung von Rechtssicherungen im transpersonalistischem [sic] Interesse“ in vielen Bereichen der Strafjustiz als gegen das Individuum gerichtet kritisierten. Differenziert erörterte der Referent z.B. das Recht der Frau auf Abbruch einer Schwangerschaft oder attackierte den § 175 des Strafgesetzbuches, der den Geschlechtsverkehr zwischen Männern verbot.<sup>1320</sup>

Einer der Väter der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, entwickelte in einem erweiterten Kreis – u.a. „zahlreiche Gäste aus verschiedenen politischen Parteien sowie von der Universität“ – Gedanken zum Aufbau und zur Festigung „demokratische(r) und republikanische(r) Verwaltungen“. Auch dieser Beitrag hatte zweifellos die Aufgabe, ‚über den Tag hinauszuweisen‘, Anregungen für eine perspektivische politische Reflektion zu liefern.<sup>1321</sup>

<sup>1319</sup> Zum Wahlkampf, in: Ebd., S. 12 – 14.

<sup>1320</sup> Grenzen der Staatsmacht gegenüber der Persönlichkeit des Staatsbürgers im materiellen Strafrecht im Hinblick auf §§ 228, 267, 335 des Entwurfs zu einem Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch von 1925., in: Ebd., S. 24 – 29.

<sup>1321</sup> Regierung und Verwaltung im parlamentarischen Staat., in: Ebd.: S. 30 – 32.

Die erste öffentliche Veranstaltung des Klubs allerdings, auch „Gästeabend“ genannt, wurde von Theodor Haubach bestritten. Er referierte zu einem Thema der Außenpolitik, „Probleme ostasiatischer Politik“, und forderte abschließend wie in seinen anderen Veröffentlichungen, daß Europa sich „durch Interessenausgleich“ zusammenschließen müsse, um den sich weltweit konstituierenden Machtblöcken begegnen zu können.<sup>1322</sup> Hervorzuheben ist für unseren Kontext, daß Haubach offenkundig so angesehen in diesem Kreis war, daß er dazu ausgewählt wurde, diese spezifische Veranstaltungsreihe des Klubs zu eröffnen. Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht, denn der Text vermerkte, daß „der ausgezeichnete Besuch und Verlauf des Abends“ die Wirksamkeit des Klubs nachgewiesen hätten. Thematisch hatte Haubach die Auseinandersetzung mit einem Politikfeld eingeleitet, das die Mitglieder in der Folgezeit intensiv beschäftigte. Die Außenpolitik und die Wehrfrage waren Anlaß für verschiedene Veranstaltungen. Einen Akzent setzte der Mitbegründer Ernst Strassmann mit einem Vortrag im engeren Kreis, als er die „künftige deutsche Militärpolitik“ thematisierte. Ganz auf der Linie der auch von Haubach häufig geäußerten Auffassungen plädierte Strassmann dafür, die durch Versailles geschaffenen territorialen Gegebenheiten zur Grundlage der deutschen Politik zu machen und auf einen europäischen Ausgleich zu setzen. Als Mittel der Außenpolitik nannte er u.a. „die Verbesserung der diplomatischen Methoden“ und die „Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Macht“ – für eine verstärkte Aufrüstung sah er keine Chance und keine Notwendigkeit. Folglich sollte die Reichswehr in „eine Polizeitruppe von ausschließlich innenpolitischer Bedeutung“ verwandelt werden.<sup>1323</sup> Diesen Gedanken hatte Haubach u.a. in den Beratungen der SPD-Wehrkommission vertreten, damit allerdings in seiner Partei offensichtlich keinen Widerhall gefunden. Nachzuzeichnen ist an diesem Beispiel, daß aus den Diskussionen im Klub konkrete Vorschläge, mit Sicherheit auch grundsätzliche gesellschaftspolitische Überlegungen oder strategische Erwägungen, von den Mitgliedern in die Diskussionen innerhalb ihrer Parteigremien transportiert wurden. Müßig ist es, die Frage zu stellen, wer zuerst einen spezifischen Gedanken äußerte, bedeutsamer ist die Funktion der Gemeinschaft des Klubs, in der er wahrgenommen und stabilisiert werden konnte.

Gegen den Hintergrund der grundlegenden Zielsetzung des Klubs ist es nicht verwunderlich, daß die Reichswehr mit großer Schärfe attackiert wurde, da sie „als Ganzes den Gegnern der Republik sogar aktive Hilfe zu leisten sucht.“<sup>1324</sup> Dieser Beitrag bildet allerdings im Rahmen des zweiten Jahrbuches eine Ausnahme, weil er aus der Analyse verschiedener Posten des Reichswehretats die republikfeindliche Position nachwies und die politische Führung der Truppe verantwortlich machte. Daneben beherrschen eher essayistische Beiträge das Bild dieser Ausgabe – sie sind wie ein Spiegelbild der Änderungen, die „in der Form der praktischen Arbeit“ eintraten. In den Mittelpunkt rückten „themenlose Ausspracheabende“, die „freie politische Aussprache“, überwiegend wurde auf Referate verzichtet.<sup>1325</sup> Der Klub vom 3. Oktober wandelte sich zu einem Gesprächskreis, die strukturierenden Elemente sowohl in der Methodik der Arbeit wie für die inhaltliche Auseinandersetzung verschwanden fast vollständig. Exemplarisch für

<sup>1322</sup> Auswärtige Politik und Rüstungsfrage, in: Ebd., S. 15 – 20, S. 15 f.

<sup>1323</sup> Ebd., S. 20.

<sup>1324</sup> Die Reichswehr und ihr Etat., in: Jahrbuch 1925/26, S. 22 – 27, S. 27.

<sup>1325</sup> Das zweite Jahr., in: Ebd., S. 5 – 8, S. 6 f.

die Veränderung steht der umfangreichste Beitrag des Heftes, der vermutlich aus der Feder Hans Robinsohns stammt. Flott geschrieben, ironisch-funkelnd galoppierte der Verfasser geradezu durch die politische und gesellschaftliche deutsche Szenerie der Zeit, legte den Finger jeweils kurz auf anti-republikanische Wunden, um zum Abschluß die ‚Republikaner‘ dazu aufzufordern, den Kampf um diese Republik nun endlich aufzunehmen. Dabei müsse Härte und Machtbewußtsein gezeigt werden, eine Tugend wie Toleranz sei fehl am Platz, auch sollten sich die Republikaner nicht von überholten Moralvorstellungen beeinflussen lassen – derartige Überlegungen gehörten in den Bereich der „Ahnungslosigkeiten der älteren Republikaner“.<sup>1326</sup>

„Seinen größten Erfolg“ konnte der Klub, nach den Worten Robinsohns, im Jahr 1926 erleben, „als er das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu Fall brachte.“ Diese Vorlage sollte die Notstandsbestimmungen des Artikels ausgestalten. Der dem Klub vom Sohn Hugo Preuß, Hans Helmuth Preuß, zugespielte Entwurf enthielt Klauseln, die die Notstandsmaßnahme verlängert hätten, zudem sollte die Trennung von militärischem und bürgerlichem Ausnahmezustand wiederhergestellt und damit der Belagerungszustand der Wilhelminischen Ära revitalisiert werden. Eine dreiköpfige Arbeitsgruppe, zu der auch Theodor Haubach gehörte, entwarf ein Memorandum. Auf einer Pressekonferenz in Berlin wurde der Öffentlichkeit der Entwurf des Reichsinnenministeriums und die Kritik des Klubs bekannt gemacht.<sup>1327</sup> Der Referentenentwurf mußte auf Druck der Öffentlichkeit zurückgezogen werden, pikanterweise wurde das Ministerium vom Mitglied der DDP Wilhelm Külz geleitet.

Für unseren Zusammenhang ist einmal die eindeutige Haltung der Klubmitglieder gegenüber der Absicht von Staatsorganen bedeutsam, individuelle Freiheiten einschränken zu wollen. Zudem konnten sie eine der erklärten Absichten einlösen, als überparteiliche Lobby konkret auf die aktuelle Politik Einfluß nehmen zu wollen. Nicht zufällig verwies Hans Robinsohn in seinem Rückblick auf diese Intervention, da sie die einzig spektakuläre Aktion blieb. Das erste Jahrbuch weist auf, daß das ambitionierte Programm mit erheblichem Engagement realisiert werden sollte. Sowohl die Breite der bearbeiteten Themen wie die der Chronik zu entnehmende Intensität der internen Auseinandersetzung um gesellschaftliche und politische Fragen, die bewußt durch die Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit erweitert wurde, lassen darauf schließen. Mit ihrer Analyse, daß die Republik nicht allein in ihrer politischen Spitze bedroht sei, bewiesen die Klubmitglieder einen Blick für die gesellschaftliche und politische Realität. Doch der Sektor ihrer Aktivitäten, der sich zwischen der Vorlage für den Hamburger Verkehrsausschuß über selbst organisierte Vorträge im Wahlkampf bis zur Auseinandersetzung um eine Reform der Strafjustiz, der Verwaltung und um die Rolle der Reichswehr weit öffnete, überstieg offenkundig die Kräfte des Klubs. Die im zweiten Jahr des Bestehens eingetretenen Veränderungen in der praktischen Arbeit – wenige öffentliche Veranstaltungen, auch im internen Kreis kaum Referate von Experten, vielmehr bestimmte „eine freie politische Aussprache“, die sich nach „den Ereignissen der Tagespolitik,“ ausrichtete, das Klubleben – wurden im Jahrbuch nur konstatiert, nicht aber begründet.<sup>1328</sup> Nachdrücklich wurde als Ziel-

<sup>1326</sup> Die Eroberung der Republik, in: Ebd., S. 9 – 16, S. 15.

<sup>1327</sup> Büttner, Gespräch mit Hans Robinsohn, S. 5 und Sassin, Liberale, S. 31.

<sup>1328</sup> Jahrbuch 1925/26, S. 6.

projektion jedoch die Vision „1950“ aufrechterhalten oder – wie es in der Einladung zu einer Veranstaltung hieß – der Einsatz „für die Festigung und Sicherung des republikanischen Kurses.“<sup>1329</sup> Wahrscheinlich hatten die Klubmitglieder schnell feststellen müssen, daß der mit jeder Veranstaltung verbundene Aufwand bei einer Mitgliederzahl von maximal 50 Männern in der Dichte des ersten Jahres nicht zu leisten war.<sup>1330</sup> Nach aller Erfahrung engagierte sich aus diesem Kreis vermutlich auch nur eine Minderheit für die anfallenden organisatorischen Aufgaben.

Neben dieser äußerlich-formalen Begründung zeigt die Mutierung der Vereinigung zu einem ‚Debattierclub‘ bereits den Beginn seiner schwächer werdenden politischen Kampfkraft. Wenn Robinsohn den „Erfolg“ in der Decouvrierung der Gesetzesvorlage zum Artikel 48 rückblickend als letzten Höhepunkt bezeichnet, dem der Zerfall des Klubs folgte, so bezog er diese Einschätzung zweifellos auf dessen öffentlichkeitswirksame Arbeit. Überraschend schnell nahmen die „jüngeren Politiker [...] aller republikanischen Parteien“ nämlich wahr, daß die direkte Implantation von Vorschlägen und Ideen aus diesem Kreis Gleichgesinnter in die eigene Partei nicht so ohne weiteres möglich war. Parteiinterne Mehrheitsverhältnisse und Hierarchisierungen waren hinderlich. Zudem gab es auf den verschiedenen Stufen zwischen Bezirksvertretungen und Bürgerschaft eine Fülle tagespolitischer Aufgaben und Probleme zu lösen, daß manches Klubmitglied mit seinen Vorstellungen nur schwer in seiner Partei Adressaten fand. Die grundlegende Schwäche des Klubs lag jedoch zweifellos darin begründet, daß es ihm gar nicht gelingen konnte, mit Mitgliedern, die an verschiedene Parteien gebunden waren, überparteiliche politische Kraft zu entwickeln. Sie konnte in Ansätzen allein realisiert werden in der Vorlage für den Verkehrsausschuß, der Initiative zum Artikel 48 oder in dem Versuch, in den Wahlkampf einzugreifen. Die Idee einer informierenden Vortragsreihe zum Wahlkampf – auch wenn diese sich als wenig erfolgreich herausstellte – wurde von den Parteistrategen der SPD und der DDP sicher nicht goutiert. Skepsis kann also gegenüber dem Klub in den Parteizentralen vorausgesetzt werden, die einzelnen Mitglieder stießen aber selbst auch an die Grenzen ihrer Loyalität dem Klub gegenüber. So erinnerte sich Robinsohn, daß die Erosion des Zusammenhalts nach außen vor allem darauf zurückzuführen war, daß „verschiedene Mitglieder die Parteidisziplin wahren wollten.“<sup>1331</sup>

Der Mitbegründer Theodor Haubach arbeitete bis in das Jahr 1926 nicht nur aktiv im Klub mit, sondern nahm auch eine exponierte Funktion wahr. Darauf weist die Teilnahme an der Arbeitsgruppe hin, die das Memorandum zur Gesetzesvorlage zum Artikel 48 erarbeitete. Außerdem macht dies auch das Protokoll einer Vorstandssitzung vom August 1926 deutlich, in dem als Mitglied „Dr.Haubach“ geführt wurde. Es war einem Brief Hans Robinsohns an Ernst Strassmann beigelegt, auf den noch einmal zurückzukommen sein wird. Nach Auskunft des Protokolls übernahm Haubach die Aufgabe, für eine geplante öffentliche Veranstaltung zum

<sup>1329</sup> Einladung für eine Veranstaltung des Klubs vom 3.Oktober am 2.10.1926, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Hans Robinsohn, Bd. 17.

<sup>1330</sup> Diese Angabe machte Ernst Strassmann im Jahr 1948; zit. n. Sassin, Liberale, S. 30.

<sup>1331</sup> Büttner, Gespräch mit Hans Robinsohn, S. 5.

zweiten Jahrestag des Klubs einen geeigneten Referenten zu gewinnen; dazu wollte er sich brieflich an Gustav Radbruch und Emil Lederer wenden.<sup>1332</sup>

Abschließend sollen Inhalt und akzentuiert das äußere Gepräge dieser Veranstaltung dargestellt werden, weil der Blick darauf geeignet scheint, bei der generellen Einschätzung des Klubs wie der Erwartungshaltung der Mitglieder an ihre Vereinigung Zugang zu einem bislang kaum beachteten Aspekt zu verschaffen. Die Suche nach einem auswärtigen, möglichst prominenten Vortragenden war offenkundig vergeblich gewesen, denn das Hamburger Vorstandsmitglied Heinrich Landahl wurde als Redner angekündigt mit dem wenig spektakulären Hinweis, daß er eine „Begrüßungsansprache“ halten und „eine Analyse der gegenwärtigen Situation, wie der Klub sie beurteilt“ geben werde.<sup>1333</sup> Nach der Aussage eines Kurzprotokolls ist nachzuvollziehen, daß der Redner den Standpunkt des Klubs bekräftigte, daß die Republikaner in den wesentlichen Bereichen der „innere[n] Macht“, dem Heer, der Verwaltung und der Justiz, faktisch „einflußlos“ seien. Die nur halbstündigen Ausführungen Landahls, die sich vollständig auf die innenpolitische Situation bezogen hatten, wurden von einem der Gäste massiv durch den Einwand korrigiert, daß „die Bedeutung der Außenpolitik“ übersehen worden sei. Es müßten nun die „Erfolge“ der Außenpolitik genutzt werden, eine „große Koalition“ sei zu erstreben, um in ihr die außenpolitischen Erfolge „als Mittel für die innere Politik der Linken“ zu nutzen. Gelänge dies, so könne „die große Koalition wieder aufgegeben werden.“<sup>1334</sup>

Eine der wenigen Quellen, die authentisch ‚den‘ Klub im Austausch mit seinen Gästen – fraglos Sympathisanten – zeigt, läßt nach dessen zweijährigem Bestehen erkennen, daß die Kräfte des republikanischen Lagers klagend, auch larmoyant, die politische Situation beschrieben, während in ihrem Umfeld und wohl auch im inneren Zirkel gedankliche Planspiele durchgeführt wurden, in denen mit Elementen wie der „Außenpolitik“ und der „großen Koalition“ selbstbewußt – und mit einiger Naivität - jongliert wurde. Der im Oktober 1925 geschlossene Vertrag von Locarno wie die unmittelbar vor der Veranstaltung im September 1926 erfolgte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund markierten tatsächlich „Erfolge“ der Stresemannschen Außenpolitik, die nachhaltig auch von Haubach unterstützt worden war. Das Jahr 1926 war zudem gekennzeichnet durch zwei Regierungen unter Luther und Marx, die keine festen Mehrheiten im Parlament hatten, eine Große Koalition hätte die Lage möglicherweise stabilisieren helfen. Doch die Gegensätze vor allem zwischen der DVP und der SPD z.B. in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen waren unüberbrückbar – einige Versuche der Kabinettsbildung waren deshalb fehlgeschlagen. Beobachter der politischen Szene wie die Klubmitglieder und ihre Gäste mußten eigentlich davon ausgehen, daß die Sozialdemokraten ihre Klientel nicht mit außenpolitischen Erfolgen zufrieden stellen konnten, dazu bedurfte es vielmehr eindeutiger Fortschritte in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie in der Sicherung sozialer Standards. Um die Problematik dieser Gedankenspiele weiter ad absurdum zu führen, ist darauf hinzuweisen, daß der Hamburger Landesverband der DDP eine eigenständige, ‚linke‘ Position ge-

<sup>1332</sup> Brief Hans Robinsohn an Ernst Strassmann v. 11.8.1926, mit Protokoll im Anhang, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Hans Robinsohn, N 1296, Bd. 24.

<sup>1333</sup> Einladung für eine Veranstaltung des Klubs vom 3.Oktober am 2.10.1926, 1. S.

<sup>1334</sup> Aufzeichnung von Dr.Lindemann v. 4.10.1926, 2 S. ms., in: Bundesarchiv Koblenz, NL Hans Robinsohn, Bd. 17.

genüber der Gesamtpartei einnahm und keineswegs über großen Einfluß auf Entscheidungen an der Parteispitze verfügte.

## 6.2.2 Republikanisches „Kräftezentrum“ und Karriere-Plattform

Wenn also nach zweijährigem Bestehen des Klubs festzustellen ist, daß nach der Erinnerung Robinsohns und mit Hilfe der Analyse der überlieferten Dokumente aus dem ‚Innenleben‘ des Klubs die offensive Aufbruchstimmung bereits vergangen war, sollen wie angekündigt einige formale Aspekte seiner Existenz beleuchtet werden. Einen interessanten Einblick gewährt die bereits zitierte Einladung zur Veranstaltung am 2.10.1926. Diese Einladungen wurden an ausgewählte Adressaten verschickt, die Anrede - „Sehr geehrter Herr!“ – signalisierte, daß es sich nicht nur intern um eine Vereinigung handelte, zu der ausschließlich Männer Zutritt fanden, sondern daß sich der Klub zunächst an die „Herren“ wandte, wenn es darum ging, zu den öffentlichen Veranstaltungen einzuladen. Immerhin waren zu diesen dann auch „Damen“ zugelassen, wie einer Einladung aus demselben Jahr zu entnehmen ist.<sup>1335</sup> Wie hermetisch jedoch eine ‚Männer-Gesellschaft‘ aufrechterhalten wurde, zeigt sich an der aufkommenden Irritation, als Jahre nach der 1953 erfolgten Neugründung des Klubs im Jahr 1966 zum ersten Male eine Diskussion über die mögliche Aufnahme weiblicher Mitglieder einsetzte und Robinsohn feststellte: „Eine gewisse Ratlosigkeit über die praktische Durchführung scheint zu bestehen.“<sup>1336</sup>

Als bemerkenswert ist das Ambiente einzuordnen, in dem der Klub eine Reihe seiner öffentlichen Veranstaltungen abhielt. Oft wurde eines der nobelsten Hotels Hamburgs, das Hotel Vier Jahreszeiten, gewählt. Zumeist wurde ein „Kaffeegedeck“ angeboten, anlässlich der Veranstaltung zum zweijährigen Bestehen „ein gemeinsames Abendessen“ offeriert, in dem genannten Hotel zweifellos eine eher kostspielige Angelegenheit. Zwar kleingedruckt, dennoch unübersehbar fand sich am Schluß der Einladung für die „Herren“ der Hinweis „Smoking oder dunkler Anzug“, der in dieser lapidaren Kürze als Aufforderung zu verstehen war.<sup>1337</sup> Anhand der Teilnehmerlisten ist ablesbar, daß die Einladungen gesellschaftliche und politische Kreise zu erreichen suchten, die über einigen Einfluß verfügten. Die Schriften des Klubs wurden an einen Kreis von „etwa 100 Persönlichkeiten, die irgendwie führend im öffentlichen Leben Hamburgs stehen“, verschickt.<sup>1338</sup> So nahmen an der Veranstaltung am 2.10.1926 ca. „120 Herren“ teil, u.a. zwei Hamburger und zwei Altonaer Senatoren sowie Max Brauer, damals der Oberbürgermeister Altonas, und etwa zehn Bürgerschaftsabgeordnete der SPD und DDP.<sup>1339</sup> Vagts erinnert sich rückblickend, indem er den eigenen ‚linken‘ Anspruch und

<sup>1335</sup> Einladung des Klubs vom 3. Oktober zu einer Veranstaltung am 25.11.1926 im Hotel Vier Jahreszeiten in Hamburg; Referent: Leon Zeitlin zum Thema: Konsumfinanzierung, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Hans Robinsohn, 17. Vermerkt ist hier: „Die Einführung von Damen und Herren, die für das Thema Interesse haben, wird gern gesehen.“

<sup>1336</sup> Mitteilungen des Klubs vom 3. Oktober v. 18.12.1966, in: NL Hans Robinsohn, Bd. 22.

<sup>1337</sup> Einladung, 2.10.1926, 2. S.

<sup>1338</sup> Jahrbuch 1924/25, S. 10.

<sup>1339</sup> Aufzeichnung Dr. Lindemann, S. 1.

Max Brauer (1887 – 1973), seit 1918 Senator u. Zweiter Bürgermeister in Altona, seit 1924 Oberbürgermeister, 1933 – 1945 Exil, 1946 – 1953 Erster Bürgermeister Hamburgs.

den seiner Freunde ironisierte, daß die Klubmitglieder dort „zu Tisch [saßen], wo sich sonst ‚die Klassen scheiden‘“. [wie i. Orig. hervorgehoben, P.Z.] Nicht ohne Stolz jedoch führt er als Gesprächspartner in den feinen Herbergen – er nennt mit dem ‚Atlantic‘ ein weiteres Nobelhotel - und Restaurants u.a. die Interessenvertreter von Stinnes oder Familienmitglieder des Bankhauses Warburg an.<sup>1340</sup>

Diese äußerlichen Merkmale des Klublebens, zu denen auch die in Leinen gebundenen, mit Goldprägung versehenen Jahrbücher wie die sprachlich und gestalterisch bürgerlich-gediegenen Einladungen zu den öffentlichen Veranstaltungen zu rechnen sind, korrespondieren mit einem konstitutiven Element, das die Mitglieder des Klubs neben grundlegenden politischen Überzeugungen offenkundig eintrug. Diese „jüngeren Politiker“, wie sie sich selbst immer wieder apostrophierten, wollten den Klub fraglos als Ort der eigenen Anregung, der Entwicklung konzeptioneller Entwürfe und als Lobby für eine offensivere republikanische Politik nutzen, doch er sollte zugleich das Sprungbrett für die Realisierung individueller Ambitionen abgeben.

Ein wichtiger Baustein des Selbstverständnisses bestand in der Tatsache, daß sich die Klubmitglieder dem Spektrum der „demokratischen Linken“ zuordneten<sup>1341</sup> – wie offensichtlich auch der Kreis der Sympathisanten, denn der eben zitierte Gast wollte mit seinem Einwand während der Jubiläumsveranstaltung die Bildung einer Großen Koalition zum Nutzen der inneren Politik „der Linken“ instrumentalisiert sehen. Die Positionierung als ‚Linke‘ mag in der Rückschau erstaunen, bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber Etikettierungen ist die vom Klub vertretene Linie eher als liberal-sozialreformerisch zu kennzeichnen. Die Selbsteinschätzung erklärt sich ideologisch zweifellos aus der Konfrontation gegenüber den restaurativen Kräften, die sich in der Gesellschaft in verschiedenen Vereinen – zusammengeschlossen hatten und sich in der Hugenberg-Presse sowie in großen Teilen der DVP, uneingeschränkt und schrankenlos in der DNVP und in der herausziehenden NSDAP artikulierten. Das beharrliche und kämpferische Eintreten des Klubs für die Republik und für die demokratische Erneuerung der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen war für seine Mitglieder in der aktuellen politischen Frontstellung Nachweis, sich dem linken Lager zuzurechnen.

Vermutlich reklamierte man diese Ortsbestimmung darüber hinaus aus einem weiteren Grund für sich. Der Gedanke des ‚Clubs‘ oder ‚Klubs‘ hatte in Deutschland durchaus eine Tradition. Den höchsten Bekanntheitsgrad hatte der ‚Juniklub‘, der vom bereits an anderer Stelle zitierten Arthur Moeller van den Bruck seit 1918 mit seinem Zentrum in Berlin systematisch aufgebaut worden war und schließlich eine Reihe bedeutender nationalliberaler Schriftleiter einflußreicher Zeitungen bzw. Zeitschriften wie auch Persönlichkeiten versammelte, die ein dichtes Netzwerk von Verbindungen in Verbände, die Industrie, Parteien, die Reichswehr und hohe Verwaltungsstellen herstellten. Mit einem prototypisch ‚konservativen‘ Ansatz erkannte Moeller die nach 1918/19 geschaffene staatliche Situation an, wandte sich aber mit seinen Sympathisanten entschieden gegen die demokratisch-republikanischen Grundlagen des neuen Staates. Wenn auch nebulös von Moeller die Einbeziehung der Arbeiterschaft in das Staatswesen gefordert wurde, so bleibt in seiner Schrift ‚Das dritte Reich‘ die Frage unbeantwortet, auf welche Weise das geschehen sollte. Einen „Ständestaat“ strebte er an, in dem die Eliten den ihnen

<sup>1340</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 16.

<sup>1341</sup> Jahrbuch 1924/25, S. 5.

seiner Meinung nach gebührenden Platz als Führer einzunehmen hatten.<sup>1342</sup> Stefan Breuer mißt dem Moellerschen „Netzwerk“, das diese Zielvorstellung zu realisieren helfen sollte, zu Recht eine große Bedeutung für die Weimarer Republik zu, wenn er ihm attestiert, daß es „zur Delegitimierung der Republik beigetragen hat.“<sup>1343</sup> Der nach der Erkrankung Moellers gegründete Deutsche Herrenklub radikalisierte die Stoßrichtung unter Führung Heinrich von Gleichens noch und setzte auf die Herrschaft der Wenigen, auf „freie Herrenmenschen“ und den „Adel nordischer und auch christlicher Gesinnung.“<sup>1344</sup>

Zu diesem spezifischen Hintergrund, dem sich die Gründer des Klubs vom 3. Oktober gegenübersehen, gehört zweifellos auch die Existenz des Hamburger Nationalklubs. Er war 1919 gegründet worden und hatte sich zum Ziel gesetzt, die Weimarer Republik mit allen Mitteln zu beseitigen – wenn die Zeit reif sei auch „mit dem Degen in der Faust“, wie martialisch von einem der Gründungsväter, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Norddeutschen Bank Max von Schinckel, formuliert wurde.<sup>1345</sup> Welche Klientel sich unter dem Etikett Hamburger Nationalklub versammelte, mag der Teilnehmerkreis – Frauen waren nicht zugelassen – eines „Gesellschaftsabends“ am 16.11.1924, also kurz nach der Gründung des Klubs vom 3. Oktober, deutlich machen: ehemalige ranghohe Militärs, Kaufleute, Bankiers, hohe Verwaltungsbeamte vor allem aus der Justiz, zudem Vertreter des reaktionären Alldeutschen Verbandes, der DVP und der DNVP.<sup>1346</sup> Die ideologische Verbindung etwa zum Juniklub und dessen Nachfolger, die sich auch personell festmachen lassen, weist eine am 28.2.1926 durchgeführte Veranstaltung nach, in der Adolf Hitler im Hamburger Hotel Atlantic [!] als Redner vom Hamburger Nationalklub eingeführt wurde, nachdem er 1921 und 1922 bereits in den Berliner Klubs erfolgreich aufgetreten war. Er wurde von dessen Vorsitzenden zu einem Zeitpunkt „wie ein alter Freund begrüßt“, zu dem die Hamburger NSDAP noch nicht einmal 200 Mitglieder zählte.<sup>1347</sup>

Es existierten freilich nicht nur konservative Klubs, sondern bereits seit 1914 wurden verschiedene politische Vereinigungen gegründet, die wie die ‚Deutsche Gesellschaft 1914‘ oder ‚Mittwochabend‘ – geleitet von dem Historiker und späteren Mitglied der DDP Hans Delbrück (1848 – 1929) – im ‚liberalen‘ Umfeld entstanden.<sup>1348</sup> Es geht in diesem Kontext nicht darum, die deutsche ‚Klub-Landschaft‘ der Zeit differenziert abzubilden, sondern mögliche Beweggründe aufzudecken, die die ‚jungen Hamburger Politiker‘ bei ihrer Unternehmung leite-

<sup>1342</sup> Moeller, Das dritte Reich, S. 167.

<sup>1343</sup> Breuer, Stefan: Grundpositionen der deutschen Rechten (1871 – 1945) (Historische Einführungen, Bd. 2), Tübingen 1999, S. 109. Dem Text sind einige Informationen für die kurze Charakterisierung des Klubs entnommen. Angemerkt sei, daß Klemens von Klemperer den Juniklub als „ein Experiment“ und einen „Treffpunkt für Männer, deren Horizonte weit über den parteipolitischen hinausreichten“, bezeichnet und damit seine politische Bedeutung – unzulässig - marginalisiert; vgl. Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München-Wien o.J. (1962), S. 113 f.

<sup>1344</sup> Ebd., S. 132 f.

<sup>1345</sup> Diese Äußerung zit. n.: Asendorf, Manfred: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H.3, S. 106 – 150, S. 107.

<sup>1346</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1347</sup> Ebd., S. 113. Die Hamburger Rede ist dokumentiert in: Jochmann, Werner: Im Kampf um die Macht, Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/M. 1960, S. 69 – 121.

<sup>1348</sup> Demm, Ein Liberaler, S. 169.

ten. Wie bereits an anderer Stelle hinsichtlich der politischen Vorstellungen Haubachs eindeutig zu konstatieren war, daß sie sich von denen der reaktionären Kräfte fundamental unterschieden, trifft dies auch pauschal für den grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Ansatz der Mitglieder des Klubs vom 3. Oktober gegenüber dem des Juniklubs oder des Hamburger Nationalklubs zu. Als näherliegend ist anzunehmen, daß die Neugründung den bestehenden reaktionären Vereinigungen ein ideologisches Gegengewicht entgegensetzen sollte. Im ‚partei-freien‘ Raum wollten die jungen Politiker den Feinden des jungen Staates nicht das Feld überlassen.

Es gab jedoch bemerkenswerte Parallelen in der Ausgestaltung des Klublebens, die darauf schließen lassen, daß sowohl die Wurzeln der ‚jungen Linken‘ wie die der zweifellos im Durchschnitt älteren Klientel des Nationalklubs in der (groß-, bildungs-) bürgerlichen Sozialisation des Kaiserreiches zu finden sind. Am augenfälligsten ist dies an der affirmativ gebrauchten Nutzung des Begriffs „Klub“ im Titel ablesbar. Die Robinsohn (Jg. 1897), Strassmann (Jg. 1897), Landahl (Jg. 1895) und Haubach (Jg. 1896) – alle also noch nicht einmal dreißigjährig bei Klubgründung – griffen diesen Terminus auf und signalisierten damit, daß sie sich den bürgerlichen Eliten zurechneten.<sup>1349</sup> Es gab offenbar in der Phase der Genese der Vereinigung keinen Zweifel daran, daß die politischen Freunde einen ‚Klub‘ gründen wollten, eher wohl intensives Nachdenken um die weitere Ausgestaltung seines Titels. Das dann für den Klubnamen gewählte Datum zeigt den Gründungstag selbst an, durchaus „farblos“, wie zugegeben wurde, aber „absichtlich gewählt“, um „untaugliche Leute“ abzuschrecken, die sich von hehren programmatischen Begriffen angezogen gefühlt und „zu unfruchtbarer Diskutiererei“ Anlaß gegeben haben könnten.<sup>1350</sup>

Die nicht-qualifizierende Definition Pierre Bourdieus beschreibt also zunächst objektivierend die Intentionen der Klubgründer, nämlich die in diesem Fall einem politischen Ziel verpflichtete Kooperation einer Vereinigung von Gleichgesinnten zu initiieren. Der Terminus ‚Eliten‘ öffnet freilich den Blick auf eine tiefer liegende Ebene. Als sie bestimmendes Merkmal bezeichnet Bourdieu ihren „Sinn für Distinktion“ und die Fähigkeit, „ihre Distinktion auf die entschiedenste Weise zu kennzeichnen.“<sup>1351</sup> Auf dieser Folie sind in der Struktur und Arbeitsweise des Klubs einige Merkmale auszumachen, die einen signifikant distinktiven Charakter haben. So suchten die Gründer die selbst gestellte Vorgabe zu erfüllen, ausschließlich jüngere Politiker an den Klub zu binden. Sie mußten darüber hinaus „tauglich“ sein, das hieß fraglos, daß sie den pro-republikanischen Kurs des Klubs zu unterstützen hatten. Doch die Arbeitsweise der Vereinigung verlangte außerdem, daß die Mitglieder einem Standard entsprachen, der sie eloquent an den internen Gesprächen und Diskussionen teilnehmen lassen konnte, der zudem sicherstellte, daß sie das Bild des Klubs auf den öffentlichen Veranstaltungen in ‚gehobenem Ambiente‘ angemessen zu repräsentieren vermochten. Offen wurde die

<sup>1349</sup> Bourdieu definiert die Clubs als „auf Kooperation basierende *Eliten*“ [i. Orig. hervorgehoben, P.Z.], in: Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 177, Anm. 8.

<sup>1350</sup> Jahrbuch 1924/25, S. 8.

<sup>1351</sup> Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 782. Der Vf. erläutert diesen Zusammenhang anhand bürgerlichen Umgangs mit Literatur, der Bildung von Zirkeln Gleichgesinnter, die sich exklusiv durch den Austausch nur ihnen vertrauter und – vermeintlich – von ihnen dechiffrierbarer Informationen über spezifische Autoren oder Genres einander zuordnen und von anderen abgrenzen. Dieses ‚Modell‘ ist ohne Zweifel auf andere Lebensbereiche übertragbar.

Zielsetzung formuliert, der Klub wolle sich weiterhin nur „vorsichtig in Hamburg ausdehnen“, und „für die persönliche Erweiterung unseres Kreises“ wurde als „der erste Gesichtspunkt die Qualität“ hervorgehoben.<sup>1352</sup>

Einen eindeutig distinktiven Charakter wies auch die Regelung auf, Frauen keinen Zugang zum internen Zirkel des Klubs vom 3. Oktober zu gewähren. Die zitierte, hilflos wirkende Reaktion auf einen Vorstoß noch im Jahr 1966, Frauen an den Aktivitäten zu beteiligen, zeigt auf, daß eine tief und fest verankerte Auffassung, Politik sei eigentlich ‚Männersache‘, über Jahrzehnte unbeschädigt transportiert worden war. Durchaus denkbar ist es, daß sich die jungen Männer der zwanziger Jahre auch bereits – bewußt oder unbewußt – durch die emanzipatorischen Forderungen von Frauen während der Weimarer Republik, bedroht fühlten, bedroht nicht nur in ihrem Anspruch, die politische Diskussion zu dominieren, sondern auch in ihrem Bestreben, im gesellschaftlichen und politischen Feld aufzusteigen. Neben der oben umrissenen Zielsetzung des Klubs nämlich, unter der Prämisse der Demokratisierung sowohl auf aktuelle politische Ereignisse zu reagieren wie konzeptionell-programmatisch zu wirken, wird hier – wie bereits angekündigt – ein zweiter Gesichtspunkt sichtbar, der als bedeutendes konstitutives Element der Vereinigung anzusehen ist. Ihre Mitglieder setzten auf die Parole „men, not measures“ und beabsichtigten, im Klub vom 3. Oktober ein „Kräftezentrum“ zu verwirklichen, aus dem heraus „neue Führer“ erwachsen sollten.<sup>1353</sup> Gegen den Hintergrund der in ihren Veröffentlichungen wiederholt beklagten Schwäche der Parteien, seien Vereinigungen, „wie unser Klub sie darstellt“ – gab bereits das erste Jahrbuch die Richtung an – besonders geeignet, um aus ihnen den Führungsnachwuchs zu rekrutieren.<sup>1354</sup> Als Ausweis ihrer Qualifizierung dienten den Mitgliedern in erster Linie die Aktivitäten des Klubs. Doch offenbar stellten sich die erwünschten oder erwarteten Erfolge nicht so schnell ein. Im zweiten Jahr wurde deshalb auch unverhohlen angemahnt, die Parteien sollten sich dieses Potentials doch endlich bewußt werden. So beklagte Heinrich Landahl auf der öffentlichen Festveranstaltung, daß regierende republikanische Parteien „nicht länger die Gegner der Republik freundlich“ behandeln, sondern „den wirklichen Republikanern Eingang in Verwaltung und Justiz“ verschaffen sollten.<sup>1355</sup> Im zweiten Jahrbuch wurde ihm mit großem Nachdruck sekundiert und die Forderung erhoben, doch endlich mehr Einfluß auf die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes zu nehmen. Ironisch-rhetorisch fragte der Verfasser des Textes, ob vielleicht der zuständige Personalreferent „ein siebenfach bewährter Republikaner“ sei, der in jeder wichtigen Mission „einen jungen Republikaner“ unterbringen könne. Wenn auch dieses Problem im Sinne der jungen Republikaner interessegeleitet thematisiert wurde, hatte es einen realen Hintergrund, der nicht nur diese Gruppierung im ‚linken republikanischen Lager‘ verärgerte. Die Außenpolitik Stresemanns wurde von der SPD über Jahre intensiv unterstützt, in den Schaltstellen des Auswärtigen Amtes aber verblieben Sympathisanten oder Vertreter der konservativen Parteien. Mahnend wies der Text – von der Ebene der Parteien auf die des Staates wechselnd –

---

<sup>1352</sup> Jahrbuch 1924/25, S. 11.

<sup>1353</sup> Ebd., S. 8 f.

<sup>1354</sup> Ebd., S. 8.

<sup>1355</sup> Aufzeichnung Dr. Lindemann, S. 1.

auf die Gefahr hin, daß ein Staat, der seinen „Anhängern“ keine Chancen für eine „Laufbahn“ eröffne, „zum Absterben verurteilt ist.“<sup>1356</sup>

Fraglos markierte spätestens die Veranstaltung zum zweijährigen Bestehen das Ende des „Kräftezentrums“, das der Klub mit einer breiten Palette von Aktivitäten für die ‚Republikanisierung‘ realisieren wollte. Zwar kam es zu überregionalen Kontakten zu einzelnen Persönlichkeiten und kleinen Gruppen, doch die Absicht einer konkreten Wirkung auf die Politik durch den Klub wurde zur Fiktion.<sup>1357</sup>

Das Fortbestehen der Vereinigung basierte vermutlich auf dem Interesse am Meinungsaustausch unter Gleichgesinnten, an der anregenden, sicher oft auch kontroversen Debatte. Die Zugehörigkeit zu einer ‚Elite‘ verband die Mitglieder weiterhin und die Hoffnung, über die Nähe zu einflußreichen Kreisen gesellschaftlich und politisch weiter ‚aufzusteigen‘.

Das Scheitern des Klubs vom 3. Oktober ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Einmal war die im ersten Jahr erbrachte Arbeitsleistung nicht kontinuierlich abzurufen, zumal der Kreis der Aktiven eher klein war – die Absicht, auf verschiedenen politischen Ebenen Präsenz zu demonstrieren, war nicht aufrechtzuerhalten. Als außerordentlich schwerwiegend und belastend erwiesen sich die Parteibindungen der Mitglieder. Viele von ihnen gaben der Loyalität der eigenen Partei gegenüber den Vorrang, die gegenüber dem Klub war von geringerer Bedeutung. Zudem zeigte sich, daß die wesentlichen Pfade, auf denen politische Entscheidungen vorbereitet und beschlossen wurden, von den Parteien besetzt waren. Hier gab es kein ‚Wegerecht‘ für den Klub, die in ihm möglicherweise entwickelten Ideen und Vorschläge waren über das individuelle Parteimitglied – ob in der DDP oder in der SPD – innerparteilich zu lancieren. Das bedeutete in praxi langwierige Diskussionen in verschiedenen Gremien, oft inhaltliche Modifizierung, manchmal Verwässerung, außerdem zeitaufwendige Verfahren. Die Entwicklung des neugegründeten Klubs zwischen 1953 und 1966 verlief vergleichbar und litt an ähnlichen Symptomen. Mit der nicht erläuterten Absichtserklärung, „gute Politik“ unterstützen zu wollen, weisen die vorliegenden Protokolle und Erinnerungen aus, daß vor allem der reformerische Flügel der SPD unterstützt werden sollte. Die Teilnehmerlisten der an verschiedenen Orten abgehaltenen Tagungen nennen Hans Robinsohn und Heinrich Landahl als Vetreter des Weimarer Klubs, dann auch viele prominente Politiker wie die SPD-Politiker Horst Ehmke, Karl Schiller, Herbert Weichmann und liberale Journalisten und Publizisten wie Theo Sommer, Jens Feddersen, oder Karl Gerold. Doch die Arbeit versank in dem Versuch, wiederum auf Personalfragen in der SPD Einfluß zu nehmen,<sup>1358</sup> und in den aufwendigen Bemühungen, möglichst viele Prominente zu versammeln.<sup>1359</sup> Das gelang zwar teilweise, doch es konnte keine Lobbyistentätigkeit entwickelt werden. Die Politiker waren ihren Parteien verpflichtet, zeigten sich, diskutierten mit und ver-

<sup>1356</sup> Jahrbuch 1925/26, S. 12.

<sup>1357</sup> So berichtet Ernst Strassmann, daß Thomas Dehler 1926 als auswärtiges Mitglied aufgenommen wurde; zit. n. Sassin, Liberale, S. 413, Anm. 82. Thomas Dehler (1897 - 1967), bis 1933 Mitglied der DDP, 1945 Mitgründer der FDP in Bayern, seit 1949 MdB, 1949 – 1953 Bundesminister f. Justiz. Bemerkenswert ist die große Übereinstimmung seiner Biographie mit der Haubachs: Engagement in der Republikanischen Studenten-Vereinigung, als Redner auftretendes Reichsbannermitglied seit 1924; 1925 Mitgründer eines Republikanischen Klubs München; vgl. Wengst, Udo: Thomas Dehler 1897 – 1967. Eine politische Biographie, München 1997.

<sup>1358</sup> Tagungsprotokoll v. 18.5.1957 in Hamburg, S. 2, in: NL Hans Robinsohn, Bd. 21.

<sup>1359</sup> Ebd., Bd. 3.

schwanden. Zurück blieb eine kleine Schar von „etwa anderthalb Dutzend Teilnehmer(n)“, wie Robinsohn in seinem Brief zur Auflösung bitter vermerkte, die „immer mehr zur Eigenbefriedigung“ diskutiert hätten.<sup>1360</sup> Auch für diesen Versuch galt also, daß es in der festgefügtten Politiklandschaft für eine überparteiliche Vereinigung keine Einflußmöglichkeit geben konnte, sie gegen den Hintergrund des eigenen Anspruchs folglich die Ziele verändern oder scheitern mußte.

### **6.3 Theodor Haubach, der ‚Klub‘ und das Reichsbanner: ein vorläufiges Resümee**

Da die verschiedenen biographischen Stationen der politischen Betätigung Haubachs nicht chronologisch dargestellt werden können, ist auch an dieser Stelle noch einmal an seine zeitlich parallel laufenden Engagements zu erinnern. Deren Dichte in den Jahren seit dem Winter 1923/24 ist beeindruckend und bereits in großen Teilen differenziert ausgebreitet worden: Viel Zeit und Energie nahm seine berufliche Tätigkeit am Hamburger Echo in Anspruch, daneben engagierte er sich in der SPD, bei den Jungsozialisten, im Reichsbanner und im Klub vom 3. Oktober. Obwohl der Stellenwert der Arbeit im Klub und damit der zu leistende Aufwand für Haubach - das sei sogleich festgestellt - zweifellos erheblich geringer war als in den anderen Organisationen, ist dieser Bereich hier differenzierter dargestellt worden, weil sich Wurzeln und Facetten seines Politikverständnisses klar nachzeichnen lassen.

Die Übereinstimmung der ‚Gründungsväter‘ des Klubs aus der DDP und der SPD in den wesentlichen politischen Grundfragen kann vorausgesetzt werden. Haubach demonstrierte diesen Konsens und die Identifikation mit dem Klub etwa durch den erwähnten öffentlichen Vortrag und war auch im Vorstand wie bei der Formulierung von Stellungnahmen beteiligt. Die auch von Hans Robinsohn als Mitbegründer genannten Alfred Vagts oder Gustav Dahrendorf hinterließen dagegen kaum wahrnehmbaren Spuren. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, daß Haubach sich bemühte, den Kurs der Vereinigung in der Intensität und Vielfalt des ersten Jahres zu erhalten. Eine Bemerkung Hans Robinsohns aus dem Jahr 1926 läßt vielmehr den Rückschluß zu, daß er sich wie der Großteil der Mitglieder mit dem internen, spontanen Austausch zufrieden gab und vermutlich auch die von Alfred Vagts geschilderten Kontakte zu bedeutenden gesellschaftlichen Kreisen der Stadt gern wahrnahm. Die Briefpassage lautet: „Im übrigen, wenn alle Stränge reißen und wir durchaus eine erstklassige Rede [für die Festveranstaltung anläßlich des zweijährigen Bestehens, P.Z.] haben wollen, wie Haubach sagt, müssen wir sie uns schon selber halten. Diese Bemerkung hat ihm viele verlorengegangene Sympathieen [sic] wieder eingebracht.“<sup>1361</sup> Es ist sicherlich angemessen, dieser Sequenz zunächst den positiven Aspekt zu entnehmen, daß Theodor Haubach in den Kreisen der Hamburger ‚Republikaner‘ prinzipiell einen guten Ruf genoß. Die aufgetretenen Dissonanzen, die von Robinsohn aufgegriffen, aber nicht näher erläutert wurden, bezogen sich zweifellos auf Vorgänge im Klubleben. Die vom Briefschreiber kolportierte Äußerung Haubachs scheint ein Fehlverhalten von ihm, sei es eine kritische Bemerkung oder mangelnder Einsatz, in den Augen des spiritus rector der Vereinigung hinreichend kompensiert zu haben.

<sup>1360</sup> Brief Hans Robinsohn v. 20.1.1968, in: Ebd., Bd. 22, S. 1.

<sup>1361</sup> Brief Hans Robinsohn an Ernst Strassmann v. 11.8.1926, in: Ebd., Bd. 24, 1. S.

Dieses Ereignis mag die oben wiedergegebene Wahrnehmung bestätigen, daß Haubach sich bereits zwei Jahre nach Gründung des Klubs deutlich zurückhielt bzw. keine sichtbaren Anstrengungen zu dessen Belebung unternahm. Möglicherweise hatte er seine Kräfte überschätzt, ein gleichermaßen verlässlicher, aktiver und effektiver Einsatz in mehreren Organisationen zugleich war kaum denkbar. Eine bestimmende Intention, die Gründung des Klubs mitzuintitieren, war die damit vermachte Chance, in diesem Kreis der jungen, aufstrebenden Politiker oder an Politik interessierten Männer auf Partner zu treffen, die vergleichbarer bürgerlicher Herkunft waren, weit überwiegend Studium und Promotion vorweisen konnten und oft auch den Künsten und kulturellen Fragen zugeneigt waren. Hans Robinsohn hatte beispielsweise Jura und Volkswirtschaft studiert, abschließend promoviert und wies „kulturelle Interessen“ auf.<sup>1362</sup> Ernst Strassmann war Kriegsfreiwilliger, wurde mehrfach verwundet, beendete den Krieg als Leutnant und studierte Rechtswissenschaft. Hans Robinsohn hob in einer Gedenkrede für seinen Freund Strassmann dessen „Sinn für alles Schöne in der Natur und in der Kunst“ hervor.<sup>1363</sup> Neben der politischen Arbeit für die republikanische Idee gab es also unter den Mitgliedern der Vereinigung sozialisationsbedingte Gemeinsamkeiten, die zweifellos dazu beitrugen, auch persönliche Kontakte anzuknüpfen oder Freundschaften zu schließen. Die in Heidelberg entstandene Verbindung Haubachs zu Alfred Vagts blieb bestehen, doch sie intensivierte sich nicht. Zu seinen wenigen Freunden und Bekannten dieser Jahre zählte Alma de L'Aigle neben der Familie Marc [gemeint ist sicher der Mitarbeiter des Instituts für Auswärtige Politik, P.Z.] noch Herbert Ruscheweyh. Er war auch Mitglied des Klubs, möglicherweise hatten sich die Kontakte hier ergeben.<sup>1364</sup> Generell kann festgehalten werden, daß sich ein Kreis konstituierte, dessen Mitglieder überwiegend nach den oben referierten Kategorien Bourdieus demselben ‚sozialen Feld‘ angehörten. Auf diesen Aspekt wird im Schlußteil der Arbeit noch einmal einzugehen sein.

Die Eloquenz der Mitglieder des Klubs, die gemeinsame Freude an der politischen Analyse in geschliffener Rhetorik, die Begegnung mit Vertretern einflußreicher bürgerlicher Familien der Stadt und führenden Politikern von DDP und SPD, das Auftreten in einem großbürgerlichen Ambiente – damit sind Merkmale des Klublebens benannt, die Theodor Haubach fraglos schätzte, die auch für die Gründer in der Phase der Planung als selbstverständlich empfundene Komponenten der Unternehmung abgaben und von ihnen gar nicht problematisiert wurden. Der Unterschied zu den äußeren Bedingungen der Tätigkeit Haubachs im Reichsbanner konnte kaum größer sein. Während im Klub – zugespitzt formuliert – Politik im Salon zelebriert wurde, exerzierte er mit jungen Reichsbannermännern, übte mit ihnen in Turnhallen, nahm an nächtlichen Geländespielen teil, hielt Ansprachen auf Marktplätzen und betätigte sich propagandistisch als Publizist, überwiegend propagandistisch und wenig differenziert ‚trommelnd‘. Die Analyse seiner Beiträ-

<sup>1362</sup> Sassin, *Liberale*, S. 20.

<sup>1363</sup> Ebd., S. 22 f.

<sup>1364</sup> Alma de L'Aigle in einem Brief v. 18.7.1925, in: NL Alma de L'Aigle, Bd. 14.

Herbert Ruscheweyh (1892 – 1965), Jurist, 1914 – 18 Kriegstn., entlassen als Offizier; 1931 – 1933 Präsident der Hamburger Bürgerschaft; 1944 inhaftiert; nach 1945 hohe Ämter in der Justiz, u.a. 1946 – 1960 Präs. d. Hanseatischen Oberlandesgerichts. Weder die Personalakten noch Nachfragen bei der Familie R. ergaben Hinweise auf Materialien, die für die Biographie Haubachs bedeutsam sein könnten. Herbert R. wurde mehrfach während des Zweiten Weltkrieges ausgebombt.

ge und Reden zeigt eindeutig auf, daß er sich in dieser Massenorganisation der Garde der ‚Führer‘ zugehörig fühlte. Er postulierte, daß dem Verband eine geistige Grundlage vermittelt werden müsse und auch die „geistig Einfachsten“ zu integrieren seien. Für diese grundlegenden Aufgaben wie für die, den Kameraden auch in seinem Auftreten ein kraftvoll-dynamisches Vorbild zu sein, sah er sich eindeutig als geeignet an. Es gibt eine Fülle von Aussagen Mit-Lebender Haubachs, die in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigten, daß er in die Rolle hineingewachsen war.<sup>1365</sup> Auf seine überzeugende rhetorische Wirkung weist die Tatsache hin, daß der bereits zitierte Hubertus Prinz zu Löwenstein einen Auftritt Haubachs an der Universität Hamburg als Anlaß für seinen „Weg in die Politik, mein Bekenntnis zur Republik“ markierte.<sup>1366</sup> Auch der heute 95jährige ehemalige Reichsbannermann Paul Grot erinnert sich, daß „wir den Worten Haubachs: Für die Republik geben wir unser Leben! unbedingt gefolgt wären.“<sup>1367</sup> Ein anderer Zeitzeuge stützt diese Einschätzung einmal mit dem allgemeinen Hinweis, „daß redebegabte Akademiker von jeher in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft viel Verehrung genossen“, um dann aber – Haubach in den Blick nehmend – hinzuzufügen, daß dieser in spezifischer Weise seine Hörer „packte und mitriß“ und seine Auftritte als von großer Überzeugungskraft geprägt erinnerte.<sup>1368</sup> Die in den Reichsbannerorganen fast stereotyp wiederkehrende Apostrophierung „unser Kamerad Dr.Haubach“ signalisiert die Vielschichtigkeit seiner Bedeutung für den Verband: Theo Haubach als intellektueller und kämpferischer Führer, zu dem sich die Mitglieder gern bekannten.

Die Gegenüberstellung der beiden Organisationen, in denen Haubach sich außerhalb der SPD über zwei bis drei Jahre zeitgleich engagierte, läßt die Konturen seines strategischen Ansatzes schärfer hervortreten. Neben dem Kampfbund, in dem sich die ‚Massen‘ sammelten, versprach die Gründung des Klubs vom 3.Oktober die Option, in bürgerlichen Kreisen für die republikanische Idee, für den Einheitsgedanken und ein demokratisches, friedliches Europa zu werben. Obwohl das Umfeld des Klubs für ihn ‚milieunah‘ war und Zugang zu führenden Kreisen der Gesellschaft und der Politik realisieren half, verwandte er erheblich mehr Kraft für den Einsatz im Reichsbanner, wie die eindrucksvolle Zahl der Auftritte und Artikel der Jahre zeigt. Er suchte die Maxime Max Webers, daß der Politiker „dicke Bretter bohren“ müsse, um zum Ziel zu gelangen, in der Vereinigung zu verwirklichen, die seinen politischen Zielvorstellungen am meisten nutzen konnte: Ohne eine breite Unterstützung der ‚Massen‘ war die junge Republik nicht zu stabilisieren. Diese eindeutige Entscheidung wird vermutlich durch die Tatsache unterstützt worden sein, daß Haubach einfach nicht genügend Zeit und Kraft besaß, dem schnell ‚schwächelnden‘ Klub vom 3.Oktober Dynamik und innovative Ausstrahlung zu erhalten. Er wollte unzweifelhaft zu den ‚neuen Führern der Linken‘ gehören, um sein Verständnis einer deutschen Innen- und Außenpolitik durchzusetzen, doch dazu wählte er den Weg von einer Führungsebene zur nächsthöheren in der Partei und im Reichsbanner.

<sup>1365</sup> Hammer, Theodor Haubach zum Gedächtnis, passim.

<sup>1366</sup> Löwenstein, Abenteuer, S. 42.

<sup>1367</sup> Interview P.Z. mit Paul Grot am 18.7.2001.

<sup>1368</sup> Brief Hans Hackmack an Walter Hammer v. 26.10.1954, in: IfZ, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 48, S. 1.

Die Entscheidung Haubachs, an der Gründung des Klubs mitzuwirken, richtete sich folglich nicht *gegen* die SPD, sondern ist als Versuch zu interpretieren, daran mitzuwirken, ein Bündnissystem *für* die Republik zu installieren. Zu diesem Zweck erschienen Haubach wie bereits bei der Gründung des Republikanischen Studentenkartells jene Kräfte als geeignet, die dem liberalen, bürgerlichen Lager angehörten. Sie sollten helfen, die republikanische Idee in diesem spezifischen sozialen Sektor zu verbreiten und zu befestigen. Das Reichsbanner verstand Haubach als Kampfbund, unter dessen Fahnen sich – im dem dem Klub benachbarten gesellschaftlichen Feld – die ‚Massen‘ sammelten, mobil machten und mit dem eine kämpferische republikanische Tradition begründet werden sollte. Ging dieses breit angelegte strategische Kalkül auf, die Arbeiterschaft und weite Kreise des bürgerlichen Lagers für die Republik zu gewinnen, so wäre ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des neuen Staates getan.

Zu fragen ist, mit welchen Methoden und unter welchen ideologischen ‚Richtpunkten‘ die von ihm gewünschte Sammlung von Bündnispartnern für die Republik betrieben wurde. Während im Klub der politische Diskurs dominierte, bot die Reichsbannerführung ihren Anhängern eher kämpferisches Pathos und setzte auf die Suggestivkraft der Parole von der nationalen Identität der Arbeiterschaft bzw. der Massen, um auf diese Weise Bindung mit dem jungen Staat herzustellen. Mühelos konnte Theodor Haubach dieser ideologischen Marschzahl folgen, ja, sie bot die Möglichkeit, die Programmatik der ‚Hofgeismarer‘ zu entfalten. Als Paul Löbe die „Vaterlandsliebe“ für die Mitglieder des Hamburger Reichsbanners und die ihn tragenden Parteien reklamierte, geschah das vordringlich aus taktischen Gründen. Dieses Feld – so Löbe *expressis verbis* – sollte nicht den reaktionären Verbänden überlassen werden.

Für Haubach dagegen war die ‚nationale Idee‘ eine bedeutende Komponente seiner (gesellschafts-)politischen Konzeption. Die in den jungsozialistischen Kreisen propagierte ‚Volksgemeinschaft‘ fand sich in seinen Texten für das Reichsbannerorgan als „Volksbewußtsein“ und als „unsre neue Liebe zu Volk und Land“ wieder.<sup>1369</sup> Die Passagen, die sich in ähnlicher Weise in seinen Texten von Reden und Zeitschriftenbeiträgen finden, erscheinen in der Rückschau pathetisch und vordergründig-unkonturiert. Dieser Eindruck ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Sequenzen Bestandteile verkürzender, parolenartiger Textsorten mit stark appellativem Charakter sind. Dabei gehörte – legt man seine Aussagen u.a. der jungsozialistischen Zeit zugrunde – unverzichtbar zum Kern seiner politischen Vision, daß die Menschen sich im ‚neuen Deutschland‘ mit ihrer Nation, u.a. mit ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Landschaft, identifizierten. ‚Republikanisierung‘ und Demokratisierung waren nach seiner Auffassung nur zu leisten, wenn sich jedes Individuum des Volksganzen der Volksgemeinschaft zugehörig fühlte, sich als Teil der Nation empfinden konnte. Dem Prozeß der konkreten politischen und gesellschaftlichen Veränderung sollte, kann gefolgert werden, mit der nationalen Idee ein ‚geistiger‘ Überbau geschaffen werden.

Noch einmal sei an dieser Stelle nachdrücklich hervorgehoben, daß Haubachs Vorstellungen von nationaler Identität ohne jede nationalistische Komponente waren. Ihnen fehlte jeglicher aggressive Ton den europäischen Nachbarn gegenüber, vielmehr waren sie geprägt von dem Respekt gegenüber der je spezifischen

---

<sup>1369</sup> Haubach, Hamburg sei Mahnung.

nationalen Ausprägung der Nachbarstaaten: Er war ein entschlossener und kompromißloser Vertreter eines – wie es heute genannt würde – ‚Europas der Vaterländer‘.

Diese idealistische Auffassung, der staatlichen Existenz als Lebensquell und zur ständigen Orientierung eine ‚Idee‘ zu vermitteln, schien ihm am notwendigsten und am geeignetsten im Reichsbanner realisierbar. Im Klub vom 3. Oktober waren derartige Gedanken Übereinkunft, dort mußten sie nicht propagiert werden. In den Auseinandersetzungen mit anderen Gruppierungen der jungsozialistischen Bewegung hatte Haubach die Erfahrung machen müssen, welche tiefsitzenden Vorbehalte Sozialisten der ‚nationalen Idee‘ gegenüber entwickelten. Die mühsamen Lippenbekenntnisse der Parteiführung empfand er vermutlich als vordergründige taktische Manöver – die Partei wollte die Arbeiterschaft in erster Linie mit sozialer Kompetenz für sich gewinnen.

Haubach sah zweifellos die Bedeutung dieser Problematik für die ‚Massen‘ und damit für die Programmatik und eine wirkungsvolle Arbeit seiner Partei – die Darstellung düsterer Szenarien weist dies nach -, doch politische Herausforderungen wie die Eroberung der ‚Apparate‘ oder ein grundlegender sozialer gesellschaftlicher ‚Umbau‘ sollten der Kraft einer Idee wenn nicht untergeordnet, so doch auf sie bezogen werden. In der Wilhelminischen Ära war es Privileg der bürgerlichen Schichten allein gewesen, sich mit der Nation zu identifizieren – es war ‚ihre‘ Nation und ‚ihr‘ Staat gewesen. Haubach wollte – wohl wissend, daß eine riesige Kluft bestand - in den Massen „unsre neue Liebe“ zur eigenen Nation entfachen, wollte sie der nationalistischen Elemente entkleiden und aus der traditionellen Fixierung auf die herrschenden bourgeoisen Schichten lösen. Die aufmunternd-hoffnungsvollen, alle Schichten umfassenden Formulierungen, die sich etwa in den Pronomina „unsre“ oder „unser“ manifestierten, waren zweifellos ein methodischer Kunstgriff Haubachs, der damit suggerieren wollte, daß die gemeinsame nationale Idee nur verschüttet sei und zu Tage gefördert werden müsse.

Die Vehemenz seines Einsatzes und seiner Äußerungen zu diesem Komplex lassen deutlich erkennen, daß ihm für dieses Ziel das Reichsbanner als die geeignete Organisation erschien. Auf eine bemerkenswerte Weise verbanden sich zwei widerstreitende Komponenten seiner im kaiserlichen Deutschland verlaufenen Sozialisation miteinander: die tiefe Verwurzelung Haubachs in der nationalen Kultur und seine kompromißlose Ablehnung des Wilhelminischen Staates. Beide Aspekte waren während der Heidelberger Jahre durch den Einfluß seiner akademischen Lehrer wie durch die Kontakte zu gleichgesinnten, politisch interessierten Kommilitonen stabilisiert worden, hatten durch die ihm vermittelte Auffassung ein neues Element hinzugewonnen, daß nämlich er und seine Freunde als ‚junge Führer‘ eine wichtige Funktion im neuen Staat zu übernehmen hätten.

Bei der Darstellung und Analyse des folgenden Zeitabschnitts zwischen 1930 und 1933, dem ersten Abschnitt seiner ‚Berliner Jahre‘, wird u.a. zu untersuchen sein, in welcher Weise die massiven Rückschläge, die die Sache der Republikaner erlitt, die konzeptionellen Vorstellungen Haubachs und die Methodik seines Wirkens in Wort und Tat beeinflussten. Am Ende des folgenden Kapitels wird dann der Versuch unternommen, das Engagement Haubachs im Reichsbanner abschließend zu gewichten. Dieses Vorhaben ist notwendigerweise mit der Einschätzung der politischen Wirkung des Verbandes selbst zu verbinden.

**7. Zuwenig Wiederhall für die ‚republikanische Idee‘ -  
die Weimarer Republik verfällt**  
**7.1 Haubachs Wechsel nach Berlin:  
näher am politischen Zentrum**

Nach der oben dokumentierten Verabschiedung Theodor Haubachs aus den Organisationen in Hamburg, in denen er sich über Jahre kraftvoll engagiert hatte, und der Aufgabe seines Redakteurspostens beim Hamburger Echo trat er im November/Dezember 1929 seine neue Stelle in Berlin an. Der innenpolitische Redakteur des Berliner Tageblattes Ernst Feder hielt für den 9.12.1929 in seinem Tagebuch fest: „Nachmittags Tee bei Kroll von Severing, hauptsächlich Einführung für neuen Pressechef Haubach.“<sup>1370</sup> Carl Severing war seit 1928 Reichsinnenminister im Kabinett des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller. Weder die in Berlin lagernden Akten des Ministeriums noch die Memoiren Severings geben Auskunft zu der Frage, welche Gründe den Ausschlag für die Berufung Haubachs gaben. Vermutlich war Haubach dem Reichsinnenminister positiv aufgefallen, nachdem er verschiedene Veranstaltungen mit ihm zusammen bestritten hatte.<sup>1371</sup>

Es ist auch nicht überliefert, welche Motive Haubach selbst bewegten und ihn zu dem Wechsel veranlaßten. Er gehörte wie Carlo Mierendorff jener Gruppe junger, aufstiegswilliger Männer an, die von sich annahmen, nach ihren Voraussetzungen hinsichtlich ihres Alters, ihrer Bildung und ihres konkreten Engagements für Führungsaufgaben geeignet zu sein. Auf verschiedenen Stationen seines beruflichen und politischen Weges konnte das Interesse Haubachs an einem beruflichen Aufstieg und an innerparteilicher Karriere bereits nachgewiesen werden. Der ‚Arbeitsplatz Reichsinnenministerium‘ mit einer exponierten Position bot die Chance, unmittelbar im Zentrum der deutschen Politik mitzuwirken, darüber hinaus einflußreiche Politiker kennenzulernen und auf sich aufmerksam zu machen. Es kann also nicht verwundern, daß er zugriff. Zudem mag selbst diesem noch relativ jungen Mann – er war gerade 33 Jahre alt geworden - die Belastung zu hoch geworden sein, die er sich mit seinen vielfältigen beruflichen und politischen Aktivitäten in Hamburg zumutete. Darauf deutet die Passage in einem Brief an die Freundin Alma hin, in der er eine tiefgehende, allerdings vorübergehende Krise ihrer Freundschaft thematisierte, und im Blick zurück auf die jüngere Vergangenheit formulierte: „Ich war oft schweigsam, oft mürrisch und gehetzt [...]“<sup>1372</sup> Haubach hatte in Hamburg mit seiner Mutter Emilie Haubach zusammengelebt, die ihm allerdings erst im Sommer 1925 aus Darmstadt gefolgt war. Nun zog sie

<sup>1370</sup> Feder, E.: Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926 – 1932, hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel u. Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 232.

Nach schriftlicher Auskunft des Landesarchivs Berlin v. 2.6.1999 ist auf der Meldekarte Haubachs zwar seine erste Adresse in Berlin ( Charlottenburg, Meiningenallee 1) vermerkt, jedoch nicht das Datum seines Zuzugs.

<sup>1371</sup> U.a. sprachen beide auf einer großen Kundgebung des Reichsbanners am 27.1.1929 in Hamburg, in: H.E., Nr. 28 v. 28.1.1929.

<sup>1372</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 25.7.1929, 8 S. hs., S.4, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14.

ohne Verzögerung mit ihm nach Berlin.<sup>1373</sup> Einer brieflichen Äußerung von ihr ist zu entnehmen, daß der Sohn in den ersten Wochen des Berlin-Aufenthaltes offenkundig „in seinem Berufe sehr zufrieden“ war. Der Wunsch einer geringeren zeitlichen Belastung als in Hamburg habe sich jedoch als „eine grenzenlose Illusion“ herausgestellt, klagte die Mutter und verwies auf einen zwölfstündigen Arbeitstag mit einer kurzen Mittagspause.<sup>1374</sup> An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Mutter bis auf eine kurze Zeitspanne bis zu ihrem Tod im September 1939 den gemeinsamen Haushalt führte, ihn liebevoll umsorgte, allerdings auch in ihrer Abhängigkeit halten wollte.

Noch am 24.3.1930 schrieb Haubach einen Brief mit dem Kopf „Reichsministerium des Innern“ an Alma.<sup>1375</sup> Doch die Hoffnungen Haubachs auf eine ungestörte Tätigkeit in herausgehobener, politisch – und gesellschaftlich - interessanter Position zerstoßen schnell. Bereits am 27. März 1930 trat die Reichsregierung Müller zurück. Die komplexen Ursachen dieses Scheiterns können hier nicht ausgebreitet werden, verwiesen sei auf die differenzierte Darstellung Heinrich August Winklers.<sup>1376</sup> Angemerkt werden soll in diesem Zusammenhang lediglich, daß er mit der Akzentuierung „Klassenkampf im Kabinett“ – hier die Arbeitgeber und die DVP, dort der ADGB und die SPD – einen wichtigen Aspekt beschrieb, der die Große Koalition scheitern ließ. Winkler gibt ihm jedoch zuviel Gewicht, obwohl er doch auch ausführlich genug zuvor darstellt, daß systematisch von Kreisen um Kurt von Schleicher, der Chef des Ministeramtes war, und um den Reichswehrminister Wilhelm Groener bereits seit Dezember 1929 auf das Ende der Regierungsbeteiligung von Sozialdemokraten hingearbeitet wurde. Diese Absichten fanden beim Reichspräsidenten v. Hindenburg und seiner Umgebung nicht nur offene Ohren, sondern tatkräftige Unterstützung.<sup>1377</sup> Gegen den Hintergrund „zunehmender politischer Radikalisierung“<sup>1378</sup> und – das muß unbedingt hinzugefügt werden - dem *jeder* Großen Koalition innewohnenden Potential inhaltlicher Spannung war es eine Frage der Zeit und weniger dieses oder jenes Konfliktstoffes, bis die Regierung stürzte.

Haubach sah sich also zweifellos noch intensiver als in Hamburg mit höchst turbulenten politischen Ereignissen konfrontiert. So wirkte sich das Ende der Amtszeit Severings sicherlich zunächst einmal auf seine persönliche Sphäre aus, weil er fürchten mußte, daß ihm die individuelle Existenzgrundlage entzogen wurde. Darüber hinaus sah er sich einer innenpolitischen Situation gegenübergestellt, in der sich mit der Ernennung des Kabinetts Brüning durch den Reichspräsidenten – vermutlich für viele Mit-Lebenden noch nicht wahrnehmbar – die Verlagerung der Macht vom Reichstag zum Reichspräsidenten zu vollziehen begann.

Weder in den wenigen erhaltenen Korrespondenzen, aus denen bereits zitiert wurde, noch in offiziellen Unterlagen sind Hinweise enthalten, die Auskunft über die

<sup>1373</sup> Brief Alma de L’Aigle an Walter Hammer v. 21.9.1955, in: NL Walter Hammer, Bd. 24. Sie erinnert sich, daß die Mutter am 15.1.1930 nach Berlin umgezogen sei.

<sup>1374</sup> Brief Emilie Haubach an Alma de L’Aigle v. 8.2.1930, in: NL Alma de L’Aigle, Bd.15.

<sup>1375</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 24.3.1930, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Diesen Brief hat Alma de L’Aigle neben anderen nicht in den bereits zitierten Band „Meine Briefe von Theo Haubach“ aufgenommen, weil er wahrscheinlich ein tiefes persönliches Zerwürfnis zwischen beiden offenbart, das später jedoch überwunden wurde.

<sup>1376</sup> Winkler, Schein der Normalität, S. 736 – 823.

<sup>1377</sup> Ebd., S. 762 f. u. S.796.

<sup>1378</sup> Ebd., S. 736.

Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit der folgenden Monate geben. Der Nachfolger Severings im Amt des Reichsinnenministers, der Zentrumspolitiker Joseph Wirth, wechselte den Chef der Pressestelle - als ‚Sprachrohr‘ der Behörde ein höchst sensibler Posten – unverzüglich aus.

Bereits am 24.10.1930 übernahm Severing die Amtsgeschäfte als preußischer Innenminister und erinnerte sich, als eine seiner ersten Amtshandlungen „die Wiedereinsetzung Grzesinskis in seinen früheren Präsidentenposten bei der Polizei in Berlin“ veranlaßt zu haben.<sup>1379</sup> Die Berufung Severings an die Spitze des preußischen Innenministeriums durch den Ministerpräsidenten Otto Braun wie auch Grzesinskis Amtsantritt galten als Signale in einer sich immer schwieriger, weil turbulenter und aggressiver entwickelnden politischen Szenerie. Berlin wurde als Reichshauptstadt von den Vertretern der extremen Linken und Rechten zunehmend als Schauplatz für Demonstrationen und bewußt herbeigeführten Aufruhr genutzt, um der Bevölkerung im Reich wie in einem Brennglas eigene Positionen zu vermitteln und ihr die Unfähigkeit der ‚Republikaner‘ vorzuführen, diesen jungen Staat kraftvoll am Leben zu erhalten. Carl Severing und Albert Grzesinski waren ausgewiesene Republikaner und standen für eine kämpferische prorepublikanische Einstellung - ihre Berufung sollte Signalwirkung haben.

Bald nach dem Amtsantritt Grzesinskis wurde Haubach zum Pressereferenten des Polizeipräsidenten von Berlin berufen; eine genauere Datierung kann allerdings nicht vorgenommen werden.<sup>1380</sup> Gute Verbindungen zu führenden Sozialdemokraten und der dazu nun in Berlin vorhandene ‚kurze Draht‘ zu ihnen legen die Vermutung nahe, daß Haubach vielleicht vorübergehend in einer preußischen Dienststelle einen Posten fand, bis dann die Berufung ins Polizeipräsidium wahrscheinlich im Winter 1930/31 erfolgte.

Im politischen Feld war er im Laufe des Jahres 1930 weiterhin publizistisch und als Redner tätig. Seiner Freundin Alma berichtete er auf einer Postkarte, daß er „wie toll im Wahlkampf“ sei und vermerkte freudig-optimistisch „es ist herrlich – hoch die Partei!“<sup>1381</sup> Im Sommer 1930 unternahm er eine vierzehntägige Fahrt nach Lettland mit einer Delegation des Reichsbanners. Besucht wurden Kameraden des lettischen Arbeitersport- und Schutzbundes. Einen ausführlichen Bericht veröffentlichte Haubach in ‚Das Reichsbanner‘. Dieser fiel außerordentlich lebendig aus; impressionistisch anmutende Landschaftsschilderungen wechselten sich mit der eingehend-genauen Wiedergabe der Rituale der lettischen Truppe und der Wiedergabe des als beglückend empfundenen Gefühls der Solidarität mit diesen

<sup>1379</sup> Severing, Carl: Mein Lebensweg. Bd. II: Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 261. Von Grzesinski wurde dieser Vorgang allerdings völlig anders wiedergegeben; vgl. seine Darstellung im weiteren Verlauf des Kapitels.

Nach Horkenbach, Das Deutsche Reich, S. 329, trat Grzesinski sein Amt am 4.11.1930 an.

<sup>1380</sup> Die Zeitspanne zwischen der als sicher anzunehmenden Entlassung als Pressechef im Reichsinnenministerium und der Anstellung als Pressesprecher des Polizeipräsidenten kann nicht genau bestimmt werden, unklar muß auch bleiben, welche berufliche Tätigkeit Haubach in dieser Phase ausübte. Anfragen beim Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Potsdam, beim Landesarchiv Berlin und beim Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verliefen leider erfolglos. Daß diese Lücke nicht geschlossen werden konnte, ist sicher nicht relevant für den weiteren Verlauf der politischen Biographie.

<sup>1381</sup> De L' Aigle, Meine Briefe, S. 19.

Kameraden im Kampf gegen den Faschismus ab.<sup>1382</sup> Neben der sich also fortsetzenden publizistischen Tätigkeit in den Organen des Reichsbanners erschien im Januar 1930 die erste Ausgabe einer neuen Zeitschrift mit dem Titel Neue Blätter für den Sozialismus. Auch in diesem Blatt veröffentlichte Theodor Haubach nicht nur von Beginn an verschiedene Beiträge, sondern er beteiligte sich an deren konzeptioneller Gestaltung mit einigen Weggefährten, u.a. mit Carlo Mierendorff, zunehmend aktiv.

## 7.1 Der Schock der Septemberwahl 1930

Der von Haubach als so beglückend empfundene Wahlkampf für die Reichstagswahlen vom 14.9.1930 brachte allerdings ein für die Republikaner niederschmetterndes Ergebnis. Die hohe Wahlbeteiligung von fast 83 %, die damit mehr als 6 % über der zur Reichstagswahl vom Juni 1928 lag, deutet darauf hin, daß die Wähler durch den außerordentlich hitzigen Wahlkampf hatten mobilisiert werden können. Die Annahme wäre jedoch sicher verfehlt, daß allein der Einsatz der Parteien das Wahlvolk an die Urnen gelockt hätte. Zweifellos bedeutete die hohe Beteiligung eine Demonstration der Absicht, auf das politische Kräfteverhältnis einwirken zu wollen. So leitete paradoxerweise u.a. die lebhafteste Nutzung des fundamentalen demokratischen Wahlrechts in dieser Situation den Verfall der jungen Republik ein. Der Stimmenanteil der Nationalsozialisten stieg von 2,6 auf 18,3 %, mit 107 Mandaten wurde die Fraktion zur zweitstärksten des Reichstages. Enorme Stimmengewinne verbuchte auch die KPD, die sich von 10,6 auf 13,1 % Stimmenanteil steigerte und mit 77 Abgeordneten, das Zentrum überholend, zur drittstärksten Kraft aufstieg. Die Sozialdemokraten verloren über 5 % ihres Stimmenanteils, mit 24,5 % stellten sie zwar weiterhin die stärkste Fraktion, aber potentielle Koalitionspartner wie die ‚Demokraten‘ – nun unter dem Etikett Deutsche Staatspartei firmierend – waren mit 3,8 % zu einer marginalen Größe geschrumpft. Das Zentrum hatte sich zwar weitgehend mit 11,8 % stabil gehalten, aber ein Regierungsbündnis etwa mit der SPD und der Staatspartei war unmöglich geworden.<sup>1383</sup> Da die Tür zur KPD fest geschlossen war und eine Regierungsbeteiligung der NSDAP auf jeden Fall verhindert werden sollte, kam für die Strategen der SPD im parlamentarischen Feld eigentlich nurmehr die Option einer Tolerierung der Brüning-Regierung bzw. einer vorsichtigen Kooperation mit den Parteien in Frage, die sie stützten.

Die Nationalsozialisten hatten also ihren eigenen Anspruch einlösen können, sie waren tatsächlich zu einer ‚Bewegung‘ geworden. Die von vielen Sozialdemokraten und nachdrücklich auch von Theodor Haubach immer wieder beschworene „fascistische“ Gefahr hatte sich mit dem Wahlergebnis zu einer konkreten, zugleich erschreckenden Größe ausgewachsen. Wie wir mittlerweile auf Grund

<sup>1382</sup> Haubach, Theodor: Reichsbanner in Riga. Eindrücke einer Reise, in: Das Reichsbanner, Nr. 35 v. 30.8.1930 und Brief Emilie Haubach an Alma de L'Aigle v. 7.10.1930, in: NL Alma de L'Aigle. Dem Brief kann die Dauer des Aufenthaltes in Lettland entnommen werden.

<sup>1383</sup> Zahlenmaterial n.: Horkenbach, Das Deutsche Reich, S. 453 u. S. 472 und n.: Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930 (Fünfte Wahlperiode), in: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 382, S. 3 – 78, zit. nach Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 11), 2., vollst. durchges. u. korr. Auflage, Bonn 1990, S. 189 ff.

der differenzierten Studie Jürgen W. Falter und Dirk Hänischs wissen, war die NSDAP keineswegs eine reine Mittelstandspartei, sondern sie war zu einer ‚Volkspartei‘ geworden. Zwischen 1928 und 1933 wechselten immerhin ca. 7,5 % der Wahlberechtigten von der SPD zur NSDAP, in umgekehrter Richtung waren es nur ca. 2,4 %. Damit ergibt sich im Saldo ein Plus von etwa 5,1 % für die NSDAP, vor allem aber die Erkenntnis, daß sie erfolgreich in die sozialdemokratische Klientel vordringen konnte und daß diese sich im Vergleich beispielsweise als erheblich anfälliger für die nationalsozialistische Wahlpropaganda als die Wählerschaft der KPD oder der katholischen Parteien erwies.<sup>1384</sup> Die Ergebnisse der Analyse lassen die beiden Autoren die These formulieren, daß „in erster Linie erwerbstätige Arbeiter und Angehörige der Neuen Mittelschicht“ sich von der SPD abwandten und die Nationalsozialisten wählten. Noch schmerzlicher wurde die Entwicklung für die Sozialdemokraten durch die gleichzeitige Abwanderung arbeitsloser Arbeiter zur KPD.<sup>1385</sup> Zudem kamen aus dem Nichtwählerlager – wiederum bezogen auf die Zeitspanne von 1928 bis 1933 – sechs Millionen Wähler für die NSDAP hinzu.<sup>1386</sup> Ihr größter Anteil muß sich vor allem im Ergebnis der Septemberwahl 1930 niedergeschlagen haben, da sich von 1928 zu 1930 die Wahlbeteiligung um über 6 % steigerte und bis zur Wahl am 31.7.1932 nur unwesentlich anstieg.

Die SPD verlor also an die Kommunisten und an die Nationalsozialisten – an jene beiden Parteien also, die aus höchst unterschiedlichen Motiven die Republik ablehnten und deren Repräsentanten bekämpften. Bemerkenswert sind nicht allein die Verluste der Sozialdemokraten, sondern ist auch die Tatsache, daß es ihr nicht gelang, die Verluste auch nur andeutungsweise etwa in der bürgerlichen Mitte zu kompensieren. Es mag durchaus zutreffen, daß die Partei diesen mittelständischen Schichten nicht immer „die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt“ hatte, aber „brüsk zurückgestoßen“, wie Heinrich August Winkler behauptet, hatten die führenden Kräfte der SPD sie nicht. Winkler beläßt es bezeichnenderweise bei der Floskel „gebührende Aufmerksamkeit“, weil es selbstverständlich außerordentlich schwerfallen muß, die Versäumnisse oder Fehler zu fixieren, die möglicherweise diese negative Tendenz initiierten. Die traditionelle Arbeiterpartei mußte sich zwangsläufig vordringlich für die Interessen ihrer Klientel einsetzen - und konnte nach der ‚Revolution‘ sozialpolitisch keineswegs gestalten, sondern geriet schnell in die Defensive. Die beharrenden Kräfte, die alten Kartelle der Macht hatten sich schnell wieder formiert. Die Sozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Gewerkschaften mußten sich zwangsläufig dieser ständigen, kraftraubenden Herausforderung stellen, eingeführte Standards zu erhalten. Möglicherweise zeigten sie ein zu hohes Maß an Kompromißfähigkeit gegenüber der Arbeitgeberseite und den konservativen politischen Kräften. Doch mit einem weiten reformorientierten Ansatz demonstrierten sie gerade auch ihre Bereitschaft, sich bürgerlichen Kreisen zu öffnen – selbst die Bekundung der Parteispitze, sich der nationalen Identität verpflichtet zu sehen, fehlte nicht. Wenn eine wesentliche Ursache für den Schock vom September 1930 – und zwar nicht als Vorwurf - formuliert werden

<sup>1384</sup> Falter, Jürgen W./Dirk Hänisch: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 – 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 179 – 216, S. 212.

<sup>1385</sup> Ebd., S. 215. Detailliert sind diese Zusammenhänge vom Vf. dargestellt in: Ders.: Hitlers Wähler, München 1991.

<sup>1386</sup> Ebd., S. 213.

kann, so ist es der ideologische und politische Spagat, den die Sozialdemokraten zu machen versuchten, den sie auch unternehmen mußten, weil alle anderen Positionen im politischen Spektrum besetzt bzw. für sie nicht tolerabel waren. Die SPD gab folglich das Bild einer kompromißlerischen Partei mit einer changierenden, verschwommenen Programmatik ab. Die Wähler aber verlangten nach Botschaften – das suggerierte ihnen auch die Propaganda extremer Parteien – ,die einen schnellen und geradlinigen Weg vor allem aus der wirtschaftlichen Misere wiesen.

Es liegen zwei Texte vor, die Theodor Haubach unmittelbar vor und nach der Septemberwahl nun als Gastkommentator für das Hamburger Echo schrieb. Sie sind beide auf der ersten Seite der jeweiligen Ausgaben placiert, auch ein Hinweis auf die Bedeutung, die ihm zugemessen wurde. Eine Woche vor der Wahl stellte Haubach in den Mittelpunkt seines betont kämpferisch formulierten Artikels die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er markierte sie als Wahl, in der „das Schicksal der arbeitenden Menschen“ für eine lange Zeit festgelegt werde. Zwar hob er hervor, daß es „um Sein und Nichtsein von Millionen proletarischer Existenzen“ gehe, erweiterte den Kreis der Betroffenen an anderer Stelle, indem er auf die Bedrohung verwies, der „Arbeiter, Angestellte und Beamte“ ausgesetzt seien. Sein Hinweis allerdings darauf, daß die Angestellten und Beamten „vielfach noch immer nicht erkannt“ hätten, daß sie beim Kampf „um ein wenig Menschenglück und Menschenwürde“ im gleichen Boot wie die Arbeiterschaft säßen, macht deutlich, in welchem Wählersektor die Partei Defizite vermutete. Das Bemühen, den Kreis der Betroffenen und damit Adressaten für die Partei mit einem derartigen Appell zu erweitern, nahm sich wenig überzeugend aus, zumal wenn man den Kreis der Nutzer dieser Zeitung berücksichtigt. Haubach setzte im Kern des Textes inhaltlich markante Zeichen. Ziele seiner Attacken waren die Unternehmerschaft, die „Sozialreaktion“, und die Regierung Brüning, die den Angriffen der „wirtschaftlich Mächtigen auf die wirtschaftlich Schwachen“ tatenlos zusehe bzw. im Begriff stehe, sie zu unterstützen.<sup>1387</sup>

In einem der letzten Appelle thematisierte Haubach nicht die anti-republikanische Haltung der Nationalsozialisten und der Kommunisten, sondern suchte mit dem Vorwurf der unheilvollen Verquickung ‚der Wirtschaft‘ und der die Regierung stützenden Parteien letztlich die Auseinandersetzung mit der Regierung Brüning. Damit folgte Haubach offensichtlich einer Vorgabe der Parteiführung, denn gerade dieser Ansatz wurde nach der Wahl von Carlo Mierendorff heftig kritisiert. Die „Führer“ der Partei, nicht die „Soldaten“, hätten den Fehler begangen, sich auf die Regierung Brüning zu konzentrieren, den „Hauptgegner“, die Nationalsozialisten, jedoch nicht angemessen ernstgenommen.<sup>1388</sup> Als wesentlich ist festzuhalten, daß die Partei zweifellos mit der Fokussierung auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik einen zentralen Bereich der aktuellen Politik aufgriff, der in seiner Bedeutung für die individuelle Situation den Wählern auch vermittelbar schien. Diese Auseinandersetzung sollte – gut republikanisch – auch parlamentarisch ausgetragen werden, daher der nachdrückliche Hinweis auf die Verantwortung der amtierenden Regierung. Wenn auch letztlich nicht auszumachen ist, ob Theodor Haubach mit seinem Beitrag als ‚Parteisoldat‘ auf Anweisung der Führung handelte, so können

<sup>1387</sup> Haubach, Theodor: Ums Ganze geht es!, in: H.E., Nr. 247 v. 7.9.1930.

<sup>1388</sup> Mierendorff, Carl: Lehren aus der Niederlage, in: Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930), Nr. 11, S. 481 – 484.

wir doch davon ausgehen, daß er eher diesem legalistischen Weg zuneigte. Mierendorff kritisierte freilich nach dem Wahldebakel, daß die Partei sich zu sehr auf die parlamentarische Ebene konzentriert und in zu geringem Maße auf „Echo, lebendigen Widerhall, Bewegung“ außerhalb des Parlaments gesetzt habe.<sup>1389</sup>

Das oben wiedergegebene Zitat aus einer Postkarte, das einen optimistischen Wahlkämpfer Haubach erkennen ließ, der zudem möglicherweise die Hoffnung hegte, daß die von ihm so euphorisch begrüßten Wahlerfolge des Jahres 1928 sich fortsetzen könnten, ist leider die einzig erhaltene Quelle, die eine ‚private‘ Äußerung aus dem Umfeld der September-Wahl enthält. Deren Ergebnis muß für ihn zutiefst enttäuschend gewesen sein. Das Erlebnis, den lange Zeit gegen die Sozialdemokratie laufenden Trend vermeintlich aufgehalten zu haben, und die Hoffnung auf dessen positive Umkehrung hatten ihn zweifellos persönlich wegen seines intensiven Einsatzes befriedigt wie auch die Zuversicht genährt, daß es mit der Stabilisierung der Republik voranging. Die von Haubach nun unmittelbar nach der Septemberwahl 1930 namentlich gezeichnete Kolumne mag Aufschlüsse über Akzentuierungen in seiner Ursachenforschung geben, aber sie ist unter kommunikativem Gesichtspunkt selbstverständlich nicht ‚privat‘, sondern spiegelt die von ihm häufig eingenommene Position wider: die eines ‚Führers‘, der analysierte und zugleich der ‚geschlagenen Truppe‘ neue Ziele und Zuversicht zu vermitteln versuchte.<sup>1390</sup>

Nach der eher moderaten Qualifizierung der Wahlniederlage als „Schlappe“ ist die Gewichtung bemerkenswert, die der Autor durch die Reihenfolge vornahm, in der er die politischen Widersacher aufzählte. Verwundert und empört äußerte er sich nämlich zunächst darüber, daß das Zentrum, das den Reichskanzler und drei Minister stellte und u.a. für Notverordnungen wie für Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung verantwortlich sei, ungeschoren aus der Wahl hervorgegangen war. Dies mag ein Hinweis dafür sein, daß Haubach tatsächlich weiterhin primär den parlamentarischen Raum als Ort der politischen Auseinandersetzung ansah. Erstaunen zeigte er auch gegenüber dem „zugegeben, beträchtlichen Erfolg“ der KPD, obwohl diese sich doch „kompromittiert“ und mit „faschistischen Phrasen“ sowie „faschistischen Lügen“ gearbeitet habe. Weniger überrascht war Haubach über die Erfolge der NSDAP, die sich überall „in stürmischer Aufwärtsentwicklung“ befunden habe, wenn auch „die Größe dieses Erfolgs“ nicht vorhersehbar gewesen sei, wie er eingestand.

Die Aneinanderreihung der „Überraschungen“ vermittelt dem Leser den Eindruck, als habe es sich um eine Art ‚Betriebsunfall‘ gehandelt, nicht um einen tiefgreifenden, eine Erosion anzeigenden Einschnitt der deutschen innenpolitischen Entwicklung. Nichtsdestoweniger machte sich Haubach umgehend daran, mögliche Fehler in der eigenen Partei aufzuspüren. Zwar habe sich die Mitgliedschaft im Wahlkampf selten „leidenschaftlicher, hingebender, glänzender geschlagen“, aber es sei eben nicht gelungen, stellte er an anderer Stelle seines Beitrages fest, weitere Kreise als die eigenen Anhänger zu erreichen. Nur kurz notierte er allein eine mögliche konkrete Ursache für die Verluste an, indem er – „geben wir es offen zu“ - darauf verwies, daß der Agitationsbetrieb „vielfach verkalkt“ sei und der Aufrechterhaltung von innerparteilichen Ritualen zuviel Bedeutung gegeben werde. Die Konsequenzen des Wahlergebnisses, daß nämlich die Demo-

<sup>1389</sup> Ebd., S. 483.

<sup>1390</sup> Haubach, Theodor: Parole: Angriff, in: H.E., Nr. 259 v. 19.9.1930.

kratie „auf dem Spiele“ stehe, erwähnte er nur marginal. Erheblich mehr Raum erhielt dann der Appell an die Mitgliedschaft, sich aus der „Zwickmühlensituation“ zu befreien und als „Ausweg“ aus der Situation zu „Kühnheit und Kampf“ zu finden. In einer breit angelegten Schlußsequenz variierte er diesen Aspekt, streute eine Anekdote aus der Welt des Militärs ein, gab sich kämpferisch-schneidig, um mit der Aufforderung zu schließen: „<Kinnriemen herunter, Mützen fest!>“ [i. Orig. gesperrt u. in Anführungszeichen, P.Z.]

Haubach griff also bei der Gestaltung des Textes auch in dieser Situation auf die ihm vertraut und effektiv erscheinenden Versatzstücke zurück. Der prononciert agitatorische Grundton deckt geradezu alle politisch bedeutsamen oder gar brisanten Fragestellungen zu. Die Aneinanderreihung von paroleartigen Sätzen macht es schwer, die wesentlichen Akzentuierungen der zentralen politischen Einschätzung Haubachs bloßzulegen. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, daß ihn nicht der Anstieg des nationalsozialistischen Stimmenanteils überraschte, sondern das Ausmaß. Diese Reaktion war in der Partei weit verbreitet.<sup>1391</sup>

Das Überraschungsmoment lähmte und erschwerte zwangsläufig zunächst die Meinungsbildung bei der Frage, wie sich die Partei für die Arbeit im Reichstag inhaltlich und taktisch ‚aufstellen‘ sollte. Doch die Wucht dieses Ereignisses und seine einschneidenden Veränderungen im innenpolitischen Kräftespiel erhielten im Text Haubachs einen nur peripheren Rang. Es muß angenommen werden, daß er selbstverständlich durch diesen Wahlausgang sein vielfältiges und intensives Engagement der vergangenen Jahre für die junge Republik in Frage gestellt sah. Diese Befürchtungen scheinen durch, bestimmen den Text jedoch nicht. Die Beantwortung der Frage muß zunächst offen bleiben, ob er sich als ‚Parteisoldat‘ dazu instrumentalisieren ließ, seine Erschütterung in diesem Text hinter Aufmunterung für die Mitglieder der Partei und angedeuteter Selbstkritik zu verbergen oder ob er den Wahlausgang gar nicht als so fundamental einschneidend empfand, sondern eher als zwar heftigen situativen Schock, der ihm aber überwindbar erschien.

Die Septemberwahl gibt als einschneidendes Ereignis eine wichtige Markierung für die folgende Darstellung dieses Kapitels ab. So zerstörerisch für den republikanischen Gedanken auch der Tag des ‚Preußenschlags‘ am 20.7.1932 dann knapp zwei Jahre später war, es bestand doch für die zeitgenössischen engagierten Republikaner nach der Septemberwahl 1930 noch eine Perspektive für die aktive Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern fort. Gegen diesen Hintergrund ergeben sich für die Darstellung und Analyse der politischen Tätigkeit Theodor Haubachs und vor allem der von ihm formulierten politischen Zielvorstellungen in den Jahren von 1930 bis 1933 die folgenden Fragestellungen, die zentral im Rahmen dieses Kapitels behandelt werden:

- Sind bei ihm neue Ansätze der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und Kommunisten erkennbar? In welcher Weise und in welchem Umfang beteiligte er sich an der faschismustheoretischen Debatte?

<sup>1391</sup> Z.B. bei einem der führenden Ideologen der SPD; vgl. Hilferding, Rudolf: In der Gefahrenzone, in: Vorwärts, Spätausgabe, Nr. 450 v. 25.9.1930. Der Beitrag ist vollständig veröffentlicht in: Die Gesellschaft 7 (1930), Bd. II, S. 289 – 297.

- Sind Anstrengungen Haubachs erkennbar und eventuell konkret zu benennen, eine programmatische und organisatorisch-strukturelle Erneuerung in der SPD und im Reichsbanner zu initiieren bzw. daran mitzuwirken?

Die Beantwortung dieser ‚Leitfragen‘ und die in ihren Kontexten darzustellenden Materialien sollen helfen, im Schlußkapitel dieser Arbeit von der eingehenden Analyse des politischen Wirkens Theodor Haubachs ausgehend Anhaltspunkte für die Erschließung der komplexen Fragestellung zu erhalten, warum letztlich die Barrieren gegen die nationalistische Machtübernahme nicht standhielten

Als Material für die formulierten Fragen, die im folgenden behandelt werden, stehen vor allem seine Beiträge in den Organen des Reichsbanners und in den Neuen Blättern für den Sozialismus zur Verfügung. Methodisch würde ein Vorgehen naheliegen, bei dem übergreifend auf die eben formulierten Fragestellungen eingegangen wird. Da sich jedoch mit der Gründung der Neuen Blätter ein neuer personaler und ideologischer Kontext ergab, sollen beide Bereiche – Bekundungen und praktische Tätigkeit im Reichsbanner (2. Phase) und seine Aussagen in den Neuen Blättern für den Sozialismus - zunächst gesondert untersucht, um dann abschließend anhand des Kriterienkatalogs im Zusammenhang gewichtet zu werden.

### **7.3 Im Reichsbanner ( 2.Phase: 1930 – 1933) - „Soldaten der Republik“: Erneuerung des Verbandes gegen „Schlamperei und Liederlichkeit“**

Die deprimierende Niederlage bei den Wahlen hatte Haubach veranlaßt, in einem Artikel unmittelbar nach den Wahlen in Richtung der Parteimitglieder nicht nur eine wesentlich erhöhte Kampfbereitschaft, sondern vor allem neue Strategien in der Agitation und in der Themenwahl zu fordern, um den Interessen der Wählerschaft erheblich stärker entsprechen zu können.<sup>1392</sup> Auch seine gewichtigeren Beiträge für Das Reichsbanner, die weitgehend in den Jahren 1930 und 1931 erschienen, lassen eindeutig das Motiv erkennen, die Mitglieder des Verbandes aufzurütteln. In einer ganzen Staffel von Artikeln entwarf er teilweise außerordentlich detailliert Züge des Profils, das er einem erneuerten Reichsbanner geben wollte. Da die Texte fortlaufend jeweils neue Akzentuierungen thematisieren, sind sie im folgenden zunächst getrennt nach Inhalt und Kommunikationsabsicht darzustellen und einzuordnen.

Nur wenige Wochen nach dem einschneidenden Wahlergebnis veröffentlichte Haubach im ‚Reichsbanner‘ zwei breit angelegte Artikel, die nach der ‚Niederlage der Republikaner‘ eine neue Orientierung im Kampf „gegen die radikalen Flügel“ versprachen.<sup>1393</sup> Der Autor selbst kündigte in diesem ersten Text an, daß er sich zunächst dem „politischen“ Aspekt der „Gegnerabwehr“ widmen wolle, die damit zusammenhängenden „technischen Aufgaben“ sollten gesondert behandelt werden – „davon ein andermal.“ Tatsächlich folgte dieser zweite Beitrag, auf den auch einzugehen sein wird, bereits in der übernächsten Ausgabe des Organs.

<sup>1392</sup> Haubach, Parole Angriff, in: H.E., Nr. 259 v. 19.9.1930.

<sup>1393</sup> Haubach, Theodor: Vom Gegner lernen! Reichsbanner im Kampf gegen Radikalismus/Methodik und Systematik der Gegnerabwehr, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 40 v. 4.10.1930.

Als politische Grundaussage ist festzuhalten, daß Haubach weiterhin als Gegner die Nationalsozialisten und die Kommunisten ansah – die „Nazis und Kozis“, wie er sie in diesem Beitrag auch nannte, um sie mit seiner Etikettierung damit als einander nahestehend zu markieren. Die unterschiedlichen Positionen der Republikaner und ihrer Gegner werden allerdings nicht weiter erläutert, zu ihrer Einschätzung war offensichtlich nichts grundlegend Neues anzufügen. Bemerkenswert ist vielmehr der methodische Kunstgriff, den Haubach anwandte, indem er als Folie seiner Überlegungen jene Elemente nutzte, die vom Gegner zu lernen seien. Damit schränkte er jedoch die von ihm gegebene Vorgabe erheblich ein, indem die annoncierte „politische“ Auseinandersetzung von ihm auf das eher formale Feld der „Propaganda“ reduziert wurde.

Bevor er konkrete Vorschläge entwickelte, gab der Autor ein ungeschminkt negatives Bild von der Realität des Reichsbanners. Er verwies auf die vielfältigen Aktivitäten u.a. das Errichten von Denksteinen, Fahnenweihen, Umzüge oder die Durchführung republikanischer Feiern, doch das Reichsbanner sei damit an „Grenzen“ gestoßen, das Ergebnis der Septemberwahl sei dafür ein eindeutiger Beweis. Im ersten großen Abschnitt, „Die Regie“ überschrieben, widmete er sich den im Reichsbanner gepflegten und veranstalteten „Versammlungen“. Er attestierte ihnen, manchmal in einem „kaum glaublichen Maße an Formlosigkeit“ zu leiden. „Gemütlichkeit“ mache sich in ihnen breit, die im Grunde „Schlamperei und Liederlichkeit“ verdecke. Immer wieder sei ein eklatanter Mangel an „Ordnung und Straffheit“ zu beobachten: So werde beispielsweise die Fahne achtlos in eine Ecke des Versammlungsraumes gestellt, „ohne daß die Versammlung stehend salutiert“, die Liedtexte würden nicht beherrscht werden – „Schutzsportler, die nicht richtig und schmissig singen können, sollen sich begraben lassen!“ – oder der Vorstand verbringe seine Zeit mit Gesprächen oder gar Zeitunglesen.

Diesen mit spürbarer Verbitterung wiedergegebenen Beobachtungen stellte Haubach das Gepräge von Veranstaltungen gegenüber, die von den Gegnern gestaltet würden. Jede Versammlung müsse, so seine Forderung, „<mit ganzer Kraft und aller Sorgfalt>“ [gesperrt, P.Z.] geplant und durchgeführt werden. Prinzipiell sei auch nichts gegen das Ausschmücken eines Saales oder die Auftritte von Musikgruppen einzuwenden, nur müsse der Redebeitrag sowie das obligatorische Singen zu Beginn und am Schluß der Veranstaltung mit Bedacht und Sorgfalt in den Rahmen dieser „Zutaten“ integriert werden. Das klappe nicht „ohne Uebung und Drill“ und dürfe eben nicht dem Zufall überlassen bleiben.

Im zweiten großen Abschnitt setzte Haubach sich mit der „Systematik“ der politischen Arbeit auseinander. Unter diesem Terminus versammelte er einige Aspekte, die der Vermittlung politischer Erkenntnisse nach innen und außen dienten. Auch in diesem Bereich, so Haubach, könnten die Kameraden des Reichsbanners von den Gegnern lernen. Übergreifend sah er im Reichsbanner ein mehr zufälliges und unsystematisches Agieren – ganz im Gegensatz zu den Kommunisten und Nationalsozialisten. So beklagte er, daß kein differenziertes Material über die Gegner vorliege, das für die argumentative Auseinandersetzung außerordentlich wichtig sei. Außerdem könne eine einrichtende systematisch geordnete Materialsammlung helfen, etwa in Wahlkämpfen jedem „Kommunistenschwindel, jeder Nazilüge“ entgegenzutreten. Eigentlich, räumte er ein, sei dies Aufgabe der politischen Parteien, aber das Reichsbanner benötige derartiges Material ebenso, weil es ja auch in der vordersten Linie des Kampfes stünde. Auch Details bedenkend regte

Haubach an, Loseblattsammlungen zu verwenden, die allen Mitgliedern und nicht nur der Funktionärsschicht zur Verfügung stehen müßten. Inhaltlich dürfe sich das Material nicht allein „auf Reichsvorgänge“ erstrecken, sondern gerade regionale Aspekte aufgreifen wie z.B. „die Heldentaten der einheimischen Größen.“

Diesen Versuch der ‚rationalen Aufrüstung‘ seiner Kameraden setzte er fort mit der Forderung, die innerverbandliche Schulung erheblich zu intensivieren. Den Mitgliedern fehle „jede systematische Kenntnis des radikalen Gegners“, daher sei Instruktion wichtig, um die politischen Vorstellungen und ihre Kampfmethoden kennenzulernen. Nur von dieser Basis aus sei ein erfolgversprechender Kampf zu führen.

Abschließend plädierte Haubach dafür, die von ihm angeregten Veränderungen auch in den „Unterorganisationen“, und zwar von diesen initiiert, umzusetzen und nicht auf Anweisungen der „oberen Instanzen“ zu warten. Es müsse „der Erfindungsgabe, dem Fleiß und dem Schmiß“ vertraut werden, der „Initiative <von unten her>“ [hervorgehoben, P.Z.] also und nicht einem „Haufen Vorschriften“. Nur dann werde es gelingen, die modernen Methoden der Gegner, „an der Neuzeit geschult und mit guter Kenntnis der moderner Massenpsychologie“ ausgestattet, erfolgversprechend zu adaptieren.

Neben den bereits erwähnten Schwächen, die er im Verbandsleben konstatierte, ließ Haubach abschließend ein grundlegendes Problem des Reichsbanners erkennen, das ihm zweifellos Sorgen bereitete. Er erklärte die „modernen“ Methoden der Gegner nämlich mit dem Hinweis darauf, daß diese Verbände „geschichtlich jünger“ seien, während das Reichsbanner „mit einem jahrzehntealten, reifen und erprobten Erbgut“ der Arbeiterschaft ausgestattet sei. Dies sei „in vielen Dingen“ ein großer Vorteil, bemerkte er, setzte aber hinzu: „nicht in allen.“ Wenn die von ihm vorgenommene historische Einordnung auch anzuzweifeln ist, da ja auf die Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes ähnliche Attribute zuträfen, so ist für unseren Kontext die Sorge Haubachs über den Altersaufbau des Reichsbanners bedeutsamer. Er mußte sie selbstverständlich so zurückhaltend formulieren, um nicht die eigene Klientel zu verprellen. Nimmt man Altersstruktur und die Erscheinungsformen eines ‚Vereinslebens‘, das nicht den Gesellungsformen eines Kampfbundes entsprach, zusammen, so zeichnete Haubach ein Bild des Reichsbanners, das dessen Mitgliedschaft zumindest in Teilen keineswegs als kämpferisch und politisch bewußt erscheinen ließ. Zur Relativierung und zu einer differenzierteren Kennzeichnung der Gesamtsituation müssen allerdings die Äußerungen z.B. von Hamburger Reichsbannerleuten einbezogen werden, die durchweg und ohne Zögern die Kampfbereitschaft und straffe Führung der ihnen bekannten Hamburger Einheiten hervorhoben.<sup>1394</sup>

Haubach wird also nur Teile des Reichsbanners mit seiner Kritik zu treffen versucht haben; darauf verweist auch die Formulierung, daß die Versammlungen „manchmal“ an Formlosigkeit litten, seinem Einstieg in die dann folgende Aufzählung für ihn unerfreulicher Wahrnehmungen. Bevor dieser Text mit dem folgenden als Einheit differenzierter analysiert werden wird, sei aber festgehalten, daß die kommunikative Absicht Haubachs eindeutig erkennbar ist. Zweifellos wollte er die Kameraden gegenüber „der jetzigen Panikpropaganda“ immunisieren, auch Zuversicht vermitteln, doch im Kern - und diese Zielsetzung ist vorher

<sup>1394</sup> Interviews P.Z. mit Heinz Gärtner und Paul Grot.

in keinem seiner Texte so eindeutig nachweisbar – drängte er auf Erneuerung des Reichsbanners, auf die Bildung einer durchweg schlagkräftigen Truppe. Dabei scheute er sich auch nicht, der Mitgliedschaft zu vermitteln, daß jene, die weiter in Lethargie und selbstzufriedener Vereinsmeierei verharren wollten, keinen Platz im Verband hätten: „Schlafmützen 'raus!“ forderte er in den Schlußsätzen.

Auch für den folgenden Beitrag bildete die „Schlappe“ bei der Septemberwahl den Ausgangspunkt.<sup>1395</sup> Fast versöhnlich klingend hob Haubach zunächst darauf ab, daß man als Konsequenz in der Organisation „einen wahren Fanatismus der Aktivität“ beobachten könne. Doch streng mahnte er sogleich an, daß es nicht darum gehen könne, beständig Fahnenweihen und Aufmärsche zu wiederholen. Er, der diese Rituale selbst über Jahre gepflegt und dabei oft eine bedeutende Rolle zugewiesen erhalten hatte, monierte nun, daß ein Beharren allein auf diesen traditionellen Formen das Reichsbanner zu einem „Nur-Kriegervereinsbetrieb“ verkommen lasse. Fast sarkastisch im Ton – „Wer nicht weiß, was er sonst noch beginnen soll“ - forderte er die Kameraden zur Lektüre der Bundessatzung auf und lenkte deren Augenmerk darauf, daß der Verband nicht nur politische Demonstrationen durchführen, sondern die Angriffe politischer Gegner auf die Verfassung abwehren und sachkundige Hilfe bei Unglücksfällen leisten solle. Die Betonung dieser Aufgabenbereiche schloß also an den Tenor des vorherigen Beitrages an, aus dem Reichsbanner eine effektive Kampftruppe formen zu wollen.

Seine konkreten Vorschläge, die den Text bestimmen, sind dann auch weitgehend auf diese Funktion des Verbandes ausgerichtet. Zwar hielt Haubach an der Durchführung von Aufmärschen und Demonstrationen als wichtige Elemente der Reichsbannerarbeit fest, doch er gab eindeutige Regieanweisungen mit auf den Weg. Sie seien mit Geländespielen auf der Anreise zu verbinden, außerdem müßten sie propagandistisch durch das Verteilen von Flugblättern und Zeitungen erheblich besser vorbereitet werden. Detailliert verbreitete er sich dann über die Form des Ein- und Aufmarsches der Einheiten, zu oft habe es „unerfreuliche Bilder“ dabei gegeben, die für das Reichsbanner „einfach beschämend“ gewesen seien. Auch zum „Verhalten auf dem Festplatz“, das „in vielen Fällen von peinlicher Laxheit“ geprägt gewesen sei, entwickelte er Ver- und Gebote. Zur Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der „Soldaten der Republik“ gehörte nach seiner Auffassung, daß eine Reihe von Vorschriften eingehalten würden, die sich auf das Verhalten der Reichsbannerleute in ihren Formationen bezogen und die er außerordentlich genau darstellte.

Eine wichtige Funktion hatte nach seiner Auffassung der Saalschutz wahrzunehmen, der von Einheiten des Reichsbanners geleistet wurde. Haubach unterstrich in seinem Beitrag dessen Bedeutung, doch bemerkenswerterweise erging er sich nicht in der Forderung nach rabiat-schneidigem Eingreifen, sondern stellte in den Mittelpunkt dieser Sequenz, daß Saalschutz ausschließlich auf der Grundlage geltenden Rechts realisiert werden dürfe. Die Frage des Hausrechts sei zu klären und auf keinen Fall dürften Waffen getragen oder folglich auch nicht benutzt werden. Umso wichtiger seien eine gute körperliche Ausbildung der eingesetzten Männer und deren Zuverlässigkeit. Trotz seines intensiven Bemühens, aus dem Reichsbanner insgesamt eine kämpferische Organisation zu formen bzw. dabei mitzuhel-

---

<sup>1395</sup> Haubach, Theodor: Was bei uns noch nicht ganz klappt. Ein Kapitel von Vorschlägen und Aufmunterungen, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 42 v. 18.1.1930.

fen, wollte Haubach jedoch niemals – das zeigt sich auch in diesem Detail – den Boden republikanischen Rechts verlassen sehen.

In den unterschiedlichen inhaltlichen Abschnitten dieses Artikels wird jeweils die Position des „Führers“ hervorgehoben und erläutert. Ihre Aufgaben werden bei den Aufmärschen beschrieben, in den Geländespielen und beim Saalschutz. Ausdrücklich betonte Haubach, daß der Verband nicht als auf „Vereinsdemokratie“ basierend mißverstanden werden dürfe, sondern daß eine „Führerdemokratie“ herrsche. Die Führer seien in dem Bewußtsein von den Mitgliedern gewählt worden, daß diese weitreichende Kompetenzen besäßen, es könne und dürfe nicht über jede Maßnahme neu diskutiert werden, ein solches Verfahren würde „enden in Schwätzereien.“ Bei diesem hohen Anspruch an die Führungskader forderte Haubach, daß der „Führerschulung“ große Aufmerksamkeit zukommen müsse. Es verwundert auf den ersten Blick, daß er bei diesem hohen Anspruch als notwendige Qualitäten zuerst „ein richtiges <Kommandieren>“ [gesperrt, P.Z.] und dann die „Unnachgiebigkeit“ nannte, die er im Sinne des Zeigens von Härte kurz erläuterte. Diese Passage verbindet jedoch zwei bedeutsame Elemente seiner grundlegenden Ansprüche an die Mitstreiter im Reichsbanner und darüber hinaus an die in den anderen (gesellschafts-)politischen Vereinigungen, in denen Haubach aktiv war. Er propagierte zwar die Übernahme militärischer Formen, deren Funktion er als Soldat kennengelernt hatte: Sie stellten ein Instrument für die präzise, unmißverständliche und geordnete Kommunikation dar und konnten durchaus auch gemeinschaftsstiftend wirken. Doch es lag ihm zweifellos fern, die - von ihm verachtete – verkrustete hierarchische Ordnung der kaiserlichen Armee damit wiederzubeleben, die militärischen Versatzstücke gaben ihm eine unersetzbare formale Hilfe ab. Von größerem Gewicht und von herausgehobener Qualität war für Haubach so auch der Begriff der ‚Führung‘. Der Auftrag für eine Führungsaufgabe ergab sich jeweils aus dem Votum einer Gruppe. Betraut wurden mit ihr Personen, die hohes Engagement für die gemeinsame Aufgabe bewiesen und diese geistig durchdrungen hatten. Der ‚Führer‘ mußte zur Umsetzung von Zielvorstellungen in praktische Tätigkeit fähig sein und die entsprechenden Aufträge klar und nachvollziehbar vermitteln können – „ein Führer ordnet an und leitet.“ Signifikant unterschied sich der ‚Führer‘ im Sinne Haubachs von den militärischen Führern der kaiserlichen Armee durch die persönliche Verantwortlichkeit, die er mit seiner Funktion übernahm. Das wesentliche Kriterium für die Fortführung einer exponierten Position war nach Haubach das Vertrauen der Mitglieder der jeweiligen Einheit, allerdings postulierte er auch: „Ein Führer, der kein Vertrauen mehr hat, mag gehen [...]“.<sup>1396</sup>

Wenn diese Bemerkung Haubachs auch auf grundlegend demokratische Strukturen des Verbandes verweist, so sind daran doch Zweifel angebracht. Die im vorangegangenen Kapitel dargestellte Gründungsphase des Reichsbanners war geprägt durch die ‚Inthronisation‘ eines Vorstandes und des Reichsausschusses. Von der Zentrale wurden die Geschäftsführer der Gaue eingesetzt. Im Vordergrund stand jeweils das Bemühen, den parteipolitischen Proporz zu wahren und bekannte Persönlichkeiten demonstrativ mit Führungsaufgaben zu betrauen. Aus dem Vorort Magdeburg wurden dann auch weitere Fäden gesponnen und der Versuch unternommen, auf die Besetzung von Vorstandsämtern auf Gauebene Einfluß zu

---

<sup>1396</sup> Haubach, Was bei uns.

nehmen. So wurde in einem Papier nachdrücklich gefordert, bei der Gründung von Ortsvereinen darauf zu achten, daß es bei den Vorstandswahlen nicht zu „Zufallsergebnissen“ komme, sondern sich zuvor „darüber [zu] verständigen, wie nach der erfolgten Gründung die Vorstandesämter besetzt werden sollen.“<sup>1397</sup>

Nach § 15 der Bundessatzung waren alle drei Jahre „Gauversammlungen“ abzuhalten, die sich aus dem Gauvorstand, den Kreisführern und Delegierten der Ortsvereine zusammensetzten. Eine wesentliche Aufgabe dieses Gremiums war die Wahl des Gauvorstandes. Bei dieser spezifischen Zusammenstellung war die Basis bei der Wahl der für die praktische Arbeit wichtigsten Führungsebene ausgeschaltet, zumal auch noch „die Stärke der Delegation der Ortsvereine“ vom Gauvorstand bestimmt werden konnte.<sup>1398</sup>

Einzuräumen ist zweifellos, daß in einem quasi-militärischen Verband nicht jede Maßnahme von allen Beteiligten diskutiert werden kann, doch bei einem Verband, der so vehement für die Republik eintrat, wäre ein höheres Maß an Basisdemokratie zu erwarten gewesen. Das Anspruchsprofil, das Theodor Haubach gerade für die Führer des Verbandes entwickelte, war überwiegend kongruent mit den Vorgaben, die sich aus der Genese und den kodifizierten Grundlagen des Verbandes ablesen lassen. Sein Bestreben, die Mitglieder der Leitungskader optimal ‚auszurichten‘, nahm manchmal fast groteske Züge an. So verwandte Haubach im weiteren Verlauf seines Beitrages „Was bei uns noch nicht ganz klappt“ nach der Nennung notwendiger Qualitäten sehr viel Raum auf die Aufzählung einiger „Kenntnisse“ oder Fertigkeiten und fügte einen beinahe komisch anmutenden Verweis auf die „Pfadfinderliteratur“ an. Haubachs zentrale ‚Botschaft‘ an die Mitgliedschaft, die strenge hierarchische Gliederung des Reichsbanners widerspruchlos zu akzeptieren, sollte offensichtlich nicht durch weitere weitschweifige konzeptionelle Erörterungen verwässert werden.

Abschließend appellierte er noch einmal dringend an seine Kameraden, daß alle Kräfte darauf zu richten seien, aus dem Reichsbanner eine Kampforganisation zu machen, es sei „kein Tanzkränzchen und kein Kegelklub.“ Es ginge darum, so Haubach, wiederum um ein sprachmächtig-bombastisches Schlußbild bemüht, sich „<in erbitterter Kleinarbeit>“ zu entwickeln, um „<die eherne Härte und die eiskalte Kraft zur Vernichtung des Gegners>“ [gesperrt, P.Z.] im entscheidenden Moment abrufen zu können.<sup>1399</sup>

Der Inhalt beider Beiträge ist hier ausführlicher dargestellt worden, weil sie unmittelbar nach dem Schock der Septemberwahl von Haubach verfaßt wurden und zusammengenommen in der Lage sind, Anhaltspunkte über sein Selbstverständnis als Führer des Reichsbanners wie möglicherweise über persönliche Reaktionen unter dem Eindruck dieser Situation zu liefern. Deutlich wird zunächst, daß er als politische Gegner weiterhin gleichermaßen Nationalsozialisten und Kommunisten ansah. Die explosionsartige Steigerung der Stimmenanteile, die die NSDAP verbuchen konnte, hielt er wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt für ein einmaliges Ereignis. Seine tiefe Abneigung gegen die Kommunisten ließen ihn deren Gewinne, die – das war auch dem zeitgenössischen Betrachter klar – auf Kosten ‚seiner‘ Partei erzielt worden waren, als besonders schmerzlich empfinden. Die Erbitter-

<sup>1397</sup> Organisationsarbeit im Gau, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 19 v. 1.10.1925.

<sup>1398</sup> § 15 der Bundessatzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Das Reichsbanner, Nr. 18 v. 15.9.1926, S. 142.

<sup>1399</sup> Haubach, Was bei uns.

rung, mit der er auf verschiedenen Ebenen, wie wir sahen, mit den kommunistischen Kontrahenten um die Zustimmung der Arbeiterschaft gerungen hatte, hielt ihn weiter gefangen.

Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, daß Haubachs kommunikativer Standort jeweils eindeutig festzulegen ist. In den Organen des Reichsbanners wandte er sich an die Mitglieder des Verbandes – Inhalte und Sprachgestaltung richtete er bewußt je nach dem Adressatenkreis aus. Nie changierten seine Textbeiträge etwa zwischen der Klientel des Reichsbanners und der SPD, bei den Analysen seiner Texte wurde dieser Zusammenhang häufig übersehen.<sup>1400</sup> Im Blick auf die oben formulierten ‚Leitfragen‘ ist festzustellen, daß es Haubach offensichtlich nicht darum ging, sich inhaltlich mit den traditionellen Gegnern auseinanderzusetzen oder dies gar unter neuem Blickwinkel zu tun, sondern beide Texte waren eindeutig von der Absicht bestimmt, in die Mitgliedschaft und sicherlich auch in die Führungskader des Verbandes hineinzuwirken und Impulse zur Erneuerung des Reichsbanners zu vermitteln. Haubach erfüllte diese selbst gestellte Aufgabe mit bislang dem eigenen Verband gegenüber nicht gekannter Schärfe im Tonfall. Nimmt man nämlich alle kritischen Äußerungen über die Arbeitsformen und das Erscheinungsbild des Reichsbanners zusammen, so ergibt sich ein eher desolates Bild. Zweifellos gab es ‚Inseln‘ in der Organisation, die der Vorstellung Haubachs von einer funktionstüchtigen Truppe entsprachen, aber in vielen Orten wurde vorwiegend Geselligkeit gepflegt. Dieser verbreiteten „Gemütlichkeit“ setzte Haubach das Ideal einer gut ausgebildeten Organisation gegenüber, die sich ihrer wesentlichen Aufgaben – daher der Hinweis auf die Bundessatzung – bewußt werden sollte. Das von ihm benutzte Bild der „Soldaten der Republik“ entwarf seine Zielvorstellung, die der Verband zu erfüllen hatte. Unmißverständlich warb Haubach in beiden Artikeln für sie und machte deutlich, daß er bereit war, zugunsten eines einheitlich-kraftvollen Auftretens und der Schlagkraft auf Mitglieder verzichten zu wollen, die sich seinen Anforderungen nicht unterwerfen wollten oder konnten. Damit gab er auch dem lange gepflegten Ritual aller existierenden Verbände eine Absage, die einander mit der Nennung hoher Mitgliederzahlen zu beeindrucken gedachten.

Eine derart kompromißlose Akzentuierung hatte Theodor Haubach in seinen bisherigen Beiträgen für Das Reichsbanner noch nicht vorgenommen. Die langjährigen, eben teilweise auch negativen Erfahrungen bei einer Fülle von Demonstrationen, Aufmärschen und Festlichkeiten brachen sich nun Bahn, angestoßen durch das Ergebnis der Septemberwahl 1930. Haubach reagierte also auf dieses Ereignis primär nicht, indem er sich weiter mit den Gegnern auseinandersetzte, sondern lenkte seine Aufmerksamkeit nach innen, versuchte, die ‚eigenen Bataillone‘ zu stärken, indem er das Reichsbanner kritisch ausleuchtete und klar umrissene Zielmarkierungen vorgab. Festzuhalten ist, daß Haubach mit der Formulierung „Soldaten der Republik“ genau auch seine Vorstellung der Positionierung des Verbandes im noch jungen Staatsgebilde traf. Er sollte eine überparteiliche, prorepublikanische Organisation verkörpern, die sich auf keinen Fall zu einer Art „Ersatzpartei“ – „Das Schlimmste, was dem Reichsbanner passieren könnte“ -

---

<sup>1400</sup> Zuletzt bei: Beuys, Barbara: Verteidigung der Republik: Der sozialdemokratische Reformler Theodor Haubach (1896 – 1945), hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 2000, S. 52.

entwickeln dürfe.<sup>1401</sup> Jeder Reichsbannermann solle sich unbedingt in einer selbstverständlich republikanisch orientierten Partei engagieren, damit auch an der politischen Auseinandersetzung teilnehmen, doch im Reichsbanner war nach seiner Auffassung dafür kein Platz. Aus diesen Äußerungen, die sich anlehnen an seine als SPD-Politiker geäußerten Vorstellungen vom politisch interessierten, aber parteipolitisch neutralen (Polizei-)Beamten und sich andeutungsweise bereits in seinen Beiträgen für das Reichsbanner der zwanziger Jahre finden, kann gefolgert werden, daß er mit dem Reichsbanner eine Art Polizeikörper realisieren wollte, mit dem die Republik nicht allein den Verbänden der gegnerischen Parteien standhalten konnte, sondern möglicherweise – ein solches Ziel hätte nicht *expressis verbis* ausgesprochen werden dürfen – auch gegenüber der Reichswehr und den sie stützenden reaktionären Kräften.

Einen bemerkenswerten Schwenk Haubachs lassen seine publizistischen Arbeiten ab Frühsommer 1931 erkennen. Hier sei zunächst verwiesen auf einen Artikel von ihm, der Ende Mai auf der Frontseite des Verbandsorgans veröffentlicht wurde.<sup>1402</sup> Wie bereits der Untertitel – „Der Faschismus in Umgruppierung – Neue Methoden, alte Ziele“ - signalisiert, setzte er sich nun allein mit den Gegnern auf der extremen Rechten auseinander. Nur peripher teilte der Autor an zwei Stellen verächtlich klingende Schläge in Richtung der Kommunisten aus. Ausgangspunkt der Überlegungen Haubachs war die Rebellion des SA-Führers Walther Stennes. Diese hatte zwar rasch von der Parteiführung niedergeschlagen werden können, doch vielen Beobachtern der Szenerie vor allem im Lager der republikanischen Kräfte schien sie den Anfang vom Ende des nationalsozialistischen Aufstiegs zu markieren. Hinzu kam, daß sich die Reichstagsfraktion der NSDAP selbst neutralisiert hatte, nachdem sie im Februar 1931 nach gravierenden Änderungen der Geschäftsordnung, die deren mißbräuchliche Nutzung unterband, aus dem Parlament ausgezogen war. Haubachs Beitrag diene allein dem Ziel, aufkommender Zuversicht und einer - damit möglicherweise einhergehend - nachlassenden Kampfbereitschaft im Reichsbanner massiv entgegenzutreten. Er griff die umlaufende These auf, daß die „aktivistischen Elemente“ der NSDAP wie auch die Partei insgesamt durch diesen Vorgang erheblich geschwächt worden seien. Zudem werde durch die Bündelung rechtsextremer Gruppierungen um Stennes und Otto Straßer die Hoffnung gehegt, so Haubach, daß diese Entwicklung letztlich zur Zersplitterung des deutschen Faschismus und zu seiner Schwächung führen würde. Derartige Einschätzungen wurden durchaus auch in den Führungszirkeln der SPD genährt.<sup>1403</sup>

Haubach trat solchen Gedanken in eindrucksvoller Weise entgegen. Zunächst verwies er darauf, daß sich die „Hitlerpartei“ in einem generellen Umstellungsprozeß befinde. Der „Verlust“ des aktivistischen Flügels sei als „<strategischer Rückzug>“ [ gesperrt, P.Z.] zu begreifen, den die Führer der NSDAP sicherlich als schmerzlich, aber nichtsdestoweniger als notwendig empfinden würden. Jede „kämpfende Organisation“ müsse derartige Korrekturen vornehmen, die

<sup>1401</sup> Haubach, Was bei uns.

<sup>1402</sup> Haubach, Theodor: Nicht einschlafen! Der Faschismus in Umgruppierung – Neue Methoden, alte Ziele, in: Das Reichsbanner, Nr. 21 v. 23.5.1931. Auf einen weit differenzierteren Beitrag von ihm zur gleichen Thematik, der fast zeitgleich in den Neuen Blättern für den Sozialismus erschien, wird im folgenden Kapitel eingegangen.

<sup>1403</sup> Z.B. im Zentralorgan: Es gelingt nichts mehr!, in: Vorwärts, Nr. 155 v. 2.4.1931.

NSDAP sei jedoch dabei, sich von dem Ausmaß terroristischer Aktionen zu lösen und habe den Weg der „Legalität“ eingeschlagen. Damit mache sie den Versuch, den Ruch einer extremen, terroristischen Partei abzulegen, der sie zuletzt erheblich eingeschränkt habe. Mit dieser Wendung zur Legalität, prophezeite Haubach, werde die Führung der NSDAP sich bemühen, Bewegungsfreiheit für ihre „<Bündnisfähigkeit mit bürgerlichen Gruppen“> [gesperrt, P.Z.] zu gewinnen. Auch auf die „abgesplitterten Gruppen des deutschen Rechtsaktivismus“ dehnte er seine Analyse aus. Durch sie sah er die Gefahr heraufziehen, daß auch „wertvolle Elemente der <Jugend“> [gesperrt, P.Z.], die zum Lager des Faschismus gehörten, von ihnen angezogen würden. Seien die jungen Leute in diesem Umfeld erst einmal „verwahrt“, fürchtete Haubach, so werde die NSDAP alles daransetzen, diesen Prozeß „planmäßig zu organisieren“ und sie auf ihre Seite zu ziehen. Er prognostizierte, daß es dem deutschen Faschismus auf diesem Wege gelingen werde, „tiefer in das nichtfaschistische Bürgertum und in den Machtapparat des republikanischen Staates“ einzudringen.

Bemerkenswert ist einmal der Zeitpunkt der ersten Mahnung, die Haubach mit diesem Text für seine Kameraden vom Reichsbanner formulierte. Während rundum im republikanischen Lager Genugtuung und verhaltene Zuversicht über die Entwicklung im nationalsozialistischen Umfeld aufkam, setzte er ein entschiedenes Gegengewicht. Dabei bemühte er sich, die Aufmerksamkeit seiner Adressaten auf zwei Komplexe zu lenken. So zollte er den Führern der NSDAP im organisatorisch-strategischen Bereich Respekt und traute ihnen z.B. schmerzhaft Eingriffe in die eigene Mitgliedschaft für ein als höherwertig erachtetes Ziel zu, indem sie die Stennes-Gruppe ausbooteten. Zudem fürchtete Haubach, daß es der Partei gelingen könne, junge Leute aus anderen Gruppen des rechtsextremen Lagers auf ihre Seite zu ziehen. Zu vermuten ist, daß Haubach mit dem Hinweis auf die Fähigkeit der planmäßigen Organisation dabei sowohl die äußere Wirkung der straff geführten Einheiten der SA und die exakten Inszenierungen nationalsozialistischer Veranstaltungen wie ein insgesamt differenziert durchstrukturierter Parteiapparat vor Augen standen.

Die Tatsache, daß Haubach „wertvolle Elemente der Jugend“, die faschistischen Parolen nachliefen, in seine Argumentation einbezog, beweist, daß ihm diese Gruppe der Bevölkerung auch als potentielle Klientel des Reichsbanners bedeutsam erschien. Auf die Sorgen, die ihm die Überalterung seines Verbandes bereitete, konnte bereits mehrfach verwiesen werden. Als Folge der Wirtschaftskrise hatte sich als Teil der allgemein wachsenden Arbeitslosigkeit auch die Jugendarbeitslosigkeit zu einem außerordentlich bedrängenden Problem entwickelt. Hatten ältere Arbeitnehmer bei aller Misere immerhin zurückblickend die Gewißheit, sich bereits qualifiziert und etwas ‚geleistet‘ zu haben wie die allerdings zwischen 1930 und Ende 1932 immer geringer erscheinende Hoffnung, irgendwann wieder an eine berufliche Laufbahn anknüpfen zu können, so zerbrachen bei den Jugendlichen Lebensentwürfe oder wurden gar nicht erst geplant.<sup>1404</sup> Alfons Kenkmann

<sup>1404</sup> Heinrich August Winkler wertete verschiedene Statistiken aus, bezog die „unsichtbaren“ Arbeitslosen, die sich nicht auf den Ämtern meldeten, mit ein und kam auf eine kontinuierliche Steigerung von etwa 3,9 Mio. im 1. Quartal 1930 über 5,9 Mio. im 4. Quartal 1931 bis auf 7,6 Mio. im 1. Quartal 1932; vgl. Winkler, *Der Weg*, S. 24. Zur Situation der Jugendlichen vgl. v.a.: Peukert, Detlef: *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik*, Köln 1987.

hat diese Problematik für den Regierungsbezirk Düsseldorf und das gesamte Rheinland untersucht. Er macht auf das Phänomen der ‚jugendlichen Wanderer‘ aufmerksam, die aus der Stadt in ländliche Regionen drängten, und kommt zu dem erschreckenden Fazit, daß bis 1936/37 kaum Chancen bestanden, „eine Lehrstelle zu finden.“<sup>1405</sup> Wie sehr gerade diese Gruppe der Bevölkerung an den Rand gedrängt wurde, macht u.a. eine Maßnahme der am 5. Juni 1931 vom Reichspräsidenten erlassenen Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen deutlich. Jugendliche und junge Erwachsene zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr erhielten danach keine Arbeitslosenunterstützung mehr, nach Winkler eine der Härten dieser Notverordnung, die „die schlimmsten Erwartungen“ übertraf.<sup>1406</sup> Als Symptom einer Flucht aus der zunehmend depressiven häuslichen Umgebung und der eigenen Perspektivlosigkeit ist auch die Bildung „wilder Cliques“ im proletarischen Milieu Berlins und in anderen Regionen des Reiches anzusehen.<sup>1407</sup> Ihre Mitglieder kompensierten Hoffnungslosigkeit und verbreitet zu beobachtendes lethargisch-fatalistisches Dämmern – also Erscheinungsformen des Lebensumfeldes - durch Prügeleien und eine spezifische Ritualisierung des Gruppenlebens. Verschiedene staatliche Stellen, Kommunen und freie Träger entwickelten Formen wie den ‚freiwilligen Arbeitsdienst‘ oder das ‚Landjahr‘, um den gravierende Gefahren zu begegnen, die die berufliche Perspektivlosigkeit der jungen Generation für das betroffene Individuum wie für die Gesellschaft in sich bargen. Die oft erfolgreich verlaufenden Initiativen wurden nach 1933 von den Nationalsozialisten modifiziert fortgeführt und für ihre politischen Ziele nutzbar gemacht.<sup>1408</sup>

Haubach vermochte also die bindende Kraft, die von der straffen Organisation und dem geordneten Auftreten der Nationalsozialisten ausging, realistisch einzuschätzen. Die zweite wichtige Akzentuierung erhielt der vorliegende Text durch die politische Perspektive, die Haubach in ihm entwickelte. Es spricht für seine politisch-analytische Fähigkeit, die große Gefahr richtig einzuschätzen, die die Wendung der Nationalsozialisten zur ‚Legalität‘ für die Parteien der Mitte bedeutete.

Theodor Haubach hatte sich, wie wir sahen, sonst vorwiegend mit technisch-organisatorischen Themen auseinandergesetzt, wenn er sich im Organ des Verbandes zu Wort meldete. Dieser prononciert politische Beitrag verzichtete dann auch auf weitschweifige Erläuterungen der Thesen, sondern war von Haubach zweifellos als mahnender Hinweis gedacht, der ihm jedoch so bedeutungsvoll erschien, daß er einen immerhin erweiterten kontextualen Rahmen meinte darstellen zu müssen. Alle seine Äußerungen zur Organisation und politischen Strategie der nationalsozialistischen Partei und ihres Umfeldes gipfelten in der dringlich vorgebrachten Warnung, die Republikaner sollten auf keinen Fall in den Fehler

<sup>1405</sup> Kenkmann, Alfons: *Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens), Diss. Siegen 1994, Essen 1996, S. 49 f.

<sup>1406</sup> Winkler, Der Weg, S. 338 f.

<sup>1407</sup> Peukert, Detlev: *Die ‚Wilden Cliques‘ in den zwanziger Jahren*, in: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.): *Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes*, Essen 1983, S. 66 – 77. Das gleiche Phänomen in anderem regionalen Umfeld stellt dar Kenkmann, *Wilde Jugend*, S. 83 ff.

<sup>1408</sup> Kenkmann, *Wilde Jugend*, S. 51 f.

verfallen, „die Führer des deutschen Faschismus ausschließlich für Trottel und Wirrköpfe zu halten.“

Dieser klar strukturierte und aussagekräftige Artikel enthält einmal die Botschaft an die Kameraden, die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft nicht zu verlieren. Abschließend äußerte sich Haubach dann auch noch einmal zur Struktur des eigenen Verbandes. Dabei schloß er tendenziell an die beiden zuvor erwähnten Artikel an. Er griff die Meldungen über einen erstaunlichen Zulauf zum Reichsbanner nämlich nicht, wie vielleicht zu vermuten wäre, befriedigt oder gar euphorisch auf, sondern vermerkte streng, daß das Reichsbanner sich nicht „auf irgendwelchen <Zahlenfimmel> [gesperrt, P.Z.] einlassen darf.“ Entscheidend sei, so fuhr Haubach fort, „die <innere Güte der Organisation>“ [gesperrt, P.Z.]. Seine in diesem Kontext gemachte Bemerkung, daß nur wirklich „aktive Kämpfer“ die schweren Herausforderungen der Zukunft bestehen könnten, läßt sich wiederum unschwer als Zweifel an der Kampfkraft vieler Reichsbannereinheiten interpretieren. Dieses Beispiel seiner publizistischen Arbeit bestätigt nachhaltig die oben aufgestellte These, daß Haubach seine Beiträge streng adressatenbezogen konzipierte – in diesem Fall ein eindrucksvoll-positives Beispiel für die Verknüpfung der Formulierung politischer Perspektiven mit dem – sicherlich in einigen Verbandskreisen unpopulären, weil unbequemen - Appell an die Kameraden, „gerüstet“ zu bleiben.

Die Mahnungen Haubachs erfolgten in einer Phase der Republik, in der viele Zeitgenossen, die diesen jungen Staat unterstützten, den Eindruck gewonnen haben mochten, daß die Gegner auf der extremen Rechten schwächer geworden waren. Doch die innenpolitische Situation kann insgesamt nur als höchst fragil beschrieben werden. Die Sozialdemokraten befanden sich in einer äußerst prekären Lage: Sie tolerierten die Regierung Brüning in der berechtigten Furcht, daß deren Sturz nur eine weiter rechts angesiedelte Regierung und die Tendenz zu totalitären Lösungen nach sich ziehen könne. Die eigenen Kräfte waren nach der Septemberwahl 1930 zu schwach, um entscheidend und entschieden initiativ werden zu können. Als bezeichnend für die außerordentlich schwache Position der Sozialdemokraten erwies sich der Verlauf der Etatberatungen, bei denen die SPD erhebliche Zugeständnisse u.a. mit ihrer Zustimmung zum Wehretat gemacht und ihm letztlich zugestimmt hatte. Die wenigen eigenen Gesetzentwürfe, die sie hatten einbringen können, waren zwar auch verabschiedet, aber unmittelbar darauf vom Reichsrat aufgehoben worden.<sup>1409</sup> Eine Korrektur dieser Entscheidung konnte durch den Reichstag nicht mehr vorgenommen werden, da dieser im März 1931 aufgelöst worden war und erst im Oktober 1931 wieder zusammentreten sollte. Innerparteilich bedeutete der Tolerierungskurs der SPD eine enorme Zerreißprobe. Auf ihrem letzten Parteitag im Verlauf der Weimarer Republik vom 31.5. bis 5.6.1931 in Leipzig kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei. Der Furcht vor einem Rechtsruck durch eine neue Regierung entgegnete der nach dem Tod Paul Levis als ‚Sprecher‘ der Parteilinken fungierende Max Seydewitz, daß bereits ausgemacht sei, daß die die aktuelle Regierung tragenden bürgerlichen Parteien sich mit den Nationalsozialisten gegen die SPD verbünden

<sup>1409</sup> Winkler, Der Weg, S. 295. Das Kapitel dieses Buches mit dem Titel „Die Krise spitzt sich zu: Deutschland im Jahre 1931“ vermittelt die komplexen Ereignisse des Jahres in angemessen differenzierter Form.

würden. Sei dieser Zeitpunkt gekommen, so Seydewitz, hätte inzwischen die SPD „mit der Politik des Tolerierens, des Ausweichens und Opferbringens“ die Position der Arbeiterklasse grundlegend geschwächt. Er fürchtete um die Kampfkraft der Arbeiterschaft, sah dazu ihr dringend benötigtes Vertrauen und ihre Unterstützung verlorengelassen.<sup>1410</sup>

Zum innenpolitischen Hintergrund dieses Jahres gehört zudem, daß im März 1931 eine Notverordnung vom Reichspräsidenten erlassen wurde, mit der politische Ausschreitungen unterbunden werden sollten. Den staatlichen Organen war damit eine Waffe in die Hand gegeben, Aufmärsche und Versammlungen zu verbieten, von denen angenommen werden konnte, daß zum Widerstand gegen die staatlichen Grundlagen aufgerufen oder aber in herabsetzend-verächtlicher Weise z.B. gegen Glaubensgemeinschaften agitiert würde.<sup>1411</sup> Am 17.7.1931 erließ der Reichspräsident eine weitere Notverordnung, die bereits im Titel erkennen ließ, daß sie an die vom März des Jahres unmittelbar anschließen sollte: „Zweite Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“. Mit einem Aspekt dieser Notverordnung, der Einschränkung der Pressefreiheit, setzte sich Haubach in einem weiteren Artikel für Das Reichsbanner auseinander.<sup>1412</sup> Bemerkenswert sind seine Überlegungen deshalb, weil ihr Urheber offensichtlich mit ihnen den Mitgliedern des Reichsbanners ein eindeutiges Zeichen setzen wollte. Die Agitation der „radikalen Presse“ über die zweite Notverordnung übergang er, sie sei zu erwarten gewesen. Der ‚Aufhänger‘ seines Beitrages war vielmehr die Einschätzung, daß die Reaktionen „der republikanischen Front zweispaltig, unsicher oder geradezu verlegen ausfällt.“<sup>1413</sup> Diese Erscheinung konfrontierte er nun demonstrativ mit einer differenzierten und eindeutigen Stellungnahme.

Als Ausgangspunkt diente ihm eine Fülle von Beispielen aus den vergangenen Jahren, mit denen er nachzuweisen suchte, daß die verfassungsfeindlichen Gruppierungen das Recht der freien Meinungsäußerung mißbraucht hätten. Statt sachlicher Kritik und politischer Auseinandersetzung sei von Nationalsozialisten und Kommunisten das Mittel „der hemmungslosen Verleumdung, der faustdicken Lüge und der erbärmlichsten Beleidigung“ instrumentalisiert worden. Haubach führte diese ungehemmte Entwicklung auf „die Lammsgeduld der Republik“ zurück.<sup>1414</sup> In dieser allgemeinen Form ließ er freilich den Vorwurf nicht stehen. Einmal sei den Gegnern der Republik nicht mit der notwendigen „Strenge“ entgegengetreten und nicht die „<Waffe der rücksichtslosen Unterwerfung unter das Grundgesetz des Staates von Weimar>“ genutzt worden. Wenn sich dieser Aspekt seines Beitrags offensichtlich gegen die ausführenden Behörden richtete, so zog er im Kern seiner Ausführungen eine weitere, grundsätzlichere Ebene ein, indem er Kritik an der Verfassung übte. Wie heikel für diesen engagierten Republikaner der Gedanke war, die Grundlage dieser so vehement verteidigten Staatsform zumindest partiell in Frage zu stellen, läßt eine der einleitenden Äußerungen erkennen: „<Ist es eine Ketzerei, zu sagen, daß die Verfassung Fehler enthält >[...] ?“ [ge-

<sup>1410</sup> Redebeitrag Max Seydewitz, in: Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig vom 31.Mai bis 5.Juni 1931 im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 124 – 128.

<sup>1411</sup> Wortlaut in: Vorwärts, Nr. 149 v. 29.3.1931.

<sup>1412</sup> Haubach, Theodor: Aufhebung der Preßfreiheit? Nein! Aufhebung der Verleumdungsfreiheit? Ja?, in: Das Reichsbanner, Nr. 30 v. 25.7.1931, S. 233 – 234.

<sup>1413</sup> Ebd., S. 233.

<sup>1414</sup> Ebd., S. 234.

sperrt, P.Z.] Seine engagiert vorgetragenen Gedanken bündelnd kam Haubach zu dem Schluß, daß die Verfassung „weniger Liberalismus und mehr Demokratie“ benötige, wobei das liberale Element die Rechte des einzelnen, das demokratische die des Volkes repräsentierten, wie der folgende Satz klarstellte. In verstärktem Maße sei in einer novellierten Verfassung ein „<Notwehrrecht der Republik gegen Verfassungsfeinde>“ [gesperrt, P.Z.] zu verankern, für das die Organe des Staates mit Mitteln – „Ruten und Beile“ – auszustatten seien, um diese Rechte „mit Strenge“ sichern zu können.

Es verwundert nach seiner Argumentation nicht, daß Haubach beiden Notverordnungen im Kern zustimmte. Er merkte allerdings an, daß sie verspätet und überstürzt auf den Weg gebracht worden seien. Die Tatsache, daß der Artikel beginnend auf der ersten Seite der Hauptausgabe des Organs exponiert placierte wurde und daß der Autor sich betont bemüht zeigte, die Adressaten zu überzeugen, indem er z.B. wiederholt auf gemeinsame Erfahrungen verwies – „gerade wir Reichsbannerleute“ –, läßt vermuten, daß Theodor Haubach mit seinen Darlegungen einer möglicherweise bereits begonnenen oder zu erwartenden innerverbandlichen Diskussion bzw. Kritik die Spitze nehmen sollte. Zugleich spiegelte diese klare, nicht auf einen Austausch von Meinungen angelegte Positionsbestimmung die Auffassung Haubachs, daß im Verband kein Raum für den politischen Diskurs sei. In ihrem Kern war die Befürwortung der Notverordnungen die Anerkennung eines innenpolitischen Alltags, der völlig aus den (demokratischen) Fugen geraten war. Es muß eine beklemmende Einsicht gewesen sein, daß Haubach meinte, die Republikaner müßten die Hilfe jenes Artikels der Verfassung akzeptieren, den er Jahre zuvor als eine Schwachstelle, als eine Art Einfallstor für eine potentielle anti-demokratische Entwicklung, ausgemacht hatte.

Als seien damit von ihm die wesentlichen Markierungen für die zukünftige Entwicklung des Reichsbanners unumstößlich und abschließend genannt, äußerte Haubach sich bis zum Juli 1932, dem ‚Preußenschlag‘, inhaltlich weniger gewichtig und vor allem – bis auf eine Ausnahme – nicht derart drängend-reformerisch wie in den oben dokumentierten Texten. So hatte er bereits vor dem Beitrag mit dem Titel „Aufhebung der Preßfreiheit? [...]“ die Verleumdungen „der radikalen Presse“ in der Illustrierten Republikanischen Zeitung aufgegriffen und eine erhebliche Verschärfung der Bestimmungen verlangt; u.a. schlug er vor, die Strafen drastisch anzuheben und nicht die „Sitzredakteure“, sondern die Zeitungen zu belangen. Außerdem klang in diesem Beitrag auch bereits der Gedanke an, die Verfassung zu überprüfen, da doch die Exekutive „alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bereits voll ausgeschöpft“ habe und dennoch „politischer Terror“ im Lande herrsche.<sup>1415</sup> Er bemühte sich zwar, seine Argumente dem Organ entsprechend überwiegend in einem weniger markigen Tonfall und in erzählendem Gestus zu vermitteln, hielt aber fest an seinen Grundpositionen und forderte abschließend nun wiederum parolenartig „eine harte Republik“ und „eine strenge Republik.“<sup>1416</sup>

<sup>1415</sup> Haubach, Theodor: Der Quell des Uebels, in: Illustrierte Republikanische Zeitung 8 (1931), Nr.14 v. 4.4.1931, S. 211 u. 216 Der Beitrag ist auf diese beiden Seiten in der Illustrierten verteilt.

<sup>1416</sup> In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf Gusy, Christoph: Weimar – die wehrlose Republik? : Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts; Bd. 6), Tübingen 1991. Die die Studie leitenden Thesen –

In einer von ihm selbst so bezeichneten „Ansprache zur Verfassungsfeier“ bemühte er noch einmal die „<Ruten und Beile>“, als „Zeichen der harten republikanischen Staatsgewalt“, mit denen „die Republik“ gegen ihre Feinde verteidigt werden solle.<sup>1417</sup> Der Beitrag ist plakativ angelegt und durch die Aneinanderreihung von Behauptungen und Forderungen gekennzeichnet. Bemerkenswert ist, daß Haubach bis zu diesem Zeitpunkt nur in einem Text zuvor derart massiv „die Wirtschaftsführung“ angriff und sie in ihrem Bedrohungspotential für den republikanischen Staat mit dem der politischen Gegner gleichsetzte. Gegen deren „Zügellosigkeit“ und gegen die „politischen Meutereien des Radikalismus“ gelte es, die Republik zu verteidigen, so seine Kernaussage.

Neben einigen kleineren Arbeiten für Das Reichsbanner<sup>1418</sup> fällt ein umfangreicher Beitrag Haubachs auf, der den heutigen Leser eigentümlich berühren mag, der gleichwohl hilfreich ist, seinen Verfasser zu charakterisieren. Mit der bereits an verschiedenen Beispielen festzumachenden Gründlichkeit bei der Erläuterung technisch-organisatorischer Fragen widmete sich Haubach dem Thema „Reichsbanner auf Rädern.“<sup>1419</sup> Ausgehend von der bedrängender werdenden „Kostenfrage“, die den Verband im Verlauf der „Wirtschaftskrise“ offensichtlich immer stärker einschränkte, verwies er zunächst darauf, daß unbedingt an den Fahrtkosten für Aufmärsche oder Demonstrationen gespart werden müsse. Mit deutlich schulmeisterlich-strengem Vorwurf bedachte er die Kameraden, weil sie offensichtlich die Möglichkeit „des Fußmarsches“ zunehmend vernachlässigen würden, was „keinesfalls widerspruchslos hingenommen werden“ könne. Um die Beweglichkeit der Organisation zu erhalten, die wegen der hohen Eisenbahn- und LKW-Kosten „beinahe vernichtet“ sei, schlug Haubach „allen Ernstes“ vor, „<das Fahrrad soll[e] planmäßig zur Beförderung auch stärkerer Kolonnen eingesetzt werden“ und in einem Umkreis „bis zu 150 Kilometer>“ [gesperrt, P.Z.] andere Transportmittel ersetzen. In dem Bestreben, seine Leserschaft mitzureißen, ließ sich der Autor fast euphorisch über die Möglichkeiten und Chancen des Transportmittels Fahrrad aus. Pikanterweise rekurrierte er dabei auf Erfahrungen der (faschistischen) italienischen Armee, die ebenso viele Regimenter mit Fahrrädern ausgerüstet habe, wie es in ihr Kavallerieregimenter gebe. Ausführlich bezog er sich auf einen Beitrag im ‚Militärwochenblatt‘, dem die italienischen Felddienstvorschriften zugrunde lagen. Zum wiederholten Male demonstrierte Haubach seine genaue Kenntnis der Verbandsrichtlinien und suchte mit dem Verweis auf sie die Adressaten zu gewinnen: Es müsse nur der „Abschnitt E“ des „Technischen Führers“ erweitert werden. Zudem wies er auf die kostengünstigen Kombinati-

---

u.a. die, daß die Verfassung der Republik genügend Schutz bot – werden später noch einmal aufgegriffen.

<sup>1417</sup> Haubach, Theodor: Nun erst recht – es lebe die Republik! Eine Ansprache zur Verfassungsfeier, in: Das Reichsbanner, Nr. 32 v. 8.8.1931, S. 249 – 250, S. 249.

<sup>1418</sup> Zu nennen sind: Erfahrungen mit dem ‚Technischen Führer‘, in: Das Reichsbanner, Nr. 32 v. 8.8.1931, S. 256 – Hinweise zum Umgang mit dieser verbandsinternen Anleitung für die Führungskader, in der grundlegende Regeln erläutert werden; außerdem: Hamburg – Bastion der Demokratie, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 37 v. 12.9.1931 – im ersten Teil die persönlich empfundene Darstellung der Schönheiten der Stadt, dann das Hohelied auf den festen sozialdemokratischen Widerstand der Hamburger Arbeiterschaft gegen die Nationalsozialisten.

<sup>1419</sup> Haubach, Theodor: Reichsbanner auf Rädern. Mehr Beweglichkeit unsern Formationen, in: Das Reichsbanner, Nr. 22 v. 30.5.1931, S. 174.

onsmöglichkeiten von Fahrradfahrten mit der Benutzung eines LKW bzw. mit der Eisenbahn hin.

Doch dabei beließ er es nicht. Akribisch verfuhr er weiter und entwickelte ein „Befehlsmuster“, das er in drei große Abschnitte untergliederte. Um die Intensität seiner Beschäftigung mit diesem Komplex zu illustrieren, seien einige Zitate exemplarisch angeführt. Unter der Überschrift „Spezialbefehl für die Kolonnen“ breitete er als Vorlage schriftliche Befehle für drei Kolonnen aus, in denen die Führer Hinweise gaben wie: „Von Y...bergen nach Z...stadt (10 Kilometer) Straße erster Ordnung, aber erheblich ansteigend, daher Reisegeschwindigkeit nur 7 Kilometer“. In der „Sonderanweisung für die Führer“ hieß es dann u.a.: „Der in den letzten Tagen herrschende Westwind dürfte die Anfahrt beschleunigen, die Rückfahrt verzögern“ oder „Die Leitung des Ortsvereins begibt sich auf den Marschweg der Kolonne 2 mit Personenkraftwagen nach B...hausen. [...] Personenkraftwagen der Ortsvereinsleitung führt Ersatzteile mit.“

Die von Haubach einleitend gebrauchte Formulierung, er propagiere seine Vorstellungen zu diesem Thema „allen Ernstes“, läßt erkennen, daß er sich bewußt war, nicht allein Neuland zu betreten, sondern auch Skepsis oder Ablehnung bei den Reichsbannerkameraden zu riskieren. Vermutlich fürchtete er – eine Reihe seiner Äußerungen in anderen Kontexten weisen darauf hin - die mangelnde Flexibilität und die Bequemlichkeit vieler Mitglieder, die wohl lieber auf die Teilnahme an einem Aufmarsch in einer anderen Stadt verzichteten, wenn die Kosten für die Eisenbahn oder Lastkraftwagen nicht aufzubringen waren, als sich des Fahrrades zu bedienen. Die Ernsthaftigkeit, mit der sich Theodor Haubach dennoch dieses Themas annahm und die sich auch in einer Art Detailbesessenheit konkretisierte, weist unzweifelhaft nach, welche große Bedeutung er ‚seinem‘ Kampfbund beimaß. Es sah es also nicht allein als seinen Auftrag an, die großen Linien vorzuzeichnen, sondern widmete sich auch den alltäglichen, letztlich durchaus existentiellen Fragen, denn die unbefriedigende finanzielle Situation des Verbandes bedrohte ja offenkundig dessen Schlagkraft.

In der Summe weisen die Anzahl der Beiträge, die Haubach nach den Septemberwahlen 1930 in den Verbandsorganen veröffentlichte, wie deren breite inhaltliche Streuung augenfällig nach, daß das Reichsbanner für ihn ein unverzichtbares Instrument im Kampf für den Erhalt der Republik darstellte. Er trat fordernd und drängend auf und war nach dem Schock vom September 1930 nicht länger bereit, dabei zuzusehen, wie gemütvolleres Vereinsleben an vielen Orten den Kampfbund schwächte. Die massive Präsenz Haubachs 1930 und 1931 im Sprachrohr des Reichsbanners läßt einmal erkennen, welche hohe Bedeutung der Verband in seinen strategischen Überlegungen einnahm, daß er sich als ‚Führer‘ in der Pflicht sah, der markante, auch wenig populäre Zeichen zu setzen hatte und daß schließlich die Wahlniederlage des republikanischen Lagers entgegen seinen manchmal euphemistisch klingenden Einschätzungen – „Schlappe“ – eine heftige Erschütterung ausgelöst haben mußte.

Der Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 27.9.1931, der reichsweit aufmerksam verfolgt wurde, machte schlagend deutlich, daß die Nationalsozialisten keineswegs an Attraktivität bei den Wählern verloren hatten. Sie steigerten ihren Anteil auf 26,25 % und stellten damit die zweitstärkste Fraktion, nur etwa 1,5 % hinter den Sozialdemokraten liegend. Auch die KPD hatte in erheblichem Maße hinzugewonnen, in der Mitte schrumpften mit den Anteilen der SPD die der

Koalitionspartner. Zwei Sitze Vorsprung in der abgelaufenen Legislaturperiode wandelten sich in ein Defizit von 26 Abgeordnetensitzen gegenüber der machtvoll erstarkten, jedoch selbstverständlich nicht gemeinsam auftretenden ehemaligen Opposition. So konnte ein Minderheitssenat unter Führung der SPD weiter regieren, er war allerdings nachhaltig geschwächt.<sup>1420</sup>

Neben den weiteren spektakulären Erfolgen der NSDAP im parlamentarischen Raum, u.a. bei der später annullierten Landtagswahl in Hessen im November 1931 sahen sich ‚die Republikaner‘ zusehends in eine defensive Position gedrängt. Wirtschaftliches Elend und soziale Mißstände weiteten sich aus. Der Aufmarsch der ‚nationalen Opposition‘ unter Einschluß vaterländischer Verbände, der NSDAP und der DNVP, die sich im Oktober 1931 zur Harzburger Front zusammenschlossen, und der Skandal um die sogenannten Boxheimer Dokumente, mit denen geheime Putschpläne der Nationalsozialisten enthüllt werden konnten, gaben jenen Stimmen Gewicht, die bereits seit längerem eine massivere demonstrative Präsenz des republikanischen Lagers in der Öffentlichkeit forderten.<sup>1421</sup> Die defensive Grundhaltung der SPD war die Konsequenz ihres immer schwächer werdenden politischen Gewichtes und drückte sich z.B. in der Unterstützung von Hindenburgs bei seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten im April 1932 aus. Stellvertretend für die Stimmungslage in der Partei sei Haubachs Chef Albert Grzesinski, der Berliner Polizeipräsident, zitiert, der die Niederlage Hitlers mit dem Bild kommentierte, nun sei die „Hakenkreuzlähmung“ überwunden und hinzusetzte: Sie „war [Hervorhebung v. P.Z.] eine überaus gefährliche Krankheit.“<sup>1422</sup> So eng war der politische Spielraum der Sozialdemokraten mittlerweile geworden, daß es ihnen nicht gelang, einen aussichtsreichen ‚republikanischen‘ Kandidaten zu nominieren, sondern sie sich gezwungen sahen, Hindenburg zum Sieg zu verhelfen, einem ausgewiesenen Skeptiker gegenüber demokratischen Grundsätzen und der republikanischen Staatsform. Dieser ‚Erfolg‘ verleitete dann einflußreiche Sozialdemokraten dazu, wie das Beispiel Grzesinskis zeigt, beinahe übermütig Bilanz zu ziehen und den Nationalsozialismus im Abstieg zu wähen. Seit dem Herbst 1931 waren nämlich die Anstrengungen intensiviert worden, als Gegengewicht gegen die ‚nationale Opposition‘ die republikanischen Kräfte zusammenzufassen. Ergebnis war die „Eiserne Front“, deren Entstehung quellenmäßig nicht eindeutig zu fixieren ist, die aber durch einen Aufruf des Bundesrates des Reichsbanners am 22.11.1931 der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde.<sup>1423</sup>

<sup>1420</sup> Büttner, Ursula: Das Ende der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Hamburg, Erstveröff. in Büttner, Ursula/Werner Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entscheidungsjahre 1931 – 1933, Hamburg 1983, S. 7 – 37, in: Büttner, Ursula: Errichtung und Zerstörung der Demokratie in Hamburg. Fünf Abhandlungen, Hamburg 1998, S.141-202, S. 150.

<sup>1421</sup> Vgl. zur Harzburger Front: Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964, 4.Aufl., S. 407 – 415 und zu den Boxheimer Dokumenten: Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Bd. 2, Berlin 1932, S. 364/5 sowie v.a. Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989, ungekürzte Studienausg. d. Orig.-Ausg. 1996, Bonn 2001, S. 112 – 119.

<sup>1422</sup> Grzesinski, Albert: Hitler ist nicht legal!, in: Das Reichsbanner, Nr. 15 v. 9.4.1932, S. 113.

<sup>1423</sup> Schaefer, Rainer: SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930 – 1932, Frankfurt/M.-New York 1990, S. 306 f. Vgl. zu dem Zusammenhang auch: Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik.

Vorangetrieben wurde dieser Zusammenschluß vor allem durch Carlo Mierendorff, der gemeinsam mit dem russischen Naturwissenschaftler Sergej Tschachotin das ‚Symbol der Drei Pfeile‘ entwickelte.<sup>1424</sup> Es wurde im Laufe des Jahres zunehmend in die Kampagnen und Aufmärsche integriert. Drei parallel verlaufene, schräg hinuntersausende Pfeile sollten Einigkeit und Dynamik der Bewegung symbolisieren. Eine kämpferisch-aggressive Betonung erhielten sie durch ihre Verbindung mit den Symbolen der gegnerischen, vor allem nationalsozialistischen Gruppierungen, wenn z.B. die drei Pfeile das Hakenkreuz sinnbildhaft durchbohrten oder überdeckten. Häufig wurden die drei Pfeile auch als Element von Karikaturen verwendet, die sich vorwiegend gegen Adolf Hitler richteten. Hitler wurde beispielsweise als Strichmännchen dargestellt, das ängstlich fliehend eine Hand gegen die drohend auf ihn gerichteten drei Pfeile erhebt, versehen mit überwiegend recht schlichten Versen, die eine Siegermentalität widerspiegeln sollten wie: „Adolf, tu dich ja beeilen, vor den eisernen drei Pfeilen!“<sup>1425</sup> oder „Den Hitler-Adolf packt das Grausen – er hört die drei eisernen Pfeile sausen.“<sup>1426</sup>

Nach längerer Vorbereitungszeit verlief dann der Zusammenschluß der Eisernen Front offenbar zügig. Hamburg meldete im Dezember 1931, daß nun „250 000 organisierte Männer“ zusammenständen. Als beteiligte Organisationen nannte das SPD-Organ die Landesorganisation der SPD, den ADGB, den Allgemeinen freien Angestelltenbund, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und das Arbeitersportkartell.<sup>1427</sup> Ein erhaltenes Dokument aus der Frühphase der Eisernen Front in Hannover läßt erkennen, welche Zielvorstellungen und organisatorischen Strukturen dieser neuen Vereinigung mit auf den Weg gegeben wurden. Eingerichtet wurden Bezirks- und Ortsausschüsse, in die jeweils nur ein Vertreter der beteiligten Verbände entsandt wurde, um „einen einheitlichen Kampf aller in Frage kommenden Organisationen gegen den Faschismus zu organisieren.“<sup>1428</sup> Es solle auch „alles Nebensächliche“ im Sinne einer unverzüglichen und eindrucksvollen Formierung der Eisernen Front „beiseite bleiben“, forderten die Autoren, sich damit als Experten deutschen Verbandslebens ausweisend, und sie nannten zugleich einen möglichen neuralgischen Punkt: Die Besetzung der Koordinationsausschüsse solle paritätisch erfolgen und nicht „erst lange Berechnungen“ angestellt werden, um etwa in langwieriger Prozedur nach der Mitgliederzahl einen Schlüssel für die Anzahl der Delegierten ermitteln zu müssen.<sup>1429</sup>

---

Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

<sup>1424</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 120 ff. u.: Ders.: Symbolkampf in Deutschland 1932: Sergej Tschachotin und der ‚Symbolkrieg‘ der Drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 22 (1986), S. 498 – 533.

<sup>1425</sup> Das Reichsbanner, Nr. 13 v. 26.3.1932, S. 97.

<sup>1426</sup> Das Reichsbanner, Nr. 14 v. 2.4.1932, S. 105.

<sup>1427</sup> H.E., Nr. 352 v. 22.12.1931.

<sup>1428</sup> Interne Information „An alle Untergruppen der Sozialdemokratischen Partei, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Arbeitersportbewegung im Bezirk Hannover“, 3 S. ms., o. Vf., nicht datiert [Mit großer Sicherheit: Dezember 1931/Januar 1932, da auf bevorstehende Aktionen für Ende Januar 1932 hingewiesen wird.], in: Bundesarchiv Koblenz, Bestand Kleine Erwerbungen, Nr. 320.

<sup>1429</sup> Ebd., S. 1.

Das Dokument weist eindeutig aus, daß der Eisernen Front im „Kampf gegen den Faschismus“, der mehrfach in diesem Papier als wesentliches Ziel beschworen wird, die Aufgabe zugeordnet war, durch massenhafte Auftritte nachdrücklich die Sache der Republik zu vertreten. So war vom 31. Januar bis 7. Februar 1932 „eine erste Versammlungswelle“ geplant, in der kurze Reden vorgesehen waren, die aber vor allem quantitativ machtvoll wirken sollte.<sup>1430</sup> Die Ereignisse um die Formierung der Eisernen Front und die geplanten Aktivitäten lassen eindeutig erkennen, daß die republikanischen Kräfte unbedingt aus der Defensive herauskommen und der massiven Präsenz der Nationalsozialisten ‚auf der Straße‘ sichtbar begegnen wollten. Die von Mierendorff entscheidend initiierte Symbolik war als integratives Moment dieser neuen Bewegung gedacht, eine sinn- und gemeinschaftsstiftende Bildersprache sollte nicht der Hakenkreuz-Propaganda allein überlassen bleiben. Sie blieb jedoch – möglicherweise auch in den Augen weiterer Kreise der Bevölkerung – eine bloße Reaktion, konnte sich zweifellos auch in der noch verbleibenden Zeit nicht so nachhaltig festsetzen, wie es die Symbole der politischen Gegner bereits geschafft hatten. Es ist zu vermuten, daß dieser Aspekt nachträglich unverhältnismäßig bedeutsam dargestellt wurde. Die Hinweise des Mierendorff-Biographen auf den beabsichtigten ästhetischen Kontext der neuen Symbole, die in der Verbindung mit großen Demonstrationen zu einer Art „Gesamtkunstwerk“ stilisiert wurden, führen auf die bürgerlich-intellektuelle Haltung Mierendorffs zurück.<sup>1431</sup> Er suchte gemeinsam mit seinen Mitstreitern nach neuen propagandistischen Waffen und bemühte sich zweifellos einfallsreich und innovativ um ihm naheliegende Lösungen. Doch die Menschen erwarteten praktische politische Lösungen zur Linderung ihrer individuellen wirtschaftlichen Situation. Theodor Haubach hat sich offenbar nicht derart intensiv wie sein Freund in die Bildung der Eisernen Front eingeschaltet. Wie ein Sympathisant, der ihre Entwicklung solidarisch und hoffnungsvoll begleitete, sah er im Mai 1932 „für die glänzende Parole der ‚Eisernen Front‘“ erste Erfolge. Seine Vorschläge zur Reorganisation der agitatorischen Arbeit der Partei sah er in dem neuen Verbund zumindest teilweise realisiert.<sup>1432</sup> Die Symbolik der ‚Drei Pfeile‘ sei „ein wundervoller Einfall“, der geeignet sei, die Kampagnen mit Kraft und Dynamik zu versehen.<sup>1433</sup> Zudem ist belegbar, daß er u.a. an einer der oben angekündigten Großveranstaltungen in Hannover als Redner teilnahm. In einem Schreiben dankten die Hannoveraner Initiatoren ihm „herzlich für Ihre Bereitwilligkeit“ und klärten im Kontext einige technische Fragen.<sup>1434</sup> Der „Generalappell der Eisernen Front“ fand dann am 21.2.1932 in der Stadthalle statt; einer der vier Redner war Haubach, angekündigt als „Pressechef d. Berl. Pol. Präs.“ neben einem Vertreter der Metallarbeitergewerkschaft, dem Gauvorsitzenden des Reichsbanners und einem Vertreter der Sportstaffeln.<sup>1435</sup>

<sup>1430</sup> Ebd., S. 2.

<sup>1431</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. S. 123 – 125.

<sup>1432</sup> Glenow, Walter [d.i. Theodor Haubach; vgl. dazu das folg. Kap.]: Geist und Technik des Preußenwahlkampfes, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), H. 5, S. 232 – 239, S. 233.

<sup>1433</sup> Ebd., S. 238.

<sup>1434</sup> Brief an Herrn Dr. Theodor Haubach, Berlin, v. 19.2.[1932], in: Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 320, Bl. 224.

<sup>1435</sup> „Technische Einteilung zum Generalappell der Eisernen Front am Sonntag, den 21. Febr. 32 in der Stadthalle“, in: Ebd., Bl. 211.

Haubachs Beteiligung signalisiert seine Bereitschaft, diese neue Vereinigung zu unterstützen, zugleich deutet sie auch auf das hohe Renommee hin, das er weiterhin in ‚seinem‘ alten Reichsbannergau besaß. Wenn auch in einigen Darstellungen Haubach neben Mierendorff und Tschachotin die Rolle eines wesentlichen Mitgestalters und Initiators für eine „Propagandaoffensive der Eisernen Front“ zugesprochen wird, so gibt es dafür keine Belege. Die Autoren legen dann jeweils einen Automatismus im Zusammengehen der beiden Darmstädter Freunde zugrunde.<sup>1436</sup>

Das Reichsbanner hatte sich als bedeutendstes Potential unübersehbar in die gerade gebildete Front eingereiht, indem z.B. ‚Das Reichsbanner‘ seit Anfang 1932 mit der rot gesetzten Unterzeile „Die Wochenzeitung der Eisernen Front“ erschien.<sup>1437</sup> Das dennoch eher zurückhaltende Engagement Haubachs in der Eisernen Front könnte darauf zurückzuführen sein, daß er befürchtete, die von ihm eingeforderte Erhöhung der Schlagkraft des Reichsbanners würde unter dem Versuch leiden, es in eine neue, größere Organisation integrieren zu müssen. Für Mierendorff und Tschachotin stellte die Eisernen Front ein Vehikel dar, um in der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die immer stärker werdende nationalsozialistische Bedrohung auf eine breitere Basis zu stellen, verbunden mit dem Versuch, der republikanischen Sache mit einer zündenden Symbolik neue Kraft einzuhauchen.<sup>1438</sup> Die Idee fand nicht nur in Gestalt gewaltiger Aufmärsche und Demonstrationen Widerhall, sondern auch in der sozialdemokratisch orientierten Publizistik. Sogleich wurden konzeptionelle Entwürfe für die neue „Kampfesfront“ veröffentlicht. Dabei erhobene Forderungen, „die Interessen der einzelnen Organisationen“ müßten zurückgestellt und die ganze Kraft auf die Eisernen Front konzentriert werden, waren für Theodor Haubach vermutlich in dieser Ausschließlichkeit nicht nachvollziehbar.<sup>1439</sup>

Den Intentionen Haubachs entsprach dagegen zweifellos eher die Bildung von Eliteeinheiten im Reichsbanner, die im Winter 1930/31 begann. Für die sogenannten ‚Schutzformationen‘, abgekürzt ‚Schufo‘, wurden ausnahmslos jüngere Kameraden rekrutiert. Der ehemalige Reichsbannermann Paul Grot erinnert sich, daß in der Schufo, der er angehörte, kaum noch ein Kriegsteilnehmer beteiligt war. Diese sammelten sich in den ‚Stammformationen‘. Die Schufos trafen sich separat zu Zusammenkünften und regelmäßig abgehaltenen Übungen z.B. auf dem Gelände einer Schule.<sup>1440</sup> Die von Rohe formulierte Annahme, daß die Schufos des Gaues Hamburg-Bremen-Nordhannover zu den besonders gut ausgebildeten gehörten, bestätigte Paul Grot.<sup>1441</sup> Sein Bruder Otto Grot war Schufoführer und als Polizeioberleutnant zugleich der Ausbilder. Diese organisatorische Änderung in der Struktur des Reichsbanners kam den oben wiedergegebenen Forderungen Haubachs nach Reformen entgegen, die auf eine Erhöhung der Schlagkraft der Truppe zielten.

<sup>1436</sup> Z.B. bei Schaefer, SPD in der Ära, S. 346 f.

<sup>1437</sup> Das Reichsbanner, Nr. 7 v. 13.3.1932.

<sup>1438</sup> Vgl. Tschachotin, Sergej: Aktivierung der Arbeiterschaft, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), H. 3, S. 149 – 151. S.T. (1883 – 1973) arbeitete zwischen 1930 und 1933 als Wissenschaftler an der Universität Heidelberg, verließ Deutschland 1933.

<sup>1439</sup> So z.B. bei Weimann, Richard: Eisernen Front und Bildungsarbeit, in: Sozialistische Bildung, 4 (1932), H. 2, S. 33 – 36, S. 33.

<sup>1440</sup> Gespräch P.Z. mit Paul Grot, Jg. 1906, am 18.7.2001.

<sup>1441</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 370.

Die Vermutung liegt nahe, daß er dieser Entwicklung seine volle Aufmerksamkeit zuwandte, zumal sie wahrscheinlich in vielen Gauen des Reiches keineswegs so positiv verlief wie in Hamburg. Nachweisbar ist sein weiteres Engagement im Reichsbanner durch verschiedene öffentliche Auftritte, die Haubach auch immer wieder in ‚seinen‘ alten Gau zurückbrachten, etwa zu einer Trauerkundgebung nach Hamburg oder einer Bannerweihe in den niedersächsischen Raum.<sup>1442</sup> Die überregionale Bedeutung Haubachs im Reichsbanner macht auch eine Beobachtung Alfred Vagts’ deutlich, der mit seiner Frau Königsberg besuchte und ein Backsteintor durchschreitend unvermittelt in eine Veranstaltung des Reichsbanners geriet. In deren Mitte, wie er farbig und mild-ironisch schildert, „spricht sich [einer] heiser und trocken im Mund gegen den Ostwind, viel von Deutschland und Republik, und kein anderer ist das als unser Haubach.“<sup>1443</sup>

Ein Zeugnis für ihm zuteil gewordene Anerkennung ist zweifellos in der Tatsache zu sehen, daß eine ‚Kameradschaft‘, also eine Einheit von etwa 100 Männern, des Reichsbanners Chemnitz den Namen ‚Haubach‘ trug. Das geht aus einer Traueranzeige des zugehörigen Gaus hervor, in der der gewaltsame Tod eines Kameraden aus dieser Einheit bekanntgegeben wurde.<sup>1444</sup> Der Schriftsteller Dieter Kühn bezieht sich bei der Darstellung der politischen Positionen von Ossietzkys und Haubachs darauf, siedelt die „Theodor-Haubach-Kameradschaft“ allerdings im Jungbanner an.<sup>1445</sup> Auf Anfrage erklärte der ehemalige Reichsbannermann Paul Grot, daß ihm ausschließlich Reichsbannereinheiten bekannt geworden seien, die Nummern getragen hätten, die Bezeichnung mit dem Namen eines Führers schätzte er als „höchst ungewöhnlich“ ein.<sup>1446</sup> Da diese Benennung nun aber offiziell verwandt wurde, ist auf eine wohl auch singuläre Beziehung Haubachs zu diesem Gau zu schließen. Recherchen in Chemnitz blieben leider erfolglos, so daß der Kontext nicht differenziert dargestellt werden kann.

Im Frühjahr 1932 hielt er – wie die Illustrierte Republikanische Zeitung mit Fotos von ihm und dem Auditorium meldete – „in einer der größten republikanischen Jugendversammlungen, die Hamburg je gesehen hat,“ eine Rede.<sup>1447</sup> Haubach nahm auch an der letzten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners im Februar 1933 teil. Auf ihr wurde Karl Höltermann per Akklamation zum 1. Bundesführer gewählt. In der Liste der Vorstandsmitglieder taucht der Name Theodor Haubach zwar nicht auf, er ist jedoch eindeutig identifizierbar auf dem Foto, das alle Mitglieder dieser Versammlung vereinte.<sup>1448</sup>

Wie intensiv sich Haubach weiterhin im Reichsbanners engagierte, geht auch aus seiner Beteiligung am Sturz des langjährigen Bundesvorsitzenden Otto Hörsing

<sup>1442</sup> Das Reichsbanner, Nr. 4 v. 24.1.1931 und Das Reichsbanner, Nr. 20 v. 16.5.1931.

<sup>1443</sup> Vagts, Memoiren, Kap. XII, S. 17.

<sup>1444</sup> Das Reichsbanner, Nr. 6 v. 11.2.1933.

<sup>1445</sup> Kühn, Dieter: Grenzen des Widerstands. Essays (edition suhrkamp 531), Frankfurt/M. 1972, S. 119. Der Vf. gibt im Text keinen Hinweis auf eine Quelle und konnte sich auch bei einem Gespräch mit mir in Marbach i. Nov. 1999 nicht an den Informanten erinnern.

<sup>1446</sup> Anfrage P.Z. bei Paul Grot am 10.10.2001.

<sup>1447</sup> Illustrierte Republikanische Zeitung, Nr. 11 v. 12.3.1932, S. 162.

<sup>1448</sup> Illustrierte Republikanische Zeitung, Nr. 9 v. 4.3.1933, S. 131. Die Versammlung fand am 17. u. 18.2.1933 in Berlin statt; Theodor Haubach ist auf dem Foto in der 2. Reihe, Mitte, zu erkennen.

hervor.<sup>1449</sup> Dieser hatte den Verband seit der Gründung fast autokratisch geführt, galt als unangefochten, doch im Zuge des Versuchs, die Organisation nach der Septemberwahl 1930 neu auszurichten, geriet auch Hörsing innerverbandlich in die Kritik. Er repräsentierte zumindest für eine Gruppe Erneuerer das ‚gemütliche‘ Reichsbanner und damit eine Führungspersönlichkeit, von der keine Innovation zu erwarten war. Die „treibende Kraft in einer Berliner Reichsbannerfronde“, wie Rohe die Gruppe apostrophiert, war Wilhelm Nowack, der langjährige stellvertretende Vorsitzende des Reichsbannergaues Berlin-Brandenburg. Er berichtete, daß zu dem Kreis der ‚Frondeure‘ auch Theodor Haubach gehörte.<sup>1450</sup> Die genauen Umstände der Vorgehensweise sind nicht zu rekonstruieren. Mit Sicherheit war neben Karl Wiegner, dem Redakteur der Illustrierten Reichsbannerzeitung, die seit der Januar Ausgabe 1929 den Titel Illustrierte Republikanische Zeitung trug, auch der 2. Bundesvorsitzende Karl Höltermann am Sturz Hörsings beteiligt. Eine Beziehung zu Höltermann hatte Haubach außerhalb des Reichsbanners z.B. auch im Rahmen der gemeinsamen Mitarbeit in der Wehrkommission 1929 herstellen können.

Material zur Beantwortung einer der oben formulierten ‚Leitfragen‘ konnte zuvor durch die Analyse seiner Beiträge erbracht werden. Sie weisen nach, daß er sich engagiert, manchmal vehement und ohne Rücksicht auf die Stimmungslage der breiten Mitgliedschaft zu nehmen, um eine Erneuerung des Verbandes mühte. Die Position, die er dem Reichsbanner bereits früh zugewiesen hatte, bekräftigte er: Die Organisation, so forderte er eindringlich, dürfe nicht parteipolitisch festgelegt werden und müsse ausschließlich überparteilich und pro-republikanisch agieren. Er hielt sich also strikt weiterhin an die von ihm auch zuvor vertretene Linie der Trennung der (gesellschafts-)politischen Sphäre in ein Feld, in dem nach den Vorgaben der Verfassung die politischen Parteien tätig waren, und in ein anderes, das das gesellschaftliche Leben umschloß und in dem der Kampfbund angetreten war, eben diese Verfassung gegen deren Gegner zu schützen. Organisatorisch und strukturell mahnte er seit Ende 1930 massiv eine Kursänderung an. Ohne sie, das lassen seine Beiträge nachhaltig erkennen, sah er die Funktionsfähigkeit des Reichsbanners und damit dessen ihm so wichtig erscheinende Rolle im Kampf um den Erhalt der Republik massiv gefährdet. Wie ernst es ihm mit seiner Sorge um den neuen Staat und seinen daraus resultierenden Forderungen war, illustriert seine oben erwähnte Beteiligung am Sturz Otto Hörsings. Der war geradezu eine Ikone der Organisation gewesen und hatte sich auch ungehemmt in den Organen des Reichsbanners feiern lassen. Als Beispiel mag ein Gedicht dienen, das – „Dem Grobschmied Hörsing“ gewidmet –, „von einem deutschen Musketier“ verfaßt worden war und hervorgehoben placierte wurde.<sup>1451</sup>

<sup>1449</sup> Friedrich Otto Hörsing (1874 – 1937), Mitglied der SPD bis 1932, Oberpräsident der Provinz Sachsen, Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 1924 – 1932; nach seinem erzwungenen Rücktritt am 2.7.1932 wurde er am nächsten Tag aus der SPD ausgeschlossen; kurz darauf gründete er die Sozialrepublikanische Partei Deutschlands.

<sup>1450</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 389.

<sup>1451</sup> Das Reichsbanner, Nr. 5 v. 1.3.1925. Die erste Strophe lautet: „Wir waren vor dem Feind gelegen, / Vier Jahre und mehr./ Wir haben nicht den Krieg verloren/ Und nicht die Ehr’.“ Dieser literarische Versuch markiert auch die Spannbreite der Mitgliedschaft des Reichsbanners. Wird sich die Mehrheit der Kameraden noch mit dem Inhalt identifiziert haben können –, „Die oben verloren das Spiel.“ heißt es in der zweiten Strophe –, so wird der die deutschen Klassiker und vor

Der notwendige Versuch, die Rolle, die Haubach im Reichsbanner einnahm, wie auch den Stellenwert des Verbandes selbst im politischen Leben der Weimarer Republik einzuschätzen, soll den Abschluß dieses Kapitels bilden. Diese Gewichtung soll gegen den Hintergrund der Ereignisse vom 20. Juli 1932 vorgenommen werden. Einmal befand sich Theodor Haubach wegen seiner beruflichen Tätigkeit beim Polizeipräsidenten Berlins im Zentrum des Geschehens, zum anderen stellte der sogenannte ‚Preußenschlag‘ die letztlich existentielle Herausforderung für die Republik und das Reichsbanner dar. Die Absetzung der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung war zweifellos das Ergebnis eines bereits länger andauernden Prozesses, in dem bewußt die demokratische Grundlage der Republik untergraben wurde. Die Art der Reaktion durch das Reichsbanner auf diesen Schlag läßt Rückschlüsse auf sein Potential zu, kann als eine Art ‚Kassensturz‘ für den Kampfbund gewertet werden.

Zuvor ist Haubachs Engagement in den seit 1930 erscheinenden Neuen Blättern für den Sozialismus darzustellen, das zeitlich parallel mit der Aufnahme der beruflichen Tätigkeit in Berlin begann. Er veröffentlichte in dieser Zeitschrift eine erstaunlich große Zahl von Beiträgen, die sein Bemühen um neue Strukturen im Reichsbanner seit 1930 auf einer anderen kommunikativen Ebene und andere Ziele – vor allem die SPD visierend - aufzeigen. Seine Aufsätze in diesem Organ bieten hinreichend Material, um das Bild der politischen Zielvorstellungen Theodor Haubachs, und zwar sowohl langfristig-strategisch wie handlungsorientiert an der ‚Tagespolitik‘ ausgerichtet, nach der Septemberwahl 1930 zu ergänzen, zu differenzieren und damit der Beantwortung der formulierten Leitfragen näherzukommen.

#### **7.4 Neue Akzente in den konzeptionellen Vorstellungen Haubachs – die ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘ als Sprachrohr**

##### **7.4.1 Zur Entstehung und zu den Zielen der Zeitschrift**

Bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hinein lassen sich die Anfänge einer religiös-sozialistischen Bewegung zurückverfolgen. Verschiedene Bemühungen, die vielen Gruppen unter einem Dach zusammenfassen zu wollen, gelangen nur teilweise. Der ‚Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands‘, der 1926 gegründet wurde, vereinigte während seiner Existenz immer nur einen Teil der religiösen Sozialisten.<sup>1452</sup> Die Bewegung zeichnete sich durch eine starke Heterogenität aus. Zwar beteiligten sich überwiegend Protestanten an der Arbeit, doch es gab auch eine Zahl von Mitgliedern, die katholischer Konfession oder jüdischen Glaubens waren. Genausowenig sind sie etwa nur der Sozialdemokratie zuzuordnen, denn es gab durchaus Mitglieder, die den Kommunisten zuneigten.<sup>1453</sup> Verbindendes Moment dieser Menschen, die zumeist aus der kirchlichen Arbeit kamen, bestand in der Absicht, den Neuanfang nach 1919 zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit zu nutzen. Ihr offen vertretenes Bekenntnis zu einem ethisch fundierten Sozialismus

---

allem Friedrich Hölderlin zugeneigte Haubach – wie vermutlich andere – die betulich-mühsame Reimerei nur schwer ertragen haben.

<sup>1452</sup> Heimann, Siegfried: Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands (BRSD): Selbstverständnis, organisatorische Entwicklung und praktische Politik, in: Heimann, Siegfried/Walter, Franz: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 13.

<sup>1453</sup> Ebd., S. 258 f.

und zur Kraft des Glaubens, das sie gleichwohl nicht davon abhielt, die Praxis der Kirchen kritisch zu begleiten, brachte ihnen sowohl in der SPD wie in der KPD Distanz und Ablehnung ein. Sie mischten sich jedoch je nach dem Potential der regionalen Gruppierung nachdrücklich in tagespolitische Fragen ein und akzentuierten ihre Zugehörigkeit „zur sozialistischen Arbeiterbewegung.“<sup>1454</sup>

Eine Gruppe, die ihre Selbständigkeit jeweils deutlich demonstriert hatte, war der sogenannte ‚Berliner Kreis‘, ein Titel, der sich auf die Entstehung bezog. Zu ihm gehörten zunächst jüngere Wissenschaftler, die schnell als Professoren an verschiedenen Universitäten des Reiches ihre berufliche Laufbahn fortsetzten. Der geistige Austausch geschah auf vereinzelt Treffen, über Korrespondenz und ein eigenes Organ, die ‚Blätter für religiösen Sozialismus‘. Die Mitglieder dieser Gruppierung traten auf vielen Veranstaltungen der Bewegung als Referenten auf, begriffen sich vorwiegend als Anreger oder besser: als ‚Lehrer‘. So bemängelte Carl Mennicke, ein Mitglied des Berliner Kreises, in seiner Nachlese zu einer übergreifenden Veranstaltung der Bewegung, daß der religiöse Sozialismus „kein imponierendes und hoffnungweckendes Bild“ bieten würde.<sup>1455</sup> Im gleichen Atemzug ließ er die Grundhaltung der ‚Berliner‘ erkennen, als er darauf verwies, daß die Bewegung „als solche gar nicht zu Macht und Ansehen kommen soll.“ Die „echten Kräfte“, so der Autor, seien zu entwickeln, und „je unauffälliger, je weniger betont“ das vor sich gehe, desto überzeugender sei es „für die Sache.“<sup>1456</sup> Die „Sache“ beschrieb er mit gewaltigen Worten als Auseinandersetzung mit der sozialen Situation der Menschen, die durch „die zerstörerische Wucht des kapitalistischen Schicksals“ geprägt sei. Als Vorbild und probates Mittel pries er – sich fast indigniert von jenen Gruppen absetzend, die für die konkrete politische Arbeit enge Bindung zu den Kirchen bzw. Parteien suchten – den Berliner Kreis, der eine „ganz freie geistige Bewegung“ darstelle und als „geistige Gemeinschaft“ existiere.<sup>1457</sup>

Die Berliner verstanden sich offenbar eher als eine Art ‚Denkfabrik‘, als geistiges Zentrum, von dem aus mit den Waffen des Geistes dem ‚zerstörerischen Kapitalismus‘ begegnen werden sollte. Kritisch anzumerken bleibt, daß jegliche mittel- oder langfristig angelegte politische Strategie selbstverständlich der Reflexion und der geistigen Auseinandersetzung bedarf, soll sie nicht in vordergründigem Aktivismus stecken bleiben. Doch wenn die Berliner Intellektuellen gegen einen als „flach“ empfundenen „ökonomischen Sozialismus“ den eigenen Anspruch setzten, den Sozialismus „ethisch und religiös zu vertiefen“<sup>1458</sup>, so ignorierte ihr Vertreter Mennicke mit seiner schroffen Abwehr aller Formen der Zusammenarbeit zugleich einen wichtigen Grundsatz der Arbeiterbewegung, der man sich nach eigenem Bekunden nahe fühlte: die Entwicklung eines solidarischen Bewußtseins für den politischen Kampf.

Offenkundig traten gegen Ende der zwanziger Jahre zunehmend Differenzen im Berliner Kreis auf, die sich u.a. an der grundsätzlichen Frage der Rolle des Berli-

<sup>1454</sup> Ebd., S. 63.

<sup>1455</sup> Carl Mennicke (1887 – 1959), Sozialpäd., Soziologe; Mitbegründer des ‚Berliner Kreises‘ der ‚religiösen Sozialisten‘; 1920 – 1927 Herausgeber der ‚Blätter für den religiösen Sozialismus‘, des Organs dieser Gruppe.

<sup>1456</sup> Mennicke, Carl: Der religiöse Sozialismus in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), 63. Bd., S. 156 – 163, S. 163.

<sup>1457</sup> Ebd., S. 159.

<sup>1458</sup> Heimann, Der Bund, S. 223.

ner Kreises in der Bewegung entzündeten.<sup>1459</sup> Carl Mennicke hatte für den Berliner Kreis von 1920 bis 1927 die Zeitschrift ‚Blätter für religiösen Sozialismus‘ herausgegeben. Als seit 1929 die Vorbereitungen für die Gründung eines Nachfolgeblattes liefen, wurde Mennicke nicht mehr an der konzeptionellen Arbeit beteiligt, und es war kein Platz mehr für ihn in der Redaktion. Als Herausgeber des neuen Blattes fungierten der evangelische Theologe und Religionsphilosoph Paul Tillich, der Sozialökonom Eduard Heimann und der Pädagoge Fritz Klatt, Schriftleiter wurde August Rathmann. Der führende Kopf der ‚Berliner‘ war zweifellos Paul Tillich ( 1886 – 1965; Professuren in Marburg, Dresden und Frankfurt/M.). Bemerkenswert ist die Tatsache, daß mit Heimann und Rathmann zwei der Initiatoren in das Umfeld der ‚Hofgeismarer‘ gehörten Heimann war nach seinem Referat in Hofgeismar, das oben annotiert wurde, mit seinem 1929 erschienenen Werk ‚Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik‘ entschieden über die eher zaghaft scheinenden Ansätze hinausgegangen und hatte die Sozialpolitik als kraftvollen Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung etabliert.<sup>1460</sup> Neben der von ihm schon früh geäußerten Notwendigkeit, der Arbeiterschaft durch die sozialistische Bewegung eine neue geistige Grundlage zu schaffen, betonte er zunehmend die Bedeutung der konkreten materiellen Situation der Menschen.

Der Titel des neu geschaffenen Organs ‚Neue Blätter für den Sozialismus‘ - Untertitel: ‚Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung‘ - [in Zukunft abgekürzt: NBS] hob sich von dem des Vorläufers erkennbar ab. Durch den Fortfall des Adjektivs „religiös“ im Titel sollte Offenheit und eine größere konzeptionelle Breite signalisiert werden, die man zweifellos auch in der Leserschaft repräsentiert sehen wollte. Paul Tillich hob in dem einleitenden Artikel für die neue Zeitschrift deren Charakter als Diskussionsforum hervor, indem er es als gemeinsame Aufgabe und „als Wagnis“ beschrieb, den Sozialismus „mit neuen Inhalten zu erfüllen“.<sup>1461</sup> In welchem starkem Maße der Religionsphilosoph der geistigen Erschließung dieses Begriffes zugeneigt war, macht einmal seine resümierende Feststellung deutlich, mit der er „die erste heroische Periode des Sozialismus“ für „abgeschlossen“ erklärte, eine Einschätzung also, die mit der gesellschaftlichen und sozialen Realität der Republik in keiner Weise kongruent war. Für die zweite Phase der Entwicklung des Sozialismus postulierte er, daß dessen „Durcharbeitung aus der letztmöglichen Tiefe und darum in größtmöglicher Universalität“ geschehe.<sup>1462</sup>

Tillich wies sich mit seinem Beitrag uneingeschränkt als Vertreter jener Richtung der religiösen Sozialisten aus, denen es vordringlich um die Entwicklung ethischer Grundsätze ging, die das Fundament einer erneuerten sozialistischen Bewegung begründen und an die Arbeiterschaft vermittelt werden sollten, um ihr Kraft gegen die Auswirkungen des Kapitalismus zu geben. Seine Reputation wird aus der Tatsache ersichtlich, daß ihm der erste Beitrag des neuen Blattes zugestanden wurde. Doch er tat einen großen Schritt aus dem ‚Milieu‘ des Berliner Kreises

<sup>1459</sup> Ebd., S. 225.

<sup>1460</sup> Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik, Tübingen 1929. Neuaufl. m. einem Vorwort v. Bernhard Badura, Frankfurt/M. 1980. Zu Eduard Heimann oben im Kapitel über die ‚jungsozialistische Bewegung‘ kurze biographische Angaben.

<sup>1461</sup> Tillich, Paul: Sozialismus, in: NBS 1 (1930), H.1 (Januar), S. 1 – 12, S. 1.

<sup>1462</sup> Ebd., S. 12.

hinaus und sprengte den Ring der ‚splendid isolation‘, indem er sich offenkundig bewußt zur Kooperation mit Männern wie den anderen Herausgebern, dem Schriftleiter und einer großen Zahl von Autoren entschloß, die nach Wegen suchten, welche konkreten Hilfen für den Alltag der Arbeiterschaft anzubieten, wie die Elemente eines neuen geistigen Verständnisses zu vermitteln und sie in handfestes (sozial-)politisches Handeln zu überführen seien.

So veröffentlichte Heimann zehn Artikel im ersten Jahrgang, deren Titel bereits – u.a. „Kapitalbildung und Arbeiterschaft“, „Soziale Betriebsarbeit“ oder „Löhne, Preise und Arbeitslosigkeit“ – die intensive Beschäftigung mit der sozialen Wirklichkeit signalisierten. Neben der Aufbereitung soziologischer Themen nahm vermutlich auf Initiative Fritz Klatts die Pädagogik einen breiten Raum ein. Dabei spannte sich der Bogen von der ‚Schulpädagogik‘ über die Erörterung spezifischer Fragen des Jugendalters, der Jugendbewegung bis zur Erwachsenen- und Arbeiterbildung. Die Nähe zur Sozialdemokratie markierten Beiträge wie „Sozialdemokratische Politik und öffentliche Meinung“ von Gustav Radbruch oder August Rathmanns „Neuer Anfang sozialdemokratischer Politik?“.

Die Zeitschrift bedeutete zweifellos aus der Sicht der mitarbeitenden religiösen Sozialisten den Versuch, eine publizistische Plattform für den Diskurs über eine ethische Grundlegung des Sozialismus zu schaffen. Sie erweiterten zugleich mit der Erweiterung der personalen Basis die konzeptionelle erheblich. Die Sozialdemokratie wurde unausgesprochen oder direkt thematisiert der politische Bezugspunkt des Blattes, ein Aspekt, der in den Analysen der Genese des Blattes kaum beachtet wird. Die freie Auseinandersetzung um *den* Sozialismus wurde verengt auf die Perspektive, die vorwiegend die Sozialdemokratie, damit also *eine*, wenn auch bedeutende Organisationsform des Sozialismus, als Bezugspunkt wählte. Den Initiatoren ging es um „die bewußte Aufnahme neuer Ideengänge, Haltungen, Symbole und organisatorischer Formen“, wie Hans Mommsen zu Recht feststellt – das Vorhaben, muß hinzugefügt werden, manifestierte sich im Kampf gegen die Erstarrung der ideologisch-konzeptionellen Reflexion und der Verkrustungen im ‚Apparat‘ der Partei.<sup>1463</sup> Der Kreis der Herausgeber und seiner Berater sah offensichtlich die Zeit gekommen, die gesellschaftliche und politische Realität der Republik als Folie zu nutzen, um auf ihr die gestalterischen Optionen der SPD nachvollziehbar zu entwickeln.

Außerordentlich zurückhaltend, fast feindselig reagierte das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, bereits auf die erste Nummer der Neuen Blätter. Es wurde nicht nur das Titelblatt kritisiert, das „wie das eines Antiquariatkatalogs aussieht“, sondern sowohl Fritz Klatt wie auch Paul Tillich wurden scharf attackiert. Vorgeworfen wurde ihnen, „jeder kollektiven Bewegung, wie sie der Sozialismus doch ist“, ferngestanden zu haben.<sup>1464</sup> Erheblich freundlicher wurden die Neuen Blätter – „unter dem Leitstern sozialistischen Gestaltungswillens“ – von einem anderen SPD-Organ, dem Hamburger Echo, begrüßt. Das verwundert nicht, da der Beitrag mit „G. Wbg.“, zweifellos das Kürzel für Gustav Warburg, gezeichnet ist, der Verfasser selbst auch in den Neuen Blättern veröffentlichte.<sup>1465</sup>

Theodor Haubach konnte der konzeptionellen Ausrichtung des Blattes prinzipiell, seit Anfang des Jahres 1930 vermutlich uneingeschränkt zustimmen. Inwieweit er

<sup>1463</sup> Mommsen, Hans: Einführung, in: Rathmann, Ein Arbeiterleben, S. IX.

<sup>1464</sup> Vorwärts, Beil. Spätausgabe, Nr. 64 v. 7.2.1930.

<sup>1465</sup> Die sozialistischen Zeitschriften, in: H.E., Nr. 303 v. 2.11.1930.

bereits in diesem Stadium in die Gespräche um die inhaltliche Gestaltung einbezogen wurde, läßt sich nicht klären. Da sich ihm gut bekannte Mitarbeiter der ‚Neuen Blätter‘ in großer Zahl geradezu drängten, wird er wahrscheinlich in die über ein Jahr dauernden Vorüberlegungen eingeweiht gewesen sein.<sup>1466</sup> Ein neues Blatt – das war (und ist ) unter Intellektuellen immer ein höchst interessanter Gesprächsstoff. Aus dem Herausgeberkreis waren ihm August Rathmann und Eduard Heimann seit der Hofgeismarer Zeit bekannt. In dieser Phase hatte er auch Gustav Warburg, Gustav Leuteritz, Gustav Radbruch und Hugo Sinzheimer kennengelernt wie den Staatsrechtler Hermann Heller, die sich alle seit 1930 bzw. 1931 mit eigenen Beiträgen beteiligten. Zu nennen sind weiter Carlo Mierendorff, der im ersten Jahrgang gleich vier Artikel zeichnete, und Alma de L’Aigle. Es ergibt sich eine bemerkenswerte personale Strukturierung zusätzlich durch die Tatsache, daß mit Egon Wertheimer und Erich Henk auch Mitglieder des Heidelberger Freundeskreises Artikel veröffentlichten. Selbstverständlich konstituierte sich der Mitarbeiterstab der Neuen Blätter nicht um Haubach als Fixpunkt, sondern dieser Ausschnitt bestätigt die Aussage des an der Gründung aktiv beteiligten Fritz Borinski. Er konstatierte im Rückblick, daß mehr als die Hälfte der mitarbeitenden Personen „aus der Jugendbewegung [kamen].“ Auch die überwiegende Mehrheit der Leserschaft sympathisierte nach seinen Auffassungen mit verschiedenen Gruppen der Jugendbewegung oder entstammte ihnen.<sup>1467</sup> Die von ihm genannten gewichtigsten Gruppierungen – ‚Leuchtenburgkreis‘ oder ‚Neuwerk‘ - gehörten in keinem Falle zum Flügel der linken Arbeiterjugend. Alle von ihm als ‚Jungsozialisten‘ apostrophierten Mitarbeiter sind dann auch ausnahmslos den Hofgeismarern zuzurechnen. Auf das Netz personaler Beziehungen, in dem sich Haubach gegen Ende der Republik befand und das sich anhand der Gründung der neuen Zeitschrift sichtbar machen läßt, soll abschließend in diesem Kapitel eingegangen und der Versuch unternommen werden, es in Beziehung zu den den Heidelberger Freundeskreis strukturierenden Merkmalen zu setzen und nach Spuren zu suchen, die – im Sinne des Ansatzes Bourdieus – helfen können, seinen Ort im sozialen Feld zu bestimmen.

In seinem einzigen Beitrag des ersten Jahrganges setzte sich Haubach bestechend klar mit einigen ihm wichtig erscheinenden Erscheinungen auseinander, die das Bild der jungen Republik kennzeichneten.<sup>1468</sup> Als wolle er ein Zeichen setzen, sich in dem neuen Blatt gezielt mit dem realen Zustand der deutschen Innenpolitik auseinanderzusetzen, grupperte er um „den Begriff der Opposition“ Beobachtungen, Analysen und Forderungen zu einem ihm bedeutsam erscheinenden Element der „Staatspraxis“.<sup>1469</sup> In den Mittelpunkt stellte er seine Definition einer Oppositionsrolle, deren Wert in der Kritik und Kontrolle der Regierenden liege, sich aber nicht als „bloße Gegnerschaft“ verstehen dürfe. Sie sei vielmehr „eine Würde“, die die Verpflichtung umschließe, mit der Regierung zusammen sich letztlich „für das Geschick des gesamten Landes, des gesamten Volkes“ verantwortlich zu fühlen.<sup>1470</sup> Vordergründig können seine Äußerungen zu Recht

<sup>1466</sup> Borinski, Fritz: Die „Neuen Blätter für den Sozialismus“. Ein Organ der jungen Generation von 1930 bis 1933, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 13 (1981), S. 65 – 98, S. 69.

<sup>1467</sup> Ebd., S. 69 f.

<sup>1468</sup> Haubach, Theodor: Begriff und Sinn der Opposition, in: NBS 1 (1930), H. 2 (Februar), S. 81 – 86.

<sup>1469</sup> Ebd., S. 82.

fühlen.<sup>1470</sup> Vordergründig können seine Äußerungen zu Recht als Zustimmung zur immer wieder geübten Tolerierungspolitik der Sozialdemokraten im Reichstag interpretiert werden. Im Kern öffnet die fast puristisch zu nennende Haltung jedoch den Blick auf den tiefen Respekt, den dieser Republikaner der demokratischen Ordnung und der Verfassung der Republik entgegenbrachte.

Gegen diesen Hintergrund rechnete er scharf mit jener Form der Opposition ab, die er als bloße „Gegnerschaft gegen den Staat“ abqualifizierte. Ohne die Nationalsozialisten oder Kommunisten namentlich zu nennen, sie aber zweifellos visierend, beschuldigte er sie, den demokratischen Staat zerstören zu wollen. Wie 18 Monate später in einem Artikel für Das Reichsbanner<sup>1471</sup> forderte er energisch, daß der Staat „mit Strenge und Festigkeit“ vor allem gegen Verleumdungen und Hetze „des heutigen Radikalismus“ vorgehen müsse und beispielsweise die offenen Aufrufe der radikalen Presse „zum Widerstand gegen die Staatsgewalt“ nicht weiterhin derart „glimpflich“ ahnden dürfe.<sup>1472</sup> Ob in der oben wiedergegebenen Anweisung an seine Reichsbannerkameraden, den Saalschutz streng nach den bestehenden Gesetzen (Klärung des Hausrechts, keine Waffen) auszuüben, oder mit seiner Gewichtung der Rolle der Opposition erwies sich Haubach nicht nur als Vertreter eines streng legalistischen Prinzips, sondern er nutzte verschiedentlich die Gelegenheit, publizistisch – und sicher auch im Gespräch, in der Diskussion und im Vortrag – dieses Prinzip auch offensiv zu vertreten.

Haubach lag offensichtlich daran, sich deutlich in diesem neuen Organ zu positionieren. Inhalt und Gestaltung bereits seines ersten Beitrages weisen nach, daß er die Neuen Blätter für ein bedeutsames Organ hielt. Klar in der Sprache und um einen nachvollziehbaren, zugleich differenzierten und dramaturgisch geschickten Textaufbau bemüht, konzentrierte er sich auf eine bestimmende tagespolitische Erscheinung, die Hetze der Republikgegner, setzte sich nicht vergleichbar polemisch oder aggressiv mit ihr auseinander, sondern stellte ihr die Formulierungen der Verfassung entgegen.

So ist es nicht verwunderlich, daß er nach dem Ergebnis der Septemberwahlen 1930 auch im engeren Kreis der Mitarbeiter auftauchte. Borinski erinnert sich, daß „die allgemeinen Betrachtungen zur Erneuerung des geistigen und gesellschaftlichen Lebens“, die das Bild der Zeitschrift im ersten Jahrgang bestimmt hatten, nun hinter der „Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus“ zurücktreten sollten und mußten.<sup>1473</sup> Diese Deutung ist insofern nachvollziehbar, als der Schock des Wahlergebnisses zweifellos auch in diesen Kreisen Wirkung zeigte. Aber die inhaltliche Zäsur war sicher nicht so problemlos zu realisieren, wie Borinski es in der Erinnerung wahrhaben will. Immerhin schieden Fritz Klatt und einige seiner „eher kulturell kontemplativen Freunde“ im Herbst 1932 aus der gemeinsamen Arbeit aus.<sup>1474</sup> Es ist eindeutig zu belegen, daß Theo Haubach gemeinsam mit seinem Freund Carlo Mierendorff in diesem Zeitabschnitt entscheidenden Einfluß auf die Zielsetzung und damit die inhaltliche Struktur des Blattes zu nehmen suchte. Pauschal werden die Aktivitäten der beiden von Historikern als

<sup>1470</sup> Ebd., S. 84.

<sup>1471</sup> Haubach, *Aufhebung der Preßfreiheit?*, in: *Das Reichsbanner*, Nr. 30 v. 25.7.1931.

<sup>1472</sup> Haubach, *Opposition*, S. 85 f.

<sup>1473</sup> Borinski, *Die ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘*, S. 72.

<sup>1474</sup> Ebd.

Bemühen eingeordnet, die Zeitschrift zu ‚politisieren‘.<sup>1475</sup> Eine solche Charakterisierung ist insofern außerordentlich ungenau, als übersehen wird, daß bereits – wie dargelegt – die Autoren des ersten Jahrganges breit gefächert verschiedene Facetten des politischen Lebens thematisiert und dabei auch die deutsche Sozialdemokratie als potentielle Trägerin gesellschaftlicher Erneuerung in vielen Texten ausdrücklich in die Erörterungen einbezogen hatten. Es ist allerdings als bemerkenswerte ‚Leistung‘ der beiden Freunde anzusehen, daß es ihnen gelang, die Zeitschrift zu einem Organ umzugestalten, in dem gezielter und mit erheblich gesteigerter Kampfbereitschaft gegen die Nationalsozialisten argumentiert und agitiert wurde. Das aktuelle Erscheinungsbild und die programmatischen Entwürfe der SPD erhielten einen noch größeren Raum, es erhöhte sich damit zugleich der Grad der kritischen Auseinandersetzung mit der Partei.

Ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Schritt auf dem Wege der Umorientierung des Blattes ist uns dokumentiert erhalten. Es handelt sich um die „Zusammenfassung über die Aussprache in Berlin am 1. u. 2. November 1930“, zu der sich der „Freundeskreis der ‚Neuen Blätter‘“ zusammengefunden hatte.<sup>1476</sup> Zu den „40 bis 50 Personen“, die teilnahmen, gehörten auch Haubach und Mierendorff.<sup>1477</sup> Das Protokoll läßt ahnen, daß die Aussprache außerordentlich konzentriert verlaufen sein muß. Es wurde ausschließlich die Situation der SPD thematisiert, der Blick also ‚nach innen‘ gerichtet und nicht, wie nach der Wahlniederlage zu erwarten, auf die Nationalsozialisten. Doch der Teilnehmerkreis erging sich nicht etwa in Larmoyanz oder heftigen Attacken gegen die Partei, sondern entwickelte ein dichtes Arbeitskonzept. Zu Überschriften wie „Altersschichtung in der Partei als Symptom der Erstarrung“, „Bürokratie, Apparat“, „der Richtungskampf“ oder „Führerproblem“, die die Themen verschiedener Abschnitte der Diskussion wiedergeben, sollte Material aus den Parteibezirken und Ortsgruppen zusammengetragen oder Experten gewonnen werden. Eindeutig ist diese Akzentuierung von Haubach und Mierendorff ausgegangen, die nun zwar im Umfeld der Partei, aber nicht in ihr offenkundig die Erneuerung mit einer eingehenden Analyse der Situation der SPD beginnen wollten. Doch nicht allein bei der grundsätzlichen strategischen Entscheidung zur Vorgehensweise nahm Haubach Einfluß, sondern seine Vorstellungen und seine Diktion finden sich auch in den Passagen, in denen die Zielvorstellungen der einzelnen inhaltlichen Aspekte knapp angerissen werden. So formulierte der Protokollant zum Thema „Führerproblem“ zur erwarteten Qualität des Parteiführers: „Nicht Vorsitzender und Vertreter, sonst Vereinsmeierei, sondern Führung.“<sup>1478</sup> Die fast identische Aussage Haubachs zu den Anforderungen an die ‚Führung‘ im Reichsbanner wurde oben wiedergegeben.

Da die Aussprache sich keineswegs wie bereits angedeutet nur auf formale Fragestellungen konzentrierte, sondern jeweils auch stichwortartig programmatische Markierungspunkte benannte, gibt das Protokoll zugleich für einige Bereiche Hinweise auf das politische Selbstverständnis der Gruppe. So ist zu dem Punkt

<sup>1475</sup> So bei Martiniy, Martin: Die Entstehung und politische Bedeutung der ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘ und ihres Freundeskreises, in: Vf Z 25 (1977), S. 373 – 419, S. 379.

<sup>1476</sup> Dokument V, Treffen des Freundeskreises der ‚Neuen Blätter‘ am 1./2. November 1930 in Berlin, in: Ebd., S. 407 – 411.

<sup>1477</sup> Borinski, Die ‚Neuen Blätter‘, S. 73.

<sup>1478</sup> Dokument V, S. 409.

„der Richtungskampf“ vermerkt, daß die Sitzungsteilnehmer sich als Parteimitte einordneten. Der linken Opposition in der SPD wurde nämlich vorgeworfen: „Opposition als Gesinnung, negativer Opportunismus, Intransigenz“ und der rechten: „Fatalismus, oder Nurrationalismus, fehlender Machtwille oder ideenloser Machtwille.“ Als grobe ideologische Richtung einigten sich die Teilnehmer der Sitzung offenbar auf die Formel, den Marxismus nicht aufzugeben, sondern ihn „aus soziologischen Notwendigkeiten“ zu revidieren.<sup>1479</sup>

Die zweitägige Sitzung zeitigte ein differenziertes Positionspapier, das zu den wesentlichen strukturellen und ideologischen Fragen hinsichtlich der Parteiarbeit Zielvorstellungen markierte und Aufträge für eine gründliche Auseinandersetzung mit den annotierten Problembereichen formulierte. Die bereits oben skizzierte Linie, die sozialistische Idee in der SPD zu konkretisieren, an ihrem Zustand Defizite und Irrwege zu exemplifizieren, wie auch den Aufbruch ‚des Sozialismus‘ realisieren zu wollen, ist deutlich erkennbar. Als sei die enge Bindung an die Partei der Sündenfall, gab Borinski zwar rückblickend zu, daß eine stärkere „Politisierung“ ab Ende 1930 feststellbar war, um im gleichen Atemzug hinzuzufügen, daß das jedoch „keineswegs eine parteipolitische Verengung oder Verflachung“ bedeutet habe.<sup>1480</sup> Damit gibt er eine für jene Mitarbeiter des Blattes sicherlich exemplarische Einschätzung, die weiterhin der Welt der Ideen und geistigen Entwürfe anhängen, dabei hatte der Nationalsozialismus mit seinem Wahlsieg wie eine Bombe zentral in die von der Verfassung vorgegebenen Strukturen eingeschlagen – auf dieser Ebene mußte ihm, so das nachvollziehbare Kalkül der ‚Aktivisten‘ im Freundeskreis der Neuen Blätter, auch begegnet werden. Die Partei und nicht der Sozialismus war einschneidend erneuerungsbedürftig.

Haubach, Mierendorff und Heller sollten sich nach Auskunft des Protokolls der Arbeitssitzung der „Frage der Wahlreform“ widmen.<sup>1481</sup> Ob überhaupt und inwieweit es zur Arbeit an diesem Projekt kam, ist nicht zu klären; es liegt weder über den Arbeitsprozeß noch das Ergebnis ein Dokument vor. Intensive Beschäftigung der beiden Freunde weist jedoch ein erhaltenes Dokument mit dem Titel „Vorschläge zur Parteireform aus dem Freundeskreis der ‚Neuen Blätter‘“ aus.<sup>1482</sup> Als Verfasser wird gemeinhin Mierendorff geführt, doch nach Auskünften August Rathmanns und Fritz Borinskis gegenüber Martin Martiny entstand das Papier „in Abstimmung oder Gemeinschaftsarbeit mit Theodor Haubach.“<sup>1483</sup> Auf den Inhalt wird später intensiver einzugehen sein.

Es ist also festzuhalten, daß Theodor Haubach sich aktiv daran beteiligte, die Neuen Blätter nach den Septemberwahlen von 1930 zu einem Organ zu formen, das sich gezielter mit der eigenen Partei auseinandersetzen sollte. Formal wurde seine Bedeutung sichtbar durch die Aufnahme in den ‚Beirat‘ der Zeitschrift. Im Impressum der Hefte des zweiten Jahrgangs sind neben den Herausgebern als Beiratsmitglieder weiter Adolf Reichwein, Carl [sic] Mierendorff, Emil Lederer und Hugo Sinzheimer aufgeführt.<sup>1484</sup> Die Analyse verschiedener Beiträge der Zeit-

<sup>1479</sup> Ebd.

<sup>1480</sup> Borinski, Die ‚Neuen Blätter‘, S. 72.

<sup>1481</sup> Dokument V, in: Martiny, Die Entstehung, S. 411.

<sup>1482</sup> Dokument VII, in: Ebd., S. 415 – 419.

<sup>1483</sup> Ebd., S. 415, Anm. 158.

<sup>1484</sup> Haubachs Beziehung zu dem Pädagogen Adolf Reichwein wie Angaben zu dessen Biographie werden im Kapitel zur Widerstandsarbeit genauer dargestellt.

schrift wird zeigen, daß die Neuorientierung der Partei dem Ziel diene, im Innern ideologische Geschlossenheit herzustellen, um Stärke für den Kampf vor allem mit den radikalen Gegnern auf der Rechten zu gewinnen. Konsequenterweise gehörten Analysen der nationalsozialistischen Politik und des praktischen taktischen und strategischen Vorgehens dieser Partei zum Inhalt der Zeitschrift. Sie wandelte sich auch nicht etwa zu einer Art ‚Parteiblatt‘, sondern behielt den Anspruch, ein breites inhaltliches Spektrum widerzuspiegeln. Zudem bot diese publizistische Plattform, die außerhalb der Partei angesiedelt war, die Chance, ohne Rücksicht auf parteiinterne Fixierungen, etwa die Diskussion von Vorschlägen auf verschiedenen hierarchischen Stufen, nehmen zu müssen. Diese Tatsache wirft freilich zugleich ein bezeichnendes Licht auf die festgefügt Strukturen in der SPD. Interne deutliche Kritik mußte offenbar einen Instanzenweg durchlaufen und scheiterte in vielen Fällen in dessen Gestrüpp.

Wie bereits auf anderen ‚Stationen‘ der Biographie Haubachs festzustellen war, bewegen wir uns seinen Spuren folgend durch ‚Männer-Welten‘. Von 71 Beiträgern des ersten Jahrgangs der Neuen Blätter, deren Vornamen im Inhaltsverzeichnis mitgenannt wurden, sind lediglich fünf Frauen auszumachen. Der Anteil weiblicher Autoren von etwa 7 % verringerte sich im Laufe der folgenden Erscheinungsjahre über 5 % auf knapp über 2 % im letzten Jahrgang. Daraus kann nun nicht der Schluß gezogen werden, daß Haubach etwa diese viril dominierten Umfeldler geradezu suchte, sondern ihre Existenz in spezifischen gesellschaftlichen Feldern war Ausdruck von Zeitströmungen. Selbst das breite inhaltliche Spektrum der Neuen Blätter in ihrem ersten Jahr – u.a. die Themen ‚Jugend‘, ‚Erziehung‘ oder ‚Frauenbewegung‘ – veranlaßte die Macher des Blattes nicht, eine größere Zahl von Autorinnen zu gewinnen. Als sich die Neuen Blätter dann in der Folge noch ‚politiklastiger‘ entwickelten, schrumpfte der eh geringe Anteil weiblicher Mitarbeiterinnen weiter. Eine Erklärung muß vielschichtiger ausfallen, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Der naheliegende Verweis darauf, daß in der Weimarer Zeit in spezifischen Feldern viril dominierte Gruppen als Ausdruck der Zeitströmung (noch) existierten, ist zweifellos zutreffend. Doch es wird zudem auch politisch motivierte Erwägungen gegeben haben. So wurde beispielsweise eine ausgewiesene Expertin wie Anna Siemsen für eine Reihe der im ersten Jahrgang abgehandelten Themen nicht einbezogen. Sie ‚paßte‘ als Vertreterin des linken Flügels der SPD zweifellos nicht in den vorgegebenen ideologischen Rahmen.

Haubach hatte daran mitgewirkt, die Neuen Blätter inhaltlich neu zu formieren, und er nutzte sie in erstaunlicher Intensität. Zwischen dem Mai 1931 und dem Mai 1933 veröffentlichte er in dem monatlich erscheinenden Organ zwölf Artikel. Im überwiegenden Teil von ihnen setzte die neue Linie des Blattes um, indem er Kritik an Erscheinungen der Partei übte, dabei jedoch nicht stehen blieb. Er wies über die aktuelle Situation hinaus, entwickelte Perspektiven vor allem für die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, die – darauf wies er ständig hin - die Sozialdemokratie und die republikanischen Kräfte für sich entscheiden mußten, sollte die Republik nicht zerbrechen. An einigen Beispielen wird im folgenden Abschnitt die Breite der von ihm thematisierten Aspekte dargestellt werden. Auch Aufbau und Sprache seiner Texte wirken keineswegs, wie in anderen Zusammenhängen häufig nachgewiesen, monoton-agitatorisch oder sich verschwommen verlierend, sondern sind geprägt von Klarheit, Zielstrebigkeit und gepaart mit

Kampfbereitschaft sowie außerordentlich gründlicher Aufbereitung der Stoffe – Theodor Haubach erreichte zweifellos mit seinen Beiträgen für die Neuen Blätter auch eine neue Qualität in seinem publizistischen Schaffen.

Theodor Haubach veröffentlichte seine Arbeiten in den Neuen Blättern auch unter den Pseudonymen Walter Glenlow (drei Beiträge) und Ewald Ordnung (ein Beitrag).<sup>1485</sup> Richard Albrecht ordnet, ohne dafür eine Quelle zu nennen oder einen Nachweis zu führen, das Pseudonym ‚Walter Glenlow‘ Carlo Mierendorff zu.<sup>1486</sup>

Einmal sprechen die von Haubach gewählten Themen und deren spezifische Aufbereitung gegen diese Annahme, zudem hätte Mierendorff sich selbst als wichtigsten Initiator der Kampagne ‚Drei Pfeile für die Eiserne Front‘ wohl kaum in einem namentlich mit ‚Walter Glenlow‘ gezeichneten Artikel derartig enthusiastisch und zugleich wie ein sympathisierender, gleichwohl distanzierter Beobachter - „ein wundervoller Einfall“ – für diese Idee gelobt; oben wurde in anderem Zusammenhang aus diesem Text bereits zitiert.<sup>1487</sup>

Das mit seinen Artikeln in den Neuen Blättern vorliegende differenzierte Material erlaubt es, Positionen Haubachs zu zentralen politischen Fragen in der Endzeit der Republik zu bestimmen. Das wird im folgenden Abschnitt in zwei übergreifenden thematischen Bereichen realisiert. Im ersten geht es um die Darstellung seiner außenpolitischen Vorstellungen, die er in drei gewichtigen Artikeln erläuterte. Der zweite Block umfaßt die Auseinandersetzung mit den Texten Haubachs, die die innenpolitische Szenerie thematisieren. Sie werden mit den Schwerpunkten ‚Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus‘ und ‚Erneuerung von Partei und Staat‘ analysiert werden.

#### **7.4.2 Haubach mit Entschiedenheit: gegen die Nationalsozialisten – für die Erneuerung der Partei**

##### *Zur Bedeutung der Außenpolitik: Erinnerung und Mahnung*

Die drei erwähnten Beiträge Haubachs zu Fragen der Außenpolitik, die er in den Neuen Blättern veröffentlichte, lassen zunächst den Schluß zu, daß er die Bewegungen auf diesem politischen Feld auch nach der Aufgabe des Redakteurspostens mit Interesse verfolgte. Setzt man sich mit den Texten eingehender auseinander, wird schnell deutlich, daß es sich dabei nicht nur um die interessierte Teilnahme eines politisch aktiven Zeitgenossen handelte, sondern daß Haubach wie Jahre zuvor von der engen Verknüpfung nationaler Außen- und Innenpolitik ausging. Auf einer Metaebene mußten nach seiner Überzeugung die grundlegenden Prinzipien, die die Entwicklung neuer Entwürfe prägten, in beiden Bereichen deckungsgleich sein.

Seine Gedanken zu diesem Komplex hätte Haubach zweifellos auch in der ‚Gesellschaft‘ veröffentlichen können. Zu fragen ist, warum er gerade die Neuen Blätter wählte und vordringlich in diesem Organ nach dessen modifizierter konzeptioneller Ausrichtung mit anderen die Erneuerung der Partei ab 1931 vorantreiben wollte. Einmal wollte er sicher auf die Abhängigkeit innen- und außenpolitischer Konzeptionen verweisen, und zwar schien ihm das – und damit tritt ein

<sup>1485</sup> Nach Mitteilung von Fritz Borinski und August Rathmann an Martin Martiny, in: Martiny, Die Entstehung, S. 390.

<sup>1486</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 101 u. S. 273, Anm. 12.

<sup>1487</sup> Glenlow, Geist und Technik, in: NBS 3 (1932), H. 5 (Mai), S. 238.

zweiter gewichtiger Aspekt hinzu - vermutlich deshalb notwendig, weil sich seit dem Ende der Stresemann-Ära eine andere, eine nämlich stramm nationale außenpolitische Linie etabliert hatte. In einem Text, der sich nicht primär mit außenpolitischen Fragen auseinandersetzte, ließ er die Furcht spüren, daß die Kabinette, die seit 1930 regierten, mit ihrer Neigung „zu außenpolitischen Abenteuern“ Deutschland schaden würden.<sup>1488</sup> Diese könne allein durch die „Grundlagen einer sozialistischen Europapolitik“ konterkariert werden.<sup>1489</sup> Für sie galt es zu werben. Damit erschließt sich ein zweiter Aspekt, der die Veröffentlichung außenpolitischer Vorstellungen in dem neuen Blatt nahelegte: Eine inhaltliche Erneuerung der ‚sozialistischen‘ Partei sollte auch immer als Kontext berücksichtigen, Anstrengungen zu unternehmen, damit in Europa eine Basis der friedlichen Koexistenz geschaffen werden könne. Zudem wollte Haubach mit seiner außenpolitischen Akzentsetzung zugleich signalisieren, daß die Neuen Blätter nicht zu einem bloßen, etwa niveaulosen ‚Parteiblatt‘ verkommen dürften.

Er setzte sich zwar von pazifistischen „Lamentationen“ ab, doch nur, um die Parole auszugeben: „<Krieg dem Kriege>“. [gesperrt,P.Z.] Ein Krieg auf dem europäischen Kontinent werde sich zu einem Krieg „aller gegen alle“ entwickeln. Doch Frieden dürfe nicht, so Haubach, als „Abwesenheit von Krieg und Gewalt“ definiert werden, sondern müsse integrativer Bestandteil der Politik in Europa werden. Um zum Ziel zu gelangen, seien zunächst „planmäßig die politischen Brandherde [zu] isolieren und [zu] löschen.“<sup>1490</sup>

Nachdrücklich bekräftigte er seinen bereits Jahre zuvor geäußerten Standpunkt, daß Deutschland vorbehaltlos die territorialen Grenzen zu akzeptieren habe. Mit deutlichen Worten polemisierte er in diesem Zusammenhang gegen „die von patriotischen Illusionen verqualmten Köpfe des unbelehrbaren deutschen Bürgertums“, das sich – zunehmend – in den Regierungen Brünings, Schleichers und von Papens repräsentiert fand.<sup>1491</sup> Diese „himmelblaue[n] Phantasten“, wie er sie auch nannte, schwärmten von einer Großmachtrolle Deutschlands, meinten, „ohne Rücksicht auf Konferenzen und Verträge“ Grenzziehungen und Rüstungsbeschränkungen ignorieren zu können.<sup>1492</sup> Gegen die revanchistischen Gelüste setzte Haubach unbeirrt auf ein gutes deutsch-französisches Verhältnis, für ihn der wichtigste Baustein für eine zukünftige friedliche europäische Ordnung. Er war der Überzeugung, daß „eine durchgreifende Verständigung zwischen Berlin und Paris den gesamten Kontinent in Ordnung brächte.“<sup>1493</sup> Bei seiner sorgfältigen Prüfung aller potentiellen „Brandherde“ erwies er sich als aufmerksam beobachtender und realistischer ‚Außenpolitiker‘, dem einsichtig war, daß eine funktionierende Achse Paris-Berlin nicht allein für eine friedliche europäische Zukunft garantieren konnte. Zu einem massiven Problem hatten sich beispielsweise mittlerweile die deutsch-polnischen Beziehungen entwickelt. Nachdrücklich warnte er auch hier deutsche Politiker vor der Illusion, etwa im Sinne traditioneller Vorstellungen

<sup>1488</sup> Haubach, Theodor: Wehrsport und Arbeiterbewegung, in: NBS 3 (1932), H. 12 (Dezember), S. 658 – 660, S. 658.

<sup>1489</sup> Haubach, Theodor: Revision der Friedensverträge? Grundlagen einer sozialistischen Europapolitik, in: NBS 2 (1931), H. 11 (November), S. 545 – 560, S. 545.

<sup>1490</sup> Ebd., S. 548.

<sup>1491</sup> Haubach, Theodor: Ein neuer Abschnitt deutscher Außenpolitik, in: NBS 3 (1932), H. 12 (Dezember), S. 633 – 642, S. 635.

<sup>1492</sup> Ebd., S. 637.

<sup>1493</sup> Haubach, Revision, S. 551.

durch einen deutsch-französischen ‚Schulterschuß‘ die polnische Seite ‚aushebeln‘ zu können.<sup>1494</sup> Gerade mit dieser Warnung bewies sich schlagend die außenpolitische Differenzierungsfähigkeit und Weitsicht Haubachs: Selbst ein ausgewiesener Befürworter deutsch-französischer Aussöhnung, warnte er die ‚Illusionisten‘ im eigenen Lande vor gefährlichen machtpolitischen, dabei unwägbareren Spielereien.

Außerordentlich kritisch begleitete er auch die deutschen Aktivitäten auf der laufenden Genfer Abrüstungskonferenz, die im Februar 1932 begonnen hatte. Mit einiger Bitterkeit kommentierte er den Verlauf generell, dem er „ein langsames Verenden“ attestierte.<sup>1495</sup> Die von der Brüning-Regierung geforderte militärische Gleichberechtigung Deutschlands stieß in Frankreich auf unumstößlich scheinenden Widerstand. Haubach nahm diese Frage nun nicht zum Anlaß, dieses Problem eingehend zu erörtern, sondern attackierte die Veranstaltung prinzipiell. Die Teilnehmer hatten nach seiner Ansicht nicht erkannt, warum sie sich „im Kreise dreht[en].“ Frankreich drängte weiter – zu Recht, wie er meinte – auf die Garantierung der Versailler Vertragsbedingungen, während Deutschland sich gegen deren Zementierung wehre. Die deutsche Seite forderte er dazu auf, endlich ein „inhaltlich klares Europaprogramm“ zu entwickeln, das dem eigenen Sicherheitsbedürfnis wie dem der Nachbarn Rechnung trage. Dazu müßten die von ihm an anderer Stelle so genannten „Brandherde“ klar definiert und im europäischen Kontext entschärft werden. Vor dem Hintergrund eines drohenden Krieges beschwor er die Politiker, müsse „der Kampf um den Frieden“ staatliche Grenzen überschreiten.<sup>1496</sup> Scharf kritisierte er deshalb auch den Rückzug der deutschen Delegation, der von der gerade installierten Regierung von Papens im September 1932 vollzogen worden war. Da sich keine Annäherung in der Forderung nach der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands abzeichnete, meinte der neue Kanzler, diesen Schritt tun zu müssen. Für Haubach war das ein absolut untaugliches Mittel, „Eklats“ und „Demonstrationen“ konnten in seinen Augen nicht das Ringen um „brauchbare und dauerhafte Lösungen“ ersetzen.<sup>1497</sup>

Seine Äußerungen lagen inhaltlich eindeutig in der Kontinuität derjenigen, die er als Redakteur des Hamburger Echo formuliert hatte. Zwar bestanden aktuell andere äußere Voraussetzungen, die er aufmerksam registrierte, doch die fundamentalen Impulse für seine Beurteilungen speisten sich weiterhin aus der gleichen Quelle: dem Wunsch nach einer friedlichen europäischen Koexistenz. Damit sind zugleich Ausgangspunkt und Ziel seiner außenpolitischen Überlegungen fixiert. Ihnen ordnete er auch die Durchsetzung nationaler Interessen unter, was ihm sicher Unverständnis und offene Feindschaft in weiten Kreisen des Bürgertums, bei „diesen heillosen Pfuscher[n]“, einbrachte.<sup>1498</sup>

Erwies sich Theodor Haubach mit den eben skizzierten Gedankengängen als eigenständiger, wenn auch weiterhin in traditionellen ‚diplomatischen‘ Kategorien denkender Politiker, so entwickelte er seine Vorstellungen zugleich unübersehbar als Mitglied der sozialistischen Bewegung. Eine Abrüstungskonferenz, so mar-

---

<sup>1494</sup> Ebd., S. 552.

<sup>1495</sup> Haubach, Theodor: Abrüstung und Sicherheit, in: NBS 3 (1932), H. 4 (April), S. 180 – 186, S. 180.

<sup>1496</sup> Ebd., S. 185.

<sup>1497</sup> Haubach, Ein neuer Abschnitt, S. 634.

<sup>1498</sup> Ebd., S. 637.

kierte er nämlich seinen abschließenden Kritikpunkt, „die von Abrüstung redet und vom Rüstungskapital schweigt, ist zu nichts nütze.“ Wenn es nicht gelinge, das Rüstungskapital zu „zerschlagen“, werde die Gefahr des Krieges nicht zu bannen sein. Dem Kapital warf er vor, vorsätzlich „die heilige Ernüchterung“ der europäischen Jugend zu hintertreiben und sie weiter davon abzuhalten, den Krieg zu ächten. „Am Sozialismus“ sei es, so sein Schlußbild, die Europäer, und vor allem die europäische Jugend, zum Frieden zu führen.<sup>1499</sup>

*Als Hauptgegner ausgemacht: die Nationalsozialisten*

Mierendorffs Versuch, unter Nutzung soziologischer Daten differenzierter dem Phänomen der „nationalsozialistischen Bewegung“ auf die Spur zu kommen, blieb vor den Septemberwahlen 1930 innerhalb der SPD ein singuläres Ereignis. Er unterzog die Ergebnisse der Reichstags-, Landtags- und auch einiger Kommunalwahlen seit 1924 einer eingehenden Untersuchung.<sup>1500</sup> In wahrhaft brillanter Weise kombinierte Mierendorff das von ihm zweifellos mühsam erhobene Material über die Wählerschaft mit Daten zur soziologischen Struktur „der Bewegung“, verwies auf die außerordentlich Effizienz einer immer noch im Aufbau begriffenen Partei, indem er deren quantitativen Defizite durch „die Schlagfertigkeit der Parteimaschine, des Apparates“<sup>1501</sup> kompensiert sah, und kam zu dem Schluß, daß es tatsächlich „eine nationalsozialistische Gefahr“ gebe. Wenn die Ergebnisse der Analyse Mierendorffs in einigen Punkten auch von denen abwichen, die Politikwissenschaftler unserer Tage anstellen können, so stellte er doch die Erfolge der Nationalsozialisten in der Mittelschicht, bei Handwerkern und Beamten sowie vor allem bei den mobilisierten Nichtwählern heraus. Mit Sorge blickte er auch auf die „sozialdemokratischen ‚Grenzwähler‘“, die nicht rational entschieden, sondern sich von Emotionen ansprechen ließen.<sup>1502</sup>

Doch nicht allein die Aufbereitung der vorliegenden Daten macht Mierendorffs zu einem bemerkenswerten Dokument der Zeit. Er markierte zudem zutreffend den Charakter der nationalsozialistischen Agitation, und die wesentlichen ideologischen Elemente. „Elan“ und „straffe Organisation“ beim Gegner fielen auch ihm ins Auge.<sup>1503</sup> Außerdem erkannte er „eine chemisch geglückte Verbindung zwischen Rassenressentiment und dem Ressentiment der sozialen Lage, zwischen ökonomischen Einzelinteressen und elementaren Haßgefühlen verschiedenster Art“, mit der die Nationalsozialisten eine hohe Durchschlagskraft erzielen hätten.<sup>1504</sup> Die ökonomische Situation bot einen aufnahmebereiten Humus für derartige Parolen. Sie ließ den Verfasser auch die These formulieren, daß sogar Teile der proletarischen Jugend sich außerhalb der SPD politisch engagieren und sich der nationalsozialistischen Bewegung anschließen würden.<sup>1505</sup> Für verhängnisvoll hielt Mierendorff das gültige Verhältniswahlrecht, das auch kleineren Parteien die Möglichkeit gab, sich für ein Parlament zu qualifizieren. Akribisch schlüsselte er

<sup>1499</sup> Haubach, Abrüstung, S. 186.

<sup>1500</sup> Mierendorff, Carl: Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), Nr. 6, S. 489 – 504. Mierendorffs offizielle Vornamen lauteten: Carl Ernst Alfred; er verwandte während seiner publizistischen Tätigkeit sowohl den Namen Carl wie Carlo.

<sup>1501</sup> Ebd., S. 493.

<sup>1502</sup> Ebd., S. 503 f.

<sup>1503</sup> Ebd., S. 490.

<sup>1504</sup> Ebd., S. 494.

<sup>1505</sup> Ebd., S. 497.

für die Reichstagswahlen auf, daß der Einzug der Nationalsozialisten in den Reichstag nur auf Grund von Spitzenresultaten in wenigen Stimmbezirken bei sonst durchgehend großen Verlusten realisiert werden konnte, nämlich „auf dem Umweg“ über Verbandssitze und die Reichsliste.<sup>1506</sup> Damit deutete der Autor bereits einen Aspekt an, der ihm – und seinem Freund Haubach – in der Zukunft bei dem Versuch bewegte, eine Diskussion um die Revision der Weimarer Verfassung zu initiieren.

Zu Recht wird dieser Aufsatz wegen seiner analytischen Kraft nicht allein von Mierendorffs Biographen herausgehoben erwähnt.<sup>1507</sup> Erstaunlicherweise wird jedoch der Ausblick des Verfassers in der historischen Forschung nicht wahrgenommen bzw. nicht erwähnt. Nachdrücklich bejahte er in seinen Schlußsequenzen die Existenz einer nationalsozialistischen Gefahr, doch wurde deren Bedeutung für die zukünftige innenpolitische Entwicklung in dem vom Verfasser formulierten Ausblick eher gering eingeschätzt. Dabei setzte Mierendorff auf die Fraktionsbildung in der Bewegung und orakelte zudem, daß auch ein ausgezeichnet organisierter Apparat letztlich zu einem starren Panzer für die Partei werden könne, der die Beweglichkeit erheblich mindere. Bedroht seien, so Mierendorff, ohnehin vorwiegend die bürgerlichen Parteien, weniger die Sozialdemokratie, die bislang „noch keineswegs tangiert worden sei“ – die einzige seiner Thesen, die von neueren, oben bereits erwähnten Untersuchungen korrigiert wurde. In seinem abschließenden Kernsatz, der gesperrt gesetzt ist, akzentuierte er allerdings die Gewißheit, daß „ihr [der nationalsozialistischen Bewegung, P.Z.] Auseinanderfallen nur eine Frage der Zeit ist.“ [gesperrt, P.Z.] Er fügte an, daß der Zeitpunkt des Zerfalls nicht bestimmbar sei, jedoch – und dieser Zusatz weist ihn zu seinen analytischen Fähigkeiten als scharfsichtigen Politiker aus – möglichst eintreten müsse, bevor der Nationalsozialismus „praktisch-politisch (direkt oder indirekt) zum Zuge gekommen ist.“<sup>1508</sup> Mierendorff antizipierte also die Kraft, die von einer nationalsozialistisch geführten Regierung bzw. der Beteiligung der Nationalsozialisten an einer Koalition gerade auch für das innere Erstarken dieser Bewegung ausgehen könnte und erkannte die Gefahr, daß sie sich quasi in den Institutionen und damit in den Köpfen der Menschen ‚festsetzte‘. Die von Mierendorff jedoch geäußerte Gewißheit, daß diese Bewegung – „nur eine Frage der Zeit“ – zerfallen werde, bleibt ein wichtiges Zeugnis der auch bei vielen, politisch wachen oder aktiven Zeitgenossen vorherrschenden, letztlich trügerisch optimistischen Einschätzung des Potentials des Nationalsozialismus. Diese Aussicht traf wahrscheinlich die Erwartungen und Hoffnungen vieler Republikaner, weil sie die eigene Unsicherheit oder auch das Gefühl eigener Lähmung gegenüber dem ‚Phänomen Hitler‘ möglicherweise zu kompensieren half.

Der Beitrag des Freundes Carlo ist breiter dargestellt worden, nicht allein weil er als ein bemerkenswertes sozialdemokratisches Zeugnis anzusehen ist, sondern weil er vor allem helfen kann, die Vorstellungen Theo Haubachs mit ihm zu kon-

---

<sup>1506</sup> Ebd., S. 490 f.

<sup>1507</sup> Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat*, S. 139 ff. Vgl. auch Bracher, der den Text als „vorzügliche Analyse“ qualifiziert; in: *Die Auflösung*, S. 369, Anm. 13; Witt, Friedrich-Wilhelm: *Die Hamburger Sozialdemokratie*, S. 67 und auch Heinrich August Winkler referiert den Inhalt des Beitrages ohne einen Widerspruch, die Übereinstimmungen mit u.a. der Untersuchung Jürgen W.Falters und Dirk Hänischs betonend, in: *Ders.: Der Weg*, S. 194 – 198.

<sup>1508</sup> Ebd., S. 504.

frontieren und sie damit in ihren Grundzügen schärfer herauszuarbeiten. Einen wesentlichen Unterschied formulierte Haubach gleich in seinem ersten gewichtigen Text zu dieser Thematik für die Neuen Blätter nach der Septemberwahl 1930. Auch er postulierte eine erhöhte Kampfbereitschaft „zur Abwehr des Faschismus“, und wies außerdem darauf hin, daß sie zu koppeln sei mit der Entwicklung eines „tiefergehenden Verständnisses für das faschistische Phänomen.“ Doch der Schlüssel für dieses ‚Verständnis‘ war nach seiner Auffassung „nicht allein mit der Erfassung soziologischer Ursachen und ökonomischer Motive“ zu finden. „Zur letzten Kampffertigkeit“ bedürfe es vielmehr, so Haubach, „eines durchgreifenden und psychologischen Verständnisses“ für die nationalsozialistische Bewegung.<sup>1509</sup> Es ist überhaupt nicht zweifelhaft, daß Haubach den Beitrag seines Freundes kannte, zu vermuten ist, daß sie sich – Mierendorff war mit der Wahl vom 14. September 1930 Reichstagsabgeordneter geworden und hielt sich überwiegend in Berlin auf – über dessen Inhalt ausgetauscht hatten. Mit der einschränkenden Formulierung „nicht allein“ erweckte er zwar zunächst den Eindruck, als sei die Einbeziehung soziologischer und ökonomischer Daten in die Faschismus-Diskussion mit anderen Kriterien gleichzusetzen, die Fortsetzung seiner Gedankenführung macht dann aber nachdrücklich klar, daß er es als erheblich bedeutsamer ansah, die unterschiedlichen Aspekte und Schichtungen der nationalsozialistischen Strukturen, die sich auf die Ideologie und Organisation bezogen, zu bestimmen und bloßzulegen. Das legt die Deutung nahe, daß er die Erhebung statistischer Daten und ihrer Interpretation, also empirische Methoden, in diesem Problemfeld für irrelevant ansah. An keiner Stelle bezog er auch in diesen letzten Jahren freier publizistischer Arbeit Ergebnisse, Thesen oder Schlußfolgerungen des spezifischen Ansatzes Mierendorffs in seine Gedankengänge ein. Die eingehende Durchsicht seiner Texte für die Neuen Blätter erweist sich jedoch generell als wenig ergiebig, wenn als Elle die differenzierte Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten angelegt wird. Seine mehrfach erhobene Forderung, es seien unbedingt Grundlagen „eines tiefergehenden Verständnisses für die Bewegung der Gegenrevolution“ zu entwickeln, erfüllte er selbst gerade auch im Vergleich zu seinem Freund Carlo zumindest in seinen Arbeiten, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren, nur recht oberflächlich. Festzustellen ist, daß er als *den* Gegner der Sozialdemokraten und der republikanischen Idee den Nationalsozialismus ansah. Alle Überlegungen, die er im Hinblick auf die Erneuerung der eigenen Partei anstellte, zielten darauf, kurz- bzw. mittelfristig diesen Gegner niederringen zu können. Die Haltung gegenüber den Kommunisten blieb unversöhnlich, sie tauchten in seinen Beiträgen nurmehr peripher auf. Als ernstzunehmenden Gegner im Kampf um parlamentarische Mehrheiten sah er sie – überraschenderweise - nicht mehr an, sondern grämte sich, weil diese „Sekte“ weiterhin „verärgerte oder verhinderte Sozialdemokraten“ an sich binde. Der „Kampf um die Seele dieser Menschen“ sei zu führen, aber jeder Versuch der Annäherung durch die kommunistische Führung in Richtung der SPD schroff und entschieden zurückzuweisen.<sup>1510</sup>

Wie schon einige Monate zuvor in einem Beitrag für ‚Das Reichsbanner‘ stellte Haubach zunächst die äußeren Erscheinungen der nationalsozialistischen Bewe-

<sup>1509</sup> Haubach, Theodor: Die militante Partei, in: NBS 2 (1931), H. 5 (Mai), S. 208 – 213, S. 209.

<sup>1510</sup> Ordnung, Ewald [d.i. Theodor Haubach]: Antifaschistische Opposition, in: NBS 3 (1932), H. 7 (Juli), S.343 – 347, S. 344 f.

gung heraus.<sup>1511</sup> Nach seiner Einschätzung hatte diese die Arbeiterbewegung auf „ihrem ureigensten Gebiet“ in der „Agitationskunst“ und in der „Massenregie“ überflügelt.<sup>1512</sup> Diesen Hinweis differenzierte er an anderer Stelle mit der Beobachtung, daß die Nationalsozialisten „mit hervorragendem Verständnis für Gruppen- und Standespsychologie die unterschiedlichsten Schichten an sich binden“ konnten.<sup>1513</sup> Den nationalsozialistischen Führern sei es gelungen, „Strömungen“ schnell zu erkennen und sie nutzbar zu machen. Als Beispiel führte er die Tatsache an, daß die Nationalsozialisten als erste Organisation alle ihre Gliederungen uniformiert hätten. Haubach sah mit dieser Maßnahme einem „brennenden Trieb“ vor allem der Jugend nachgegeben und die Quellen dafür „in tiefer Verborgenheit“ angesiedelt.<sup>1514</sup> Bei dieser wolkig-diffusen Auskunft beließ er es auch zu diesem Kontext. Die Uniformierung habe, fuhr er fort, die Bewegung nach außen militarisiert und nach innen militärisch strukturiert und damit dazu beigetragen, daß sich keine innerparteiliche Demokratie entwickeln konnte. Diese Struktur habe zunächst „eine ungewöhnliche Stoßkraft“, stellte Haubach unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Aufschwungs fest, doch für die Zukunft prognostizierte er, daß die Partei mit einem solchen „System der starren Befehlsübermittlung“ auf Dauer nicht „auskommen“ werde.<sup>1515</sup>

Damit erschöpfte sich die Suche Haubachs auch bereits, Strukturen der nationalsozialistischen Bewegung aufzudecken oder gar deren Wurzeln zu ergründen. Der zuletzt zitierte Kontext steht exemplarisch für eine nur deskriptive, flächige Darstellung Haubachs, wenn es um das von ihm selbst so apostrophierte ‚Phänomen‘ Nationalsozialismus ging. Wie in seinen Beiträgen für ‚Das Reichsbanner‘ blieb er auch in diesem Kontext auf der Linie, die Führer der NSDAP nicht etwa mit diabolischen oder mystischen Zügen zu versehen. Haubach vermittelte seinen Lesern vielmehr in der gegnerischen ‚Bewegung‘ das Bild einer flexibel reagierenden, zielstrebig um die Macht im Staat kämpfende Führung, die dessen republikanische Grundlagen dann zu zerstören beabsichtigte. Fast neidvoll schien er manchmal die Geschlossenheit wie die ‚Choreographie‘ der nationalsozialistischen Aufmärsche und Demonstrationen zu beschreiben.

Der nächste Abschnitt wird zeigen, daß Haubachs Anmerkungen offenbar nur eine Art Anschauung des Gegners liefern sollten, um gegen diesen Hintergrund umso intensiver und detaillierter Vorschläge für die Erneuerung der SPD entwickeln zu können.

#### *Der Zustand der SPD: Zu ihren Schwächen und Vorschläge für eine Therapie*

Es konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß Haubach während seiner ‚Hamburger Zeit‘ zumindest öffentlich keine Kritik an seiner Partei äußerte. Gleichwohl konnte auf Usancen im Freundeskreis aufmerksam gemacht werden, die darauf hindeuten, daß es sozusagen ‚zum guten Ton‘ gehörte, sich intern einigermaßen ungehemmt kritisch über vermeintliche Fehlentscheidungen der Führung in der aktuellen Politik oder über die traditionellen Strukturen der Partei auszutau-

<sup>1511</sup> Haubach, Vom Gegner lernen.

<sup>1512</sup> Ebd.

<sup>1513</sup> Glenlow, Walter: Geist und Technik des Preußenwahlkampfes, in: NBS 3 (1932), H. 5 (Mai), S. 232 – 239, S. 232.

<sup>1514</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1515</sup> Ebd., S. 211.

schen. Die auf den ersten Blick überraschend defensive Einstellung bei dieser Garde junger, selbstbewußter Männer läßt einmal den Rückschluß auf die hohe Stabilität zu, die die Führungsschienen des Parteiapparates auszeichnete. Den Genossen, die sich kritisch - nach parteiinternem Sprachgebrauch: ‚unsolidarisch‘ - äußerten, drohten Sanktionen aus diesen Kadern. Auf eine derartige Konfrontation hatte es Haubach offensichtlich nicht ankommen lassen wollen. Erste Schritte des Aufstiegs waren ja immerhin mit der erfolgreichen Kandidatur für die Hamburger Bürgerschaftswahlen und mit der Nominierung für die Reichstagswahlen bereits absoviert worden.

Das Wahlergebnis vom 14. September 1930, das sich für uns in der Rückschau mit der Kenntnis der folgenden Entwicklungen tatsächlich als „politischer Erdbeben“ ausnimmt, löste bei Theodor Haubach zweifellos eine tiefe Enttäuschung aus.<sup>1516</sup>

Seine fast euphorische Aufbruchstimmung von 1928, als ihm die Wahlergebnisse ein Wiedererstarken der Sozialdemokratie signalisierten, war verflogen. Nicht allein der immense Anstieg der Wählerstimmen für die NSDAP machte ihm Sorgen, sondern ‚seine‘ Partei war von einem Sockel, der mit knapp 30 % eigentlich hätte weiteren Aufstieg bringen sollen, um über 5 % ‚abgestürzt‘. Er hatte die SPD zweifellos zu seiner ‚politischen Heimat‘ erkoren. In ihr suchte er Rückhalt und Solidarität, die Partei wollte er, der Republikaner und Europäer, mit den Genossen als Vehikel nutzen, um seine politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Seine politische Basis war fragil geworden. Diese Ausgangssituation erklärt den Wechsel in seiner Haltung. Als sei ein Ventil geöffnet worden, so setzte er sich seit 1931 kritisch mit dem Zustand der Partei auseinander. Dies geschah noch vehementer, auch differenzierter und auf tieferliegende Schichten zielend als in der Artikelserie, die er bereits im Herbst 1930 mit der Absicht gestartet hatte, das Erscheinungsbild und formale Aspekte des Reichsbanners zu reformieren.

Ein wichtiger Kristallisationspunkt seiner Bestandsaufnahme war die Kritik an der Führung der Partei. Offen sprach er „die nicht zu leugnende Spannung zwischen Führern und Geführten“ an, um wenig später im selben Zusammenhang auf „den mangelhaften Kontakt zwischen Führern und Geführten“ hinzuweisen.<sup>1517</sup> Die Verantwortung für diesen mißlichen Zustand suchte er zunächst jedoch nicht in der Führung selbst. Beide Aussagen führte er darauf zurück, daß demokratische Rituale das Parteileben hätten erstarren lassen. Auf Mitgliederversammlungen der verschiedenen Ebenen würden wichtige und nebensächliche Fragen gleichermaßen aufwendig behandelt, weil es von Statuten so vorgeschrieben sei. Letztlich hemme diese „demokratische Kontrolle“ jedoch „die freie Verfügungs- und Entschlußgewalt“ der Funktionäre. Mit dem Blick auf die straffe, militärähnliche Befehlsstruktur der Nationalsozialisten zeigte Haubach Verständnis für die Führungskräfte seiner Partei, die „praktisch aber alle wichtigen Entscheidungen aus dem Rahmen der Organisation“ herauszuhalten versuchten. Auf diese Weise konnten umständliche Instanzenwege umgangen und Gestaltungsspielraum gewonnen werden. Die tiefsitzende Ablehnung Haubachs diesen Strukturen gegenüber kommt in Beschreibungen von Parteiversammlungen zum Ausdruck, in denen er deren „Leere und Öde“ anprangerte und sich darüber geradezu entsetzte, da

---

<sup>1516</sup> Winkler, Der Weg, S. 189.

<sup>1517</sup> Haubach, Die militante Partei, S. 211.

„schablonenmäßig“ geübte Parteidemokratie der Anlaß sei, daß Dinge „zerredet“ würden.<sup>1518</sup>

Haubach verlagerte also die Verantwortung für Dissonanzen zwischen ‚Führern und Geführten‘ in diesem Kontext auf die vorhandenen, das Parteileben bestimmenden Statuten. Als bemerkenswert ist festzuhalten, mit welcher Eindeutigkeit er sich auf die Seite jener Funktionäre stellte, die die innerparteiliche Demokratie konterkarierten. Er beurteilte ein solches Vorgehen uneingeschränkt positiv, sah damit „straffe Führung“ gewährleistet und verwies zur Bestärkung auf die nationalsozialistische Organisation, „die den Gegner des Faschismus auf jeden Fall interessieren sollte.“ Seine außerordentlich vitale Teilnahme am politischen Leben und die durch das Engagement im Reichsbanner ja fast handgreiflich nahe Kenntnis nationalsozialistischen Parteilebens hätten eigentlich ausreichen müssen, ihm einen Eindruck von dem Ergebnis zu vermitteln, das die Ausschaltung innerparteilicher Demokratie mit sich brachte. Es ist jedoch nicht vorstellbar, daß Haubach demokratische Prinzipien generell ignorieren oder abschaffen wollte. Zweifellos erschien ihm die SPD ‚über-organisiert‘ und geprägt von lähmenden Ritualen. Doch diese Tatsache allein hätte ihn vermutlich nicht dazu herausfordern können, sich derart massiv mit Vorschlägen zur Erneuerung zu Wort zu melden. Den entscheidenden Impuls gab zweifellos die Tatsache, daß Haubach die Partei wie die gesamte sozialistische Internationale in einer aktuellen Notlage sah, „umstellt von faschistischen und bolschewistischen Gegnern.“<sup>1519</sup> Diese Lage brachte ihn dazu, die demokratischen Strukturen der Parteiorganisation derart massiv in Frage zu stellen. Möglich war eine solch ausgeprägte Akzentuierung allerdings nur, weil Haubach auch in der Partei, wie kontinuierlich auf allen Stationen seiner politischen Biographie gezeigt werden konnte, für jede Form der gesellschaftlichen und politischen Arbeit klare hierarchische Zuordnungen forderte. Der ‚Führer‘, legitimiert durch einen Auftrag der Gruppe, übernahm Verantwortung, gestaltete und ‚führte‘. Dieser Haubach begleitende Topos wird in der Schlußbetrachtung noch einmal im Zusammenhang eingehender zu betrachten sein. An dieser Stelle sei vorerst angemerkt, daß auch die von ihm hergestellte ‚Nähe‘ zu den innenpolitischen Widersachern – „manches vom Gegner in Rom und Moskau zu übernehmen“ - ihn lediglich veranlaßte, pauschal und lapidar zu konstatieren, daß „straffe Führung keineswegs undemokratisch“ sei. Es ginge darum, so Haubach, „jenes Mindestmaß an Verwaltung, jenes Höchstmaß an Führung und jenes gerechte Maß an Demokratie“ für die Partei zu entwickeln und freizusetzen, um sie zu einem „lebendigen“ und „militanten“, nicht „militär-ähnlichen“, wie er hervorhob, Widerpart der Republikgegner werden zu lassen.<sup>1520</sup>

Haubach beließ es jedoch nicht dabei, die Verantwortung für Mißstände von den Funktionärsebenen auf strukturelle Probleme zu verlagern. Ausdrücklich warf er den Parteiführern Versäumnisse und gravierende Fehler bei der Vermittlung politischer Sachverhalte nach innen und nach außen vor. Konkret vermißte er bei ihnen das offensive Vertreten ihrer Tolerierungspolitik „den Massen“ gegenüber. Sie seien vielmehr ausschließlich damit beschäftigt gewesen, bei der eigenen Mitgliedschaft für die Zustimmung zu dieser Politik zu werben. Er räumte zwar ein, daß das ein mühsames Unterfangen gewesen sei, aber es hätte erheblich mehr Ein-

<sup>1518</sup> Ebd.

<sup>1519</sup> Ebd., S. 212.

<sup>1520</sup> Ebd., S. 212 f.

Einsatz dafür aufgebracht werden müssen, die eigenen Vorstellungen auch in der breiten Wählerschaft zu vertreten. So habe sich folglich die gesamte sozialistische Bewegung „in einer Art Ghetto dogmatischer Selbstgenügsamkeit vermauert“, beklagte er in einem anderen Beitrag, nicht ohne wiederum in einem Zusatz das Geschick der Nationalsozialisten als beispielhaft hervorzuheben, unterschiedliche Schichten des Volkes erfolgreich anzusprechen und zu erreichen.<sup>1521</sup> Der Kontakt zu breiten Volksschichten sei nicht mehr vorhanden und damit blieben zwangsläufig auch Erfolge bei Wahlen aus. Damit bezog er sich auf das Ergebnis von fünf Landtagswahlen am 24.4.1932, aus denen die NSDAP als eindeutige Gewinnerin hervorgegangen war. Einem Erdbeben gleich gerieten die Ergebnisse auch in Preußen, ein für Haubach sicherlich besonders schmerzliches Resultat. Die NSDAP gewann 153 Sitze hinzu, stellte mit 162 Abgeordneten überlegen die stärkste Fraktion, während die SPD noch auf 94 Abgeordnete kam und immerhin 43 Sitze verloren hatte.

Bei seinen verschiedenen kritischen Anmerkungen zur Rolle der Führung in der Partei fällt auf, daß Haubach sie jeweils pauschal formulierte und sich direkt gerichteter persönlicher Angriffe enthielt. In einer dramaturgisch und stilistisch hervorragend gestalteten Studie setzte er sich davon abweichend mit dem Schicksal eines Arbeiterführers auseinander. Sachlich-zupackend und mit einem hohen Maß an Verständnis entwickelte er Lebensstationen des SPD-Mitglieds und Berliner Gewerkschaftsfunktionärs Fritz Brolat.<sup>1522</sup> Ihm war der Aufstieg vom Schlosser zum Leiter der ‚Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft BVG‘ gelungen. Allein der Verdacht einer falschen eidlichen Aussage hatte die gesamte anti-republikanische Presse gegen Brolat mobilisiert. Es ergab sich die Gelegenheit, ‚Bonzentum‘ und ‚Verfilzung‘ zu personalisieren. Bemerkenswert für den hier behandelten Zusammenhang ist vor allem der spezifische Blick Haubachs auf ‚den‘ Funktionär und auf die Rolle der Partei in dieser für den einzelnen so bedrängenden Situation, einem „Kuriosum der Massenpsychose“ und „bitterböse[n] Steinigungsposse“, wie er die Attacken der Presse charakterisierte.<sup>1523</sup> An den sozialdemokratischen Führern Friedrich Ebert, Carl Severing und Otto Braun exemplifizierte er, daß ein Aufstieg in einen „neuen Lebensraum“ gelingen konnte. Sie böten der bürgerlichen Presse kaum Angriffsflächen, weil sie sich mit ihrer „Fasson des Auftretens“ dem neuen Milieu eingepaßt hätten. Doch Brolat habe sich mit „üblen Glücksrittern“ gemein gemacht – gemeint sind die drei Brüder Sklarek, zwei von ihnen SPD-Mitglieder, die ein Monopol bei der Versorgung der Stadt Berlin mit Dienstkleidung innehatten und Bestechungsvorwürfen ausgesetzt waren<sup>1524</sup> - und habe einen Stil „penetranter Brüderlichkeit, fetter Bonhomie und kleinbürgerlicher Lebenslust“ mit ihnen gepflegt. Für Haubach war Brolat ein Beispiel jenes Funktionärs, der einige Stufen zu hoch geklettert war und besser auf niedrigerer Ebene „ein guter Funktionär“ geblieben wäre.<sup>1525</sup> Im Blick auf die drei von ihm zitierten Spitzenfunktionäre der Partei stellte er fest, daß eine so exponierte Position „Charakter in des Wortes ehrwürdigster Bedeutung“ verlange. Brolat habe zwar keinen

<sup>1521</sup> Glenlow, Geist und Technik, S. 232.

<sup>1522</sup> Haubach, Theodor: Brolat!, in: NBS 4 (1933), H. 1 (Januar), S. 50 – 53.

<sup>1523</sup> Ebd., S. 51.

<sup>1524</sup> Winkler, Der Schein, S. 736.

<sup>1525</sup> Haubach, Brolat, S. 52.

schlechten Charakter gehabt, so Haubach apodiktisch, aber „schlimmer“ sei, „er war gar keiner.“<sup>1526</sup>

Der Text ist deshalb aufschlußreich, weil er Konturen des Anforderungsprofils erkennen läßt, das Haubach von den Mitgliedern der höheren Funktionärsschichten erwartete. Deutlich wird, daß er wie selbstverständlich eigene, bürgerlich geprägte Vorstellungen von einem gesellschaftlichen Feld transportierte, in dem die Spitzen der Gesellschaft und Politik agieren, wie von einem angemessenen Auftreten und Wirken in ihm. Die als Voraussetzung genannte Qualität des ‚Charakters‘ wurde vom Autor nicht näher definiert. Für ihn stellte der Terminus einen Topos dar, der nicht erklärungsbedürftig war. Neben der Fähigkeit, ‚Grauzonen‘ des politischen und gesellschaftlichen Lebens ausmachen zu können und sie zu meiden, gehörte dazu, so ist es aus dem Kontext zu erschließen, in dem bürgerlichen Ambiente selbstbewußt und souverän aufzutreten, das Gesetz und die ungeschriebene gesellschaftlichen Regeln nicht zu verletzen.

Nur gefestigte Persönlichkeiten in den Führungskadern waren nach der Auffassung Haubachs auch in der Lage, die Partei auf einen neuen Kurs zu bringen. So mahnte er an, daß es unbedingt angezeigt sei, auch unpopuläre Maßnahmen eindeutig als sachlich notwendig sowohl in die Partei wie in die Wählerschaft hinein zu vertreten. Es werde ein Schlingerkurs gefahren, der sich nach Haubach „zu einem Zentralübel“ ausgewachsen habe. Zurückzuführen sei dieser Zustand auf die mangelnde Kraft der Führung, die die auseinanderdriftenden Parteiflügel nur zu beruhigen suche, wo doch die gemeinsamen geistigen Grundlagen erarbeitet werden müßten.<sup>1527</sup>

Auf dieses Grundübel hatte er einige Zeit zuvor bereits einmal akzentuierter aufmerksam gemacht. In der Fülle kritischer Anmerkungen, die Haubach in vielen Passagen verschiedener Texte der Jahre 1931 bis 1933 zum Zustand der Partei machte, griff er allerdings nur in einer Sequenz zu beinahe radikalen Formulierungen. Ein wenig gönnerhaft bescheinigte er dabei zunächst der SPD, „im großen geschichtlichen Rahmen“ durchaus „auf der richtigen Linie“ gelegen zu haben. Die Praxis der Partei könne dieses Prädikat in der Gegenwart nicht mehr einlösen. Das Bewußtsein von Mitgliedschaft und Funktionärsschicht sei gekennzeichnet von „nebelhaften, veralteten Anschauungen.“ Unmißverständlich markierte Haubach dann – in verhältnismäßig frühem Stadium seiner publizistischen Kampagne – den Bereich innerparteilicher Arbeit, in dem es an der fundamentalen Weichenstellung fehle, weil sie mit der von ihm charakterisierten Mitgliedschaft wohl nicht zu leisten sei: „Alle Fragen geistiger Art, alle theoretische Arbeit und Durchdringung der Probleme“ seien in der Partei gar nicht erst als wichtig wahrgenommen oder schlicht beiseite geschoben worden. Ausdrücklich erwähnte er die Passivität „der Parteiführung“ sowie das Desinteresse „von den mittleren und höheren Funktionären“, als es darum gegangen sei, die Sozialistische Internationale ideologisch neu zu fundieren. Auch „großartige Ansätze“, das Verhältnis der Partei zu Staat und Nation in der Mitgliedschaft „zu verdichten und zu fixieren“, seien auf dem Stand von „Schreibstubenarbeit“ verkümmert.<sup>1528</sup>

<sup>1526</sup> Ebd., S. 53.

<sup>1527</sup> Glenlow, Walter: Politik und Agitation. Ein Beitrag zur Krise der Sozialdemokratie, in: NBS 2 (1931), H. 12 (Dezember), S. 603 – 611, S. 604 f.

<sup>1528</sup> Ebd., S. 608.

Die in einem der vorhergehenden Kapitel formulierte These, daß Kritik an der Parteiführung innerhalb des Freundeskreises um Haubach und Mierendorff ein ständiges Thema abgab, ist - zu einer später in diesem Kapitel zu zitierende Aussage Max Seydewitz' – weiter durch eine Bemerkung Haubachs zu erhärten, die Hans Robinsohn kolportierte. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten veranlaßte Haubach nämlich zu der Äußerung: „<Ein> [hervorgehoben, P.Z.] Gutes hat ja Hitler für uns gebracht – gegen unseren Parteivorstand brauchen wir nicht mehr zu kämpfen.“<sup>1529</sup> Die Verzweiflung über die aktuelle politische Situation suchte er offenbar durch Sarkasmus zu kompensieren, in ihrem sachlichen Kern enthält jedoch auch diese Aussage unübersehbar den Hinweis auf eine länger andauernde Unzufriedenheit mit den Parteiführern.

Die eben wiedergegebene Eruption zur ‚Krise der Sozialdemokratie‘, nicht etwa dramaturgisch z.B. am Schluß des Textes hervorgehoben, sondern eher unauffällig in ihn eingefügt, verrät, daß Theodor Haubach in der SPD nicht nur eine politische Heimat fand, sondern daß er an ‚seiner‘ Partei auch erheblich litt. Die von ihm besetzten und in der Diskussion propagierten Themen fanden entweder keinen Widerhall in der Partei oder wurden zerrieben in den permanenten Auseinandersetzungen der Parteiflügel. Haubachs Versuche, eine Diskussion zum ‚nationalen Sozialismus‘ anzustoßen, wurden von der Linken der Partei nicht einmal einer ernsthaften Antwort für würdig befunden, so abstrus und fern jeder sozialistischen Realität war deren Vertretern eine solche Vorstellung, sie forderten vielmehr massiven Widerspruch heraus. Welch ungeheure Brisanz diese Fragestellung provozierte, beleuchtet ein Schlagabtausch zwischen Alexander Schifrin und Theodor Haubach, der sich einige Monate nach dem Erscheinen des gerade zitierten Beitrags zutrug und hier in einem kurzen Exkurs vorgestellt werden soll. Schifrin (1901 – 1950/1), ein russischer Emigrant, hatte sich unmittelbar nach den Septemberwahlen von 1930 als SPD-Mitglied und Mitarbeiter der ‚Gesellschaft‘ mit einem Artikel an die Partei zu Wort gemeldet, der inhaltlich und in seinem dramatisch-appellativen Tonfall genauso von Haubach hätte stammen können. Von den Antifaschisten „Selbstbeherrschung, Entschlossenheit, Mut, Heroismus“ fordernd, rief er dazu auf, die Methoden des Kampfes gegen die Nationalsozialisten „um die Massen“ zu überprüfen und zu erneuern sowie die Organisation der Partei weiter zu politisieren. Als Gegen- bzw. Schreckensvision eines lebendigen und erfolgreichen Parteilebens verwendete auch er das Bild von der Gefahr eines Rückfalls „ins Vereinsleben.“<sup>1530</sup>

So nah beide in einer Reihe von wichtigen politischen Fragen auch sonst waren, so sehr spaltete sie die Formulierung von einem ‚nationalen Sozialismus‘. Schifrin, der eher linken Gruppierungen der Partei, aber nicht dem äußeren Flügel um Max Seydewitz zuzurechnen war, meinte, in den Neuen Blättern durchgängig einen „nationalen Linkssozialismus“ nachweisen zu können und attackierte diese Erscheinung sogleich vehement mit der Behauptung, daß mit einer solchen Grundhaltung ein konsequenter Anti-Faschismus unmöglich sei.<sup>1531</sup> Einzelne Zitate montierend, deren Verfasser und Fundstellen nicht angegeben wurden, sah er in

<sup>1529</sup> Brief Hans Robinsohn v. 9.10.1952, 1. S., in: NL Hans Robinsohn, Bd. 4.

<sup>1530</sup> Schifrin, Alexander: Parteiprobleme nach den Wahlen, in: Die Gesellschaft 7 (1930), II. Bd., S. 395 – 412.

<sup>1531</sup> Schifrin, Alexander: Nationaler Linkssozialismus? In: Deutsche Republik 7 (1932-33), H. 9, S. 266 – 270, S. 267.

den Neuen Blättern eine ihm „Kopfschwindel“ bereitende Synthese von „Rosa Luxemburg, Jean Jaurès, Friedrich Naumann, Hans Zehrer und Ernst Niekisch“ realisiert. In einer solch „geistigen Konfusion“ müßte zwangsläufig „der Nationalismus den Linksozialismus auffressen.“ Werde der Nationalismus ernsthaft betrieben, so Schiffrin, bedeute das nach außen „Abenteurertum“ und nach innen „Klassenverrat“. In seinem Schlußappell forderte er die Mitarbeiter der Neuen Blätter dazu auf, „Schluß mit dieser Zweideutigkeit“ zu machen.<sup>1532</sup>

Bezeichnenderweise antwortete Theo Haubach als Repräsentant der angegriffenen Autoren des Blattes. Das kann sowohl als Indiz für seine Reputation innerhalb des Teams wie dafür angesehen werden, daß ihm die von Schiffrin vorgetragenen Attacken in besonderer Weise herausforderten. Seine Betroffenheit verbarg er zunächst hinter verschiedenen Definitionsansätzen – unter Einbeziehung der „grundlegenden Theoretiker des Sozialismus“ - des Nationalen bzw. des Nationalismus. Deutlich versuchte er, die klare Trennungslinie zum Nationalismus „Hugenbergs und Hitlers“ zu ziehen, die das Nationale „verabsolutiert und ihm einen Totalitätsanspruch“ zuerkannt hätten. Diesem gelte es, daran ließ Haubach keinen Zweifel und stellte die gemeinsame Linie mit Schiffrin heraus, mit aller Entschiedenheit im politischen Kampf zu entgegnen. Den Unterschied zur Auffassung des Kritikers markierte er mit dem Hinweis, daß die Entwicklung der Nationalstaaten aus den übernationalen mittelalterlichen Imperien heraus nicht etwa „ein bourgeoiser Betrug“ seien, sondern ein Faktum, das auch „die sozialistische Theorie [...] und Praxis“ zu berücksichtigen habe. Die „nationale Substanz“ nämlich gebe den „Urstoff“ ab, aus dem sich „die arbeitsteilig differenzierte und klassenmäßig integrierte Gesellschaft des modernen Kapitalismus [sic]“ entwickeln könne.<sup>1533</sup>

Die Provokation Schiffrins hatte also bewirkt, daß Haubach noch einmal unterstrich, welche große Bedeutung er der nationalen Komponente für die Umgestaltung der sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeit wie auch für die Ausgestaltung der Republik beimaß. Der Disput gab ihm Gelegenheit, nicht nur eine Trennungslinie, sondern einen tiefen Graben zwischen seiner Auffassung und der der nationalistischen Kreise zu ziehen. Er vertrat offenkundig weiterhin jene Überzeugung, die bereits oben ausführlich dargelegt wurde, daß die nationale Idee als Trägerin kultureller Werte der Nation deren geistiges Fundament begründen müsse und damit eine identitätstiftende Kraft entfalten könne. Eindeutig und erstaunlich offen propagierte Haubach in seiner Antwort nicht etwa den Sozialismus als anzustrebendes Ziel, sondern einen „modernen Kapitalismus.“ Der Reformator hatte zweifellos im Laufe der Weimarer Jahre die beharrenden und gesellschaftlich wirksamen Kräfte der kapitalistischen Ordnung einschätzen gelernt. Der ‚Umbau‘ sollte in dem vorgegebenen Rahmen realisiert werden

Die unmittelbar auf den Text Haubachs folgende Antwort Schiffrins läßt den Respekt erkennen, den beide Autoren einander entgegenbrachten. Ebenso wenig polemisch wie Haubach schärfte der Autor noch einmal seine Position und legte vor allem Wert darauf, auf keinen Fall eine „Verneinung der nationalen Wirklichkeit“ betreiben zu wollen, und zitierte zum Beweis umständlich aus eigenen Beiträ-

<sup>1532</sup> Ebd., S. 270.

<sup>1533</sup> Haubach, Theodor: Nationalistischer Linksozialismus? Eine Erwiderung, in: Deutsche Republik 7 (1932-33), H. 12, S. 364 – 368, S. 364 - 366.

gen.<sup>1534</sup> In den meisten strittigen Punkten stellte Schifrin dann überwiegend Übereinstimmungen zwischen seinen und Haubachs Vorstellungen u.a. in der Außenpolitik heraus. Er kam zu der Schlußformel, daß sein Kontrahent – „lieber Haubach“ – vermutlich „nur aus übertriebener Ritterlichkeit und falschem journalistischem [sic] Solidaritätsgefühl sich dazu hergegeben“ habe, sich für die Neuen Blätter insgesamt zu artikulieren - eine auf Haubach bezogen sicher ernstgemeinte und für den Mitarbeiterstab des Blattes zugleich pejorative Anmerkung.

In einem Aspekt jedoch hielt Schifrin weiterhin Distanz zu Haubach, sah auch keine Möglichkeit des Kompromisses. Haubach hatte nämlich abgehoben auf „die ehrlich revolutionären und sozialistischen Elemente im Faschismus“, um die die Sozialdemokratie buhlen müsse. Genährt wurde die Empörung Schifrins über derartige Äußerungen durch Formulierungen in den Neuen Blättern, in denen der Faschismus quasi objektiv analysiert und in denen ihm Erneuerungskraft zugesprochen wurde. Schroff setzte Schifrin dagegen die These, daß durch ein solches Vorgehen der Faschismus verharmlost werde. Es müsse, so seine Forderung, ein „Pestkordon“ um die Nationalsozialisten - auch bei ihm das, wie sich zeigen sollte, zu optimistische Attribut „um den bereits verfaulenden Nationalsozialismus“ - gezogen werden, um sie mit dem Beispiel Italiens vor Augen daran zu hindern, die „kulturelle und politische Ermordung der Nation“ zu realisieren.<sup>1535</sup>

Der Exkurs ist in der Lage, schlaglichtartig die Forderung Haubachs nach der Erarbeitung eines Konzepts in der SPD, das die gemeinsamen geistigen Grundlagen widerspiegeln sollte, als illusorisch zu entlarven. Selbst zwei einander eher nahestehende Genossen wie Schifrin und Haubach fanden letztlich in der Frage, welchen Stellenwert das Nationale einnehmen sollte, keinen gemeinsamen Nenner. Zwar waren beide sich einig, daß der Nationalsozialismus massiv bekämpft werden müßte, doch bei dem Problem, ob nicht Abwerbungsversuche in deren Mitgliedschaft zu unternehmen seien, gab es keine Einigung. Ohne daß Schifrin es expressis verbis äußerte, sah er – zu Recht - die Gefahr, daß man den Parolen der Nationalsozialisten aufsitzen könnte, wenn deren Begrifflichkeit – das ‚Nationale‘ und das ‚Soziale‘ - aus dem menschenverachtenden, aggressiv-machthungrigen Kontext der ‚nationalsozialistischen Bewegung‘ gelöst würde. Welch unerfüllbar erscheinende Forderung Haubachs an die Parteiführung also, doch nun endlich ein SPD-Konzept zu erarbeiten, wo doch die Anschauungen zwischen den äußeren Flügeln der SPD noch erheblich weiter klafften als zwischen Schifrin und ihm.

Er selbst tat in den letzten zwei Jahren der Existenz der Weimarer Republik auch wenig dafür, eine solche Grundsatzdiskussion anzustoßen. Haubachs Schlußfolgerung aus den von ihm kritisierten Erscheinungen der Parteiarbeit, die oben in den wesentlichen Kristallisationspunkten wiedergegeben wurden, konkretisierte sich fast ausschließlich in Vorschlägen zur Veränderung bzw. Neuformierung der Parteiorganisation wie zur Agitationstätigkeit. Die Fortsetzung der tiefen wirtschaftlichen Krise, blutige Straßenkämpfe, vom Reichspräsidenten installierte Kabinette, die sich parlamentarischer Kontrolle entzogen, Wahlerfolge der Nationalsozialisten auf hohem Niveau bestimmten den deutschen innenpolitischen Alltag und signalisierten: Die Republik verlor zusehends an Kraft, ihr Bestand war aufs

<sup>1534</sup> Schifrin, Alexander: Sozialistischer Antinationalismus. Offener Brief an Theodor Haubach, in: Deutsche Republik 7 (1932-33), H. 12, S. 368 – 373, S. 368 f.

<sup>1535</sup> Ebd., S. 369.

höchste gefährdet. Wie bei seinen Bemühungen der Neustrukturierung des Reichsbanners waren in seinen Augen nicht ideologische Diskurse gefragt, sondern es mußte die größtmögliche Schlagkraft erzielt werden.

In dem bereits genannten Papier, das „Vorschläge zur Parteireform“ enthielt und in Gemeinschaftsarbeit mit Carlo Mierendorff entstand, knüpften die Autoren an die Tatsache an, daß „das Schwergewicht der politischen Entscheidungen aus dem Parlament herausverlegt“ worden sei.<sup>1536</sup> Als wesentliches Ziel der politischen Arbeit gaben sie deshalb die Parole aus, breite Volksschichten für die SPD zu mobilisieren und dafür die „Werbetätigkeit“ erheblich zu steigern. Da diese Aufgabe mit der traditionellen Organisation nicht zu leisten sei, erläuterten sie detailliert ein neues Konzept. Im Kern enthielt es die Forderung nach einem zusätzlichen „Funktionärkörper“, dessen Mitglieder allein für den „Außendienst“, genauer: für die Agitation und den politischen Kampf, eingesetzt werden sollten. Als Vorbilder für die Beschreibung der Funktion und innerparteilichen Einordnung dieses Kadern wurden nicht nur das Heer und die Polizei genannt, sondern auch die Strukturen der Nationalsozialisten und Kommunisten. Jeder dieser „Außendienstmitarbeiter“ genannten Genossen sollte zum unbedingten Gehorsam gegenüber den anordnenden Führern verpflichtet sein. „Parteiübliche Freiheiten“, also z.B. das Recht der Diskussion, wie auch „Einwendungen oder Ausflüchte“ nach dem Erhalt spezifischer Aufträge seien nicht hinnehmbar. Den genannten ‚Vorbildern‘ entsprechend wurde ein rigides hierarchisches System entwickelt und in die vorhandene Parteistruktur integriert. Akribisch wurden die Zuordnungen dargestellt: Vom Parteivorstand, der mit der „Propaganda-Zentrale“ und über Zwischenstufen bis hinunter zum Ortsvereinsvorsitzenden, der mit dem „Propaganda-Stoßtrupp-Führer“ verbunden wurde.<sup>1537</sup>

Zur praktischen Tätigkeit entwickelten die Autoren einige eher allgemein gehaltene Anregungen. Es sollten „handstreichartige Unternehmungen“ durchgeführt werden, um den Gegner „[zu] verwirren und [zu] beschämen.“ Akzentuierter wurden Hinweise zum Einsatz modernerer Propagandamittel genannt. Diesen Gesichtspunkt betonte Haubach auch in einem Beitrag, als er zwar feststellte, daß es in der Anwendung der Agitationsmittel – „Flugblatt, Versammlung und Werbung von Mund zu Mund“ – Fortschritte gebe, daß jedoch weitere Anstrengungen notwendig seien. So bemängelte er u.a., daß den Flugblättern immer noch „Schmiß, Schwung und Witz“ fehle und votierte für „die nicht zu ersetzende Militärmusik“ als Umrahmung von Versammlungen, die „den Willen zum Kampf“ erheblich nachhaltiger demonstrieren würde als „unsinnige Konzertpotpourris“.<sup>1538</sup> Die „Vorschläge zur Parteireform“ hoben außerdem den Einsatz von „Symbolpropaganda“ hervor und verwiesen auf die „Freiheitspfeile“ und den „Freiheitsgruß“ – Elemente aus der Entstehungszeit der Eisernen Front.<sup>1539</sup>

Korrespondierend mit dem ‚Führerprinzip‘ warben die Autoren für ein System der „Kontrolle des Agitationsapparates“. Es seien Statistiken anzulegen und eine „kartemäßig“ zu erfassende „Kontrolle“ einzuführen, durch die die Anordnungen und

<sup>1536</sup> Vorschläge zur Parteireform aus dem Freundeskreis der „Neuen Blätter“, o. Vf., o.O., o.J. [vermutlich im Laufe des Jahres 1931 entstanden], in: Martiny, Die Entstehung, Dokument VII, S. 415 – 419, S. 415.

<sup>1537</sup> Ebd., S. 416.

<sup>1538</sup> Glenlow, Geist und Technik, S. 234 f.

<sup>1539</sup> Vorschläge, S. 417 f.

ihre Durchführung sowie die Rückmeldungen zu den Aktionen erfaßt werden sollten, Rückmeldungen übrigens, die „mit aller Strenge“ einzufordern seien. Würden diese Maßnahmen realisiert, könnten sie der Parteiführung ein differenziertes Bild vom Netz der Aktivitäten, den inhaltlichen Gewichtungen und über „die Qualität der Führer“ vermitteln.<sup>1540</sup>

Die Verbote von modernen, in Wirtschaft und Verwaltung heute verbreiteten Kontrollsystemen, die hier von den beiden Autoren entworfen wurden, akzentuieren in besonderer Weise deren Absichten. Auch Haubach hatte zweifellos erkannt, daß sein Vorwurf, die Parteiführung habe es nicht geschafft, die Entwicklung einer gemeinsamen geistigen Grundlage voranzubringen, in der aktuellen innenpolitischen Situation nicht zu kompensieren war. In verschiedenen Beiträgen hatte er auf die Schwachstelle der Parteiarbeit hingewiesen, daß es an der „Agitationskunst“ und an deren Organisation erheblich mangle.<sup>1541</sup> Mit der Mobilisierung der Partei auf diesem Feld, die offen an Erscheinungsformen der politischen Hauptgegner, deren Erfolge damit erklärend, angelehnt wurden, sollten neue Wählerschichten erschlossen und an die SPD gebunden werden. Die Tendenz des ausführlich dargestellten Papiers, das bezeichnenderweise außerhalb der Partei placiert wurde, macht deutlich, daß mit der Neustrukturierung eines Teilbereichs der Parteiarbeit zugleich innerparteiliche strukturelle Schwächen beseitigt werden sollten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die von ihm als zuwenig markant empfundenen hierarchischen Zuordnungen, ein in seinen Augen häufig fruchtloses Debattieren und die Straffung der Versammlungspraxis, die nach seiner Auffassung in zu starkem Maße Züge eines ‚Vereinslebens‘ angenommen hatte.

Kraft sollte die Partei für die „innere Erneuerung“ aus ihrem grundsätzlich veränderten Erscheinungsbild ziehen. Die von ihm geforderte massive und modernisierte Agitation mit regelmäßigen Pressekonferenzen, spezifisch geschulten Rednern und gezielten Kampagnen war nicht zu verwirklichen, so Haubach, wenn nicht „endlich einmal“ die junge Generation stärker auf den Kandidatenlisten der Partei repräsentiert werde. Versöhnlich fügte er zwar die Bemerkung ein, daß ihm nicht daran liege, die „verdienstvollen älteren Führer zu schmähen“, aber der Schwerpunkt dieser Passage war eindeutig gesetzt: Die Erneuerung war ohne die jungen Politiker nicht zu realisieren.<sup>1542</sup> Gerade zwei Jahre zuvor hatte er dem gleichen Problem eine völlig andere Akzentuierung gegeben. In dem in anderem Kontext bereits annotierten Beitrag für die Alfred Weber gewidmete Festschrift verlagerte er in den Passagen, in denen eine klare Einschätzung zum aktuellen Stand der ‚Generationenfrage‘ in der SPD erwartet werden konnte, seine Auseinandersetzung mit dem Thema auf eine historische oder philosophisch-geistige Ebene. Der Text ist eindeutig als Beleg dafür zu interpretieren, daß Haubach bis weit in das Jahr 1930 hinein die Parteiführung auf den verschiedenen Ebenen wohl durch eigene Leistungen für die sozialistische Bewegung in und außerhalb der Partei auf sich aufmerksam zu machen beabsichtigte, aber kritische Äußerungen strikt unterdrückte. Er merkte sogar lobend an, daß „die altersmäßige Regeneration“ in der

---

<sup>1540</sup> Ebd., S. 418 f.

<sup>1541</sup> U.a. in: Haubach, Die militante Partei, S. 209 und Glenlow, Geist und Technik, S. 233.

<sup>1542</sup> Glenlow, Geist und Technik, S. 234 ff. (neue Formen der Agitationstechnik) u. S. 239 (junge Generation).

Führerschicht „beträchtliche Fortschritte“ gemacht habe.<sup>1543</sup> Im abschließenden Satz zog er sich gar prinzipiell auf die Position zurück, daß die Generationenfrage in der sozialistischen Bewegung nicht nach „biologischen und subjektiven Gesichtspunkten“ entschieden werde, sondern „objektiv nach Leistungen.“<sup>1544</sup> Diese Aussage widersprach eklatant einer offenkundig ausschließlich im Verborgenen geübten Praxis jüngerer Politiker – vor allem Haubachs und Mierendorffs –, die sich bemühten, eine Art „Generationsopposition der Jüngeren gegen die Alten im Parteivorstand“ zu formieren. Max Seydewitz, Jahrgang 1892, der sich an einen solchen konkreten Versuch erinnert, der bereits auf dem Magdeburger Parteitag, also im Mai 1929, bei Vorstandswahlen realisiert werden sollte, lehnte dieses Ansinnen jedoch ab, da die Initiatoren – neben den Genannten noch Kurt Schumacher, Julius Leber und der Reichsbannerführer Karl Höltermann – „auf dem rechten Flügel standen“ und in entscheidenden politischen Fragen immer gegen die Gruppe um Seydewitz gestimmt hatten.<sup>1545</sup> Es muß als höchst bemerkenswerter Hinweis auf die tiefsitzende Unzufriedenheit über die Parteiführung hervorgehoben werden, daß sich Haubach in dieser Frage zu einer Kontaktaufnahme mit der äußersten Linken der Partei bereit zeigte. Dabei taten sich doch gerade in Magdeburg bei der Diskussion des Papiers der Wehrkommission unvereinbare sachliche Differenzen auf. Zugleich – und das verdient, festgehalten zu werden – unterstreicht diese Begebenheit, welch hohen Stellenwert für die äußerste Linke der Partei der primär sachlich-inhaltliche Diskurs besaß, eine Linie, die sie offenbar konsequent zu verfolgen trachtete.

In den Jahren 1931 bis 1933 äußerte sich Haubach öffentlich, wie nachgewiesen werden konnte, erheblich offensiver gegenüber der Führung der Partei. Bis auf einen verbalen Ausbruch, der oben zitiert wurde, blieb seine Kritik jedoch zurückhaltend-sachlich und weiterhin ohne jeden identifizierbaren personalen Bezug. Der in der Generationenfrage auftretende Unterschied war allerdings signifikant und stand zugleich exemplarisch für eine Neuorientierung Haubachs. Er wollte es fraglos mit den Führungskadern nicht verderben, hatte die Bedeutung der horizontal verlaufenden Führungsschienen in der Partei mittlerweile erfahren und einschätzen gelernt, doch diese Strukturen konnten ihn nun nicht mehr davon abhalten, grundsätzliche kritische Anmerkungen öffentlich zu machen. Der von Hans Mommsen vertretenen These vom „Immobilismus“ der SPD, vor allem an der Struktur und Personen der Führung festgemacht, kann sicher durch die Tatsache Bestärkung erfahren, daß diese jungen, aktiven Politiker sich offenbar genötigt sahen, mit den Neuen Blättern eine politisch-publizistische Plattform außerhalb der Partei schaffen zu müssen, von der aus nur erfolgversprechend Impulse gesandt werden konnten.<sup>1546</sup> In diesem Zusammenhang ist möglicherweise auch die Antwort auf die Frage zu finden, warum Haubach bereits im Dezember 1931 seinen Artikel „Politik und Agitation“, der ausdrücklich mit dem Untertitel „Ein Beitrag zur Krise der Sozialdemokratie“ erschien und die relativ schärfsten Attacken enthielt, unter einem Pseudonym veröffentlichte. Es drängt sich die Vermutung auf, daß er sich nicht dem Bannstrahl der Führer aussetzen wollte.

<sup>1543</sup> Haubach, Die Generationenfrage, in: Soziologische Studien, S. 112.

<sup>1544</sup> Ebd., S. 120.

<sup>1545</sup> Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S. 175.

<sup>1546</sup> Mommsen, Hans, Sozialdemokratie in der Defensive.

Der Aufbruch war überfällig; die wesentlichen Elemente der politischen und gesellschaftlichen Visionen Haubachs waren massiv gefährdet: Die Partei geriet in Wahlen an den Rand der Bedeutungslosigkeit, die Republik befand sich in höchster Gefahr, und in der Öffentlichkeit dominierten zunehmend Parolen, die Minderheiten auf übelste Weise verhöhnten und diskriminierten, unverhüllt revanchistische Gelüste transportierten und traditionelle kulturelle Wertvorstellungen negierten.

*In Staatsaufbau und Staatspraxis [...] eine Reihe ernstlicher Fehlerquellen“*

Auf verschiedenen Stationen der politischen Laufbahn Haubachs konnte nachgewiesen werden, welche große, letztlich existenzsichernde Bedeutung für den jungen demokratischen Staat er dessen „strenger“ oder „unnachgiebiger“ Sicherung durch die Staatsorgane beimaß. Wenn sie auch während der Hamburger Jahre in Reden und Beiträgen für Zeitschriften beschwörend-ernst geklungen hatten, blieben sie doch auf der Ebene allgemeiner Mahnungen. Auch in dieser Frage markierten die Septemberwahlen 1930 eine deutliche Zäsur. Kämpferisch befürwortete er jene Notverordnungen, wie wir sahen, die massiv in die Freiheit der Presse eingriffen.<sup>1547</sup> Nur einen Monat später erneuerte er sein Votum in den Neuen Blättern, dann mit klarer Frontstellung gegen den Vorwärts und die SPD-Reichstagsfraktion, die Anzeichen erkennen ließen, die Aufhebung der Notverordnungen zu unterstützen.<sup>1548</sup> Heftig verwehrte er sich gegen dieses Ansinnen mit dem Hinweis, daß jeder, der „den anderen beleidigt, schmäht oder verleumdete“, umgehend den Anspruch auf das Recht der freien Meinungsäußerung verlieren müsse.<sup>1549</sup> Wie auch bereits für ‚Das Reichsbanner‘ wies er nun darauf hin, daß verschiedene Artikel der Verfassung revidiert werden müßten.

Die entscheidende Spannung bezieht der Beitrag in den Neuen Blättern aus einer grundsätzlichen politischen Positionsbestimmung, die Haubach im Kontext der von ihm ausgemachten partiellen Verfassungsschwächen vornahm. Als Quelle der in der Partei aufkommenden Stimmung, die Notverordnungen aufheben zu lassen, sah er liberales Gedankengut wirksam werden. Heftig im Ton zog er einen Trennungsstrich zwischen Sozialdemokratie und „Liberalismus“, den er als den Hüter individueller Freiheitsgüter beschrieb. Doch dieses politische Prinzip habe sich als „Werkzeug der entschlossenen sozialen Reaktion“ decouviert. Mahnend schleuderte er geradezu seinen Genossen den Satz entgegen: „Wir sind keine Sozialliberalen, sondern Sozialdemokraten.“<sup>1550</sup> Es ist nicht denkbar, daß Haubach sich in dieser Weise auch in einem Reichsbannerorgan geäußert hätte. In dem Kampfbund waren ihm die Mitglieder, die der DDP angehörten, jener Partei also, die sich als Hort des Liberalismus ansah, sicher nicht nur aus formalen oder quantitativen Erwägungen gelittene Gefährten. In diesem begrenzten Feld galt als gemeinsame Basis die Bereitschaft, sich kämpferisch für die republikanische Idee zu engagieren. Die DDP-Mitglieder, die sich dem Reichsbanner angeschlossen hatten, hätte Haubach zweifellos nicht mit einer derart unversöhnlichen Formulierung verprellen oder provozieren wollen. Wieder wird eindeutig sichtbar, daß Partei und Reichsbanner zwei einander komplettierende Organisationen für ihn waren, in denen je unterschiedlich ‚operiert‘ wurde, mit deren Mitgliedschaften er auch, wie

<sup>1547</sup> Haubach, ‚Aufhebung der Preßfreiheit?‘, in: Das Reichsbanner.

<sup>1548</sup> Haubach, Theodor: ‚Ende der Pressefreiheit?‘, in: NBS 2 (1931), H. 8 (August), S. 403 – 405.

<sup>1549</sup> Ebd., S. 404.

<sup>1550</sup> Ebd., S. 403.

in anderen Zusammenhängen dargestellt, durch seine publizistische Tätigkeit bewußt zielgruppenorientiert kommunizierte.

Die SPD war jedoch der Ort, in dem die grundlegenden politischen Weichenstellungen umzusetzen waren, hier wollte er keine Rücksicht mehr auf die langjährigen Koalitionspartner in Landtagen und im Reichstag nehmen. Nach dem 14.9.1930 galt es, das sozialdemokratische Profil in seinen fundamentalen Linien herauszuarbeiten und offensiv zu vertreten. Zu lange habe auch die SPD gezögert, notwendige Veränderungen der Verfassung vorzunehmen, weil die Furcht herrschte, „etwas Unliberales zu tun.“ Auf diese Weise sei jedoch den Gegnern der Republik, die mit „Dreistigkeit und Unbekümmertheit“ aufgetreten seien, in die Hände gearbeitet worden. Zudem habe man durch die Passivität „insbesondere die Arbeitermassen“ enttäuscht und verbittert.<sup>1551</sup>

In einem umfangreichen Artikel bereitete er die Thematik detailliert auf, indem er einleitend – wiederum recht selbstbewußt – darauf verwies, daß „nur <der> [gesperrt, P.Z.] Führer seine Mannschaft in Zeiten schwerster Gefahren immer wieder neu zum Kampf formieren kann, der selber die ihn umbrandenden Ereignisse versteht, die Zusammenhänge überschaut und klare Ziele allen verständlich auszusprechen vermag.“ Er listete dann „eine Reihe ernstlicher Fehlerquellen“ der Verfassung auf, die ihm als besonders schwerwiegend erschienen und die nach seiner Auffassung entscheidend für die Krisensituation des Staates verantwortlich waren. Nachdrücklich wies er darauf hin, daß die bedrückenden ökonomischen Bedingungen wie die Folgen des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages allenfalls mitverantwortlich zu machen seien.<sup>1552</sup>

Er stellte die Optionen der „Kombination zwischen parlamentarischer und präsidentieller Demokratie [...], zwischen direkter und indirekter Demokratie“ an verschiedenen Beispielen dar. Dabei gelangte er bei der Fragestellung, ob sich die von der Verfassung vorgesehene starke Stellung des Reichspräsidenten in der Praxis der jungen Republik bewährt habe, zu einer deutlich negativen Einschätzung. Einmal sei „die Entschlußfreiheit des Parlaments“ in den zurückliegenden Jahren deutlich eingeschränkt worden. Zudem habe „die latente Drohung mit der Reichspräsidentenkrise“ Regierungen und Parlamente entscheidend in ihrer Entschlußkraft und in ihrem Handeln gehemmt.<sup>1553</sup> Als außerordentlich schädlich kritisierte Haubach in einem weiteren Komplex, daß die nach der Verfassung prinzipiell repräsentative Demokratie auch durch Vorgaben der Verfassung selbst unterhöhlt worden sei, indem Formen direkter demokratischer Verfahren – Volksbegehren und Volksentscheid – zu „schweren Störungen“ des politischen Lebens geführt hätten. Dem Versuch der Verfassungsväter, mit dieser Konstruktion „den Staatsbürger“ gegenüber seiner Regierung stärken zu wollen, hielt Haubach entgegen, daß die Regierungen „in ihrer Autorität gemindert“ worden seien.<sup>1554</sup> Ohne es ausdrücklich zu erwähnen, sah er zweifellos auch in

<sup>1551</sup> Haubach, Theodor: Positive Verfassungskritik. Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik, in: Die Justiz. Monatsschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens, zugleich Organ des Republikanischen Richterbundes, 6.Jg. 1930/31, Bd. VI, H. 11/12, August 1931, S. 628 – 639, S. 638 f.. Der Text war laut Vorbemerkung Auszug einer Rede, die Haubach auf einer Republikanischen Studententagung hielt. Der Vf. hatte die gedruckte Fassung, wie oben bereits vermerkt, als seinen Beitrag für eine geplante Lederer-Festschrift vorgesehen; vgl. NL Emil Lederer, in: State University of New York at Albany. Special collection..

<sup>1552</sup> Ebd., S. 629.

<sup>1553</sup> Ebd., S. 631 f.

<sup>1554</sup> Ebd., S. 633 f.

es ausdrücklich zu erwähnen, sah er zweifellos auch in diesem Teil der Verfassung das so heftig abgelehnte liberale Element als ‚Geburtshelfer‘. Dieselbe Stoßrichtung der Kritik ist bei Carlo Mierendorff feststellbar, der sich u.a. in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘ zum Thema äußerte und die Weimarer Republik als typisches Produkt „liberalistischer Ideen“ geißelte.<sup>1555</sup>

Eine vergleichbare Intention ist in seiner eindringlichen Ablehnung des Verhältniswahlrechts erkennbar. Auch hier sah er das unselige Walten liberaler Geister, die durch „eine beinahe mikroskopische Genauigkeit“ den Volkswillen repräsentiert und die Regierungen kontrolliert sehen wollten. Entwickelt habe sich allerdings, so Haubachs Vorwurf, eine Situation, die die Bildung klarer Mehrheiten behindert und eine „maßlos unpopuläre Koalitions- und Kompromißpolitik“ erzeugt habe.<sup>1556</sup>

Auch im Rahmen dieses Beitrags griff er noch einmal die seiner Meinung nach unentschlossene Haltung gegenüber der „Hetzpresse“, den dort aktiven Verleumdern und Ehrabschneidern auf und stellte sie in den gleichen Kontext: Die Weimarer Verfassung verhinderte geradezu den von ihm so häufig geforderten „starken Staat“, sollte heißen: eine Staatsführung, die durch eindeutige Mehrheiten legitimiert, regieren und führen konnte. Nur dort, so faßte er seine Darstellung zusammen, sei „<eine freie Republik>“ möglich, wo auch „<eine strenge Republik vorhanden>“ [gesperrt, P.Z.] sei.<sup>1557</sup>

## 7.5 Der ‚Preußenschlag‘: entscheidender Schlag gegen die republikanische Idee

Die Ereignisse, die am 20.7.1932 zur Absetzung der letzten sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen führten, sind inzwischen in vielen Facetten u.a. von Beteiligten in Memoiren und von Historikern auf- und nachbereitet worden. Es sollen in diesem Zusammenhang nur wenige Schlaglichter den Hintergrund ausleuchten, die die generellen politischen Gewichtungen und die atmosphärischen Bedingungen der tagespolitischen Ereignisse erkennen lassen.<sup>1558</sup> Die wesentliche Akzentuierung wird in der Darstellung die Rolle erhalten, die Theodor Haubach wie auch sein ‚Chef‘, der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski, während dieses Ereignisses spielten. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf jene oben formulierte ‚Leitfrage‘ zu lenken, in welchem Maße und auf welchem Wege Haubach sich in dieser bis dahin bedrohlichsten Herausforderung aller von ihm über zwölf Jahre vertretenen politischen Zielvorstellungen mühte, den Dammbruch gegen die anti-republikanischen Kräfte zu verhindern.

Wie bereits in anderem Kontext erwähnt, hatten fünf Landtagswahlen am 24.4.1932 mit herausragenden, freilich nicht mehr überraschenden Gewinnen der

<sup>1555</sup> Mierendorff, Carlo: Der sozialistische Weg, in: Sozialistische Monatshefte 38 (1932), Bd. II, S. 989 – 993.

<sup>1556</sup> Haubach, Positive Verfassungskritik, S. 634 f.

<sup>1557</sup> Ebd., S. 639. Die lebhaft erörterte Frage in der Sozialdemokratie, welche Gewichte bei einer als notwendig erachteten Verfassungsreform zu setzen seien, wird im Überblick dargestellt bei: Winkler, Der Weg, S. 802 – 809. Allgemein setzt sich mit diesem Thema noch auseinander: Luthardt, Wolfgang: Sozialdemokratische Verfassungstheorie in der Weimarer Republik, Opladen 1986.

<sup>1558</sup> Benutzt wurden: Bracher, Die Auflösung – weiterhin ein Standardwerk – und Winkler, Der Weg. Bei Winkler ist naturgemäß die Fülle der neueren historischen Forschung verarbeitet.

Nationalsozialisten geendet. In Preußen, das etwa drei Fünftel der deutschen Bevölkerung umfaßte, hatte die NSDAP Wähler der DNVP, der bürgerlichen Mitte - mit Ausnahme des Zentrums - und aus dem Lager der Nichtwähler wie der SPD an sich ziehen können. Zudem hatte die KPD neun Sitze hinzugewonnen. Die Situation wird schlagend durch die Tatsache illustriert, daß beide Fraktionen zusammen im alten Landtag auf etwa 13 % der Sitze, im neugewählten dagegen auf etwa 52 % kamen. Da noch kurz vor dem Ende der Legislaturperiode eine Änderung der Geschäftsordnung durchgesetzt worden war, nach der der Ministerpräsident auch im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit benötigte, sich aber keine erfolgversprechenden Koalitionen entwickelten, amtierte die alte Regierung vorerst weiter.<sup>1559</sup> Das war allerdings eine höchst undankbare Aufgabe; sie war zum Spielball der beiden extremen Fraktionen des Landtags geworden, die beide unter unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen doch das Ziel verfolgten, republikanisch orientierte Politik massiv zu stören und vor der Öffentlichkeit letztlich ad absurdum zu führen. Die ‚rote Bastion‘ Preußen war bereits mit diesem Wahlergebnis geschleift.

Eine mögliche und auch erwartete Koalition von NSDAP und Zentrum kam nicht zustande; Hitler setzte in erster Linie darauf, den dem Zentrum angehörenden Reichskanzler Brüning zu attackieren, um dessen Sturz voranzutreiben. Das Bild, das ‚die‘ Politik dieser Monate bot, war äußerst vielschichtig. Die Arbeit in den Parlamenten war gekennzeichnet von heftigsten Auseinandersetzungen und unversöhnlichen Anfeindungen. In vielen Länderparlamenten hielten Regierungen ‚auf Abruf‘ die Stellung, dem Reichskanzler konnten sich anbahnende außenpolitische Erfolge nicht den kompensatorischen Schub vermitteln, die er in einer solch aufgeheizten, teilweise chaotischen innenpolitischen Szenerie benötigt hätte. Doch schlimmer für ihn wirkten sich die Drahtzieher hinter den Kulissen aus: Reichspräsident von Hindenburg entzog Brüning das Vertrauen und berief im Juni 1932 von Papen zum Reichskanzler.

Auf einer dritten Ebene, ‚der Straße‘, war vorübergehend eine Zeit relativer Ruhe eingeleitet, die jedoch Mitte Juni nach gerade zwei Monaten Dauer mit der Aufhebung des Verbots der SA und des Tragens von Uniformen fast schlagartig beendet war. Terror und Gewalt bestimmten das Bild, eine Erscheinung, die eigentlich die Reichsregierung unter von Papen zu verantworten hatte, die jedoch flugs und uneingeschränkt den Regierenden und den Polizeibehörden in Preußen zur Last gelegt wurde.<sup>1560</sup> Die ständig wiederholten Vorwürfe von Politikern und der meisten Presseorgane zielten vor allem auf die Polizeibehörde des ‚Brennhauses‘ Berlin. Dazu lief publikumswirksam inszeniert eine andere Kampagne, die die amtierende preußische Regierung verdächtigte, mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen zu wollen.<sup>1561</sup> Auch wenn diese Vermutung im Kern absolut substanzlos war, es lediglich der Versuch eines höheren Beamten war, sich den vermuteten neuen Machthabern anzudienen, so half diese Meldung die Stimmung gegen die Regierung Braun und die Sozialdemokraten zu schüren. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen eskalierten weiter; an einem Sonntag im Juli starben Beteiligte an politisch motivierten Auseinandersetzungen in Greifswald, in Schle-

<sup>1559</sup> Bracher, Die Auflösung, S. 502 f.

<sup>1560</sup> Winkler, Der Weg, S. 646 f.

<sup>1561</sup> Bracher, Die Auflösung, S. 578 ff.

sien und in Hessen.<sup>1562</sup> Zu einer besonders heftigen und tragisch endenden Konfrontation kam es an eben diesem 17.7.1932 mit den Ereignissen des sogenannten ‚Altonaer Blutsonntags‘. Etwa 7000 Nationalsozialisten führten provokativ einen „Werbemarsch“ durch die engen Gassen eines überwiegend von Kommunisten bewohnten Stadtteils des preußischen Altona durch. Die sich entwickelnde Straßenschlacht forderte viele Tote und Verletzte. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen erbrachten nur wenige konkrete Erkenntnisse. Die Nationalsozialisten aber demonstrierten im Sommer 1933, erst wenige Monate ‚an der Macht‘, ihr Rechtsverständnis, als sie vier junge Männer ohne jeden Beweis wegen ihrer Beteiligung an den Ereignissen des 17.7., bei denen auch zwei SA-Männer getötet worden waren, durch ein Sondergericht zum Tode verurteilen und die Strafe sogleich vollstrecken ließen.<sup>1563</sup>

Doch schon vorher, am 14.7., waren die Weichen endgültig auf Absetzung der amtierenden preußischen Regierung gestellt worden. Hindenburg hatte den Reichskanzler von Papen und den Reichsinnenminister Wilhelm Freiherr von Gayl empfangen und eine „Blankovollmacht“ für die „Verordnung über die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung“ sowie über den „Belagerungszustand“ ausgestellt – die Spitzen der Wirtschaft hatten bereits nachdrücklich gedrängt. Diese Maßnahmen sind eindeutig im Kontext des Vortrags über die Vorbereitungen „für die Einsetzung eines Reichskommissars“ zu sehen, den der Reichsinnenminister bei dieser Gelegenheit hielt.<sup>1564</sup> Neue Gewalttaten gaben letztlich den Vorwand für die Demontage der pro-republikanischen Kräfte ab und sollten den Weg freimachen für die Installierung einer Politikerkaste, die in starkem Maße den gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Wilhelminischen Reiches anhing. Personifiziert waren die Tendenzen in der Zusammensetzung des Kabinetts Papens, dem „ein Graf, vier Freiherren, zwei weitere Adlige und drei Bürgerliche“ angehörten.<sup>1565</sup> Am 20. Juli 1932 teilte der Reichskanzler drei Vertretern der preußischen Regierung – darunter dem Innenminister Severing – mit, daß er nach einer vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Reichskommissar für das Land Preußen berufen worden sei, und erklärte die amtierende Regierung für abgesetzt. Es wurde über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand verhängt. Die preußische Regierung wies ihre Absetzung als nicht legitim zurück und erklärte, sie werde den Staatsgerichtshof anrufen.

Nach den Erinnerungen Severings war der SPD-Spitze seit dem 16.7. bekannt, daß eine derartige Maßnahme vorbereitet werde. Als er in diesem Kreis vorsichtig einen Hinweis auf mögliche Gegenmaßnahmen vorbrachte, wurde er einmütig auf „die Rechtsgrundlage der Verfassung“ verwiesen und fügte sich offenbar schnell.<sup>1566</sup> Diese Linie behielten Partei- und Gewerkschaftsführung bei, als dann der ‚Preußenschlag‘ tatsächlich erfolgte.<sup>1567</sup>

<sup>1562</sup> Winkler, *Der Weg*, S. 654.

<sup>1563</sup> Schirmann, Léon: *Altonaer Blutsonntag 20. Juli 1932. Dichtungen und Wahrheit*, Hamburg 1994. Der Vf. stellt akribisch den Ablauf dieses Tages dar und kommt bei der Interpretation der vorliegenden Quellen zu dem Befund, daß in den vorliegenden Veröffentlichungen vor allem behördliche Stellungnahmen außerordentlich unkritisch rezipiert worden seien.

<sup>1564</sup> Winkler, *Der Weg*, S. 649.

<sup>1565</sup> Ebd., S. 612 f.

<sup>1566</sup> Severing, *Lebensweg*, Bd. 2, S. 347.

<sup>1567</sup> Vgl. dazu: *Anpassung oder Widerstand?: aus den Akten des Parteivorstands der Deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, hrsg. u. bearb. v. Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Allein in der Dienststelle, in der Theo Haubach arbeitete, wurde eine Art hinhalten-der Widerstand geleistet. Bevor jedoch auf die Situation am 20.7. eingegangen wird, ist es notwendig, den Leiter der Berliner Polizei kurz zu skizzieren. Albert Grzesinski, Jg. 1879, war nach eigenen Angaben in einem Elternhaus aufgewachsen, das von Enge und knappen materiellen Mitteln geprägt war. Er absolvierte eine Lehre, ging auf die Wanderschaft, trat 1897 der Gewerkschaft und 1900 der SPD bei.<sup>1568</sup> Er gehörte von 1921 bis 1933 als SPD-Abgeordneter dem preußischen Landtag an, war von 1926 bis 1930 preußischer Innenminister und bekleidete das Amt des Berliner Polizeipräsidenten zweimal, und zwar 1925 bis 1926 und 1930 bis 1932. Als herausragendes Merkmal bezeichnet sein Biograph Thomas Albrecht einen ständig sprudelnden „Energie- und Arbeitsstrom“, der seine Mitarbeiter auch zu intensiver Mitarbeit herausforderte oder nolens volens mitriß. Grzesinskis Auftreten war eher eckig, oft auch schroff. In den von ihm geleiteten Behörden kehrte er auch den „Chef“ heraus. Ausgesprochen „holzschnittartig“, ohne Witz und Schlagfertigkeit, dazu mit einer auf ‚das Kämpferische‘ beschränkten Rhetorik gestaltete er seine öffentlichen Auftritte.<sup>1569</sup> Eine große Übereinstimmung ist bei den von Grzesinski und Haubach geäußerten politischen Vorstellungen feststellbar. Auch Grzesinski agitierte in vielen Wahl- und Parteiveranstaltungen während der gesamten Weimarer Jahre für die republikanische Idee. Kompromißlos bekämpfte er die Nationalsozialisten und setzte seine Partei schroff von den Zielen der Kommunisten ab. Für ihn repräsentierte die SPD die einzig wahre republikanische Partei. Vor allem ihr traute er es zu, die demokratischen Grundlagen und die republikanische Staatsform zu erhalten sowie die Gesellschaft sozial umzugestalten.<sup>1570</sup>

Ein langer Weg durch die Strukturen seiner Partei, eine klar umrissene Programmatik und Züge eines kantig-herrischen Auftretens machten ihn zweifellos zu einem selbstbewußten, oft auch schwierigen Partner. Er selbst stellte dann auch seine zweite Berufung zum Polizeipräsidenten erheblich anders dar, als es die oben zitierte Darstellung Severings nahelegt. Grzesinski nämlich will das Revirement angestoßen und maßgeblich gesteuert haben, zu dem sich der preußische Ministerpräsident 1930 entschloß: Berufung Severings zum Innenminister und Grzesinskis zum Berliner Polizeipräsidenten.<sup>1571</sup> Doch die Hoffnung Grzesinskis auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Severing erfüllten sich offensichtlich nicht. Der Polizeipräsident mußte im Gegenteil erfahren, daß der Innenminister stärker um Ausgleich mit den politischen Gegnern und der Reichsregierung

---

<sup>1568</sup> Grzesinski, Albert: Im Kampf um die deutsche Republik. Lebensweg eines <heute> [hs. v. Vf. eingefügt, P.Z.] Staatenlosen, Paris 31.Dezember 1933, ms. Manuskript-Durchschlag m. versch. hs. Korrekturen v. Vf., in: Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 144, Bl. 23 – 26. Erste Veröffentlichung: Inside Germany, New York 1939. Erste deutsche Veröffentlichung mit leicht verändertem Titel: Im Kampf für die deutsche Republik: Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten, hrsg. v. Eberhard Kolb, München 2001.

<sup>1569</sup> Albrecht, Thomas: Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung; Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 51), Bonn 1999, S. 288.

<sup>1570</sup> Ebd., S. 291 f. Grzesinski auf einem Bezirksparteitag der SPD in Kassel, in: Kasseler Volksblatt v. 18.8.1930.

<sup>1571</sup> Grzesinski, Im Kampf, Bl. 243 und Aufzeichnungen, in: IISG Amsterdam, NL Albert Grzesinski, Nr. 2017.

bemüht war, als Grzesinski es tolerieren wollte. So griff Severing beispielsweise ein und machte Disziplinarmaßnahmen Grzesinskis rückgängig.<sup>1572</sup>

Mit seinen politischen Vorstellungen und dem Eintreten für einen „strengen“ Staat paßte Theodor Haubach zweifellos gut in eine Behörde, in der Grzesinski ‚führte‘. Es liegen jedoch nur wenige Dokumente vor, die Aussagen über das dienstliche und persönliche Verhältnis beider Männer zueinander zulassen. Wie erwähnt existieren keine behördlichen Zeugnisse, und auch Grzesinski nannte Haubach in seinem ausführlichen, in Paris verfaßten Manuskript nicht. Drei Schreiben Haubachs jedoch, die er seinem Chef in dessen Kurort sandte, lassen einige vorsichtige Rückschlüsse zu. Die in den Briefen verwandte Anrede „Hochverehrter Herr Polizeipräsident, lieber Genosse Grzesinski“ bzw. „Hochverehrter Herr Präsident, lieber Genosse Grzesinski“ mag eine Formel der Zeit gewesen sein, die vergleichbare spezifische Dienstverhältnisse – Parteigenossen als Vorgesetzte und Untergebene – widerspiegelten. Der Tonfall ist in allen Schreiben durchgängig sachlich-korrekt. Haubach bemühte sich jedoch, in jeden Brief einige Passagen einzuflechten, die eine private bzw. persönliche Ebene berührten. Naheliegend waren seine Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Kur - Grzesinski möge „die schönen Stunden der Freiheit von ganzem Herzen genießen“ - die sich in allen Texten finden.<sup>1573</sup> In zwei Sequenzen berichtete Haubach von Begegnungen mit der Ehefrau Grzesinskis. Einmal war es zu einem Gespräch anlässlich einer Veranstaltung im Grunewald gekommen, in der sie – „Ihre Frau Gemahlin“ - Haubach gegenüber geäußert hatte, daß Grzesinski sich „mehr als entzückt“ über seinen Kuraufenthalt ausgesprochen habe.<sup>1574</sup> Bei einem weiteren Zusammentreffen, „einer kleinen Veranstaltung im Frauenhilfsverein“, habe er „Ihre Frau Gemahlin“ erneut getroffen, schrieb Haubach in einem anderen Brief und fügte hinzu: „Sie sah sehr gut aus und war überaus vergnügt.“<sup>1575</sup> Zweifellos wußte Haubach, daß er mit diesen Hinweisen seinem Vorgesetzten gefallen konnte. Obwohl noch verheiratet, hatte Grzesinski mit Daisy Torrens bereits zusammengelebt, eine Beziehung, die die Rechtspresse 1929/30 veranlaßt hatte, eine Kampagne loszutreten, die Grzesinski im März 1930 zum Rücktritt als preußischer Innenminister veranlaßte. Noch im Frühsommer 1930 hatte er dann nach der erfolgten Scheidung seine Lebensgefährtin heiraten können. Das Verhältnis war damit zweifelsfrei ‚geordnet‘, aber sicher waren Verletzungen bei Grzesinski zurückgeblieben, die Haubach möglicherweise mit derart freundlichen, nicht zu dick aufgetragenen Anmerkungen zu kompensieren suchte – wohl auch in der Hoffnung, daß eine so erzeugte positive Stimmung auf ihn zurückstrahlen könnte.

Im Zentrum aller Schreiben standen Informationen zur ‚Lage‘ in Berlin, soweit die Polizeibehörde betroffen war. Obwohl Haubachs Briefe offenbar nicht die einzige Nachrichtenquelle darstellten – in einer Passage verwies er darauf, daß „der Herr Polizeivizepräsident“ Grzesinski „Mitteilung gemacht“ habe<sup>1576</sup> -, muß sie dem Polizeipräsidenten aber als wichtig erschienen sein. Haubach informierte nämlich differenziert, und es ist nicht anzunehmen, daß er diese Aufgabe selbst

<sup>1572</sup> Albrecht, Thomas, Wehrhafte Demokratie, S. 294 ff.

<sup>1573</sup> Brief Theodor Haubach an Albert Grzesinski v. 20.6.1931 in: IISG Amsterdam, NL Albert Grzesinski, G 49, 3. S.

<sup>1574</sup> Ebd., 1. S.

<sup>1575</sup> Brief Theodor Haubach an Albert Grzesinski v. 25.6.1931, in: Ebd., G 1443, 3.S.

<sup>1576</sup> Ebd., 1. S.

gewählt, sondern daß der Vorgesetzte sie erbeten oder gar angeordnet hatte. Diese Tatsache kann als Indiz dafür gewertet werden, daß Grzesinski seinen Pressereferenten Haubach generell als Mitarbeiter schätzte.

Der Eindruck großer Übereinstimmung ist auch Haubachs Informationen zu den tagespolitischen Ereignissen zu entnehmen. Sie bestätigen zugleich die harmonische Kooperation Grzesinskis und seines Stellvertreters, des Polizeivizepräsidenten Bernhard Weiß, auf die Thomas Albrecht verweist.<sup>1577</sup> Es existierte offenbar eine fugenlose Basis, von der aus beide die täglich geradezu anbrandenden Vorfälle einschätzten, die die Polizeibehörde herausforderten. Auf diese gemeinsame Grundlage nahm Haubach in seinen Berichten aus Berlin wie selbstverständlich Bezug, das Einverständnis des Chefs konnte er bei allen von Weiß getroffenen Entscheidungen voraussetzen. Geschickt verstand er es, sich selbst in der gebotenen Zurückhaltung als Mitarbeiter darzustellen, der die Linie des Hauses uneingeschränkt und überzeugt mittrug.

War die Gemeinsamkeit auch in erster Linie sachlich begründet, so scheint sie in den oberen Etagen der Polizeibehörde zusätzlich durch die Frontstellung gegen den Innenminister Severing und dessen Entourage gestärkt worden zu sein. Deutlich ist diese Tatsache an einem Konflikt abzulesen, der den größten Raum in den ‚Meldungen‘ Haubachs einnahm. Zu den täglichen Krawallen, gewaltsam verlaufenden Demonstrationen und anderen Provokationen ‚des Staates‘, mit denen sich die Berliner Polizei auseinanderzusetzen hatte, meldeten Kommunisten und Nationalsozialisten je eine größere Sportveranstaltung an. Die NSDAP hatte sich schnell selbst decouvriert, indem in ihrer Presse angekündigt wurde, von diesem ‚Sportfest‘ aus solle der Sturm auf Berlin beginnen und damit das Verbot zur Durchführung der Veranstaltung herausgefordert. Die vom 4. bis 12.7.1931 terminierte ‚Spartakiade‘ dagegen war ein traditionelles internationales Sporttreffen kommunistischer Jugendlicher. Doch die Presse der Rechten und teilweise der ‚Mittelparteien‘ hoben beide Veranstaltungen auf eine Stufe und forderten umgehend auch das Verbot des kommunistischen Treffens. Vermutlich wurde auch auf verschiedenen politischen Ebenen Druck auf Severing ausgeübt, denn er sprach ein Verbot aus. Er revidierte dieses Verbot vier Tage darauf, um es drei Tage später endgültig zu verkünden.<sup>1578</sup> Diese wankelmütige Haltung sorgte in der Öffentlichkeit für außerordentlich negative Reaktionen. Auch die Reichsregierung und vor allem der Reichspräsident deuteten das Verhalten preußischer Behörden als Führungsschwäche und in ihrer fast hysterischen Beurteilung kommunistischer Aktivitäten als Zurückweichen gegenüber der KPD.

Beide Verbote unterstützte offenbar auch die Polizeibehörde. Für das nationalsozialistische Sportfest war nach der Darstellung Haubachs die Beweislage erdrückend, wie er in seinem ersten Brief erläuterte. Doch die Kommunisten hätten „ja in bewährter Naivität auch alles getan, um ein solches Verbot herauszufordern.“ Dieses sei in Übereinstimmung Severings und des Polizeivizepräsidenten nach einem Gespräch erlassen worden.<sup>1579</sup> Diesem, einen Tag nach dem Verbot geschriebenen Brief folgte der zweite, der zwei Tage nach der verfügten Aufhebung

<sup>1577</sup> Albrecht, Thomas, Wehrhafte Demokratie, S. 295. Zu Persönlichkeit und Biographie des Berliner Polizeivizepräsidenten vgl. Bering, Dietz: Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels, Stuttgart 1991.

<sup>1578</sup> Ebd., S. 301.

<sup>1579</sup> Brief Haubach v. 20.6.1931, 2. S.

des Verbots verfaßt wurde. Haubach beschrieb die Wirkung dieser Maßnahme als verheerend. In das Visier der Öffentlichkeit geriet ja zunächst jeweils die Polizeibehörde, die für die Entscheidungen verantwortlich gemacht wurde. So habe Severings Kehrtwende „hier im Hause eine gewisse Bestürzung hervorgerufen“, doch schlimmer sei, daß die Presse, „auch die mittelparteiliche“, in scharfer Form das Präsidium und den Präsidenten angreife. Er habe sich bemüht, so Haubach, in Hintergrundgesprächen Journalisten „vertraulich“ darüber zu informieren, daß Grzesinski gar nicht in Berlin sei und der Vizepräsident „ebensowenig dafür [könne]“. Haubach gab im weiteren Verlauf des Textes ein Detail preis, das eine seiner Aussagen des ersten Briefes korrigierte. Er wies nämlich darauf hin, daß Weiß in dem ersten Gespräch mit Severing zwar auch für das Verbot des nationalsozialistischen Sportfestes votiert hatte, aber empfohlen hatte, die Spartakiade nur „mit einem Verbot zu bedrohen.“ Diese Variante habe Severing abgelehnt, das Verbot ausgesprochen, um es „knapp 3 mal 24 Stunden“ später zu revidieren. Wäre der Innenminister dem Vorschlag Weiß’ gefolgt, wäre dem Polizeipräsidium „eine Schlappe“ erspart geblieben. Außerdem sei dem Präsidium „auferlegt“ worden, so Haubach spürbar betroffen, die Aufhebung des Verbots „als von uns [dem Polizeipräsidium, P.Z.] selbst aus erfolgt hinzustellen“ und damit den Sturm der Presse auf sich zu lenken.<sup>1580</sup> Die letzte Wendung, also das neuerliche Verbot, erfolgte dann erst nach der Niederschrift des dritten Briefes Haubachs, in dem er allerdings – mit einiger Befriedigung – vermerken konnte, daß das Innenministerium letztlich doch die Verantwortung für die Entscheidungen in der Verbotsfrage auf sich habe nehmen müssen.

Auffällig ist zunächst die tiefe Befremdung der Führung des Polizeipräsidiums darüber, daß sie offenbar von Severing zu keinem Zeitpunkt eindeutig über die Motive seiner Entscheidungen informiert, sondern als ausführende Behörde instrumentalisiert wurde. Haubach konnte dann auch nicht an sich halten und formulierte im zweiten Brief nachdrücklich seinen Standpunkt, nachdem also die Aufhebung des Verbots bekannt geworden war. Es sei, schrieb er, „nicht zu verantworten, dass in einer Zeit <höchster> [hs. korr., P.Z.] wirtschaftlicher und politischer Spannung den radikalen Flügelparteien die Strassen und Plätze der Stadt Berlin zur Verfügung stehen.“ Dann zog er die entscheidende, grundsätzliche Ebene ein und wußte sich zweifellos mit seinem Vorgesetzten einer Meinung, als er in scharfem Ton postulierte, daß sich die Republik nicht „auf diesen knochenerweichenden Liberalismus, der von Staatspolitik nichts versteht,“ berufen dürfe, sondern den radikalen Gegnern „eine harte, aber gerechte Behandlung“ zukommen lassen müsse.<sup>1581</sup> In erstaunlicher Offenheit und Unverblümtheit kancelte Haubach hier geradezu den Innenminister ab – er konnte zweifellos davon ausgehen, mit Grzesinski in der Sache wie in der Frontstellung gegen den preußischen Innenminister übereinzustimmen.

Die Vorgänge des 20.7. sind hinlänglich erforscht und dargestellt worden. Zunächst sei auf die Reaktionen im preußischen Innenministerium und im Berliner Polizeipräsidium verwiesen. Wenn auch nur in Nuancen, so spiegeln sich doch die unterschiedlichen Positionen der beiden Behördenspitzen in ihnen wider. Während es Severing – morgens zur Entgegennahme des Textes der Notverordnung zu von Papen einbestellt – bei einem mündlichen Protest und der Ankündigung, den

<sup>1580</sup> Brief Haubach v. 25.6.1931, 1. u. 2. S.

<sup>1581</sup> Ebd., 3. S.

Staatsgerichtshof anzurufen, beließ, erwies sich vor allem der Polizeivizepräsident Weiß als hartnäckiger. Während Grzesinski zunächst offenbar bereit war, die Geschäfte zu übergeben, überzeugte Weiß ihn davon, daß die Rechtslage keineswegs eindeutig sei.<sup>1582</sup> Einmal überzeugt, blieb Grzesinski und widersetzte sich auch der Aufforderung des Generalleutnants von Rundstedt, Kommandeur des Wehrkreises III, der noch einmal dringlich zu einem freiwilligen Rückzug riet, nachdem Grzesinski seine ‚Nachfolger‘ aus dem Amt gewiesen hatte.<sup>1583</sup> Grzesinski, Weiß und Magnus Heimannsberg, der Kommandeur der Schutzpolizei, wurden daraufhin in einer spektakulären Aktion von einem Kommando Soldaten abgeführt und bis zum Abend inhaftiert. Behördenmitarbeiter bekundeten, in dichten Trauben sich aus Fenstern und Türen drängend, den Verhafteten ihre Sympathie mit Zurufen und Winken.<sup>1584</sup> Als bezeichnend für die Situation am 20.7. insgesamt sei bereits hier festgehalten, daß dieses demonstrative Beharren der Behörden Spitze die einzig nennenswerte Aktion blieb, die den Charakter eines direkten, sozusagen physischen Widerstands aufwies.

Zu fragen ist, welche Rolle Theodor Haubach in dieser konkreten Bedrohung der Republik spielte. In der bereits zitierten Niederschrift, die Grzesinski noch am 20.7. nach der Teilnahme an einer Beerdigung – „symbolisch“, wie er handschriftlich oberhalb der Kopfzeile der ersten Seite vermerkte<sup>1585</sup> – verfaßt hatte, wird neben zwölf weiteren Teilnehmern auch ausdrücklich „Dr.Haubach“ erwähnt. Der Polizeipräsident informierte diese Runde der leitenden Mitarbeiter über den Stand der Aktion. Es schloß sich ein kurzer Meinungs austausch an, der aber schnell unterbrochen werden mußte, da die ‚Ablösung‘ zum ersten Male eingetroffen war.<sup>1586</sup> Initiativ wurde auch nach Aussage der von Grzesinski verfaßten Texte vor allem der Polizeivizepräsident, indem er darauf bestand, die Rechtmäßigkeit der Aktion Papens zu klären, Haubach oder einer der Abteilungsleiter werden namentlich nicht erwähnt.

Es liegen allerdings im Nachlaß Grzesinskis zwei von diesem verfaßte protokollartige Notizen vor, die sich mit der Person Haubachs beschäftigen. Einmal findet sich im Anhang seiner Darstellung der Ereignisse vom 20.7. auf einer Seite, handschriftlich am 14.8.1932 verfaßt, ein Text mit der Überschrift „Dr.Haubach“.<sup>1587</sup> Grzesinski hielt fest, daß Haubach erst später zu der um 12 Uhr begonnenen Sitzung am 20.7. hinzugestoßen sei und qualifizierte diese Tatsache „als um so unverständlicher“, als dieser ihm vor der Sitzung eine wichtige Mitteilung hätte machen müssen. Grzesinskis Unmut bezog sich auf die Begegnung Haubachs mit einer ehemaligen Korrespondentin des ‚Börsen-Kuriers‘, der Ehefrau „des Genossen [...]“ [Name nicht zu entziffern, P.Z.], die diesem am 19.7. auf einem Bahnsteig begegnet war und ihm erklärt hatte – sie verfüge, merkte der Verfasser an, „auch jetzt noch über ausgezeichnete Verbindungen“ -, daß definitiv am 20.7. ein Reichskommissar eingesetzt werde und u.a. Grzesinski und Weiß abgesetzt würden. Haubach habe sich dann vom Verlassen des Zuges durch ihren Hinweis abhalten lassen, „Sev.“ – also Severing - sei von ihr bereits unterrichtet worden.

<sup>1582</sup> Niederschrift Grzesinskis v. 20.7.1932, in: NL Albert Grzesinski, G 2045, Bl. 42 f.

<sup>1583</sup> Grzesinski, Im Kampf, Bl. 305.

<sup>1584</sup> Ebd., Bl. 308.

<sup>1585</sup> Niederschrift Grzesinskis v. 20.7.1932, Bl. 37.

<sup>1586</sup> Ebd., Bl. 39.

<sup>1587</sup> Niederschrift „Dr. Haubach“ v. 14.8.1932, hs. 1 S., in: NL Albert Grzesinski, G 2045, Bl. 53.

Die Irritation und der in den Schlußsätzen deutlich werdende Ärger Grzesinskis, der Haubach in der bereits angespannten politischen Situation überhaupt „nur ungerne Urlaub gegeben hatte“, gipfelten in dem Vorwurf, Haubach hätte nach dieser Information unbedingt in Berlin bleiben oder zumindest umgehend das Gespräch mit ihm suchen müssen. Wann Haubach seine Information genau weitergab, läßt der Text Grzesinskis offen. Es ist zu vermuten, daß Haubach nach der Sitzung aller Abteilungsleiter eine Gelegenheit suchte, doch bei der Hektik des Tagesablaufs am 20.7. kann es nur zu einem kurzen Austausch gekommen sein oder aber Haubach unterrichtete ihn an einem der darauffolgenden Tage. Tatsächlich ist der in der in seiner Wiedergabe des Geschehens erkennbare Unmut Grzesinskis über das Verhalten Haubachs nachvollziehbar. Die Information jener Bekannten schien von Haubach als glaubhaft angesehen worden zu sein, sonst hätte er kaum „Miene [gemacht], aus dem Zug auszusteigen“, wie er offenbar Grzesinski mitteilte. Damit war ein schlagkräftiges Argument vorhanden, im Brennpunkt Berlin zu bleiben, in der Nähe seiner Freunde aus Partei und Reichsbanner sowie an der Seite der Mitarbeiter seiner Dienststelle, die der von Papen geplante Schlag zentral treffen sollte. Unerklärlich erscheint die von Haubach vermittelte Erklärung, daß er – quasi beruhigt – die Reise angetreten habe, da ja auch Severing von der bevorstehenden Aktion informiert worden sei, wo er doch die bestehenden tiefen Gräben zwischen den beiden Behördenspitzen aus der Anschauung kannte und selbst auch thematisiert hatte. Hätte es sich bei der kurzen Reise Haubachs möglicherweise um eine verdeckte Aktion des Reichsbanners gehalten, hätte Haubach seinem Chef sicher einen Hinweis gegeben. Nach der Darstellung Grzesinskis bleibt der Schluß, daß Haubach in erstaunlichem Maße ein abwartendes, fast indifferentes Verhalten offenbarte.

Doch es gab kein Zerwürfnis zwischen beiden Männern. Für den 31.8.1932 notierte Grzesinski nämlich, daß Haubach ihn besucht habe und beide auch beim gemeinsamen Mittagessen ausführlich „die Lage“ diskutiert hätten.<sup>1588</sup> Haubach berichtete von einer Parteiversammlung, auf der er am Vorabend gesprochen und die „Genossen“ als „sehr aufgebracht über die Entwicklung [sic] der Dinge“ erlebt hatte. Vor allem sei der ehemalige Ministerpräsident Otto Braun heftig wegen seines „Urlaubs“ kritisiert worden. Zermürbt und tief durch das Wahlergebnis vom April 1932 getroffen hatte sich der am 6.6.1932 in einen Urlaub zurückgezogen, aus dem er auch nicht in die Politik zurückkehren wollte.<sup>1589</sup>

Außerdem berichtete Haubach seinem ehemaligen Vorgesetzten ausführlich von einer Begegnung mit Severing im Februar 1930, von der er „noch keinem Menschen gegenüber Mitteilung gemacht habe.“ Tief erschüttert von der Entlassung Grzesinskis aus dem Amt des preußischen Innenministers sei er zu Severing, damals Reichsinnenminister, gegangen und habe eine ähnliche Reaktion von ihm erwartet. Doch der habe sich unberührt gezeigt und nur angemerkt, Grzesinski habe „in seinem Privatleben eben nicht die nötige Zurückhaltung geübt.“ Im weiteren Verlauf sei von Severing dann der Vorwurf erhoben worden, Grzesinski habe eine falsche Personalpolitik betrieben, so Haubach. Das war tatsächlich über

<sup>1588</sup> Niederschrift Grzesinskis z. 29.8. u. 31.8.1932, 1 Bl. doppelseitig ms. beschrieben in: NL Albert Grzesinski, G 2045.

<sup>1589</sup> Vgl. Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. et al. 1977.

Jahre auch das Ziel für zahlreiche Attacken von Gegnern anderer politischer Parteien gewesen. Grzesinski hatte bewußt auf die Einstellung republiktreuer Staatsbediensteter gesetzt und war durchaus auch der Linie gefolgt, die von Haubach häufig vertreten worden war, auf diese Weise den Einfluß der SPD und damit ‚der Republikaner‘ in den ‚Apparaten‘ zu vergrößern. Doch das Gespräch berührte nur peripher inhaltliche Fragen, im Kern ging es im weiteren Verlauf nach Auskunft der protokollartigen Notizen um ‚Personalialia‘, die sich in der gemeinsamen Ablehnung der Person und politischen Linie Severings niederschlugen.

Die Aufzeichnungen Grzesinskis dürfen selbstverständlich nicht überbewertet werden, doch geben sie den Blick frei auf atmosphärische Störungen unter führenden Sozialdemokraten, die u.a. auf unterschiedliche politische Vorstellungen oder Verletzungen zurückzuführen waren, die einander bei innerparteilichen Rankämpfen zugefügt worden waren. Im problematischen Verhältnis Severings und Grzesinskis offenbarte sich eine der Schwächen des ‚Systems SPD‘, auf das bereits verwiesen wurde. Über viele Jahre der Weimarer Zeit bekleideten beide Männer im Reich wie in Preußen abwechselnd und zum Teil wiederholt hohe Staatsämter – als Polizeipräsident war Grzesinski politischer Beamter –, weil sie sich in einer der Führungsschienen der Partei hatten etablieren können. Eine ‚zweite Reihe‘ potentieller Aspiranten wurde offenbar in der Partei nur in unzureichendem Maß vorbereitet oder für höhere Aufgaben ‚aufgebaut‘. Die wenigen Protagonisten waren und blieben zwar ‚Aushängeschilder‘ der Sozialdemokratie bei Kundgebungen und auf Parteitag, doch fast zwangsläufig kam es auch dazu, daß sie sich stärker mit ihrem Amt identifizierten als mit ihrer politischen Basis. Damit wurden Erscheinungen der Entfremdung gefördert, die Grzesinski bitter in einer allerdings von ihm eigenhändig durchgestrichenen Passage seines Memoirenmanuskripts beklagte. Die führenden Köpfe der SPD seien „vogelfrei“, monierte er da, „und nicht einmal die eigene Presse und Partei schützte sie ausreichend.“<sup>1590</sup> Die mangelnde Solidarität demonstrierte er allerdings selbst, indem er während der Tätigkeit in Berlin keinen Weg zu einer offenen Aussprache mit Severing gefunden hatte, sondern über eine Personalisierung der Debatte auch mitwirkte an der Destabilisierung des Arbeitsklimas und der Schlagkraft der Partei.

Die Begegnung Haubachs und Grzesinskis ist sicher nur eine Momentaufnahme, doch sie ist als fast symptomatisch für die Reaktionen der Führungszirkel von Partei und Reichsbanner auf den ‚Preußenschlag‘ anzusehen. Es schien, als hätte der Alltag die mit diesem Ereignis verknüpften Probleme absorbiert oder könnte sie rückwärtsblickend im gemeinsamen Kopfschütteln über Braun und Severing kompensieren. „Mit sehr viel Leidenschaft jedenfalls wurde Preußen nicht verteidigt“ – diese summarische Feststellung Anneliese Egos, die sie nach der Analyse vorliegender Quellen vor allem von Mitarbeitern des Innenministeriums traf, kann generalisiert und ausgeweitet werden auf die Reaktion der Spitzen von Partei, Gewerkschaften und Reichsbanner bzw. Eiserner Front.<sup>1591</sup> Sie ist vielfach dargestellt und gewichtet worden. Im Mittelpunkt der Kritik stand jedoch nicht die fehlende „Leidenschaft“, sondern daß in zu geringem Umfang konkrete Überlegungen oder Vorkehrungen zu der Frage getroffen wurden, wie einer möglichen anti-republikanischen Aktion begegnet werden könne, denn Papen und seine Minister

<sup>1590</sup> Grzesinski, Im Kampf, Bl.41.

<sup>1591</sup> Ego, Anneliese: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896 – 1948, Hamburg 1998, S. 197.

hatten ihre Ziele „nur schlecht getarnt.“<sup>1592</sup> Tatsächlich bestanden nach Verkündung der Notverordnung keine realistischen Optionen, die Einsetzung eines Reichskommissars und die damit verbundenen Schritte zu verhindern. Der Parteivorsitzende Otto Wels verkündete, daß für die Sozialdemokratie allein das Prinzip der Legalität gelten könne. Damit waren die Entscheidungen der Gewerkschaften und des Reichsbanners präjudiziert. Ein bewaffneter Widerstand verbot sich, da die Reichswehr zweifellos auf der Seite des Reichspräsidenten und der Reichsregierung stand. Sehr fraglich erscheint es, ob Einheiten des Reichsbanners Unterstützung von der Polizei erhalten hätten.<sup>1593</sup> Schwerer aber wog das Argument, daß durch bürgerkriegsähnliche Zustände viele Opfer zu beklagen gewesen wären. Die auch erörterte Möglichkeit, einen Generalstreik auszurufen, zerschellte an der Realität eines Millionheers von Arbeitslosen und der Einschätzung, daß diejenigen, die Arbeit hatten, sich nur in geringer Zahl beteiligen wollten bzw. Arbeitslose die bestreikten Arbeitsplätze umgehend hätten besetzen können. Zu Recht kritisiert wird die Tatsache, daß die Führer des republikanischen Lagers, vor allem die der Sozialdemokraten, *vor* der Verkündung der Notverordnung keine eindrucksvollen und vielleicht auch wirksamen Maßnahmen erwogen hatten, die bei einem schweren Angriff gegen die Republik hätten realisiert werden können. Vorstellbar wäre das massive Auftreten von Polizeikräften gewesen, um öffentliche Gebäude zu schützen, man hätte die Einheiten der Eisernen Front demonstrativ aufmarschieren lassen können oder durch die preußische Regierung etwa nach dem ‚Altonaer Blutsonntag‘ den Ausnahmezustand erklären lassen sollen, um das Gesetz des Handelns zu wahren.<sup>1594</sup> Derartige Maßnahmen wären innerhalb des Rahmens der Legalität geblieben und hätten eine Bekundung „des ungebrochenen Selbstbehauptungswillens der Demokratie auch gegen zeitweilig überlegene Gewaltaktionen“ bedeutet.<sup>1595</sup> Eine eindrucksvolle Bekundung durch die Republikaner hätte nach der Auffassung Brachers auch *nach* Verkündung der Notverordnung unbedingt erfolgen müssen. Selbst wenn es sich bei dem ‚Preußenschlag‘ keineswegs um ein punktuell wirksames Manöver der anti-republikanischen Kräfte handelte, sondern um einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Übernahme der Macht im Staat und zu dessen Umwandlung in einem autoritär-präsidentialen Sinn – dabei unterschätzten die Initiatoren freilich die Gefahr, die ihnen in Adolf Hitler bereits erwachsen war.<sup>1596</sup>

---

<sup>1592</sup> Bracher, S. 593.

<sup>1593</sup> Im NL Grzesinski finden sich z.B. verschiedene Dokumente, die eindeutig belegen, daß das Offizierskorps der Polizei durchsetzt war mit Beamten, die den rechten Parteien zuneigten und durch ihre Dienstauffassung – u.a. große Duldsamkeit bei Übergriffen von Nationalsozialisten oder überharte Reaktionen gegen Reichsbannerleute - Disziplinarmaßnahmen herausforderten, die der Polizeipräsident zu verhängen hatte; vgl. NL Albert Grzesinski, Nr. 1952 u. 1953. Vgl. dazu auch Ehni, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928 – 1932, Bonn-Bad Godesberg 1975.

<sup>1594</sup> Winkler, Der Weg, S. 678 f.

<sup>1595</sup> Bracher, Die Auflösung, S. 599.

<sup>1596</sup> Vgl. zu diesem Zusammenhang Grebing, Helga: Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4-5 (1983), S. 26 – 42. Die Verfasserin reflektiert die Chancen des Widerstandes der Arbeiterbewegung 1932/33, indem sie Aussagen von Zeitzeugen und die Befunde von Historikern eingehend analysiert. Sie gelangt zu einer differenzierten Einschätzung der historischen Situation und der in ihr Handelnden, die sich in den wesentlichen Linien der Darstellung meiner Arbeit zu diesem Komplex widerspiegelt.

Mit ihrer Entscheidung für ein uneingeschränkt verfassungskonformes Vorgehen lieferte die SPD-Führung ihren Anhängern eine reale Perspektive, nämlich die Hoffnung auf ein die Maßnahmen revidierendes Urteil des Staatsgerichtshofes und auf die bevorstehenden Reichstagswahlen, die für den 31.7.1932 anberaumt waren. In ‚Das Reichsbanner‘ assistierte Karl Höltermann unter der Schlagzeile ‚Kameraden, Fäuste empor!‘ mit den markigen Worten: ‚Die Rechnung ist aufgelegt. Am 31. Juli ist ein erster Zahltag, und es wird nicht der letzte sein.‘<sup>1597</sup> Parolen und kraftvolle Aufrufe konnten die Enttäuschung vieler Gewerkschaftler und Reichsbannerleute jedoch nicht unterdrücken, die einen direkten, ‚physischen‘ Widerstand erwartet hatten, zumindest eine Aktion, die den Lebenswillen der Republikaner und deren ‚Leidenschaft‘ demonstriert hätte. Es gibt mittlerweile eine Fülle von Aussagen vor allem ehemaliger Reichsbannerleute, die die eigene Entschlossenheit auch zum bewaffneten Kampf äußerten. Sie sind bei Karl Rohe zu finden, wie allerdings auch seine Mahnung, einen ausufernden ‚Widerstandsmythos auf seine tatsächlichen Ausmaße zurückzuführen.‘<sup>1598</sup>

In dieser Krisensituation wurde naturgemäß das Reichsbanner, als ‚Kampfbund‘ ins Leben gerufen, in besonderer Weise herausgefordert. Hier zeigten sich dann wohl auch seine Facetten, die von einem gemütvollen Vereinsleben bis zu hochtrainierten, kampfwilligen Schufos reichten. Ein Hamburger Schufo-Mitglied gab – absolut überzeugend – in einem Gespräch die feste Entschlossenheit wieder, daß diese Hamburger Einheiten eine Aktion zur Verteidigung der Republik erwartet hatten und daß er als junger Familienvater wie andere der Einheit mit seiner Frau auch alle möglichen Konsequenzen erörtert hatte: ‚Wir wußten, daß es Opfer geben würde.‘<sup>1599</sup> Nur einige Monate später sprach Karl Höltermann im Winter 1932/33 ‚zu Hunderttausenden‘, unter ihnen viele Reichsbannerleute, wie anzunehmen ist. Nach der Beendigung der Kundgebung wurden die Teilnehmer ‚auf dem Heimwege wie Freiwild gejagt.‘<sup>1600</sup> Walter Hammer will mit seiner Darstellung auf die nach dem ‚Preußenschlag‘ binnen kurzem erfolgte Erosion der rechtsstaatlichen Verhältnisse hinweisen. Tatsächlich beherrschten gewalttätig auftretende SA-Trupps zunehmend die Szene, die Polizei zeigte sich machtlos oder sympathisierte in Teilen mit den Nationalsozialisten. Doch zugleich spiegelte – von Hammer so nicht wahrgenommen – dieses Ereignis zugleich den veränderten Status des Reichsbanners wider. Dieser Kampfbund hatte die Republik schützen wollen, mußte nun – oft vergeblich – selbst Schutz suchen. Das Reichsbanner und die Eiserne Front hatten offenbar schnell an Eindruckskraft verloren. Doch derartige Symptome beleuchten auch, daß die republikanischen Organisationen hinsichtlich Kampf- und Einsatzbereitschaft tatsächlich keineswegs Kohärenz und eine homogene Struktur aufwiesen. Besonders für die Eiserne Front gilt, daß sie eher als Instrument der politischen Werbung fungieren sollte, ihre Mitglieder und Sympathisanten verstanden die Organisation offenbar jedoch nicht als einen Kampfverband – eine weitere Erklärung für den rapiden Verfall.

<sup>1597</sup> Das Reichsbanner, Nr. 31 v. 30.7.1932, S. 1. Diese Ausgabe war die erste wieder vollständig erschienene nach dem ‚Preußenschlag‘. Am 23.7. durfte nur eine Seite erscheinen, in der ein vierzehntägiges Erscheinungsverbot ‚wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten‘ gemeldet wurde.

<sup>1598</sup> Rohe, S. 430.

<sup>1599</sup> Gespräch P.Z. mit Paul Grot, Jg. 1906, am 18.7.2001.

<sup>1600</sup> Hammer, Walter: Vom Reichsbanner zur Eisernen Front, in: Welt der Arbeit, Beilage ‚Freie Welt‘, Jg. V, 16.7.1954.

Haubachs 1930 begonnene Kampagne gegen die von ihm beobachtete ‚Vereinsmeierei‘ im Reichsbanner ließ bereits die Schlußfolgerung zu, daß ihm, der an vielen Veranstaltungen teilgenommen und das Innenleben des Verbandes differenziert wahrgenommen hatte, dessen Erscheinungsbild zu diffus und dessen kämpferisches Potential als entschieden zu gering erschien. Diese Defizite waren in relativ kurzer Zeit nicht zu beseitigen. Seine Kenntnis der realen Möglichkeiten des Kampfbundes mag eine mögliche Erklärung dafür abgeben, daß Theodor Haubach in den Ereignissen um den 20.7. herum kaum wahrnehmbar ist. So kam ihm die Entscheidung der SPD-Spitze vielleicht gerade recht, der Boden der Legalität sei auf keinen Fall zu verlassen. Sie gab allerdings ohnehin ein grundlegendes Prinzip seines Politikhandelns wieder und war dazu angetan, seine ohnehin abwartende Haltung noch zu verstärken.

Bei dieser Feststellung handelt es sich freilich um eine Vermutung. Es sind nur wenige Hinweise auf Haubachs Verhalten während der Zeit des ‚Preußenschlags‘ auffindbar. Es liegt nahe, daß gerade von ihm, der so nachhaltig über Jahre für eine offensive Agitation und direkte kämpferische Konfrontation gegenüber den Feinden der Republik geworben hatte und der eine führende Position im Reichsbanner einnahm, Impulse erwartet werden konnten, die den Lebenswillen der Republik demonstriert hätten. Doch die wenigen Gelegenheiten, bei denen seine Teilnahme dokumentiert ist, weisen Haubach als Partner aus, der sich offenbar zurückhielt. Als ein Beispiel mag die Besprechung mit den führenden Behördenvertretern bei Grzesinski dienen. Bei dieser Gelegenheit zeigte allein der Polizeivizepräsident Initiative und schwor Grzesinski auf seine Widerstandslinie ein.

Der bereits einmal zitierte Prinz zu Löwenstein, der Führer des Jungbanners geworden war, berichtet in seinen Erinnerungen, daß er mit anderen bereits am 12.7.1932 der preußischen Regierung wie der Spitze des Polizeipräsidiums – ausdrücklich erwähnte er auch Haubach – eine Denkschrift überreicht habe, in der der demonstrative Schutz aller öffentlichen Gebäude sowie die „Mobilmachung des Reichsbanners in allen seinen Formationen“ vorgeschlagen wurde.<sup>1601</sup> Doch es gab keine Reaktionen – auch der von ihm verehrte Haubach ließ nichts von sich hören. Der war noch knapp zwei Jahre zuvor nach dem erschreckenden Wahlergebnis vom 14.9.1930 auf Initiative Löwensteins voller Sorge mit nach Magdeburg zum Bundesführer Hörsing gefahren. Anlaß waren umlaufende Gerüchte gewesen, daß die Nationalsozialisten den Reichstag besetzen oder gar die Macht im Staat an sich reißen wollten. Mit Hörsing sollten mögliche Gegenmaßnahmen erörtert werden. Dies erschien beiden deshalb so wichtig, weil sich z.B. im Preußischen Innenministerium nach Aussage Haubachs trotz seiner beharrlichen Mahnungen bis in die Behördenspitze niemand Gedanken über die potentiell bedrohliche Situation gemacht hatte.<sup>1602</sup>

Haubach ‚verarbeitete‘ und sublimierte mit einigen seiner politischen Freunde die neue Lage, in der ja nicht allein die republikanische Sache einen existentiell bedrohlichen ‚Schlag‘ hatte hinnehmen müssen, sondern auch seine berufliche Laufbahn abrupt unterbrochen worden war, indem er mit Gleichgesinnten auf gut bildungsbürgerliche Weise die anstehenden Probleme verbalisierte und nächtelang in Cafés und Hinterstuben am Kurfürstendamm diskutierte, wie Hans Staudinger sich erinnert und dabei namentlich Theodor Haubach und Carlo Mierendorff her-

<sup>1601</sup> Löwenstein, Abenteuer, S. 89.

<sup>1602</sup> Ebd., S. 66.

vorhebt. Staudinger war Staatssekretär im Preußischen Handelsministerium gewesen und nach dem 20.7.1932 „zur Disposition gestellt“ worden. Das Ergebnis der Beratungen war die Gründung einer „Jung-Sozialistischen Gruppe“, deren „Programm“ der gerade in den Reichstag gewählte Staudinger in der SPD-Fraktion vertreten sollte.<sup>1603</sup> Über den Inhalt und Zielsetzung der geplanten Aktivitäten gibt er keine Auskunft. Der Titel, den sich die Gruppe selbst gab, deutet jedoch darauf hin, daß ihre Mitglieder in Zukunft intensiver und möglicherweise offener für einen innerparteilichen Generationenwechsel werben und kämpfen wollten. Auch dieser nur kleine Ausschnitt legt die Vermutung nahe, daß Haubach wie andere zwar die Ereignisse um den ‚Preußenschlag‘ als gewaltige politische Herausforderung empfand, daß offenbar gleichwohl der Eindruck vorherrschte, auf der Grundlage der Verfassung republikanische Verhältnisse erhalten bzw. wiederherstellen zu können.

In einem Brief an die Freundin Alma thematisierte Haubach Ende 1932 die politische Lage überhaupt nicht und berührte seine berufliche Situation, die ihn eigentlich bedrückt haben mußte, nur marginal, nutzte den Kontext lediglich für eine ironische Wendung, indem er ihr mitteilte, daß er „trotz angeblicher Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen kaum eine Stunde ruhig habe zu Hause verbringen können.“ Er bezeichnete sich selbst als „frisch und arbeitsfreudig“, könne der „Vielzahl der Aufgaben und Anforderungen“ aber kaum gerecht werden.<sup>1604</sup> Für Haubach bedurfte es wahrscheinlich nicht der Fürsprache Grzesinskis, der sowohl beim Reichsbannerführer Höltermann wie beim Parteivorstand der SPD mit der Bitte brieflich vorstellig wurde, von der Kommissariatsregierung entlassene ‚republikanische‘ Beamte der Dienststelle für die Mitarbeit in beiden Organisationen zu übernehmen.<sup>1605</sup> Haubach publizierte weiterhin in den Neuen Blättern und in ‚Das Reichsbanner‘ und erhielt in der Redaktion des Reichsbannerorgans eine wichtige Position. Im Februar 1933 teilte Mierendorff dem gemeinsamen Freund Halperin mit, daß Haubach Chefredakteur von ‚Das Reichsbanner‘ geworden sei.<sup>1606</sup> Dieser Schritt mag erwogen worden sein, doch realisiert wurde er zweifellos nicht mehr, in den letzten Ausgaben des Blattes wäre er sonst sicher vermerkt worden.

Unter den letzten Artikeln Haubachs, die nach den Ereignissen vom Juli 1932 erschienen, sollen zwei – je einer in den Neuen Blättern und in ‚Das Reichsbanner‘ erschienen - hervorgehoben werden. Sie belegen zunächst einmal die oben bereits verschiedentlich aufgestellte Behauptung, daß Haubach seine Beiträge strikt adressatenbezogen dramaturgisch und sprachlich gestaltete. In kurzen Hauptsätzen bescheinigte er seinen Reichsbannerkameraden, daß „ein Jahr beispielloser Kämpfe“ oder auch „ein Jahr heroischer Kämpfe“ hinter ihnen liege,

<sup>1603</sup> Staudinger, Hans: Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 – 1934, hrsg. u. eingel. v. Hagen Schulze (Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 10), Bonn 1982, S. 111.

<sup>1604</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 27.12.1932, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Dieser Brief ist ebenfalls nicht in der von de L’Aigle herausgegebenen Sammlung ‚Meine Briefe von Theo‘ enthalten.

<sup>1605</sup> Brief Albert Grzesinski an Karl Höltermann v. 17.11.1932, in: NL Albert Grzesinski, Nr. 2095 und Brief an den Parteivorstand der SPD, in: Ebd., Nr. 2097. Höltermann sagte in seiner Antwort v. 27.11.1932 Hilfe zu, in: Ebd., Nr. 2109.

<sup>1606</sup> Brief Carlo Mierendorff an Joseph Halperin und Frau v. 8.2.1933, in: NL Joseph Halperin. Mierendorff schrieb: „Theo ist Chefred. Reichsbanner Magdebg [sic] geworden“

daß das Reichsbanner jedoch „die Walstatt behauptet“ habe.<sup>1607</sup> Bereits mit der in fetten, roten Lettern gesetzten Überschrift „Wir brachen den Ansturm“, die über die gesamte Breite der ersten Seite läuft, sollte den Mitgliedern der Organisation suggeriert werden, daß „<der große Rücklauf der nationalsozialistischen Sturmflut>“ [gesperrt, P.Z.] in der zweiten Hälfte des Jahres eingesetzt habe. Haubach entwickelte diesem Adressatenkreis gegenüber seine Gedanken nicht, sondern addierte Behauptungen und goß sie in eine kraftvoll-appellative Sprache. Die kommunikative Absicht war eindeutig: Die Mitglieder des Reichsbanners sollten im Blick auf die eigenen Leistungen ermutigt werden, in ihrem Kampf gegen die Nationalsozialisten nicht nachzulassen.

Zwar hatten die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6.11.1932 der NSDAP tatsächlich eine herbe Niederlage signalisiert – sie verloren 34 ihrer 230 Sitze und etwa zwei Millionen Wählerstimmen -, doch blieben sie eindeutig die stärkste Kraft im Reichstag. Auch die Sozialdemokraten hatten nämlich Verluste hinnehmen müssen, verloren 12 Sitze und verfügten nur noch über 121 Mandate, während die KPD sich von 89 auf 100 Mandate steigerte. Bezieht man das Ergebnis der ‚republikanischen Parteien‘ mit ein, so stand es um die Sache der Republik weiterhin deprimierend schlecht. Dieser Zusammenhang wird Haubach nicht verschlossen geblieben sein, doch situativ bot die Wahlschlappe der Nationalsozialisten die Gelegenheit, den Mitgliedern des Kampfbundes den Eindruck zu vermitteln, der eigene „heroische“ Einsatz habe wesentlich dazu beigetragen. Das Reichsbanner und seine Führer – so auch Haubach – waren von den Gegnern der Republik derart umfassend in Auseinandersetzungen verwickelt worden, daß sie ihrer wesentlichen, offensiv gerichteten Aufgabe schon lange nicht mehr gerecht werden konnten, die „republikanische Gesinnung [zu] wecken und [zu] pflegen.“<sup>1608</sup>

Unübersehbar speisten sich Duktus und sprachliche Form des Artikels aus der Absicht Haubachs, als einer ihrer Führer den aktiven Reichsbannerkameraden Lob zu zollen sowie die Zaudernden und Passiven zu ermuntern, indem der ‚Strohalm Reichstagswahlen‘ zu einem einschneidenden, ungemein positiv zu wertenden innenpolitischen Ereignis stilisiert wurde. Nimmt man die oben annotierten Aussagen von und über Haubach aus den Monaten nach dem ‚Preußenschlag‘ hinzu, in denen er offenbar umgehend zur ‚politischen Tagesordnung‘ übergegangen war, so liegt die Vermutung nahe, daß er tatsächlich vergleichbar mit dem Jahr 1928 den Anfang vom Ende der Nationalsozialisten gekommen sah - weil er diese Wende möglicherweise unbedingt hatte sehen wollen.

Sollte sich Haubach tatsächlich noch Illusionen gemacht haben, so fand er sich spätestens am 30. Januar 1933 auf dem Boden der Realität wieder. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler war die Weimarer Republik an deren Gegner ausgeliefert worden. Unmittelbar nach diesem einschneidenden Ereignis begannen die neuen Machthaber, die demokratischen Grundlagen des Staates weiter zu unterhöhlen. Der Reichstag wurde aufgelöst, es wurden zwar Neuwahlen für den 5.3.1933 anberaumt, aber sogleich auch das Mittel der Notverordnungen genutzt. Kritische Presseorgane der Linken wurden wiederholt mit Erscheinungs-

<sup>1607</sup> Haubach, Theodor: Wir brachen den Ansturm. [Untertitel:] Den Toten des letzten, den Lebenden des kommenden Jahres!“, in: Das Reichsbanner, Nr. 53 v. 31.12.1932, S. 437 – 438, S. 437.

<sup>1608</sup> Bundessatzung v. 27.2.1924, § 2, in: StA Hamburg, Senat, CL VII LIT Q d No. 553 Vol 2, Nr. 8.

verboten überzogen, die Einheiten der SA und SS prügeln und mordeten weitgehend ungehindert, wie zum Hohn für die Republikaner erhielten diese nationalsozialistischen Verbände Ende Februar gar den Status von Hilfspolizisten. Der Reichstagsbrand vom 27.2. gab den Anlaß zu einer ersten großen Verhaftungswelle, die vor allem Linksintellektuelle und Mitglieder der KPD erfaßte. SPD-Spitze und Gewerkschaften wollten den Kampf weiter „auf dem Boden der Verfassung“ führen, setzten sich auch weiterhin demonstrativ von den Kommunisten ab.<sup>1609</sup> Die Wahlen dann, denen das Attribut ‚freie‘ nicht mehr zuzusprechen war, brachte der regierenden Koalition eine parlamentarische Mehrheit von knapp 52 % der Stimmen. Die SPD konnte ihren Anteil etwa halten, doch unmittelbar im Anschluß an die Wahlen wütete der Terror der SA-Leute nicht mehr allein gegen die KPD, sondern auch gegen Funktionäre und Mitglieder der SPD. Unter illegalen Bedingungen erhielt Hitler am 23.3. dann die erforderliche Mehrheit für ein ‚Ermächtigungsgesetz‘, mit dem sich die Parlamentarier selbst entmachteten. Die kommunistische Fraktion war vollständig aufgelöst worden, wurde als nicht existierend behandelt. Ihre Mitglieder waren bereits inhaftiert, wurden gefoltert oder hatten wie auch eine Anzahl von Sozialdemokraten die Flucht ins Ausland angetreten.

Unter diesen innenpolitischen Bedingungen konnte Theodor Haubach noch einen Beitrag in den Neuen Blättern veröffentlichen, und zwar im Mai-Heft, der vorletzten Ausgabe der Zeitschrift. Die Neuen Blätter wurden erst im Juli 1933 verboten, waren von dem schnell funktionierenden Überwachungsapparat im Reichsministerium des Innern übersehen oder zunächst als nicht bedeutsam eingestuft worden. Zugeordnet wurde das Blatt in der zuständigen Stelle der „Gruppe der Jungsozialisten“. Ende Mai 1933 bemängelte der Sachbearbeiter allerdings nachdrücklich, daß die Arbeit der Jungsozialisten durch das Erscheinen der Neuen Blätter „begünstigt“ werde. Exemplarisch wurde der wieder unter dem dem Pseudonym Walter Glenlow veröffentlichte Beitrag Haubachs zitiert, aus dem zwei Passagen entnommen waren, um das negative Urteil zu untermauern, die Jungsozialisten seien nicht „wirklich national“.<sup>1610</sup>

Äußerer Anlaß für den Haubachschen Artikel bot das Buch Karl Kautskys ‚Krieg und Demokratie‘, das jedoch nur marginale Erwähnung fand. Im Kern drängte es den Verfasser offensichtlich, seine Analyse der Frage darzulegen, warum „der demokratische Sozialismus“ in Europa, so auch in Deutschland, „in die äußerste Gefahr geraten“ sei.<sup>1611</sup> Als Ausgangspunkt für die negative Entwicklung sah er die Ereignisse in der SPD im Umfeld des Ersten Weltkrieges an. Er warf der Parteispitze vor, sie habe die pazifistischen Strömungen und „eine klare militärpolitische Linie“ nicht miteinander vereinbaren können. Dadurch sei es zu Abspaltungen gekommen und letztlich zur Gründung der KPD.<sup>1612</sup> Wenn ihm auch zuzustimmen ist in der Behauptung, daß die Frage der Kriegsbeteiligung die sozialistische Bewegung zentral herausgefordert hatte, so übersah Haubach, daß tiefgehen-

<sup>1609</sup> Vorwärts, Nr. 51 v. 31.1.1933.

<sup>1610</sup> Materialsammlung aus dem Reichsministerium des Innern v. 27.5.1933, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin [SAPMO], Bestand: Reichsministerium des Innern [RMdI], St 10/232, Bl. 61.

<sup>1611</sup> Glenlow, Walter: Der Krieg als zentrales Problem, in: NBS 4 (1933), H. 5, S. 218 – 229, S. 218.

<sup>1612</sup> Ebd., S. 224 f.

de Unterschiede in der grundsätzlichen politischen und gesellschaftlichen Zielorientierung bestanden, die in der Haltung zum Krieg nur *eine* Konkretisierung erfuhren. Zudem ist es nicht vorstellbar, daß die Thesen Kautskys vom „Volkskrieg“ als einander und die unteren Schichten emanzipierender Unternehmung, die Haubach affirmativ rezipierte, selbst bei ihm wohlwollend gegenüberstehenden Sozialdemokraten aus der Mitte der Partei einhellige Zustimmung erfuhren.<sup>1613</sup> Seine Einlassung macht einmal mehr deutlich, wie hoch Haubach die durch seine Hierarchisierung bedingte ordnungsstiftende Kraft des Militärs veranschlagte und wie tief zugleich seine Enttäuschung, ja Erbitterung, über die Existenz der KPD als einer konkurrierenden Partei im proletarischen Lager saß.

Mit dieser Schwächung habe die SPD den Kampf um die Republik angetreten, so Haubach, und weitere gravierende Fehler seien hinzugekommen. Zu orthodox habe „die Führung der Sozialdemokratie“ an der Verteidigung des Rechtsstaates und seiner demokratischen Verfassung festgehalten, habe dessen Vorgaben „gewissenhaft und sogar pedantisch“ eingehalten und sei dem „faschistische[n] Radikalismus“ unterlegen. Die nationalsozialistischen Führer hätten, merkte Haubach an, „die elementarsten Künste der Demokratie“, u.a. „die Lenkung gewaltiger Massen“ und „die Beherrschung der öffentlichen Meinung“, perfekt umgesetzt, freilich ohne sich an rechtsstaatliche Vorgaben gebunden zu fühlen.<sup>1614</sup> Die die Sozialdemokratie hindernden Vorbehalte führte er auf das „Dogma der Gewaltlosigkeit“ zurück. Die Wurzeln für diese bestimmende und in seinen Augen verderbliche Haltung machte er in „liberal-rechtsstaatlichen Vorstellungen“ aus. In fünf unterschiedlichen Sequenzen des Textes rekurrierte er, wie seit 1930 an einer Reihe seiner Texte bereits nachgewiesen, auf ‚den Liberalismus‘ als hemmende Leitidee, die die Sozialdemokraten dazu veranlaßt hätte, „im Gehäuse ihrer ‚Spielregeln‘ versteckt“ zu bleiben und sich nicht – „in echt liberaler Moral“ - der Gewalt mit gleichen Mitteln entgegenzustellen.<sup>1615</sup> Ähnlich desillusioniert zeigte sich Hermann Heller, der die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft und das demokratische Bürgertum im Modell des ‚sozialen Rechtsstaates‘ hatte zusammenführen wollen. Zunehmend schärfer verurteilte er das Bürgertum nach 1930, das die eigene ökonomische Sicherheit in den Vordergrund stelle und nicht bereit sei, an der Formulierung und Durchsetzung einer eindeutig republikanisch orientierten Politik bereit sei.<sup>1616</sup>

Bitter resümierte Haubach in seinem breit angelegten Beitrag weiter, daß alle Prognosen der Sozialisten wie „die Konzentration des Kapitals“ oder „die Verarmung der Massen“ eingetroffen seien, aber „nicht die sozialistische, sondern die faschistische Revolution“ habe gesiegt.<sup>1617</sup> Haubachs Beitrag ist gekennzeichnet von seinem Hang zu griffigen Formulierungen. Er entwickelte allerdings seine Gedanken im Blick auf den Adressatenkreis, die Leser der Neuen Blätter, erheblich differenzierter als im ‚Reichsbanner‘ und formulierte auf einer elaborierten Sprachebene.

---

<sup>1613</sup> Ebd., S. 227 f.

<sup>1614</sup> Ebd., S. 220.

<sup>1615</sup> Ebd.; weitere, immer als negatives Gegenbild oder in abwertendem Sinne genutzte Erwähnungen ‚des Liberalen‘, vgl. S. 219, 221, 222 und 223.

<sup>1616</sup> Heller, Hermann: Rechtsstaat oder Diktatur?, Tübingen 1930, passim.

<sup>1617</sup> Glenlow, Der Krieg, S. 219.

Hier sei vorerst festgehalten, daß der Text als Fazit die Niederlage der sozialistischen Idee vermittelte. Für wie bedrückend der Autor die Situation ansah, ist an der Tatsache ablesbar, daß er nur in zwei kurzen Anmerkungen dieses umfangreichen Artikels einen Blick in die Zukunft wagte. Dabei setzte er, sehr allgemein formulierend, auf „die geistige Besinnung“ in der Arbeiterbewegung und fügte die Bemerkung „unter welchen Umständen auch immer“ an.<sup>1618</sup> Sie demonstriert im Umfeld dieser scharfen, analytischen ‚Abrechnung‘, daß Haubach innenpolitisch der republikanischen Seite vorerst keine Chancen einräumte, den neuen Machthabern zu widerstehen und daß ihn wegen dieser Situation eine tiefe Niedergeschlagenheit befallen haben mußte.

Dieses letzte Beispiel der Kette politisch-publizistischer Beiträge Haubachs markierte auf deprimierende Weise bereits das Ende der Weimarer Republik. Seiner Schlußfolgerung, daß die Nationalsozialisten Schwächen der Verfassung und des republikanischen Lagers, vor allem der Sozialdemokratie, zielgerichtet und skrupellos zu nutzen verstanden hatten, ist uneingeschränkt zuzustimmen. Als bemerkenswert - hier nur kurz annotiert, da dieser Gedanke später noch einmal aufgegriffen wird – ist die Schärfe herauszustellen, mit der er die Parteiführung attackierte. Es wird zu untersuchen sein, inwieweit Haubach auch selbst über Jahre jene Strukturelemente der Partei mit stabilisierte, die er beispielsweise in der ‚bürgerlich-liberalen Prägung‘ durch das Vorbild der westlichen Demokratien realisiert sah und massiv kritisierte.

## **7.6 Momentaufnahme IV: Annäherung an Haubachs Position im politischen Feld**

Der Machtantritt der Nationalsozialisten markierte in besonderer Weise für Theodor Haubach als exponiert politisch tätigen Menschen einen tiefgreifenden Lebenschnitt. Seine aktive, nicht-verdeckte politische Arbeit wurde gewaltsam - aus seiner Sicht möglicherweise: vorerst – beendet. Er war wie viele seiner Mitstreiter aus dem republikanischen Lager und wie die Mitglieder der KPD nicht in eine parlamentarische Oppositionsrolle gedrängt, sondern es ging in Zukunft darum, wie sich schnell zeigen sollte, die eigene Existenz zu sichern. Diese Zäsur fordert bereits an dieser Stelle dazu heraus, den Ort Haubachs in dem Feld zu bestimmen, dessen bestimmende Komponenten die gesellschaftliche und politische Situation der Republik wie die organisatorische und konzeptionelle Praxis der Organisationen ausmachten, in denen er sich engagierte. Vor ihrem Hintergrund sollen die Genese und die Wurzeln der wesentlichen Akzentuierungen seiner politischen Vorstellungen wie seines Politikhandelns zusammenfassend eingeordnet und gewichtet werden.

Es sind einige zentrale Konstanten in den grundlegenden Politikentwürfen wie in den Äußerungen Theodor Haubachs zu aktuellen politischen Fragen nachweisbar. Als entscheidender Impulsgeber für den Schritt zu politischem Engagement ist zweifellos in erster Linie seine kompromißlose Ablehnung der gesellschaftlichen Strukturen des Wilhelminischen Staates und des dort praktizierten Verständnisses von Politik zu nennen. Haubach äußerte sich zwar rigoros antiwilhelminisch, jedoch nur allgemein und unstrukturiert, so daß einige Aspekte aus

---

<sup>1618</sup> Ebd., S. 226.

ihren Kontexten gelöst und rekonstruiert werden müssen. Zweifellos forderte der ständestaatlich-autoritäre Aufbau des Reiches seine Kritik in besonderer Weise heraus. ‚Eliten‘, die spezifischen großbürgerlichen Dynastien entstammten, repräsentierten die staatliche Macht und übten sie aus. Auf diesen Ebenen fielen die politischen Entscheidungen, eine Auseinandersetzung unter Einbeziehung weiterer Kreise der Bevölkerung darüber wurde von den vorhandenen Apparaten unterbunden. Ebenso standen sie dem Kampf gesellschaftlicher Schichten für soziale Veränderungen entgegen. Autoritativer Aufbau und traditionell fixierte Hierarchien ließen Interessenausgleich und Kontrolle der Herrschenden nicht zu, sondern sollten beides verhindern.

Als Gegenentwurf gegen den Wilhelminischen Staat war der höchst engagierte und unermüdliche Einsatz Haubachs für einen demokratisch verfaßten Staat, für die Republik, nach einer Phase des Suchens die für ihn angemessene Konsequenz. Von dieser Grundlage aus wollte er, ‚Republikaner und Europäer‘, grundsätzlich andere politische Zielvorstellungen realisieren helfen als sie im Kaiserreich bestimmend waren. Im Innern war nach seiner Auffassung eine soziale Reform notwendig, die den bislang unterprivilegierten Schichten, den ‚Massen‘, Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Prozeß garantieren und sie an der ökonomischen Entwicklung partizipieren lassen sollte. In der Außenpolitik wollte er die von ihm verdammt imperialistische kaiserliche Großmachtspolitik durch eine auf friedliche Koexistenz zielende deutsche Außenpolitik ersetzt sehen. Als ‚Einsatz‘ forderte er von Beginn an die bedingungslose Anerkennung der in Versailles beschlossenen Grenzen.

Die anscheinend – in des Wortes Bedeutung - reibungslos verlaufene Integration in die Partei läßt darauf schließen, daß Haubach davon ausging, in und mit ihr seine Zielvorstellungen realisieren zu können, weil er sie als weitgehend übereinstimmend mit denen der SPD ansah. Die Wahrung der errungenen demokratischen Grundlagen stand im Zentrum strategischer sozialdemokratischer Projektionen. Die dominierenden Kräfte der Partei fixierten sich ausdrücklich und uneingeschränkt auf dieses Ziel, wie wir sahen. Die Sozialdemokraten schlugen einen konsequenten Legalitätskurs ein, der an den Vorgaben der Weimarer Verfassung orientiert war. Die Abkehr „vom marxistischen Axiom des Klassenkampfes und vom Glauben an die sozialistische Revolution“ führte zwangsläufig dazu, beispielsweise Koalitionen mit bürgerlichen Parteien als Option zu befürworten.<sup>1619</sup> Die mit dem Weimarer Staat gesetzten Normen wurden nicht als Beginn oder als eine Art ‚Durchgangsstation‘ für eine weitergehende Deutung „des Begriffs Volkssouveränität, sondern schlicht als Endpunkt“ angesehen.<sup>1620</sup> Der traditionelle Kern sozialdemokratischer Politik, der Kampf um einen demokratisch verfaßten Staat, blieb erhalten. Es veränderten sich allerdings Gewichtungen, die erhebliche Auswirkungen auf die je aktuelle SPD-Politik hatten. Nicht der Klasse gehörte die wesentliche Akzentuierung, sondern dem Staat. Mit der Neigung, im Sinne legalistischer Staatsbejahung umfassend pluralistisch zu agieren, waren die vorhande-

<sup>1619</sup> Winkler, Heinrich August: Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928 – 1933, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 17 (1991), S. 182 – 219, S. 215.

<sup>1620</sup> Lademacher, Horst: Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934), in: Huber, Wolfgang/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.): *Frieden, Gewalt, Sozialismus*, Stuttgart 1976, S. 404 – 460, S. 404 f.

nen kapitalistischen Grundmuster akzeptiert worden. Der „Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Ordnung der Produktionsverhältnisse“ wurde nicht mehr in Frage gestellt.<sup>1621</sup> Rudolf Hilferding suchte mit einer programmatischen Rede auf dem Kieler Parteitag dieser Position mit dem Terminus des „organisierten Kapitalismus“ ein theoretisches Fundament zu liefern. Die Zeit ausufernder Konkurrenz in der Wirtschaft sei abgelaufen, die Bildung von Trusts und Kartellen werde das freie Spiel der Kräfte immer stärker einengen, so die Analyse Hilferdings, und „das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion“ werde sich durchsetzen. Dem Staat wies er die Aufgabe zu, den Übergang vom organisierten Kapitalismus zum Sozialismus zu steuern.<sup>1622</sup> Nur logisch war folglich die Forderung an die Delegierten, alle Kräfte zu mobilisieren, um auf parlamentarischem Wege die Macht in der Republik zu übernehmen.<sup>1623</sup>

Ein sich auf die Thesen Hilferdings stützender Antrag des Parteivorstandes fand breite Zustimmung. Ein Gegenentwurf, u.a. von Toni Sender initiiert, markierte weiterhin - der Gedankenführung Hilferdings zutiefst mißtrauend - das Gegensatzpaar „hie sozialistisch – hie kapitalistisch“ als das Gesellschaft und Politik bestimmende Muster und mahnte konsequenterweise den Kampf für die Klasseninteressen und eine Oppositionsrolle an.<sup>1624</sup> Diesem Antrag stimmten lediglich knapp 25 % der Delegierten zu – ein eindrucksvoller Beleg für die Stimmungslage in der Partei. Der Versuch Hilferdings, ein Modell zu entwickeln, das vorrangig den Einsatz für den demokratischen Staat zu propagieren suchte, sich eindrucksvoll ‚stimmig‘ und logisch ausnahm, sich in wesentlichen Punkten auf höchst optimistische Annahmen stützte und das dennoch mit überwältigender Mehrheit akzeptiert wurde, bedeutete die endgültige Abkehr von einer klassenkämpferischen Position und die Bereitschaft, sich als *eine* Partei in der pluralistischen Vielfalt etablieren zu wollen.

Haubach stieß in Hamburg zu Beginn seines Engagements in der Partei auf eben diese Strukturen, da die führenden Funktionäre die Magdeburger Beschlüsse bereits früh vorweggenommen und zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hatten.<sup>1625</sup> Es wurde mehrfach darauf verwiesen, daß sie mit seinen Vorstellungen in wichtigen Bereichen übereinstimmten. Doch er brachte auch eigenständig Elemente in seine politische Arbeit ein, deren zentrale Aussagen sich über die Jahre stabil erhielten. Vor dem Hintergrund seiner Ablehnung wilhelminisch geprägter Strukturen und ideologischer Ansätze heben sich zwei Aspekte in bemerkenswerter Weise ab, die er wiederholt in seinen Beiträgen eindringlich betonte. Sie

---

<sup>1621</sup> Ebd., S. 405.

<sup>1622</sup> Rede Rudolf Hilferding, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, S. 165 – 184, S. 168. Rudolf Hilferding (1877 – 1941 Paris, i. Gestapohaft), Arzt, USPD, SPD, MdR 1924 – 1933, Reichsfinanzminister 1923 u. 1928 – 29, führender Theoretiker der Partei.

<sup>1623</sup> Zur kritischen Auseinandersetzung vgl. u.a.: Könke, Günter: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924 – 1932), Diss. Hamburg, Stuttgart 1987 u. Winkler, Heinrich August: Organisierter Kapitalismus? Versuch eines Fazits, in: Ders.: Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 264 – 271.

<sup>1624</sup> Parteitag 1927, S. 272.

<sup>1625</sup> Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie, S. 62. Der Vf. summiert hier, daß „die meisten führenden Funktionäre in Hamburg zum rechten Flügel der Partei“ gehörten.

scheinen auf den ersten Blick eher in den Kontext wilhelminischen Politikverständnisses zu gehören. So reklamierte Haubach, wie nachgewiesen werden konnte, für alle Felder seiner politischen Tätigkeit klare hierarchische Zuordnungen und eine eindeutig definierte ‚Führung‘. Entscheidende Impulse erhielt er durch die Werke Max Webers und seiner akademischen Lehrer. Danach war der ‚Führer‘ im gesellschaftlichen oder politischen Raum ohne eine demokratische Legitimation der Mitglieder seiner Partei oder seines Verbandes für ihn nicht denkbar. Doch diejenigen, die sich auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit – und nicht wie vor dem Kriege qua Geburt bzw. Zugehörigkeit zu einer der mächtigen Klassen – qualifiziert hatten und in eine solche Position aufgerückt waren, hatten dann auch die Verpflichtung zu ‚führen‘, Leistung einzufordern, Entscheidungen zu treffen und, wie Haubach es formulierte, eben nicht zu ‚verwalten‘. Nach Kurt Sontheimer wurde die Bedeutung der Führung von den Weimarer Demokraten nicht klar genug erkannt. Sie setzten auf die Kraft und den Automatismus der Verfassung, die die im Rechtsstaat gesetzten Handlungsräume und –grenzen markierte.<sup>1626</sup> Haubach hatte seine Auffassung von ‚Führung‘, die er selbst auch bei verschiedenen Gelegenheiten geradezu zu demonstrieren suchte, den Genossen nahebringen und als ihm notwendig erscheinendes Strukturelement in das Parteileben implantieren wollen.

Der von Max Weber als notwendig erachteten ‚politischen Führung‘ war in seinem Demokratiemodell eine über den individualistischen Aspekt hinausgehende fundamentale Funktion zugeordnet, da sie nach seiner Auffassung die Transformation „der klassischen Demokratietheorie in die moderne Massendemokratie“ zu leisten vermochte.<sup>1627</sup> Es konnte belegt werden, daß Haubach diese Akzentuierung als bestimmend für seine konzeptionellen Überlegungen wie für sein Politikhandeln ansah. Er übernahm als ‚Kind‘ des 19. Jahrhunderts die in ihm vom Bildungsbürgertum geprägte Vorstellung der trägen, amorphen ‚Masse‘, wie an verschiedenen Beispielen gezeigt werden konnte, doch er verharrte nicht in Ablehnung aus Furcht vor ihrem möglichen Erwachen und (gesellschafts-)politischen Erstarken, sondern wollte sie in das staatliche Leben integrieren. Die Volksmassen hatten mit ihrer Beteiligung am Ersten Weltkrieg ihre Bedeutung nachgewiesen, wie Max Weber befand, und sollten sich nun auch in einem demokratischen Staatswesen über ein uneingeschränktes Wahlrecht beteiligen.<sup>1628</sup>

Wenn Haubach damit auch auf den Spuren Max Webers ein völlig anderes ‚Führerprinzip‘ verfolgte, als es etwa im nationalsozialistischen ‚Führerkult‘ realisiert wurde, nach dem die Staatsidee mit dem ‚Führer‘ gleichgesetzt und Kritik wie Widerspruch ausgeschaltet wurden, so bleibt doch festzuhalten, daß seine Vorstellungen als Komponente einer autoritär ausgerichteten Ideologie anzusehen sind. Vermutlich war die in der Verfassung verankerte starke Position des Reichspräsidenten ein von ihm zunächst positiv gewertetes Element. Erst in der letzten Phase der Republik kritisierte er in seinem oben erwähnten Artikel zur Verfassungs-

<sup>1626</sup> Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, erw. Studienausgabe München 1968, S. 221.

<sup>1627</sup> Llaque, Marcus: Massendemokratie zwischen Kaiserreich und westlicher Demokratie, in: Gusy, Christoph (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat; Bd. 16), Baden-Baden 2000, S. 38 – 70, S. 45.

<sup>1628</sup> Weber, Max: Wahlrecht und Demokratie in Deutschland [1917], in: Ders.: Gesammelte politische Schriften, 5. Aufl., Tübingen 1988, S. 245 – 291, S. 285 f.

wirklichkeit diese Konstruktion nachhaltig, weil sie die Arbeit und die Möglichkeiten des Parlaments erheblich beeinträchtigt habe. Dieses unmißverständliche Votum kam möglicherweise erst durch die Erfahrungen zustande, die Haubach in der Republik machen mußte, die Erfahrung nämlich, daß jedes autoritäre Element, das in den Rang gehoben wird, als kodifizierter Bestandteil eines Statuts, einer Satzung oder einer Verfassung wirksam zu werden, in hohem Maße dazu herausfordert, als ‚Türöffner‘ einer undemokratischen oder totalitären Praxis zu dienen. So wie das von Haubach propagierte Prinzip des ‚Führens‘ nur scheinbar ein Relikt des ideologischen Arsenal des kaiserlichen Reiches darstellte, so trifft dies gleichermaßen für ein weiteres bestimmendes Motiv seiner grundlegenden politischen Vorstellungen zu. Die Verknüpfung der sozialistischen Idee mit dem nationalen Gedanken wandte sich ursprünglich einmal gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Zudem unterschied sich der „junge Nationalismus“ fundamental durch „seinen antibourgeois Affekt“ von dem mit traditionell deutsch-nationaler Prägung.<sup>1629</sup> Gerade in Haubachs früheren Arbeiten ist ein beinahe wütendes Anrennen gegen die „Bürger“, gegen die Repräsentanten der vermeintlich vergangenen Macht, in vielen Passagen nachgewiesen worden. In seinem Beitrag „Wider die Politik“ für ‚Das Tribunal‘ charakterisierte er sie als Gegenbild des ‚Geistigen‘, als träge, selbstzufriedene und jeden Neubeginn hemmende Masse.<sup>1630</sup> Die Verwendung des Etiketts ‚nationaler Sozialismus‘ manifestierte sich in einer Fülle von Facetten politischer und gesellschaftlicher Programme, die von verschiedenen Gruppierungen während der Weimarer Republik vertreten wurden.<sup>1631</sup> Eine differenziertere Positionsbestimmung des Ansatzes Haubachs wurde bereits im Umfeld seiner Aktivitäten in der jungsozialistischen Bewegung vorgenommen. Er lehnte sich eng an das ‚Modell‘ an, das der ihm nahestehende ‚Hofgeismarer‘ Hermann Heller in verschiedenen Beiträgen entworfen hatte. Die Nation wurde als die bedeutsamste Zelle definiert, als „eine endgültige Lebensform“, in der die „Volksgemeinschaft“ zu realisieren sei.<sup>1632</sup> Dies könne freilich nur geschehen, so Heller, wenn „die Volksgemeinschaft als Kulturgemeinschaft Wirklichkeit ist.“<sup>1633</sup> Nur auf dieser, der ‚nationalen‘ Grundlage spezifisch nationaler politischer und ökonomischer Voraussetzungen könne sich dann auch erfolgreich ‚der Sozialismus‘ realisieren lassen. Er würde nicht etwa den Staat, die Organisationsform der Nation, aufheben, sondern dessen „Veredelung“ bewirken. Die Klassen würden vernichtet werden, und – so Hellers Sicht – „der Arbeiter kommt dem Sozialismus um so näher, je näher er dem Staate kommt.“<sup>1634</sup> Die gemeinsamen Grundauffassungen Hellers und Haubachs dokumentieren sich zudem in der von beiden nachdrücklich betonten Bedeutung, die sie den kulturellen Wurzeln der Nation zuwiesen. Wie Haubach engagierte sich auch Hermann Heller in der politischen Bildungsarbeit, der Arbeiterbildung und in der Volkshochschulbewegung, zweifellos Ausdruck des Bemühens, handelnd in diesen Institutionen an der Verwirklichung eigener politischer Visionen teilzuhaben, die breitere Kreise der Bevölkerung, die ‚Massen‘, für nationale kulturelle Werte aufzuschließen such-

<sup>1629</sup> Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 270.

<sup>1630</sup> Haubach, Wider die Politik.

<sup>1631</sup> Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 275.

<sup>1632</sup> Heller, Hermann: Sozialismus und Nation, Berlin 1925, S. 35.

<sup>1633</sup> Ebd., S. 26.

<sup>1634</sup> Ebd., S. 68.

ten.<sup>1635</sup> Implizit war dem konzeptionellen Ansatz Hellers die eindeutige Ablehnung eines internationalistischen Sozialismus. Diesen ihm außerordentlich wichtig erscheinenden Akzent soll er im März 1920 bei seinem Eintritt in die SPD sehr bestimmt verkündet haben.<sup>1636</sup>

In erstaunlichem Umfang setzen sich Staatsrechtler in jüngster Zeit mit dem Werk Hellers auseinander. Ihm wird attestiert, daß er „von den sozialdemokratischen Autoren der Weimarer Republik [...] den wichtigsten Beitrag zur Ausformulierung einer pluralistischen Staats- und Demokratietheorie geleistet“ habe.<sup>1637</sup> Selbst wenn sich die bereits in verschiedenen Kontexten wiedergegebenen Elemente der Hellerschen Vorstellungen aus der zeitlichen Distanz manchmal romantisierend ungenau ausnehmen, so müssen sie im Kern als Beiträge wahrgenommen werden, die bedeutsamer Teil eines sich gerade entwickelnden Diskurses um die konzeptionelle Gestaltung der Demokratie in Deutschland waren.

Lediglich in wenigen Passagen gab Haubach konkrete Hinweise darauf, wie er sich den Weg und die Ziele eines Sozialisierungsprozesses vorstellte. Wichtige Bausteine seiner Vorstellungen waren eine schroff und unmißverständlich formulierte Absage an jeglichen revolutionären Akt, er setzte dagegen auf einen länger dauernden Reformprozeß, der die ‚Massen‘ zu gesellschaftlichem Aufstieg wie zur Teilhabe an der ökonomischen und politischen Macht führen sollte. Für dieses Ziel entwickelte er selbst ein Modell für die Fortbildung junger Reichsbannerleute und Jungsozialisten, auch sein Engagement in der Hamburger Volkshochschule weist nach, welch großer Stellenwert der begleitenden und stützenden Hilfe nach seiner Auffassung einzuräumen war. Als übergreifende Orientierung und Klammer wollte Haubach in einer umfassenden ‚Volksgemeinschaft‘ die nationale Idee realisiert sehen, im Rekurs auf ein kulturelles nationales Erbe, das nicht mehr allein den privilegierten Schichten des kaiserlichen Reiches zur Verfügung stehen sollte. Doch statt der Wilhelminischen Gebote und Verbote meinten nun Angehörige eines aufgeklärten Bildungsbürgertums wie Haubach, die Auswahl der bedeutsamen Inhalte treffen zu können, die der Ausbildung einer nationalen Identität förderlich sein würden.<sup>1638</sup>

Nimmt man die Definitionen beider Komponenten des Etiketts ‚nationaler Sozialismus‘, die von Haubach verwendet wurden, in den Blick, so sind signifikante Unterschiede zu denen, die im rechten Lager propagiert wurden, festzustellen. Nach seiner Auffassung war es notwendig, das Nationale als identitätsstiftende Kraft zu nutzen, doch es konstituierte sich bei ihm nicht als anti-internationalistisches Prinzip, wie dies in der antidemokratischen Rechten der Fall

---

<sup>1635</sup> Schefold, Dian: Gesellschaftliche und staatliche Demokratietheorie. Bemerkungen zu Hermann Heller, in: Gusy, Demokratisches Denken, S. 256 – 285, S. 278. Vgl. zu Hermann Heller v.a. Albrecht, Stefan: Hermann Hellers Staats- und Demokratieauffassung, Frankfurt/M. 1983 und Waser, Ruedi: Die sozialistische Idee im Denken Hermann Hellers, Basel 1985.

<sup>1636</sup> Schefold, S. 274.

<sup>1637</sup> Buchstein, Hubertus: Von Max Adler zu Ernst Fraenkel. Demokratie und pluralistische Gesellschaft in der sozialistischen Demokratietheorie der Weimarer Republik, in: Gusy, Demokratisches Denken, S. 534 – 606, S. 567.

<sup>1638</sup> In einer neueren Arbeit werden die Ansätze eines ‚nationalen Sozialismus‘ in der SPD ignoriert und im Rahmen einer sonst gründlichen Darstellung die einigermaßen erstaunliche, weil nicht zu belegende These gewagt, daß „die deutsche Sozialdemokratie zu sehr auf den sozialistischen Internationalismus fixiert blieb“; in: Werth, Christoph H.: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Phil. Diss. Bonn, Opladen 1996, S. 277.

war. Haubachs Hoffnung auf eine in den europäischen Nachbarstaaten parallel ablaufende ‚sozialistische‘ und nationale Entwicklung auf dem Weg zu einem sozialistischen Europa belegt seine Zielvorstellungen, die sich freilich als illusorisch erwiesen.

Das Bewußtsein, einer intellektuellen Elite anzugehören und die Fähigkeit des ‚Führens‘ zu besitzen, konnte vielfach in den Texten Haubachs nachgewiesen werden. Er wandte sich jedoch nicht den Gruppierungen Intellektueller zu, die sich bewußt parteifern oder sogar gegen die politischen Parteien gerichtet etabliert hatten, sondern trat der SPD bei. Es ist durchaus denkbar, daß sein Freund Mierendorff ihm entscheidende Anstöße vermitteln konnte, die kurze Phase einer quasi-philosophischen Abrechnung mit der Politik – „Wider die Politik“ – zu überwinden und sich ihren realen Möglichkeiten zuzuwenden. Im Kern waren Haubachs Vorstellungen einer zukünftigen Innen- und Außenpolitik von einer nicht-revolutionären, reformerischen Grundlage aus auch nur mit den Sozialdemokraten zu realisieren. Damit hatte er sich einem Kreis Gleichgesinnter angeschlossen und ein Vehikel für seine politischen Vorstellungen gefunden, hier wollte er sein intellektuelles Potential einbringen, doch zugleich – das werden die Freunde beim Eintritt vermutlich nicht im vollen Ausmaß antizipiert haben – sahen sie sich intern gewachsenen Strukturen, den Vorgaben von Satzungen und Ritualen gegenübergestellt, die lenkend und hemmend auf den innerparteilichen Diskurs und sicher auch auf die erhoffte dynamische Umsetzung eigener Ideen und Entwürfe einwirkten.

Anhand der vorliegenden Quellen kann eindeutig belegt werden, daß Theodor Haubach nach seinem Umzug nach Hamburg umgehend für den Landesverband der SPD ‚verdeckt‘ in der Vereinigung Republik und öffentlich als Redner auf Veranstaltungen in den verschiedenen Parteigliederungen tätig wurde. Die von ihm dabei vertretenen inhaltlichen Schwerpunkte sind oben detailliert dargestellt worden. Hier soll der Blick auf einen anderen Aspekt gelenkt werden. Führende Funktionäre der Partei in Hamburg – in ähnlicher Weise wenig später auch das Reichsbanner – ‚schmückten‘ sich offensichtlich gern mit jungen Intellektuellen, ließen sie durch die Ortsvereine ‚tounen‘, um die Linie oder einzelne Beschlüsse erläutern zu lassen. Das dahinter stehende Kalkül war zweifellos in der damit verbundenen Erwartung zu finden, daß es einem rhetorisch geschulten, schneidig auftretenden jungen Mann gelingen würde, überzeugend zu agieren und möglicherweise auch aufmüpfige Genossen auf die Seite der Parteiführung zu ziehen.

Doch welche Wirkung mußten derartige Aktivitäten auf Theodor Haubach ausüben? Die unkomplizierte Einbindung in das Parteileben, die von ihm als Ausdruck der Anerkennung und des Wohlwollens gedeutet werden konnte, nährte zweifellos die Hoffnung auf einen schnellen innerparteilichen Aufstieg. Doch sie implizierte sicher ein zweites Element. Haubach, der als Reformers zur Partei gestoßen war, wurde – gerade 27 Jahre alt – als Verkünder und Katalysator offizieller oder offiziöser Parteipolitik instrumentalisiert, und er ließ das auch zu, weil die von ihm zu vertretenden Vorstellungen prinzipiell seinen eigenen entsprachen. Diese Rolle mußte fast zwangsläufig eine Verfestigung der programmatischen Zielvorstellungen Haubachs mit sich bringen, der ‚junge Politiker‘ arrangierte sich früh. Selbst in den Kreisen der jungsozialistischen Bewegung vertrat er unnach-sichtig, kraftvoll und manchmal hochfahrend die Linie der breiten reformerischen Mitte der Partei – die Gelegenheit zu einer Phase, ‚jung‘ im Sinne eines suchen-

den, zweifelnden, intellektuell wagemutigen Politikers zu sein, ließen die Anforderungen der Partei an ihn nicht zu und gewährte Haubach sich selbst offenbar auch nicht.

Die nahtlos scheinende Identifizierung mit der Linie der Parteiführung manifestierte sich nach außen nachhaltig in den Texten Haubachs bis zur Septemberwahl 1930. Sie hätte leicht auch viele seiner Beiträge, wie wir sahen, in imposanten Parolen, in einer hohl erscheinenden verbalen Gestik und in Redundanzen erstarren lassen können, wenn er nicht seine Fähigkeit einzusetzen gehabt hätte, die von ihm vermittelten Inhalte und ‚Botschaften‘ wie auch bei seinen Auftritten als Redner dramaturgisch geschickt und adressatengerecht zu entwickeln.

Seine Funktion in der Partei wie auch im Reichsbanner als eher zurückhaltender Mitgestalter programmatischer Grundlagen, umso mehr als deren dynamischer Multiplikator und Propagandist mit manchmal missionarisch anmutendem Eifer, die er offenbar schnell internalisiert hatte, formte und festigte sich gerade auch durch die Interaktionen mit deren Gegnern außerhalb wie innerhalb der Partei. Zweifellos der entscheidende Impulsgeber für die politische Arbeit Haubachs und Kristallisationspunkt vieler seiner Äußerungen war der Kampf für den Erhalt und die Stabilisierung der Republik. Als Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag 1927 für die Parteiführung die Mitgliedschaft endgültig auf die „Erhaltung der Demokratie und Republik“ als wichtigstes Interesse der Partei einzuschwören versuchte und zur „Eroberung der Staatsmacht“ aufrief, hatte Haubach diese Forderung bereits über Jahre in vielen Varianten vertreten.<sup>1639</sup> Diese zentrale Rede wurde flankiert von Angriffen aus der Parteimitte und von Mitgliedern der Führung gegen die innerparteiliche linke Opposition um Paul Levi und sollte zweifellos im Sinne Haubachs diese endgültig ‚auf Linie‘ bringen.<sup>1640</sup>

Gerade in diesem Kontext ist noch einmal nachdrücklich zu unterstreichen, daß Haubach während der gesamten Weimarer Republik in allen wichtigen Fragen die Positionen der Parteilinken ablehnte und sich von dieser Gruppierung geradezu schroff distanzierte. Wenn auch in einer größeren Zahl historischer Untersuchungen von einer inhaltlich motivierten, politischen Nähe junger Sozialdemokraten aus dem Umfeld Mierendorffs und Haubachs zur Linken ausgegangen wird, gibt es dafür keinen einzigen Beleg. Martiny übernimmt die vorsichtig formulierten Hypothesen aus zwei Arbeiten mit dem Hinweis, daß von den ‚Jung-Türken‘ „ein wesentlich größerer Gegensatz zur Parteiführung als zur linken ‚Klassenkampf-Gruppe‘ bestand.“<sup>1641</sup> Haubach und Mierendorff stimmten tatsächlich mit den Linken in der Kritik an der Parteiführung überein, wie Groh/Brandt anmerken, aber allerdings auch nur in der Tatsache, daß sie Kritik übten.<sup>1642</sup> Unerwähnt bleibt der wichtige Hinweis, daß die Kritik aus dem linken Lager die Parteispitze von Beginn an mehr oder weniger ausgeprägt – und öffentlich – begleitete, wäh-

<sup>1639</sup> Rede Rudolf Hilferding, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, S. 182 ff.

<sup>1640</sup> Z.B. in den Reden des Parteivorsitzenden Otto Wels, in: Ebd., S. 32, von Otto Braun, in: Ebd., S. 75 oder von Konrad Broßwitz, in: Ebd., S. 71.

<sup>1641</sup> Martiny, Die Entstehung und politische Bedeutung, S. 389. Er bezieht sich dabei auf: Hunt, German Social Democracy, S. 239 und auf: Moraw, Frank: Die Parole <Einheit> und die Sozialdemokratie: zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933 – 1948, Phil. Diss. Heidelberg 1971 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Nr. 94), Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 13 ff.

<sup>1642</sup> Groh/Brandt, ‚Vaterlandslose Gesellen‘, S. 204.

rend Haubach wie auch Mierendorff erst nach dem September 1930 oft vorsichtig formulierend, manchmal unter Pseudonym und schwerpunktmäßig in den Neuen Blättern, einem Organ also, das außerhalb der Partei angesiedelt war, kritische Anmerkungen machte. In der letztlich entscheidenden Frage, welche Therapie zur Verbesserung des innerparteilichen Zustands angemessen sei, standen Haubach und die Gruppe um Seydewitz einander gar absolut unvereinbar – hie autoritativ-straft Ordnung, dort ein höheres Maß an innerparteilicher Demokratie – gegenüber. Wenn Hunt nachdenklich formuliert, „it is difficult to place the Young Turks in the traditional political spectrum“, so spiegelt sich in dieser Aussage eben die Unsicherheit wider, die beim ungenauen Blick auf Haubachs Auftreten und auf die von ihm verkündeten ‚Parolen‘ eine eher verwirrende Mixtur abgaben und über die häufig in der historischen Forschung mit griffigen, einleuchtend scheinenden Etikettierungen hinweggegangen wurde.<sup>1643</sup>

Haubach stimmte vollständig mit der Parteiführung in der strategischen Zielsetzung überein, daß der Weimarer Staat mit seinen demokratischen Grundlagen unbedingt erhalten werden müsse. Diese Forderung hatte er auch bereits in seinen Heidelberger Jahren nachdrücklich erhoben. Sie entsprang also keineswegs dem Wunsch, etwa den Parteioberen gefallen zu wollen, sondern war ihm ein Anliegen – und blieb es bis zum Ende der Republik. Die Formulierung eines Vertreters der Parteilinken markiert auch in diesem zentralen Komplex signifikant die Kluft Haubachs zu dieser Gruppierung. Deren Vertreter Ernst Eckstein hatte auf dem Parteitag in Magdeburg postuliert, daß die SPD „nicht für den Staat, sondern allein für die Arbeiterklasse, die wir vertreten“, verantwortlich sei.<sup>1644</sup> Diese Aussage war vergleichbar jener, mit der ein ‚Hannoveraner‘ mit seinem „Höher als die Nation steht mir die Klasse!“ die ‚Hofgeismarer‘ griffig und unmißverständlich konfrontiert hatte. Haubach setzte die Akzente genau entgegengesetzt: Die Aufgabe der Sozialdemokraten bestand nach seiner Auffassung primär im Erhalt dieses neuen Staates, dessen demokratisches Fundament geradezu einen Quantensprung in der politischen Entwicklung Deutschlands bedeutete. Zu diesem Zweck waren in erster Linie alle Anstrengungen der Partei darauf zu richten, politische Macht in ihm zu erobern. Von einer einflußreichen Position aus, so Haubach, sollte dann die Stabilisierung und der soziale Umbau des Staates betrieben werden. Die ihm bei seinem Abschied aus Hamburg von kommunistischen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft in ironischer Absicht nachgerufene und in dieser Situation speziell an ihn adressierte SPD-Wahlkampfparole „Ran an den Staat!“ illustriert, in welcher intensiver Weise er sich in der Wahrnehmung der innenpolitischen Gegner mit der Republik identifizierte.

Diese Prämisse implizierte nach Ansicht ihrer Befürworter den Anspruch an die Partei, als *die* staatstragende Partei in allen gesellschaftlichen und politischen Lebensbereichen dann auch streng nach den von der Verfassung gesetzten Vorgaben zu verfahren. Es wurden in dieser Arbeit Belege dafür zitiert, daß Haubach für die Partei wie auch für das Reichsbanner dieser Maxime uneingeschränkt zu folgen suchte. Als Konsequenz dieser grundlegenden Festlegung bemühte sich die SPD-Führung auf parlamentarischer Ebene um Koalitionen, um damit die Chance zur Mitgestaltung zu wahren bzw. zu erweitern. Als beinahe logische Konsequenz ihres spezifischen Politikverständnisses ist die Tolerierungspolitik in der letzten

<sup>1643</sup> Hunt, German Social Democracy, S. 238.

<sup>1644</sup> Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929, S.71.

Phase der Republik anzusehen. Bereits zu Zeiten der Unterstützung Stresemannscher Außenpolitik hatte die SPD Verantwortungsbewußtsein gezeigt und sicher auch demonstrieren wollen – dabei war es um die Abwehr revanchistischer Forderungen gegangen. Mit der Unterstützung der Regierung Brünings sollten die Nationalsozialisten von der parlamentarischen Macht ferngehalten werden. Verbunden war damit die Hoffnung darauf, daß die nationalsozialistische Bewegung an Kraft und Durchsetzungsvermögen verlieren würde. Auch zu diesem Komplex weist eine Fülle von Äußerungen Haubachs, die oben zitiert wurden, nach, daß er den Intentionen der Parteiführung uneingeschränkt folgte und auf die Exekutive setzte. Neben anderen Beispielen zeigen seine intensiven, oft auch emotionale Beteiligung verratenen Reaktionen auf Wahlergebnisse bereits seit 1928 mit welcher Ausschließlichkeit er Politik primär von der Grundlage der von der Verfassung vorgegebenen Richtlinien aus zu beurteilen und zu entwickeln versuchte.

Die nach Bänden zählende Auseinandersetzung in der Geschichtswissenschaft um die Frage nach der Bewertung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik kann hier nicht abgebildet werden. Auf einige Aspekte sei jedoch hingewiesen, die in die Lage versetzen, den Ort Haubachs noch differenzierter zu bestimmen. Ein heftiger Kritiker der sozialdemokratischen Politik ist Andreas Dorpalen, der ihr vorwirft, „die Macht des Großkapitals“ gestärkt, außerparlamentarische Optionen wie etwa den Streik nicht genutzt und letztlich auf „die wirksame Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft“ verzichtet zu haben.<sup>1645</sup> In seinem Fazit sieht er zwar KPD und SPD „in hilfloser Ohnmacht“ verharrend, versteigt sich allerdings zu dem Schlußsatz, daß auf der Linken der SPD „die größere Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Weimarer Republik“ zuzumessen sei.<sup>1646</sup> Erheblich differenzierter, dabei beileibe nicht unkritisch setzen sich neben dem grundlegenden Werk Winklers auch, um zwei weitere Veröffentlichungen herauszuheben, Eberhard Kolb in einer Studie und Rainer Schaefer in einer umfangreicheren Arbeit mit der Endphase der Republik auseinander.<sup>1647</sup>

Zugrunde zu legen sind bei der Analyse der letzten Phase der Republik unbedingt die vorhandenen Rahmenbedingungen. Wirtschaftskrise, die sich den rechten Parteien zuwendenden bürgerlichen Kreise und der zunehmende Einfluß der ‚alten Mächte‘ engten den politischen Spielraum der Sozialdemokraten erheblich ein, sie konnten bei den Wahlen seit 1928 nicht mehr reüssieren. Ihre defensive Einstellung „entsprach den Machtverhältnissen“.<sup>1648</sup> Sie spiegelte zugleich das innerparteilich verbreitete Legalitätsdenken wider, das verbunden schien mit einer nie versiegenden Zuversicht auf bessere Wahlergebnisse und dem Glauben an das eigene Potential, repräsentiert durch eine starke Parteiorganisation und die Gewerkschaften. Man ist versucht, das Bild eines Riesentankers zu bemühen, dessen Mannschaft, die eigene Stärke über- und drohende Untiefen unterschätzend, auf günsti-

<sup>1645</sup> Dorpalen, Andreas: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 31 (1983), S. 77 – 107, S. 80 ff.

<sup>1646</sup> Ebd., S. 107.

<sup>1647</sup> Kolb, Eberhard: Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?, in: Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Bd. I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 157 – 176 und Schaefer, Rainer: SPD in der Ära Brünings: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930 – 1932, Diss. Erlangen-Nürnberg 1988, Frankfurt/M.-New York 1990.

<sup>1648</sup> Schaefer, SPD in der Ära Brünings, S. 441.

gere Bedingungen setzt, aber selbst dann den Kurs des schwergängigen Gefährts hätte nicht mehr kurzfristig beeinflussen können, wenn eine Änderung als notwendig erkannt worden wäre.

Wenn bisher in diesem ersten Fazit Haubach als Repräsentant der reformorientierten Mehrheit der Sozialdemokratie charakterisiert wurde, der nachdrücklich, oft vehement die die SPD-Politik leitenden programmatischen Akzentuierungen wie auch aktuelle taktische Wendungen mittrug und voranzubringen suchte, so muß auch auf seine Bemühungen verwiesen werden, unabhängig von der Parteilinie eigene Vorstellungen zu realisieren. Es gibt keinen Zweifel, daß er seine Anstrengungen vor allem auf das Ziel richtete, das republikanische Lager zu stärken. Die Bündnispartner suchte er allein im bürgerlichen Lager. Sein Engagement im Reichsbanner wie im Klub vom 3. Oktober wurde detailliert nachgezeichnet und im Kern übereinstimmend als Versuch interpretiert, auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Mitteln für die Unterstützung des jungen Staates in der Mitte des Parteisppektrums zu werben und die ‚republikanische Idee‘ zu etablieren. Seine offensiv-kraftvollen Bemühungen sind vor allem auf zwei Wurzeln zurückzuführen. Einmal bestimmten ihn – bereits seit den Aktivitäten der Heidelberger Jahre deutlich erkennbar - Faktoren seiner bürgerlichen Sozialisation, die ihn vermutlich in dieser Sphäre festhielten und es ihm geradezu nahelegten, seine politischen Vorstellungen in dieses Feld hineinzutransportieren.

Diese sozialisationsbedingte Komponente verband sich mit dem Drang Haubachs, von seinem Politikverständnis und den davon ableitbaren konkreten Projektionen überzeugen zu wollen sowie mit dem strategischen Kalkül, die politische Basis, von der aus die Sozialdemokratie prorepublikanisch wirken und manövrieren konnte, auszubauen. Ein entscheidender realpolitischer Impulsgeber ist zweifellos in der von ihm in vielen Beiträgen beklagten Spaltung der Arbeiterschaft festzumachen. Beinahe wütend attackierte er die Führung der Kommunisten, prangerte deren antirepublikanische Haltung und Abhängigkeit von Moskau an und mußte doch wahrnehmen, daß die Einheit unter dem Dach der SPD nicht zu verwirklichen war. Das Dilemma der SPD bestand in dem nicht zu leistenden Spagat, große Teile der noch beschäftigten und die wegdriftenden Teile der arbeitslosen und im Elend lebenden Arbeiterschaft weiterhin an sich binden bzw. für sich gewinnen zu wollen.<sup>1649</sup> Die Entscheidung der Parteiführung, sich als *die* staatstragende Partei zu exponieren und als Konsequenz die Übernahme staatlicher Verantwortung anzustreben wie einen stringent legalistischen Kurs zu steuern, womit in der politischen Praxis zwangsläufig die Tatsache impliziert war, Kompromisse zu schließen und gar das rechts-bürgerliche Kabinett Brüning zu tolerieren, verhielß für weite Kreise der Arbeiterschaft und kleinbürgerlicher Schichten nicht die Rettung aus wirtschaftlicher Not und den Aufbruch zu notwendigen sozialpolitischen Fortschritten – die Realität gab ihnen Recht.

Früh hatte Haubach als Hauptgegner die Kommunisten und Nationalsozialisten ausgemacht und bekämpfte sie heftig. Doch sein verbales und rhetorisches Geschick, das bewußte Herbeiführen der konfrontativen Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Widersachern wie sein durchgängig kraftvoll-kämpferisches Auftreten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß er in der Substanz - die Fülle der zitierten Beispiele aus seinen Beiträgen weist es nach - auf ideologischem

---

<sup>1649</sup> Winkler, *Der Weg*, S. 951.

Feld ein weitgehend defensives Vorgehen erkennen ließ. Nur in wenigen Passagen setzte er sich nämlich argumentativ mit Positionen der KPD und der NSDAP auseinander, sondern er brandmarkte und verteufelte sie pauschal als Feinde des jungen demokratischen Staates. Als exemplarisch kann die Passage angeführt werden, in der er im Hochgefühl der Wahlerfolge von 1928 apodiktisch feststellte, diese hätten „an Bord [in der deutschen Republik, P.Z.] nichts mehr zu suchen.“<sup>1650</sup> Wenig Bereitschaft zeigte Haubach auch, zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Ideologie – zumindest in seinen öffentlichen Bekundungen – zu differenzieren. Die „Nazis und Kozis“ wollten die Axt an die Wurzeln der Republik legen, dieser berechtigte Vorwurf forderte ihn dazu heraus, sie höchst undifferenziert zu attackieren. Oft dozierend, ausgeprägt appellativ und keinen Widerspruch duldend setzte er gegen sie die Vision einer demokratischen Ordnung und wollte Hoffnungen auf einen sozialen Umbau der Gesellschaft wecken. Unwirsch hatte er die Bemühungen seines Freundes Mierendorff übergangen, soziologische Daten zur potentiellen Wählerschaft der NSDAP zusammenzutragen, um auf dieser Grundlage einen Zugang zu deren Motivlage zu gewinnen. Allein in einer Sequenz – im Mai 1931 [!] – deutete er auf mögliche Wurzeln, indem er den Aufstieg der Nationalsozialisten als Reaktion auf die „Stärke der Arbeiterschaft“ erklärte und sie als „kapitalistische Verzweiflung“ abtat.<sup>1651</sup> Diese Interpretation war durchaus verbreitet in der SPD, war sie doch geeignet, den eigenen Stellenwert in ein helleres Licht zu setzen.<sup>1652</sup> Sie zeigt zugleich, daß Haubach in dieser Zeit zu diesem Gegenstand nicht die gründliche Analyse bemühen wollte, sondern daß er den Gegner mit dessen eigenen Waffen zu schlagen gedachte: agitierend, mit ‚verbalem Trommelfeuer‘ und dessen Hang zu aggressiven Parolen kopierend.

Haubachs Gleichsetzung der extremen Linken und Rechten wie ihre pauschale Verurteilung muß zwangsläufig Wechselwähler verärgert, wenn nicht verprellt haben, zumal er – wie die SPD – offenbar keine plausible Antwort auf die Frage wußte, wie und wann es wirtschaftlich endlich wieder aufwärts gehen würde. Die SPD hatte sich als staatstragende Partei zwangsläufig des Rufes begeben, Kompetenz in diesem Politikfeld zu besitzen. Zu oft hatte sie dem Druck nachgegeben, Einschränkungen und neue Sparbeschlüsse mitzutragen bzw. zu tolerieren und war nicht in der Lage gewesen, die von Wirtschaftskreisen und konservativen Kräften initiierte sozialpolitische Erosion zu verhindern.

Die schwere Erschütterung durch das Ergebnis der Herbstwahlen 1930 veranlaßte Haubach, seine Zurückhaltung aufzugeben. Sowohl im Reichsbanner wie in der Partei artikulierte er sich fortan, wie gezeigt werden konnte, mit überwiegend neuen gedanklichen Ansätzen. Eine Analyse aller Texte des Zeitraums von 1930 bis 1933 zeitigt das Ergebnis, daß die innerverbandliche Kritik, die er gegen das Reichsbanner richtete, schärfer als die ausfiel, die sich auf Personen und Strukturen der SPD bezog. Als bemerkenswert ist jedoch herauszustellen, daß er in beiden Organisationen erheblich stärker den Aspekt der Erneuerung und der Straffung der Arbeit akzentuierte. Er verharrte also nicht in der Pose des Kritikers, sondern forderte zur Neuorientierung auf. Sie sollte sich nach Haubachs Auffas-

<sup>1650</sup> Haubach, Hinein ins zehnte Jahr.

<sup>1651</sup> Haubach, Die militante Partei.

<sup>1652</sup> Grebing, Helga: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 259 – 279 [o. Anhang].

sung vordringlich auf formale Bereiche beziehen. Alle Vorschläge, die er an die Öffentlichkeit brachte, zielten nämlich überwiegend auf die Funktion der ‚Apparate‘. Ihm ging es in erster Linie um die Optimierung der Schlagkraft der Partei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die Veränderung ideologischer Gewichte erhielt jedenfalls in seinen öffentlichen Bekundungen keinen hohen Stellenwert. Danach sah er keinen Anlaß, prinzipiell Änderungen in den programmatischen Vorstellungen im Reichsbanner und in der Partei vorzunehmen. Als symptomatisch ist seine Beteiligung an der Entmachtung des langjährigen Reichsbannerführers Otto Hörsing einzuschätzen: Von dem ging die Gefahr aus, die Konturen der Organisation zu verwischen und damit die Arbeit ineffektiv werden zu lassen, daher sollte er ausgewechselt werden, der ideologische Kern aber sollte nicht berührt werden.

Schaefer verweist wie andere Historiker zu Recht darauf, daß es der SPD nicht gelungen sei, ergänzend zur Tolerierungspolitik im außerparlamentarischen Raum kraftvoll zu mobilisieren.<sup>1653</sup> Im Sommer 1932 fehlte ein derartiges Potential, es waren keine Vorbereitungen für eine materielle wie geistige Mobilisierung getroffen worden, weil eine in Schwerfälligkeit erstarrte Parteiführung mögliche existenzbedrohende Schläge gegen die Republik nicht antizipierte. Betrachtet man die Aktivitäten Theodor Haubachs am Ende der Republik im Zusammenhang, so wird deutlich, daß er bereits früh – ab 1924/25 nämlich - in dieser Frage einen eigenständigen Akzent in der Partei zu verfolgen und zu realisieren suchte. Sein Werben um Bündnispartner und die Bemühungen, mit dem Reichsbanner einen schlagkräftigen Verband aufzubauen, wurden von *der* Partei keineswegs unterstützt. Sowohl beispielsweise die Mitarbeit im bürgerlich-elitären Klub vom 3. Oktober wie im Reichsbanner mit seinem militärischen Gepränge stieß in der Mitgliedschaft und auf den Führungsebenen der Partei weithin auch auf Skepsis oder Ablehnung. Hier waren die altgedienten Genossen erheblich stärker von traditionellen Vorbehalten geprägt. Haubach blieb jedoch bei seinem strategischen Konzept, setzte vor allem auf das Reichsbanner und bemühte sich intensiv – „gegen Liederlichkeit“ - um dessen Umbau zu einer kraftvoll-kämpferischen Truppe. Eindeutig favorisierte Haubach die Stärkung des Reichsbanners, die Bildung der Eisernen Front nahm er zwar wohlwollend-skeptisch zur Kenntnis, war aber vermutlich zu sehr pragmatischer Taktiker, als daß er nicht von vornherein die Schwierigkeiten richtig einzuschätzen wußte, die mit der Aufgabe verbunden waren, einen wirkungsvollen Verband aus verschiedenen Organisationen entstehen zu lassen. Dieser Versuch mißlang tatsächlich; zu diesem Schluß kommt auch Karl Rohe.<sup>1654</sup>

Auf eine bemerkenswerte Kontaktaufnahme weist Fritz Borinski hin, der davon berichtet, daß neben Haubach auch Adolf Reichwein und August Rathmann im Jahr 1932 Gespräche mit Otto Strasser und einigen Reichswehroffizieren führten, deren Inhalt jedoch nicht bekannt wurde.<sup>1655</sup> Strasser hatte sich im Sommer 1930 aus Enttäuschung von der NSDAP abgewandt, gab sich antikapitalistisch, war aber stark der nationalen Idee verhaftet. Wenn Haubach also nach Bündnispartnern suchte, dann tat er es immer rechts von der SPD.

<sup>1653</sup> Schaefer, SPD in der Ära Brüning, S. 443.

<sup>1654</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 415.

<sup>1655</sup> Borinski, Die ‚Neuen Blätter‘, S. 78.

Haubachs Vorschläge zur Erneuerung der Parteiarbeit waren den Elementen, die er für das Reichsbanner entwickelte, vergleichbar: Straffung durch klare hierarchische Zuordnungen, Entwicklung und Stärkung der ‚geistigen Führung‘ und Steigerung der Präsenz in der Öffentlichkeit, um insgesamt eine weit höhere Effektivität zu erzielen. Trotz seines äußerlich demonstrierten großen Selbstbewußtseins im Auftreten, in Gestus und Rhetorik, das von seiner bildungsbürgerlichen Sozialisation geprägt war und trotz der ihm zuteil werdenden Anerkennung auch von Parteimitgliedern aus der Arbeiterschaft – von ihnen oft liebevoll-hamburgisch „Tetje“ genannt –, hielt er sich dennoch bis 1930 mit öffentlich vorgebrachten, kritischen Äußerungen gegenüber der Parteiführung zurück. In seiner schärfsten Attacke vom Dezember 1931 warf er ihr vor, wie oben dokumentiert, daß sie zu lange „nebelhafte“ und „veraltete“ Ansichten gepflegt und es versäumt habe, das Verhältnis von Partei, Staat und Nation zu klären und angemessen in der Mitgliedschaft zu „verdichten“.

Sein Entwurf für eine geistige Erneuerung der Partei kann freilich nur als verschwommen gekennzeichnet werden. In Anlehnung an Hermann Heller bezeichnete er die Volksgemeinschaft als Vollendung des Sozialismus, nicht also der Kampf um die Überwindung der Klassengesellschaft war bestimmendes Motiv, sondern die Hoffnung darauf im Zuge einer gesellschaftlichen Veränderung. Hier zeigte sich Haubach wiederum als der bürgerliche Seiteneinsteiger, der Versatzstücke der intellektuellen Jugendbewegung in das Programm der Partei integrieren wollte. Wie die Kontroverse mit Alexander Schiffrin aufweist, rief Haubach wie seine Mitstreiter damit innerparteilich Widerspruch hervor, weil traditionelle sozialistische Zielvorstellungen ignoriert wurden.

Wenn es Haubach auch nicht gelang, die ‚nationale Idee‘ in die Mitgliedschaft hinein zu vermitteln, so bleibt doch festzustellen, daß er wesentlich daran beteiligt war, das Bewußtsein in der Partei für den Gedanken zu schaffen, daß „der Sozialismus als Prinzip der Demokratisierung“ zu verstehen sei, ein Strang der innerparteilichen Theorieentwicklung, der allenfalls „ansatzweise“ realisiert werden konnte.<sup>1656</sup> Er bemühte sich durch sein Politikhandeln wie in seinen Schriften deutlich zu machen, daß der Sozialismus nicht als fixierte, bereits vorhandene Folie aufgefaßt werden dürfe. Der Summe, die Meyer im Blick auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Theoriediskussion in der Weimarer Republik zieht, ist zuzustimmen, wenn er darauf verweist, daß die Partei „die Träume ihrer Jugend und die Verantwortung des Erwachsenenalters“ nicht hatte aufgeben wollen.<sup>1657</sup> Die grundlegende programmatische Unverbindlichkeit der Partei empfand Haubach, wie er mehrfach hervorhob, als belastend. Dabei unterwarf er sich wie Mierendorff auch in dieser Frage überwiegend stillschweigend den erwarteten Ritualen. Seine oft eher hohl klingenden sozialistischen Bekundungen mit Versatzstücken traditioneller klassenkämpferischer Rhetorik weisen auf diesen Tatbestand hin. Erst spät fand Haubach den Weg zu auch gegenüber den führenden Kräften der SPD selbstbewußterem Auftreten. Nun war keine Zeit mehr für

---

<sup>1656</sup> Meyer, Thomas: Elemente einer Gesamtheorie des Demokratischen Sozialismus und Hindernisse ihrer Durchsetzung in der Weimarer Republik, in: Heimann, Horst/Thomas Meyer (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bericht zum wissenschaftlichen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. - 12.10.1980, Berlin-Bonn 1982, S. 413 – 440, S. 427.

<sup>1657</sup> Ebd., S. 416.

grundlegende theoretische Diskurse, in dieser Situation mußte die Schlagkraft der republikanischen Organisationen optimiert werden. Seine Vorschläge, die er für die Partei wie für das Reichsbanner entwickelte und nach 1930 offensiv vertrat, enthielten deutlich formuliert oder unausgesprochen massive Kritik an den Zuständen in beiden Organisationen. Da sie unmittelbar nach dem Schock der Septemberwahl veröffentlicht wurden, kann gefolgert werden, daß sie das Produkt längerer eingehender kritischer Analyse waren. Damit ist zugleich ein Indiz gegeben für die Vermutung, daß die Apparate alle Impulse für innovative strukturelle Ansätze zu unterdrücken wußten bzw. sich die potentiellen Kritiker bewußt zurückhielten.

Sollen die Koordinaten der Position Theodor Haubachs zusammenfassend bestimmt werden, so ist zunächst sein vitaler, aufwendiger, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelter Einsatz für die Republik zu nennen. Einen entscheidenden Impuls erhielt er dafür aus dem Bewußtsein, einer intellektuellen Führungsschicht anzugehören. Die bourgeoisen Eliten des kaiserlichen Deutschlands sollten von einer durchaus sendungsbewußten geistigen Elite abgelöst werden. Er führte sein Engagement aus der Mitte und weitgehend mit den Argumenten der Parteimehrheit, die sich hinter den Thesen Hilferdings versammelte. Sein Bemühen, einem empfundenen geistigen Vakuum mit der Idee der nationalen Identität zu begegnen, war in der Partei nicht durchsetzbar. So wurde Haubach umso nachhaltiger, auch wohl lauter zum Propagandisten der *für* die demokratischen Prinzipien und *gegen* deren Gegner auftrat. Bereits 1924 setzte er seine Vorstellung der nationalen Idee von der „nationalistischen“ der Nationalsozialisten entschieden ab.<sup>1658</sup> Kontinuierlich wies er in den folgenden Jahren – eigenständig und in der Partei oft noch nicht ernstgenommen – auf die Gefahr hin, die der Demokratie von den Nationalsozialisten drohte. Auch wenn ihm eine weitgehend plakativ-postulative Darstellung dieses Komplexes zu attestieren ist, er ohne differenzierte Analyse agitierte, so exponierte er sich zweifellos durch seine konsequente kämpferische Haltung, die er offenbar seinen Genossen geradezu als beispielhaft demonstrieren wollte. Diese bestimmte auch seinen Einsatz für das Reichsbanner, mit dem er im außerparlamentarischen Raum Kraft zu entwickeln versuchte, in einem Raum also, der von der auf die parlamentarische Ebene fixierten Parteiführung in seiner strategischen Bedeutung nicht erkannt wurde. Ohne daß er je eine umfassende Konzeption seiner politischen Zielvorstellungen im Zusammenhang formuliert hätte, ist anzunehmen, daß die Kontakte Haubachs in die bürgerlich-republikanischen Parteien hinein von ihm mit dem Ziel betrieben wurden, Optionen auch für die parlamentarische Ebene zu entwickeln.

Theodor Haubach war zweifellos ein ‚Parteisoldat‘, loyal und „treu“, wie die Freundin Alma ihn charakterisierte, doch es wird deutlich, daß mit seinem politischen Engagement eindeutig auch individuelle Akzente setzte. Das Fazit am Ende der Republik muß für ihn einmal deshalb geradezu niederschmetternd ausgefallen sein, weil die republikanische Idee nicht erhalten werden konnte. Außerdem hatte er sich mit seinen eigenen, überwiegend pragmatisch bestimmten Vorstellungen zu Reformen in Partei und Reichsbanner nicht durchsetzen können. Die Zeit reichte zweifellos nicht aus, um für eine Neuorientierung die verkrusteten Funkti-

---

<sup>1658</sup> Haubach, Deutsche Politik, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1924), H. 9.

onärsschienen zu gewinnen bzw. ein auch in beiden Organisationen vorhandenes Harmoniebedürfnis aufzuweichen.

Theodor Haubach stand mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten ohne eine existentielle Grundlage da, eine feste Freundesgruppe wie in den Heidelberger Jahren hatte sich nicht wieder gebildet. Doch zu einigen der alten Freunde blieb die Verbindung erhalten, so trafen sich einige als Autoren in den Neuen Blättern wieder, neue Kontakte ergaben sich in neuen Zusammenhängen wie zu Dr. Wilhelm Nowack, einem „Angehörigen der akademischen Intelligenz“<sup>1659</sup>, zu Dr. Herbert Ruscheweyh oder Dr. Hans Staudinger, die Beziehung zu Carlo blieb offenbar freundschaftlich eng und arbeitsintensiv. Die Aufzählung zeigt auf, daß weiterhin ein Netz existierte, in dem sich vorwiegend bürgerlich sozialisierte, intellektuelle Mitstreiter zusammenfanden.

## **8. Im Widerstand**

### **8.1 Haubach mobilisiert unverzüglich: aktiv im Untergrund**

#### **8.1.1 In schwieriger Lebenssituation**

Die nationalsozialistischen Machthaber gingen nach dem 30. Januar 1933 entschlossen daran, potentielle politische Gegner auszuschalten. Wenn auch nicht jeder einzelne Schritt geplant war und etwa ein Ereignis wie der Reichstagsbrand Ende Februar Anlaß zu spontanem und konsequentem Handeln bot, so zielte die strategische Ausrichtung der NS-Führung eindeutig auf die Etablierung einer unumschränkten Herrschaft. Bereits vor den Reichstagswahlen im März waren dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold alle Aktivitäten untersagt worden. Diese Maßnahme spiegelte einmal den Respekt vor dem Kampfbund wider, der sich in verschiedenen regionalen Zentren als harter Widersacher erwiesen hatte. Es illustrierte zugleich das zunächst noch durchscheinende Bemühen, dem eigenen Vorgehen einen legalen Anstrich geben zu wollen, indem nicht direkt die SPD getroffen wurde, sondern der ihr nahestehenden Organisation der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung stören würde.

Nach diesem Muster verlief auch die Beschlagnahme der Vermögen von Partei und Reichsbanner Mitte Mai, die die Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin I unter dem Vorwand zahlreicher „Untreuefälle“ veranlaßte.<sup>1660</sup> Die schrittweise verlaufende Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei mündete in ein am 21.6. ausgesprochenes „Betätigungsverbot“, das in seinen Auswirkungen bereits jenes Gesetz vorausnahm, das dann nach dem 14.7. alle politischen Parteien verbot und allein der NSDAP die Existenzberechtigung zugestand. Begleitet wurden die rigorosen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung von „einer großangelegten Welle von Verhaftungen“, in deren Verlauf eine Vielzahl von Funktionären und Abgeordneten der SPD festgenommen, inhaftiert oder auch – wie Johannes Stelling, Mitglied des Parteivorstandes – auf grausamste Weise zu Tode gefoltert wurde.<sup>1661</sup>

<sup>1659</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 277 f.

<sup>1660</sup> Winkler, Der Weg, S. 931.

<sup>1661</sup> Ebd., S. 946 f.

Die Führungskader der SPD waren weitgehend unvorbereitet in die völlig veränderte innenpolitische Situation hineingeschlittert, schwankend zwischen der Hoffnung darauf, daß sich die Nationalsozialisten schnell als unfähig decouvrieren würden und dem Vertrauen auf die Rückkehr demokratisch-legaler Verhältnisse. Erst Anfang Mai 1933 waren die hauptamtlichen Mitglieder des Parteivorstandes, u.a. Otto Wels und Friedrich Stampfer, nach einvernehmlichem Beschluß des Gremiums außer Landes gegangen. Eine Zerreißprobe für die Partei stellte die Zumutung der Nationalsozialisten dar, der von ihr geführten Regierung zu außenpolitischer Reputation zu verhelfen. Hitler hatte Deutschland durch militantes Auftreten und revanchistische Forderungen in kurzer Zeit zurück in die Isolierung getrieben. Seine Forderung an die noch im Reichstag verbliebenen Parteien, seiner Regierungserklärung am 17.5. in Form einer ‚Billigungsresolution‘ zuzustimmen, stürzte die SPD in tiefgreifende Auseinandersetzungen. Während der mittlerweile in Prag angesiedelte Exil-Vorstand vehement gegen eine solche Zustimmung votierte, setzte sich in der Berliner Reichstagsfraktion nach heftigen Diskussionen eine Mehrheit für eine Zustimmung durch. Dieses Ereignis läßt die Gräben erkennen, die – in verschiedene Richtungen laufend – die sozialdemokratische Wirklichkeit ausmachten. Immer noch gab sich eine Mehrheit der Illusion hin, bald wieder zu ‚normalen‘ Zuständen zurückkehren zu können, während die Minderheit einen klaren oppositionellen Kurs steuern wollte. Hinzu trat schnell auch eine Entfremdung zwischen den Vorständen in Prag und Berlin auf. Beide beanspruchten die Kompetenz, für die gesamte Partei zu sprechen und waren bald „in einen peinlichen Kampf“ verstrickt. Dem offenbar werdenden Zerwürfnis lagen aber in erster Linie nicht ideologische Motive zugrunde, sondern „eine stark gefühlsbetonte Note“, die sich einerseits aus der Auffassung der ‚Berliner‘ ergab, unter schwierigsten Bedingungen auszuharren, während andererseits die ‚Prager‘ für sich in Anspruch nahmen, die politischen Konfliktlinien mit den Nationalsozialisten aus der Distanz angemessener analysieren wie taktisches und strategisches Verhalten den neuen Machthabern gegenüber gezielter entwickeln zu können.<sup>1662</sup> Vor diesem innerparteilichen Hintergrund hatte bereits seit den März-Wahlen ein Prozeß der Auflösung in der Mitgliedschaft begonnen. Geradezu „in hellen Scharen“ verließen vor allem Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes ihre Partei.<sup>1663</sup> Der langjährige SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil (MdR 1920 – 1932) legte nach Auskunft seiner Erinnerungen diesem Personenkreis den Austritt ausdrücklich nahe, um nicht „nutzlos Existenzen“ zu opfern. Jede illegale Tätigkeit lehnte er als „sinn- und nutzlos“ ab.<sup>1664</sup> Einen völlig anderen Standpunkt nahm ein Sozialdemokrat aus dem Raum Stuttgart ein, der ein Papier mit dem Titel „Eine Partei stirbt“ für die sozialdemokratische Presse oder den innerparteilichen Austausch formuliert hatte.<sup>1665</sup> Er machte als Hauptursachen für den zu beobachtenden „Auflösungs- und Zerfallsprozess“ der Partei neben der „Fahnen-

<sup>1662</sup> Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Ders./ Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 101 – 278, S. 185 f.

<sup>1663</sup> Winkler, Der Weg, S. 911.

<sup>1664</sup> Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde, Stuttgart 1948, Bd. 2, S. 498 f.

<sup>1665</sup> Eine Partei stirbt., o. Vf., ms. Abschrift, 10 S., mit Anschreiben v. 10.5.1933 vom Polizeipräsidentium Stuttgart an die Nachrichtenstelle im RMdI, am 17.5. vom zuständigen Sachbearbeiter an den Staatssekretär geleitet, der Vorlage beim „Herrn Minister“ verfügte, in: SAPMO Bestand RMdI, St 10/323, Bl. 41 – 52.

flucht so vieler Funktionäre“ wie den Anbiederungsversuchen von Mandatsträgern an die Nationalsozialisten in starkem Maße auch „die Massenflucht [wie i. Orig., P.Z.] so vieler sozialistischer Beamten aus der Partei“ aus. Voll Bitterkeit setzte er hinzu – damit auch tiefsitzende innerparteiliche Ressentiments zwischen verschiedenen Mitgliedergruppen offenbarend –, daß dieses Verhalten „ein Gegenstück zum Massenandrang [wie i. Orig., P.Z.] der gleichen Leute im November 1918“ darstelle.<sup>1666</sup> Für den Verfasser waren die ‚Entproletarisierung‘ in der Mitgliederstruktur wie eine sich auf der Grundlage von „Bonzenherrschaft“ und „Bonzenwirtschaft“ etablierende „Beamtenhierarchie“ verantwortlich für die Auflösungserscheinungen der Partei.<sup>1667</sup> In seiner Analyse kam der Verfasser zu dem Schluß, daß „der tönende [sic] Koloss“ auch ohne die gewaltsamen Eingriffe der neuen Machthaber „ins Wanken gekommen“ wäre.<sup>1668</sup>

Auf einen Aspekt sei in diesem Kontext kurz verwiesen, der oft als selbstverständlich angenommen wird, es gleichwohl verdient, zumindest exemplarisch herausgehoben zu werden. Die Anschreiben zu dem Papier verraten nämlich, wie schnell und wie eifertig ein Heer von Beamten und Angestellten in den Behörden zu aktiver und im Sinne der neuen politischen Führung zu konstruktiver Mitarbeit bereit war. So bemühte sich der Beamte des Württembergischen Landeskriminalpolizeiamtes seinen Einsatz ins rechte Licht zu rücken, indem er darauf hinwies, daß er „die geplante Veröffentlichung“ des Aufsatzes verhindert habe und dessen Bedeutung herausstrich, weil die „Hoffnungslosigkeit“ in den „noch vorhandenen Führerschichten der SPD.“ offenbart werde.<sup>1669</sup> Auch der Mitarbeiter der Nachrichtenstelle in Berlin wollte seine Kompetenz quasi auf einer höheren Ebene als der Kollege aus dem Lande demonstrieren und vermerkte in seinem Anschreiben für die vorgesetzten Dienststellen: „Der Bericht schildert die Stimmung richtig.“ Den Eifer seines Kollegen suchte er mit dem Hinweis zu konterkarieren, daß „S 1 – 8 hätte veröffentlicht werden können.“ – derart schonungslos war der Verfasser mit der Darstellung des Zustandes seiner Partei verfahren.<sup>1670</sup> Einig waren sich beide Mitarbeiter in dem Bestreben, den neuen Machthabern zu Diensten zu sein und in deren Sinne ‚zu funktionieren‘. Diese Feststellung trifft in besonderer Weise für die sich neu – zentralisiert und außerhalb des Justiz- und Verwaltungssystems angesiedelt – formierende Politische Polizei, die Geheime Staatspolizei, zu. Viele der sachkundigen Mitarbeiter der Polizeibehörden der Weimarer Zeit verwandelten sich „in zuverlässige Helfershelfer der Diktatur.“<sup>1671</sup>

Als der Reichsminister des Innern am 21.6.1933 alle Landesregierungen davon informierte, daß gegen die SPD der letzte Schlag zu führen sei, noch tätige Mitglieder der Partei in Landesparlamenten und Vertretungskörperschaften „von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sogleich“ auszuschließen wie auch sämtliche Parteiarbeit und Herausgabe von Zeitungen oder Schriften zu unterlassen seien,

<sup>1666</sup> Ebd., Bl. 42 f.

<sup>1667</sup> Ebd., Bl. 45.

<sup>1668</sup> Ebd., Bl. 48.

<sup>1669</sup> Ebd., Bl. 41.

<sup>1670</sup> Ebd., Bl. 52.

<sup>1671</sup> Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933 – 1945 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Paderborn et al. 1993, S. 60. Vgl. zu dieser Thematik auch die Autobiographie von Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bittern Ende. Bd. 1, Zürich 1946.

war der Erosionsprozeß bereits in vollem Gang. Im letzten Absatz seines Schreibens drohte der Minister unmißverständlich mit schwerer Bestrafung, da er der SPD einen „offen zutage liegenden landesverräterischen Charakter“ attestierte.<sup>1672</sup> Nun wurde es in der Tat höchste Zeit für die Mitglieder, sich zumindest öffentlich von der Partei zu distanzieren, denn bereits Ende Februar war als unmittelbare Folge des Reichstagsbrandes eine Verordnung im Kabinett beschlossen worden, die „weitere Strafverschärfungen für Landesverrat und Hochverrat“ brachte. Selbst mildernde Umstände bewahrten nicht vor Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Zudem wurde das „Fahrlässigkeitsdelikt“ eingeführt.<sup>1673</sup> Damit konnte der Rahmen der Verfolgung potentieller Vergehen erheblich ausgeweitet, der Druck auf mögliche oppositionelle Regungen verstärkt und letztlich die Einparteienherrschaft zementiert werden.

Der andere politisch-organisatorische Bezugspunkt Theodor Haubachs war das Reichsbanner, das wie bereits angedeutet noch früher von der nationalsozialistischen Führung zunächst neutralisiert worden war, dann in ähnlicher Weise wie die SPD ausgeschaltet wurde. Noch im Februar/März 1933 hatte die Reichsbannerführung offenbar auf einen Konflikt zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten gesetzt und hatte Mitgliedern den Übertritt zum Stahlhelm, dem deutschnationalen Kampfbund, nahegelegt. Mit diesem Schritt sollte eine Abwehrfront gegen die Nationalsozialisten installiert und Kontakte zur Reichswehr wie Zugriff auf deren Ressourcen hergestellt werden.<sup>1674</sup> Bereits im März/April wurden derartige Gedankenspiele von den Hilfstruppen der Nationalsozialisten geradezu zermalmt. Es kam zu Massenverhaftungen, das Reichsbanner löste sich auf und die Stahlhelm-Einheiten wurden der SA einverleibt. Wenn die Ereignisse um ein mögliches Zusammengehen der vorher einander befehrenden Organisationen von Historikern dargestellt werden, so fehlt durchgehend eine angemessene Einschätzung. Das vor allem Höltermann zugeschriebene Kalkül läßt nämlich eindeutig erkennen, daß die Reichsbannerführung völlig unvorbereitet in diese historische Situation geriet. Fast abenteuerlich mutet der nur als ‚Strohalm‘ zu apostrophierende Ausweg an, mit dem Stahlhelm zusammenzugehen, mit jener Organisation also, die sich als militant anti-republikanisch erwiesen hatte und beispielsweise im Frühjahr im Verein mit anderen politischen Rechtsaußen einen Antrag auf ein Volksbegehren massiv unterstützt hatte, dessen Ziel die Auflösung des preußischen Landtags gewesen war.

Einen anderen Kurs schlug der Gauvorstand Berlin-Brandenburg vor, zu dessen Vorstandsmitgliedern Haubach engen Kontakt hielt, wie sich bei der Entmachtung Hörsings gezeigt hatte. Im Mai 1933 wurden die Kameraden in einem Rundbrief zur politischen Situation und zu anstehenden organisatorischen Veränderungen informiert. Als bemerkenswert ist an dieser Standortbestimmung hervorzuheben, daß die Autoren zwar von einer völlig veränderten innenpolitischen Lage ausgingen - „Die Verfassung von Weimar ist tot!“ -, aber dennoch die Existenz ihres

<sup>1672</sup> Der Reichsminister des Innern: An die Landesregierungen (für Preußen: den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Minister des Innern), Schreiben v. 21.6.1933, ms. 3 S., in: SAPMO, RMdI, St 10/232, Bl. 114 f.

<sup>1673</sup> Zarusky, Jürgen: Einleitung zum Erschließungsband der Mikrofiche-Edition ‚Widerstand als „Hochverrat“ 1933 – 1945, München 1998, S. 16. Zur Edition: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Widerstand als „Hochverrat“ 1933 – 1945, bearbeitet von Jürgen Zarusky/Hartmut Mehringer, München 1995.

<sup>1674</sup> Winkler, Der Weg, S. 910.

Verbandes im Kern als nicht bedroht ansahen.<sup>1675</sup> So wurden beispielsweise umständlich-genau Hinweise zur neuen Gaugeschäftsstelle und Beitragregelung gegeben. Die Geschäftsstelle solle zwar „erheblich verkleinert“, auch müsse mit den vorhandenen finanziellen Mitteln außerordentlich sparsam verfahren werden, doch, so die hoffnungsvolle Perspektive, diese Einschränkungen seien „für die Zeit des Überganges“ nun einmal notwendig.<sup>1676</sup> Worauf sich die Erwartung der Vorstandsmitglieder gründete, sich lediglich in einer Phase des Übergangs zu befinden, macht der Blick auf den einleitenden ‚politischen‘ Teil des Papiers deutlich. In ihm wurden die Kameraden aufgefordert, die „Binsenwahrheiten“ zu akzeptieren, daß die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen und das Ermächtigungsgesetz die Republik ausgelöscht hätten. Dieser Realität habe sich der Verband zu stellen und von ihr als Grundlage aus Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu entwerfen. Den Lesern wurden drei Handlungsoptionen vorgestellt. Weiterhin unbeeindruckt anti-kommunistisch verwarfen die Verfasser „die kommunistische Methode der Gewaltanwendung“. Ein solches Vorgehen sei „verbrecherisch“ und könne für einen Reichsbannermann als Möglichkeit politischen Handelns nicht in Frage kommen. Gleichfalls abgelehnt wurde die zweite Option, die der „absolute[n] Negation“ der politischen Zustände und des passiven Zuwartens „auf irgendeinen Tag.“ Eindeutig war dann das Votum für den „dritten Weg“, nämlich „ohne Gesinnungslumperei im Rahmen des staatlichen Lebens eine Mitarbeit [zu] suchen und für sich in Anspruch [zu] nehmen.“<sup>1677</sup>

Vor dem Hintergrund bereits seit Wochen laufender teilweise barbarischer Übergriffe gegenüber sogenannten Staatsfeinden vor allem durch die SA begründeten die Verfasser des Rundbriefes ihr Votum ganz in der Tradition ihres Verbandes mit der treuen Pflichterfüllung „gegenüber dem Volksganzen“. Diese habe sich im Einsatz als Soldaten während des Ersten Weltkrieges erwiesen. Bezeichnenderweise stellten die Verfasser – eine Gemeinsamkeit mit den herrschenden Kräften betonend – weiterhin heraus, daß die Kameraden die Revolution „ertrugen“ und sich „gegen die Arbeitskollegen“ gestellt hätten, die „dem Klange des russischen Rubels folgten.“ Darum bemüht, Selbstbewußtsein zu demonstrieren, „verlang[t]en“ sie wegen ihres Einsatzes „auf dem Boden des neuen staatlichen Lebens in Deutschland den Platz“, den sie meinten, „mit Fug und Recht“ beanspruchen zu können. Die Reichsbannerleute wollten tun, was ihnen „von jeher eine Selbstverständlichkeit“ war: „unsere Pflicht.“ [wie i. Orig., P.Z.] Beinahe hoffnungsvoll wurde darauf verwiesen, daß die Bundesleitung „mit den massgebenden Stellen“ bereits in Verhandlungen eingetreten sei, um mögliche zukünftige Arbeitsbereiche für die Mitglieder des Reichsbanners zu fixieren. Im Gespräch seien „Kameradschaftspflege – Fürsorge für die Kriegsteilnehmer“, „Jugendertüchtigung – Wehrsport – Geländesport“ und „Freiwilliger Arbeitsdienst“.<sup>1678</sup>

Sucht man diese Quelle vordergründig nach den in ihr getroffenen Aussagen mit dem von der Reichsbannerführung verfolgten Intentionen zu vergleichen, so widersprechen sie einander diametral, zumal der Gau Berlin-Brandenburg expressis verbis dem Gedanken „eines Übertritts zum Stahlhelm“ eine eindeutige Absage

<sup>1675</sup> Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gauvorstand Berlin-Brandenburg: Nachrichtendienst v. Mai 1933, ms. 4 S., in: IfZ München, Bestand Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, F 86.

<sup>1676</sup> Ebd., S. 3.

<sup>1677</sup> Ebd., S. 1.

<sup>1678</sup> Ebd., S. 2.

mit dem Hinweis erteilte, daß dabei „politisch auch nicht das Geringste“ herauskommen könne.<sup>1679</sup> Zusammengenommen wird der oben geäußerte Eindruck, daß das Reichsbanner wie die SPD absolut unvorbereitet den veränderten innenpolitischen Gegebenheiten gegenüberstanden, weiter bestärkt. Während einerseits von Führungskräften gewagte gedankliche Manöver durchgespielt wurden, suchten andere nach Nischen, in denen sie ihre Pflicht für Deutschland tun wollten. Selbst wenn die „Nachrichten“ für die Kameraden in Berlin-Brandenburg als teilweise chiffrierte Botschaften anzusehen gewesen wären, so ließen die Autoren ihre Auffassung deutlich erkennen, daß das Reichsbanner unter der neuen Herrschaft eine Übergangszeit werde überstehen müssen. Dafür erschien es ihnen angebracht, eben nicht durch Aktionismus wie dem möglichen Übertritt zum Stahlhelm auf sich aufmerksam zu machen, sondern den Platz weiterhin im Reichsbanner und im gesellschaftlichen Umfeld zu behalten, um möglicherweise auf diese Weise der neuen Regierung effektiver – auch illegal – widerstehen zu können.

Der Text nährt fraglos die Erwartung bei den Lesern, daß sich die amtierende Regierung nicht lange würde halten können und verband sie mit dem Aufruf an die Männer des Reichsbanners, weiterhin „alles für Deutschland“ zu tun. Eine vergleichbare Motivation bewegte in demselben Zeitraum auch die Führungsspitze des ADGB und jene SPD-Abgeordneten, die der von Hitler vorgelegten Resolution im Reichstag zustimmten und damit letztlich ausschließlich dessen außenpolitische Reputation hätten fördern können. Es bleibt höchst erstaunlich, daß es trotz des bereits tobenden Terrors der Nationalsozialisten im sozialdemokratischen Lager noch Raum gab für relativ hoffnungsvolles Handeln wie für das Entwerfen einer Perspektive, die eine eigenständige politische Existenz voraussetzte. Die Führer des Gaues mahnten, appellierten und erinnerten an die traditionellen Prinzipien des Verbandes, während sie zugleich zugeben mußten, daß im Umfeld „die Ortsvereine zur Auflösung kommen.“<sup>1680</sup>

Mit dem Wissen um die weitere innenpolitische Entwicklung in Deutschland sind die eben dargestellten Reaktionen in der Rückschau oft außerordentlich heftig kritisiert worden. Tatsächlich sind sie als Fortsetzung jener Haltung im sozialdemokratischen Umfeld zu markieren, die sich bereits in der Zeit der Präsidialkabinette abzeichnete und die – wie oben dargestellt – darauf setzte, daß die weitere politische Entwicklung sich auf legalem Weg vollziehen werde. Diese Überzeugung deutet einerseits auf Prinzipientreue wie auf ein festes Vertrauen in die eigenen Argumente hin, sie verlor sich jedoch in den Jahren der ‚Auflösung‘ der Republik bis hinein in die Anfänge des nationalsozialistischen Regimes immer stärker in das ‚Prinzip Hoffnung‘. Absichten und Handeln der Sozialdemokraten wurden konturlos, ihren amtierenden Führern fehlte die Kraft, möglicherweise auch die Fähigkeit zu entschiedenen und möglicherweise entscheidenden, in jedem Falle aber demonstrativ wirksamen Schritten.

So zerfielen „die Sozialdemokratie und ihr organisatorisches Umfeld“ im Jahr der Machtübernahme nach Hartmut Mehringer rasch in drei bis vier Gruppen.<sup>1681</sup> Das Gros der Mitglieder und Sympathisanten resignierte und zog sich ins Privatleben

<sup>1679</sup> Ebd.

<sup>1680</sup> Ebd.

<sup>1681</sup> Mehringer, Hartmut: Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand, in: Steinbach, Peter/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 126 – 143, S. 128.

zurück. Es blieben zwar etwa durch die bestehende Nachbarschaft oder ein gemeinsames Vereinsleben Verbindungen zwischen den Genossen bestehen, doch es wurde nur eher zurückhaltend ‚politisiert‘. Diese Milieus, die sich in Stammtischrunden, „in Diskussionszirkeln, Abhörgemeinschaften, Cliques und Freundeskreisen“ konstituierten und sicher auch zum politischen Gedankenaustausch genutzt wurden, schwächten sich seit der Mitte der dreißiger Jahre durch die Vollbeschäftigung und später durch Einberufungen zum Militär erheblich ab.

Mehringer zählt weiter die Gruppe der ehemaligen hauptamtlichen Funktionäre in den verschiedenen Organisationen auf, die sich darum bemühten, die vorhandenen, häufig auch überregional bestehenden Kontakte aufrechtzuerhalten. Auf der Grundlage der alten Strukturen sollte ein Netz der Illegalität entstehen. Eigene Wege schlugen dagegen vor allem Mitglieder ehemaliger sozialistischer Jugendorganisationen ein. Sie bemühten sich um eine eigene Infrastruktur, entwickelten zumeist auch eigene Methoden der illegalen Arbeit wie spezifische Zielvorstellungen.<sup>1682</sup>

Schließlich ist die Gruppe der Funktionäre zu nennen, deren Mitglieder als Emigranten die illegalen Genossen in Deutschland mit Nachrichten und Materialien versorgten, sich auch massiv in die strategischen Überlegungen einzubringen suchten.

Es erschien notwendig, diesen Hintergrund zumindest in einigen wesentlichen Erscheinungsformen zu beleuchten, um die unverzüglich beginnenden illegalen Aktivitäten Theodor Haubachs angemessen nachvollziehen und einordnen zu können. Das oben referierte Papier des Gauvorstandes wurde von ihm in einem zentralen Element mitgetragen wurde, nämlich hinsichtlich der Hoffnung, daß kraftvolle Aufrufe zur Geschlossenheit ihre Überzeugungskraft auf die Mitgliedschaft nicht verfehlen würden. Allerdings scheint er die Aussicht auf eine von demokratischen Prinzipien ausgehende politische Arbeit nicht hoch eingeschätzt zu haben, denn er betätigte sich bereits ab April 1933 konspirativ und in illegalen Zirkeln. In der ersten Phase seines Operierens im Untergrund, die mit der Inhaftierung und Überführung in das KZ Esterwegen im November 1934 endete, soll der Terminus der ‚Illegalität‘ nicht der des ‚Widerstandes‘ benutzt werden. Damit wird der Definition Zaruskys gefolgt, der ‚Widerstand‘ als eine „auf den Umsturz des Systems“ zielende politische Aktivität umreißt. Eine solche Zielsetzung ist zunächst bei Haubach – das sei vorausgeschickt – nicht nachweisbar.

Zunächst mußte Haubach daran gelegen sein, sich und seiner bei ihm lebenden Mutter eine Existenzgrundlage zu sichern. Seinem Freund Alfred Vagts, der emigriert war und in den USA lebte, berichtete er im September 1933, er habe „einen erbitterten Existenzkampf [sic] zu führen“. Er sei als Versicherungsvertreter für den Allianzkonzern tätig – „eine bitterböse Arbeit“, wie er hinzufügte.<sup>1683</sup> Heftig klagte er über seine angespannte finanzielle Situation, die zusätzlich durch den Aufenthalt seiner Mutter in einer „Anstalt“ belastet worden sei. In den Vordergrund stellte er allerdings mitfühlend und völlig uneigennützig in seinem Brief das Schicksal des Freundes Carlo, der bereits seit vier Monaten Häftling eines Konzentrationslagers war. Er bot sich an, eine von Vagts offerierte „Beisteuer“ an den Freund weiterzuleiten, der „völlig mittellos“ und „auf die Geldspenden seiner

<sup>1682</sup> Ebd.

<sup>1683</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 24.9.1933, ms. 2 S., 1. S., in: Stadtarchiv Darmstadt, Nachlässe, Bestand Theodor Haubach, ST 45.

Freunde“ angewiesen sei.<sup>1684</sup> Haubach bedrückte jedoch die eigene Lebenssituation ebenfalls so sehr, daß er die Bitte äußerte, Vagts möge ihm einige Ratschläge allgemeiner Art für einen Existenzaufbau geben und „versicherungsfähige Adressen“ vermitteln, bei denen er sich auf Vagts als eine Art ‚Türöffner‘ berufen könne.

Auch die Freundin Alma in Hamburg bat er im Herbst, ihm doch Adressen von Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten zukommen zu lassen, die möglicherweise eine Versicherung benötigten – „Lebensversicherung, mit Unfall, Haftpflicht oder dergleichen“. Außerdem bot er „schöne Bücher aus erstklassigen, jetzt aufgelösten Privatbibliotheken“ und „eine Autovermietung“ an, die allerdings auf den Berliner Raum beschränkt war.<sup>1685</sup> Diese Aussagen zeigen, wie sehr er sich um die Sicherung der Existenzgrundlage mühen mußte – auf einem ihm völlig fremden Feld. Wie energisch er sich engagierte, geht aus einer Mitteilung wiederum an Alma hervor, in der er sich zwar selbstironisch als „ein geldgieriger Raffer“ vorstellte, im Kern jedoch ein weiteres Versicherungsangebot zu lancieren suchte.<sup>1686</sup> Erhalten ist ein Beispiel, in dem Haubach einer ihm genannten Person, in diesem Fall der Witwe des 1920 in Hamburg gestorbenen Dichters Richard Dehmel, ein Angebot für eine Gebäude- und Hausratversicherung unterbreitete. Sachlich und akribisch legte er ihr dar, in welcher Weise die Formulare auszufüllen seien und erläuterte die entstehenden Kosten. In einem Schlußabsatz versuchte er dann jedoch, der ‚Kundin‘ gegenüber einen persönlichen Ton zu finden, der ihr schmeicheln wie auch anzeigen sollte, daß sich an sie nicht ein ‚gewöhnlicher‘ Versicherungsvertreter wandte: „Im Uebrigen bedauere ich auf das Tiefste, dass ich mich der Frau des grossen Dichters zum ersten Male nur mit geschäftlichen Dingen nähern kann [...]“.<sup>1687</sup>

Neben der Last, die ihm diese tiefgreifende Veränderung seines beruflichen Lebens sicherlich psychisch bereitete, weil er sich u.a. als total Abhängiger wiederfand, dem beispielsweise keine Gelegenheit gegeben wurde, seine Fähigkeit des Führens von Menschen auf politischer oder professioneller Ebene zu realisieren, trieben Haubach massive existentielle Sorgen um. Außerdem belastete nicht allein die Krankheit der Mutter, sondern ihn selbst plagte „eine furchtbare Furunkulose“.<sup>1688</sup>

Die überlieferten Briefe Haubachs lassen im Kontext auch einige Hinweise erkennen, die über die fundamentale Lebenssicherung hinausweisen. So meldete er in seinem ersten Schreiben an Vagts noch Zweifel an einer erfolgreichen kaufmännischen Karriere an, betonte aber, daß er „wenn es irgend geht im Lande bleiben“ wollte und „nur wenn alle Stränge reisen [sic], würde ich mich nach einer Position im Auslande umsehen.“<sup>1689</sup> Bereits wenige Tage darauf teilte er Alma de L’Aigle mit, daß er die „leise Hoffnung“ hege, sich eine feste Anstellung bei der

<sup>1684</sup> Die Familie Vagts sandte dann offenbar einen Scheck über 35 Dollar, den Haubach weiterleitete; vgl. Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 19.10.1933, ms. 1 S., in: Ebd.

<sup>1685</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 1.10.1933, ms. 2 S., in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Seiner engen Freundin berichtete er, daß „ein fürchterlicher Nervenzusammenbruch“ Anlaß für den Anstaltsaufenthalt der Mutter gewesen sei.

<sup>1686</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 28.1.1934, in: Ebd.

<sup>1687</sup> Brief Theodor Haubach an Frau Dehmel v. 20.10.1933, ms. 2 S., 2. S., in: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Carl von Ossietzky, Handschriftenabteilung, DA:Br:H 979.

<sup>1688</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 19.10.1933.

<sup>1689</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 24.9.1933, 1. S.

Versicherung erarbeiten zu können.<sup>1690</sup> Beide Aussagen lassen zusammengenommen deutlich erkennen, daß Theodor Haubach gewillt war, gerade auch unter dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland zu bleiben.

Die Briefe bieten keine offensichtlichen Hinweise auf eine illegale Tätigkeit des Schreibers. So sprach er beispielsweise die Tatsache an, daß Carlo Mierendorff „im Lager Osthofen bei Worms“ als Häftling festgehalten werde.<sup>1691</sup> Erheblich zurückhaltender klangen die Nachrichten allerdings bereits wenig später, der Aufenthaltsort und nähere Umstände wurden nicht mehr erwähnt. Zur allgemeinen politischen Situation merkte Haubach in einer Sequenz an, daß Vagts ja die Neuigkeiten aus den Meldungen der Zeitungen ersehen könne, um für den Adressaten deutlich genug hinzuzusetzen: „Kommentare brauche ich Ihnen nicht zu geben.“<sup>1692</sup> Festgehalten werden sollen in diesem Zusammenhang einige Anmerkungen, die möglicherweise verdeckt auf die Verknüpfung von beruflicher und illegaler Tätigkeit verweisen. So hob Haubach in einem Abschnitt hervor, daß er „überall in Deutschland arbeiten“ könne und daß „Verbindungen in dieser Branche alles“ seien.<sup>1693</sup> Fast ein Jahr später teilte er dem Freund in den USA mit, daß er sich „einigermasse [sic] durchgeschlagen“ und „noch eine Reihe anderer wirtschaftlicher Experimente“ ausprobiert habe.<sup>1694</sup> Nicht auszuschließen ist es, daß Haubach damit auf andere als nur „wirtschaftliche“ Unternehmungen hinweisen wollte. Generell verhielt er sich jedoch außerordentlich vorsichtig bei allen konspirativen Operationen. Neben unverdächtigen Äußerungen zu seinem Privatleben machten deshalb auch Bemerkungen über die schwierige, aufreibende berufliche Tätigkeit den Inhalt seiner Briefe aus. Möglichen Verfolgern sollte kein Anlaß gegeben werden, gegen ihn vorgehen zu können.

### 8.1.2 Spuren illegaler Tätigkeit (1933/34)

Naturgemäß sind Dokumente nur außerordentlich spärlich erhalten, die unmittelbar in der Zeit der illegalen Unternehmungen und Planungen von beteiligten Oppositionellen selbst verfaßt wurden. Als oberstes Gebot galt, keinerlei Spuren zu hinterlassen – eine Fähigkeit von Widerständlern, die Haubach, wie zu zeigen sein wird, nach Aussagen von Kombattanten wie von Verfolgern meisterhaft beherrschte. Selbst wenn er die eine oder andere möglicherweise verschlüsselte Notiz hinterlassen hätte, so wären diese mit seiner gesamten Habe bei einem Bombenangriff 1943 verloren gegangen. Bei Freunden gelagerte Materialien und Briefe wurden zumeist von diesen spätestens dann vernichtet, als Haubach 1944 inhaftiert wurde. So ist die Historiographie einmal angewiesen auf die vorwiegend nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Erinnerungen und Berichte von Akteuren, die das Glück hatten, dem Zugriff der Gestapo entgangen zu sein, die Verfolgung und Inhaftierung überlebten oder emigrierten. Sorgfältig sind in den Texten dieses Personenkreises die verwendeten Daten zu überprüfen, da fehlerhafte Angaben durch ein eingeschränktes Erinnerungsvermögen, durch die Schrecken der Verfolgung und Kriegsereignisse aufgetreten sein können. Zudem erliegen die

<sup>1690</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 1.10.1933, 1. S.

<sup>1691</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 24.9.1933, 1. S.

<sup>1692</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 19.10.1933.

<sup>1693</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 24.9.1933, 1. S.

<sup>1694</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 26.8.1934, ms. 1 S., in: Stadtarchiv Darmstadt.

Berichtenden hin und wieder der Gefahr, Taten oder Einfluß der von ihnen dargestellten Personen gerade des ‚Widerstandes‘ zu heroisieren, um damit zugleich auch die eigene oppositionelle Rolle zu überhöhen. Für Haubachs politisch motivierte Aktivitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft kann auf Materialien der verfolgenden Behörden, also des ‚Gestapa‘ [Geheimes Staatspolizeiamt] bzw. der ‚Gestapo‘ [Geheime Staatspolizei] zurückgegriffen werden. Jürgen Zarusky hat die Diskussion um die quellenkritische Würdigung solcher Texte sorgfältig aufgearbeitet. Er qualifiziert diese Spezies von Quellen zwar zutreffend als „Produkt einer Auseinandersetzung zwischen Ungleichen“, entwickelt jedoch nachvollziehbar ihre Bedeutung für die historische Aufarbeitung jener Zeit.<sup>1695</sup> Hinzuzufügen ist, daß die generelle Leitlinie historischer Forschung auch für diesen Quellenbestand zu gelten hat, daß nämlich u.a. Authentizität wie die Bedingungen der Entstehung und der mit den Dokumenten verfolgten Absichten zu klären, möglicherweise zu dechiffrieren sind. Diese Kriterien bestimmen auch den Umgang mit den Haubach betreffenden Quellentexten und werden je nach spezifischer Gegebenheit erläutert.

Es mußte im Interesse der Führung eines zentralistisch organisierten, totalitären Staatswesens sein, die Politische Polizei zur Sicherung und zum Ausbau der Macht in die Hand zu bekommen. Nach etwa einjähriger Auseinandersetzung, an der sich vor allem die SA, das Reichsinnenministerium und unter verschiedenen Länderbehörden besonders intensiv die des von Hermann Göring verwalteten Preußen beteiligten, ging der ‚Reichsführer SS‘ Heinrich Himmler, der großes taktisches Geschick aufgeboten hatte, als Sieger aus ihr hervor. Nachdem Himmler bereits die Dienststellen der Politischen Polizei der anderen Länder übernommen hatte, berief ihn schließlich auch Göring im April 1934 zum Leiter der preußischen Gestapo. Nach der blutigen Ausschaltung der SA durch den ‚Röhm-Putsch‘ im Juni 1934 wurde Himmler Leiter des ‚Zentralbüros des Politischen Polizeikommandeurs der Länder‘ im von ihm geführten preußischen Gestapa.<sup>1696</sup>

Nachdem dem Gestapa im Dezember 1934 auch die Dienststelle eingegliedert wurde, die die Aufsicht über die Konzentrationslager ausübte, verfügte Himmler über eine ungeheure Machtfülle, derer sich Hitler gezielt und direkt zu bedienen wußte. So geschmeidig und geschickt Himmler unter Mithilfe Reinhard Heydrichs und Werner Bests diese Konstruktion vorantrieb, so skrupellos und zutiefst inhuman wurde ausgehend von diesem Amt im folgenden Jahrzehnt eine Herrschaft des Schreckens und Terrors realisiert.<sup>1697</sup>

Die Konsolidierung der nationalsozialistischen Macht in diesem Teil der Staatsverwaltung kann geradezu als exemplarisch für die generelle Entwicklung angesehen werden. Nachdem das parlamentarische System und die Parteien beseitigt worden waren, setzte die nationalsozialistische Führung zwar uneingeschränkt auf klare Zielvorgaben, aber respektierte zunächst durchaus die „Amts- und Ordnungsideologie der Verwaltung.“ Der weitgehend übernommene Beamtenapparat

<sup>1695</sup> Zarusky, Erschließungsband, S. 39 ff.

<sup>1696</sup> Buchheim, Hans: Die SS. Das Herrschaftsinstrument, in: Ders. u.a.: Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., 1. Aufl. 1965, München 1979, Bd. 1, S. 15 – 214, S. 43 ff.

<sup>1697</sup> Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989, ungekürzte Studienausg. d. Orig.-Ausg. 1996, Bonn 2001, S. 133 ff. In der Verfolgung der Karriere Werner Bests zeichnet der Vf. die gesamte Entwicklung differenziert nach.

konnte sich mit den neuen Machthabern erheblich besser arrangieren als jener, der sich 1918/19 einem völlig gewandelten politischen und gesellschaftlichen Normensystem gegenüber sah. „Ordnung, Stabilität, Effizienz und ‚nationale Werte‘“ waren Erwartungen an die Beamtenschaft, die sie leichter zu erfüllen können glaubte. Es kam in den folgenden Jahren zwar zu teilweise schwerwiegenden Spannungen, weil sich Mitglieder der ‚Staatspartei‘ in der Bürokratie etablieren wollten, aber letztlich half ‚die Verwaltung‘ den neuen Machthabern erheblich bei der Festigung und dem folgenden Ausbau ihrer Position.<sup>1698</sup> So ist gerade auch für die Anfangszeit des Regimes nachgewiesen, daß die Mitarbeiter der Gestapo ihre Tätigkeit im Sinne traditioneller Polizeiarbeit leisteten und neben brutaler Gewaltanwendung auch Methoden wie Ortsbegehungen, Gegenüberstellungen oder Parallelvernehmungen durchführten. Insgesamt ist die Nachforschungstechnik von einem „hohen Perfektionsgrad“ geprägt.<sup>1699</sup> Die Anklageschriften beruhten auf diesen Ermittlungsakten, komprimieren freilich die gesamten Ermittlungen, spiegeln beispielsweise nicht die Vorgehensweise der Behörden wider, geben jedoch oft ein differenziertes Bild der Absichten und Vorgehensweise illegal operierender Gruppen.

Es ist in den vorhergehenden Abschnitten dieser Arbeit die These vertreten worden, daß weder die SPD noch das Reichsbanner auf eine so gravierende Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse vorbereitet waren. Eine solche pauschalisierende Aussage kann sich selbstverständlich nur auf den Gesamtkörper jeder Organisation beziehen. In beiden gab es Individuen und Gruppierungen, die bereits anlässlich des ‚Preußenschlages‘ entschiedenes Widerstehen gefordert hatten. Während die Sozialdemokraten in den ersten Monaten des nationalsozialistischen Regimes mit den oben dargestellten internen Querelen beschäftigt waren, gab es auch im Reichsbanner keine Vorstellungen über die mögliche Struktur eines aktiven Widerstandes. Karl Rohe zieht aus den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer den Schluß, daß „niemals für ein Arbeiten in der Illegalität“ vorbereitet wurde und tritt damit einer Fülle von Versuchen der Legendenbildung entgegen.<sup>1700</sup> Bei dem Versuch, die Position Theodor Haubachs in dem Zeitraum zwischen Sommer 1932 und Januar/Februar 1933 zu bestimmen, sprechen alle Anzeichen eher für eine abwartend-hoffnungsvolle Einstellung, der ‚Spuk‘ der rechts-nationalistischen Regierungen werde schnell verfliegen. Nimmt man diese Haltung und die außerordentlich unerfreulichen, bedrohlichen Sorgen um eine Existenzgrundlage für sich und die Mutter hinzu, so wäre es denkbar und nachvollziehbar gewesen, er hätte sich zunächst von jeder politischen Betätigung zurückgezogen.

Eine bemerkenswert große Zahl von Belegen aus der Zeit zwischen Februar 1933 und November 1934 weisen jedoch nach, daß Theodor Haubach sich kontinuierlich und intensiv an illegaler Arbeit gegen das Regime beteiligte, obwohl er nach Aussage einen engen Freundes im Frühjahr 1933 bereits einmal kurz inhaftiert

---

<sup>1698</sup> Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Orig.-Ausg. Köln 1969, Lizenzausg. f.d. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M.-Wien-Zürich o.J., S. 251 f.

<sup>1699</sup> Zarusky. Erschließungsband, S. 40 f.

<sup>1700</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 471.

worden war.<sup>1701</sup> Vorweggenommen sei, daß als bestimmende Kennzeichen seiner konkreten Arbeit in dieser ersten Phase zu fixieren sind: das Bemühen um die Aktivierung persönlicher Beziehungen zu einzelnen Personen aus dem ihm aus seiner Arbeit in SPD und Reichsbanner bekannten Umfeld und der Versuch des Aufbaus kleiner oppositioneller Zellen, die die Basis für die Etablierung eines umfassenden, übergreifenden Netzes bilden sollten. Bereits mit der Wahl seiner beruflichen Tätigkeit wollte Haubach offenbar eine wichtige Voraussetzung für konspiratives Operieren schaffen. Die Profession des Versicherungsvertreters bot hinreichend Gelegenheit, relativ unauffällig zu reisen und Kontakte zu pflegen. Schon früh sei damit begonnen worden, erinnert sich der ehemalige Jugendsekretär beim ADGB Walter Maschke, „ein System von Vertrauensleuten“ ehemaliger Gewerkschaftler und Sozialdemokraten zu schaffen, die Vertriebsstellen für Zeitschriften, den Verkauf von Haushaltswaren oder Vertretungen für Versicherungsgesellschaften übernommen hatten.<sup>1702</sup>

Rege Kontakte unterhielt Haubach seit dem Machtwechsel zu Wilhelm Leuschner, dem ehemaligen sozialdemokratischen hessischen Innenminister, der auch gegen Ende der nationalsozialistischen Herrschaft eine bedeutende Rolle spielen sollte. In seinem Taschenkalender für das Jahr 1933 notierte Leuschner am 11.2. den Satz „Scheißkerle entpuppen sich!“, eine Bemerkung, die zweifelsfrei auf die Nationalsozialisten zielte.<sup>1703</sup> Sie läßt zugleich wiederum – das sei zur Bestätigung oben formulierter Vermutungen am Rande angefügt - exemplarisch erkennen, daß auch politische Aktivisten wie die Leuschner, Mierendorff, Haubach eben doch erst relativ spät bereit oder in der Lage waren, das Ausmaß des bedrohlichen Potentials, das dem Nationalsozialismus immanent war, wahrzunehmen. Treffen, an denen Haubach beteiligt war, vermerkte Leuschner für den 22.2., den 24.2. und den 21.4.1933.

Bis zu seiner Verhaftung am 23.6.1933 lassen die Eintragungen ein interessantes personales Geflecht erkennen. Mit Sicherheit wurden bei den Zusammenkünften die politische Lage und mögliche Maßnahmen zu ihrer Überwindung erörtert. So traf Haubach am 24.2., nachdem er bereits morgens „9 ½ Uhr“ anwesend gewesen war, am Nachmittag desselben Tages noch einmal mit Leuschner und Hirschfeld zusammen. Hans E. Hirschfeld (1894 – 1971) war Ministerialrat im Preußischen Ministerium des Innern gewesen und Mitglied eines um 1925/26 in Berlin gegründeten Zirkels - Teilnehmer u.a. Albert Grzesinski, Carlo Mierendorff, Ernst Heilmann (langjähriger Vorsitzender der SPD-Fraktion im preußischen Landtag), Wilhelm Leuschner -, in dem politische Themen diskutiert wurden, „daß daneben Literatur und Kunst auch zu ihrem Recht kamen, versteht sich von selbst.“<sup>1704</sup> Da Haubach noch einige Jahre in Hamburg lebte, konnte er nach der Aussage Hirschfelds nur sporadisch teilnehmen, wurde jedoch als dazugehörig angesehen. Am späten Nachmittag des 24.2. traf Leuschner dann auch noch mit „Leipart“ zu-

<sup>1701</sup> Henk, Emil: Redemanuskript, 1951, ms. 9 S., S. 7, in: IfZ, Bestand ‚Stiftung Hilfswerk 20. Juli‘, ED 715. Es gibt keine weitere Bestätigung für diese frühe Inhaftierung.

<sup>1702</sup> Maschke, Walter: Vortrag im Polizeipräsidium am 18.3.1946, Manuskript, in: SAPMO, NL Walter Maschke, NY 4152/2, Bl. 7 – 15, Bl. 7.

<sup>1703</sup> Leuschner, Wilhelm: Tages – Merkbuch 1933, in: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, NL Wilhelm Leuschner, Abt. 029, Nr. 1/9. Die beigegefügte Transkriptionen, die offenbar vor langer Zeit angefertigt wurden, sind höchst unzuverlässig.

<sup>1704</sup> Hirschfeld, Hans E.: Theo Haubach in Berlin, in: Hammer, Theodor Haubach, S. 37 – 40, S. 38.

sammen; sicher war der Vorsitzende des ADGB Theodor Leipart gemeint. Am 21.4. gab es ein Treffen Leuschners mit „Haubach Simon Harnack Speyer“ [sic]. Vermutlich bezieht sich der Eintrag auf den Gewerkschaftler und MdR der SPD Josef Simon, nicht aufzuklären ist, ob es sich um Arvid Harnack handelte und wer „Speyer“ war. Häufiger als Haubach wurde nur Carlo Mierendorff genannt, der seit Februar 1932 zum engeren Kreis um Leuschner gehörte und sein Pressesprecher geworden war. Dies blieb er auch, nachdem er am 14.9.1932 als jüngster Abgeordneter in den Reichstag gewählt worden war. Mierendorffs unerschrocken-kämpferisches Auftreten gegen die Nationalsozialisten in Hessen hatte ihm deren erbitterte Feindschaft eingebracht. Bereits am 13.6.1933 wurde er verhaftet und wahrscheinlich durch die mutige Intervention von Freunden vor einer Ermordung bewahrt, er mußte dann jedoch über viereinhalb Jahre in KZ-Haft verbringen.<sup>1705</sup> Massiv engagiert hatte sich bei den Hilfsmaßnahmen für Carlo auch Wilhelm Leuschner, der als persönlich gewähltes Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes an einer Tagung in Genf teilnahm.<sup>1706</sup>

Der jeweilige Ort der Zusammenkünfte, die im Notizbuch festgehalten sind, wurde nicht erwähnt. Da Leuschner bereits gegen Ende 1932 wegen der schweren politischen Auseinandersetzungen in Hessen amtsmüde geworden war, sich in Richtung des ADGB orientierte und dort eine Position im Vorstand erhalten sollte, fanden die Treffen vermutlich überwiegend in Berlin statt. Nachdem Mierendorff und Leuschner im Juni 1933 verhaftet worden waren, fehlten diesem Kreis Zentrum und Impulsgeber. Der Kontakt Haubachs zu Leuschner brach zwischen Frühsommer 1933 und Sommer 1936 zwangsläufig ab, da beide nacheinander inhaftiert wurden, intensivierte sich später wieder. Nicht zu klären ist die Frage, in welchem Umfang die Teilnehmer bei den genannten Treffen über die Analyse der politischen Situation hinausgingen und möglicherweise konkrete Optionen eines Widerstandes erörterten. Nachgewiesen ist, daß Leuschner sich im April 1933 in Geheimverhandlungen nachdrücklich bemühte, den Gedanken einer Einheitsgewerkschaft aus ADGB, den Christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen realisieren zu helfen.<sup>1707</sup>

Im Frühsommer 1933 kam es zu einem Vorfall, der für diese Darstellung nicht aufgeklärt werden konnte, der gleichwohl für den Kontext von Interesse ist. In einem Protokoll aus der konspirativen Arbeit der SAJ [Sozialistische Arbeiterjugend] wird den anwesenden Genossen berichtet, daß Haubach mit seinem Wagen Mierendorff „an die Grenze“ hatte bringen wollen. Dabei sei es zu einem Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug gekommen. Beide seien darauf „bei der Feststellung der Personalien durch die Gendarmerie“ verhaftet worden. Unmittelbar angeschlossen wird im Text des Protokolls die Bemerkung, daß Mierendorff „im Konzentrationslager schwer mißhandelt worden“ sei. Zu Haubach erfolgt kein weiterer Hinweis.<sup>1708</sup> Der durch den Text hervorgerufene Eindruck, daß Mierendorff im Anschluß an die Festnahme sofort in KZ-Haft geriet, widerspricht der

<sup>1705</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 154 ff.

<sup>1706</sup> Leithäuser, Wilhelm Leuschner, S. 120 ff.

<sup>1707</sup> Ebd., S. 104. Vgl. zu dem Kontext auch Beier, Gerhard: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933 – 1945, Köln 1981 und Ders.: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/M. et al. 1975.

<sup>1708</sup> Bericht über die Besprechung mit den Genossen List, Weber, Lehmann und Fröhbrodt über die illegale SAJ-Arbeit am 29. und 30. Juli 1933, in: Buchholz/Rother, Der Parteivorstand im Exil. Protokolle der Sopade 1933 – 1940, Bonn 1995, Anhangdokument Nr. 2, S. 414 – 421, S. 415.

Darstellung Albrechts. Dessen Version ist allerdings eindeutig belegt durch erhaltene Tagebuch-Notizen Mierendorffs. Ferner ist quellenkritisch anzumerken, daß die vier SAJ-Genossen bei dem Versuch, eine Art Fazit der illegalen Tätigkeit für das gesamte Reichsgebiet zu ziehen, über 25 Ortsvereine benennen und den Stand der Aktivitäten in jedem einzelnen darstellen. Da ihnen diese Informationen zuge tragen werden mußten, kann es zwangsläufig ‚auf der Strecke‘ zu Fehlern gekommen sein. Mierendorff wurde dann am 13.6. ein zweites Mal verhaftet und brachte daraufhin Jahre in KZ-Haft zu. Der Autounfall muß sich vorher ereignet haben. Nicht zu erfahren war, wie lange die beiden Freunde in der Folge dieses Vorfalls von der Polizei festgehalten wurden. Da ja beide ausgewiesene prominente Gegner des Regimes waren, ist es durchaus denkbar, daß die Ermittler Verdacht schöpften, als beide sich auf dem Weg in Richtung Grenze [Frankreichs?] bewegten. Möglicherweise deutet eine marginale, wie man annehmen muß, bewußt zurückhaltend formulierte Passage Haubachs an die Freundin Alma darauf hin, daß sich die Festnahme etwas länger hinzog: „Von meinem unfreiwilligen Sommeraufenthalt in Darmstadt wirst Du gehört haben.“<sup>1709</sup> Wenn diese Ereignisse derzeit auch nicht aufgeklärt werden können, so bleibt für unseren Zusammenhang die Information, daß Theo und Carlo weiterhin auch als Duo aktiv in konspirativer Absicht unterwegs waren.

In den ersten Monaten des Jahres 1933 beteiligte sich Haubach an den Beratungen des von Hans Staudinger beschriebenen und oben bereits zitierten ‚Jungsozialisten-Kreises‘. Verbale Fanfarenstöße wie „die Geschichte des Sozialismus werde nicht von Gelehrten geschrieben“ widersprachen der eigenen Praxis, wenn man die weitschweifig-elaborierten Vorstellungen dieser Gruppierung nachzuvollziehen versucht. Über Absichtserklärungen mit dem „Hauptziel“, „neben der Mitarbeit an der Hauptbewegung eine wirksame Untergrundbewegung aufzubauen und einzuexerzieren“, kam diese Gruppierung offenbar nicht hinaus.<sup>1710</sup>

Auch Willi Brundert, nach dem Zweiten Weltkrieg u.a. Oberbürgermeister von Frankfurt/M., berichtet über ‚Widerstandsaktivitäten‘ in der Zeit 1933/34, in der er mit Carlo Mierendorff, Emil Henk und Theodor Haubach zusammengearbeitet habe.<sup>1711</sup> Betrachtet man einige Voraussetzungen dieser Kooperation, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sie nicht sehr intensiv gewesen sein kann: Mierendorff konnte bereits seit Mitte Juni 1933 nicht mehr teilnehmen, Erich Henk lebte in Heidelberg und war dort allerdings im Begriff, eine schlagkräftige Einheit aufzubauen, die sogenannte ‚Rechberg-Gruppe‘. Keinesfalls sollen in diesem Zusammenhang die Bemühungen einzelner herabgewürdigt werden, sich in Opposition zu dem nationalsozialistischen Regime zu stellen. Sie waren ja nicht wie viele Millionen zu den neuen Machthabern ‚übergelaufen‘ und hatten sich einen kritischen Blick bewahrt. Aufmerksam gemacht werden soll hier lediglich darauf, daß der Gedankenaustausch mit intimen Freunden, vielleicht verbunden mit Gedankenspielen über aktives Opponieren, noch nicht als Akte des ‚Widerstandes‘ einzuordnen sind.

Theodor Haubach pflegte offenbar diese Kontakte, die die Fortführung der Kommunikation auf einer Führezebene – teilweise mit seinen Intellektuellen-Freunden

<sup>1709</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 1.10.1933, 1. S.

<sup>1710</sup> Staudinger, Wirtschaftspolitik, S. 116.

<sup>1711</sup> Brief Willi Brundert an Richard Henk [Sohn Emil Henks] v. 13.1.1970, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, NL Carl Zuckmayer.

- bedeuteten. Doch das Hauptgewicht seiner illegalen Arbeit – entsprechend den Aktivitäten während der Jahre der Republik – konzentrierte sich auf einen anderen Bereich. Als wollte er Gefährten und Mitstreiter vor allem aus dem Umfeld des Reichsbanners nicht unter den Schlägen der neuen Machthaber für die republikanische Sache verlieren, aktivierte er Kontakte und reiste zu konspirativen Treffen – es galt, sich gegen die Nationalsozialisten zu wehren, und er empfand es zweifellos gerade jetzt als Herausforderung und Aufgabe, die verlässlichen und wehrhaften Mitstreiter anzu'führen', Motor und Beispiel zu sein.

Berichte des ‚Gestapa‘ belegen, daß er spätestens seit dem Frühjahr 1934 von Mitarbeitern des Amtes mit zunehmender Intensität observiert wurde. Für eines dieser Treffen liegen unterschiedlich differenzierte Berichte von der Seite der Verfolger wie der Verfolgten vor. So teilte der ehemalige Reichsbannermann Alfred Markwitz Walter Hammer mit, daß sich eine Gruppe von Reichsbannerleuten „bei Anni Sievert“, einem Berliner Lokal, getroffen habe. Neben einigen alten Genossen, die Skat spielten, hätten sich zwei unbekannte jüngere Männer in der Gaststube aufgehalten, „wohl Spitzel“, wie Markwitz rückblickend anfügt.<sup>1712</sup>

Obwohl Markwitz kein genaues Datum nennen konnte, ist der überlieferte Observationsbericht eines Gestapabeamten auch auf das von Markwitz erinnerte Treffen zu beziehen, zumal übereinstimmend als Teilnehmer Haubach, Riedel, Jahn und Markwitz genannt werden.<sup>1713</sup> Da der Bericht der ‚Verfolger‘ jedoch ausdrücklich hervorhebt, daß nur der erste Teil der Zusammenkunft in der Gaststätte Anni Riedels stattgefunden habe, der Gedankenaustausch in einer Wohnung – „bei Schulze“ mit Angabe der Straße und Hausnummer<sup>1714</sup> – fortgesetzt wurde, ist davon auszugehen, daß nicht oder: nicht nur die beiden als „Spitzel“ ausgemachten Männer die Gespräche belauschten, sondern daß sich unter den Teilnehmern ein Verräter befunden haben mußte. Darauf deuten auch längere Passagen von wörtlichen Zitaten hin, die in dem Bericht entsprechend markiert wurden.

In der Substanz vermittelt der Text augenfällig den Eindruck, daß Theodor Haubach auch in diesem Kreise eine dominierende Stellung einnahm. Er plädierte energisch dafür, jeweils kleine illegale Gruppen nebeneinander zu installieren und diese weitgehend selbständig agieren zu lassen. Doch zur Zeit könne das Ziel allein sein, so Haubach, den Zusammenhalt in den Kleingruppen zu stabilisieren. Mit dem Hinweis „Wir sind einfach noch nicht da.“ lehnte er vorerst spektakuläre Aktionen ab, um den Fehler der Kommunisten zu vermeiden, „die alle ihre guten Leute einsperren liessen und jetzt bei der schlechten Garnitur angelangt sind.“ Er als „alter Polizeimann“ wisse, welchen Kraftaufwandes es bedürfe, auch bereits Kleingruppen im unauffälligen Auftreten beispielsweise „als begeisterte Radfahrer oder begeisterte Naturfreunde“ zu unterweisen und jedes Merkmal einer organisatorischen Einheit zu vermeiden. Sollten in näherer Zukunft größere Aktionen von der SPD oder dem ADGB geplant sein, so bot Haubach wieder vollständig in der Rolle des Führers an, „will ich gern von Fall zu Fall die dafür nötigen Grup-

<sup>1712</sup> Brief Alfred Markwitz an Walter Hammer v. 29.5.1955, in: IfZ München, NL Walter Hammer, Bd. 49. Hammer verwandte diesen Brief nicht für seinen Band „Theodor Haubach zum Gedächtnis“.

<sup>1713</sup> Bericht über die Zusammenkunft der illegalen SPD, Gewerkschaften u. des Reichsbanners von der Bezirksleitung Berlin, Gestapa v. 31.5.1934, ms. 5 S., in: SAPMO, Bestand Reichssicherheitshauptamt [RSHA], R 58/3329, Bl. 52 – 56.

<sup>1714</sup> Ebd., Bl. 52.

pen einsetzen.“ Kontakte sollten nur über „die Spitzen der Partei, des Reichsbanners, des ADGB und der Sportler“ aufgenommen werden.<sup>1715</sup>

Wenig später trafen nach dem Bericht eines V-Mannes Vertreter von SPD, Gewerkschaften und dem Reichsbanner in der Wohnung Haubachs zusammen.<sup>1716</sup>

Die Teilnehmer beschloßen, den Aufbau einer „Organisation von entschlossenen Männern“ zu beschleunigen, deren Mitglieder nach der ‚Auflösung‘ der nationalsozialistischen ‚Arbeitsfront‘ die Gebäude der Gewerkschaften besetzen und ihre Macht wiederherstellen sollten.<sup>1717</sup> Die an diesem konspirativen Treff Beteiligten ließen alle nach Aussage des wiedergegebenen Gesprächsverlaufs erkennen, daß sie mit einer derartigen Entwicklung rechneten – und unterschätzten das Ausmaß der innenpolitischen Umwälzung. Vor allem Haubach selbst referierte breit und unter Berufung auf Informationen aus Industriekreisen und auf Kontaktpersonen aus dem Ausland, daß Hitler gezwungen sei, einen anderen Kurs einzuschlagen, der Chancen für die Rückeroberung traditioneller Freiheiten zunächst für die Gewerkschaften bieten könne.<sup>1718</sup>

Die Gestapa-Dossiers können durch ein weiteres Dokument ergänzt und differenziert werden, das die illegalen Aktivitäten Theodor Haubachs jener Monate aus der Sicht der von der Staatsmacht Verfolgten wiedergibt. Der bereits in einem vorhergehenden Kapitel erwähnte Hamburger Polizeioffizier und Schufo-Führer Otto Grot schildert in einem längeren Beitrag zunächst die allgemeine Situation nach der ‚Machtergreifung‘ Hitlers. Nach der Selbstauflösung des Gaués Hamburg-Bremen-Nordhannover am 22.3.1933 entschieden sich die etwa 100 Mitglieder der Schufo 11, diesem Schritt nicht zu folgen. Mit Verweigerungshandlungen, abfälligen Äußerungen über das Regime und der Weitergabe illegaler Schriften, die sie vor allem aus den skandinavischen Staaten erhielten, wollten die Reichsbannerleute Ungehorsam demonstrieren. Der in der Truppe vorherrschenden Meinung, daß die Nationalsozialisten schnell ‚abwirtschaften‘ würden, konnte sich Grot, wie er sich erinnert, nicht anschließen. Er befürchtete, daß Hitler seine Macht weiter würde stabilisieren und ausbauen können und versuchte, seine Kameraden auf ein länger andauerndes totalitäres Regime vorzubereiten. Dieselbe Einschätzung teilte auch Theodor Haubach, der ihn „im Juli/August 1933 durch einen Mittelsmann (Meier) in den Tangstedter Forst nördlich von Hamburg bat.“ Dort traf Grot auch auf zwei Hamburger Polizeioberleutnante, die wie er im März 1933 aus politischen Gründen aus dem Dienst entlassen und ebenfalls von Haubach eingeladen worden waren.<sup>1719</sup> Ein weiterer Nachweis der engen Kontakte, die dieser seit Beginn seiner Hamburger Zeit zu ‚republikanischen‘ Offizieren der Polizei geknüpft hatte. Haubach entwickelte gegenüber den Teilnehmern des konspirativen Treffs, dem Gedankengang Grots vergleichbar, offenbar als grundlegendes strategisches Muster der illegalen Arbeit, daß die traditionellen Strukturen

<sup>1715</sup> Ebd., Bl. 52 f.

<sup>1716</sup> Gestapa Berlin: „Go 1 [Tarnbezeichnung des V-Mannes, dessen Identität nach dem Ende des Krieges festgestellt werden konnte] meldet am 20.6.1934“: Besprechung der illegalen SPD-, Gewerkschafts- und Reichsbannerführer v. 19.6.1934, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bestand: Internationale Transportarbeiter-Föderation, Mappe 117, Bl. 1 – 4.

<sup>1717</sup> Ebd., Bl. 1.

<sup>1718</sup> Ebd., Bl. 2 f.

<sup>1719</sup> Grot, Otto: Erinnerung an die Schufo 11, in: Dulsberg – Hart am Rand und mittendrin. Stadtteilgeschichte(n), hrsg. von der Geschichtsguppe Dulsberg, Hamburg o.J., S. 91 – 97, S. 95.

von Reichsbanner und Eiserner Front aufzugeben seien und eine völlig neue Organisation aufgebaut werden müsse.

In einem Gespräch präziserte und differenzierte Otto Grot die von Haubach vorgetragene Vorstellung. Danach forderte dieser, daß auch die organisatorischen Strukturen der SPD nicht länger Bestand haben dürften, sondern daß aus den traditionellen Verbänden und „aus anderen überzeugten Gegnern des Nationalsozialismus“, wie Haubach ausdrücklich anfügte, kleine, schlagkräftige Einheiten, „Drei- oder Fünfmanngruppen“, gebildet werden sollten.<sup>1720</sup>

Zusätzliche Details zur inhaltlichen Perspektive der weiteren illegalen Tätigkeit, die bei dieser Begegnung in einem abgelegenen Waldstück ausgetauscht wurden, nennt Grot nicht. Gleichwohl wirft das Treffen Licht auf einige bemerkenswerte Aspekte, die Haubach in seiner Rolle als konspirativ Tätigen charakterisieren. So läßt Grots Darstellung eindeutig den Schluß zu, daß Haubach sich und seine Kameraden auf eine langfristige Oppositionsrolle, auf eine Phase der Verfolgung und Unterdrückung einzustellen versuchte. Hinsichtlich seiner illegalen Praxis wird deutlich, daß er gezielt ehemalige Gefährten aus der Zeit des Kampfes für die Republik aufsuchte, um „äußerst zuverlässige und entschlossene Männer“ – eine von Haubach und Grot gleichermaßen vertretene Anforderung – zu gewinnen. Seine Rekrutierungsbemühungen dehnte er über die Berliner Region hinausreichend auf das gesamte Reichsgebiet aus.

Seine konspirative Tätigkeit wurde zudem durch die Tatsache signifikant gekennzeichnet, daß Haubach außerordentlich vorsichtig vorging. Immer noch leicht irritiert berichtet Grot nämlich, daß Haubach mit den drei anwesenden ehemaligen Polizeioffizieren „Einzelgespräche“ geführt habe, der Inhalt der zwei anderen Gespräche sei ihm, so Grot, „unbekannt geblieben.“<sup>1721</sup> Wenn sich diese Szene auch aus der zeitlichen Distanz bizarr ausnehmen will, die vier Männer in einem Waldgebiet vereint sah, von denen einer – Haubach – die drei anderen in größerem Abstand voneinander placierte, um dann vermutlich lebhaft-nachdrücklich mit jedem einzelnen intensive Gespräche zu führen, so demonstriert sie doch die früh von Haubach antizipierte existentielle Gefährdung, der sich jeder gegen das nationalsozialistische Regime opponierende aussetzte. Mangelnde Vorsicht konnte nicht allein den beteiligten Personen, sondern auch der gemeinsamen ‚Sache‘ schaden. Aufmerksam registrierte der die oben erwähnten, in Berlin stattfindenden Gesprächsrunden Observierende beispielsweise auch, daß Haubach „den ganzen Abend eine Mappe mit Versicherungsprospekten auf den Knien zu liegn [sic]“ hatte.<sup>1722</sup> Sollte Grot seinem Besucher aus Berlin damals von dem durch die Kameraden der Schufo 11 praktizierten und von ihm apostrophierten „Widerstandshandlungen“ berichtet haben, die auf öffentlich bekundete Ablehnung des Regimes zielten, so ist zu vermuten, daß er durch Haubach für ein solches taktisches Vorgehen skeptische Zurückhaltung, wenn nicht deutlichen Widerspruch erfuhr.

Bestimmendes strategisches Merkmal der illegalen Arbeit Theodor Haubachs in dieser Phase ist in seinem Bemühen zu sehen, offensiv und gezielt zuverlässige

<sup>1720</sup> Ditt, Karl: Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984, S. 74. Diese Aussage bestätigte mir Paul Grot in dem bereits zitierten Gespräch am 18.7.2001.

<sup>1721</sup> Ebd., S. 96.

<sup>1722</sup> Bericht, Gestapa v. 31.5.1933, Bl. 52.

Kräfte mit dem Ziel zu (re-)aktivieren, die Substanz seiner politischen Zielvorstellungen zu erhalten, die er während der Weimarer Republik unnachgiebig vertreten hatte. Als geeignetes Mittel schien ihm der Aufbau eines Netzes entschlossener Kombattanten den größten Erfolg zu versprechen. Wenn er auch offenbar mit Otto Grot in der Einschätzung übereinstimmte, daß das Regime nicht spukhaft wieder verschwinden werde, so gibt es Hinweise darauf, daß er seine Aktivitäten der Sammlung und Bereithaltung republikanisch-demokratischer Kräfte nicht allein an dem Ziel orientierte, sie gegen die nationalsozialistische Herrschaft zu richten. Seine Umsicht und Vorsicht beim Knüpfen der Kontakte zeigt deutlich auf, daß er deren Verfolgungsbehörden außerordentlich ernst nahm. In der Runde mit Gewerkschaftlern, Reichsbannerleuten und Vertretern der SPD entwickelte er jedoch ein Tableau für die Zukunft, nach dem es auch zu anderen Frontstellungen kommen könne. Nach Haubachs Überzeugung bestanden in der politischen Rechten wie in Wirtschafts- und Finanzkreisen erhebliche Widerstände gegen Hitler. Den anderen Teilnehmern der Zusammenkunft gegenüber ließ er durchblicken, daß die Nationalsozialisten diesem Druck letztlich nicht widerstehen könnten: „Aber Ihr sollt mal sehen, wenn Hitler am Boden liegt, [...]“ Zudem bestehe, so Haubach weiter, „kein Zweifel daran, dass die Franzosen es ganz allein fertigbringen, die Regierung wirtschaftlich vollkommen fertig zu machen.“<sup>1723</sup>

Wertet man seine Aussagen in der Runde insgesamt, so lehnte er die nationalsozialistische Regierung zutiefst ab und erkannte auch ihr Gewaltpotential, doch als Option mit einem höheren Wahrscheinlichkeitsgrad sah er den Sturz der Nationalsozialisten durch die bereits in der Weimarer Republik wirkungsvoll aktiven konservativen Kräfte an. Sollte diese Situation eintreten, so müsse damit gerechnet werden, daß die neuen Machthaber alle Parteien verbieten würden, die „Arbeiter-schaft“ einflußlos bleiben solle. Vehement setzte sich Haubach dafür ein, in einer solchen Lage „keine Kompromisse“ einzugehen, etwa in einem neuen System dieser Ausrichtung „die Arbeiterschaft bei der Stange“ zu halten und „Sanierungsmassnahmen“ mitzutragen. Der Fehler, den die Sozialdemokratie 1918 gemacht habe, als sie nämlich „einen bankerotten Laden übernommen und alles getan [habe], um ihn wieder flott zu machen“, dürfe 1934 nicht wiederholt werden. Nachdrücklich wurde Haubach in dieser Einschätzung von einem „jungen Gewerkschaftler“, wie er sich in einem Diskussionsbeitrag vorstellte, unterstützt, der noch einmal unterstrich: „Den Zeitpunkt unseres Eingreifens bestimmen wir selbst.“<sup>1724</sup>

Bevor die wesentlichen Aussagen dieses bemerkenswerten Dokumentes zusammengefaßt werden, ist im Sinne der oben aufgeworfenen Frage die Authentizität dieser Quelle zu überprüfen. Für die Vermutung, daß es sich bei dem vorliegenden Text um die Wiedergabe eines tatsächlich stattgefundenen konspirativen Treffs handelt, spricht einmal, daß einer der Observierten, ohne Kenntnis des Gestapa-Papiers zu besitzen, dieselben Teilnehmer der Besprechung nannte. Inhaltlich besticht, in welcher differenzierter Weise die Positionen der Anwesenden wiedergegeben wurden. Als unwahrscheinlich erscheint es zudem, daß einer der Observierer, um beispielsweise den Vorgesetzten seine Fähigkeiten zu demonstrieren, eine derart komplexe allgemeine politische Perspektive hätte ‚erfinden‘ können, in der der aktuellen Herrschaft nur eine vorübergehende Rolle zuge-dacht

<sup>1723</sup> Ebd., Bl. 54.

<sup>1724</sup> Ebd.

wurde. Schließlich wird in drei der fünf vorliegenden Quellen aus der Gestapa-Abteilung „II.1.A.2.“, die sich auf die Aktivitäten Haubachs 1933/34 beziehen, ausdrücklich ein „Gewährsmann“<sup>1725</sup> bzw. ein „Vertrauensmann“<sup>1726</sup> genannt. Damit wird die bereits geäußerte These bestätigt, daß sich in diesem Kreis zumindest ein Verräter befunden haben mußte. Die Gestapo schleuste tatsächlich gezielt V-Leute in politische Organisationen oder konspirative Kreise ein und war mit diesem methodisch-taktischen Vorgehen außerordentlich erfolgreich. Vermutlich wurde auf diese Weise der Aufbau eines Widerstandsnetzes ehemaliger Reichsbannerleute, deren Adressen bekannt waren, massiv beeinträchtigt und letztlich unterbunden.

Entgegen der früher in der Forschung geäußerten Annahme, daß die Gestapo über ein Heer von Mitarbeitern hatte verfügen können, geht man in neueren Untersuchungen davon aus, daß vor allem durch den Einsatz von V-Leuten und zudem durch eine aktive Mitarbeit der Bevölkerung ein hoher Grad an Effektivität erreicht werden konnte. Der Personalbestand der lokalen Dienststellen der Gestapo war nämlich eher „sehr dünn“.<sup>1727</sup> Die Auswertung der noch erhaltenen Gestapo-Akten weist zudem einen hohen Prozentanteil von Polizeiaktionen aus, die Folge von Denunziationen sind, die Politische Polizei als eher reagierende denn agierende Behörde kennzeichnet und Gellately zusammenfassen läßt: „Das Mitwirken der Bevölkerung durch das Liefern von Informationen war einer der wichtigsten Faktoren für das Funktionieren des Terrorsystems.“<sup>1728</sup> Damit ist also eine andere Form der Denunziation gekennzeichnet, die nicht von der Gestapo initiiert wurde, von der sie für ihre Ziele jedoch gleichermaßen profitieren konnte.

Bedenkt man, daß die Nationalsozialisten zum Zeitpunkt der konspirativen Zusammenkünfte bereits seit weit über einem Jahr die Macht im Staat zunehmend systematisch vorgehend weiter ausgebaut und gesichert hatten, so ist die Zuversicht der Beteiligten der konspirativen Gruppe um Haubach herauszustellen, mit der ein mögliches Ende der aktuellen Herrschaft erörtert wurde. Gerade Haubach, der auch in diesem Zirkel das Gespräch an sich zog, die markanten inhaltlichen Akzente zu setzen suchte, hatte genaue und bestürzende Kenntnis von der Art, wie die Nationalsozialisten vorgingen. Freund Carlo war nach seiner Festnahme im Juni 1933 nach Gestapohaft über Haftaufenthalte im hessischen KZ Osthofen und dem emsländischen KZ Börgermoor seit Ende November 1933 Häftling im KZ Lichtenburg.<sup>1729</sup> Wie der oben zitierten Korrespondenz mit Alfred Vagts zu entnehmen ist, verfolgte Haubach das Schicksal seines Freundes äußerst intensiv, bemühte sich um Hilfe für ihn und konnte ihn „am letztmöglichen Tag“ vor einer weiteren Verschärfung der Lagerordnung in Lichtenburg besuchen.<sup>1730</sup> Die

<sup>1725</sup> „Informationsbericht“ des Gestapa v. 6.7.1934, in: SAPMO, RSHA, R 58/3329, Bl. 70.

<sup>1726</sup> Dossier des Gestapa v. 7.6.1934, ebd., Bl. 63.

<sup>1727</sup> Gellately, *Die Gestapo*, S. 61 f.

<sup>1728</sup> Ebd., S. 158. Der Vf. wertete selbst Akten aus dem Würzburger Raum aus und bezog die Ergebnisse einer breit angelegten, aber nicht vollendeten Studie aus dem Bereich der Düsseldorfer Gestapo mit ein: Mann, Reinhard: *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt*, Frankfurt/M. 1987. Vgl. auch Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): *Die Gestapo. Mythos und Realität*. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, Darmstadt 1995.

<sup>1729</sup> Albrecht, *Der militante Sozialdemokrat*, S. 154 ff.

<sup>1730</sup> Vagts, Alfred: *Tagebücher. Auszüge*, Eintragung v. 8. Juli 1934, in: Stadtarchiv Darmstadt, NL Carlo Mierendorff, ST 45.

Freunde tauschten sich zweifellos offen über das Erlebte aus, prinzipiell informierten sie in den folgenden Jahren auch ihren Nahestehende nur in Ausnahmefällen über die Erfahrungen in den Konzentrationslagern.

Als erstaunlich herauszustellen ist die Tatsache, daß Haubach wie andere in der Runde dennoch der Stabilität des Regimes letztlich nicht traute und das Szenario eines Machtwechsels, der von traditionellen konservativen Kreisen inszeniert werden würde, als möglich oder gar wahrscheinlich annahm. Für die Intensität der Rekrutierung und Aufstellung illegal operierender Widerstandsgruppen wie für deren Arbeit bedeutete diese während einer Führerbesprechung dargelegte Folie zur zukünftigen Entwicklung der allgemeinen politischen Lage eine doppelte Herausforderung: Sie mußten den Kampf gegen das bestehende System aufnehmen wie auch vorbereitet und fähig sein, vermuteten nachfolgenden Versuchen, von Regierungen nichtrepublikanisch-präsidentialen Zuschnitts instrumentalisiert zu werden, zu widerstehen.

Neben dem Bemühen, über Einzelgespräche punktuell kleine Einheiten im Lande zu schaffen, hielt Haubach Kontakt zu jenen Vertretern in Reichsbanner und SPD, die – oft aus dem Prager Exil – für materielle Unterstützung, Koordination oder auch ideologische ‚Aufrüstung‘ zuständig waren. Ein zusammenfassender Bericht des Gestapa über illegale SPD-Arbeit in Hamburg hielt fest, daß Haubach in der Zeit März/April 1933 in Hamburg Gespräche mit führenden Sozialdemokraten geführt habe. Genannt wurden u.a. der letzte Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Hans Podyen, und das Mitglied des SPD-Partei Vorstandes Fritz Heine.<sup>1731</sup> Der Zeitraum stimmt mit dem Treffen überein, das Haubach und Otto Grot am Rande Hamburgs zusammengeführt hatte. Mit Heine wurde nach Auskunft des Observationsberichts verabredet, daß Haubach als Vertreter des Reichsbanners in einer gemischten Organisation mitarbeiten sollte. Ausdrücklich wurde auf seinen großen Einfluß in seinem Verband verwiesen. Zu diesem frühen Zeitpunkt nach der ‚Machtübernahme‘ waren diese Kreise fest entschlossen, wie der Bearbeiter des Papiers feststellte, den Sturz der Regierung „durch Waffengewalt herbeizuführen.“<sup>1732</sup> Der Text, der offensichtlich die Chronologie der Hamburger Widerstandsarbeit anhand verschiedener Dossiers zu kompilieren versuchte, bleibt gerade in dem Abschnitt der konkreten Zielvorstellungen ungenau und verliert sich in Vermutungen.

Als korrekt kann für unseren Zusammenhang jedoch die Information fixiert werden, daß Haubach auf einer Leitungsebene Kontakte zu anderen Illegalen hielt. Diese Annahme wird bestätigt durch einen „Informationsbericht“, der „nach der Rückkehr des Gewährsmannes aus Prag“ im Juli 1934 erstellt wurde.<sup>1733</sup> Er läßt erkennen, wie intensiv und genau mittlerweile die Nationalsozialisten durch die Mitarbeiter ihres Geheimdienstes die illegale Arbeit observieren ließen. So wurde z.B. das Berliner Nummernschild eines in der Nähe der Sopade-Zentrale [Exil-SPD] parkenden Autos notiert, um eine Überprüfung vorzunehmen. Der Obser-

<sup>1731</sup> Vgl. Appellius, Stefan: Fritz Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999.

<sup>1732</sup> Illegale SPD.-Bewegung in Hamburg., Gestapa-Bericht v. 18.6.1935, in: SAPMO, RSHA, R 58/2249, Bl. 114.

<sup>1733</sup> Informationsbericht, Gestapa, in: SAPMO, RSHA, R 58/3329, Bl. 70. Aufhäuser ist dem linken Parteiflügel zuzuordnen. In der Emigration stellte er u.a. mit Max Seydewitz Bestrebungen an, eine neue einheitliche Partei der Arbeiterklasse zu gründen und brach mit dem Vorstand der ‚Sopade‘. Vgl. dazu Buchholz/Rother: Der Parteivorstand im Exil, Einleitung, S. XIV.

vierende meldete sogleich auch den Verdacht an, daß es sich um das Fahrzeug eines Kuriers handeln könnte. Der eben erwähnte Fritz Heine wurde ein Jahr nach dem Treffen mit Haubach in Hamburg als außerordentlich aktiver Kurier ausgemacht, der innerhalb einer Woche von Prag nach Paris und von dort nach Berlin gereist war. Vergleichbar gestaltete sich offenbar die Reisetätigkeit des ehemaligen Sekretärs der SPD-Reichstagsfraktion Paul Hertz, der - „im Besitze eines CSR-Passes“ - „in Leipzig oder Hannover“ mit Theodor Leipart, Siegfried Aufhäuser [1921 – 1933 MdR für die SPD], dem Jung-Gewerkschaftler Jahn und Theodor Haubach zusammengetroffen sei.<sup>1734</sup> Wenn diese ‚Information‘ auch recht unbestimmt klingt, so macht sie allgemein doch deutlich, daß Haubach von der verfolgenden Gestapo als Gegner des Regimes ernst genommen und im Netz der Illegalität in führender Position angesiedelt wurde.

Diese Einschätzung spiegeln unabhängig voneinander Passagen in zwei Berichten des Gestapa wider, nach deren Aussage Haubach von führenden SPD-Funktionären die Aufgabe erhielt, ein Mitglied des Reichsbannerkreises ‚auf Kurs‘ zu bringen. Dabei handelte es sich um den bereits in den Jahren der Weimarer Republik höchst schneidig und militant auftretenden ehemaligen Polizeimajor Karl Heinrich, der seit Februar 1933 die Publikation des Reichsbanners ‚Der Wehrsport‘ herausgab.<sup>1735</sup> Dieser wurde von den Vertretern der SPD wie von denen seines Verbandes zwar „als politisch zuverlässig“ angesehen, ihm mangelte es allerdings an jeglicher Vorsicht, vor allem aber an einer realitätsnahen Einschätzung der politischen Situation. So sei er immer noch der Auffassung, ihm würde es gelingen, „mit 1000 Mann das System Hitler fertig zu machen.“ Diese Meinung posaunte er „auf der Strasse und in der Wirtschaft“ laut heraus und gefährde durch sein Auftreten die gesamte illegale Arbeit.<sup>1736</sup> Bereits während des Treffens vom 28.5.1934 hatte Haubach dieses Thema angeschnitten und zur Charakterisierung Heinrichs angefügt, wenn er dem Major den Auftrag gäbe, „Du gehst sofort zur Wilhelmstrasse und holst den Adolf raus, dann würde er sagen ‚Jawohl!‘“. In der Manier eines auch im Untergrund Führenden schloß Haubach diesen Punkt mit der Bemerkung ab, daß Heinrich „vorläufig [...] zu nichts zu gebrauchen“ sei, „seine Aufgabe“ jedoch erhalten werde, „wenn es soweit ist.“<sup>1737</sup>

Heinrich legte die von allen an illegalen Unternehmungen Beteiligten zu wahrende Vorsicht als Feigheit aus und agierte mit einer eigenen Gruppe weiterhin selbständig. In eigener Initiative hatte er sich eine Gruppe von etwa 100 Mitgliedern aufgebaut, die sich als Wanderverein tarnte.<sup>1738</sup> Die Mitarbeiter des Gestapa hatten jedoch Kenntnis von deren Aktivitäten und führten u.a. an, daß von Gruppenmitgliedern Flugblätter verteilt worden seien, die sich gegen das Regime wandten, die allerdings auch verkündeten, daß „das organisierte Judentum ein Schaden für die Welt“ sei.<sup>1739</sup> Der pro-republikanisch orientierte Typus eines modernen Landsknechts, den Heinrich repräsentierte, der auch während der Weimarer Jahre wegen seiner Aura großes Interesse verzeichnen konnte, stellte sich mit der Dul-

---

<sup>1734</sup> Ebd., S. 71.

<sup>1735</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 441.

<sup>1736</sup> Dossier v. 7.6.1934, Gestapa, Bl. 63.

<sup>1737</sup> Bericht v. 31.5.1934, Gestapa, Bl. 55 f.

<sup>1738</sup> Rohe, Reichsbanner, S. 471. Diese Information beruht auf einer mündlichen Mitteilung Wilhelm Nowacks an Karl Rohe.

<sup>1739</sup> Dossier v. 7.6.1934, Bl. 64.

dung antisemitischen Gedankenguts eindeutig außerhalb der generell im Reichsbanner geltenden grundlegenden Vorstellungen. Es ist ein weiteres Indiz für die bereits mehrfach – auch von Haubach - benannte Heterogenität der Mitgliedschaft dieses Verbandes.

Haubach sollte, so die Order der illegalen SPD-Führung, einen letzten Versuch unternehmen, Heinrich davon zu überzeugen, daß die illegale Arbeit nach Regeln abzulaufen habe, die davon geprägt seien, vor allem unerkannt eine schlagkräftige Organisation aufzustellen. Sollte Heinrich seine Einstellung nicht ändern können oder wollen, sollte Haubach ihm androhen, daß „keine der beiden Organisationen [SPD und Reichsbanner, P.Z.] einen Finger rührt, wenn er über kurz oder lang in die Hände des Gestapa fällt.“

Die Schlinge der Verfolger zog sich im Laufe des Jahres 1934 enger und enger. Mit Argwohn erkannte die Gestapo, daß sich in Berlin kleine illegale Gruppen zu festigen begannen. Doch die Verfolger waren sich ihrer Sache so sicher, daß sie „mit dem Zugriff“ weiter abwarten wollten.<sup>1740</sup> Die organisatorischen und personalen Strukturen hatten sie weitgehend aufdecken können, nun ging es ihnen vermutlich darum, in einer umfassenden Aktion möglichst viele Mitglieder des illegalen Netzes verhaften zu können, um es damit total auszuschalten. Welch einflußreiche Position sie in der Gesamtorganisation Haubach zuordneten, lassen die bereits zitierten Gestapa-Berichte erkennen. Das wird gleichermaßen in einer Art Resümee der Dienststelle aus dem Jahr 1935 deutlich, in dem hervorgehoben wird, daß Haubach „als Versicherungsinspektor“ das gesamte Reichsgebiet bereist habe, um insgesamt „ungefähr 200 Personen“ für die illegalen Aktivitäten des Reichsbanners zu gewinnen. Wenn auch von dem unterzeichnenden Kriminalsekretär abschätzig angemerkt wurde, daß Haubach „nicht den Mut“ gehabt habe, eine eigene Organisation zu schaffen, sondern sich „lediglich“ darauf beschränkt habe, die Rekrutierten an das Auslandsbüro bzw. Kontaktpersonen bzw. Gruppen im Inland zu vermitteln, so weist der Bericht ihm doch einen hohen Stellenwert zu.<sup>1741</sup> Haubach betrieb nämlich neben der Aktivierung der Basis zusätzlich – diese Tatsache erschließt sich auch aus anderen Quellen – eine aktive koordinierende Tätigkeit.<sup>1742</sup> Mit seiner Anmerkung, daß dieser „die kleine Zersetzungsarbeit“ andere tun ließ, sich selbst mehr für das Knüpfen von Verbindungen zwischen den einzelnen Organisationen engagierte, ließ der Berichterstatter ungewollt erkennen, daß den Verfolgern eben dieser übergreifende Einsatz erheblich größere Probleme bereitete. Die in diesem Überblick enthüllten Linien aktiver illegaler Tätigkeit zeigen Theo Haubach in einer außerordentlich bedeutsamen Funktion als Scharnier zwischen Reichsbanner, SPD und Gewerkschaften bzw. zwischen den sich dort etablierenden Gruppen. Alfred Nau als Vertreter der verbliebenen SPD-Kader

---

<sup>1740</sup> Ebd.

<sup>1741</sup> Betrifft: Illegale Tätigkeit des Reichsbanners, Geheimes Staatspolizeiamt, 3.4.1935, Bl. 92 – 94, beidseitig beschrieben, Bl. 92 Vorderseite.

<sup>1742</sup> So betonte die Führung der illegalen Berliner SPD in einem von der Gestapo abgefangenen Brief an den Prager Vorstand „enge Fühlung und häufige Aussprache“ zu Haubach, dem „Leiter“ des illegalen Reichsbanners; vgl. Gestapa Berlin, Meldung des V-Mannes Go 1 v. 14.8.1934 mit der Abschrift des Schreibens, in: Archiv der sozialen Demokratie (FES), Bestand: Internationale Transportarbeiter-Föderation, Mappe 117, Bl. 5 – 9.

und der Sopade vermittelte Haubachs Bekanntschaft mit dem Gewerkschaftler Walter Maschke.<sup>1743</sup>

Zum ersten Male werden in dem vorliegenden Papier auch konkrete Angaben zum geplanten Vorgehen der Widerständler gemacht. Vorgesehen waren verstärkte Bemühungen in die verschiedenen ‚Apparate‘ des NS-Systems hinein, durch die alte Bekanntschaften genutzt werden sollten, um z.B. Informationen über die Struktur und Planungen der Militär- und Polizeibehörden zu erlangen. Es war vorgesehen, auf deren Grundlage eine grundlegende strategische Position und erfolgversprechende Aktionen zu entwickeln. Haubach sollte zu diesem Zweck seine Kontakte zu ehemaligen Reichswehrangehörigen und Polizeioffizieren wiederbeleben. Gelungen war ein solcher Versuch offenbar „zu einem gewissen E.Röhricht aus dem Reichswehrministerium.“<sup>1744</sup> Selbst die Namen der Kuriere, die die gewonnenen Informationen ins Ausland bringen sollten wie Zuständigkeiten und Wege der finanziellen Unterstützung der illegalen Gruppen waren den nationalsozialistischen Behörden bekannt. Auch Namen und Adressen ausländischer Kontaktstellen wurden genannt. So bestand eine offenbar solide Verbindung nach London zu Kreisen der Labour Party und zu einzelnen Gewerkschaften, die von Maschke wahrgenommen wurden. Wie um die Kompetenz der eigenen Dienststelle ins rechte Licht zu rücken, stellte der Text auch interne Querelen der illegal arbeitenden Gruppen dar. Der Jung-Gewerkschaftler Jahn, wurde gemeldet, habe geäußert, daß er „aus bestimmten Gründen nicht mit Dr. Haubach zusammen arbeiten könne.“<sup>1745</sup>

Die Motive für diese Haltung sind nicht überliefert. Diese allgemein formulierte und nicht näher erläuterte Aussage demonstriert jedoch eine grundlegende Komponente der Widerstandsarbeit, die auch Teil der internen Arbeit des Kreisauer Kreises wie der Versuche seiner Mitglieder war, Formen der Kooperation mit anderen Gruppen zu entwickeln: War man sich zwar über das ‚Feindbild‘ einig, so mußten doch unterschiedliche ideologische Positionen zusammengeführt werden, wenn es z.B. um die Formulierung einer Plattform für einen neuen politischen Anfang ging. Die höchst unterschiedlich sozialisierten Menschen mit divergierenden Erfahrungen und Temperamenten, die zudem oft durch erfolgreiche berufliche Werdegänge oder ihre gesellschaftliche Position selbstbewußt auftraten, zu direkten illegalen Aktionen zu einen, erwies sich in der Praxis häufig als äußerst schwierige Unternehmung.

Alle Umsicht bei der Durchführung illegaler Operationen konnte nicht verhindern, daß vor allem durch Verräter, wie die Dokumente des Gestapa belegen, die Existenz und die wesentlichen Strukturen des Netzes enthüllt wurden, an dessen Entstehung Haubach sich intensiv beteiligt hatte. In einem Dossier wurde ihm wie einigen anderen dieser Berliner Gruppen ausdrücklich bescheinigt, daß sie „in der Wahrung strengster konspirativer Regeln in nichts der KPD.“ nachstanden, doch die Aufgabe verlangte, den Kreis der Eingeweihten und potentiellen Unterstützer immer weiter zu ziehen und steigerte damit die Gefahr, unterwandert zu werden.<sup>1746</sup> Die hier behandelte Gruppierung ist einmal insofern als exemplarisch

<sup>1743</sup> Alfred Nau (1906 – 1983), seit 1928 Angestellter des SPD-Parteivorstands, nach 1933 Widerstandsarbeit; nach dem Zweiten Weltkrieg langjähr. Verwalter der SPD-Finzenzen.

<sup>1744</sup> Betrifft: Illegale Tätigkeit, Bl. 93 Rückts.

<sup>1745</sup> Ebd., Bl. 93, Vorders.

<sup>1746</sup> Dossier der Gestapo, Amt III, in: SAPMO, RSHA, R 58/2430, Bl. 49.

anzusehen, als sie sich aus dem sozialdemokratischen Milieu heraus entwickelte. Dies geschah auch in anderen Regionen des Landes. Die um Haubach entstehende Gruppierung erhielt ihre spezifische Struktur nach Aussage der vorliegenden Quellen, weil durch die Person Haubachs zunächst Mitglieder aus dem Lager Reichsbanner-SPD angeworben wurden, linke Sozialdemokraten wurden vermutlich nicht angesprochen. Das sich in den Berichten der Gestapo spiegelnde Auftreten Haubachs ähnelt stark jenem, das er als Führerpersönlichkeit im Reichsbanner zeigte. Möglicherweise ist hier auch der Grund dafür zu suchen, daß der junge Gewerkschaftler nach einer kurzen gemeinsamen Phase nicht weiter mit Haubach zusammenarbeiten wollte. Immerhin gelang es jedoch zumindest in den Anfängen, Personen zusammenzubringen, die aus unterschiedlichen Organisationen stammten, nämlich aus dem Reichsbanner, der SPD und der Gewerkschaft.

Exemplarisch für das Schicksal des Widerstandes in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft war es zudem, daß auch diese Berliner Gruppe wie viele andere „in den Verhaftungswellen und Massenprozessen der Jahre 1934 – 1936“ zerschlagen wurde.<sup>1747</sup> Die immer engmaschiger werdende Überwachung durch die verfolgenden Behörden zeichnen auch bereits die erhaltenen Quellen nach, aus denen oben zitiert wurde. Die Ermittler griffen erst dann zu, als sie den in ihrem Sinne größtmöglichen Erfolg erwarten konnten. In einem ersten Zugriff sollten die Koordinatoren ausgeschaltet werden. Theodor Haubach wurde am 24.11.1934 verhaftet und nach der Einlieferung in Gestapo-Haft in der sogenannten „Sistierkladde“ registriert. In der Rubrik „Grund“ wurde „Illegale Tätigkeit“ vermerkt.<sup>1748</sup> Die nach dem Dossier vom 7.6. als – illegale – „Reichsbanner-Gruppenführer“ fest nominierten Herbert Schlichting und Walter Roßdorf wurden ebenfalls am 24.11. bzw. am 26.11. verhaftet.<sup>1749</sup> Kurz nach der Verhaftung Haubachs wurden am 2.12.1934 Alfred Nau und seine Frau festgenommen. Walter Maschke kam im Dezember 1934 ebenfalls in Gestapo-Haft.<sup>1750</sup> Kurt Baurichter, der von Nau mit Haubach bekanntgemacht worden war, sollte wie dieser vor allem Verbindungen in die Polizei und Ministerien hinein herstellen.<sup>1751</sup> Er wurde im Januar 1935 verhaftet.<sup>1752</sup> Eine Notiz aus einer Sitzung des Parteivorstands der Exil-SPD, in der über die Verhaftung u.a. Theodor Haubachs und Alfred Naus informiert wurde, weist nach, daß Verbindungen nach Prag bestanden haben mußten.<sup>1753</sup>

Vor dem Hintergrund der für Haubach eingangs dargestellten außerordentlich deprimierenden politischen Bedingungen wie den bedrückenden existentiellen Sorgen zog er sich nach Auskunft der Quellen nicht etwa wie viele andere Mit-

<sup>1747</sup> Groh/Brandt, <Vaterlandslose Gesellen>, S. 212.

<sup>1748</sup> Sistierkladde, Gestapo III B2, in: SAPMO, RSHA, R 58/4250, Bl. 108.

<sup>1749</sup> Dossier v. 7.6.1934, Bl. 64. Unklar war sich der Observierende über die richtige Schreibweise Roßdorfs und mutmaßte zunächst „Rostorp oder Rostow“.

<sup>1750</sup> Sistierkladde, in: SAPMO, RSHA, Bl. 110/111. Es existiert außerdem eine Kartei mit Paßbildern der Verhafteten. Sie führt drei Fotos Maschkes mit einer eingefügten Registrierung „GESTAPA 634. DEZ. 34.“. In: SAPMO, RSHA, R 58/3258 a, Bl. 23. Haubachs Fotos tragen die Nummer 570 und das Datum seiner Verhaftung; vgl. Bl. 17.

<sup>1751</sup> Betrifft: Illegale Tätigkeit, Gestapo v. 3.4.1935, Bl. 92 Rückf.

<sup>1752</sup> Baurichters Fotos sind in der Gestapokartei auf demselben Blatt wie die Walter Maschkes verzeichnet, und zwar mit der Datumsangabe: „11. Januar 1935.“

<sup>1753</sup> Notiz von Paul Hertz v. 14.12.1934, in: IISG Amsterdam, zit. n. Buchholz/Rother, Der Parteivorstand, S. 78.

glieder der sozialdemokratischen Organisationen resignierend zurück, sondern wurde auf eine spezifische Weise aktiv. Im Sinne der oben im Überblick wiedergegebenen Kategorisierung Hartmut Mehringers belebte Haubach die Verbindungen zur Gruppe der führenden SPD-Politiker, wie die Aufzeichnungen Leuschners zeigen. Die sich fortsetzenden Auseinandersetzungen zwischen den Genossen, die im Lande geblieben waren und denen im Exil wie auch die bereits erwähnten Konflikte innerhalb der Exil-SPD drangen sicher auch bis zu Haubach, sie konnten ihn jedoch nicht in seiner Absicht irritieren, in der großen Gruppe der ihm aus früherer Zusammenarbeit bekannten oder empfohlenen Menschen aus dem sozialdemokratischen Umfeld zuverlässige Kampfgenossen anzusprechen und für die illegale Arbeit anzuwerben. Er zeigte sich nicht nur resistent gegen die Bedrohung durch die entschlossen-brutal vorgehenden neuen Machthaber, sondern auch gegenüber den innerparteilichen Grabenkämpfen.

Zwei Motive können hervorgehoben werden, die auch bereits in der Zeit der Weimarer Republik Haubachs politisches Wirken maßgeblich bestimmten. Sein Kampf für die Republik wurde von ihm in dieser fundamentalen Krisensituation fortgesetzt. Aus dem Reservoir ihm bekannter Männer des Reichsbanners, der SPD, der Gewerkschaften und der Polizei wollte er ein Netz von Widerstandsnestern knüpfen, dem die Aufgabe zugeordnet war, die republikanische Ordnung gegen die Nationalsozialisten oder ein erstarktes restaurativ-autoritäres Lager wiederherzustellen. Haubach selbst übernahm die Rolle des ‚Führers‘, der Ziele und methodisches Vorgehen mitentscheidet und jener nach Mehringer großen Zahl von resignierenden oder sich in Stammtischrunden zurückziehenden ehemaligen Genossen ein Beispiel geben wollte, daß widerstanden werden müsse. Dafür waren in der Illegalität zwar traditionelle Strukturen zu verändern, doch einer generellen Neuorientierung, wie sie Aufhäuser und Seydewitz mit dem Modell „einer neuen einheitlichen Partei der Arbeiterklasse“ anstrebten, hätte Haubach sicher nicht zugestimmt.<sup>1754</sup>

Das Engagement des zielstrebig, entschlossen und mutig operierenden Theodor Haubach brachte ihm die erste massive Demonstration der Macht durch den nationalsozialistischen Gegner ein, als er nach seiner Verhaftung die bittere Erfahrung eines langen KZ-Aufenthaltes machen mußte.

## **8.2 Den braunen Machthabern ausgeliefert: Haft im KZ Esterwegen (1934 – 36)**

Der Führung des neuen Regimes mußte daran gelegen sein, die große Zahl potentieller Gegner auszuschalten, wollte sie die gerade gewonnene innenpolitische Vormachtstellung sichern und erweitern. Die von Nationalsozialisten während der Weimarer Jahre unablässig artikulierten Drohungen, die politischen Widersacher nach der Übernahme der Macht im Staat ausschalten oder gar vernichten zu wollen, wurden unmittelbar in die Tat umgesetzt. Dabei tat sich in der Anfangszeit besonders die SA hervor, die wie ‚von der Leine‘ gelassen bereits im Februar 1933 damit begann, innenpolitische Gegner und ihr Verdächtige zu jagen, zu demütigen, zu quälen und zu morden. Der der Ideologie des Nationalsozialismus immanente Glaubenssatz ‚Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns‘ manifestierte

---

<sup>1754</sup> Buchholz/Rother, Der Parteivorstand, Einleitung, S. XIV.

sich symbolisch in der Einrichtung von Konzentrationslagern. Sie sollten nicht nur den bei der irrwitzigen Intensität der Verfolgung knapp werdenden Haftraum erweitern, sondern auch den totalen Machtanspruch der Nationalsozialisten demonstrieren und realisieren. Die braunen Machthaber wollten die Insassen mit den Mitteln der Gewalt und des Terrors brechen und unterwerfen, „Gewalt und Terror“ waren „konstitutive Bestandteile des nationalsozialistischen Herrschaftssystems“.<sup>1755</sup>

Die von SA-Leuten inszenierten Hetzjagden auf politische und ‚weltanschauliche‘ Gegner und die von ihnen zu verantwortenden Greuel spiegelten zweifellos die Haltung der Führer der ‚Bewegung‘ wider. Es gab jedoch zunehmend Kritik an den sich machtvoll und autonom gebärdenden SA-Einheiten unter ihrem ‚Stabschef‘ Ernst Röhm. Der machtbewußte Himmler, dessen SS formal der SA unterstellt war, mußte mitansehen, daß sich die Truppe Röhm durch die Übernahme des ‚Stahlhelms‘ deutlich aufblähte und mehr Mitglieder aufwies als die NSDAP selbst. Es waren nämlich keineswegs alle SA-Angehörigen zugleich auch Mitglieder der Partei. Umsomehr drohte aus Sicht der Parteiführung die Gefahr, daß dieser Verband unkontrolliert agieren könne, dessen Führungskader Anstalten machten, die SA in eine milizähnliche Institution umzuwandeln und aus dem Status einer Hilfspolizei zu einer festen Größe im Polizeiwesen aufzusteigen. Die fortgesetzte Propagierung der ‚Revolution‘ rief zudem Vertreter hoher Verwaltungsstellen und vor allem einflußreiche Finanz- und Wirtschaftskreise auf den Plan, mit denen es Hitler so schnell nicht verderben wollte.<sup>1756</sup>

Mit der Ermordung Röhm und anderer Führungskräfte der SA im Juni 1934 wurden die Weichen neben der bereits laufenden Zentralisierung der Politischen Polizei für eine einheitliche Verwaltung der Konzentrationslager gestellt. Es wurde eigens eine Abteilung eingerichtet und Himmlers Gestapo eingegliedert. Die Aktivitäten der Politischen Polizei wurden bereits seit Mitte 1935 robust gegen Interventionen von Verwaltungsstellen und Justizbehörden verteidigt, dann abgeschirmt und in einem rechtsfreien Bereich staatlichen Handelns angesiedelt.<sup>1757</sup>

Ebenso geschah es mit den Konzentrationslagern, die gegen Einsichtnahme oder gar Einflußnahme von einzelnen oder staatlichen Stellen hermetisch abgeschlossen werden sollten. Das gelang zwar nicht durchgehend, da immer wieder verschiedene bürokratische Stellen oder auch Einzelpersonen Beschwerden über die Bedingungen der Gefangenen bzw. Übergriffe des Wachpersonals vorbrachten, doch vor allem Werner Best wies derartige Versuche rigoros zurück. Best war Anfang 1935 Stellvertretender Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts und Chef der Hauptabteilung I (Recht, Personal, Verwaltung) und damit formal „die Nummer drei der Gestapo“ geworden. Doch er baute diese Stellung zu einer „Schlüsselposition“ aus und wurde „Organisator, Justitiar und Ideologe der Gestapo.“<sup>1758</sup>

Gegenüber den genannten Interventionen argumentierte er auf zwei Ebenen. Einmal löste er die Konzentrationslager allgemein aus dem strafrechtlichen Zusam-

<sup>1755</sup> Tuchel, Johannes: Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der ‚Inspektion der Konzentrationslager‘ 1934 – 1938 (Schriften des Bundesarchivs [Koblenz]; Bd. 39), Diss. Berlin 1989, Boppard 1991, S. 3.

<sup>1756</sup> Für diesen Zusammenhang wurde zurückgegriffen auf die Darstellung bei Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945, München 1987, S. 11 ff.

<sup>1757</sup> Herbert, Best, S. 153.

<sup>1758</sup> Ebd., S. 147 f.

menhang und stellte sie als legitimes Mittel in einen staatsrechtlichen Kontext und billigte dem Staat „eine Notwehrlage [...] jedem gesellschaftsfeindlichen Verbrecher gegenüber“ zu. Für Best ergab sich daraus, ohne daß er sie ausdrücklich formulierte, die logische Konsequenz, daß diese „Schädlinge“, die sich außerhalb der Gemeinschaft gestellt hatten, auch nicht deren Normensystem zu unterwerfen seien.<sup>1759</sup> Außerdem weist sein Biograph eine Fülle von Beispielen nach, in denen Best Mißhandlungen oder die Tötung von Häftlingen abstritt, verharmloste oder die Schuld für die angeprangerten Vorkommnisse den Inhaftierten zuschob.<sup>1760</sup>

Aus der zeitlichen Distanz ist als höchst bemerkenswert festzuhalten, daß die engere nationalsozialistische Führung auch in diesem Sektor mit großer Risikobereitschaft – realisiert in der Durchführung des ‚Röhm-Putsches‘ – vorging und in einer Mischung aus Heuchelei, Unnachgiebigkeit und der Anwendung von Drohungen sich relativ früh den gesamten Justiz- und Polizeiapparat gefügig gemacht hatte, ein wichtiger Schritt zur Ausübung uneingeschränkter Macht. Unter diesem ‚Schirm‘ entwickelten sich die Konzentrationslager zu Stätten, an denen Aufseher und Wachmannschaften ungehemmt in einer Weise agierten, daß der Begriff ‚Konzentrationslager‘ für alle Zeiten zum Symbol eines menschenverachtenden, von Brutalität und Terror geprägten Systems wurde.

Obwohl zu diesem Abschnitt seines Lebens nur wenige Quellen vorliegen, die spezifische Hinweise auf die Umstände der KZ-Haft Theodor Haubachs vermitteln können, sollen einige Informationen zum Lager Esterwegen gegeben werden, in dem er inhaftiert war. Der hier zu entwickelnde Kontext ist so angelegt, daß von ihm aus auf die individuellen Bedingungen Haubachs während dieser Zeit geschlossen werden kann. Damit soll im Rahmen dieser Arbeit seine erste Haftzeit nachdrücklich genug repräsentiert werden, von der nämlich als sicher anzunehmen ist, daß sie tiefgehenden, wenn nicht prägenden Eindruck hinterließ. Seiner Freundin Alma „flüsterte“ Haubach bei ihrer ersten Begegnung nach seiner Entlassung zu: „Nur eins will ich Dir sagen: alles, was man Furchtbares erzählt von den Konzentrationslagern, ist wahr – alles!“, um später ihr gegenüber nie wieder auf diesen Lebensabschnitt zurückzukommen.<sup>1761</sup> Bereits hier sei vermerkt, daß er jedoch trotz dieser Erfahrungen später den Kampf gegen das Regime noch einmal aufnahm und ‚Widerstand‘ leistete.

Die Umstände, die die „übliche Verhaftung“ eines politischen Gegners der Nationalsozialisten begleiteten, glichen einander. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand waren Verordnungen erlassen worden, die es der Polizei gestatteten, Verdächtige in die sogenannte „Schutzhaft“ zu nehmen. Sie wurde ein wirksames Mittel der Gestapo.<sup>1762</sup> Nach der Festnahme wurde der ‚Verdächtige‘ in Polizeigewahrsam genommen. In unregelmäßigen Abständen, die unterbrochen wurden durch tagelange, manchmal wochenlange Wartezeiten, in denen es keine Gelegenheit gab, mit der Außenwelt Kontakt aufzunehmen – also etwa Familienangehörige zu benachrichtigen oder einen Rechtsanwalt einzuschalten -, wurde der

<sup>1759</sup> Ebd., S. 155. Zitiert ist hier eine längere Passage aus einem Papier des Gestapa v. 28.3.1935, dessen größter Teil nach Ansicht Herberts von Best stammt.

<sup>1760</sup> Ebd., S. 156 ff.

<sup>1761</sup> L’Aigle, *Meine Briefe*, S. 13.

<sup>1762</sup> Broszat, Martin: *Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 – 1945*, in: Buchheim, Hans u. a. (Hrsg.): *Anatomie des SS-Staates* (dtv dokumente 2915 u. 2916), 2 Bde., Bd. 2, 1. Aufl. München 1965, München 1979, S. 11 – 133, S. 13.

Festgenommene Verhören unterzogen, in denen die Polizeibeamten häufig Gewalt anwendeten, um Geständnisse oder die Namen politischer Freunde zu erpressen. Lange wurden die Inhaftierten absichtlich im Unklaren über den Stand der Ermittlungen und damit ihrer Chancen gelassen, möglicherweise doch wieder entlassen zu werden. Nach Abschluß dieser Phase wurde ihnen ein sogenannter ‚Schutzhaftbefehl‘ zur Unterschrift vorgelegt, in dem die Personalien und der Grund für die nachfolgende Haft vermerkt waren. Danach begann der Transport in eines der Konzentrationslager, der sich jedoch lange hinziehen konnte, weil während der Eisenbahnfahrten Aufenthalte eingelegt wurden, die Häftlinge oft auch zunächst für Tage oder Wochen in einem Konzentrationslager untergebracht wurden, bis sie zu ihrem eigentlichen Bestimmungsort gelangten.<sup>1763</sup> Das Instrument der ‚Schutzhaft‘ war einige Zeit zwischen Justizbehörden und dem Gestapa umstritten, wurde 1934 vom Reichsinnenministerium zunächst als eine Art Ausnahme zugelassen, wobei allein der Politischen Polizei das Recht zustand, sie anzuwenden und in den Konzentrationslagern zu vollziehen. Damit war diese Praxis dem Aufgabenbereich der Justiz entzogen. Sie wurde in den folgenden Jahren auch kaum noch angefochten und verfestigte sich als Werkzeug des nationalsozialistischen Terrors.<sup>1764</sup>

Theodor Haubach hat die Auswirkungen der ‚Schutzhaft‘ offenbar in der von Kogon skizzierten typischen Weise erfahren müssen. Die ‚Sistierkladde‘ weist nämlich unter der Rubrik „Verbleib“ aus, daß er bis Ende März 1935, also vier Monate, in einem Gefängnis des Gestapa verbrachte und dann in das ‚Columbia-Haus‘ „entlassen“ wurde.<sup>1765</sup> Haubach wurde also genau der von Kogon u.a. beschriebenen Taktik der Zermürbung und Demütigung ausgesetzt. Gestapozellen und das Columbia-Haus waren Haftorte, in denen die Insassen nicht allein in erheblichem Ausmaß psychisch gequält wurden, sondern in denen sie Prügel und Folter erlitten. Es ist nicht überliefert, ob gegen Haubach auch physische Gewalt angewendet wurde, sicher ist aber, daß er sie und ihre Folgen bei Mithäftlingen erleben mußte. Wann und auf welchem Weg Haubach in das KZ Esterwegen überführt wurde, kann nicht genau rekonstruiert werden.<sup>1766</sup>

Nachdem von Gefangenen 1933 das Lager I ‚Börgermoor‘ gebaut und bezogen worden war, mußten diese Gefangenen das Lager II ‚Esterwegen‘ errichten, das seit Mitte August 1934 Häftlinge aufnahm. Die Auseinandersetzungen zwischen der SA und der SS spiegelten sich auch in den wechselnden Wachmannschaften.

<sup>1763</sup> Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Neuaufl. München 1974, S. 72.

<sup>1764</sup> Graf, Christoph: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 255 ff.

<sup>1765</sup> Sistierkladde, Bl. 108 – 109.

<sup>1766</sup> Es liegen zwei unterschiedliche Aussagen vor. Nach einer allerdings nicht mit Quellen zu belegenden Auskunft des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager v. 3.11.1998 sei Haubach wahrscheinlich im September 1934 eingeliefert worden. Im Stadtarchiv Darmstadt – ST 45, NL Theodor Haubach – liegt ein nicht namentlich gezeichneter Bericht v. 21.1.1935 vor, nach dem Haubach im Januar 1935 nach Papenburg in ein KZ transportiert wurde. Diese Angabe widerspricht jedoch der Eintragung der Sistierkladde. Der Text weist persönliche Nähe d. Vf. zur Familie Haubach aus; ihm ist die Information zu entnehmen, daß die Versicherungsgesellschaft, bei der Haubach angestellt gewesen war, diesem umgehend gekündigt habe und die Mutter nicht wisse, wie sie Unterhalt und Miete aufbringen könne.

Nachdem der Machtkampf zugunsten Himmlers und damit dem Gestapa ausgegangen war, unterstellte sich Himmler das neue Lager seit dem Sommer unmittelbar selbst. Ein Teil der SA-Wachmannschaften wurde von der SS übernommen, die zukünftig in Esterwegen die Macht hatte. Schon bald mußten die Einwohner der umliegenden Dörfer und Städte des Emslandes erfahren, daß die SS-Leute wie zuvor die SA-Mannschaften auch außerhalb des Lagers gewalttätig und brutal auftraten.<sup>1767</sup>

Die seit dem 1.8.1934 gültige „Lagerordnung des Konzentrationslagers Esterwegen“ spiegelte ungeschminkt die Absichten des Regimes.<sup>1768</sup> Wer nicht bereit sei, so wird der „Zweck“ der Haft definiert, seine Einstellung während der Haftzeit, deren Dauer unbestimmt war, „zugunsten einer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage“ zu ändern und weiter der „schmutzige[n] 2. und 3. Juden-Internationale“ anhängen wolle, der müsse „sterben“.<sup>1769</sup> Diese absurde Gegenüberstellung, die der überaus grob strukturierten ideologischen Programmatik der Nationalsozialisten entnommen war, erwies sich als Fiktion. Es war keine Umerziehung geplant, sondern die vermeintlichen und wirklichen Gegner des Regimes sollten gefügig gemacht oder ‚vernichtet‘ werden. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten planmäßig betriebenen Separierung der Politischen Polizei - mit der Aufsicht über die Konzentrationslager - gegenüber dem Zugriff der Innen- und Justizbehörden ließ die Lagerordnung keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sich der Häftling in einem hermetisch geschlossenen System außerhalb traditioneller justizieller Praxis befand. Die wesentliche Instanz war der Lagerkommandant, der das gesamte Lagerleben weitgehend autonom regeln konnte. Er gab in seinem Bereich auch den Rahmen vor, in dem sich die Wachmannschaften und Aufseher in ihrem Verhalten den Häftlingen gegenüber bewegen durften. Der Lagerkommandant bestimmte den formalen Ablauf wie etwa die Arbeitszeiten, überwachte das militärisch ausgerichtete Ritual, das von den Häftlingen strikt einzuhalten war, und entschied darüber, ob ein Gefangener z.B. als „Aufwiegler“ zu behandeln war oder sich als „gemeingefährlich“ Der hohe Grad autonomer Existenz des Politischen Polizeiwesens und mit ihm der KZ-Verwaltung wird sichtbar an einer eigenen „Disziplin- und Strafordnung“, mit der neben dem Strafgesetzbuch ein spezifisches System etabliert wurde.<sup>1771</sup> Mit „Arrest“ oder „strengem Arrest“ wurden einfache Verstöße gegen die Lagerordnung wie mangelnde Ordnung in der „Stube“ oder der ungenehmigte Aufenthalt in einer fremden Baracke geahndet. Erheblich härtere Bestrafung drohte bei politisch motivierten Vergehen, wenn beispielsweise „abfällige Bemerkungen über nationalsozialistische Führer“ gemacht wurden oder – dazu im Gegensatz – „liberalistische Führer oder Novemberparteien“ verherrlicht wurden. Ebenso hart wurde derjenige bestraft, der Mitteilungen über „Vorgänge im Konzentrationslager“

<sup>1767</sup> Tuchel, Konzentrationslager, S. 187 – 189.

<sup>1768</sup> Lagerordnung des Konzentrationslagers Esterwegen v. 1.8.1934. Auszug, in: Schnabel, Reimund: Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1957, S. 136 –138. Unterzeichnet ist das Dokument: „Inspektion der Konzentrationslager RFSS [Reichsführer SS], gez. Eicke, SS-Gruppenführer“. Theodor Eicke war von Heinrich Himmler zum „Inspekteur“ der Konzentrationslager eingesetzt worden.

<sup>1769</sup> Ebd., S. 136.

<sup>1770</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1771</sup> Disziplin- und Strafordnung des Konzentrationslagers Esterwegen v. 1.8.1934. Auszug, in: Schnabel, Macht ohne Moral, S. 187 f.

nach außen gab, nämlich „mit 14 Tagen strengem Arrest und mit je 25 Stockhieben zu Beginn und am Ende der Strafe“.<sup>1772</sup> In besonderer Weise fürchteten die Repräsentanten dieses Systems offenkundig, daß sich im Lager Widerstand organisieren könne und daß Nachrichten zur Situation in ihm „zum Zwecke der gegnerischen Greuelpropaganda“ gezielt weitergegeben würden. In den Augen der Machthaber war damit der Tatbestand der „Aufwiegelung“ gegeben, verbunden mit der Drohung, sei ein Häftling eines solchen Vergehens überführt, er „als Aufwiegler gehängt“ werde. Das Arsenal des Schreckens komplettieren Hinweise in § 19 der Ordnung. Hier werden die Angaben konkretisiert und etwa „Arrest“ als Strafe genauer definiert, die „bei hartem Lager, bei Wasser und Brot“ vollzogen werde, oder die „Strafarbeit“ als „harte körperliche oder besonders schmutzige Arbeit“ umschrieben. Unter dem beinahe euphemistisch klingenden Oberbegriff „Nebenstrafen“ werden u.a. „Prügelstrafe, Postsperrung, Kostentzug, hartes Lager, Pfahlbinden“ subsumiert.<sup>1773</sup>

Auch jede dieser genannten Strafen, die als ‚gering‘ eingestuft wurden, bedeuteten in einem bereits äußerst entbehrungsreichen ‚normalen‘ Alltag der Gefangenen eine schwere Bedrohung ihrer physischen und psychischen Konstitution. Das bestätigt Elke Suhr, die für ihre Arbeit über die Emslandlager u.a. für das KZ Esterwegen eine Fülle von Materialien zusammentrug und analysierte, die einen differenzierten Blick auf den Alltag der Häftlinge wie auf den (wirtschafts-)politischen Stellenwert der Lager für das Regime zulassen.<sup>1774</sup> Der auch von Haubach erlebte – und zu überlebende – Alltag im Lager war vom „Zwang zu schwerer, eintöniger und entfremdeter Arbeit“, die mit einfachsten Geräten zu leisten war, von nie nachlassendem Leistungsdruck und einem menschenunwürdigen „Antreibesystem“ gekennzeichnet. Durch die mangelhafte Versorgung der Insassen kam es zu Unterernährung, massiven Erschöpfungszuständen und zu großer Anfälligkeit gegenüber (Infektions-)Krankheiten.<sup>1775</sup>

Die Häftlinge mußten mit dem Spaten kilometerlange Entwässerungsgräben ausheben. Nach oft ein- bis zweistündigem Anmarsch war die tägliche Arbeitsstelle erreicht. Hier war mit dem Spaten das widerspenstige Kraut und Wurzelwerk der Heidepflanzen zu durchtrennen, um daraufhin Soden anzustechen und zu einem Wall aufzutürmen. Je tiefer man in den Boden vordrang, desto schwerer und unhandlicher wurden die Erdbrocken, die oft vom Moorwasser getränkt waren.<sup>1776</sup> Der Autor der ‚Moorsoldaten‘ Wolfgang Langhoff erinnerte sich: „Monatelang bei brennender Hitze, die Haut hängt in Fetzen von unserem verbrannten Oberkörper, im Regen der bis auf die Haut geht, später bei eisiger Kälte, Hagel und

<sup>1772</sup> Ebd., S. 187.

<sup>1773</sup> Ebd., S. 188.

<sup>1774</sup> Suhr, Elke: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933 – 1945, Diss. Oldenburg, Bremen 1985. Hingewiesen werden muß in diesem Zusammenhang zugleich auf eine außerordentlich materialreiche Veröffentlichung: Kosthorst, Erich/ Bernd Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. 3 Bde., Düsseldorf 1983.

<sup>1775</sup> Suhr, Die Emslandlager, S. 80.

<sup>1776</sup> Vgl. Langhoff, Wolfgang: Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, Zürich 1935, Nachdruck u.a. Köln 1988 [über das KZ Börgermoor] und Wittfogel, Karl August: Staatliches Konzentrationslager VII. Eine ‚Erziehungsanstalt‘ im Dritten Reich. Roman, Bremen 1991. Beide Autoren haben ihre Erinnerungen an das ‚System‘ der sogen. ‚Moorlager‘ um Papenburg auf unterschiedliche Weise literarisch verarbeitet; u.a. ist in beiden Texten die Härte der täglichen Arbeiten, die von den Häftlingen zu leisten waren, nachvollziehbar.

Schnee, wenn der scharfe Wind, der vom Meer her kommt und auf dem flachen Land keinen Widerstand findet, wie mit Messern durch die Kleider schneidet.“<sup>1777</sup> Vorarbeiter, zumeist Moorbauern aus der Umgebung, leiteten Gruppen von etwa vierzig Mann an, argwöhnisch beobachtet von den SS-Leuten, „die in langer Kette das ganze Feld“ umstellten.<sup>1778</sup>

Die Realität des Lagerlebens war gerade in dem Zeitabschnitt, in dem Haubach in Esterwegen inhaftiert war, gekennzeichnet von einer zunehmenden Brutalität der Wachmannschaften. Die sich steigernden Mißhandlungen von Häftlingen im Frühjahr und Sommer 1935 führten zu mindestens fünf Morden an Häftlingen zu Anfang des Jahres 1936.<sup>1779</sup> Weitere Beispiele für das von den Wachmannschaften in diesem Konzentrationslager geübte Terrorregiment können den Urteilsbegründungen von Prozessen entnommen werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegen Mitglieder der Wachmannschaften Esterwegens geführt wurden.<sup>1780</sup> Der Soziologe Wolfgang Sofsky hat zu Recht darauf hingewiesen, daß das Wachpersonal der verschiedenen Einrichtungen, die den nationalsozialistischen Terror stabilisieren sollten, keinesfalls so enthemmt-inhuman - prügelnd, quälend, mordend - gegen die Häftlinge vorgehen *mußte*, sondern daß seine weit überwiegende Mehrheit es tat, weil es so vorgehen *durfte*.<sup>1781</sup> Häufig wurde dagegen in den Prozessen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von angeklagten Vertretern der Wachmannschaften mit einem ‚Befehlsnotstand‘ argumentiert, obwohl viele von ihnen doch einen vorhandenen Handlungsspielraum nachweisbar exzessiv gedehnt hatten.

Diese Erfahrung der ständigen Kontrolle, der erzwungenen Teilnahme an den Qualen von Mithäftlingen, die diesen von Wachmannschaften zugefügt wurden wie die Furcht davor, selbst in jedem Moment von Aufsehern aus der Menge herausgegriffen werden zu können, belastete die Häftlinge außerordentlich. Die verabscheuungswürdigen Taten der Aufseher waren fraglos von der nationalsozialistischen Führung gewünscht. Ergebenes, gut ‚funktionierendes‘ Wachpersonal war von zentraler Bedeutung in einer Übergangszeit, in der es galt, das Neben- und Gegeneinander verschiedener Verbände sowie die Einflußnahme durch die bestehenden bürokratischen Apparate zu beenden, um ein von Himmler und seinen Helfershelfern kontrolliertes System zu installieren.

Recht- und wehrlos stand der Häftling dieser Situation gegenüber. Außenkontakte wurden massiv beschränkt. Besuch konnte „in Ausnahmefällen“ einmal vierteljährlich für 20 Minuten empfangen werden, auch die Möglichkeit der Korrespondenz war limitiert.<sup>1782</sup> Ausgehende und ankommende Post durfte den Umfang einer Postkarte nicht überschreiten, außerdem wurde sie zensiert. So mußten die Empfänger ‚zwischen den Zeilen‘ zu lesen versuchen oder die eingehende Nachricht eines Häftlings einfach als ‚Lebenszeichen‘ ansehen. Deshalb entsprachen sicherlich Formulierungen des Sozialdemokraten Julius Leber, der während seiner langen Haftzeit 1934/35 für Monate in Esterwegen inhaftiert war, nicht der wahren Situation, wenn er seiner Frau mitteilte, daß „das bessere Essen hier [im KZ

<sup>1777</sup> Langhoff, Moorsoldaten, S. 201.

<sup>1778</sup> Ebd., S. 198.

<sup>1779</sup> Tuchel, Konzentrationslager, S. 190 f.

<sup>1780</sup> Kosthorst/Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager, u.a. Bd. 1, S. 284 ff. u. 338 ff.

<sup>1781</sup> Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors, Frankfurt/M. 1993, S. 135 f.

<sup>1782</sup> Suhr, Die Emslandlager, S. 98.

Esterwegen, P.Z.] und die frische Luft“ ihm sicher neue Kraft bringen würden.<sup>1783</sup> Nur wenig später berichtete er ihr, daß „Bewegung in Licht und Sonne“ dazu beitragen, daß er weniger mit „Mißstimmungen“ zu kämpfen habe und deutete damit an, daß das Lagerleben der vergangenen Monate keineswegs so positiv verlaufen war, wie es die durch die Zensur erzwungenen Formulierungen glauben machen wollten<sup>1784</sup>

Die Isolierung von der Außenwelt war ein Mittel, den Insassen der Konzentrationslager nachhaltig zu demonstrieren, daß sie dem ‚System‘ ohnmächtig ausgeliefert waren. Gemeinhin durchliefen die ankommenden Häftlinge zwei Phasen, und zwar erlitten sie zuerst den „Einlieferungsschock“, wie Elke Suhr in Anlehnung an Eugen Kogon diesen ersten Schritt bezeichnet. Bevor sich Lagerordnung, Unterkünfte, die zu leistende Arbeit in ihrem Schrecken entfalteten, mußten die Eintreffenden ein sadistisches Empfangsritual durchleben, das Langhoff und Wittfogel ausführlich darstellen, weil es offenbar eine traumatisierende Wirkung hatte. Nach dieser demütigenden, tief erschreckenden Erfahrung, bei der viele Gefangene auch von den hemmungslos prügelnden Wachmannschaften verletzt oder getötet wurden, erhielt sich der Schockzustand durch die ersten Begegnungen mit dem ‚Alltag‘ im Lager. Viele Häftlinge konnten diesem Druck nicht widerstehen, sie zogen sich in der Phase der „Anpassung“ auf sich selbst zurück, wurden apathisch, verstümmelten oder töteten sich in ihrer Verzweiflung selbst.<sup>1785</sup> Eine große Zahl der Häftlinge fand offenbar jedoch ausreichend Kraft, sich für das Überleben und Durchhalten konditionieren zu können. Dabei halfen oft auch die Kontakte zu politischen Freunden, die ebenfalls im Lager untergebracht waren und mit denen trotz permanenter Überwachung Gespräche und gegenseitige Hilfeleistung möglich waren.

Folgt man den wenigen überlieferten Aussagen von Mithäftlingen oder Bekannten, so kann angenommen werden, daß Theodor Haubach der zuletzt genannten Gruppe angehörte. Er berichtete selbst, daß er „mit seinem Pritschennachbarn Ossietzky ganze Nächte hindurch ‚Kurfürstendamm zu spielen‘ pflegte.“ Beide verabredeten sich in einem Lokal, bestellten „Essen und Getränke und führten in dieser imaginierten Umgebung politische Gespräche.“<sup>1786</sup> Die Fiktion half ihnen, Distanz zwischen sich und die bedrückende Realität ihrer Umgebung zu legen. Allein die Tatsache, daß diese ‚geistige Flucht‘ gelingen konnte, vermittelte Haubach vermutlich die Gewißheit, dem nationalsozialistischen Terrorregime eben noch nicht vollständig ausgeliefert zu sein. Vermutlich speiste sich aus dieser Erfahrung generell die Zuversicht, daß es dem totalitären Staat nicht gelingen werde,

<sup>1783</sup> Briefl. Mitteilung Julius Leber an Annedore Leber v. 19.5.1935, in: Leber, Julius: Schriften, Reden, Briefe; hrsg. v. Dorothea Beck u. Wilfried F. Schoeller. Mit einem Vorwort v. Willy Brandt u. einer Gedenkrede v. Golo Mann, München 1976, S. 288.

<sup>1784</sup> Briefl. Mitteilung Julius Leber an Annedore Leber v. 31.7.1935, in: Ebd., S. 289.

<sup>1785</sup> Suhr, Die Emslandlager, S. 140 f.

<sup>1786</sup> Grossmann, Kurt R.: Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963, S. 376. Diese Information erhielt Grossmann von Edwin Landau, einem Bekannten Haubachs seit der Heidelberger Studienzeit, der in diesem Kontext auch bereits oben zitiert wurde. Carl von Ossietzky, bereits Kandidat für den Friedensnobelpreis, wurde im Oktober 1935 in Esterwegen von Carl Jakob Burckhardt, Präsidiumsmitglied des Internationalen Roten Kreuzes, besucht und in einer erschreckenden körperlichen Verfassung angetroffen, bereits schwer erkrankt an Tuberkulose und gezeichnet durch körperliche Mißhandlungen. Der Schriftsteller Dieter Kühn entwickelte zum ‚Kurfürstendamm-Spiel‘ Haubachs und Ossietzkys fiktive Gespräche, in denen sie politische Themen erörtern: Kühn, Grenzen des Widerstands, S. 211 ff.

das Individuum ‚total‘ zu beherrschen und daß deshalb auch die gegenwärtige Herrschaft zu überwinden sei.

Es gibt Hinweise darauf, daß Haubach trotz aller schwerwiegenden, fast erdrückenden situativen Bedrängung, der alle Häftlinge ausgesetzt waren, auch die Kraft aufbrachte, seinen Mithäftlingen zu demonstrieren, daß sie individuell widerstehen müßten und einige sichtbar gegen die Willkür der Aufseher schützen konnte. Selbstverständlich schloß er sich bei Gesprächsrunden, in denen politische Themen diskutiert wurden, seinen sozialdemokratischen Kameraden an. Daneben existierten Kreise, die von kommunistischen Häftlingen gebildet wurden, die im Lager die Mehrheit stellten. Zwischen beiden politischen Gruppierungen kam es häufig zu ideologisch bestimmten Auseinandersetzungen, bei Reichsbannerleuten und Angehörigen des Rotfrontkämpferbundes hatten die jahrelangen, teilweise heftigen Fehden zwischen beiden Verbänden tiefe Erbitterung zurückgelassen, die selbst in der Gefangenschaft nicht weichen wollte. Haubach konnte sich offenbar zumindest in dieser Ausnahmesituation aus seiner kompromißlos antikommunistischen Haltung lösen. Darauf weist die Auskunft eines sozialdemokratischen Häftlings hin, der Haubach über die weiter bestehende ideologische Grenze hinweg als Kameraden charakterisierte, „der für sich selbst und andere eintrat.“<sup>1787</sup>

Diese Grundhaltung Haubachs wird von einem kommunistischen Häftling bestätigt, der sich daran erinnert, daß er als Neuankömmling wegen seines kleinen Wuchses „die besondere Aufmerksamkeit der SS auf sich zog.“ Haubach übernahm den Platz des Kameraden in der letzten und damit exponierten Reihe der Marschkolonne, „um ihn vor Mißhandlungen zu schützen.“ Dieser hatte – neu im Lager – zunächst gar nicht begreifen können, warum Haubach den Platz mit ihm getauscht hatte. Bemerkenswert ist zudem die Anmerkung dieses Mithäftlings, er habe später von seinen Nebenmännern über Haubachs Stellung im Lager erfahren: „An den Haubach trauen sie sich nicht heran, wenigstens nicht so leicht, denn der hat sich bei der Lagerverwaltung durchgesetzt.“<sup>1788</sup>

Diese wenigen erhaltenen Zeugnisse, die es ermöglichen, die insgesamt eineinhalbjährige Haft Haubachs differenzierter wahrnehmen zu können, bergen die Gefahr, daß sie mit ihrem positiven, fast ermutigenden Duktus zu einem beschönigenden Fazit führen. Abzulesen ist sicher, daß sich den Kern seiner Selbstidentität erhalten konnte, politisch engagiert und beispielhaft auftrat, in der Situation der Unterdrückung die im Wandervogel und als Soldat verinnerlichte Tugend des kameradschaftlich-solidarischen Handelns umsetzte und vielleicht auch die erwähnte Konfrontation mit der Lagerleitung durchstand. Doch der einschränkende Halbsatz, daß diese sich „wenigstens nicht so leicht“ an Haubach herangetraut habe, birgt die eigentlich entscheidende Aussage. Letztlich waren es Nischen, in die sich die Insassen der Konzentrationslager zurückziehen konnten, Versuche, sich wie mit dem ‚Kurfürstendamm-Spiel‘ zugleich den Kontakt zu einer anderen Zeit erhalten und von der Gegenwart abschirmen zu wollen, mit politischen Erörterungen die Fiktion eines staatlichen und gesellschaftlichen Neuanfangs zu bewahren: Allen diesen Aktivitäten gemeinsam war die Hoffnung auf ein Ende des nationalsozialistischen Regimes, eine für viele der Eingekerkerten lebensrettende Maxime. Vor allem aber brachten all jene, die ein Konzentrationslager in diesen Jahren lebend verlassen konnten, die Erkenntnis mit nach draußen, daß die Unter-

<sup>1787</sup> Suhr, S. 148. Die Verfasserin kann sich hier auf ein Interview mit Adolf Bender stützen.

<sup>1788</sup> Ebd., S. 148 f. Nach einem Interview der Verfasserin mit Albin Stobwasser.

drücker zwar vielleicht manchmal „nicht so leicht“ zuschlugen, daß sie es aber in jedem Augenblick tun konnten. Auch Haubach wußte, daß er sein Leben wie viele seiner politischen Freunde bereits auf der monatelangen Odyssee durch verschiedene Haftanstalten der Politischen Polizei hätte verlieren können.

Theodor Haubach bewies offensichtlich Mut und konnte moralisch-ethische Prinzipien bewahren, die ihm wichtig erschienen. Doch er mußte zugleich mit ansehen und hatte es am eigenen Leib erfahren, wie sich das neue System stabilisierte und an Effektivität gewann - ohne daß im übrigen der Großteil der Bevölkerung davon abgestoßen oder provoziert wurde. Die Androhung schwerer Strafen veranlaßte Haubach wie viele andere ehemalige KZ-Häftlinge, sich nicht über die Bedingungen der Haft zu äußern. Selbst enge Freunde, mußte August Rathmann feststellen, waren nicht bereit, „über ihre Erfahrungen im Lager auch nur andeutungsweise zu sprechen.“<sup>1789</sup> Es mag sein, daß Theodor Haubach zusätzlich der Schock und die tiefe Verbitterung den Mund verschlossen, weil er nach den Erfahrungen, die er

hatte machen müssen, die weder durch Rechtsnormen noch traditionelle moralisch-ethische Wertvorstellungen aufzuhaltende, allein dem eigenen totalen Machterwerb untergeordnete, absolut rücksichtslose Zielstrebigkeit der neuen Machthaber kennengelernt hatte. Vorgehen und Zielsetzung hatten barbarische Züge und kappten die Verbindung zu den von ihm als unersetzbar erachteten geistigen und kulturellen Wurzeln der Nation. Sie waren damit in seinen Augen sicher noch weit verachtenswerter als selbst die von ihm so vehement bekämpfte Ordnung des Wilhelminischen Reiches. Seine innere Verfassung einige Monate nach der Entlassung läßt eine verschlüsselte Passage aus einem Brief an die Freundin Alma erkennen: „Zum richtigen Schreiben bin ich aus äusseren und inneren Gründen nicht recht aufgelegt.“ Wenig später bedauert er in demselben Brief, daß er vorerst nicht nach Hamburg kommen könne – „es steht da manches im Wege.“<sup>1790</sup>

Wie alle Haftentlassenen mußte er sich zweifellos in kurzen Abständen bei der Polizei melden und war zudem mit einem Reiseverbot belegt worden.

Haubach wurde nach Auskunft der „Sistierkladde“ im Mai 1936 „überführt von Esterwegen“ und aus dem KZ Columbia-Haus „am 29.5.36 vorgeführt.“ Obwohl es nicht ausdrücklich vermerkt ist, wurde er vermutlich um dieses Datum herum dann auch aus der Haft der Gestapo entlassen.<sup>1791</sup> Während bei der Einlieferung im November 1934 noch als „Grund“ der Verhaftung „Illegale Tätigkeit“ genannt worden war, hieß es nun, ohne daß etwa ein Gerichtsverfahren stattgefunden hätte, „Vorber.[eitung] z.[um] Hochverrat“. Kaum war er aus der Haft entlassen, drückten ihn die Sorgen um die existentielle Sicherung für sich und seine Mutter. Die Anstellung als Versicherungsvertreter konnte er sicher nicht wieder aufnehmen, da sie ihm aus der Sicht der Politischen Polizei zu viele Kontaktmöglichkeiten eröffnete.

Seinem Freund Alfred Vagts, der in den USA lebte, signalisierte er, daß er auf dessen Hilfe hoffte. Er würde gern, schrieb er ihm, für ein amerikanisches Unternehmen die „deutsche Vertretung aufziehen.“ Sollte Vagts von einer solchen Gelegenheit erfahren, möge er ihn berücksichtigen, denn er fühle sich „nunmehr in allen kaufmännischen Dingen vollauf gewachsen“ und „in allen devisenrechtli-

<sup>1789</sup> Rathmann, Ein Arbeiterleben, S. 227.

<sup>1790</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L'Aigle v. 14.12.1936, ms. 2 S., in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de L'Aigle, Bd. 14.

<sup>1791</sup> Sistierkladde, in: SAPMO, RSHA, R 58/4250, Bl. 130/131.

chen Fragen firm.“<sup>1792</sup> Doch diese Hoffnung trog. Im September 1936 erhielt Haubach eine „Stellung in einer Höhensonnenfabrik“ und merkte der Freundin Alma gegenüber niedergeschlagen an: „verdiane mässig und hoffe auf bessere Zeiten.“<sup>1793</sup>

### **8.3 Strategie unter totalitärem Regime: überleben und widerstehen**

#### **8.3.1 Sich arrangieren in bürgerlichem Milieu: Lebensbedingungen**

Einen erheblichen Fortschritt in der Sicherung der Existenzgrundlage für die Mutter und für ihn selbst bedeutete fraglos die Anstellung, die Haubach 1938 bei seinem Bekannten aus Darmstädter Tagen, Viktor Bausch, fand. Dieser leitete mit seinen Brüdern eine Papierfabrik, deren Produktionsstätten im mecklenburgischen Neu-Kaliß lagen. Bausch, der für den kaufmännischen Bereich zuständig war, beschäftigte Haubach in der Berliner Geschäftszentrale mit der „Bearbeitung bestimmter Rohstofffragen, insbesondere im Verkehr mit den unzähligen Behörden, Wehrmachts- und Parteidienststellen.“<sup>1794</sup> Die Einstellung Haubachs war mit dem von Bausch durchaus wahrgenommenen Risiko verbunden, daß die Gestapo ihn weiterhin im Auge behalten würde – eine Aussicht, die dem Regimegegner Bausch nicht gefallen konnte. Wie sehr ihn diese Möglichkeit bewegte, ist an der Tatsache abzulesen, daß er den im Februar 1938 aus dreieinhalbjähriger KZ-Haft entlassenen Freund Carlo Mierendorff, der auch in der Papierfabrik ‚unterschlüpfen‘ wollte, diesen Wunsch „schweren Herzens“ abschlug.<sup>1795</sup>

Als Mitarbeiter wurde Haubach – auch vom Seniorchef des Unternehmens - sehr geschätzt. Die Intensität der Beziehung kennzeichnet Frau Bausch mit dem Hinweis, daß Theo Haubach „zur Familie“ gehört habe. Am Ende jeden Arbeitstages trafen sich Viktor Bausch und er in den Räumen der im ersten Sockwerk liegenden Privatwohnung der Bauschs, tranken Tee und diskutierten „intensiv und ausdauernd“ politische Fragen und philosophische Themen. Damit hatte Haubach einen ihm wichtig erscheinenden Bereich des Lebens wiedergewonnen.

Nach der Entlassung aus der KZ-Haft hatte Haubach für seine Mutter und sich eine Wohnung in der Bregenzer Straße, nahe dem Kurfürstendamm im Zentrum Berlins gelegen, gemietet.<sup>1796</sup> Sie habe, so erinnert sich Frau Bausch-von Hornstein, recht düster gewirkt, sei bürgerlich-traditionell - mit Schnitzereien versehene Möbelstücke und schwere, dunkle Tischdecken - ausgestattet gewesen. Ins Auge fielen die große Bibliothek und eine umfangreiche Schallplattensammlung. Das ‚Regiment‘ im Hause führte uneingeschränkt die Mutter Emilie Haubach, die, „klein und flink“, ihren Sohn umsorgte. Sie erledigte Einkäufe, bereitete das Essen und kümmerte sich um die Kleidung, alles Aufgaben, die Theo offenbar in der Art traditioneller Rollenverteilung auch gern von der Frau, hier also der Mutter,

<sup>1792</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Vagts v. 29.6.1936, in: Stadtarchiv Darmstadt, NL Theodor Haubach, ST 45.

<sup>1793</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 14.12.1936, in: Ebd.

<sup>1794</sup> Bausch, Viktor Th.: Erinnerungen, in: Hammer, Theodor Haubach, S. 56 – 59, S. 56.

<sup>1795</sup> Gespräch P.Z. mit Erika Bausch-von Hornstein, Jg. 1913, am 9.1.2000 in Berlin. Sie war die Ehefrau des inzwischen verstorbenen Viktor Bausch. Erika B.-v.H. veröffentlichte lebendig und kraftvoll erzählte, kritisch die Zeitumstände reflektierende, autobiographische Texte, u.a. von Hornstein, Erika: Der gestohlene Phoenix (Ullstein-Bücherei; 23021), Frankfurt/M. 1993.

<sup>1796</sup> Mitteilung des Landesarchivs Berlin, laut Auskunft der historischen Berliner Einwohnermeldekartei, vom 2.6.1999.

wahrnehmen ließ. Ohne die Mutter, die beispielsweise für „tadellose“, wenn auch nicht modische Kleidung sorgte – „immer Anzug und Krawatte“ –, hätte Haubach wahrscheinlich recht hilflos gewirkt, erinnert sich eine andere Bekannte jener Zeit.<sup>1797</sup>

Obwohl er ein recht gutes Gehalt bekam, sei das Geld ständig „knapp“ gewesen, große Anschaffungen oder ausgedehnte Urlaubsreisen schienen ausgeschlossen. Haubach, der offenbar in diesen Jahren gesundheitlich anfällig war, mußte häufig von Frau Bausch-von Hornstein zu Arztbesuchen gefahren werden, da das Geld für ein Taxi nicht zur Verfügung stand.<sup>1798</sup> Die finanziellen Voraussetzungen hatten sich durch die Anstellung bei Viktor Bausch zweifellos erheblich verbessert, nachdem er noch im Mai 1937 geklagt hatte, er habe „die ewige Knapserei reichlich satt“, aber sie scheinen noch nicht seinen Bedürfnissen gerecht gewesen zu sein.<sup>1799</sup>

Einen erheblichen Teil ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel investierte Haubach, um seiner Neigung für Musik, Philosophie und Literatur nachgehen zu können. In vielen Briefen an die Freundin Alma de L’Aigle erwähnte er seine Beschäftigung mit bestimmten Autoren oder rückte sie in den Mittelpunkt seiner Texte. So hob er einmal hervor: „In meiner knappen Freizeit lese ich viel, viel mehr wie [sic] früher, hauptsächlich Geschichte und musiziere auf dem Grammophon.“<sup>1800</sup> Ausführlich berichtete er der Freundin in einem anderen Brief, daß er sich „in buntem Durcheinander mit der Geschichte der Philosophie“ auseinandersetze und nannte dabei vor allem Spinoza und Descartes. Im selben Text zitierte er aus einem Gedicht, das sein „augenblicklicher Lieblingsdichter“ verfaßt habe.<sup>1801</sup> Einige Jahre später verwies er darauf, daß er sich bereits seit längerem „von den antiken Philosophen und von Hegel ausgehend“ intensiv mit Thomas von Aquin beschäftige.<sup>1802</sup> Nach der Zerstörung seiner Wohnung als Folge eines Bombenangriffs, bei der er auch seine gesamte Bibliothek verlor, bemühte er sich, seine Lektüre aus den Restbeständen von Freunden und Bekannten zusammenzustellen, ärgerte sich über eine Dante-Übersetzung, die „dichterisch schwach“ sei oder eine Platon-Ausgabe „für teetrinkende Damen“ – „aber gar kein Platon ist immer noch schlechter“ –, verkündete jedoch optimistisch: „Mit den wenigen Büchern, die ich jetzt noch habe, komme ich grossartig aus.“<sup>1803</sup> Auch in der Zeit der schweren Bombenangriffe auf Berlin und der sicherlich schweren psychischen Belastung, die die Widerstandstätigkeit bedeutete, besuchte er „Konzerte und Opern“, hoffte „auf Mozart und nochmals Bruckner“ und ärgerte sich darüber, daß ihm wegen eines Alarms ein Bruckner-Konzert „durch die Lappen gegangen“ sei.<sup>1804</sup> Gerade diese intensive kulturelle Beschäftigung, die ihm geistige Auseinandersetzung und Genuß war, bot offenbar die Möglichkeit, sich aus dem Alltag mit der ihn bedrän-

<sup>1797</sup> Gespräch P.Z. mit Bettina Hiob, früher: Nickel, am 18. u. 20.1. 2000. Sie war die persönliche Sekretärin Viktor Bauschs und gehörte auch zur ‚Familie‘.

<sup>1798</sup> Gespräch mit Erika Bausch-von Hornstein.

<sup>1799</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 5.5.1937, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14.

<sup>1800</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 14.12.1936, in: Ebd.

<sup>1801</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 21.7.1938, in: Ebd.

<sup>1802</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 29.3.1942, in: Ebd.

<sup>1803</sup> Brief Theodor Haubach an Rudi [Nachname nicht zu ermitteln] v. 1.5.1944, in: NL Wolfgang Frommel, verwaltet und freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Manuel R. Goldschmidt, Amsterdam.

<sup>1804</sup> Brief Theodor Haubach an Rudi v. 21.3.1944, in: Ebd.

genden politischen Wirklichkeit und der vermutlich stärker werdenden Bedrohung zu entfernen und sich auf sich selbst zurückzuziehen.

Doch Haubach suchte auch den Kontakt. So beteiligte er sich über einige Jahre bis in die Kriegszeit hinein an einem wöchentlich stattfindenden Kegelabend. Es traf sich ein Freundeskreis mit einem hohen Anteil von „Nichtariern“, wie eine Teilnehmerin berichtet.<sup>1805</sup> Die Akzentuierung der Unbeschwertheit und Fröhlichkeit, die die Atmosphäre dieser Runde ausmachten – „Da waren wir herrlich albern, Theo auch!“ –, lassen ahnen, daß dieses Vergnügen für den Augenblick ein notwendiges Ventil war und helfen konnte, den bedrückenden Alltag, die Auswirkungen des Krieges und die individuelle Angst vor der Verfolgung durch den NS-Terrorapparat zu kompensieren.

Es existiert eine andere Quelle, die über eine bemerkenswerte Initiative Haubachs Auskunft gibt. So hielt er „in seiner ehemaligen Wohnung jede Woche cercle“, wie sich einer der regelmäßigen Teilnehmer erinnert, und zwar „in den Jahren von 1942 bis Mitte 1944“ – nach der Ausbombung in einer Ausweichwohnung.<sup>1806</sup> Die Treffen empfand der Bekannte Haubachs als „Oasen in der braunen Wüste der Platttheit und politischen Unmoral.“ Erörtert wurden historische, wirtschaftliche und kulturelle Themen. Auch aktuelle Fragen diskutierten die Teilnehmer recht offen, doch Haubach ließ nichts von einer aktiven oppositionellen Tätigkeit erkennen. Er hatte zwar von der Tatsache seiner KZ-Haft berichtet, doch zugleich deutlich gemacht, daß er keinerlei Aufsehen erregen dürfe, und so wirkte er auf die Cercle-Teilnehmer „immer als ein sehr vorsichtiger Mann.“<sup>1807</sup> Zu den regelmäßigen Gästen zählten Apotheker, Ärzte, „Dichter“, hohe Verwaltungsbeamte, vorwiegend Mitglieder aus dem bürgerlichen und intellektuellen Milieu – auch eine größere Zahl von Frauen. Obwohl auch Carlo Mierendorff und Adolf Reichwein, der eng mit Haubach im Widerstand zusammenarbeitete, an verschiedenen Treffen teilnahmen, zeigte sich Robert Adamek „sehr überrascht“, als Haubach nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet wurde – eine so enge Verbindung des guten Bekannten zu Widerstandskreisen schien ihm unvorstellbar. Diese durchaus nachvollziehbare Reaktion läßt erkennen, daß zwar in fest umrissenen Kreisen als Schnittmenge eine regimekritische oder ablehnende Haltung – manchmal unausgesprochen – vorhanden war, daß sich aber die aktiven Widerständler intensiv abschotteten. Möglicherweise dienten die ‚Cercles‘ auch dazu, die Stimmung in der Bevölkerung zu erfahren oder vorsichtig ein regimefeindliches Potential zu stabilisieren, doch für Haubach ist anzunehmen, daß sie ihm vorwiegend, wenn nicht ausschließlich helfen sollten, sein Bedürfnis nach Kommunikation und nach geistigem Austausch zu erfüllen. Die Cercles lehnten sich eindeutig an die ‚jours‘ im Hause Max Webers an, bedeuteten für ihn die Bewahrung der Kontinuität, indem er – als Initiator – ein traditionelles bildungsbürgerliches Ritual zu bewahren bzw. zu revitalisieren trachtete, und zwar einem politischen Regime. Die hier wiedergegebene Form der Gesellung weist nach, in welchem starkem Maße Theodor Haubach die Verbundenheit zu diesem spezifischen sozialen Feld erhalten hatte. Die sie konstituierenden Teilnehmer und gesellschaftlichen Regeln des

<sup>1805</sup> Gespräch mit Bettina Hiob.

<sup>1806</sup> Brief Robert Adamek an Ger van Roon v. 3.2.1963, in: Sammlung Ger van Roon, IfZ, ZS/A – 18/1, hs. 4 Bl., Bl. 1 Rückts.

<sup>1807</sup> Ebd., Bl. 2 Rückts.

Umgangs wie auch eine spezifische Ebene und Auswahl der diskutierten Themen scheinen sein Lebensgefühl für einen ihm bedeutsamen Sektor widergespiegelt zu haben, waren ein außerordentlich wichtiges Element seiner Erwartung von der Teilhabe am Leben.

Offenbar arbeitete Haubach zeitweise an einem Buchprojekt „über Fahrradausflüge durch die Mark“, wie recht nüchtern Henry Goverts anmerkt.<sup>1808</sup> Mit einem solchen Vorhaben konnte der Autor sowohl seiner Leidenschaft für die Nutzung des Fahrrades wie der Liebe zur Natur Raum geben. Kurz vor dem Tod Mierendorffs, also im Herbst 1943, las Haubach aus dem Manuskript vor. In einem Brief an Alma hatte er Jahre zuvor bereits von seinen sonntäglichen Ausflügen mit dem Fahrrad „in die sommerlichen Wälder und an die angenehmen märkischen Seen“ geschwärmt. Er war sich der Fragilität dieser „sonderbare[n] Idylle in Mitten [sic] einer Welt der Untergänge und Umwälzungen“ durchaus bewußt und problematisierte anschließend sogleich in seiner typischen Art den Gesamtzusammenhang.<sup>1809</sup> Doch machen seine Reflektionen zugleich auch deutlich, welchen Wert der Rückzug auf die ‚Idylle‘ gerade in jener Zeit für ihn hatte: Er bot die Chance, durch das sinnliche Erleben an erfreulichere Abschnitte seines Lebens anknüpfen zu können, sie nachzuempfinden und mit ihnen die Hoffnung auf ‚bessere Zeiten‘, wie er es in anderem Zusammenhang formulierte, zu nähren. In das Bild paßt die Information, daß Haubach zu diesem Komplex ein Buch vorbereitete, der ihm adäquate Versuch also, in des Wortes doppelter Bedeutung Er-,Fahrenes‘ und Empfindungen zu verbalisieren und vermutlich ‚geistig‘ aufzubereiten. Wenig Eindruck machten die von Haubach vorgelesenen Passagen offenbar auf den Freund Carlo, der während der Lesung sanft einschlief, „wie er es damals zu tun pflegte, wenn ihn eine Sache nicht hundertprozentig anging“ – der Rezitator registrierte es „leicht gekränkt.“<sup>1810</sup>

Eine schwere persönliche Erschütterung bedeutete der Tod der Mutter im September 1939. Ein ausführlicher Brief, der wiederum an die Freundin Alma gerichtet war, spiegelt den emotionalen Aufruhr, den dieses Ereignis bei Haubach hervorrief. Bereits die äußere Form unterscheidet sich von vielen anderen Briefen Haubachs. Die Schrift wirkt vorwärtsdrängend, impulsiv, viele Wörter sind gestrichen und korrigiert. Auch wenn er an seinem „Pult“ während „der Geschäftszeit“ schreibt, so ist die formale Gestaltung sicherlich nicht damit zu erklären, daß er etwa in Eile war, sondern es bleibt der Eindruck einer heftigen Eruption. Hatte er während der Hamburger Zeit die Mutter hin und wieder gegen Vorwürfe Almas zu verteidigen versucht, so offenbarte er ihr jetzt, daß er die Mutter – „manchmal in schroffer Form“ – in die Rolle der immer verzeihenden, immer liebenden Frau gedrängt habe, die zudem alle mit der Haushaltung verbundenen Dinge zu regeln hatte.<sup>1811</sup> Er warf sich vor, ihrem Drängen nach Teilhabe an seinem Leben nicht nachgegeben zu haben, um abschließend in die Selbstanklage zu verfallen: „Manchmal frage ich mich fast, ob all meine Neigung zu ihr nichts war, als meine

<sup>1808</sup> Brief Henry Goverts an Ger van Roon v. 26.8.1964, in: Sammlung Ger van Roon, S. 2.

<sup>1809</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 29.7.1941, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14, S. 1 f.

<sup>1810</sup> Brief Henry Goverts an Walter Hammer v. 25.1.1955, in: IfZ, NL Walter Hammer, Bd. 48.

<sup>1811</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 7.10.1939, in: Ebd., hs. 5 S., S. 4. Der Brief ist auch in der Anthologie A.de L’Aigles: Meine Briefe von Theo, S. 35 – 37, enthalten. Diese Fassung läßt die oben beschriebene äußere Form allerdings nicht erkennen.

Neigung zu ihrem guten Essen + zu ihrem reinlichen, wohlversorgten Haushalt.“<sup>1812</sup> Rational läßt sich die Position Haubachs ohne Schwierigkeit nachvollziehen, daß er die Mutter von seinem Tätigkeitsbereich fernzuhalten versuchte. Möglicherweise hätte sein Selbstvorwurf eher darauf zielen können, daß er keine Anstrengungen unternahm, um mit ihr zusammen gemeinsam interessierende Unternehmungen zu initiieren. Für unseren Kontext läßt die emotionale, gegen sich gerichtete Suada freilich durchscheinen, daß Theodor Haubach offenbar auch bereits während der Weimarer Jahre darauf bedacht gewesen war, sich für seine vielfältigen politischen Engagements „den Rücken freizuhalten“ von lästigen alltäglichen und zeitraubenden Verrichtungen.

Wie sehr er sich an eine derartige Entlastung gewöhnt hatte, ist an der Tatsache ablesbar, daß er bereits kurz nach dem Tod der Mutter eine „Wirtschafterin“ einstellte. Diese umsorgte ihn offenbar in einer Weise, wie er es gewohnt war und schätzte, und erwies sich auch als politisch zuverlässige Vertraute.<sup>1813</sup> Ein Dankesbrief Haubachs aus der Gestapo-Haft an die „liebe gute treue alte Monika“ läßt die gute Beziehung, die sich zwischen beiden entwickelt hatte, deutlich erkennen.<sup>1814</sup>

### 8.3.2 Dissidenz in feindseligem Umfeld: Personen und Wegzeichen

Die von Haubach verfolgte Strategie, ein möglichst unauffälliges bürgerliches Leben zu führen und sich den wichtigsten der von den Machthabern geforderten Regeln zu unterwerfen, sich also formal ein- und anzupassen, war überlebensnotwendig. Menschen, die wie er während der Weimarer Republik prononciert ihre Stimme – und die Fäuste – gegen die Nationalsozialisten erhoben hatten und die bereits durch eine KZ-Haft stigmatisiert waren, mußten sich besonders unauffällig zeigen. Doch es waren keineswegs allein die Beamten der Politischen Polizei, die gefürchtet werden mußten, sondern es waren auch die Nachbarn, die Arbeitskollegen, alte Bekannte oder Verwandte, die sich potentiell in das Heer der Denunzianten einreihen konnten. Von einer typischen Situation berichtet die Haushälterin Haubachs, der schnell aufgefallen war, daß die Portiersfrau „den Nazis nahestand.“ Diese ärgerte sich über die vielen Besucher und drohte, ihre Beobachtungen der Gestapo zu melden, die sich ohnehin „öfter nach dem feinen Herrn“ erkundigen würde.<sup>1815</sup> Dieses Beispiel deutet auf eines der verschiedenen Motive von Denunzianten, nämlich Macht ausüben zu können, zumal dann, wenn dies gegenüber Vertretern ehemals privilegierter Schichten realisiert werden konnte. Es schloß sich bei diesen Menschen die Folgerung an, daß die neue Regierung mit der alten Bonzenwirtschaft aufgeräumt habe, doch sie übersahen oder wollten nicht wahrnehmen, daß schon längst ein neues hierarchisches System etabliert worden war, in das auch viele ehemals gesellschaftlich Mächtige integriert worden waren und das die Grundlage dafür abgab, Millionen in Europa zu verfolgen, zu ermorden und die Welt in einen Krieg mit verheerenden Folgen zu ziehen.

<sup>1812</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1813</sup> Edenhofer, Monika: Mein Chef Doktor Haubach, in: Hammer, Theo Haubach, S. 54 – 56.

<sup>1814</sup> Brief Theodor Haubach an Monika Edenhofer v. 6.1.1945, in: IISG Amsterdam, NL Paul Hertz, S.17.

<sup>1815</sup> Edenhofer, S. 55.

Generell ist festzustellen, daß Dissidenz, Verweigerung oder gar aktiver Widerstand sich in einem feindseligen Umfeld sozial isoliert fand. Hitler hatte spektakuläre Aktionen initiiert – u.a. die Wiedereingliederung des Saarlandes (Januar 1935), die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 1935), den Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands (März 1936), Olympische Spiele in Berlin (1936), den ‚Anschluß‘ Österreichs (März/April 1938) sowie die Konferenz von München mit der nachfolgenden Eingliederung des Sudetenlandes (Oktober 1938) und die Zerschlagung der Tschechoslowakei (März 1939) –, die von der Propaganda geschickt zu großartigen Erfolgen aufgebläht wurden. Wenn man den Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht grundsätzlich mißtraute oder ihnen zumindest mit Skepsis begegnete, waren diese Ereignisse dazu angetan, der breiten Bevölkerung tatsächlich zu signalisieren, daß die neue Führung nicht nur in der Lage war, die Bestimmungen des Versailler Vertrages außer Kraft zu setzen, sondern insgesamt die Reputation des Landes erheblich zu stärken. Da es auch wirtschaftlich zumindest dem äußeren Anschein nach zu einem Aufschwung kam, die Massenarbeitslosigkeit einem Arbeitskräftemangel wich, gewannen die Nationalsozialisten auch in der Arbeiterschaft zunehmend Zustimmung.<sup>1816</sup> Zudem war endgültig „der breite Mittelstand völlig dem Sog der nationalsozialistischen Propaganda erlegen.“<sup>1817</sup>

Nimmt man die Aussagen der vorliegenden Quellen zusammen, die für die Zeit der Entlassung aus der KZ-Haft bis in die erste Phase des Krieges reichen, so zeichnet sich deutlich das Bemühen Theo Haubachs ab, unbedingt seine Identität wahren zu wollen. Er widmete sich bewußt und intensiv seinen Interessen, fand Genuß in der ‚schönen Literatur‘ wie in der Musik und suchte sich in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Philosophen neue Kategorien und Räume des Denkens zu erschließen. Die anscheinend oft allein unternommenen Fahrradtouren in die weitere Umgebung Berlins, die seine Neigung zu körperlicher Ertüchtigung wie zu unmittelbarem Naturerleben spiegeln, komplettieren den Eindruck, daß er sich entschieden individualistisch von seinem Umfeld abschließen wollte. Auch die von ihm initiierten Cercles fügen sich in das Bild insofern ein, als Haubach mit ihnen offenbar die von ihm geschätzte bildungsbürgerliche ‚Kultur‘ zumindest in einem Bereich zu bewahren versuchte.

Außerordentlich vorsichtig und nur in vertrautestem Kreis äußerte er sich über die nationalsozialistischen Machthaber. In einen bereits zitierten Brief an Alma, in der er sich ausführlich über seine Lektüre der Philosophen ausließ, streute er unvermittelt eine Strophe aus einem Gedicht Friedrich Georg Jüngers ein, den er als „sonst sogar recht mässigen“ Dichter qualifizierte. Einige der Verse schienen jedoch sein Empfinden wiederzugeben: „Schmerzend hallt in den Ohren der Lärm mir, / mich widert der Taumel / Widert das laute Geschrei, das sich Begeisterung nennt.“<sup>1818</sup>

<sup>1816</sup> Vgl. u.a. Werner, Wolfgang: ‚Bleib übrig!‘. Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983.

<sup>1817</sup> Mommsen, Hans: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000, S. 29 – 52, S. 43.

<sup>1818</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 21.7.1938, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Dieser Brief ist auch in der Anthologie ‚Meine Briefe von Theo, S. 26 – 29, veröffentlicht.

Eine Vertiefung und Differenzierung seiner Haltung gegenüber dem Regime ist einem zweifellos verschlüsselten Text zu entnehmen, den er wiederum brieflich seiner vertrauten Freundin mitteilte. Seine Darstellung der politischen Situation kleidete er in einen Traum und gab ihr damit parabelartige Züge. Die Rolle der ‚Nazis‘, wie er sie in seinen Texten während der Weimarer Jahre apostrophiert hatte, übernahmen in dem Geschehen die „Luftgeister“.<sup>1819</sup> Sie waren „in das Land eingefallen“ und hatten – als „Windhosen“ auftretend - erhebliche Zerstörungen angerichtet. Die von ihnen angerichteten Schäden waren zwar nur materieller Art, doch der in dem Traumgeschehen agierende Haubach mußte feststellen, daß die Menschen um ihn herum diesem „Dämonenpack“ mehr und mehr verfielen. Als er sie einmal zu Gesicht bekam, erkannte er, daß es sich um sieben- bis zwölfjährige Kinder handelte, die alle auf schreckliche Weise „verküppelt“ und „verdorrt“ erschienen. Er versuchte, ihnen heftig ins Gewissen zu reden, doch sie antworteten ihm, „einen erbärmlichen Zug“ abgebend, daß sie zu ihren Taten gezwungen würden.<sup>1820</sup> Haubach selbst nahm im Ablauf des Geschehens durchgängig die Rolle des distanzierten Beobachters ein, der die Reaktionen seiner Mitmenschen auf diese Bedrohung höchst irritiert verfolgte. Von diesen um Rat gefragt, verwies auf die seiner Meinung nach einzig denkbare Lösung: „Man muß sich auf die Seite Gottes stellen.“<sup>1821</sup> Wenn er mit seinen Vorstellungen sogleich auch nicht durchdrang, so bewegte sich die Handlung doch langsam einem versöhnlichen Ende zu. Ein Mädchen aus dem Schwarm der Luftgeister erschien ihm völlig gesundet, außerdem verringerten sich die Attacken der Angreifer, und Haubach erwachte „mit dem deutlichen Gefühl“, daß sich die Menschen „mit der Zeit“ doch von ihm überzeugen lassen würden.<sup>1822</sup>

Diese Parabel legt vermutlich doch einige wichtige Linien der Vorstellungen Haubachs zur politischen Situation bloß. Zunächst entspricht die Rolle, die er sich selbst in dem Geschehen zuschreibt, dem Selbstverständnis, das sich über Jahre in seinen Schriften und in seinem politischen Handeln konkretisierte: der abständig Betrachtende, kühl Analysierende, bereit zu geistiger Führung der Mitmenschen. Die Heerscharen der nationalsozialistischen Mitläufer, obwohl rigide und zerstörerisch vorgehend, wurden von einer kleinen Clique gesteuert. Dieses Bild mag prinzipiell mit der Wirklichkeit übereinstimmend gewesen sein, doch vor dem Hintergrund einer sich auflösenden Gewaltherrschaft schätzte Haubach hier das Potential der bereits etablierten nationalsozialistischen ‚Ordnung‘ als zu gering ein, sie löst sich letztlich unrealistisch widerstandslos – eben traumhaft - auf, ebenso unrealistisch wie die dem Text zu entnehmende Hoffnung auf ein Ende der nationalsozialistischen Herrschaft.

Inwieweit die Deutung des Traums die Einschätzung der realen Verhältnisse widerspiegelt, ist nicht zu bestimmen. Mit seiner optimistischen Vision von einer langsamen Erosion des Systems zusammen mit der ihm selbst zugeschriebenen Funktion nährte Haubach eher eigene Hoffnungen, vermutlich sah er in dieser Phase keine Chance für einen bewußt herbeigeführten Sturz des Diktators. Zusätz-

<sup>1819</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 8.1.1939, ms. 3 S. Vgl. auch ‚Meine Briefe von Theo Haubach‘, S. 29 – 34.

<sup>1820</sup> Ebd., S. 2.

<sup>1821</sup> Ebd.

<sup>1822</sup> Ebd., S.3.

lich festgehalten in der selbstgewählten Isolierung wurde er durch das monatelange Siechtum der Mutter vor ihrem Tod und eigene schwere Erkrankungen.<sup>1823</sup>

Nur wenige Monate nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges offenbarte er der Freundin brieflich, daß er sich „in einer Krise“ befinde und fügte, sie beschreibend, hinzu: „So ernst und stark war sie noch nie.“<sup>1824</sup> Der Auslöser dieser tief deprimierten Stimmungslage war eine erneute Verhaftung durch die Gestapo. Nachdem er dargelegt hatte, daß ihm im Jahr 1939 durch eigene Erkrankung und die der Mutter sowie deren Tod bereits erheblich zugesetzt worden sei, berichtete er Alma, daß zudem „die alte Krankheit von 1934“ wieder aufgebrochen sei. Diese hatte auch „höchstes Fieber“, wie er sich ausdrückte, mit sich gebracht und einen achttägigen Krankenhausaufenthalt notwendig werden lassen.<sup>1825</sup> Alma de L’Aigle löst diese letzten Formulierungen als Verschlüsselung auf, die zwischen beiden offenbar verabredet waren. Danach war er für acht Tage inhaftiert – „1934“ – und dabei auch Folterungen – „höchstes Fieber“ – ausgesetzt gewesen. Nach internen Aufzeichnungen der Gestapo wurde Theodor Haubach, u.a. neben Carl Severing, Paul Löbe, Carlo Mierendorff, in einer Liste ehemaliger SPD-Politiker geführt, die nach Ausbruch des Krieges „vorläufig“ festzunehmen seien.<sup>1826</sup>

Eine Wunde am Bein mußte weiterhin ärztlich behandelt werden, doch gravierender und elementarer wirkten sicher das Empfinden und die Gewißheit nach, jenen total ausgeliefert zu sein, die er über Jahre politisch heftig bekämpft hatte und die nun uneingeschränkt wie zutiefst inhuman die Macht ausübten und auch in seine Existenz einzugreifen vermochten. Haubachs Verzweiflung zeigte sich, indem er zurückblickend „von einem verpfuschten Leben“ sprach, weil er sich nicht mehr sicher war, ob „alles, was ich wollte, was ich glaubte und in redlicher Überzeugung tat“, richtig oder falsch gewesen sei. Er gehörte zu jener großen Zahl bekannter politischer Oppositioneller, die in den Wochen nach dem Kriegsbeginn verhaftet, verhört und eingeschüchtert worden waren. An seinem Beispiel ist zu ermessen, in welchem starkem Maße das Vorgehen der Gestapo auch die von ihr intendierte Wirkung zeigte: Die Methoden der Verhörenden, die Furcht vor erneuter KZ-Haft, die Unsicherheit über eine jederzeit mögliche Verhaftung verbreiteten Angst, lähmten und veranlaßten die Betroffenen an den Werten zu zweifeln, die ihnen Richtschnur (gewesen) waren.

Theodor Haubach gelang es, in den folgenden Monaten diese schwere psychische Belastung zumindest insoweit zu überwinden, als er offenbar nicht weiter die eigene Identität in Frage stellte, sondern sich mit der Hilfe seines Freundeskreises stabilisierte. So verbrachte er die Jahreswende 1939/40 mit dem Heidelberger Freund Emil Henk, in dessen Hütte im Allgäu. Noch im Frühjahr 1940 schwärmte er von der winterlichen Kur, die ihn „wieder prächtig auf die Beine gestellt“

<sup>1823</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 2.8.1939, in: De L’Aigle, *Meine Briefe*, S. 34.

<sup>1824</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 7.12.1939, in: De L’Aigle, *Meine Briefe*, S. 38 f.

<sup>1825</sup> Ebd., S. 38.

<sup>1826</sup> Interne Aufzeichnungen der Gestapo v. 1.9.1939 über eine Liste vorläufig festzunehmender SPD-Politiker, A-Kartei, v. 29.8.1939, zit. n.: ‚Der Kreisauer Kreis‘. Porträt einer Widerstandsgruppe, Begleitband zu einer Ausstellung.d. Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bearb. v. Wilhelm Ernst Winterhager, Mainz 1985, S. 47.

habe.<sup>1827</sup> Diese optimistische Aussage bezog sich sicherlich nicht allein auf seine körperliche Konstitution. Er gewann seine geistige Spannkraft zurück, wollte sich neben der täglichen Arbeit vorwiegend mit der Philosophie, der Kunst und Literatur beschäftigen und fühlte „das Bedürfnis nach Einsamkeit.“ Nur mühsam konnte er sich offenbar gegen den oft umtriebiger-dynamischen Freund Mierendorff wehren, der ihm „in der besten Absicht [...] immer wieder Leute ins Haus schleppte, woran ich im Augenblick gar keinen Geschmack habe.“<sup>1828</sup> Primär veranlaßte Carlo sicher die Sorge um die Wiederherstellung des Freundes dazu, diesen „immer wieder“ mit anderen Menschen zusammenzubringen, doch er wollte fraglos nicht tatenlos zusehen, wie Freund Theo sich in individualistischen Neigungen vergrub. Dieser sollte und mußte weiter den Kreis der Widerständler stärken helfen, die im Volk eine verschwindende Minderheit ausmachten.

Die Stimmung, in der sich Haubach in dieser Phase befand, illustrieren seine Bemerkungen, daß die Tage „glatt und ereignislos“ vorbeirinnen würden, daß er „diese Monotonie“ jedoch keineswegs bedauere, sondern sie spare „Nerven und konserviert einem [sic].“<sup>1829</sup> Spöttisch-vorwurfsvoll – „mir nie ganz verständlich“ – verglich er die Freundin mit einer „Maus, die dem Drachen den Krieg erklärt“, weil sie sich „für das tätige Leben entschieden“ hatte.<sup>1830</sup> Apodiktisch setzte er die Maxime dagegen, daß es sich „für Menschen unserer Art“ zieme, „uns in der herrlichen Tugend der Geduld und des Gehorsams zu üben.“ Mit Entschiedenheit hielt er Alma entgegen, daß „die Zeit zum Handeln“ möglicherweise wiederkommen werde, doch „jetzt ist sie nicht da.“<sup>1831</sup>

Es hat den Anschein, als habe sich Theodor Haubach in dieser Phase mit der Art des Lebens arrangiert, mit dem intensiven Einsatz am Arbeitsplatz, der geistigen Auseinandersetzung mit Literatur und Philosophie, der Freude an der Musik wie am Genuß ausgedehnter Ausflüge mit dem Fahrrad. Zurückblickend ordnete er das Jahr 1941 als eine Zeitspanne ein, die ihn „äusserlich und innerlich zum Fortschreiten gebracht“ und „eine seltene Übereinstimmung zwischen *vita activa* und *vita contemplativa* erzielt“ habe.<sup>1832</sup> Vermutlich neigte er der Auffassung zu, daß er das Regime ‚überwintern‘ könne und setzte darauf, daß man „Hitler und seine Bande nur durch einen verlorenen Krieg“ loswerden könne.<sup>1833</sup>

Doch dieser Aussicht standen die anfänglichen Erfolge der Wehrmacht im Westen gegenüber. Außerdem war dem Militärexperten Haubach nach dem Überfall auf die Sowjetunion seit dem 22.6.1941 sicherlich klar, daß damit der Krieg auf jeden Fall unabsehbar prolongiert werden würde. Es gibt für die folgende Zeit dann

<sup>1827</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 19.3.1940, in: De L’Aigle, *Meine Briefe*, S. 39 – 41, S. 40.

<sup>1828</sup> Ebd., S. 40 f.

<sup>1829</sup> Brief Theodor Haubach v. 29.7.1941, S. 1. Die Transkription in ‚*Meine Briefe von Theo*‘, S. 46 – 48, S. 46, ist in dieser Passage ‚geglättet‘ worden, ohne daß allerdings der Inhalt tangiert wurde.

<sup>1830</sup> Alma de L’Aigle betreute offenbar Hamburger Kindergruppen, die in der Kriegszeit im Rahmen der Kinderlandverschickung in ländliche Gebiete ‚verschickt‘ wurden; weitere Anmerkungen Haubachs in diesem Brief v. 29.7.1941, S. 3, lassen diesen Schluß zu.

<sup>1831</sup> Brief Theodor Haubach v. 29.7.1941, S. 2.

<sup>1832</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 24.1.1942, hs. 4 S., S. 3, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Vgl. auch ‚*Meine Briefe von Theo Haubach*‘, S. 50 – 53.

<sup>1833</sup> Diese Formulierung hatte Haubach zwar vor Ausbruch des Krieges gegenüber einem norwegischen Freund gebraucht, doch diese Hoffnung mag ihn zunächst weiter begleitet haben; vgl. Castrum Peregrini, 37 (1988), H. 184-185, S. 125.

auch keine Passage in seinen Briefen, die ähnlich wie in der gerade zitierten Sequenz individuelle Zufriedenheit demonstrierte, Zufriedenheit freilich, von der Haubach wußte, daß sie auf dem Rückzug in eine Nische basierte, die von ihm eine gesellschaftliche und politische Welt fernhielt, die er vehement ablehnte und verachtete. Stärker drängten sich wieder Bilder in den Vordergrund, mit denen er das Wirken der Nationalsozialisten zu beschreiben suchte. Exemplarisch sei auf einen Brief Haubachs verwiesen, in dem er seine Einschätzung der Werke des niederländischen Malers Brueghel [auch: Bruegel wie bei Haubach] mit der Darstellung seines Umfeldes verband. Wie es der Niederländer in einigen Gemälden in der Tradition Hieronymus Boschs wiedergab, sah Haubach Deutschland von apokalyptischen Mächten beherrscht und registrierte „die der Bindung und der Zucht des Göttlichen entronnenen Massen“, die wie „eine Kreuzung aus Ungeziefer und Menschenwesen“ das Bild der Stadt beherrschten: „Fahre nur in der Strassenbahn.“<sup>1834</sup> Brueghel habe, so Haubach unverschlüsselt, „mit der richterlichen Sicherheit des Propheten“ den Beginn und das Ende des Massenzeitalters vorausgesehen, einer Epoche also, in die sich Haubach hineingestellt sah. Die Menschheit als Verkörperung des Fratzenhaften, Dämonischen, des Bösen und Zerstörerischen bei Brueghel sei keineswegs ein Produkt der Künstlerphantasie, resümierte Haubach, sondern „beschworene Wirklichkeit.“ Er sah sich einem „Strafgericht“ ausgesetzt. Auch wenn er in der Beschreibung zerstörerischer Mächte und einer zerstörten Menschheit verharrte, so drängte er die Freundin – „verstehst Du“ - in den Schlußsätzen, die Botschaft dieses Malers zu verstehen: „der Bruegel ist jetzt so [wie im Orig., P.Z.] wichtig für uns!“<sup>1835</sup>

In der Kette der brieflichen Äußerungen Haubachs mutet der zuletzt zitierte Text wie eine schonungslose Bestandsaufnahme an, die die Vermutung nahelegt, daß er erkannt hatte, das Leben in einer selbstgewählten Isolierung nicht fortführen zu können. Im Laufe des Jahres 1942 entschied er offenkundig, sich intensiv an der Tätigkeit im Widerstand zu beteiligen. Auf die möglichen Motive und Impulse, die ihn dazu drängten, soll später eingegangen werden. Hier sei noch aus einem bewegenden Dokument – wiederum ein Brief an Alma - zitiert, das in der ersten Phase nach seiner Entscheidung entstand. Es bildet einerseits die Unumkehrbarkeit seines Beschlusses ab, nämlich „den Weg der Wahrheit [zu] gehen“, wohl wissend, daß auf ihm „das Schwere schwer, das Steile steil, das Steinige steinig“ werde.<sup>1836</sup> Außerdem offenbarte Theo Haubach seiner Freundin gegenüber seine Verzagtheit und seine „Angst“ und merkte an, daß er es gelernt habe, sich auch als Mann seiner Tränen nicht schämen zu müssen. Die Situation habe ihn gelehrt, sich wieder seinem Glauben zuzuwenden und sich „auf die Knie zu werfen“. Zuversicht und Kraft suchte er zudem in den Texten Friedrich Hölderlins und Stefan Georges zu finden, jenen Dichtern, die ihn über lange Zeit bereits ‚begleiteten‘. Als bemerkenswert ist hervorzuheben, daß das Gedicht Georges, aus dem Haubach zitierte und das er dem Brief an Alma beilegte, die Wirkungen der dunklen Mächte – „der Fürst des Geziefers“ – beschwört.<sup>1837</sup>

<sup>1834</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 6.12.1942, ms. 2 S., in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14, S. 1.

<sup>1835</sup> Ebd., S. 2.

<sup>1836</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 14.2.1943, hs. 2 S., in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14. Vgl. auch ‚Meine Briefe von Theo‘, S. 61 – 63.

<sup>1837</sup> Vgl. De L’Aigle, Meine Briefe, S. 62.

Wie alle seine kritischen Äußerungen der vorangegangenen Jahre belegt auch die Wahl des Textes von Stefan George, daß Theo Haubach den Wunsch und später den Willen bekundete, daß das Regime abgelöst werden müsse. Dessen zersetzende Gewalt hatte alle ihm bedeutsam erscheinenden ethischen Werte und Normen zermalmt und auch seine politische Vision von der Volksgemeinschaft und sozialen Demokratie geradezu auf den Kopf gestellt, indem das „Volk zur Masse, Mensch zur Larve“ verwandelt würden.<sup>1838</sup> Doch die Entscheidung, sich letztlich auch in ein Netz des Widerstandes einzubringen, war mit einem – das weisen seine Texte aus - außerordentlich schmerzhaften Prozeß verbunden. Wer wie Haubach nicht allein das alltägliche, stringent in alle Lebensbereiche hineinragende Überwachungssystem der Nationalsozialisten, sondern ‚am eigenen Leib‘ deren Schergen erlebt hatte, zu dessen Leben gehörte fortan zweifellos – ganz im Sinne der Machthaber - eine existentielle Angst. Die Hypothese sei gewagt, daß Haubach für den ‚Schritt zum Handeln‘ eines weiteren Impulses bedurfte. Der Wunsch, in dieser Lebenskrise, in seiner Verzagtheit Halt und Zuversicht bei Hölderlin und George zu finden, weist aus, in welchem Maße er das Normensystem einer bildungsbürgerlich-intellektuellen Schicht internalisiert hatte. Zu den Personen der Gruppierungen des Widerstandes, zu denen Haubach Kontakte unterhielt oder aufnahm, gehörten zahlreiche Vertreter eben dieses sozialen Feldes. Seine Adhäsionskraft mag Haubachs Schritt entscheidend katalysatorisch angestoßen haben, wie er wegen seiner Zugehörigkeit zu ihm möglicherweise in diesem Umfeld akzeptiert wurde.

Den Respekt vor dem so oft apostrophierten ‚Widerstandskämpfer‘ Theodor Haubach kann der hier dargestellte, in seinen Briefen authentisch und differenziert nachzuvollziehende Lebensabschnitt – eindeutig und fest in seiner dissidenten Grundhaltung, dabei schwankend zwischen dem Wunsch nach individuellem Rückzug und der Erwartung an sich, am Sturz Hitlers bzw. an der Gestaltung einer neuen staatlichen Ordnung mitwirken zu müssen – nurmehr, wenn das dann möglich ist, erhöhen.

## **8.4           Mitarbeit im ‚Kreisauer Kreis‘**

### **8.4.1         Annäherung**

Die Deutung verschiedener Aussagen Haubachs in den Briefen der Jahre 1939 bis 1942, die oben als Zeichen tiefer Verzweiflung und der Bedrohung wie auch als Versuche interpretiert wurden, sich wie zum Schutz in eine ‚private‘ Nische zurückziehen zu wollen, wird von einem seiner engsten Freunde bestätigt. Rückblickend gab Emil Henk den Eindruck wieder, daß Theodor Haubach, „dieser straffe und energische Mann“, in dieser Phase „sich der fürchterlichen Wirklichkeit gegenüber nicht mehr so eisern, so genial überlegen, so distanziert und souverän“ habe behaupten können. Diese Veränderung sei auch dem Freundeskreis nicht entgangen, so Henk, und deshalb habe man ihn „jahrelang“ nicht in die Planungen zum Sturz Hitlers einbezogen.<sup>1839</sup> Wenn diese Anmerkungen wie in vielen anderen Erinnerungen oder Darstellungen auch zu Unrecht den Eindruck provozieren, als habe über die Jahre eine in sich geschlossene Widerstandsgruppierung mit klaren Plänen existiert, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die von

<sup>1838</sup> Brief Theodor Haubach v. 6.12.1942, S. 1.

<sup>1839</sup> Henk, Emil: Rede, Ms., ms. 10 S., in: IfZ, Bestand ‚Stiftung Hilfswerk 20. Juli‘, ED 715, S. 7.

Henk registrierte, von Haubach offenbar gewollte Isolierung von den Freunden als eindrucksvolle Zäsur empfunden worden war.

Der Haubachsche Rückzug bedeutete jedoch keineswegs, daß er alle Verbindungen zu den alten Freunden abgebrochen hätte. Der bereits einmal zitierte Robert Adamek, häufig Teilnehmer der Cercles in den Wohnungen Haubachs, berichtete beispielsweise, daß er über die Kontakte zu Mierendorff und Haubach in Kreise eingeführt wurde, in denen er Ludwig Schwamb, Julius Leber, Gustav Dahrendorf und auch Wilhelm Leuschner kennenlernte. Sie alle beteiligten sich aktiv an Widerstandsaktivitäten, bei den von Adamek erinnerten Begegnungen handelte es sich jedoch eindeutig um ‚gesellschaftliche‘ Ereignisse, denn die Ehefrauen waren jeweils auch eingeladen.<sup>1840</sup>

Theo Haubach blieb also Teil dieses Kreises, signalisierte jedoch deutlich, so ist zu vermuten, daß er zu intensiverer politischer Arbeit nicht bereit sei. Das Geflecht personaler Beziehungen hielt ihn, möglicherweise auch in der Hoffnung, daß es sich um eine vorübergehende ‚Zurückhaltung‘ handeln könne. Theo bewahrte die vielen Kontakte nachweisbar bei. Aufenthalte außerhalb Berlins im Ferienhaus Emil Henks im Allgäu oder dem Domizil des Schriftstellers Gerhart Pohl im Riesengebirge boten die Möglichkeit des Rückzuges, der Besinnung wie des Austausches mit Freunden. Pohl hat in einem nur unzureichend verschlüsselten Roman diese Jahre verarbeitet. Carlo Mierendorff als Golo Meiendorf und Theodor Haubach als Kuno Laubach als Mitglieder des „Ronsdorfer Ringes“ [d.i. der Kreisauer Kreis] werden freundschaftlich heroisiert, bilden freilich nur die Staffage zu einer weit ausladenden Autobiographie, in der der Autor verquält eigene Meriten ausbreitet und sich einem Dichtertitanen, „dem großen Merlin“, nämlich Gerhart Hauptmann, hymnisch verklärt unterwirft.<sup>1841</sup> Zu entnehmen ist der Darstellung immerhin, daß seit 1940/41 auch Theo diesen ‚Außenposten‘ nutzte, um konspirativ tätig zu sein. So überredete er eine Bekannte beispielsweise dazu, seinen vermutlich überwachten Briefwechsel teilweise über ihre Adresse umzuleiten. Außerdem erinnert sich der Verfasser an unvorbereitet auftauchende Boten bzw. Zwischenträger von Nachrichten, die schemenhaft erschienen und mit bestimmten Aufträgen wieder verschwanden. Haubach und Mierendorff hielten sich in der ‚Fluchtburg‘ gemeinsam im September 1940 auf, verbrachten einige Zeit im Sommer 1941 dort, Haubach war dann wieder Gast im September 1942 und Februar 1943.<sup>1842</sup>

Carlo Mierendorff blieb zweifellos der Freund, der ihm auch weiterhin am nächsten stand. Der oben zitierte resignierende Hinweis Haubachs darauf, daß dieser ihm auch in Zeiten tiefer Niedergeschlagenheit immer neue Menschen ins Haus „schleppte“, mag darauf hindeuten, daß Carlo sein eigenes Vorgehen entweder als eine Art Therapie für Theo verstand oder ihn aber – robust, dynamisch und mit einigem Sendungsbewußtsein ausgestattet – direkt für die laufenden Aktivitäten gewinnen wollte. Carlo hatte seine engen Kontakte zu Wilhelm Leuschner nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager (Februar 1938) wiederaufgenommen. Beide tarnten sich ähnlich wirkungsvoll: Leuschner gründete einen kleinen Be-

<sup>1840</sup> Brief Robert Adamek an Ger van Roon v. 3.2.1963, S. 2 Rückf. u. S.3.

<sup>1841</sup> Pohl, Gerhart: Fluchtburg, Berlin 1955. Vgl. zu Pohl die kongeniale, weil wenig erhellende Biographie: Hofmann, Werner: Gerhart Pohl. Werden und Wirken, Berlin/Stuttgart o.J. [1962].

<sup>1842</sup> Brief Gerhart Pohl an Ger van Roon v. 17.2.1964, in: IfZ, Sammlung Ger van Roon, ZS/A – 18/6.

trieb, der bald bedeutsame Entwicklungen für die Marinetechnik vorweisen konnte, und Mierendorff wurde Angestellter eines rüstungswirtschaftlichen Unternehmens.

Während Leuschner still und beharrlich die oben bereits erwähnten Kontakte zu ehemaligen Gewerkschaftlern erhielt und ausbaute, suchte Mierendorff seinen Aktionsradius offenbar gezielt zu erweitern. Gemeinsam mit Freund Theo hatte er bereits im Sommer 1927 im Hause Zuckmayers nahe Salzburg Helmuth James Graf von Moltke kennengelernt.<sup>1843</sup> Diese Begegnung war auf den damals knapp zwanzigjährigen Moltke ohne großen Eindruck geblieben, er erinnerte sich nicht daran.<sup>1844</sup> Doch spätestens seit dem Sommer 1941 beteiligte sich Carlo an Treffen, die von Moltke initiiert hatte.<sup>1845</sup> Mit einer weiteren bedeutenden Persönlichkeit der ‚Kreisauer‘, dem Juristen und Beamten des Auswärtigen Amtes Adam von Trott zu Solz, wurden Haubach und Mierendorff vermutlich bereits zu Anfang der dreißiger Jahre im Umfeld der Neuen Blätter für den Sozialismus bekannt.<sup>1846</sup>

Gute Kontakte hielt Mierendorff auch zu Julius Leber aufrecht. Der war im Mai 1937 nach über vierjähriger KZ-Haft entlassen worden, trat als Mitinhaber in einen kleinen Kohlenhandel ein und machte das eher schäbige Büro in Zehlendorf zu einem konspirativen Treffpunkt.

Ein alter Freund aus der Zeit der gemeinsamen Aktivitäten im Republikanischen Studentenbund, Willi Brundert, stellte Anfang 1940, wie er sich erinnert, den Kontakt zwischen dem Freundespaar Theodor Haubach und Carlo Mierendorff mit Adolf Reichwein her.<sup>1847</sup> Reichweins Vita, Jg. 1898, weist eine Reihe ähnlicher Komponenten wie die Haubachs auf. Er engagierte sich im Wandervogel, meldete sich 1916 als Kriegsfreiwilliger, wollte die Strukturen des Wilhelminismus überwinden und wünschte ein Ende „des deutsch-französischen Mißtrauens.“<sup>1848</sup> Während seines Studiums war er Mitglied des Stefan-George-Kreises in Marburg. Er ging in die Erwachsenenbildung, leitete die Volkshochschule in Jena zwischen 1923 und 1926 und engagierte sich intensiv für neue Formen der Bildung – Verbindung der Arbeiterschaft mit den Universitäten – wie für den Ausbau der vorhandenen Einrichtungen. Rastlos initiierte er Tagungen und ausgedehnte Lager, in denen er junge Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten zusammenbrachte. Erst nach dem verheerenden Ergebnis der Septemberwahl 1930 trat er der SPD bei. Die Professur für Pädagogik erkannten ihm die Nationalsozialisten 1933 ab, er wurde als Lehrer an eine einklassige Dorfschule in der Nähe Berlins versetzt – von ihm bis zum Ende dieser Aufgabe 1939 übrigens nicht als ‚Strafe‘ empfunden, sondern als Chance begriffen, seine pädagogischen Fähigkeiten weiter zu entwickeln. 1939 wurde Reichwein als Museumspädagoge an das

<sup>1843</sup> Zuckmayer, Als wär’s, S. 73 f.

<sup>1844</sup> Moltke, Freya von/ Michael Balfour/Julian Frisby: Helmuth James Graf von Moltke 1907 – 1945, Berlin 1984 [Orig.: Helmuth von Moltke – A leader against Hitler, London 1972], S. 89.

<sup>1845</sup> Ebd., S. 192.

<sup>1846</sup> Schott, Andreas: Adam von Trott zu Solz: Jurist im Widerstand. Verfassungsrechtliche und staatspolitische Auffassungen im Kreisauer Kreis, Diss. Hamburg, Paderborn et al. 2001, S. 83.

<sup>1847</sup> Brief Willi Brundert an Walter Hammer v. 20.10.1957, in: IfZ, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 96. Vgl. zu den freundschaftlichen Beziehungen Haubachs zu Brundert auch: Brundert, Willi: Von Weimar bis heute, Hannover 1965, S. 61. Brundert (1912 – 1970) wurde 1949 in der DDR verhaftet, verurteilt und floh nach achtjähriger Haft in die Bundesrepublik; 1964 – 1970 Oberbürgermeister von Frankfurt/M.

<sup>1848</sup> Henderson, James L.: Adolf Reichwein, Stuttgart 1958, S. 32.

Staatliche Museum für deutsche Volkskunde in Berlin versetzt und wirkte hier bis zu seiner Verhaftung 1944.<sup>1849</sup>

Verbindung unterhielt Haubach offenbar auch einige Zeit zu den Protagonisten des ehemaligen ‚Klubs vom 3. Oktober‘. Nach der Emigration Hans Robinsohns nach Dänemark 1938 koordinierte Ernst Strassmann die Aktivitäten einer reichsweit etwa 60 Personen umfassenden Gruppe. Deren Arbeit wurde entscheidend beeinträchtigt, nachdem Strassmann 1942 von der Gestapo verhaftet worden war. Die Schlagkraft dieser Gruppierung darf freilich nicht zu hoch angesetzt werden. Zwar benannte Strassmann in einer Aufzeichnung nach dem Kriege einige wichtige Aufgaben, die geleistet worden seien – u.a. „Bindeglied zwischen der militärischen und politischen Opposition“ oder „besondere Verbindung mit der Arbeiterschaft des Elektrizitätsversorgungsunternehmens“ für mögliche Boykottmaßnahmen –, doch es gibt keine konkreten Spuren.<sup>1850</sup> Festzuhalten bleibt, daß diese Menschen sich anders als die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von den nationalsozialistischen Machthabern distanzierten und die ihnen wohl bewußte Gefahr auf sich nahmen, die mit konspirativer Betätigung verbunden war. Haubach war offenbar behilflich, 1933/34 die ersten Verbindungen in diesem Umfeld herzustellen.<sup>1851</sup> Wahrscheinlich sind die Kontakte lose erhalten geblieben, und es gab 1938/39 weitere nachweisbare Treffen Strassmanns und Haubachs.<sup>1852</sup>

Diese durchaus erweiterbare Aneinanderreihung personaler Beziehungen, die Theodor Haubach zu Männern des Widerstandes auch in der Phase selbstgewählter Distanzierung unterhielt, läßt einmal erkennen, daß er das Feld geistiger Opposition gegen die nationalsozialistischen Machthaber nie verließ. Es ist nicht vorstellbar, daß es sich in den Gesprächen und Diskussionen allein um die Erörterung etwa kultureller Themen und versonnener gedanklicher ‚Ausflüge‘ in die deutsche Geschichte ging. Zudem hat sich Haubach längerfristig der Dynamik nicht entziehen können, die die konspirative Gemeinschaft entwickelte, indem untereinander Schritte und Perspektiven des Widerstehens diskutiert wurden, dieser Bereich nicht thematisiert wurde, wenn Außenstehende hinzutraten. Es muß hier nicht dargelegt werden, daß Theodor Haubach uneingeschränkt ein Gegner des Regimes blieb, vielmehr ist den Fragen nachzugehen, *wann* und *mit welchen Zielvorstellungen* er sich erneut zu aktiver Mitarbeit im Widerstand entschloß. Sein Ringen um diese Entscheidung, die den Äußerungen in den Briefen an die Freundin Alma zu entnehmen ist, exemplifiziert an seiner Person die oben bereits ange deutete Auffassung, daß die Veränderung des ‚Aggregatzustandes‘ der Dissidenz in jenen des aktiven Widerstandes einen erheblichen Schritt ausmachte. Waren

---

<sup>1849</sup> Verwiesen sei hier auf die aktuellere Biographie: Amlung, Ullrich: >...in der Entscheidung gibt es keine Umwege<. Adolf Reichwein 1898 – 1944 – Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer, Marburg 1994 und eine materialreiche, differenzierte Edition: Schulz, Ursula (Hrsg.): Adolf Reichwein. Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt v. Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung v. Hans Bohnenkamp. 2 Bde., München 1974.

<sup>1850</sup> Strassmann, Ernst: Aufzeichnung v. 19.2.1948, in: IfZ, Materialmappe Thomas Dehler, ZS 380. Zu diesem Schluß muß auch Wolfgang Benz kommen, der, sich unkritisch auf die Aufzeichnung Strassmanns und eine Denkschrift Robinsohns stützend, den ‚liberalen Widerstand‘ mit dem des Kreisauer Kreises gleichsetzt; vgl. Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: VfZ, 29 (1981), S. 437 – 471, S. 444.

<sup>1851</sup> Strassmann, Aufzeichnung, S. 1.

<sup>1852</sup> Sassin, Horst: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann- Gruppe 1934 – 1942, Hamburg 1993, S. 177 u. 468.

bereits öffentlich und privat getane regimekritische Anmerkungen mit hohen Strafen und dem Verlust einer Existenz der ‚inneren Emigration‘ verbunden, so waren die vorgesehenen Sanktionen für Landesverrat noch wesentlich schärfer.

Die oft zwangsläufig fokussierte Sicht des Biographen verführt leicht – sei es, daß die manchmal mühsam erhobenen Materialien überschätzt werden oder daß die eigene Arbeit mit der Bedeutung des Biographierten zugleich auch an Rang gewinnen möge – zu dem Bemühen, der dargestellten Persönlichkeit einen bedeutenden Platz in ihrem Umfeld einzuräumen. So wird Adolf Reichwein von Ullrich Amlung nicht nur als „Verbindungsmann [...] zu den verschiedensten Widerstandsorganisationen in Deutschland und im Ausland“ dargestellt, sondern darüber hinaus soll er auch „die Vertreter der Arbeiterbewegung“ – Mierendorff, Haubach, Leuschner, Leber – für den Kreisauer Kreis angeworben haben.<sup>1853</sup> Ein ähnliches Bild fast ungetrübter Omnipotenz vermittelt Richard Albrecht von Carlo Mierendorff.<sup>1854</sup> Diese Darstellung kommt allerdings vermutlich der Realität erheblich näher, denn Carlo verfügte bereits aus der Zeit der Weimarer Republik über ein dichtes Netz von Verbindungen, die er auch kraftvoll einzusetzen wußte. Die Behauptung Albrechts, daß Carlo den Freund Theo „wieder aktiviert“ habe, läßt sich zwar letztlich nicht nachweisen, doch sie erscheint schlüssig. Mierendorff hat gezielt darauf hingewirkt, daß Haubach nicht vollständig aus dem sich konstituierenden Kreis von Widerständlern herausfiel. Zu bezweifeln ist allein, daß sich Theo Haubach bereits „im Frühjahr 1940“ hatte ‚reaktivieren‘ lassen – neben seinen oben zitierten Briefen sprechen verschiedene Anzeichen, auf die noch einzugehen sein wird, für einen späteren Zeitpunkt.

#### 8.4.2 Konzepte und Aktivitäten

Die folgende Darstellung wird sich auf das Engagement Theodor Haubachs im sogenannten ‚Kreisauer Kreis‘ konzentrieren. Er selbst hatte offenbar diese Bezeichnung kreiert, die unter den Mitgliedern nicht üblich war. Theodor Steltzer berichtet in seinen Erinnerungen von seiner Vernehmung im August 1944, die im Moabiter Gefängnis durchgeführt wurde. Als der ihn vernehmende Offizier für einige Minuten den Raum verließ, habe er, so Steltzer, ein auf dem Schreibtisch liegendes Aktenstück mit dem Vernehmungsprotokoll Haubachs einsehen können. Dabei habe er wahrgenommen, daß Haubach für die Gruppe als erster die Bezeichnung ‚Kreisauer Kreis‘ benutzte.<sup>1855</sup> Der Kreis stellte ohne Zweifel das Zentrum der konspirativen Tätigkeit Haubachs sowohl hinsichtlich der Erarbeitung konzeptionelles Entwürfe wie des praktischen Einsatzes dar. Der einleitende Abschnitt weist eine beeindruckende Anzahl von Kontakten zu Personen eines spezifischen Umfeldes nach, die ihrer Herkunft nach bürgerlich-intellektuell geprägt waren. Die Memoirenliteratur wie punktuelle Aussagen von Überlebenden aus dem inneren Zirkel und aus der weiteren Umgebung dieser Szenerie geben auch für die Jahre der gezielten Widerstandstätigkeit Haubachs eine Fülle von Hinwei-

<sup>1853</sup> Amlung, >... in der Entscheidung<, S. 74.

<sup>1854</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 196 ff.

<sup>1855</sup> Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 167. Th. Steltzer (1885 – 1967), 1920 – 1933 Landrat in Holstein; während des Zweiten Weltkrieges Generalstabsoffizier in Norwegen, Mitarbeit im Widerstand, 1944 verhaftet, zum Tode verurteilt, später begnadigt; nach dem Ende des Krieges für die CDU Ministerpräsident in Schleswig-Holstein.

sen, die darauf hindeuten, daß er auch Beziehungen zu Mitgliedern anderer Gruppierungen des Widerstandes unterhielt. Sie sind allerdings durchgängig recht vage, erhellen allein die Tatsache, daß Kontakte stattfanden und geben nur oberflächlich Informationen über die Inhalte der Besprechungen. Selbst die vergleichsweise überaus differenziert dokumentierten Aktivitäten der Kreisauer lassen beispielsweise keineswegs zu allen erörterten Themenkomplexen erkennen, in welcher Weise die Diskussionen innerhalb des Kreises abliefen, wessen Anregungen, Formulierungsvorschläge oder Einwände Arbeitspapiere der Gruppe beeinflussten. Es soll also hier der Gefahr begegnet werden, punktuelle Informationen, vage Andeutungen und eine manchmal unklare Quellenlage dadurch zu kompensieren, daß „ganz gescheit“ kombiniert wird, wie Richard Albrecht, ein Wort Eugen Gerstenmaiers aufgreifend, zu Recht mahnt.<sup>1856</sup> Um Haubachs Wirken annähernd einordnen zu können, soll zunächst in einigen wesentlichen Zügen der Kontext des Kreisauer Kreises entwickelt, die dort vorherrschenden konzeptionellen Vorstellungen und Daten zur sozio-kulturellen Herkunft der beteiligten Personen genannt werden. Daran anschließen wird sich die Darstellung, die die Anteile Haubachs in diesem Prozeß erkennen läßt.

Das umfassende Werk des niederländischen Historikers Ger van Roon über den Kreisauer Kreis ist auch Jahrzehnte nach seinem ersten Erscheinen weiterhin als Standardwerk anzusehen.<sup>1857</sup> Einer der beiden Initiatoren des Kreises war der bereits erwähnte Helmuth James Graf von Moltke, der 1907 auf dem elterlichen Gut Kreisau [zunächst: Creisau] geboren wurde. Nach der Schulzeit in verschiedenen Anstalten, u.a. einem Landerziehungsheim, studierte er Rechtswissenschaften. Er interessierte sich auch für die Sozialwissenschaften und das Fach Geschichte, war journalistisch tätig und beendete das Jura-Studium 1929.<sup>1858</sup> Sensibilität und Tatkraft bewies sein Engagement für die Menschen in den notleidenden schlesischen Kohlegebieten. Er machte ausländische Journalisten auf diese Tatsache aufmerksam und initiierte mit Professoren der Breslauer Universität Hilfsprogramme. Eine dieser Maßnahmen bestand in der Einrichtung eines Arbeitslagers, in dem freiwillig junge Bauern, Arbeiter und Studenten seit 1927/28 zu gemeinsamer Arbeit und zum Gedankenaustausch zusammengeführt wurden. Sympathisanten und Unterstützer dieser Idee wie etwa Adolf Reichwein gehörten später zu den ‚Kreisauern‘.<sup>1859</sup> Nach einem intensiven und letztlich erfolgreichen Rettungsversuch des Gutes Kreisau widmete sich Moltke der zweiten Phase seiner juristischen Ausbildung. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wollte er nicht in den Staatsdienst, sondern strebte eine Tätigkeit als Anwalt für Völkerrecht und Internationales Privatrecht an. Oft hielt er sich in den dreißiger Jahren in England auf, lernte über Freunde der Familie dort einflußreiche Politiker kennen,

<sup>1856</sup> Albrecht, Der militante Sozialist, S. 198.

<sup>1857</sup> Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967. Ferner: Winterhager, Wilhelm Ernst: Der Kreisauer Kreis. Portrait einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Mainz 1985; Bleistein, Roman: Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1987 und in verschiedenen seiner Arbeiten Hans Mommsen, zuletzt Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes (Beck'sche Reihe, 1373), München 2000.

<sup>1858</sup> Roon., Neuordnung, S. 56 ff.

<sup>1859</sup> Moltke, Helmuth James Graf von: Briefe an Freya 1939 – 1945. Hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, München 1988, Einleitung, S. 18 f.

legte Examina ab, die ihm eine Anwaltstätigkeit in England ermöglichten und erhielt vor allem einen intensiven Kontakt zum ‚freien Ausland‘.

Auszüge aus Briefen Moltkes, die er zur Zeit der Weimarer Republik an verschiedene Adressaten verschickte, lassen das Bild eines jungen Mannes erkennen, der außerordentlich wach und kritisch seine Umwelt beobachtete, soziale Probleme aufmerksam registrierte und sich um Lösungen bemühte, der den Weimarer Staat befürwortete, jedoch „von der Falschheit“ aller Parteien überzeugt war, nachdem „ich jede einmal vertrat.“<sup>1860</sup> Nachdrücklich unterstützte er die Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung. „Ich fühle mich erstens Europa, zweitens Deutschland, drittens dem Osten und viertens dem Grund und Boden verpflichtet“ schrieb er im August 1928 seinen Großeltern.<sup>1861</sup> Es kann also nicht verwundern, daß ihm der Ruf anhing, ‚links‘ zu sein, wie ein Zeitgenosse es formulierte.<sup>1862</sup> Relativierend muß allerdings hinzugefügt werden, daß eine Person seiner Herkunft mit einer solchen Etikettierung immer dann leben mußte, wenn sie nicht eindeutig als Anhänger einer der (national-)konservativen Parteien oder Verbände identifiziert werden konnte.

Es ist nachgewiesen, daß Moltke sich bereits frühzeitig gegen die Nationalsozialisten stellte. Er hatte Hitlers ‚Mein Kampf‘ gelesen und nahm dessen programmatische Aussagen anders als viele seiner Zeitgenossen ernst.<sup>1863</sup> Manchmal ironisch im Ton, hin und wieder bitter spottend, doch immer in scharfer Ablehnung gegenüber den Nationalsozialisten äußerte er sich in den ersten Jahren nach 1933. Die Diskriminierung von Minderheiten, die Verfolgung der Juden und die Jagd auf „Intellektuelle und Pazifisten“ wie die Etablierung privilegierter Kasten durch die Bevorzugung alter Parteigenossen prangerte er in einem Brief an eine Bekannte im Jahr 1934 an.<sup>1864</sup> Konsequenter mühte er sich, seine englischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß den deutschen Machthabern gegenüber keine Konzessionen gemacht werden dürften. Die Olympischen Spiele 1936 in Berlin erschienen ihm als Menetekel einer völlig verfehlten, nämlich zu nachgiebigen Haltung des Auslandes Deutschland gegenüber. Er mußte es erleben, daß Mandanten von ihm plötzlich in den Kerkern der Gestapo verschwanden und er selbst seine Freiheit riskierte, als er sich nach Meinung der Verfolger zu beharrlich für sie einsetzte. In den Jahren 1937/38 nahmen sich jüdische Freunde das Leben.<sup>1865</sup> Im Sommer 1938 resümierte er niedergeschlagen: „Ich habe das Gefühl, daß ich lieber in einem freien Lande hungere als daß ich hier dazu beitrage, den respektablen Schein aufrecht zu erhalten. Wir stellen uns als Fassade vor die Scheußlichkeiten, die täglich exerziert werden, [...]“<sup>1866</sup> Enttäuscht von der nachgiebigen Reaktion der englischen Politik auf die der Deutschen wie auch von antisemitischen Tendenzen, die er in der englischen Presse zu beobachten meinte, kehrte er „in tiefer Besorgnis“ Ende 1938 aus London zurück und prognostizierte, daß unter einer andauernden nationalsozialistischen Herrschaft „unsere in Jahrhunderten aufgebaute

<sup>1860</sup> Aus seinem Lebenslauf v. 25.9.1926, in: Moltke, Freya v. et al., S. 41.

<sup>1861</sup> Brief v. 15.8.1928, in: Ebd.: S. 39 f.

<sup>1862</sup> Ebd.

<sup>1863</sup> Ebd., S. 54.

<sup>1864</sup> Brief v. 7.3.1934, in: Ebd., S. 60 f.

<sup>1865</sup> Ebd., S. 75 f.

<sup>1866</sup> Brief v. 2.8.1938, in: Ebd., S. 80.

und letztlich auf das Christentum und die Klassik gegründete Zivilisation verschwinden“ würde.<sup>1867</sup>

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges im September 1939 suchte Moltke eine andere Aufgabe und fand sie als „Kriegsverwaltungsrat in der Abteilung ‚Ausland‘ der Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht“. Er war damit Mitarbeiter einer Behörde geworden, in der, ohne daß er es zunächst wußte, u.a. mit Konteradmiral Wilhelm Canaris (1887 – 1945), mit Generalmajor Hans Oster (1888 – 1945) oder Hans von Dohnanyi (1902 – 1945) Männer Dienst taten, die auf den Sturz Hitlers hinarbeiteten.<sup>1868</sup> Moltke erweiterte damit den Kreis potentieller Mitstreiter aus dem Lager der Militärs, zu dem er bereits vielfältige Kontakte unterhielt.<sup>1869</sup> Eine besondere Bedeutung kam dieser Stellung primär aber deshalb zu, weil Moltke nun Mitglied des staatlichen ‚Apparates‘ war, also imstande schien, dessen Normen und Methoden differenzierter zu erkennen, und zudem als Angehöriger einer militärischen Abteilung vor dem Zugriff der Politischen Polizei besser geschützt war.

Moltke stand wie Haubach den Nationalsozialisten bereits aus der Zeit der Weimarer Republik kompromißlos ablehnend gegenüber. Der Überblick über einige bedeutende Akzentuierungen seiner grundlegenden Lebenshaltung – ein mit Zielstrebigkeit gepaartes Verantwortungsgefühl, den aus einem nicht konfessionell eng gebundenen Christentum erwachsenden Respekt dem Mitmenschen gegenüber, das Bemühen um integrierend wirkende, auf eine ‚Volksgemeinschaft‘ zielende Projekte - wie die Darstellung einiger bestimmender Aspekte seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen lassen die Kongruenz mit wesentlichen Elementen der Auffassungen Haubachs deutlich zutage treten.

Haubachs Beteiligung an den Aktivitäten der Kreisauer erfolgte so fast konsequent über die Person Helmuth von Moltkes, nachdem er generell durch den Freund Carlo wieder für ein widerständiges Handeln ‚aufgeschlossen‘ worden war. Es darf allerdings nicht unterschlagen werden, daß mit Peter Graf Yorck von Wartenburg (1904 – 1944), einem alten preußischen Adelsgeschlecht entstammend, eine weitere Gruppe von Sympathisanten und Aktiven zu gemeinsamer konspirativer Tätigkeit mit den Männern um Moltke zusammengeführt wurde. Yorck, der auch zunächst als Jurist arbeitete, entwickelte sich erst nach 1933 zu einem Gegner der Machthaber, aufgerüttelt vor allem durch die Verfolgung der jüdischen Bürger und durch die Erfahrung der gewalttätig-imperialistischen Politik und Verwaltungspraxis der Nationalsozialisten, die er bei einem längeren Aufenthalt in Prag und im ‚Sudetenland‘ kennengelernt hatte.<sup>1870</sup> Er versammelte seit 1938/39 um sich einen Kreis von Kritikern des Systems, der sich aus hohen Verwaltungsbeamten, Industriellen und Agrariern zusammensetzte und auf Betreiben Yorcks zielstrebig an der Formulierung von Grundsätzen arbeitete, die für eine neue Reichsverfassung gelten sollten. Die in Umrissen formulierte Konzeption fußte auf demokratischen Prinzipien und favorisierte eine bundesstaatliche Ordnung, die den Ländern weitgehende Rechte zugestand.<sup>1871</sup> Der Beginn des Krieges

<sup>1867</sup> Brief v. 20.11.1938, in: Ebd., S. 88.

<sup>1868</sup> Ebd., S. 95 f.

<sup>1869</sup> Roon, Neuordnung, S. 68.

<sup>1870</sup> Ebd., S. 82 f.

<sup>1871</sup> Ebd., S. 86.

im Westen beeinträchtigte die weitere Arbeit in diesem Kreis. Erst die sich schnell vertiefende Freundschaft Moltkes und Yorcks seit 1940 gab der konspirativen Tätigkeit neuen Auftrieb.

Von Beginn an war sicherlich die Gewißheit vorhanden, offen miteinander sprechen und einander in der Frontstellung gegen die Nationalsozialisten vertrauen zu können, doch eine große Anzahl von Gesprächsterminen im Laufe des Jahres 1940 entwickelte offenbar nur langsam die Basis für eine dann enge und stabile Kooperation.<sup>1872</sup> Die Bemerkung Moltkes - „Yorck und ich können doch sehr gut miteinander, wenn ich auch doch ein ganzes Stück weiter links stehe als er.“ - läßt diese Schlußfolgerung zu.<sup>1873</sup> Fast hektisch anmutend erweiterte Moltke im Laufe des Jahres den Kreis der Verschwörer. Sie repräsentierten höchste Verwaltungsstellen in unterschiedlichen Behörden, auch Rechtsanwälte und Industrielle wie Militärs gehörten dazu. Gezielt ließ Moltke Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche geradezu ‚anwerben‘. Den so gewonnenen Experten erteilte er spezifische Aufträge, ließ sie Denkschriften und Expertisen zu so disparaten Problemen wie zur Kartoffelversorgung Berlins oder zu staatsrechtlichen Prinzipien formulieren.<sup>1874</sup> Gegen Ende des Jahres 1941 hatten offenbar Yorck und Moltke die Überzeugung gewonnen, daß eine grundlegende Verständigung erreicht sei, von der aus eine intensivere Phase der konzeptionellen Erörterungen gestartet werden könne. Sie seien nun so weit, „zu schriftlichen Fixierungen zu gelangen, um dann die Beteiligten auf die Themen einzufuchsen“ und planten eine erste größere Veranstaltung auf dem Gut Kreisau im folgenden Jahr.<sup>1875</sup>

Ger van Roon nennt in seiner Darstellung des Kreisauer Kreises 19 Männer als zum engeren Zirkel gehörend – er zählt Theodor Haubach dazu - und entwickelt zu jedem von ihnen einen biographischen Hintergrund.<sup>1876</sup> Wenig mehr als die Hälfte von ihnen ist der ‚Nachkriegsgeneration‘ zuzurechnen; die zwischen 1903 und 1909 Geborenen erlebten intensiver die sozialen und politischen Folgen des Krieges. Haubach gehört mit Mierendorff zu einer kleinen Gruppe, die altersmäßig in der Mitte anzusiedeln ist, aber wie die 1885 bis 1891 Geborenen den Krieg miterlebten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der weit überwiegende Teil der Kreisauer einem familiären Umfeld entstammte, das dem Großbürgertum bzw. der Oberschicht zuzurechnen ist. Alle Genannten hatten ein Universitätsstudium absolviert und überwiegend als Juristen bereits eine Karriere in der höheren Verwaltung gemacht oder standen an ihrem Beginn. Roon verweist auf das Interesse und Engagement einiger Kreisauer, traditionelle soziale Barrieren in Frage zu stellen und zu beseitigen. Sie beteiligten sich an den bereits in der Kurzbiographie Moltkes erwähnten ‚Arbeitslagern‘, an denen junge Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenkamen, oder bemühten sich um die Forcierung der Institution der Volkshochschulen (u.a. Horst von Einsiedel, Adolf Reichwein, Theodor Steltzer). Stark vertreten waren die Vertreter der christlichen Kirchen mit drei katholischen Pfarrern, einem evangelischen Pastor und dem Theologen Eugen

<sup>1872</sup> Gespräche mit Yorck im Jahr 1940 vermerkte Moltke in Briefen an seine Frau u.a. am 16.4. [S. 130], am 5.6. [S. 144], am 16.6. [S. 147], am 20. u. 21.7 [S. 158 f.]; die Seitenangaben [...] beziehen sich auf: Moltke, H.: Briefe an Freya.

<sup>1873</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 4.2.1941, in: Moltke, H., Briefe, S. 229.

<sup>1874</sup> Roon, Neuordnung, S. 221 f.

<sup>1875</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 27.11.1941, in: Moltke, H., Briefe, S. 329.

<sup>1876</sup> Roon, Neuordnung, S. 56 – 209.

Gerstenmaier. Neben Haubach und Mierendorff standen zudem Adam von Trott und Solz und Horst von Einsiedel den Intentionen der ‚religiösen Sozialisten‘ bzw. denen der ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘ nahe. Insgesamt ergibt sich das Bild einer Gruppe, deren Mitglieder (groß-)bürgerlich geprägte kulturelle und politische Grundmuster internalisiert hatten, die auf moderate Weise einige traditionelle gesellschaftliche Strukturen verändern helfen wollten, obwohl die meisten von ihnen in ihnen sozialisiert worden waren und die geeint waren in der Ablehnung der NS-Herrschaft. In der parlamentarischen Szenerie der Weimarer Republik wäre die Gruppe anzusiedeln in einem Bereich zwischen dem Reformflügel der SPD (u.a. Haubach), der DDP und dem Zentrum (Hans Peters war Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag). Mit Eugen Gerstenmaier, Theodor Steltzer und Hans Lukaschek gehörten drei der Kreisauer zu den Gründungsmitgliedern der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg.

Legt man die oben ausführlich zitierten Aussagen Theodor Haubachs zugrunde, die er in seinen Briefen an Alma de L’Aigle machte, so er sich in der Jahreswende 1941/42 zunehmend stärker auf die Kreisauer zu. Für diese Annahme spricht, daß er bereits im Januar 1941 prognostizierte, das vor ihm liegende Jahr werde „ernster“ werden und mahnte – an sich selbst gerichtet und wie von einem erfreulichen Lebensabschnitt Abschied nehmend –, daß „man mit Gehorsam, nur mit Gehorsam“ widerstehen könne.<sup>1877</sup> Im August des Jahres dann schien er ‚angekommen‘ in diesem neuen Feld und postulierte – wie bereits oben zitiert – mutig und selbstbewußt, daß „Leute wie wir“ sehr, sehr alt werden müßten, um „noch eine Pflicht zu erfüllen.“<sup>1878</sup> Wie einer Anmerkung der Edition Moltkescher Briefe zu entnehmen ist, erwähnte dieser Haubach im November 1938 einmal kurz und apostrophierte ihn als „Reichsbannerführer“, dem er während einer Abendgesellschaft bei Ernst von Borsig, einem der Industriellenfamilie entstammenden niedersächsischen Gutsbesitzer, begegnet sei.<sup>1879</sup> Erst seit Ende des Jahres 1942 taucht Haubach in den Briefen Moltkes dann regelmäßig auf – er ‚gehörte dazu‘. Im Oktober 1942 hatte er offenbar mit der Erarbeitung eines grundlegenden Positionspapiers eine jener Aufgaben zugeteilt erhalten, von denen oben die Rede war. Es ist allerdings nicht zu ermitteln, was er thematisiert hatte.<sup>1880</sup> Bis in den Sommer 1943 hinein lassen die verschiedenen Darstellungen Moltkes über Zusammenkünfte mit Theo Haubach diesem gegenüber eine kühle Reserviertheit erkennen. Haubach wurde zwar in die Diskussionen einbezogen, saß bei Moltke oder in anderen Wohnungen mit Adolf Reichwein<sup>1881</sup>, mit Carlo Mierendorff<sup>1882</sup> oder anderen Beteiligten zusammen. Doch auch im Umgang mit Moltke mußte Haubach wohl erfahren, daß er bewußt oder unbewußt an seinem Freund Carlo gemessen wurde, den Moltke in einer Passage als „klar, entschieden, klug, taktvoll, witzig“ charakterisierte, Haubach figurierte in dieser „Nachtsitzung“ unkommentiert-schlicht als Teilnehmer.<sup>1883</sup> An anderer Stelle gar merkte Moltke an, daß er Mierendorff „eben doch lieber allein als mit Theo“ bei sich habe.<sup>1884</sup> Herablassend

<sup>1877</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 24.1.1942, S. 3 f.

<sup>1878</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 8.8.1942.

<sup>1879</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 30.11.1938, in: Moltke, H., Briefe, S. 426.

<sup>1880</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 26.10.1942, in: Ebd., S. 425.

<sup>1881</sup> Z.B. am 17.7. und 27.7.1943, in: Ebd., S. 507 u. S. 512.

<sup>1882</sup> Z.B. am 8.8. und 10.8.1943, in: Ebd.: S. 522 u. S. 523.

<sup>1883</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 10.8.1943, in: Ebd., S. 523.

<sup>1884</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 28.6.1943, in: Ebd., S. 498.

gar klang eine kurze Mitteilung an seine Frau, in der er davon berichtete, bei Haubach einen „himmlischen Rehrücken“ gegessen zu haben und gönnerhaft lobend vermerkte, daß „die guten Alten“ sich außerordentlich angestrengt hätten – gemeint gewesen sein müssen Theo und die Haushälterin Monika.<sup>1885</sup> Deutlich wird, daß der elf Jahre jüngere Moltke eine spürbare Distanz zu Haubach empfand, die durch das ganz im Gegensatz zum Mierendorffschen zurückhaltend-steife, ständig um Ernsthaftigkeit bemühte Auftreten Haubachs, das ihn möglicherweise älter und ‚reifer‘ erscheinen ließ, nicht so schnell zu überwinden war.

Der persönlich-private Aspekt der Beziehung ist in diesem Kontext erwähnenswert, weil Haubach Reserviertheit im Umgang und wohl auch kritische Äußerungen zu seinen Arbeitspapieren – „schreit aber nach Disziplinierung und Anlernen“<sup>1886</sup> – ertrug und überwand. Er hatte sich entschlossen, sich in diesem Kreis nun auch durchzusetzen und aktiv zu werden. Das gelang dann offenbar erstaunlich schnell, denn Moltke äußerte sich zunehmend positiv über Theo Haubach. Diese Wende markiert unübersehbar der Bericht von einem Arbeitsgespräch, an dem sich Moltke, Yorck und Haubach beteiligten. Haubach wurde von Moltke als „in sehr guter Form“ befindlich geschildert und grundsätzlich, fügte er an, gefalle er ihm „eigentlich immer besser.“<sup>1887</sup> Die Reserve, die Moltke zweifellos zu Anfang der Zusammenarbeit empfunden hatte, zeigt neben anderen eine Bemerkung wie diese: „Merkwürdig, wie dieser Mann in letzter Zeit gewachsen ist.“<sup>1888</sup> Offensichtlich überzeugten Moltke, der sich – wie seine beurteilenden Anmerkungen ausweisen – die Rolle des Führenden zumaß, die Qualität der konzeptionellen wie praktischen Arbeitsergebnisse Haubachs. So hob er hervor, daß „die sachlichen Ergebnisse“, die Haubach einbrachte, „nicht schlecht“ waren<sup>1889</sup> und bezeichnete die Gespräche mit ihm als „fruchtbar und fördernd“.<sup>1890</sup>

Haubach hatte zudem die Aufgabe übernommen, Vertrauenspersonen als Kuriere einzusetzen. So berichtet der sozialdemokratische Journalist Fritz Sängler in seinen Memoiren von einem Ereignis aus dem Sommer 1942. Überraschenderweise hatte Sängler, der damals bei der bald darauf verbotenen Frankfurter Zeitung arbeitete, das Angebot erhalten, mit einer Journalistengruppe nach Finnland zu reisen. Die Nationalsozialisten wollten durch die Beteiligung Sänglers und eines weiteren ehemaligen Sozialdemokraten augenscheinlich Eindruck bei den in Finnland regierenden Sozialisten machen. Als er Theodor Haubach von der bevorstehenden Reise berichtete, zeigte der sich hoch erfreut, übergab ihm ein Buch und einen Stapel Briefe. Eindringlich suchte Haubach ihn von der Notwendigkeit seines Engagements zu überzeugen und versorgte ihn mit Ratschlägen für das praktische Vorgehen. Sängler solle, so Haubach, erst kurz vor dem Abflug auf dem Flugplatz erscheinen und die Briefe offen zwischen seine Lektüre legen, sie auf keinen Fall verbergen: „Die suchen ja nur Verstecke.“ Die Zwischenlandung in Stockholm sei dafür zu nutzen, die Briefe an einen Gewährmann zu übergeben, der sie dann weiter beförderte. Fritz Sängler erinnert sich, daß er von einem ihm unbekannt geblie-

<sup>1885</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 25.6.1943, in: Ebd., S. 496.

<sup>1886</sup> Brief Helmuth von Moltke v. 26.10.1942.

<sup>1887</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 20.8.1943, in: Ebd., S. 526 f.

<sup>1888</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 16.11.1943, in: Ebd., S. 569.

<sup>1889</sup> Ebd.

<sup>1890</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 9.1.1944, in: Ebd., S. 589.

benen Lufthansa-Angestellten gehört habe, der für Theodor Haubach, Adolf Reichwein, Julius Leber und Hermann Maass Kurierdienste geleistet habe.<sup>1891</sup>

Dieser Hinweis zeigt, daß von den verschiedenen Gruppierungen des Widerstandes, der hier behandelt wird, dieselben ‚Kanäle‘ benutzt wurden. Möglich war das zweifellos nur, wenn man auch miteinander kommunizierte. Carlo Mierendorff war es, der den Kontakt zwischen der Leuschner-Gruppe und den Kreisauern herstellte. Theodor Steltzer, der zum Kern des Kreisauer Kreises gehörte, sah nach Auskunft seiner Memoiren Leuschner, Mierendorff, Haubach, Leber und Maass [bei Steltzer: Maß] als einen geschlossenen „Gewerkschafts- und SPD-Kreis“ an.<sup>1892</sup> Diese Einschätzung widerspricht den realen Verhältnissen, wie zu zeigen sein wird, offenbart einmal mehr, daß die Aussagen auch direkt an historischen Prozessen Beteiligten kritisch zu rezipieren sind. Von Beginn an erwies sich Hermann Maass als wichtiger Gesprächspartner, der sich für Leuschner auch an den bedeutenderen Tagungen in Kreisau und vorbereitenden Gesprächsrunden beteiligte.<sup>1893</sup> Maass (1897 – 1944) war Angestellter des von Wilhelm Leuschner geleiteten Betriebes und war bis 1933 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände und Leuschner politisch eng verbunden gewesen. Er engagierte sich als wohl wichtigster Helfer Leuschners für die Sammlung der ehemaligen Gewerkschaftler im Untergrund und entwickelte mit ihm Konzepte für die Zeit nach dem nationalsozialistischen Regime, in deren Mittelpunkt die Bildung einer starken Einheitsgewerkschaft stand, mit der in einem zukünftigen Staat die führende Stellung der Arbeiterschaft gesichert werden sollte. Ein Taschenkalender Wilhelm Leuschners für das Jahr 1943 gibt Auskunft über verabredete Treffen sowohl mit Mierendorff wie mit Theodor Haubach. „Theo“ taucht im März, im April, im August, möglicherweise gelten ihm auch die schwer leserlichen Eintragungen „Hauba“ (7.4.), „Hau“ (24.4.) und „Habau“ (4.8.). Am 11.12. 1943 dann der Eintrag: „Theo ruft an Carlo ist tot“, ein einschneidendes Ereignis, auf das noch einzugehen sein wird.<sup>1894</sup>

Es ist an dieser Stelle wiederum nur zu konstatieren, daß die lange bestehenden Beziehungen zu Leuschner weiter Bestand hatten, es gibt jedoch wegen des konspirativen Charakters ihrer Beziehung verständlicherweise keine Dokumente, die differenzierter die behandelten Fragen und Themen preisgeben würden. Generell kann jedoch festgestellt werden, daß das Jahr 1943 offenbar gekennzeichnet war von tiefgreifenden Auseinandersetzungen zwischen Leuschner und dem Kreis um Moltke. Die Kontroverse entzündete sich, wie Gustav Dahrendorf später mitteilte, an der Frage ‚Einheitsgewerkschaft oder Betriebsgewerkschaften?‘. Zudem zeigten sich Leuschner und Maass bereit, den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler zumindest vorübergehend als Reichskanzler zu akzeptieren.<sup>1895</sup>

Der versammelte um sich einen Kreis nationalkonservativer Gegner der Nationalsozialisten, nachdem er zunächst nach 1933 das System mitgetragen hatte. Goerdeler hing „konservativen Staats- und Kulturtraditionen der Wilhelminischen Ge-

<sup>1891</sup> Sänger, Fritz: *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*, Bonn 1978, S. 29 – 31.

<sup>1892</sup> Steltzer, Theodor: *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966, S. 153.

<sup>1893</sup> Roon, *Neuordnung*, S. 231 ff.

<sup>1894</sup> Taschenkalender 1943 Wilhelm Leuschners, in: *Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, NL Wilhelm Leuschner, Abt. 029, Nr. 1 /9*.

<sup>1895</sup> Gustav Dahrendorf in einem Interview am 5.5.1948, zit. n. Roon, *Neuordnung*, S. 233.

sellschaft“ an und hatte dem Weimarer Staat ablehnend gegenübergestanden. Ines Reich arbeitet in ihrer Biographie noch deutlicher, als es in bislang vorliegenden Untersuchungen geschah, heraus, daß die Goerdeler prägenden völkisch-nationalen Züge sich auch in der Programmatik seiner Widerstandstätigkeit niederschlugen. Er favorisierte autoritär ausgerichtete Verfassungslösungen, neigte antidemokratischen und antiparlamentarischen Konzepten wie auch außenpolitischem Revisionismus zu.<sup>1896</sup> Seine antisemitischen Ausfälle sind „in gefährlicher Nähe zur nationalsozialistischen Rassenideologie“ anzusiedeln.<sup>1897</sup> Goerdeler hatte erleben müssen, daß sein Einsatz nicht gewürdigt wurde und daß ihm die neuen Machthaber keine Möglichkeit einräumten, seine organisatorischen und verwaltungstechnischen Ideen zu realisieren. Die Methoden der Nationalsozialisten, die sie gegenüber abweichendem Verhalten von Einzelgängern oder den Angehörigen von Minderheiten anwandten, waren es vorwiegend, die seinen Widerstand herausforderten.

Bei aller Affinität, die Haubach und auch Mierendorff gegenüber einem bürgerlichen Milieu immer wieder zeigten, ist dennoch mit Sicherheit auszuschließen, daß sie eine politische Übereinstimmung mit Goerdelers Gruppe für möglich hielten. Die ideologischen Gräben waren fraglos zu tief. Wilhelm Leuschner bestätigte diese Tatsache mit einer Aussage nach seiner Verhaftung im Anschluß an den Attentatsversuch vom 20. Juli 1944, daß Haubach vehement gegen eine Reichskanzlerschaft Carl Goerdelers zu agitieren versucht habe.<sup>1898</sup> Wenn es dennoch zu Kontakten zu diesem Umfeld kam, so erklären diese sich aus dem übergeordneten Motiv, zunächst möglichst alle Gruppierungen, die sich gegen das Regime gestellt hatten, zusammenzuhalten. Eine Massenbasis war für den Widerstand nicht zustande gekommen und auch nicht zu erwarten. Mierendorff und Haubach sahen uneingeschränkt das Zentrum ihrer Widerstandstätigkeit im Kreisauer Kreis. In einer Zählung aller dokumentierten Gesprächs- und Konferenzrunden dieser Gruppierung ist Mierendorff – sicherlich nicht nur statistisch mit 48 Nennungen von 1941 bis 1944 – eines der aktivsten Mitglieder des Kreises. Haubach wird zwar nur vierzehnmal erwähnt, doch liegt die Zeitspanne seiner aktiven Mitarbeit im Jahr 1943/44. Vergleicht man seine Aktivitäten in dieser begrenzten Phase mit denen der anderen Kreisauer, so gehörte er für diesen entscheidenden Zeitraum mit Mierendorff zum aktiven Kern der Gruppe.<sup>1899</sup>

Die zunehmende Wertschätzung durch Moltke, die dieser in seinen Briefen zum Ausdruck brachte, bezog sich primär nicht auf die hohe Frequenz der Teilnahme an den Sitzungen, sondern auf den von ihm geleisteten Beitrag zur konspirativen Arbeit. Wie intensiv und eindeutig sich beide – Theodor Haubach und Carlo Mie-

<sup>1896</sup> Reich, Ines: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Diss. Potsdam, Köln-Weimar-Wien 1997, S. 275.

<sup>1897</sup> Ebd., S. 277.

<sup>1898</sup> Chef der Sicherheitspolizei und des SD an den „Reichsleiter PG Martin Bormann“ v. 22.10.1944, in: IfZ, MA – 146/2, Bl. 108. Die intensiv durchgeführten und breit angelegten Aktionen wurden von Ernst Kaltenbrunner geleitet. Er war als Chef des Reichssicherheitshauptamtes direkt dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler unterstellt. Für diese Arbeit wurden die Bestände des IfZ München, MA-146/1 ff. genutzt und: Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): >Spiegelbild einer Verschwörung<. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde., Stuttgart 1984.

<sup>1899</sup> Moltke, Freya v. et al., Moltke, S. 191 f.

rendorff – mit den Intentionen und den Aktivitäten der Kreisauer identifiziert hatten, macht der Aufruf ‚Sozialistische Aktion‘ deutlich, der im Juni 1943 Moltke zugeleitet wurde. Dieses Mierendorff zugeschriebene Papier entstand innerhalb weniger Wochen in enger Kooperation mit Theo Haubach. Die bereits oben erwähnte ehemalige Sekretärin der Papierfabrik Bausch, Frau Bettina Hiob, ehem. Nickel, schrieb es für die beiden nach Dienstschluß. Zwar habe Carlo „vorwiegend“ diktiert, doch Theo sei ständig anwesend gewesen und habe korrigierend, verändernd und erweiternd eingegriffen.<sup>1900</sup>

Soll dieses Dokument angemessen eingeordnet werden, ist noch kurz auf die Arbeitsweise der Kreisauer einzugehen. Die Briefe Moltkes weisen ihn selbst als den wesentlichen Impulsgeber aus, der neben seiner anstrengenden beruflichen Tätigkeit beinahe täglich Kontakte zu Menschen herstellte oder pflegte, die in die Widerstandsaktivitäten einbezogen werden sollten oder es bereits waren. Wie an anderer Stelle bereits kurz erwähnt, wurden die Erörterungen spezifischer Sachfragen gebündelt in zentralen, themenorientierten Tagungen behandelt, die zumeist auf Kreisau stattfanden. Die erste dieser Zusammenkünfte fand im Mai 1942 statt und thematisierte u.a. den zukünftigen Staatsaufbau, das Verhältnis von Kirche und Staat und Erziehungsfragen. Die zweite Tagung befaßte sich im Oktober 1942 zentral mit dem Staats- und Wirtschaftsaufbau, während in der dritten im Juni 1943 Fragen der Wirtschaft, der Außenpolitik und der Bestrafung der Kriegsverbrecher behandelt wurden.<sup>1901</sup> Zu den einzelnen Themen wurden jeweils Referate von Experten gehalten. Es schlossen sich Diskussionen an, deren Ergebnisse mit den Thesen der Referate zu Positionspapieren geformt wurden. Mierendorff nahm an keiner Tagung teil, weil befürchtet wurde, daß ihn die Gestapo intensiv observierte. Die Politische Polizei sollte nicht auf diese Veranstaltungen aufmerksam gemacht werden. Haubach hielt sich aus demselben Grund zurück, hat jedoch an der Tagung im Oktober 1942 teilgenommen.<sup>1902</sup> Vermutlich gab dieses Erlebnis gemeinsamer ernsthafter, strukturierter geistiger Auseinandersetzung – neben dem Charisma Moltkes – einen weiteren wichtigen Impuls für das Engagement Haubachs im Kreisauer Kreis.

Der von Mierendorff und Haubach formulierte Aufruf ‚Sozialistische Aktion‘ wurde von beiden den Teilnehmern der dritten Kreisauer Tagung im Juni 1943 vorgelegt. Da beide nicht anwesend waren, ist das Papier von Eugen Gerstenmaier übergeben worden.<sup>1903</sup> Der Aufruf fand sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges unter den nachgelassenen Papieren Helmuth von Moltkes.<sup>1904</sup> Bevor die möglichen Absichten der Verfasser und die Wirkung auf die Adressaten, zunächst also die ‚Kreisauer‘, reflektiert werden, seien die Grundzüge des Textes dargestellt. Er

---

<sup>1900</sup> Gespräch P.Z. mit Bettina Hiob am 18.1.2000. Frau Hiob erinnerte sich zudem, daß sie während der gemeinsamen Arbeit an dem ‚Aufruf‘ manchmal gedacht habe, es sei „gut, daß deine Eltern [eine kaisertreue Offiziersfamilie,P.Z.] nicht wissen, was du hier schreibst“, so markant „sozialistisch“ sei ihr die Tendenz erschienen.

<sup>1901</sup> Roon, Neuordnung, S. 252 ff.

<sup>1902</sup> Moltke, Briefe, Einleitung, S. 43.

<sup>1903</sup> Mitteilung Eugen Gerstenmaiers an Richard Albrecht, in: Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 226. Gerstenmaier gehörte zum inneren Zirkel der Kreisauer; 1906 geboren, erhielt nach Theologiestudium, Promotion und Habilitation nach 1933 keine Lehrerlaubnis; Arbeit in der Kirchenverwaltung und als Hilfskraft im Auswärtigen Amt mit ersten Kontakten zu oppositionellen Kreisen; nach Ende des Zweiten Weltkriegs Mitbegründer der CDU, MdB u. Bundestagspräsident.

<sup>1904</sup> Roon, S. 589 f.

setzt an einer Nahtstelle an, die jedoch nicht genau markiert wird: Die Macht der Nationalsozialisten ist gebrochen, sie scheint jedoch noch nicht überwunden. Die Formulierungen „Fort mit Hitler!“, „Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.“ und „Schwere Jahre stehen uns bevor. Fast übersteigt es Menschenkraft, das wieder aufzurichten, was Hitlers Machtwahn und der Krieg vernichtet haben.“ zeigen, daß die Autoren mit dem ‚Aufruf‘ auf eine labile politische Übergangsphase zielten, in der die Macht des nationalsozialistischen Regimes erodierte. Es sollte dazu ermutigt werden, kompromißlos mit den alten Machthabern zu brechen. Zudem wollten die Verfasser Perspektiven für eine zukünftige gesellschaftliche und politische Entwicklung entwerfen – zur „Rettung des gemeinsamen Vaterlandes vor politischem, moralischem und wirtschaftlichem Verfall.“<sup>1905</sup> Ein „Aktionsausschuß“ sollte die Aufgabe übernehmen, den Übergang von der Barbarei zu einer „sozialistischen Ordnung“ zu leisten. Die für dieses Gremium vorgesehenen Vertreter repräsentierten zweifellos jene Kräfte, mit denen sich Haubach und Mierendorff einen demokratischen Neubeginn vorstellen konnten. Auf der Linie der vor allem von Haubach während der Republik betriebenen Bündnissuche im republikanischen Bürgertum liegt es, daß neben der „sozialistischen Bewegung“ auch die „liberalen Kräfte“ vertreten sein sollten. Als bemerkenswert ist zu registrieren, daß an erster Stelle „Vertreter der christlichen Kräfte“ und erstaunlicherweise in der Aufzählung auch die „der Kommunistischen Bewegung“ genannt wurden.

In neun Punkten wurden die wesentlichen Elemente markiert, die ein stabiles Fundament für ein neu zu schaffendes Staatswesen abgeben sollten. Im ersten Komplex nannten die Autoren mit der „Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit“, dem Toleranzgebot und der Achtung anderer Rassen und Glaubensrichtungen Prinzipien, die dem Katalog der ‚Menschenrechte‘ entstammen.<sup>1906</sup> Einen weiten Raum nehmen die Passagen des Aufrufs ein, die sich mit der zukünftigen Wirtschaftsordnung beschäftigen. Ausdrücklich wird eine „sozialistische Ordnung der Wirtschaft“ gefordert, da nur sie geeignet sei, „Menschenwürde und politische Freiheit zu verwirklichen.“ Dazu müßten, konkretisierten die Autoren, Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie enteignet und in Gemeineigentum übergeführt werden. Die „Macht des Großkapitals“ müsse für alle Zeiten gebrochen werden. Auch die Landwirtschaft dürfe nicht länger „zum Spielball kapitalistischer Interessen“ gemacht werden. Eher unscharf wird als probates Mittel für eine neue Ordnung die „Selbstverwaltung der Wirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung des arbeitenden Volkes“ genannt.<sup>1907</sup> Außerdem werden je einem kurzen Satz die Aussicht auf eine bundesstaatliche Ordnung – „Abbau des bürokratischen Zentralismus“ – und die Bereitschaft zu „aufrichtige[r] Zusammenarbeit“ mit den Völkern Europas formuliert. Den Abschluß des Textes bilden Sequenzen, in denen in stark emotionalen Bildern „die Einheitsfront aller Feinde des Nationalsozialismus“ beschworen wird und – als Absage an während der Weimarer Jahre begangene Fehler - zerstörerischer Parteienstreit wie „Bruderkampf“ in der Arbeiterschaft für die Zukunft geächtet werden.<sup>1908</sup>

---

<sup>1905</sup> Ebd., S. 589.

<sup>1906</sup> Wenn die ‚Menschenrechte‘ auch erst 1948 nach der Charta der Vereinten Nationen internationales Recht sind, so wird der Terminus hier genutzt, um einen Sachverhalt zu präzisieren.

<sup>1907</sup> Ebd.

<sup>1908</sup> Ebd., S. 590.

Es ist nicht nachvollziehbar, daß Richard Albrecht – indem er affirmativ die hymnisch ausfallende Einschätzung z.B. Emil Henks, des Freundes beider Verfasser, wiedergibt - diesem Papier den Rang einer potentiellen „Regierungsproklamation“ oder eines massenhaft verbreiteten Flugblattes nach einem Sturz Hitlers zuschreibt, das er zudem als in „glänzendem Stil“ geschrieben einordnet.<sup>1909</sup> Sprache und Aufbau des Textes erinnern dagegen an einen der sattsam bekannten, von Haubach oft realisierten propagandistischen Texte, in denen er auf die Kraft der stakkatoartigen Wiederholung von Sentenzen und emotionalisierender Bilder bzw. Beschwörungen gesetzt hatte. Zu viele einzelne Aspekte werden zudem unverbunden nebeneinander aufgereiht, es ist keine inhaltliche Ordnung der einzuleitenden Schritte nach ihrer Bedeutung wie nach der zeitlichen Abfolge herauszulesen.

Hervorzuheben ist die eindeutige, fast ermüdend wiederholte politische Positionsbestimmung der beiden Verfasser, die dem zukünftigen Staat eine „sozialistische Ordnung“ geben wollten. Diese beschwörend vorgebrachte, allerdings nur oberflächlich operationalisierte Perspektive werden die Teilnehmer der Kreisauer Tagung - verbunden mit der sprachlichen Form des Aufrufes, die sich eher wie ein Zerrbild ‚linker‘ Manifeste beispielsweise zu den Maifeiern ausnahm, zumal dessen Verfasser als Banner für die ‚Bewegung‘ eine rote Fahne mit dem Symbol der Freiheit gewählt worden war - kaum goutiert haben, wenn sie denn das Papier überhaupt zu Gesicht bekamen. Eugen Gerstenmaier berichtet nämlich, daß das Papier während der Tagung nicht diskutiert worden sei und – wie er wertend hinzufügte – für die Kreisauer „keine programmatische Verbindlichkeit“ gehabt habe.<sup>1910</sup>

Die Kreisauer schlossen mit dieser letzten großen Tagung tatsächlich ihre Programmdiskussionen ab. Ihren Niederschlag fanden sie in den folgenden Wochen in mehreren umfangreichen Positionspapieren. Diese lassen die inhaltlichen Akzentuierungen erkennen, die im Kreisauer Kreis mehrheitlich vertreten wurden, und ermöglichen den Vergleich zu den von Mierendorff und Haubach vertretenen Vorstellungen. Als zentrales Dokument ist ein mehrseitiger Text anzusehen, der den Titel ‚Grundsätze für die Neuordnung‘ trägt und im Moltke-Nachlaß in der Mappe ‚Grundtexte‘ gefunden wurde.<sup>1911</sup> Als wesentliche Bausteine werden die Bedeutung des „Christentums“, die Wiederherstellung des Rechts, eine neue Wirtschaftsordnung, Grundlagen von „Kirche, Kultur, Bildungswesen“ und im Aufriß die erstrebte staatliche Ordnung abgehandelt. „Die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes“ stellt nach Aussage der ‚Grundsätze‘ das unverzichtbare Fundament für den staatlichen Neuanfang dar. Mit der „Verwirklichung christlichen Lebensgutes“ seien Werte und Normen wiederzubeleben, die in den zurückliegenden Jahren national wie international zerstört worden waren. Diese Grundlegung weist deutlich den Einfluß der kirchlichen Vertreter im Kreis aus, macht zugleich die Bereitschaft der anderen Teilnehmer deutlich, den christlichen Gedanken als leitende Idee für alle gesellschaftliche und politische Neuorientierung zu akzeptieren und mitzutragen. Die zunächst naheliegende Vermutung, daß Moltke in diesem Komplex den ‚Theologen‘ nachgegeben habe, um sie als Partner im ‚Kreis‘ weiter einzubinden und zu halten, geht fehl. Gerhard Ringshausen

<sup>1909</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 226 f.

<sup>1910</sup> Mitteilungen Eugen Gerstenmaiers an Richard Albrecht, in: Ebd., S. 226 und S. 323.

<sup>1911</sup> Der Text trägt das Datum: 9.8.1943 und ist gedruckt bei Roon, S. 561 – 567.

weist anhand vorliegender Quellen nach, daß Moltke selbst sich über Zwischenstationen vom „ethischen Politiker“ zum „christlichen Staatsmann“ gewandelt hatte.<sup>1912</sup> Offenbar hatte die Mehrheit der Kreisauer in dieser Frage nicht mit einem so reibungslos erzielten Konsens gerechnet, denn einer von ihnen wunderte sich noch Jahre später darüber, daß sich „bei den Vertretern der Linken [...] ein überraschendes Verständnis für das Christentum als wesentlichen Faktor europäischer Gesamtkultur“ gezeigt habe.<sup>1913</sup>

Es kann nicht überraschen, daß Theodor Haubach als einer der zwei Vertreter ‚der Linken‘ diesen Komplex, dem neuen Staat einen metaphysischen, den kulturellen Traditionen des Christentums verpflichteten Überbau zu geben, tendenziell unterstützte. Julius Leber, der bei der Verabschiedung der ‚Grundsätze‘ noch nicht zum engeren Kreis der Kreisauer gehörte, erhob dagegen bereits bei einer abgeschwächten Formulierung in einer modifizierten Fassung des ‚Aufrufs‘, in der sich „zur christlichen Vergangenheit des Staates“ bekannt wurde, heftigen Protest, weil er eine „christliche Charakterisierung des Staates“ grundsätzlich ablehnte.<sup>1914</sup>

Als ein signifikanter Unterschied zwischen dem ‚offiziellen‘ Kreisauer Papier und dem der beiden Sozialdemokraten fällt allerdings ins Auge, daß Mierendorff und Haubach die „christlichen Kräfte“ mit in die Sammlungsbewegung gegen die Nationalsozialisten und für einen staatlichen Neuanfang integrieren wollten, in ihrem Text dann jedoch schnell dazu übergangen, ihre weiterführenden Zielvorstellungen direkt auf einer politischen Ebene mit deren spezifischer Begrifflichkeit zu entwickeln.

Auch die ‚Grundsätze‘ erheben dann die Forderung nach der Wiederherstellung fundamentaler Menschenrechte. Mit der Akzentuierung der Familie als „Grundeinheit friedlichen Zusammenlebens“ wurde die Linie einer traditionell-christlichen Ausrichtung fortgesetzt, ein Kontext, der im Mierendorff/Haubach-Papier völlig fehlt.

Signifikant scheinen auf den ersten Blick die Unterschiede in den Passagen beider Papiere zu sein, die sich mit der im engeren Sinne ‚politischen‘ Zukunft auseinandersetzen. Formulierungen wie bei Mierendorff/Haubach, die eine sozialistische Ordnung verlangten sowie einen Zustand überwinden wollten, in denen die Menschen zum ‚Spielball kapitalistischer Interessen‘ gemacht worden waren, finden sich im Kreisauer Papier nicht. Doch das muß, wie bereits angedeutet, primär damit begründet werden, daß sich die beiden Sozialdemokraten einer anderen Terminologie bedienten, eine pointiertere inhaltliche Darlegung fehlt bei ihnen. Das Kreisauer Papier setzt für die zukünftige Wirtschaftsordnung darauf, daß „die persönliche Verantwortungsfreudigkeit“ des einzelnen gefördert werde. Dem Arbeitnehmer sei „eine wirksame Mitverantwortung“ zu gewährleisten, die sich sowohl auf den Betrieb wie auf den „Wirtschaftszusammenhang“ beziehen solle, in dem er tätig sei.<sup>1915</sup> Bemerkenswert eindeutig stellen die ‚Grundsätze‘ einige Leitli-

<sup>1912</sup> Ringshausen, Gerhard: Die Begründung des Staates und der Stellenwert der Kirchen, in: Engel, Huberta (Hrsg., im Auftrag der Forschungsgemeinschaft 20.Juli e.V.): Deutscher Widerstand – Demokratie heute: Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, Bonn-Berlin 1992, S. 203 – 244, S. 236.

<sup>1913</sup> Steltzer, Sechzig Jahre, S. 156.

<sup>1914</sup> Mommsen, Hans: Carlo Mierendorffs Programm der ‚Sozialistischen Aktion‘, in: Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes (Beck’sche Reihe; 1373), S. 341 – 351, S. 348.

<sup>1915</sup> Roon, S. 561 f.

nien auf, die sicher auch die Zustimmung Haubachs und Mierendorffs fanden, wenn sie im Kreisauer Programm auch moderater formuliert wurden. So wird staatliche Aufsicht und Führung der Wirtschaft gefordert, Eingriffe gegenüber Kartellen oder Monopolen in Aussicht gestellt, wenn deren Verflechtungen beispielsweise einen „Leistungswettbewerb“ ausschließen würden. Zudem sollen nach dem Willen der Kreisauer Schlüsselunternehmen verschiedener Industriezweige „in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden.“ Entgegen den Intentionen Wilhelm Leuschners und seiner Mitstreiter gaben die Kreisauer dezentralen „Betriebsgewerkschaften“ den Vorrang vor einer Einheitsgewerkschaft. Sie entsprachen mehr der generellen konzeptionellen Tendenz, die die Mitarbeit und Mitverantwortung der Menschen in überschaubaren Lebens- und Arbeitszusammenhängen vorsah.<sup>1916</sup> Deutlich wurde nämlich in anderem Zusammenhang die Zielvorstellung der Verfasser formuliert, Gemeinsinn und Mitverantwortung als ein wichtiges Prinzip zukünftigen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu etablieren.

Evident wird die herausragende Rolle, die der Wirtschaftsstruktur eingeräumt wird. Es geht den Autoren nicht allein um die Verbesserung ökonomischer Bedingungen, sondern die Wirtschaft wird zugleich als Vehikel gesehen, auf die Lebensführung und –form des Individuums einzuwirken, seine gesellschaftliche Wertigkeit zu beeinflussen. Die erwähnten Betriebsgewerkschaften lagen also im Schnittpunkt von zwei bestimmenden Merkmalen Kreisauer Programmatik, nämlich dem Prinzip, die Bürger zur Mitverantwortung in überschaubaren Lebenszusammenhängen zu aktivieren, und der Bedeutung, die einer zukünftigen Wirtschaftsordnung politisch und gesellschaftlich zuerkannt wurde. Das Grundsatzpapier macht jedoch deutlich, daß die Kreisauer bemüht blieben, die ‚Gewerkschaftler‘ um Wilhelm Leuschner zu integrieren. Daher wird einer so apostrophierten ‚Deutschen Gewerkschaft‘ eine wichtige Funktion für die Übergangszeit eingeräumt, in der die Durchsetzung der Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung realisiert werden sollten.<sup>1917</sup> Recht sibyllinisch wird dann in Aussicht gestellt, daß ihr „Weiterbestehen“ dem „Staats- und Wirtschaftsaufbau“ anzupassen sei, der aber tendierte eindeutig in Richtung parzellenartiger, überschaubarer und selbständiger Körperschaften.<sup>1918</sup>

Möglichst detailliert und auf die Praxis bezogen wurden von den Kreisauern auch bereits Handlungsanweisungen für die vorgesehenen „Landesverweser“ entworfen.<sup>1919</sup> Sie sollten in der Zeit nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in einer Phase möglicher chaotischer Zustände und starken Drucks von außen die politische Verantwortung übertragen erhalten und den Übergang im Sinne der entwickelten Perspektiven zusammen mit den Wehrkreisbefehlshabern sichern. Prononciert werden als Stützen der Landesverweser und als Garanten eines staatlichen Neubeginns „die freiheitlich gesonnene deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die christlichen Kirchen“ genannt.<sup>1920</sup> Bereits seit Ende 1942 führte Moltke überall im Reich Gespräche mit Männern, die er für geeignet hielt, das Amt eines Landesverwesers zu übernehmen, oder die ihm von anderen Kreisauern

---

<sup>1916</sup> Ebd., S. 566.

<sup>1917</sup> Ebd. S. 567.

<sup>1918</sup> Vgl. dazu den Abschnitt „Reichsaufbau“, S. 562.

<sup>1919</sup> Erste Weisung an die Landesverweser, Entwurf v. 9.8.1943, in: Roon, S. 567 – 570.

<sup>1920</sup> Ebd., S. 568.

vorgeschlagen worden waren. Wie der Kern der Mitglieder des Kreisauer Kreises repräsentierten die Genannten – u.a. Hans Schlange-Schöningen, Hans Lukaschek, Fürst Joseph Ernst Fugger von Glött, Freiherr von Twickel – großbürgerliche oder adlige Herkunft und waren zumeist in hohen Verwaltungsstellen tätig (gewesen).

Die ‚Sozialistische Aktion‘ und die programmatischen Entwürfe der Kreisauer gehen beide von einem Sturz der Nationalsozialisten aus. Moltke und Theodor Haubach hofften auf eine militärische Niederlage der Deutschen, durch die zwangsläufig Hitler gestürzt worden wäre. Im Herbst 1942 mehren sich in Moltkes Briefen die Hinweise, daß er einen Sieg der Alliierten erwartete.<sup>1921</sup> Als der Winter mit erheblichen militärischen Rückschlägen für die deutsche Seite – u.a. Stalingrad, Rückzug in Afrika, zunehmend schwere Bombenangriffe auf Wohngebiete deutscher Großstädte - vorüberging, ohne daß sich jedoch ein Zusammenbruch andeutete, kam es offenbar zu heftigen Diskussionen bei den Kreisauern. Einige von ihnen drängten auf einen gewaltsamen Umsturz ‚von innen‘. Moltke hatte zunächst offenbar einen Staatsstreich unterstützt, der von der Armee initiiert wurde. Doch er war dann von diesem Gedanken abgerückt und hatte einem Bekannten gegenüber geäußert: „Wenn Generäle putschen, dann geht es fast immer haarscharf daneben.“<sup>1922</sup> Der Aufstand führender Militärs hatte eine andere Qualität für ihn als ein Attentat gegen Hitler und die nationalsozialistische Führung. In dieser Frage blieb er allerdings unbeirrbar bei seiner Auffassung, daß ein Unrechtsregime nicht durch Unrecht beseitigt werden dürfe, weil damit ein Neubeginn ethisch belastet würde.<sup>1923</sup> Ungehalten reagierte er auf die Unruhe verbreitende, interne Diskussion, indem er einigen Mitstreitern mangelnde Geduld vorwarf – „Das scheint eine Tugend zu sein, die am allerschwersten zu erwerben ist.“ – und auf die Gefahr verwies, die eine fehlgeschlagene „Aktion“ in sich bergen würde.<sup>1924</sup> Er spielte damit möglicherweise auf einen mißlungenen Versuch Fabian von Schlabrendorffs und dessen Vetter Henning von Tresckow an, die als Militärs in enger Verbindung zur Goerdeler-Gruppe sowie Hans Oster und Hans von Dohnanyi ein Sprengstoffattentat geplant und vorbereitet hatten.<sup>1925</sup> Die interne Diskussion war innerhalb des Kreisauer Kreises im Januar 1943 offenbar heftig durch Äußerungen Carl Goerdelers und Ludwig Becks entfacht worden, die auf ein Attentat gedrängt hatten.<sup>1926</sup>

Auch Theodor Haubach setzte lange auf die militärische Niederlage Deutschlands und erhoffte von ihr den politischen Umsturz. Attentatsplänen stand er ablehnend

<sup>1921</sup> Moltke, Briefe, u.a. Briefe v. 8. u. 10.11.1942, S. 432 f. u. 434 f.

<sup>1922</sup> Briefl. Äußerung gegenüber Hans Heinrich von Portatius, 1943 [genaue Datierung fehlt]; vgl. Moltke, Freya v. et al., S. 207.

<sup>1923</sup> Äußerung Helmuth von Moltkes gegenüber Hans Christoph von Stauffenberg; vgl. Roon, S. 285.

<sup>1924</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 4.3.1943, in: Moltke, Briefe, S. 458.

<sup>1925</sup> Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Zürich 1947. Neue, durchges. u. erw. Ausg. v. Walter Bußmann. Nach der Edition v. Gero von Gaevenitz (Deutscher Widerstand 1933 – 1945. Zeitzeugnisse und Analysen), Berlin 1984.

<sup>1926</sup> Mommsen, Hans: Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus der Sicht des Kreisauer Kreises [geringfügig gekürzte Fassung von: Ders.: Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, in: VfZ 42 (1994), S. 1 – 7], in: Steinbach, Peter/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 246 – 261, S. 251.

gegenüber, weil er die Renaissance der ‚Dolchstoß-Legende‘ befürchtete.<sup>1927</sup> In diese Richtung weist auch eine Bemerkung von ihm, die er einem Bekannten aus dem Amsterdamer Umfeld gegenüber machte: „Der Dreck muß sich auslaufen.“<sup>1928</sup> Als Konsequenz der Hoffnung auf die Alliierten sind intensive Bemühungen feststellbar, mit dem Ausland – vor allem London – Kontakte herzustellen und zu stabilisieren, Bemühungen, an denen auch Haubach beteiligt war. Dieser Aspekt kann hier nicht ausführlich dargestellt werden, es sei aber auf ihn hingewiesen, weil er integrativer Bestandteil der Programmatik der Kreisauer war. Nur über die deutsche Widerstandstätigkeit und deren Zielsetzung wohl informierte Sieger, so das Kalkül, würden bei einem Waffenstillstand oder bei einer Kapitulation auch darauf vorbereitet sein, angemessene Formen der Kooperation beispielsweise mit den Kreisauern auf den Weg zu bringen.<sup>1929</sup>

Die ‚Sozialistische Aktion‘ und die Grundsatzpapiere der Kreisauer – zweifellos von Moltke redigiert – zielten also gleichermaßen auf geduldiges Abwarten und die zunehmende Gewißheit, daß die militärische Niederlage Deutschlands unaufhaltbar sei. Wenn auch beide Texte in der äußeren Form, der Diktion und Strukturierung, erhebliche Unterschiede aufweisen, wie gezeigt wurde, so konnten Mierendorff/Haubach doch einige bedeutsame inhaltliche Gesichtspunkte lancieren. Da ihr ‚Aufruf‘ während der Tagung offenbar gar nicht diskutiert wurde, sind diese ihnen wichtig erscheinenden Aspekte in den vielen Zusammenkünften vorher offenbar nachdrücklich genug vertreten worden. So gibt es in den ‚Grundsätzen‘ wie in der ‚Sozialistischen Aktion‘ bemerkenswert große Überschneidungen, indem in beiden eine bürgerlich und sozialdemokratisch orientierte Sammlungsbeziehung intendiert wird – sie sollte die Massenbasis für die staatliche Erneuerung abgeben. Haubach knüpfte damit an die von ihm während der Weimarer Republik fast unablässig propagierten Vorstellungen und an die von ihm auch im Politikhandeln vertretenen Ziele an.

Nur schwer erklärbar ist die von beiden Autoren ausdrücklich in die Aktionsfront integrierte „Kommunistische Bewegung“. Beide hatten, mit besonderer Verve Theo Haubach, bislang alle Bestrebungen heftig kritisiert, bündnisartige Verbindungen mit den Kommunisten einzugehen. Eine mögliche Erklärung bietet sich im Kontext der Fragestellung an, welche Funktion dem ‚Aufruf‘ letztlich zugeordnet war. Die von Richard Albrecht kolportierte, oben bereits in Frage gestellte Version, nach der die beiden Autoren eine Art Flugblatt „zur plebiszitären Abstützung der Gewaltaktion von oben zur Sicherung und Abstützung des Machtwechsels unten“ formuliert hätten, kann nicht als realistisch angenommen werden. Er feiert den Text als Beispiel der zweifellos ungeheuren Kraft, die Mierendorff im Widerstand entfaltete, entwickelt aber einmal mehr keine Fragestellungen, sondern verharrt in einer materialreichen, plakativen Darstellung.<sup>1930</sup>

<sup>1927</sup> Mitteilung Wolfgang Frommels an Ger van Roon; vgl. Roon, S. 285. Frommel ist ausführlich erwähnt im Kontext der Heidelberger Studentenzeit Haubachs.

<sup>1928</sup> Auskünfte von Dr. Brandt an Ger van Roon v. 24.7.1962, in: IfZ, Sammlung Ger van Roon.

<sup>1929</sup> Über die vielfältigen Kontakte des Kreisauer Kreises mit dem Ausland informiert differenziert Roon, Neuordnung, Kap. IV, S. 295 – 344. Verwiesen sei auch auf eine gerade erschienene Arbeit, in der die Aktivitäten des ‚außenpolitischen Kopfes‘ des Kreisauer Kreises thematisiert werden: Schott, Andreas: Adam von Trott zu Solz: Jurist im Widerstand. Verfassungsrechtliche und staatspolitische Auffassungen im Kreisauer Kreis, Diss. Hamburg, Paderborn et al. 2001, v.a. S. 135 ff.

<sup>1930</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 226 f.

Mierendorff war Mitte 1943 eine ‚feste Größe‘ im Kreisauer Kreis, Haubach zwar als Mitstreiter akzeptiert und integriert, wenn auch noch nicht so geschätzt wie Freund Carlo. Beide mußten wissen, daß Diktion und Gestaltung ihres ‚Aktionsprogramms‘ wie ein Fremdkörper bei den Kreisauern wirken würden. In der von Eugen Gerstenmaier 1984 vorgenommenen Einschätzung, für die „Programmdiskussion“ der Kreisauer sei der ‚Aufruf‘ „bedeutungslos“ geblieben, klingt die Distanzierung noch deutlich nach.<sup>1931</sup> Illusorisch mutet zudem die im ersten Satz des ‚Aufrufs‘ zu findende Formulierung an, daß die ‚Sozialistische Aktion‘ sich während der Tagung - „die Unterzeichneten [haben] feierlich beschlossen“ – als „überparteiliche Volksbewegung“ konstituieren sollte.<sup>1932</sup> Näher liegt die Erklärung, daß Mierendorff und Haubach stellvertretend für die Genossen, die wie Julius Leber zwar konspirativ arbeiteten, aber (noch) nicht zum Kreisauer Kreis gehörten, und/oder nach Impulsen, die sie aus der Exil-SPD erhalten hatten, für die entscheidende Phase der Kreisauer Programmarbeit die ‚sozialistische‘ (also: sozialdemokratische) Komponente im bürgerlichen Widerstand mit einem eigenen Positionspapier verstärken wollten bzw. sollten. Darauf deutet der gewählte Titel der Schrift - ‚Sozialistische Aktion‘ - hin, der sich sicherlich nicht zufällig auf den eines Organs der Exil-SPD bezog, das 1933/34 aus Prag illegal nach Deutschland geschleust und im Untergrund verteilt worden war.

Kontakte zu Sozialdemokraten im Exil wurden von beiden wahrgenommen. So reiste Mierendorff als Angestellter eines Unternehmens, das für die Kriegswirtschaft lieferte, auch ins europäische Ausland.<sup>1933</sup> Theodor Haubachs Fäden liefen einmal nach Skandinavien, ein Beispiel wurde bereits dargestellt. Als Kurier der deutschen Widerständler war neben dem erwähnten Lufthansa-Angestellten ein Beschäftigter an der schwedischen Botschaft in Berlin, Arvid Brodersen, gewonnen worden.<sup>1934</sup> In Schweden hatte sich bereits 1935 eine Sopade-Ortsgruppe Stockholm gegründet, die sich in den folgenden Jahren stark vergrößerte. Wenn auch in sich zerstritten um die Frage einer möglichen ‚Einheitsfront‘ mit den Kommunisten, so repräsentierte sie doch einen bedeutenden Außenposten der Sozialdemokratie.<sup>1935</sup> Von hier aus sind Kontakte zur ‚Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien‘, mit Sitz in London seit 1941, durchaus denkbar, wenn auch nicht nachweisbar. Diese Gruppe um Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Richard Löwenthal hatte sich trotz bestehender ideologischer Grabenkämpfe zwischen ‚linken‘ und ‚rechten‘ Vertretern u.a. auf die von Mierendorff/Haubach unterstützte Forderung geeinigt, Großunternehmen der Schlüssel-

<sup>1931</sup> Ebd., S. 323, Anm. 136.

<sup>1932</sup> Aufruf, in: Roon, Neuordnung, S. 589.

<sup>1933</sup> Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 206 f.

<sup>1934</sup> Mitteilung Arvid Brodersen; vgl. Albrecht, S. 221. Für den kommunistischen Widerstand leistete der Chauffeur der schwedischen Botschaft, Arvid Lundgren, Kurierdienste; vgl. Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD v. 30.7.1944, in: SAPMO, NL Hermann Matern, NY 4076, Bl. 34.

<sup>1935</sup> Beelte, Hans-Ludwig: Exilpublizistik in Skandinavien, in: Hardt, Hanno et al. (Hrsg.): Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933 – 1945 (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; Bd. 30), München et al. 1979, S. 254 – 315, S. 281. Breiter angelegt und zur generellen Situation informativer: Grebing, Helga: Entscheidung für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland in Europa, in: Marbolek, Inge/Till Schelz-Brandenburg (Hrsg.): Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag, Bremen 1995, S. 164 – 170.

industrien zu verstaatlichen.<sup>1936</sup> In diesem Zusammenhang kann auf die interessante Tatsache hingewiesen werden, daß Helmuth von Moltke in einem Brief vom 25.3.1943 an englische Kontaktpersonen – „will be brought to you by one of our Swedish friends“ - Schweden als „Drehscheibe“ für die zukünftige konspirative Kooperation vorschlug.<sup>1937</sup> Es ist durchaus vorstellbar, daß der Transfer von Nachrichten teilweise parallel auf einer ‚Kreisauer‘- und einer SPD-Schiene, möglicherweise aber situativ auch auf einem ‚Kanal‘ abgewickelt wurde.

Verbindung hatte Haubach zudem nach Amsterdam. Seit 1938 wurde das Haus einer Niederländerin zu einem Zufluchtsort für Verfolgte, vielen aus Deutschland. Ein ständiger Gast war Wolfgang Frommel, der sich an einen Besuch Haubachs – „waarschijnlijk in de zomer 1943“ – erinnert.<sup>1938</sup> Seine Auskünfte wie die eines anderen Freundes jener Zeit lassen erkennen, daß Theo Haubach seinen Aufenthalt in Amsterdam und die brieflich oder über gelegentliche Treffen in deutschen Städten aufrechterhaltenen Kontakte zu diesem Kreis nicht im Sinne einer Widerstandsaktivität wahrnahm – die Bewohner „dichteten, zeichneten, lasen einander vor“<sup>1939</sup> -, sondern sie bedeuteten ihm die Möglichkeit, sich intensiv über Literatur, vor allem Stefan George und Friedrich Hölderlin, und Kunst auszutauschen, auch die politische Situation und die eigenen Aktivitäten darzustellen und zu reflektieren, eine Art geistigen Refugiums also, in dem alltägliche Not und ständige lebensbedrohende Bedrängung durch das Regime für kurze Zeit vergessen und kompensiert werden konnten.

Für die Entstehung des ‚Aufrufes Sozialistische Aktion‘ können deshalb nur die Verbindungen nach Schweden bzw. über Schweden nach England relevant gewesen sein. Mierendorff und Haubach hätten mit ihm – um bei der These zu bleiben, daß der Text die eigene politische Positionierung innerhalb des Kreisauer Kreises gegenüber der Führung der Exil-SPD und den parallel tätigen Genossen dokumentieren sollte – also ihren massiven Einsatz für die ‚sozialistische Idee‘ nachweisen können, einen Nachweis, den sie selbst auch liefern wollten. Hans Mommsen siedelt den Text allein im Kontext der sozialdemokratischen Widerständler an, die – vor allem in Berlin – in unterschiedlichen Zusammenhängen konspirativ tätig waren und tendiert damit zur anderen, oben formulierten These zur Funktion des Papiers. Sein Hinweis darauf, daß die ‚Sozialistische Aktion‘ nach Auskunft der Kaltenbrunner-Berichte im Frühjahr 1944 auch Diskussionsgrundlage im Kreise der Berliner Sozialdemokraten war, schließt keineswegs aus, daß auch Anstöße aus dem Exil erfolgten.<sup>1940</sup> Mögliche Kontakte zu Julius Leber jedoch könnten die Einbeziehung der ‚Kommunistischen Bewegung‘ in die ‚Volksbewegung‘ gegen

<sup>1936</sup> Grebing, Entscheidung, S. 165 f.

<sup>1937</sup> Lindgren, Henrik: Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942 – 1944, in VfZ 18 (1970), S. 274 – 291, S. 288.

<sup>1938</sup> Mitteilung Wolfgang Frommels an Ger van Roon v. 13.6.1962, in: IfZ, Sammlung Ger van Roon. Frommel erinnerte sich genau. In einem Brief an Anneliese Schellhase v. 7.7.1943 teilt ihr Theo mit, daß er sich „wenige Stunden vor einer Hollandreise“ befinde. Dieser Brief ist nur auszugsweise ohne diese Bemerkung abgedruckt bei Hammer, Theodor Haubach, S. 65. Durchschlag des Briefes im Besitz P.Z. Zum Aufenthalt Haubachs in Amsterdam vgl. auch: Bock, Claus Victor: Untergetaucht unter Freunden. Ein Bericht 1942 – 1945, 3.Aufl., Amsterdam 1989, S. 55 – 57.

<sup>1939</sup> Löwenstein, Abenteuer, S. 40.

<sup>1940</sup> Mommsen, Hans: Carlo Mierendorffs Programm der ‚Sozialistischen Aktion‘, in: Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes (Beck'sche Reihe; 1373), S. 341 – 351, S. 348.

den Nationalsozialismus erklären: Er neigte wie Adolf Reichwein der Kooperation mit den Kommunisten im Widerstand zu, nahm auch Kontakte auf und traf sich, begleitet von Adolf Reichwein – von diesem Treffen wird noch zu berichten sein – mit kommunistischen Widerständlern, eine Begegnung mit einem verhängnisvollen Ergebnis.

An der Schlußredaktion der oben zitierten Kreisauer Grundsatzpapiere waren beide dann intensiv beteiligt, ein Beweis mehr dafür, daß Theodor Haubach und Carlo Mierendorff in diesem Kreis das Zentrum ihrer Widerstandstätigkeit sahen.<sup>1941</sup>

Sie waren in diesen Wochen in ihm auch mit Adolf Reichwein die einzigen Vertreter des sozialdemokratischen Lagers, denn die Konflikte mit dem „Onkel“ [für Wilhelm Leuschner] schienen unüberwindlich, der „Ersatz-Onkel“ oder „Ersatzmann“, der Moltke „als Charakter und hinsichtlich seiner Entscheidungsfähigkeit dem Onkel weit überlegen“ schien, war mit Julius Leber bereits gefunden, allerdings noch nicht integriert in die Arbeit.<sup>1942</sup>

Aus nie erschütterter dissidenter Grundhaltung war bei Theodor Haubach nach einer Phase des Rückzugs auf sich selbst wieder die Kraft zu intensivem Engagement im Widerstand erwachsen. Die Genese des Anschlusses an die Arbeit legt den Schluß nahe, daß neben dem mitreißend-katalysatorischen Temperament des Freundes Carlo, das seine Wirkung auf der Grundlage über die Jahre gewachsener politischer Übereinstimmung entwickeln konnte, ihn auch die Persönlichkeit Helmuth von Moltkes veranlaßte, sich fest in die Aktivitäten des Kreisauer Kreis einbinden zu lassen. Dieser hatte denselben tiefen Abscheu gegen die ‚barbarisch‘ auftretenden Nationalsozialisten entwickelt wie er und befürchtete, daß die Herrschaft der „Nazis“ über Europa das Ergebnis haben werde, die „in Jahrhunderten aufgebaute und letztlich auf das Christentum und die Klassik gegründete Zivilisation verschwinden“ zu lassen.<sup>1943</sup> Sie stimmten nicht nur in dieser grundsätzlichen, über die Nation hinausweisenden Haltung überein, sondern Moltke hat sie, folgt man seinen brieflichen Aussagen, auch auf die Situationen des politischen und privaten Lebens übertragen können. Ihn zeichnete offenbar eine höchst souveräne Art aus, ethisch-moralische Maximen und eine politisch-universale Gedankenführung miteinander zu verbinden, die sich sicher nicht allein in den Briefen an die Ehefrau und an Freunde niederschlug, sondern die er auch in die Gesprächsrunden einbrachte. Beispielhaft sei seine Klage über die mangelnde Weitsicht von „bequemen Männern“ zitiert, die keinen Blick dafür hätten, daß „keine Handlung im Universum verlorengelht, daß alles zusammenhängt, daß ein Mord in Warschau Rückwirkungen in Calcutta und Sydney, am Nordpol und in Kurdistan hat, nicht politische sondern moralische.“ Die politische Dimension seines Ausbruchs demonstriert er dann doch mit dem Zusatz: „Feigheit, Muckertum, Massenpsychose züchtet der Krieg.“<sup>1944</sup>

Moltke war möglicherweise die Personifizierung des ‚jungen Führers‘, der, diametral dem Bild des nationalsozialistischen ‚Führers‘ entgegengesetzt, nicht die Grundlagen eines demokratischen Staatswesens pervertierte. Zudem zeigte Molt-

<sup>1941</sup> Briefe Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 6.8. u. 8.8.1943, in: Moltke, Briefe, S. 520 – 523.

<sup>1942</sup> Ebd., S. 520.

<sup>1943</sup> Brief Helmuth von Moltke an einen englischen Freund v. 20.11.1938, in: Moltke, Freya et al., S. 88.

<sup>1944</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 8.11.1941, in: Moltke, Briefe, S. 313.

ke Courage an seinem Arbeitsplatz, versuchte, die ihn deprimierenden, zunehmenden Meldungen über Verbrechen der deutschen Truppen im Osten zumindest dadurch zu kompensieren, daß er jüdischen Bürgern half und sich bemühte, durch behördeninterne Schriftsätze „der Judenverfolgung zumindest hemmend ein wenig in die Speichen zu fahren.“<sup>1945</sup> Die zunächst abwartend-herablassende Beurteilung Haubachs durch Moltke, die sich bald durch einen intensiver, vielleicht auch unbefangener werdenden Haubach zunehmend positiver gestaltete und die überlieferte rührend-besorgte Gastgeberrolle für den Besucher Moltke deuten darauf hin, daß Theo Haubach das Charisma Moltkes enger an den Kreis band. Diese Aura Moltkes spiegelt sich wider in den Erinnerungen einer Berliner Journalistin jener Zeit, die von einer privaten Zusammenkunft berichtet, in der ein größerer Kreis von Menschen zusammentraf, die dem Regime ablehnend gegenüberstanden. Auch Helmuth von Moltke war anwesend, ohne allerdings in die Diskussionen einzugreifen. Als sie andere nach dem ihr Unbekannten fragte, wurde ihr zugerannt: „Unser bester Kopf“ oder „Man wird noch von ihm hören.“<sup>1946</sup>

Die Mitglieder des Kreisauer Kreises repräsentierten zudem, wie die Auswertung ihrer Biographien ergab, ein soziales Feld, dem sich auch Haubach zugehörig fühlte. Das bezog sich auf ihren ‚Habitus‘, also auf Formen der Lebensführung, auf ihre kulturellen Vorlieben und auf die Bereitschaft zum politischen Diskurs im historischen oder philosophischen Kontext. Übereinstimmung gab es auch in der grundsätzlichen Ablehnung des Wilhelminischen Staates wie in dem Bemühen, traditionelle Werte aus dem Kontext reaktionärer Inanspruchnahme zu lösen, sie in ein Konzept eines gesellschaftlichen und politischen Neubeginns zu integrieren, der ein demokratisches Regierungssystem, die Wiederherstellung des Rechts, deutliche soziale Veränderungen zu Gunsten bislang unterprivilegierter Schichten u.a. durch eine neue Wirtschaftsordnung und Bildungswesen garantieren sollte. Außerdem war für Theodor Haubach von großer Bedeutung, daß im Kreis Grundsätze zur Außenpolitik mehrheitsfähig waren, die in ihrer nationalen, zugleich strikt anti-imperialistischen, auf friedliche Koexistenz und auf ein ‚Zusammenwachsen‘ zielenden Ausrichtung mit den von ihm während der Weimarer Zeit propagierten Vorstellungen in wichtigen Elementen übereinstimmten.<sup>1947</sup> Theodor Haubach - und mit ihm Carlo Mierendorff - ist sicherlich am ‚linken‘ Rand dieser Gruppe anzusiedeln, wie die ‚Sozialistische Aktion‘ auch demonstriert, doch es gab ein hohes Maß an ‚sozialer‘ und politischer Übereinstimmung, wie beim Vergleich der ‚Sozialistischen Aktion‘ und der Kreisauer ‚Grundsätze‘ gezeigt werden konnte. Für Haubach mag dieser Kreis die Urzelle der von ihm während der Weimarer Jahre immer wieder propagierten ‚Volksbewegung‘ gewesen sein, eine Urzelle, die zur ‚Führung‘ aufgerufen war. Er fühlte sich demselben sozialen Feld zugehörig oder doch nahe, dem viele der Kreisauer entstammten, doch er sah es als *seine* historische Aufgabe an, daran mitzuwirken, die bürgerlich-republikanische Mitte und die Arbeiterschaft zusammenzuführen.

<sup>1945</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 13.11.1941, in:Ebd., S. 318.

<sup>1946</sup> Andreas-Friedrich, Ruth: Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938 – 1945, Berlin 1947, S. 99 f. [Aufzeichnung v. 11.10.1942]. Das Buch erschien in einer dt. Ausg. auch unter dem Titel: Schauplatz Berlin: ein Tagebuch, aufgezeichnet 1938 – 1945 (von der Autorin neu durchges. Fassung), Reinbek 1964.

<sup>1947</sup> U.a. Grundlagen einer Außenpolitik für die Nachkriegszeit v. 14.6.1943 und Fragestellung zur Wirtschaftspolitik in ihrer Beziehung zur Außenpolitik v. 14.6.1943, in: Roon, S. 550 – 553.

Hier zeigte sich ein bereits mehrfach konstatiertes elitäres Selbstverständnis, das sich in Übereinstimmung mit den Kreisauern auch in einer Haltung ‚der Arbeiterschaft‘ gegenüber konkretisierte, die von einem patriarchalisch-fürsorglichen Grundzug gekennzeichnet war. Der ‚Aufruf Sozialistische Aktion‘ gebärdete sich verbal-radikal und beschwor für die Zukunft plakativ eine „sozialistische Ordnung“, gab jedoch bis auf die Forderung nach Verstaatlichung keine Hinweise darauf, wie sie zu gestalten und zu verwirklichen war in einem Staat, der sich nicht mehr „im Parteienstreit verirren“ sollte.<sup>1948</sup> Blieb hier also der ‚sozialistische‘ Duktus gleichsam in der Schwebelage, verlor er sich in den Kreisauer ‚Grundsätzen‘ vollends. Dem Volk wurde nicht nur die oberste Leitlinie verordnet, die die Autoren „in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung“ sahen, sondern sie delegierten die von ihnen empfundene Fürsorge für die Arbeiterschaft: „Die Existenzsicherung der Werktätigen ist um ihrer Menschenwürde willen Aufgabe der Wirtschaftsführung.“<sup>1949</sup> Diese Formulierung schlägt den grundlegenden traditionellen Forderungen für eine sozialistische Gesellschafts- und Sozialpolitik ins Gesicht, weil sie nicht nur die antagonistische Klassenstruktur für die neue staatliche Ordnung als gegeben tradiert, sondern zudem die abhängig Beschäftigten vom Wohlwollen der „Wirtschaftsführung“ abhängig macht.

Haubach war an der Endredaktion der ‚Grundsätze‘ beteiligt, wie belegt ist, er verabschiedete sie mit, differenziertere Reaktionen sind allerdings nicht überliefert. Exemplarisch läßt das eben wiedergegebene Zitat erkennen, welche generellen Positionen den Kreisauer Papieren zugrunde lagen und welche Wertvorstellungen die Kreisauer bestimmten. Wenn an anderer Stelle darauf verwiesen werden konnte, daß Haubach und Mierendorff wahrscheinlich partiell Einfluß auf spezifische Aspekte der Programmatik hatten nehmen können, so zeigt sich in dem hier behandelten Komplex, daß die wesentlichen, eindeutig ‚nicht-sozialistischen‘ Zukunftsentwürfe des Kreises von den ausschließlich bürgerlich sozialisierten Mitgliedern bestimmt wurden. Mit ihnen stimmte Theodor Haubach in grundlegender habitueller Haltung überein, in dem elitären Sendungsbewußtsein, dem sowohl der Reflex der Fürsorge für die traditionell unterprivilegierten Schichten wie der einer für notwendig gehaltenen Führung der ‚Massen‘ immanent war, und ihn auch diese hier dekretierte Form sozialen Ausgleichs befürworten ließ.

Haubach und Mierendorff waren primär von Moltke sicher nicht in den Kreis einbezogen worden, weil er in ihnen ‚Arbeiter- und Gewerkschaftsführer‘ sah, sondern weil er sie in bürgerlich-intellektuellen Kreisen kennengelernt hatte und sie diese Zuordnung für den Kreis wertvoll zu machen versprach. Dieser Akzent tritt auch in einer Formulierung deutlich zutage, die in einer von Freya von Moltke mitverantworteten Veröffentlichung zu finden ist. Hervorgehoben wird danach, daß Reichwein, Mierendorff und Haubach zwar als erste Vertreter der Sozialdemokratie von Moltke gewonnen worden waren, doch wesentlich sei gewesen, daß sie „alle drei akademisch gebildet“ waren und damit der Zielsetzung des Kreises, nämlich dem politischen Diskurs und der Konzipierung von Positionspapieren, Impulse geben konnten.<sup>1950</sup> Hinzu trat fraglos das Argument, daß beide mit diesen

<sup>1948</sup> Sozialistische Aktion, in: Roon, Neuordnung, S. 589 f.

<sup>1949</sup> Grundsätze, in: Ebd., S. 566.

<sup>1950</sup> Moltke, Freya von et al., Moltke, S. 250.

Voraussetzungen auch besonders geeignet schienen, als ‚Scharnier‘ zu anderen ehemaligen SPD-Funktionären zu fungieren und für die Zeit nach dem Sturz Hitlers das Tor zur Arbeiterschaft weit aufzustoßen.

Auch wenn nicht unmittelbar der Umsturz etwa durch ein Attentat geplant war, so sind die Aktivitäten der Kreisauer doch eindeutig als Handlungen des Widerstands anzusehen, trifft doch das oben genannte Kriterium uneingeschränkt zu, daß sie die verbrecherischen Grundlagen des Regimes auf den Kopf stellen wollten und damit eindeutig ‚Landes- bzw. Hochverrat‘ begingen. ‚Der‘ Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft war kein massenhaft auftretendes Phänomen, die Zahl ‚der Einzelkämpfer‘ und der Gruppierungen unterschiedlicher politischer wie kirchlicher Richtungen ist überschaubar geblieben. Dem Regime zu trotzen, versuchten auch jene Bürger, die unter Lebensgefahr jüdische Mitbürger verbargen, am Arbeitsplatz Sabotage betrieben oder als Soldaten desertierten. Die Rezeption widerständiger Haltung in der Bevölkerung der dann demokratisch verfaßten Bundesrepublik Deutschland, in der sich in der Bevölkerung lange Zeit bewußtes Ignorieren, Mißtrauen und offene Abwehr mischten, kann ein Indiz dafür sein, in welcher schwieriger ‚Mission‘ sich die Widerständler während der Diktatur befanden. Sie standen gegen eine übermächtige Mauer gebildet aus Jubelstimmung, einem Heer opportunistischer Mitläufer, vielen Resignierenden und Eingeschüch-terten.

Gerade die für Theodor Haubach nachweisbare zögernde Annäherung an eine organisierte und strukturierte Widerstandsgruppe legt ein wichtiges Motiv bloß. Die oben zitierten Passagen aus den Briefen an Alma de L’Aigle lassen eindeutig die Interpretation zu, daß er die Isolierung auch aufgab, weil er fürchtete, seine Selbstidentität zu verlieren, eins zu werden mit der ‚Masse‘ der nationalsozialistischen ‚Volksgenossen‘. Die gemeinsame Ablehnung des Regimes gab die Möglichkeit des emotional oder intellektuell gesteuerten Austausches mit Gleichgesinnten. Die Gefahr schien dadurch gebannt, ohne Widerhall in einem totalitären, zutiefst abgelehnten Staatswesen zu existieren. Zu Recht hebt Peter Steinbach die erstaunliche Kraft der Mitglieder des Kreisauer Kreises hervor, denen es gegen die aktuell herrschenden Bedingungen gelang, die Grundlagen einer zukünftigen neuen staatlichen Ordnung im Diskurs zu entwerfen. Sie wollten denen, die die demokratischen Prinzipien vernichtet und die nationalen kulturellen Werte pervertiert hatten, „nicht einmal gedanklich die Zukunft“ überlassen.<sup>1951</sup> Zu präzisieren wäre hier, daß die Formulierung angemessener erscheint, die Kreisauer hatten den Nationalsozialisten ‚vor allem und gerade‘ die Zukunft nicht überlassen wollen. Sie blieben geistig autonom – die von Diktatoren am stärksten gefürchtete Spezies Untertan.

Die Hoffnung der Kreisauer auf eine schnelle militärische Niederlage Deutschlands wie auf einen Putsch systemkritischer Generale erfüllten sich nicht. Nachdem Helmuth von Moltke im Januar 1944 verhaftet worden war, endete die Kooperation dieser Gruppe, niemand – auch Yorck von Wartenburg nicht – war in der Lage, die kooperativen Strukturen zu bewahren, ein Beweis mehr für die herausragende Bedeutung Moltkes. Der politische Entwurf des Kreises als Ganzes zerbrach in der letzten Phase der nationalsozialistischen Diktatur. Am Beispiel Theodor Haubachs konnte nachgezeichnet werden, welche Bedeutung die Metho-

<sup>1951</sup> Steinbach, Peter: Der Kreisauer Kreis in seiner historischen Bedeutung, in: Engel (Hrsg.), Deutscher Widerstand, S. 161 – 178, S. 161 f.

de des demokratisch orientierten Austausches und der kollektiven, auf Kompromiß angelegten Arbeitsformen gewannen und daß er hier seine Identität wiederzugewinnen schien. In den Jahren der Weimarer Republik hatte er vorhandene Strukturen verändern wollen, bei den Kreisauern fand er zu diesem ihn bestimmenden Impetus zurück, indem er eine Plattform für ein Staatswesen mitgestaltete, das nach dem Ende der Diktatur helfen sollte, diese auch geistig zu überwinden. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, welchen Weg das Kreisauer Programm genommen hätte, wenn seine ‚Väter‘ die Chance der Umsetzung erhalten hätten. Es ist beispielsweise nur schwer vorstellbar, daß die ‚sozialistischen‘ Blühträume etwa von der Verstaatlichung der Großunternehmen in Schlüsselindustrien letztlich realisiert worden wären. Bedeutende Elemente wie u.a. „das konsequente Eintreten für einen europäischen Bundesstaat“ und die damit verbundene Abwehr nationalistischen Gedankenguts, eine von Haubach schon früh vertretene politische Option, nahm nach Hans Mommsen vorweg, was in den vergangenen Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland nur langsam gewachsen sei.<sup>1952</sup>

Die zentrale Bedeutung der Kreisauer ist aber zweifellos in der Tatsache zu sehen, daß sie sich als Arbeitskreis konstituiert hatten, existent waren und damit zu einer verschwindenden Minderheit der deutschen Bevölkerung gehörten, die Zeichen und Beispiel setzten und eine wenn auch kleine Insel abgaben in der Tradition des autonomen, widerständigen Denkens und Handelns. Der dafür zu zollende Respekt gilt ebenso für alle anderen, die Resistenz oder Widerstand zeigten, ob sie – um die Spannbreite nur anzudeuten – als Einzelkämpfer agierten, den Militärdienst verweigerten, sich in regionalen kirchlichen oder kommunistischen Gruppen zusammenschlossen, als lokal operierende Jugendgruppen bestanden, sich wie die ‚Weiße Rose‘ organisierten oder über ein Netz wie das des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) verfügten.

### **8.4.3 Der Widerstand zerbricht: Verhaftung und Hinrichtung Haubachs**

Theodor Haubach wurde an der Jahreswende 1943/44 von einschneidenden Ereignissen getroffen. Am 23. November 1943 wurde das Mietshaus, in dem er wohnte, bei einem Angriff der Alliierten von Bomben getroffen, seine Wohnung vollständig zerstört. Er selbst hatte den Abend zusammen mit der Familie Bausch im Firmenbüro, nach Auslösung des Alarms im provisorischen Luftschutzbunker der Villa verbracht. Als Haubach nach dem Angriff „auf seinem Fahrrad heimfuhr, fand er auch seine Wohnung mit der geliebten Bibliothek vernichtet, das Haus eingestürzt.“<sup>1953</sup> Seiner Freundin Alma teilte er in Kurzform mit: „Alles weg! Etwas Kleider und Wäsche gerettet! Sonst gesund!“ Außerdem fügte er seine neue Adresse an. Unterschlupf fand er bei Heinrich Gleissner, einem engen Bekannten, der Kontakte zu österreichischen konspirativen Kreisen unterhielt und nach dem Zweiten Weltkrieg Landeshauptmann von Oberösterreich wurde.<sup>1954</sup> Die äußeren Lebensbedingungen, ausgelöst durch die Enge der neuen Unterkunft,

<sup>1952</sup> Mommsen, Der Kreisauer Kreis und die Neuordnung, S. 224 f.

<sup>1953</sup> Hornstein, Erika von [d.i. Erika Bausch-von Hornstein]: So blau ist der Himmel. Meine Erinnerungen an Karl Schmidt-Rottluff und Carl Hofer, Berlin 1999, S. 60.

<sup>1954</sup> Postkarte Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 26.11.1943, in: De L’Aigle, Meine Briefe, S. 65.

läßt eine Mitteilung Haubachs ahnen, die er in einem Brief an eine unbekannte Adressatin – „Liebe gnädige Frau!“ - machte: „Ich lebe aus dem Koffer; ist am besten so.“<sup>1955</sup> Wie viele andere Menschen dieser Zeit wird er zunächst Freude darüber empfunden haben, daß er den Angriff unversehrt überstanden hatte. Doch die folgende Korrespondenz mit der Freundin Alma macht deutlich, wie sehr er seine Wohnung und vor allem die über Jahrzehnte gesammelten Bücher vermißte, die ihm individuellen Rückzug boten und ihm Medium für das Eintauchen in eine ‚geistige Welt‘ bedeuteten.<sup>1956</sup>

Unmittelbar nach dem Verlust seiner Wohnung traf ihn ein weiterer heftiger Schlag In der Nacht vom 3. zum 4.12.1943 starb Carlo Mierendorff bei einem Bombenangriff englischer Flugzeuge auf Leipzig. Erst etwa eine Woche später drang diese Meldung nach Berlin, nachdem die Freunde vermutlich gehofft hatten, Carlo sei irgendwo untergekommen oder ‚nur‘ verletzt worden. „Theo hat es heute endgültig erfahren“, schrieb Adolf Reichwein, und er fügte an, daß Theo mit einem Wagen der schwedischen Gesandtschaft nach Leipzig fahren werde, um nähere Einzelheiten zu klären.<sup>1957</sup> Der Tod Mierendorffs hatte offenbar vorübergehend eine lähmende Wirkung auf den großen Freundeskreis. Dessen Vitalität, ansteckender Optimismus, Lust an kreativen Lösungen, Humor und Bereitschaft zu ernsthaftem Ringen um neue konzeptionelle Ansätze würden zukünftig fehlen – es war, als würden sich Freunde und Mitstreiter für den Augenblick wie in einem Vakuum fühlen.<sup>1958</sup> Besonders stark traf dieses Ereignis Theodor Haubach. Kaum eine Phase seines politischen Weges ist ohne allerdings unterschiedlich intensive Kommunikation mit dem Freund darstellbar gewesen, wie diese Untersuchung zeigt. Sie hatten gemeinsam Weichenstellungen beschlossen, wie beispielsweise den Eintritt in die SPD verbunden mit der nachweisbaren Absicht, in der Partei auch aufzusteigen, waren vereint aktiv geworden, wenn sie auch nicht immer immer – wie der Briefwechsel mit Joseph Halperin aufweist – einer Meinung waren. Bei der Durchsicht der Memoirenliteratur, in der sich ehemalige Weggefährten an beide erinnern, wird oft sicher unbewußt ausnahmslos – auf einige Beispiele wurde bereits hingewiesen – die Persönlichkeit Mierendorffs mit größerer Sympathie dargestellt. Das temperamentvolle, sprudelnd-geistreiche Auftreten Carlos, das so auch Frau Bausch-von Hornstein schildert, stand in deutlichem Kontrast zu dem des nachdenklich-bedächtig wirkenden Theo. Der wird die unterschiedlichen Reaktionen auf beide sicher bemerkt haben, das hat zumindest äußerlich jedoch keine nachweisbaren Verstimmungen oder Brüche bewirken können.

Seine Nähe zu Carlo illustriert die Tatsache, daß Haubach alle notwendigen Formalitäten übernahm, die sich nach dem Tod des Freundes ergaben. Schwierig war es offenbar, ihn gegen den Willen der Behörden in der Heimatstadt Darmstadt

<sup>1955</sup> Brief Theodor Haubach v. 20.12.1943, in: Stadtarchiv Darmstadt, NL Theodor Haubach, ST 45.

<sup>1956</sup> U.a. Brief Theodor Haubach an Alma de L'Aigle v. 6.1.1943, in: De L'Aigle, Meine Briefe, S. 66.

<sup>1957</sup> Brief Adolf Reichwein an Willi Brundert v. 10.12.1943, in: Schulz, Ursula (Hrsg.): Adolf Reichwein. Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt von Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung von Hans Bohnenkamp. 2 Bände, München 1974, 1. Bd., S. 203.

<sup>1958</sup> Brief Adolf Reichwein an Harro Siegel v. 18.12.1943, in: Ebd., S. 204 f.

beisetzen zu können. Haubach hielt die Trauerrede am 22.2.1944.<sup>1959</sup> Sie ist ein Zeugnis der tiefen Freundschaft beider Männer und zeichnet sich dadurch aus, daß Haubach die Persönlichkeit des Freundes außerordentlich differenziert nachzuzeichnen versuchte. Aktuelle politische Anmerkungen sind nur wenige – und dann verschlüsselt – feststellbar, weil alle Anwesenden davon ausgingen, daß die Politische Polizei zu dieser Beisetzung Beobachter senden würde.

Nur eine Woche vor seinem Tod hatte Mierendorff in einem Gespräch mit Henry Goverts, dem Freund aus dem Heidelberger Zirkel, einige ihn bedrückende Aspekte angesprochen. Nachdem Carlo „wie jeden Sonntag“ bei Theo zu Mittag gegessen hatte, war Goverts nachmittags hinzugekommen. Nach gemeinsam genossenem „Brombeertee“ und der bereits zitierten, von Carlo teilweise verschlafenen Lesung Haubachs aus seinem Radfahrerbuch, hatten Goverts und Mierendorff noch einen längeren Spaziergang gemacht. Dabei kritisierte Mierendorff Wilhelm Leuschners „Eigenwilligkeit und Empfindlichkeit“, beklagte „die reaktionäre Haltung des selbstgefälligen Gördeler“ [sic] und „schimpfte weidlich über die feigen Generäle, die alles versprechen und nichts hielten.“ „Beglückt“ zeigte er sich darüber, daß er mit „Menschen wie Graf Helmuth Moltke und Graf Peter Jorck“ [sic] zusammenarbeiten könne. Dieser kurze emotionale Ausbruch bestätigt die in diesem Kapitel formulierten Thesen bzw. Schlußfolgerungen, die zweifellos auch für Haubach galten, hinsichtlich der Einschätzung potentieller Kombattanten der Kreisauer wie der beiden Führungspersonen. Für diesen Zusammenhang ist jedoch eine weitere Anmerkung Mierendorffs relevant. Er bezweifelte nämlich, daß Theo „in die Bresche springen wolle, wenn er [Carlo] ausfiele.“<sup>1960</sup> Da eindeutig nachgewiesen ist, daß Haubach sich an den Aktivitäten der Kreisauer beteiligte, kann es sich hier nicht um eine generelle Klage Carlos gehandelt haben, denn Theo mußte nicht erst noch aktiviert werden. Zur Einordnung dieser Äußerung muß einmal auf die extrem umtriebige Vitalität und offenkundige Belastbarkeit Mierendorffs abgehoben werden, der möglicherweise von seinem Freund einen vergleichbaren Einsatz erwartete. Die „Bresche“ bezog sich zudem wahrscheinlich auf eine Funktion auf der Nahtstelle zu anderen Gruppierungen. Haubach mag sich diese Aufgabe nicht im gleichen Maße zugetraut haben, wie sie von Freund Carlo wahrgenommen wurde, vielleicht schätzte er die Chancen des Zusammengehens auch erheblich pessimistischer ein. Für den immer außerordentlich umsichtig und vorsichtig agierenden Theo Haubach barg jeder zusätzliche Außenkontakt die Gefahr der Entdeckung durch Observation oder durch in Verhören von der Gestapo erpreßte Geständnisse von Mitwissern.

Die Passage eines Briefes an seinen Heidelberger Professor Alfred Weber klingt, als gebe sie Antwort auf die Vorhaltungen des Freundes. Weber hatte ihm wie andere zum Tode Carlos sein Beileid ausgesprochen, so eng sahen Bekannte und

<sup>1959</sup> Text der Rede, hs. 12 S., in: NL Anneliese Schellhase-Haubach. Teile des Nachlasses der im August 2001 Verstorbenen befinden sich in meinem Besitz und werden nach Abschluß dieser Arbeit an die ‚Gedenkstätte Deutscher Widerstand‘ in Berlin weitergegeben werden. Der Text der Rede auch bei Brundert, Von Weimar, S. 51 – 61 abgedruckt. Carl Zuckmayer initiierte eine Gedächtnisveranstaltung am 12.3.1944 in New York, auf der er die Rede hielt. Vgl. Zuckmayer, Carl: Carlo Mierendorff. Porträt eines deutschen Sozialisten, Berlin 1947. Auf die Persönlichkeit und Rolle Anneliese Schellhase-Haubachs wird später näher eingegangen.

<sup>1960</sup> Brief Henry Goverts an Carl Zuckmayer v. 18.10.1945, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, NL Carl Zuckmayer, A: Zuckmayer, Bestand: Briefe an ihn von ... .

Freunde die beiden verbunden.<sup>1961</sup> Zunächst läßt der Brief jedoch erkennen, wie tief Haubach durch die beiden Ereignisse getroffen worden war. Der Verlust der Wohnung, die „fast die seine [Carlos] geworden“ war, sei, klagte er, mit „dem furchtbaren Ende des Jugendfreundes auf eine seltsame Weise verbunden.“ Dieser Einschnitt gehe doch, fuhr er fort, „bis ins Mark + ist darum so furchtbar schmerzhaft.“ Er fühlte sich „ins Ungewisse hinausgestoßen“ und suchte nach Halt und einer Perspektive.<sup>1962</sup> Dennoch zeigte er sich fest entschlossen, die Arbeit im Widerstand fortzusetzen, er schien es sogar als Verpflichtung zu empfinden, den Verlust, der dem Kreis entstanden war, kompensieren zu helfen. In dieser Phase scheint sich Haubach tatsächlich eindeutig zu noch intensiverer Weiterarbeit im Widerstand entschlossen zu haben. Kaum verschlüsselt konstatierte er in dem bereits genannten Brief an Alfred Weber zum „Vermächtnis“ des Freundes: „Sein Werk war nicht getan.“ Der habe wie Moses das gelobte Land auch noch nicht betreten können und es „nur vom Berge her geschaut“, um dann – im Bild bleibend – den entscheidenden Satz anzufügen: „Wir aber laufen noch in der Wüste.“ In Verbindung mit der Frage „Werden wir das Rechte rechtzeitig tun können?“ ergibt sich eindeutig der Kontext zur Widerstandstätigkeit. Haubach benutzte das Pronomen „wir“ und demonstrierte seine Zugehörigkeit zu den Widerständlern. Keine Frage schien es für ihn zu sein, daß weiter daran gearbeitet werden müsse, das „gelobte Land“, also die Zeit nach der nationalsozialistischen Herrschaft, betreten zu können, fraglich war allein das taktisch-methodische Vorgehen. Einmal mehr erwies sich Haubach als Kreisauer, der strikt auf der Linie Moltkes in dieser Frage lag, denn er machte den Zusatz: „Rechtzeitig – d.h. dem Gott nicht zu früh in die Speichen fallen.“<sup>1963</sup>

Das Ergebnis einer Begegnung Adolf Reichweins und Haubachs läßt ebenfalls den Schluß zu, daß Theo beabsichtigte, die Widerstandsarbeit mit Elan fortzusetzen. Ungeduldig merkte Adolf Reichwein in einem Brief an, daß er zwar Verständnis für die Trauer um Carlo aufbringe und mit den Freunden den Tod Carlos beklagen wolle, daß man dabei jedoch nicht stehen bleiben dürfe. Damit kritisierte er offensichtlich den mittlerweile eingetretenen Stillstand der Aktivitäten und gab zugleich wiederum einen indirekten Hinweis auf die große Bedeutung Mierendorffs in diesem Umfeld, dessen Tod eine lähmende Wirkung ausübte. Allein Theo sei bereit gewesen, mit ihm ein Arbeitsgespräch zu führen, bei dem es gelungen sei, hob er hervor, „einen weiteren Weg zu suchen.“<sup>1964</sup>

Dieser Entschluß wurde umgehend auf eine harte Probe gestellt. Helmuth von Moltke, in einer Abteilung der Abwehr tätig, hatte diese Position in vielen Fällen dazu genutzt, um, wie erwähnt, durch Gegenvorschläge retardierend auf die nationalsozialistische Bürokratie einzuwirken oder vom Regime Verfolgte zu warnen. Selbstverständlich hatte der Sicherheitsdienst bereits seit längerem den Verdacht, daß Moltke subversiv tätig sei, und schlug deshalb zu, als sich eine Chance ergab. Im Zuge der Ermittlungen gegen den ‚Solf-Kreis‘, einer Art von „Salon“, in dem aktuelle politische Fragen offen mit regimekritischer Akzentuierung erörtert wur-

<sup>1961</sup> Brief Theodor Haubach an Alfred Weber v. 29.12.1943, hs. 4 S., in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alfred Weber, 0000197/19.

<sup>1962</sup> Ebd., S. 1 f.

<sup>1963</sup> Brief an A.Weber v. 29.12.1943, S. 3 f.

<sup>1964</sup> Brief Adolf Reichwein an Willi Brundert v. 21.12.1943, in: Schulz, Adolf Reichwein, 1. Bd., S. 206.

den, hatte sich der Verdacht ergeben, daß bevorstehende Observierungen verraten worden waren. Nach der Verhaftung mehrerer Teilnehmer dieses Kreises führten die Ergebnisse der Verhöre schnell zu Moltke.<sup>1965</sup> Der wurde am 19.1.1944 in seinen Diensträumen verhaftet und war zunächst lange Zeit optimistisch, er würde die Vorwürfe zerstreuen können. Es zeigte sich, daß die Ermittler sich allein auf den Vorwurf konzentrierten, er habe mit seinen im Amt erworbenen Kenntnissen Verrat an der ‚nationalsozialistischen Sache‘ geübt. Die Aktivitäten im Rahmen des Kreisauer Kreises waren noch nicht entdeckt worden. Doch die Verhöre, denen Moltke ausgesetzt wurde, zogen sich über Monate hin und nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 blieben dann auch nicht weiter Struktur und Vorstellungen der Kreisauer verborgen. Ihre autonome Grundhaltung, die sich in Gegenentwürfen zum bestehenden Unrechtsstaat niedergeschlagen hatte, die Verflechtung von Mitgliedern des Kreises mit den Attentätern und das Ausmaß des Widerstandes insgesamt hatten die NS-Führung erschreckt und provozierten sie zu einer Serie von Schauprozessen. Helmuth von Moltke wurde nach zweitägiger Verhandlung zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 – am selben Tag wie Theodor Haubach – in Plötzensee hingerichtet.

Moltke selbst, seine Frau und auch die Kreisauer erwarteten zunächst, er werde schnell aus der Haft entlassen und in den Kreis zurückkehren. Diese Aussicht erwies sich als unrealistisch. Yorck von Wartenburg konnte die bisher so intensive, immer wieder zentrierte Arbeit nicht mit Impulsen versorgen und sie koordinieren, wie es gemeinsam mit Moltke der Fall gewesen war.<sup>1966</sup> Die Gemeinschaft, deren Zusammenhalt und Arbeitsfähigkeit wegen der ständigen Bedrohung durch die Gestapo höchst labil war, hatte ihre personale Mitte verloren, die die notwendige Spannung für den Erhalt der Binnenstruktur erzeugt hatte. Schnell zeigte sich, daß es „keinen Kreisauer Kreis mehr gab, sondern nur Kreisauer.“<sup>1967</sup> Dieser Einschätzung von Roons wurde von Eugen Gerstenmaier energisch widersprochen, indem er mit „Yorck, Trott, Haefthen, Reichwein, Haubach, Leber, Gerstenmaier, Lukaschek, van Husen“ und mit Einschränkungen Theodor Steltzer noch eine Kerngruppe benannte, die weiter intensiv gearbeitet habe.<sup>1968</sup> Arbeitsformen und Zielsetzung der Kreisauer – unabhängig vom erzwungenen Ausfall Moltkes – hätten sich zwingend nach Abschluß der ‚Planungsphase‘ verändern müssen. Nun galt es, sich mit Bündnispartnern zu arrangieren und möglicherweise eigene Konzepte zu modifizieren, um das übergeordnete Ziel eines Sturzes des Regimes realisieren zu können.

So hatten die auf Integration gerichteten Bemühungen Moltkes u.a. den Sozialdemokraten Julius Leber näher an die Kreisauer herangeführt. Er wurde – das kann so konstatiert werden – zu einer der zentralen Figuren einer Gruppierung von zum Widerstand Entschlossenen, die im nachhinein unter dem Titel ‚20. Juli 1944‘ zusammengefaßt wurde, obwohl er das Attentat selbst gar nicht initiierte, sondern seine Akzente bei der Sammlung dieser Bewegung setzte. Deshalb greift die Zuordnung Gerstenmaiers auch wahrscheinlich zu kurz, der ihn nicht nur zur ‚Kerngruppe‘ der Kreisauer zählte, sondern ihn neben Yorck zu einer Führungsperson-

<sup>1965</sup> Moltke, Freya von et al., Moltke, S. 286 f.

<sup>1966</sup> Roon, S. 87.

<sup>1967</sup> Ebd., S. 288.

<sup>1968</sup> ‚Der Kreisauer Kreis‘. Begleitband, S. 176.

lichkeit in diesem Kreis stilisierte.<sup>1969</sup> Die Aktivitäten Lebers, die beispielsweise Dorothea Beck seit 1943 verifizieren konnte, lassen vielmehr den Schluß zu, daß er auch zum Kreis um Goerdeler, zu Wilhelm Leuschner wie auch zum ‚militärischen Widerstand‘ Kontakte herstellte.<sup>1970</sup> Wenn er auch etwa die Annäherung an die Militärs nur zögernd vollzog, so ist doch zu folgern, daß die ihn leitende Zielsetzung der Zusammenschluß ‚des‘ Widerstandes war, der Gruppierungen also, die in seinem Umfeld agierten und zu denen er über verschiedene Personen Beziehungen anbahnen konnte. Allerdings muß auch Dorothea Beck konzedieren, daß im Sinne konspirativen Verhaltens keine Aufzeichnungen darüber vorliegen, in welcher Weise er in den verschiedenen Gruppierungen argumentierte oder ob seine Kritik bzw. Vorschläge Eingang in Entscheidungen konzeptioneller oder praktischer Art fanden.<sup>1971</sup>

Die Verbindung Julius Lebers zu Claus Graf Schenk von Stauffenberg stellte Fritz-Dietlof von der Schulenburg her.<sup>1972</sup> Schulenburg wird von Hans Mommsen in einer biographischen Skizze als bedeutendster Verbindungsmann der gesamten Bewegung charakterisiert, der sich weniger konzeptionell hervortat, jedoch höchst pragmatisch und aktivistisch vorging.<sup>1973</sup> Die oppositionelle Haltung von Militärs gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern hatte 1943 einige Ansätze zu Umsturzversuchen gebracht, die jedoch aus technisch-organisatorischen Gründen scheiterten und denen es vor allem daran mangelte, daß noch kein militärischer Führer von Fronttruppen gefunden worden war, der einen Umsturz mitgetragen hätte.<sup>1974</sup>

Inwieweit die um den vorwärtsdrängenden Stauffenberg gruppierten, zumeist jungen Militärs selbst eine engere Kooperation mit den ‚zivilen‘ – die sie nicht durchgängig waren, wie das Beispiel Theodor Steltzer zeigt - Zirkeln für den Umsturz anstrebten, ist unklar. Der Verlauf der Ereignisse, die auf den 20. Juli 1944 hinführten, zeigt, daß Stauffenberg den Kreis der Mitwisser verständlicherweise klein halten wollte, daß mithin die Kontaktaufnahmen u.a. zu den Kreisauern auf die Zeit nach dem Umsturz zielten. Darauf deuten auch die Aussagen beteiligter Militärs hin. Als symptomatisch ist die Aussage Fabian von Schlabrendorffs anzusehen, der allein in einer kurzen Bemerkung Carl Goerdeler, Julius Leber und Wilhelm Leuschner in einem Atemzug nennt und auf die hinter ihnen stehenden „Arbeitermassen“ verweist.<sup>1975</sup> Damit verkannte er nicht nur die Beziehungen der verschiedenen Gruppierungen zueinander, die sich höchst kompliziert gestalteten, sondern ging auch von falschen Annahmen aus hinsichtlich ihres möglichen, allerdings lange nicht erwiesenen Rückhalts bei den ‚Massen‘ nach einem erfolgreich verlaufenen Umsturz. Allein Stauffenberg und Schulenburg suchten offen-

---

<sup>1969</sup> Ebd.

<sup>1970</sup> Zur Problematisierung dieser Etikettierung, die hier nur eingeführt wird, um sie deutlich von den Gruppierungen abzusetzen, die von Nicht-Militärs dominiert wurden, und zu den verschiedenen Phasen und Personen aus dem Lager der Militärs vgl.: Müller, Klaus-Jürgen: Über den militärischen ‚Widerstand‘, in: Steinbach/Tuchel, Widerstand, S. 266 – 279.

<sup>1971</sup> Beck, Dorothea: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Einleitung v. Willy Brandt. Vorwort v. Hans Mommsen (Deutscher Widerstand 1933 – 1945. Zeitzeugnisse und Analysen), Berlin 1983, S. 171.

<sup>1972</sup> Ebd., S. 182.

<sup>1973</sup> Mommsen, Alternative, S. 254.

<sup>1974</sup> Müller, Über den militärischen Widerstand, in: Steinbach/Tuchel, S. 278.

<sup>1975</sup> Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 89.

bar den Kontakt zu anderen Gruppen, die jungen Offiziere – z.B. Fabian von Schlabrendorff und Henning von Tresckow - in ihrem Umfeld waren mittlerweile nicht nur bereit zu einem gewaltsamen Umsturz durch ein Attentat, sondern fest dazu entschlossen. Ihr Motiv kristallisierte sich um die Idee, daß sie „vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf“ wagen wollten, wie Schlabrendorff es formulierte, und zwar ohne „den praktischen Zweck“ zu berücksichtigen und sich von allen vorher erwogenen Zielvorstellungen oppositioneller Militärs abkoppelten.<sup>1976</sup> Sie distanzierten sich damit von der bislang in verschiedenen Nuancierungen vertretenen Auffassung, daß ein Attentat und seine Folgen auf einen realpolitischen Kontext zu beziehen seien. Diese Position war dazu geeignet, konstitutiv für diese spezifische Gruppe zu wirken, sie kann zugleich erklären, daß der Grad differenzierter Informiertheit über andere Widerstandszirkel niedrig war.

Nach Müller bedeutete diese Äußerung Schlabrendorffs offenbar für Stauffenberg das entscheidende Signal, das Attentat für den Juli 1944 zu planen. Er demonstrierte durch seine Verbindung zu Julius Leber und anderen Kreisauern wie zu Carl Goerdeler die Absicht, über das Attentat hinausgehend Weichen zu stellen. Bei Treffen im Frühjahr/Frühsummer 1944 kam es zu heftigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Kreisauern und Goerdeler, die von Dorothea Beck vor allem nach den Kaltenbrunner-Berichten rekonstruiert wurden.<sup>1977</sup> Sie gründen auf den großenteils unter Folter erpreßten Aussagen der verhafteten Widerständler, sind mit kritischem Vorbehalt deshalb zu rezipieren, weil die Opfer trotz der gegen sie geübten Gewalt Tatbestände und Verbindungen oft zu verschleiern und zu verschweigen suchten oder unangemessen ausschmückten. Außerdem sind oft Wertungen der Aussagen formuliert, die die kriminalistische bzw. politische Kompetenz der Bearbeiter demonstrieren oder die Bedeutung ihres Amtes unter Beweis stellen sollen. Zur die Verwendung erschwerenden Methodik der Vermittlung gehört auch die Zusammenfassung von Sachverhalten, die aus den Aussagen verschiedener Häftlinge kombiniert werden, ohne zu einzelnen Aspekten den Urheber zu nennen.<sup>1978</sup> Generelle Linien sind gleichwohl anhand dieser Quellen nachvollziehbar. So überrascht es nicht, daß bei den bereits bestehenden, oben erwähnten sozial- und innenpolitischen Differenzen auch in außenpolitischen Fragen keine Einigung mit Goerdeler zu erzielen war. Der beharrte auf einer – völlig unrealistischen, allerdings seine grundlegenden Auffassungen widerspiegelnden - gleichberechtigten Position gegenüber den Alliierten und sträubte sich gegen den Rückzug deutscher Truppen aus den eroberten Gebieten.

In welchem starkem Maße einige Kreisauer offenbar in Übereinstimmung mit Stauffenberg auf ein breites Bündnis, eine ‚Volksbewegung‘, zielten, offenbart die Entscheidung, Kontakte zu kommunistischen Widerständlern aufzunehmen. Das Gespräch, das am 22.6.1944 stattfand, führten Julius Leber und Adolf Reichwein sowie Anton Saefkow, Franz Jakob [oder: Jacob] und ein dritter Beteiligter von der kommunistischen Seite. Mit diesem Schritt wurde die in der ‚Sozialistischen Aktion‘ geforderte Einbindung des kommunistischen Widerstandes eingelöst. Das geschah von beiden Seiten offenbar außerordentlich vorsichtig. Aenne Saefkow, auch im Widerstand aktive Ehefrau Anton Saefkows, erinnerte sich unmittelbar

<sup>1976</sup> Müller, S. 279. Dort auch das Zitat Fabian von Schlabrendorffs.

<sup>1977</sup> Beck, Julius Leber, S. 188 ff.

<sup>1978</sup> Oben wurde bereits auf die für diese Arbeit benutzten Quellenbestände verwiesen.

nach Kriegsende, daß ihr Umfeld zunächst vorfühlen wollte, ob die andere Seite überhaupt ernstzunehmen sei oder ob es sich nur „um einen kleinen Kreis Unzufriedener“ handle.<sup>1979</sup> Es blieb bei diesem Annäherungsversuch, der jedoch historisch bedeutsam erscheint, weil er zumindest auf sozialdemokratischer Seite die Bereitschaft markierte, unter dem Dach einer ‚Volksgemeinschaft‘ einen staatlichen Neuanfang ins Auge zu fassen. Doch schon beim zweiten Treffen, am 4.7., wurden die Teilnehmer verhaftet, Leber, der den Termin verpaßt hatte, einen Tag später. Damit hatten die Kreisauer und die sich mit ihnen neu formierte Bewegung einen schweren Rückschlag erlitten. Für Stauffenberg gab vor allem die Verhaftung Lebers zusätzlich Anlaß, die Attentatspläne voranzutreiben. Er wollte ihn nach dem Sturz Hitlers befreien und hatte ihm eine führende Stellung zgedacht. Auf den Verlauf und das Scheitern des versuchten Attentats soll hier nicht eingegangen werden, der Kontext ist hinreichend differenziert in vielen Veröffentlichungen dargestellt und eingeordnet worden. Zu den Konsequenzen des Scheiterns zählt die Festnahme vieler Beteiligten, u.a. auch Theodor Haubachs. Bevor jedoch auf die letzte Phase seines Lebens eingegangen wird, die mit seiner Verhaftung begann, ist der Versuch zu unternehmen, seine Position in der sich seit Februar 1944 neu formierenden Gruppierung zu bestimmen. Bei intensiver Analyse aller zur Zeit zur Verfügung stehenden Quellen muß allerdings festgestellt werden, daß diese Aufgabe nur generalisierend geleistet werden kann. Mit Sicherheit setzte Theo Haubach die oben zitierte Absicht in die Tat um und beteiligte sich nach dem Tode des Freundes Carlo und der Verhaftung Moltkes aktiv an der konspirativen Tätigkeit. Gerstenmaier präziserte seine oben bereits zitierte Behauptung, daß sich ‚Kreisau‘ keineswegs aufgelöst habe und Haubach und andere aus dem Kreis weiter intensiv kooperiert hätten, durch den Hinweis, daß er selbst mit ihm im Sommer 1944 gemeinsam konzeptionelle Entwürfe bearbeitet habe.<sup>1980</sup>

Haubachs Name findet sich auch auf Ministerlisten, die seit Ende 1943 bis in das Frühjahr 1944 hinein zwischen den verschiedenen Gruppen erörtert und oft verändert wurden. Er sollte als Nachfolger Mierendorffs ein „Propagandaministerium“, an anderer Stelle heißt es: Ministerium für Nachrichtenwesen, übernehmen.<sup>1981</sup> Zwei ähnlich oberflächlich-punktuellen Hinweise gibt Heinrich Gleissner, bei dem Haubach nach dem Verlust seiner Wohnung einige Monate lebte. Einmal berichtete er davon, daß Julius Leber und Haubach „eng befreundet“ gewesen seien und daß Haubach eine eher ausgleichende Wirkung auf den kantigen Genossen ausgeübt habe.<sup>1982</sup> Beide unterhielten zwar regelmäßige Kontakte und respektierten einander, von einer ‚engen Freundschaft‘ kann allerdings wohl nicht ge-

<sup>1979</sup> Saefkow, Aenne: Bemerkungen v. 12.7.1946, in: SAPMO, Bestand KPD, RY 1/I 2/3/140, Bl. 105. Der Bestand, zu dem diese Quelle zählt, gibt einen interessanten Einblick in die Bemühungen der SED, die vorwiegend von Sozialdemokraten gegen die Kommunisten gerichtete Beschuldigung abzuwehren, der dritte Teilnehmer des Gespräches auf kommunistischer Seite sei ein Verräter gewesen. Ausführlich äußert sich z.B. ein Verbindungsmann zwischen Adolf Reichwein und den Kommunisten; vgl. Brief Friedrich Bernd an den Landesvorsitzenden der SED v. 13.3.1947, in: SAPMO, Bestand KPD, RY 1/I 2/3/140, Bl. 131 – 133.

<sup>1980</sup> Mitteilung Eugen Gerstenmaiers an Peter Hoffmann, in: Hoffmann, Peter: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 737, Anm. 31.

<sup>1981</sup> Ebd., S. 436.

<sup>1982</sup> Brief Heinrich Gleissner an Ger van Roon v. 4.10.1962 [Briefkopf: „Der Landeshauptmann von Oberösterreich“], in: IfZ, Sammlung Ger van Roon, ZS/A – 18/3, S.3.

sprochen werden. Außerdem verwies Gleissner auf die Verbindung Haubachs und Stauffenbergs, die nach der Verhaftung Lebers und Reichweins „sehr eng“ gewesen sei.<sup>1983</sup> Es ist gut vorstellbar, daß beide über die gemeinsame Verehrung Stefan Georges – Stauffenberg hatte nach dem Tod des ‚Meisters‘ im Dezember 1933 die Totenwache organisiert und mitgehalten – schnell eine Ebene des Verstehens fanden.<sup>1984</sup> Leider sind jedoch keine Belege auffindbar, die die Zusammensetzung von Teilnehmerkreisen dokumentieren, in denen beide zusammentrafen.

Auch die Aussagen Haubachs selbst oder über ihn lassen nach Auskunft der ‚Kaltenbrunner-Berichte‘ den Schluß zu, daß er aktiv tätig war – u.a. Bestätigung der Kontakte zu Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein, Bemühungen um Ausgleich im Streit um die ‚christliche Grundlage‘ des neuen Staates, Stellungnahme zunächst für einen Reichskanzler Wilhelm Leuschner, dann lieber für Julius Leber, damit die Nominierung Goerdelers abwehrend -, aber die oben formulierte Frage nach seiner politischen Position wie auch die nach seiner Bedeutung in diesem Kreis können nicht differenziert beantwortet werden.<sup>1985</sup> Mit der gebotenen Zurückhaltung ist gleichwohl festzustellen, daß Theodor Haubach sich nicht in einer Führungsrolle befand, sondern seine Funktion offenbar in der konzeptionellen Arbeit wie in dem Bemühen sah, zwischen den verschiedenen Gruppierungen zu vermitteln und auszugleichen. Dies tat er nachweislich in der Frage der Verankerung des christlichen Gedankens in der zu erarbeitenden Verfassung, zudem schwenkten Haubach und Mierendorff – „rangen sich durch“, wie Gerstenmaier schreibt – auf die Kreisauer Linie der Betriebsgewerkschaften ein und wandten sich damit von der von Leuschner bewahrten, traditionellen sozialdemokratischen Einheitsgewerkschaft ab.<sup>1986</sup> Auf eine deutlich kompromißbereite Grundhaltung Haubachs weist die Aussage Wilhelm Leuschners hin, der ihn Carl Goerdeler gegenüber als ‚vernünftigen Mann‘ bezeichnete, mit dem man durchaus über „Arbeiterforderungen gut sprechen“ könne.<sup>1987</sup> Die Aussage läßt gleichfalls auf eine eher flexible Haltung Haubachs schließen, sie ist allerdings auch als Versuch Leuschners deutbar, das ständige Mißtrauen Goerdelers gegenüber den ‚Arbeiterführern‘ zu beruhigen.

Diese nebensächlich erscheinende Episode läßt en detail erkennen, welche große Distanzen zwischen den verschiedenen Gruppierungen in den fundamentalen politischen Konzepten bestanden, die es auch verhinderten, daß sich gegenseitiges Vertrauen entwickeln konnte. Ein ‚Ausgleich‘ zwischen den divergierenden Flügeln und Gruppierungen war – das sah sicher auch Haubach – letztlich nicht leistbar. Wie sollten die autoritär, antidemokratisch orientierten Entwürfe der Goerdeler-Gruppe für eine neue staatliche Ordnung mit dem sozialdemokratischen Demokratieverständnis vereinbar sein, wie die nationalistisch gerichteten außenpolitischen Vorstellungen Goerdelers und auch Schulenburgs mit denen des auf ein gemeinsames Europa orientierten Theodor Haubachs, die auch von den Kreisauer-

<sup>1983</sup> Ebd., S. 2.

<sup>1984</sup> Die drei Brüder Stauffenberg begegneten dem Dichter 1923, eine Begegnung, die „bestimmend für das Leben der drei Brüder“ wurde, ihnen die Einsicht nicht nur wegen ihrer Zugehörigkeit zum Adel zur Elite zu gehören, sondern auch – ganz im Sinne Georges – auf geistiger Ebene „zwischen sie und die übrige Welt eine unsichtbar-undurchdringliche Wand stellte“; vgl. Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, S. 50 u. S. 52.

<sup>1985</sup> Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Berichte, in: IfZ München, MA-146/1, 146/2, 146/3.

<sup>1986</sup> Gerstenmaier, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit, Frankfurt/M. 1981, S. 164.

<sup>1987</sup> Bericht vom 16.8.1944, in: Jacobsen, Spiegelbild, S. 232.

ern vertreten wurden? Auch die gesellschaftlichen und politischen Grundüberzeugungen Goerdelers und Lebers beispielsweise lagen weit auseinander, wie Dorothea Beck nachweist, um dann zusammenfassend – eher euphemistisch – punktuelle Übereinstimmung wahrzunehmen.<sup>1988</sup> Sie kann allein in der Absicht aller beteiligten Gruppierungen des hier behandelten Umfeldes bestanden haben, den Sturz des Regimes herbeizuführen bzw. den Übergang in eine neue staatliche Ordnung mitzugestalten. So überlieferte die Ehefrau Lebers dessen unmißverständliche Einschätzung der Kooperation, nämlich „auch mit dem Teufel“ zu paktieren – für Julius Leber also ein „Zweckbündnis auf Zeit“, wie Beck resümiert.<sup>1989</sup>

Eine vergleichbare Motivation bestimmte sicher auch die Bemühungen Theodor Haubachs, sich vermittelnd zu betätigen. Da auch bei den anderen Partnern ähnliche Vorstellungen vorausgesetzt werden können, einte sie letztlich allein der Wille, den Sturz Hitlers zu realisieren bzw. nach diesem den staatlichen Neubeginn mitzugestalten zu wollen. Setzt man einmal voraus, daß sich die Hoffnungen der Widerständler erfüllt und sie die Chance zu einer selbstbestimmten politischen Arbeit erhalten hätten, so ist es gut vorstellbar, daß die temporär-taktische Variante schon bald ihre Kraft verloren hätte und für die Partner nur auf wenige Elemente zurückzugreifen gewesen wäre, die das Fundament einer gemeinsamen, weittragenden politischen Zukunftsgestaltung hätten abgeben können.

Doch der fehlgeschlagene Attentatsversuch Stauffenbergs am 20. Juli 1944 mobilisierte noch einmal verschiedene ‚Apparate‘ des Regimes. Während einige Verschwörer wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg bereits in der Nacht zum 21.7. erschossen wurden, setzte eine breite Verhaftungswelle ein, mit der nicht allein direkt Beteiligte, sondern auch Familienmitglieder durch die sogenannte ‚Sippenhaft‘ erfaßt wurden. Neben der Verfolgung von Widerständlern löste das Reichssicherheitshauptamt eine bereits für den Fall eines Umsturzversuchs seit längerem vorbereitete Aktion – das ‚Unternehmen Gewitter‘ - aus, deren Ziel die Verhaftung potentiell Verdächtiger war; jede Opposition sollte im Keim erstickt werden.<sup>1990</sup> Theodor Haubach hielt sich am 20.7. nicht in Berlin auf. Vermutlich stellte er absichtlich die Distanz her, er wußte, daß zunächst die Militärs handeln würden. Er hielt sich wiederum im Ferienhaus des Freundes Emil Henk in Oberstdorf auf.<sup>1991</sup> Die Rückreise unterbrach er in Heidelberg, um am 29.7. als Trauzeuge bei der Hochzeit Richard Henks, des Sohnes von Emil Henk, zu fungieren.<sup>1992</sup> Seiner Verlobten Anneliese Schellhase schrieb er am 31.7.1944, daß er am selben Tage aus Heidelberg abreisen werde.<sup>1993</sup> Am 3.8. teilte Theo der Freundin Alma mit, daß er wieder in Berlin sei, um den Brief nach im Plauderton gehaltenen Mitteilungen außerordentlich ernst zu schließen: „Alma! Liebe Alma! Vielen herzli-

---

<sup>1988</sup> Beck, Julius Leber, S. 175.

<sup>1989</sup> Ebd., S. 178.

<sup>1990</sup> Heit, Ulrike/Johannes Tüchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach/Tüchel (Hrsg.); Widerstand, S.377 – 389, S. 377 f.

<sup>1991</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 20.7.1944, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Alma de L’Aigle, Bd. 14.

<sup>1992</sup> Gespräch P.Z. mit Frau Gertrud Henk, der damaligen Braut Richard Henks, am 14.11.1999.

<sup>1993</sup> PK Theodor Haubach an Anneliese Schellhase v. 31.7.1944, in: NL Anneliese Schellhase-Haubach.

chen Dank und alles, alles Gute – wir brauchen jetzt viel Schutz und Segen von oben.“<sup>1994</sup>

Die aus diesen Zeilen sprechende Furcht gründete sich auf seinem Wissen, daß seit dem 21.7. bereits mehrere Kreisauer – u.a. Yorck, Gerstenmaier, Lukaschek, Trott – verhaftet worden waren. Er hatte die Methoden der Gestapo einige Male am eigenen Leib erfahren müssen und konnte davon ausgehen, daß vieles aufgedeckt werden würde. Am 9.8.1944 wurde er dann im Haus Heinrich Gleissners festgenommen. Eine zu dem Zeitpunkt neunzehnjährige Mitbewohnerin, mit deren Familie Haubach befreundet war, erinnert sich, daß er von drei Männern in Zivilanzügen abgeholt worden sei – zwei von ihnen waren über die Terrasse gekommen, einer hatte an der Haustür geklingelt. Er durfte in Anwesenheit der Gestapoleute sein Abendessen beenden, dann wurde er abgeführt.<sup>1995</sup>

Haubach wurde nach kurzem Aufenthalt im Gefängnis Lehrter Straße in die Polizeischule Drögen bei Fürstenberg gebracht, mittlerweile ein Konzentrationslager. Hier begannen offenbar sofort die Verhöre.<sup>1996</sup> Unter dem Vorwand, es seien „wehrwirtschaftlich wichtige Angelegenheiten“ mit Haubach zu besprechen, erhielten Viktor Bausch und dessen Sekretärin häufig eine Sprecherlaubnis. Nachdem er wieder in das Gefängnis Lehrter Straße zurückverlegt worden war, wurde diese ‚Zusammenarbeit‘ noch lebhafter, d.h. der Austausch fingierter Exposés, die Rückfragen und neue Besuche erforderten, konnte verstärkt werden. Der Sekretärin Gisela Flüge gelang es auf diese Weise, neben Kassibern auch Haubachs Verteidigungsstrategie, die er ihr zuflüsterte, während Bausch laut über Rohstofffragen sprach, mitzutenographieren und nach draußen zu schmuggeln.<sup>1997</sup>

Die wichtigste Person für Theodor Haubach war in den letzten Lebensmonaten sicherlich seine Verlobte Anneliese Schellhase. Er hatte sie erst 1940/41 kennengelernt und sich später mit ihr verlobt.<sup>1998</sup> Die Briefe Theos an sie aus der Haft, die sich im Nachlaß Frau Schellhase-Haubachs fanden, bestärken den Eindruck, den einige Auszüge in dem von Walter Hammer herausgegebenen Bändchen hinterlassen: Haubach hatte spät in ihr eine Partnerin gefunden, zu der er eine tiefe Zuneigung entwickelte.<sup>1999</sup> Die erhaltenen Briefe spiegeln Stimmungen wie Bedrängung und Ohnmacht des Inhaftierten, „in langen Nächten“ befielen ihn immer wieder „Angst, Not, Verzweiflung“.<sup>2000</sup> Doch es finden sich immer wieder Sequenzen, in denen er die Hoffnung äußerte, eines Tages die Wohltaten der Freunde – „all das esse + rauche [ich], was Ihr Euch vom Munde abspart“ – vergelten

<sup>1994</sup> Brief Theodor Haubach an Alma de L’Aigle v. 3.8.1944, in: NL Alma de L’Aigle, Bd. 14.

Vgl. auch: Meine Briefe, S. 71 f.

<sup>1995</sup> Mitteilung von Irene Sleptzoff v. 25.10.1984, 2 S., ms., in: Robert-Walser-Archiv, NL Joseph Halperin.

<sup>1996</sup> So werden in einem der zusammenfassenden Berichte des Chefs der Sicherheitspolizei v. 16.8.1944 Aussagen Theodor Haubachs erwähnt. Höchst verärgert merkte der Referent an, die Aussagen Haubachs hätten u.a. ergeben, daß „sich der ehemalige Gewerkschaftsklüngel nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager wieder zusammengefunden“ habe. Vgl. Bericht der SiPo Berlin, „Betr.: 20.Juli 1944“ [Sonderdezernat], v. 16.8.1944, in: IfZ, MA-146/1, Bl. 12.

<sup>1997</sup> Bausch, Viktor: Erinnerungen, in: Hammer, Theo Haubach, S. 56 – 59, S. 57 ff.

<sup>1998</sup> Auf Antrag Frau Schellhases wurde ihrer „freien Verbindung“ mit Theodor Haubach lt. Mitteilung der Landesjustizverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg v. 7.3.1957 die „Rechtswirkungen einer gesetzlichen Ehe zuerkannt.“; in: NL A.Schellhase-Haubach.

<sup>1999</sup> Vgl. Hammer, Theo Haubach, S. 65 – 68.

<sup>2000</sup> Brief Theodor Haubach an Anneliese Schellhase v. 23.11.1944, in: NL A.Schellhase-Haubach.

zu können und von „besserer Laune“ berichtete.<sup>2001</sup> Am 15.12. teilte er seiner Verlobten „die Verschiebung der Fristen“ mit, was „auf der einen Seite sehr angenehm“ sei, ihn aber andererseits offenbar auch beunruhigte.<sup>2002</sup> Jeder verschobene Termin für einen Prozeß ließ die Hoffnung der Häftlinge wachsen, daß die Alliierten den Krieg inzwischen für sich entscheiden könnten, denn auch sie erlebten die Bombardements mit und erfuhren von den näherrückenden Frontlinien. „Andererseits“ hatten sich die Handlungsweisen der Machthaber als unberechenbar erwiesen, es waren auch ohne Prozeß durchaus Exekutionen und Hinrichtungen zu befürchten.

Immer stärker setzte ihm dann die sich dehnende Haftzeit und die damit verbundene, wachsende Ungewißheit über seine Zukunft zu. Die Verzweiflung ließ ihn fatalistisch anmutend formulieren: „Der herannahende Termin [der Verhandlung, P.Z.] ist mir – jetzt – völlig wurscht. Sollen sie doch machen, was sie wollen.“ Den Verteidiger hatte er auch wenige Tage vor Prozeßbeginn noch nicht zu Gesicht bekommen, was Haubach zu der sarkastischen Formulierung bewegte, daß das wohl bald geschehen müsse, „wenn es noch einen Sinn hat“, um fortzufahren: „Und wenn nicht, der ganze Kram kann mir langsam ...!“ Bei der Einschätzung der zu erwartenden Strafe sah er durchaus die Möglichkeit eines Freispruchs, fürchtete allerdings auch dann zurück in das KZ Fürstenberg verlegt zu werden: „Brrrrr.“<sup>2003</sup>

Haubachs Stimmung schlug dann jedoch in tiefe Verzweiflung um, als das Verfahren gegen ihn von dem gegen Moltke, Gerstenmaier und andere am Ende des ersten Tages, dem 9.1.1945, abgetrennt wurde. Moltke und Haubach saßen nach einer Skizze, die Moltke für seine Frau anfertigte, an diesem Tag in der ersten Reihe dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, dem berühmten Roland Freisler, direkt gegenüber.<sup>2004</sup> Zwei Kassiber, die zwar undatiert sind, aber vermutlich in dieser Zeit von ihm geschrieben wurden, lassen den Wunsch nach Schmerz- und Schlafmitteln erkennen, und lassen durch die Hast, in der sie verfaßt wurden, die depressive Verfassung noch intensiver durchscheinen: „Schlafe wieder so schlecht.“, „Für schwere Fälle einige Ampullen Morphium“, „Streichhölzer!“ oder „Rasierklinge! Sehr eilig!“<sup>2005</sup>

Seit Mitte Oktober 1944 wußte Theodor Haubach, welcher Vergehen er beschuldigt wurde. Im vom Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes ausgestellten „Haftbefehl“ gegen Theodor Haubach und sechs weitere Widerständler wurde die Beschuldigung erhoben, sie hätten „gemeinschaftlich“ und „mit Gewalt die Verfassung des Reiches“ ändern und „den Führer seiner verfassungsmäßigen Gewalt“ berauben wollen. Als erschwerend wurde die Tatsache hervorgehoben, daß diese Aktivitäten „während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub“ leisten würden.<sup>2006</sup> Damit war eindeutig der Tatbestand des Hochverrats

<sup>2001</sup> Brief Theodor Haubach an Anneliese Schellhase v. 2.12.1944, in: Ebd.

<sup>2002</sup> Brief Theodor Haubach an Anneliese Schellhase v. 15.12.1944, in: Ebd.

<sup>2003</sup> Brief Theodor Haubach an Anneliese Schellhase v. 3.1.1944 [zweifellos versehentlich von Haubach falsch datiert, es muß heißen: 1945].

<sup>2004</sup> Brief Helmuth von Moltke an Freya von Moltke v. 10.1.1945, in: Moltke, Briefe, S. 599.

<sup>2005</sup> Kassiber Theodor Haubachs, in: NL A.Schellhase-Haubach.

<sup>2006</sup> Der Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes, gez. Dr. Ehrlich, Landgerichts-Dir., Haftbefehl, Az. O J 21/44 gRs., 181/44, 556, v. 11.10.1944, in: Roon, S. 594 f. Weitere offizielle Dokumente der Verfolgungsbehörden wie etwa die Anklageschrift sind bislang nicht aufgefunden worden; das bestätigte mir die Leitung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin. Auch die Re-

umrissen, den Inhaftierten drohte also die Todesstrafe. Die beschuldigten Kreisauer suchten in ihren Vernehmungen dem Eindruck entgegenzutreten, daß es sich bei ihrem ‚Kreis‘ um eine Gruppe von Verschwörern gehandelt habe. Da die Briefe Moltkes und die gemeinsam erarbeiteten Grundsatz-Papiere von Freya von Moltke auf Gut Kreisau hatten gut verborgen werden können, standen den Ermittlern der Gestapo lediglich die Aussagen der Verhafteten zur Verfügung.

Haubachs Taktik lief auf das gleiche Ziel hinaus wie das seiner Mitverschwörer, nämlich den eigenen Anteil möglichst gering darzustellen und den ‚Kreis‘ keinesfalls als in sich geschlossenes System erkennen zu lassen. Eugen Gerstenmaier spielte beispielsweise die Rolle des weltfremden, treuherzig-korrekten Kirchenmannes offenbar mit Erfolg, denn der Vorwurf des Hochverrats wurde fallengelassen, und er wurde nach dem Antrag auf Todesstrafe zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>2007</sup> Auf ähnliche Weise hatte Theodor Haubach versucht, den Ermittlern gegenüber ein Bild von seiner Position in diesem Umfeld zu entwerfen – dazu wurde bereits aus den ‚Kaltenbrunner-Berichten‘ oben zitiert –, das ihn eher als an Glaubensfragen Interessierten ausweisen konnte.<sup>2008</sup> Auf Verabredungen zwischen den Inhaftierten verweist die Aussage Eugen Gerstenmaiers wenig später, der ausdrücklich betonte, daß Haubach im November 1942 an einer evangelisch-katholischen Tagung teilgenommen habe.<sup>2009</sup>

Theodor Haubach hat diese Linie jedoch offensichtlich nicht durchhalten können. Der Blick auf die wenigen Aussagen, die aus den Verhören überliefert sind, zeigen, daß er z.B. seine Verbindungen zu Julius Leber offenbarte – „Leber hat Haubach [Eigennamen i. Orig. gesperrt; P.Z.] von einer der bekannten schiefgelaufenen Sitzungen berichtet“<sup>2010</sup> – wie auch zu Wilhelm Leuschner – „Leuschner sagte mir [...]“.<sup>2011</sup> Bei der Information, die er von Leuschner erhielt, handelte es sich immerhin um eine Kontaktaufnahme Carl Goerdelers mit Stellen in England. Zudem wurde Leuschner als der ‚Kopf‘ des von den Ermittlern so genannten ‚Gewerkschaftsklüngels‘ gefürchtet. Leber war seit seiner Festnahme im Juli 1944 inhaftiert und wurde von den Machthabern wegen der Kontaktaufnahme zu einer kommunistischen Gruppe als besonders gefährlich angesehen. Mit der Preisgabe seiner engen Beziehungen allein zu diesen beiden von den Nationalsozialisten als Protagonisten der Opposition ausgemachten Männern ordnete Theodor Haubach sich selbst in einem für das Regime höchst bedrohlichen konspirativen Netzwerk ein. So kann es nicht erstaunen, daß die Anklageschrift nach der Erinnerung Gerstenmaiers gegen ihn sechs Seiten umfaßte, während es für Moltke fünf und für Gerstenmaier zwei Seiten waren. Für „todernst“ hielt Eugen Gerstenmaiers die Situation Haubachs, denn „da ging es scharf auf den 20.7. zu.“ Vorgeworfen wurde diesem die Teilnahme an Besprechungen, in denen die Bildung einer Umsturz-

---

suchen, die durch die Vermittlung Ingo Böhles, Doktorand, ein Dolmetscher in den Beständen ‚Gestapo Berlin‘ im RGV-Archiv Moskau durchführte, erbrachten keine Hinweise. Es existiert allein eine kurze Passage aus der Vernehmung Haubachs durch Roland Freisler vor dem ‚Volksgerichtshof‘, auf die unten eingegangen wird.

<sup>2007</sup> Gerstenmaier, Brigitte u. Eugen: Zwei können widerstehen. Berichte und Briefe 1939 – 1969, Bonn-Berlin 1992, S. 112 ff.

<sup>2008</sup> Chef der SiPo Berlin an Martin Bormann, Bericht v. 16.8.1944, in: IfZ, MA – 146/1, Bl. 8.

<sup>2009</sup> Chef der SiPo Berlin an Martin Bormann, Bericht v. 25.8.1944, in: Jacobsen, Spiegelbild, S. 299.

<sup>2010</sup> Bericht v. 16.8.1944, Bl. 16.

<sup>2011</sup> Bericht v. 29.11.1944, IfZ, MA – 146/2, Bl. 72.

regierung erörtert wurde, außerdem „Umsturzvorbereitungen“ mit den ehemaligen Gewerkschaftsführern, Kenntnis von weitreichenden Plänen Goerdelers und Becks sowie die Bereitschaft, selbst ein Amt in einer neu zu bildenden Regierung zu übernehmen. „Daneben“ sei erwiesen, daß er sich aktiv im ‚Kreisauer Kreis‘ betätigt habe – Gerstenmaier hebt das Wort ‚daneben‘ wohl deshalb in ironisierender Absicht hervor, weil diese Tätigkeit nach seiner Kenntnis und Einschätzung als zentral für Haubach angenommen werden mußte.<sup>2012</sup> Während dieses gemeinsamen Verhandlungstages, am 9.1.1945, machte Haubach auf den Mitangeklagten Gerstenmaier den Eindruck, als sei er auf „Selbstaufopferungskurs“. Er gab offenbar zu, daß er sich selbst an Umsturzvorbereitungen beteiligt habe, bemühte sich aber zugleich, deutlich zu machen, daß der Kreisauer Kreis in diese nicht einbezogen worden sei. Dieser taktische Winkelzug Haubachs wird von Gerstenmaier allerdings als Ungeschicklichkeit, wenn nicht als Fehler markiert, da damit für die Ankläger eben doch eine Verbindung zur umfassenden ‚Bewegung 20.Juli‘ angenommen werden konnte und tatsächlich auch wurde.<sup>2013</sup>

Es existiert ein Dokument, in dem Haubach vor der Kenntnis der Anklageschrift, also vor dem 11.10.1944, seine Verteidigungslinie formulierte. Von der Sekretärin Viktor Bauschs wurde es, wie erwähnt, bei einem Besuch in der Haft mitgeschrieben, von beiden aus der Haftanstalt geschmuggelt und dann – möglicherweise – über den Gefängnispfarrer Harald Poelchau dem inhaftierten Moltke zugespielt.<sup>2014</sup> In seine wegen der Umstände selbstverständlich nur oberflächlich gegliederten Ausführungen integrierte Theodor Haubach auch Bruchstücke der von ihm zuvor gemachten Aussagen. Auch sie demonstrieren eine erstaunliche Offenheit und bestätigen die Darstellung Gerstenmaiers. Haubach hatte danach bereits frühzeitig Beziehungen zu Julius Leber und zu Wilhelm Leuschner wie auch deren Querverbindungen zum Goerdeler-Kreis eingeräumt und dargestellt.<sup>2015</sup> Den Kreisauer Kreis habe er, so Haubach, als lockere Zusammenkunft bezeichnet, dessen Teilnehmer sich „der Erforschung der geschichtlichen Entwicklung seit 33“ gewidmet und die sich nur für den „Pessimalfall“, der militärischen Niederlage und dem Sturz der Regierung, Gedanken über die Zukunft gemacht und dabei an eine „eigenständige deutsche Lösung“ gedacht hätten, die „im engen Anschluß an Entwicklung wie von NSDAP seit 33“ zu entwickeln sei.<sup>2016</sup>

Folgt man seinen eigenen Angaben, so muß Haubach gegen seine erklärte Absicht die Kreisauer als Gruppierung dargestellt haben, deren Mitglieder sich abseits der vorgeschriebenen Bahnen eigene – politische – Gedanken machten. Als Erklärung für die Art seiner ‚Verteidigung‘ ist einmal anzuführen, daß er wie viele andere Häftlinge massiv unter Druck gesetzt oder gar gefoltert wurde. Über die Methoden, die die Gestapo anwandte, gaben die Protokolle bzw. zusammenfassenden

<sup>2012</sup> Gerstenmaier, B. u. E., Zwei können widerstehen, S. 98 f. Die Anklageschrift ist nicht überliefert. Da das Verfahren gegen Haubach erst nach dem ersten Verhandlungstag abgetrennt wurde, kann sich für die erste Phase auf die Erinnerungen Gerstenmaiers gestützt werden.

<sup>2013</sup> Ebd., S. 100.

<sup>2014</sup> Bausch, Erinnerungen, in: Hammer, S. 58 f.

<sup>2015</sup> Haubach, Theodor: Verteidigung, Transkript, ms. 4 S., in: IfZ, NL Walter Hammer, ED 106, Bd. 48, S. 1 f.

<sup>2016</sup> Ebd., S. 3.

Berichte keine Auskunft. Haubach war in diesen Monaten physisch wie psychisch nicht sehr stark belastbar, da er an einer Magen- und Gallenkrankheit litt.<sup>2017</sup>

Möglicherweise war Haubachs Selbstdarstellung auch von der Hoffnung gekennzeichnet, durch seine Offenheit in wesentlichen Punkten zu einer Übereinkunft mit der verfolgenden Behörde zu gelangen. Es findet sich nämlich in seinem Strategiepapier zur Verteidigung eine Passage, in der von „3 Angaben bei der Gestapo“ die Rede ist. Er fügte unmittelbar an: „Helmuth [zweifellos: von Moltke, P.Z.] Februar/März informiert, als er selbst im Begriff war, Anzeige zu erstatten.“ Er habe bei der Gestapo, darüber informierte Haubach offenbar Moltke, „über ‚Kreisau‘ Ziele und Personen erörtert“. Darauf seien wahrnehmbar von der Gestapo Postkontrollen vorgenommen worden, und die ‚Kreisauer‘ seien damit „gedeckt“ gewesen. „Absprachegemäß“ seien die anderen Kreisauer „von diesen Dingen“ nicht informiert worden.<sup>2018</sup> Eindeutig belegt diese Sequenz Kontakte Haubachs zur Gestapo, ob Moltke sie realisierte, wußte wohl auch Haubach nicht. Beide haben diese Aktion offenbar diskutiert. Dies kann nicht im „Februar/März“ 1944 passiert sein, da zu diesem Zeitpunkt Moltke bereits inhaftiert worden war. Als wahrscheinlich ist das Jahr 1943 anzunehmen. Möglicherweise hatten beide verabredet, eine Stelle der Behörde über (wahrscheinlich fingierte) Aspekte ihrer Aktivitäten zu informieren, um Überprüfungen wie die Postkontrolle auszulösen, deren negative Ergebnisse wenn nötig zum Nachweis ihrer Unschuld herangezogen werden konnten. Für eine solche Deutung spricht die dringlich vorgetragene Bitte Haubachs: „Bitte alle Hebel ansetzen, daß höhere SS-Dienststelle (Schellenberg über Jellinek, Kaltenbrunner usw.) mit meinem Fall befaßt wird.“ Sie kann weiter erhärtet werden durch eine Passage, die sich in einer geheimen Meldung befindet, die fernschriftlich unmittelbar nach dem Ende des Prozesses gegen Haubach an den Reichsleiter Martin Bormann geleitet wurde. In ihr wird die Behauptung Haubachs, „als v-mann der polizei tätig geworden zu sein“, zwar indirekt bestätigt, für die Zeit nach 1940 jedoch als „unglaubwuerdig“ verworfen, zumal „er seine komplicen wiederum vor der polizei gewarnt hat.“<sup>2019</sup> Ähnlich argumentierte der Präsident des ‚Volksgerichtshofes‘ Roland Freisler in der Verhandlung gegen Haubach, als dieser vorbrachte, er habe „der Geheimen Staatspolizei von Fürstenberg“ helfen wollen. Freisler stellte diese Äußerung als absolut unglaubwürdig dar und verwies – das ist dem überlieferten kurzen Auszug der Verhandlung zu entnehmen – auf den Kern der Anklage, daß Haubach keine Anzeige erstattet habe, als er „über den Zweck und Ziel der Bestrebungen“ der Kreisauer eingehend informiert war.<sup>2020</sup>

Zu dieser ‚taktischen Variante‘ des Vorgehens im Widerstand gibt es bislang keine Hinweise in der Literatur, die das Verhalten Haubachs und Moltkes verifizieren oder erläutern könnten. An einer Stelle seiner ‚Verteidigung‘ deutet Haubach

<sup>2017</sup> Das wird u.a. bestätigt bei: Bausch, Erinnerungen, in: Hammer, S. 59 und bei: Sleptzoff, Die Verhaftung, S.2.

<sup>2018</sup> Haubach, Verteidigung, S. 4.

<sup>2019</sup> PG Dr. Lorenzen an Herrn Reichsleiter Bormann, Führerhauptquartier, Fernschreiben v. 15.1.1945, 19.45 Uhr, in: IfZ, MA – 146/3, Bl. 105. Offen muß bleiben, welcher Art die Verbindung Haubachs zur Gestapo vor 1940 war. Zu vermuten ist, daß er sich nach der erwähnten einwöchigen Gestapohaft Ende 1939, in der er gefoltert wurde, zur Mitarbeit gezwungen wurde.

<sup>2020</sup> Transkript zu einem Tonfilm, der zu Propagandazwecken hergestellt worden war: Vernehmung des Angeklagten Dr. Theodor Haubach, undatiert, in: Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt/M., 60 U 7-III, S. 99 – 102. Den Hinweis verdanke ich Herrn Dr. Johannes Tuchel.

an, daß sein „Chef“ Bausch ins Vertrauen gezogen worden sei, bei Moltke ist vorstellbar, daß er seine Frau informierte, doch dieser Aspekt bleibt in den nach 1945 erschienenen Veröffentlichungen unerwähnt. Es ist möglich, daß er als unerheblich angesehen wurde, daneben bietet sich jedoch auch die Erklärung an, daß potentielle Mitwisser vor allem in den ersten Jahren bzw. Jahrzehnten nach dem Kriegsende zu Recht die Furcht hegen mußten, daß eine wenn auch taktisch genutzte Kooperation von Widerständlern mit Gestapostellen zum Vorwand genommen worden wäre, um ‚den‘ Widerstand oder einzelne Beteiligte zu diskreditieren. Eine Grundstimmung für ein solches Verhalten war lange Zeit in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden. Wenn überhaupt, so wurden doch beispielsweise nur mit erheblicher Verzögerung Kasernen der Bundeswehr nicht mehr nur nach Hitler-Generälen benannt, die bis zur Kapitulation Deutschlands die Politik der nationalsozialistischen Führung mitgetragen hatten.

Wie es auch phasenweise die oben zitierten Briefe an Anneliese Schellhase in manchen Passagen erkennen lassen, zeigt auch einer der abschließenden Sätze seines Verteidigungskonzeptes, daß er sich des Ernstes seiner Situation nicht bewußt war bzw. die Gefahr zu verdrängen suchte: „Wenn Freilassung nicht möglich, dann auf jeden Fall Verbleib in der Lehrterstrasse sichern.“<sup>2021</sup> Die von ihm vermutlich als eine Art Faustpfand eingeschätzte Kooperation mit der einen oder anderen Gestapostelle erwies sich als nutzlos, denn ‚der 20. Juli‘ hatte die oberste Partei- und Staatsführung tief getroffen. Das als lückenlos gewählte Sicherheits- und Überwachungssystem hatte sich als fehlerhaft erwiesen, zumal in einer Phase des Krieges, die sich außerordentlich kritisch entwickelte. Gemäß ihrer Programmatik konnte die nationalsozialistische Führung gegen die innenpolitische Herausforderung nur mit erhöhtem Druck reagieren. Der Leiter des Amtes IV des Reichssicherheitshauptamtes, in dem die ‚Sonderkommission 20. Juli‘ angesiedelt wurde, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, teilte Freya von Moltke die – ihm zweifellos von höchster Stelle aufgebene – Devise mit, nach der vorgegangen wurde: „Wir werden nicht den gleichen Fehler machen, der 1918 begangen wurde. Wir werden unsere innerdeutschen Feinde nicht am Leben lassen.“<sup>2022</sup>

Am 15.1.1945 wurde Theodor Haubach zum Tode verurteilt. Die bereits erwähnte Nachricht an das Führerhauptquartier, die noch am Abend des Prozeßtages abgeschickt wurde, beweist, daß die NS-Führung die polizeiliche und juristische Reaktion auf den 20. Juli intensiv verfolgte, die Chance zu unmittelbarem Eingreifen gewährleistet sehen wollte und welche große Bedeutung sie der Umsetzung des Rachedenkens beimaß. Selbst wenn noch Beziehungen zu einer Gestapostelle bestanden haben sollten, so erwiesen die sich nun als irrelevant, weil die Einrichtung der ‚Sonderkommission 20. Juli‘ für diesen Komplex bisher gültige innerbehördliche hierarchische Zuordnungen außer Kraft gesetzt hatte. Das Fernschreiben an das Führerhauptquartier faßt die wesentlichen Gründe der Verurteilung Theodor Haubachs zusammen. Abgehoben wird auf die zentrale Position, die er eingenommen und die sich dokumentiert habe in seinen Kontakten zu den von ihm selbst in den Verhören genannten Widerständlern. Akzentuiert wird ferner seine Mitarbeit im Kreisauer Kreis – „Moltkekreis“ – und seine Kenntnis der Planungen für einen Sturz bzw. eine Neuordnung, die in den verschiedenen Gruppen getrof-

<sup>2021</sup> Haubach, Verteidigung, S. 4.

<sup>2022</sup> Moltke, Freya von, Moltke, S. 300. Zu Heinrich Müller vgl. Seeger, Andreas: ‚Gestapo-Müller‘. Die Karriere eines Schreibtischtäters, Diss. Hamburg, Berlin 1996.

fen wurden. Zur Last wurde ihm außerdem gelegt, daß er als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern vorgesehen war. Es ist nicht erkennbar, welche Quelle dieser Information zugrunde lag.

Neben diesen Vorwürfen, die sich auf seine Aktivitäten im Widerstand bezogen, rügte der Berichtstatter den Angeklagten mit rüden Worten, die deutlich den Ärger erkennen lassen, den der offenbar couragierte Auftritt Haubachs während der Gerichtsverhandlung provoziert hatte. Er sei „von aussergewöhnlich anmassendem auftreten“, „unecht in pathos und gebaerde“ gewesen und habe sich durch „beifallheischende grossprecherei [sic]“ hervorgetan.<sup>2023</sup> Diese Suada läßt den Schluß zu, daß sich Haubach gegen den berüchtigten Roland Freisler zur Wehr zu setzen versuchte. Als nicht nachvollziehbar ist allerdings die von Hanns Lilje weitergegebene und oft kolportierte Version einzuschätzen, der – ohne jeden Beleg – berichtet, daß das Auftreten Haubachs die Todesstrafe sozusagen herausgefordert habe. Es sei zunächst nur eine Freiheitsstrafe beantragt worden, doch Haubachs Schlußwort habe Freisler derart provoziert, daß dieser „sofort die Verhandlungen neu aufnahm“ und das Todesurteil fällte.<sup>2024</sup> Stellt man die gegen ihn erhobenen Vorwürfe dagegen, durch die ihm eine bedeutende Rolle im Zentrum des Widerstandsnetzes zugeschrieben wurde und die nach der Interpretation der Staatsführung eindeutig den Tatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllten, so erscheint es bei dem hohen Grad von Wut der Machthaber über das Attentat, die sich in der sofort massiv begonnenen Verfolgungs- und Verurteilungsmaschinerie gegen das Umfeld des ‚20. Juli‘ konkretisierte, undenkbar, daß Haubach ‚nur‘ eine Freiheitsstrafe bekommen hätte.

Der intensive Einsatz einiger Freunde und vor allem Anneliese Schellhases, durch Gnadengesuche einen Aufschub oder gar die Umwandlung des Todesurteils in eine Freiheitsstrafe zu erreichen, blieb erfolglos. Schwer gezeichnet von der Haft und von Krankheit wurde Theodor Haubach am 23.1.1945 in Plötzensee ‚hingegerichtet‘ – wird ein rechtsstaatlicher Maßstab angelegt, so ist es zweifellos angemessen, davon zu sprechen, daß er wie viele seiner Mitstreiter vom bekämpften System *ermordet* wurde.

#### **8.4.4 Im bürgerlichen Widerstand: angelangt bei den eigenen Wurzeln?**

Hans Mommsen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der deutsche Widerstand „von einer quantitativ bemerkenswerten Minderheit der Bevölkerung“ getragen worden sei. Welch erhebliche Hypothek diese Aussage für die aktiv Beteiligten bedeutete, konnte oben exemplarisch deutlich gemacht werden. Unter diesen Umständen mutet es aus der zeitlichen Distanz als höchst erstaunlich an, daß es den Kreisauern gelang, mit einem relativ umfangreichen Kreis von Kombattanten eine intensive konzeptionelle Arbeit zu realisieren. Eigentlich hatte das Netz der Überwachung eine solche Dichte, war die Zahl potentieller Informanten und Denunzianten so groß, daß sich „eine geschlossene Bewegung“ kaum formieren

<sup>2023</sup> Lorenzen an Bormann v. 15.1.1945.

<sup>2024</sup> Lilje, Hanns: Im finstern Tal, Nürnberg 1947, S. 91 f. Hanns Lilje (1899 – 1977), evang. Theologe, Sekretär des Lutherischen Rats, nach dem Zweiten Weltkrieg Landesbischof von Hannover.

konnte.<sup>2025</sup> Eine Bündelung der Kräfte gegen die nationalsozialistischen Machthaber stieß freilich auch auf ideologische Grenzen. Bestand Einigkeit in der Absicht, Hitler zu stürzen oder – angemessen-vorsichtig ausgedrückt – daß er gestürzt werden müsse, so taten sich hinsichtlich der Vorstellungen für das neue staatliche Gebilde, das nach dem Ende der Diktatur entstehen sollte, weit klaffende Unterschiede auf. Bereits bei den Bemühungen um Kooperation der Gruppen, die eine Nähe zu den Kreisauern aufwiesen, konnte diese Beobachtung gemacht werden.

Wiederholt konnte darauf verwiesen werden, daß Theodor Haubach die während der Weimarer Republik demonstrierte fast militante Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus und dessen Führung zwar zwangsläufig nach 1933 nicht weiter offen bekennen konnte, daß er sie im Kern jedoch ungebrochen beibehielt. Sein nachweisbarer Wille, die Frontstellung gegen die NS-Herrschaft beizubehalten und zu einer politischen Waffe zu machen, erwies sich in der ersten Phase konspirativen Verhaltens, die er unmittelbar nach der ‚Machtübernahme‘ der Nationalsozialisten zu realisieren suchte. Wie die vorhandenen Quellen belegen, knüpfte er an seine politischen Erfahrungen aus der Republik an, indem er gezielt personale Beziehungen (re-)aktivierte, mit denen er ein Netz des Widerstandes herstellen wollte. Bewußt wollte er neue Strukturen entwickeln, da es ihm als zu hohes Risiko erschien, die traditionellen Bahnen der Partei und des Reichsbanners zu nutzen, von denen er annahm, daß sie den Verfolgern bekannt seien. Zudem mangelte es ihm sichtbar am Vertrauen, daß mit den alten Kadern, die er zunehmend heftig gegen Ende der Republik kritisiert hatte, eine derart brisante, neuartige Herausforderung zu leisten sei. Wenn Haubach damit auch organisatorisch neue Wege gehen wollte, so knüpfte er in seiner Motivation doch bruchlos an die zuvor oft vertretene politische Grundhaltung an. Nachdrücklich warnte er seine Kombattanten davor, die neuen Machthaber zu unterschätzen und schärfte ihnen ein, sich auf einen länger andauernden Kampf einzustellen.

Vermutlich hat jedoch Haubach selbst zunächst das Ausmaß der politischen Veränderungen und des vom neuen Regime ausgeübten Terrors nach innen wie nach außen nicht ermessen können. Die in vielen Regionen wachsenden Zellen oppositioneller Tätigkeit von Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten wurden in den Jahren 1934 und 1935 zerschlagen. Theodor Haubach mußte selbst die Erfahrung machen, wie konsequent-unerbittlich von der Politischen Polizei Gegner des Systems verfolgt, unterdrückt und – nach dem Vokabular der Herrschenden – ‚ausgeschaltet‘ wurden. Große Schwierigkeiten bereitete es, für die Mutter und für sich die materielle Lebensgrundlage zu sichern, bis er Arbeit bei einem langjährigen Bekannten fand. Sie gab in diesem Bereich Sicherheit, die Furcht vor Nachstellungen durch die Gestapo und deren unberechenbaren, weil nicht mit traditionellen Rechtsnormen zu vereinbaren Methoden blieb jedoch bestehen, wurde wahrscheinlich verstärkt durch die einwöchige Inhaftierung im Jahr 1939.

Die Briefe an die Freundin Alma de L’Aigle lassen erkennen, daß er sich wie zur Kompensation – lesend, Musik hörend, auch schreibend - in seine Interessengebiete zurückzog. Einem Bekannten jener Zeit ist der Hinweis zu verdanken, daß Haubach mit den von ihm initiierten ‚Cercles‘ in seiner Wohnung ein bürgerliches Ritual zu bewahren suchte, das auf Kommunikation gerichtet war und vor allem

---

<sup>2025</sup> Mommsen, Hans: Die Opposition gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft 1933 – 1945, in: Müller (Hrsg.), Der deutsche Widerstand, S. 22 – 39, S. 38.

den Austausch über kulturelle Themen pflegte. Dieses Handlungsmuster enthüllt die Absicht Haubachs, sich trotz aller Bedrängung unter dem Regime ‚einrichten‘ zu wollen, um überleben zu können, und zwar überleben nicht allein in einem physischen Sinne, sondern eindeutig auch mit dem Ziel, auf diese Weise einen bedeutenden Teil seiner Identität zu retten.

Dem Lebensabschnitt der Jahre 1938 bis 1942, in dem sich Haubach auf eine individuell-private Existenz zurückziehen suchte, kann eine Brückenfunktion zur letztlich intensiven Mitarbeit im Kreisauer Kreis beigemessen werden. Er hielt die Bindung an ein bildungsbürgerlich geprägtes soziales Feld nicht nur aufrecht, sondern wurde initiativ, um es gegen eine ihm barbarisch erscheinendes Herrschaft zu erhalten und zu stabilisieren, indem er mit seinen ‚cercles‘ ein Instrument eigenen geistigen Überlebens und eine Zelle der Dissidenz schuf. Er hatte nie aufgehört, sich intensiv mit der politischen Situation auseinanderzusetzen: „Die drei Männer diskutierten fast täglich über Politik, dann war es, als sei der Raum voll“, so intensiv und kraftvoll seien diese Gespräche, manchmal Auseinandersetzungen gewesen, erinnert sich Frau Bausch-von Hornstein.<sup>2026</sup>

Damit war die Grundlage bereitet, Theo Haubach zunächst durch den ihn vermutlich drängenden Freund Carlo an die Menschen heranzuführen, die sich im Kreisauer Kreis zusammenfanden. Den Ausschlag für den entscheidenden Schritt zu neuer Widerstandsaktivität mag – dies sei als These formuliert – die Persönlichkeit Helmuth von Moltkes gegeben haben. In einem der vorhergehenden Kapitel wurde bereits auf die hohe Übereinstimmung der beiden Männer in grundlegenden Positionen verwiesen. Die von Moltke exemplarisch in einer „Denkschrift“ im Frühjahr 1941 formulierten ethischen und politischen Wertvorstellungen erhärten diesen Eindruck, sie waren mit denen Haubachs kongruent<sup>2027</sup> und wurden diesem seit dem Sommer 1941 von Mierendorff zugetragen.<sup>2028</sup> Moltke konstatiert in seiner Schrift, daß die bis ins frühe Mittelalter bestehende Bindung der Individuen an eine Gemeinschaft, repräsentiert durch den von der Kirche vermittelten Glauben, danach zerbrach. Souveräne Staaten entstanden, die wie die säkularisierte Kirche keine „Bindungskraft“ aufwiesen, sondern die Menschen zu einem „dem Herdentrieb ähnlichen Zusammenhalt“ zwangen. Nur „das gemeinschaftliche europäische Erlebnis der Renaissance, der Romantik“ habe vorübergehend Kraft entwickeln können, befand Moltke bedauernd. Inzwischen seien alle sozialen Bindungen in Auflösung begriffen und in ihrem Gefolge seien „alle Bildungswerte“ – er zählte exemplarisch die Sprache, Symbole, Kunstwerke auf – zweckgebunden geworden und hätten damit „ihre absolute Bedeutung verloren.“<sup>2029</sup> Ohne daß er es selbst formulierte, kann geschlossen werden, daß nach Ansicht des Verfassers die Menschen ohne feste Bindung an ein Wertesystem anfällig geworden seien für die nationalsozialistische Ideologie: Wo „jeder absolute Wert fehlt“, seien Dinge „wie Staat, Rasse, Macht verabsolutiert worden.“<sup>2030</sup>

<sup>2026</sup> Gespräch P.Z. mit Frau Bausch-von Hornstein. Die ‚drei Männer‘ waren Viktor Bausch, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach.

<sup>2027</sup> Moltke, Helmuth von: Denkschrift v. 24.4.1941, in: Roon, S. 507 – 517. Diese erste Fassung, auf die sich hier bezogen wird, ist die umfangreichste; sie ist lebendig, phasenweise spontan im Duktus und vermittelt den Eindruck von Authentizität.

<sup>2028</sup> Richard Albrecht setzt als Beginn den Juni/Juli 1941; vgl. Albrecht, Der militante Sozialdemokrat, S. 198.

<sup>2029</sup> Roon, Neuordnung, S. 507 f.

<sup>2030</sup> Ebd., S. 509.

Als anzustrebende Ziele markierte er: die individuelle, „nach innen“ gerichtete „Bindung in Freiheit“, „Verantwortungsgefühl in der Gemeinschaft“ und die Wiederbelebung der ‚Kulturträger‘ „Sprache, Symbol, Kunst“. Bei der selbst gestellten Frage nach der ‚Erreichbarkeit‘ dieser Ziele gab er „Entwicklungsrichtlinien“ vor, die die Verbindung zum Politikfeld herstellten: „a) Das Ende der Machtpolitik. b) Das Ende des Nationalismus. c) Das Ende des Rassegedankens. d) Das Ende der Gewalt des Staates über den Einzelnen.“<sup>2031</sup> Der Maxime folgend, daß der Nationalismus zu beenden bzw. zu überwinden sei, entwarf Moltke im Abschnitt „B) Innenpolitisch“ [sic] das Bild eines „Europäischen Staates“ mit einer Regierung und als oberster Gesetzgeber fungierend, in dem sich Vielfalt und ‚Bindung‘ des einzelnen in kleinen Gemeinschaften entwickeln sollen.<sup>2032</sup>

Moltke hatte mit seinem Entwurf ein grobes Raster entwickelt, dem Theodor Haubach sicher – wie anhand seiner Aussagen in den verschiedenen Phasen seiner publizistischen Arbeit gezeigt wurde – zustimmte. Klar war für Moltke wie zweifellos auch für Haubach, daß die zu leistenden Aufgaben von ihnen, d.h. der Gruppe, die sie repräsentierten, angestoßen und realisiert werden mußten. Ein durchaus elitärer Impetus leitete sie, denn die anzustrebende „Erziehungsarbeit“ sollte fraglos von jenen in Angriff genommen werden, die die historische Situation analysiert und Perspektiven für die Zukunft entwickelt hatten.<sup>2033</sup>

Die Darstellung dieser wenigen Elemente läßt die Übereinstimmung zwischen Moltke und Haubach in ihnen fundamental erscheinenden Komplexen ins Auge fallen: die zentrale Bedeutung der ‚Bindung‘ des Individuums an ein Wertesystem, die Suche also nach einem ‚Überbau‘, einer Metaebene; das Bewußtsein, der Gruppierung zuzugehören, die die ‚Masse‘ führen, also auch erziehen könne; die Beendung und Überwindung jeglicher nationalistisch und rassistisch orientierten Politik in einem vereinten Europa. Diese allgemeinen Ausgangspunkte gaben den konzeptionellen Überlegungen des Kreises in den folgenden Jahren die Richtung an. Sie vermitteln den Eindruck einer großen Eigenständigkeit und visionärer Kraft, auch wenn man nicht mit ihnen übereinstimmen mag. Anziehend wirkten die Impulse, die Haubach aus diesem Lager erhielt, für ihn wahrscheinlich auch deshalb, weil die Arbeit deutlich auf den Diskurs angelegt war. Das dokumentiert auch die hier erörterte ‚Denkschrift‘, der Moltke einen Katalog von über 50 Fragen als „Liste der Aufgaben“ anfügte.<sup>2034</sup> Die oben angesprochene Adhäsionskraft wirkte also zweiseitig: Moltke wollte nach Aussage Freya von Moltkes Haubach in den Kreis integrieren, was offenbar auch trotz einiger Anfangsschwierigkeiten gelang, und Haubach fühlte sich zweifellos von den bereits fixierten Akzenten einer weiterzuentwickelnden Programmatik, von der Persönlichkeit Moltkes und auch vom ‚Geist‘ der Gruppe insgesamt angezogen. Deren Genese und die Zusammensetzung ihrer Mitglieder entzieht sich wegen ihrer spezifischen, vorwiegend von Moltke vorgegebenen inhaltlichen Ausrichtung und organisatorischen Struktur auch herkömmlichen Versuchen der typisierenden Zuordnung, die zu

---

<sup>2031</sup> Ebd., S. 510.

<sup>2032</sup> Ebd., S. 513; zu den Funktionen der „kleinen Gemeinschaften“ für das Individuum vgl. auch S. 514.

<sup>2033</sup> Ebd., S. 509.

<sup>2034</sup> Ebd., S. 516 f.

Widerstandsgruppen entworfen wurden.<sup>2035</sup> Die von Moltke und auch Yorck entworfenen konzeptionellen Aufgaben für den Kreis gaben auch die Kriterien für die ‚Rekrutierung‘ der Mitglieder vor. Die Kreisauer entstammten, wie die Auswertung der biographischen Angaben Roons zeigt, ohne jede Ausnahme (groß-)bürgerlichen Elternhäusern. Dieses Kriterium allein ist jedoch nicht aussagekräftig genug. Hinzu kam bei allen die sie einende Bereitschaft, auf der Grundlage der von Moltke vorgegebenen Eckpunkte mit der zentralen Fragestellung nach einer ‚bindenden Kraft‘ als Orientierung für alles individuelle und staatliche Existieren mitzuarbeiten und mitzugestalten, diese Aufgabenstellung forderte diskursbereite Intellektuelle heraus.

Damit war ein Umfeld für Theodor Haubach gegeben, dem er sich zweifellos nahe fühlte. Die Frage, ob und inwieweit er gemeinsam mit Mierendorff und Reichwein die ‚sozialistische Idee‘ bzw. sozialdemokratische Akzente einbringen konnte, ist allerdings nur schwer zu beantworten. Der ‚Europäer‘ Haubach stimmte fügenlos mit der Vision Moltkes von einem europäischen Nationalstaat überein, doch fand sich auch der ‚Republikaner‘ Haubach in den konzeptionellen Entwürfen der Kreisauer wieder, konnte er Einfluß nehmen oder wollte er es gar nicht? Der einzige ins Auge fallende Punkt der ‚Grundsätze‘, der eine sozialdemokratische Handschrift verraten könnte, wurde oben bereits mit der Verstaatlichung von Großbetrieben der Schlüsselindustrien erwähnt. Diese Forderung wurde jedoch von einer Fülle von Formulierungen umstellt, die die herausgehobene Positionierung der privaten ‚Wirtschaftsführer‘ unterstrich – so neben anderen deren bereits zitierte Verantwortung für „die Existenzsicherung der Werktätigen“ – und den Aspekt der Verstaatlichung erheblich relativierte.<sup>2036</sup> Doch der Gedanke der Verstaatlichung wurde nicht einmal originär von den Sozialdemokraten des Kreises eingebracht, denn schon in der eben zitierten Denkschrift Moltkes vom April 1941 findet sich die Formulierung: „Die nichtfunktionellen Rechte an allen Produktionsmitteln sind weiter einzuengen, ohne die Freude an Verantwortung und Initiative zu nehmen.“ Sie wurde von Yorck mit der Anmerkung „Sozialisierung“ versehen.<sup>2037</sup> Der Nachsatz allerdings, nach dem die „Verantwortung und Initiative“ – selbstverständlich der Wirtschaftselite - nicht geschmälert werden sollten, läßt den Kern der Aussage als relativ ‚weich‘ erscheinen. Es ist zu vermuten, daß die Funktion Haubachs und seines Freundes Mierendorff vor allem darin bestand, die Formulierungen, die sich in den Kreisauer ‚Grundsätzen‘ zur ‚Verstaatlichung‘ finden, als eine Art Symbol für den ‚sozialen Geist‘ der Gruppe zu bewahren und sie möglicherweise gegen andere Mitglieder zu verteidigen. Das gelang, wenn auch die letztlich verabschiedete Textfassung derart abgeschwächt war, daß ihrer möglichen Realisierung nur wenig Chancen eingeräumt werden konnte – von den Maximen der während der Weimarer Jahre oft auch von Theodor Haubach beschworenen ‚sozialistischen Idee‘ waren sie weit entfernt.

Bei dem Versuch, Elemente in den verschiedenen programmatischen Papieren der Kreisauer zu identifizieren, die konkrete Hinweise zur geplanten Gestaltung eines

<sup>2035</sup> Vgl. verschiedene Ansätze bei: Tenfelde, Klaus: Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Schmäddeke, Jürgen/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1985, S. 799 - 812.

<sup>2036</sup> Grundsätze v. 9.8.1943, in: Roon, S. 566.

<sup>2037</sup> Denkschrift v. 24.4.1941, in: Roon, S. 513.

zukünftigen parlamentarischen Systems geben könnten, ist die spezifische Funktion der ‚Grundsätze‘ zu berücksichtigen. Sie stellten einerseits einen autonomen, visionären Entwurf dar, in dem langfristige Perspektiven entworfen wurden, die vor allem die Bedingungen der Existenz des Individuums und von diesem ausgehend den gesellschaftlichen und staatlichen Kontext im ‚Gemeinwesen‘ entwarfen. Ein weiteres leitendes Motiv der Urheber lag in dem sich selbst gegebenen Auftrag, die Übergangsphase nach einer militärischen Niederlage unmittelbar ordnen und mitgestalten zu wollen. Der Anteil von im engeren Sinne ‚politischen‘ Aussagen ist gering. So fehlen beispielsweise klare Hinweise darauf, in welcher Weise und mit welchem Gewicht das parlamentarische System wirksam werden sollte, die Parteien als Träger des politischen Willens der Bevölkerung blieben unerwähnt. Eine unmittelbare und uneingeschränkte Beteiligung der Wähler findet nach Auskunft der ‚Grundsätze‘ allein auf der Ebene der „Gemeinde“ und des „Kreises“ statt. Für die größeren und politisch einflußreicheren Einheiten, die Landtage der „Länder“ und den Reichstag des „Reiches“, waren nur indirekte Verfahren vorgesehen. Deren Vertretungen wurden von den Kammern der jeweils nächstkleineren Einheiten, also z.B. die Landtage von den Vertretungen der Kreise und Städte, gewählt. Hervorzuheben ist in diesem Kontext die vorgesehene Bestimmung, nach der für die Landtage und den Reichstag allein männliche Bürger das passive Wahlrecht besaßen.<sup>2038</sup>

Es läßt sich eindeutig ein präsidial-autoritatives Grundmuster ausmachen und vor allem an der Beschreibung der Machtfülle fixieren, die die „Landesverweser“ und der „Reichsverweser“ erhalten sollten, Funktionen übrigens, die ausdrücklich auch für die Zeit nach der Übergangsphase vorgesehen wurden.<sup>2039</sup> Die Teilhabe des einzelnen Bürgers wurde ungemein stark reduziert und lakonisch-distanziert so umschrieben: „Die politische Willensbildung des Volkes vollzieht sich in einem Rahmen, der für den Einzelnen überschaubar bleibt.“<sup>2040</sup> Er wurde verwiesen auf die überschaubare ‚kleine‘ Einheit, auf sein Berufs- und Lebensumfeld, die Entscheidungen auf den mittleren und höheren Ebenen waren Experten, waren offenbar ‚Führern‘ zugeordnet. Die Unsicherheit einer bestimmten bürgerlich-intellektuellen Schicht und der Autoren der ‚Grundsätze‘ gegenüber dem Phänomen der ‚Massen‘, die einerseits dazu auserkoren wurden, aus ihrer Apathie geweckt und zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben geführt zu werden, andererseits im nationalsozialistischen Alltag ein erschreckendes Potential abbildeten, bestimmte die Vorstellungen offensichtlich mit.

Im Hinblick auf die Struktur eines zukünftigen Staatswesens weist die Programmatik zwar durchaus demokratische Züge auf, zugleich jedoch ein patriarchalisches Selbstverständnis ihrer Urheber, das wie selbstverständlich und ungebrochen zur Richtschnur ihrer konzeptionellen Arbeit wurde. Es ist allerdings zu bedenken, daß jede fürsorgliche in sich auch eine machterhaltende Komponente tragen kann, so ist es nicht von der Hand zu weisen, daß die Eliten mit derartigen Entwürfen – bewußt oder unbewußt – den eigenen gesellschaftlichen und politischen Machtanspruch sichern wollten. Hans Mommsen ist zuzustimmen, wenn er auf die Kreisauer zielend darauf verweist, daß die bedrängende Situation während der NS-Zeit den offenen und öffentlichen kritischen Diskurs unterband und so die

<sup>2038</sup> Grundsätze v. 9.8.1943, in: Roon, Neuordnung, S. 563 f.

<sup>2039</sup> Ebd., S. 563 – 565.

<sup>2040</sup> Ebd., S. 562.

„intellektuelle Isolierung“ befördern half.<sup>2041</sup> Fehlende Korrektive ermöglichten es, daß sich tendenziell vorhandene Denkmuster ausprägen konnten: Die Nähe zu rechtsbürgerlichen und neokonservativen Vorstellungen der Weimarer Zeit ist unübersehbar.

Die in Umrissen wiedergegebene ideologische Plattform des Kreisauer Kreises mag für einige der Teilnehmer ein ‚fortschrittliches‘ Stadium ihrer politischen Entwicklung markieren – erinnert sei an Moltkes Einschätzung durch andere Adlige als ‚Linker‘ -, doch spezifische Anteile Haubachs und Mierendorffs sind kaum auffindbar, um die oben gestellte Frage wiederaufzugreifen, in welchem Umfang denn sozialdemokratische Forderungen transportiert und integriert werden konnten. Diese Aussage ist zu treffen, wenn die vorliegenden Grundsatzpapiere des Kreises zugrunde gelegt werden. Nur spekuliert werden kann darüber, in welcher Weise und mit welchem Nachdruck Theodor Haubach etwa in den Diskussionen sozialdemokratische Positionen zu vertreten suchte. Es ist vorstellbar, daß er nach der Niederlage des republikanischen Systems und nach den Enttäuschungen über die Führung der eigenen Partei den utopisch-visionären Aufbruch, den die Ideen Moltkes ihm vermittelten, als Chance für einen Neubeginn begriff. Voraussetzung für die Bereitschaft zur Mitarbeit, die er unzweifelhaft nach Kenntnis der wesentlichen Versatzstücke Moltkescher Gedankenführung traf, war dann allerdings auch nicht nur seine Affinität zu bürgerlich-intellektuellem Ambiente, sondern auch die Tatsache, daß er als ‚Grenzgänger‘ zwischen sozialdemokratischem und bürgerlich-republikanischem Lager und dessen publizistischem Umfeld diesem auch ideologisch offen gegenüberstand und ihm partiell nahe war. In diesem Kontext sei noch einmal der ‚Aufruf Sozialistische Aktion‘ herangezogen. Gegen den Hintergrund des Versuches, den Absichten und Anteil Haubachs im Rahmen der Kreisauer Aktivitäten so differenziert, wie es nach der Quellenlage möglich ist, zu ermitteln, gibt es Anzeichen dafür, daß die oben dargestellte These einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit besitzt, die diesem Papier den Rang eines ‚sozialistischen Lebenszeichens‘, besser vielleicht noch: ‚Leuchtfeuers‘ einräumt. Auch wenn beide Sozialdemokraten, Haubach und Mierendorff, den zuletzt verabschiedeten, ja auch von Haubach, wie oben belegt, in der Endredaktion mitformulierten Grundsatzpapieren der Kreisauer substantiell keine ‚sozialistischen‘ Elemente implantieren oder gar einen solchen Duktus geben konnten, so signalisierten sie den sozialdemokratischen Freunden mit ihrem ‚Aufruf‘, daß sie die gemeinsamen politischen Ideale weiterhin vertreten wollten. Es ist kaum denkbar, diese Vermutung soll hier wiederholt werden, daß beide Autoren davon ausgingen, sie würden mit ihren Formulierungen die Kreisauer Mitstreiter erreichen können – der ‚Aufruf‘ verschwand dann auch offenbar unkommentiert. Erst Eugen Gerstenmaier qualifizierte ihn nach dem Krieg mit der bereits zitierten Anmerkung, er habe „keine Rolle“ gespielt, im Archiv Helmuth von Moltkes.

Die erhebliche Distanz, die zwischen dem Tenor der publizistischen Arbeiten Haubachs in Verbindung mit dem von ihm praktizierten Politikhandeln und dem Grundton der Kreisauer Papiere geradezu klafft, kann und soll nicht mit Deutungsversuchen – sozusagen ‚abschließend‘ - erklärt werden. Sie soll hier auch nicht krampfhaft spekulierend geschlossen werden. Gleichwohl kann festgehalten werden: Der ‚Geist‘ des Kreisauer Kreises, der sich im Kampf gegen die am eige-

<sup>2041</sup> Mommsen, Hans: Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Schmäddeke/Steinbach, Der Widerstand, S. 570 – 597, S. 591.

nen Leib erfahrene nationalsozialistische Barbarei u.a. in der Betonung ethischer Prinzipien und der auf den Diskurs angelegten Arbeitsweise äußerte, weckte Haubachs Bereitschaft zur konspirativen, widerständigen Kooperation. Bemerkenswert erscheint, daß sozialdemokratisch anmutende, jedoch ungenaue Absichtserklärungen zur Sozialpolitik, nahtlose Übereinstimmung in der Außenpolitik und in Fragen der Volksbildung ausreichten, um Haubachs intensive Mitarbeit zu sichern. Den Zielen einer ‚sozialistischen‘ Staatsauffassung, die ihre Kraft ‚von unten‘ unter Beteiligung aller – beispielsweise auch der weiblichen – Bürger auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen entwickeln sollte, stand die der Struktur des Kreisauer Entwurfes zugrunde liegende Folie, nach der Gesellschaft und Politik ‚von oben‘ gestaltet wurde, gegenüber. Zwangsläufig war mit dieser grundlegenden Kreisauer Ausrichtung zugleich verbunden, daß traditionelle gesellschaftliche Zuordnungen und damit auch Abhängigkeiten ungebrochen transportiert werden konnten. Diese Tendenz wird hinreichend beleuchtet durch die Tatsache, daß die Einrichtung und die Funktion von Parteien in den Grundsatzpapieren nur marginal erwähnt wurden. Wie aber sonst, wenn nicht durch Parteien sollten wohl antagonistische gesellschaftliche Interessen repräsentiert und ausgeglichen werden, wie politische Willensbildung funktionieren?

Der Versuch, den politischen Ort in der letzten Phase der Widerstandstätigkeit Haubachs genauer zu bestimmen und kritisch einzuschätzen, kollidiert keineswegs mit der hohen Achtung, die ihm für diesen Einsatz gebührt. Er hatte die brutalen Methoden der Machthaber und ihrer Helfer kennengelernt, schien nach Auskunft seiner oben ausführlich zitierten Briefe an die Freundin Alma gewillt, das Regime auf sich zurückgezogen zu überdauern, um sich dann doch noch einmal zum Widerstand zu entschließen, wohl wissend, damit sein Leben zu riskieren: „Sie wussten sogar, dass sie mehr mit dem Hängen, als mit anderem zu rechnen hatten. Theo Haubach hat es bei meiner Hochzeit im Jahre 1944 mit grossen, starren Augen ausgesprochen.“<sup>2042</sup> Den Ratschlag seiner Freunde, u.a. Emil Henks und Wolfgang Frommels, Deutschland zu verlassen, befolgte er dennoch nicht. Im Mai 1944 schrieb er Frommel in bitter-sarkastischem Ton, er wisse gar nicht, wovon er diesem berichten solle und spielte mit der folgenden Bemerkung zweifellos auf die politische Situation an: „Genau so gut könnte ich Dir ja Ansichten aus der Perm- oder Tertiärzeit schicken ... [sic].“ Aber den „reizenden Vorschlag“, sich abzusetzen, wolle und könne er nicht befolgen. Seine Entschlossenheit kleidete er in die Ausrufe: „Mein Lieber! Das würde mir so passen!“, um seine Entscheidung dann fast philosophisch-heiter zu begründen. Sich auf Immanuel Kant berufend bezeichnete Haubach sich als „eine vollkommen sittliche Natur“, die eben dauernd „gegen meine Neigung handle.“<sup>2043</sup> Diese Formulierungen offenbarten die zuletzt unerschütterbare Absicht Theodor Haubachs, aktiv Widerstand zu leisten, und dazu beizutragen, den Sturz des Regimes herbeizuführen wie eine neue staatliche Ordnung vorzubereiten - er begriff seinen Einsatz als Pflicht.

<sup>2042</sup> Brief Richard Henk an Carl Zuckmayer v. 22.8.1975, in: Literaturarchiv Marbach, NL Carl Zuckmayer, Bestand: Briefe von ...

<sup>2043</sup> Brief Theodor Haubach an Wolfgang Frommel v. 23.5.1944, in: NL Wolfgang Frommel, Amsterdam.

## Schluß

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich, wie einleitend begründet, auf die Darstellung, die Analyse und die Einschätzung der Aktivitäten Theodor Haubachs im politischen Feld. Sein Wirken in den Jahren der Weimarer Republik weist insgesamt eine erstaunliche Dichte auf, die Intensität seines Engagements war fraglos nur mit einem hohen Kraftaufwand zu leisten. Die in zwei Phasen verlaufende konspirative Tätigkeit im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime – die zu erwartenden Konsequenzen bei Entdeckung hat er sich nach seinen Erfahrungen mit der Gestapo zweifellos vorstellen können – läßt im Rückschluß evident werden, wie ernsthaft und mit welchem Nachdruck er die zuvor geleistete politische Arbeit betrieben hatte. Sie war ihm zur Lebensaufgabe und zum ‚Anliegen‘ wie auch zur existentiellen Grundlage geworden.

Bevor der Versuch unternommen wird, bestimmende Elemente des politischen Denkens und Handelns Theodor Haubachs im Zusammenhang zu gewichten, sei auf eine nur schwer auflösbare Frage eingegangen, die auf den ersten Blick kontrastiert zu seiner außerordentlich starken Identifizierung mit der Politik und der politischen Arbeit. An keiner Stelle nämlich ist ein Text, eine überlieferte Aussage oder ein sonstiger Hinweis auffindbar, durch die wir in die Lage versetzt werden, seine Entscheidung für den Schritt in die Politik und zudem für den Weg ‚nach links‘, den Eintritt in die SPD, erklären zu können. Anhand der Beiträge Haubachs für Das Tribunal konnte ausführlich seine Auseinandersetzung mit ‚der Politik‘ dargestellt werden – der Weg von der kompromißlosen Ablehnung, sie als „eine entartete Funktion des Geistes“<sup>2044</sup> charakterisierend, bis hin zu der wenige Monate darauf formulierten Absicht, die ökonomischen und sozialen Bedingungen durch einen ‚geistig‘ erneuerten Sozialismus verändern zu wollen.<sup>2045</sup> Die sich in den Artikeln Haubachs und Mierendorffs dokumentierende Auseinandersetzung läßt vermuten, daß der Freund Carlo ihm den Weg zu direkter Beteiligung am politischen Geschehen wies, herausgefordert durch einen generellen staatlichen Neubeginn nach der Ära des zutiefst abgelehnten autoritären Obrigkeitsstaates. Graduelle Unterschiede blieben für kurze Zeit bestehen. Während Mierendorff zur ‚Tat‘ schreiten wollte, das Verantwortungsgefühl seiner Freunde einforderte und sarkastisch-wirkungsvoll die in Reflexion und Diskussion Verharrenden attackierte - „im Himmel spiegelnd schminken Bewahrer des Geistes ihre begnadete Seele“<sup>2046</sup> -, hatte sich Freund Theo auch eindeutig der aktuellen Situation zugewandt, legte jedoch Wert auf die Feststellung, daß für die politische Aktion zunächst „die geistigen Energiecentren des Sozialismus“<sup>2047</sup> wiederherzustellen seien.

Doch die Frage ist unbeantwortet, warum Haubach – wie auch Mierendorff – sich der Sozialdemokratie anschlossen. Der strikte Anti-Wilhelminismus bietet allein keine hinreichende Erklärung, denn den hatte sich überwiegend auch die nationale Rechte auf ihre Fahnen geschrieben. Wenn deren Publizistik, wie Kurt Sonthei-

<sup>2044</sup> Haubach, Wider die Politik; im April 1919 veröffentlicht.

<sup>2045</sup> Haubach, Zur Krisis; im Dezember 1919 veröffentlicht.

<sup>2046</sup> Mierendorff, Und doch Politik, S. 62 f.

<sup>2047</sup> Haubach, Zur Krisis, S. 134.

mer referiert, auf das Kriegserleben rekurrierte und in ihm Ausgangspunkt und Erklärung für die Schaffung einer neuen Volksgemeinschaft und eines starken Staates sah, so implizierten derartige Vorstellungen, auch wenn sich ‚die Rechte‘ konzeptionell durchaus vielgestaltig artikulierten, doch übereinstimmende Topoi. Die richteten sich, wie oben exemplarisch u.a. an den Vorstellungen Moeller van den Brucks gezeigt werden konnte, „noch schärfer“ gegen den Weimarer als gegen den Wilhelminischen Staat.<sup>2048</sup> Doch es ist höchst zweifelhaft, daß nach Sontheimers These die Konstituierung der Rechten durch ‚das Kriegserlebnis‘ der Frontsoldaten zu erklären ist. Der Rückgriff auf die Erfahrungen diene sicherlich der Erläuterung oder Rechtfertigung und gab die Basis dafür ab, andere Erscheinungen des demokratischen Neubeginns wie die heftigen inneren Kämpfe, den Versailler Friedensvertrag, die Ruhrbesetzung und die katastrophale wirtschaftliche Situation argumentativ gegen die demokratische Verfassung zu verwenden. Doch dieses Muster kann allein nicht helfen, die Stabilisierung dieser spezifischen politischen und gesellschaftlichen Grundhaltung zu erklären, für die individuelle Entscheidung des politisch Interessierten nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, ob er sich dem linken oder rechten Spektrum zuwenden sollte, ist es nicht aussagekräftig genug. Ulrich Herbert bindet bei dem Versuch, eben diese Weichenstellung für den von ihm untersuchten Werner Best, später ein hoher und willfähriger Beamter des NS-Regimes, zu beleuchten, zwei andere Motive zusammen. Den Weg des 1903 geborenen Best über seine Mitgliedschaft im nationalistisch ausgerichteten ‚Deutschen Hochschulring‘ bis in Führungspositionen bei den Nationalsozialisten führt er einmal auf dessen generationelle Zugehörigkeit zur ‚Kriegsjugendgeneration‘ zurück, jener im Verlauf der Arbeit bereits erwähnten Kategorisierung Günther Gründels.<sup>2049</sup> Ihr wies dieser Eigenschaften wie ‚Sachlichkeit‘ und ‚Härte‘ zu, während sich die Angehörigen der ‚jungen Frontgeneration‘, zu der auch Haubach zu zählen war, sich nach diesem Modell mehr vom Gefühl und von personalen Kontakten leiten ließen. Obwohl Herbert die Grenzen dieses Ansatzes offenbar erkennt, bezieht er ihn „trotz aller Stilisierungen“ in sein Erklärungsmodell mit ein.<sup>2050</sup> Hinzu treten jedoch gewichtige Daten aus der Kindheit und Jugendzeit Bests, dessen Vater höherer Beamter war, offenbar strikt nur mit seinesgleichen verkehrte, bereits im Oktober 1914 seinen als Soldat erlittenen Verwundungen erlag – der Sohn mußte früh Verantwortung übernehmen, erlebte den Zusammenbruch des Kaiserreiches als wirtschaftliche Not und entwickelte früh eine Durchhalte- und Aufstiegsmentalität, diesen Eindruck vermitteln die bei Herbert zitierten Selbstzeugnisse Bests.<sup>2051</sup> Dieses ‚Gegenbild‘ – bezogen auf die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Lagern – zu dem Haubachs ist hier deshalb etwas genauer wiedergegeben, weil es die Schwierigkeiten des Biographen dokumentiert, Motive und Impulsgeber für stabile, weittragende ideologische Muster und Verhaltensmerkmale zu bestimmen. Wie labil letztlich auch die Grundlage Herberts für diesen Abschnitt seiner Biographie ist, kann an der Tatsache abgelesen werden, daß neben dem Systematisierungsversuch Gründels – höchst allgemein und interessegeleitet, denn der Verfasser stand neo-konservativen Kreisen nah – die zitierten Quellen aus der

<sup>2048</sup> Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 97.

<sup>2049</sup> Herbert, Best, S. 43 ff.

<sup>2050</sup> Ebd., S. 44.

<sup>2051</sup> Ebd., S. 47.

Feder Bests aus den Jahren 1946 bis 1949 stammen, vermutlich also, so auch von Herbert wahrgenommen, aus dem subjektiven Wunsch heraus gesteuert oder ge-  
glättet wurden, ein bestimmtes Bild von sich zeichnen zu wollen.

Das Beispiel Werner Bests vermag jedoch dabei zu helfen, einige Konturen dieses biographischen Abschnitts Theodor Haubachs hervorzuheben. Während Best sich zu Beginn seines Studiums 1921 in Frankfurt/M. dem Deutschen Hochschulring anschloß, hatte Haubach sich 1919 der Sozialistischen Studentengruppe in Heidelberg zugewandt, einer Gruppierung also, die von Beginn an gegenüber den antirepublikanisch-nationalistischen Studentengruppen in den Studentenparlamenten, wie am Beispiel Heidelbergs gezeigt werden konnte, in der Minderheit blieb. Damit ist bereits eine wichtige Markierung zu fixieren. Der Beitritt zu einer politisch orientierten studentischen Vereinigung bedeutete individuelle Positionierung oder zumindest den ersten Schritt dazu. Die Mitglieder des durchaus facettenreichen ‚Hochschulrings‘ rekrutierten sich aus dem Bürgertum und waren bereits durch ihre Sozialisation antirepublikanisch geprägt oder politisch indifferent. Dieses Lager, das eine Sammlungsbewegung der traditionellen Eliten war, bot die Chance zu wichtigen Kontakten wie zu gesellschaftlichem Aufstieg, und für viele von ihnen stabilisierte sich in diesem Umfeld die ablehnende Haltung gegenüber ‚Weimar‘.

Es ist also noch einmal nachdrücklich hervorzuheben, daß Haubach – bei aller immer wieder zu konstatierenden ‚Aufstiegsmentalität‘ – diesen Weg nicht gehen wollte. Die Mitarbeit in der ‚Sozialistischen Studentengruppe‘ und später beim ‚Republikanischen Studentenbund‘ bedeutete zumindest im universitären Umfeld von vornherein politisches Engagement und Kampf, da sich diese Gruppierungen seit Bestehen der Republik im Rahmen der Organe studentischer Mitbestimmung in der Minderheit befanden. Die entscheidenden Impulsgeber für die getroffene Entscheidung müssen sich folglich vor 1919 konstituiert haben. Keinen direkten Aufschluß geben die Inhalte der Texte, die Haubach als Jugendlicher bzw. Heranwachsender in der ‚Dachstube‘ veröffentlichte. Sie demonstrierten jedoch bereits durch ihre Existenz öffentlich die Ablehnung des bestehenden Systems, eine Ablehnung, die offenbar radikaler als die der Neo-Konservativen war und wirklich an die Wurzeln wollte. Die intensive Anteilnahme an der zum ‚Aufbruch‘ drängenden expressionistischen Kunst – von den kaiserlichen Sitten- und Kunstwächtern verabscheut – wie beispielsweise auch die Offenheit in der Darstellung eigener psychischer Befindlichkeit in einigen Texten Haubachs jener Zeit können als Indiz für die ernsthafte Auseinandersetzung der Darmstädter Freundesclique mit den Erscheinungen der Wilhelminischen Gesellschaft genommen werden, die damit Selbständigkeit und die Bereitschaft zu deren kritischer Spiegelung offenbarten. Haubach und seine Freunde demonstrierten außerdem Flexibilität, Neugier und den Willen zum Widerstehen, als sie sich auf die neuen Ausdrucksformen in der Literatur und Bildenden Kunst einließen, es ihnen mit eigener künstlerischer Tätigkeit – wenn auch oft epigonal – nachzutun versuchten.

Möglicherweise konnte er in seiner Heimatstadt, in der sowohl ein auch vom Freundeskreis literarisch bekämpftes, einflußreich-behäßiges Bürgertum wie eine wachsende Gewerkschafts- und SPD-Szenerie nebeneinander existierten, auch Eindrücke einer lebendigen politischen Arbeit und Auseinandersetzung gewinnen. Die gesellschaftliche und politische Macht traditioneller großbürgerlicher Kartelle sollte gebrochen und soziale Gerechtigkeit durch die Einführung einer demokrati-

schen Verfassung gewährleistet werden. Diese Maximen hat Haubach bis 1918 an keiner Stelle so formuliert, die späteren ‚Tribunal‘-Beiträge von 1919 kündeten jedoch bereits von ihnen. Signifikant hoben sich zudem seine Aktivitäten für eine Aussöhnung mit den Nachbarn im Westen von den Bekundungen der Kreise ab, denen sich Werner Best zugewandt hatte. Es bleibt jedoch bei der Feststellung, daß neben einem Bündel von Vermutungen eine eindeutige Klärung der Frage nicht erfolgen kann, wodurch Haubachs Entscheidung, sich nach ‚links‘ – hier als Gegenbild zum nationalistisch-antirepublikanischen Lager gewählt – zu orientieren und dann der SPD beizutreten, beeinflußt wurde. Der Befund einer ‚generationalen Prägung‘ läßt sich insofern herleiten, als er einer Gruppierung angehörte, deren Mitglieder entschieden anti-wilhelminisch eingestellt waren, für eine staatliche Erneuerung eintraten, die alten bürgerlichen Eliten ablösen und durch eine ‚Volksgemeinschaft‘ ersetzen wollten, sich dabei offen für das Bürgertum verschreckende Zeitströmungen wie beispielsweise den Expressionismus mit neuen Themen und Gestaltungsmitteln zeigten. Spezifische lokale Gegebenheiten und personale Verbindungen waren dann – verstärkend oder abschwächend – in der Lage, eine individuell vorhandene Neigung bzw. Bereitschaft, sich einem bestimmten politischen Lager anzuschließen, zu einer stabilen Haltung werden zu lassen.

Bereits in der ‚Einleitung‘ wurde auf die Tatsache verwiesen, daß sich in den Schriften und im Politikhandeln Theodor Haubachs einige bestimmende Elemente finden, die er in den unterschiedlichen Lebensbereichen propagierte und dort zu implantieren versuchte. Besonders deutlich fällt in diesem Zusammenhang die Bedeutung ins Auge, die er dem Prinzip hierarchischer Ordnung gab. Hinweise darauf – von ihm expressis verbis eingefordert – konnten in großer Breite dokumentiert werden. Er folgte damit den Vorstellungen Max Webers, der für „die Parlamentarisierung und Demokratisierung des deutschen Staates, um die konservativ-feudalen Schichten in der Herrschaft abzulösen“<sup>2052</sup>, plädiert und zugleich, wie in anderem Zusammenhang dargestellt, der ‚Führung‘ bis hin zum Konstrukt des ‚charismatischen Führers‘ einen hohen Rang eingeräumt hatte.<sup>2053</sup> Bestärkt wurden diese Vorstellungen durch einige der Heidelberger akademischen Lehrer Haubachs, die den jungen Intellektuellen eine führende Rolle im neuen Staatswesen zuweisen wollten. Diese auch von Haubach angenommene Funktion korrespondierte mit der Auffassung, daß anzuvisierende politische Ziele oder Meinungs- bzw. Willensbildung ‚von oben nach unten‘ zu transportieren seien.<sup>2054</sup> Die vorliegenden Quellen weisen dieses Selbstverständnis von seiner Rolle als Publizist und als in verschiedenen Verbänden Engagierter auch für Theodor Haubach aus. Er ordnete sich wie selbstverständlich im politischen Gefüge ‚oben‘ ein und traf damit eine Zuordnung, die nicht etwa mit dem traditionellen Einfluß des Groß- oder Besitzbürgertums gleichgesetzt werden sollte. Die ‚linke geistige Elite‘, der sich Haubach zurechnete, nahm für sich in Anspruch, die größere Kompe-

<sup>2052</sup> Mommsen, Wolfgang J., Max Weber, Tübingen 1974, S. 418.

<sup>2053</sup> Vgl. zu diesem Aspekt die eingehende Auseinandersetzung bei Breuer, Stefan: Max Webers Herrschaftssoziologie (Reihe: Theorie und Gesellschaft; Bd. 18), Frankfurt/M.-New York 1991.

<sup>2054</sup> Diese Fähigkeit erwartete Max Weber vom ‚charismatischen Führer‘; vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Politik und politische Theorie bei Max Weber, in: Weiß, Johannes (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 711), Frankfurt/M. 1989, S. 515 – 542, S. 527.

tenz bei der Sicherung des staatlichen Neubeginns und bei der Entwicklung weittragender gesellschaftlicher Perspektiven zu besitzen. Wie aus den von ihm entworfenen konzeptionellen Überlegungen für eine umfassend angelegte Bildungsoffensive und für eine systematische Fortbildung im Rahmen der Partei und des Reichsbanners zu folgern ist, sollten ‚die Geistigen‘ die Führung nicht ad infinitum beanspruchen, sondern in einer freilich zeitlich nicht definierten Übergangsphase einen Prozeß initiieren und steuern, der eine emanzipatorische Kraft ausüben und den ‚Massen‘ gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens wie an einer Neuordnung der sozialen Strukturen garantieren sollte.

Die Wurzeln des Selbstverständnisses, das diesen Teil der bürgerlichen Intellektuellen charakterisierte, sind in der von ihnen so empfundenen Zugehörigkeit zum Bildungsbürgertum zu finden. Theodor Haubach repräsentierte in besonders markanter Weise diesen Typus. Nicht Hochmut oder Dünkel trug er vor sich her, sondern ihn zeichnete – ob im privaten Kreis, auf einer Ortsvereinsversammlung der Partei oder vor Tausenden auf Kundgebungen – ein profundes Selbstbewußtsein aus, das sich oft in einem dozierenden, keinen Widerspruch duldenden Duktus und Tonfall seiner Texte und Redebeiträge niederschlug. Die bestimmende Haltung für die selbstgestellte Aufgabe war gegenüber den ‚Massen‘ eindeutig patriarchalisch-fürsorglich geprägt und nicht etwa gleichberechtigt-partnerschaftlich. Legt man die in den einleitenden Kapiteln referierte These zugrunde, daß bereits im Kaiserreich eine Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Vormachtstellung zwischen Groß- und Bildungsbürgertum stattgefunden hatte, so wird deren Fortsetzung – ein Kontinuum deutscher Geschichte – während der Weimarer Republik sichtbar. Auf der Basis einer demokratischen Verfassung, die den Systemwechsel repräsentierte, sollte nun – das weisen die Texte Haubachs an verschiedenen Stellen aus – der Einfluß der besitzenden Klasse, der ‚Spießbürger‘, endgültig zurückgedrängt werden, indem die bislang unterprivilegierte Mehrheit des Volkes, geführt von den Intellektuellen und orientiert an den von diesen ausgegebenen ideologischen Zielmarkierungen, einen angemessenen Ort im Staat erhalten sollte.

Von Bedeutung ist die Fragestellung, auf welche Weise und mit welchem Gewicht sich Theodor Haubach, dieser bürgerliche Intellektuelle, in der traditionsreichen Arbeiterpartei verorten konnte, um damit auch einen ersten Schritt des Versuches zu unternehmen, seine politische Arbeit und deren mögliche Wirkung einzuschätzen. Das vorliegende Quellenmaterial ließ differenziert den oben geführten Nachweis zu, daß er ohne Schwierigkeiten in die praktische Parteiarbeit integriert wurde, geradezu willkommen schien, um die reformorientierte Programmatik der Hamburger Parteiführung zu verkünden und für sie zu werben. Bezogen auf einige untersuchte Parameter – u.a. die Nominierung für die Teilnahme an Parteitag, als Kandidat für Bürgerschafts- bzw. Reichstagswahlen, der Einzug in regionale oder überregionale Spitzengremien der Partei, Aufträge von der Parteiführung für die Erarbeitung von Studien oder konzeptionellen Entwürfen von herausgehobener Bedeutung – ließ die Analyse den eindeutigen Schluß zu, daß er in Teilen der Mitgliedschaft offenbar bekannt, auch angesehen war – darauf deutet u.a. der hohe Stimmenanteil für eine Nominierung zum Parteitag hin –, daß die Hamburger Führung der SPD wie die des Reiches ihm jedoch nur zurückhaltend dosiert Aufstiegsmöglichkeiten eröffnete. Sein zu belegender

intensiver Einsatz weist nach, daß Haubach sich zweifellos den ungeschriebenen Pflichten der innerparteilichen ‚Ochsentour‘ unterworfen hatte, doch es fehlten ihm, wie oben ausführlich dargelegt, wichtige Merkmale für einen Quereinstieg und ein insgesamt rasanteres Vorankommen. Der Wechsel nach Berlin markierte ohne Zweifel sein Bemühen, sich größere Chancen zu erschließen.

Der Wunsch, in der Parteihierarchie aufzusteigen, sollte ja keineswegs allein persönlichen Ehrgeiz befriedigen helfen, sondern in erster Linie wäre ein Aufstieg notwendig gewesen, um die eigenen politischen Vorstellungen nachhaltiger voranbringen zu können. Selbst ein engagierter Verfechter klarer hierarchischer Strukturen, stieß Haubach in seiner Partei auf ein festgefügt, rigide operierendes System, in dem auf verschiedenen Ebenen Führungskader bestimmend waren und entschieden oder – oft für neue Ideen unzugänglich – auch retardierend wirkten und das sich seinen Erwartungen auf mehr Teilhabe und Verantwortung gegenüber abweisend verhielt. Er wurde vorwiegend als eloquenter und kämpferischer Agitator gegen die innenpolitischen Gegner, die Nationalsozialisten und Kommunisten, und für die Stabilisierung der Republik eingesetzt. Eine derartige Tätigkeit sah er sicher als notwendig an, entsprach sie doch einem bedeutsamen Akzent seiner eigenen strategischen Vorstellungen.

Doch Haubachs Schriften und sein politisches Handeln machen nachdrücklich deutlich, daß er nicht in der direkten Konfrontation mit den Gegnern der Republik verharren wollte. Die Wahlergebnisse seiner Partei ließen erkennen, daß bei deutlich und kontinuierlich abnehmender Zustimmung für die Sozialdemokraten ein offensives Konzept zu entwickeln war, um ihnen mittel- und langfristig die Teilhabe an der Regierungsmacht und damit Möglichkeiten zur demokratischen Ausgestaltung der jungen Republik zu gewährleisten. Gegen die Option einer ‚Volksfront‘ wehrte Haubach sich seit seiner Beteiligung an der Niederschlagung des Hamburger Kommunistenaufstandes im Jahr 1923 kompromißlos; allen derartigen Annäherungsversuchen, von welcher Seite sie auch gestartet wurden, erteilte er eindeutige Absagen. Wenn also Machtbeteiligung gesichert werden sollte, dann blieb als einzig möglicher Weg offen – von Haubach in seinen Schriften und in seinem Politikhandeln nachdrücklich vertreten –, bei Wahlen bürgerliche Schichten für die SPD zu gewinnen und auf parlamentarischer Ebene mit Bündnispartnern aus dem republikanisch orientierten, bürgerlichen Lager des Parteienspektrums zu kooperieren. Differenziert ist sein Engagement zu belegen, auf welche Weise er – zugleich umtriebig und missionarisch wirkend – diesem Ziel etwa bezogen auf unterschiedliche Adressatengruppen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Funktion zweifellos mehrschichtig angelegt war, und im Klub vom 3. Oktober nahezu kommen versuchte. Am Ende seines eindrucksvollen dreibändigen Werkes über ‚Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik‘ resümiert H.A.Winkler nachvollziehbar, daß die parlamentarische Demokratie von Weimar nur dann hätte überleben können, „wenn die Sozialdemokratie *erstens* [wie i. Orig., P.Z.] bereit war, mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten, und wenn sie *zweitens* [wie i. Orig., P.Z.] hierfür im Bürgertum hinreichend starke Partner fand.“<sup>2055</sup> Genau diesem Zielkorridor galt zentral strategisch wie taktisch die politische Arbeit Theodor Haubachs.

---

<sup>2055</sup> Winkler, Der Weg, S. 954.

Die von der SPD in den letzten Jahren der Republik betriebene ‚Tolerierungspolitik‘ belegt, daß er mit diesen Vorstellungen nicht allein in der Partei war. Haubach setzte früh und systematisch auf diese Karte – und zog sie nicht erst als letzte Rettung gegen eine auch bereits vor 1933 drohende Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Doch seine Möglichkeiten der innerparteilichen Einflußnahme waren noch nicht so stark ausgebaut, als daß sie weit reichten. Der Redner und ‚Trommler‘ für die Republik erhielt auf den von ihm bestrittenen Veranstaltungen viel Zuspruch und Beifall, bei den Debatten in der Partei um inhaltliche Fragen provozierte er aber in erheblichem Umfang auch Widerspruch und offene Ablehnung. Exemplarisch seien die Auseinandersetzungen bei den Jungsozialisten genannt und die Kontroverse mit Alexander Schifrin, der bezeichnenderweise nicht etwa zum äußeren linken Flügel der Partei gehörte. Der bürgerliche Intellektuelle hatte wohl Schwierigkeiten bei seinem Eintritt in die Partei antizipiert, doch gerade seine Auftritte in der jungsozialistischen Bewegung demonstrierten augenfällig, daß er sie mit schneidig-selbstbewußter Attitude und eigenen programmatischen Ansätzen für überwindbar hielt. Möglicherweise wirkte hier auch die auf Max Weber zurückgehende Vorstellung mit, daß „politisch verantwortliche Mitarbeit“ die Sozialdemokratie „aus dem Netz politisch unfruchtbarer Ideologien“ befreien werde.<sup>2056</sup>

Die von Carlo Mierendorff überlieferte Bemerkung, daß er einen ‚großen Schritt‘ getan habe, als er der SPD beitrug, bezog sich ohne Zweifel auf die Tatsache, daß selbst in einem ‚aufgeklärten‘ bürgerlichen Milieu eine solche Entscheidung die Überwindung traditioneller Vorbehalte bedeutete. Theodor Haubach hätte sich wahrscheinlich vergleichbar geäußert. Seine (bildungs-)bürgerliche Sozialisation bestimmte allerdings auch wichtige Komponenten seiner politischen Programmatik. Die Propagierung des ‚nationalen Sozialismus‘, einer stringenten ‚Führung‘ und im Brief an Schifrin eines ‚modernen Kapitalismus‘ geschah durch Haubach ohne jeden Zweifel im Kontext demokratischen Denkens, wie im Verlauf dieser Arbeit hinreichend dargestellt wurde. Doch die von ihm vertretenen Vorstellungen waren auch geeignet, traditionelle Perspektiven der Sozialdemokratie, vor allem die klassenkämpferische Komponente, zu schwächen oder sie gar zu verdrängen. Symptomatisch ist zudem die Hinwendung Haubachs zur Wehr- und Außenpolitik, einem Bereich der Politik, der von den Parteistrategen über Jahrzehnte eher vernachlässigt worden war, in dem er ein Betätigungsfeld fand, das eher einem bürgerlichen Politikverständnis entsprang, bereits früh sein Interesse gefunden hatte und – so wahrscheinlich das Kalkül – einiges Aufstiegspotential versprach.

Auch der Versuch, die wesentlichen Linien des politischen Denkens und Handelns Haubachs zusammenfassend wiederzugeben, spiegelt nicht das bislang von ihm kolportierte monolithische Bild wider. Primär war sein Bestreben darauf gerichtet, die republikanische staatliche Grundlage zu bewahren und zu stabilisieren. Zu Recht vertraute er darauf, daß in der Mitgliedschaft und der Programmatik der SPD diese Zielsetzung am umfassendsten in der Parteienlandschaft repräsentiert war. Doch die Erfahrung lehrte ihn schnell, daß erhebliche Unterschiede zwischen den Parteiflügeln in der Frage bestanden, mit welchen inhaltlichen Markierungen und auf welchem Weg das gemeinsame Ziel zu erreichen sei. Selbstbewußt suchte der bürgerliche Intellektuelle die Partei dazu zu bringen, sich stärker bürgerlichen

<sup>2056</sup> Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, zit. n. Mommsen, Wolfgang, Max Weber, S. 119.

Schichten zu öffnen. Seine Absicht schlug sich weniger in konzeptionellen Entwürfen als vielmehr in seinem umfassenden, an der Aktualität ausgerichteten Schrifttum wie in seinen breit gefächerten Aktivitäten nieder.

Doch die Partei war nur schwer auf einen Kurs einzuschwören. Zudem erwiesen sich die traditionell gewachsenen Strukturen, die sich vielerorts als ‚sozialdemokratische Familie‘ etabliert hatten und sich gleichfalls im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold realisierten, als schwer beweglich. „Erschöpft und deprimiert“ zogen sich Mitte der zwanziger Jahre viele Sozialdemokraten in ihre ‚Milieus‘ zurück, weil die junge Republik ihre Erwartungen nicht hatte erfüllen können.<sup>2057</sup> In den Regionen, in denen der Zusammenhalt der Mitgliedschaft eine eigene Kultur und Selbsthilfe auf verschiedenen Gebieten entwickeln half, erwies sich die Partei als „außerordentlich krisenresistent“ gegenüber sozialen oder politischen Umbrüchen.<sup>2058</sup> Dabei machte sich in diesen Teilen der republikanischen ‚Massen‘ allerdings Selbstzufriedenheit und eine Sicht gesellschaftlicher und politischer Dinge breit, die sich auf das unmittelbare Umfeld beschränkte. Diese passive Grundhaltung wie die Erstarrung in sinnentleerten Ritualen prangerte Haubach heftig sowohl in Richtung der Mitgliedschaft der Partei wie des Reichsbanners an. Er tat es jedoch – wie sein Freund Mierendorff – öffentlich erst nach dem September 1930. Bezeichnenderweise wählte er als Plattform seiner Kritik und der von ihm entworfenen Vorschläge mit den Neuen Blättern für den Sozialismus ein Organ, das sich außerhalb der Partei etabliert hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der allgewaltige Apparat es beiden geraten erscheinen lassen, sich zurückzuhalten.

Damit sind also die bestimmenden operationalen Ziele Theodor Haubachs markiert: Er wollte die Sozialdemokratie in der Mitte der Gesellschaft etablieren und sie wie ihr nahestehende Organisationen mit größerer Effizienz und Effektivität ausstatten. Diese Aussicht ließ ihn eine bemerkenswerte Aktivität entfalten, daß die Partei so ‚aufgestellt‘ die Republik gegen deren Feinde würde verteidigen und konsolidieren können. Die ‚Väter‘ der Weimarer Verfassung hatten ihr in ausreichendem Maße „Mechanismen“ zum Schutz bereitgestellt, wie Christoph Gusy feststellt.<sup>2059</sup> Doch in der Exekutive und in der Justiz bröckelte die Bereitschaft, die vorhandenen Möglichkeiten auch offensiv zu nutzen, sie wurden vielmehr „zunehmend ignoriert, sabotiert und verfremdet.“<sup>2060</sup> Es ist bereits an anderer Stelle der Arbeit u.a. unter Einbeziehung der Auffassung Helga Grebings darauf hingewiesen worden, daß einseitige Schuldzuweisungen für das Scheitern der Republik etwa an die Adresse der SPD absolut unangemessen und geeignet sind, den Blick für die vielen Facetten der Erklärung zu verstellen. Die bürgerliche Mitte schien sich bereits mit der Republik arrangiert zu haben, doch sie war nicht bereit, für sie zu kämpfen, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen. Die Zeit hatte zudem nicht einmal dazu ausgereicht, um den eigenen Kampfverband zu einer schlagkräftigen Truppe auszubilden – das Reichsbanner war bestenfalls ‚bedingt abwehrbereit‘, als es darum ging, beispielsweise im Juli 1932 ein Zeichen

<sup>2057</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002, S. 63.

<sup>2058</sup> Ebd., S. 66.

<sup>2059</sup> Gusy, Christoph: Weimar – die wehrlose Demokratie? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts; Bd. 6), Tübingen 1991, S. 93.

<sup>2060</sup> Lehnert, Detlef: Die unterschätzte Republik. Ein fragwürdiger Negativkonsens über das Scheitern von >Weimar< in zeitgenössischer Sicht der politischen Gegner des Nationalsozialismus, in: Steinbach/Tucher (Hrsg.), Widerstand, S. 85 – 96, S. 86.

des Widerstandes zu setzen. Die Wirtschaftsführer und die Entourage des Reichspräsidenten, um nur einige der destabilisierenden, fast unsichtbaren und doch höchst wirksamen Gruppierungen zu nennen, halfen, die Republik totalitären Kräften auszuliefern.

Die in der Historiographie zu findende These ‚Weimar‘ sei eine ‚Republik ohne Republikaner‘ gewesen, macht in undifferenzierter Weise gleichermaßen Verteidiger und Gegner der Republik für das Scheitern verantwortlich. Zu konstatieren ist dagegen, daß die Gegner zu stark waren.<sup>2061</sup> In Theodor Haubach ist ein engagierter und beherzter Befürworter der jungen Republik repräsentiert. Er hatte offenbar früh erkannt, daß es einen langen Atem bedürfe, um aus den ‚Konsumenten‘ republikanisch-demokratischer Bedingungen auch kämpferisch eingestellte Bürger zu machen, die die Bedeutung der neuen staatlichen Ordnung einzuschätzen wüßten und sich für deren Erhalt entschlossen einsetzen würden.

Die bildungsbürgerliche Prägung Theodor Haubachs ist in allen Lebensphasen wie in seinen unterschiedlichen Wirkungsfeldern nachweisbar. In der Partei und im Reichsbanner gehörte er damit einer Minderheit an. Die Spannungslinien, die sich in seiner Person abbilden, ergeben sich aus der Tatsache, daß er sich mit ‚dem‘ Mitglied beider Organisationen, das dem traditionell gewachsenen ‚Familiengeist‘ nachhing, vermutlich nie identifizieren konnte. Die SPD und der Kampfbund sah er als Instrumente des Kampfes für die Republik und ein friedlich zusammenwachsendes Europa an, dafür mußten die Genossen und Kameraden konditioniert werden. Sie stellten zugleich einen Teil der Klientel dar, für die nach seiner Ansicht gesellschaftliche und soziale Reformen initiiert werden mußten. Diesen ‚Aufbruch‘ suchte er in seinem Auftreten wie in seinen Schriften zu vertreten.

Doch Haubach war sich bewußt, daß die Partei und die republikanischen Organisationen nicht allein formal für den Kampf um den jungen Staat instrumentalisiert werden konnten, sondern wollte deren Mitglieder zu einer ideologischen Neuorientierung bewegen. Sie korrespondierte mit der Zielsetzung, im parlamentarischen Raum im republikanisch orientierten bürgerlichen Lager zu Kooperationen zu kommen. Haubach wollte das Kleinbürgertum, vor allem aber die Arbeiterschaft mit der ‚nationalen Idee‘ aussöhnen, die von den wilhelminischen Eliten usurpiert worden war. Damit suchte er also Vorstellungen, die der eigenen Milieubindung entsprangen und ihn als ‚Kind‘ des 19. Jahrhunderts auswiesen, als leitende Idee dem demokratischen Aufbruch zu implantieren: Bewahrung und Neuorientierung. Seine patriotische Grundüberzeugung – „O heilig Herz der Völker, o Vaterland“<sup>2062</sup> – wollte er zur Kraftquelle und Leitidee der republikanischen Bewegung machen, die sich – für die konzeptionellen politischen Entwürfe operationalisiert – als ‚Volksbewegung‘ manifestierte und als Kontinuum auch im Widerstand im Rahmen des ‚Aufrufs Sozialistische Aktion‘ beschworen wurde. Der Rekurs Haubachs auf die nationalen Kulturgüter unterschied sich fundamental von der nationalistischen Programmatik der bürgerlichen Rechtsparteien, die er bereits in den Anfängen der Weimarer Republik – vor allem die DNVP – heftig attackiert hatte.

<sup>2061</sup> Gusy, Weimar, S. 370.

<sup>2062</sup> Dieser Vers Friedrich Hölderlins begleitete Theodor Haubach und hing u.a. über seinem Schreibtisch in der Redaktion des Hamburger Echo; vgl. Braune, Heinrich: Manuskript, ms. 2 S., in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Mappe Theodor Haubach und De L'Aigle, Alma, Meine Briefe, S. 9.

Die Auseinandersetzungen mit der NSDAP erreichten später erheblich mehr Schärfe, weil sie in den Augen Haubachs die nationale Idee pervertierte und sich durch ihren Aufstieg in den Parlamenten zu einer veritablen Gefahr für die Demokratie auswuchs. Möglicherweise war es die patriotische Überzeugung, die nicht allein eine politisch motivierte Abwehr des Nationalsozialismus und der durch ihn verkörperten nationalistischen Hybris produzierte, sondern auch Gefühle wie Ekel und Abscheu hervorrief, weil das eigene Wertesystem als geschändet empfunden wurde, und ihm wie den bürgerlichen Kombattanten letztlich den Mut und die Tatkraft verlieh, sich doch dem Widerstand gegen das Regime aktiv anzuschließen.

Der Versuch Haubachs, die Kräfte in der Sozialdemokratie zu unterstützen, die die Partei zur Mitte der Gesellschaft hin orientieren wollten, entsprang strategischem Kalkül, er war jedoch auch Ausdruck einer ihn bestimmenden, grundlegenden Haltung. Heute sieht Franz Walter die SPD „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, ihre Mitglieder werden nicht mehr diskriminiert, die Partei ist bündnisfähig geworden.<sup>2063</sup> Sie verlor jedoch die ihr eigene Identität, die sich in einem spezifischen Partei-, Vereins- und Kulturleben niederschlug, und sie verzichtete – wie Haubach es bereits tat – auf die herausgehobene Auseinandersetzung um die weiterhin ungeklärten antagonistischen Klassenfragen.

Freunde und gute Bekannte, mit denen er privat zusammentraf oder denen er sich in den verschiedenen Organisationen näher anschloß, gehörten einem sozialen Feld an, dessen Konturen denen der Heidelberger Zeit glichen. Mit ihnen konnte er unmittelbar in den Austausch über grundlegende Fragen treten. Die spezifische Position dagegen, die er in der Partei und im Reichsbanner einnahm, war von Kontrasten geprägt, zeigte ihn als Redner, als Publizisten und ‚Führer‘, ließ ihn jedoch auch die vorgegebenen Grenzen erfahren. Oft wird sich der junge Intellektuelle mit seinen Erwartungen und Ansprüchen unverstanden, vielleicht einsam in den Institutionen gefühlt haben. Möglicherweise illustriert ein Zitat Carlo Schmid, als „Geistesfürst“ apostrophiert, diese Situation, der auf einem SPD-Parteitag mit Blick auf die anwesenden Genossen dem neben ihm sitzenden Rhetorikprofessor Walter Jens erklärte: „Das sind hier tausend Leute. Doch wir beiden sind die Einzigen, die richtig Griechisch können.“<sup>2064</sup> Anders als Schmid, der seine politische Passivität während der Weimarer Jahre und der nationalsozialistischen Herrschaft nachträglich beklagte, wurde Theodor Haubach früh zum Handelnden.<sup>2065</sup> Auch er fühlte sich zweifellos einer geistigen Elite zugehörig mit dem Bewußtsein, kraft seiner Voraussetzungen überzeugen, kämpfen und führen zu können. Diese Fähigkeiten stellte er in den Dienst seiner politischen Arbeit. Die Ernsthaftigkeit, mit der er diese betrieb, realisierte und symbolisierte sich in seinem aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft.

Die Fülle der Elemente, die das Bild der hier entworfenen politischen Biographie Theodor Haubachs ausmachen, läßt vielfältiges, spannungsreiches und zielstrebiges Agieren in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern wie politischen Organisationen erkennen und legt zugleich individuelle Bruchlinien frei.

<sup>2063</sup> Walter, SPD, S. 266.

<sup>2064</sup> Süddeutsche Zeitung, Nr. 87 v. 15.4.2002, S. 3. Carlo Schmid (1896 – 1979), nach 1945 führendes SPD-Mitglied, langjähriger Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

<sup>2065</sup> Schmid, Carlo: Die deutschen Bildungsschichten und die Politik [Vortrag v. 20.2.1958], in: Ders.: Politik und Geist, Stuttgart 1961, S. 51 – 81, S. 77.

Ausschnitthaft ist durch die Spuren, die der einzelne hinterläßt, der Blick auf die internen Kräfteverhältnisse der Verbände und deren Außenwirkung möglich. Haubachs politischer Weg kündigt darüber hinaus von dem Kampf der spezifisch geprägten Formation eines reformorientierten Bürgertums um eine von ihm geführte ‚geistige‘ und demokratische Erneuerung. Die intensive biographische Erkundung macht evident, daß bedeutsame historische Daten und Zäsuren auf individuelle Lebensentwürfe zwar markierend, aber nicht tiefgreifend verändernd wirken müssen – der Weg Theodor Haubachs durch unterschiedliche zeitgeschichtliche Epochen zeigt es auf.

## Quellen und Literatur

### Schriften Theodor Haubachs

- Die Argonnen. Aus Briefen, in: Zeit-Echo, Nr. 15, Jg. 1915-1916, o. Seitenangaben.  
 Bilder von J. Würth, in: Die Dachstube, Jg. 1915, S. 40 f.  
 Skizze, in: Ebd., 1. April 1916, S. 95 – 97.  
 Bemerkungen zum Militarismus, in: Ebd., 11.10.1916, S. 164 f.  
 Nietzsche: Geburt der Tragödie, in: Ebd., S. 165 f.  
 Der Luftballon, in: Almanach der Dachstube 1916, S. 18 – 21.  
 Bemerkungen zu Nietzsches ‚Menschliches, Allzumenschliches‘, in: Ebd., S. 23 – 25.  
 Aus den Argonnen, in: Die Dachstube, Februar 1917, S. 179 – 181.  
 Zeichnungen von L. Breitwieser, in: Ebd., März 1917, S. 183 u. 186.  
 Glück, in: Ebd., Aug./Sept. 1917, S. 205.  
 Abend, in: Ebd.  
 Well Habicht's Büste: C. Mierendorff, in: Ebd., Oktober 1917, S. 210.  
 Für W., in: Ebd., Februar 1918, S. 222.  
 Jaques Prince ( Das zweite Buch der Dachstube), Darmstadt 1918.  
 Kasimir Edschmids Roman Die achatenen Kugeln, in: Die neue Bücherschau 1 (1919), H. 6, S. 16 f.  
 Wider die Politik, in: Das Tribunal 1 (1919), H. IV, April, S. 51 f.  
 Darmstadts Geistesleben in Gefahr [Pseudonym: Geh. Justizrat Dr. Hausschlegel; diese Nummer war als einmalige satirische Ausgabe ‚wider die Spießer‘ in der Stadt geplant.], in: Hessenborn. Hessische Blätter für sittliche Kultur, Nr. 1, April 1919, S. 4 f.  
 Ein Darmstädter Bekenntnis zur Kultur, in: Das Tribunal 1 (1919), H. V, Mai, S. 64 f.  
 Offener Brief an Kurt Hiller, in: Ebd. 1 (1919), H. VI, Juni, S. 75 f.  
 Notizen, [mit Carlo Mierendorff] in: Ebd. 1 (1919), H. VII, Juli, S. 91.  
 ‚Aufruf an die revolutionäre französische geistige Jugend‘, Mitunterzeichner des Textes v. Kasimir Edschmid, in: Ebd. 1 (1919), H. VIII/IX, Aug./Sept., S. 95 – 97.  
 Expressionismus. Ein Querschnitt durch die künstlerische Bewegung unserer Tage, in: Deutsche Kunst und Dekoration. Illustrierte Monatshefte für moderne Ma-

- lerei, Plastik, Wohnungsbedarf und künstlerisches Frauenschaffen, Bd. XLV, Okt. 1919-März 1920, Okt. 1919, S. 13 – 19.
- Kurzrezension v.: Otto Flake: Die Stadt des Hirns, in: Das Tribunal 1 (1919), H. X/XI, Okt./Nov., S. 122.
- Zur Krisis der Revolution, in: Ebd., H. XII, S. 132 – 134 [Unveränd. veröff. in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. v. Kurt Hiller], 4. Bd., 1920, S. 179 – 182.
- Der Kinokampf, in: Ebd., 2 (1920), H. 1, Januar, S. 6.
- Reaktion. BOB gewidmet, in: Ebd., H.3, März, S. 32 – 35.
- Psychologische Beobachtungen im Felde, in: Darmstädter Zeitung, Wochenbeilage, v. 19.6.1920.
- Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H. 1, S. 14 – 20.
- Tagore in Darmstadt, in: Das Tage-Buch 2 (1921), H. 25, 25.6.1921, S. 790 f.
- Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 3 (1921), H.7, S. 159 – 163.
- Stille, geordnete Farbigkeit, in: N. Badische Landeszeitung, Mannheim, Nr. 501 v. 4.11.1921 [Vgl. auch: Italiaander, Rolf (Hrsg.): Henry Benrath in memoriam, Stuttgart 1954, S. 98 – 100.].
- Frankfurter Theater, in: Die Neue Schaubühne 4 (1922), H. 1, S. 19 – 21.
- Darmstädter Theater, in: Ebd., H. 2, S. 38 – 44.
- Frankfurt A.M., Neues Theater, in: Ebd., S. 52 f.
- Gustav Hartung, in: Ebd., H. 3, S. 62 – 65.
- Republik und Universität, in: Die Glocke 8 (1922), H. 21 v. 21.8.1922, S. 539 – 543.
- Versuch einer Phänomenologie des ästhetischen Bewusstseins im Grundriss. Dissertation, Heidelberg 1923.
- Rechtfertigung des Theaters vor der Gesellschaft?, in: Krell, Max (Hrsg.): Das deutsche Theater der Gegenwart, München-Leipzig 1923, S. 217 – 236.
- Ein Regisseur, in: Ebd., S. 94 – 98 [Der Text entspricht dem in Die Neue Schaubühne (vgl. o.) unter dem Titel ‚Gustav Hartung‘ veröffentlichten; lediglich die Orthographie wurde an einigen Stellen korrigiert.].
- Rezension zu: Ursachen des Zusammenbruchs. Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918. Gutachten des Obersten a.D. Schwertfeger, des Generals der Infanterie a.D. von Kuhl und des Geheimrats Professor Hans Delbrück, Berlin 1923, in: Europäische Gespräche 1 (1923), S. 359 – 362.
- Rezension zu: Wilhelm Mautner: Die Verschuldung Europas, Frankfurt/M. 1923, in: Ebd., S. 474 – 476.
- Rezension zu: Hugo Preller: Die Weltpolitik des 19. Jahrhunderts, Berlin 1923, in: Ebd., S. 476 f.
- Rezension zu: Gerhart Lützens: Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatensystem (1870 – 1922), Berlin 1923, in: Ebd., S. 477.
- Bücher über das neue Rußland, in: Ebd. 2 (1924), S. 191 – 200.
- Sozialistische Außenpolitik, in: Die Gesellschaft 1 (1924), Bd. 1, S. 418 – 420.
- Militärische und politische Gewalt, in: Ebd., Bd. 2, S. 30 – 39.
- Ferruccio Busoni, in: Hamburger Echo [abgek.:H.E.], Nr. 206 v. 29.7.1924. [Die Beiträge zur Außenpolitik im H.E. 1924 – 1929 sind hier nicht aufgeführt.]
- Den Toten des Weltkrieges, in: Ebd., Nr. 211 v. 3.8.1924.
- Sachverständigengutachten und was dann?, in: Ebd., Beilage, Nr. 216 v. 18.8.1924.

- Deutsche Politik!, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 9, S. 196 f.
- Die Fahne der Republik – die Fahne der Partei?, in: Die Glocke 10 (1924), Nr. 24 v. 11.9.1924, S. 773 – 776.
- Zu einer positiven Theorie sozialistischer Aussenpolitik, in: Politischer Rundbrief, Nr. 1, Okt. 1924, S. 9 – 13.
- Die Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena. Ein Nachwort und ein Schlußwort, in: H.E., 2. Beilage, Nr. 107 v. 18.4.1925.
- Schwarzrotgold als revolutionäres und nationales Symbol, in: Das Reichsbanner, Gau Hamburg, Bremen, Nordhannover [abgek.: Beil.], Nr. 17, 1.9.1925.
- Der Sozialismus und die Wehrfrage, in: Die Gesellschaft 3 (1926), H. 2, S. 120 – 130.
- Widerlegung des Marxismus?, in: H.E., 2. Beil., Nr. 28 v. 28.1.1926 [Vgl. auch im selben Wortlaut: H.E., Hauptteil, Nr. 29 v. 29.1.1926].
- Hamburg sei Mahnung!, in: Das Reichsbanner, Nr. 4, 15.2.1926.
- „Republikanisches Bewußtsein“. Bildungsarbeit im Reichsbanner, in: Das Reichsbanner, Nr. 9 v. 1.5.1926.
- Rezension zu: Hendrik de Man: Psychologie des Sozialismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 254 – 258.
- Rezension zu: Mennicke, Carl: Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe, Berlin 1926, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 829 – 831.
- Ein neues Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Teil I, in: H.E., Nr. 226 v. 17.8.1926.
- Ein neues Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Teil II, in: Ebd., Nr. 227 v. 18.8.1926.
- Die Lehren des englischen Riesenstreiks, in: Ebd., Nr. 336 v. 5.12.1926.
- Reichswehr und Macht, in: Deutsche Republik 1 (1926-27), H. 23, S. 6 – 9.
- Wehrfrage und Sozialdemokratie, in: Die Gesellschaft 4 (1927), Bd. 1, H. 6, S. 493 – 501.
- Den deutschen Republikanern ins Gewissen, in: Das Reichsbanner, Nr. 21 v. 1.11.1927.
- Die Stimme des Volkes. Die geheimnisvolle Großmacht, in: Illustrierte Reichsbanner-Zeitung 5 (1928), Nr. 3 v. 21.1.1928, S. 34 f.
- Zwei Fahnen und ihr Sinn, in: Jungbanner, Beil. z. Das Reichsbanner, Nr. 8 v. 15.4.1928.
- Blutiger Himmelfahrtstag. Hamburg in Trauer, in: Das Reichsbanner, Nr. 16 v. 3.6.1928.
- Hinein ins zehnte Jahr der Republik. Die Republik den Republikanern!, in: Ebd., Nr. 26 v. 12.8.1928.
- Panzerkreuzer oder Minenleger? Küsten-Verteidigung, in: Volksstimme, Mannheim, Nr. 249 v. 16.9.1928.
- Die Richtlinien zur Wehrfrage, in: Die Gesellschaft 6 (1929), Bd. 1, H. 2, S. 97 – 112.
- Die Generationenfrage und der Sozialismus, in: Soziologische Studien, Alfred Weber gewidmet, Potsdam 1930, S. 106 – 120.
- Begriff und Sinn der Opposition, in: Neue Blätter für den Sozialismus [NBS] 1 (1930), H. 2, S. 81 – 86.

- Reichsbanner in Riga. Eindrücke einer Reise, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 35 v. 30.8.1930.
- Ums Ganze geht es!, in: H.E., Nr. 247 v. 7.9.1930.
- Parole: Angriff, in: Ebd., Nr. 259 v. 19.9.1930.
- Vom Gegner lernen! Reichsbanner im Kampf gegen Radikalismus/Methodik und Systematik der Gegnerabwehr, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 40 v. 4.10.1930.
- Was bei uns noch nicht ganz klappt. Ein Kapitel von Vorschlägen und Aufmunterungen, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 42 v. 18.10.1930.
- Der Quell des Uebels, in: Illustrierte Republikanische Zeitung 8 (1931), Nr. 14 v. 4.4.1931, S. 211 u. S. 216.
- Das Ende der spanischen Bourbonen, in: Ebd., Nr. 18 v. 2.5.1931, S. 276 u. S. 286.
- Die militante Partei, in: NBS 2 (1931), H. 5, Mai, S. 208 – 213.
- Nicht einschlafen! Der Faschismus in Umgruppierung – Neue Methoden, alte Ziele, in: Das Reichsbanner, Nr. 21 v. 23.5.1931.
- Reichsbanner auf Rädern. Mehr Beweglichkeit unsern Formationen!, in: Ebd., Nr. 22 v. 30.5.1931.
- Ludendorff und der faschistische Krieg, in: Die Gesellschaft 8 (1931), Bd. 1, H. 6, S. 563 – 569.
- Leutnant Scheringer – unser Mann?, in: NBS 2 (1931), H.7, Juli, S. 352 f.
- Aufhebung der Preßfreiheit? Nein! Aufhebung der Verleumdungsfreiheit? Ja?, in: Das Reichsbanner, Nr. 30 v. 25.7.1931.
- Ende der Pressefreiheit?, in: NBS 2 (1931), H. 8, August, S. 403 – 405.
- Nun erst recht – es lebe die Republik!, in: Das Reichsbanner, Nr. 32 v. 8.8.1931.
- Hamburg – Bastion der Demokratie, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 37 v. 12.9.1931.
- Der Hamburger Aufstand. Ein Beitrag zur Kommunisten-Revolution vom 23.Oktober 1923, Teil 1, in: Das Reichsbanner, Beil., Nr. 42 v. 17.10.1931.
- Der Hamburger Aufstand. Es geht los!, Schluß, in: Ebd., Nr. 43 v. 24.10.1931.
- Revision der Friedensverträge? Grundlagen einer sozialistischen Europapolitik, in: NBS 2 (1931), H. 11, November, S. 545 – 560.
- Politik und Agitation. Ein Beitrag zur Krise der Sozialdemokratie [Pseud.: Walter Glenlow], in: NBS 2 (1931), H. 12, Dezember, S. 603 – 611.
- Positive Verfassungskritik. Ein Beitrag zur Reorganisation der Republik, in: Die Justiz, Jg. 1930/31, Bd. VI, H. 11/12, August 1931, S. 628 – 639.
- Abrüstung und Sicherheit, in: NBS 3 (1932), H. 4, April, S. 180 – 186.
- Geist und Technik des Preußenwahlkampfes [Pseud.: Walter Glenlow], in: Ebd., H. 5, Mai, S. 232 – 239.
- Antifaschistische Opposition [Pseud.: Ewald Ordnung], in: Ebd., H. 7, Juli, S. 343 – 347.
- Wehrsport und Arbeiterbewegung, in: Ebd., H. 12, Dezember, S. 658 – 660.
- Ein neuer Abschnitt deutscher Außenpolitik, in: Ebd., S. 633 – 642.
- Nationalistischer Linkssozialismus? Eine Erwiderung, in: Deutsche Republik 7 (1932-33), H. 12, S. 364 – 368.
- Wir brachen den Ansturm. Den Toten des letzten, den Lebenden des kommenden Jahres!, in: Das Reichsbanner, Nr. 53 v. 31.12.1932.
- Brolat!, in: NBS 4 (1933), H. 1, Januar, S. 50 – 53.

Der Krieg als zentrales Problem [Pseud.: Walter Glenlow], in: NBS 4 (1933), H. 5, Mai, S. 218 – 229.

Miliz!, in: NBS 4 (1933), H. 6, Juni, S. 321 – 322.

## **Archivalien**

Albany, USA

State University of New York at Albany:

Special Collection: NL Emil Lederer

Amsterdam

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG):

NL Albert Grzesinski

NL Paul Hertz

NL Karl Kautsky

Manuel R. Goldschmidt (Archivar):

NL Wolfgang Frommel

Berlin

Bundesarchiv bzw. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO):

NY 4185        NL Gertrud Meyer

NY 4049        NL Anton und Aenne Saefkow

NY 4076        NL Hermann Matern

NY 4152/2      Bestand Walter Maschke

RY 1/I 2/3      Bestand KPD-Zentralkomitee/Politbüro

DY 28/II 3      Bestand SPD-Bezirksorganisation

DY 55/ V 278   Bestand VVN Todeskartei/Zentrales Parteiarchiv der SED

R 58            Bestand Reichssicherheitshauptamt

RMDI 25741, 26183, St 10/232   Bestand Reichsministerium des Innern

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung:

Materialien/ NL-Splitter Adolf Reichwein

Krankenbuchlager/ Archiv der Lazarettunterlagen im Landesamt für Gesundheit und Soziales:

Information über Lazarettaufenthalte Theodor Haubachs 1914 – 1918

Bonn

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Bestand Internationale Transportarbeiter-Föderation, Mappe 117

Bestand Erich-Rinner-Korrespondenz, Mappe 12

Bestand ‚Fotokopien von Originalbriefen und Dokumenten‘

Bremen

Staatsarchiv Bremen:

4,65 – 1026 ff. Bestand Nachrichtenstelle der Polizeidirektion Bremen:  
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Burg Ludwigstein

Archiv der deutschen Jugendbewegung:

Teil-NL Walter Hammer  
Wandervogel in Darmstadt  
Mappe Theodor Haubach

Butzbach/Hessen

Stadtarchiv Butzbach

Akten der Großherzoglichen Bürgermeisterei Butzbach  
Abt. ‚Kriegsangelegenheiten‘

Darmstadt

Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt-Handschriftenabteilung:

Theodor Haubach: Briefe und Postkarten an Fritz Usinger  
Carlo Mierendorff: Briefe und Postkarten an Fritz Usinger

Hessisches Staatsarchiv:

Abt. 049 NL Wilhelm Leuschner

Stadtarchiv Darmstadt:

ST 45: Nachlässe/ Biographisches Material

Theodor Haubach; u.a. Briefe an Alfred Vagts 1920 - 1936  
Carlo Mierendorff  
Kurt Heyd  
Kasimir Edschmid  
Fritz Usinger

ST 12, Abt. XIV a:

Einrichtungen zur Pflege von Kunst und Wissenschaft

Ludwig-Georgs-Gymnasium, Archiv.

Dokumente zur Schulzeit Theodor Haubachs  
Jahresberichte des großherzoglichen Georg-Ludwig-Gymnasiums  
Erlasse des Großherzoglichen Ministeriums des Innern

Frankfurt/M.

Deutsches Rundfunkarchiv

60 U 7 – III : NS-Propagandafilm; nur Reste erhalten: Transkript der Vernehmung Theodor Haubachs durch Roland Freisler, den Präsidenten des ‚Volksgerichtshofes‘

Hamburg

Forschungsstelle für Zeitgeschichte:

Fasc. 751 – 34 Büttner, Ursula: Niederschrift über ein Gespräch mit Dr.Hans Robinsohn am 24.9.1974

Verschiedene nach Themen geordnete Materialsammlungen

Hamburger Institut für Sozialforschung:

Memoiren Grei 32.01 Bestand Alfred Vagts Papers (Das Manuskript trägt keinen Titel; zur Veröffentlichung als Memoiren vorgesehen; Entstehungsdaten nicht festgehalten, aber aus Kontext erschließt sich Zeitraum der 60er, 70er Jahre.)

Staatsarchiv Hamburg:

Bestand Senat

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg-Handschriftenabteilung:

Brief Theodor Haubach

Heidelberg

Bibliothek der Ruprecht-Karls-Universität:

Theodor Haubach: Versuch einer Phänomenologie des ästhetischen Bewusstseins im Grundriss. Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg, 1923

Universitätsarchiv der Ruprecht-Karls-Universität:

Auszüge aus den Studentenakten und Belegblätter Theodor Haubachs

Mappe ‚Sozialistischer Studentenbund‘

Protokollbücher „für den Ausschuss der Heidelberger Studentenschaft 1908 – 1920“

Koblenz

Bundesarchiv:

N 1021 NL Alma de L’Aigle

Bd. 8 – Tagung der Jungsozialisten

Bd. 14 – Schriftwechsel mit Theodor Haubach 1924 – 1944

Bd. 15 – Schriftwechsel mit Emilie Haubach

Bd. 18 – Schriftwechsel mit Walter Hammer

N 1160 I/349 NL Rudolf Pechel

N 1296 NL Hans Robinsohn

N 1197, Bd. 19 NL Alfred Weber

Kl. Erwerbungen Nr. 320 Akten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Hannover

Kl. Erwerbungen Nr. 638 NL Julius Leber

Kl. Erwerbungen Nr. 144 Grzesinski, Albert: Im Kampf um die deutsche Republik. Lebensweg eines <heute> [hs. v. Vf. eingefügt, P.Z.] Staatenlosen, Paris 31.Dezember 1933; Ms.-Durchschlag mit hs. Korrekturen d. Vf.

Marbach am Neckar

Deutsches Literaturarchiv-Handschriftenabteilung:

NL Karl Jaspers

NL Carl Zuckmayer

NL Kasimir Edschmid

München

Institut für Zeitgeschichte:

ED 106 NL Walter Hammer

ZS/A - 18 Sammlung Ger van Roon

MA – 146 Berichte Sicherheitspolizei und SD

Ms 184 Materialien zum Stefan George-Kreis  
 ED 715 Akte ‚Stiftung Hilfswerk 20.Juli 1944‘  
 ZS 380 Materialien-Mappe Thomas Dehler  
 ED 166 Akte Hans Robinsohn

Staatsarchiv

Materialien z. ‚Sozialistischen Studentenbund Heidelberg‘

Zürich

Robert-Walser-Archiv:

NL Joseph Halperin

**Befragung von Zeitzeugen**

Bausch-von Hornstein, Erika (Berlin)  
 Gärtner, Heinz (Hamburg)  
 Grot, Paul (Hamburg)  
 Henk, Gertrud (Neckargemünd)  
 Hiob, Bettina (Berlin)  
 Winterfeld, Henry (Hamburg)

**Quelleneditionen**

Adler, Max: Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Wien 1922 [Neuausg. Darmstadt 1964].

Ders.: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.

Bauer, Otto: Werkausgabe, hrsg. v.d. Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Wien 1975; Bd. 2: Wien 1976.

Bleistein, Roman (Hrsg.): Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Aus dem Nachlaß von Lothar König S.J., Frankfurt/M. 1987.

Breitscheid, Rudolf: Locarno, in: Die Gesellschaft 2 (1925), Bd. 2, S. 497 – 509.

Edschmid, Kasimir: Lebendiger Expressionismus, Wien-München-Basel 1961.

Fritz, Michael et al. (Hrsg.): <...und fahr'n wir ohne Wiederkehr>. Ein Lesebuch zur Kriegsbegeisterung junger Männer. Bd. 1: Der Wandervogel, Frankfurt/M. 1990.

Hammer, Walter: Thedor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt/M. 1955.

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): <Spiegelbild einer Verschwörung>. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde., Stuttgart 1984.

Kindt, Werner (Hrsg.): Grundschriften der deutschen Jugendbewegung (Dokumentation der Jugendbewegung; Bd. 1), Düsseldorf-Köln 1963.

Ders. (Hrsg.): Die Wandervogelzeit. Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896 – 1919 (Dokumentation der Jugendbewegung; Bd. 2), m. einer ideengeschichtlichen Einf. v. Wilhelm Flitner, Düsseldorf et al. 1968.

L'Aigle, Alma de: Meine Briefe von Theo Haubach, Hamburg 1947.

- Leber, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden, Briefe, hrsg. von seinen Freunden. Mit einem Vorwort von Gustav Dahrendorf, Berlin 1952.
- Leber, Julius: Schriften, Reden, Briefe. Hrsg. v. Dorothea Beck und Wilfried F.Schoeller. Mit einem Vorwort von Willy Brandt und einer Gedenkrede von Golo Mann, München 1976.
- Lederer, Emil: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910 bis 1940, hrsg. v. Jürgen Kocka (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 39), Göttingen 1979.
- Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927 – 1933. 2 Bde., Frankfurt/M. 1978.
- Moltke, Helmuth James Graf von: Briefe an Freya 1939 – 1945, hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, München 1988.
- Protokoll: Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27.8.1925, Berlin 1925.
- Raabe, Paul: Expressionismus. Der Kampf um eine literarische Bewegung, Zürich 1987. 1.Aufl. als Taschenbuch: München 1965.
- Schnabel, Reimund: Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1957.
- Schulz, Ursula (Hrsg.): Adolf Reichwein. Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt von Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung von Hans Bohnenkamp. 2 Bde., München 1974.
- Schulze, Hagen (Hrsg./Bearb.): Anpassung oder Widerstand: aus den Akten des Parteivorstands der Deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Sozialdemokratischer Parteitag in Weimar vom 10.6. bis 15.6.1919. Protokoll über die Verhandlungen, Berlin 1919.
- Sozialdemokratischer Parteitag in Kassel vom 10.10. bis 16.10.1920. Protokoll, Berlin 1920.
- Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz., Berlin 1925.
- Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, Berlin 1927.
- Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Berlin 1929.
- Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig vom 31.Mai bis 5.Juni 1931 im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931.
- Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg: 1923, 1924, 1927, 1928, 1929, Hamburg o.J.
- Verhandlungen des Reichstags. Stenographischer Bericht. 405. Sitzung v. 5.3.1924, Bd. 361.
- Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 328, Berlin 1920.
- Zarusky, Jürgen/Hartmut Mehringer (Bearb.): Widerstand als „Hochverrat“ 1933 – 1945, Mikrofiche-Edition, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München, München 1995, Erschließungsband: München 1998.
- Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27.8.1925, Berlin 1925.

### **Zeitgenössische Darstellungen/ Autobiographien**

- Andreas-Friedrich, Ruth: Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938 – 1945, Berlin 1947. U.d.T.: Schauplatz Berlin: ein Tagebuch, aufgezeichnet 1938 – 1945, v.d.Autorin neu durchges. Fassung: Reinbek 1964.
- Blüher, Hans: Die deutsche Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen, Berlin 1912.
- Breitscheid, Rudolf: Locarno, in: Die Gesellschaft 2 (1925), Bd. 2, S. 497 – 509.
- Breitwieser, Ludwig et al.(Hrsg.): Die Dachstube, Darmstadt 1976.
- Bröger, Karl: Deutschland, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 81.
- Brundert, Willi: Von Weimar bis heute, Hannover 1965.
- Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg, Hamburg 1958.
- Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen. Bearbeitet u. eingeleitet von Jürgen Rojahn (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte; Bd. 14/3), Frankfurt/M.-New York 1995.
- Doeberl, Michael et al. (Hrsg.): Das Akademische Deutschland. Bd. II: Die deutschen Hochschulen und ihre akademischen Bürger, Berlin 1931. Bd. III: Die deutschen Hochschulen in ihren Beziehungen zur Gegenwartskultur, Berlin 1930.
- Döblin, Alfred: Von der Freiheit eines Dichtermenschen, in: Die Neue Rundschau 29 (1918), Bd. 2, S. 843 – 850.
- Edschmid, Kasimir: Über die dichterische deutsche Jugend. An ein skandinavisches Publikum, März 1918, in: Ders.: Tribüne der Kunst und Zeit. Nr. 1 – 5. Eine Schriftensammlung, Berlin 1919, Nachdruck Liechtenstein 1973.
- Ders.: Aufruf an die revolutionäre französische geistige Jugend, in: Das Tribunal 1 (1919), 8./9. H., S. 95 f.
- Ders.: Tagebuch 1958 – 1960, Wien-München-Basel 1960.
- Ehrenthal, Günther: Die deutschen Jugendbünde, Berlin 1929.
- Fäse, Erich: Jenseits von rechts und links, in: Freischar. Blätter der neuen Bereitschaft 1 (1923), H. 1, S. 14 – 16.
- Feder, Ernst: Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926 – 1932, hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
- Frankenberg und Ludwigsdorff, Alex-Victor von: Das Leibgarde-Infanterie-Regiment (1.Großherzoglich Hessisches) Nr. 115 im Weltkrieg 1914 – 1918, Stuttgart 1921.
- Frommel, Wolfgang: Zum Thema Geist und Leben, in: Castrum Peregrini 30 (1981), H. 150, S. 5 – 23.
- George, Stefan: Drei Gesaenge, Berlin 1921.
- Ders.: Tage und Taten. Aufzeichnungen und Skizzen, 2. erweiterte Ausgabe Berlin 1925.
- Gerstenmaier, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit, Frankfurt/M. 1981.
- Gerstenmaier, Brigitte und Eugen: Zwei können widerstehen. Berichte und Briefe 1939 – 1969, Bonn-Berlin 1992.
- Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bittern Ende, Bd. 1, Zürich 1946.
- Göhre, Paul: Die Vereinigten Staaten von Europa, in: Die Neue Rundschau, 37. Jg. der freien Bühne 1926, Bd.II, S. 113 – 126.
- Gold, Ludwig: Schlachten des Weltkrieges, Bd. 15: Die Tragödie von Verdun 1916, III. u. IV. Teil: Die Zermürbungsschlacht, hrsg. im Auftrage des Reichsarchivs. Bearbeiter im Reichsarchiv: Martin Reymann, Oldenburg i.O.-Berlin 1929.

- Gostomski, Victor von/ Walter Loch: Der Tod von Plötzensee, Meitingen-Freising 1969.
- Grot, Otto: Erinnerung an die Schufo 11, in: Dulsberg – Hart am Rand und mit-tendrin. Stadtteilgeschichte(n), hrsg. v.d. Geschichtsgruppe Dulsberg, Hamburg o.J., S. 91 – 97.
- Gründel, E.Günther: Die Sendung der Jungen Generation, München 1932.
- Grzesinski, Albert: Hitler ist nicht legal!, in: Das Reichsbanner, Nr. 15 v. 9.4.1932.
- Gundolf, Friedrich: George, Berlin 1920.
- Hallgarten, George W.F.: Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundert-beginn zur Jahrtausendwende, Frankfurt/M. 1969.
- Hammer, Walter: Vom Reichsbanner zur Eisernen Front, in: Welt der Arbeit, Bei-lage ‚Freie Welt‘, Jg V, 16.7.1954.
- Hegar, Walther: Der Sozialismus und die Kopfarbeiter (Schriften der Sozialisti-schen Studentengruppe der Universität Freiburg, Baden), Freiburg/Leipzig 1919.
- Heidegger, Martin / Karl Jaspers: Briefwechsel 1920 – 1963, hrsg. v. Walter Bie-mel u. Hans Saner, Frankfurt/M.-Zürich 1990.
- Heimann, Eduard: Staat und Wirtschaft, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 102 – 104.
- Ders.: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik, Tübingen 1929; Neuaufl. m. einem Vorwort v. Bernhard Badura: Frankfurt/M. 1980.
- Heller, Hermann: Sozialistische Außenpolitik?, in: Politischer Rundbrief 1 (1924), Nr. 1 v. Okt. 1924, S. 6 – 8.
- Ders.: Sozialismus und Nation, Berlin 1925.
- Ders.: Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930.
- Hilferding, Rudolf: In der Gefahrenzone, in: Die Gesellschaft 7 (1930), Bd. II, S. 289 – 297 [vgl. auch in: Vorwärts, Spätausgabe, Nr. 450 v. 25.9.1930].
- Hiller, Kurt: Künstler und Kämpfer, in: Das Tribunal 1 (1919), 1. H., Januar 1919, S. 7 f.
- Hirschel, Otto: Standhaft und treu! Geschichte des Reserve-Infanterie-Regiments 221. Bearbeitet nach amtlichen und privaten Kriegstagebüchern (Erinnerungsblät-ter deutscher Regimenter: die Anteilnahme der Truppenteile der ehemaligen deut-schen Armee am Weltkriege, bearbeitet unter Benutzung der amtlichen Kriegsta-gebücher), Oldenburg i.O./Berlin 1925.
- Hobohm, Martin (Gutachter): Soziale Heeresmißstände als Teilursache des deut-schen Zusammenbruchs von 1918, in: Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919 – 1930, hrsg. im Auftrage des Reichstages. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918. Zweite Abteilung: Der innere Zusammen-bruch, 11. Bd., 1. u. 2. Halbbd., Berlin 1929.
- Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Berlin 1930.
- Hornstein, Erika von [d.i. Erika Bausch-von Hornstein]: So blau ist der Himmel. Meine Erinnerungen an Karl Schmidt-Rottluff und Carl Hofer, Berlin 1999.
- Jaspers, Karl: Max Weber. Deutsches Wesen im politischen Denken, im Forschen und Philosophieren, Oldenburg i.O. 1932.
- Ders.: Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften, hrsg. v. Hans Saner, München 1967.
- Kautsky, Karl: Wehrfrage und Sozialdemokratie, Berlin November 1928.
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde., Stuttgart 1948.

- Kempner, Robert M.W.: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1983.
- Klub vom 3.Oktober, Der: Jahrbücher 1924/25 und 1925/26, Hamburg o.J.
- Koch, Walter: ‚Deutsches Volkstum und deutsche Kultur‘, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 91 f.
- Künder, Paul: Praktische Arbeit, in: Jungsozialistische Blätter 1 (1922), H. 11, S. 183 f.
- L’Aigle, Alma de: ‚Volk und Staat‘, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 93 – 97.
- Lamm, Otto: Jungsozialistische Bewegung. Volksgemeinschaft oder Klassenkampf?, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 3, S. 66 f.
- Ders.: Renegaten der Arbeiterbewegung, in: Jungsozialistische Blätter 5 (1926), H. 1, S. 29 – 31.
- Lamp’l, Walther: ‚V.R.‘ [d.i. Vereinigung Republik], in: das Reichsbanner, Nr. 5 v. 1.3.1926.
- Langhoff, Wolfgang: Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, unpolitischer Tatsachenbericht, Zürich 1935; unveränd. Nachdr. d. Orig.-Ausg. v. 1935: 9. Aufl. Frankfurt/M. 1981.
- Lederer, Emil: Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912.
- Ders.: Grundzüge der ökonomischen Theorie, Tübingen 1922.
- Ders.: Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910 – 1940, hrsg. v. Jürgen Kocka mit einem Beitrag v. Hans Speier (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 39), Göttingen 1979.
- Lepinski, Franz: Die jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben, Berlin 1927.
- Levi, Paul: Sachverständigengutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin o.J. [1924].
- Ders.: Die deutsche Außenpolitik, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 37 v. 18.9.1925.
- Ders.: Wahrhaftigkeit und Sozialdemokratie, Berlin o.J. [1928].
- Lilje, Hanns: Im finstern Tal, Nürnberg 1947.
- Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Abenteuer der Freiheit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1983.
- Man, Hendrik de: Gegen den Strom, Stuttgart 1953.
- Marx, Hugo: Werdegang eines jüdischen Staatsanwalts und Richters in Baden (1892 – 1933): Ein soziologisch-politisches Zeitbild, Villingen 1965.
- Mendelssohn Bartholdy, Albrecht: Bürgertugenden in Krieg und Frieden. Fünf Vorträge im Freien Deutschen Hochstift, Tübingen 1917.
- Ders.: Der Volkswille. Grundzüge einer Verfassung, München 1919.
- Ders.: ‚Institut für Auswärtige Politik Hamburg‘, in: Brauer, Ludolph et al. (Hrsg.): Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 2, Hamburg 1930, S. 332 – 346.
- Mennicke, Carl: Der religiöse Sozialismus in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), 63. Bd., S. 156 – 163.
- Menzel, Walter: Ostertagung der Jungsozialisten in Hofgeismar bei Kassel, in: Junge Menschen 4 (1923), H. 6, S. 139.

- Mierendorff, Carlo: Und doch Politik. Eine Verteidigung des aktivistischen Idealismus, in: Das Tribunal 1 (1919), 5.H., S. 62 f.
- Ders.: Zeichen der Zeit, in: Das Tribunal 2 (1920), 1. H., S. 10.
- Ders.: Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930 I), Nr. 6, S. 489 – 504.
- Ders.: Lehren aus der Niederlage, in: NBS 1 (1930), Nr. 11, S. 481 – 484.
- Mitgau, Johann Hermann: Studentische Demokratie. Beiträge zur neueren Geschichte der Heidelberger Studentenschaft, 2., durchgesehene u. erweiterte Aufl. [von: Der Allgemeine Studentenausschuss an der Universität Heidelberg 1912 – 1922, Heidelberg 1924] Heidelberg 1927.
- Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich, Berlin 1923, 2.Aufl. 1926.
- Moltke, Freya von: Erinnerungen an Kreisau 1930 – 1945, München 1997.
- Müller, Hermann: Demokratische Außenpolitik, in: Die Gesellschaft 1 (1924), Bd.1, S. 42 – 46.
- Natorp, Paul: ‚Volk und Menschheit‘, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 87 – 90.
- Niekisch, Ernst: Grundfragen deutscher Außenpolitik, in: Politischer Rundbrief, Nr. 3 v. April 1925, S. 59 – 68.
- Noth, Ernst Erich [d.i. Paul Krantz]: Erinnerungen eines Deutschen, Hamburg-Düsseldorf 1971.
- Oschilewski, Walther G.: Kurzgefaßter Abriß einer Geschichte der deutschen Jugendbewegung, in: Das Reichsbanner, Nr. 46 v. 16.11.1929.
- Ossietzky, Carl von: Schutz der Republik – die große Mode, in: Das Tage-Buch 5 (1924), H. 37 v. 13.9.1924, S. 1291 – 1293.
- Ders.: Gasangriff auf Hamburg, in: Die Weltbühne XXIV (1928), Nr. 22 v. 29.5.1928, S. 813 – 815.
- Osterroth, Franz: Offener Brief an Paul Witthöft, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 10, S. 207 f.
- Pech, Helmut: Reichsbanner und Jungsozialisten, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), H. 10, S. 248 f.
- Petzet, Wolfgang: Damals in Heidelberg ..., in: Blätter der Carl-Zuckmayer-Gesellschaft 8 (1982), H. 1, S. 27 – 33.
- Poelchau, Harald: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnispfarrers aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor, Berlin 1949.
- Pohl, Gerhart: Fluchtburg, Berlin 1955.
- Quessel, Ludwig: Frankreichs europäische Aufgabe, in: Sozialistische Monatshefte 30 (1924), 61. Bd., S. 482 – 485.
- Ders.: Kontinentaleuropa im Parteiprogramm, in: Sozialistische Monatshefte 31 (1925), 62. Bd., S. 538 – 540.
- Ders.: Ein Blick in die Zukunft, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), 63. Bd., S. 6 – 11.
- Radbruch, Gustav: ‚Volk im Staat‘, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 98 – 102.
- Rathmann, August: Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach. Eingeleitet v. Hans Mommsen, mit Briefen v. Elsa Brandström und Paul Tillich, Wuppertal 1983.

- Reichwein, Adolf: Vom Gemeinschaftssinn der deutschen Jugendbewegung (Zugleich ein Abriß ihrer Soziologie), in: Schulz, Ursula (Hrsg.), Adolf Reichwein, 2. Bd., S. 146 f.
- Ruppel, Karl Heinrich: 1921 – Darmstädter Erinnerungen. Ein Brief an Carl Zuckmayer, in: Blätter der Carl-Zuckmayer-Gesellschaft 10 (1984), H. 2, S. 91 – 94.
- Sänger, Fritz: Verborgene Fäden. Erinnerungen und bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978.
- Schiebelhuth, Hans/ Fritz Usinger (Hrsg.): Preisgesang zweier dankbarer Autoren zum Jubeljahr fünfundzwanzig ihres wenig bekannten Verlags, Darmstadt 1940.
- Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Zürich 1947, 3.Aufl. Berlin 1984.
- Sender, Tony: Kritik an den Richtlinien zur Wehrpolitik, in: Die Gesellschaft 6 (1929), Nr. 2, S. 113 – 124 [Schreibweise des Vornamens wechselte].
- Sender, Toni: Autobiographie einer deutschen Rebellin. Hrsg. u. eingeleitet v. Gisela Brinker-Gabler (Die Frau in der Gesellschaft. Lebensgeschichten), Frankfurt/M. 1981 (Originaltitel: The Autobiography of a German Rebel, New York 1939).
- Severing, Carl: Akademiker und Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 34 (1928), H. 2, S. 97 – 101.
- Ders.: Mein Lebensweg. 2 Bde., Köln 1950.
- Seydewitz, Max: Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976.
- Siemens, Anna: Intellektuellenorganisation oder kulturpolitischer Verband, in: Mitteilungsblatt des Verbandes sozialdemokratischer Akademiker 1 (1926/27), Nr. 9, April 1927, S. 26 – 29.
- Sinzheimer, Hugo: Sozialistische Politik im neuen Deutschland, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 6, S. 105 f.
- Soldan, Adolf: 5. Großherzoglich Hessisches Infanterie-Regiment Nr. 168. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Truppenteile des ehemaligen preußischen Kontingents, 110.Bd., Oldenburg i.O./Berlin 1924.
- Staudinger, Hans: Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 – 1934, hrsg. u. eingeleitet v. Hagen Schulze (Archiv für Sozialgeschichte; Bd. 10), Bonn 1982.
- Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966.
- Tillich, Paul: Sozialismus, in: NBS 1 (1930), H.1, S. 1 – 12.
- Tschachotin, Sergej: Aktivierung der Arbeiterschaft, in: NBS 3 (1932), H. 3, S. 149 – 151.
- Ulrich, Carl: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, hrsg. v. Ludwig Bergsträsser, Offenbach 1953.
- Unser Weg, unser Ziel!, hrsg. v. Republikanischen Studentenbund, o.O. o.J. [Karlsruhe 1930]
- Usinger, Fritz: Geist und Gestalt, Dessau 1939; 2. erw. Aufl.: Dessau 1941.
- Vagts, Alfred: Bilanzen und Balancen. Aufsätze zur internationalen Finanz und zur internationalen Politik, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1979.
- Ders.: ‚Albrecht Mendelssohn Bartholdy. Ein Lebensbild‘, in: Lowenthal-Hensel, Cécile/Elvers, Rudolf (Hrsg.): Mendelssohn-Studien (Beiträge zur neueren deutschen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte; 3), Berlin 1979, S. 201 – 225.

- Weber, Alfred: Das Berufsschicksal der Industriearbeiter, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 34 (1912), S. 377 – 405.
- Ders.: Gedanken zur deutschen Sendung, Berlin 1915.
- Weber, Marianne: Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926.
- Weber, Max: Gesammelte politische Schriften, neu hrsg. v. Johannes Winkelmann, 2. erw. Aufl. Tübingen 1958 [Darin u.a. ‚Wahlrecht und Demokratie in Deutschland‘, S. 233 – 279; ‚Politik als Beruf‘, S. 493 – 548].
- Ders.: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. Tübingen 1972.
- Weimann, Richard: Eiserne Front und Bildungsarbeit, in: Sozialistische Bildung 4 (1932), H. 2, S. 33 – 36.
- Wertheimer, Egon: Verteidigung. An das Rektorat der Universität München, in: Das Tribunal 1 (1919), H. 12, S. 129 – 132.
- Wittfogel, Karl August: Staatliches Konzentrationslager VII. Eine ‚Erziehungsanstalt‘ im Dritten Reich, Bremen 1991.
- Witthöft, Paul: Um den Jungsozialismus!, in: Jungsozialistische Blätter 2 (1923), H. 12, S. 244 – 248.
- Zuckmayer, Carl: Als wär’s ein Stück von mir, Frankfurt/M. 1996; Nachdruck der 1. Aufl. 1966.
- Ders.: Carlo Mierendorff. Porträt eines deutschen Sozialisten. Gedächtnisrede, gesprochen am 12. März 1944 in New York, Berlin 1947.
- Zweig, Arnold: Erziehung vor Verdun, Amsterdam 1935.

### **Bibliographien/ Handbücher**

- Bibliographie zur Zeitgeschichte 1953 – 1995. 5 Bde., hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München, München et al. 1982 – 1997.
- Eberlein, Alfred: Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegungen von 1830 – 1982, bearb. v. Ursula Eberlein, 2. aktualisierte u. erw. Aufl. München 1996-1997.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Bibliographie der Veröffentlichungen. 1981 – 1991. 5 Bde., Bonn 1987 ff.
- Grubel, Fred (Hrsg.): Leo Baeck Institute New York: Catalog of the Archival Collections, Tübingen 1990.
- Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Archiv der sozialen Demokratie, bearb. v. Hans-Holger Paul, München et al. 1993.
- Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet im Deutschen Exilarchiv 1933 – 1945 der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M. et al. 1993.
- Kneip, Rudolf: Jugend der Weimarer Republik. Handbuch der Jugendverbände 1919 – 1938, Frankfurt/M. 1974.
- Ruck, Michael: Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 7), Düsseldorf 1955.

## Sekundärliteratur

Albrecht, Richard: Symbolkampf in Deutschland 1932: Sergej Tschachotin und der ‚Symbolkrieg‘ der Drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 22 (1986), S. 498 – 533.

Ders.: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943, Berlin-Bonn 1987.

Albrecht, Stefan: Hermann Hellers Staats- und Demokratieauffassung, Frankfurt/M. 1983.

Albrecht, Thomas: Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung; Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte; Bd. 51), Bonn 1999.

Allmanritter, Rudolf (Hrsg.): 1692 – 1954. Dreihundertfünfundzwanzig Jahre Ludwig-Georgs-Gymnasium, Darmstadt 1954.

Amlung, Ullrich: >... in der Entscheidung gibt es keine Umwege<. Adolf Reichwein 1898 – 1944 – Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer, Marburg 1994.

Anz, Thomas/Michael Stark (Hrsg.): Expressionismus. Manifeste und Dokumente der deutschen Literatur 1910 – 1920, Stuttgart 1982.

Appelius, Stefan: Fritz Heine. Die SPD und ihr langer Weg zur Macht, Essen 1999.

Asendorf, Manfred: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H. 3, S. 106 – 150.

Asmuss, Burkhard: Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923 (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte; Bd. 3), Diss. Berlin, Berlin-New York 1994.

Auernheimer, Gustav: Genosse Herr Doktor. Zur Rolle von Akademikern in der deutschen Sozialdemokratie 1890 bis 1933, Diss. Marburg, Gießen 1985.

Aufmuth, Ulrich: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im neunzehnten Jahrhundert; Bd. 16), Diss. München, Göttingen 1979.

Baader, Meike Sophia: >Wissenschaft als Beruf< in den Naturwissenschaften, in: Treiber/Sauerland, Heidelberg, [vgl. Treiber/Sauerland] S. 445 - 460.

Beck, Dorothea: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Einleitung v. Willy Brandt. Vorwort v. Hans Mommsen (Deutscher Widerstand 1933 – 1945. Zeitzeugnisse und Analysen), Berlin 1983.

Dies.: Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher. Zum Selbstverständnis der ‚militanten Sozialisten‘ in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 87 – 123.

Beelte, Hans-Ludwig: Exilpublizistik in Skandinavien, in: Hardt, Hanno et al. (Hrsg.): Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933 – 1945 (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; Bd. 30), München et al. 1979, S. 254 – 315.

- Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, VfZ 29 (1981), H. 3, S. 437 – 471.
- Beradt, Charlotte: Paul Levi, Frankfurt/M. 1969.
- Berg, Jan et al. (Hrsg.): Sozialgeschichte der deutschen Literatur von 1918 bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1981.
- Bering, Dietz: Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels, Stuttgart 1991.
- Berlin, Jörg/Wulf D.Hund/Axel Schildt: Arbeiterregierung in Hamburg? Die Verhandlungen zwischen ADGB, KPD und SPD nach den Bürgerschaftswahlen 1927 (Quellen und Studien zur Hamburger Sozialgeschichte), Hamburg 1983.
- Besson, Waldemar: Tradition und Maßstäbe, in: Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975, S. 48 – 65.
- Beuys, Barbara: Verteidigung der Republik: Der sozialdemokratische Reformier Theodor Haubach (1896 – 1945), hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 2000.
- Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918 – 1920 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 28), Hamburg 1992.
- Biehl, Karl Heinrich: Der Thälmann-Putsch in Hamburg und Umgebung, Hamburg 2000.
- Bleitner, Thomas: Zur Genese politischer >Litteratur< im Expressionismus, in: Beutin, Wolfgang/Rüdiger Schütt (Hrsg.): >Zu allererst ANTIKONSERVATIV<. Kurt Hiller (1885 – 1972), Hamburg 1998, S. 15 – 35.
- Ders. et al. (Hrsg.): Praxisorientierte Literaturtheorie. Annäherungen an Texte der Moderne, Bielefeld 1999.
- Boldt, Erwin B.: Die verschenkte Reform. Der Neuaufbau der Hamburger Polizei zwischen Weimarer Tradition und den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht 1945 – 1949, Diss. Hamburg 2001.
- Borinski, Fritz: Die ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘. Ein Organ der jungen Generation von 1930 bis 1933, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, 13 (1981), S. 65 – 98.
- Ders. et al. (Hrsg.): Jugend im politischen Protest. Der Leuchtenburgkreis 1923 – 1933 – 1977 (Quellen und Beiträge zur deutschen Jugendbewegung; Bd. 19), Frankfurt/M. 1977.
- Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 107), Frankfurt/M. 1974.
- Ders.: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Zur Theorie sozialer Ungleichheiten (Sonderband 2 der Sozialen Welt), Göttingen 1983, S. 183 – 198.
- Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik & Kultur 1, hrsg. v. Margareta Steinrücke, Hamburg 1992.
- Ders.: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 658), Frankfurt/M. 1987, 11.Aufl. 1999.
- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Originalausg. Köln 1969, Lizenzausg. f. d. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M.-Wien-Zürich o.J.
- Ders.: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 4.Aufl. Villingen 1964.

- Breuer, Stefan: Max Webers Herrschaftssoziologie (Reihe: Theorie und Gesellschaft; Bd. 18), Frankfurt/M.-New York 1991.
- Ders.: Grundpositionen der deutschen Rechten (1871 – 1945) (Historische Einführungen; Bd. 2), Tübingen 1999.
- Ders.: Das Syndikat der Seelen. Stefan George und sein Kreis, in: Treiber/Sauerland, Heidelberg, [vgl. Sauerland, Karol] S. 328 – 375.
- Broszat, Martin: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 – 1945, in: Buchheim, Hans et al, Anatomie, Bd. 2, S. 11 – 136.
- Buchheim, Hans et al.: Anatomie des SS-Staates. 2 Bde., München 1979 [zuerst: 1965]
- Buchholz, Marlis/Bernd Rother: Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933 – 1940, Bonn 1995.
- Buchstein, Hubertus: Von Max Adler zu Ernst Fraenkel. Demokratie und pluralistische Gesellschaft in der sozialistischen Demokratietheorie der Weimarer Republik, in: Gusy, Demokratisches Denken, S. 534 – 606.
- Büttner, Ursula: Politische Gerechtigkeit und Sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 20), Hamburg 1985.
- Dies. (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Bd. 1: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte), Hamburg 1986.
- Dies.: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg, Hamburg 1996.
- Dies.: Errichtung und Zerstörung der Demokratie in Hamburg: Freie Gewerkschaften, Senatsparteien und NSDAP im Kampf um die Weimarer Republik. Fünf Abhandlungen, hrsg. v. d. Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg, Hamburg 1998.
- Buselmeier, Karin et al. (Hrsg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985; 2.Aufl. 1986.
- Classen, Peter/Eike Wolgast: Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, Berlin-Heidelberg-New York 1983.
- Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg, 1958.
- Demm, Eberhard: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920 (Schriften des Bundesarchivs Koblenz; Bd. 38), Boppard am Rhein 1990.
- Ditt, Karl: Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984.
- Dorpalen, Andreas: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 31 (1983), S. 77 – 107.
- Eberhard, Hans-Joachim: Intellektuelle der Kaiserzeit. Ein sozialpsychologischer Streifzug durch Naturalismus, Antinaturalismus und Frühexpressionismus (Europäische Hochschulschriften, Reihe I, Bd. 1200), Frankfurt/M. 1991.
- Ego, Anneliese: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte 1896 – 1948, Hamburg 1998.
- Ehni, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928 – 1932 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 111), Diss. Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1975.

- Emig, Brigitte: Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt/M./New York 1980.
- Emrich, Eike et al.: Klettertechnik für Aufsteiger. Seilschaften als soziales Phänomen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996), H. 1, S. 141 – 155.
- Engel, Huberta (Hrsg., im Auftrag der Forschungsgemeinschaft 20.Juli e.V.): Deutscher Widerstand – Demokratie heute: Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, Bonn-Berlin 1992.
- Estermann, Alfred: Zeitschriften, Glaser (Hrsg.), Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 86 – 101.
- Eßlinger, Hans-Ulrich: Emil Lederer: Ein Plädoyer für die politische Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Treiber/Sauerland, Heidelberg, [vgl. Treiber/Sauerland] S. 422 – 444.
- Euler, Friedrich Wilhelm: Genealogisch-soziologische Auswertung, in: Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, bearb. v. Wilhelm Ernst Winterhager, Berlin 1985, S. 52.
- Euler, Klaus u. Walter/Hans-Rolf Ropertz (Hrsg.): Dem lebendigen Geiste. Ein Gedenkbuch zu ‚Dachstube‘ und ‚Tribunal‘. H. 7/8 der AGORA, Zs. des Ludwig-Georgs-Gymnasium, Darmstadt o.J.
- Falk, Walter: Impressionismus und Expressionismus, in: Rothe, Wolfgang (Hrsg.): Expressionismus als Literatur. Gesammelte Studien, Bern 1969, S. 69 – 86.
- Falter, Jürgen W./Dirk Hänisch: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 – 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 179 – 216.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.
- Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918 – 1933) (Moderne Geschichte und Politik; Bd. 10), Diss. Tübingen, Frankfurt/M. et al. 1998.
- Fiedler, Gudrun: Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914 – 1923, Diss. TU Braunschweig, Köln 1989.
- Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945, München 1987.
- Fröschl, Erich et al. (Hrsg.): Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990.
- Fröschle, Ulrich: Die <Front der Unzerstörten> und der <Pazifismus>. Die politischen Wendungen des Weltkriegserlebnisses beim <Pazifisten> Carl Zuckmayer und beim <Frontschriftsteller> Ernst Jünger, in: Nickel, Gunther/Erwin Rotermond/Hans Wagener (Hrsg.): Zuckmayer-Jahrbuch, Bd. 2 – 1999, St. Ingbert 1999, S. 309 – 360.
- Fügen, Hans Norbert: Max Weber, Reinbek bei Hamburg 1985.
- Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg 1923 – 1983 im Widerstreit der Interessen; hrsg. aus Anlaß des 60.Gründungstages des Instituts für Auswärtige Politik (Veröffentlichungen aus dem Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg; Bd. 12), Baden-Baden 1983.

- Gantzel-Kress, Gisela: Zur Geschichte des Instituts für Auswärtige Politik. Von der Gründung bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme, in: Gantzel, Kolonialrechtswissenschaft, S. 23 – 88.
- Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933 – 1945, Paderborn et al. 1993.
- Giovannini, Norbert: Zwischen Kaiser und Führer. Die Kommilitonen von Ernst Toller, Carl Zuckmayer, Joseph Goebbels und Golo Mann, in: Buselmeier et al., Auch eine Geschichte, S. 195 – 210.
- Glaser, Horst Albert(Hrsg.): Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Jahrhundertwende: Vom Naturalismus zum Expressionismus 1880 – 1933. Bd. 8, hrsg. v. Frank Trommler, Reinbek 1982.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud: Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928 – 1933, Köln 1987.
- Gotschlich, Helga: Gründung und Anfänge des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Militärgeschichte, Potsdam (DDR), 19 (1980), S. 33 – 40.
- Dies.: Betrachtungen zur sozialdemokratischen Wehrpolitik in der Weimarer Republik, in: Ebd., 23 (1984), S. 521 – 529.
- Graf, Christoph: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der Preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8.Aufl., München 1977.
- Dies.: Flucht vor Hitler?, in: Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4-5 (1983), S. 26 – 42.
- Dies.: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Luthardt, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 259 – 279 [o. Anhang].
- Dies.: Entscheidung für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland in Europa, in: Marßolek, Inge/Till Schelz-Brandenburg (Hrsg.): Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag, Bremen 1995.
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1973.
- Groh, Dieter/Peter Brandt: >Vaterlandslose Gesellen<: Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992.
- Groppe, Carola: Die Macht der Bildung. Das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890 – 1933, Diss. Bochum, Köln-Weimar-Wien 1997.
- Grossmann, Kurt R.: Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963.
- Gusy, Christoph: Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20.Jahrhunderts; Bd. 6), Tübingen 1991.
- Ders. (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat; Bd. 16), Baden-Baden 2000.
- Guttsman, W(ilhelm).L(eo): Worker's culture in Weimar Germany between tradition and commitment, New York-Oxford-Munich 1990.
- Habedank, Heinz: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Diss. Berlin (DDR), Berlin (DDR) 1958.
- Hale, Oron J.: Presse in der Zwangsjacke 1933 – 1945, Düsseldorf 1965.

- Hammer, Walter: Vom Reichsbanner zur Eisernen Front, in: Welt der Arbeit, Beil., Freie Welt', Jg. V, 16.7.1954.
- Heimann, Horst/Thomas Meyer (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bericht zum wissenschaftlichen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. – 12. Oktober 1980, Berlin-Bonn 1982.
- Heimann, Siegfried/Franz Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993.
- Heit, Ulrike/Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach/Tuchel (Hrsg.), Widerstand, S. 377 – 389.
- Hempel-Küter, Christa: Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel ‚Hamburger Volkszeitung‘, Diss. Hamburg, Frankfurt/M. 1989.
- Henderson, James L.: Adolf Reichwein, Diss. London, Stuttgart 1958.
- Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944, 2. erw. Aufl., Heidelberg 1946.
- Henrich, Dieter: Karl Jaspers: Denken im Blick auf Max Weber, in: Mommsen, Wolfgang J./W. Schwentker (Hrsg.): Max Weber und seine Zeitgenossen, Göttingen 1988, S. 722 – 739.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903 – 1989, Bonn 1996.
- Herzer, Gisa: Vorläufer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bremen 1919 – 1923, Hausarbeit für die 1. Lehrerprüfung, Bremen 1965/66, unveröff., in: Staatsarchiv Bremen.
- Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte. – Neue Folge; Bd. 5), Essen 1997.
- Hoffmann, Peter: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969.
- Ders.: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992.
- Ders.: Widerstand gegen Hitler und das Attentat vom 20. Juli 1944 (Portraits des Widerstands; Bd. 2), Konstanz 1994.
- Hüppauf, Bernd: Zwischen revolutionärer Epoche und sozialem Prozeß. Bemerkungen über den Ort des Expressionismus in der Literaturgeschichte, in: Ders. (Hrsg.): Expressionismus und Kulturkrise (Reihe Siegen: Beiträge zur Literatur- und Sprachwissenschaft; Bd. 42), Heidelberg 1983, S. 55 – 83.
- Huhn, Michael: „Europäische Gespräche“. Eine außenpolitische Zeitschrift der Weimarer Zeit, in: Gantzel, Klaus Jürgen (Hrsg.): Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht, Berlin-Hamburg 1986, S. 65 – 183.
- Hunt, Richard N.: German social democracy 1918 – 1933, New Haven-London 1964.
- Ilg, Reinhard: Katholische Bildungsbürger und die bedrohte Nation: Das katholische Gymnasium Ehingen (Donau) im Kaiserreich und während des Ersten Weltkriegs, in: Hirschfeld, Gerhard et al. (Hrsg.), Kriegserfahrungen, S. 341 – 370.
- Jäger, Friedrich: Theorie als soziale Praxis. Die Intellektuellen und die kulturelle Vergesellschaftung, in: Bialas, Wolfgang/Georg G. Iggers (Hrsg.): Intellektuelle in der Weimarer Republik (Schriftenreihe zur politischen Kultur der Weimarer Republik; Bd. 1), Frankfurt/M. et al. 1996, S. 31 – 47.

- Janke, Olaf: Die Reichswehrpolitik der SPD in den Jahren 1918 – 1930. Ursachen und Hintergründe des Scheiterns der sozialdemokratischen Reichswehrpolitik in der Weimarer Republik, Diss. unveröff. Frankfurt/M. 1999.
- Jantzen, Hinrich: Namen und Werke. Biographien und Beiträge zur Soziologie der Jugendbewegung. 3 Bde., Frankfurt/M. 1972 – 1985.
- Jochmann, Werner: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/M. 1960.
- Jovy, Michael: Jugendbewegung und Nationalsozialismus. Zusammenhänge und Gegensätze. Versuch einer Klärung, Münster 1984.
- Kabermann, Friedrich: Widerstand und Entscheidung eines deutschen Revolutionärs. Leben und Denken Ernst Niekischs, Köln 1973.
- Kaelble, Hartmut: Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1983.
- Kaes, Anton: Probleme einer literarischen Funktionsgeschichte. Zum Publikumsbegriff der Expressionisten, in: Woodmansee, Martha/Walter F.W.Lohnes (Hrsg.): Erkennen und Denken. Essays zur Literatur und Literaturtheorie. Edgar Lohner in memoriam, Berlin 1983, S. 243 – 253.
- Käsler, Dirk: Der retuschierte Klassiker. Zum gegenwärtigen Forschungsstand der Biographie Max Webers, in: Weiß, Johannes (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; Nr. 711), S. 29 – 54, Frankfurt/M. 1989.
- Kapferer, Norbert: Paternalismus und Erziehung zur Demokratie. Karl Jaspers' Politische Pädagogik im Schatten Max Webers, in: Salamun, Kurt (Hrsg.): Philosophie – Erziehung – Universität: zu Karl Jaspers' Bildungs- und Erziehungsphilosophie, Frankfurt/M. 1995, S. 75 – 91.
- Karpen, Ulrich/Andreas Schott (Hrsg.): Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth James Graf von Moltke, Heidelberg 1996.
- Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens), Diss. Siegen, Essen 1996.
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München-Wien o.J. (1962).
- Klinkhammer, Reimund: Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Freiburg, Freiburg 1955.
- Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 14), Diss. Berlin, Göttingen 1975.
- Knieß, Friedrich Wilhelm: Kommunale Kunstpolitik in Deutschland vom Ausgang des ersten Weltkrieges bis zum Ende der Weimarer Republik – Darmstadt als Beispiel, Diss. Marburg 1983.
- Knopf, Jan: >Expressionismus< - Kritische Marginalien zur neueren Forschung, in: Hüppauf, Bernd (Hrsg.): Expressionismus und Kulturkrise (Reihe Siegen: Beiträge zur Literatur- und Sprachwissenschaft; Bd. 42), Heidelberg 1983, S. 15 – 53.
- Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918, Frankfurt/M. 1988 (Nachdruck der 2.Aufl. 1978).

- Ders. (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; Bd. 48), Stuttgart 1989.
- Koebner, Thomas et al. (Hrsg.): <Mit uns zieht die neue Zeit>. Der Mythos Jugend, Frankfurt/M. 1985.
- Könke, Günter: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924 – 1932), Diss. Hamburg, Stuttgart 1987.
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Neuauf. München 1974.
- Kolb, Eberhard: Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?, in: Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime, S. 157 – 176.
- Kopitzsch, Franklin: Carlo Mierendorff, in: Lill, Rudolf/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstands, Düsseldorf-Wien 1984, S. 175 – 190.
- Koplin, Raimund: Carl von Ossietzky als politischer Publizist, Berlin-Frankfurt/M. 1964.
- Korff, Gottfried: Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Petzina, Dietmar (Hrsg.): Fahnen, Fäuste, Körper, Fulda 1986, S. 27 – 60.
- Kosthorst, Erich/Bernd Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. 3 Bde., Düsseldorf 1983.
- Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.
- KPD/ML (Hrsg.): 50 Jahre Hamburger Aufstand, Hamburg 1973.
- Krabbe, Wolfgang: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918 – 1933), Opladen 1995.
- Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780 – 1980, Frankfurt/M. 1984.
- Kulturdezernat der Stadt Darmstadt (Hrsg.): Carlo Mierendorff zum 20. Todestag am 4.12.1963, Darmstadt 1964.
- Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, 2. Aufl. 1993.
- Kühn, Dieter: Grenzen des Widerstands. Essays (edition suhrkamp 531), Frankfurt/M. 1972.
- Lademacher, Horst: Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934), in: Huber, Wolfgang/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus, Stuttgart 1976, S. 404 – 460.
- Landfried, Klaus: Politik der Utopie – Stefan George und sein Kreis in der Weimarer Republik, in: Link, Werner (Hrsg.): Schriftsteller und Politik in Deutschland, Düsseldorf 1979, S. 62 – 81.
- Langewiesche, Dieter: Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 359 – 402.
- Ders. Arbeiterkultur, in: Ergebnisse – Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft, H. 26, Hamburg 1984.

- Lehnert, Detlef: Rudolf Breitscheid (1874 – 1944), in: Lösche, Peter et al. (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 38 – 56.
- Ders.: Die unterschätzte Republik. Ein fragwürdiger Negativkonsens über das Scheitern von >Weimar< in zeitgenössischer Sicht der politischen Gegner des Nationalsozialismus, in: Steinbach/Tuchel (Hrsg.), Widerstand, S. 85 – 96.
- Leithäuser, Joachim G.: Wilhelm Leuschner, Köln 1962.
- Lemke-Müller, Sabine: Ethik des Widerstands. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933 – 1945, Bonn 1996.
- Lenger, Friedrich: Werner Sombart 1863 – 1941. Eine Biographie, München 1994; 2.Aufl. München 1995.
- Lepsius, Rainer M.: Richard Lepsius und seine Familie – Bildungsbürgertum und Wissenschaft, in: Freier, Elke/Walter F. Reineke (Hrsg.): Karl Richard Lepsius (1810 – 1884). Akten der Tagung anlässlich seines 100.Todestages, 10. – 12.7.1984 in Halle (Schriften zur Geschichte und Kultur des alten Orients; Bd. 20), Berlin 1988, S. 29 – 52.
- Lerg, Winfried B.: Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage, in: Hardt, Hanno et al. (Hrsg.): Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933 – 1945 (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; Bd. 30), München et al. 1979, S. 17 – 96.
- Lindgren, Henrik: Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942 – 1944, in: VfZ 18 (1970), H. 3, S. 274 – 291.
- Linse, Ulrich: Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 1 – 114.
- Ders.: Die entschiedene Jugend 1919 – 1921, Frankfurt/M. 1981.
- Lösche, Peter/Franz Walter: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder Höhepunkt?, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511 – 536.
- Dies.: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Löwenthal, Richard/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 – 1945, Berlin-Bonn 1982.
- Luckmann, Thomas: Persönliche Identität und Lebenslauf – Gesellschaftliche Voraussetzungen, in: Klingenstein, Grete et al. (Hrsg.): Biographie und Geschichtswissenschaft, München 1979, S. 29 – 46.
- Lüpke, Reinhard: Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919 – 1931, Diss. Bielefeld, Marburg 1984.
- Lundgreen, Peter/Margret Kraul/Karl Ditt: Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19.Jahrhunderts, Göttingen 1988.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Martiny, Martin: Die Entstehung und politische Bedeutung der ‚Neuen Blätter für den Sozialismus‘, in: VfZ 25 (1977), H. 3, 373 – 419.
- Marwedel, Rainer: Konstruktion und Kampf. Bruchlinien sozialdemokratischer Verfassungspolitik, in: Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 7 – 55.

- Mattenklott, Gert: Jugendstil, in: Glaser, Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 260 – 276.
- Matthias, Erich/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
- Mehring, Hartmut: Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand, in: Steinbach/Tuchel (Hrsg.), Widerstand, S. 126 - 143.
- Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher, Stuttgart 1995.
- Meyer, Thomas: Elemente einer Gesamtheorie des Demokratischen Sozialismus und Hindernisse ihrer Durchsetzung in der Weimarer Republik, in: Heimann/Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus, S. 413 – 440.
- Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 – 1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 63), Düsseldorf 1978.
- Moltke, Freya von/Michael Balfour/Julian Frisby: Helmuth James Graf von Moltke 1907 – 1945, Berlin 1984 [zuerst u.d.T. Helmuth von Moltke – A leader against Hitler, London 1972].
- Mommsen, Hans: Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Ders.: Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgew. Aufsätze v. Hans Mommsen, Göttingen 1979, S. 345 – 365.
- Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes (Beck'sche Reihe; 1373), München 2000.
- Ders.: Die deutsche Opposition gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft 1933 – 1945, in: Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.) Der deutsche Widerstand, S. 22 – 39.
- Ders.: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Schmitthenner, Walter/Hans Buchheim (Hrsg.), Der Widerstand, S. 73 – 167.
- Ders.: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in: Koebner, Mit uns zieht, S. 50 – 67.
- Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, Diss. Köln, 2.Aufl. Tübingen 1974.
- Ders.: Politik und politische Theorie bei Max Weber, in: Weiß, Max Weber, S. 515 – 542.
- Moores, Kaaren M.: Presse und Meinungsklima in der Weimarer Republik, Diss. Mainz, Mainz 1996.
- Moraw, Frank: Die Parole der <Einheit> und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933 – 1948 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 94), Diss. Heidelberg, Bad Godesberg 1973.
- Mörth, Ingo/Gerhard Fröhlich (Hrsg.): Das symbolische Kapital der Lebensstile. Zur Kultursoziologie der Moderne nach Pierre Bourdieu, Frankfurt/M.-New York 1994.
- Müller, Christoph/Ilse Staff (Hrsg.): Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 – 1933, Baden-Baden 1984.
- Müller, Hans-Peter: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft; 982), 2. Aufl. Frankfurt/M. 1997.
- Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933 – 1945 (UTB für Wissenschaft; 1398), Paderborn et al. 1986.

- Ders.: Über den militärischen ‚Widerstand‘, in: Steinbach/Tuchel (Hrsg.), *Widerstand*, S. 266 – 279.
- Müller, Michael: Der Autismus der Gesellschaft, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 77 v. 31.3.2001.
- Musall, Friedhelm M.: *Frühe Jugendbewegung, Sexualität und adoleszente Politisierung. Pädagogisch-sozialpsychologische Untersuchungen zu Entstehung und Verlauf der deutschen Jugendbewegung bis 1920*, Frankfurt/M. 1987.
- Netuschil, Claus K.: *Zum Dachstuben-Almanach 1984*, in: *Almanach der Dachstube 1916*, Neudruck, Darmstadt 1984, S. 36 – 38.
- Neuloh, Otto/Wilhelm Zilius: *Die Wandervögel*, Göttingen 1982.
- Nickel, Gunther/Ulrike Weiß (Bearb.): *Katalog Carl Zuckmayer 1896 – 1977: „Ich wollte nur Theater machen“*, zu einer Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs (Marbacher Katalog 49), Marbach 1996.
- Niehues, Theo: *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen*, Hausarbeit für die 1. Lehrprüfung, unveröff., Bremen 1967, in: *Staatsarchiv Bremen*.
- Nipperdey, Thomas: *Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik*, in: Grimme, Adolf/Wilhelm Zilius (Hrsg.): *Kulturverwaltung der Zwanziger Jahre*, Stuttgart 1961, S. 19 – 48.
- Oleschinski, Brigitte: *Mut zur Menschlichkeit. Der Gefängnisgeistliche Peter Buchholz*, Königswinter 1991.
- Oschilewski, Walther G.: *Gustav Dahrendorf. Ein Kämpferleben*, Berlin 1955.
- Osterkamp, Ernst: *Zur Problematik eines Germanisten aus dem George-Kreis*, in: König, Christoph/Eberhard Lämmert (Hrsg.): *Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 1910 bis 1925*, Frankfurt/M. 1993, S. 177 – 195.
- Osterroth, Franz: *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964), S. 525 – 569.
- Paret, Peter: *Die Berliner Secession. Moderne Kunst und ihre Feinde im Kaiserlichen Deutschland*, Berlin 1981 [Amerik. Ausg.: *The Berlin Secession. Modernism and its enemies in Imperial Germany*, o.O. 1980].
- Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): *Die Gestapo. Mythos und Realität*. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, Darmstadt 1995.
- Peukert, Detlev: *Die ‚wilden Cliques‘ in den zwanziger Jahren*, in: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.): *Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes*, Essen 1983, S. 66 – 77.
- Philipp, Eckhard: *Expressionistische Lyrik*, in: Glaser (Hrsg.), *Deutsche Literatur*, Bd. 8, S. 313 – 326.
- Pistorius, Peter: *Rudolf Breitscheid 1874 – 1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte*, Diss. Köln 1970.
- Poller, Walter: *Gedenkblatt für Theodor Haubach. Gedenkfeier am 23. Januar 1954 in Hamburg*, Frankfurt/M.-Dortmund 1955.
- Pyta, Wolfram: *Gegen Hitler und für die Regierung. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1989.
- Raabe, Paul: *Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus. Repertorium der Zeitschriften, Jahrbücher, Anthologien, Sammelwerke, Schriftenreihen und Almanache 1910 – 1921*, Stuttgart 1964.
- Ders.: *Die Autoren und Bücher des literarischen Expressionismus*, Stuttgart 1985. 2. verbesserte Aufl. mit Ergänzungen und Nachtrag 1985 – 1990, Stuttgart 1992.

- Rätsch-Langejürgen, Birgit: Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie; Bd. 7), Diss. München, Bonn 1997.
- Rattner, Josef: Die Psychologie des Vorurteils, Zürich 1971.
- Reich, Ines: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Diss. Potsdam, Köln-Weimar-Wien 1997.
- Ringshausen, Gerhard: Die Begründung des Staates und der Stellenwert der Kirchen, in: Engel, Huberta (Hrsg.): Deutscher Widerstand – Demokratie heute: Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, Bonn-Berlin 1992.
- Röcklein, Hedwig: Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur ‚neuen historischen Biographie‘, in: Dies. (Hrsg.): Biographie als Geschichte (Forum Psychohistorie; Bd. 1), Tübingen 1993, S. 17 – 38.
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- Saage, Richard (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt/M. 1986.
- Salamun, Kurt: Zur Bedeutung von Jaspers' Vernunftsverständnis für die politische Bildung und demokratische Kultur, in: Ders. (Hrsg.): Philosophie – Erziehung – Universität: Zu Karl Jaspers' Bildungs- und Erziehungsphilosophie, Frankfurt/M. 1995, S. 59 – 74.
- Sassin, Horst: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934 – 1942, Hamburg 1993.
- Sauerland, Karol: Heidelberg als intellektuelles Zentrum, in: Treiber, Hubert/Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der ‚geistigen Geselligkeit‘ eines ‚Weltdorfes‘: 1850 – 1950, Opladen 1995, S. 12 – 30.
- Saul, Klaus: Jugend im Schatten des Krieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1983), Nr. 34, S. 91 – 184.
- Schaefer, Rainer: SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930 – 1932 (Campus Forschung; 638), Diss. Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/M.-New York 1990.
- Scharf, Günter: Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und der wöchentlichen Arbeitszeit, Diss. Bremen, Frankfurt/M. 1987.
- Scheffer, Bernd: Expressionistische Prosa, in: Glaser (Hrsg.), Deutsche Literatur, Bd. 8, S. 297 – 312.
- Schefold, Dian: Gesellschaftliche und staatliche Demokratietheorie. Bemerkungen zu Hermann Heller, in: Gusy, Demokratisches Denken, S. 256 – 285.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Beck'sche Reihe; 1241), München 1998.
- Schirmann, Léon: Altonaer Blutsonntag 20. Juli 1932. Dichtungen und Wahrheit, Hamburg 1994.

- Schmädeke, Jürgen/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1985.
- Schmid, Carlo: Die deutschen Bildungsschichten und die Politik [Vortrag v. 20.2.1958], in: Ders.: Politik und Geist, Stuttgart 1961, S. 51 – 81.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.): Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Reihe A: Analysen und Darstellungen; Bd. 3), Berlin 1997.
- Schmitthenner, Walter/Hans Buchheim (Hrsg.): Der Widerstand gegen Hitler, Köln-Berlin 1966.
- Schott, Andreas: Adam von Trott zu Solz: Jurist im Widerstand. Verfassungsrechtliche und staatspolitische Auffassungen im Kreisauer Kreis (Rechts- und staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft. Neue Folge, Bd. 96), Diss. Hamburg, Paderborn et al. 2001.
- Schütt, Rüdiger: Deplaziert im literarischen Feld? Warum ‚Lili Marleen‘ seinen Verfasser nicht immer glücklich macht, in: Bleitner, Thomas et al. (Hrsg.): Praxisorientierte Literaturtheorie. Annäherung an Texte der Moderne, Hamburg 2000, S. 45 – 56.
- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. et al. 1977.
- Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik (Ordo Politicus; Veröffentlichungen des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i.Br., Bd. 12), Berlin 1971.
- Seeger, Andreas: ‚Gestapo-Müller‘. Die Karriere eines Schreibtischtäters, Diss. Hamburg, Berlin 1996.
- Soell, Hartmut: Fritz Erler – eine politische Biographie. 2 Bde., Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962. Erw. Studienausgabe München 1968.
- Sprengel, Peter: Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1870 – 1900 (Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. IX, 1), München 1998.
- Stark, Michael: Für und wider den Expressionismus. Die Entstehung der Intellektuellendebatte in der deutschen Literaturgeschichte, Stuttgart 1982.
- Steinbach, Peter: Der Kreisauer Kreis in seiner historischen Bedeutung, in: Engel (Hrsg.), Deutscher Widerstand, S. 161 – 178.
- Steinbach, Peter/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994.
- Stern, Fritz: Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen, in: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870 – 1918, Düsseldorf 1970, S. 168 – 186.
- Stöcker, Michael: >Augusterlebnis 1914< in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Magisterarbeit TH Darmstadt, Darmstadt 1994.

- Strzelewicz, Willy (Hrsg.): Das Vorurteil als Bildungsbarriere, 2.Aufl. Göttingen 1970.
- Suhr, Elke: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933 – 1945, Bremen 1995.
- Tenfelde, Klaus: Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand, S. 799 - 812.
- Tenbruck, Friedrich H.: Freundschaft. Ein Beitrag zu einer Soziologie der persönlichen Beziehungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 431 – 456.
- Toury, Jacob: Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte. Universität Tel Aviv; Bd. 18), Gerlingen 1997.
- Träger, Claus (Hrsg.): Wörterbuch der Literaturwissenschaft, 2.Aufl. Leipzig 1989.
- Treiber, Hubert/Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der ‚geistigen Geselligkeit‘ eines ‚Weltdorfes‘: 1850 – 1950, Opladen 1995.
- Tuchel, Johannes: Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der ‚Inspektion der Konzentrationslager‘ 1934 – 1938 (Schriften des Bundesarchivs [Koblenz]; Bd. 39), Diss. Berlin, Boppard 1991.
- Turner jr., Henry Ashby: Stresemann und das Problem der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik, in: Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975, S. 284 –304.
- Ulrich, Bernd/Benjamin Ziemann (Hrsg.): Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit (Geschichte Fischer; Nr. 12544), Frankfurt/M. 1994.
- Unruh, Karl: Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986.
- Usinger, Fritz: Carlo Mierendorff, Wiesbaden 1965.
- Vietta, Silvio/Hans-Georg Kemper: Expressionismus (Deutsche Literatur im 20. Jahrhundert; Bd. 3), München 1975; 3. unveränd. Aufl. München 1985..
- Vondung, Klaus (Hrsg.): Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen, Göttingen 1980.
- Ders.: Propaganda oder Sinndeutung?, in: Ders. (Hrsg.), Kriegserlebnis, S. 11 – 37.
- Voß, Angelika/Ursula Büttner/Hermann Weber: Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923 – 1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983.
- Wagner, Werner: Arbeiter- und Soldatenräte in Butzbach, in: Butzbacher Geschichts-Blätter, hrsg. v. Geschichtsverein für Butzbach und Umgebung, Nr. 14, 1.2.1985, S. 61 – 63.
- Walter, Franz: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Diss. Göttingen, Berlin 1986.
- Ders.: Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.
- Ders.: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.
- Weiß, Johannes (Hrsg.): Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 711), Frankfurt/M. 1989.

- Wengst, Udo: Thomas Dehler 1897 – 1967. Eine politische Biographie, München 1997.
- Werth, Christoph H.: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Diss. Bonn, Opladen 1996.
- Werth, German: Verdun. Die Schlacht und der Mythos, Bergisch Gladbach 1979.
- Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München-Zürich 1992.
- White, Dan S.: Lost comrades: socialists of the front generation, 1918 – 1945, Cambridge/Mass. 1992.
- Wilde, Dieter: Text und Biographie, in: Bleitner et al. (hrsg.), Praxisorientierte, S. 19 – 43.
- Will, Wilfried van der/Rob Burns: Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1982.
- Winkler, Heinrich August: Organisierter Kapitalismus? Versuch eines Fazits, in: Ders.: Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 264 – 271.
- Ders.: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 9), Berlin-Bonn 1984.
- Ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 10), 2. vollst. durchges. u. korr. Aufl. Berlin-Bonn 1988.
- Ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 11), 2. vollst. durchges. u. korr. Aufl. Berlin-Bonn 1990.
- Ders.: Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928 – 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 182 – 219.
- Winnecken, Andreas: Ein Fall von Antisemitismus. Zur Geschichte und Pathogenese der deutschen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Köln 1991.
- Winterhager, Wilhelm Ernst: Der Kreisauer Kreis. Portrait einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Mainz 1985.
- Witt, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 89), Diss. Hamburg, Hannover 1971.
- Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924 – 1926 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 115), Frankfurt/M.-Bern-Las Vegas 1979.
- Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975.
- Ders.: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 – 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch (Neue Historische Bibliothek. Edition Suhrkamp 1264. Neue Folge, Bd. 261), Frankfurt/M. 1984.

Zimmermann, Erich (Bearb.): Kasimir Edschmid 1890 – 1960. Katalog einer Ausstellung Okt./Nov. 1970 in Darmstadt, Darmstadt 1970.

### **Lebenslauf**

Geboren:	5.12.1940 in Hamburg
Besuch der Grundschule in Hamburg-Altona:	1947 - 1953
Besuch des Gymnasiums und Abitur:	1953 – 1960
Grundwehrdienst:	1960 – 1961
Studium der Pädagogik mit ‚Wahlfach‘ Geschichte:	1960 – 1964
Heirat und Geburt einer Tochter:	1965 / 1966
Lehrer, Stellvertretender Schulleiter und Rektor der Theodor-Haubach-Schule in Hamburg-Altona:	1965 – 1998
Mitarbeit an einem Lesewerk für die Sekundarstufe I; Veröffentlichung von Beiträgen zur Geschichte wie zu aktuellen Fragen der Kinder- u. Jugendliteratur und zu Problemen der Methodik und Didaktik des Deutschunterrichts:	seit 1969
Beurlaubung vom Schuldienst: 1998	seit August